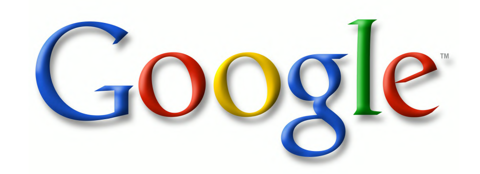
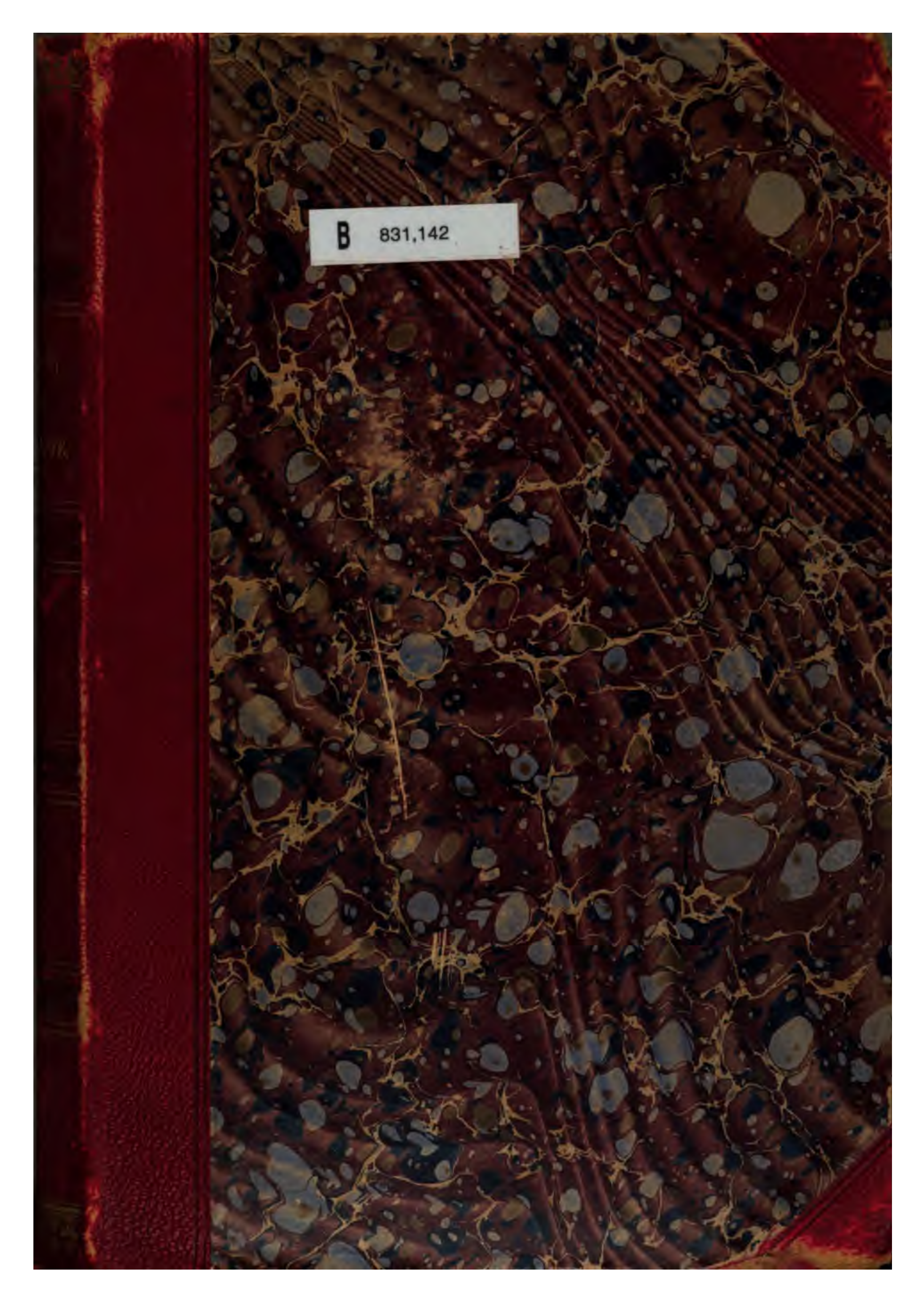
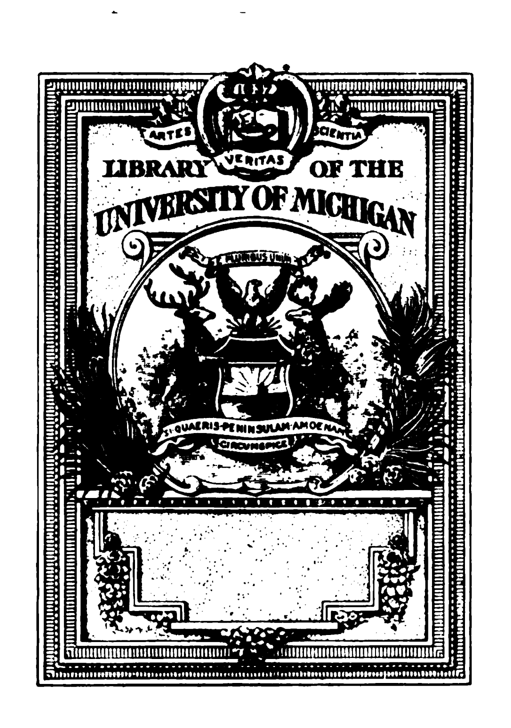



B 831,142


ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE


DC
221
.T99
1879

Zehn Jahre

Deutscher Kämpfe.

Schriften zur Tagespolitik

von

Heinrich von Treitschke.

Zweite Auflage,
fortgeführt bis zum Jahre 1879.

Berlin.
Druck und Verlag von G. Reimer.
1879.

An

Wilhelm Wehrenpfennig.

In diesem Bande ist Alles zusammengestellt, was ich in den letzten zehn Jahren, so lange ich mit einiger Regelmäßigkeit an der öffentlichen Debatte theilnehme, über die Politik des Tages geschrieben habe. Voran steht als Einleitung eine Rede aus etwas älteren Tagen; sie spricht in unbestimmter Ahnung den leitenden Gedanken des Buches aus, welchen der Aufsatz „Bund und Reich“ noch einmal aufnimmt.

Von vielen Seiten aufgefordert diese Sammlung herauszugeben, habe ich mich nur schwer dazu entschlossen. Nicht als fürchtete ich den Tadel über so manchen groben Irrthum. Wohl habe ich selbst bei der Durchsicht lebhaft empfunden, wie oft ich mich getäuscht, und wie Vieles heute schon längst als abgethan und selbstverständlich erscheint was noch vor wenigen Jahren Zweifel und Streit erregte. Aber wer von großen Zeiten nicht zu lernen weiß verdient nicht sie zu erleben; nur selten falsch zu sehen und den erkannten Irrthum rasch zu berichtigen ist das Beste, was in der Politik wie im Kriege sich erstreben läßt. Unbefangene Leser werden trotz einzelner Widersprüche eine ruhig bewahrte Ueberzeugung in jedem dieser Aufsätze wiederfinden. Sie werden auch die dem politischen Schriftsteller unentbehrliche leidige Kunst des Wiederholens geduldig hinnehmen und den Zwang der Verhältnisse billig berücksichtigen, welcher den Publicisten kaum minder beengt, als den handelnden Staatsmann, und ihn oftmals nöthigt die Stimme zu erheben wo er schweigen, sie zu dämpfen wo er laut zürnen wollte.

Peinlich ist mir nur der Gedanke, daß vielleicht mehrere treffliche Männer, selbst einige meiner nahen Freunde, durch den Wiederabdruck dieser Blätter sich gekränkt fühlen können. Wer die Sache schlagen will, muß zuweilen auch die Männer treffen, und es kann nicht fehlen, daß dabei einzelne scharfe und ungerechte Worte mit unterlaufen. Hinterher

zu streichen ging nicht an. Sollte das Buch seinen Zweck erfüllen, so mußten die Schriften völlig unverändert wieder erscheinen, wie sie im Drange der Stunden hingeworfen wurden; selbst thatsächliche Irrthümer sind nur an wenigen Stellen durch Anmerkungen berichtigt. Ich wage gleichwohl auf ein nachsichtiges Urtheil zu hoffen; denn persönliche Gehässigkeit habe ich dem politischen Kampfe immer fern gehalten, und wo ich fehlte, da ist mir meine Schuld von der deutschen Presse längst redlich heimgezahlt worden.

Diese Sammlung will einen Beitrag geben zur Geschichte unserer jüngsten Vergangenheit, von der Befreiung Schleswig-Holsteins bis herab zu der socialen Gährung und den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart und zu den großen Aufgaben, die noch ungelöst vor dem deutschen Reiche liegen. Vielleicht mag sie da und dort einem Zweifelnden und Schwankenden herzhaftes Zutrauen erwecken zu der neuen Ordnung der deutschen Dinge.

Ihnen aber, lieber Freund, soll das Buch bewegte Jahre gemeinsamer Arbeit in das Gedächtniß zurückrufen. Als Herausgeber der Preußischen Jahrbücher haben Sie die meisten dieser Schriften einst entstehen sehen; Sie wissen, wie viel Leid und Lust an manchem Blatte haftet. Sie werden viele Stellen wiederfinden, wo wir selbander sorgsam jedes Wort erwogen, viele andere, wo Sie mit der Weisheit des erfahrenen Greises, doch selten mit Erfolg, versuchten mir Wasser in den Wein zu schütten. Es war ein guter Kampf, und ich denke, wir werden noch oft als treue Kameraden Schulter an Schulter stehen.

Berlin, 31. October 1874.

Heinrich von Treitschke.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Dies Buch fand bei seinem ersten Erscheinen in der Presse sehr geringe Beachtung, vielleicht weil es keiner unserer Parteien recht behagen konnte. Trotzdem ist heute eine neue Auflage nöthig geworden.

Ich weiß es wohl, eine Sammlung tagespolitischer Schriften stellt die Nachsicht der Leser auf eine harte Probe. Das Beste was der Publicist zu ahnen und zu sagen vermag klingt trivial wenn es durch den Gang der Ereignisse bestätigt wurde, und selbst der verzeihliche Irrthum erscheint abgeschmackt sobald ihn die Thatsachen widerlegt haben. Einer schwer arbeitenden Zeit ist kaum zuzumuthen, daß sie die Gedanken einer noch nicht abgeschlossenen Vergangenheit schon mit mildem historischem Sinne beurtheile. Wenn mein Buch dennoch in manchen Kreisen freundlich aufgenommen wurde, so erkenne ich daraus mit freudigem Danke, daß die hoffnungsvolle Ansicht vom deutschen Leben, welche sich in diesen Blättern ausspricht, doch selbst in unseren Tagen des Haders und des Unmuths noch viele Anhänger zählt.

Der neuen Ausgabe sind die während der letzten fünf Jahre entstandenen Aufsätze hinzugefügt. Meine Absicht war, der Sammlung nunmehr einfach die Bezeichnung „Fünfzehn Jahre deutscher Kämpfe“ zu geben. Da aber der Verleger Bedenken trug, den alten, dem Büchermarkte bekannten Namen zu verändern, so mußte der Titel eine etwas weitläufige Fassung erhalten.

Berlin, 15. Novbr. 1879.

T.

Inhalt.

Rede

zur Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht, gehalten am letzten Tage des dritten deutschen Turnfestes.

Leipzig, 5. August 1863.

Deutsche, geliebte Landsleute! Ueberwältigt stehe ich vor der unmöglichen Aufgabe, diese festlich wogende Menge mit einer Menschenstimme zu beherrschen. Und doch ist eines noch unmöglicher: in wenigen raschen Worten würdig zu reden zur Feier der „herrlichen Schlacht", wie Vater Arndt sie nannte, die unserem Volke die Befreiung brachte. Welch' eine Fülle von Ruhm und Muth und Heldenzorn drängt sich zusammen in jenen großen vier Tagen — von dem Morgen des 16. Oktober an, da die Husaren in Schkeuditz Fanfare bliesen und der eiserne York seinen Offizieren zutrank auf den guten Spruch: „Anfang, Mittel und Ende, Herr Gott, zum Besten wende!" — bis zu der Nacht des 18., als das Schicksal den frommen Wunsch erhörte, und tausend und abertausend Krieger das Danklied sangen, weithin über das blutige, schlachtgewohnte Blachfeld, endlich bis zu dem Tage des Sturmes auf die Stadt, da den alten Blücher auf unserem Markte der jauchzende Hochruf begrüßte! Doch das ist unsere Weise nicht, uns selbstgefällig zu spiegeln an den Thaten vergangener Zeit. Wir werden das Gedächtniß eines Geschlechtes, das leuchtend dastand durch Zucht und sittlichen Ernst, dann am würdigsten begehen, wenn wir uns redlich fragen: sind wir es werth, die Söhne solcher Väter zu heißen?

Ist dieses reiche halbe Jahrhundert gesegneten Friedens in Wahrheit fruchtlos verronnen für den Ruhm unseres Volkes, wie die Verzweifelnden klagen? O nein! Wenn er heute auferstände, der große Scharnhorst, des deutschen Krieges edelstes Opfer: die klugen Augen würden blitzen, und er spräche: „ich schaue ein anderes Volk, als jenes, unter dem ich wirkte." Als Scharnhorst jung war, da verbot ein deutscher König seinen Bauern, den Beamten knieend den Rock zu küssen. Und

heute? Erkennt Ihr es wieder, jenes verschüchterte Geschlecht mißhandelter Fröhner in unseren freien Bauern, die stolz und aufrecht hausen auf ihrer befreiten Hofstatt? Und wo sind sie hin, die ängstlichen Kleinbürger der alten Zeit, die der wohlmeinende Staatsbeamte belehren mußte, der Bürger solle sich selber rühren und Versammlungen halten und Gelder herbeischaffen, um nur eine armselige Landstraße durch den nächsten Kreis zu bauen? Allüberall jubelt uns heute entgegen die kecke Wageluft der modernen Menschen, sie ruft ihr stolzes: „Es giebt keine Entfernungen mehr!“ Und wir, denen vormals Herz und Auge gefesselt war an der heimathlichen Scholle, jetzt erst dürfen wir uns froh gestehen: wir kennen wirklich unser Vaterland! Und wo der Staat vordem der Leiter und Lehrer war, da steht er heute nur als bescheidener Mitbewerber neben der selbstthätigen Bürgerkraft. Als diese Schlacht geschlagen ward, da lud der Schmuggler von Helgoland in dunkler Nacht die Waarenballen auf seine Jolle, und war der deutsche Hafen mühselig erreicht, dann galt es noch Mauth auf Mauth ängstlich zu umschleichen. Wie anders heute! Noch nicht fessellos, leider, doch freier denn je zuvor berechnet unser Handel den Bedarf des Marktes in den fernsten Strichen der Erde, und erst in diesen Friedensjahren ist unser Volk in Wahrheit theilhaftig geworden des Segens der Entdeckung der neuen Welt. Und dann blicket hin, geehrte Festgenossen, auf die reichen Wohnstätten unseres Bürgerthums, auf jenen Kranz von Städten, dessen wir uns rühmen vor allen Völkern: wie eine jede pranget nach ihrer eigenen Weise, froh einer reichen Geschichte; wie eine jede mit der andern ringt im edlen Wettstreite, welche das Meiste schaffe für Handel und Wandel, für Bildung und gute Menschensitte. Ueberall geebnete Wälle, gebrochene Mauern, öde Felder verwandelt in reiche Straßen, alle Schleusen geöffnet für die hochgehenden Wogen des modernen Verkehrs. Wo vor einem Menschenalter noch eine wüste Stätte lag an der Weser, da hebt sich jetzt, gegründet von einem großen Bürger und jählings emporgestiegen wie ein australischer Wohnplatz, unseres Reiches jüngste Hafenstadt Bremerhaven. Unser wirthschaftliches Schaffen selber ward ein anderes, ward sittlicher und freudiger, seit wir erkannt haben den Adel der Arbeit, jeglicher Arbeit. Deutsche Kunst und Wissenschaft hat Zeiten höherer Blüthe gesehen, als die Gegenwart; aber noch niemals strebte sie so menschenfreundlich, auch die ärmsten Schichten des Volkes zu beglücken; und die verkümmerte Gestalt des Stubengelehrten der alten Zeit werden wir bald allein noch aus vergilbten Büchern kennen. In den Gemeinden und den Vereinen, die den Bürger gewöhnen, selber zu sorgen für das Heil des Ganzen, hat sich auch entfaltet die männliche Gabe der freien Rede, von der Gneisenau noch meinte, sie

sei dem gedrückten Sinne des Deutschen versagt. Wo der Staat noch zaudert, ein nothwendiges Gesetz zu geben, wo er die Ehre der allgemeinen Wehrpflicht dem Volke vorenthält, da treten freiwillig die Männer zusammen, da schaaren sich die Schützen und unsere fröhliche Turnerschaft, der wir dies reiche Fest verdanken, und lehren der Jugend die ersten Tugenden des Kriegers, Mannszucht und die Herrschaft über den gestählten Arm und festen Muth, das Vaterland zu schirmen mit dem eigenen Leibe, und legen also den Grund zu einer neuen Wehrverfassung in der Zukunft. Das sind die Segnungen des Friedens, den unsere Väter erkauft mit ihrem Blute, das die Siege jener echten Demokratie, welcher die Zukunft Europas gehört, das sind Güter, unzerstörbar, gesicherter, als die leider noch sehr unfertigen Anfänge unseres parlamentarischen Lebens. Eher mögt Ihr dem Winde gebieten, daß er aufhöre zu rauschen, als unserem Volke, daß es sich wiederum geduldig füge unter die Vormundschaft einer allwissenden Staatsgewalt. Wir schätzen selten, was wir in Fülle besitzen. Wer aber unter Euch, Ihr Festgenossen, besonnenen Sinnes den geselligen Zustand des Volkes von damals vergleicht mit dem Volke von heute, ihm wird das Herz schwellen vor Freude, gleich dem Jünglinge, der in einer Stunde stiller Sammlung sich tiefbewegt gesteht: ich bin ein Mann geworden. Fürwahr, wir leben in einer Zeit der Zeichen und Wunder. Ein Thor, wer sie träge schilt. Auch der Beweglichste unter uns muß sich rührig tummeln, will er nicht liegen bleiben unter ihrem rollenden Rade. Seid Ihr mir deß' Zeugen, Ihr Aelteren, die ihr goldene Jahre der Jugend vertrauert habt im Kerker um unserer Farben willen. Seht sie ringsum flattern im Winde, unsere ehrwürdigen Fahnen! Das verwegene Traumbild Eurer Jugend steht vor Euch als eine schöne Wirklichkeit.

Aber auch das ist ein Wunder, ein trauriges Wunder, daß in unserem Volke Alles sich verwandelt hat, nur Eines nicht, das staatliche Band, das uns zusammenhält. Noch immer, derweil unser Volk fest und fester sich zusammenschließt, verharrt der deutsche Staat in der losen Form eines völkerrechtlichen Bundes. Noch steht unser Volk rechtlos, unvertreten, wenn die Völker tagen. Noch grüßt kein Salutschuß im fremden Hafen die deutsche Flagge; denn heimathlos ist sie auf dem Meere, wie die Farben der Seeräuber. Noch blutet die Wunde, die im Frieden nimmer heilen darf: die schmerzliche Erinnerung, daß dies große Deutschland dem sieglosen Sieger, dem schwachen Dänemark, ein Glied von seinem Leibe, der edelsten einen unter seinen Stämmen, schmählich preisgegeben hat. Und unter unseren Staaten sind nicht zehn — auch dies Königreich Sachsen nicht — wo das Recht des Landes unverletzt geblie-

ben ist von der Willkür. Freudig erheben wir das Haupt, wenn man fragt nach unserem Reichthum, unserer Bildung, nach dem Frieden zwischen den Vornehmen und den Geringen, doch beschämt müssen wir verstummen, wenn geredet wird von dem deutschen Staate. Ein halbes Jahrhundert ging über den deutschen Bund dahin wie ein Traum. Aber sind es wirklich noch die alten Gewalten, die über uns herrschen? Als unsere Väter den Bundestag gründeten nach dem Frieden, da begrüßten ihn die Besten mit stolzer Hoffnung; sie meinten, aus ihm werde sich entfalten ein ehrwürdiger Gerichtshof über jeden Streit unter den Völkern des Welttheils. Und heute steht er verlassen von dem Glauben des Volkes, und selbst die Mattherzigen vertheidigen ihn nur noch als ein nothwendiges Uebel. Als man ihn gründete, war er geheiligt durch die Weihe des Rechts, doch auch diese umschwebt ihn nicht mehr, seit er wieder auferstanden zum Trotz den heiligsten Versprechungen. Schelte man immerhin auf die, trotz alledem, große deutsche Bewegung vor 15 Jahren: nimmermehr wird man aus unserer Seele reißen die glorreiche Erinnerung, daß es eine Zeit gegeben, wo die Vertreter unseres Volkes im deutschen Parlamente tagten. Und wir werden es abermals schauen, das deutsche Parlament. Es kann nicht sein, daß ein großes, reiches, klarblickendes Volk auf ewig verzichte auf die Leitung seines Staates. Jene gewaltige volksthümliche Kraft, die in allen Adern unseres geselligen Lebens pulst und wogt, sie wird auch des deutschen Staates sich noch bemächtigen. Nicht, ob es geschehen wird, steht in Frage, nur, wann es sich vollenden wird.

Dies große nationale Fest, das Deutsche von jeder Meinung friedlich vereinigt, ist nicht die Stätte, über die Pläne der politischen Parteien zu reden. Doch auch diese Feier kann und soll die Wege bahnen für unsere politische Arbeit. „Saaten des Wohlwollens auszustreuen für künftige Zeiten", das schien den alten Griechen die Absicht der volksthümlichen Feste und Wettkämpfe, das gelte auch uns als ihr edelster Zweck. Für Millionen unseres Blutes ist der Name „deutsche Einheit" nur ein großes, wohltönendes Wort, nicht eine begeisterte Ueberzeugung, die jeden Entschluß des Mannes durchdringt und heiligt. So gehet denn hin, Ihr unsere lieben Gäste, und verkündet daheim, was Ihr hier geschaut. Verkündet, wie Ihr im bewegten Austausch der Gedanken und Gefühle, in der Uebung der gemeinsamen deutschen Turnkunst empfunden und im tiefsten Herzen erlebt habt, daß wir zu einander gehören, daß wir Ein Fleisch sind und Ein Blut. Erzählet, wie der Mann aus dem Norden dem Manne aus dem Süden das Wort von den Lippen nahm, und wenn Ihr nicht wisset, ob die Wirthe oder die Gäste, ob die Schwaben oder die Niedersachsen

das Meiste gethan für die Freude dieses Festes, so gedenket: das ist ein Bild der deutschen Geschichte. Seit Jahrhunderten haben unsere Stämme im Wetteifer gewirkt für die Herrlichkeit unseres Volkes, und kein Weiser hat ergründet, welcher Stamm das Edelste gab, welcher das Größte empfing. So verbannet sie denn für immer, jene schnöde Scheelsucht, welche mäkelt an dem unzweifelhaften Ruhme edler deutscher Stämme, welche neidisch bestreitet, daß die Preußen in dem Freiheitskriege uns Allen glorreich voranstürmten, oder den Süddeutschen die Ehre verkümmert, daß sie früher als wir Alle, doch zum Frommen für uns Alle, die schweren ersten Lehrjahre des parlamentarischen Lebens durchmessen haben. Und Eure härteste Verachtung treffe jene Pharisäer, die, wenn irgendwo in einem deutschen Staate das Recht gebrochen wird, behaglich lächeln: „Solches könnte nicht geschehen in unserem Lande.“ Was der fernste unserer Stämme leidet durch Unrecht und Gewaltthat, das soll uns schmerzen wie eine Wunde an unserem eigenen Leibe. Der ärgste Feind, der uns hindert, ein mächtiges Volk zu werden, der sind wir selber mit unserem häuslichen Hader. Eine lange Arbeit nationaler Erziehung liegt noch vor uns, und sie ist auch deshalb unendlich schwer, weil Tausende, die sich geistreich dünken, es eitles Phrasenwerk schelten, wenn Einer durch redliches Mahnen zur nationalen Eintracht mithilft an diesem großen Werke unserer politischen Erziehung. Haben wir erst männlich von uns geworfen jedes liebgewordene Vorurtheil des Partikularismus, auch das allerletzte; sind wir erst Mann für Mann durchdrungen von der leidenschaftlichen Ueberzeugung, daß dieser Boden dem Fremden unantastbar sei, sind wir in Wahrheit geworden das Volk von Brüdern, von dem die Lieder unserer Sänger reden, so wird der Gedanke eines neuen Rheinbundes, wenn ein Ruchloser ihn je wieder hegen sollte, zu Schanden werden an seinem eigenen Aberwitz. Denn wer wird brüten über dem Verrath, wenn sich in unserem Volke nicht mehr hundert Hände finden, dem Verrath zu helfen? Dann wird der Dom der deutschen Einheit in seinen Grundmauern gefestet stehen. Und sendet uns endlich die Gnade der Vorsehung eine günstige Weltlage, die kein knabenhafter Vorwitz verfrühen kann, so wird die politische Einheit Deutschlands nur noch erscheinen wie der Kranz der Zinnen und der Thürme, der den bereits fertigen Bau unserer Volks-Einheit krönt.

Geehrte Festgenossen! Man schilt uns Träumer, uns, die wir glauben an die politische Zukunft unseres Volkes. Es sei. Auch unsere Ahnen, die hier für uns kämpften, haben das vornehme Achselzucken der Kleingläubigen ertragen. Als Preußen tief darnieder lag, ein mißachteter Mittelstaat, was schien da lächerlicher, als die Hoffnung, daß dieser

Staat den Welteroberer bezwingen werde? Und doch sprach Oberst Below im Frühjahr 1813 an der fernen Ostmark unseres Landes, in Tilsit, zu seinen Dragonern: Ich werde Euch führen in die Hauptstadt des Feindes! Und siehe, bevor ein Jahr verlaufen, ritt er mit den preußischen Bauernsöhnen auf die Höhe des Montmartre und zeigte ihnen zu ihren Füßen das eroberte Paris. So wahr ist es, daß ein Volk unfehlbar erreicht, was es begeistert und ernstlich will. Was unsere Ahnen wollten — Kind und Kindeskinder bewahren vor der Schmach der Fremdherrschaft und den Eroberer züchtigen in seinem eigenen Lande — das ward vollführt, glorreich hinausgeführt. Aber auf dem befreiten Boden ein festes Reich zu gründen, das haben die Helden nur ersehnt mit frommen Wünschen, mit unklarem Verlangen, nicht gewollt mit jener starken Leidenschaft, jener klaren Erkenntniß, die den Sieg verbürgen. Während der wundervollen Tage des Kampfes wurden auch schwächere Männer durch die großen Erlebnisse dann und wann emporgehoben über ihr eigenes Maß. Als König Friedrich Wilhelm nach dem Tage von Leipzig einen alten Offizier frug, wie es seinen vier Söhnen ergehe, da erwiederte der Alte: „es geht gut", und dann mit erstickter Stimme: „sie sind Alle im Kampfe für Ew. Majestät gefallen". Der König aber wandte sich tief erschüttert ab und sprach: „Nicht für mich, nicht für mich! Wer könnte das ertragen? Sie starben für das Vaterland!" So blitzte dem Könige auf einen Augenblick die Erkenntniß auf, daß Eines Mannes Schultern zu schwach sind, das Wohl und Wehe eines großen Volkes auf sich zu nehmen, und er bekannte, daß das Vaterland höher steht, als der Wille des mächtigsten Menschen. An uns aber ist es, diesen großen Gedanken: „das Vaterland über Alles!" auch in den Tagen des Friedens zu bewahren, ihn ganz zu verstehen und ihn frei zu halten von der Macht der Phrase, die dem leichtbegeisterten Gemüthe des Deutschen so hochgefährlich ist. An uns ist es, das Werk unserer Väter zu vollenden und auf dem Boden, den ihr Heldenmuth uns neu geschenkt hat, jenes einige Reich zu gründen, das nur als ein blasses Bild der Sehnsucht vor ihrer Seele schwebte. Noch sind wir fern von diesem Ziele, so lange wir uns bethören lassen durch hochtrabende Reden, statt unsere Staatsmänner zu beurtheilen allein nach ihren deutschen Thaten, allein darnach, ob sie bereit sind, aufzuopfern die ungeschmälerte Macht der Einzelstaaten, die doch nichts Anderes ist, als die Ohnmacht des ganzen Deutschlands.

Geehrte Festgenossen! Ich würde mich versündigt haben an den blutigen Schatten, die ob diesem Gefilde schweben, wenn ich Euch nur zur leeren Augenweide vorgeführt hätte ein prunkendes Bild von der Größe der alten Zeit. Mir schien es würdiger, in dieser Feierstunde zu

fragen, welche Pflicht uns, den Söhnen, obliegt gegen die Schatten unserer Ahnen. In unsere Hand ist es gegeben, dem großen Geschlechte, das hier blutete, die Unsterblichkeit zu sichern, wenn wir uns bewahren den tapferen, treuen, vaterländischen Geist der Väter und diesen Geist fortbilden mit der wachsenden Zeit und ihren wachsenden Forderungen. Als die „herrliche Schlacht" hier tobte, da erneuten sich Thaten, die von der Geschichte der Welt zuvor nur einmal gesehen waren, unter den Griechen, und die seitdem als eine wundervolle Sage fortleben von Jahrhundert zu Jahrhundert unter den staunenden Menschen. Bei den Deutschen lebte wieder auf das markerschütternde Lied, das der griechische Sänger sang am Tage von Salamis: „O ihr Söhne der Hellenen, kommt, befreit das Vaterland, befreiet Weib und Kind! Jetzt gilt es einen Kampf um Alles!" Laßt es nicht von uns heißen, wie von dem großen Griechenvolke: die Väter retteten alle Schätze reiner Menschenbildung vor dem fremden Eroberer, die Söhne aber gingen schmachvoll zu Grunde, weil sie nicht vermochten, Zucht und Recht und Frieden zu bewahren auf dem befreieten Boden. Nein, diese blühende Jugend- und Männerkraft, die sich prächtig zusammenfand in unserer gastlichen Stadt, ein erhebendes Bild von dem Adel und der Stärke unseres Volks, sie wird das Werk unserer Väter nicht zu Schanden werden lassen. Sie wird helfen, es zu vollenden. Die Zeit ist dahin, für immer dahin, wo der Wille der Höfe allein die Geschicke dieses großen Landes bestimmte. Auch der Geringste unter uns ist heute berufen, mitzuwirken an der Arbeit unserer politischen Erziehung, auch der Geringste ladet eine schwere Schuld auf seine Seele, wenn er dieser heiligen Pflicht sich feig versagt.

Deutsche, geliebte Landsleute! Ihr, die Ihr wohnet, wo die Thürme von Lübeck und die weißen Felsen von Arkona dem heimwärtssegelnden, deutschen Seemanne die Nähe seines Landes künden, und Ihr Mannen, die ihr daheim seid, wo die schweizer Alpen sich spiegeln in dem schwäbischen Meere, und Ihr, deren Wiege stand, wo die graue Pfalz aus dem Rheine steigt und in der Neujahrsnacht des großen Krieges Vater Blücher den deutschen Strom überbrückte! Ihr Alle, weß' Stammes, weß' Gaues Ihr seid, stimmet ein in den Ruf: „Es lebe Deutschland!"

1865.

Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.

Freiburg i. B., 15. Januar 1865.

In seinen gegen die Annexion der Herzogthümer gerichteten Sylvesterbetrachtungen (im Januarheft der Preuß. Jahrbücher) erweist mir Ludwig Häusser die Ehre, zur Bekräftigung seiner Ansicht folgenden Satz aus meinen „historischen und politischen Aufsätzen" anzuführen: „Braunschweig oder Schleswig-Holstein oder Dresden ist heute für Preußen zu keinem geringeren Preise feil als die Herrschaft über ganz Deutschland". Wohlthuend klingt ein Lob aus solchem Munde; dennoch fühle ich mich verpflichtet zu gestehen, daß jene Worte zu den wenigen Stellen meines Buchs gehören, welche ich schon jetzt als falsch erkenne. Ich schrieb sie nieder im Juli 1864, in einem Augenblicke, da ich gleich vielen besser Unterrichteten die Einverleibung Schleswig-Holsteins in den preußischen Staat zwar für sehr wünschenswerth, aber für unausführbar hielt. Seitdem ist die Annexion der Herzogthümer eine praktische Frage, und der Irrthum, der in jenem Satze liegt, mir längst klar geworden. Noch stehen wir Liberalen rathlos und mit weit abweichenden Meinungen dieser ernsten Frage gegenüber, die so unerwartet in den Vordergrund getreten; und doch ist eine Verständigung dringend nöthig. Darum möge nach Häusser's beredten und gewichtigen Worten gegen die Annexion auch der entgegengesetzten Ueberzeugung hier eine Stätte gegönnt werden.

Unvergleichlich schwierig ist die Lage der liberalen Partei. Noch niemals besaß sie geringeren Einfluß auf die Leitung der Geschicke Preußens, und es bleibt eine starke Zumuthung, kurzweg eine Staatskunst zu unterstützen, deren Mittel wir verwerfen, deren Ziele uns verhüllt sind. Wir bezweifeln freilich, ob die auswärtige Politik des Herrn v. Bismarck alle jene Vorwürfe verdient, welche die Sylvesterbetrachtung ihr spendet. Wir meinen, für ein abschließendes Urtheil sei die Zeit noch nicht gekommen, und wir halten für wohl möglich, daß die Absicht, Schleswig-Holstein von

Dänemark loszureißen, bereits im Januar 1864 im Stillen am Berliner Hofe bestand. Aber die Mittel und Wege, welche zur Verwirklichung dieser Absicht angewendet wurden, kann kein Liberaler unbedingt billigen, ohne sich selber untreu zu werden, und die kleinen Ränke, wodurch ungeschickte Handlanger heute Preußens Herrschaft in Transalbingien vorzubereiten suchen, müssen jeden redlichen Mann abstoßen. Niemand unter uns glaubt an die sogenannten Erbansprüche des Hauses Hohenzollern auf Schleswig-Holstein, Niemand hört ohne Ekel die niedrigen Schmähreden der feudalen Blätter wider den Herzog von Augustenburg. Während also solche plumpe Agitationen hartnäckig Spott und Haß gegen Preußen herausfordern, bleiben die Absichten des Kabinets dunkel, und man wird versucht zu glauben, daß ein fester, unwiderruflicher Entschluß noch nicht gefaßt ist. Noch ist an entscheidender Stelle ein unzweideutiges Wort nicht ausgesprochen worden, die Thaten der Regierung weisen vielmehr darauf hin, daß man sich zwei Wege offen zu halten denkt. Die Einberufung der Kronsyndici deutet auf die Annexion; die Bestellung der Ressortcommissionen, welche über das Verhältniß Preußens zu Schleswig-Holstein Vorschläge machen sollen, deutet auf die Selbständigkeit der Herzogthümer. Und angenommen, der Minister des Auswärtigen hegte wirklich die Absicht, Schleswig-Holstein seinem Staate einzuverleiben: wer bürgt uns dafür, daß er diese Absicht nicht wieder aufgiebt, sei es, weil er bei seinem königlichen Herrn auf Widerspruch stößt, sei es, weil er nicht für gerathen hält mit Preußens einzigem Alliirten zu brechen? Es ist mißlich, in so unklarer Lage mit einer Meinung hervorzutreten, welche leicht durch die Ereignisse der nächsten Wochen widerlegt werden kann. Aber wir dürfen uns der Frage nicht entziehen: was muß geschehen um die durch Deutschlands Schwert eroberten Lande im Frieden für Deutschland zu sichern? Da springt denn zunächst in die Augen, daß das positive Recht und das Wohl Deutschlands einander schnurstracks zuwiderlaufen.

Will man in Schleswig-Holstein das positive Recht über alle anderen Rücksichten stellen, nun wohl, so setze man den Herzog von Augustenburg auf den Thron. Seine Erbansprüche sind so wohl begründet als dies irgend möglich ist bei Rechten, die in entlegene Jahrhunderte zurückreichen. Man gebe ihm die holsteinische Stimme am Bundestage und sehe dann zu, ob der souveräne Herzog von Holstein sich bewogen findet auch Schleswig unter des durchlauchtigsten deutschen Bundes schützende Privilegien zu stellen. Möglich, daß er sich dazu herabläßt, möglich auch, daß der deutsche Bund dem neuen Staate das Prädicat Großherzogthum gewährt, wonach die Hofblätter des Herzogs sich seit Langem sehnen. Und

wenn die zunächst betheiligten Kriegsministerien von Hannover, Braunschweig, Schwerin, Oldenburg, Strelitz und die Senate von Hamburg, Lübeck und Bremen ihren Segen dazu geben, so gelingt es vielleicht, die Brigade, welche Holstein zur zweiten Division des zehnten Bundesarmeecorps stellt, durch ein paar tausend Soldaten aus Schleswig zu verstärken. Beliebt dem Herzog dagegen ein im deutschen Bunde nicht mehr ungewöhnliches Verhältniß, zieht er vor, als Herzog von Holstein Bundesglied, als Herzog von Schleswig europäische Macht zu sein, so haben wir rechtlich gar kein Mittel ihn eines Besseren zu belehren. Für Deutschlands Seemacht ist ja in dem einen wie in dem anderen Falle zur Genüge gesorgt. Jenes Land, das nach der Versicherung seiner Hofpublicisten berufen ist die deutsche Seemacht zu führen, Hannover, hat sich bereits zur Erbauung zweier Strandbatterien und eines Wachtschiffs auf der Elbe aufgeschwungen. Die Hoffnung ist wohl nicht zu unbescheiden, daß der Großherzog von Schleswig-Holstein das Gleiche für das Vaterland leisten wird. Thut er es nicht, so läßt uns das positive Recht wiederum rathlos. Solche Aussichten eröffnen sich, wenn man das Recht in Schleswig-Holstein entscheiden läßt! Soll das Blut auf Alsen und den Düppeler Schanzen darum geflossen sein, damit dieser deutsche Krieg mit einem particularistischen Possenspiele endige? Doch glücklicherweise steht die rechtlich allein zulässige Beendigung der schleswig-holsteinischen Frage in unlösbarem Widerspruche mit der Thatsache, daß die Herzogthümer sich im Besitze der beiden Großmächte befinden. Die rechtliche Lösung kann nur dann eintreten, wenn Preußen, was der Himmel verhüte, ein zweites Bronzell erlebt.

So bleibt, um Deutschlands wichtigste Interessen zu wahren, nur übrig ein im guten Sinne revolutionärer Entschluß. Man muß den Rechtsboden verlassen. Die bundesstaatliche Unterordnung Schleswig-Holsteins unter Preußen ist aber ebenso revolutionär, ebenso widerrechtlich, wie die Annexion. Unbegreiflich, daß so Viele unserer politischen Freunde diese einfache Wahrheit übersehen. In dem Chaos unseres Bundesrechts ist vielleicht nur ein Punkt über jeden Zweifel erhaben: die Souveränität der Dynastien und die völkerrechtliche Natur des Bundes. Im ersten Artikel der Wiener Schlußacte und an unzähligen Stellen der Bundesgesetze wird dieser Fundamentalsatz eingeschärft. Die Organe der Herren von Beust und Pfordten haben nur zu sehr Recht, wenn sie versichern: jeder Vertrag, der die Souveränität eines Bundesfürsten schmälert, ist widerrechtlich.

Steht es aber so, ist es geboten den Rechtsboden zu verlassen, so bleibt lediglich die politische Erwägung übrig, wie durch den nothwendi-

gen Rechtsbruch eine dauerhafte, für das Vaterland heilsame Ordnung gegründet werden kann. Eine solche Ordnung können wir nicht finden in einem herzoglichen Schleswig-Holstein unter preußischer Vormundschaft. Wir wollen keinen neuen Hof, wir wollen nicht, daß der Dünkel particularistischer Selbstgenügsamkeit eine neue warme Brutstatt finde. Ein Mann, der die Herzogthümer kennt und für sie gekämpft und gelitten hat, Wilhelm Beseler, sagte vor sieben Jahren trocken: „das Haus Augustenburg ist todt für Schleswig-Holstein." Aber laßt den Herzog Friedrich erst regieren, und alle Schulmeister des Landes werden den Kindern das Märchen predigen, daß die angestammte Erbweisheit der Augustenburger von Anbeginn bestimmt sei die Herzogthümer zu regieren und daß es so bleiben solle bis an das Ende aller Tage. Im Kampfe mit den Dänen waren die Herzogthümer fort und fort gezwungen, ihres großen Vaterlandes zu gedenken, hoffend hinüberzuschauen gen Süden. Trotzdem ist in den Landen ein sehr zäher Particularismus groß geworden. Was haben wir vollends zu erwarten, wenn man ihnen jetzt, da der Däne verjagt ist, ein politisches Sonderleben gönnt? Wahrlich, ehe drei Jahre in's Land gehen, wird man mit Schrecken erkennen, daß zwischen die drei Hochburgen des Particularismus im Norden: Hannover, Mecklenburg, Hamburg, eine vierte hineingeschoben und abermals eine jener kleinen deutschen „Nationalitäten" gegründet ist, deren unveräußerliche Rechte von dem Nachbarn jenseits des Rheines mit so liebevoller Sorgfalt vertheidigt werden.

Und wie glaubt man, daß der neue Kleinstaat im Innern gedeihen könne? Eine Fülle der schwierigsten politischen Aufgaben liegt vor ihm. In Holstein ließ der Däne Alles gehen und liegen wie es ging und lag, in Schleswig ward eine harte Willkürherrschaft geübt. Jetzt sollen die beiden Lande zu einem Ganzen verbunden werden, eine durchgreifende Gesetzgebung muß die Grundfesten des Staatslebens von Neuem ordnen. Der ganze Norden Schleswigs erträgt murrend das neue Wesen; dort gilt es zu germanisiren, die dänischen Sympathien zu ersticken und dennoch gerecht und mild zu verfahren gegen die besiegte Nationalität. Die deutsche Volksbildung, unter den Dänen vernachlässigt, bedarf einsichtiger Förderung; es scheint unziemlich, daß fürderhin unter deutscher Herrschaft die Kieler Hochschule in einem Zustande verharre, der ihrem alten Ruhme wenig entspricht. Man bedarf der tüchtigsten geistigen Kräfte, um das heranwachsende Geschlecht in Nordschleswig allmählig der deutschen Gesittung zu gewinnen. — Wir müssen zwar leider ernstlich bezweifeln, ob ein selbständiges Schleswig-Holstein den patriotischen Entschluß fassen wird in den Zollverein einzutreten. Allzulange hat man sich dort eingewöhnt

heute? Erkennt Ihr es wieder, jenes verschüchterte Geschlecht mißhandelter Fröhner in unseren freien Bauern, die stolz und aufrecht hausen auf ihrer befreiten Hofstatt? Und wo sind sie hin, die ängstlichen Kleinbürger der alten Zeit, die der wohlmeinende Staatsbeamte belehren mußte, der Bürger solle sich selber rühren und Versammlungen halten und Gelder herbeischaffen, um nur eine armselige Landstraße durch den nächsten Kreis zu bauen? Allüberall jubelt uns heute entgegen die kecke Wagelust der modernen Menschen, sie ruft ihr stolzes: „Es giebt keine Entfernungen mehr!" Und wir, denen vormals Herz und Auge gefesselt war an der heimathlichen Scholle, jetzt erst dürfen wir uns froh gestehen: wir kennen wirklich unser Vaterland! Und wo der Staat vordem der Leiter und Lehrer war, da steht er heute nur als bescheidener Mitbewerber neben der selbstthätigen Bürgerkraft. Als diese Schlacht geschlagen ward, da lud der Schmuggler von Helgoland in dunkler Nacht die Waarenballen auf seine Jolle, und war der deutsche Hafen mühselig erreicht, dann galt es noch Mauth auf Mauth ängstlich zu umschleichen. Wie anders heute! Noch nicht fessellos, leider, doch freier denn je zuvor berechnet unser Handel den Bedarf des Marktes in den fernsten Strichen der Erde, und erst in diesen Friedensjahren ist unser Volk in Wahrheit theilhaftig geworden des Segens der Entdeckung der neuen Welt. Und dann blicket hin, geehrte Festgenossen, auf die reichen Wohnstätten unseres Bürgerthums, auf jenen Kranz von Städten, dessen wir uns rühmen vor allen Völkern: wie eine jede pranget nach ihrer eigenen Weise, froh einer reichen Geschichte; wie eine jede mit der andern ringt im edlen Wettstreite, welche das Meiste schaffe für Handel und Wandel, für Bildung und gute Menschensitte. Ueberall geebnete Wälle, gebrochene Mauern, öde Felder verwandelt in reiche Straßen, alle Schleusen geöffnet für die hochgehenden Wogen des modernen Verkehrs. Wo vor einem Menschenalter noch eine wüste Stätte lag an der Weser, da hebt sich jetzt, gegründet von einem großen Bürger und jählings emporgestiegen wie ein australischer Wohnplatz, unseres Reiches jüngste Hafenstadt Bremerhaven. Unser wirthschaftliches Schaffen selber ward ein anderes, ward sittlicher und freudiger, seit wir erkannt haben den Adel der Arbeit, jeglicher Arbeit. Deutsche Kunst und Wissenschaft hat Zeiten höherer Blüthe gesehen, als die Gegenwart; aber noch niemals strebte sie so menschenfreundlich, auch die ärmsten Schichten des Volkes zu beglücken; und die verkümmerte Gestalt des Stubengelehrten der alten Zeit werden wir bald allein noch aus vergilbten Büchern kennen. In den Gemeinden und den Vereinen, die den Bürger gewöhnen, selber zu sorgen für das Heil des Ganzen, hat sich auch entfaltet die männliche Gabe der freien Rede, von der Gneisenau noch meinte, sie

sei dem gedrückten Sinne des Deutschen versagt. Wo der Staat noch zaudert, ein nothwendiges Gesetz zu geben, wo er die Ehre der allgemeinen Wehrpflicht dem Volke vorenthält, da treten freiwillig die Männer zusammen, da schaaren sich die Schützen und unsere fröhliche Turnerschaft, der wir dies reiche Fest verdanken, und lehren der Jugend die ersten Tugenden des Kriegers, Mannszucht und die Herrschaft über den gestählten Arm und festen Muth, das Vaterland zu schirmen mit dem eigenen Leibe, und legen also den Grund zu einer neuen Wehrverfassung in der Zukunft. Das sind die Segnungen des Friedens, den unsere Väter erkauft mit ihrem Blute, das die Siege jener echten Demokratie, welcher die Zukunft Europas gehört, das sind Güter, unzerstörbar, gesicherter, als die leider noch sehr unfertigen Anfänge unseres parlamentarischen Lebens. Eher mögt Ihr dem Winde gebieten, daß er aufhöre zu rauschen, als unserem Volke, daß es sich wiederum geduldig füge unter die Vormundschaft einer allwissenden Staatsgewalt. Wir schätzen selten, was wir in Fülle besitzen. Wer aber unter Euch, Ihr Festgenossen, besonnenen Sinnes den geselligen Zustand des Volkes von damals vergleicht mit dem Volke von heute, ihm wird das Herz schwellen vor Freude, gleich dem Jünglinge, der in einer Stunde stiller Sammlung sich tiefbewegt gesteht: ich bin ein Mann geworden. Fürwahr, wir leben in einer Zeit der Zeichen und Wunder. Ein Thor, wer sie träge schilt. Auch der Beweglichste unter uns muß sich rührig tummeln, will er nicht liegen bleiben unter ihrem rollenden Rade. Seid Ihr mir deß' Zeugen, Ihr Aelteren, die ihr goldene Jahre der Jugend vertrauert habt im Kerker um unserer Farben willen. Seht sie ringsum flattern im Winde, unsere ehrwürdigen Fahnen! Das verwegene Traumbild Eurer Jugend steht vor Euch als eine schöne Wirklichkeit.

Aber auch das ist ein Wunder, ein trauriges Wunder, daß in unserem Volke Alles sich verwandelt hat, nur Eines nicht, das staatliche Band, das uns zusammenhält. Noch immer, derweil unser Volk fest und fester sich zusammenschließt, verharrt der deutsche Staat in der losen Form eines völkerrechtlichen Bundes. Noch steht unser Volk rechtlos, unvertreten, wenn die Völker tagen. Noch grüßt kein Salutschuß im fremden Hafen die deutsche Flagge; denn heimathlos ist sie auf dem Meere, wie die Farben der Seeräuber. Noch blutet die Wunde, die im Frieden nimmer heilen darf: die schmerzliche Erinnerung, daß dies große Deutschland dem sieglosen Sieger, dem schwachen Dänemark, ein Glied von seinem Leibe, der edelsten einen unter seinen Stämmen, schmählich preisgegeben hat. Und unter unseren Staaten sind nicht zehn — auch dies Königreich Sachsen nicht — wo das Recht des Landes unverletzt geblie-

ben ist von der Willkür. Freudig erheben wir das Haupt, wenn man fragt nach unserem Reichthum, unserer Bildung, nach dem Frieden zwischen den Vornehmen und den Geringen, doch beschämt müssen wir verstummen, wenn geredet wird von dem deutschen Staate. Ein halbes Jahrhundert ging über den deutschen Bund dahin wie ein Traum. Aber sind es wirklich noch die alten Gewalten, die über uns herrschen? Als unsere Väter den Bundestag gründeten nach dem Frieden, da begrüßten ihn die Besten mit stolzer Hoffnung; sie meinten, aus ihm werde sich entfalten ein ehrwürdiger Gerichtshof über jeden Streit unter den Völkern des Welttheils. Und heute steht er verlassen von dem Glauben des Volkes, und selbst die Mattherzigen vertheidigen ihn nur noch als ein nothwendiges Uebel. Als man ihn gründete, war er geheiligt durch die Weihe des Rechts, doch auch diese umschwebt ihn nicht mehr, seit er wieder auferstanden zum Trotz den heiligsten Versprechungen. Schelte man immerhin auf die, trotz alledem, große deutsche Bewegung vor 15 Jahren: nimmermehr wird man aus unserer Seele reißen die glorreiche Erinnerung, daß es eine Zeit gegeben, wo die Vertreter unseres Volkes im deutschen Parlamente tagten. Und wir werden es abermals schauen, das deutsche Parlament. Es kann nicht sein, daß ein großes, reiches, klarblickendes Volk auf ewig verzichte auf die Leitung seines Staates. Jene gewaltige volksthümliche Kraft, die in allen Adern unseres geselligen Lebens pulst und wogt, sie wird auch des deutschen Staates sich noch bemächtigen. Nicht, ob es geschehen wird, steht in Frage, nur, wann es sich vollenden wird.

Dies große nationale Fest, das Deutsche von jeder Meinung friedlich vereinigt, ist nicht die Stätte, über die Pläne der politischen Parteien zu reden. Doch auch diese Feier kann und soll die Wege bahnen für unsere politische Arbeit. „Saaten des Wohlwollens auszustreuen für künftige Zeiten", das schien den alten Griechen die Absicht der volksthümlichen Feste und Wettkämpfe, das gelte auch uns als ihr edelster Zweck. Für Millionen unseres Blutes ist der Name „deutsche Einheit" nur ein großes, wohltönendes Wort, nicht eine begeisterte Ueberzeugung, die jeden Entschluß des Mannes durchdringt und heiligt. So gehet denn hin, Ihr unsere lieben Gäste, und verkündet daheim, was Ihr hier geschaut. Verkündet, wie Ihr im bewegten Austausch der Gedanken und Gefühle, in der Uebung der gemeinsamen deutschen Turnkunst empfunden und im tiefsten Herzen erlebt habt, daß wir zu einander gehören, daß wir Ein Fleisch sind und Ein Blut. Erzählet, wie der Mann aus dem Norden dem Manne aus dem Süden das Wort von den Lippen nahm, und wenn Ihr nicht wisset, ob die Wirthe oder die Gäste, ob die Schwaben oder die Niedersachsen

das Meiste gethan für die Freude dieses Festes, so gedenket: das ist ein Bild der deutschen Geschichte. Seit Jahrhunderten haben unsere Stämme im Wetteifer gewirkt für die Herrlichkeit unseres Volkes, und kein Weiser hat ergründet, welcher Stamm das Edelste gab, welcher das Größte empfing. So verbannet sie denn für immer, jene schnöde Scheelsucht, welche mäkelt an dem unzweifelhaften Ruhme edler deutscher Stämme, welche neidisch bestreitet, daß die Preußen in dem Freiheitskriege uns Allen glorreich voranstürmten, oder den Süddeutschen die Ehre verkümmert, daß sie früher als wir Alle, doch zum Frommen für uns Alle, die schweren ersten Lehrjahre des parlamentarischen Lebens durchmessen haben. Und Eure härteste Verachtung treffe jene Pharisäer, die, wenn irgendwo in einem deutschen Staate das Recht gebrochen wird, behaglich lächeln: „Solches könnte nicht geschehen in unserem Lande.“ Was der fernste unserer Stämme leidet durch Unrecht und Gewaltthat, das soll uns schmerzen wie eine Wunde an unserem eigenen Leibe. Der ärgste Feind, der uns hindert, ein mächtiges Volk zu werden, der sind wir selber mit unserem häuslichen Hader. Eine lange Arbeit nationaler Erziehung liegt noch vor uns, und sie ist auch deshalb unendlich schwer, weil Tausende, die sich geistreich dünken, es eitles Phrasenwerk schelten, wenn Einer durch redliches Mahnen zur nationalen Eintracht mithilft an diesem großen Werke unserer politischen Erziehung. Haben wir erst männlich von uns geworfen jedes liebgewordene Vorurtheil des Partikularismus, auch das allerletzte; sind wir erst Mann für Mann durchdrungen von der leidenschaftlichen Ueberzeugung, daß dieser Boden dem Fremden unantastbar sei, sind wir in Wahrheit geworden das Volk von Brüdern, von dem die Lieder unserer Sänger reden, so wird der Gedanke eines neuen Rheinbundes, wenn ein Ruchloser ihn je wieder hegen sollte, zu Schanden werden an seinem eigenen Aberwitz. Denn wer wird brüten über dem Verrath, wenn sich in unserem Volke nicht mehr hundert Hände finden, dem Verrath zu helfen? Dann wird der Dom der deutschen Einheit in seinen Grundmauern gefestet stehen. Und sendet uns endlich die Gnade der Vorsehung eine günstige Weltlage, die kein knabenhafter Vorwitz verfrühen kann, so wird die politische Einheit Deutschlands nur noch erscheinen wie der Kranz der Zinnen und der Thürme, der den bereits fertigen Bau unserer Volks-Einheit krönt.

Geehrte Festgenossen! Man schilt uns Träumer, uns, die wir glauben an die politische Zukunft unseres Volkes. Es sei. Auch unsere Ahnen, die hier für uns kämpften, haben das vornehme Achselzucken der Kleingläubigen ertragen. Als Preußen tief darnieder lag, ein mißachteter Mittelstaat, was schien da lächerlicher, als die Hoffnung, daß dieser

wig-Holstein sich bald heimisch fühlen werde in den militärisch-bureaukratischen Formen der norddeutschen Großmacht? Nun, den militärischen Formen Preußens werden sich die Herzogthümer jedenfalls fügen müssen, wenn nicht Preußen vor Oesterreich und den Mittelstaaten die Flagge streicht. Eine tiefgreifende Militärconvention erscheint uns als eine unerläßliche, eine allermindeste Forderung, nicht weil wir darin einen erheblichen Machtzuwachs für Preußen erblickten, sondern weil wir einige tausend brave deutsche Soldaten vor der Schande bewahren möchten, daß sie bei jedem ernsten Kampfe als „Hintermachtstruppen" höhnisch zur Seite geschoben werden. Daß der gesammte Mechanismus der preußischen Verwaltung in Bausch und Bogen auf Schleswig-Holstein übertragen werde, ist weder nothwendig noch wahrscheinlich. Preußen hat in seinem Rheinland und Vorpommern die hergebrachten Institutionen sorgfältig aufrecht erhalten; es würde, wenn die Annexion gelingt, die Herrschaft in den Herzogthümern unter sehr mißlichen Umständen antreten und durch gebieterische Rücksichten der Klugheit gezwungen sein, dem Landtage der neuen Provinz weitreichende Befugnisse einzuräumen und das Bestehende gewissenhaft zu schonen. Wir denken sehr hoch von der zähen Festigkeit der Bewohner Schleswig-Holsteins, doch unbelehrbar sind sie nicht. Aus loyalen dänischen Unterthanen, die sie waren, wurden sie in wenigen Jahren gute Schleswig-Holsteiner; warum soll einer gerechten, einsichtigen Regierung nicht gelingen, sie zu treuen preußischen Bürgern zu erziehen? Die Anhänger des Hauses Augustenburg gebärden sich, als solle durch die Annexion eine uralte politische Selbständigkeit vernichtet werden. Und doch leuchtet ein, daß vielmehr die Augustenburgische Hofpartei eine neue Souveränität gründen will in einem Lande, das seit grauer Vorzeit niemals unabhängig war. Vierhundert Jahre lang wurden die Geschicke der Herzogthümer zum guten Theile von Kopenhagen aus geleitet. Ist es empörend, daß wir wünschen, es möge dies Land, zu schwach um auf eigenen Füßen zu stehen, fortan nicht von einer fremden, sondern von einer deutschen Hauptstadt aus regiert werden? Es möge sich anschließen an den deutschen Staat, der bereits Millionen der nächsten Blutsverwandten Schleswig-Holsteins, der Niedersachsen, unter dem Schirm und Schatten seiner Krone hält? es möge künftig der Soldat der Herzogthümer, statt in Kopenhagen und Roeskild, unter seinen Volksgenossen in Berlin und Köln sich in Waffen üben?

Mit edlen, ergreifenden Worten beschwört Häusser die Patrioten zu sorgen, daß kein dauerhafter Riß zwischen Preußen und Deutschland entstehe. Wir können darauf nur antworten mit dem traurigen Geständniß, daß wir von dem Werthe und der Reife der öffentlichen Meinung in

Deutschland weit niedriger denken als Häusser. Wir sehen schlechterdings nicht ein, auf welchem Wege die schleswig-holsteinische Frage so gelöst werden könne, daß der Groll und Neid gegen Preußen sich lege. Gelingt den Particularisten die Bildung eines anderen Hannovers an Nord- und Ostsee, dann wird Hohn und Haß und Verachtung wie ein Wildbach über das geschlagene Preußen hereinbrechen. Treten die Herzogthümer in ein bundesstaatliches Verhältniß zu Preußen, so werden zwar einige besonnene Männer den Ausgang loben, indeß noch zahlreichere Stimmen werden Preußen verhöhnen wegen des halben Erfolges, und die allermeisten werden Zeter schreien über die preußische Habgier. Die süddeutschen Witzblätter werden sicherlich fortfahren, preußische Staatsmänner abzubilden als „Schinder Deutschlands" und haarsträubende Bilder zu malen von den blutigen Metzeleien, die in „Schinders Machtsphäre" vorgehen. Werden endlich die Herzogthümer eine preußische Provinz, so wird allerdings das Wuthgeschrei noch etwas grimmiger und volltöniger erschallen, aber — wir sind deß sicher — Häusser und seine Gesinnungsgenossen, die wenigen treuen und einsichtigen Freunde, welche Preußen außerhalb der schwarzweißen Pfähle zählt, werden diesem Staate darum nicht untreu werden, weil in einem Falle gegen ihre Wünsche entschieden ward. Der tüchtige, gesunde Kern der nationalen Partei darf und kann nicht gesprengt werden durch die schleswig-holsteinische Frage, wie immer die Entscheidung fallen mag. Im Uebrigen würden wir eine numerische Schwächung der nationalen Partei als eine erfreuliche moralische Kräftigung betrachten. Seit Langem schauen wir mit Unmuth, in welcher höchst gemischten Gesellschaft treffliche, einsichtige Männer wie Rudolf Bennigsen und Miquel sich bewegen; seit Langem harren wir der gesegneten Stunde, da die Phrasendrescher mit Ruthen aus dem Tempel der Einheitspartei gepeitscht werden. Auch wir wünschen eine Versöhnung der erbitterten Gemüther. Aber man muthe uns nicht zu, Männer als Freunde anzusehen, welche Alles bekämpfen was uns lieb und heilig ist. Wir Anhänger Preußens können doch nicht Hand in Hand gehen mit Jenen, welche die Preußen als den politisch unfähigsten der deutschen „Stämme" bezeichnen (wie wir dies jüngst aus dem Munde eines eifrig Augustenburgischen Staatsmannes hörten), oder mit den Parteifanatikern, welche grundsätzlich die Partei höher stellen als das Vaterland und unbeschämt versichern: so lange Preußen nicht liberal regiert werde, sei jede Stärkung dieses Staats ein Unglück für Deutschland! — Die Uebung in der Selbstverwaltung, das Verständniß der inneren Fragen kleinstaatlicher Politik hat in erfreulicher Weise zugenommen. Ueber die großen nationalen Angelegenheiten aber hegt die ungeheure Mehrheit der Deutschen leider noch immer gar

keine bestimmte Ueberzeugung. Man mag drei große Gruppen in der öffentlichen Meinung unterscheiden. Die erste ist am stärksten: diese braven Leute und schlechten Musikanten entsinnen sich in lichten Momenten ihres deutschen Vaterlandes mit einiger Liebe (was man so Liebe nennt), praktisch leben und weben sie für particularistische Zwecke und streiten mit heiligem Ernst über die Frage, wie man die Bretter anstreichen soll, mit welchen ihre Welt vernagelt ist. Schon etwas höher steht die politische Bildung in der zweiten Gruppe: hier reicht die Einsicht weit genug, um beharrlich zu fordern, daß Schleswig-Holstein nicht den Dänen überlassen werde, hier wird rastlos geklagt und geeifert wider das „deutsche Elend" und also die Verbitterung der Gemüther emsig geschürt; aber das armselige Schlagwort „preußisch oder deutsch?" bildet auch hier die Losung. Den Werth der Meinung dieser beiden zahlreichsten Schichten unseres Volks können wir nicht hoch anschlagen; sie muß einen Factor bilden in der Rechnung der handelnden Politiker Preußens, aber sie ist weder mächtig, noch nachhaltig, noch einsichtig genug, um den Ausschlag zu geben. Der Tadel gegen Preußen, der aus diesen Kreisen stammt, wird erst verstummen vor Preußens großer Zukunft, wenn dereinst alle deutschen Stämme unter der preußischen Krone vereinigt sind. Von der dritten Gruppe, der denkenden Minderheit der Deutschen, sind wir überzeugt, daß die Einverleibung der Herzogthümer ihre Meinungen auf die Dauer nicht erschüttern wird. Wir denken dabei nicht blos an die Mitglieder der preußischen Partei. Auf altösterreichischem Boden haben wir von eifrigen Großdeutschen die ruhige Aeußerung gehört: „wir wollen nicht die preußische Hegemonie noch den Umsturz der bestehenden Throne, aber wir wollen noch weniger, daß ein neuer Particularismus erschaffen werde, und wir begreifen, daß Preußen mit seinen heutigen Grenzen sich nicht begnügen kann; dort im Norden bietet sich jetzt die Gelegenheit, diesen natürlichen Ehrgeiz zu befriedigen, ohne ein durch langjährige Gewohnheit geheiligtes Band zu zerreißen." Wir vermuthen, daß diese Ansicht mehr Anhänger zählt als man nach der Haltung der liberalen Presse außerhalb Preußens annehmen sollte. Diese Blätter haben sämmtlich vor einem Jahre unbedingt Partei ergriffen für das Recht des Hauses Augustenburg; und bescheiden zu gestehen, daß man sich geirrt, ist nicht Jedermanns Sache.

Noch bleibt ein sehr ernstes, von trefflichen Männern erhobenes Bedenken zu erledigen. „Wir sind Liberale, ruft man uns zu, wir dürfen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes nimmermehr mißachten. Wollen wir besser wissen als die Schleswig-Holsteiner selbst was ihnen frommt?" Wir erwidern: Eine Partei, die nicht verzichten will auf jeden Antheil an

der praktischen Politik, darf nicht das Unmögliche verlangen; soviel aber ist klar, daß die deutschen Großmächte den Herzogthümern nicht gestatten werden über ihre Zukunft ausschließlich nach ihrem eigenen Willen zu entscheiden, und keine Macht in Deutschland ist stark genug, diesen Entschluß der beiden Großmächte zu erschüttern. Auch aus Rechtsgründen können wir den Schleswig-Holsteinern ein ausschließliches Selbstbestimmungsrecht nicht zugestehen. Sie sind nicht eine selbständige Nation, sie sind ein Theil des deutschen Volkes, und die Einheitspartei darf nicht zugeben, daß ein Theil Deutschlands kraft souveräner Machtvollkommenheit Beschlüsse fasse, welche für die Zukunft des ganzen Vaterlandes verhängnißvoll werden können; sie darf dies um so weniger, da die Bewohner Schleswig-Holsteins über die ungleich wichtigere Frage: „deutsch oder dänisch?“ auch nicht zur Entscheidung berufen wurden. Ständen die deutschen Dinge wie sie sollten, so müßte eine deutsche Centralgewalt in dieser Sache zu Gericht sitzen. Eine solche Gewalt besteht nicht, denn in der Eschenheimer Gasse haust nur der constituirte Particularismus. Also bleibt noch das erträglichste Auskunftsmittel, wenn wir fordern, die Herzogthümer sollen sich verständigen mit Preußen, als dem Staate, den seine Lage zwingt für Macht und Wohl des ganzen Vaterlandes zu sorgen. Diese Forderung erhält eine weitere Begründung durch die Thatsache, daß die Herzogthümer nicht durch eigene Kraft, sondern durch die Waffen der Großmächte befreit wurden. Lasse man doch endlich die sentimentale und ungerechte Klage: „warum ward den Schleswig-Holsteinern nicht erlaubt sich selber zu helfen?“ Als Frederik VII. starb, stand die junge Mannschaft der Herzogthümer in den Reihen der dänischen Armee, und so gewiß ein Heer von 80,000 Mann sich nicht aus dem Boden stampfen läßt, ebenso gewiß waren die Lande außer Stande sich selbst zu befreien. Allerdings haben Oesterreich und Preußen, als sie Schleswig eroberten, nur eine alte Ehrenschuld eingelöst; dies ändert nichts an der Thatsache, daß sie das Land befreiten und jetzt im factischen Besitze desselben sind. Den Anspruch der beiden Großmächte auf eine mitentscheidende Stimme wird also kein billigdenkender Mann bestreiten.

Und woher weiß man denn so sicher, daß die Herzogthümer Augustenburgisch sein und bleiben wollen? Aus dem fernen Süden die wirkliche Stimmung des Landes genau zu constatiren halten wir für eine sehr schwierige Aufgabe. Wir wissen, daß ein Augustenburgisches Preßbureau besteht und über der holsteinischen und einem Theile der schleswigschen Presse wie der Geist Gottes über dem Wasser schwebt; die holsteinischen Zeitungen lassen wir also nicht kurzweg als den unverfälschten Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten. Nach zuverlässigen Mittheilungen dürfen wir mit

einiger Sicherheit behaupten, daß die Meinung der einzelnen Landestheile wesentliche Unterschiede zeigt. Die Nordschleswiger haben die Hoffnung nicht aufgegeben, zurückzukehren unter die dänische Krone; sie würden daher, wenn man sie fragte, für die Schwächung Deutschlands, für einen souveränen Mittelstaat, stimmen. Wir haben beklagt, daß auf der Londoner Conferenz der preußische Vorschlag, das dänische Nordschleswig von Deutschland zu trennen, nicht durchging. Heute aber gehört das Land zu Deutschland. Wir müssen es halten, doch wir können es nicht darauf ankommen lassen, daß die Stimmen dieser Dänen, dieser Feinde Deutschlands, den Ausschlag geben für die Schwächung der deutschen Nordmark. Die Berücksichtigung ihrer deutschfeindlichen Volkswünsche mögen sich die Nordschleswiger von den Dänen erbitten, nicht von uns Deutschen! — In Holstein dagegen überwiegt offenbar die Augustenburgische Gesinnung; gegenüber der großen Mehrheit des Landes verschwindet der Adel, der von der preußischen Krone die Begünstigung feudaler Bestrebungen erwartet, und ein Theil der reichen Bauern, vornehmlich in der Propstei, welcher aus wenig idealistischen aber achtungswerthen Gründen die bedrängten Finanzen des selbständigen Kleinstaats fürchtet. Anders in dem deutschen Südschleswig; hier herrscht eine den preußischen Annexionsgedanken weit günstigere Stimmung. Man weiß dies nirgends besser als am Augustenburger Hofe. Der kümmerliche Erfolg der Augustenburgischen Demonstrationen in Schleswig redet laut genug, desgleichen der herzliche Empfang, welchen die Schleswiger den Alliirten zu Theil werden ließen, und die Sprache jener schleswigschen Blätter, welche weder unter preußischem, noch unter herzoglichem Einflusse stehen. — Vergleichen wir die Meinung dieser drei Landestheile, so fällt für uns Deutsche ohne Zweifel die Stimme der Südschleswiger am schwersten in's Gewicht. Sie haben vierzehn Jahre lang die Tyrannei der Dänen mit ungebeugtem Nacken ertragen, sie allein wissen was Dänenherrschaft ist und was für Deutschland ein starker Staat im Norden bedeutet. Auf Holstein dagegen hat die Hand des Dänen nur leicht geruht; von einem Märtyrerthum der Holsteiner kann unter aufrichtigen Männern nicht gesprochen werden. Die deutschen Schleswiger kennen aus langer Erfahrung das Haus Augustenburg, die Holsteiner nur die schönen Worte des Herzogs Friedrich. Daß wirklich die Südschleswiger in der harten Schule der Leiden mit einem kräftigeren Nationalgefühle sich durchdrungen haben als ihre holsteinischen Brüder, das bewährte sich, als die Dänen den Huldigungseid für König Christian IX. forderten. An den Obergerichten zu Plön und Kiel gaben die geborenen Holsten in großer Zahl dem schmählichen Ansinnen nach, während die aus Schleswig gebürtigen Beamten im ganzen Lande fast ausnahmslos

als deutsche Männer handelten; von den Kieler Professoren thaten nur fünf ihre Schuldigkeit nicht, darunter vier Holsteiner, ein Däne, aber kein Schleswiger u. s. w. —

Dies Durcheinander der Meinungen im Lande wird noch mehr verwirrt durch das Verfahren des Herzogs von Augustenburg. Als die Executionstruppen in Altona einzogen, da war der Ruf: „Hoch Herzog Friedrich!“ gleichbedeutend mit dem Verlangen „Los von Dänemark!“ Tausende braver Männer haben damals dem Herzoge gehuldigt, lediglich weil sie dies für das einzige Mittel zur Befreiung von Dänemark ansahen. Auch der Herzog versicherte hoch und heilig, er würde das Erbrecht seines Hauses nicht geltend machen, wenn dasselbe nicht zusammenfiele mit dem heiligsten Interesse der deutschen Nation. Der überraschende Gang der Ereignisse hat inzwischen gezeigt, daß diese Voraussetzung irrig war. Die Herzogthümer sind deutsch und werden deutsch bleiben, auch wenn sie nicht unter den Augustenburgischen Herzogshut fallen sollten. Wäre nun jene Versicherung des Herzogs ernst gemeint gewesen, so müßte er jetzt den hochsinnigen Entschluß der Entsagung finden. Er trete seine Ansprüche gegen reichliche Entschädigung an die preußische Krone ab, er entbinde die Holsten ihres Eides, und rasch wird sich die Lage des Landes zum Heile Deutschlands neu gestalten. Wir tadeln den Herzog nicht, weil er diese großherzige Entschließung nicht findet. Wir kennen sie, die verheißungsvolle Sprache aller Prätendenten; wir wissen, daß des Finklers Pfeife lieblich tönt, derweil das Vöglein auf die Ruthe geht. Aber soll unsere Nordmark darum in eine unhaltbare, ungesicherte Ordnung eintreten, weil ein Prinz, dem die Gnade des Geschicks eine ungemeine Entscheidung in die Hände legte, in großer Stunde sich als ein gewöhnlicher Mensch erweist? Während Nordschleswig Deutschlands Ohnmacht wünscht, Südschleswig sich langsam den preußischen Bestrebungen befreundet, die Holsteiner endlich zum Theil wider ihre bessere Ueberzeugung durch ihren Eid gebunden sind: in solchem Augenblicke der Verwirrung das Schicksal unserer Nordgrenze abhängig machen von einer Landtagsmehrheit, auf die Gefahr hin, daß die dänischen Stimmen den Ausschlag geben — das würden wir ein vermessenes Würfelspiel nennen. Wir bedürfen einer vollendeten Thatsache, um den wirren Widerstreit der Meinungen zu enden; wir würden nicht mißbilligen, wenn die Krone Preußen sich erst über die weiteren Folgen der vollzogenen Einverleibung mit dem Landtage Schleswig-Holsteins verständigte. Nicht leicht entschließt sich ein Liberaler zu solchem Urtheile. Hier aber erhebt sich vor uns eine Frage, die über allen Parteien steht, vor deren ernster Größe alle Dogmen des Parteikatechismus verstummen müssen. Wenn es sich handelt um die Macht-

erweiterung des einzigen Staats, der das Vaterland schützen kann, um einen mächtigen Schritt vorwärts zu dem Ziele der Einheit Deutschlands, dann sollen wir die Ueberlieferungen der Partei geringer achten, als die Macht des Vaterlandes.

Wir gelangen endlich zu der wichtigsten Erwägung. „Das Bessere," wirft man uns ein, „ist der Feind des Guten. Strebt Preußen nach der Annexion, so läuft es Gefahr, schließlich nicht einmal die bundesstaatliche Einigung zu erreichen." Woher wißt Ihr, erwidern wir, daß die anderen Betheiligten der bundesstaatlichen Unterordnung so geneigt sind? Wenn Baden, Weimar, Coburg und die eine Linie des Hauses Reuß die Mehrheit des Bundestags bildeten, dann freilich könnte Preußen mit leichter Mühe sich einen Vasallenstaat im Norden schaffen. Von Oesterreich aber und den Mittelstaaten ist nach allen Anzeichen höchst wahrscheinlich, daß sie dem bundesstaatlichen Anschlusse ebenso hartnäckig widerstreben werden wie der Annexion. Auch die Bereitwilligkeit des Herzogs und der Holsteiner, dem preußischen Staate die für Deutschlands Sicherheit unumgänglichen Rechte zuzugestehen, scheint uns sehr zweifelhaft. Wir wenigstens sind mit unserm Scharfsinn am Ende Angesichts der unerhörten Widersprüche in den Organen des Herzogs, deren Haltung uns noch weit räthselhafter erscheint als das Verfahren der preußischen Regierung. Vor wenigen Wochen lasen wir in dem Augustenburgischen Hofblatte die unvergeßlichen Worte: „Nicht die schwarz-weiße Flagge, sondern der Danebrog ist noch immer die rechtmäßige Flagge der Herzogthümer" — das will sagen: lieber dänisch als preußisch!! Und noch immer begegnen wir in den Zeitungen dieser Farbe den Aeußerungen eines stumpfsinnigen, vaterlandslosen Particularismus: man redet von der Abtretung der Militärhoheit an Preußen in einem Tone, als sollte ein Mustervolk urgermanischer Normalmenschen einem asiatischen Barbarenstaate untergeordnet werden — in einem Tone, der uns schlechterdings unziemlich und keineswegs vertrauenerweckend scheint. Dazwischen hinein klingen freilich einzelne verständige Versicherungen der Opferwilligkeit; aber oft will uns scheinen, als würden jene particularistischen Meinungen mit dem vollen Brusttone herzinniger Ueberzeugung vorgetragen, während diese patriotischen Worte uns manchmal vorkommen wie die schüchternen Beschwichtigungsversuche eines guten Geistes, der den vorlauten Herzensergießungen offenherziger Genossen den Stachel nehmen will. Wie dem jedoch sei — jedenfalls ist die zuversichtliche Behauptung, der Herzog sei bereit Preußens Vasall zu werden, bis auf Weiteres leichtsinnig und unerwiesen. Nun gar der Ruf der Holsteiner: „gebt uns unseren Herzog, unseren Landtag; nachher werden sich die Zugeständnisse an Preußen von selber finden" —

diese Zumuthung erscheint uns einfach als ein Hohn. Nach den Erlebnissen der Jahre 1849—1850 wird kein preußischer Minister mehr den Wunsch hegen, abermals an einem deutschen Kleinfürsten zu erproben, daß nicht bloß der Liebenden Schwüre in das Wasser geschrieben sind. Ueberschlagen wir Alles dies, so vermuthen wir: Preußen wird die Annexion so gut wie die bundesstaatliche Unterordnung der Herzogthümer nur dann erreichen, wenn es seine volle Kraft dafür einsetzt. Wir hoffen zwar, schon der Entschluß, die äußersten Mittel zu gebrauchen, werde genügen, um Preußens Willen durchzusetzen, denn Oesterreichs bedrängte Lage wird ihm schwerlich erlauben, als offener Feind Preußens aufzutreten; doch dieser Entschluß zum Mindesten wird gefaßt werden müssen, wenn Preußen irgend etwas erreichen will. Nun aber liegt es im Wesen jedes gesunden Staatsegoismus, daß ein Staat die letzten Mittel nur dann aufbietet, wenn ihm eine reale, unzweifelhafte Machterweiterung winkt. Die schleswig-holsteinische Verwickelung wird sich also, wie wir vermuthen, zuletzt zu der Frage zuspitzen: ein souveräner Mittelstaat oder eine preußische Provinz zwischen Nord- und Ostsee? Steht die Frage also, dann sind die Mitglieder der nationalen Partei Mann für Mann verpflichtet, die legitimistischen Rücksichten über Bord zu werfen und für die Annexion zu stimmen.

Ziehen wir den Schluß. Wenn unsere politischen Freunde den Ernst des Augenblicks würdigen, so müssen sie, däucht uns, zunächst mit den bescheidenen Mitteln ihrer beschränkten Presse die öffentliche Meinung für die Einsicht zu gewinnen suchen, daß der vollständige Anschluß der Herzogthümer an Preußen die beste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage bildet. Im weiteren Verlaufe der Dinge können zwei Fälle eintreten. Entweder die bundesstaatliche Unterordnung erscheint als durchführbar, sie wird vielleicht gar von der preußischen Regierung als der leichteste Ausweg vorgezogen. Für diesen unwahrscheinlichen Fall sollten sich, denken wir, die Parteigenossen eine Verständigung vorbehalten. Die Anhänger des Annexionsgedankens unter uns werden sicherlich bescheiden auf ihre Meinung verzichten, sobald sich nur der Vasallenstaat im Norden als möglich erweist. Ein Zerwürfniß wegen dieser Frage soll nicht eintreten zwischen Männern, die durch den besten Inhalt ihres Lebens auf einander angewiesen sind. Geschieht dagegen, was wir für wahrscheinlicher halten, bleibt nur die Wahl zwischen der Annexion und einer angestammten particularistischen Herrlichkeit, so erwarten wir von unseren föderalistischen Freunden einige Selbstverleugnung. Alles unter der Voraussetzung, daß Schleswig-Holsteins Besitz nicht erkauft wird durch die schmachvolle Abtretung preußischen Bodens an Oesterreich.

Steht diese Meinung wirklich im Widerspruche mit den Grundsätzen unserer Partei? — Was bildet denn, fragen wir zurück, den dauernden Kern in den Traditionen der Partei? Doch sicherlich Dieses: wir wollen ein starkes Königthum, auch von den militärischen Ueberlieferungen der preußischen Krone wollen wir Nichts missen Angesichts der drohenden Wirren der nächsten Zukunft, wir lassen uns darum willig Reactionäre schelten. Nur in Einer Frage rühmen wir uns radikaler zu sein denn alle anderen Parteien: wir opfern der Einheit Deutschlands jedes andere politische Gut. Wir meinen nicht, daß die Anhänger der Annexionsidee diesem alten Ruhme der Partei untreu werden; wir glauben nicht, daß die Friedrich Gagern und Dahlmann, die Arndt und Riesser, wenn sie heute jung wären, mit Abscheu auf die Einverleibung Schleswig-Holsteins schauen würden. —

Darf ich sagen, worin mir ein bedenkliches Gebrechen unserer politischen Freunde zu liegen scheint? Wir haben uns noch nicht genugsam losgemacht von den Eindrücken der Jahre 1848—50. Wir wissen Alle: bestand damals in Preußen eine Regierung, liberal und energisch zugleich, so konnte sie den deutschen Bundesstaat schaffen. Während der jammervollen acht Jahre eines zugleich reactionären und kraftlosen Regiments in Preußen haben wir sodann fast verlernt, die Macht dieses Staates nach Gebühr zu würdigen. In den geheimsten Falten seiner Seele liegen endlich jedem Patrioten einige romantische Jugendideale. Allzu oft haben wir in jungen Tagen gesungen und gesagt von der Stunde des Heils, da die Raben nicht mehr den Kaiserberg umkreisen werden, da der Birnbaum auf dem Walserfelde wieder grünen und der alte Rothbart seinen Flamberg schwingen wird. Selbst der nüchternste Mann schüttelt nicht leicht diese Jugendträume gänzlich ab; noch immer hoffen wir auf eine Zeit der Rettung, da ein glückseliges Ereigniß — eine Volksbewegung oder eine europäische Krisis — den halbtausendjährigen Jammer enden, und eine liberale preußische Regierung die deutsche Frage in Einem Zuge lösen wird. Ich muß mir selber vorwerfen, daß ich an einzelnen Stellen meines Buchs — so an der von Häusser citirten — in diese traumhaften Vorstellungen zurückgefallen bin. Derweil wir also einer glücklichen Krisis harren, vergessen wir, daß noch ein anderer Weg zu dem Ziele der Einheit Deutschlands führt: die schrittweise vorgehende Vergrößerung Preußens. Dieser Weg ist unerquicklich für das Selbstgefühl der Nichtpreußen, aber leider wahrscheinlicher als eine Volkserhebung, welche die Selbstsucht der Dynastien beugt. Denn während außerhalb Preußens nur eine winzige Minderheit den ernsten Willen hegt, Deutschlands Zersplitterung zu beendigen, wird die preußische Regierung mehr und mehr durch das Ge-

bot der Selbsterhaltung gezwungen, ihre Macht zu erweitern. Wollen wir also nicht zu Schanden werden vor dem unberechenbaren Gange der Geschicke, so darf der deutsche Bundesstaat für uns kein Dogma sein. Unser Programm laute — kühner und bescheidener zugleich —: wir wollen Deutschlands Einheit durch den Anschluß der Kleinstaaten an Preußen. Wie dieser Anschluß geschehen wird, das maßen wir uns nicht an vorherzuverkünden. Ist der deutsche Bundesstaat möglich, werden die kleinen Höfe durch die Angst vor dem norddeutschen Eroberer zur Abtretung ihrer Militärhoheit bewogen: — nun, wir wären die Ersten, uns dieses Auswegs zu freuen, denn gern sähen wir unserem Vaterlande den Jammer erspart, welchen eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage bringen muß. Bis dahin halten wir für Pflicht, die auswärtige Politik jeder preußischen Regierung zu unterstützen, welche thatkräftig die Macht ihres Staats zu vergrößern strebt. „Deutsch oder nicht deutsch, preußisch oder particularistisch?" — dies wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, in der nächsten Zeit die höchste aller deutschen Fragen sein. Der Partei aber, welche am treuesten zu Preußens Fahne hält, gehört die Zukunft.

Von allen den Vorwürfen, welche man solcher Gesinnung zuzuschleudern pflegt, glauben wir keinen zu verdienen. Wir sind nicht übergelaufen in das Lager des Herrn v. Bismarck. Wir bleiben seine Gegner in den inneren Fragen. Aber in der Politik, sagte Cavour, ist nichts abgeschmackter als der Groll. Man kann dem preußischen Minister das Verdienst nicht bestreiten, daß er durch rasches Handeln jene rathlose Zagheit verscheucht hat, die wie ein Alp auf Preußen lastete. In dem Jahrzehnt nach 1850 klammerte sich die Erinnerung an so viele Mißerfolge lähmend an den Arm jedes preußischen Staatsmannes. Diese Zeit ist überstanden. Eine Staatskunst der freien Hand wird künftig, so hoffen wir, auch dann nicht eintreten, wenn wieder ein Liberaler, dem wir vertrauen können, Preußens Staatsruder lenkt; und gelingt die Einverleibung der Herzogthümer, so ist Preußen fortan gezwungen große deutsche Politik zu treiben. Das Verhältniß unserer Partei zu den preußischen Conservativen beurtheilen wir freilich anders als Häusser. Ein schlimmerer Feind als die Reaction ist uns der Particularismus. Die besseren preußischen Conservativen, also — jene, welchen die Macht und Größe ihres Staats höher gilt als das Parteiinteresse — sie stehen uns, denken wir, näher als jene marklosen Schwätzer, die fort und fort über Deutschlands Einheit salbadern und dennoch die deutsche Frage als eine offene betrachten. Auch die Patrioten Italiens sind zum Heile ihres Landes eine gute Strecke Wegs mit dem Großpiemontesenthum Hand in Hand gegangen. Das Gespenst der Mainlinie schreckt uns nicht. Allerdings übt leider dieser verderbliche

Gedanke einen mächtigen Zauber auf viele preußische Staatsmänner. Doch offenbar ist die Frage im Augenblick noch nicht praktisch. Wenn dereinst Preußen in Nord- und Mitteldeutschland sich arrondiren sollte, dann erst käme für die Patrioten die Zeit, mit ihrer besten Kraft zu sorgen, daß Preußen nicht am Maine stehen bleibt. Auch Cavour dachte vor dem Frieden von Villafranca ernstlich nur an ein wohlabgerundetes subalpines Königreich. Hoffen wir, daß in Deutschland wie in Italien die Vernunft, die in den Dingen liegt, stärker sein wird als die Rathschlüsse der Staatsmänner. — Wir schauen auch nicht, wie man argwöhnt, mit unitarischer Schadenfreude auf die Demüthigung der Mittelstaaten. So herzlich wir den Personen der Herren von Beust und Platen jede Züchtigung gönnen — unvergessen bleibt uns doch die schöne Mahnung Georg's v. Vincke, daß man von den Schwächen des Vaterlandes reden solle mit frommer Scheu wie der Sohn von den Fehlern seines Vaters. — Wir sind auch nicht berauscht von Preußens jüngsten Erfolgen. Wir gäben viel darum, wenn man in Berlin die Kunst nicht verstände, den Werth rühmlicher Waffenthaten durch prahlerische Worte zu erniedrigen. Vielmehr wünschen wir die Annexion, weil wir leider sehr bescheiden denken von dem Zustande unseres Volks, weil wir überall im Vaterlande Gehässigkeit, Hader, zerfahrenes Wesen schauen. In solcher Verwirrung bleibt der preußische Staat unsere einzige Hoffnung; er wird durch das Gesetz seines Lebens gezwungen für Deutschland zu sorgen. Es sind nicht blos „verlaufene Demagogen und Freischärler," die also denken, sondern conservative Männer, welche Angesichts der unheilbaren Krankheit unseres Bundesrechts an einer friedlichen Weiterentwicklung verzweifeln.

An dem Tage, da der Adler Friedrichs des Großen über den friesischen Inseln weht und deutsche Schiffe in deutschem Gewässer zwischen unseren beiden Meeren fahren — an diesem Tage vollzieht sich die heilsamste That deutscher Politik, welche seit der Gründung des Zollvereins gewagt worden. Noch sind wir fern von diesem Ziele. Noch fürchten wir, daß Deutschlands Feinde triumphiren und ein souveräner Mittelstaat an der Eider unsere Hoffnungen auf eine deutsche Seemacht abermals zu Schanden macht. Liegt aber die Frage also — und wir fürchten, es giebt keinen dritten Ausweg — so dürfen wir Männer der Einheitspartei den Ultramontanen und Preußenfeinden, den Dänen und Engländern nicht unsere Hand zum schmählichen Bunde reichen. —

Herr Biedermann und die Annexion.

An die Redaction der Grenzboten.

Freiburg i. B., 22. Febr. 1865.

Herr Redacteur! Unter den mannichfachen Angriffen, welche mein in den Preußischen Jahrbüchern enthaltener Aufsatz über die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage hervorgerufen, zeichnet sich die Beurtheilung von Herrn Professor Biedermann in Nr. 42 und 43 der Deutschen Allgemeinen Zeitung besonders aus, sowohl durch ihren Achtung gebietenden Umfang als auch durch einen unverhältnißmäßigen Aufwand von sittlicher Entrüstung. Wichtiger ist mir, daß Herr Biedermann seine Ansicht .in einem in Leipzig vielgelesenen Blatte ausgesprochen hat. Ich glaube an der Pleiße noch einige Freunde zu besitzen, und Sie werden, Herr Redacteur, in der Ordnung finden, daß ich ein leipziger Blatt ersuche, seine Spalten einer Erwiderung zu öffnen.

Zuvörderst muß ich Herrn Biedermann bitten, wenn über ernste vaterländische Angelegenheiten verhandelt wird, weniger von meiner Person und mehr zur Sache zu sprechen. In einem Athem wirft er mir vor: ängstliche Rücksichtsnahme, Mangel an Glauben an mich selbst, vermeßnen Muth der Verzweiflung, träge Thatlosigkeit, endlich und vor allem leidenschaftliche Heftigkeit. Ich bekenne, daß ich beim Besprechen vaterländischer Dinge leicht warm werde; mir ist es nicht gegeben, über Deutschlands trübste Zeit mit derselben breiten Gemächlichkeit zu reden, wie über die Schicksale Hinterindiens. Aber wenn meine Weise zu schreiben wenig gemein hat mit der epischen Ruhe und Fülle der Leitartikel der D. A. Zeitung — folgt daraus, daß meine Gegner der Mühe überhoben sind, meine Gründe zu widerlegen? Herr Biedermann und andere Gesinnungsgenossen scheinen in der That diese Schlußfolgerung gezogen zu haben. Mir ist noch kein Blatt zu Gesicht gekommen, das auch nur versucht hätte, die Bedenken zu widerlegen, welche ich gegen die Lebensfähigkeit eines herzoglichen Schleswig-Holstein unter preußischer Oberhoheit ausgesprochen habe.

Ich habe versucht zu beweisen, daß durch die von Herrn Biedermann ersehnte sogenannte bundesstaatliche Unterordnung Schleswig-Holstein ein Vasallenstaat Preußens werden würde. Statt dies zu widerlegen, ruft man von allen Seiten, das sei schmählicher Hohn. Ich aber habe im trockensten Ernste geredet und ich bitte meine Gegner, sich bei den beiden, mit den Institutionen des Bundesstaates praktisch vertrauten Völkern zu erkundigen, ob diese in der Unterwerfung der Herzogthümer unter die Militärhoheit Preußens irgend etwas zu entdecken vermögen, was dem Bundesstaate gleicht. Ich bin überzeugt, jeder Schweizer, jeder Nordamerikaner wird auf diese Frage nur mit verwundertem Lächeln antworten. Ich habe sodann ausführlich nachgewiesen, daß ein von Parteihader und nationalen Gegensätzen zerrissener, mit Schulden überladener und dennoch zu durchgreifenden inneren Reformen gezwungener Kleinstaat nicht fähig sein wird, Deutschlands Nordmark auf die Dauer zu schirmen. Je mehr man sich die Details dieses kleinstaatlichen Daseins vergegenwärtigt, desto mehr wächst das Mißtrauen gegen seine Lebenskraft.

Man stelle sich das Nebeneinander königlicher und herzoglicher Behörden lebhaft vor die Augen; man male sich die verwickelte Lage aus, welche in jenem angegriffenen Aufsatze kurz geschildert wurde; man beachte, daß die Herzogthümer ein Offiziercorps für ihr Heer nicht besitzen und in dieser Hinsicht wesentlich von Preußens Gnade abhängen; man denke sich die unklaren Rechtsverhältnisse jenes norddeutschen Kanals, auf dessen Bau Preußen nicht verzichten kann und dessen Ufer preußisch sein müssen: — und man wird zugestehen, daß die sogenannte bundesstaatliche Unterordnung ein unhaltbarer Zustand ist — ein Zustand, den die Einheitspartei zwar im äußersten Nothfalle als einen traurigen Nothbehelf annehmen, doch nimmermehr von vornherein erstreben darf. Die Geschichte des deutschen Bundes bietet bereits ein warnendes Beispiel. Die Herrschaft Knyphausen stand lange Zeit unter der Suzeränetät des Großherzogthums Oldenburg. Hier, unter ungleich einfachern Verhältnissen, endete der halbe unwahre Zustand damit, daß der größere Staat den kleineren verschlang. In den Herzogthümern wird nach menschlichem Ermessen derselbe Fall noch weit früher eintreten. Auf alle diese sachlichen Erwägungen weiß Herr Biedermann nur Folgendes zu antworten: es soll gar kein dauerhafter Zustand in den Herzogthümern begründet werden, es soll ein Provisorium dort bestehen, bis dereinst der deutsche Bundesstaat nur durch ein außerordentliches Ereigniß, vielleicht erst in fünfzig Jahren, gegründet werden kann. Mögen sich die Schleswig-Holsteiner bei Herrn Biedermann für seine schmeichelhafte Meinung bedanken. Ich kann mich nicht entschließen, einen edlen deutschen Stamm

als einen Cadaver zu betrachten, gut genug, um versuchsweise während zweier Menschenalter erbkaiserlich=bundesstaatliche Experimente mit ihm anzustellen. In den Herzogthümern beginnt endlich, dem Himmel sei Dank, die Einsicht sich zu regen, daß unsere Nordmark einer endgiltigen Regelung ihrer Verhältnisse bedarf. Schon wagen brave Männer sich offen als Annexionisten zu bekennen — Männer des Bürgerstandes, welche man mit den beliebten Schlagwörtern „Junker" und „Reactionär" nicht abfertigen kann. Während die undeutsche Gesinnung der Particularisten von Tag zu Tag greller hervortritt, erhebt eine tapfere Partei im Lande bereits den Ruf: „Anschluß an Preußen um jeden Preis!" Sie stellt, wie dem Patrioten geziemt, die Pflicht gegen Deutschland höher als die Rücksicht auf das deutsche Privatfürstenrecht, sie behandelt die Einsetzung des Herzogs Friedrich als eine offene Frage. Das sind gute Zeichen, hocherfreuliche Thatsachen.

Statt auf die Zustände der Herzogthümer einzugehen, klammert sich Herr Biedermann an zwei Stellen meiner Schrift. Manche ehrenwerthe Männer meinen, das positive Recht allein müsse in Schleswig=Holstein entscheiden. Diesen habe ich die Behauptung entgegengestellt, daß die Frage der Herzogthümer nicht nur eine Rechtsfrage ist und daß auch die sogenannte bundesstaatliche Unterordnung mit dem positiven Rechte nicht im Einklange steht. Ein Herzog, der die Militärhoheit, die Vertretung des Staates nach Außen und andere Hoheitsrechte an einen andern Fürsten abgetreten hat, befindet sich unzweifelhaft nicht mehr im Genusse der bundesrechtlich vorgeschriebenen Souveränität. An dieser Thatsache wird durch sittliche Entrüstung nichts geändert.

Alsdann hebt Herr Biedermann einen anderen Satz aus meinem Schriftchen heraus und verwickelt denselben mit verschiedenen Bruch=stücken aus meinen „historischen und politischen Aufsätzen" zu einem Knäuel von Behauptungen. Ich ziehe vor, diesen Knoten, der nicht von mir geschürzt ward, zu durchhauen statt ihn zu entwirren. Schon man=cher einsichtige Freund hat mir vorgeworfen, daß ich meine Ansichten über die nationale Politik allzu offen ausspreche. Herr Biedermann dagegen findet meine Meinung undeutlich. Ich erlaube mir, ihm mit wenigen Worten reinen Wein einzuschenken. Den wichtigsten praktischen Fortschritt, welchen Deutschlands Einheit in den jüngsten zwei Jahr=hunderten gemacht hat, erblicke ich darin, daß Preußen zu einer Groß=macht herangewachsen ist und verlebte Kleinstaaten beharrlich seinem kräftigen Körper angegliedert hat. Dieses Staates Macht zu wahren und zu mehren halte ich für die erste Pflicht des deutschen Patrioten. Trachtet Preußen, wie im gegenwärtigen Augenblicke, mit einiger Aus=

sicht auf Erfolg nach der Erweiterung seiner Grenzen, so sind wir alle verpflichtet, dies preiswürdige Unternehmen zu unterstützen. Einen solchen Gewinn zu mißachten in der Hoffnung auf einen irgendeinmal und irgendwie eintretenden deutschen Bundesstaat scheint mir verkehrt. Ich habe in dem von Herrn Biedermann citirten Buche versucht, die ungeheuren Schwierigkeiten darzulegen, welche sich einem Bundesstaate monarchischer Staaten von sehr ungleicher Macht entgegenstellen. Ich kam dabei — auf die Gefahr hin, die Lieblingsvorstellungen vieler deutscher Gelehrten zu zerstören — zu dem Ergebniß, daß die Geschichte Deutschlands der Entwicklung Italiens näher steht als den Zuständen Nordamerikas und der Schweiz. Aber ich weiß, daß viele Wege nach Rom führen; ich weiß, daß nicht die Logik das höchste Gesetz im Leben der Völker bildet. Ich bin der doctrinäre Thor nicht, heute schon ein detaillirtes Programm für eine Frage aufzustellen, welche vielleicht erst in einem Menschenalter praktisch wird. Herr Biedermann freilich bezeichnet mich als radikalen Unitarier. Zu seiner Ehre nehme ich an, daß er mein Buch nur durchblättert hat; wenn er auf S. 589 f. nachschlägt, wird er finden, daß er mir Unrecht gethan hat. — Nur Eines scheint mir schon jetzt sicher: daß Deutschlands Einheit allein zu erreichen ist durch den Anschluß der Kleinstaaten an Preußen. Die Weise dieses Anschlusses hängt ab von Verhältnissen, die kein Seher heute ahnen mag.

Die brennende Frage des Augenblicks dagegen steht nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit der Frage der deutschen Zukunft. Jahrelang haben unsere Patrioten geglaubt, die schleswig-holsteinische Frage sei die deutsche Frage selber; wer die eine löse, werde auch die andere zum Ende bringen. Die Erfahrung hat das Irrige dieser Meinung offenbart; und ich zweifle nicht, Herrn Biedermanns jetzige Ansicht, die schleswig-holsteinische Frage sei die deutsche Frage „im Kleinen", wird schon in der nächsten Zukunft als gleichfalls unhaltbar sich erweisen. Wie immer die Entscheidung im Norden fallen mag, das Problem der deutschen Zukunft wird nach wie vor unverändert vor uns liegen. Ist es überhaupt möglich, einen Staat von 19 Millionen Menschen mit einigen Dutzend Kleinstaaten zu einem lebensfähigen Bundesstaate zu verschmelzen, so muß dies auch möglich sein, wenn dieser Staat 20 Millionen zählt. Die Unterordnung Schleswig-Holsteins unter Preußens Oberhoheit bildet keinen Präcedenzfall für den deutschen Bundesstaat; denn zwischen einem Vasallen und dem gleichberechtigten Gliede einer großen Föderation ist ein himmelweiter Unterschied. Desgleichen die Annexion eines bisher abhängigen und augenblicklich herrenlosen Landes, das einer

Neuordnung bedarf, bildet keinen Präcedenzfall für die Annexion von Staaten, welche seit einem halben Jahrhundert der Selbständigkeit und einer rechtlich anerkannten Ordnung sich erfreuen. Daher glaube ich, auch die unbedingten Anhänger des Bundesstaates sind in dem vorliegenden außerordentlichen Falle verpflichtet, für die Annexion zu wirken, damit nicht einem problematischen zukünftigen Gute zu Lieb' ein realer gegenwärtiger Gewinn verscherzt werde. Herr Biedermann mag diese Ansichten falsch, er mag sie ruchlos oder auch „unorganisch" finden: an Deutlichkeit lassen sie sicherlich nichts zu wünschen übrig.

Der Ausgang des transalbingischen Handels wird schwerlich den Hoffnungen der Patrioten entsprechen. Die Verbindung Preußens mit Oesterreich wird, wie zu fürchten steht, sich bestrafen, und auch der Zeitpunkt kann kommen, da fremde Mächte, gewarnt durch die patriotischen Mahnungen mittelstaatlicher Diplomaten, plötzlich entdecken, das Gleichgewicht im Norden sei gefährdet. Die Haltung der Presse wird freilich auf diese Dinge nur geringen Einfluß üben; darum kann einem großen Theile der liberalen Zeitungen doch nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie nicht rechtzeitig verstanden, über einer großen nationalen Machtfrage den Groll der Partei zu vergessen. Es ist die alte niederschlagende Erfahrung: so lange beim schäumenden Becher gesungen und geredet wird, scheinen wir *eine* Nation; kommt es zum Handeln, so sind wir unser dreiunddreißig!

Noch ein Wort an meinen Gegner persönlich. Vor einigen Wochen überraschte uns Herr Biedermann durch die Bemerkung, das Verbot der Deutschen Allgemeinen Zeitung in den vierziger Jahren bezeichne einen Wendepunkt in der Geschichte Preußens; er knüpfte daran die Vermuthung, das wiederholte Verbot des Blattes im Jahre 1864 werde abermals verhängnißvoll werden für den norddeutschen Großstaat. Ich halte die Deutsche Allgemeine Zeitung für ein sehr ehrenwerthes Blatt; jedoch ob wirklich ein so inniger Zusammenhang besteht zwischen den polizeilichen Erlebnissen desselben und den Geschicken Preußens — über diese Frage ist die historische Kritik zu einem abschließenden Urtheile noch nicht gelangt. Wer mit so hoch gesteigertem Selbstgefühl aus luftiger Höhe auf seine Gegner schaut, dem widerfahren leicht ärgerliche kleine Ungenauigkeiten. Hätte z. B. Herr Biedermann es der Mühe werth gefunden, meinen Namen zu lesen, so würde er mich nicht hartnäckig mit einem meiner Verwandten verwechselt haben, der an meinen politischen Sünden schuldlos ist. Auch ist es im gesitteten politischen Streite nicht üblich, dem Gegner „herzliches Mitleid" auszusprechen. Ich

wenigstens bedaure, diese christliche Empfindung des Herrn Biedermann nicht annehmen zu können.

Jene Leser der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig, welche sich noch mit einiger Theilnahme meiner erinnern, bitte ich einfach, meine kleine Schrift selber zu lesen. Dann werden sie finden, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung ein unrichtiges Bild von dem Aufsatze gegeben hat. Dann werden sie auch begreifen, warum ich für die Zukunft darauf verzichte, mit Herrn Biedermann einen literarischen Straus auszufechten.

Die Parteien und die Herzogthümer.

Freiburg i. B., den 23. September 1865.

Am 5. Oktober 1665 wurde die Universität Kiel von den Gottorper Herzögen gegründet. Sind wir recht berichtet, so hat die akademische Obrigkeit die Losung ausgegeben, die Hochschule solle ihren zweihundertjährigen Geburtstag mit stiller Trauer begehen. Auf jeden Fall werden die Straßen Kiels am 5. Oktober jenen feierlichen Prunk nicht schauen, der sonst üblich ist an akademischen Jubelfesten. Wir würden den Beschluß der akademischen Behörden loben, wenn er hervorgegangen wäre aus dem tiefen Ekel, den die lärmenden Feste dieses Jahres, inmitten unsicherer Zustände und eines hadernden Volkes, in jedem ernsten Manne erwecken mußten. Offenkundige Thatsachen verbieten leider eine so milde Deutung. Die Kieler Gelehrten haben sich bisher festlichem Jubel keineswegs abgeneigt erwiesen, sie haben oftmals wacker getrunken und getoastet auf das Wohl des Prinzen von Augustenburg und erst kürzlich dessen Geburtstag mit ungewöhnlichem Lärm gefeiert. Wie kommt es doch, daß eine so festlustige Genossenschaft plötzlich vorzieht, die etwas abgespielte tragische Rolle der Niobe unter den Nationen aufzuführen? Fürchtet sie etwa jene frommen Empfindungen des Dankes, die Jedem sich regen müssen beim Zurückschauen auf die Geschicke der Hochschule Kiel? Wem nicht das Herz geschworen ist von kleinlichem Haß und Neide, der wird bekennen, daß die Gnade der Vorsehung Großes gethan hat an diesem Lande und seiner hohen Schule. Der halbtausendjährige Kampf des deutschen und des skandinavischen Wesens in unserer Nordmark ist siegreich beendet. Wo vor zwei Jahren noch der Danebrog flatterte, da weht heute unser Adler auf deutschen Kriegsschiffen. Eben jetzt regen sich die Spaten, um unserer werdenden Seemacht ein festes Bollwerk zu schaffen, und auch die Universität geht, der fremden Herrschaft entledigt, besseren Tagen entgegen. Sind solche Ereignisse und Aussichten dazu angethan, die Kieler Gelehrten mit stiller Trauer zu er-

füllen? Gilt dies Alles Nichts gegenüber der einen Thatsache, daß die Pergamente des Hauses Augustenburg noch nicht die gebührende Anerkennung gefunden haben?

Die Preußischen Jahrbücher sind den Herzogthümern durch alte treue Freundschaft verbunden. In Tagen, da die heut vielgepriesenen Schirmherren des Holstenrechts noch auf anderen Pfaden wandelten, da Herr von der Pfordten die Herzogthümer danisiren wollte und Herr von Beust die Sammlungen für Schleswig-Holstein verbot — selbst in jenen bösen Tagen haben diese Blätter das Recht Deutschlands auf unsere Nordmark vertheidigt. Freilich, es war eine männliche Freundschaft. Zu schmeicheln nach oben wie nach unten haben wir nie verstanden, wir Männer der Mittelpartei. Wir hielten das Volk der Herzogthümer zu hoch, um es zu hätscheln nach Demagogen-Weise und ihm das Ohr zu füllen mit jenen plumpen Lobpreisungen, die dort eine nur zu bereite Stätte fanden. Wir haben uns erlaubt, wenn wir das Volk von Schleswig-Holstein auf Abwegen glaubten, ihm rechtschaffen unsere Meinung zu sagen, und dafür gelegentlich jenen Dank gefunden, dem ein aufrichtiger Freund selten entgeht. Genug, die Jahrbücher lassen sich das Recht nicht nehmen, nach Kiel hinüber ihren Glückwunsch zum Jubelfeste zu senden. Hier ist er, kurz und gut: Möge diese ehrwürdige Universität auch in ihrem neuen Jahrhundert fortfahren, an ihrem Theile mitzubauen an dem Werke deutscher Wissenschaft! Und möge sie unter dem Segen deutscher Herrschaft wiederum werden, was sie heute nicht mehr ist — eine Pflegestätte treuer, opferbereiter Liebe zum Vaterlande.

Es gab eine Zeit, da Kiel seinen Stolz darein setzte, nicht einer Provinz, sondern dem ganzen Vaterlande anzugehören. Wo einst Dahlmann die Lehren eines hochherzigen und hochgebildeten Patriotismus verkündete, dort steht heute der gefeierte Redner des neuen Kiel, Herr Peter Forchhammer. Eine ehrenwerthe gelehrte Körperschaft hört ruhig mit an, wie dieser Herr von dem traurigen Vorrechte der Aularedner, dem Rechte, Gemeinplätze mit feierlicher Gespreiztheit zu sagen, einen unerhört ausgiebigen Gebrauch macht und an wissenschaftlicher Stätte die schalen Redensarten der allergewöhnlichsten Kannegießerei entwickelt. Wenn den Schleswig-Holsteinern dasselbe widerführe, was den Pommern und Schlesiern, den Rheinländern und Westphalen zu ihrem Heile geschehen ist, so wird dies ein Verrath gescholten, ein Eingriff in das Heiligthum des unantastbaren Stammesbewußtseins — Alles im Namen deutscher Wissenschaft! — und wer unter den Collegen in dieser ernsten Krisis nach größeren Dingen fragt als nach dem Stammbaume des Hauses Augustenburg, wird mit ungezogenen Worten als eine unsociale Natur abgefertigt.

Von Dahlmann zu Peter Forchhammer! Wahrlich, Kiel ist nicht mehr was es war. Noch ein anderer Mann aus den besseren Tagen der Hochschule will genannt sein, ein Name hellsten Klanges — Barthold Niebuhr. Ihn müßt Ihr gelten lassen, den Sohn der Marschen; er läßt sich nicht abweisen mit dem beliebten Kraftworte „leichtfertiger Süddeutscher!“ Wie würde der Leidenschaftliche zürnen, wenn er hören könnte, wie seine Landsleute auf sein geliebtes Preußen schmähen, wie die deutsche Vaterlandsliebe Jener, die das große Wort führen im Lande, in den sauberen Versen gipfelt: „Schleswig-Holstein stammverwandt, schmeißt die Preußen aus dem Land!“ Man liebt in den Kieler Gelehrtenkreisen, uns die lange Reihe trefflicher Männer vorzurechnen, welche Preußen den Herzogthümern dankt. Heilsamer als dies eitle bis zum Ueberdruß wiederholte Selbstlob wäre den Schleswig-Holsteinern, wenn sie fragten, was diese ihre Landsleute dem preußischen Staate dankten. Es ist lehrreich, in Niebuhr's Briefen Schritt für Schritt zu verfolgen, wie dem herrlichen Manne der politische Gesichtskreis sich erweitert und das Gemüth reicher und glücklicher wird, seit er Dänemark verlassen hat und in Preußen lernt ein Vaterland zu lieben — wie ihm dann im preußischen Dienste eine vornehme Auffassung der deutschen Frage und herzliche Verachtung der Kleinstaaterei sich bildet — wie er endlich auftritt für das höhere Recht Preußens und der deutschen Nation gegen die legitimen Ansprüche des Hauses Wettin und jene goldenen Worte schreibt, die ein Selbstbekenntniß sind und eine ernste Mahnung an seine Landsleute von heute: „Die Zeit verwandelt sich, Reiche entstehen und werden mächtig, und die kleinen Gemeinden und Fürstenthümer hören auf Staaten zu sein. Denn ein Staat kann nur heißen, was in sich Selbständigkeit hat, fähig ist, den Willen zu fassen, sich zu behaupten und sein Recht geltend zu machen; nicht was einen solchen Gedanken gar nicht hegen kann, was sich einem fremden Willen anschließen und unterordnen muß und diesen ergreifen, wo er der eigenen Lebensfristung am günstigsten erscheint. Solche geschützte Gemeinheiten mögen denen, die in einem Zeitraume von Ruhe in ihnen leben, sehr gemächlich sein, günstig sogar für Literatur und Künste: aber wer nur ihnen angehört, hat kein Vaterland, und ihm gebricht es an dem Besten, was das Schicksal zur Ausrüstung des Mannes zu verleihen vermag. Denn nicht nur in der Knechtschaft ist die Hälfte des Mannes geraubt; ohne Staat und unmittelbares Vaterland gilt auch der Beste wenig, durch sie auch der Einfältige viel.“

So kühn und frei stand vor mehr denn fünfzig Jahren der größte Schüler Kiels dem Räthsel unserer Zukunft gegenüber — der conserva-

tive Mann, den unsere sich so radikal dünkenden Demokraten längst unter das alte Eisen geworfen haben. Fast scheint es, dies halbe Jahrhundert sei an den politischen Ideen der Deutschen spurlos vorübergegangen. Heute wie damals werden Niebuhr's hohe unitarische Gedanken nur von einer verschwindenden Minderzahl verstanden. Die Gründe, womit heute das unantastbare Recht des legitimen Augustenburgers vertheidigt wird, scheinen wörtlich abgeschrieben aus den Schriften, welche damals von den Männern des Rheinbundes zum Besten Friedrich August's von Sachsen in die Welt geschickt wurden. Und doch besteht ein großer, für die Gegenwart nicht rühmlicher Unterschied. Die braven Rheinbündler, mit denen Niebuhr zu kämpfen hatte, die Aretin und Hörmann, verfuhren doch als denkende, consequente Männer. Sie wußten, daß nur „Borussomanen" von deutscher Einheit träumen könnten. Ihnen stand fest, daß man nimmermehr beabsichtigen könne, „aus verschiedenen Völkerschaften, z. B. Baiern und Würtembergern, sozusagen eine Nation zu bilden." Die Männer aber, welche heute die alten Rheinbundsweisen des Preußenhasses beharrlich nachsingen, das souveräne Selbstbestimmungsrecht jedes Stammes und Stämmchens vertheidigen und Preußen mit dürren Worten als „eine fremde Macht" bezeichnen — sie haben noch vor wenigen Monaten die preußische Spitze als eine Nothwendigkeit gefordert, und sie gebärden sich noch immer als die Vertreter des Einheitsgedankens. Was hat Preußen an den Herzogthümern so Ungeheures verbrochen? Was ist geschehen in den jüngsten Monaten, das diesen so unerhörten Abfall der großen Masse der nationalen Partei von ihren obersten Grundsätzen rechtfertigen oder auch nur erklären könnte?

Die preußische Regierung hat, wie Jedermann weiß, im Februar die Bedingungen aufgestellt, unter welchen sie bereit sei einen Staat Schleswig-Holstein anzuerkennen. Mochten die Einen, wie der Schreiber dieser Zeilen, diese Forderungen allzubescheiden finden, die Anderen darin Einzelnes erkennen, was die Selbständigkeit der Herzogthümer zu sehr gefährde: ein loyales Programm der preußischen Regierung lag vor, ein Programm, dessen Sätze im Wesentlichen übereinstimmten mit den Forderungen, welche die nationale Partei seit Jahren verfochten hatte. Right or wrong, my country! sagt ein tapferes englisches Wort. Wir sind nicht leichtsinnig genug, um zu hoffen, die politische Zuchtlosigkeit der Deutschen werde sich jemals zu so schneidiger Einseitigkeit des Patriotismus erheben. Nur dies Eine, dies Allerbescheidenste verlangen wir von den Preußen und von Allen, die in Preußen den Staat der deutschen Zukunft sehen, daß sie unentwegt zu unserem Staate halten, wenn er Recht hat. Dies war der Fall, die Februarforderungen waren gerecht

und einsichtig, und dem Patrioten geziemte, auf seine persönliche Ansicht über Fragen dritten Ranges zu verzichten; er durfte nicht darum eine im Ganzen verständige Politik bekämpfen, weil er etwa meinte, das schleswig-holsteinische Stammesbewußtsein werde beleidigt, wenn künftighin der Adler auf den Briefmarken der Herzogthümer prangte.

Das Berliner Cabinet stellte seine Forderungen hin nicht als einen Gegenstand des Verhandelns und Abdingens; es erklärte, diese Bedingungen müßten erfüllt und sichergestellt sein, bevor von der inneren Einrichtung eines Staates Schleswig-Holstein und von der Ordnung seiner Erbfolge auch nur die Rede sein könne. Wem Deutschlands Einheit mehr ist als eine Phrase, wer in den Fragen nationaler Staatskunst zuerst an das Ganze denkt, dann erst an den Theil, wird auch dies Verfahren des Auswärtigen Amtes selbstverständlich finden. Wenn ein Land, das bisher nur dem Namen nach zu Deutschland gehörte, durch deutsche Waffen in unseren Staatsverband eingefügt wird, so hat Deutschland das Recht, die Bedingungen dieses Eintritts zu dictiren. Es handelt sich hier nicht um Zugeständnisse, die auch unterbleiben könnten und Dank verdienten, sondern um Pflichten gegen das ganze Vaterland, deren Erfüllung im Nothfall erzwungen werden muß. Ein schrankenloses Selbstbestimmungsrecht führt zur frechen Anarchie, führt endlich dahin, daß jede Ortschaft selber entscheidet, ob sie eine Festung sein oder einen Freihafenbezirk bilden will. Nun wohl, rufen die gemäßigten Liberalen, welche den Widersinn dieses Selbstbestimmungsrechtes durchschauen — nicht Preußen, das ganze Deutschland soll entscheiden! Wo ist Deutschland? erwidern wir. Wo ist das rechtmäßige politische Organ unserer Nation? Wollt Ihr im Ernst Euch an den Bundestag wenden, Ihr Männer der nationalen Partei, die Ihr uns jahraus jahrein bewiesen habt, daß der Bundestag nicht zu Recht bestehe und zu jeder That unfähig sei? Diese hohe Körperschaft ist in der Lage des unnützen Knechtes, dem sein langmüthiger Herr nach vielen Besserungsversuchen erklärt hat: beim nächsten Vergehen wirst du fortgeschickt! Nun hat er gute Tage, er darf noch eine Weile lustig drauf los sündigen, bis endlich einmal die Drohung doch zur Wahrheit wird. Einer Behörde, die also zu ihrer Nation steht, können besonnene Männer ein ernsthaftes Geschäft ebenso wenig zuweisen wie dem Abgeordnetentage, dieser improvisirten, tumultuarischen Körperschaft, der es sowohl am Rechte als an der Macht und dem moralischen Ansehen gebricht. Da nun das deutsche Parlament vorläufig und noch auf lange hinaus in Wolkenkukuksheim tagt, so bleibt in unseren chaotischen Zuständen als Vertreter der Interessen der Nation allein übrig der preußische Staat, der zum Ueberfluß im jüngsten Kriege unser Arm und

unser Haupt zugleich war und auch fernerhin gezwungen ist, unsere Nordmark zu schützen. Wenn wir sagen: der preußische Staat, so meinen wir als treue Constitutionelle die Krone und den Landtag. Graf Bismarck hat in diesem Falle seine Pflicht als constitutioneller Minister erfüllt, er verlangte das Urtheil des Landtags und gab ihm die beneidenswerthe Gelegenheit, einmal das Amt des deutschen Parlaments zu üben und im Namen der gesammten Nation zu reden. Wie hat der Landtag die gute Stunde benutzt? Das Herrenhaus billigte die auswärtige Politik der Krone. Das Haus der Abgeordneten — eine minder von Parteihaß zerrissene Zeit wird es dereinst kaum glauben wollen — das Abgeordnetenhaus kam zu keinem Entschlusse über die wichtigste Frage der deutschen Gegenwart. So sah die Regierung nur einen Weg offen, selbst wenn sie mehr Ehrfurcht vor dem Willen der Volksvertretung hegte, als sie wirklich besitzt. Sie mußte auf eigene Faust ihr Februarprogramm durchzusetzen suchen und — bei veränderten Umständen darüber hinausgehen.

Was hat Schleswig-Holstein, was hat die Partei des Nationalvereins gethan, um Preußens gerechte Forderungen zu befriedigen?

Der Prinz von Augustenburg hat nicht nur den hochherzigen Entschluß nicht gefunden, den er fassen mußte, wenn er sein eignes Wort nicht Lügen strafen wollte — sein Wort: ich fordere mein Recht allein um meines Landes willen. Er hat auch in den jüngsten Monaten einen so ungewöhnlich hohen Grad von Unklugheit und Unaufrichtigkeit gezeigt, daß wir nur mit schwerer Sorge in die Zukunft eines Landes schauen könnten, welches von diesem Manne regiert würde. Einsichtige, seinem Hause treu ergebene Rathgeber haben ihm nicht gefehlt. Er aber verschmähte die allein verständige, fast zweifellos zum Ziele führende Politik. Er mußte rückhaltlos auf die Februarforderungen eingehen und diesen Entschluß seinem Lande in der bestimmtesten Weise öffentlich erklären; er mußte bis zum Austrag der Sache als ein schlichter Privatmann in Kiel leben, ohne den Frieden des Landes zu stören, und aus seiner Umgebung mindestens jene Personen entfernen, welche dem Berliner Hofe geradezu als Feinde erschienen. Schloß er sich also unbedingt an Preußen an, so waren nur zwei Fälle wahrscheinlich. Entweder Preußen setzte sein Februarprogramm durch; dann erhielt der Herzog die Stellung eines preußischen Vasallen, welche gemeinhin mit dem wohllautenden Namen „bundesstaatliche Unterordnung" bezeichnet wird und dem dynastischen Selbstgefühle immerhin noch erträglicher sein muß als die Lage eines Prätendenten ohne Land. Oder Preußen ward durch Oesterreich gedemüthigt: — um so besser für die Patrioten im Sophienblatt! Dann eröffnete sich die Aus-

sicht auf die ersehnte unbeschränkte Souveränität. Noch ein dritter Fall war denkbar: Preußen konnte im Uebermuthe des Sieges den Prinzen treulos verlassen. Aber selbst der bitterste Feind des Grafen Bismarck wird zugeben, daß ein solcher Treubruch, nachdem der Prinz die preußischen Bedingungen feierlich angenommen, kein leichtes Werk, kein wahrscheinliches Ereigniß war. Statt dessen hat der Prinz eine Brücke nach der andern abgebrochen, die zur preußischen Krone hinüberführte. Er umgab sich mit Männern von entschieden preußenfeindlicher Richtung, darunter einige Demokraten von jener sonderbaren, halb rothen, halb schwarzgelben und doch nicht ehrlich schwarzrothgoldenen Färbung, die in Berlin aus guten Gründen sehr ungern gesehen wird. Aus solchen Elementen bildete er eine ungesetzliche Nebenregierung, die kein Mittel verwerflicher Demagogenkunst unversucht gelassen hat. Sie ließ durch ihre Agenten und Hofblätter jede erdenkliche Schmähung gegen Preußen und dessen Anhänger verbreiten, sie hetzte die Bürger wider einander zum gehässigsten Parteikampf, sie störte den geregelten Gang der Verwaltung, sie mißbrauchte die Gewalt über die Gewissen wackerer Männer, welche der Prinz in Folge der voreilig geleisteten Huldigung besaß, und verführte Beamte zur Verletzung ihrer Dienstpflicht. Die Blätter des Nationalvereins versicherten bis vor Kurzem beharrlich, diese Kieler Nebenregierung sei ein preußisches Märchen; heute lesen wir in dem Rechenschaftsberichte des Sechsunddreißiger-Ausschusses die Summen, welche „an die herzogliche Landesregierung in Kiel" gezahlt worden sind! Nunmehr, da das Dasein dieser jedem Kinde im Lande wohlbekannten Regierung sich nicht mehr leugnen läßt, versucht man sie zu rechtfertigen, da ja der Herzog legitimer Landesherr sei, also auch das Recht habe zu regieren u. s. w. — Ist das Euer Liberalismus? Ihr, die Ihr sonst jedem Schritte gekrönter Häupter mit schonungsloser Kritik zu folgen pflegt, warum verzichtet Ihr dem Augustenburger gegenüber in allerunterthänigster Kammerherrngesinnung auf Euer sittliches Urtheil? Wir wollen auch dem Kieler Hofe gegenüber Liberale bleiben. Kein Fürst, und sei sein Stammbaum noch so wohl in Ordnung, hat das Recht, ein braves Land, das schon unter dem Unglück einer Doppelherrschaft leidet, noch mit dem Fluche einer im Dunkeln wühlenden und hetzenden dritten Regierung zu belasten. Er hat dies Recht am Wenigsten, wenn er bei einigem Nachdenken sich sagen muß, daß diese schlechten Künste seinem Hause eher schaden als nützen werden. Der Prinz hat das Pflichtgefühl eines Landesherrn nicht bewährt, darum verdient er nicht jenes schonende Urtheil, das er in seiner bedrängten Lage sonst beanspruchen könnte. Während er also Preußen beleidigte, versuchte er sich zu stützen auf Oesterreich, dessen

[illegible] sehr zweifelhaft blieb, und unterhielt tausend [illegible] mit den Mittelstaaten und den Männern des Natio- [illegible] insgesammt die Macht fehlte, ihm wirksam zu helfen. [illegible] Programm beantwortete er in jedem wesentlichen Punkte aus- [illegible] ablehnend und versicherte gemüthlich, es stände besser um [illegible] die Preußen nie in's Land gekommen wären. Als dies bekannt [illegible] die in der Geschichte der Diplomatie einzig dastehende Er- [illegible], er könne das gar nicht geäußert haben. Als ihm hierauf aber- [illegible] eine öffentliche Beschämung bereitet wurde, rechtfertigten seine Hof- [illegible] jenes Wort, dessen Wahrheit sie soeben bestritten hatten. Wenn [illegible] ohne Land also handelte, was durfte man erwarten von dem [illegible] auf dem Throne? Die preußische Regierung that nur das Un- [illegible], als sie endlich jede Verhandlung mit dem unbelehrbaren [illegible] abbrach. Man hat ihr von sehr ehrenwerther Seite vor- [illegible], warum sie denn, kleinlichen Sinnes, dem Prinzen nicht einige [illegible] fürstliche Ehren erwiesen habe. Wir meinen, solche Höflich- [illegible] waren nicht an der Stelle, so lange man in Berlin nicht wußte, ob der Prinz auf die unerläßlichen preußischen Bedingungen eingehen werde; Preußen hätte sich dadurch nur den gerechten Vorwurf treulosen Verhaltens zugezogen. Dagegen ist allerdings gefehlt worden durch die höhnische, schmähsüchtige Sprache der Berliner officiösen Blätter, welche dem Prinzen ein verständiges Verfahren gegen Preußen sehr erschweren mußte. Und da die Augustenburger ihrerseits in Denunciationen und persönlichen Schmutzgeschichten Unvergleichliches leisteten, so ist auch leider aus dem Kreise unserer nächsten Freunde, der liberalen Annexionisten, hie und da eine Aeußerung hervorgegangen, deren persönliche Verbitterung wir begreifen, doch nicht billigen. Ein lustiger persönlicher Ausfall mag dem Politiker gelegentlich zur unschuldigen Ergötzung dienen, wenn das Urtheil seiner Partei bereits fest steht. In Tagen, wo alle Parteien zerfallen und das öffentliche Urtheil erst anfängt sich zu bilden, können solche Gefechte nur schaden. Durch beiderseitige Verschuldung ist der Augustenburger ein erbitterter Feind Preußens geworden. Was man auch anfänglich denken mochte über die Annexion — welcher gute Preuße kann heute noch wünschen, das Blut der preußischen Truppen möge geflossen sein zum Besten eines Thrones, dessen Insasse uns verfeindet ist?

Auch die ehrenreiche Geschichte des Volkes der Herzogthümer ist inzwischen reicher geworden um einige dunkle Blätter, die wir gern hinwegwünschten. Ein starker Bruchtheil der Schleswig-Holsteiner hat sich erwiesen als ein gefügiges Werkzeug in der Hand rühriger Demagogen. Aus der Geschichte der Augustenburgischen Parteiumtriebe erinnern wir

nur an eine Thatsache, die vernehmlicher spricht als lange Schilderungen. Es ist weltkundig, daß der alte Herzog von Augustenburg vor Zeiten in den Herzogthümern sehr verhaßt war. Darum mußte man im Jahre 1848 den naheliegenden Gedanken, den Herzog zum Souverän oder zum Regenten auszurufen, abweisen; die Erhebung klammerte sich an die unfruchtbare juristische Fiction: „wir kämpfen für den Königherzog gegen den Königherzog.“ Der Herzog verzichtete sodann gegen Geld auf sein Erbrecht, durch eine Urkunde, welche eine juristisch werthlose Täuschung war, wenn die Agnaten nicht zugestimmt hatten; er mußte also gerade in den Augen der augustenburgischen Legitimisten als ein Mann erscheinen, der das Recht des Landes, so weit dies in seiner Hand lag, um einige Silberlinge verkauft hatte. Dieser Mann erscheint jetzt in den Herzogthümern, um zu agitiren für das Erbrecht, das er sich abkaufen ließ, und in demselben Nordschleswig, das einst dem hochfahrenden, rücksichtslosen Grundherrn geflucht, spannt man ihm unter brausendem Jubelruf die Pferde vom Wagen. Hält man in Kiel die böse Welt wirklich für so kindlich, daß sie an die Echtheit und Reinheit eines solches Volkswillens glauben sollte? Man wende nicht ein, der gesetzte Sinn des Schleswig-Holsteiners widerstehe jeder Verführungskunst. Wer das Glück hat, in Baden zu leben unter den festen, aufrechten Alemannen, muß die beliebten reaktionären Klagen wider den unstäten, meisterlosen Sinn des badischen Volkes als ein Parteimärchen belächeln; und doch ward dieser wackere Stamm vor sechszehn Jahren durch radikale Demagogen, die ihn beharrlich als den feinsten und gebildetsten der deutschen Stämme priesen, zu einer sinnlosen Empörung verführt: er kämpfte für die Reichsverfassung gegen eine Regierung, welche die Reichsverfassung freiwillig anerkannt hatte! Genau so, und durch das gleiche Mittel plumper Schmeichelei gegen den Kernstamm aller Kernstämme haben legitimistische Demagogen einen Theil der Schleswig-Holsteiner heute in eine solche Verwirrung aller Begriffe hineingetrieben, daß man den Verkäufer des Landesrechts als den Vertreter des Rechts feiert. So leicht ist es, in einem Volke von geringer politischer Erfahrung ein Strohfeuer zu entzünden! Die Hebel dieser Agitation bildeten, außer der Schmeichelei und Einschüchterung, vornehmlich der schlichte Rechtssinn des Volkes — denn es gereicht dem Gemüthe unserer Nation zur Ehre, ihrer politischen Befähigung zur Unehre, daß sie politische Fragen nach den Gesichtspunkten des Civilprozesses zu beurtheilen liebt — und sodann die bequeme Selbstsucht, welche sich fürchtet vor den hohen Staatslasten in Preußen. Die Gesinnung der Masse ist hier, wie fast überall in Deutschland, durchaus partikularistisch: zuerst wir und unser Herzog, dann mag Deutschland zusehen,

ob wir ihm einige Garantien für die Interessen der Nation zu gewähren geruhen! Nur ein letzter Schritt führt von solcher Denkweise zu dem Feldgeschrei: lieber dänisch als preußisch!

Das trübe Chaos solcher Gedanken wird dem großen Haufen mundgerecht gemacht durch das Schlagwort: Selbstbestimmungsrecht! Die praktischen Folgen dieses liberum veto der deutschen Stämme liegen jetzt vor Aller Augen: in Lauenburg. Dort hat das Selbstbestimmungsrecht seinen glänzendsten Triumph gefeiert. Die Volksvertretung entschied sich für die Personalunion mit der Krone Preußen, das Völkchen zeigte sich einverstanden mit seinen Vertretern, und der Mitbesitzer ward abgefunden (dieser rechtmäßige und den Lauenburgern sicherlich sehr angenehme Hergang wird freilich von den süddeutschen Liberalen als Länderschacher verdammt). Kein legitimes Erbrecht ward dabei verletzt; denn heute wird doch kein ehrlicher Mann mehr die lächerliche Behauptung wiederholen, daß der Herzog von Augustenburg der Souverän von Lauenburg sei, weil er den Titel führt: Erbe von Norwegen. Wie kommt es doch, daß dieser durchaus correkte Vorgang, diese gewissenhafte Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes unter unseren liberalen Freunden laute Mißbilligung findet? Fühlen sie endlich, daß auch der Volkswille das Unvernünftige wollen kann? Begreifen sie, daß es weder recht noch anständig ist, wenn die Lauenburger zu den Preußen sagen: „Ihr habt die fremde Herrschaft von uns genommen. Zum Dank dafür wollen wir uns unter den Schutz der preußischen Krone begeben und die Annehmlichkeiten des Zollvereins und einer stehenden Garnison genießen. Ihr zahlt für uns die hohen Steuern und erfüllt die harte Wehrpflicht; in unserem Phäakenländchen soll der Braten sich auch fürderhin lustig am Spieße drehen.“ —? Wir, die wir nie an das absolute Selbstbestimmungsrecht der Theile geglaubt, haben ein Recht, die zu weit gehenden Zugeständnisse an den lauenburgischen Volkswillen lebhaft zu bedauern, und finden einen Trost nur in der zuversichtlichen Hoffnung, daß der gegenwärtige Zustand ein Provisorium ist und das selbstzufriedene kleine Herzogthum über lang oder kurz einen Kreis der preußischen Provinz Schleswig-Holstein bilden wird. Die augustenburgische Partei hegt über ihre Pflichten gegen Deutschland genau dieselben Ansichten wie der stillvergnügte lauenburgische Landtag; kein Wunder, daß sie bei der Masse Anklang fand.

So ging denn die Agitation der Kampfgenossen- und schleswig-holsteinischen Vereine fröhlich weiter, und in solcher Parteiverbitterung kam einem Theile des Volkes jede Billigkeit so gänzlich abhanden, daß kürzlich eine Adresse aus Angeln Schmerz und Entrüstung aussprach über den Raub, welchen der Wiener Frieden an dem Boden Schleswigs be-

gangen habe. Also die verständige Grenzregulirung, welche den ganz unhaltbaren Verhältnissen im Amte Ripen und auf den friesischen Inseln ein Ziel gesetzt hat, gilt diesen Fanatikern als ein Raub! Ueberall fanden nur Wenige den Muth, sich den einsichtigen und entschlossenen Männern der nationalen Partei anzuschließen. Indessen bewährte die preußische Armee, daß sie dem Bilde nicht entspricht, welches die Männer der äußersten Linken von ihr zu entwerfen lieben. Die Truppen bewahrten inmitten des gehässigen Parteitreibens eine musterhafte Haltung, und wer die Bedeutung dieses Heeres für unsere Zukunft zu würdigen weiß, wird mit Befriedigung die freundlichen Abschiedsgrüße lesen, welche heute die Städte Schleswigs ihren scheidenden Garnisonen nachrufen. Der preußische Commissär stand nahezu machtlos neben Herrn v. Halbhuber, der die augustenburgischen Bestrebungen unverhohlen beförderte. Wie die Dinge lagen, wird jeder Billigdenkende gestehen, daß Preußen in diesen Monaten der Aufregung und Verwirrung die Stände nicht einberufen durfte. Die Stimmung der einzelnen Landestheile war sehr verschieden, wie wir dies vor acht Monaten voraussagten. Die deutschen Schleswiger zeigten in der That den Preußen eine weit freundlichere Gesinnung als die Holsten. Nur in einem Punkte bekennen wir, uns geirrt zu haben — hinsichtlich der Stimmung Nordschleswigs. Wenn wir glaubten, Nordschleswig werde lieber einem schwachen, den Zerfall drohenden Kleinstaate angehören wollen, als dem starken Preußen, so sind wir inzwischen, Dank dem Fanatismus der augustenburgischen Beamten, thatsächlich widerlegt. Das rücksichtslose Verfahren dieser Beamten gab Anlaß zu einigen ungerechten und vielen sehr gerechten Beschwerden. Was würden wir denn sagen, wenn die Franzosen den Elsässern den Gebrauch deutscher Ladenschilde verbieten wollten?*) So ist in dem Grenzlande die vorherrschende Meinung entstanden: „Wir wollen zurück zum alten Dänemark. Ist dies unmöglich, so betrachten wir Preußens Herrschaft als das geringere Uebel, denn Preußen hat uns den Willen gezeigt, unser Volksthum so weit möglich zu schonen. Doch nimmermehr wollen wir diesen Augustenburgern gehorchen, die uns mit dem Hochmuthe des sieglosen Siegers behandeln!" —

So war die Lage im Lande vor dem Gasteiner Vertrage. Wenn der Partei des Nationalvereins außerhalb der Herzogthümer das Wohl unserer Nordmark ernstlich am Herzen lag, so mußte sie das Volk von Schleswig-Holstein für die Februarforderungen zu gewinnen suchen. Sei Einer noch so überzeugt von dem absoluten Selbstbestimmungsrecht — ein sou-

*) Falsche Zeitungsnachricht. Ein solches Verbot ist von den deutschen Beamten in Nordschleswig nie erlassen worden.

veränes Volk ist doch kein unbelehrbares Wesen; man hatte Monate vor sich, um durch die Presse und persönlichen Zuspruch die Versöhnung zwischen Preußen und den Herzogthümern vorzubereiten. Diese unabweisbare Pflicht ist nicht erfüllt worden. Mit Ausnahme weniger Blätter, deren Muth wir nicht genug loben können und die dann auch von dem Nationalverein geächtet wurden, hat die große Masse der liberalen Blätter die preußischen Forderungen erst geschmäht, nachher todtgeschwiegen und durch unermüdliches Schimpfen wider den preußischen Staat, nicht blos gegen den Grafen Bismarck — den partikularistischen Trotz der Herzogthümer absichtlich großgezogen.

Doch dies ist nur ein unbedeutendes Symptom der alten schweren sittlichen Krankheit unseres Volks, die in den letzten Monaten sich schrecklich verschlimmert hat. Jetzt erst ermessen wir ganz die entsittlichenden Wirkungen unserer Zersplitterung, jetzt erst wissen wir, was es heißen will, daß diese Nation kein gesetzliches Organ ihres Willens besitzt und ihre Politiker in formlosen Versammlungen eine recht eigentlich unverantwortliche Staatskunst treiben. Wenn eine begeisterte Versammlung einstimmig Gut und Blut einzusetzen schwört und jeder Anwesende in der Stille den felsenfesten Entschluß faßt, er seinerseits werde keinen Kreuzer zahlen, keinen Säbel ziehen: so mag man dies zum ersten und zum andern mal als eine harmlose Kraftübung unbeschäftigter Lungen und souveränen Unverstandes belächeln. Wiederholt sich aber die Erscheinung, wird sie gar epidemisch, so erschrecken wir vor den Folgen. Zu Bergen thürmen sich die Phrasen auf, die besten Worte verlieren ihren Sinn, auch der ehrliche Mann wird zum Lügner, denn ihm kommt das Bewußtsein abhanden, daß man einstehen soll für seine Reden. Null und nichtig — Gut und Blut — die Krone darein werfen — Länderschacher — Brandmarken — schreiende Rechtsverletzung — himmelschreiende Vergewaltigung — durch Kraftworte dieses Schlages wissen unsere Vereine und ein guter Theil unserer Presse mit den Nordamerikanern würdig zu wetteifern. Wir glaubten sie endlich überstanden, jene Volksversammlungen schauerlichen Andenkens, da das souveräne Volk von Pflaumloch und Bopfingen am Nipf die Londoner Conferenzen für null und nichtig erklärte. Jedes neue Zeitungsblatt belehrt uns, daß die Krankheit fortwährt. So eben hat eine schwäbische Volksversammlung beschlossen, der Abgeordnetentag solle sich im Nothfalle als Vorparlament constituiren. Wollte Gott, unter den Hunderten, die diese Tollheit beschlossen, wäre auch nur Einer wirklich toll gewesen, vor Leidenschaft! Aber diese braven Leute befanden sich allesammt in der friedfertigsten Gemüthsstimmung, sie könnten morgen die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses decretiren und

würden übermorgen mit der Ruhe des Weisen ihren Kohl bauen, ihre Steuern zahlen und vor dem Feldjäger den Hut ziehen. Einem der Hauptförderer solchen Treibens, Herrn Pastor Schrader in Kiel, war beschieden, das boshafteste Pasquill auf sein eigenes Thun zu schreiben. Als seine Holsten wieder einmal einen Protest beschlossen, da meinte er, so milde Worte geziemten sich wohl für einen gesetzgebenden Körper, der eine Verantwortlichkeit trage, nicht für eine Volksversammlung. Man debattirte von Neuem, man fügte dem Beschlusse einige Redensarten hinzu, welche in unseren Complimentirbüchern nicht enthalten sind, und die unverantwortlichen Patrioten zogen fröhlich von dannen. Doch was vermag die warnende Stimme des Einzelnen wider diese epidemische Verblendung? Nur eine Heilung giebt es für solche Krankheit. Die Phrase muß so riesenhaft anschwellen, daß sie endlich in ihrem eigenen Fett erstickt. Einmal doch muß der überreiche Schatz deutscher Schimpf- und Kraftwörter sich erschöpfen, einmal doch werden die Liberalen müde werden, deren neue zu erfinden. Dann wird man erwachen und mit Schrecken erkennen, daß unsere politische Erziehung von vorn zu beginnen hat.

Seit zweiundzwanzig Monaten ist lichterlohe sittliche Entrüstung der alltägliche Gemüthszustand des normalen deutschen Redacteurs und Volksredners; in dem gellenden Lärm der sich gegenseitig überschreienden Stimmen weiß Keiner mehr was er sagt. Wer während der jüngsten Krisis mit anhören mußte, wie die Blätter der Mittelstaaten mit tobendem Hetz! Hetz! Oesterreich in den Bürgerkrieg zu treiben suchten, der mochte meinen, diese kleinstaatliche Bevölkerung sei ebenso von todesmuthigem Hasse gegen Preußen beseelt, wie die Conföderirten gegen die Yankees. Und doch war Alles nur Phrase. Dieselben sächsischen Blätter, welche Oesterreich mit Scheltworten überhäuften, weil es verständig genug war nachzugeben, dankten im Stillen dem Himmel, daß ihr idyllisches Ländchen nicht zum Kriegsschauplatze geworden, und unter den süddeutschen Preußenfeinden war kaum Einer, der nicht in den keuschen Tiefen seines Busens die fröhliche Hoffnung trug, sein Staat werde an dem Kriege sich nicht betheiligen. Ebenso steht es mit dem Muthe der augustenburgischen Partei in den Herzogthümern. Man scheut sich nicht zu jubeln, wenn Herr Drouyn de Lhuys unfreundlich über die preußische Politik redet: — oh daß wir ihn nie gehört hätten, diesen Jubelruf aus deutschem Munde! Doch ein ernstliches Verlangen nach einem Bürgerkriege oder gar nach der Einmischung des Auslandes hegt Niemand, Niemand.

Oftmals mußten wir bei dem Gebahren der liberalen Presse uns

schmerzlich fragen: wo ist sie noch die deutsche Redlichkeit und Treue? Jedes noch so durchsichtige Märchen der Augustenburger ward treulich nachgebetet. Kein noch so ernsthafter Einwand erregte auch nur auf Augenblicke Besinnen und Bedenken. Den faulsten Fleck in den Rechtsansprüchen des Prätendenten bildet sicherlich die Thatsache, daß sein Vater sein Erbrecht verkaufte und der Sohn erst nach Jahren dawider protestirte. Dies Bedenken war zunächst nur sittlicher Natur, denn rechtsgiltig blieb auch der späte Protest. Nun wiesen vor einigen Monaten die preußischen Kronjuristen nach, und die Augustenburger mußten es zugestehen, daß der alte Herzog das von Dänemark empfangene Geld verwendet hat zur Stiftung eines Familienfideicommisses und der Prätendent dieser Verwendung förmlich zugestimmt hat. Also, der Vater verkauft die Erbansprüche, der Sohn genehmigt, daß der Kaufpreis zu seinem, des Sohnes, Vortheil verwendet wird, und macht dennoch den Erbanspruch geltend. Wir gestehen, diese Thatsache hat uns, die wir auch nach dem Lesen der oldenburgischen Denkschrift die augustenburgischen Ansprüche für die besser begründeten hielten, zum ersten male stutzig gemacht. Will man einmal eine große nationale Frage mit den Augen des Advokaten betrachten, so muß man doch gestehen, daß der Prätendent rem et pretium fordert. Die liberale Presse ist durch diese Enthüllung zu nichts Anderem veranlaßt worden, als zu einigen Schmähreden mehr gegen die preußischen Kronjuristen — wiederum mit Ausnahme einiger muthiger Blätter, die bereits als Verräther am Liberalismus gelten. So lebte man weiter in Scheltworten und unausrottbaren Parteivorurtheilen, die besonnenen Männer zogen sich Einer nach dem Andern von dem lärmenden Treiben zurück. Am häufigsten nahm der Liberalismus für den Augustenburger Partei in Süddeutschland. Zunächst aus einem sehr nahe liegenden Grunde, den ein trefflicher süddeutscher Staatsmann drastisch ausgesprochen hat. Ein Agent des Augustenburgers äußerte an einem süddeutschen Hofe: woher kommt es nur, daß unsere Sache im Süden mehr Anklang findet als im Norden? Darauf Jener: „Sehr natürlich. Hier kennt man Euch noch nicht." Zu dieser Unkenntniß der nordalbingischen Dinge kam die nicht minder gründliche Unkenntniß der großen Politik — man hat in dem Stillleben dieser kleinstaatlichen Welt gar keine Ahnung, was der Krieg ist und was die Macht im Völkerleben bedeutet — endlich und vornehmlich der Preußenhaß. Niemals schmerzlicher als in dem jüngsten Kriege haben wir empfunden, welch ein Segen die Staatseinheit ist auch für den Charakter eines Volkes. Während im Einheitsstaate jeder Erfolg der vaterländischen Waffen von jedem Bürger mit rechtschaffener Freude wie ein persönlicher Triumph empfunden wird,

regt bei uns der Sieg alle niedrigen Leidenschaften auf. Man freute sich wohl im Süden der Niederlage der Dänen; aber warum mußten grade diese Preußen den Sieg erfechten? Nachher haben die Scheelsucht von der einen, die Prahlerei von der andern Seite mit einer gewissen Nothwendigkeit sich gegenseitig großgezogen, und heute ist im Süden der Augustenburger schon darum populär, weil er ein Feind Preußens ist.

Wir fürchten, die Politik der großen Worte und der permanenten sittlichen Entrüstung wird in diesen Tagen ein letztes unfruchtbares Schaugepränge aufführen: auf dem Frankfurter Abgeordnetentage. Wir bedauern die vielen hochachtbaren Männer, welche dort tagen werden, wir bedauern noch schmerzlicher diese unglückliche Nation, die — mediatisirt wie sie ist — augenblicklich nur die Wahl hat, entweder auf die Kundgebung ihres Gesammtwillens zu verzichten, oder sich durch eine nichtige Demonstration dem Gespött Europa's preiszugeben. Der Abgeordnetentag hat sich einmal ein großes Verdienst erworben, als er sein verwerfendes Votum abgab über die phantastischen Pläne des Fürstentages; damals stand ihm die öffentliche Meinung — und der preußische Staat zur Seite. Noch einmal, im December 1863, konnte er Einiges leisten, als die Höfe, verwirrt und geängstet, über den Charakter der schleswig-holsteinischen Bewegung im Unklaren waren. Heute wissen die Höfe längst, wie harmlos und zu jeder That unfähig diese Aufregung gewesen. Der Augenblick für die neue Versammlung konnte nicht unglücklicher gewählt werden. Der preußische Landtag, eine legitime Volksvertretung, ist heute nahezu ohnmächtig. Meint man, eine Versammlung, die sich selber berufen hat, werde größern Einfluß üben? Durch welche Mittel will man denn wirken? Durch Worte, Worte, Worte. Aber die deutschen Superlative sind durch die Presse und die Vereine abgenutzt, es wird nicht leicht sein den Herodes zu überherodessen. Auf wen denkt man zu wirken? Etwa auf die beiden Großmächte? Man täusche sich nicht: am Berliner und am Wiener Hofe gilt der Abgeordnetentag als eine verwerfliche Wühlerversammlung; sollten seine Beschlüsse von jenen Höfen überhaupt beachtet werden, so wird die Wirkung sicherlich nicht die beabsichtigte sein. Oder auf die Mittelstaaten? Ueber die Macht dieser Bundesgenossen kann heute Niemand mehr im Zweifel sein, ihre Zuverlässigkeit muß gerade den tüchtigsten Elementen der Versammlung sehr verdächtig erscheinen; denn Karl Brater und Hr. v. Beust haben mit einander im Grunde Nichts gemein als den Haß gegen den Grafen Bismarck, und selbst diese Empfindung stammt bei Beiden aus sehr verschiedenen Quellen. Oder hofft man die öffentliche Meinung umzustimmen? Nun, wir können versichern, daß bei uns im Süden unter Hunderten

kaum Einer der Versammlung mit ernstlicher Spannung entgegensieht; und daß der Norden sich noch weit theilnahmloser verhält, ist durch die zahlreichen Absageschreiben preußischer Abgeordneten erwiesen. Wenn diese Blätter die Presse verlassen, ist der Abgeordnetentag vermuthlich beendet. Dann werden — wir wagen die Prophezeiung — einige Parteiorgane, die noch immer sprechen, als seien wir um zwei Jahre jünger, mit hohem Pathos reden von der erhabenen Kundgebung des Volksunwillens, welche den Grafen Bismarck zermalmen müsse; der Nation wird zu Muthe sein, als sei Nichts geschehen. Ein Mittel giebt es, ein einziges, um dieser todtgebornen Versammlung ein Scheinleben einzuhauchen. Sollte das Gerücht sich bestätigen, das wir gern für ein Parteimärchen halten, sollte man in Berlin die preußischen Mitglieder des Abgeordnetentages zur Verantwortung ziehen, dann freilich hätte die Regierung den Weg gefunden, ihren Gegnern einige Theilnahme der Nation zu sichern.

Doch die krampfhaften Versuche eines staatlosen Volkes, irgend einen Antheil an seiner nationalen Politik zu nehmen, wollen mit Milde beurtheilt werden. Wir würden die Berufung der Versammlung selbst zu so ungünstiger Stunde billigen, wenn ihre Führer nur den guten Willen zeigten, mit einiger Unbefangenheit ans Werk zu gehen. Der Gasteiner Vertrag wird bereits ausgeführt; jedes Kind begreift, daß der Abgeordnetentag die Vollziehung nicht hindern wird. Es gilt also, nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schauen und die Mittel zu suchen, um auf Grund der gegebenen Sachlage die baldige Wiedervereinigung der Herzogthümer und die Sicherung der Nordgrenze zu bewirken. Statt dessen bricht Herr S. Müller schon in seinem Einberufungsschreiben im wohlbekannten schreienden Demagogentone den Stab über den Gasteiner Vertrag. Noch mehr, die Einverleibung Lauenburgs, die bekanntlich auf den Antrag des Landtags geschah, ohne daß auch nur eine namhafte Stimme im Volke widersprach, wird von den Herren Kolb und S. Müller wörtlich also geschildert: „die Verschacherung von Lauenburg, ohne alle Zustimmung dieses Landes selbst!“ Lassen diese Herren den Volkswillen nur gelten, wenn er sich gegen Preußen ausspricht? Oder verlangen sie statt des gesetzmäßigen Landtags das suffrage universel — jenes selbe allgemeine Stimmrecht, das von den Liberalen so oft als ein fluchwürdiges Werkzeug des Cäsarismus mit hoher sittlicher Entrüstung gebrandmarkt ward? Oder sollte Preußen den Lauenburgern eine provisorische Verfassung octroyiren, da an eine freiwillige Verfassungsänderung durch den dortigen Landtag gar nicht zu denken war? Das ist die Billigkeit und Besonnenheit der Führer! Wie es um die Klarheit ihrer Gedanken steht, davon giebt uns

leider, leider Karl Brater eine Probe. Er berichtet seinem Erlanger Vereine aus dem Sechsunddreißiger-Ausschusse Folgendes: Die Meinungen gingen sehr weit auseinander, der Abgeordnetentag dürfe also nicht darüber entscheiden, ob die Volksvertretung Schleswig-Holsteins sich für die Souveränetät oder für die halbe oder auch für die ganze Annexion erklären solle. Nur ein entscheidender Gesichtspunkt müsse festgehalten werden: einem freiheitsliebenden Volke dürfe nimmermehr die Zumuthung gestellt werden, sich einem Staate anzuschließen, der so regiert werde wie heute Preußen. — Zu deutsch: der Abgeordnetentag soll nicht entscheiden, ob die Herzogthümer preußisch werden sollen oder nicht; aber er soll erklären: man darf den Schleswig-Holsteinern nicht einmal zumuthen, preußisch zu werden! Zu solcher Logik gelangt in der Verbitterung des Parteihasses ein trefflicher, einsichtiger, hochgebildeter Mann. Eine Partei, die auf solchen Wegen geht, verdient sich nur den Hohn der Gegner.

Diese vollendete Ohnmacht der Genossen des Nationalvereins ist die verdiente Strafe der leichtfertigen Felonie und Fahnenflucht, deren die Partei sich schuldig gemacht. Das Programm des Nationalvereins enthielt neben Anklagen, Stoßseufzern und unbestimmten Wünschen einen einzigen positiven Satz, den von der sogenannten preußischen Spitze. Diesen hat man fallen lassen, die Phrasen sind geblieben. Vor acht Monaten hielten die Jahrbücher noch für nöthig, sich zu vertheidigen gegen den Vorwurf des Gesinnungswechsels, da sie eine Zeit lang die Einsetzung des Augustenburgers für unvermeidlich gehalten hatten und später von dieser Ansicht zurückkamen. Diese Selbstvertheidigung war im Grunde unnöthig; denn für uns, die wir Deutschlands Einheit ernstlich wollen und in dem schleswig-holsteinischen Handel immer nur an das Recht der deutschen Nation gedacht haben — für uns ist die Einsetzung des Augustenburgers blos eine Zweckmäßigkeitsfrage, und über solche Fragen muß es erlaubt sein, bei veränderten Umständen anders zu denken. Heute, da die Haltung der Parteien sich klarer übersehen läßt, müssen wir den Vorwurf der Sinnesänderung zurückgeben. Wir haben unser altes Ziel, Deutschlands Einheit durch Preußen, unverrückt im Auge behalten; die große Masse der weiland nationalen Partei ist untreu geworden dem einzigen Gedanken, der ihrem Dasein ein Recht und einen Sinn gab. Ja, wir können nicht zurückhalten mit der Anklage, daß der Nationalverein die preußische Führung niemals mit rechtem, derbem Ernst gewollt hat. Eine Idee wie diese, die zusammenhängt mit allen großen Erinnerungen unserer Geschichte, eine solche Idee wirft ein Mann nicht gelassen über Bord, sobald er sie einmal mit heiligem Ernst ergriffen hat. Oder, wenn er sie aufgiebt, so geschieht dies doch erst nach schmerzvollem inneren

Kampfe. Von solchen schweren sittlichen Leiden haben wir an den Männern des Nationalvereins Nichts bemerkt; sie wissen gar nicht, daß sie ihre Fahne verlassen haben, daß sie heute das Gegentheil ihrer früheren Absichten wollen. Oh, es ist so bequem, der eitlen Masse beharrlich zu erzählen, daß allein die Selbstsucht der Höfe die Einheit dieses Volkes hindere. Daß die Nation den Feind im eigenen Busen trägt, daß sie krankt an der Unfähigkeit, bei einem großen politischen Plan in guten wie in bösen Tagen unentwegt auszuharren, an ihren gemüthlichen Antipathien, die immer stärker sind als ihr Verstand — so herbe Wahrheiten können freilich nicht auf den Beifall der Volksversammlungen zählen.

Wir begreifen die Stimmung mancher ehrenwerther alter Herren in den Mittelstaaten, die heute einhergehen, als breche die Welt zusammen. Sie kannten nur ein hannoversches, ein sächsisches Vaterland, ihre Welt allerdings ist im Versinken. Aber mit welchem Rechte darf der Nationalverein zürnen, weil heute le groupe de la troisième Allemagne bei der ersten Regung preußischer Thatkraft zusammenbricht? Er hat ja fort und fort gepredigt, daß die Mittelstaaten ihre scheinbare Bedeutung allein der Unthätigkeit Preußens verdankten. Nun gehen die Männer der nationalen Partei Hand in Hand mit den würdigen Nachfolgern der Montgelas und Senfft, mit diesen Menschen, in deren Munde das Wort Deutschland genau so klingt wie das Wort Liebe im Munde einer Dirne. Nun vertheidigen sie geschäftig jeden Abderitenstreich mittelstaatlicher Politik. Sogar der Rückmarsch der sächsischen Truppen über Hannover und Meiningen hat die Bewunderung des Nationalvereins gefunden. Die gestern Preußens Führung forderten, sind heute die Freunde jener Korybanten des Großsachsenthums, welche gemüthlich die Lausitz für Sachsen, Schlesien für Oesterreich verlangen. Traurige Zeichen des alten, ewig neuen deutschen Jammers. Unser Parteileben war und ist rein theoretisch. Wird die deutsche Frage an irgend einer Stelle praktisch, so gehen alle Parteien aus Rand und Band. So geschah es in den zwanziger Jahren, als der Herzog von Köthen, gestützt auf sein unbestreitbares Selbstbestimmungsrecht und auf die Zustimmung seines treuen Volkes, eine selbständige Handelspolitik gegen Preußen begann — ein Fall, der mit dem gegenwärtigen überraschende Aehnlichkeit hat — und die Männer der Einheit für den Partikularismus Partei ergriffen. So wieder, als der Zollverein gegründet wurde und die verdienten Altmeister des Liberalismus dawider kämpften. So nochmals im Jahre 1848, als die Liberalen zu spät und mit halbem Herzen ihre Abneigung gegen Preußen überwanden. Wir hegen eine zu hohe Meinung von dem deutschen Liberalismus, als daß wir glauben sollten, seine gegenwärtige Verirrung könne fortdauern. Nur fürchten wir,

die Besinnung werde zu spät eintreten, der unselige esprit d'escalier der Deutschen werde sich wieder einmal bewähren.

Vor der Hand wird die Zersetzung der nationalen Partei noch eine Weile fortwähren. Soeben hat sich in Hessen-Darmstadt unter Führung des Herrn Professor Eckardt eine äußerste Linke als deutsche Volkspartei abgesondert. Diesen Herren ist unser Vaterland bereits zu einig. Sie wollen ein föderales demokratisches Deutschland, nur scheint man darüber noch nicht im Reinen zu sein, ob sechzig oder hundert deutsche Cantone sich des Selbstbestimmungsrechtes erfreuen sollen. Wir freuen uns dieses Vorgangs. Ungeheuerliche Parteibildungen sind das nothwendige Ergebniß ungeheuerlicher Zustände, und der Ruhm der Consequenz gebührt dieser Partei so gut wie den Ultramontanen. Der fanatisirte Partikularismus hat nunmehr einen ungestörten Tummelplatz für seine blutrothen Orgien gefunden, und der Nationalverein ist seiner allerunbrauchbarsten Elemente entledigt. Wie diese Männer nach links, so scheidet sich auch nach rechts hin eine Partei von dem Nationalvereine ab, welche, gemäßigt in ihren Ansprüchen an innere Reform, unwandelbar festhält an dem Gedanken: Deutschlands Einheit durch Preußen! Diese Richtung kann vorerst im Süden nur auf wenige Genossen zählen, sie wird durch lange Jahre auf den Beifall der Menge verzichten müssen. Aber so wahr Preußen alle Elemente vernünftiger Freiheit in sich enthält, die sich unfehlbar entfalten werden, ebenso gewiß gehört der preußischen Partei die Zukunft. Die Ueberbleibsel des Nationalvereins werden vermuthlich, in erheblich gelichteter Anzahl, weiter leben. Sie mögen da und dort in einem Kleinstaate eine dankenswerthe Reform durchsetzen. Einfluß auf Deutschlands Geschicke kann eine Partei nicht erlangen, welche dem preußischen Staate gegenüber heute verständig rechnet, morgen launisch grollt.

Auch das Verhalten der Liberalen in Preußen hat billigen Erwartungen nicht entsprochen. Wir würdigen sehr wohl die unvergleichlich schwierige Lage einer Volksvertretung, welche zu gleicher Zeit über einen verhängnißvollen Verfassungsconflict und über die Schlangenwindungen einer höchst verwickelten auswärtigen Politik zu berathen hat. Wir wissen, daß eine tiefgehende unheimliche Verbitterung sich des Volkes bemächtigt hat, daß ein täglich fühlbarer Druck durch tausend kleine polizeiliche Härten die Gemüther immer von Neuem erregt und sogar der Glaube an die unsträfliche Reinheit der Gerichtshöfe zu wanken beginnt. Mit alledem wird nicht entschuldigt, daß der preußische Liberalismus in einige Kinderkrankheiten zurückgefallen ist, die wir schon in den ersten Jahren des Verfassungslebens überstanden glaubten. Damals wurde der gute Grundsatz: measures not men! von unseren jungen Parteien doch mit

einiger Mäßigung befolgt. Der Septembervertrag mit Hannover und die Erwerbung des Jadebusens fand auch bei heftigen Demokraten Zustimmung, obschon beide Schritte von dem verhaßten Ministerium Manteuffel ausgingen. Heute sieht die Masse der Fortschrittspartei jedes wichtige politische Ereigniß allein darauf an, ob es dem Grafen Bismarck Vortheil oder Schaden bringt. Nun wollen wir dem Minister des Auswärtigen den Namen eines interessanten Mannes keineswegs bestreiten: so interessant ist er doch nicht, daß wir über ihm das Vaterland und dessen dauernde Interessen vergessen sollten. Wer Personen und Stimmungen am Berliner Hofe auch nur oberflächlich kennt, wird keinen Augenblick hoffen, auf den Sturz des Ministerpräsidenten werde ein liberales Ministerium folgen. Vielmehr, wir würden die Reaction behalten und ein zweites Olmütz dazu erleben. Die Opposition ist in den Fehler der französischen Liberalen verfallen, welche jahrelang in unfruchtbarer Negation verharrten — blos aus Aerger, weil Ludwig Napoleon der beschränkte Kopf nicht war, wofür man ihn gehalten hatte. Auch Graf Bismarck ist der frivole Abenteurer nicht, wofür man ihn einst ausgab. Seine auswärtige Politik verfolgt ein ernstes Ziel, sie darf schon jetzt einiger Erfolge sich rühmen, sie hat gerechten Anspruch auf unbefangene Würdigung. Von solcher Besonnenheit finden wir in dem Verhalten der Fortschrittspartei keine Spur. Es schien recht löblich, daß Herr Virchow und seine Genossen zur Zeit der schleswig-holsteinischen Debatte sich mit den Herzogthümern in Verbindung setzten, scheinbar um beiden Theilen gerecht zu werden. Aber war es billig, war es patriotisch, daß man unter allen Parteien der Herzogthümer allein die ausgesprochenen Feinde Preußens herbeizog und die liberalen Annexionisten nicht einmal hörte? In demselben Geiste gehässiger Parteileidenschaft verhandelte das Haus weiter. Man verwarf die Bankvorlage, diesen heilsamen Plan, den Einfluß Preußens in Deutschland auf gesetzlichem Wege zu erweitern. Herr Freese sprach das große Wort, Preußen dürfe nicht wachsen, sonst werde die Machtsphäre des Ministeriums erweitert! Sind wir schon so weit, daß wir Nichtpreußen den Fortschrittsmännern zurufen müssen: „vergeßt nicht, daß Ihr nicht blos Liberale seid, sondern auch Preußen" —? O nein, der Ruf würde von vielen dieser Fanatiker nicht einmal verstanden werden. Derselbe Herr Freese zog in die Herzogthümer, spann dort Ränke mit den Augustenburgern gegen seinen eigenen Staat, und als Preußen auf ein so außerordentliches Verfahren mit einer außerordentlichen Gewaltmaßregel antwortete, da rief der preußische Patriot den k. k. Commissär zu Hilfe gegen die preußischen Beamten. Mit welchem Namen würden die Engländer oder ein anderes Volk von starkem politischen Ge-

sammtbewußtsein ein solches Betragen bezeichnen? Wir bezweifeln leider, ob die Regierung den ernsten Willen hegte, sich mit dem Landtage zu versöhnen, aber wir wissen noch sicherer, daß bei der Haltung der Fortschrittspartei eine Verständigung unmöglich war. Vor einigen Jahren warfen die Liberalen der Junkerpartei nicht ohne Grund vor, sie wolle kein mächtiges Preußen. Heute wird der Vorwurf mit besserem Rechte einem Theile der Fortschrittspartei zurückgegeben. So dehnt sich denn die Kluft zwischen Regierung und Volksvertretung durch die Schuld beider Theile weiter und weiter. Unsäglich geschadet haben die Vorgänge in Köln. Warum ohne Grund und Zweck jene Provinz beleidigen, in der die Anhänglichkeit an den Staat ohnehin nicht sehr tief wurzelte? Warum die gedankenlose Masse erbittern, der ein gestörtes Mittagsessen wichtiger ist als ein Staatshaushalt ohne Budget? Wenn sich so die Unklugheit dem Unrechte gesellt, verschwindet die Aussicht auf Beilegung des Conflicts in weite Ferne.

Weil es so steht, weil die innere Krisis nicht heute noch morgen beendet werden kann, während in dem schleswig-holsteinischen Handel die Stunde drängt und jeder nächste Augenblick eine Entscheidung bringen mag, darum können wir nicht hören auf den unpraktischen Rath einiger altliberaler Freunde: „zuerst eine gesicherte Verfassung, nachher eine thatkräftige Politik nach außen.“ Auch den Vorwurf lassen wir nicht gelten, daß wir voreilig zusammenzwängen wollen, „was die Natur für einander bestimmt hat.“ Wir leben des Glaubens, auch Hannover und Sachsen seien von der Natur für den preußischen Staat bestimmt; aber der Himmel weiß, wann die Natur so freundlich sein wird, diese Länder zusammenzufügen. Der schwerste Fluch der deutschen Geschichte liegt ja darin, daß wir träge zuschauend den politischen Naturwuchs üppig aufwuchern ließen und nur selten einmal Vernunft und Wille in der Wildniß rodeten. — Durch Vorgänge wie jene Schritte des Herrn Freese werden hoffentlich mehrere altliberale Genossen, die uns zürnen, belehrt werden. Vielleicht begreifen sie endlich, daß sie es sind, die heute irren, verführt durch einen ehrenwerthen Rechtsformalismus und einen falschen Begriff von Consequenz. Das Recht eines Herzogshauses muß dem höheren Rechte der nationalen Selbsterhaltung weichen. Die Consequenz besteht nicht darin, daß in alle Ewigkeit A sagen muß, wer einmal A gesagt hat: man soll sich das Herz fassen, zur rechten Stunde B zu sagen. Nur einzelne unter den Altliberalen hoffen wir nicht zu überzeugen: jene Doctrinäre, welche den Verfassungsplan des Staates unserer Zukunft bis auf den letzten Paragraphen fertig in der Tasche tragen und nun grollen, weil die Weltgeschichte auf einen anderen Plan verfiel.

Während die Masse des Liberalismus sich in reinen Negationen bewegte, hat die preußische Diplomatie gehandelt. Eine Versöhnung mit dem Prätendenten war auf lange hinaus, eine Verständigung mit dem Lande war für den Augenblick unmöglich. So blieb, um die unerträgliche Dreiherrschaft zu beendigen, nur übrig die Verhandlung mit dem Mitbesitzer, und Oesterreich hat abermals, wie einst in dem Rendsburger Handel, vernünftig nachgegeben. Wir befassen uns nicht mit der demokratischen Grille, welche in dem Gasteiner Vertrage ein achtfaches Olmütz sieht. Wir widerlegen auch nicht den unbegreiflichen Irrthum eines vortrefflichen Freundes, der ernstlich fürchtet, Oesterreich werde von Altona aus Preußens Sicherheit bedrohen — mit einem Heere, das noch nicht dasteht. Die Vortheile des Vertrags liegen auf der Hand. Die geheime Regierung des Prätendenten ist für Schleswig gänzlich beendet. Der k. k. Statthalter von Holstein ist verpflichtet, auch dort keine Mitregierung zu dulden. Vernachlässigung dieser Pflicht kann für Preußen ein Hebel weiterer Unterhandlungen werden. Lauenburg steht definitiv, das nicht ungünstig gesinnte Schleswig provisorisch unter preußischem Scepter. In Holstein besitzt Preußen einen Kriegshafen, eine Festungsbesatzung und die nothwendigen Communicationen. Daß Kiel der Hafen für die imaginäre Bundesflotte werden soll, scheint uns nur einer jener kleinen Scherze, die man den Diplomaten zur Erholung von ihrem harten Tagewerke wohl gönnen darf. Ebenso bestimmten die Zollvereinsverträge vom Jahre 1833 ehrfurchtsvoll und feierlich: durch diesen Vertrag wird der Bundeszollgesetzgebung nicht vorgegriffen — und die verheerende Wirkung dieser Clausel ist bekannt. Nunmehr, da Preußen nicht mehr durch zwei Mitregenten gehemmt wird, ist die Bahn frei, die Schleswiger für unsern Staat zu gewinnen. Es wird dazu der gewissenhaftesten Sorgfalt von Seiten der Regierung bedürfen, denn leider besitzt man in Preußen eine verhängnißvolle Fertigkeit, die Bevölkerung neu erworbener Länder vor den Kopf zu stoßen. Man gedenke der Vorfälle bei der Besetzung der Rheinlande. Wir wünschen kein unwürdiges Buhlen um die Volksgunst; wir freuen uns, daß Herr von Manteuffel sein Amt nicht wie Herr von Gablenz mit einer ungeschickten und unwahren Schmeichelei gegen die „hochausgebildete“ Selbstverwaltung der Herzogthümer begonnen hat. Entfernung der Beamten, welche unter Verletzung ihrer Dienstpflicht mit dem Prätendenten in Verbindung standen — aber auch nur dieser — und dann ein rechtschaffenes ernstes Regiment; vor Allem in Nordschleswig Gerechtigkeit gegen die Unterdrückten, ohne Schwäche. Da in Schleswig augenblicklich ein eigentliches Verfassungsleben nicht besteht, so wird dem Statthalter leicht fallen, über alle Parteigegensätze kalt hinwegzusehen und durch eine

tüchtige Verwaltung für mannigfache technische Verbesserungen, deren das Land bedarf, zu sorgen. Ein Gerücht redet von der bevorstehenden Verleihung des preußischen Indigenats an die Schleswiger. Wir hoffen, daß die Kunde sich bestätigt und dem Lande der Genuß aller der Vortheile gewährt wird, worüber ein großer Staat verfügt.

Verfährt man also — und die Aufgabe zählt zu den schwierigsten — so wird die Umstimmung der Gemüther nicht ausbleiben. Das Land empfindet bereits und wird noch deutlicher empfinden, daß der passive Widerstand, welcher gegen den schwachen fremdländischen Gebieter genügte, nicht ausreicht gegen das mächtige, deutsche, höher gesittete Preußen. Das unverständige Parteitreiben der letzten Zeit hat sich noch einmal in zwei lauten Schlägen entladen. Die Schleswig-Holsteinischen Vereine wandern auf den Abgeordnetentag, und eine Versammlung von Deputirten bittet den Bundestag, „ohne weiteren Verzug" dahin zu wirken u. s. w. Mit dieser humoristischen Zusammenstellung der Worte „Bundestag" und „ohne Verzug" wird hoffentlich das schlafwandlerische Thun zu Ende sein und das vernünftige Handeln beginnen. Einem so verständigen Volke kann doch unmöglich entgehen, daß der Bundestag ein allzu reifes Alter erreicht hat, um seinen Charakter noch zu ändern; er wird auch diesmal mit Würde thun, was er nicht lassen kann — nämlich gar Nichts. Jeder ernste Mann soll jetzt darauf sinnen, wie der Stolz des Landes, das alte up ewig ungedeelt, das der Gasteiner Vertrag leider provisorisch aufgehoben hat, wieder hergestellt werde. Dahin führt ein grader Weg: man muß das Wohl des Landes höher stellen als die Ansprüche des Prätendenten, der schon so viel Unheil über das unglückliche Volk gebracht hat. Wenn man sich hierzu nicht entschließen kann, wohlan, so beginne man endlich, endlich die höchste Angelegenheit des Landes mit dem Ernste und der Klugheit des Geschäftsmannes zu behandeln. Man wende sich nicht an die traumhaften Gestalten in Frankfurt, sondern nach dem Beispiel der Lauenburger an die Macht, welche über das Schicksal des Landes das gewichtigste Wort zu sagen hat — an die Krone Preußen. Dies wird zunächst die wohlthätige Folge haben, daß die Schleswig-Holsteiner sich wieder an jene maßvollen Formen gewöhnen, welche zum Heile der Welt bei der Behandlung von Staatsgeschäften üblich sind. Redensarten, wie „null und nichtiger Länderschacher", darf man Sr. Majestät dem König von Preußen allerdings nicht bieten. Man kann ihm auch nicht Bedingungen stellen, die wie Hohn klingen, nicht das beliebte allgemeine Versprechen, irgend einmal irgend ein „Opfer" zu bringen; man versuche — wenn dieser Beweis sich führen läßt — der Krone zu beweisen, daß die Durchführung der Februarforderungen durch die Einsetzung des Prätendenten nicht ge-

fährdet wird. Verharren die Schleswig-Holsteiner bei der Thorheit, Hilfe zu suchen bei Preußens Feinden, so wird es ihnen ergehen wie den starrköpfigen Holländern auf dem Utrechter Congreß: die Mächte werden ohne sie und über sie verhandeln. Eine ruhigere Zeit wird dann urtheilen: auch Preußen hat gesündigt durch die Härten, Unwahrheiten und Widersprüche einer unberechenbaren Politik; aber ein vollgewichtiger Tadel wird auch auf den Trotz der Schleswig-Holsteiner fallen.

Wir hoffen, daß Preußen, zäh ausharrend den getreuen Alliirten zum dritten male zum Nachgeben bewegen wird. Unsere Stärke dem Mitbesitzer gegenüber liegt zunächst in unserem guten Gewissen. Preußen hat ernste, entscheidende Interessen im Norden zu vertheidigen, darf und soll Großes dafür wagen. Das Donaureich ist nur durch eine frivole Phantasterei in den ihm fremden Handel gezogen worden. Es wird nicht leicht sein, die Preußen wieder aus Schleswig zu verdrängen. Kann Oesterreich ernstlich daran denken, seine provisorische Herrschaft in Holstein gleichfalls zu einem definitiven Zustande zu machen? Daß der Kaiserstaat an seiner Stärke krankt, wie andere Staaten an ihrer Schwäche, ist nachgerade zum Gemeinplatz geworden. Man wird in Wien nicht wünschen, noch eine halbe Million unzufriedener Unterthanen zu so vielen anderen zu erwerben. Die Holsten sind Lutheraner, Deutsche, höher gesittet als die Oesterreicher; ein solches Volk auf die Dauer festzuhalten ist dem Mischreiche an der Donau noch nie gelungen. General Gablenz wird den Holsten das Provisorium so gemüthlich als möglich einrichten, er wird jetzt wie einst im Kriege hunderte von Journalisten finden, die das Lob des liebenswürdigen k. k. Wesens singen. Würde der Besitz definitiv, so muß sich der schneidende Gegensatz der Interessen zwischen dem Staate des Concordats und dem deutschen Herzogthume sehr bald zeigen; Holstein würde, wie weiland Belgien, ein Mühlstein am Halse Oesterreichs. Der unhaltbare Außenposten brächte überdies den Kaiserstaat in unabsehbare Händel mit seinem preußischen Alliirten. Für die Ehre, Deutschlands Nordgrenze zu vertheidigen, ist die kühle Wiener Politik heute ebenso unempfänglich, wie einst für die Ehre, in Belgien unsern Westen zu hüten. Daher werden sich die kaiserlichen Staatsmänner die Frage vorlegen: sollen wir Holstein für eine Summe harter Thaler an Preußen abtreten und also die von dem Volke ersehnte Wiedervereinigung der Herzogthümer bewirken? — oder sollen wir das Land für ein „Lohn Dir's Gott!“ an den Prätendenten geben, Preußen zum erbitterten Feinde machen und die verhaßte Trennung der Herzogthümer verewigen? Uns scheint, die Antwort kann für einen geldbedürftigen Staat nicht zweifelhaft sein. Es ist bedeutsam, daß einige Organe der ultramontanen Partei, der man Ver-

[illegible] für reale Machtverhältnisse nicht absprechen kann, dem Kaiser- [illegible] schon längst besonnene Nachgiebigkeit empfehlen. Mit seltener Offen- [illegible] haben die Staatsmänner Italiens gestanden, daß sie im ersten Augenblicke eines Krieges um Holstein sich auf Venetien stürzen werden. Das Volk in Oesterreich ist des fremden nordischen Handels müde, während die Preußen — was auch die Fortschrittsmänner sagen mögen — für die Position an unseren beiden Meeren mit Freuden in den Kampf ziehen würden. Dazu das Chaos der k. k. inneren Zustände. Die Oesterreicher finden jetzt den wohlverdienten Lohn für den Spott, womit sie den ehrenwerthen Verfassungskampf des preußischen Volks verfolgt haben. Nachdem eine Zeit lang Niemand wußte, ob das Februarpatent oder das Oktoberdiplom oder ein Gemisch aus beiden die Verfassung des Reiches bilde, rückt das neueste k. k. Manifest die Constituirung des Reiches in weite Ferne. Noch jede Oesterreichische Verfassungskrisis hat den Bestand des Reiches selber in Frage gestellt. Unheimlich erscheint vor Allem die tiefe Gleichgiltigkeit der Völker Oesterreichs, während allein die Magyaren, das politisch bestgeschulte Volk des Reiches, Thatkraft und Leidenschaft zeigen und ihr altes Spiel mit immer steigenden Forderungen abermals erneuert haben und auch fernerhin erneuern werden. Wir wünschen herzlich, der Kaiserstaat möge diese unabsehbare Krisis überstehen, aber noch herzlicher, Preußen möge sie ausbeuten für seine guten Zwecke. Es war abermals eine Phrase, wenn die liberalen Blätter versicherten, alle deutschen Cabinette stünden auf Oesterreichs Seite. Herr von Varnbüler hat gegenüber seinen Gut und Blut opfernden Kammern wiederholt die Ueberlegenheit des praktischen Geschäftsmannes bewiesen: er kennt die bescheidenen Pflichten eines Kleinstaats. In München träumt Herr von der Pfordten von der Erneuerung der Lorbeeren von Bronzell; bei seinen Genossen und bei dem jungen Könige überwog bisher die ruhige Ueberlegung. Von dem anerkannten Patriotismus des badischen Hofes ist eine Betheiligung am Kriege gegen Preußen nicht zu erwarten. Das jüngste badische Votum in Frankfurt zeigt, daß die Souveränität des Augustenburgers in Karlsruhe keineswegs als unabweisbare Nothwendigkeit betrachtet wird. Die niederdeutschen Höfe fühlen die Wahrheit des vielverspotteten Wortes, daß sie in der Machtsphäre Preußens liegen. Auch der König von Sachsen würde sich als gewissenhafter Mann die Frage stellen, ob es patriotisch sei, der Eitelkeit eines vielgeschäftigen Ministers zu Liebe einen Bürgerkrieg zu beginnen. Wer bürgt für den Ausgang? Wer weiß, in welcher Felsenspalte der sächsischen Schweiz man die dareingeworfene Krone des Hauses Wettin suchen müßte? — Alles in Allem

liegen die Dinge in Deutschland nicht ungünstig für eine entschlossene preußische Politik.

Ueber unser Verhältniß zum Auslande haben wir uns nie behaglichen Täuschungen hingegeben. Kein Nachbarland sieht mit Freude, daß die Mitte des Continents zu erstarken beginnt. Die Thaten Oesterreichs in Italien und die Sünden so vieler deutscher Dynastien im Auslande haben den deutschen Namen mit den Verwünschungen aller Nationen belastet. Wir mögen mit den Russen streiten um den traurigen Ruhm, wer das unbeliebteste Volk Europa's sei. Doch von der Abneigung zur thätlichen Einmischung ist ein weiter Weg. Die einzige unmittelbar bei der Frage betheiligte Macht, Rußland, kann die Entstehung einer neuen baltischen Seemacht nicht wünschen. Aber das Czarenreich bedarf der Ruhe zur Durchführung einer umfassenden socialen Reform, und wir geben etwas — wenn auch nicht sehr viel — auf die Nachwirkungen der alten Bundesgenossenschaft und jener verständigen Politik, welche Preußen während der polnischen Revolution inne hielt. Der Eroberer von Savoyen und Nizza hat soeben seinen tugendhaften Widerwillen gegen alle Annexionen der Welt verkünden lassen. Dieses sehr ernste Ereigniß scheint uns doch kein Grund zum Verzagen. Napoleon III. besitzt in hohem Maße den Instinkt für das Nothwendige, der den großen Staatsmann macht. Wie er Italiens Einheit nicht wollte, doch als unvermeidlich hinnahm, so weiß er auch — besser als sein Volk, besser als viele Deutsche — daß Preußen wachsen muß kraft einer Nothwendigkeit, die stärker ist als eines Menschen Wille. Er wird versuchen von diesem Wachsthum Vortheil zu ziehen, nicht es zu hindern. Er bedauert innig, daß es zwischen unseren Großmächten nicht zum Kriege kam; aber er weiß, daß er am Rheine deutschgesinnten Menschen und einem zähen Widerstande begegnen würde, dessen unberechenbaren Folgen er seine junge Dynastie nicht gern aussetzen mag. Die Träume des Fürsten Richard Metternich finden in diesem nüchternen Kopfe keine Stätte; denn zwischen Frankreich und Oesterreich stellt sich trennend unser bester Bundesgenosse — Italien. Und am Ende liegt es ja in des Kaisers Hand, ob die Annexion im Norden erfolgen soll mit oder ohne eine preußische Garantie für den Besitz Venetiens. Auch von dieser Seite sehen wir noch keine Schwierigkeit, die ein entschlossener und behutsamer deutscher Wille nicht bewältigen könnte.

Die Wogen der demagogischen Aufregung beginnen zu ebben, die Zeit der Ernüchterung bricht an. Wenn die Vorsehung mit einiger Barmherzigkeit auf dieses hadernde Land herabschaut, so hoffen wir den Tag zu erleben, da die Stände Schleswig-Holsteins sich ihrer Pflichten gegen das große Vaterland erinnern und eine hochsinnige, eine deutsche Ent-

schließung finden werden. Dann wird ihrem Lande die demüthigende Rolle eines Vasallenstaates erspart bleiben. Die Herzogthümer werden, so hoffen wir, nicht durch das lose Band einer Personalunion mit Preußen verkettet werden, sondern als eine gleichberechtigte Provinz in diesen Staat eintreten. Schwer sind die Lasten, welche das neue Scepter bringt. Aber die Erwerbung eines so köstlichen Besitzes wird den ersten Keim bilden für die Versöhnung des Volkes und der Krone in Preußen. Und wie immer die Würfel fallen mögen — dies Eine weiß man in den Herzogthümern: die deutsche Herrschaft bringt diesem Lande nicht Tage des trägen Behagens, sondern eine Zeit rechtschaffener Arbeit, um Vieles nachzuholen, was in einer langen Epoche des Halbschlummers versäumt ward. In solcher Hoffnung rufen wir der alma mater von Kiel zum 5. Oktober den besten Glückwunsch zu, den wir zu sagen wissen: „Ein gesegnetes neues Jahrhundert unter dem Schutze des ersten deutschen Staates!" —

Herr v. Beust und die Preußischen Jahrbücher.

Freiburg i. B., 19. Nov. 1865.

Wir dürfen unseren Lesern die Mittheilung nicht vorenthalten, daß unsere Jahrbücher, ohn' ihr Verdienst und Würdigkeit, zu einer diplomatischen Beschwerde Anlaß gegeben haben.

Die Gesandten von Oesterreich und Preußen beklagten sich kürzlich bei dem sächsischen Minister des Auswärtigen über die feindselige Haltung der sächsischen Presse, vornehmlich der Constitutionellen Zeitung. Wir brauchen den Lesern eines liberalen Blattes nicht erst zu sagen, daß wir diesen Schritt des preußischen Gesandten als einen unglücklichen Fehler ernstlich beklagen. Unser Bedauern ist freilich nicht ohne Beimischung von Heiterkeit, denn wir hätten uns niemals träumen lassen, daß die politische Weisheit der genannten Zeitung einer Großmacht lästig werden könne. Herr von Beust antwortete auf die Vorstellungen der beiden Gesandten mit einer Depesche, worin sich folgende Stelle findet:

„Mit welchem Aufwand von Gehässigkeit und selbst Verleumdung werden in preußischen Blättern die Regierungen der Mittelstaaten, namentlich die sächsische Regierung, tagtäglich verfolgt. In den Preußischen Jahrbüchern führt in regelmäßiger Folge ein bekannter Schriftsteller aus, daß die deutschen Staaten nicht etwa nur Preußen sich unterordnen, nein, daß die deutschen Staaten und Dynastien zu existiren aufhören sollen. Dieses Thema findet in preußischen Tageblättern vielfaches Echo, ja jene Aufsätze finden in der für ministerielles Organ geltenden Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Erwähnung, und noch nie habe ich vernommen, daß Seitens der königlich preußischen Regierung etwas geschehen sei, diesem Beginnen Einhalt zu thun. Dem von Herrn v. d. Schulenburg gegen mich ausgesprochenen Wunsch, daß auf Milderung der Preßanfeindungen hingewirkt werde, pflichte ich gern bei; aber ich habe, bevor ich dem, der sächsischen Regierung gemachten Vorwurf, preußenfeindlichen Tendenzen nicht entgegenzutreten, Rede stehe, zu er-

warten, daß in Preußen den sachsenvernichtenden Tendenzen gesteuert werde."

Diese Depesche rief in dem Redaktionsbureau der Jahrbücher gerechte Verwunderung hervor. Vergeblich rieth man hin und her, wer jener in regelmäßiger Folge sachsenvernichtende Schriftsteller sei. Endlich erklärte ein altes Redaktionsmitglied, er glaube genau zu wissen, daß Herr v. Beust die Jahrbücher gar nicht lese. Zum Beweise erzählte er Folgendes: „Vor längerer Zeit brachte unser Blatt eine Correspondenz, welche die sächsischen Zustände unter dem Beust'schen Regimente mit Wohlwollen, aber ohne Beifall besprach. Diese Arbeit erregte in der sächsischen Presse einiges Aufsehen, und das sächsische Ministerium wendete sich an unseren Verleger mit der Bitte um Zusendung des Aufsatzes. Der Verleger beeilte sich dem freundlichen Wunsche zu willfahren, und bald nachher erschien aus der Feder eines hohen sächsischen Beamten eine umfängliche Schrift zur Widerlegung jener kleinen Correspondenz. Auch dieses Buch wurde von den Jahrbüchern mit Wohlwollen, aber ohne Beifall besprochen."

So unser Freund. Nach dieser Erzählung mußte man annehmen, daß wir nicht die Freude haben Herrn v. Beust zu unsern Lesern zu zählen, sondern daß der sächsische Staatsmann seine Anschuldigungen lediglich auf Zeitungsnotizen und Zwischenträgereien gegründet hat — ein bei Abfassung amtlicher Aktenstücke allerdings ungewöhnliches Verfahren. Nunmehr schien auch das Unmögliche möglich, und die Redaction wagte die Vermuthung, daß unter dem frevelnden Schriftsteller der Unterzeichnete verstanden sei. Diese Vermuthung war sehr kühn, denn der Unterzeichnete hat seit mehr als zwei Jahren nur drei Aufsätze für die Jahrbücher geschrieben. Einer davon, eine wissenschaftliche Arbeit über Napoleon I., konnte in Dresdens Downingstreet unmöglich Anstoß erregen. Oder rechnet man in den Bureaus der Seestraße den weiland Protector des Rheinbundes noch heute zu jenen einheimischen Würdenträgern, über welche der Unterthan nur mit scheuer Ehrfurcht reden soll? Die beiden andern Aufsätze handeln von der schleswig-holsteinischen Frage, und ihr einziges Verdienst, wenn anders sie eines haben, liegt wohl darin, daß sie sich ernsthaft an die Sache halten und auf die Möglichkeiten einer fernen Zukunft grundsätzlich nicht eingehen. Der ältere derselben erwähnt der Mittelstaaten nur beiläufig und Sachsens gar nicht, soweit wir beim raschen Durchblättern sehen konnten. Nur der letzte Aufsatz berührt an einigen Stellen die mittelstaatliche Politik. Uns scheint sehr zweifelhaft, ob man diese bescheidene schriftstellerische Thätigkeit ein Wirken in regelmäßiger Folge nennen darf; jedoch der sächsische Canzleistil weicht von dem gemeinen deutschen Sprachgebrauche mehrfach ab.

Genug, die Redaction hat mich beauftragt, dem sächsischen Minister unsere Unschuld nachzuweisen.

Herr v. Beust scheint, nach jener Depesche zu schließen, die Begriffe „Politik" und „Polizei" für gleichbedeutend zu halten, wir aber haben die Absicht, zwischen beiden scharf zu unterscheiden. Es wäre mehr als unschuldig, wenn wir versuchen wollten unsere Auffassung der deutschen Politik vor dem sächsischen Minister zu rechtfertigen. Wir halten uns streng an die von Herrn v. Beust mit so vielem Wohlwollen hervorgehobene polizeiliche Seite der Sache. Wir denken den Beweis zu führen, daß die preußischen Behörden ihre Pflichten gegen uns vollständig erfüllt haben, und daß den Jahrbüchern nichts ferner liegt als finstere Pläne gegen die Mittelstaaten. Nur wenige Worte unseres letzten Aufsatzes können zu solcher Mißdeutung führen.

An einer Stelle jener Arbeit sprachen wir von „den Korybanten des Großsachsenthums, welche Schlesien für Oesterreich, die Lausitz für Sachsen fordern". Herr v. Beust wird vermuthlich meinen, diese in der sächsischen Presse neuerdings aufgetauchten Wünsche seien einem ehrenwerthen patriotischen Gefühle entsprungen und sollten nicht allzuhart verdammt werden. Einem preußischen Blatte muß gestattet sein anders zu denken, ihm muß erlaubt sein, solche auf die Zerstörung der Verträge von 1815 gerichtete Bestrebungen entschieden und ohne Höflichkeit zurückzuweisen.

Bedenklicher scheint ein anderes Wort. Ein Freund hatte in den Grenzboten den Vertheidigern der Annexion Schleswig-Holsteins vorgeworfen, sie wollten voreilig zusammenzwängen, „was die Natur für einander bestimmt hat". Ihm erwiderten wir, der menschliche Wille sei in der Geschichte ebenso wirksam wie die Natur, und führten zum Belege die Thatsache an, daß Sachsen und Hannover kraft des Willens der Menschen souveräne Staaten bilden, während sie doch, unseres Erachtens, von der Natur zur Vereinigung mit dem übrigen Norddeutschland bestimmt sind. Diese Vermuthung über die Absichten der Natur mag vermessen scheinen — neu ist sie nicht. Schon vielen denkenden Betrachtern der deutschen Landkarte hat sie sich aufgedrängt, und Landkarten sind heute in Jedermanns Händen. Weit entfernt, aus jener allgemeinen Betrachtung eine praktische Nutzanwendung zu ziehen, fuhren wir gelassen fort: „Aber der Himmel weiß, wann die Natur so freundlich sein wird, jene Länder zusammenzufügen". Harmloser, resignirter kann man doch nicht reden. Herr v. Beust muß die Jahrbücher sehr wenig kennen, wenn er glaubt, sie beschäftigten sich in regelmäßiger Folge mit der Gestaltung der deutschen Zukunft. Wir halten nicht für die Aufgabe einer Revue, ein fertiges Programm aufzustellen über jene hundert Fragen, die man unter dem

Namen der deutschen Frage zusammenfaßt. Wir erörtern hier bescheiden und so praktisch als wir's verstehen die Tagespolitik und vermeiden sogar in das unschuldige Verlangen nach der Reichsverfassung einzustimmen, denn solche Wünsche scheinen uns gegenwärtig unausführbar.

Wir haben uns ferner erlaubt den Rückmarsch der sächsischen Truppen über Meiningen und Hof einen Abderitenstreich zu nennen. Dieser Ausdruck ist unfein, wir leugnen es nicht. Aber die Weise, wie Herr v. Beust jenen Rückmarsch einrichtete, enthielt eine schwere Beleidigung gegen Preußen. In ihr lag die Beschuldigung, daß Preußens Regierung nicht im Stande sei, die Ordnung auf ihren Straßen zu erhalten und Bundestruppen vor Roheiten zu schützen. Ein preußisches Blatt ist wohl zu entschuldigen, wenn es eine so gehässige, so ohne den Schatten eines Grundes erhobene Beleidigung mit einem derben Worte bezeichnet. Und einem geborenen Sachsen muß man verzeihen, wenn ihm einmal die Geduld reißt Angesichts der demüthigenden Folgen der Beustischen Politik. Soll ich gleichmüthig bleiben, wenn meine schöne, geliebte Heimath durch eine unendlich groß redende und unendlich klein handelnde Staatskunst dem öffentlichen Hohngelächter und den Bleistiften der Witzblätter aller Länder preisgegeben wird? Soll ich kalt mit anschauen, wie die groben Fehlgriffe des Ministers zuerst unsere braven Soldaten zu einem beschämenden Rückzuge zwingen, dann diesen Rückzug also einrichten, daß er einer Flucht ähnlich sieht? Soll ich endlich die haushälterische Verwendung der sächsischen Staatsmittel loben? Wahrlich, wenn im Landhause zu Dresden statt der octroyirten alten Stände eine wirkliche Volksvertretung tagte, so würde Herr v. Beust bald genug erfahren, daß einem Minister nicht gestattet ist, um einer Laune, einer Rancüne willen die Gelder des Staats auf die Straße zu werfen.

Noch eine vierte Bemerkung unseres Aufsatzes klingt gehässig. Wir erörterten die unselige Möglichkeit eines Bürgerkrieges, wir sprachen die Hoffnung aus, daß am Dresdner Hofe die bundestreue Gesinnung und die Erwägung der unberechenbaren Folgen eines Krieges zuletzt überwiegen werde, und fügten hinzu: „Wer bürgt für den Ausgang? Wer weiß, in welcher Felsenspalte der sächsischen Schweiz man die darein geworfene Krone des Hauses Wettin suchen müßte?“ Dies Wort von der dareingeworfenen Krone hat sicherlich einen häßlichen Klang. Man könnte fast behaupten, sein Urheber habe leichtsinnig die Tücke des Schicksals herausgefordert. Aber Herr v. Beust wird uns bezeugen, daß nicht wir jenes arge Wort erfunden haben.

Diese vier Stellen sind, so viel wir sehen, die einzigen unseres Aufsatzes, welchen man sachsenvernichtende Tendenzen zuschreiben könnte.

Unsere Leser mögen jetzt beurtheilen, ob wir den Vorwurf verdienen. Herrn v. Beust aber bitten wir sich zu beruhigen. Für die Sittsamkeit der preußischen Presse ist mehr als genugsam gesorgt. Fast alle größeren preußischen Blätter halten sich in der Stille einen rechtskundigen Beirath und unterbreiten dessen kritischem Auge jedes bedenkliche Wort. Unsere jüngeren Mitarbeiter, deren Patriotismus nach der muthwilligen Weise der Jugend über die obrigkeitliche Zolllinie hinauszuschweifen liebt — sie wissen, daß die Aussprüche unseres juristischen Freundes oft drakonisch lauten. Noch bleibt uns übrig Herrn v. Beust zu danken. Unsere Redaction versteht sich leider schlecht auf die Künste der Reclame, aber wir sind erkenntlich, wenn andere unaufgefordert dies Geschäft für uns besorgen.

Wir können nicht schließen ohne zwei kurze Betrachtungen. Zum Ersten: die jüngste Depesche des Herrn v. Beust hat uns abermals bestärkt in unserer alten schwermüthigen Meinung, daß dieser talentvolle Mann seinen Beruf verfehlt hat. Stände jene Arbeit als ein Leitartikel im Dresdener Journal, wir würden sie für ein Meisterstück erklären. Uns Männern von der Feder darf man wohl einige Parteilichkeit für ein so eminentes journalistisches Talent zu gute halten. An die Denkschriften praktischer Staatsmänner dagegen pflegen preußische Blätter einen anderen Maßstab anzulegen. Hier genügt uns das anmuthig-witzige Abtrumpfen des Gegners nicht. Hier fragen wir: welchen praktischen Erfolg hat der Verfasser der Arbeit im Auge? und wird die Fassung derselben ihm den Erfolg erleichtern? Diese beiden Fragen haben wir leider fast an sämmtliche diplomatische Actenstücke des sächsischen Ministers vergeblich gestellt. Von der ersten bis zur letzten Note, von jenem vielgepriesenen Briefe, welcher dem Fürsten Gortschakow drohend erklärte, Sachsen werde niemals eine Einmischung des Auslandes dulden, bis herab zu dem neuesten Bundestagsantrage, der arglos die Aufnahme Schleswigs in den Bund fordert — in allen diplomatischen Werken des Ministers finden wir immer nur die eine Tugend: den zwecklos aber talentvoll in seinem reinen Dasein sich ergehenden Fleiß. Von den Londoner Conferenzen versichern die Organe des sächsischen Ministers beharrlich, allein die Haltung des „reindeutschen" Gesandten habe den glücklichen Ausgang herbeigeführt. Merkwürdig nur, daß außerhalb Sachsens Niemand daran glauben will. Wir kennen in der That nur ein positives Ergebniß der schleswig-holsteinischen Politik des sächsischen Ministers. Er hat die Zeit der Verwaltung der Bundescommissäre in Holstein vortrefflich benutzt. Er vor Allen hat durch seine Werkzeuge in Holstein jenen partikularistischen Trotz und Haß ausgesät, welcher heute die Versöhnung des unglücklichen

Landes mit dem preußischen Staate so sehr erschwert. Dieser einzige praktische Erfolg der Beustischen Staatskunst in den Herzogthümern erklärt zur Genüge den unfreundlichen Ton der preußischen Presse gegen Sachsen. Wir aber sind nicht der Ansicht, solche Gehässigkeit sei in der Natur der beiden Nachbarstaaten begründet. Wir meinen, ein anderer Minister des Auswärtigen in Dresden könnte den widerwärtigen Zustand sehr bald beendigen. Ein solcher Minister müßte freilich, nach dem achtungswerthen Beispiele des Freiherrn v. Varnbüler, seine Thätigkeit vorwiegend beschränken auf die Fragen der Handelspolitik, auf die Anzeigen von fürstlichen Ent- und Verbindungen und dergleichen. Dann würden die „sachsenvernichtenden Tendenzen" der preußischen Presse von selbst verstummen.

Zum Zweiten bitten wir unsere Leser, die neueste Depesche des Freiherrn v. Beust vollständig zu lesen und dann zu erwägen: Das also ist der liberalste aller liberalen Minister, den die Helden unserer Volksversammlungen feierten! Herr v. Beust erklärt sich mit Freuden bereit, die sächsische Presse darniederzuhalten, und mit Hilfe des wohlgelungenen sächsischen Preßgesetzes ist es ein Leichtes, jede Opposition auf gesetzlichem Wege mundtodt zu machen. Zur Entschädigung verlangt er nur, daß die preußische Presse gleichfalls gedrückt werde, ja, er bezeichnet bereits ein preußisches Blatt als geeignet zur Abstrafung. Nach alledem begreifen wir nicht, mit welchem Rechte die Organe dieses Staatsmannes fort und fort behaupten, er denke weit liberaler als Graf Bismarck. Doch nein, einen Vorbehalt zu Gunsten der sächsischen Presse macht Freiherr v. Beust allerdings. Seine Depesche sagt: „Die Großmächte berührt es unangenehm, wenn in mittelstaatlichen Blättern von ihrer Gewaltthätigkeit gesprochen wird, aber mindestens eben so verletzend ist es für die Mittelstaaten, wenn die Presse ihnen ihre Ohnmacht vorhält." Also, Herr v. Beust will dafür sorgen, daß die sächsische Presse über die Politik des Grafen Bismarck nicht mehr mit den Schmeichelworten „Länderschacher und himmelschreiende Gewaltthat" aburtheilt. Dafür soll die preußische Presse künftighin nicht mehr die unbehagliche Wahrheit verkünden: Das Königreich Sachsen umfaßt nur 272 Geviertmeilen und kann nur 26,000 Mann in das Feld stellen. — Nennt man dies in Dresden: mit gleichem Maße messen? Glaubt man wirklich, das Berliner Cabinet werde sich auf eine Gegenseitigkeit solcher Art einlassen? — In der Leidenschaft pflegen sich die geheimen Neigungen des Menschen zu offenbaren. Herr v. Beust fühlt sich geärgert durch die Bosheit der preußischen Presse, und alsbald enthüllt sich — jener humane Liberalismus, von dem die Gräber der politischen Gefangenen auf dem Friedhofe des Waldheimer Zuchthauses zu erzählen wissen. —

Doch wir sind im Begriff nochmals ernsthaft zu werden. Unsere Aufgabe war nur, einen unverdienten Vorwurf abzuwehren. Das Urtheil über den sächsischen Minister überlassen wir getrost einer ruhigeren Zeit. Freiherr v. Beust wird voraussichtlich länger als wir Anderen im Munde der Menschen leben. Der Name des ersten und hoffentlich einzigen „reindeutschen“ Gesandten wird späteren Tagen die Erinnerung an die Bundespolitik wachrufen, und genau so wie das Urtheil über den Bundestag wird einst die Meinung der Welt über den sächsischen Minister lauten. Wenn wir von dem Regensburger Reichstage unserer Väter hören, so spielt ein Lächeln um die Lippen der Söhne. Mögen unsere Enkel in einer minder heiteren Gemüthsstimmung sich befinden, wenn sie einst von der alten Bundespolitik und ihrem geschäftigsten Vertreter hören! Wir wünschen es, doch wir wagen nicht es zu hoffen.

1866.

Der Krieg und die Bundesreform.

Freiburg i. B., 25. Mai 1866.

Auf der Kuppel des Neuen Palais bei Sanssouci stehen die Erzgestalten der drei Grazien und tragen mit erhobenem Arm die Krone Friedrich's des Großen; den Köpfen der Frauen, die ihm seine Krone halten müssen, hat der König die Züge seiner Todfeindinnen, Maria Theresia's, der Pompadour, der Czaarin Elisabeth, geben lassen. Nur dem Genius war erlaubt des Feindes also zu spotten; und doch lag ein wahrer Sinn in dem übermüthigen Scherze. Jene drei mächtigen Frauen, die dem preußischen Staate den Untergang geschworen, haben wirklich geholfen seine Krone aufrecht zu halten; all' ihre verderblichen Pläne erreichten nur das Eine, daß der junge Staat reich an Ehren als eine neue Großmacht aus dem ungleichen Kampfe hervorging. Desgleichen in späteren Jahren: nie hat Preußens Gestirn heller geleuchtet als in jenen Tagen, da der Hochmuth unserer Feinde keine Schranke mehr kannte und Napoleon jenem rheinbündischen Prinzen zurief: en avant, roi de Prusse! Heute stehen wir wiederum vor einer großen Entscheidung. Nicht ein Olmütz, so versichern uns österreichische Stimmen, nein, ein Jena will man uns bereiten; die „Improvisation Friedrich's des Großen" soll beseitigt, Preußen ausgestrichen werden aus der Reihe der großen Mächte. Doch abermals, das hoffen wir von der Barmherzigkeit des Himmels, werden die Absichten unserer Feinde zu Schanden werden. Wenn Regierung und Volk ihre Schuldigkeit thun, so wird der Sieg mit unsern Fahnen sein, und die herrschsüchtigen Gedanken der Wiener Hofburg werden dem deutschen Vaterlande zu einer besseren Zeit verhelfen, dem preußischen Staate zu der so lange, so schmerzlich vermißten Eintracht zwischen Volk und Krone.

Die Feder ist ein armselig Ding in solchem Augenblicke. Dennoch sei, bevor der Donner der Kanonen jede besonnene Rede übertäubt, der

Versuch gestattet uns mit den liberalen Freunden zu verständigen über die Lage und die Pflichten, welche sie uns auferlegt. Auch mancher tapfere Mann steht heute noch verwirrt und betäubt vor dem großen Kampfe, der so jählings über Nacht hereinbricht, der in Preußen unter Tausenden kaum von einem Menschen gewünscht ward und nun die Segnungen eines fünfzigjährigen Friedens zu zerstören droht. Der Anlaß eines Krieges, welcher Deutschlands Geschicke vielleicht auf Jahrzehnte hinaus bestimmen wird, liegt halb im Dunkel, seine letzten Ziele beginnen kaum sich zu entschleiern! Drastischer läßt sich die Verwirrung, die tiefe Krankheit des deutschen Staatslebens nicht bezeichnen.

Heute gilt es, den Dingen, die da kommen, in's Gesicht zu schauen; der Drang der Stunde gestattet nur einen raschen Rückblick auf das Vergangene. Unzweifelhaft erscheint dem Juristen Preußen als der angreifende Theil in dem schleswig-holsteinischen Handel, denn Preußen verlangt eine Machterweiterung, die der Mitbesitzer verweigert. Das politische Urtheil stellt sich anders. Sobald der Krieg ausbricht, fällt der nächste Gegenstand des Streites, Schleswig-Holstein, alsbald oder nach kurzem Kampfe in Preußens Hände und kann uns nur nach einer vollständigen Niederlage entrissen werden. So handgreiflich liegt es vor Augen, daß Oesterreich den Krieg beginnt um ein Land, das durch die Natur der Dinge dem preußischen Machtgebiete zugewiesen ist und zu dessen Befreiung Preußen dreimal mehr Opfer an Gut und Blut gebracht hat als der Bundesgenosse — um ein Land, das morgen im Meere versinken könnte, ohne irgend ein Interesse des Donaureiches zu schädigen. Die landläufigen Anklagen, es sei der in unseliger Stunde geschlossene Bund mit Oesterreich jetzt durch preußischen Uebermuth zerrissen worden, fußen allesammt auf der irrigen Voraussetzung, als ob wir mit einem redlichen, besonnen rechnenden Gegner zu thun hätten. Man denke wie man wolle über den Wiener Frieden und den Gasteiner Vertrag, für die Beziehungen der zwei Mächte zu einander bilden diese beiden Verträge den alleinigen von ihnen gemeinsam anerkannten Rechtsboden, und keiner von beiden ist von Oesterreich gehalten worden.

Als kurz nach dem Tode Frederik's VII. die Zollvereinsbevollmächtigten um den Grafen Bismarck versammelt waren und ihn mit Bitten bestürmten, den Krieg mit Dänemark zu beginnen, da erwiderte er: „Ich will den Krieg wie Sie, aber ich will ihn führen Zwei gegen Drei; nicht Einer gegen Vier." Ob diese Ansicht wohl begründet war, ob Preußen wirklich sich zum Bunde mit Oesterreich gezwungen sah, wenn es nicht den Kampf mit dem gesammten Europa aufnehmen wollte, darüber wird erst eine besser unterrichtete Zukunft endgiltig urtheilen.

Wir haben, gleich der Mehrzahl der Liberalen, die Verbindung mit dem Kaiserstaate immer als einen verhängnißvollen Fehler betrachtet. Gleichviel, wo nicht ein Fehler, — ein Unglück, eine Unwahrheit blieb diese Allianz von Anbeginn. Die Rolle, welche Oesterreich darin spielte, war einer stolzen Großmacht wenig würdig. Die rühmlichen, aber Nichts entscheidenden Waffenerfolge seiner Truppen wurden verdunkelt durch die Tage von Düppel und Alsen; in und nach dem Kriege erscheint Oesterreich bald geschoben, bald gezogen durch den Bundesgenossen und versucht sich zu rächen durch ein treuloses Doppelspiel. Zeuge dessen das geheime Einverständniß zwischen dem k. k. Commissar und dem Hofe des Prätendenten, und jene denkwürdige Bundestagssitzung vom 6. April 1865, worin Oesterreich dafür stimmte, sich selber zur Uebergabe der Verwaltung Holsteins an den Prätendenten aufzufordern. Im Gasteiner Vertrage bestätigt Oesterreich abermals feierlich den Rechtsboden des Wiener Friedens; doch kaum ist der Vertrag geschlossen, so beginnt wiederum das geheime Zusammenspiel des k. k. Statthalters mit der Partei desselben Prätendenten, den Oesterreich beim Beginn des Krieges aus den Herzogthümern ausweisen wollte und niemals anerkannt hat. Die Februarbedingungen bilden noch heute das einzige förmlich ausgesprochene Programm der preußischen Regierung hinsichtlich der Herzogthümer; daß sie nur das Unerläßliche fordern, wird heute laut oder insgeheim von der ungeheuren Mehrheit der Norddeutschen anerkannt. Oesterreich hat sie zurückgewiesen, und jetzt endlich, am 26. April, überrascht uns Graf Mensdorff mit seinen Vorschlägen zur Lösung der Frage. Danach sollen die Herzogthümer als einem souveränen Fürsten dem Erbprinzen von Augustenburg zufallen, der seit zwei Jahren sich als ein erbitterter Feind Preußens erwiesen hat. Und beiläufig — um dieser traurigen Persönlichkeit noch einmal zu gedenken, bevor sie hoffentlich für immer vom Schauplatz abtritt — was Deutschland von diesem Prinzen zu erwarten hätte, davon gab sein Verhalten während der letzten Monate nochmals zum Ueberfluß ein Zeugniß. Unermeßliches Unheil droht über unser Land hereinzubrechen um eines Streites willen, der doch seinen Ursprung hat in den Pergamenten des Augustenburgers; er aber hat nicht einen Finger gerührt, um an seinem Theile für die Versöhnung zu wirken! — In diesem souveränen Mittelstaate, schlägt Graf Mensdorff ferner vor, soll eine Bundesfestung und ein Bundeshafen bestehen, auf daß zu der sattsam bekannten Bundesanarchie zu Lande auch noch die Bundesanarchie zu Wasser hinzutrete. Preußen aber mag sich begnügen mit einer Flottenconvention, dem Canale und der Düppelstellung, das will sagen, es soll neue Lasten für Deutschland auf seine Schultern nehmen, doch keine Mittel erhalten sie zu tragen. Und

diese Vorschläge werden uns angepriesen als die natürlichste, den ursprünglichen Absichten der Contrahenten entsprechende Auslegung des Gasteiner Vertrags, der von den Ansprüchen eines Prätendenten mit keiner Silbe redet. Ja, der k. k. Minister verspricht dem preußischen Staate von der Annahme dieser Vorschläge „eine nicht geringe Erhöhung seiner historischen Ehren". Noch mehr. Nimmt Preußen nicht an, so soll die Streitfrage vor den Bundestag gebracht werden, der über Schleswig durchaus Nichts zu verfügen hat — mit anderen Worten: so sagt Oesterreich sich los von den Wiener und Gasteiner Verträgen und von der feierlichen Versicherung, die es noch am 7. Februar d. J. gab, keine Lösung der Frage solle versucht werden ohne die Zustimmung Preußens. Wahrlich, man muß mit Blindheit geschlagen sein, um in dieser Depesche den Hohn, in dem seit zwei Jahren gesponnenen Knäuel kleiner Ränke, daraus wir vorhin nur einige der gröbsten Fäden hervorzogen, die Unredlichkeit zu verkennen.

Seien wir gerecht. Auch die preußische Regierung hat die beiden Verträge nicht streng eingehalten. Sie arbeitete im Stillen für die Einverleibung der Herzogthümer; und wir wissen nicht sicher, auf welche Weise sie den Mitbesitzer für seinen Antheil zu entschädigen gedachte. Daß man aber in Berlin zu einer ehrenvollen Entschädigung bereit war und nicht, wie das demagogische Schlagwort lautet, den Mitbesitzer kurzerhand berauben wollte, dafür bürgt zunächst die Gesinnung des Königs, der das Testament seines Vaters stets in Ehren hielt und das Bündniß mit Oesterreich nimmermehr muthwillig gelöst hätte. Dafür bürgt ferner das bisherige Verhalten des Grafen Bismarck; er war immer ein kühner, aber auch ein vorsichtiger Spieler und hat in der Lauenburger Angelegenheit genugsam bewiesen, daß er Oesterreichs gerechte Ansprüche nicht mißachtet. Dafür spricht endlich eine bedeutsame Bemerkung, die dem Grafen Mensdorff in seiner Depesche vom 7. Februar entschlüpfte und die unverkennbar hinweist auf Versuche des preußischen Gesandten in Wien, die Entschädigungsfrage zur Sprache zu bringen. Für ein Land, das der Kaiserstaat weder behalten kann, noch behalten will, durfte Preußen bedeutende Strecken seines Reiches nicht zum Austausche anbieten; der den mathematischen Köpfen so sehr einleuchtende Tausch von Seele gegen Seele wäre in solchem Falle eine offenbare Unbilligkeit. Die wohlmeinenden Friedensfreunde, welche freigebig über Hohenzollern und Oberschlesien verfügen, vergessen, daß wir keineswegs sicher sind, ob Oesterreich sich mit einer mäßigen Land-Entschädigung begnügen würde, desgleichen, daß beide Gebiete für uns noch etwas anderes bedeuten, als einige Geviertmeilen Landes. Mit der Erwerbung von Hohenzollern würde Oesterreich abermals Fuß fassen in unserem Südwesten, ein Stück von jenem vorgescho-

benen Posten wiedergewinnen, den es so lange zum Unheil für den Süden behauptet und endlich zu Deutschlands Glück aufgegeben hat. Die oberschlesischen Lande müßten unter Oesterreichs Herrschaft wiederum jener slavischen Barbarei verfallen, die in Preußen der deutschen Gesittung weichen muß, von der k. k. Staatsweisheit grundsätzlich gepflegt wird. Wenn eine Regierung, verpflichtet, die Interessen des gesammten Deutschlands zu wahren, zu Gebietsabtretungen so verhängnißvoller Art sich nicht gewillt zeigt, so besitzen wir nicht den Muth, ihr vermessenen Eigensinn vorzuwerfen. Vermochte man in Wien sich mit einiger Selbstbeherrschung in die gegebenen Verhältnisse zu fügen, so war eine Verständigung mit Preußen wohl möglich. Die Maschine der particularistischen Agitation in Holstein, die noch mit halb zerbrochenen Rädern weiter arbeitet, stand augenblicklich still, sobald Oesterreich seine Hand davon abzog. Nach dieser einen Nachgiebigkeit durfte das Wiener Cabinet hoffen, den status quo des Deutschen Bundes noch eine Weile aufrecht zu erhalten; und Größeres, Erfreulicheres als diesen Fortbestand des alten Bundesrechts, des gesetzlich geheiligten Particularismus kann Oesterreich, wenn es ruhig rechnet, in Deutschland heute nicht mehr erwarten.

Doch Jedermann weiß, zu ernstlichen Verhandlungen über die Frage der Abtretung und Entschädigung ist es zwischen den beiden Mächten gar nicht gekommen; und die Schuld davon fällt auf den Wiener Hof. Allerdings bot sich für die preußische Regierung ein ziemlich sicherer Weg, Zugeständnisse von Oesterreich zu erlangen. Sie mußte auf die Unart verzichten, einen eigenen Willen zu haben, und sich wiederum schicken in die gemüthliche Weise jener guten alten Zeit, da Graf Maltzan die gesammte politische Weisheit des Berliner Cabinets in dem Satze zusammenfaßte: „niemals unter, aber immer mit Oesterreich." Preußen ist dieses Weges nicht gegangen; es hat sich und uns vor der Schmach bewahrt, Sbirrendienste zu leisten für die Gewaltherrschaft des Hauses Lothringen in Italien. Es hat dem deutschen Gewerbfleiße, statt ihn anzuketten an die k. k. Schutzzollpolitik und an die kindische Volkswirthschaft der Bukowina und des Banats, vielmehr durch eine Reihe rühmlicher Verträge den freien Markt eröffnet mit den Culturvölkern des Westens, zu denen wir gehören. Ja, als die Freundschaft des Wiener Hofes immer zweifelhafter ward, brach Graf Bismarck entschlossen mit den legitimistischen Ueberlieferungen seiner Partei und näherte sich unserem natürlichen Bundesgenossen, dem italienischen Cabinet.

Nun ermesse man den Eindruck, welchen dies Abweisen aller k. k. Lieblingswünsche, diese trotzig selbständige Haltung Preußens in der Hofburg hervorrief. Seit Ferdinand II. hat keiner der Kaiser an der Donau

die alten Pläne des Hauses, zu herrschen in Deutschland und keinen anderen Willen neben sich zu dulden, so hartnäckig verfolgt wie Kaiser Franz Joseph. Sein Minister vermaß sich einst, Preußen zu erniedrigen und dann zu vernichten; unter ihm schloß Oesterreich einen demüthigenden Frieden, auf daß Preußen nicht die Führung der deutschen Streitkräfte erlange, und vor kaum drei Jahren vermeinte der Wiener Hof, Preußen durch einen unblutigen Handstreich aus dem Deutschen Bunde hinauszuwerfen. Mit steigender Erbitterung hatte man längst die Kräftigung der preußischen Macht verfolgt; jetzt, bei der Annäherung Preußens an Italien, brach der alte Kaiserhochmuth unbändig aus. Denn an der Stumpfheit dieser habsburgischen Hauspolitik gehen die Lehren der Jahrhunderte spurlos vorüber; der König von Preußen ist ihr noch heute der rebellische Markgraf, der Schlesien geraubt, der König von Italien ein fluchbeladener Usurpator. Ein Blick in die diplomatische Correspondenz der jüngsten Monate lehrt, daß spätestens seit der Mitte Februars dem Wiener Hofe jede Besinnung, jede kalte Berechnung abhanden kam; er stürmte blind und leidenschaftlich in den Krieg, um jene beiden nationalen Mächte zu zertrümmern, die ihre Kraft dem modernen Völkerleben danken. Die vollendete Unredlichkeit Oesterreichs und seines kleinen Verbündeten in dem Streite über die Rüstungen kann dem ernsten Beobachter nicht entgehen. Warum ist die k. k. Depesche vom 16. März, welche die Mittelstaaten zur Mobilmachung gegen den Mitbesitzer aufforderte, noch immer nicht veröffentlicht worden? War jene armselige Erklärung, daß die Truppenversammlung in Böhmen den Judenverfolgungen gelte, eines großen Staates würdig? Spielten die Höfe von Wien und Dresden ein ehrliches Spiel, als sie hartnäckig ihre Rüstungen ableugneten, während in Sachsen schon vor Mitte März der Königstein armirt und die Mobilmachung vorbereitet ward? Dies unehrliche Treiben gipfelt in der Depesche vom 26. April. Darin erklärt sich die Hofburg bereit, die Rüstungen zurückzunehmen, welche nach ihren früheren feierlichen Versicherungen gar nicht geschehen waren! In Einem Athemzuge wird dann von Preußen vollständige Abrüstung gefordert und dem k. k. Hofe das Recht vorbehalten, seine Armee im Süden auf den Kriegsfuß zu stellen. Man halte daneben das loyale Verfahren Preußens, das jede seiner Rüstungsmaßregeln öffentlich eingestand. Man vergleiche den hoffärtigen, aufreizenden Ton der Wiener Depeschen mit der gemessenen und gemäßigten Haltung der Berliner, und man wird gestehen: was auch Preußen in früheren Verhandlungen gefehlt haben mag, während der jüngsten drei Monate trägt Oesterreich allein und ausschließlich die Schuld der Verschärfung des Streites.

Kein Staat bedarf dringender des Friedens als das in allen seinen

Fugen knarrende Donaureich. Aber wann waren jemals die Bedürfnisse der Völker bestimmend für die ausschweifenden Pläne habsburgischer Herrschsucht? Der Ausgleich mit Ungarn gescheitert, die Verfassung der übrigen Kronländer suspendirt, in der Verwaltung eine Corruption und Verwirrung sonder Gleichen, der Bankrott vor der Thür, Gährung in den italienischen, Rassenkampf in den deutschslawischen Provinzen — überall unendlicher Stoff für eine schöpferische, segensreiche, aber auch unsäglich mühevolle innere Politik. Wie viel einfacher, mit einem Entschlusse der Verzweiflung auf den deutschen Nebenbuhler zu stürzen, durch einen lärmenden Triumph der Waffen das Jammergeschrei im Innern zu übertäuben! Es liegt doch Methode in solchem Wahnsinn. Da Oesterreich in Italien eine trefflich gesicherte Defensivstellung behauptet, so bleibt immerhin denkbar, daß es den nordischen Feind mit Uebermacht überfällt und, wenn unserer Regierung die Kraft des Beharrens fehlen sollte, einen augenblicklichen Erfolg erringt. Zudem hoffte man in Wien, bethört durch die sanguinischen Berichte des Fürsten Metternich, auf Frankreichs Gunst. Ungeheuerliche Finanzoperationen, die selbst in der Geschichte dieses Staates neu sind, verschafften die Mittel zum Kriege, bis die Stunde kommen wird, den Bankrott „mit Ehren" zu vollziehen. Man rechnete auf Habsburgs altes Glück, auf die tiefe Verstimmung des Volks in Preußen; und seit der großen bundesgetreuen Schwenkung in den letzten Monaten, glaubte man der alten Genossen, der Mittelstaaten, sicher zu sein. Verhängnißvolle Zeiten, wenn die komischen Personen anfangen eine tragische Rolle zu spielen! Herrn v. Beust bleibt der Ruhm, daß er nach seiner schwachen Kraft das Beste gethan hat die Flammen der Zwietracht zu schüren. Jene wettinische Hauspolitik, die seit Jahren grundsätzlich den Preußenhaß im Heere großzog und den Tag von Collin als den Glanztag der sächsischen Waffen feiert, wird die im Ueberschwang verdiente Strafe finden. — So stehen wir heute. „Es wird Zeit die Maske fallen zu lassen!" meinte neulich in einem Augenblicke der Selbstvergessenheit ein Schreiber des k. k. Hofes. Drei Mächte und eine Kleinmacht in Waffen wider einander; im k. k. Heere nur ein Ruf des Hasses und der Kampflust wider Preußen; in der Hofburg ein Geist der Hoffart, von dessen ferdinandeischer Sprache die kleinen Höfe des Südens zu erzählen wissen. Und sollte selbst die Hand, welche die bewaffneten Massen versammelte, im letzten Augenblicke zurückschrecken vor dem Wagniß: die Wucht dieser Rüstungen ist zu gewaltig, sie wird den kaiserlichen Hof weiter reißen auf seiner abschüssigen Bahn.

Gleichen Schritt mit der Kriegslust des Hofes hielt der Fanatismus des Hasses in den Völkern Oesterreichs, welche doch sonst nach alter Ge-

wohnheit in der auswärtigen Politik die Hofburg gleichgiltig gewähren lassen. Ein Wuth- und Blutgeheul, wie es heute von der Donau herüberschallt, ein solcher Ausbruch aller wüsten und rohen Leidenschaften gegen ein anderes Volk, das diese unholden Empfindungen nur mit unerschütterlicher Kälte erwidert, steht vielleicht einzig da in der Geschichte gesitteter Nationen. Ein deutsches Blatt steht zu hoch, um aus den Spalten der Wiener Presse alle die blutigen Beleidigungen, die Rechtfertigungen des Meuchelmords, die hirnverbrannten Prahlereien aufzulesen. Nur eine Lehre ziehen wir aus diesem widerwärtigen Schauspiele: wie thöricht es doch ist von einem deutschen Oesterreich zu reden, wie kläglich unter der k. k. Schul- und Kirchenzucht das deutsche Wesen in dem Donaureiche sich verkümmert hat. Wir Deutschen kennen sie auch, die Sprache des Hasses, wir haben oftmals rauh und plump und grausam zu unsern Feinden geredet. Eine so sinnlose Gemeinheit, wie sie uns heute aus jeder Nummer der Wiener Blätter entgegengrinst, wird man auch in den Schriften unserer erregtesten Epochen nicht finden, nicht in den Flugblättern der Protestanten wider die Spanier und am allerwenigsten in der Literatur der Freiheitskriege. Das war die Weise unseres Volkes nie. Jener Groll, welchen der Hof dem preußischen Emporkömmling nachträgt, ist in das Volk hinübergedrungen. Er hat sich verstärkt bis zu neidischem Ingrimm, seit Berlin zur deutschen Hauptstadt heranwächst kraft einer Nothwendigkeit, die stärker ist als alle großdeutschen Phrasen, seit die geistige und wirthschaftliche Verbindung zwischen dem Volke Preußens und der Kleinstaaten sich täglich fester schließt; und in dem tollen Wechsel von Kriegen, Verfassungsexperimenten und wirthschaftlichen Krisen ist dem österreichischen Volke die fieberische Aufregung zur Gewohnheit geworden. Zu dieser Erbitterung der Deutschen Oesterreichs gesellt sich unter der ungeheuren Mehrheit der Bewohner des Reichs, unter den Slawen, eine sehr berechtigte Empfindung, der uralte Rassenhaß wider die Deutschen. Wir Deutschen des Nordostens rühmen uns diesen Haß zu verdienen, denn allerdings wir hausen auf slawischem Erbe. In den slowakischen und kroatischen Regimentern der k. k. Armee werden geschäftig die alten nationalen Schimpflieder wider die Deutschen verbreitet, gleichwie man in den bigotten Truppen der Hochalpen den Religionshaß gegen die nordischen Ketzer zu wecken sucht. So ist der Staat, dem eine verblendete Partei die Leitung Deutschlands anvertrauen will! Und heuchlerischer noch als das Prahlen mit Oesterreichs kerndeutschem Wesen ist die zur Schau getragene sittliche Entrüstung über Preußens innere Zustände. Wenn die Oesterreicher dereinst, wie heute die Preußen, zurückschauen können auf einen zwanzigjährigen Verfassungskampf, wenn sie die Kunst verlernt haben werden sich Ver-

fassungen schenken und nehmen zu lassen, ohne eine Hand darum zu erheben, wenn sie jenen völkerzertheilenden Despotismus abgeschüttelt haben, der heute die deutschen Truppen gegen die Italiener, die italienischen in die sichere deutsche Hauptstadt stellt — dann erst werden sie ein Recht haben uns über politische Freiheit zu belehren. Wir wissen es wohl, die Presse Oesterreichs giebt die Volksmeinung nicht vollständig wieder; man kennt ja die Unabhängigkeit der Pflegebefohlenen des k. k. Preßleiters. Aber in der langen Schule der Unfreiheit ist der bürgerliche Muth verkümmert; die besonnenen Männer, welche die Verwerflichkeit dieses Krieges erkennen, wagen kaum dem Terrorismus der öffentlichen Meinung zu trotzen. Auch die Magyaren haben zwar, wie einem politisch reifen Volke geziemte, an dem rohen Kriegslärm nur mit Zurückhaltung theilgenommen, doch von der allgemeinen Bewegung sich nicht ausgeschlossen: — mit Unrecht, wie uns däucht, denn das in Deutschland siegreiche Kaiserhaus würde bald seine Waffen auch gegen die Freiheiten der Stephanskrone kehren. Genug, die feindseligen Gesinnungen Oesterreichs liegen vor Jedermanns Augen. Ihre fliegende Hitze verspricht wenig nachhaltige Kraft, doch für den Augenblick und für die nächste Zukunft haben wir mit ihnen zu rechnen.

Solchen Feinden gegenüber scheinen uns die unbedingten Friedenswünsche der preußischen Liberalen keineswegs an der Stelle. Oftmals bei den beweglichen Resolutionen und Adressen der jüngsten Wochen schwebte uns die bittere Frage auf den Lippen: ob solche zerfließende Weichheit der Empfindung einem großen Volke anstehe? ob sie den Enkeln der Sieger von Hohenfriedberg und Leuthen gezieme? Doch in Tagen wie diese soll der Landsmann sich fest an den Landsmann schließen, es ist heut nicht die Zeit zu häuslichem Hader. Wir begreifen den Widerwillen eines gewerbfleißigen Volks gegen die Wirren des Krieges; auch die mannhaften Nationen von England und Nordamerika haben noch jeden ihrer neueren Kriege unter lautem Wehklagen begonnen. Wohl ist der Krieg ein schrecklicher Anachronismus. Wir Alle werden an unserm Leibe erfahren, wie eng unser ganzes Sein, bis zu den kleinsten Gewohnheiten des Alltags, mit den Segnungen des Friedens verflochten ist. Vornehmlich jene Zollvereinsländer, welche die Verblendung ihrer Höfe in das Lager der Feinde Preußens zu führen droht, werden unsäglich leiden, wenn plötzlich die tausend Bande reißen, die sie mit Preußen verketten. Weithin durch die gesittete Welt geht der stille Glaube, daß mindestens auf dem Gebiete der großen Culturvölker der Krieg keine Stätte mehr finden soll. Keine andere Zeit hat den Gewaltigen lauter die Mahnung gepredigt, nicht im Kitzel des Uebermuthes jene Kräfte der Zerstörung zu entfesseln, die, ein-

mal entbunden, dem Rufe des Führers nicht mehr gehorchen. Aber wenn wir Deutschen uns in Bildung und Wirthschaft ein modernes Volk nennen dürfen, in unserm politischen Leben sind wir es noch nicht. Wir ringen erst nach jener Selbständigkeit des nationalen Staatslebens, die andere, glücklichere Völker schon in ihrer Jugend erreichten, und wir dürfen die rauhen Pfade nicht scheuen, die zu solchem Ziele führen. Und welche Unklugheit verräth sich in diesen friedensseligen Adressen! Die Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt in Wien. Meint Ihr die Hoffart des Wiener Hofes zu mäßigen, wenn Ihr ihn bestärkt in dem Wahne, Preußen könne sich nicht schlagen? Meint Ihr die preußische Krone mit dem Volke zu versöhnen, wenn Ihr sie bestärkt in dem Glauben, den Liberalen fehle der Muth, der Opfermuth des Patriotismus?

Nun gar die Anklagen wider den Bruder- und Bürgerkrieg Angesichts der nach deutschem Blute dürstenden Kroaten! In solchem Augenblicke muß jedes persönliche Leid, das den Einzelnen drückt, vor der ernsten Lage des Vaterlandes ganz und gar verschwinden. Sonst wären wir wohl berechtigt, jenen weiten Herzen, deren deutsche Bruderliebe auch die Hannaken und Raizen umfaßt, die Frage entgegenzuwerfen: was sollen **wir** denn sagen, wir Freunde Preußens draußen im Reich, wir, denen das Wort Bruderkrieg nur zu bald nicht eine wohlfeile rednerische Floskel, sondern eine grausame buchstäbliche Wahrheit sein wird? So lange unsere Vielherrschaft währt, kann unser Vaterland keinen großen Krieg erleben, der nicht Deutsche gegen Deutsche unter die Fahnen riefe. Ist es denn vergessen, daß Preußen im Jahre 1813 den herrlichsten seiner Kriege gefochten hat gegen das gesammte sogenannte reine Deutschland? Und wer in aller Welt hat sich je erdreistet diesen Kampf als einen Bruderkrieg zu brandmarken? Versündigen wir uns nicht an den Schatten unserer Väter! Es ist nicht wahr — was die Ultramontanen in schlauer Berechnung erdichtet und sentimentale Schulmeister bis zum Ueberdruß nachgebetet haben — daß unser Volk, zuchtlos und meisterlos, die Jahrhunderte hindurch in wüsten Bruderkriegen sich selbst zerfleischt habe. Was die Schmalkaldener und Bernhard von Weimar und mit besserem Glück Friedrich der Große versuchten, das war, ob auch verhüllt und getrübt durch religiöse und dynastische Interessen, in seinem Kerne ein nationaler Kampf für deutsche Sitte und Freiheit wider die Herrschsucht fremdländischer Gewalten. Auch diesmal wird die Selbstsucht kleiner Höfe deutsche Bataillone in das Lager unserer Feinde führen; doch klarer, vernehmlicher als in Friedrich's Tagen wird heute die nationale Losung des Kampfes ertönen — die Parole „los von Oesterreich!“ Die Ansprüche, welche dies fremde Reich als Präsidialmacht des Deutschen Bundes erhebt, sind nicht minder

eine Lüge, nicht minder eine von Phrasen verhüllte Fremdherrschaft, als weiland die Kaiserwürde in Friedrich's Tagen. Die Verkettung deutscher und österreichischer Interessen ist das A und O unserer staatlichen Leiden. An ihr nährt sich alles Faule und Unsittliche des deutschen Lebens, an ihr der Eigennutz der Höfe, an ihr der Fanatismus einer kirchlichen Partei, die kein Vaterland kennt, an ihr die zuchtlose Phantasterei des Radicalismus, die in einem Lande ohne Grenzen, ohne nationale Einheit willkommenen Spielraum findet. Diese heillose Verbindung zu lösen ist die Aufgabe des bevorstehenden Krieges. Täuschen wir uns nicht: es wird der letzte Waffengang nicht sein; denn eher nicht wird dauerhafter Frieden in Deutschland einkehren, als bis wir uns selber angehören und Herren sind in unserem Hause. —

Der Streit der Cabinette um zwei Herzogthümer hat sich in der That plötzlich verwandelt in den großen Kampf um Deutschlands Selbständigkeit, um die erste Voraussetzung eines nationalen Staates für die Mitte des Festlandes. Sobald man erkannte, daß Oesterreich selbst die gemäßigten Februarforderungen in Frieden nicht zugestehen werde, waren die Tage des Deutschen Bundes gezählt. Das Berliner Cabinet mußte sich fragen, was an die Stelle der verrotteten Bundesformen zu treten habe. In den Tagen der Bedrängniß kommt die innerste Natur der Staaten an den Tag. Noch einmal offenbarte sich, daß die starken Wurzeln der preußischen Kraft in den nationalen Interessen Deutschlands liegen; dieser Staat kann nicht anders als im nationalen Geiste handeln, wenn er nicht, sein selbst vergessend, sein Leben dem Hause Oesterreich verpfänden will. Graf Bismarck überraschte die Welt mit dem Vorschlage das deutsche Parlament zu berufen. Es scheint, als sei in jenen Wochen versucht worden, das dynastische Interesse von Baiern für die preußischen Pläne zu gewinnen. Aber das Haus Wittelsbach zittert heute nicht mehr wie im Jahre 1785 für sein Dasein; darum fand es nicht den großen Ehrgeiz, welchen jene fridericianischen Gedanken voraussetzten. Verlassen von den Höfen, sah die preußische Regierung sich angewiesen auf die nationale Leidenschaft des deutschen Volkes, und in der That ist sie seitdem der alten Sehnsucht der Nation Schritt für Schritt entgegengekommen. Preußens jüngste Vorschläge am Bunde verlangen Consolidirung des Heerwesens und ein auf Grund des Reichswahlgesetzes von 1849 gewähltes Parlament zur Entscheidung über Handel und Verkehr, Marine und Zollwesen. Diese Vorschläge sind sinnlos, wenn ihnen nicht die Abrechnung mit Oesterreich vorausgeht. Sobald wir aus dem Nebel der Phrasen in die klare scharfe Luft des Geschäftslebens treten, erscheint der großdeutsche Gedanke alsbald in seiner Nichtigkeit. Es geht schlechterdings

nicht an, daß die Oesterreicher über unser Zollwesen mitrathen, da sie doch dem Zollvereine niemals angehören können. Und eine Wiederholung jener kindlichen Politik des Jahres 1848, welche die Oesterreicher in das Parlament berief, damit sie nachher sich selber hinauswerfen sollten, ist von der Gutherzigkeit des Grafen Bismarck sicherlich nicht zu erwarten. Eine unerbittlich folgerichtige Nothwendigkeit waltet über jedem Versuche nationaler Politik, der den hohlen Rechtsboden des octroyirten Bundestags verläßt. Schon heute steht Graf Bismarck nur durch einen schmalen Graben von dem Nationalvereinsprogramme getrennt; bricht der Krieg aus, so hindert nichts auch diesen zu überschreiten. Leicht möglich, daß die Krone Preußen binnen Kurzem einen alten Hort hervorsucht, jenes „Anrecht" auf die Leitung Deutschlands wieder aufnimmt, das König Friedrich Wilhelm IV. seinem Hause verwahrte, und mit einigen Vorbehalten die Reichsverfassung von 1849 verkündet. Kurz, Preußens deutsche Politik hat rasch und kühn die legitimistischen Grillen der Reaction über Bord geworfen; sie will wieder, was jeder preußische Minister wollen soll, die Einheit Deutschlands unter Preußens Führung; sie adoptirt jene Grundsätze, welche von der nationalen Partei seit Jahren verfochten wurden.

Wir brauchen nicht erst zu versichern, wie wenig diese Weise die deutsche Frage zu behandeln unseren Wünschen entspricht; Manches darin gemahnt an die unfertige Politik Piemonts im Jahre 1848. Es war ein befremdendes, fast unheimliches Schauspiel, wie der Gedanke der deutschen Einheit so plötzlich aus dem Dunkel unter das unbereitete Volk hinaustrat, und die größte politische Idee des Jahrhunderts fast wie ein Fechterstreich in einem diplomatischen Turnier erschien. Tausende riefen bei dem unerwarteten Anblick: „nicht also, wie der Geist, den man anruft in der Noth, sondern reiflich vorbereitet durch ein verfassungstreues Regiment in Preußen und darum getragen von dem festen Willen des preußischen und empfangen von der jubelnden Zustimmung des deutschen Volkes, sollte der Gedanke, den die Nation seit Jahren im Herzen trägt, die Bühne der praktischen Politik beschreiten!" In der That haben die jüngsten Schritte des Grafen Bismarck die alten Schwächen seiner Politik sehr deutlich offenbart. Er besitzt, bei aller Kühnheit und Beweglichket seines Geistes, ein sehr geringes Verständniß für die sittlichen Kräfte des Völkerlebens. Diese Mißachtung der Ideen ist ihm gekräftigt worden durch die Verirrungen der öffentlichen Meinung in den letzten Jahren, da der Idealismus der Nation sich in Phrasen verflüchtigte. Heute wird dem Berliner Cabinet die Erfahrung, daß ein ganzes Volk den jähen Sprüngen eines geistreichen Kopfes nicht zu folgen vermag und ein

tiefeingewurzeltes, auf Thatsachen begründetes Mißtrauen nicht über Nacht aufgiebt. Wie betäubt schaute die Nation der plötzlichen Wendung der preußischen Staatskunst zu.

Soll die Nation auch fernerhin träge abwartend zur Seite stehen, derweil die Würfel geworfen werden um die Lebensfrage ihrer Macht und Einheit? — Diese Blätter haben sich oftmals schelten lassen, weil ihnen „Macht vor Freiheit gehe". In Wahrheit ist uns nie in den Sinn gekommen, zwei incommensurable Größen mit einander zu vergleichen. Wir meinten nur, daß die noch geringen, wenig durchgebildeten Kräfte des Liberalismus ihm in seinem Kampfe mit den Mächten der Reaction einen raschen Sieg nicht versprechen. Wir sahen andererseits die Leiche des Deutschen Bundes noch unbegraben in Verwesung übergehen und den Gegensatz der beiden Großmächte sich täglich mehr verschärfen. Wir schlossen daraus, der große Kampf um die Machtstellung in Deutschland werde beginnen, bevor das parlamentarische System in den Einzelstaaten vollendet sei. Heute macht die Geschichte mit Einem Schlage dem doctrinären Streite über Macht und Freiheit ein Ende. Sie fragt wenig nach unseren Theorien, sie zermalmt den Thoren, der das Schicksal mit seinen Wünschen zu meistern wähnt. Der Kampf um die Macht bricht an, und es wäre der Gipfel der Thorheit, wenn wir das Parlament, das längst ersehnte, jetzt zurückwiesen, da die einzige Hand, die stark genug ist es zu verwirklichen, die Krone Preußen, es uns bietet. Ob der Geber es ehrlich meine mit seinem Vorschlage, das mag uns der feine Instinct der dynastischen Selbstsucht der mittelstaatlichen Höfe beantworten. Warum warten sie nicht, wie ihr Interesse zu erheischen scheint, geruhig ab, wie die beiden Großmächte sich gegenseitig schwächen? Warum neigen sich gerade jene Höfe, deren unverbesserlichen particularistischen Trotz man kennt, in den letzten Wochen entschieden auf Oesterreichs Seite? Weil sie an den Ernst der preußischen Vorschläge glauben und von dem Siege Preußens das Parlament, einen tödtlichen Schlag gegen den Dynastendünkel, erwarten. Was Oesterreich in diesem Kriege erstrebt, ist verhüllt, unklar vielleicht für die Hofburg selber. Doch wir haben die Folgen des unblutigen Sieges von Olmütz noch nicht vergessen: die Zerstörung unserer Flotte, den Verrath an Schleswig-Holstein, die Blüthezeit der Concordate und des Waldheimer Zuchthauses, jene Versumpfung des nationalen Lebens, die uns noch heute das Blut in die Wangen treibt. Welch eine Zukunft, wenn jetzt nach einem blutigen Siege dies Deutschland den Croaten und Jesuiten unter die Füße geriethe! Wohl mögen wir die Italiener beneiden, weil ihnen die nationalen Ziele ihres Kampfes unendlich klarer, sicherer vor Augen stehen. Aber auch ein Cabinets-

krieg kann heilsame wohlbegründete Zwecke verfolgen, wie der Krimkrieg beweist, und der Krieg, der uns bevorsteht, wird zu einem nationalen Kriege werden, sobald die Nation sich das Herz faßt, den Dingen auf den Grund zu schauen. —

In dieser Lage scheinen uns die Pflichten der nationalen Partei außerhalb Preußens zweifellos. Sie besitzt weder die Macht noch den Beruf die inneren Zustände Preußens zu bessern, sie hat sich lediglich zu halten an Preußens deutsche Politik, also die preußischen Reformvorschläge zu unterstützen und mindestens zu verhindern, daß der Krieg zwischen Preußen und dem slawisch-deutschen Donaureiche nicht durch die dynastische Eifersucht der kleinen Höfe zu einem wirklichen Bruderkriege werde. Leider haben die Fehler des Berliner Cabinets dafür gesorgt, daß diese Unterstützung nicht so rasch, so gleichmäßig erfolgen kann wie es in der Ordnung wäre unter Söhnen Eines Volkes. Auf die fieberische Erregung der letzten Jahre ist eine tiefe Abspannung gefolgt; der Zeitpunkt für eine große nationale Reform konnte nicht unglücklicher gewählt sein. Es wird zum Mindesten feierlicher, bindender Erklärungen über die letzten Ziele des Berliner Hofes bedürfen, um diese gleichgiltige Menge mit einiger Thatkraft zu erfüllen. Die kleinen Staaten des Nordens werden hoffentlich im Verlaufe des Krieges, sobald Preußens Absichten klarer hervortreten, durch die Natur der Dinge und durch die Wünsche ihrer Bürger in das Lager ihrer alten Waffengefährten geführt werden. Daß die Bevölkerung des Königreichs Sachsen die heilige Pflicht hätte, sich wie Ein Mann zu erheben gegen die frivole Politik jenes anderen Brühl, der heute das Land in widernatürliche Bahnen zieht, leuchtet freilich ein. Aber der lächelnde Despotismus des Beustischen Regiments hat das Volk entnervt, jedes politischen Wollens entwöhnt. So wird, wie wir fürchten, der unglückliche Staat willenlos in einen aberwitzigen Krieg hineintaumeln, und eine grausame Vergeltung wird jenen Wohlstand heimsuchen, unter dessen Blüthe die Sachsen seit Jahren ihre Bürgerpflicht vergessen haben. Anders steht es im Süden. Die Mißstimmung des Volkes gegen Preußen ist lebhaft, doch bei Weitem nicht so ingrimmig wie weiland in den Tagen Stein's und Hardenberg's oder der Neuen Aera — beiläufig ein merkwürdiger Beitrag zu der Lehre von den moralischen Eroberungen. Der bessere Theil der süddeutschen Liberalen gedenkt mit Scham der unwürdigen Rolle, welche Bayern vor sechszehn Jahren als Oesterreichs Vasall spielte; man mißtraut aus guten Gründen den kleinen Cabinetten und ist nicht Willens, auf einem neuen Bregenzer Kreuzzuge die traurigen Lorbeeren der Strafbayern einzusammeln. Dazu die tiefeingewurzelte Abneigung des kleinstaatlichen Daseins gegen die große

Politik, und die Rücksicht auf den Zollverein, der jetzt erst seine volle Bedeutung für die Einheit der Nation bewährt. Aus Alledem und aus der weit verbreiteten Furcht vor Frankreich ergiebt sich vorläufig die Neutralität des Südens als ein trauriges doch immerhin erträgliches Auskunftsmittel. Nur mögen unsere süddeutschen Freunde beherzigen, daß Wachsamkeit, rühriger als bisher, uns noth thut inmitten der Umtriebe der süddeutschen Cabinette und der starken österreichischen Partei. Ueber die Gesinnung der Höfe von Stuttgart, Wiesbaden und Darmstadt kann Niemand mehr sich täuschen seit der Reise der Königin Olga und der Ernennung eines hessischen Prinzen zum k. k. Generalissimus in Deutschland; sie werden im günstigsten Falle eine erste Niederlage Preußens abwarten, um sich dann, wie die hungrigen Fliegen auf eine blutige Wunde, auf unsern Staat zu stürzen. Solche Pläne zu durchkreuzen muß Alles was deutsch ist im Süden sich tummeln und die unendlich träge Masse aufrütteln. Die Aufgabe ist schwer, und wir bezweifeln, ob selbst wenn das Glück den Fahnen Preußens folgt, die gesegnete Stunde kommen wird, da der Süden Partei ergreift für die gute Sache. Es wäre über Alles traurig, wenn in dem großen Kampfe diese Länder abermals wie im Jahre 1813 nur eine armselige Stelle im Hintertreffen einnehmen sollten.

Der blutige Ernst der Zeit hat mindestens den einen Segen, daß den Verblendeten die Binde von den Augen fällt, die vernünftigen Männer zur Vernunft gelangen, und die als Freunde und Landsleute zusammengehören sich wieder ehrlich zusammenfinden. In dieser Zuversicht hat uns der Frankfurter Abgeordnetentag bestärkt. Es war ein gutes Zeichen, daß diese überwiegend von Süddeutschen besuchte Versammlung, trotz der ungebührlich starken Vertretung der Stadtverordneten der guten Stadt Frankfurt, zu so besonnenen, so verständigen Beschlüssen gelangte. Vielen der Theilnehmer wird der Aufenthalt am Maine ernste Belehrung gewährt haben. Sie werden jetzt ermessen, ob diese Stadt wirklich der Mittelpunkt des deutschen Lebens ist, ob man daran denken darf, ein deutsches Parlament auf diesen verlornen Posten der k. k. Hauspolitik zu berufen. Sie werden aus den lärmenden Demonstrationen des rothen Radicalismus für das Haus Habsburg ersehen haben, ob der vernünftigen Freiheit von Oesterreich das Heil kommen kann. Und auch der Unbelehrbare mußte zur Besinnung gelangen vor dem Schauspiele, das Herr Frese vor den Versammelten aufführte. Ein preußischer Abgeordneter geht nach Frankfurt und fordert die Süddeutschen auf, die Waffen zu ergreifen wider seinen Staat, seinen König, seine Wähler! In solchen Abgrund der Unwürdigkeit wird ein sonst unbescholtener Mann durch den Fanatis-

mus der Parteigesinnung gestürzt! Wir glauben zu wissen, daß keine preußische Wählerschaft wieder so tief sinken wird, sich von einem solchen Manne vertreten zu lassen; und wir hoffen, die Partei des Nationalvereins werde jetzt endlich erkennen, von welchem Schlage diese Helden des schleswig-holsteinischen Selbstbestimmungsrechtes sind, mit denen sie in arger Verblendung seit zwei Jahren zusammen gewirkt hat. —

Indeß die Entscheidung über den Charakter dieses Krieges liegt in Preußen. Wieder einmal bewährt sich das harte und dennoch segensreiche Lebensgesetz dieses Staates, das ihm auch den geringsten Gewinn nur unter schweren Kämpfen gönnt; und noch keine Krisis, die der Staat je überwunden, hat die Opferwilligkeit, die politische Einsicht und Mäßigung seines Volks auf eine so harte Probe gestellt. Wir können uns nicht darüber täuschen, der Krieg ist sehr unpopulär. Ein Volk, gänzlich vertieft in den Kampf um seine Verfassung und in die Arbeiten des socialen Lebens, wird plötzlich aufgerufen zur Leistung der härtesten Waffenpflicht, die Europa kennt, ohne daß die Masse auch nur ahnt, warum man an den Schild schlug. Ist ein solches Verfahren erhört unter freien Völkern? Die allgemeine Versicherung, die Ehre des Staats sei gefährdet, reicht nicht aus die erbitterten Gemüther zu beschwichtigen. Eine gesittete Nation läßt sich ihr selbständiges Urtheil auch über die auswärtige Politik nicht verkümmern; der Soldat will wissen wofür er bluten soll. Sobald der Krieg beginnt, erwarten wir mit Zuversicht eine Proclamation der Krone an das Volk, die leider heute, derweil die verworrenen Verhandlungen schweben, unmöglich ist. Gelingt es dann der Krone — was wir mit Sicherheit glauben — das Volk zu überzeugen, daß sie den Kampf nicht aus frivolem Uebermuthe aufnimmt und daß sie ihn führen will um Deutschlands willen, so wird eine heilsame Umstimmung erfolgen; denn tief im Volke lebt die stille Ueberzeugung, jene träge, schleimige Masse, die man die deutsche Frage nennt, lasse sich durch sanftes Rütteln nicht in Fluß bringen.

Zu solcher Umstimmung gehört noch ein Anderes: entschlossene Aenderung des Systems im Innern. Diese Blätter dienen der gemäßigtesten unter den Parteien der Opposition zum Organe, sie haben oft mit schwerer Selbstüberwindung, im Widerspruche mit verehrten Freunden, die auswärtige Politik der Regierung vertheidigt; der Verdacht kann uns nicht treffen, als wollten wir die Bedrängniß des Staates zum Besten einer Partei ausbeuten. Doch heute drängt es uns, die Ueberzeugung auszusprechen, daß der Staat einen so wagnißvollen Krieg nicht mit Zuversicht beginnen kann unter einer Verwaltung, welche die ungeheure Mehrheit des Landes gegen sich hat. Gewiß, unsere Bataillone

werden sich schlagen wie sie in Schleswig sich schlugen, und es bleibt ja möglich, daß die tapfere Armee im raschen Anlauf den Krieg beendigt. Aber wie nun, wenn das Wahrscheinlichere geschieht, wenn der Kampf sich in langem unentschiedenem Ringen hinzieht und immer neue Opfer an Gut und Blut von dem Volke gefordert werden? Leichte Milderungen in der Handhabung der Polizeigewalt, wie die jüngsten Wochen sie uns brachten, genügen längst nicht mehr. Was wir bedürfen ist: unzweideutige Anerkennung des Budgetbewilligungsrechtes der Volksvertretung und Entlassung einiger Räthe der Krone, welche heute nicht mehr im Stande sind, ihren Platz zum Vortheile des Staates auszufüllen. Uns scheint es unmöglich zu verkennen, daß diese Worte nur ein sehr bescheidener Ausdruck dessen sind, was das gesammte Land verlangt. Es wäre weise und königlich gehandelt, wenn diese unumgänglichen Zugeständnisse von der Krone aus freiem Antriebe gewährt würden, bevor der neue Landtag sie fordert.

Die Auflösung des Hauses der Abgeordneten hat für den Augenblick sehr ungünstig gewirkt; bei einiger Billigkeit wird man begreiflich finden, daß die Regierung in der von Grund aus veränderten Lage des Landes an das Volk appellirt. Freilich, die alte Mehrheit wird wiederkehren; in der Hast und Unsicherheit dieser Wochen läßt eine starke Mittelpartei, die dem Hause immer gefehlt hat, sich nicht bilden. Aber die Abgeordneten werden in so schwerer Zeit die Erinnerung an so viele leidenschaftliche Scenen und jene grimmige persönliche Erbitterung zu überwinden wissen, welche bisher die Beilegung des Conflicts erschwerte. Während überall sonst unter den Waffen die Gesetze schweigen, wird dieser unter kriegerischem Lärm berufene Landtag der erste in Preußen sein, der nicht blos durch seine sittliche Bedeutung wirkt, sondern materielle Macht besitzt. Mit der Nothwendigkeit Anleihen abzuschließen endet die Möglichkeit die Volksvertretung zu ignoriren. Jetzt gilt es diese ungemeine Gunst des Glückes mit Kraft und Mäßigung zu benutzen und die alte Klage Lügen zu strafen, daß die deutschen Patrioten keine Politiker, unsere Politiker keine Patrioten sind.

Noch vor einigen Wochen sagte uns ein ausgezeichnetes Mitglied der Fortschrittspartei: „wenn Preußen siegt, so sind wir verloren!“ Wir glauben, diese pessimistische Verstimmung ist schon heute nahezu verflogen und sie wird gänzlich verschwunden sein, wenn der Landtag, wie zu vermuthen steht, nach dem Beginne des Krieges zusammentritt. Das Haus wird sicherlich sich gedrungen fühlen, mit einer Adresse vor die Krone zu treten und darin, wie heute die Stadt Breslau, die Erklärung der Bereitwilligkeit zu jedem schwersten Opfer für die Erhaltung des Staats

allem Anderen voranstellen. Die erste Veranlassung des Conflicts, die Militärfrage, kann in der nächsten Session schwerlich Schwierigkeiten bereiten. Der Krieg wird beiden Theilen Erfahrungen in Fülle bieten, um Vorzüge und Fehler der Heeresorganisation zu würdigen; endet er siegreich, so führt er zur Einigung und Verstärkung mindestens der norddeutschen Contingente, also zur Erleichterung der preußischen Militärlasten. Kurz, die Frage ist augenblicklich nicht spruchreif; ein bindendes Versprechen der Regierung, die Angelegenheit auf gesetzlichem Wege in der folgenden Session zu ordnen, wird, wie uns däucht, genügen.

Dagegen halten wir die Sicherung des Budgetrechtes für die unerläßliche Vorbedingung jeder Anleihe. Es wäre in der That ein unbegreiflicher Widersinn, Anleihen, welche vielleicht eine Generation belasten, von dem Landtage zu verlangen, während man ihm das Recht versagt, die Ausgaben für ein einzelnes Jahr zu bewilligen. Nach den versöhnlichen Worten, die soeben den Breslauer Stadtbehörden erwidert wurden, können wir kaum für möglich halten, daß dies die Absicht der Krone sei. Authentische Interpretation der Verfassungsbestimmungen über das Budgetrecht (etwa in Form eines erläuternden Zusatzes zu Art. 99, um jedes Wiederaufleben der unseligen Lückentheorie zu verhindern), und die feierliche Erklärung der Regierung, daß sie der Indemnität für die budgetlose Verwaltung bedürfe und nach beendetem Kriege darum nachsuchen werde — dies sind Bedingungen, worauf der Landtag nicht verzichten kann. Aber auch dann noch schwebt das Ausgabenbewilligungsrecht ungesichert in der Luft, wenn nicht ein anderes verfassungsmäßiges Recht des Landes, die Verantwortlichkeit der Minister, gesetzlich geregelt und praktisch wirksam wird. Diese Taktik hielte sich streng auf dem Boden der Verfassung und schiene uns sicherer als der Plan, die Geldverlegenheit der Krone zur Eroberung des unbeschränkten Steuerbewilligungsrechtes zu benutzen. Die Volksvertretung steht noch auf der Defensive, darin liegt ein guter Theil ihrer Kraft. Jeder Mann von Gewissen wird es billigen, wenn sie selbst in höchster Landesnoth ihre patriotischen Opfer von der Sicherung der verbrieften Rechte des Landes abhängig macht; ein solches Verfahren ist so selbstverständlich, daß man hoffen darf, Krone und Herrenhaus endlich dafür zu gewinnen. Zur Eroberung neuer Rechte, zu einer schöpferischen Gesetzgebung scheint uns die Zeit kriegerischer Bedrängniß nicht angethan; die Zustimmung der beiden andern Factoren kann dergleichen Versuchen nicht zu Theil werden. Mit der Sicherheit, daß kein Minister fortan ohne bewilligtes Budget regieren kann, ist der feste Grundstein parlamentarischer Rechte gewonnen. Diese eine Freiheit enthält alle anderen in ihrem Schooße; wir dürfen es dann getrost ruhigeren

Tagen überlassen, wie die nunmehr mächtige Volksvertretung sich die Burg ihrer Rechte weiter ausbauen wird. Vielleicht finden diese Vorschläge der Mäßigung leichter Gehör, wenn wir daran erinnern, daß die Opposition selber einige Schuld an der Verschärfung des Streites mit Oesterreich trägt. Sie hat — und dies sei der einzige Vorwurf, den wir uns heute gegen die Majorität gestatten — sich gebärdet, als ob in Zeiten des Verfassungskampfes die Wirksamkeit des Staates nach außen still stehen müßte. Die Ueberhebung der Hofburg nährt sich an dem Wahne, daß das Verfahren der preußischen Regierung nach innen wie nach außen von dem gesammten Volke mißbilligt werde. Hätte das Haus der Abgeordneten den hochherzigen Entschluß gefunden jene Februarforderungen energisch zu unterstützen, welche der Ueberzeugung der Majorität unzweifelhaft entsprachen: — wer weiß, ob wir heute ständen wo wir stehen!

Die Erfahrungen der jüngsten Jahre predigen überlaut, wie weit der Weg ist, den Preußen bis zur Gründung eines vollkommenen parlamentarischen Systems noch zu durchmessen hat. Die Ernennung der Minister ist nach der Verfassung ein Recht der Krone, und diese vier Jahre beweisen, daß ein von der Krone und dem Herrenhause gehaltenes Ministerium trotz des Widerstandes des Unterhauses sich allerdings behaupten kann. Das Abgeordnetenhaus besitzt vor der Hand weder das Recht noch die Macht, der Krone ein Ministerium aus seiner Mitte aufzudrängen, selbst wenn sich die geeigneten Männer dafür finden sollten. Doch ebenso wenig kann die alte Majorität nach so langen haßerfüllten Händeln der unveränderten Regierung mit Vertrauen entgegenkommen. „Neue Menschen“ fordern die Organe der Regierung von den Wählern, das Land verlangt dasselbe von dem Ministerium. Man muß der Opposition durch einen Personenwechsel eine veränderte, versöhnlichere Haltung ermöglichen; die einfachsten Rücksichten der Billigkeit und des parlamentarischen Anstands erheischen die Entlassung einiger Minister, welche durch die Verwaltung ihrer Departements sich mit der Volksvertretung unversöhnbar verfeindet haben und leicht entbehrt werden können, namentlich der Minister des Inneren, der Justiz, der Finanzen.

Nach diesem Zugeständniß sollte, wie uns däucht, das Abgeordnetenhaus sich darein ergeben, einige andere Minister vor der Hand zu ertragen, welche der König, weil er ihrer bedarf, allem Anscheine nach nicht entlassen wird. Zu diesen für den Augenblick unentbehrlichen Männern rechnen wir trotz alledem und alledem die Minister des Auswärtigen und des Krieges. Wir wissen es wohl, die Leidenschaft liebt zu personificiren; die persönliche Bedeutung des Grafen Bismarck und sein herausforderndes

des, beim Schlusse der letzten Session geradezu unverzeihliches Auftreten haben verschuldet, daß die murrende Menge in diesem Manne die Verkörperung eines verhaßten Systems erblickt. Doch wenn wir nicht unseren Groll, sondern die Bedürfnisse des Staats zu Rathe ziehen, so erhebt sich die Frage: ist es vernünftig, in dem Augenblicke, da eine verhängnißvolle militärisch-diplomatische Action beginnt, die Leitung des Auswärtigen und des Kriegswesens zu wechseln? die Hände, welche den Knoten schürzten, an der Lösung desselben zu verhindern? „Ich habe, äußerte Graf Bismarck einmal, mehr Interesse für die auswärtige, als für die innere Politik." Wir fassen das schärfer: die inneren Zustände waren ihm immer nur ein Mittel für seine diplomatischen Combinationen. Dies Geständniß enthüllt ohne Zweifel eine bedenkliche Einseitigkeit seines politischen Ideenkreises; in einer Zeit ruhigen Ausbaues der Verfassung würden wir einen minder begabten, ehrlich liberalen Minister vorziehen. Heute, da die ganze Zukunft des Staates auf einer kraftvollen Action nach Außen beruht, bedürfen wir des Ministers, der sich als unsere tüchtigste diplomatische Kraft bewährt hat. Er ist, wenn wir unbefangen vergleichen, außer Napoleon III. der einzige Staatslenker der Gegenwart, der große, positive Pläne in der auswärtigen Politik verfolgt. Wissen die Liberalen einen Mann ihn zu ersetzen? Gewiß hat er den Staat in die gegenwärtige schwierige Lage gebracht, doch nur, weil er seine Pflicht als preußischer Minister erfüllte, weil er Preußens Nacken nicht unter die Machtgebote der Hofburg beugen wollte. Jeder andere Minister hätte, nachdem der schleswig-holsteinische Handel einmal begonnen, bei den Gesinnungen des Wiener Hofes früher oder später eine ähnliche Krisis herbeigeführt — wenn er nicht dem Grundsatze huldigte, daß der Starke muthig zurückweicht. Ist es denn ein schlechtes Lob für einen preußischen Minister, daß unsere Feinde ihn hassen, wie den Gottseibeiuns? Herr v. Manteuffel und Herr v. Schleinitz haben solche Gefühle im feindlichen Lager allerdings nicht erweckt. Keine Teufelei, die man in Wien, München, Stuttgart dem Grafen Bismarck nicht zutraute; sogar das Attentat hat er mit dem Meuchler abgekartet, wie man in Dresden sich mit gewichtiger Miene zuflüstert. Sollen wir wirklich der Hofburg die Liebe erweisen, den einzigen Mann, den sie ernstlich fürchtet, zu stürzen? Seine auswärtige Politik hat längst nichts mehr gemein mit dem reactionären Parteiprogramme. Der Rundschauer weissagt das Nahen des jüngsten Gerichts, und ein enfant terrible der Conservativen gestand kürzlich: „Bismarck ist stets seinen eigenen Weg gegangen; wir hatten immer nur das Nachsehen." Um so sicherer glauben wir, daß sich einige verfassungstreue, tüchtige Männer bereit finden werden, um der Gefahr des Staates willen

über die Vergangenheit des Ministerpräsidenten hinwegzusehen und mit ihm ein die Verfassung ohne Vorbehalt achtendes Coalitionsministerium zu bilden.

Auf solchen Grundlagen etwa muß eine Verständigung möglich sein. Ueber Preußens unerläßliche Forderungen an die Herzogthümer und über die Nothwendigkeit einer selbständigen Stellung neben Oesterreich sind ja im Stillen alle Preußen einig. Es leben im Norden einzelne großdeutsche Träumer; eine großdeutsche Partei besteht Gottlob in Preußen nicht. Wir würden doch Alle vor Scham erröthen, wenn Tage wiederkehrten, wie jene, da Oesterreich erst sich selber, nachher Preußen und Deutschland unter das Joch des weißen Czaaren spannte, wenn einem anderen Grafen Brandenburg das Herz bräche über der Demüthigung des Vaterlandes. Wenn der neue Landtag durch seine besonnene Haltung zugleich das Recht des Landes wahrt, die Versöhnung mit der Krone herbeiführt und mit altpreußischem Patriotismus die Mittel gewährt, um den Kampf mit dem alten Feinde bis zu vollständigem Siege hinauszuführen, so ist ihm eine beneidenswerthe Stelle in der Geschichte Preußens gesichert. Versucht er aber die Noth des Landes zu Usurpationen zu benutzen, oder begnügt er sich mit seiner ablehnenden, unfruchtbaren Haltung, die sich in dem Schlagwort zusammenfaßt: „nicht mit Bismarck!“ — dann wäre der preußische Liberalismus auf lange hinaus gerichtet. Das preußische Blut müßte sich regen, das Volk würde sich abwenden von einer Politik, welche die Partei höher stellt, als das Vaterland.

Wie heute die Dinge stehen, ist leider die entgegengesetzte Gefahr wahrscheinlicher. Offenbar hat augenblicklich die Regierung einen letzten Entschluß noch nicht gefaßt. Mitten zwischen versöhnlichen, wohlmeinenden Erklärungen erscheint plötzlich die Verordnung vom 18. Mai über die Darlehnscassenscheine. Sie steht nach unserem Urtheile mit der Verfassung nicht im Einklange und wird den Conflict verschärfen. Sollte man wirklich weiter schreiten wollen auf diesem verhängnißvollen Wege? Es wäre eine Verblendung, die unsere Fassungskraft überstiege! Und käme je der Tag, da die Regierung mitten im Kriege von dem Landtage eine Anleihe verlangte, ohne das Budgetrecht anzuerkennen; — es wäre eine Prüfung für das Gewissen der Patrioten, wie sie härter sich nicht denken läßt. Das Gewissen der Abgeordneten würde mit Nein antworten und das Land würde zu seinen Vertretern stehen, denn dann wäre es die Regierung, welche die Partei höher stellte als das Vaterland. Währt die Erbitterung im preußischen Volke fort, so wird es auf die Dauer schwerlich gelingen, die süddeutschen Höfe von der Allianz mit Oesterreich zurückzuhalten. Selbst in diesem Falle bleibt ein glücklicher

Krieg nicht schlechthin undenkbar. Die Papiergeldpresse könnte für eine kurze Weile aushelfen; und die Preußen werden niemals so tief sinken, wie die Oesterreicher im Jahre 1859, sie werden nie aus Haß gegen ein unheilvolles System den schwarzweißen Fahnen eine Niederlage wünschen. Aber was wären die Früchte eines solchen Sieges? Wir Anhänger Preußens außerhalb der acht Provinzen sind unser eine kleine Schaar; doch wären wir hundertmal stärker und stiege ein Gott vom Himmel uns zu helfen — ohne die Herstellung des Landesrechts in Preußen werden wir dem deutschen Volke nun und nimmermehr den Glauben beibringen, daß Preußen es ernst und ehrlich meint mit dem deutschen Parlamente. Die hochfliegenden Bundesreformpläne würden vor dem unüberwindlichen Mißtrauen der Nation platt zur Erde fallen. An eine friedliche Fortbildung des Verfassungslebens in Preußen vermöchten wir dann nicht mehr zu glauben. —

Noch ist es möglich, daß der Frieden erhalten bleibt. Unter den tausend und tausend Gründen, welche heute in bekümmerten deutschen Herzen den Wunsch nach Frieden rege halten, steht allen voran die schwere Sorge wegen der Einmischung des Auslandes. Die im Süden feststehende Ueberzeugung, Napoleon III. werde sich nach heute begonnenem Kriege morgen auf unsere rheinischen Lande stürzen, halten wir freilich für irrig. Der Kaiser kennt Deutschland, er weiß, daß dieses Rheinland heute unendlich fester mit uns verbunden ist, als vor fünfzig Jahren. Er steht zu hoch über den kleinlichen Anschauungen des Herrn Thiers und sieht zu weit in die Zukunft, als daß er seiner jungen Dynastie das Danaergeschenk einer meuterischen Provinz bringen sollte. Es giebt andere Länder wälscher Zunge, die der französischen Eroberungslust ein minder undankbares Feld bieten. Aber das wäre der erste große Krieg in Deutschland, der ohne die Einmischung des Auslandes geführt würde! Obwohl die innerste Natur des modernen Völkerlebens nach kurzen, localisirten Kriegen verlangt, so knüpfen sich doch an einen Krieg in der Mitte des Welttheils ungeheure, schlechthin unberechenbare Combinationen. Die zehn Jahre der Ruhe, die Rußland auf dem Pariser Frieden sich vorbehielt, sind abgelaufen, und der kranke Mann im Osten hat sich nicht erholt. Bei dieser quälenden Unsicherheit aller europäischen Verhältnisse sind die Friedenswünsche nur zu begreiflich. Nur Eines sollten die Freunde der Ruhe nicht übersehen: der Friede, heute mühselig aufrecht erhalten, verspricht keine Dauer. Das Verhältniß zu Oesterreich ist unheilbar, wohl auf Jahrzehnte verdorben; zu vergessen hat das Haus Habsburg nie verstanden. Die Zukunft, der wir entgegengehen, ist so ernst, so großer Entscheidungen voll, daß es Pflicht ist von ihr zu hoffen.

So können wir uns denn nicht trennen von dem Glauben, es werde die Wunde des inneren Unfriedens endlich sich schließen und Preußen in fester Eintracht zwischen Fürst und Volk den großen Kampf beginnen. Wir hoffen auf das Glück der Schlachten, denn wir sind uns bewußt, daß der Uebermuth diesmal nicht auf unserer Seite ist. Einen Frieden von Villafranca hat ein preußischer König noch nicht geschlossen. Wagen die Söhne, gleich den Vätern, auszudauern in widerwärtigem Geschick, so muß sich zuletzt offenbaren, daß Preußens Kräfte zwar minder reich, aber zäher, nachhaltiger, gesunder sind als die Staatskraft Oesterreichs. Wir sind zu nüchtern um von einem glücklichen Kriege die Lösung der deutschen Frage zu erwarten; ein so leichtes Loos ist unserem Volke nicht bereitet. Aber wir hoffen auf die Verstärkung der preußischen Macht im Norden und dann auf einen tapferen Schritt vorwärts nach dem Ziele der Einheit Deutschlands, dergestalt daß zum mindesten solche Unwürdigkeiten, wie die jüngste Rüstung Sachsens gegen Preußen, fortan den deutschen Boden nicht mehr schänden können. In einem Kriege, der diesen Zwecken gilt, wird das Volk treu zu dem schwarz und weißen Banner stehen und einträchtig rufen: Hie Deutschland!

Politische Correspondenz.

Berlin, 10. Juli 1866.

Eine gewaltige Zeit, eine ruhmvolle Epoche der deutschen Geschichte ist verflossen, seit diese Blätter zum letzten Male die Ereignisse des Tages besprachen. Der kühne Traum, welchen der Freiherr vom Stein zu Petersburg in dem blutigen Winter von 1812 zu träumen wagte, es werde die Mitte des Festlandes sich zusammenfassen zu zwei einheitlichen nationalen Gemeinwesen: Deutschland und Italien — diese verwegene Hoffnung ist heute durch wenige Wochen voll kriegerischer Thaten der Erfüllung näher gerückt worden als vordem durch lange Jahre geistiger Arbeit. Die Parteien Preußens, so eben noch entzweit in bitterem Hader, finden sich zusammen einträchtig in dem Danke gegen die Barmherzigkeit des Himmels, in der Freude über das tapfere Heer, in dem festen Willen, daß aus dem in Strömen vergossenen edlen Blute ein dauerhafter Segen für Deutschland ersprießen solle; und die öffentliche Meinung des Auslandes, die Sklavin des Erfolgs, beginnt endlich zu begreifen, warum die Preußen mit stolzer Freude auf die schwarzweißen Fahnen blicken. Und Gottlob, es ist nicht leichtfertige Ueberhebung, was heute Millionen preußischer Herzen in rascheren Schlägen klopfen läßt. Wir haben gelernt von dem polternden Uebermuthe der Feinde, die vor dem Kampfe schon mit den Früchten ihrer „glänzenden militärischen Erfolge“ prahlten. „Wir sind die alten Preußen noch von Roßbach und von Leuthen!“ — diese schlichten Zeilen, die heute an den Anschlagssäulen der Hauptstadt stehen, bezeichnen treffend den Sinn eines großen Volkes, das mit ruhiger Befriedigung sich gestehen darf, die Söhne seien der Väter werth. Als im Jahre 1740 die Soldaten Friedrich's die schlesische Grenze überschritten, da ergoß sich der Hohn der Wiener über die wohlgedrillten Paradetruppen des alten Dessauers; auf dem Felde von Mollwitz mußte der Spott verstummen. Den Nachkommen gereicht zur Freude, daß auch diesmal vor dem Heldengeiste der Sieger von Trautenau und Königgrätz die Prah-

lerei übermüthiger Feinde zu Schanden ward; doch wir sind nüchtern und maßvoll genug um einzusehen, daß mit der blutigen Arbeit auf den Schlachtfeldern von Böhmen erst die leichtere Hälfte des schweren Werkes gethan ist.

Es scheint ein undankbares Geschäft einer so rasch lebenden Zeit mit der Feder zu folgen. Kaum ist die Tinte vertrocknet, so ändert eine unerwartete Wendung von Grund aus die Lage der Dinge. Dem Leser fehlt die Sammlung, einer eingehenden Betrachtung zu folgen; in solchen Tagen lebt der Mensch von rothen Kriegsdepeschen und von den ungeheuerlichen Ausgeburten der mündlichen Ueberlieferung. Den Schreibenden selbst überkommt das beschämende Gefühl von der Werthlosigkeit seines Thuns, wenn anders von der Schlag- und Kampflust der Deutschen noch etwas in ihm lebt; jeder tapfere Dragoner, der einen Croaten in die Pfanne haut, thut für den Augenblick Größeres für die deutsche Sache, als der feinste politische Kopf mit der gewandtesten Feder. Aber neben dem Kampfe der Waffen geht im Stillen der Kampf der Geister weiter; über kurz oder lang wird eine Zeit wiederkehren, da die Debatte etwas bedeutet. Und für diesen Fall ist es nicht müßig, aus den großen Schicksalswendungen der letzten Wochen einige Ergebnisse hervorzuheben, welche für das neue Deutschland, das sich gestaltet, von bestimmender Bedeutung sein werden. —

Zunächst, das preußische Volk ist mit reinem Gewissen und frohen Muthes in diesen Kampf gegangen; über die Bedeutung dieses gerechtesten der Kriege besteht kein Zweifel mehr. Vor wenigen Wochen wurde das einfache Sachverhältniß noch verdunkelt durch die Verworrenheit des schleswig-holsteinischen Handels, durch die Verbitterung des Parteigeistes; noch zu Anfang Juni konnte das Wahlprogramm der Fortschrittspartei die thörichte Anklage wagen, daß allein der Uebermuth des Grafen Bismarck diesen Krieg verschuldet habe. Heute möchten wir Keinem rathen, eine solche Behauptung öffentlich in den Straßen Berlins zu wiederholen. Die Verblendung unserer Feinde hat die preußische Regierung jeder eigenen Rechtfertigung überhoben. Die einfach würdigen Worte, welche König Wilhelm an dem glückverheißenden Tage von Belle-Alliance zu seinem Volke sprach, genügten vollauf, denn Oesterreichs jüngste Thaten schrieben dazu einen jedem schlichten Bauersmanne verständlichen Commentar. Der Gasteiner Vertrag, den Oesterreich seit seinem Abschlusse Tag für Tag gebrochen hatte, ward endlich — so rühmten die amtlichen Wiener Blätter — „Preußen in Fetzen vor die Füße geworfen,“ als der k. k. Statthalter eigenmächtig die Stände von Holstein zur Entscheidung der Erbfolgefrage einberief. Die preußische Regierung constatirte den

Vertragsbruch, sie stellte sich wieder auf den Boden des Wiener Friedens, der nunmehr allein für beide Mächte rechtlich bindend war. Sie erklärte sich bereit, wiederum mit dem Mitbesitzer eine gemeinsame Regierung für beide Herzogthümer zu bilden, sie ließ Truppen in Holstein einrücken und gab dem Mitbesitzer anheim in Schleswig das Gleiche zu thun. In denselben Tagen machte die Krone Preußen noch einen letzten Versuch, sich direkt mit der Hofburg zu verständigen. Das Possenspiel, das der Wiener Hof einem so redlichen und rechtmäßigen Verfahren gegenüber begann, wird noch fernen Zeiten denkwürdig bleiben. Er zog seine Truppen aus den Herzogthümern zurück; er erklärte diesen freiwilligen Abmarsch für eine Folge preußischer Gewaltthaten, und noch einmal mußte die wächserne Nase des Bundesrechts für die Hofburg ihre Dienste thun. Oesterreich rief den Bundestag auf zum Schutze von Verträgen, welche selber nichts anderes waren als eine flagrante Verletzung des Bundesrechts. Noch mehr, es beantragte die Mobilmachung, den Krieg gegen Preußen — zum Schutze jener Bundesgesetze, welche den Krieg zwischen Bundesstaaten verbieten. Die Frankfurter Versammlung, von jeher zu lächerlich um ernstlich gehaßt, zu gemeinschädlich um aus vollem Herzen verlacht zu werden, nahm am 14. Juni ein Ende würdig ihres Lebens. Wie vormals bei der Wiedergeburt des rechtmäßig aufgehobenen Bundestags die traurige Gestalt des Herrn v. Linde Hebammendienste verrichtete, so wird dereinst die Geschichte mit dem zweiten und letzten Untergange des Bundestags untrennbar verbinden — den Namen des Herrn Victor v. Strauß, der vor Jahren die Lehren des politischen Meineids in ein System brachte und heute jenes Gewirr von Zänkerei und Lügen, von Langeweile und erbärmlichen Ränken, welche man Bundesverhandlungen nennt, durch eine gefälschte Abstimmung würdig beendigt hat. Wir athmen auf, wenn wir von diesem gespenstischen, verlogenen Treiben zu Frankfurt das Auge wenden auf jene raschen, kühnen Schläge, welche Preußen zur Antwort gab. Der Bundesfesseln entledigt, läßt Preußen am 16. Juni seine Truppen in die drei Mittelstaaten des Nordens einrücken. Am 22. Juni überschreitet die schlesische Armee die feindliche Grenze, am 26. Juni steigt das Heer des Prinzen Friedrich Karl in das Thal der Iser nieder, und seitdem folgt Schlag auf Schlag jene Reihe herrlicher Siege, welche den größten Theil von Böhmen in Preußens Hände, unser Heer auf die Straße zur Hauptstadt des Feindes gebracht hat.

Sollten selbst nach den Frankfurter Vorgängen einzelne Preußen noch den unschuldigen Glauben an das deutsche, bundestreue Oesterreich sich bewahrt haben, so muß die neueste Schwenkung der k. k. Hauspolitik auch

den Blödesten bekehren. Venetien ist an Napoleon III. abgetreten, die bewaffnete Einmischung Frankreichs in die deutschen Händel durch das Haus Lothringen erbeten. Der Streich war längst erwartet; aber warum mußte dies ruchloseste unter allen Verbrechen, die Oesterreich je gegen unser Vaterland vollführte, mit so beispiellosem Cynismus vollbracht werden? Ließ sich nicht irgend ein wohllautender Vorwand finden, um dies schimpfliche Eingeständniß der Schwäche einer alten, stolzen Großmacht, diese Anrufung des Auslands durch den Wahrer des Bundesrechts, durch die „Präsidialmacht des Bundes" einigermaßen zu beschönigen? Dies jüngste Probestück lothringischer Politik ist an den mittelstaatlichen Höfen mit einem Jubel begrüßt worden, der von dem vaterländischen Sinne dieser Cabinette ein beredtes Zeugniß giebt; in Preußen hat es die segensreiche Folge gehabt, daß alle Parteien sich einträchtig um den König schaaren. Rastlose Verfolgung der errungenen Vortheile, bis unter den Mauern Wiens dem Feinde der Frieden dictirt wird — so lautet der einstimmige Ruf aller Parteien. Selbst die Friedfertigen, die vor Kurzem noch den Krieg verwünschten, erklären heute die kühnste Politik für die klügste. Auch von den Italienern steht zu erwarten — und die soeben eingetroffene Nachricht von dem wiederholten Einfalle in Venetien bestätigt diese Erwartung — daß das Selbstgefühl der Nation nach einer mit Ehren verlorenen Schlacht nicht tief genug gesunken ist, um in eine so plumpe Falle zu gehen. Ohne Zweifel besteht ein bindender Vertrag zwischen Preußen und Italien, der einseitige Friedensschlüsse verbietet. Die Krone Italien wird ihrer Verpflichtung nachkommen; denn seit Langem sehnen sich die Patrioten der Halbinsel die anmaßende Vormundschaft Frankreichs abzuschütteln, und am Wenigsten ein hochherziger Staatsmann wie Baron Ricasoli wird seinem Könige rathen, dies erdrückende Uebergewicht noch zu verstärken. Die Allianz der beiden Mächte, auf deren Kraft und Blüthe die Zukunft Mitteleuropas beruht, ist nicht das Werk vorübergehender diplomatischer Combinationen; sie soll dauern und dem Welttheile ein wirkliches Gleichgewicht der Macht, einen gesicherten Friedenszustand schaffen. Die Dynastie Savoyen ist eine junge, illegitime Macht für den größten Theil der Halbinsel, sie steht einer mächtigen republikanischen Partei gegenüber, welche in der Geschichte und den Gewohnheiten der Italiener starke Stützen findet. Es wäre ein verhängnißvolles Wagniß, wo nicht ein Selbstmord, wenn das königliche Haus den Besitz Venetiens durch eine Demüthigung vor dem Fremden, vielleicht durch eine abermalige Abtretung italienischen Landes erkaufte. In solcher Lage scheint uns die Stellung des Kaisers der Franzosen keineswegs so einfach und sicher, wie die jubelnden Stimmen des schwarzgelben Lagers

wähnen. Allerdings sind auf die Kunde von der Abtretung Venetiens im französischen Volke nochmals für einen Augenblick die unholden Leidenschaften der Herrschsucht und Ländergier aufgelodert. Der Kaiser selber hegt, als ein nüchterner Mann der Thatsachen, durchaus keinen Glauben an den ernsten Willen der deutschen Nation, ihre Zersplitterung zu beenden; er würde vermuthlich am Liebsten sehen, wenn der Süden Deutschlands der österreichischen, der Norden der preußischen Schirmherrschaft verfiele und die Könige von Napoleon's Gnaden den besten Theil ihrer Selbständigkeit retteten. Aber kann er ernstlich wünschen, die Freiheit Italiens, welche den schönsten Ruhm seiner Regierung bildet, zu zerstören und sich die Todfeindschaft der beiden jungen Großmächte Mitteleuropas zu verdienen? Wird er das flotte Schiff seines modernen Kaiserthums mit dem ehrwürdigen Wrack der habsburgischen Hausmacht zusammenketten wollen? Wir meinen, der Kaiser werde auch diesmal bewähren, daß er mit freierem Blicke als sein Volk die Nothwendigkeit, die Berechtigung dieses deutschen Krieges zu würdigen weiß. Wollten die Bonapartes die kurzsichtige Politik des Herzogs von Choiseul erneuern und den deutschen Krieg zu einem Weltkampfe erweitern: — es wäre das sicherste Mittel, die Verwirrung der Geister in den kleinen deutschen Staaten zu heilen und alle großen Leidenschaften der deutschen Nation zu einem verzweifelten Ringen wachzurufen. Wie immer der Ausgang eines solchen Krieges fallen möge: — jene mittelstaatlichen Höfe, welche den Napoleoniden so theuer sind, würden ihn schwerlich überleben.

Die gehäuften Sünden unserer Feinde und das wieder erwachte Vertrauen zu der kriegerischen Kraft des eigenen Volkes haben endlich den Preußen die Augen geöffnet über den Sinn des großen Kampfes. Wenn heute Einer die Frage stellt: was gilt's in diesem Kriege? — so würden Millionen Preußen erwidern, was vor einigen Wochen nur von wenigen Einsichtigen durchschaut ward und heute noch von dem mißwollenden Auslande bezweifelt wird: dieser Krieg bezeichnet das Erwachen zweier großer Völker, die endlich den Muth gefunden, sich selber anzugehören und eine entsittlichende Fremdherrschaft abzuschütteln. Wir sagen mehr, der Krieg ist zugleich, wie jener Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten, ein Kampf der Bildung gegen die Roheit. Diese Roheit, die wir bekämpfen, zeigt sich nicht blos in dem brutalen Deutschenhasse der österreichischen Slaven, in der beispiellosen Verlogenheit und Prahlerei der k. k. Generale; sie zeigt sich auch, mit tiefem Schmerze sprechen wir es aus, in der Haltung des süddeutschen Volkes.

Die Zeit ist längst dahin, da die Süddeutschen im Vordergrunde unseres politischen Lebens standen; seit der deutschen Revolution hat das

Volk des Südens in allen großen Krisen des Vaterlandes mit erschreckender Regelmäßigkeit das Unvernünftige gewollt. Hier war der Heerd des blinden k. k. Kriegsfanatismus im Jahre 1859, hier fand die kindische Fehde wider das beste politische Gemeingut der Nation, wider den Zollverein, ihre hitzigsten Kämpen, hier die unwahre Agitation des Augustenburgischen Particularismus die gläubigsten Hörer. So war es denn auch jetzt wieder eine Täuschung, wenn wir hofften, die auf dem Frankfurter Abgeordnetentage ausgesprochenen gemäßigten Grundsätze würden im Süden Fuß fassen. Mit unglaublicher Leichtfertigkeit hat sich das Volk dem Terrorismus der vereinigten ultramontanen und radicalen Partei unterworfen, — einer Coalition, die nur allzusehr an jene verrufene Verbindung reaktionärer und demagogischer Elemente in den Sklavenstaaten Nordamerikas gemahnt. Der Ultramontane hat kein Vaterland, er haßt den preußischen Staat als ein Kind der Reformation, als einen Staat, welcher der katholischen Kirche zwar reiche Freiheiten gewährt, aber stark genug ist, sie unter das gemeine Recht zu beugen. Dem Radicalen ist das Vaterland nur eine Phrase, er haßt jeden Staat, der die Selbstsucht, den Eigenwillen des Einzelnen einer festen Regel unterwirft; willkommen ist ihm nur der Kleinstaat, der gleich einer Eierschaale den Einzelnen nicht drückt, aber auch nicht schützt. An diese Parteien schließt sich die Bureaukratie mit ihrem engherzigen Particularismus, desgleichen alle jene zweideutigen Elemente der Gesellschaft, welche bisher von dem Schlendrian der Kleinstaaten und der Fäulniß des österreichischen Staats goldene Früchte ernteten: kein Zufall wahrlich, daß die Pächter der Spielbanken und die Haussiers der Frankfurter Börse zu den Wortführern der k. k. Partei zählen. Daß die wissenschaftliche Bildung im Norden höher stehe denn im Süden, ist ein norddeutsches Vorurtheil. Doch allerdings in der politischen Bildung, in dem Verständniß für nationale Machtfragen übertreffen wir die Süddeutschen. Jeder gebildete Mann des Nordens kennt den Süden und ist darum ziemlich frei von jenen gehässigen landschaftlichen Abneigungen, welche der Unkenntniß entspringen; in den großen Verhältnissen unserer Hafenplätze und Weltmärkte kann die binnenländische, kleinstädtische Beschränktheit des politischen und wirthschaftlichen Urtheils sich nicht halten. Trauriger ist eine andere Folge des süddeutschen Kleinstaatenthums: weil hier der Segen einer strengen politischen und militärischen Zucht gefehlt hat, so ist die sittliche Bildung gesunken und eine freche, schreiende Zuchtlosigkeit aufgewuchert. Während die Blüthe der norddeutschen Jugend mit spartanischer Mannszucht in einen Krieg ging, der Anfangs von der großen Mehrheit nicht gewünscht ward, prangten an den Schaufenstern süddeutscher Städte die Bilder der

drei Nationalhelden: Benedek, Gablenz und — des Meuchelmörders Blind. Mögen die Demagogen immerhin Zeter rufen über den Denuncianten — die harte Wahrheit muß gesagt werden: die blutige That jenes unseligen Menschen war nichts anderes als der Widerhall der blutigen Worte, welche die radikale Presse des Südens Tag aus Tag ein unter die Massen warf. Nur freilich war den Meisten dieser lärmenden Schreiber das Bewußtsein ganz abhanden gekommen, daß Worte einen Sinn und eine Folge haben; nur freilich steckte hinter den polternden Reden in der Regel kaum so viel Muth, als zum Einwerfen eines Fensters gehört. Die windigste Phrase genügt, diese Köpfe zu bethören. Die schwarzgelbrothen Armbinden, welche der k. k. Generalissimus durch die Frauen und Jungfrauen Frankfurts für seine Bundesarmee und ihre k. k. italienischen Regimenter anfertigen läßt, reichen vollkommen aus, tausend gebildete Männer zu überzeugen, daß der Rumpfbundestag wirklich die Sache Deutschlands vertritt. Wir hätten nie für möglich gehalten, daß in dem sittlichen deutschen Volke eine so dichte Saat der Lügen aufsprießen könnte, wie sie heute in der süddeutschen Presse gedeiht. Die französische und englische Presse reden jetzt ungleich redlicher, billiger, gesitteter über die preußischen Zustände als die Presse Süddeutschlands. Oftmals während der letzten Wochen im Süden meinten wir, aus den Mienen der erhitzten Gesichter Tag und Stunde berechnen zu können, da der Jammer dem Rausche folgen müsse. Und sie wird folgen, die heilsame Ernüchterung — sobald der Einzug preußischer Truppen den Heerd dieser demagogisch-ultramontanen Wühlerei, die freie Stadt Frankfurt, von ihrer Selbstüberhebung heilt. Der Ort ist ein großer Geld- und Wechselplatz für Deutschland, nichts weiter; daß er sich so lange als die deutsche Hauptstadt gebärden konnte, erklärt sich nur aus jenem grenzenlosen Dünkel, jenem Verkennen aller realen Verhältnisse, wodurch die kleinstaatliche Demokratie sich auszeichnet. Wir wissen sehr wohl, Verlogenheit, Ueberhebung, Phrasenseligkeit sind nicht angeborene Characterzüge unserer Brüder im Süden, sondern lediglich Folgen der kleinstaatlichen Verbildung und Verkümmerung; und weil wir dies wissen, darum begrüßen wir mit Freuden den Zug der preußischen Truppen gegen den Main. Gelingt es den Waffen Preußens, durch einen sieghaften Kampf die Kleinstaaten des Südens einem großen nationalen Gemeinwesen einzufügen, so wird der Süden nie wieder ein so abschreckendes Schauspiel politischer Entsittlichung und Zuchtlosigkeit bieten; die edlen, in mancher Hinsicht dem Norden überlegenen, Kräfte seines Volkes werden endlich wieder nationalen Zwecken dienen. —

Die Ueberzeugung ist im Wachsen, daß dieser in der Stille der

Cabinette geborene Kampf ein nationaler Krieg sei, der die Verjüngung des Vaterlandes nach sich ziehen werde. Bereits wird in den Kleinstaaten des Nordens der berechtigte Vorwurf laut, ob man die Preußen allein bluten lassen solle für Deutschlands höchste Güter. In noch weiteren Kreisen regt sich die Einsicht in den moralischen Bankrott des deutschen Zaunkönigthums, der in der That die verwegensten Erwartungen übertroffen hat. Wir hatten früher oft Gelegenheit süd- und mitteldeutsche Offiziere über das preußische Heer absprechen zu hören und sagten uns im Stillen: „und diese Menschen klagen über die Prahlerei der Preußen!“ — wenn wir hören mußten, die Einnahme von Düppel sei eine mittelmäßige Belagerungsübung, die Eroberung von Alsen ein unverdienter Glücksfall, das preußische Reglement leerer Kamaschendienst u. s. f. Und nach solcher Ueberhebung ein so schmählicher Fall, so viele bald hochkomische, bald empörende Scenen kleinköniglicher Selbstsucht, Feigheit, Verlogenheit! Den Reigen eröffnet der Augustenburger mit jener für unser Kleinfürstenthum typischen Proclamation des Inhalts: „ich erwarte, daß Jedermann seine Schuldigkeit thut, ich allein thue die meine nicht“ — und kaum haben seine k. k. Freunde das Land verlassen, so ist der augustenburgische Patriotismus in Nichts zerfallen. Fast ebenso widerwärtig war das Schauspiel der Agonie des Albertinischen Hauses. Zwar das Eine wird Niemanden Wunder nehmen, daß jener Meister der Lüge, der nächst Kaiser Franz Joseph die schwerste Schuld an dem vergossenen Blute trägt — daß Herr v. Beust seinen getreuen Ständen aber- und abermals seine friedfertige Gesinnung versicherte. Aber ein entsetzliches Zeugniß für die verdummende und entsittlichende Wirkung des Beustischen Regimentes bleibt es doch, daß in dem Landtage eines hochgebildeten Völkchens nicht ein Mann Verstand und Muth genug besaß, um den plumpen, mit Händen zu greifenden Lügen des Ministers tapfer zu Leibe zu gehen und dem Volke zu zeigen, welch' ein frevelhaftes Spiel mit ihm getrieben ward. Die Schätze der Krone waren rechtzeitig in Sicherheit gebracht; für die Vertheidigung des Landes wagte man nichts als die nutzlose Zerstörung einiger Brücken; das tapfere, kleine Heer mußte in Böhmen die traurige Rolle einer k. k. Division spielen. In der Katastrophe des kurhessischen Hofes erscheint besonders auffällig die schimpfliche Abhängigkeit des Landesherrn von dem k. k. Gesandten und die frivole Gleichgültigkeit gegen das Schicksal des trefflichen Heeres, welches, gut deutsch, gut preußisch gesinnt, kaum halb gerüstet, in den Kampf geschickt ward wider die alten, treuen Waffengefährten. Welch' einen Anblick vollends gewähren die letzten Tage des Welfenhofes! Zuerst, wie man jetzt urkundlich nachweisen kann, ein treuloses Doppelspiel zwischen Oester-

reich und Preußen, dann offener Uebergang in das k. k. Lager und auf die erste Nachricht von dem Einmarsche der Preußen eine lächerliche nächtliche Flucht. Nachher ein plan- und zielloses Umherziehen mit der braven Armee, die durch rasche Entschlossenheit sehr leicht gerettet werden konnte, und abermals unredliche Verhandlungen mit Preußen; dann, ohne jede Aussicht auf Erfolg, lediglich zur Rettung der welfischen Ehre ein blutiger Kampf, darin Hunderte wackerer Deutscher das Leben ließen um einer kleinköniglichen Laune willen; zuletzt, um das Werk zu krönen, eine jener gotteslästerlichen Proclamationen, die heute nur noch in Deutschland geduldet werden. Wahrlich, diese unendliche Selbstentwürdigung des hohen Adels deutscher Nation wäre ein wundervoller Stoff für die Feder eines Callot-Hoffmann, wenn nicht das frevelhaft vergossene Blut so laut nach Vergeltung schriee.

Nicht minder bejammernswerth ist die Haltung der süddeutschen Höfe. Was dort an Muth und Thatkraft fehlt, sucht man zu ersetzen durch Brutalität, Prahlerei und Verrath. Während Preußen den Krieg mit rühmlicher Humanität führt, seinen höchsten Trumpf, die Aufhebung des Zollvereins noch gar nicht ausgespielt und keinen Augenblick vergessen hat, daß es gegen Brüder und Stammgenossen kämpft, begann Bayern seine Action noch vor der Kriegserklärung mit der Austreibung der preußischen Telegraphenbeamten aus Frankfurt. Daran schloß sich die Ausweisung sogar preußischer Frauen aus der Bundesstadt, welche heute trotz ihrer „Freiheit“ knechtisch die Dictatur des k. k. Gesandten erträgt, und in Hohenzollern die Aufforderung an die preußischen Beamten, dem Rumpfbundestage den Eid zu leisten. Der greise König Ludwig dichtet Siegeshymnen auf Oesterreich, und Landesherren und Bundesfeldherren überbieten sich in donnernden Ansprachen. Die Festung Mainz, durch vollgiltigen Bundesbeschluß für neutral erklärt, wird von den Bayern treulos der einen kriegführenden Partei geöffnet; und der Großherzog von Weimar darf sich alles Ernstes beklagen, daß seine Armee ihm durch den Rumpfbundestag böslich entwendet wurde. Indessen hadern Prinz Karl von Bayern und Alexander von Hessen über den Operationsplan, die Reichsarmee macht durch unglückliche militärische Spaziergänge ihrem traurigen Namen Ehre, und den Deutschen überkommt ein tiefer Unmuth, wenn er so viele tapfere Manneskraft unter nichtsnutziger Leitung vergeudet sieht. Wie rathlos und haltlos ein Kleinstaat in großen Tagen dasteht, das zeigt vielleicht am Deutlichsten das traurige Loos eines der edelsten deutschen Fürsten, des Großherzogs von Baden. Ein Deutscher durchaus, hochherzig und freigesinnt, sieht er im eigenen Lande eine fanatische Rotte von Pfaffen und Demagogen sich gegenüber. Seinen Rath

bilden, außer einigen Fachmännern, ein trefflicher, preußisch gesinnter Handelsminister, der soeben seine Entlassung genommen hat, ein Minister des Innern, der um die Verwaltungsreform sich Verdienste erworben aber in der großen Politik sich nicht über das Niveau der süddeutschen Bierbank erhebt, endlich ein Minister des Auswärtigen, Adept des Herrn v. Beust, gebildet in der Schule der augustenburgischen Agitation. Unter einer so buntscheckigen Regierung überfällt den kleinen Staat die gewaltige Zeit; der heldenhafte Entschluß, allein neutral zu bleiben unter den Staaten des Südens, ist unmöglich, denn nur Thoren erwarten Heroismus von einem kleinen Fürstenthume. So sieht sich der unglückliche Fürst in das Lager der Feinde Deutschlands, in den Krieg wider seinen Schwiegervater getrieben. Und mit welcher Kinderunschuld taumelt das Völkchen in die große Krisis hinein, wie ahnt es so gar nichts von dem grausamen Ernste des Krieges! Die sächsische Landescommission beruft Rekruten ein für die Armee ihres Königs während der preußischen Occupation und verwundert sich höchlich, als der preußische Gouverneur dies verbietet. Die schwäbischen Regimentscommandanten schicken die Einberufungsschreiben für ihre Leute an preußische Behörden und bitten gemüthlich das Weitere zu besorgen. Die badische Regierung ersucht mitten im Kriege das Berliner Cabinet um Auszahlung der Zollvereinsgelder. Und Staatsmänner solches Schlages durften bisher in Deutschland große Politik treiben! Wahrlich, die Fäulniß dieser Zustände stinkt gen Himmel. Schon ist der rohe Radicalismus nur allzu mächtig auf deutschem Boden, und der letzte Rest monarchischer Gesinnung muß unserem Volke entschwinden, wenn den kleinen Fürsten auch fernerhin die Militärhoheit und das Recht der auswärtigen Politik und damit die gewisse Aussicht verbleibt, in jeder ernsten Zeit ihre Krone dem Gelächter und der Verachtung der Welt preiszugeben.

Unvergeßliche Ereignisse haben bewiesen, daß Preußen und die Kleinstaaten sich in der That zu einander verhalten wie Macht und Ohnmacht, Staat und Nichtstaat. Mit dieser Erfahrung und dem Ausscheiden Oesterreichs aus dem engeren Bunde ist die Möglichkeit einer ernsthaften nationalen Politik gegeben. Fortan kann nicht mehr die Rede sein von den kindlichen Vorstellungen unserer Gefühlspolitiker, wonach der preußische „Stamm" in gleicher Abhängigkeit wie der waldeckische unter einer imaginären Centralgewalt stehen soll. Preußen hat sich erwiesen als die einzige organisirte rein-deutsche Macht. Jetzt gilt es, an dieses Preußen, wie es ist, mit all' seiner rauhen Größe, seiner Härte und Schroffheit, als an einen festen Kern die weiche Masse der Kleinstaaten anzuschließen, vorläufig in einer Art von föderativer Verbindung. Dieser Thatbestand

wähnen. Allerdings sind auf die Kunde von der Abtretung Venetiens im französischen Volke nochmals für einen Augenblick die unholden Leidenschaften der Herrschsucht und Ländergier aufgelodert. Der Kaiser selber hegt, als ein nüchterner Mann der Thatsachen, durchaus keinen Glauben an den ernsten Willen der deutschen Nation, ihre Zersplitterung zu beenden; er würde vermuthlich am Liebsten sehen, wenn der Süden Deutschlands der österreichischen, der Norden der preußischen Schirmherrschaft verfiele und die Könige von Napoleon's Gnaden den besten Theil ihrer Selbständigkeit retteten. Aber kann er ernstlich wünschen, die Freiheit Italiens, welche den schönsten Ruhm seiner Regierung bildet, zu zerstören und sich die Todfeindschaft der beiden jungen Großmächte Mitteleuropas zu verdienen? Wird er das flotte Schiff seines modernen Kaiserthums mit dem ehrwürdigen Wrack der habsburgischen Hausmacht zusammenketten wollen? Wir meinen, der Kaiser werde auch diesmal bewähren, daß er mit freierem Blicke als sein Volk die Nothwendigkeit, die Berechtigung dieses deutschen Krieges zu würdigen weiß. Wollten die Bonapartes die kurzsichtige Politik des Herzogs von Choiseul erneuern und den deutschen Krieg zu einem Weltkampfe erweitern: — es wäre das sicherste Mittel, die Verwirrung der Geister in den kleinen deutschen Staaten zu heilen und alle großen Leidenschaften der deutschen Nation zu einem verzweifelten Ringen wachzurufen. Wie immer der Ausgang eines solchen Krieges fallen möge: — jene mittelstaatlichen Höfe, welche den Napoleoniden so theuer sind, würden ihn schwerlich überleben.

Die gehäuften Sünden unserer Feinde und das wieder erwachte Vertrauen zu der kriegerischen Kraft des eigenen Volkes haben endlich den Preußen die Augen geöffnet über den Sinn des großen Kampfes. Wenn heute Einer die Frage stellt: was gilt's in diesem Kriege? — so würden Millionen Preußen erwidern, was vor einigen Wochen nur von wenigen Einsichtigen durchschaut ward und heute noch von dem mißwollenden Auslande bezweifelt wird: dieser Krieg bezeichnet das Erwachen zweier großer Völker, die endlich den Muth gefunden, sich selber anzugehören und eine entsittlichende Fremdherrschaft abzuschütteln. Wir sagen mehr, der Krieg ist zugleich, wie jener Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten, ein Kampf der Bildung gegen die Roheit. Diese Roheit, die wir bekämpfen, zeigt sich nicht blos in dem brutalen Deutschenhasse der österreichischen Slaven, in der beispiellosen Verlogenheit und Prahlerei der k. k. Generale; sie zeigt sich auch, mit tiefem Schmerze sprechen wir es aus, in der Haltung des süddeutschen Volkes.

Die Zeit ist längst dahin, da die Süddeutschen im Vordergrunde unseres politischen Lebens standen; seit der deutschen Revolution hat das

Volk des Südens in allen großen Krisen des Vaterlandes mit erschreckender Regelmäßigkeit das Unvernünftige gewollt. Hier war der Heerd des blinden k. k. Kriegsfanatismus im Jahre 1859, hier fand die kindische Fehde wider das beste politische Gemeingut der Nation, wider den Zollverein, ihre hitzigsten Kämpen, hier die unwahre Agitation des Augustenburgischen Particularismus die gläubigsten Hörer. So war es denn auch jetzt wieder eine Täuschung, wenn wir hofften, die auf dem Frankfurter Abgeordnetentage ausgesprochenen gemäßigten Grundsätze würden im Süden Fuß fassen. Mit unglaublicher Leichtfertigkeit hat sich das Volk dem Terrorismus der vereinigten ultramontanen und radicalen Partei unterworfen, — einer Coalition, die nur allzusehr an jene verrufene Verbindung reaktionärer und demagogischer Elemente in den Sklavenstaaten Nordamerikas gemahnt. Der Ultramontane hat kein Vaterland, er haßt den preußischen Staat als ein Kind der Reformation, als einen Staat, welcher der katholischen Kirche zwar reiche Freiheiten gewährt, aber stark genug ist, sie unter das gemeine Recht zu beugen. Dem Radicalen ist das Vaterland nur eine Phrase, er haßt jeden Staat, der die Selbstsucht, den Eigenwillen des Einzelnen einer festen Regel unterwirft; willkommen ist ihm nur der Kleinstaat, der gleich einer Eierschaale den Einzelnen nicht drückt, aber auch nicht schützt. An diese Parteien schließt sich die Bureaukratie mit ihrem engherzigen Particularismus, desgleichen alle jene zweideutigen Elemente der Gesellschaft, welche bisher von dem Schlendrian der Kleinstaaten und der Fäulniß des österreichischen Staats goldene Früchte ernteten: kein Zufall wahrlich, daß die Pächter der Spielbanken und die Haussiers der Frankfurter Börse zu den Wortführern der k. k. Partei zählen. Daß die wissenschaftliche Bildung im Norden höher stehe denn im Süden, ist ein norddeutsches Vorurtheil. Doch allerdings in der politischen Bildung, in dem Verständniß für nationale Machtfragen übertreffen wir die Süddeutschen. Jeder gebildete Mann des Nordens kennt den Süden und ist darum ziemlich frei von jenen gehässigen landschaftlichen Abneigungen, welche der Unkenntniß entspringen; in den großen Verhältnissen unserer Hafenplätze und Weltmärkte kann die binnenländische, kleinstädtische Beschränktheit des politischen und wirthschaftlichen Urtheils sich nicht halten. Trauriger ist eine andere Folge des süddeutschen Kleinstaatenthums: weil hier der Segen einer strengen politischen und militärischen Zucht gefehlt hat, so ist die sittliche Bildung gesunken und eine freche, schreiende Zuchtlosigkeit aufgewuchert. Während die Blüthe der norddeutschen Jugend mit spartanischer Mannszucht in einen Krieg ging, der Anfangs von der großen Mehrheit nicht gewünscht ward, prangten an den Schaufenstern süddeutscher Städte die Bilder der

Aber setzen wir selbst den günstigsten Fall, nehmen wir an, es werde jetzt, nach dem heißen Wunsche aller Patrioten, kein verfrühter Waffenstillstand geschlossen, sondern der Krieg fortgeführt, bis Oesterreich dem preußischen Staate freie Hand in Deutschland gewährt: so bleiben die Schwierigkeiten der deutschen Reform dennoch unermeßlich. Eine föderative Ordnung läßt sich nicht allein mit den Mitteln der Gewalt gründen; ein bescheidenes Maß von gutem Willen in der Bevölkerung ist dazu unerläßlich. Tausendmal haben die Deutschen den Bundestag verwünscht, tausendmal ein Parlament verlangt; heute, da das Parlament herannaht, wenn auch in anderer Form, als die Träumer es sich ausmalten, sträubt sich der Eigensinn und die Trägheit der Nation dawider. Minoritätswahlen und gehässige Proteste werden sich schwer verhindern lassen, am wenigsten in Sachsen: selbst die Haltung der vertriebenen Fürsten wird auf das Verfahren ihrer loyalen Unterthanen nicht ohne Einfluß bleiben; ein unter solchen Umständen berufenes Parlament wird nicht leicht den Muth finden zu durchgreifenden illegitimen Beschlüssen. Unsere schwer lebende Nation bedarf einiger Zeit, um sich zurechtzufinden in der neuen Welt, deren Morgen jetzt heraufgraut. Und doch läßt sich die Einberufung des Parlaments nicht mehr lange hinausschieben. Um so größer ist die Verantwortlichkeit der Männer, welche vermuthlich binnen Kurzem in Berlin zu einem Vorparlamente zusammentreten werden. Die Einsicht und Mäßigung ihrer Beschlüsse wird auf den Verlauf des Parlaments selber wesentlichen Einfluß üben.

Die deutsche Verfassung, welche diesem Kriege entspringen wird, verspricht kaum länger als ein Menschenalter zu währen. Zwar den Namen „Bundesstaat“ wird man ihr geben, da unser Liberalismus sich einmal in diesen Ausdruck verliebt hat, und schwergelehrte Professoren werden vor wißbegierigen Hörern die Theorie des deutschen Bundesstaats entwickeln, gleichwie einst ihre Vorgänger auf den Kathedern von Helmstädt und Altorf weislich redeten von der monarchischen Verfassung des heiligen Reichs. Dem ernsthaften Politiker muß einleuchten, daß aus den heutigen Kämpfen ein verstärktes Preußen hervorgehen wird, verbunden mit einigen mehr oder minder abhängigen Vasallenstaaten. Ein solcher Zustand trägt die Gewähr der Dauer nicht in sich. Es bleibt räthselhaft, wie ein deutsches und ein preußisches Parlament in die Länge neben einander bestehen sollen, und wie die kleinen Throne vor der allmählich reifenden politischen Einsicht und Thatkraft der Nation sich halten wollen. Doch die Erkenntniß, daß die gegenwärtige Krisis den Abschluß der deutschen Revolution noch nicht bringt, darf uns die Freude über den Segen der letzten Wochen nicht trüben. Mit der Befreiung von Oesterreichs Fremd-

herrschaft ist der Boden für ein nationales Staatsleben gewonnen. Und sollten auch erst unsere Söhne die vollständige Einigung des Vaterlandes vollführen: wir, die wir den Unabhängigkeitskrieg in den Gefilden Böhmens erlebt, haben allen Grund unser Schicksal zu segnen; wir wissen jetzt, warum wir gelebt haben. —

Noch ist nicht sicher, ob die Mißgunst des Auslandes die vollständige Befreiung Deutschlands von der unnatürlichen Verbindung mit Oesterreich gestatten, ob bei der epidemischen Verwilderung der Regierten und der Regierenden im Süden eine deutsche Reichsversammlung möglich sein wird, welche mehr wäre als ein norddeutsches Rumpfparlament. Und schon wirft diese reiche Zeit in ihrem athemlosen Laufe neue, verhängnißvolle Fragen auf, vor Allem die Frage: wie soll das Loos der drei occupirten norddeutschen Mittelstaaten sich gestalten? Bleibt das Glück der guten Sache treu, so erscheinen uns die Einverleibung der Herzogthümer, welche heute sogar von Kiel aus in eifrigen Adressen erbeten wird, die Herstellung eines territorialen Zusammenhangs zwischen den östlichen und den westlichen Provinzen und wohl auch die Wiedererwerbung des alten, treuen Ostfrieslands als billige, selbstverständliche Forderungen. Doch je schärfer wir der Zukunft in's Gesicht schauen, desto weniger scheinen diese Forderungen zu genügen. Wir würden es schlechthin als eine Schande für den deutschen Namen betrachten, wenn nach dem schrecklichen Gottesgerichte auf den Schlachtfeldern von Böhmen, nach dem schmachvollen Bankbruch des Kleinkönigthums, Fürsten wie der Welfenkönig, der hessische Kurfürst und der von einem Beust gegängelte König von Sachsen wieder zurückkehrten auf ihren durch überschwängliche Schuld verwirkten Thron. Uns graut vor dem dumpfen Zustande der Entsittlichung, der in diesen Ländern eintreten muß, sobald das restaurirte Kleinfürstenthum abermals seine Gotteslästerungen erschallen läßt, die österreichischen Spione belohnt, die redlichen Deutschen verfolgt und die Truppen für den Kampf gegen Deutschland mit Kreuzen schmückt. Nachdem die Dinge so gräuelvoll sich gestaltet, nachdem eine solche Todfeindschaft des k. k. Lagers wider Preußen zu Tage getreten ist, vermögen wir nicht abzusehen, wie zwischen diesen Höfen und unserem Staate je wieder ein dauerhaftes bundesfreundliches Verhältniß sich bilden soll. Der Gegenstand ist zu wichtig und vielseitig, um ihn hier so beiläufig zu behandeln. Wir begnügen uns für heute, folgende Thatsache zu constatiren: die Erwerbung österreichischen Gebiets wird in Preußen nur von wenigen Heißspornen gewünscht; doch die Einverleibung jener drei Mittelstaaten, welche durch die heiligsten und die alltäglichsten Interessen auf uns angewiesen sind und nur durch die Sünden ihrer Höfe uns verfeindet wurden — sie wird von allen Parteien

auf das Bestimmteste verlangt, und jede preußische Regierung, welche dieses Ziel erstrebt, kann der freudigen Unterstützung ihres Volkes sicher sein.

Der Verlauf des Krieges wird lehren, ob dies heilsame Ziel schon jetzt sich erreichen läßt, oder ob abermals nach deutscher Unsitte das Unvermeidliche verschoben und verschoben wird, bis neue Wirren und Leiden die Erfüllung der Geschicke bringen. Das Volk der drei Staaten schwankt zwischen Wollen und Nichtwollen, schaut verwirrt und mit erschreckender Trägheit dem großen Verhängnisse zu; und die ritterliche Milde, welche Preußen in den occupirten Ländern zeigt, wird, ohne die Herzen der Massen zu gewinnen, lediglich von der österreichischen Partei ausgebeutet für ihre feindseligen Pläne. Großes steht auf dem Spiele, es wäre sündlich mit wohlbegründeten Warnungen hinter dem Berge zu halten. In Sachsen, wo der Schreiber dieser Zeilen Menschen und Dinge näher kennt, droht die übertriebene Nachsicht, welche Preußen der particularistischen Bureaukratie bisher erwies, verderblich zu werden für die Interessen unseres Staats. Unter den vier Männern, welche die sogenannte Landescommission des Königs Johann bilden, ist nur Einer, der Vertrauen verdient. Freiherr v. Friesen hat früher in der Krisis des Zollvereins bewiesen, daß er Preußens Bedeutung für Deutschland verständig zu würdigen weiß; ein ehrenhafter Charakter wird er auch jetzt seine Pflicht erkennen und sich mit der Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte begnügen. Zu den Herren v. Falkenstein, v. Engel und Schneider hegen wir dies gute Zutrauen nicht. Mit der Ausweisung jenes Herrn Häpe, welcher unter dem liberalen Herrn v. Beust die geheime Polizei des Landes leitete, und einiger anderer untergeordneter Helfer ist das feingewobene Netz von österreichischer Spionage und particularistischer Opposition, welches das gesammte Land überspannt, keineswegs zerrissen. Wo in aller Welt ist bisher geduldet worden, daß die Behörden eines occupirten Landes öffentlich protestirten wider die Befehle des commandirenden Generals? Es wird die höchste Zeit, diese Landescommission aufzulösen und das preußische Gouvernement mit den Verwaltungsstellen in unmittelbare Verbindung zu setzen. Die bösen Erfahrungen, welche Preußen im Jahre 1814 in Sachsen gesammelt hat, sind hoffentlich noch unvergessen. Die gefällige Höflichkeit der Bevölkerung darf Niemanden täuschen. Freier Mannesmuth fand in dem Sachsen des Herrn v. Beust keine Stätte. Bornirte Selbstgefälligkeit, kleinliche Ränkesucht, Neid und Unwahrheit haben Wurzel geschlagen in weiten Kreisen des Volkes, vornehmlich in der Hauptstadt, und können der preußischen Regierung, wenn sie nicht wachsam ist, leicht gefährlich werden. —

Noch ein anderes — und nicht das unwichtigste — politische Ergeb-

niß dieser wilden Wochen geben wir unsern Lesern zur Erwägung. Wer nicht in doctrinärer Voreingenommenheit die Gabe von den Thatsachen zu lernen gänzlich verloren hat, dem muß jetzt endlich einleuchten, wie dürftig die realen Erfolge des deutschen Liberalismus und unserer constitutionellen Entwicklung sind. In dieser größten Krisis des deutschen Staatslebens waren unsere fünfzig Ständekammern so gut wie nicht vorhanden, es zeigte sich dabei gar kein Unterschied zwischen Mecklenburg und dem Musterstaate Baden. Jede deutsche Regierung that was ihr beliebte. Der Besitz der executiven Gewalt ist in Deutschland in der That noch der Besitz des Staates selber. Unter den Landtagen bewiesen die meisten eine niederschlagende Mattherzigkeit und Unklarheit, fast allein der nassauische durchgreifenden Muth und politische Einsicht. Die glorreichen Erfolge dieser Tage sind errungen — freilich nicht wie die reactionären Eiferer sagen, durch die conservative Partei, sondern durch die Hingebung aller Parteien, durch das Volk in Waffen — aber auch nicht mit den Mitteln des Liberalismus, sondern durch die monarchische Zucht des Heeres. Die Agitation des Nationalvereins ist ganz und gar vernutzt; diese Partei hat mit wunderbarer Verblendung genau das Gegentheil dessen gethan, was die Vernunft und der Drang der Thatsachen gebieterisch forderten; sie hat sich dem preußischen Staate um so mehr entfremdet, je mehr er sich als die einzige wirksame politische Kraft der deutschen Nation bewährte. Das Volk der Kleinstaaten läßt schier willenlos, mit unheimlichem Kaltsinn das Verhängniß über sich hereinbrechen, es scheint sich zu gewöhnen an den demüthigenden Gedanken, den kämpfenden Cabinetten als Compensationsobject zu dienen. Ueber die entsetzliche Verwirrung der Köpfe im Süden brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Das preußische Volk ist mit bewunderungswürdigem Patriotismus dem Rufe seines Königs gefolgt; aber ein Zeichen reifer, fertiger politischer Bildung ist die reißend schnelle Umstimmung der Gemüther wahrhaftig nicht. So steht es mit unserer politischen Erziehung, mit den Erfolgen des Liberalismus! Damit ist keineswegs gesagt, daß wir verzichten sollen auf den Kampf um das parlamentarische System. Ohne eine geregelte Theilnahme der Nation an der Leitung des Staats kann das neue Deutschland nicht bestehen; die Lösung der Einheitsfrage wird auch der Freiheit zu Gute kommen. Aber der Liberalismus soll endlich sich nüchtern Rechenschaft geben über den bescheidenen Umfang seiner Macht, er soll seine Wünsche herabstimmen auf das Maß des Erreichbaren und nicht mehr wähnen, dieses Preußen, in dessen werdendem Staatsbau die Krone, das Heer und die Selbstverwaltung der Gemeinden die bestgesicherten Pfeiler

bilden, lasse sich ohne Weiteres nach englisch-belgischem Muster umgestalten.

Diese Klärung der Parteien thut uns auch nach anderen Seiten hin noth. Während selbst die äußerste Linke mit einstimmt in den Jubelruf des Volkes und sogar der Weltbürger Arnold Ruge soeben eine gut patriotische Erklärung erlassen hat, verfolgt nur eine Partei in Preußen die Siege der schwarzweißen Fahnen mit verbissenem Ingrimm. Es ist Thatsache, daß noch während des Krieges ultramontane Prediger am Rhein von der Kanzel und dem Lehrstuhl herab die Gläubigen und die Kinder ermahnten für den Sieg Oesterreichs zu beten; sonst werde das Rheinland lutherisch gemacht. Solche Erfahrungen werden der Regierung wohl endlich zeigen, wo sie ihre unversöhnlichsten Feinde zu suchen hat. Die widernatürliche Begünstigung der ultramontanen Umtriebe durch die Regierung, dieser schwerste von allen politischen Fehlern, die Preußen während der letzten Jahrzehnte begangen hat — nimmt nunmehr hoffentlich ein Ende.

Zwischen den übrigen Parteien, welche diesen nationalen Krieg aus voller Seele billigen, muß jetzt endlich die Verständigung über die inneren Fragen gelingen. Die Wahlen haben den Conservativen wo nicht die Majorität gebracht, so doch die Aussicht, durch eine Schwenkung der unberechenbaren katholischen und polnischen Fractionen in einzelnen Fällen die Mehrheit zu erlangen. Auch unsere nächsten politischen Freunde sind zum ersten Male seit Jahren wieder stärker vertreten; und da die Armuth an Talenten den unerfreulichen Verlauf der letzten Sessionen nicht am wenigsten verschuldet hat, so begrüßen wir mit besonderer Freude den Wiedereintritt des Freiherrn v. Vincke. Der halbe Wahlsieg und die unbestreitbaren Erfolge der auswärtigen Politik der Regierung wären wohl geeignet, gewöhnliche Menschen in gewöhnlicher Zeit zum Hochmuth zu verleiten. Aber der Finger Gottes hat so sichtbarlich aus den Wolken gewinkt, der Opfermuth, der Heldengeist des preußischen Volkes aller Parteien und Stände hat sich so herrlich offenbart; in so großer Stunde muß selbst ein minder begabter Staatsmann, als Graf Bismarck ist, der Versuchung widerstehen, den Sieg der Nation auszubeuten zum Besten einer Partei. Die Regierung wird der freundlichen Gesinnung des Landtags bedürfen, auf lange hinaus bedürfen; die Blüthe der Finanzen ist dahin. Und sollte sie der heimischen Volksvertretung zu trotzen wagen — vor dem deutschen Parlamente erscheint sie als eine usurpatorische Macht, nicht gedeckt von dem Mantel des legitimen Rechtes, umringt von einer Welt heftiger landschaftlicher und Parteivorurtheile. In solcher Stellung wird sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß die ungeheure

Mehrheit der Deutschen (man mag es beklagen, aber es ist so), in erster Linie liberal und nur nebenher deutsch gesinnt ist. Es geht auf die Dauer nicht an, im Innern reaktionäre, nach Außen in einem großen und edlen Sinne revolutionäre Politik zu treiben. Ohne den Beistand der Macht der Ideen sind ideale politische Ziele nicht erreichbar. Derweil wir diese Zeilen schreiben, wird eine ganze Reihe von der Regierung ernannter Stadträthe in die Gemeindeverwaltung der Hauptstadt eingeführt: — der erste Fall dieser Art seit Stein's Städteordnung! Möge dies die letzte That eines Parteiregimentes sein, das heute nicht mehr an der Stelle ist! Die Verständigung mit dem Landtage kann bei einem mäßigen Grade guten Willens gar nicht fehlen. Die Reorganisation der Armee, welche in diesen Blättern seit Jahren vertheidigt wurde, hat sich glänzend bewährt; ihre Lasten lassen sich mildern durch die Neugestaltung des deutschen Heerwesens. So bleibt als einzige Concession, deren wir zunächst bedürfen, nur übrig die Herstellung des verfassungsmäßigen Budgetbewilligungsrechts. Von dieser Forderung kann der Landtag allerdings nicht lassen. Man darf einem ernsthaften Volke nicht zumuthen, in einer schweren Rechtsfrage heute für schwarz zu erklären, was ihm gestern weiß schien; und, wie Heinrich v. Sybel neulich schlagend bemerkte, wer nicht mit Erfolg Nein sagen darf, der soll auch nicht Ja sagen. —

Eine Zeit wie diese fordert eiserne Nerven. In vielen tausend Häusern unseres Nordens herrscht heute tiefe Trauer um verstümmelte und gebliebene Verwandte. Aber wenn uns der Kummer um unsere Lieben und um das unsägliche Elend dieses Krieges das Herz zusammenschnürt: — wer ein Mann ist wird durch die Erinnerung an das vergossene theure Blut sich nur bestärken in dem Entschlusse, daß dieser Krieg hinausgeführt werde bis zum letzten Ende. Ein so scheußlicher Ausbruch aller gemeinen und vaterlandsverrätherischen Leidenschaften, wie wir ihn jüngst in der k. k. Liga erlebten, darf in dem neuen Deutschland nicht mehr möglich sein.

Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten.

Berlin, 30. Juli 1866.

Es gab eine Zeit, da die Ideen der französischen Demokratie die deutsche Welt beherrschten, und jene raschen, glücklichen Straßenschlachten, welche in der herrschenden Hauptstadt eines centralisirten Staates das Schicksal des Landes entschieden, bei uns als die Urbilder glorreicher Revolutionen galten. Das jüngste Jahrzehnt hat uns belehrt, daß die großen Staatsumwälzungen gesitteter Völker sich in der Regel durch andere Mittel, durch geordnete militärische Kräfte vollziehen. Das Königreich Italien ward durch die Heere Frankreichs und Piemonts gegründet, und Garibaldi's kühner Zug gen Süden wäre ein vermessenes Abenteuer geblieben, wenn nicht hinter seinen kühnen Freischaaren schirmend und stützend die organisirte Macht des piemontesischen Staates gestanden hätte. Sogar in Nordamerika, wo die Freiheit des Einzelnen Alles, die Macht des Staates nichts zu sein schien, wurde der Neubau der Union bewirkt durch einen geregelten Krieg, durch die Wucht einer sich energisch aufraffenden Staatsgewalt. Auch die deutsche Revolution, darin wir heute gehobenen Herzens mitten inne stehen, erhielt ihren Anstoß von oben, von der Krone Preußen. Ja, während in Italien und Amerika die Staatsgewalt getragen und getrieben ward von den hochgehenden Leidenschaften des Volks, bieten unsere Kleinstaaten heute das niederschlagende, in der Geschichte fast einzig dastehende Schauspiel einer Nation, welche sich die Entscheidung ihres Schicksals schier willenlos über den Kopf hinwegnehmen läßt.

In der Ferne, wo man den dürftigen Lärm des kleinen deutschen Parteigezänks nicht hört und nur den majestätischen Donnerhall von den Schlachtfeldern Böhmens vernimmt, würdigt man besser als bei uns daheim die Größe dieser einzigen Tage. Von den Rednern des englischen Parlaments mögen wir lernen, was es bedeutet, daß dies alte waffengewaltige Deutschland endlich wieder die gebührende Stellung einnimmt

unter den Staaten, daß Preußens Waffen Deutschland neugestalten und Venetien für Italien erobern, daß nicht mehr Frankreich oder Rußland die Geschicke des Festlandes bestimmt, sondern ein wirkliches Gleichgewicht der Mächte, wie einst vorübergehend durch das Genie Friedrich's des Großen, so nunmehr auf die Dauer durch die Kraft des zu seinen Jahren gekommenen preußischen Staates hergestellt ist. In Deutschland hat allein das preußische Volk den Ernst der Zeit verstanden. Die Thaten des Heeres haben endlich, endlich jenen alten preußischen Stolz wieder wachgerufen, der fast vergessen schien in einer langen öden Zeit inneren Haders. Politische Gegner wirken zusammen in patriotischer Arbeit, weithin im Volke regt sich der Geist dankbarer, freudiger Zuversicht, wie einst, da der Dichter nach dem Tage von Leipzig sang: „o Tag des Sieges, Tag des Herrn, wie feurig schien dein Morgenstern!" Aber feste, klare Meinungen über die deutsche Verfassung, welche diesem Kriege entspringen soll, sind erst im Werden; die Presse hat noch kaum Zeit gefunden die ausgefahrenen Geleise der alten Parteikämpfe zu verlassen und sich einzuleben in die bewegten Tage, welche die Grenzen aller Länder in's Wanken brachten. In den Kleinstaaten waltet eine Stimmung der Gemüther, welche den Patrioten mit Trauer erfüllen muß. Auch warmherzige Deutsche stehen noch verwirrt vor diesem großen Wandel der Zeiten, wie das Kind am Weihnachtstische, das so viel Herrlichkeit nicht fassen kann. Bei Anderen regt sich grämlich jener deutsche Doctrinarismus, der dem Herrgott nie verzeiht, daß seine Wege nicht die unseren sind. Die Masse vermag noch kaum sich emporzuraffen aus jener behaglichen Verzweiflung und patriotischen Verdrossenheit, welche allzulange die politische Alltagsstimmung des deutschen Liberalen bildeten.

Es wäre ungerecht, diesen Kaltsinn der Nation allein aus der verschrieenen politischen Unfähigkeit der Deutschen zu erklären. Der Anstoß zu der deutschen Einheitsbewegung konnte in der That nur von der Krone Preußen ausgehen; denn nur sie empfand am eigenen Leibe die unseligen Folgen jener Bundesverfassung und jener sinnlosen Länderzertheilung, welche vor fünfzig Jahren Deutschlands Feinde über uns verhängten. Sie sah täglich, stündlich ihre gerechtesten Pläne durchkreuzt und gehemmt durch Oesterreichs Herrschsucht, durch Neid und Uebermuth der kleinen Bundesgenossen; sie ward angefeindet von ihrem eigenen Volke, weil sie ihm eine schwere Steuerlast und Wehrpflicht auferlegen mußte, welche, bei einer halbwegs brauchbaren Verfassung des Bundes, auf die Schultern der gesammten deutschen Nation vertheilt und mit Leichtigkeit getragen werden konnte. Der Einfluß Oesterreichs drückte auf alle gesunden Glieder der Nation so lähmend und entsittlichend wie nur je eine Fremdherrschaft;

doch da er sich nur auf Umwegen, durch den Bundestag und die kleinen Höfe, äußerte und das Donaureich auch einige deutsche Stämme unter seinem Scepter vereinigt, so konnte sich in der Masse des Volks, welche die Fragen der Macht und Einheit ohnehin kaum versteht, ein nachhaltiger Nationalhaß wider die Fremdherrschaft des Hauses Lothringen nicht bilden. Vollends in den Kleinstaaten blieb die Begeisterung für Deutschlands Einheit rein theoretisch. Man rühmte sich dessen, daß der heimische Kleinstaat im bequemen Stillleben weiter schlenderte, man verhöhnte die Preußen um der Lasten willen, die sie für uns Alle trugen; und wenn dem preußischen Staate trotz des Bundestags und der kleinen Höfe einmal eine nationale That gelang, wie die Gründung und die Reform des Zollvereins, so dankte man Gott und schimpfte auf Preußen.

Aber wenn der Anstoß zu dieser Einheitsbewegung nur von der preußischen Regierung ausgehen konnte — jetzt endlich wird es Zeit, daß die Nation selbstthätig vollenden helfe, was die Krone Preußen und ihr Heer begonnen. Ein frischer Wind aus Norden braust über die trägen Gewässer unseres staatlichen Lebens und läßt sie in hohen Wogen gehen; glänzende Ziele, die vor wenigen Wochen auch dem träumerischen Schwärmer unerreichbar schienen, stehen greifbar vor uns in nächster Nähe. Es ist ein Augenblick, so groß, so verheißungsvoll, wie kein zweiter in unserer Geschichte. Zum ersten Male seit vierhundert Jahren steht Deutschland frei von unheimischen Gewalten, heut erst wissen wir, was dieses Preußen für Deutschland bedeutet. Finden wir in solcher Stunde nicht den Muth zum Handeln, dann wahrlich verdienen wir die Knechtschaft. Gewiß, der Friede, welcher diesen Act der deutschen Revolution beendigen soll, wird nach dem Ermessen der Cabinette geschlossen werden; seine Bedingungen werden großentheils sich richten nach der Gunst der europäischen Lage. Doch ein internationaler Vertrag kann nur die leichten Umrisse zeichnen für den Neubau unseres heimischen Staats; die Vollendung des Werks fällt den lebendigen Kräften der Nation anheim. Die Rückkehr der österreichischen Vasallen auf ihre italienischen Throne wurde im Züricher Frieden ausbedungen; sie erfolgte nicht, weil der einmüthige, thatkräftige Wille der Nation sein festes Nein sprach und dieser volksthümliche Instinkt mit den Interessen und Hoffnungen des Turiner Hofes zusammenfiel. Deutschland hat noch weniger als Italien den Widerstand des Auslandes zu fürchten, sobald die Nation den ernsten Willen zeigt, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Mit jenem Heere, das in Böhmen schlug, sind wir Mannes genug unser Hausrecht zu wahren. Die aufdringlichen Versuche der Fremden unsere Zersplitterung aufrecht zu erhalten, entspringen ja lediglich dem Glauben, daß die Lust zu gehorchen und

zu dulden, zu verzeihen und zu verehren in unserem Volke unerschöpflich sei. Es gilt zunächst, daß sich klare, wohlbegründete Meinungen bilden zum mindesten über einzelne Fragen, die wie Bergkuppen aus dem dichten Nebel, der unsere Zukunft verhüllt, emporragen. Unter diesen für die nächste Zeit wichtigsten Fragen steht in erster Reihe das Schicksal von Sachsen, Kurhessen und Hannover. —

Als gesichertes Ergebniß der Siege in Böhmen kann vorderhand nur dies Eine gelten: die Länder nördlich des Maines werden ein mit Preußen eng verbundenes Gemeinwesen bilden, und je fester, lebenskräftiger dieser norddeutsche Bund sich gestaltet, um so zuversichtlicher dürfen wir hoffen, zur rechten Stunde auch den Süden in das neue Deutschland aufzunehmen. Das Verhältniß Preußens zu jenen norddeutschen Kleinstaaten, welche im Kriege treu zu ihm hielten, bietet keine wesentlichen Schwierigkeiten. Nach den Erfahrungen der jüngsten Wochen können diese kleinen Höfe sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Unterordnung unter Preußens militärische und diplomatische Führung nicht ein Opfer ist, sondern eine Gewähr für den eigenen Besitzstand. Wie verhängnißvoll einem Kleinstaate eine selbständige auswärtige Politik in großen Tagen wird, zu welchem schmachvollen Vaterlandsverrathe sie führt, das hat das Schicksal der österreichischen Vasallen zur Genüge gelehrt, davon gab noch jüngst der Aufenthalt des Herrn v. Beust in Paris ein Zeugniß. Ebenso deutlich hat diese wilde Zeit bewiesen, daß allein ein Staat im Stande ist die Wehrkraft eines Volkes zu entwickeln. Die Rheinländer, deren kriegerische Kraft Jahrhunderte lang unter der weichen Herrschaft des Krummstabes fast erstorben schien, standen auf den Schlachtfeldern Böhmens ebenbürtig neben den alten Regimentern des Großen Kurfürsten, den kriegsgewohnten Söhnen der Marken. Zu welcher armseligen Rolle dagegen waren die Hessen verurtheilt — sie, deren alter Soldatenruhm manches herrliche Blatt unserer Geschichte füllt, deren blindes unentwegtes Draufgehen auf den Feind schon das Sprichwort unserer Väter von den „blinden Hessen“ rühmend anerkennt! Nicht der militärische Muth dieses Stammes ist gesunken, aber ihm fehlt der Segen des Staats. Im Anschlusse an einen wirklichen Staat haben die Bataillone von Detmold und Gotha Treffliches geleistet. Die Fürsten der norddeutschen Kleinstaaten sind von Altersher gewohnt, in der Jugend im preußischen Heere zu dienen, auf dem Throne den Wendungen der preußischen Politik zu folgen. Die Masse der Bevölkerung, die noch mit einiger patriarchalischer Freude den angestammten Herren anhängt, nimmt ohne das Gefühl der Demü=

thigung die Abhängigkeit von Preußen als eine Nothwendigkeit hin; und da man heute in schweren Tagen redlich zusammengehalten hat, so wird auch in der Zeit des Friedens ein Band des Wohlwollens und der Treue die Krone Preußen und ihre kleinen Bundesgenossen umschließen. Sicherlich, solcher Zustand befriedigt den Idealisten nicht; selbst der unpraktische Sinn der deutschen Staatsrechtslehrer wird dies Verhältniß halber Unterwerfung nicht leicht in der Kategorie des Bundesstaats unterbringen können. Es ist und bleibt unvernünftig, daß auch fernerhin in den Kleinstaaten ein Ministerium und eine Schaar von Mittel- und Unterbehörden Geschäfte besorgen sollen, welche in Preußen ein Landrath erledigt; ein Blick auf die wunderlichen Grenzen Mitteldeutschlands genügt, um den Denkenden zu überzeugen, daß diese Staatsbildungen einer Zeit, die gewesen, angehören. Kurz, Norddeutschland steht auf dem Uebergange zum Einheitsstaate. Darum können wir doch nicht einstimmen in den tadelnden Ruf der Heißsporne: warum hat Preußen nicht kräftiger aufgeräumt unter diesen verlebten Staaten? Die Krone Preußen ist durch unabweisliche Rücksichten der Billigkeit und des Anstandes gezwungen, die Gefühle ihrer treuen Bundesgenossen zu schonen; und gegen die Souveränität in dem alten deutschen Bunde ist die Unterordnung unter Preußen immerhin ein erfreulicher Fortschritt. Wir aber sollen der Lebenskraft der Nation vertrauen, wir sollen hoffen und daran arbeiten, daß die Ueberzeugung von der Unmöglichkeit der Kleinstaaterei, bisher nur in wenigen Köpfen lebendig, endlich auch in die Massen dringe und dergestalt in einer nahen Zukunft eine einfachere, dauerhaftere Verfassung unseres Nordens möglich werde.

Weit schwieriger ist Preußens Stellung zu den occupirten Staaten des Nordens. Alle großen Föderationen der Geschichte sind aus Unabhängigkeitskriegen hervorgegangen. In dem gemeinsamen Kampfe um nationale Unabhängigkeit bildet sich am Leichtesten jene treue eidgenössische Gesinnung, welche durch Ermahnungen und Verbrüderungsfeste nicht erkünstelt werden kann, und für die Haltbarkeit eines Bundes wichtiger ist denn die weisesten Verfassungsparagraphen. Verdienste in solchem Kampfe erworben geben auch dem schwächeren Bundesgenossen ein Unterpfand, daß seine Selbständigkeit geachtet werde. Auch Deutschlands neue Verfassung wird ihren Ursprung einem Kriege um nationale Unabhängigkeit danken; aber die Fürsten von Hannover, Sachsen, Hessen standen im Lager des Unterdrückers, und es erhebt sich die Frage, ob Deutschland sich abmühen solle an einer politischen Quadratur des Cirkels, an dem noch in keinem anderen Volke gewagten Versuche, besiegte Feinde, unglück-

liche Vasallen der Fremdherrschaft als gleichberechtigte Bundesgenossen zu behandeln?

An einigen gänzlich ohnmächtigen Kleinstaaten mag dies wunderliche Experiment angestellt werden ohne ernstliche Gefahr für Deutschland. Der Herzog von Nassau hat seine Souveränität verwirkt durch eine lange Mißregierung und durch ein auserlesen boshaftes, übermüthiges Verfahren wider Preußen; aber Deutschland wird nicht untergehen, selbst wenn jener nassauische Hauptmann mit seiner Kanone, seiner Magd und seinen sieben reisigen Hühnern wieder fröhlich einziehen sollte in die Marxburg, die Feste des Reiches Nassau. Auch die freie Stadt Frankfurt hat keinen begründeten Anspruch auf Fortdauer ihrer Selbständigkeit; die monarchische Strömung des modernen europäischen Völkerlebens ist dem Bestande kleiner Republiken ohnehin nicht günstig. Mit dem alten Bunde ist der einzige Grund ihres staatlichen Daseins verschwunden; und wie in dem Bundestage aller Krankheitsstoff unserer Staatsgewalten sich ansammelte, so war das Volksleben dieser Stadt, ein unerfreuliches Gemisch von demagogischer Zuchtlosigkeit und servilem Bankherrenthum, gleichsam ein Mikrokosmus der politischen Sünden unseres Volkes. Indeß ob der Frankfurter sich auch fürderhin einen Republikaner nennen darf, ob Herzog Bernhard Erich Freund und die Fürstin Caroline älterer Linie den Thron ihrer Väter wieder besteigen, das Alles sind Angelegenheiten dritten Ranges, sie treten zurück vor der Frage nach der Zukunft der drei mittelstaatlichen Höfe des Nordens. Wir sind uns bewußt, daß nicht Uebermuth und rohe Begehrlichkeit uns die Feder führt; die wundervollen Erfolge der preußischen Waffen mahnen allzulaut den Neid der Götter zu fürchten. Aber auch die sentimentale Warnung, das Unglück des Besiegten zu ehren, darf uns nicht schrecken. Wenn jene Höfe einst wirklich besiegt sind, wenn sie dem Vaterlande nichts mehr schaden können, dann erst kommt die Zeit ihre Sünden mit einem wohlthätigen Schleier zu bedecken. Scharfe, besonnene Prüfung der Thatsachen führt zu dem Ergebniß: jene drei Dynastien sind reif, überreif für die verdiente Vernichtung; ihre Wiedereinsetzung wäre eine Gefahr für die Sicherheit des neuen deutschen Bundes, eine Versündigung an der Sittlichkeit der Nation.

Die drei Länder sind erobert in gerechtem Kriege, denn niemals ward die langmüthige Macht von prahlerischer Ohnmacht anmaßender herausgefordert. Die vertriebenen Fürsten halten noch heute mit unbelehrbarer Hartnäckigkeit die Feindschaft gegen Preußen fest. Der landflüchtige König Johann läßt seine Truppen in der Fremde wider Preußen fechten, und während seine Landescommission die Sachsen ermahnt zur

Ergebung in die neuen Zustände, vertröstet er in geheimen Ansprachen seine Unterthanen auf die glücklichen Tage der Rückkehr. König Georg hat capitulirt, doch sein Gesandter tagt noch immer in dem Rumpfbundestage, dem Kriegsrathe wider Preußen. Der Kurfürst von Hessen hat seine Freiheit wie sein Land verloren, und dennoch kämpfen seine Truppen auf seinen Befehl noch in den Reihen der Reichsarmee. Die drei Länder sind besetzt bis auf das letzte Dorf; darum steht, nach einem tausendjährigen Satze des Völkerrechts, dem Eroberer die Befugniß zu, darüber zu verfügen des alten Landesherrn ungefragt. Die vertriebenen Fürsten mögen protestiren, sie mögen sich weigern die Beamten des Eides zu entbinden — und wie wir sie kennen, trauen wir ihnen zu, daß sie gleich den italienischen Erzherzögen ihre Gewalt über die Gewissen der Staatsdiener schnöde mißbrauchen werden: — alle diese Proteste und Klagen sind rechtlich nichtig. Wenn Preußen dies sein unzweifelhaftes Recht gebraucht, so vollzieht es nur einen Wahrspruch, den das Gewissen der Nation längst gefällt hat. Kein salbungsvolles Gerede der Legitimisten wird der modernen Welt den Glauben rauben, daß den Rechten der Fürsten fürstliche Pflichten gegenüberstehen — Pflichten, deren frevelhafte Verletzung den Verlust des Rechtes nach sich zieht. Im deutschen Volke lebt noch seit den großen Tagen unserer Kaiser die rechtliche Ueberzeugung, daß es einen höchsten Richter geben müsse für die Sünden unseres hohen Adels. Und fehlt uns heute der Kaiser, der mit Acht und Aberacht die Verräther am Reiche verfolgte — hier stehen fünfundzwanzig Millionen Deutsche geschaart um die Krone der Hohenzollern, ihr gutes Schwert hat in Böhmen gesprochen, und wer hat die Stirn den Richter zu schelten?

Mit der Beseitigung der kleinen Kronen vollzieht sich nur ein Act der historischen Nothwendigkeit. Wer aus der Vergangenheit aller Nationen Europas noch immer nicht gelernt hat, daß die Kleinstaaterei in gereiften Culturvölkern keine Stätte hat und der Zug der Geschichte auf das Zusammenballen großer nationaler Massen weist, dem müssen nach den Erfahrungen dieser reichen Wochen endlich die Augen sich öffnen. Die Hülle prahlerischer Phrasen, womit man so lange die Geheimnisse des mittelstaatlichen Lebens verdeckte, ist durch das Schwert hinweggerissen, und darunter tritt zu Tage — eitel Fäulniß und Moder. Es frommt nicht, Blut und Schweiß der Lebendigen zu vergeuden, um die Todten aufzuwecken; das hat Preußen einst bitter genug erfahren, als sein tapferes Heer dem Hause Wettin die herabgefallene Krone wieder auf das Haupt setzte, als der Bundestag wieder auferstand aus dem Grabe, und Preußen in fünfzehn Jahren voll gehässiger diplomatischer Fehden die

Früchte seines Kleinmuths erntete. Die Mittelstaaten sind wohl im Stande, ein gewisses schläfriges Behagen im Volke zu erregen, doch nicht eine wagende Hingebung, opferfreudige Staatsgesinnung. Keine Hand im Volke hat sich gerührt als die Preußen einrückten; nur die Armeen wagten etwas für die wankende Krone, aber auch in ihnen lebte nicht eine begeisterte Staatsgesinnung, sondern die Mannszucht und das militärische Ehrgefühl. Man lese die rohen Lieder, welche der k. k. Generalissimus in der Reichsarmee verbreiten ließ, und gestehe dann, ob der Geist, der diese Truppen gegen Preußen in's Feld führt, irgend etwas gemein hat mit den edlen Regungen der Seele, ob er etwas anderes ist, als ein allerdings tapferer Landsknechtssinn.

Und Staaten, so gänzlich verlassen von allen idealen Mächten, von dem lebendigen Glauben der Völker, sollen jetzt eine umfassende gesetzgeberische Thätigkeit beginnen? Die Mißstände, die dieser Krieg enthüllt hat, sind so schreiend; eine Reform an Haupt und Gliedern thut noth, wenn das restaurirte Kleinkönigthum auch nur den Schein des Lebens wiedergewinnen will. Wo denkt man die geistigen Kräfte für solches Werk zu finden? Alle halbwegs fähigen politischen Köpfe werden sich hüten ihre Arbeit an eine lecke Jolle zu vergeuden, derweil ihnen die Aussicht winkt auf dem stolzen Orlogsschiffe eines deutschen Staates nützliche Dienste zu thun. Wo auch nur die materiellen Kräfte? Man pflegt dem Eigennutze des Philisters das Schreckbild der preußischen Steuern und Militärlasten vorzuhalten, und doch liegt auf der Hand, daß in dem wiederhergestellten Sachsen und Hannover die Belastung des Bürgers schwerer sein muß als in Preußen. Der Sieger wird, wie billig, seinen boshaftesten und vorderhand noch zahlungsfähigen Feinden einen unverhältnißmäßigen Theil der Kriegskosten aufbürden. Auch der allgemeinen Wehrpflicht werden die restaurirten Mittelstaaten schwerlich entgehen. Eine gleichmäßige Regelung des Kriegswesens für alle Mitglieder des neuen deutschen Bundes, im Wesentlichen auf Grund jener preußischen Gesetze, welche sich in Böhmen erprobt haben, scheint unvermeidlich; erträglich ist die allgemeine Wehrpflicht für den gebildeten Mann allerdings nur dann, wenn er das stolze Bewußtsein hat, einem großen glorreichen Heere anzugehören.

Möge man in den Mittelstaaten wohl erwägen, wie man alle diese Lasten ertragen, wie man das verlorene Armeematerial, die verlorenen Wagenparks der Staatseisenbahnen und alle die unzähligen Einbußen, welche der Krieg gebracht hat und die nächste Zukunft leicht bringen kann, aus den Mitteln eines verkleinerten Kleinstaates ersetzen will. Denn daß die vertriebenen Kleinfürsten ihr Gebiet nicht ungeschmälert zurückerhalten

können, scheint unzweifelhaft. Nach solchen Erfolgen ist der Sieger berechtigt, zum Allermindesten ein zusammenhängendes Gebiet zu fordern, die für eine Großmacht schlechthin unerträgliche Zersplitterung seiner Provinzen zu beseitigen. Wenn Preußen etwa den Leipziger Kreis, das Successionsrecht in Braunschweig und einen Theil von Hessen beanspruchte, so würde selbst die Mißgunst des Auslandes solche Forderungen bescheiden und selbstverständlich finden. Was aber wäre Sachsen ohne Leipzig, Hannover ohne die Georgia Augusta? Wie schwer würde die anmaßliche Königskrone, längst schon ein Spottgebilde in dem engen Raume, auf dem geschmälerten Lande lasten! Und soll dies Deutschland in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts den höhnenden Fremden nochmals das widerliche Schauspiel des Länderzerreißens und Seelenvertauschens bieten? Nichts hat den volksthümlichen Particularismus, den Neid und Haß gegen Preußen wilder aufgestachelt als die Theilung Sachsens. Wie oft haben unsere Liberalen in dem Lauenburger Handel das Schlagwort „Länderschacher" ausgespielt. Wenn diese gesinnungstüchtige Entrüstung etwas anderes war als eine Phrase, wohlan so mögen sie jetzt ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß durch vollständige Einverleibung der occupirten Länder der Länderschacher vermieden werde. Zerstörung alter gewohnter Verhältnisse und doch kein Neubau, harte politische Pflichten und doch kein Staat — das sind Zustände, die nicht leben und nicht sterben können. Dazu eine Abhängigkeit von dem großen Nachbarn, die einem Volke von einigem Selbstgefühle unerträglich werden muß. Es leuchtet ein, daß der Berliner Hof die besiegten Feinde härter behandeln muß als die treuen Genossen, er wird die Höfe von Dresden und Hannover, wenn sie je wiederkehren, so zu sagen unter polizeiliche Aufsicht stellen. Wenn der Detmolder oder Waldecker, an mikroskopische Verhältnisse gewöhnt, solche Abhängigkeit jetzt noch geduldig hinnimmt — der Sachse, der Hannoveraner schaut auf eine etwas größere Geschichte zurück, er kann nicht wünschen, ein Preuße zweiter Klasse zu sein, wie das triviale und doch treffende Witzwort sagt.

Gelingt dagegen die Einverleibung der occupirten Länder in den preußischen Staat, so ist der sittliche und wirthschaftliche Gewinn für beide Theile zweifellos. Es wird die höchste Zeit, von diesen gewaltigen Tagen zu lernen und alle jene hergebrachten Beschönigungen des sogenannten berechtigten Particularismus über Bord zu werfen, die sich bei scharfer Prüfung lediglich erweisen als ein ungeheurer Schwindel. Was man uns anpries als deutsche Freiheit und Selbstbestimmung, das war in Wahrheit die Vielherrschaft, und diese Herrschaft der vielen kleinen Höfe lastete, trotz aller constitutionellen Formen, trotz allen Buhlens um

die Gunst des Haufens, so allmächtig, so despotisch, daß das Volk der Kleinstaaten durchaus kein Mittel besaß, den frevelhaften Krieg gegen Preußen zu verhindern. Was man uns schilderte als die deutschen Stämme, das sind in Wahrheit Bruchstücke von dem alten Reiche unseres Volkes, durch Heirath, Tausch und Krieg, durch die tausend Zufälle einer wirrenreichen Geschichte in der Hand eines Fürstenhauses vereinigt und durch eine systematisch verderbte Volkserziehung erfüllt mit dem Neide gegen den Nachbarn, mit dem Aberglauben, das Bruchstück sei ein Ganzes. Die historischen und ethnographischen Gründe, welche der Particularismus mit Salbung vorzutragen liebt, sind in der That so jämmerlich, daß ein denkender Mann sich schämen muß sie zu widerlegen. Wenn der Obersachse in Eilenburg und Torgau sich stolz und glücklich fühlt als preußischer Bürger, so wird auch der Obersachse von Wurzen und Leipzig sich leicht an die preußische Herrschaft gewöhnen; und wenn sogar die hohenzollerschen Schwaben in harter Zeit treu und tapfer zu Preußen hielten, so wird auch der hannoversche Westphale sich darein finden, jenem Staate anzugehören, dem der preußische Westphale so viel Wohlfahrt dankt.

Preußen bedarf einer gesicherten Südgrenze gegen den unversöhnten Feind an der Donau, es bedarf eines ausgedehnten Küstenstrichs, nicht blos einzelner Häfen an der Nordsee. Noch überwiegen in Preußen einseitig die binnenländischen und die Ackerbauinteressen; ein Glück für den Staat, wenn die hochentwickelte Industrie von Sachsen und die oceanischen Küstenstriche von Hannover in sein Gemeinwesen eintreten. Das Parteitreiben in Preußen ist verhärtet und mannichfach verquickt mit gehässigen persönlichen Leidenschaften, seit ein langer Verfassungskampf die Aufmerksamkeit des Volkes einseitig auf die Form des Staates gelenkt, die Presse und der liberale Mittelstand sich an den Terrorismus der Fortschrittspartei gewöhnt, die abhängigen Elemente der Gesellschaft sich der conservativen Partei unterworfen haben. Eine Verjüngung des Parteilebens thut noth, sie wird am sichersten erfolgen, wenn neue unbefangene politische Kräfte, die erprobten Streiter aus Kurhessen und Hannover, in den Kampfplatz eintreten. Der Staat wird, gekräftigt durch diese neuen Elemente, in einem freieren größeren Zuge des Lebens sich bewegen.

Die berechtigten Eigenthümlichkeiten der neuen Provinzen können und werden gesichert werden. Preußen ist schon heute ein wenig centralisirter Staat, weit minder einheitlich verwaltet als selbst das junge Königreich Italien. In dem Privatrechte, dem Gemeindewesen, in vielen andern wichtigen Institutionen bewahren die preußischen Provinzen wesentliche Unterschiede, und je breiter und kräftiger die natürliche Grundlage der

Staatsmacht sich gestaltet, desto weniger wird Preußen das Bedürfniß fühlen, seine Kraft durch Centralisation künstlich zu verstärken. Das Berlinische Wesen herrscht weder am Rhein, noch in Schlesien, eine Alles verschlingende Hauptstadt ist in Deutschland bei der wuchernden Fülle seines Individualismus undenkbar. Als preußische Bürger werden die Hannoveraner und Sachsen sehr bald entdecken, wenn sie das von dem erhebenden Schauspiele des preußischen Patriotismus in diesem Kriege noch immer nicht gelernt haben, daß das Herz des Mannes reicher und besser wird, wenn er ein Vaterland hat, ein wirkliches und wahrhaftiges Vaterland, dem wir leben und dienen, nicht blos ein Vaterland in den Wolken, dem wir beim Mahle den vollen Becher weihen. Namentlich für Sachsen wäre der Eintritt in den preußischen Staat nichts Geringeres als der erste Anfang eines öffentlichen Lebens. Was dort von tüchtigen politischen Kräften lebt, hat sich von den lächerlichen Landtagen Beustischer Erfindung längst angeekelt zurückgezogen.

Der sichere Blick der Leipziger und Chemnitzer Geschäftswelt hat längst begriffen, daß die materiellen Interessen in einem Großstaate auf die Dauer nicht Noth leiden können. Eine hannoversche Schleußenpolitik, eine systematische Vernachlässigung der Verkehrsinteressen einer ganzen Landschaft um einer fürstlichen Laune willen ist in Preußen unmöglich; auch das ist unmöglich, daß in Preußen der Bau einer Eisenbahn aus Rücksicht auf die kurfürstlichen Fasanen unterbleiben könnte. Selbst die drei Residenzen werden als preußische Provinzialstädte nicht wesentlich verlieren. In Cassel hat der Hof den Handel und Wandel geradezu geschädigt; unentbehrliche industrielle Unternehmungen wurden verboten, weil der Kurfürst die Gefahren einer Fabrikbevölkerung fürchtete. Von jenem edlen geistigen Luxus, den ein Hof gemeinhin um sich zu verbreiten pflegt, war nichts zu spüren; erst die preußische Verwaltung hat soeben den Bewohnern den Zutritt zu den fürstlichen Kunstsammlungen eröffnet. Weit mehr verdankt die Stadt Hannover ihrem Hofe; doch ist hier seit dem Eintritt in den Zollverein eine selbständige Großindustrie aufgeblüht, diese würde unter preußischer Herrschaft gewinnen, was das Kleingewerbe vielleicht verlieren wird. Dresden endlich ist ein großer Badeort, eine Ruhestätte für Pensionäre und reiche Fremde, welche der Reiz der Natur und der Kunstschätze anzieht. Der Hof hat für die Blüthe der Stadt Dankenswerthes geleistet in den glücklichen ersten Regierungsjahren Friedrich August's II., als Semper, Rietschel und Hähnel von fürstlicher Großmuth unterstützt ein schönes Schaffen entfalteten. Unter König Johann hat der Hof für die Kunst nahezu nichts gethan. Und sollten ja einige Hoflieferanten unter dem Wegzuge des Hofes leiden: der sittliche Gewinn, den

die Stadt aus der Einfügung in einen wirklichen Staat ziehen muß, wäre gerade für das weibische Dresdner Leben ganz unschätzbar. Ich habe zwar einst in der sächsischen Vaterlandskunde gelernt, daß Deutschland das Herz Europas, Sachsen das Herz Deutschlands, Dresden das Herz von Sachsen sei. Nach längerer Bekanntschaft mit der Welt kommt jedoch selbst ein Dresdner Kind zu der Einsicht, daß in jeder preußischen Provinzialhauptstadt mehr wirklich großstädtisches Leben herrscht als in dieser innersten Herzkammer des Welttheils. Daß in einem gebildeten Volke eine Stadt von 150,000 Einwohnern bestehen kann ohne eine Spur ernsthaften Parteilebens, mit einer einzigen wenig gelesenen wirklichen Zeitung, während die Mehrzahl der Bevölkerung ihre politische Weisheit schöpft aus einem farblosen Moniteur und aus dem ordinärsten Klatschblatte deutscher Zunge — dies Bild eines schalen und schlaffen Philisterthums ist vielleicht der glänzendste Beweis für die entnervenden Wirkungen der Kleinstaaterei. Wir werden den Tag segnen, da endlich einmal ein frischer politischer Windzug in diese Stickluft fährt, da die Stadt hineingerissen wird in die volle Strömung staatlichen Lebens und ihre Bürger gezwungen werden ernstere Fragen zu besprechen, als die Nebenbuhlerschaft von Dawison und Devrient, von rothen und grünen Dienstmännern und die läppischen Anekdoten über gnädige Aeußerungen der „Herrschaften".

Die Einverleibung in den preußischen Staat wird für alle gesunden, arbeitenden Klassen des Volks ein reiner Gewinn sein. Darunter leiden werden nur die unmittelbaren Umgebungen der kleinen Höfe, der kleinere, unfähige Theil des Beamtenthums (denn die Mehrzahl der mittelstaatlichen Beamten ist sehr wohl im Stande den strengen Anforderungen zu genügen, welche Preußen an seine Diener stellt), der arme Adel, der in den zahlreichen Sinecuren der Kleinstaaten willkommene Versorgung für seine unbrauchbaren Söhne fand, endlich — last not least — die Eitelkeit und Rechthaberei des Professorenthums. Es ist ein Jammer, welcher armselige Dünkel an den kleinstaatlichen Universitäten aufgewuchert ist, wie diese Hochschulen, berufen dem ganzen Vaterlande hochsinnig zu dienen, zu Brutstätten des erbärmlichsten Particularismus geworden sind. Der correcte Göttinger Hofrath würde an seinem Gott verzweifeln, wenn die Georgia Augusta nicht mehr den wohllautenden Namen führte „Juwel in der Welfenkrone"; dem echten Leipziger Professor ist der Gedanke unfaßbar, daß er aufhören soll eine „Perle im sächsischen Rautenkranze" zu sein. Unbemerkt rauschen die brutalen Thatsachen der Geschichte an dem geschlossenen Auge des Doctrinärs vorüber; wenn sie ihm grausam seine Cirkel stören, so wird er verdrießlich und fühlt sich persönlich beleidigt.

Den Gebrauch, den Preußen von seinen Zündnadelgewehren gemacht hat, kann er nicht billigen (so äußerte sich neulich ein berühmter Historiker und Verehrer des Föderalismus); Sachsen ist ein „Staat", Preußen ist ein Staat, folglich müssen sie zusammen einen Bundesstaat bilden; erst wenn gewisse unwiderlegliche staatsrechtliche Paragraphen ein Gemeingut aller Deutschen geworden sind, wird sich auf friedlichem Wege durch rechtlich-sittliche Mittel Deutschlands Verfassung neu gestalten. — Nein, schauet sie mit hellen Augen an, die wundervolle Wirklichkeit, wie sie strahlt in jugendlicher Lebenskraft, und laßt Euch nicht bethören durch die Afterweisheit der Doctrinäre!

Was die Gerechtigkeit und die Interessen der occupirten Staaten fordern, das wird auch geboten durch die Rücksicht auf die Selbsterhaltung des neuen deutschen Bundes. Nach Allem was geschah halten wir für schlechthin unmöglich, daß die vertriebenen Höfe je wieder ehrliche bundestreue Genossen Preußens werden können. Jener grimmige Haß gegen den deutschen Großstaat, der aus den jüngsten Thaten dieser Cabinette spricht, fällt nicht einzelnen Verblendeten zur Last, er war der letzte widerwärtige Ausbruch einer uralten Familienpolitik. Haß und Neid wider Preußen war die Lebensluft, daran diese Höfe sich nährten, und bei der Zähigkeit, womit vornehme Häuser ihren Familiencharakter festzuhalten pflegen, kann nur ein Thor hoffen, solche Gesinnung je zu ändern.

Nächst dem Hause Habsburg hat kein anderes Fürstengeschlecht die Jahrhunderte hindurch sich schwerer versündigt an der deutschen Nation als das Haus der Albertiner. Ein gesegneter Gau in der Mitte des Vaterlands, frühe schon bedeutend in den Tagen der Naturalwirthschaft durch den Segen seiner Berge, die Wiege der Reformation, die führende Macht des deutschen Protestantismus — so zukunftsreich stand Obersachsen da vor dreihundert Jahren, und wie tief ist es gesunken durch die erbliche Unfähigkeit, den trockenen Stumpfsinn seiner Beherrscher! Durch den Verrath an der Sache seines Glaubens, seiner Nation erwirbt Herzog Moritz den Kurhut, dann giebt der Judas von Meißen, wie das empörte Volk ihn nannte, die lothringischen Bisthümer den Franzosen preis und zertrümmert durch seine Rebellion die letzten Bande, welche das heilige Reich zusammenhielten. Es folgt der Augsburger Religionsfriede, dies echte Probstück habsburgisch-albertinischer Staatskunst, lange von beflissenen Hoftheologen als ein Werk der Weisheit gepriesen, heute endlich von einer männlicheren Zeit erkannt als das was er war — als ein fauler Frieden, ein unmögliches Compromiß, die erste und letzte Ursache des dreißigjährigen Krieges. Während der mißhandelte evangelische Glaube,

die Todesnoth der Niederlande, alle heiligsten Interessen der deutschen Nation zum Kriege gegen die spanischen Habsburger mahnten, schleppt der mächtigste Staat der deutschen Protestanten sein stillvergnügtes Dasein weiter, zur Freude des herrschenden Junkerthums und der fanatisch lutherischen Hofprediger, die in den streitbaren Calvinisten nur Ketzer sahen. Als dann in dem Kriege der dreißig Jahre die unversöhnlichen Gegensätze allzu spät auf einander platzen, treibt Kursachsen würdelos herüber und hinüber zwischen den Kämpfenden. Nachher, um dieselbe Zeit, da die junge norddeutsche Großmacht sich bildet, verleugnen die Albertiner ihren Glauben und ihr Volk, die neuen katholischen Polenkönige verprassen in sündlicher Verschwendung den Schweiß ihres deutschen Stammlandes. Die deutsche Dynastie wird ein Werkzeug jenes Deutschenhasses der Polen, der mit sicherem nationalen Instincte gegen Preußen, gegen den Schirmherrn der deutschen Nation im Osten, sich richtet. Ihre unfähige Begehrlichkeit trägt sich bald mit dem Plane Polen zu theilen, bald langt sie nach diesem oder jenem Fetzen deutschen Landes. Die deutsche Politik des Hauses hat schon vor nahezu hundert Jahren ein geistreicher englischer Diplomat mit dem Worte bezeichnet: la Prusse est sa femme, l'Autriche est sa maîtresse. Alle Bande der Pflicht und des Interesses verwiesen das Land auf Preußen, doch immer wieder zieht die Schwachheit der Natur, die Bigotterie, die polnische Politik den Hof in das österreichische Lager. Noch heute ist es nicht zulässig, diese unsauberen Erinnerungen als abgethane Dinge zu behandeln; denn soeben erst hat ein sächsischer Diplomat, Graf Vitzthum, sich erdreistet, in einer halbofficiellen Schrift das Ränkespiel der polnischen Auguste als echt-deutsche Politik zu verherrlichen, einen Brühl als einen deutschen Staatsmann zu feiern und den Großen Friedrich in den Koth zu reißen.

Unter Friedrich August folgt endlich ein leidlich rechtschaffenes Regiment und einige Reformen nach fridericianischem Muster. Aber als das heilige Reich zusammenbricht und Preußen die letzten Trümmer Deutschlands zu einem norddeutschen Bunde zu vereinigen sucht, weigert sich der albertinische Fürst, weil er sein „älteres, vornehmeres Haus" den Hohenzollern nicht unterordnen mag und Napoleon ihn vor dem Ehrgeiz des nordischen Nachbars warnt. Alsbald nach der Schlacht von Jena ruft Friedrich August, den man in Sachsen amtlich den Gerechten nennt, seine Truppen von dem preußischen Heere zurück, läßt sie gegen Preußen fechten und empfängt im Frieden einige Provinzen seines treulos verlassenen Bundesgenossen. Während der folgenden Jahre sucht der sächsische Hof seine Unterwürfigkeit gegen Napoleon zu bewähren, indem er gegen das gedemüthigte Preußen einen kleinen Krieg gehässiger Chicanen eröffnet;

so roh war der Cynismus dieses Verfahrens, daß selbst Graf Senfft, der spätere sächsische Minister, seinen Unwillen darüber in seinen Memoiren schonungslos ausspricht. Die Vergeltung kam, Preußen erwachte. Während König Friedrich Wilhelm das Tafelgeschirr Friedrichs des Großen in die Münze schickte und mit seinen Prinzen in das Lager ging, flüchtete der Albertiner sich und sein grünes Gewölbe nach dem Süden. So recht im Geiste jener maßlosen Selbstüberhebung, welche den deutschen Mittelstaat auszeichnet, erbietet er sich zur bewaffneten Vermittlung zwischen den kämpfenden Großmächten, und kaum hat Frankreich bei Großgörschen einen ersten Erfolg errungen, so steht er wieder im rheinbündischen Lager. Die Hoffnung auf Napoleons Glück sollte diesmal trügen. Deutschland ward frei, der König von Sachsen sah sich verlassen von seinem eigenen Heere. Als nun Preußen das im gerechten Kriege eroberte Land behalten will, wissen die Brüder und Helfer des gefangenen Königs die alten Freunde Frankreich und Oesterreich zu gewinnen. Vor der Aussicht, daß Deutschland abermals um eines Rheinbundskönigs willen von französischen Heeren überschwemmt werde, weicht Preußen einen Schritt zurück und begnügt sich mit der Hälfte des Landes. Im Sommer 1815, derweil Millionen deutscher Herzen aufjubeln bei der großen Kunde von Belle-Alliance, hält der durch Frankreich wieder eingesetzte Vasall Napoleons seinen Einzug in Dresden, und Niemand im Lande gedenkt, was dieser Mann an Deutschland gefrevelt hat.

In den folgenden anderthalb Jahrzehnten stockt das innere Leben des verstümmelten Königreichs vollständig; Urväterhausrath liegt seltsam, schwerfällig aufgehäuft in allen Winkeln des Staates. Das einzige Lebenszeichen, das dieser träge Körper von sich giebt, ist wiederum das alte Ränkespiel gegen Preußen. Wenn wir die diplomatische Correspondenz dieser Tage durchgehen und im Einzelnen verfolgen, wie kleinlich, schwerfällig, händelsüchtig der Dresdner Hof die Grenzberichtigung mit Preußen in die Länge zog, mit welchem unanständigen Mißtrauen man den preußischen Gesandten, Herrn v. Jordan, behandelte, der, ein wohlwollender, auch durch Familienverhältnisse mit Sachsen eng verbundener Mann, von den wichtigsten Vorgängen am Dresdner Hofe ohne Kenntniß blieb und erst von Berlin aus darüber unterrichtet werden mußte — so fragen wir erstaunt, was in diesen erbärmlichen Händeln größer ist, die Langmuth Preußens oder die erfinderische Bosheit des kleinen Nachbarstaates. Als die wichtigste Aufgabe der sächsischen Staatskunst galt, die von Preußen versuchte Zolleinigung Deutschlands zu verhindern. Solchem Bestreben entsprang das Werk Hannovers und Sachsens, der mitteldeutsche Handelsverein, vielleicht die lächerlichste von allen Schöpfungen des particula-

ristischen Neides. Nicht ein Zollverein mit gemeinsamen Zöllen ward gegründet, sondern lediglich ein Keil zwischen die preußischen Provinzen geschoben, die verbündeten Staaten verpflichteten sich nur, dem preußischen Zollvereine nicht beizutreten. Die Seele aber dieses Afterbundes, wie Stein ihn nannte, war kein schlechterer Mann als Bernhard v. Lindenau, in späteren Jahren Sachsens tüchtigster Minister — zum sichersten Beweise, daß die gehässige Feindschaft gegen Preußens deutsche Politik in dem Wesen des sächsischen Hofes begründet, nicht die Schuld einzelner Verirrter ist.

Mit der Regierung des Liebenswürdigsten der Albertiner, Friedrich August's II., kamen endlich bessere Tage, ehrenwerthe Reformen im Innern. Lindenau, von den alten Thorheiten geheilt, hielt jetzt treu zu Preußen, dem Zollverein verdankte die sächsische Volkswirthschaft ihre gesegnete Blüthe. Aber bald sollte unter diesem wohlwollenden Fürsten die wettinische Hauspolitik die unwürdigste ihrer Thaten wagen. Der Mai-Aufstand brach aus, die eine Hälfte der Armee stand außerhalb Landes, die Treue der anderen begann zu wanken. Der flüchtige König empfing die verlorene Hauptstadt aus der Hand preußischer Truppen zurück und trat in die Union mit Preußen, die er als den einzig möglichen Weg zur Einigung Deutschlands bezeichnete. Als die Preußen das Land verließen, sprach das Wort: „Gottlob, daß sie fort sind“, das wir damals hundertmal in militärischen Kreisen hörten, die einzige Empfindung der Geretteten aus, und bald entdeckte Herr v. Beust, daß die Union gegen Preußen der andere einzig mögliche Weg zur Einigung Deutschlands sei. Ohne den Schatten eines Vorwandes fiel Sachsen von Preußen ab. Ein frivoler Staatsstreich, durch keinen Nothstand entschuldigt, warf die Landesverfassung über den Haufen. Sogar den Zollverein versuchte, mit dem Fanatismus des Renegaten, Herr v. Beust zu sprengen; und als Graf Waldersee seine treffliche Schrift über den Antheil der preußischen Truppen an der Niederwerfung des Mai-Aufstandes herausgab, antwortete Herr v. Montbé im Auftrage der sächsischen Regierung mit einem Buche, welches trotz seiner vorsichtigen Haltung lediglich den Zweck hatte zu beweisen, Sachsen sei sich selbst genug, die Hilfe des preußischen Retters, die man dringend erfleht hatte, sei gar nicht nöthig gewesen.

Seitdem blieb der Hof der Albertiner ein Pfahl im Fleische des preußischen Staats. König Johann ist unzweifelhaft der achtungswertheste Mann unter den vertriebenen deutschen Fürsten; doch die begeisterten Lobsprüche, die man seinem Geiste zu spenden liebt, halten dem scharfen Blicke nicht Stand. Mit einer Fülle gelehrter Kenntnisse ist er ein gewöhnlicher Mensch geblieben, engen Herzens, unfrei, philisterhaft in seinem Urtheil

über Welt und Zeit; in dieser trockenen Seele regt sich nichts von jenem hochherzigen, mäcenatischen Zuge, der seinen minder gelehrten Bruder so liebenswerth erscheinen ließ. Wenn die unterthänigen Hofräthe des Juristentags ihn in eleganter Abwechslung bald als den König unter den Juristen, bald als den Juristen unter den Königen feierten, so bekennen wir, daß uns die Früchte der Dresdener Hofjurisprudenz sehr wenig Achtung abnöthigen. All' seine Kenntniß des corpus juris hat den Prinzen Johann nicht gehindert, den Staatsstreich des Herrn v. Beust zu unterstützen und der Aufhebung der rechtmäßigen mecklenburgischen Landesverfassung durch seinen getreuen Herrn v. Langenn zuzustimmen; und die groben Rechtsverletzungen, womit der Bundestag sich seine letzten Tage verkürzte, haben den warmen Beifall des rechtsgelehrten Königs gefunden. Sein politisches Urtheil war durch albertinischen Preußenhaß so gänzlich getrübt, daß er, der rechtschaffene, sittenstrenge Mann, zum Werkzeuge eines frivolen, nichtigen Menschen, wie Herr v. Beust, herabsinken konnte. Man erwarb aus preußischen Arsenalen jene gezogenen Geschütze, die heute gegen Preußen spielen, man trat den Handelsverträgen Preußens bei und ließ sich in seinen Hofblättern darum preisen, daß man gnädig genug gewesen, diese Wohlthat für Sachsen aus Preußens Händen anzunehmen. Inzwischen betrieb man in der Presse, am Bundestage, an allen Höfen den Kampf gegen Preußen gehässiger denn je. In der braven Armee nährte man geflissentlich den Preußenhaß; König Johann selber entblödete sich nicht, mit seinem ersten Reiterregimente den Tag von Collin zu feiern. Je mehr die Neigung des Volks sich der preußischen Regierung entfremdete, um so eifriger warb der Dresdner Hof durch wohlfeile Reden und Demonstrationen um die Gunst der Massen. Das freundnachbarliche Verhältniß, das in Lindenau's Tagen bestanden hatte, war gänzlich zerstört. „Wenn diese Menschen uns einen Nagel ins Gehirn treiben könnten, so würden sie es thun", äußerte Graf Bismarck um Mitte März. Er hatte die Gesinnung der Albertiner nur allzu klar durchschaut.

Jedermann weiß heute, daß die große Dynastenverschwörung wider Preußen am Eifrigsten von Dresden aus geschürt wurde. Ich habe selbst gesehen, wie bereits am 17. März der Königstein mit neuen Geschützen armirt war*); und da diese Kanonen doch erst gegossen und hinaufgeschafft werden mußten, so ist klar, daß der Kriegsplan wider Preußen spätestens zu Anfang des Winters entworfen sein muß. Das Land ward

*) Nicht ganz richtig. Allerdings hatte man im Laufe des Winters Kanonen auf die kleine Festung gebracht; diese waren aber nicht neu, sondern bereits von der Dresdener Garnison gebraucht.

preisgegeben, das Heer schlug sich tapferer und geschickter als die Oesterreicher, aber selbst in der Armee regt sich heute das unmuthige Gefühl, daß Hunderte braver Männer ihr Blut vergießen mußten für eine fremde, eine schlechte Sache, daß es eine Schmach ist für deutsche Soldaten, wenn das amtliche Wiener Blatt sie also bezeichnet: „Lauter Oesterreich ergebenes, allernützlichstes Volk!" König Johann ist aus freiem Entschluß ein Vasall des Hauses Lothringen geworden. Mag er es bleiben und als Standesherr in Böhmen ein sorgenfreies Leben führen; seine Kronschätze sind ja gerettet. In dem neuen Deutschland ist für österreichische Vasallen kein Raum. Auch ein Personenwechsel kann nicht genügen. Der Kronprinz, ein Mann nicht ohne derbe Gutmüthigkeit, aber roh und jeder politischen Einsicht baar, war von jeher eine Stütze der österreichischen Partei, ein Freund und Bewunderer des Kaisers Franz Joseph; und von dem Prinzen Georg, dessen Hochmuth und Bigotterie selbst in dem zahmen Dresden Anstoß erregen, ist noch weniger zu erwarten. Zu vergessen verstehen die Albertiner so wenig wie der Stuhl von Rom; die Sicherheit des neuen deutschen Bundes fordert, daß sie die Schuld der Väter und die eigene Schuld durch den Verlust des Thrones büßen.

Es wäre ermüdend auch noch das Sündenregister des Welfenhauses vorzuführen. Alle Welt weiß, wie der Neid des Welfenstaatsmannes Münster auf dem Wiener Congresse sich anstrengte, Preußen um den Lohn seiner Siege zu betrügen, und dann dreißig Jahre lang Hannover den werdenden Zollverein bekämpfte. Das Welfenhaus ward ein anderes Geschlecht von Landschaden für Niederdeutschland, hemmte und quälte den Verkehr von Oldenburg, Hamburg, Braunschweig, Bremen und that sein Bestes, die Mündungen der drei herrlichen Ströme, die eine kurzsichtige Diplomatie ihm in den Schooß geworfen, nutzlos zu machen für die Welt. Sechsmal binnen fünfzig Jahren ward die Verfassung von Grund aus geändert, jede Sicherheit des öffentlichen Rechtes ist dahin, und seit der Thronbesteigung Georgs V. bietet der Welfenhof ein Schauspiel, das ein sittliches, gottesfürchtiges Volk niemals hätte dulden sollen. Wenn die Blindheit, statt die Seele des geschlagenen Mannes zu adeln und zu vertiefen, ihm selber eine Quelle der Lüge und des Hochmuths wird, dann ist es sündlich des Blinden zu schonen. Der Regierungsantritt des Königs erfolgte wider die Vernunft und, wie er selbst sehr wohl wußte, wider das Recht. Deutsche Geduld ertrug die Herrschaft eines Blinden, die, in einem kräftigen Großstaate schlechthin undenkbar, auf europäischem Boden bisher nur im byzantinischen Reiche geduldet worden ist. An Byzanz in der That, an die ärmlichsten Epochen menschlicher Verkümmerung gemahnen dieser König, der so lange den Sehenden spielte, bis ihm

die Lüge zur Natur, jedes Wort, jede Miene zur Unwahrheit wurde, und diese nichtigen Höflinge, die auf solches Gaukelspiel gelassen eingingen. Alle Sünden des Welfen- und des Stuartblutes scheinen in dem unheilvollen Manne sich noch einmal angesammelt zu haben; seine knabenhafte Thorheit erinnert an Karl von Braunschweig, die frömmelnde Selbstvergötterung an Jacob II. von England. In der Enge unseres deutschen Lebens erscheint auch das Nichtswürdige kleinlich und darum komisch; aber wenn wir gedenken, wie dieser Fürst Tag für Tag die Langmuth Gottes herausforderte durch das Prahlen mit der Welfenherrschaft bis an das Ende aller Dinge, wie das Land in der Kirche Gott danken mußte für die wunderbare Errettung des Welfensprossen, der sich durchaus nicht in Gefahr befunden hatte, so müssen wir beschämt gestehen: frevelhafter als auf deutschem Boden ist Gott nie gelästert worden. „Zerstäubt sind die Juristenschnitzer, der höchste Herr ist Grundbesitzer", rief eine servile Adresse dem Könige zu, als die Verfassung wieder einmal gebrochen war, der Fürst sich ein Krongut ausscheiden ließ und unköniglich sein Land übervortheilte.

Seinen letzten Krieg hat der König begonnen buchstäblich um seiner unbeschränkten Herrschaft willen; erst der preußische Bundesreformplan, die Forderung das Heer unter preußischen Oberbefehl zu stellen trieb den Schwankenden nach langem treulosem Doppelspiel in das österreichische Lager. Der Frevel von Langensalza bildet das würdige Ende des Welfenregiments; und gäbe es wirklich Deutsche, welche diese Blutschuld mit der militärischen Ehre rechtfertigen möchten, so muß doch das Verhalten des Königs während der Flucht- und Schlachttage auch den Gutherzigen empören. Erfroren in Selbstsucht und Dünkel stand er unter den unglücklichen Truppen; er fand kein Wort der Güte, der Ermunterung für die Leidenden. Der Großherzog von Toscana war ein Vasall Oesterreichs wie unsere Fürsten auch, aber ein rechtschaffener Mann, und sein rasch entschlossenes Volk hat ihm doch die Rückkehr verboten. Auf unser Volk würde der Hohn und die Verachtung aller Nationen fallen, wenn nach dem Tage von Langensalza ein deutscher Stamm sich wieder unter das Joch des Welfen beugte. Auch in diesem Hause würde ein Personenwechsel nichts fruchten; denn von dem Kronprinzen genügt es zu sagen, daß sein Vater ihn erzogen hat.

Von den Sünden des hessischen Kurhauses zu reden ist überflüssig. Der Geiz, die Willkür, der Bastardsunfug der Nachkommen des großmüthigen Philipp sind längst ein europäischer Skandal. Die Beseitigung dieser Dynastie ist ein Gebot conservativer monarchischer Politik. Die Demagogen, die Eckardt und Genossen, wissen sehr wohl, warum sie heute

mit sentimentalem Phrasenschwall den standhaften hessischen Kurfürsten feiern. Allerdings, durch Fürsten wie dieser wurde auf deutschem Boden das exotische Gewächs jenes rothen Radicalismus groß gezogen, der in dem neuen Deutschland einer conservativen Staatsgesinnung, einer ernsten monarchischen Zucht weichen muß.

Es giebt in der That gutherzige Liberale, welche sich der Hoffnung getrösten, das restaurirte Kleinfürstenthum werde gezwungen sein liberal und preußenfreundlich zu regieren. Mit welchem Rechte dürfen die Liberalen auf einen Sieg ihrer Partei rechnen? Sie haben in dieser Krisis einen sehr mäßigen Grad von engerer Vaterlandsliebe, ja dann und wann eine verschämte Zuneigung für den preußischen Eroberer gezeigt und darum redlich verdient von der rückkehrenden Herrschaft mißhandelt zu werden. Kennen wir so wenig den Charakter einer Restauration? Daß blutig regiert wer aus dem Exile zum Throne gelangt, weiß schon der römische Dichter. Und wollte Gott, den Mittelstaaten stände eine blutige Gewaltherrschaft bevor, die alle edlen Leidenschaften zu trotzigem Widerstande aufriefe. Die Tyrannei deutscher Kleinfürsten ist gemüthlicher und ebendarum verderblicher für unser schlummersüchtiges Volk, sie schleicht sänftiglich einher und weiß in der Stille alle Charaktere zu erdrücken. Der sächsische Hof wird zurückkehren, das Herz geschworen von Haß und Rachsucht, er wird sich höflich in die Umstände fügen und leise einige zarte Fäden hinüberspinnen nach der Hofburg zu Wien, die des Tages der Rache harrt. Dann werden die Gensdarmen die Listen der Preußenfreunde hervorholen, die sie unter der allzu milden preußischen Verwaltung säuberlich angefertigt haben, die wichtigsten Aemter werden in die Hände jener Subjecte fallen, welche heute die Proclamationen des Königs Johann colportiren oder den Pöbel von Celle gegen die Preußen hetzen — lauter Maßregeln, die eine noch so straffe Bundesverfassung nicht verhindern kann. Heinrichs-Orden und Guelphen-Orden werden die Verdienste der Truppen im Kampfe gegen Preußen belohnen, und der nach vollen Epauletten dürstende Lieutenant wird die Geschichte der Schlacht von Langensalza schreiben. Vor uns liegt eine Schrift: „der große Sieg der Hannoveraner bei Langensalza“ — ein Hymnus auf die Ueberwinder der Unüberwindlichen, dazu einige herzzerreißende Anekdoten von der weinenden Welfenkönigin und gerührten rauhen Welfenkriegern. Wenn eine solche Schrift während der preußischen Occupation erscheinen kann — welche literarische Sumpfpflanzen werden dem Pfuhle der kleinköniglichen Restauration entsteigen! Die Armeen von Sachsen und Hannover lassen sich nur dann ehrlich für die deutsche Sache gewinnen, wenn sie kurzerhand dem preußischen Heere einverleibt werden. Als preußische

Regimenter werden sie mit den alten Truppen der Hohenzollern ebenso treu wetteifern, wie jenes thüringische Husarenregiment, das heute als preußisches wie einst bei Wagram als sächsisches Regiment den Oesterreichern furchtbar wurde. Bleiben sie in irgend einer Form ein selbständiges Ganzes, so treibt der militärische Corpsgeist, der Stolz auf die jüngsten Kriegsthaten unfehlbar eine Welt von particularistischen Ueberlieferungen und Gehässigkeiten hervor, welche sie den preußischen Kameraden entfremdet.

Vor Allem fürchten wir von einer Restauration die Entsittlichung des Volks durch den Geist der Lüge, durch die Gleißnerei einer Loyalität, welche nach den Ereignissen dieses Sommers mindestens von dem jüngeren Geschlechte gar nicht mehr gehegt werden kann. Man male sich die Scene aus, wie König Johann einzieht in seine Hauptstadt, wie der allzeit getreue Stadtrath von Dresden den Landverderber mit Worten des Dankes und der Verehrung empfängt, wie rautenbekränzte weißundgrüne Jungfrauen sich neigen vor der befleckten und entweihten Krone, wie ein anderer Mahlmann die läppischen Gesänge der particularistischen Dichtkunst erschallen läßt: „das Veilchen blüht, die Raute grünet wieder" — wahrhaftig, schon der Gedanke ist ekelerregend. Es wäre ein Anblick, wie wenn erwachsene Männer mit Bleisoldaten und Schaukelpferden spielten. Fünf Jahre lang ging der Taumel der Verbrüderungsfeste durch unser Land, von allen Lippen troff die Versicherung deutscher Eintracht und Bruderliebe. Heute wissen wir, welch ein boshafter verbissener Haß die Brüder im Süden von dem Volke des Nordens trennt; wir wissen jetzt, daß jene brünstigen Betheuerungen im Munde der Einen liebenswürdige Selbsttäuschung, im Munde der Anderen bewußte Lüge waren. Es thut noth, daß die alte deutsche Wahrhaftigkeit wieder zu Ehren gelange in dieser neuen Zeit. Im Namen deutscher Redlichkeit protestiren wir dagegen, daß die fratzenhafte Lüge legitimistischer Huldigungen auf dem Boden des neuen Deutschlands geduldet werde.

Während wir dies niederschreiben, kommt die Kunde, daß in den Friedenspräliminarien die Einverleibung von Hessen und Hannover entschieden, dagegen die Selbständigkeit Sachsens zugestanden sei. Gebe der Himmel, daß die erste Hälfte der Nachricht sich bestätige: dann hoffen wir mit Zuversicht, daß die zweite Hälfte nicht in Erfüllung geht. Ein Friedenscongreß ist kein Tribunal; Rücksichten auf Frankreich und Oesterreich mögen die preußische Regierung bestimmt haben, bescheidene Forderungen zu stellen und gegen den schuldigsten der kleinen Höfe eine ungerechte Milde zu üben. Der preußische Landtag hat solche Rücksichten nicht zu nehmen, er ist verpflichtet auszusprechen, was mit Ausnahme eines ver-

schwindenden Bruchtheils unbelehrbarer Radicaler alle Preußen denken. Auch das deutsche Parlament wird erkennen müssen, daß es nicht mehr an der Zeit ist, durch den Schein einer Uneigennützigkeit, welche in Wahrheit Schwäche wäre, um die Sympathien der Süddeutschen zu werben: — wir wissen heute was diese Neigungen werth sind. In großen historischen Naturprozessen entscheidet der erste Schritt. Die Kugel ist im Rollen, kein Gott wird ihren Lauf mehr hindern. Es handelt sich nur noch darum, ob unser Volk in großer Zeit jenem Lalenbürger gleichen will, der, um das arme Thier zu schonen, seinem Hunde täglich ein Stück vom Schwanze abschnitt. Die köstliche Ernte, die aus den blutbenetzten Feldern Böhmens uns ersprießen soll, darf nicht verkümmert werden durch jene Albertiner, die noch in dieser Stunde bei fremden Höfen um Hilfe gegen Deutschland flehen. Es ist dafür gesorgt, daß mit dem Friedensschlusse das Schicksal Sachsens noch nicht endgiltig entschieden wird. Die preußische Occupation wird so bald nicht aufhören. Dresden gilt nach dem Urtheile kundiger Strategen als der Schlüssel des Elbthals, als eine Festung, deren Preußen zum Schutze von Berlin bedarf; die Stadt müßte daher zur Bundesfestung erhoben, eine preußische Garnison in die Residenz der Albertiner verlegt werden. Wenn dieser unmögliche Zustand in der Hauptstadt, die Kriegskostenrechnung, die Einverleibung des Contingents in das preußische Heer, vielleicht auch die abermalige Zerreißung des Landes durch den Verlust von Leipzig — wenn diese grausame Wirklichkeit dem träumenden sächsischen Volke dicht auf den Leib rückt, dann muß sich endlich die Erkenntniß Bahn brechen, daß es sündlich wäre, um eines verblendeten Hofes willen ein braves Land so schwer leiden zu lassen. Wenn die Mediatisirung eines Königshauses bei dem engen Familienzusammenhange der europäischen Fürstengeschlechter ein sehr schwieriges Unternehmen ist, so wird doch die Rückkehr entthronter Höfe durch die Macht der vollendeten Thatsachen noch ungleich mehr erschwert.

An das Volk der occupirten Staaten aber ergeht die Mahnung, endlich sich zu regen. Vor einigen Monaten schwärmte halb Deutschland für das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner. Heute, da fünf Millionen Deutsche vor einem Wendepunkte ihres Schicksals stehen, wagt sich kaum irgendwo eine Willensäußerung, ein bescheidener Versuch der Selbstbestimmung hervor. Eine sehr widerwärtige, eine leider echt deutsche Stimmung herrscht in diesen Stämmen vor. Man würde sich doch schämen, wenn der alte Herr zurückkehrte, auch den Thronfolger wünscht man nicht, preußisch werden will man auch nicht gern. An den Gedanken, daß die schlechte alte Zeit für immer dahin ist, kann man sich noch nicht gewöhnen, noch hängt man an dem Glauben der Väter: die deutsche Ein-

heit ist der Güter höchstes, nur hier bei uns darf damit nicht begonnen werden. Da die deutsche Geduld nur von unserer Sentimentalität übertroffen wird, und der Deutsche bekanntlich das Recht beansprucht, über seinen Landesherrn zu schelten, aber sich erbost, wenn ein deutscher Ausländer ihm dabei helfen will, so regt sich sogar weinerliches Mitleid um den gefangenen Kurfürsten. Aus Alledem entsteht eine zaghaft-verdrießliche Verstimmung, welche binnen Kurzem, wie einst in Schleswig-Holstein, zu particularistischem Trotze sich zu verhärten droht. Von allen Parteien haben bisher allein die Particularisten rührigen Eifer gezeigt. Sie wagen nichts dabei, denn Preußen wird nach der Einverleibung die legitimistische Treue unbestraft lassen. Von den Freunden Preußens fühlen die Einen sich gebunden durch ihren Staatsdiener- oder Abgeordneteneid; unter den Anderen geht die Rede: „wir würden offen auftreten, wenn wir sicher wüßten, daß das alte Regiment nie zurückkehrt." Ja wohl, wenn wir sicher wüßten, daß unsere Kugel trifft, die des Feindes vorbeifliegt, dann würden auch die sieben herzhaften Schwaben den Heldensinn des Achilles zeigen! Wie ist es möglich, daß deutsche Männer solche Worte ohne Erröthen aussprechen? Ist unser Volk, so überreich an kriegerischer Tapferkeit, wirklich so bettelhaft arm an bürgerlichem Muthe? Und sollen wir, nachdem die tapferen Ostfriesen mit der Sprache herausgegangen sind, denkenden Männern erst versichern, daß es ein demüthigendes Loos ist für freie Bürger, annectirt zu werden, aber eine Ehre zur rechten Stunde das Nothwendige zu erkennen und zu fordern?

Vor Allem gilt solche Mahnung den Liberalen. Der deutsche Krieg ist begonnen worden ohne das Verdienst des Liberalismus. Diese Partei wird also nach allen Gesetzen historischer Logik in der nächsten Zukunft nicht zur Herrschaft gelangen; wir müssen zufrieden sein, wenn die conservative Regierung, welche uns bevorsteht, nicht in ein reines Parteiregiment ausartet. Die Stellung, welche der Liberalismus zunächst behaupten wird, hängt ab von dem Eifer, den er jetzt bewährt, das nicht von ihm begonnene Werk der Einigung Deutschlands zu fördern. Man mag es entschuldigen, daß Herr v. Bennigsen am 15. Juni sich weigerte, die provisorische Regierung von Hannover, die Graf Bismarck ihm anbieten ließ, zu übernehmen. In jenem Augenblicke war dem Uneingeweihten noch zweifelhaft, ob die preußische Regierung für den Vernichtungskampf gegen die Kleinstaaterei alle Kräfte des Staates einsetzen werde. Heute sind solche Zweifel durch die That widerlegt, heute ist es geboten, um des Vaterlandes willen die alten Parteirancünen zu vergessen. Die Versammlung zu Hannover am 12. Juli war ein erster rühmlicher Schritt; aber die Zeit eilt im Sturme dahin, schon jetzt gelten die Beschlüsse jenes

Tages nicht mehr, als weiland die donnernden Volksversammlungsresolutionen über „Gut und Blut“ und „kein Fußbreit deutschen Bodens“. Die Einberufung des Abgeordnetentags nach Braunschweig beweist abermals, wie schwer der unpraktische Sinn der Liberalen sich entschließt den Thatsachen zu folgen; denn wer jetzt noch nicht begriffen hat, daß in Berlin die Geschicke des Vaterlandes entschieden werden und jeder praktische Staatsmann Fühlung nehmen muß zu den in Berlin wirksamen politischen Kräften — der ist für die Politik verloren. Tausendmal haben die Liberalen von dem Wegfegen der Dynastien geredet. Heute sollen sie zeigen, daß sie Männer sind, daß sie bei jener Drohung nicht an das Wahngebilde einer hannoverschen und sächsischen Republik, sondern an Deutschlands Einheit dachten. Zu solchem offenen Hervortreten gehört freilich der Muth sich hassen zu lassen von dem particularistischen Pöbel. Starke Geister wie Cavour fanden immer ein stilles Behagen daran, wenn der unverständige Haufe sie lärmend schmähte; uns Deutschen gereicht heute zum Schaden, daß der preußische Staat seine einsichtigsten Freunde in den Kreisen jener Mittelpartei zählt, welche sich jederzeit ebenso sehr durch ihre Zaghaftigkeit wie durch Bildung und Edelsinn ausgezeichnet hat.

Die dankbarste Aufgabe fällt der liberalen Presse Sachsens zu. Wohlmeinende, gebildete Blätter wie die Grenzboten, die Deutsche Allgemeine, die Dresdener Constitutionelle Zeitung, sollten doch endlich sich entschließen, ihren Lesern reinen Wein einzuschenken. Es ist nicht mehr an der Zeit, der königlichen Leipziger Zeitung kleine Bosheiten zu sagen; es genügt nicht mehr leise anzuwinken und annexionistische Kundgebungen Anderer mit sanftem Wohlgefallen zu besprechen. In Tagen wie diese soll man das Herz haben, die Paragraphen des Albertinischen Strafgesetzbuches zu mißachten. Preußens starke Hand wird im ungünstigsten Falle die treuen Freunde zwar nicht vor dem Uebelwollen, doch vor den Mißhandlungen des restaurirten Kleinkönigthums schützen, und auf das Wohlwollen der Albertiner hat die liberale sächsische Presse in langen Jahren ehrenwerthen Kampfes längst zu verzichten gelernt. Sind jene Blätter der Meinung, daß Sachsen unter einem unzuverlässigen preußischen Vasallen gedeihen könne, so mögen sie versuchen die Gemüther für diese Halbheit zu gewinnen. Bekennen sie sich mit uns zu der entgegengesetzten Ansicht, so mögen sie rund heraussagen: wir wollen nicht, daß ein von Gott und den Menschen gerichtetes Haus zurückkehrt auf den verwirkten Thron; wir wollen nicht, daß unter dem breiten Schatten der albertinischen Krone das Geschlecht der Frese, der May und Wuttke eine Zuflucht finde und von Sachsen aus den Federkrieg führe wider den neuen deutschen Staat; wir wollen nicht die Wiederkehr eines weichlichen Despotismus, der einen

deutschen Stamm von hoher Bildung und wirthschaftlicher Tüchtigkeit in dem Zustande politischer Kindheit erhalten hat und in einem sittlichen Volke das Unkraut der Kriecherei und des Denunciantenthums aufwuchern ließ. Bei der unsicheren rathlosen Verfassung der Geister in Sachsen kann ein tapferes Wort zur rechten Stunde gesprochen vielen Blinden das Auge, vielen Zagenden die Lippen öffnen.

Dreißig gräuelvolle Jahre verbrachte Deutschland vor zwei Jahrhunderten im unentschiedenen Kampfe wider das Haus Oesterreich. Sieben Kriegsjahre brauchte Friedrich, um das Recht seines deutschen Staates wider das Ausland zu behaupten. Heute genügte ein Feldzug von wenigen Wochen die Fremdherrschaft Oesterreichs zu brechen. Die Erfüllung der deutschen Geschicke ist nahe, unser Volk hat endlich seinen Staat gefunden. Hätte die politische Einsicht der Nation gleichen Schritt gehalten mit der wachsenden Stärke des preußischen Staats, so mußte bei dem ersten Kanonenschlage dieses Krieges weithin durch den Norden der Ruf ertönen: Anschluß an Preußen! Die Nation hat den großen Augenblick versäumt, sie muß sich vor der Hand begnügen mit einem unfertigen Bau, der halb ein Bundesstaat ist halb ein Einheitsstaat, sie muß zusehen, wie sie haushalten will mit den überflüssigen, doch immerhin befreundeten kleinen Kronen im Norden. Die Aufgabe ist schwer; sie wird unlösbar, wenn wir auch noch versuchen wollen, unversöhnte Feinde zu begnadigen und künstlich wieder aufzubauen, was die Geschichte vernichtet hat. Auch vom Staate gilt das Wort: „es bleiben todt die Todten, und nur der Lebende lebt.“ —

Politische Correspondenz.

Berlin, 10. August 1866.

Das Sprichwort von der Langsamkeit der Deutschen ist gleich so vielen anderen Habseligkeiten der alten Zeit durch die jüngste Epoche der deutschen Revolution in die Rumpelkammer geworfen worden. Abermals liegt eine Welt von Ereignissen hinter uns, und die monatliche Rundschau vermag kaum dem Geschehenen zu folgen. Die Hilfe des Auslandes, die Oesterreich würdelos angerufen, versagte, und erst als unsere Heere in unaufhaltsamem Vormarsch bis dicht vor die Mauern Wiens und Preßburgs drangen, demüthigte sich Oesterreich vor dem Verhaßtesten seiner Feinde. Das war ein schöner Tag, da die Weise des „Heil dir im Siegerkranz" zum ersten Male seit fünfzig Jahren mit dramatischer Wahrheit zu Ehren eines siegreich heimkehrenden preußischen Königs erklang, und die Victoria auf dem Thore wirklich ihren Einzug hielt in die Hauptstadt. Jener sittliche, echt deutsche Geist, der die Kämpfenden beseelte, ist auch nach dem Siege im Volke lebendig geblieben: Jubel und dankbare Freude überall, doch nirgends ein Wort selbstgefälliger Ueberhebung.

Auch die Friedenspräliminarien bezeugen, daß es ein deutscher Krieg war, den Preußen führte. Der Sieger trug kein Verlangen nach den halbslavischen Nachbarprovinzen, die einem deutschen Staate ein zweifelhafter Gewinn sein würden; er versagte sogar dem Heere den ersehnten und redlich verdienten Triumph des Einzugs in der feindlichen Hauptstadt. Er beendete den Krieg, sobald Oesterreich sich bereit erklärte, aus dem Bunde auszuscheiden, Preußen in Deutschland freie Hand zu lassen und dergestalt Deutschlands Unabhängigkeit anzuerkennen. „Wir wollen keine Eroberungen in Deutschland, äußerte einmal ein offenherziger österreichischer Staatsmann, wir wollen abhängige kleine Fürstenthümer wie Modena und Toscana rings um unsere Grenzen." Damit war der Grundgedanke jener Staatskunst ausgesprochen, welche die nüchterneren

Köpfe am Wiener Hofe jederzeit gegen uns befolgt haben. Auf dem Felde von Königgrätz hat sie ihr Ende gefunden. Eine lange Reihe jener kleinen Vasallen, durch deren Hilfe Oesterreich uns beherrschte, wird ihre Selbständigkeit verlieren; die Einverleibung von Hannover, Hessen, Nassau, Frankfurt scheint gesichert. Unsere Geschichte läßt sich nicht abbringen von dem Wege, den sie seit zwei Jahrhunderten eingeschlagen; durch Annexionen rücken wir dem Ziele, der Einheit Deutschlands, näher. Der Friede, welcher aus diesen Präliminarien hervorgeht, wird der glorreichste sein, den Preußen je geschlossen, aber er schafft nur provisorische Zustände, die binnen wenigen Jahren zu neuen Staatsumwälzungen, vielleicht zu neuen Kriegen führen müssen. An der Nation ist es nun, das Werk der preußischen Waffen im Frieden weiterzuführen und durch die Beharrlichkeit und die Leidenschaft dieser nationalen Arbeit die Meinung Europas für unsere große Sache zu gewinnen. Italiens jüngste Geschicke lehren, welch' eine Macht die öffentliche Meinung selbst in diesen cäsarischen Tagen besitzt — die wirkliche öffentliche Meinung, die in Fleisch und Blut aller Welt eingedrungene Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer politischen Veränderung. Nicht allein auf den Schlachtfeldern Böhmens wurde Venetien den Italienern erobert; die Erwerbung ward vorbereitet durch die friedliche Arbeit der Nation. Aus der Energie und Bestimmtheit der nationalen Forderungen Italiens schöpfte Europa die Einsicht, daß dies Verlangen unabweisbar sei. So geschah, daß Italien durch Niederlagen sich eine Provinz eroberte, und zur Nothwendigkeit ward, was der ganzen Welt nothwendig schien. Auch uns kann es gelingen, durch den nachhaltigen Ernst unserer nationalen Politik die Nachbarn dahin zu bringen, daß sie in einer nahen Zukunft die Vollendung unserer Einheit wie ein unabwendbares Naturereigniß hinnehmen. Die Thaten in Böhmen haben uns das gute Recht, fröhlich und herzhaft zu hoffen, wiedergegeben, das wir in der dumpfen Enge unseres kleinen Lebens fast verloren hatten. Die schwere Arbeit, welche jetzt beginnt, wird uns erleichtert durch das Bewußtsein, daß wir sie aufnehmen müssen nicht für uns allein, sondern zum Segen der Welt. Ein Zeitalter wahrhafter Civilisation, gesicherten Weltfriedens kann nicht eintreten, so lange der nationale Staat der Deutschen nicht vollendet ist.

Die Reife unserer politischen Einsicht muß sich zunächst darin bethätigen, daß wir uns zu bescheiden wissen und uns vorderhand mit einem norddeutschen Bundesstaate begnügen. Es ist ein Irrthum, wenn so mancher warmherzige Mann im Süden uns Norddeutschen heute vorwirft, daß wir in beschränktem Uebermuthe dem Süden zuriefen: „Wir brauchen Euch nicht." Wir brauchen Euch wohl; ohne die Schwaben und

Bayern bleibt der deutsche Staat ein Rumpf, das weiß jeder gute Kopf im Norden. Auch der Tadel, daß wir Deutschland zerreißen wollen, trifft uns nicht. Eine lebendige Gemeinschaft des geistigen und des wirthschaftlichen Lebens verband uns bisher mit dem Süden; diese Gemeinschaft, die in solcher Innigkeit zwischen uns und den Deutsch-Oesterreichern nicht bestand, soll und wird fortdauern, trotz der begreiflichen Erbitterung, welche der Uebertritt des Südens zu unseren Feinden im Norden erregt hat. Politisch waren wir unverbunden. Der Deutsche Bund war nur ein Name, und eine Gemeinschaft, die nicht bestand, kann auch nicht zerrissen werden. Bereits droht das Schlagwort „Mainlinie!" in ähnlicherweise sinnverwirrend auf die deutsche Welt zu wirken wie bis vor Kurzem das Schreckgespenst „Bismarck". Dem kalten Kopfe stellt sich die Frage also: ist es möglich, die politische Einigung, die nicht blos befestigt, sondern erst geschaffen werden soll, sogleich über das ganze Deutschland zu erstrecken? Hierauf kann ein besonnener Mann nur mit Nein antworten.

Zunächst steht der Widerspruch des Auslandes einem gesammtdeutschen Bundesstaate entgegen. Nur wenige Deutsche wissen, welche unabsehbaren Combinationen man in der Fremde an die Einigung Deutschlands zu knüpfen pflegt. Thorbecke, der klarblickende Staatsmann, der nüchterne Holländer, sagte schon zur Zeit des Ministeriums Auerswald, wenn Norddeutschland jemals einen Staat bilde, so seien die Tage der niederländischen Selbständigkeit gezählt. In Petersburg ist die Sorge, das einige Deutschland möge seine Hand ausstrecken nach den Ostseeprovinzen, weit lebendiger als man bei uns wähnt. So ausschweifende Pläne müssen, wie sich von selbst versteht, der deutschen Politik für jetzt und vielleicht für immer fern bleiben. Aber schon das Vorhandensein eines solchen Argwohnes im Auslande beweist, wie Großes die Fremden von der Attractionskraft eines nationalen Staates in der Mitte des Festlandes fürchten. Bisher getrösteten sie sich nur des Glaubens, das Schreckbild der deutschen Einheit werde nie ins Leben treten, sie gewöhnten sich während der langen Epoche preußischer Unentschlossenheit die Macht Preußens zu unterschätzen, und nun, da Preußens Fahnen am Neckar und an den Karpathen flattern, geht ein schier komischer Schrecken durch das Ausland: man weiß solche Erfolge nur durch ein Wunder, durch die Zauberkraft der Zündnadel zu erklären. In England und Italien schlägt allmählich die Einsicht durch, daß Deutschlands Einheit eine heilsame Nothwendigkeit ist; alle anderen Völker schauen mißtrauisch auf die neue Macht, die bei uns emporsteigt. Unsere Politik hat guten Grund, ebenso vorsichtig als kühn zu verfahren; namentlich Frankreich gegenüber ist Vorsicht geboten.

Die Haltung des Kaisers Napoleon beim Beginne des deutschen Krieges hat ihm neuen Anspruch auf den Namen eines großen Staatsmannes gegeben. Er kennt die mannichfache innere Verwandtschaft der beiden demokratischen Militärmächte Preußen und Frankreich, er wünscht ein starkes wohlarrondirtes Preußen als einen sicheren Verbündeten, und dem Emporkömmlinge muß das Entstehen neuer illegitimer Throne neben dem seinen willkommen sein. Schon in seinen Jugendschriften wirft er dem preußischen Staate vor, daß dieser die wohlwollenden Absichten seines Oheims mißkannt habe — als ob die Herrschsucht Napoleons I. eine wirkliche Großmacht neben sich hätte dulden können. Gleichviel, der Kaiser, bewunderungswürdig klar und sicher in seiner eigenen Politik, doch ein Phantast in seiner abgöttischen Verehrung gegen Cäsar und Napoleon I., wähnt durch die verständige Begünstigung der preußischen Macht in der That eine altnapoleonische Idee zu verwirklichen. Aber Größeres als die Einigung von Norddeutschland will er nicht dulden, und wenn er es wollte, so würde seine Nation ihre Stimme dawider erheben. Uns kommt zu gute, daß des Kaisers eigene Feinde, Orleanisten und Clericale, heute am lautesten wider „die neuen Kroaten Friedrichs des Großen“ toben. Dennoch ist die Mißgunst gegen Preußens Kräftigung unleugbar die in Frankreich vorherrschende Gesinnung. Eine mit Recht auf ihren Kriegsruhm stolze Nation kann es nicht gelassen hinnehmen, wenn die Welt plötzlich die Frage erhebt: ist Euer Heer wirklich noch das erste der Welt? Vergeblich versuchen die kaiserlichen Blätter zu beschwichtigen, indem sie versichern, das geeinte Norddeutschland sei schwächer als das Siebzigmillionenreich der Mitte, welches bisher — nur in der Einbildung bestanden hat. So armselige Sophismen finden nirgends Glauben; das Machtverhältniß auf dem Continente ist in der That zu unseren Gunsten verschoben. Nicht blos die Bekenner jener altfranzösischen Politik, welche Frankreichs Größe in der Schwäche der Nachbarn suchte, auch ein guter Theil der freier gesinnten Jugend schaut mit Unmuth, wie der Sieger von Waterloo Frankreichs alte Bundesgenossen unterwirft. Der gebildete Franzose kennt von unserem Lande nur den Süden; Preußen gilt ihm als eine mehr russische denn deutsche Macht. Die Lehre von dem sogenannten reinen Deutschland ist in Frankreich populär seit den Tagen des Rheinbundes; sie drang tiefer in das Volk, als Börne und seine Genossen von Paris aus die Doctrinen des süddeutschen Radicalismus verbreiteten, und eine starke Einwanderung von zumeist süddeutschen Gewerbtreibenden in die französischen Städte zog. Die Macht dieser populären Vorurtheile, die unsterbliche nationale Sehnsucht nach der Rheingrenze, der bittere Haß der ultramontanen Hofpartei wider den norddeutschen

Staat — das Alles drängt beirrend auf die Mäßigung des Kaisers ein. Die Gefahr ist größer, näher, als unsere Presse wähnt. Es ist heute kein Geheimniß mehr, daß der Kaiser oft geschwankt hat und kaum im Stande war, dem Drängen der nationalen Scheelsucht zu widerstehen. Mehrmals scheint seine gewohnte Kaltblütigkeit einer nervösen Aufregung gewichen zu sein; es bleibt eine widerwärtige, warnende Erinnerung, daß man auch nur in leisen Andeutungen versuchen konnte, die Sieger von Königgrätz ebenso zu behandeln wie das durch Frankreichs Hilfe gerettete Italien. Graf Bismarck hat seinen jüngsten diplomatischen Feldzug mit bewunderungswürdiger Kühnheit geführt; der Vorwurf des Kleinmuthes trifft ihn nicht. Die Regierung muß zwingende Gründe gehabt haben, wenn sie versprochen hat, das Gebiet ihrer unmittelbaren Herrschaft nicht über den Main auszudehnen. Und daß Versicherungen solcher Art den fremden Cabinetten in der That gegeben worden sind, das geht aus der Haltung der officiellen Blätter, aus der gesammten Sachlage unzweifelhaft hervor.

In großen nationalen Krisen gelten internationale Vereinbarungen wenig. Wir wären berechtigt, den Fremden unser Wort zu brechen und auf die Gefahr eines europäischen Krieges den Süden in unseren Bundesstaat aufzunehmen, wenn nur dies Unternehmen auf die wirksame Unterstützung der Süddeutschen rechnen und dem Vaterlande eine Verstärkung seiner Macht bringen könnte. Doch Keines von Beiden ist der Fall. Nicht wir haben die weite Kluft gegraben, welche heute den Süden von dem Norden trennt, nicht erst von gestern stammt jener particularistische Haß gegen den Norden, der in diesem Kriege so schrecklich sich offenbarte. Seit langen Jahren, vornehmlich in den beiden letzten Jahrzehnten, seit der Schwerpunkt unserer Politik und Volkswirthschaft sich nach dem Norden verschoben hat, wurden die alten landschaftlichen Vorurtheile künstlich gepflegt durch die Ultramontanen, durch eine größtentheils ungebildete und pflichtvergessene Presse und durch die von oben her verderbte Volkserziehung. In Altbayern wußte man den Ketzerhaß, in Baden die traurigen Ereignisse des Jahres 1849 vortrefflich auszubeuten. Selbst in die harmlosen Kreise der Jugend ist diese widerwärtige Gesinnung gedrungen; auf der Tübinger Universität standen vor wenigen Jahren, und vermuthlich noch heute, die norddeutschen Studenten ganz isolirt unter den schwäbischen Commilitonen — eine Erscheinung, die auf jeder norddeutschen Hochschule rein unmöglich wäre. Wer je im Süden Politik und deutsche Geschichte gelehrt hat, der weiß, wie schwer diese Welt verhärteter Vorurtheile sich bekämpfen läßt: die Hörer, im Uebrigen wohlgesinnt, erscheinen doch mit dem festen Vorsatze, Alles für falsch oder übertrieben

zu halten, was zum Lobe des Nordens gesagt wird. Sind solche tief eingewurzelte Gesinnungen wirklich durch den deutschen Krieg mit Einem Schlage zerstört worden? Gewiß, die unnatürliche Aufregung ist verflogen, der Clerus und die Demagogen reden mit gedämpfter Stimme. Da und dort hat die Abtretung Venetiens einen ehrlichen Patrioten aufgeklärt über Oesterreichs deutsche Politik, und alltäglich erhalten wir Briefe süddeutscher Freunde voll bitterer Klagen, warum man sie ausschließen wolle aus dem Staate der deutschen Nation. Die Ueberhebung ist der Angst und Niedergeschlagenheit gewichen, zahlreiche Adressen erbitten den Frieden, und in der Nachbarschaft des Maines hat die Sorge um den bedrohten Verkehr sogar eine lebhafte Agitation gegen die Mainlinie hervorgerufen. Jedoch wir haben in den jüngsten Jahren eine unselige Fertigkeit erlangt im Abfassen werthloser Adressen; es ist rathsam, näher zu prüfen, ob klare Einsicht, feste Entschließung hinter diesen populären Kundgebungen sich verbirgt.

In Baden haben Preußens Siege einem edlen Fürsten die Freiheit des Entschlusses, dem Lande eine treffliche Regierung gegeben. Das Ministerium Mathy-Jolly enthält die tüchtigsten politischen Kräfte, über welche das Land augenblicklich verfügt; es wird, wie wir nach seinen ersten energischen Schritten hoffen, den in Deutschland noch niemals geführten Beweis liefern, daß auch die Liberalen zu regieren verstehen, und den treuen Anschluß an Preußen als unverbrüchlichen Grundsatz hinstellen. Aber fragt man, wie viele zuverlässige, entschiedene Anhänger dies Regierungsprogramm zählt, so erwidern wir: in Freiburg zwölf Männer und acht Frauen, in Heidelberg vierzig, in Karlsruhe sechzig Personen u. s. f. Der populärste Politiker des Landes ist nach wie vor dem Kriege Herr Lamey; jene nebelhafte großdeutsche Gefühlsseligkeit, welche sich in diesem Kopfe mit einem treuherzigen Liberalismus verbindet, entspricht durchaus der Gesinnung der Massen. Ueber die Stimmung der Schwaben darf die verständige Haltung des Schwäbischen Mercurs Niemanden täuschen. Das Blatt verstand von jeher die Kunst den Schwaben unentbehrlich zu bleiben, obgleich seine Ansichten über die deutsche Politik nur von einer winzigen Minderzahl der Landsleute getheilt wurden. Die jüngste Versammlung der württembergischen Abgeordneten hat den Antrag auf Anschluß an den Norden verworfen, und in der Hauptstadt führen die Helden der Frankfurter Presse zur Freude des Publikums den Kampf gegen Preußen in der alten Weise. In Bayern hat die werkthätige nationale Gesinnung seit dem Jahre 1849 entschieden abgenommen. Während damals ein großer Theil des Volkes, selbst in Altbayern, die Annahme der Reichsverfassung wünschte, ist die bayrische Fortschrittspartei während der

jüngsten Jahre mehr und mehr dem Particularismus verfallen; ihr Erlanger Verein war der festeste Außenposten des Augustenburgers. Die gewundenen Erklärungen, womit die Presse der alten brandenburgischen Markgrafschaften den Einzug der preußischen Truppen begrüßte, sind ein trauriges Symptom tiefer politischer Abspannung. Vor sechs Jahren erst feierte Baireuth das fünfzigjährige Jubelfest des Tages, da das Haus Wittelsbach zum Lohne für treue Rheinbundsdienste die Landschaft aus Napoleons Hand empfing. Der Segen der preußischen Herrschaft lebt nur noch in der Erinnerung weniger Greise; das Land würde heute mit Gelassenheit unter die preußische Herrschaft zurückkehren und mit derselben Gemüthsruhe bei Bayern verbleiben. Unter den Altbayern dagegen kann sich das Haus Wittelsbach jederzeit eine deutsche Vendee schaffen. Allerorten im Süden leben einzelne hochherzige Patrioten, die wir schwer vermissen werden in unserem Parlamente. Doch der Masse liegen die großen Erschütterungen, welche den Norden umgestalteten, sehr fern. Man ahnt kaum, daß die Machtfrage unserer Zukunft entschieden ist, daß die Civilisation und das deutsche Volksthum auf den böhmischen Schlachtfeldern triumphirte. Man erklärt die ungeheure Umwälzung aus der Laune des Glücks und späht begierig nach jedem kleinsten Flecken, der den blanken Schild der preußischen Waffenehre verunziert. Jede Ungezogenheit eines preußischen Lieutenants gegen einen Frankfurter Ladendiener genügt, den Mißlaunigen Zweifel an Preußens Lebenskraft zu erregen; die Vorstellung, daß Preußen die Aufgabe habe sich durch Artigkeit die Sympathien des souveränen süddeutschen Volkes zu erwerben, ist noch immer unausrottbar. Mit kurzen Worten, ein festes, klares, leidenschaftliches Verlangen nach Vereinigung mit dem Norden, stark genug um widerstrebende Regierungen fortzureißen, besteht im Süden noch nicht. Das Volk ließ sich halb willig halb wider Willen von seinen Höfen auf die Schlachtbank führen, und auch nach dem Kriege wird die Haltung des Südens vorderhand durch die Cabinette bestimmt werden. Es ist möglich, obwohl sehr unsicher, daß das Ministerium Mathy den Eintritt Badens in den nordischen Bund durchsetzt. In Stuttgart und München treiben die Herren v. Varnbüler und v. d. Pfordten nach wie vor ihr Wesen. Wenn dieser Bruderkrieg nicht in einen Kampf bis zum Messer ausgeartet ist, so danken wir dies lediglich der Schwäche, der Unfähigkeit dieser Höfe; an bösem Willen gebrach es wahrlich nicht, davon gab noch jüngst die Stiftung eines neuen bayrischen Ordens — für einen solchen Krieg! — ein Zeugniß. Wenn Preußen sie in den nordischen Bund zwängen will, so werden beide Höfe unbedenklich die Hülfe des Auslandes anrufen, und

— ihr Volk und Heer wird ihnen gemächlich in das fremde Bündniß folgen.

Das Alles ist unsäglich traurig. Bei solcher Stimmung der Nation im Süden ist die Krone Preußen gezwungen, zu verfahren wie einst Piemont in Italien, die deutsche Artischocke blattweise zu verzehren. Auch eine schrittweise vorgehende nationale Einigung kann allzu schnell erfolgen, das hat dieser an Enttäuschungen überreiche Sommer genugsam gelehrt. Die rasche Annexion von Unteritalien war eine Nothwendigkeit, aber eine traurige Nothwendigkeit; die Energie der Verwaltung, die Kraft der Finanzen und des Heeres hat dabei Einbußen erlitten, welche durch die Gluth der nationalen Leidenschaft der Italiener nicht aufgewogen werden. Kein anderer Krieg der Geschichte zeigt handgreiflicher den unschätzbaren Werth einer festen, straffen politischen Organisation. Darum können wir die sofortige Verschmelzung mit unserem Süden, selbst wenn sie möglich wäre, nicht einmal wünschen. Das Wehegeschrei über die Mainlinie wird nicht blos von ehrlichen Patrioten mit heißem Kopf und heißem Herzen erhoben; auch eine längst nicht mehr zweideutige Gesellschaft stimmt mit ein. Jene bornirten Legitimisten, welche ihre reactionäre Gesinnung hinter demokratischen Phrasen zu verbergen wissen, die Organe des Hauses Cotta schwärmen heute für das eine Deutschland unter der einen Centralgewalt. Sie geben abermals die alten abgestandenen Lehren von der in einer höheren Einheit aufzuhebenden Mannichfaltigkeit der Stämme zum Besten, sie erklären die Verschmelzung von Süd und Nord für das sicherste Mittel „gegen Bismarck zu protestiren“ und lassen deutlich durchblicken, daß sie uns die Losreißung von Oesterreich nie verzeihen werden. Aehnlich redet der Radicalismus, der von dem goldenen Kalbe der Reichsverfassung sich nicht trennen kann. „Lieber gar nichts als eine Lumperei!“ rief neulich einer seiner Führer. Also die Verbindung des größten Theiles von Deutschland zu einem mächtigen Staate, mit der sicheren Aussicht auch den Rest zur rechten Stunde zu gewinnen — diese welthistorische Erscheinung, unerhört in den Annalen unseres Volkes, gilt diesen Herren bereits als eine Lumperei! Wahrlich, solcher Uebermuth wäre frevelhaft, wenn er nicht so gar kindisch wäre, wenn wir nicht wüßten, daß die deutsche „Actionspartei“ nicht über den tausendsten Theil jener revolutionären Kräfte gebietet, welche der italienischen Actionspartei allerdings ein Recht geben zu verwegenen Forderungen. Nein, wir müssen uns bescheiden für den Augenblick, um in der Zukunft ein stolzeres Ziel zu erreichen. Die Geschichte der jüngsten Monate ist über die Reichsverfassung hinaus geschritten, wir gehen dem Einheitsstaate entgegen. Wir sind im Stande, die Kleinstaaten des Nordens schon jetzt

einer so starken Centralgewalt unterzuordnen, daß der Uebergang zur einfachen Monarchie nur noch eine Frage der Zeit wird. Der Beitritt des Südens müßte erkauft werden durch eine lose föderative Verfassung. Unsere chaotischen Zustände bedürfen einer starken Regierung; es ist nicht an der Zeit, gegen den Mann zu protestiren, der den heroischen Entschluß fand uns von Oesterreich zu befreien. Das deutsche Parlament wäre von Haus aus verdorben, wenn neben den preußischen Demokraten und den Particularisten aus Sachsen und Hannover auch noch die Vertreter des Südens die Reihen der Opposition verstärkten. Jenes begabte Geschlecht von Politikern, das der Süden in die Paulskirche schickte, ist bis auf Wenige dahingegangen, und der junge Nachwuchs hat mit den neuen Männern des Nordens nicht gleichen Schritt gehalten. Die Mehrzahl der süddeutschen Abgeordneten würde particularistischen, ultramontanen, radicalen Bestrebungen huldigen.

Keine Frage, den neuen süddeutschen Staatenbund erwarten zunächst sehr widerwärtige Verhältnisse. Der deutsche Krieg ist von oben begonnen worden; wir müssen uns darein ergeben, auch die Schattenseiten dynastischer Politik abermals kennen zu lernen. Rücksichten gegen einzelne fürstliche Personen und vornehmlich auf das mit den meisten deutschen Höfen verschwägerte Rußland werden eine Rolle spielen bei der neuen Ländervertheilung. Entschädigt man den Großherzog von Hessen für das verlorene Oberhessen durch bayrisches Gebiet, so werden sich die Einwohner nimmermehr an die neue Herrschaft gewöhnen. Der Kriegs-Bund der süddeutschen Höfe, durch schnöde dynastische Selbstsucht geschlossen, ist durch dieselbe Selbstsucht gelöst worden; ein ehrliches freundnachbarliches Verhältniß zwischen ungetreuen Waffengefährten steht nicht in Aussicht. Bayern hat seine kopflose Politik durch eine nicht minder kopflose Kriegführung gekrönt; wir hoffen, das Haus Wittelsbach werde einige Gebietsverluste erleiden und die Führung im Süden, die man ihm früher zudachte, nicht erlangen. Doch gleichviel ob gleichberechtigt oder unter Bayerns Hegemonie, die süddeutschen Höfe müssen sich bald gegenseitig zur Last fallen und dem preußischen Cabinet überreiche Gelegenheit zu wohlwollender Vermittelung bieten. Zudem wird im Volke von Monat zu Monat die Erkenntniß wachsen, daß die kleinen Souveränitäten, die schon im Jahre 1848 einem gelinden Drucke kaum zu widerstehen vermochten, von den Schlägen des deutschen Krieges sich nie mehr erholen können. Der Feldzug der Mainarmee bildet ein würdiges Seitenstück zu der Schlacht von Roßbach, obgleich die süddeutschen Soldaten sich heute tapferer schlugen als damals ihre Väter. Daß der zwölfte Theil des preußischen Heeres die gesammte bewaffnete Macht von Süddeutschland

Schlag auf Schlag werfen konnte, das erklärt sich nicht allein aus dem Feldherrntalente des Generals Falkenstein, sondern aus der unverbesserlichen Unfähigkeit der Kleinstaaterei. Und da der vielverhöhnte preußische Kamaschendienst, der gerade den braven süddeutschen Truppen zum Segen gereichen müßte, vorderhand am Main Halt machen wird, so wird auch die kriegerische Kraft des Südens sich schwerlich tüchtig gestalten. Kurz, die Bayern, Schwaben, Franken, die uns Hermann Lingg kürzlich als die Ur- und Kernstämme deutscher Nation besang, werden leider, leider den ganzen Jammer des alten Bundestagsregimentes noch einmal durchzukosten haben.

Indeß der unholde Uebergangszustand muß ertragen werden, und wir haben zum Mindesten die Beruhigung, daß der Süden der Herrschaft Oesterreichs nicht wieder verfallen kann. Der Anschluß an Oesterreich ist rechtlich unmöglich, da der zweite Artikel der Friedenspräliminarien ihn verbietet, und er wird thatsächlich verhindert durch die Zerrüttung des Donaureichs. Wir wähnten, mit jenem beispiellosen Lügensysteme vor dem Kriege habe die Presse Oesterreichs den Höhepunkt der Corruption erreicht. Die Haltung der Wiener Blätter nach der Abtretung Venetiens hat uns eines Anderen belehrt. Es ist nicht möglich, schamloser das erbauliche Thema zu variiren: „wir haben eine Unwürdigkeit umsonst begangen"; und dieselben Blätter, die vor vier Wochen jeden „Gothaer" als einen Verräther und Schurken verfolgten, erklären heute einstimmig, das Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde sei ein Glück für Oesterreich. Tolle Beschuldigungen des Verraths, der Bestechung sind in Aller Munde; das Volk verzweifelt an der Redlichkeit seiner Leiter. Der Bankrott rückt näher und näher; die tapfere Armee knirscht über die schimpfliche Preisgebung Venetiens. Die ungarische Actionspartei hat zwar, wie die Polen während des Krimkrieges, einen unersetzlichen Augenblick versäumt; daß sie auf die Dauer rasten sollte, ist nicht wahrscheinlich. Indessen zieht der lothringische Despotismus die Zügel um so straffer an; in dem Augenblicke, da der Krieg zu Ende geht, wird der Belagerungszustand über Niederösterreich verhängt. Das gedemüthigte Kaiserreich treibt einer unberechenbaren Verwirrung entgegen, darin nur zwei Dinge feststehen: die unversöhnliche Feindschaft gegen Deutschland und die Unfähigkeit des Reiches, in den nächsten Jahren große auswärtige Politik zu treiben.

Während dergestalt die österreichischen Neigungen der Höfe des Südens an dem Verfalle des Donaureiches ihre Schranke finden, verbleiben dem Norden mächtige Waffen, um den Süden von einer völligen Trennung zurückzuhalten, vor Allem der Zollverein. Nur die Form des Zollvereins wird hinfällig mit dem alten Bunde. Nicht kündbare Staatsverträge,

sondern bindende Beschlüsse der Centralgewalt und des Parlaments werden fortan unsere Handelsgesetzgebung regeln; ein freihändlerischer Tarif ist über kurz oder lang unvermeidlich, und der Süden wird gern oder ungern seine schutzzöllnerischen Neigungen überwinden, der Handelspolitik des Nordens sich fügen müssen. Wohl verlangen einzelne Eiferer eine Zolllinie am Main, auf daß der Süden durch die bittere Noth gezwungen werde sich dem Norden zu unterwerfen. Wir aber meinen, ein so gehässiges Verfahren werde die Erbitterung der Gemüther im Süden verstärken und unserem eigenen Gewerbfleiße, namentlich dem rheinischen, der einen weiten Markt im Süden findet, schwere Wunden schlagen. Preußen ist nunmehr die einzige deutsche Macht; ihm steht es nicht an, das beste Werk seiner eigenen nationalen Politik, die deutsche Verkehrsfreiheit, zu zerstören. Auch das politische Band zwischen Nord und Süd wird keineswegs vollständig gelöst werden. Die Friedenspräliminarien behalten ausdrücklich Verhandlungen vor über die „nationale Verbindung“ zwischen dem nordischen und dem südlichen Bunde. Das will sagen: der einzige reale Vortheil, welchen die alte Bundesverfassung gewährte — die rechtliche Anerkennung einer deutschen Nation, die rechtliche Sicherung gegen die Einmischung des Auslandes — wird unserem Vaterlande auch in den neuen unfertigen Zuständen gewahrt bleiben. Der Main bildet in keiner Hinsicht eine natürliche Grenze. Oberhessen, Frankfurt, Nassau und hoffentlich auch Baireuth werden an Preußen fallen, und sind doch unzweifelhaft süddeutsche Landschaften. Gerade diese Grenzlande des norddeutschen Bundes werden sehr rasch emporblühen; selbst der Stadt Frankfurt, die hart gezüchtigt ward und noch manche Einbuße erleiden wird, sobald sie aufhört der Geldmarkt der Guldenländer zu sein, wagen wir eine Zeit neuen, dauerhaften Glanzes unter der preußischen Krone vorherzusagen. Wenn dieses neue Gedeihen sich erst entfaltet und die Erbitterung im Süden sich beschwichtigt, dann wird eine Naturgewalt, die stärker ist als der Neid der Fremden und der böse Wille der süddeutschen Höfe, unfehlbar zur vollständigen Verschmelzung der Glieder Eines Volkes führen. Wann diese Verschmelzung sich vollzieht, das hängt wesentlich ab von der Festigkeit und Weisheit der Verfassung, welche der Norden sich giebt. —

Für die Länder nördlich des Maines befolgt Graf Bismarck, so viel wir sehen, den Grundsatz: Unterordnung der treuen Bundesgenossen unter Preußens militärisch-diplomatische Führung und gänzliche Beseitigung der feindlichen Fürsten. Der Grundsatz rechtfertigt sich von selbst; denn ist ein Bundesstaat von Monarchien an sich schwer durchführbar, so wird er schlechthin unmöglich, wenn nicht ein bescheidenes Maß von ehrlicher eid-

genössischer Gesinnung an den verbündeten Höfen vorhanden ist. Nur das Königreich Sachsen hat man von dieser Regel ausgenommen, ohne Zweifel aus unabweisbaren Rücksichten der europäischen Politik, aber ebenso gewiß zum Unheil für das kleine Land. Die Pflicht Trivialitäten zu sagen ist unter allen Aufgaben des Publicisten die widerwärtigste. Wir müssen erinnern an die platte Wahrheit, daß Niemand zweien Herren dienen kann, am wenigsten, wenn die Beiden sich mit einander raufen. Nichtswürdige, schlechthin unmögliche Zustände werden entstehen, sobald der Hof nach Dresden zurückkehrt; einem gebornen Sachsen blutet das Herz bei der Frage, warum seine schöne Heimath dazu verdammt werden soll — im buchstäblichen Sinne, nicht im Sinne unserer Festredner — jahrelang das Schmerzenskind der deutschen Nation zu sein. Die Besetzung des Landes durch preußische Truppen kann nicht aufhören; und wie läßt sich, nach Allem was geschehen, eine preußische Garnison in der Residenz der Albertiner auch nur denken? Die sächsischen Truppen werden eine Division des norddeutschen Heeres bilden und können, so lange es eine albertinische Krone giebt, niemals in sächsische Standquartiere verlegt werden. Die Stimmung der tapferen, seit Jahren gegen Preußen aufgehetzten, jetzt durch das Unglück verbitterten Armee ist leicht zu errathen; ja, wenn wir gedenken, wie die Verblendung des Hofes viermal binnen funfzig Jahren, bei Großbeeren, bei Leipzig, bei Lüttich, bei Rendsburg, ein tragisches Geschick über die beklagenswerthen Truppen verhängte, so können wir uns banger Ahnungen nicht erwehren. Und welch' ein unablässiger innerer Krieg wird das Land heimsuchen. Nicht ein Schimmer der Selbsterkenntniß ist seit der Preisgebung des Landes in die Hofkreise gedrungen. Der Waffentüchtigkeit des Heeres, nicht der Verwendung des Auslandes schreibt man die Herstellung des Hofes zu; der Glaube an die Unsterblichkeit des Königreichs ist durch die jüngsten Niederlagen neu gestärkt. Als in Dresden Einiges über die wahrscheinliche Rückkehr des Königs verlautete, war das erste Geschäft der Behörden — die Listen der Preußenfreunde zusammenzustellen, vornehmlich jener Beamten, welche unziemliche Freude über die Siege in Böhmen geäußert haben. Wir erhalten diese Nachricht aus sicherer Hand und sind darauf gefaßt, daß die Organe der sächsischen Landescommission die Thatsache mit gewohnter Schamlosigkeit ableugnen werden. Nach der Schlacht von Jena empfingen die Albertiner die Königskrone aus Napoleon's Hand, und die Universität Leipzig begrüßte dies gesegnete Ereigniß mit dem Hochgesange: „gerettet ist das Vaterland". Gestattet man dieser Rheinbundskrone heute, nach zwei Menschenaltern, eine fröhliche Auferstehung, läßt man ihrem durch und durch servilen Beamtenthume freie Hand gegen jede Regung der

deutschen Vaterlandsliebe, so wird eine solche Versumpfung des öffentlichen Geistes entstehen, daß wir uns nach der vaterlandslosen Gesinnung jener napoleonischen Tage wie nach einem Zeitalter patriarchalischer Unschuld zurücksehnen möchten. Und solchen Zustand soll das unglückliche Land sich erkaufen durch schwere Opfer, durch die Zahlung der Kriegskosten! Man sollte meinen, sogar die plumpe Selbstsucht des Philisters müßte sich durch ein gemeines Rechenexempel davon überzeugen, daß die Wiederkehr des Hofes der Ruin des Landes sein wird. Aber zu tief ist der Schlummer, der seit dem Fieberrausche des Mai 1849 auf den Geistern lastet. Die Menge wiegt sich noch in der Hoffnung, daß das alte Stillleben unter der souveränen Krone wiederkehren müsse. Nur wenige sächsische Blätter werden in dieser großen Zeit wagen, was die Flensburger Norddeutsche Zeitung in kleiner Zeit unter ungleich ungünstigeren Aussichten gewagt hat. Selbst der einzige gesetzlich unanfechtbare Schritt, welcher der annexionistischen Partei freisteht, die direkte Bitte an den König Johann, wird nicht versucht werden. So fällt dem preußischen Landtage und dem deutschen Parlamente die Pflicht zu, der Krone zu sagen, daß es nicht angeht Feuer und Wasser zu mischen, und daß die Theilung Sachsens allein gesühnt werden kann durch die Wiedervereinigung. Doch unsere letzte, beste Hoffnung bleibt das alte Glück des Grafen Bismarck: die Verblendung seiner Gegner. Wir bezweifeln, ob das Haus Wettin auf die Bedingungen eingehen wird, von welchen Preußen nicht ablassen kann. Dann würde jetzt geschehen, was sonst nach einigen Jahren voll verderblicher Reibungen doch erfolgen muß. Keines der occupirten Länder wird, wenn der Würfel einmal gefallen, schneller mit den alten preußischen Provinzen verschmelzen als das Königreich Sachsen. In dem schmiegsamen Wesen des obersächsischen Stammes liegt zugleich eine unverwüstliche elastische Kraft, eine seltene Fähigkeit sich in neue Verhältnisse zu schicken.

Glücklicher stehen die Dinge in den übrigen occupirten Staaten. Das großmüthige Mitleid mit dem Welfenhofe, das in Berlin auf Augenblicke erwachte, scheint verflogen vor der einfachen Erwägung, daß die Einsetzung eines Königs der Lüneburger Heide nur eine Wiederholung des schwergebüßten Fehlers von 1815 sein würde. Man scheint entschlossen das Unvermeidliche sogleich zu thun. In Ostfriesland regt sich tapfer die alte Preußentreue. Mannichfache Adressen und Flugschriften aus Hannover, Kurhessen, Nassau (aus Hannover u. A. drei trefflich geschriebene Blätter: „Preußen und Hannover," „Hannover unter eignen Königen" und „Welfisch oder Deutsch?") bezeugen, daß die Erkenntniß des Nothwendigen vorschreitet. Selbst in der hannoverschen Armee werden

Stimmen des Unmuths laut über die Richtigkeit einer Politik, welche diese braven Truppen dreimal binnen hundert Jahren zur Capitulation gezwungen hat. Trotzdem wird die Einverleibung bedeutende Hemmnisse überwinden müssen. Einzelne hannoversche Offiziere sind unter Bruch des Ehrenworts zur Reichsarmee durchgeschlichen, und die Wühlereien, welche sich das welfische Beamtenthum wider die nachsichtige preußische Verwaltung erlaubt, müßten sehr ernste Besorgnisse erregen, wenn nicht Jedermann wüßte, wie charakterlos die kleinstaatliche Bureaukratie vollendeten Thatsachen gegenüber sich zu zeigen pflegt. Die kurhessische Verfassung ist in langen harten Kämpfen dem Volke lieb geworden; daher wird dort auch unter den helleren politischen Köpfen vielfach der Wunsch nach Personalunion geäußert. Jedoch liegt auf der Hand, daß eine Personalunion zwischen fünf oder sechs Staaten als dauernder Zustand ein Ding der Unmöglichkeit ist und sogar die politische Freiheit schädigen muß, da die Verfassung eines Kleinstaats der mächtigen Krone Preußen sehr schutzlos gegenüber stehen würde. Das alterprobte Mittel, das schon so viele verfeindete deutsche Stämme in treue Genossen Eines Staats verwandelt hat, wird auch diesmal sich bewähren: Einverleibung in den preußischen Staat, gemeinsame Gesetzgebung, gleiche Wehrpflicht, allmähliche Ausgleichung der Besteuerung. Nur als ein kurzer Uebergangszustand mag die Personalunion vielleicht räthlich sein, damit die Landtage der besetzten Länder die Gelegenheit erhalten, bei der Organisation mitzuwirken. Eine Fülle eigenthümlicher Institutionen wird den neuen Provinzen, wie den alten, gewahrt bleiben; in Hannover legt man besonderen Werth auf die Amtsvertretungen, die Schöffengerichte, die Deichordnung, in Schleswig-Holstein auf das strenge Lutherthum der Landeskirche. Die Mannichfaltigkeit des deutschen Volkslebens ist so unübersehbar, daß selbst napoleonische Präfecten, welche Preußen niemals anstellen wird, nicht im Stande wären, dasselbe zu uniformiren. Das verstärkte Preußen wird in der weiten Welt beneidet werden, als der Großstaat, der innerhalb eines einigen Volksthums den reichsten Schatz provinzieller Selbständigkeit und Eigenart besitzt.

Die Organisation der neuerworbenen Provinzen scheint uns für die nächste Zukunft die dankbarste Aufgabe der preußischen Politik. Geringere Erwartungen hegen wir von dem deutschen Parlamente. Ein Reichstag, der neben 25 Millionen Preußen nur 5 Millionen Nichtpreußen vertritt, erscheint neben dem preußischen Landtage fast nur wie ein weiterer Reichsrath; und jener Geist des Cäsarismus, der leider von Anbeginn über dieser Revolution gewaltet hat, wird sicher nicht alsbald einem parlamentarischen Geiste weichen. Nach dem ganzen Verlaufe dieses Krieges darf

das Parlament nicht hoffen, sogleich die herrschende Macht im Norden zu werden, aber es kann im Anschluß an eine starke Regierung ein wirksames Mittel sein, die begonnene Einheitsbewegung weiterzuführen. Ueber die unerläßlichen Abänderungen des preußischen Projects vom 10. Juni kann kein ernstlicher Streit obwalten. Ein Bundestag, wie ihn jenes Project noch zuließ, ist heute unmöglich; wir bedürfen einer monarchischen Spitze, allenfalls mit einem Reichsrathe, der die verbündeten Fürsten vertritt. Auch über die Attribute der Reichsgewalt besteht im Norden erfreuliche Uebereinstimmung, wie die Verhandlungen des volkswirthschaftlichen Congresses beweisen. Die Centralgewalt muß auch finanziell unabhängig sein von den Einzelstaaten, sie muß ihre eigenen Einnahmequellen besitzen. Die wichtigste, alles Andere verdunkelnde, Aufgabe des Parlaments bleibt aber die Gründung des norddeutschen Heeres. Ueber's Jahr, sobald die französische Armee mit Hinterladungsgewehren ausgerüstet ist, wird es sich zeigen, ob die Weisheit Napoleon's III. stark genug ist, den herrschsüchtigen Leidenschaften seiner Nation die Stange zu halten. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird die deutsche Einheit durch einen europäischen Krieg ihre Bluttaufe empfangen; für diesen Fall müssen wir über ein norddeutsches Heer von 800,000 Mann gebieten. —

Inzwischen ist der Landtag eröffnet worden, und die Thronrede berechtigt zu der Hoffnung, daß auch für Preußens inneres Leben eine neue, bessere Zeit beginnen werde. Es waren erhebende Worte, würdig eines Siegers. In wenigen auspruchslosen Sätzen wird der mächtigen Waffenerfolge gedacht. Die Regierung bekennt, daß sie durch die budgetlose Verwaltung die Verfassung verletzt habe, sie rechtfertigt den Fehler mit Gründen der Staatswohlfahrt, welche nach den jüngsten Erlebnissen auch dem erbitterten Gegner nicht mehr frivol erscheinen können, sie verspricht um Indemnität nachzusuchen für das Geschehene und verweist mit gerechter Befriedigung auf die glückliche Lage der Finanzen nach solcher Anspannung aller Kräfte. Aus jedem Worte spricht der Wunsch, daß der alte Hader für immer aus der Welt geschafft werde und alle Parteien der Krone auf den neuen Bahnen einer großen deutschen Politik folgen.

Werden diese hochherzigen königlichen Worte auf einen dankbaren Boden fallen? Wird jene gehobene Stimmung vaterländischen Stolzes, die nach der Kunde von Königgrätz Millionen Herzen in freudiger Dankbarkeit vereinte, anhalten? Oder soll die große Zeit kleine Menschen finden und der alte Zank von Neuem beginnen? Der böhmische Feldzug hat einen radicalen Umschwung des deutschen Staatslebens gebracht; Niemand steht zu hoch um von solcher Zeit zu lernen. Es thut noth, daß die Opposition sich selber ehrlich eingestehe, wie viel Kleinheit, Ver-

kehrtheit, Uebertreibung sich in ihre Taktik eingeschlichen, wie oft sie über der Partei den Staat, über dem politischen Gegner den Mann und Landsmann vergessen hat. Sie wollte zwischen Himmel und Erde nichts sehen denn den Verfassungsconflict und schilderte darum den Staat als zerrüttet, als krank auf den Tod. Und heute? Ein geistreicher Staatslehrer nennt den Krieg das examen rigorosum der Staaten. Das Wort ist in solcher Allgemeinheit falsch, denn grade verfallende Völker bewahren oft in der Kriegstüchtigkeit ihrer Söldnerheere den letzten Rest der alten nationalen Kraft; aber es trifft in vollem Maße zu auf solche Staaten, deren Heer das Volk in Waffen ist. Ein Staat, der einen Krieg führt, wie jener böhmische, mag an manchen Gebrechen leiden; schwer krank ist er nicht. — „Wir bestreben uns immer mehr Deutsche zu werden, immer weniger Preußen zu sein“ — lautete vor Kurzem noch ein Lieblingswort der Fortschrittspartei. Wer hat den Muth dies Wort heute noch zu wiederholen? Kein anderes Ereigniß seit der Verleihung der Verfassung hat in Preußen die lebendige Staatsgesinnung, das Bewußtsein des Zusammengehörens so mächtig gehoben wie dieser deutsche Krieg. Der Soldat vom Rheine, der in Noth und Tod neben dem Märker gestanden hat, weiß jetzt erst ganz, welchen Schatz er an seinem Staate besitzt. Und auch die Männer der Opposition werden endlich begreifen, daß ein Gegensatz von Preußenthum und Deutschthum nicht besteht, sondern daß die Preußen die einzigen Deutschen sind, welche das Glück haben, einem Staate anzugehören, und den Beruf, die anderen Landsleute desselben Segens theilhaftig zu machen.

In der Erbitterung des Parteikampfes hat man oft nicht blos die schweren Lasten bekämpft, welche die Armeereorganisation der Volkswirthschaft auflegte; man hat auch die technische Brauchbarkeit einer Reform bekämpft, deren glänzende militärische Ergebnisse heute vor Jedermanns Augen liegen. Man hat mit fanatischer Uebertreibung jeden bedauerlichen Soldatenexceß ausgebeutet und in den schwärzesten Farben den Landsknechtsgeist jenes Heeres geschildert, dessen Menschlichkeit im Feindeslande heute die Bewunderung der Welt erregt. Desgleichen die landläufigen Anklagen wider den „Junkergeist“ unseres Adels müssen Angesichts dieses Krieges auf ein billiges Maß herabsinken. So schlägt sich kein Heer, das von einer verhaßten anmaßenden Kaste befehligt wird! Der preußische Adel hat ein Vaterland; es ist nicht wahr, daß ständische Selbstsucht seine vorherrschende Leidenschaft sei. Verhaßte Namen der extremen Junkerpartei bewährten in diesem Kampfe denselben patriotischen Geist, der alle Schichten des Volkes beseelte; nur ein kleines Häuflein von Fanatikern wendete sich grämlich ab von der Rebellion wider das

heilige Oesterreich. Selbst einige adliche Standesinstitute erwiesen in großer Zeit mehr Tüchtigkeit, als wir ihnen zutrauten. Wir halten die künstliche Wiederbelebung der alten Ritterorden noch jetzt für eine romantische Schrulle und sind auch heute nicht im Stande, ohne Heiterkeit auf den barocken Mummenschanz eines modernen Ordenscapitels zu schauen. Wenn wir aber betrachten, was die Johanniter und Malteser in großen Tagen leisteten, so können wir nicht leugnen, daß ein ehrenwerther Kern sich unter veralteten, wunderlichen Formen birgt. — Auch die Bedeutung der Krone für Preußen ist verkannt worden. Ein politisches System, das sich in England gebildet hat unter den königlichen Nullen des fremdländischen Welfenhauses, läßt sich nicht ohne Weiteres übertragen auf ein Reich, dessen Dynastie den Staat geschaffen und soeben abermals in ihren hervorragenden Gliedern eine seltene Lebenskraft gezeigt hat. Sind diese Hohenzollern dazu angethan, das zu werden, was die Briten ihrer Krone nachsagen: ein kostspieliges, doch übrigens unschädliches Capitäl an der Säule des Staats?

Das ist kein Zufall, daß die Befreiung von Oesterreich, der eigenste Gedanke des deutschen Liberalismus, heute durch die Gegner der Liberalen verwirklicht ward. Jede neue politische Idee, welche dies Jahrhundert umgestaltet, ist von den Liberalen ausgegangen; sie waren die einzige geistig productive Partei. Aber Geschick zum Regieren zeigten sie selten, ja, in den jüngsten Jahren dachten sie kaum noch daran, sich regierungsfähig zu erhalten. Sie vergaßen den lebendigen Inhalt des Staates über seiner Form, die welthistorischen Aufgaben unserer auswärtigen Politik über einem mit ehrenwerther Ausdauer geführten Rechtsstreite, sie suchten die Unerreichbarkeit ihrer Forderungen dadurch zu verbergen, daß sie dieselben noch höher spannten, sie wähnten, durch Massenversammlungen und Volksreden politische Ziele zu erreichen in einer Nation, welcher jede revolutionäre Neigung fehlt. Das ganze Treiben krankte an einem wohlmeinenden, doch engherzigen kleinbürgerlichen Wesen. Die Demokratie pflegt mit Behagen ihren eigenen Idealismus, die Erhabenheit ihres Freiheitsstrebens herauszustreichen und als einen Götzendiener des Erfolges Jeden zu verlästern, der die Macht des Staates als die Voraussetzung der Freiheit erkennt. Schauen wir näher zu, so ist das Ideal des Radicalismus ein den Schweizer Republiken verwandter politischer Zustand, ein Staat, der nach Außen wenig bedeutet, geringe Forderungen an den Bürger stellt und die Interessen des Mittelstandes fröhlich gedeihen läßt. Was sich selbstgefällig als ideales Freiheitsstreben darstellte, enthüllt sich als Interessenpolitik des Mittelstandes. Der Mittelstand aber ist nicht die deutsche Nation; unser Bürgerthum, wie es heute noch

ist, hätte aus sich selbst heraus nimmermehr den Entschluß gefunden zu jener hochherzigen nationalen Politik, die unser Heer bis an die Donau führte.

Die Gedanken, welche wir hier hinwerfen, berühren sich mehrfach mit dem Ideengange einer trefflichen Schrift, die uns soeben zukommt: „Die Nothwendigkeit einer neuen Parteibildung. Von Julian Schmidt. Berlin, Springer." Wir haben nie zu den Bewunderern der weiland Berliner Allgemeinen Zeitung gehört und waren überrascht, wie klar, sicher, schonungslos der Verfasser die Verirrungen der liberalen Partei verurtheilt. Namentlich der Philister-Charakter ihrer blindlings auf die große Politik angewendeten Privatmoral ist vortrefflich geschildert — so in den uns aus der Seele geschriebenen Worten:

„Gellert, der unserer Moral überhaupt den spießbürgerlichen Charakter aufgeprägt hat, an dem wir noch heute siechen, erzählt in einer seiner Fabeln den Tod eines Welteroberers und seines frommen Reitknechts: der letztere ist überzeugt, sein Herr müsse wegen seiner Thaten in den Himmel kommen, er selber kaum, da er nur gewissenhaft die Pferde gestriegelt. Der Gellert'sche Himmel dagegen spricht zum Helden: „Der Reitknecht, als ein schlichter Mann, hat wahrlich mehr als Du gethan!" — Wie es mit dem Himmel steht, mögen die Theologen untersuchen; die Geschichte urtheilt anders. Nicht die abstracte Macht, nicht das abstracte Recht ist die entscheidende Instanz in der Geschichte: sondern der hat die wahre Macht, das wahre Recht, der den Gedanken der Geschichte zu fassen, seiner sich zu bemächtigen versteht. Ein Dichter, der viel dazu gethan, uns von Gellert's Altweibermoral zu befreien, sagt ganz richtig: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht."

Die Schrift wird in der liberalen Presse kaum ernstlich erwähnt werden, denn von keiner Partei ist zu verlangen, daß sie sich selber in's Angesicht schlage. Aber in der Stille werden die klaren Gedanken des Verfassers ihren Weg finden und die Einsicht fördern, daß die alte Parteitaktik sich ganz und gar überlebt hat. Freilich, die neue Parteibildung, welche der Verfasser verlangt, wird schwerlich erfolgen, bevor mit den Abgeordneten der eroberten Provinzen frisches Blut in den Landtag kommt. Die alten Parteien mit ihrer festen Disciplin, den gewohnten Organen und Führern lassen sich so leicht nicht sprengen, und auch die persönliche Erbitterung der kleinen Vergangenheit ist in die große Gegenwart ungeschmälert hinübergerettet worden, wie die Vorgänge bei der Präsidentenwahl und die gehässige Sprache der conservativen Blätter zur Genüge zeigten.

Ein fruchtbares Ergebniß der Session steht freilich nur dann zu er-

warten, wenn die alten Parteien zum Mindesten die alte Taktik ändern. Nach dem Tage von Königgrätz ist jener kleine Zank über tausend Verwaltungsmiseren nicht mehr an der Stelle, der unserem Landtage so oft das Aussehen einer treufleißigen Gemeindevertretung, nicht eines Parlamentes politischer Männer gab. Die Regierung ist stark, sie darf sich berufen auf glänzende Erfolge und auf die Ueberzeugung, welche allen Anfeindungen zum Trotz unerschütterlich im Volke lebt, daß an der Spitze der Verwaltung ein unentbehrlicher, ein bedeutender Staatsmann steht. Sie ist der Unterstützung des einen Hauses sicher und kann in dem anderen zum Mindesten auf eine starke Minderheit zählen. Diese nicht leicht zu erschütternde Regierung bietet durch das Verlangen nach Indemnität selber die Hand zur Versöhnung. Mit der Verstärkung des Heeres durch die übrigen norddeutschen Truppen wird der Staatshaushalt wieder ein leidliches Gleichgewicht erhalten. Denn auch die Behauptung, daß die Steuerlast sich kaum tragen lasse, zählt mit zu den zahlreichen fables convenues des Verfassungskampfes. Die Besteuerung war hart im Vergleiche mit den deutschen Kleinstaaten — und welcher Preuße kann heute noch jenes pflichtenarme Kleinleben beneiden, das zur Vernichtung des Staates geführt hat? — doch der preußische Bürger ist nicht schwerer belastet als die Bürger aller anderen europäischen Großmächte. Das finanzielle Leiden der letzten Jahre lag wesentlich darin, daß wichtige Zweige des Staatshaushaltes zum Besten des Kriegsbudgets beschnitten wurden; und auch dieser Uebelstand geht jetzt seiner Heilung entgegen. Der Anlaß des Haders ist im Verschwinden, und bei einiger Klugheit der Liberalen kann das neue Deutschland unmöglich einem einseitig conservativen Parteiregimente verfallen. Es ist *unser* Programm, das durch die deutsche Politik der Regierung in Erfüllung geht. Auch bei dem Weiterbau des Werks sind Zugeständnisse an den Liberalismus unvermeidlich, schon aus Rücksicht auf die neuen Provinzen. Wie weit diese Zugeständnisse reichen werden, das hängt ab von der willigen Hilfe, welche die Liberalen der Regierung gewähren. Endlich und vornehmlich, wir stehen im Feldlager, drohenden und mächtigen Feinden gegenüber. Die köstlichste Kraft des Staates wird heute und noch für lange Zeit durch die Action nach Außen in Anspruch genommen; niemals bedurfte Preußen dringender einer starken Executive. Die Fanatiker der Reaction zürnen, weil eine befreundete Regierung den gesegneten Bund mit Oesterreich gesprengt hat. Solcher Groll ist begreiflich: aber unverständig, unverzeihlich würden die Fanatiker des Liberalismus handeln, wenn sie nicht vergeben wollten, daß die ersehnte Befreiung von Oesterreich durch ein gegnerisches Ministerium bewirkt ward.

Uns scheint unmöglich, daß denkende Männer sich diesen gewichtigen Erwägungen verschließen und die nothwendige Verständigung durch den Streit um untergeordnete Fragen erschweren sollten. Die Verordnung über die Darlehnskassenscheine mag mit den anderen Sünden des budgetlosen Regiments ohne allzu große Gemüthsbewegung begraben werden. Die Entlassung einiger Räthe der Krone scheint auch uns wünschenswerth; aber der Landtag hat jetzt größere Pflichten zu erfüllen. Unterstützung der deutschen Politik des Grafen Bismarck, Herstellung des inneren Friedens, auf daß unseren Landsleuten in den neuen Provinzen, die sich erst mühsam zu befreien beginnen von alten Gewohnheiten und Vorurtheilen, der Eintritt in unseren Staat erleichtert werde — dies scheint uns die Aufgabe der gegenwärtigen Session. Und möge diese Unterstützung eine loyale und rückhaltlose sein und mit dem bereiten Verständniß der Intentionen der Regierung sich paaren. Das Cabinet allein ist in der Lage die verworrene Situation zu übersehen. Der Landtag wird sich bescheiden müssen, über einzelne Fragen der auswärtigen Politik zu schweigen, welche die Regierung nicht berührt wissen will. Er wird in anderen Fällen, wo die Regierung bisher nur einen halben Erfolg errungen hat — so in der sächsischen Frage — um so nachdrücklicher die Wünsche des Volkes aussprechen müssen. Er wird endlich, da Deutschland zunächst aus provisorischen Zuständen nicht herauskommen kann, sich zu hüten haben vor pedantischem Festhalten an Principien. Wenn die Regierung zu der Ansicht gelangen sollte, daß der particularistische Widerstand in Hessen und Hannover durch eine provisorische Personalunion am leichtesten gebrochen werden kann, so wäre es irrig, gegen eine solche Maßregel der Klugheit das schwere Geschütz abstracter Vernunftgründe oder gar die unliebsamen Erinnerungen aus dem Lauenburger Handel in's Feld zu führen.

Mit einem Worte, die Regierung braucht freie Hand für ihre deutsche Politik. Sie wird den Neid der Fremden, den Kleinsinn des Particularismus dann am sichersten entwaffnen, wenn unsere Feinde wissen, daß der feste Wille des preußischen Volkes hinter ihr steht. Nach langer Windstille treibt unser Schiff unaufhaltsam in die hohe See hinaus; ein schlechter Steuermann, wer bei so günstigem Winde nicht den Muth fände, vorwärts und nur vorwärts zu blicken.

Politische Correspondenz.

Berlin, 10. September 1866.

Die Wünsche, welche unsere letzte Monatsrundschau beim Beginne des Landtags aussprach, sind seitdem zum guten Theile in Erfüllung gegangen. Als wir sie niederschrieben, war eine peinliche, unfruchtbare Pause in dem parlamentarischen Leben eingetreten. Der Groll, die Eigenrichtigkeit der halbverschollenen Tage des Haders entlud sich noch einmal in den Fractionssitzungen; die Parteien der alten Opposition suchten noch den Muth der Selbstüberwindung, welcher dem Politiker so schwer fällt, wenn die Ereignisse seinen Berechnungen nicht entsprachen. Nicht ohne Sorge konnten die besonnenen Freunde der Freiheit dem Durcheinander der Adreßentwürfe zuschauen; fast schien es, als sollte die Gefahr des Absolutismus, welche durch den Verlauf unserer Revolution allerdings gegeben ist, durch die Schuld der Liberalen näher gerückt werden, als wollten die parlamentarischen Parteien ihre eigene Unfruchtbarkeit in demselben Augenblicke erweisen, da die Krone sich in der Fülle der Kraft gezeigt hatte. Dieser Sorge sind wir Gottlob enthoben. Ein kluger und rechtzeitiger Entschluß, den das Land dem Präsidenten v. Forckenbeck nicht vergessen wird, setzte den endlosen Adreßberathungen ein Ziel. Seitdem ist das Eis gebrochen, die Verhandlungen fließen in ruhiger, sicherer Strömung. Bewußt oder unbewußt ist in allen politischen Köpfen die Einsicht zum Durchbruch gekommen, daß heute die Lebenskraft der Parteien abhängt von ihrer Fähigkeit, die große nationale Politik der Regierung zu verstehen und zu fördern. In einer Zeit, da das Ministerium auf die besten Ueberlieferungen aus den Tagen Friedrich's des Großen zurückgreift, muß jeder gute Preuße gouvernemental sein. Doch mit Nichten war die gouvernementale Haltung des Hauses der Abgeordneten eine blinde Unterwerfung; die Unterstützung, welche es der Regierung gewährte, war eine freie, selbständige, würdig eines gesetzgebenden Körpers, der ein Bewußtsein hat von seiner Bedeutung.

Eine zwiefache Aufgabe ist der gegenwärtigen Session auferlegt. Es galt zunächst den Conflict zu beseitigen; dies ist endlich geschehen durch die Ertheilung der Indemnität. Eine absolute Sicherheit, daß ähnliche Verfassungskämpfe nie wiederkehren, ist allerdings nicht vorhanden; aber — unfertig wie unser constitutionelles Leben noch immer ist — liegt die beste heute denkbare Bürgschaft gegen die Wiederkehr solcher Conflicte in der Thatsache, daß die Krone in dem Augenblicke ihres schönsten Triumphes die Nothwendigkeit der Versöhnung empfunden, die Verfassungsverletzung eingestanden und entschuldigt hat. Die Beweisgründe, welche eine geringe Minderheit gegen die Indemnitätsertheilung vorführte, geziemten sich in der That mehr für das Barreau als für die parlamentarische Rednerbühne. Namentlich den Abgeordneten Gneist, der um die politische Theorie sich so große Verdienste erworben hat, sehen wir auf dem besten Wege sich für die praktische Politik unmöglich zu machen, was wir im Interesse aller Parteien lebhaft beklagen würden. Seine Haltung war um so unbegreiflicher, da Niemandem entgehen kann, daß mit der Constituirung des norddeutschen Bundes eine wesentliche Abänderung der preußischen Verfassung eintreten muß; und wer darf neue Thürme bauen auf ein Haus, von dem binnen Kurzem ein Theil abgetragen werden soll? „Mag das Land untergehen, die Prinzipien bleiben" — rief man einst im Convente. Derselbe Fanatismus des trockenen Verstandes, doch glücklicherweise nicht die revolutionäre Thatkraft Robespierre's, sprach aus der Rede Johann Jacoby's, der in der That in der erhabenen Einsamkeit seines theoretischen Traumlebens gar nicht bemerkt hat, daß eine Revolution zwischen der letzten und der heutigen Session mitteninne liegt. Der Redner hat die verdiente Strafe gefunden in dem Beifall, den die schwäbische Demokratie „dem einzigen Charakter des preußischen Landtags" zurief; die Männer unserer äußersten Linken werden ebensowenig wie die unverbesserlichen Demagogen des Südens jemals begreifen, daß die Politik die Wissenschaft des Erreichbaren ist.

Nachdem also der innere Hader begraben war, der seit Jahren den Feinden Preußens willkommenen Vorwand für redliche und unredliche Angriffe bot, ging der Landtag an seine zweite, dankbarere Aufgabe, an die Mitwirkung bei der Neugestaltung Deutschlands. Die beschlossene Einverleibung der neuen Provinzen war ein tapferer Schritt vorwärts, und hier zeigte sich, daß der Liberalismus wohl im Stande ist, als ein selbstständiger und darum werthvoller Bundesgenosse der Regierung in die Hände zu arbeiten. Die Regierungsvorlage litt an einem logischen Widerspruche. Sie ging zwar von der Erkenntniß aus, daß Preußens Stärke, dem losen Gefüge der österreichischen Monarchie gegenüber, in

seiner festen einheitlichen Organisation besteht; sie berief sich daher auf den Artikel 2 der Verfassung, der von der Erweiterung des Staatsgebietes spricht. Doch um den unvermeidlichen Uebergangszustand rechtlich zu begründen, stützte sie sich gleichzeitig auf den Artikel 55, der von der Personalunion handelt. Diesen Widerspruch hat die Commission kurzerhand beseitigt. Die sofortige Einverleibung der neu erworbenen Länder ward beschlossen, der provisorischen „wohlwollenden Dictatur" eine feste Zeitgrenze gesetzt, von welcher ab die preußische Verfassung in den neuen Provinzen gelten wird. Auf beiden Seiten war der beste Wille unverkennbar; die Regierung ging willig auf die Verbesserungsvorschläge ein; der neue Gesetzentwurf über die Einverleibung der Elbherzogthümer stellt sich von vorn herein auf den von der Kammer behaupteten Standpunkt. Als den Rechtstitel der Einverleibung bezeichnete Graf Bismarck mit einem classischen Worte „das Recht der deutschen Nation zu existiren, zu athmen und dafür den geeigneten Boden zu gewinnen." In der Debatte trug Herr Waldeck diesmal den Preis davon; es war eine Freude, wie jugendfrisch und hoffnungsvoll der greise Niedersachse sich zurecht zu finden wußte in dieser neuen Zeit, die das tapfere Sachsenland, zum ersten male seit den Tagen unserer großen Kaiser, wieder unter Einer mächtigen Krone vereinigt hat. Der warmherzige Patriotismus, der kerngesunde Menschenverstand dieser Rede aus demokratischem Munde wird seines Eindrucks nicht verfehlen. Fragen wir, welche Elemente der nothwendigen Einverleibung widerstreben, so finden wir zunächst den hannoverschen Adel, der mit staunenswerther Unbefangenheit soeben ein Haupt der österreichischen Partei, Herrn v. Rössing, als Wortführer an den König geschickt hat. Wir finden ferner die armseligste Kleinstädterei, welche den Gedanken gar nicht fassen kann, daß außerhalb der heimischen Stadtmauern auch noch Menschen wohnen. Die zahlungsfähige Moral in Frankfurt schaudert vor der allgemeinen Wehrpflicht, sie trägt sich mit der Frage, ob man nicht den wohlhabenden Bürgersöhnen — natürlich nur den wohlhabenden — gestatten solle ihr Freiwilligenjahr in der Vaterstadt abzudienen. In der Stadt Hannover huldigt man der Ansicht, daß eine wirkliche Hauptstadt ein Unglück für Deutschland sei, und meint, das norddeutsche Parlament werde in dem Welfenschlosse die passenden Räumlichkeiten finden. Das Augustenburgerthum läßt nicht ab die Welt durch immer neue Beweise seiner politischen Unfähigkeit zu ermüden; soeben haben diese Legitimisten die Parole der Reichsverfassung ausgegeben, damit nur ja der einzige Weg, der jetzt noch zur deutschen Einheit führt, nicht betreten werde. Doch zu diesen Parteien, mit welchen eine ernsthafte Verhandlung nicht möglich ist, gesellen sich leider auch einzelne patriotische Männer,

welche ihre beste Kraft an den Ausbau der heimischen Verfassung gesetzt haben und nun den Inhalt eines ganzen ehrenwerthen Lebens verloren sehen: — so Fr. Oetcker. Ihm ist zu Muthe wie weiland dem alten Pütter, als das heilige römische Reich zusammenbrach und die schönen Folianten und Hefte der Reichsjurisprudenz zu Maculatur wurden. Der gelehrte Jurist trauerte bekanntlich um das heilige Reich, indem er sich keine Hosen mehr anschaffte. Von einem rüstigen Patrioten wie Fr. Oetcker erwarten wir mehr Lebenskraft; der Verfassung, welcher sein Streben galt, folgt nicht die Anarchie, wie einst dem römischen Reiche, sondern ein gesichertes Rechtsleben in größeren, gesünderen Verhältnissen. Es liegt auf der Hand, daß der complicirte Bau des norddeutschen Bundes eines einheitlichen Kernes bedarf, nicht eines preußischen Staats mit sechs verschiedenen Landesverfassungen; die norddeutsche Welt ist der Zersplitterung bis zum Ekel satt, auch der bestgemeinte particularistische Widerstand gegen das Nothwendige wird nur die eine Folge haben, daß einige brave Männer sich dabei zu Grunde richten. Ueber die Schonung aller berechtigten Eigenthümlichkeiten, welche Preußens Staatseinheit ertragen kann, sind Regierung und Landtag einig. Ganz müßig erscheint insbesondere die oft ausgesprochene Sorge, es werde der Versuch einer deutsch-evangelischen Nationalkirche gewagt werden; zu kirchlichen Neubildungen ist diese durchaus weltlich-politische Revolution wahrlich am wenigsten angethan. Alles in Allem hoffen wir, die neuen Provinzen werden mit den alten sogar noch schneller sich verschmelzen, als einst das weite Schlesien mit den schwachen Erblanden Friedrich's.

Im Verlaufe dieser Debatte zeigte sich deutlich die Zersetzung der alten Parteien. Aus der Fortschrittspartei sind einige ihrer tüchtigsten Mitglieder ausgetreten. Auch der zurückgebliebene Stamm ist noch bunt genug; noch in jeder Debatte gingen die Ansichten der Parteigenossen weit auseinander. Wir wenigstens begreifen nicht, wie der preußische Patriot Waldeck mit dem vaterlandslosen Particularismus einiger Mitglieder der äußersten Linken auf die Dauer unter Einer Fahne kämpfen soll. Von der großen conservativen Partei hat sich eine „junge Rechte" unter Graf Bethusy's Führung abgelöst; sie zählt einige vielversprechende politische Talente in ihren Reihen und stimmt in vielen Fragen mit den Anschauungen der altliberalen Partei überein, die noch immer eine wesentlich aus Notabilitäten, aus Feldherren ohne Heer bestehende Fraction bildet. Alle diese Erscheinungen weisen auf eine Neugestaltung der Parteien, welche auch in der Presse immer von Neuem (soeben wieder in der trefflichen Schrift „Worauf es jetzt ankommt" von F. Kreyßig) gefordert wird. Die gegenwärtige kurze Session freilich wird diesen Umschwung des Partei-

lebens noch nicht bringen; doch in einer nahen Zukunft ist die Bildung einer oder mehrerer national-liberaler Fractionen unvermeidlich. Darauf deutet schon der Gang unserer deutschen Politik. In den annektirten Provinzen findet Preußen zuverlässige Freunde nur in den Reihen der gemäßigt-conservativen und vornehmlich der liberalen Partei. Noch greller tritt dies Verhältniß hervor in Süddeutschland; hier sind die Begriffe „streng-conservativ“ und „österreichisch“ vollkommen gleichbedeutend. Zudem hat die Haltung des Herrenhauses genugsam bewiesen, wie wenig die extreme Feudalpartei von der nationalen Staatskunst des Grafen Bismarck erbaut ist. Zwar über die Wuchergesetzdebatte des hohen Hauses sind wir versucht mit Heiterkeit hinwegzusehen, wenn es nicht gar so beschämend wäre, daß in dem Oberhause eines civilisirten Staats noch eine so kindliche Unkenntniß der einfachsten volkswirthschaftlichen Wahrheiten vorherrscht. Bedenklicher war die barsche Abweisung, welche der patriotische Adreß-Entwurf des Oberbürgermeisters Hobrecht erfuhr; noch deutlicher redeten die Klagen des Herrn v. Kleist-Retzow über den Krieg wider das heilige Oesterreich, die Schmähungen der Kreuzzeitung gegen das revolutionäre Königreich Italien, und am Allerdeutlichsten die Herzensergießungen einiger westphälischer Edelleute. Graf Westphalen giebt seine Stelle im Herrenhause auf, weil der deutsche Bund schnöde zertrümmert ward; Freiherr v. d. Busche protestirt gegen die Vergrößerung unseres Staats und harrt der besseren Zeiten, da die Welfen wieder bis an das Ende aller Dinge regieren werden; der Herzog v. Croy erklärt, daß er fortan nur ein Belgier sei, nicht mehr ein Preuße. Mit solcher Gesinnung können die Sieger von Königgrätz sich allerdings nicht verständigen. Wenn nicht gehäufte Fehler von beiden Seiten den natürlichen Gang der Dinge stören, so ist ein streng-conservatives Parteiregiment in der nächsten Zukunft unmöglich; wir werden eine conservative Regierung haben, welche, soweit die menschliche Gebrechlichkeit dies erlaubt, über den Parteien steht, das will sagen, auf die besonnenen Elemente aller gemäßigten Fractionen sich stützt und in den Extremen von rechts und links ihre geborenen Gegner findet.

Zwei wichtige Arbeiten stehen dem Landtage noch bevor. Die Erledigung der Anleihevorlage wird noch harte Kämpfe kosten; schwere Bedenken haben sich erhoben sowohl gegen die Höhe der Anleihe, als gegen das altpreußische Institut des Staatsschatzes, den wir unsererseits in so drangvollen Tagen für unentbehrlich halten. Indeß steht zu hoffen, daß auch hierüber eine Verständigung erreicht wird. Auch das Wahlgesetz für das Parlament wird angenommen werden. Zwar ist das allgemeine und direkte Stimmrecht ein auf deutschem Boden in diesem Umfange

noch nie gewagtes Experiment, und es bleibt eine subjective Vermuthung, die leicht trügen kann, wenn wir meinen, aus solchen Wahlen werden in den alten Provinzen viele conservative, in den neuen viele partikularistische Abgeordnete hervorgehen. Aber das allgemeine Stimmrecht ist von der Regierung in jenen verhängnißvollen Junitagen der deutschen Nation feierlich verheißen; Jedermann sieht, daß ein unter solchen Umständen gegebenes Wort eingelöst werden muß.

Das neue Wahlgesetz gilt nur für das Parlament ad hoc, welches die Bundesverfassung mit den Kronen des Nordens vereinbaren soll. Alles Weitere liegt noch in undurchdringlichem Dunkel. Das Nebeneinanderbestehen eines preußischen Landtags und eines norddeutschen Reichstags, der neben 250 preußischen nur gegen 50 nichtpreußische Mitglieder enthalten würde, ist in der That eine so beispiellose Anomalie, daß selbst nahe Gesinnungsgenossen über die Frage, wie diese beiden Körper sich zu einander verhalten sollen, verschiedener Meinung sein können. Wenn wir uns nicht ganz täuschen, so wird es darauf ankommen, die beiden Körperschaften, welche beide wesentlich preußische Volksvertretungen sind, möglichst vollständig mit einander zu verschmelzen. Die centrifugalen Kräfte werden in dem norddeutschen Bunde eine bedeutende Macht bilden, alle erdenklichen, reaktionären und demokratischen, Oppositions-Elemente werden, einig in particularistischem Trotz, in dem Parlamente vertreten sein. Daß die Hofburg auf ihre Machtstellung in Deutschland noch keineswegs für immer verzichtet hat, liegt vor Augen. Die treuen Bundesgenossen, die kleinen Kronen des Nordens, haben ihre Bundeshilfe zumeist erst nach der Entscheidung gestellt, und wir konnten uns oft der ruchlosen Frage nicht erwehren, ob es nicht ein Segen für das Vaterland gewesen wäre, wenn man die Kleinfürsten des Nordens allesammt als Feinde hätte behandeln können. In solcher Lage muß alles vermieden werden, was die straffe Ordnung des preußischen Staats irgendwie lockern könnte. Besteht neben dem preußischen Landtage ein norddeutsches Parlament als selbstständiger Körper, vielleicht hervorgegangen aus einem anderen Wahlgesetze, angefüllt von anderen Parteigruppirungen, so entsteht unfehlbar zwischen den beiden Körperschaften ein Zustand der Reibung, der Eifersucht, und an die Regierung tritt die fast übermenschlich schwere Versuchung heran, den einen Körper gegen den anderen zu benutzen. Soll dies vermieden werden, so bleibt nur übrig die Verschmelzung der beiden Körperschaften. Die preußischen Minister des Auswärtigen, des Kriegs, der Marine, des Handels müssen zugleich Minister für Norddeutschland sein. Dasselbe Wahlgesetz für beide Körper, dieselben Männer als Vertreter des preußischen Volks im preußischen und im norddeutschen Parla-

mente. So würde sich ein engerer und ein weiterer Reichstag bilden, die preußischen Abgeordneten wären vor der unziemlichen Rolle eines Provinziallandtages bewahrt, der Schwerpunkt aber würde offenbar in den weiteren Reichstag fallen, der den weitaus größten Theil des Budgets zu bewilligen hätte. Man wende nicht ein, das heiße neuen Wein in alte Schläuche füllen. Die alten preußischen Parteien beginnen sich aufzulösen; es steht nicht zu fürchten, daß die Vertreter der Kleinstaaten in das Fahrwasser des Budgetstreites einlenken werden. Die preußische Verfassung — ein ultraliberaler Entwurf, dann in reactionärem Sinne traurig verunstaltet — ist sicherlich kein Meisterwerk; wichtige Aenderungen, namentlich in der Zusammensetzung beider Häuser des Landtags, scheinen mit der Constituirung des norddeutschen Bundes unvermeidlich geboten. Immerhin ist diese Verfassung die rechtliche Form der bereits vorhandenen deutschen Staatseinheit, und es scheint uns weise, die norddeutsche Bundesverfassung an dies Gegebene eng anzuschließen. Diese Gedanken, die allerdings in der Einsicht wurzeln, daß wir dem Einheitsstaate entgegengehen, stimmen zu unserer Freude wesentlich überein mit der Schrift von Prof. Hermann Schulze in Breslau über „die Friedensbestimmungen". Wir schreiben sie nieder, mehr um unsere Leser zum eigenen Nachdenken aufzufordern, als um ein abschneidendes Urtheil zu fällen über eine noch nicht spruchreife Frage.

Für den Augenblick bedrängen andere, nähere Sorgen den werdenden norddeutschen Bund. Die Zustände in dem unglücklichen Sachsen werden von Tag zu Tag unerträglicher. Der Artikel der Nikolsburger Präliminarien über Sachsen gemahnt in der That an den Artikel über Malta in dem Frieden von Amiens. Es ist ein Nebenpunkt, dessen tractatenmäßige Erledigung ebenso unmöglich scheint wie die friedliche Abänderung — ein Punkt, der mithin leicht den Ursprung eines Krieges bilden kann. Mit unzweideutiger Offenheit bekennt heute die rheinbündische Krone, daß sie alle ihre Hoffnungen auf die Hilfe des Auslands setzt. Ein König kann kein Vasall sein. Dasselbe Cabinet, das noch vor Kurzem die Annexion der Herzogthümer für annehmbarer erklärte als die Februarforderungen Preußens, sieht sich jetzt selber durch eine gerechte Vergeltung denselben Forderungen gegenübergestellt. Was die Patrioten im Lande von der abermals zur Herrschaft gelangenden Hofpartei zu erwarten haben, das hat diese Coterie noch unter dem Drucke der preußischen Waffen durch tausend große und kleine Bosheiten genugsam erwiesen. Die Abdankung des Königs Johann würde, bei der bekannten Gesinnung des Kronprinzen, Preußens Interessen nur noch mehr gefährden. Am Wenigsten kann die Einsetzung eines ernestinischen Fürsten-

hauses frommen. Das Band der Pietät, das noch immer Tausende an die alte Dynastie kettet, wäre dann zerrissen, und doch nur ein Uebergangszustand geschaffen, dem weder Herrscher noch Beherrschte irgend eine Lebenskraft zutrauen würden. Ueberdies ist die Erbfolge zweifelhaft: das nach unserem Urtheile bessere Recht Meiningens wird von dem Hause Weimar bestritten. Kurz, Verwirrung, Unfrieden überall, wenn das unselige Experiment der Doppelherrschaft gewagt wird. Frieden und Ordnung kann dem Lande nur werden durch die vollständige Einverleibung, und die Anregung dazu muß ausgehen von dem Volke selber. Bereits ist die annexionistische Bewegung im Wachsen; die Landesversammlung in Leipzig hat mit einem Muthe, einer Einsicht, die wir nach dem langen Stillstande des öffentlichen Lebens in Sachsen kaum erwartet hätten, die Wünsche der Patrioten offen ausgesprochen. Da überrascht der Generalgouverneur die Patriotenpartei durch das Verbot aller politischen Versammlungen. Wir halten diesen Schritt für einen großen Fehler. Es wäre thöricht, die Logik constitutioneller Rechte in's Feld zu führen; der Kriegszustand herrscht im Lande, das Interesse des Eroberers ist oberstes Gesetz. Aber wir bezweifeln, ob das Verbot dem preußischen Interesse dient; wir fürchten vielmehr, die in Sachsen weit verbreitete Meinung, daß zwei Parteien am Berliner Hofe einander gegenüberstehen und Preußen dem sächsischen Hofe keinen festen Willen zeigen wolle, wird durch die Maßregel des Generals v. Schack neue Nahrung gewinnen. Allerdings wird es auch an legitimistischen Kundgebungen nicht fehlen, wenn man den Parteien einige Freiheit gestattet. Doch lasse man immerhin die Roßmäßler und Genossen, die rothen Radicalen, im Bunde mit dem Pöbel und der Polizei, für das Recht des legitimen Rautenkranzes demonstriren: — dieser Bund der Extreme wäre eine furchtbare moralische Niederlage der Dynastie, eine wirksame Warnung für alle besonnenen Männer, eine Stütze für die annexionistische Bewegung.

Ebenso unlogisch, doch weniger gefährlich ist die Stellung von Darmstadt zu dem norddeutschen Bunde. Der Großherzog sollte sein Stammland verlieren, das einzige, welches ihm das Recht giebt sich einen Fürsten von Hessen zu nennen. In solcher Noth wandte er sich nach deutscher Kleinfürstenweise an das Ausland, und jetzt hat er zwar Gottlob den Schlüssel des Rheinlandes einer preußischen Besatzung ausliefern müssen, aber leider eine Zwitterstellung halb inner- halb außerhalb des norddeutschen Bundes errungen. Wenn Preußen dies zu benutzen weiß, so muß es gelingen, Darmstadt und bald auch Baden durch eine Reihe von Verträgen so fest mit dem norddeutschen Bunde zu verbinden, daß der wirkliche Eintritt beider Staaten nur noch eine Frage der Form wird.

Die letzten Wochen haben abermals bewiesen, wie sehr Graf Bismarck im Rechte war, als er ein gesammtdeutsches Parlament, heute berufen, mit dem trojanischen Pferde verglich. Wir sind allzumal Sünder, und wenn wir die erschreckend apathische Haltung der Hannoveraner und Kurhessen betrachten, so fehlt uns der Muth harte Worte zu brauchen über die fieberische Aufregung, die in einzelnen Schichten des süddeutschen Volks noch aufbrennt. Aber die bestialischen Roheiten, welche die bayrischen Truppen bei ihrem Abzuge nach einem so kläglichen Kriege begingen, und vor Allem die scheußliche Ermordung eines unserer Offiziere bei Aschaffenburg, bezeugen allzulaut, wie fremd die Masse des Volks uns leider noch gegenübersteht. Hie und da regt sich redlicher Patriotismus: in Schwaben ist endlich eine „deutsche Partei" entstanden, und die bayrische Abgeordnetenkammer hat sich sogar zu einem Votum für den Anschluß an Preußen ermannt — einem Votum freilich, das aus sehr widersprechenden Beweggründen entsprang. Die große Mehrzahl lebt, seit die Gefahr der Sprengung des Zollvereins beseitigt ist, wieder gemächlich in den alten Träumen weiter. Man will am Liebsten für sich bleiben; die wirkliche und wahrhaftige deutsche Einheit, die einen schwäbischen Beamten nach Danzig versetzen, einen Königsberger als Candidaten in einen schwäbischen Wahlbezirk führen könnte, ist der Masse noch unfaßbar. So bleiben, wir wiederholen es, für die preußische Politik die Regierungen im Süden die wichtigsten Factoren, mit denen sie zunächst rechnen muß. Das Verhältniß des Berliner zu dem Carlsruher Cabinet wird einen guten Prüfstein abgeben um zu erproben, ob unsere Regierung sich ernstlich über den Parteistandpunkt zu erheben vermag: einen zuverlässigeren Bundesgenossen als das liberale Ministerium Mathy findet Preußen heute an keinem deutschen Hofe. Die Höfe von Stuttgart und München bilden vorderhand ein ganz unfruchtbares Gebiet für die nationale Politik; wir bezweifeln sehr, ob die überaus milden Friedensbedingungen, welche man Würtemberg und Bayern auferlegt hat, diese beiden Cabinette wirklich von ihren österreichischen Schwachheiten geheilt haben. Nur Eines ist sicher: die grenzenlose Unfähigkeit, welche an beiden Höfen vorherrscht, wird nicht nur, zur Freude aller Patrioten, einen süddeutschen Bund verhindern, sondern auch das isolirte Dasein dieser Kleinstaaten sehr unerquicklich gestalten. In Bayern ist die Rathlosigkeit, der moralische Bankrott so vollständig, daß Tausende Herrn v. d. Pfordten verwünschen und doch ihn als den Mann der Situation betrachten. Jener Geist des ordinärsten Particularismus, der aus den jüngsten Kammerreden dieses Mannes mit cynischer Aufrichtigkeit sprach, hat manchen wackeren Hörer in Erstaunen gesetzt; nachhaltige Entrüstung hat er nicht erregt. Es wird

eine Schule der Leiden sein, die den Süden zu dem Norden zurückführt. —

Inzwischen hat unser Verhältniß zum Auslande sich für den Augenblick wieder gebessert. Vielleicht hat sich der Minister des Auswärtigen niemals bedeutender gezeigt als während der stillen Verhandlungen der jüngsten Zeit, die endlich damit schlossen, daß Frankreich seine Compensationsforderungen für ein Mißverständniß erklärte, und Herr Drouin de Lhuys, der Freund Oesterreichs, unter allen Zeichen kaiserlicher Ungnade entlassen ward. Man weiß, daß die Industrie Frankreichs dringend den Frieden erhalten wünscht und von der Weltausstellung des Jahres 1867 sich goldene Berge verspricht; man weiß desgleichen, daß die Marschälle sich gegen die Räthlichkeit eines Krieges ausgesprochen haben. Doch die alte nationale Eifersucht ist im Volke wie im Heere wieder erwacht, und Niemand darf sagen, ob die Weisheit des Kaisers mächtig genug sein wird ihr Halt zu gebieten. Merkwürdig sind in dem Gewirr der Meinungen einzelne Regungen der Selbsterkenntniß. Als vor etwa Jahresfrist ein Deputirter der Opposition — Jules Simon, wenn wir nicht irren — seinem Volke das Vorbild des preußischen Volksunterrichts zeigte, da hallte das Palais Bourbon von lautem Gelächter wieder; von allen Seiten rief man: „nichts, gar nichts haben wir von Preußen zu lernen". Der jüngste Krieg hat Vielen die Augen geöffnet: der allgemeine Volksunterricht, die Wehrpflicht nach preußischem Muster — bekanntlich ein Lieblingsgedanke der älteren Schriften des Kaisers — werden ernsthaft in der Presse besprochen. Einen blindlings übereilten Krieg von französischer Seite haben wir schwerlich zu fürchten; zudem scheint abermals — nicht zum Unheil für die Entwickelung der deutschen Einheit — eine der periodischen Entladungen der orientalischen Krisis bevorzustehen. Einen Winter zum Mindesten haben wir gewonnen; gebe Gott, daß der Frühling den constituirten norddeutschen Bund und ein starkes norddeutsches Heer vorfinde. —

Reinhold Pauli und Minister Golther.

Kiel, 28. Nov. 1866.

Die beharrliche Freundschaft, welche die kleinen deutschen Königskronen den Preußischen Jahrbüchern widmen, hat früher oftmals erheiternde Zwischenfälle, neulich aber ein ernsthaftes Ereigniß hervorgerufen, das uns zu eingehender Besprechung zwingt.

Unsere Leser entsinnen sich des Aufsatzes „Würtemberg und die Bundes-Katastrophe" aus unserem Augusthefte. Wenn man der Redaktion gestatten will, in einem ungewöhnlichen Falle ihr eigenes Urtheil über einen Artikel in den Jahrbüchern auszusprechen, so bekennen wir, daß wir uns der Zusendung jener Arbeit aus guten Gründen freuten. Die Correspondenz zeigte nichts von jenem landläufigen politischen Dilettantismus, welcher den Mangel eindringender Kenntniß durch weitschweifige Betrachtungen zu verdecken liebt. Sie gab eine wohlgefügte Zusammenstellung charakteristischer Thatsachen; man merkte die Hand eines Historikers, der gewohnt ist, das Gesammtbild einer politischen Sachlage in starken Zügen zu zeichnen. Der Artikel kam uns auf weiten Umwegen zu inmitten der bewegten Zeit des Krieges und des gestörten Verkehrs; er war geschrieben bevor die Mainarmee ihren glorreichen Zug vollendet hatte, bevor man im Süden die volle Bedeutung der Schlacht von Königgrätz würdigen konnte, und er trug durchaus das Gepräge jener stürmischen Tage. Aus jedem Worte sprach der Widerwille eines monarchisch gesinnten Mannes gegen die Zuchtlosigkeit des schwäbischen Radicalismus, die Entrüstung eines sittlichen Mannes über jene beispiellosen Lügenkünste, wodurch Oesterreich und seine Verbündeten die öffentliche Meinung zu bethören trachteten, der Zorn eines Patrioten, der eine deutsche Regierung mit frivolem Jubel und vorzeitigen Siegesliedern in den Krieg gegen Preußen ziehen sah. Der Verfasser hätte vielleicht einige scharfe persönliche Angriffe unterdrücken sollen, deren Berechtigung die Redaktion aus der Ferne nicht controliren konnte. Im Großen und Ganzen erschien

seine Sprache nicht nur bescheiden und maßvoll neben den rohen und gehässigen Schmähungen, welche damals die schwäbische Regierungspresse gegen Preußen schleuderte, er durfte sogar ohne Ungerechtigkeit noch weit härter sprechen; denn jene Zeit, da man in Schwaben den Meuchelmörder Blind verherrlichte und das Wort „lieber französisch als preußisch" im Munde führte, bildet einen Schandfleck in der Geschichte unseres sittlichen Volkes, und wir würden sie heute gern der Vergessenheit übergeben, wenn man uns nicht zwänge, daran zu erinnern. Der Erfolg hat gelehrt, daß unser Correspondent in der That als ein besorgter Freund Würtembergs, als ein politischer Kopf gesprochen hatte. Alle jene bösen Folgen, die er dem Gebahren des Ministers Varnbüler voraussagte, sind eingetroffen: die schwäbische Armee hat wirklich, trotz des Muthes der Soldaten, einen so kläglichen Feldzug geführt, wie weiland die e(i)lende Reichsarmee von Roßbach: die Regierung hat wirklich einen demüthigenden Frieden schließen müssen, der nur durch die Mäßigung des Siegers erträglich ward.

Der Erlaß einer Amnestie nach einem Bürgerkriege ist gemeinhin ein Gebot nicht nur der Klugheit, sondern der Gerechtigkeit; in den Tagen der Abspannung besitzt Niemand mehr ein Verständniß für die Stimmungen der Zeit des Sturmes. Preußen hat leider übersehen, im Friedensschlusse der würtembergischen Regierung, wie später der sächsischen, die unumgängliche Pflicht des Vergessens aufzulegen. Nun machten, während die Welt von Grund aus sich verwandelt hatte, die Worte unseres Correspondenten, geschrieben in der heißen Leidenschaft einer ungeheuren Zeit, langsam, langsam ihren Weg durch die Stuttgarter Lesezirkel. Auf dem Lande lastete jene widerwärtige Verstimmung, welche geschlagenen und bloßgestellten Parteien natürlich ist. Beschuldigungen des Verraths, der Treulosigkeit regneten von allen Seiten. In der Enge dieses provinziellen Sonderdaseins war den Menschen das Gefühl für die Größe der Ereignisse ganz abhanden gekommen. Die Regierung hatte einige bange Tage verlebt, da sie für ihre Hauptstadt zitterte; als diese Gefahr beseitigt war und der Friede nur den getreuen Steuerzahlern eine Last brachte, stand das alte System alsbald wieder fest auf den Füßen. Wie der schwäbische Radicale noch heute unbelehrt mit vornehmer Verachtung auf jene Männer herabschaut, welche das Heil des neuen Deutschlands nicht mehr in den „Freiheitskämpfen" der schwäbischen Landtagsoligarchie erblicken, so regte sich auch in der Regierung kein Nachdenken, keine Scham über ihre schimpfliche Niederlage. Sie lebte weiter als sei nichts geschehen. Kein Wunder, daß jener Jahrbücheraufsatz ihren besonderen Zorn erregte; er sagte die Wahrheit mit ungewöhnlicher Kraft, und — die Herren in Stuttgart glaubten den Verfasser in ihrer Gewalt zu haben.

Die Regierung hütete sich weislich, den einzigen ehrenhaften Weg, der ihr offen stand, den Weg der gerichtlichen Verfolgung gegen jenen Aufsatz, zu betreten; denn allerdings würde in solchem Falle die Redaction der Jahrbücher die Verantwortung auf sich genommen haben, und jeder halbwegs geschickte Anwalt konnte aus den Reden und officiösen Artikeln der Regierung Beweise im Ueberfluß für die Wahrheit der Behauptungen unseres Correspondenten beibringen. Da in Schwaben die Zahl der Männer von preußischer Gesinnung und gewandter Feder nicht groß ist, so bot sich der Regierung ein bequemeres Verfahren. Herr Cultusminister v. Golther schickte einen Beamten an unseren alten Mitarbeiter Professor Reinhold Pauli in Tübingen, um zu fragen, ob er der Verfasser sei. Unseres Erachtens war der Befragte befugt eine Antwort zu verweigern. Es giebt einzelne Männer, deren Namen in dem Kampfe der Parteien so sehr hin- und hergezerrt worden, daß sie unrecht handeln würden, wenn sie anonym schrieben. Als Regel ist die Anonymität der Correspondenzen ein nothwendiges Bollwerk der Preßfreiheit, wie das abschreckende Beispiel der französischen Presse zeigt, und wir halten für Pflicht dies Recht zu wahren. Professor Pauli aber hatte allein seine persönliche Ehre im Auge; er bekannte sich sofort als Verfasser und gab sodann auf Verlangen dem Rectoramte eine schriftliche Erklärung, welche bereits durch die Zeitungen veröffentlicht ist. Wir unterschätzen keineswegs die Pflichten des Staatsdieners. Allerdings pflegen unsere namhaften Professoren sich vornehmlich als deutsche Gelehrte, erst in zweiter Linie als badische, würtembergische, bayrische Staatsdiener zu betrachten. Aber solche Gesinnung, in Zeiten des Friedens wohlberechtigt, ward unhaltbar, als der Uebermuth der Mittelstaaten das rechtliche Band zwischen den deutschen Staaten zerrissen hatte. Sobald Würtemberg gegen Preußen Krieg führte, konnten einem preußisch-gesinnten würtembergischen Staatsdiener Pflichtencollisionen nicht erspart bleiben. Ernstlich bedenklich in dem Pauli'schen Aufsatze ist übrigens nur die eine Stelle, welche den König Karl „einen gutmüthigen, wohlmeinenden, aber schwachen und abhängigen Fürsten“ nennt. Dies gerechte und durch den Verlauf des Pauli'schen Handels abermals bestätigte Urtheil durfte ein würtembergischer Staatsdiener nicht öffentlich aussprechen. Durchaus berechtigt und auch für einen Staatsdiener zulässig war dagegen die Polemik gegen eine constitutionelle Regierung, welche den Staat in Unglück und Schande stürzte. Und auch der strengste würtembergische Provinzialpatriotismus mußte befriedigt werden durch die Erklärung Pauli's. Der Angeschuldigte geht darin bis an die Grenze der einem tapferen Manne gestatteten Nachgiebigkeit, er erkennt das „Ungehörige“ seines Verfahrens an, er erbietet

sich zu jeder mit seiner Ehre und seiner politischen Ueberzeugung verträglichen Erklärung und beruft sich auf jene offenkundigen Thatsachen, die sein Verhalten vor jedem Unverblendeten entschuldigen mußten: auf die Lage eines geborenen Preußen, eines alten Landwehrmannes, der tagtäglich seinen Staat, seine Landsleute, seine Fahnen beschimpft sah, der, selber geschmäht und persönlich bedroht, endlich einmal dem Zorne des deutschen Patrioten Luft machen wollte. Nach dieser Erklärung mußte die Regierung, nachdem sie einmal thöricht genug den Handel angeregt hatte, sich mit einer Rüge gegen den Professor begnügen. Aber Pauli's Eingabe ward stillschweigend zu den Acten gelegt; man war in Stuttgart entschlossen, sich des unbequemen Mannes zu entledigen — womöglich auf verfassungsmäßigem Wege.

Die würtembergische Verfassung bestimmt: „Art. 46. Kein Staatsdiener, der ein Richteramt bekleidet, kann aus irgend einer Ursache ohne richterliches Erkenntniß seiner Stelle entsetzt, entlassen oder auf eine geringere versetzt werden. Art. 47. Ein Gleiches hat bei den übrigen Staatsdienern Statt, wenn die Entfernung aus der bisherigen Stelle wegen Verbrechen oder gemeiner Vergehen geschehen soll. Es kann aber gegen dieselben, wegen Unbrauchbarkeit und Dienstverfehlungen, auch auf Collegialanträge der ihnen vorgesetzten Behörden und des Geheimenrathes, die Entlassung oder Versetzung auf ein geringeres Amt durch den König verfügt werden; jedoch hat in einem solchen Falle der Geheimerath zuvor die oberste Justizstelle gutachtlich zu vernehmen, ob in rechtlicher Hinsicht bei dem Antrage der Collegialstelle nichts zu erinnern sei.“ Man bedurfte also eines Antrages von Seiten des Tübinger Senats. In einer Geheimenrathssitzung unter Vorsitz des Königs ward beschlossen, dem Senate die Frage zu stellen, „ob ein akademischer Lehrer, welcher derartige Angriffe gegen das Staatsoberhaupt, die Regierung und das Volk von Würtemberg sich erlaubt habe, noch als geeignet betrachtet werden könne, sein Lehramt an der Landesuniversität zu bekleiden“. Es war unmöglich die Frage plumper zu fassen, Niemand konnte zweifeln, welche Antwort der Geheimerath erwartete. Trotzdem bewährte der Tübinger Senat eine rühmliche Unabhängigkeit. Hugo v. Mohl, der Naturforscher, ein politischer Gegner Pauli's, erstattete Bericht und mißbilligte zwar die persönlichen Angriffe und den aufgeregten Ton jener Correspondenz, erklärte jedoch, daß der Verfasser weder die sittliche noch die wissenschaftliche Befähigung zum Lehramte verloren habe. Daran schloß sich die verständige Mahnung, daß Verfolgungen solcher Art auf den Urheber zurückfallen, und daß es endlich an der Zeit sei, in Würtemberg wie überall sonst den Haß des Bürgerkrieges zu begraben. Dieser Bericht ward mit starker

Mehrheit ($^4/_5$ der Stimmen) angenommen; die Majorität bestand zum größeren Theil aus geborenen Würtembergern. Und wie die schwäbischen Professoren, so dachten die schwäbischen Studenten. Pauli's Zuhörer, sämmtlich — soviel wir wissen — geborene Würtemberger, blieben ihrem Lehrer treu; der Versuch einer kleinen Partei, dem Preußen ein Mißtrauensvotum zu geben, blieb erfolglos.

Somit war Pauli's Entlassung verfassungsmäßig unmöglich. Doch man kennt in Bayern und Würtemberg ein alterprobtes Mittel, die Verfassungsartikel, welche den Staatsdiener vor willkürlichen Eingriffen sichern, zu umgehen. Am Abend des 20. November lasen die Tübinger Professoren im Staatsanzeiger, daß Herr Pauli an das niedere evangelische Seminar zu Schönthal versetzt sei. Am folgenden Tage erhielt Pauli den Befehl, sich augenblicklich an seinen neuen Bestimmungsort zu begeben, und der Senat eine Rüge von classischer Grobheit, gleich als gälte es, alle Behauptungen unserer Correspondenz über die Unsitten der schwäbischen Bureaukratie urkundlich zu bekräftigen. Freunde in Schwaben schildern uns die Cistercienserhallen des schwäbischen Gumbinnen, welche Mühe der Schönthaler Denker aufbieten müsse, um sich aus einem zwei Meilen entlegenen Orte den Hochgenuß eines Kalbscoteletts zu verschaffen u. s. w. Wir aber wollen diese Misere übergehen und einfach constatiren, daß nach dem Urtheile des unverdorbenen Menschenverstandes ein Lehramt an einem niederen Seminare allerdings ein an Einkommen und Würde „geringeres Amt" ist als eine Professur an einer vielbesuchten Universität. Pauli's Versetzung war rechtlich unstatthaft. Herr v. Golther bezeichnet in seinem Verweise an den Senat Pauli's Verfahren als ein Vergehen gegen die beschworenen Pflichten des Staatsdienstes und des Lehramtes. Wohlan, betrachtet der Cultusminister wirklich seine Seminarien als die geeigneten Aufenthaltsorte für Männer, welche ihre beschworenen Pflichten verletzen? Das armselige Manöver erreichte seinen Zweck. Pauli verlangte alsbald seinen Abschied. Durch ein ähnliches Verfahren hat die Tübinger Hochschule bereits mehrere tüchtige Lehrkräfte verloren, so Reyscher und Robert v. Mohl. Der vielgerühmten schwäbischen Freiheit sind diese kleinen Künste der Bureaukratie bereits so geläufig, daß man im Lande solche Verfassungsumgehungen kaum noch bemerkt.

Dies der Hergang, wie er uns von wohlunterrichteten Männern in übereinstimmenden Berichten geschildert wird. Eines Urtheils bedarf es für preußische Leser nicht. In unserem Staate, den die Schwaben gern als ein Land der Knechtschaft schildern, führen Professoren unbehelligt die Opposition in- und außerhalb des Landtags. Das ganze Verfahren gegen

unseren Mitarbeiter athmet einen Geist parteiischer Tücke und kleinlicher Rabulisterei, der unserem Cultusministerium selbst in den Tagen der schlimmsten Reaction fern blieb. Vor einigen Jahren sprach Herr v. Golther offen die Absicht aus, er wolle die Landesuniversität „großdeutsch machen". Wir sehen ihn auf dem besten Wege sein Wort einzulösen. Wenn ein Tübinger Professor sein Katheder mißbraucht zu Schmähungen gegen jenes Preußen, dem Würtemberg soeben Frieden und ewige Freundschaft gelobt hat, so findet man dies in Stuttgart ganz in der Ordnung; und wenn ein Theolog, die Kanzel entweihend, unter dem Titel „Wahrheit und Lüge" eine Standrede gegen Preußen hält, so decorirt man ihn. Den Senat aber überhäuft man mit grober Geringschätzung, wenn er zu Gunsten eines Professors der Gegenpartei sein pflichtmäßiges Gutachten abgiebt. Noch einige Jahre weiter auf solchem Wege, und die Tübinger Universität wird den Charakter einer deutschen Hochschule verlieren, sie wird nicht mehr jenes lebendige Nebeneinander mannichfaltigster Richtungen aufweisen, worauf der Werth unserer hohen Schulen beruht. In Sachsen erstreckt sich die Amnestie auf Jedermann, sogar auf jene Staatsdiener, welche während des Krieges mehr oder minder unverhohlen die Beseitigung der Dynastie forderten; in Würtemberg trifft eine boshafte Verfolgung selbst solche Geistliche, welche nach der Pflicht ihres Amtes den erbitterten Gemüthern Frieden und Versöhnung predigten.

Doch wer darf sich verwundern über irgend eine That jener Regierung, die sich mit dem Rufe vae victis in den Krieg gegen uns stürzte? Die Regierungen von Bayern und Würtemberg werden nicht müde, die Posse „die verkehrte Welt" aufzuführen. Nach einem schmählichen Bankbruche gebährden sie sich wie übermüthige Sieger, sie wollen nicht sehen, daß das ganze Gedeihen der Südstaaten fortan lediglich von dem guten Willen des norddeutschen Bundes abhängt, und ziehen aus dem ungeheuren Wandel der Geschicke nur die eine Lehre, daß die napoleonischen Königskronen heute unabhängiger dastehen denn je, selbst der schattenhaften Bundesfesseln entledigt, als europäische Mächte, geschützt durch die Eifersucht des Auslandes gegen das neue Deutschland. Immerhin bleibt den Herren v. Varnbüler und v. d. Pfordten das Verdienst, daß sie sich geben wie sie sind und nicht wie ihr Genosse in Wien vor dem Angesichte der achselzuckenden Welt einen neuen Adam anziehen. Die langmüthige Nachsicht, welche der Sieger diesen Herren schenkt, scheint in der That räthselhaft. Wir sind versucht zu meinen, daß das Berliner Cabinet dem ohnmächtigen Unverstande absichtlich den Zügel schießen läßt, um später zur rechten Stunde die verdiente Züchtigung vorzunehmen.

Merkwürdiger als das Verfahren des Herrn v. Golther ist uns die

Haltung der schwäbischen Demokratie. Setzen wir den unwahrscheinlichen Fall, ein ultramontaner Professor in Bonn oder Münster würde wegen eines Artikels in Görres' historisch-politischen Blättern auf ähnliche Weise wie Pauli mißhandelt: — kein Zweifel, unsere gesammte liberale Presse würde sich wie ein Mann für den Verfolgten erheben. Anders in Schwaben. Der Radicalismus erscheint in Deutschland ohnehin schwächlicher als in anderen Ländern, da er an dem Charakter unseres maßvollen Volkes gar keinen Rückhalt findet, und er wird schlechthin verächtlich, sobald er sich mit der particularistischen Bureaukratie verbündet. Wenn wir die Herzensergießungen der schwäbischen Demokraten über den Pauli'schen Handel durchmustern, so sind wir geneigt, Herrn v. Golther als das sichtbare Oberhaupt der Landesdemagogie zu begrüßen. Ohne zu ahnen, daß sie ein zweischneidiges Schwert schwangen, unterstützten diese Freiheitshelden beharrlich die Willkür der Bureaukratie, sie hetzten und hetzten, und jenes Lügensystem, das die schwäbische Presse während des Krieges ausgebildet hatte, erneuerte sich im Kleinen gegen den preußischgesinnten Professor. Unwürdig eines liberalen Blattes war vor Allem die Haltung des Stuttgarter „Beobachters". Dies Orakel der schwäbischen Gesinnungstüchtigkeit brachte, bevor der Senat sein Gutachten abgegeben, eine Blumenlese von willkürlich herausgerissenen Stellen aus unserer Correspondenz und hatte die Stirn, dies Zerrbild der Pauli'schen Arbeit mit dem Worte zu schließen: „Dies sind die Acten! Nun möge das würtembergische Volk sein Verdikt abgeben, besser als Disciplinarsenate und Gerichtshöfe vermögen!" Den Kehrreim dieser Kundgebungen gegen Pauli bildet jener sinnlose Haß gegen alles preußischnorddeutsche Wesen, den auch die blutigen Lehren des jüngsten Krieges nicht gebrochen haben. Niemand im Norden erwiedert ihn, diesen unseligen Haß, alle unsere Parteien wünschen die Versöhnung mit dem Süden. Doch wenn wir in diesem kleinen wie in vielen größeren Fällen den politischen Unverstand, den gehässigen Stammesdünkel der Schwaben sich spreizen sehen, so sinkt unsere Hoffnung tiefer und tiefer, und wir wiederholen das besorgte Wort, das wir im September niederschrieben: Es wird eine Schule der Leiden sein, die den Süden zu dem Norden zurückführt.

1867.

Zum Jahresanfang.

Kiel, 23. Dec. 1866.

Das sind die schlechtesten Menschen nicht, die sich nimmer genug thun können, und es sind nicht die kleinsten Zeiten, die beharrlich über ihre eigene Kleinheit klagen. Wie oft, seit das unglückliche Wort „Genie“ die Köpfe unserer Jugend bethörte, erklang in unserer Dichtung der Weheruf über diese Welt der Epigonen; und auch nachdem wir endlich verlernt, die Dinge nur mit dem Auge des Künstlers zu betrachten, ist solche Klage keineswegs verstummt. Und doch, um zu schweigen von den stillen Eroberungen unserer Volkswirthschaft, die Wohlstand, Behagen und gute Sitte in immer weiteren Kreisen verbreiten, wie viele Jahrzehnte der Geschichte waren reicher an großen, schlechthin neuen politischen Schöpfungen, als dieses jüngste, das wir so gern eine Zeit der kleinen Menschen schelten? Wir erlebten in Indien einen Kampf, der dort den endgiltigen Sieg der abendländischen über die orientalische Gesittung entschied, und eben jetzt sehen wir in dem siegreichen England die demokratischen Kräfte, welche ein unvergleichlicher Gewerbfleiß entbunden hat, langsam sich rüsten zur Umgestaltung des alten aristokratischen Staatsbaues. Wir haben in Amerika den größten der modernen Bürgerkriege gesehen, der in seinem Kerne doch ein Kampf war um eine erhabene Idee; zum ersten Male in der neuen Geschichte offenbarte sich die Demokratie, die freie und geordnete, nicht durch den Schrecken geknechtete, Demokratie in ihrer kriegerischen Größe. Unterdessen schreitet die alte Welt mit raschen Schritten jenem Zeitalter gesicherter Civilisation entgegen, da die großen Culturvölker Herren sein werden im eigenen Hause, und feindliche Heere seltener die gesicherten Grenzen des Nachbars überschreiten werden. Wir sahen Italien erwachen, und so unwiderstehlich hat in dieser nationalen Bewegung die Natur der Dinge, die Macht der Vernunft gewaltet, daß wir hoffen dürfen, ihre letzte, bedeutsamste Scene werde unblutig ver-

laufen. Es ist nicht unmöglich, daß die unbelehrbarste der alten Mächte, das Papstthum, dereinst selber die Unhaltbarkeit ihrer weltlichen Herrschaft eingestehen muß.

Von allen Wandlungen dieser wechselvollen Tage ist jene, die auf unserem Boden spielt, vielleicht die größte. Es ist müßig, aufzuzählen, was einem Jeden, nun dies reiche Jahr im Sterben liegt, wieder ergreifend und erhebend vor die Seele tritt. Genug, wir haben durch einen sieghaften Krieg, den menschlichsten unserer Geschichte, unsere Unabhängigkeit erobert und im Norden eine Macht geschaffen, wie sie nicht mehr bestand seit den Tagen unserer Sachsenkaiser; wir haben, glücklicher als die Italiener, all' dies erreicht mit reinen Händen. Nicht durch die Hilfe der Fremden, nicht durch die Preisgebung deutschen Bodens erkauften wir den Sieg der nationalen Idee. Und während die Freunde der alten Unordnung sich noch die Augen reiben und an den neuen nationalen Staat nicht glauben wollen, hat die stille Arbeit der regeren Geister den nationalen Gedanken bereits wieder ein Stück Weges zurücklegen lassen. Unser Volk hat leider nicht mit revolutionärem Entschluß den Prager Frieden gebrochen, wie die Italiener den Frieden von Zürich. Trotzdem ist jener Friede bereits überwunden. Alle denkenden Patrioten begegnen sich bereits in der Ueberzeugung: der neue Bund muß schon nach seiner ersten Anlage fähig sein, den Süden in sich aufzunehmen, zur rechten Stunde die Fesseln jenes Friedensschlusses abzuschütteln.

Wahrhaftig, eine so rasch wachsende Zeit verdiente wohl, daß ein anderer Ulrich von Hutten ihr zuriefe: „o Jahrhundert, es ist eine Lust zu leben!“ Solcher Zuruf wäre berechtigt, obwohl die großen Neubildungen dieser Tage sehr nüchtern und unscheinbar auftreten. Häufig folgt in der Geschichte starker Umwälzungen auf eine Epoche voll genialer Entwürfe und heißer Leidenschaften eine andere ruhigere Zeit, welche, belehrt durch die Mißerfolge der Vorgänger, ohne das Feuer der Jugend, mit strengem Ernst vollendet, was der erste Anlauf nur halb erreichte. Jene nüchterne Convention, die den Oranier zum Throne berief, war der glücklichere Erbe des langen Parlaments; erst der kalte Verstand eines rechnenden Geschlechts sicherte dem englischen Volke die Güter verfassungsmäßiger Freiheit, welche das Genie und das Schwert der großen Puritaner nicht auf die Dauer zu wahren vermochte. Die kühnen Worte der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten werden noch lange die Jugend unseres demokratischen Jahrhunderts begeistern; in Wahrheit begründet wurde die Republik des Westens erst durch jene bescheidene Versammlung von Philadelphia, deren trockene, geheime Debatten den Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelten. Auch Italiens Geschicke erfüllten

sich erst, als auf die Schwärmer, welche zu dem Wahlspruch l'Italia farà da se schwuren, ein Geschlecht von Staatsmännern gefolgt war, das mit dem Gegebenen zu rechnen wußte. Aehnlich wird einst dem Urtheile der Nachwelt die deutsche Bewegung von 1866 neben der Revolution von 1848 erscheinen. Zwar, Gott sei Dank, das Gleichniß hinkt ein wenig; denn eine gerechtere Zukunft wird weder so groß von den Männern des März, noch so klein von den Helden des vergangenen Jahres denken, wie unsere heutigen Demokraten. Doch allerdings, kein brausender Jubelruf der Massen wird unserem zweiten Parlamente entgegentönen, wie einst dem ersten, und nicht die alte Krönungsstadt am Maine, darin die Schatten von Kaiser und Reich noch umgehen, wird es empfangen, sondern das moderne Berlin. Aber die Erinnerungen, welche diese junge Stadt umschließt, sind die echtesten und schönsten unserer neueren politischen Geschichte; neben den Spuren einer stattlichen und noch immer lebendigen Vergangenheit regt sich hier eine kräftige, aussichtsvolle Gegenwart. Wir werden zufrieden sein, wenn die Verhandlungen des Parlaments ein ebenso modernes, realistisches Gepräge tragen wie die neue deutsche Hauptstadt. Nicht mit grenzenlosen, unbestimmten Hoffnungen auf eine Neugestaltung der Nation an Haupt und Gliedern eröffnet sich das zweite Parlament, wie einst das erste; ein ziemlich enger Kreis nüchterner Geschäftsfragen harrt der Erledigung, und eben diese feste Begrenzung der Aufgabe bürgt uns für die glückliche Lösung. Die politischen Kräfte für ein Verfassungswerk, das uns die Bahn zur Einheit Deutschlands erschließen soll, sind in reichem Maße vorhanden; es gilt nur, daß die Nation im Rathe dieselbe Gabe der Mannszucht und Selbstbeherrschung bewähre, wie das Volk in Waffen.

Wir Unitarier sehen einen guten Theil unserer Gedanken früher verwirklicht, als unsere kühnsten Träume zu hoffen wagten, wir sind darum verpflichtet, die tapfere Zuversicht auf den Fortgang unserer großen Sache uns nicht trüben zu lassen durch den Mißmuth über manche politischen Fehler der jüngsten Tage. An solchen Fehlern war die laufende Landtagssession nicht arm. Die Versöhnung der alten Opposition mit der Regierung ist keineswegs so vollständig, wie wir nach den großen Zugeständnissen der Thronrede hoffen durften. Noch immer gilt es als ein Zeichen der „Entschiedenheit,“ lieber mit den Polen, den geborenen Feinden unseres Volkes, und den Ultramontanen, den geschworenen Feinden unserer Einheit, zu stimmen, als mit den gemäßigten Liberalen. Noch immer spreizt sich jene rechthaberische Eitelkeit, welche in Deutschland das Privilegium genießt, sich Charakter zu nennen, und erzählt den lächelnden Hörern, welche wundervollen Siege der ungehemmte Fortschritt auf dem

Schlachtfelde erfochten haben würde, möchte, könnte! Unter den zahlreichen Beschwerden, welche die Fortschrittspartei während der Budgetdebatte erhob, sind leider sehr viele wohl begründet; doch wenn wir sehen, mit welchem Jubel diese Angriffe auf das Ministerium Bismarck von den Feinden Preußens in Oesterreich, Frankreich und Süddeutschland begrüßt werden, so erhebt sich die Frage, ob ein preußischer Volksvertreter heute wohl thut, dem Particularismus in die Hände zu arbeiten. Auch leichtfertiger politischer Dilettantismus regte sich oftmals. Ganz gewiß bildet das Steuerbewilligungsrecht das höchste der parlamentarischen Rechte, das wir einst erobern müssen, wenn unser Verfassungswerk sich vollenden soll; die Gründer der Verfassung haben es dem Landtage versagt und dadurch einen Conflict heraufbeschworen, den Dahlmann schon vor siebzehn Jahren kommen sah. Aber wie durften denkende Männer, erprobt im Wind und Wetter des Verfassungskampfes, ernstlich hoffen, dies fundamentale Recht beiläufig in die Verfassung hineinzuinterpretiren? Genug der Vorwürfe. Ein großes Ergebniß ist erzielt: zum ersten Male seit Jahren kommt ein rechtlich unanfechtbares Budget zu Stande. Auch für die Berathung des Budgets ist endlich die rechte Form, die wirksame Oeffentlichkeit gefunden. Die Aufhebung der Wuchergesetze ist ein Zeugniß für die unhemmbare Macht des Fortschritts in unserer Gesellschaft; der Verlauf der Session bewies von Neuem, daß unser Liberalismus über eine achtungswerthe Fülle von Sachkenntniß und geschäftlicher Tüchtigkeit gebietet. Ein Landtag, der solche Früchte bringt, verdient mit allen seinen Fehlern eine ehrenvolle Stelle in unserer Verfassungsgeschichte.

Größere Ergebnisse haben wir von diesem Landtage nie erwartet, am Wenigsten eine gründliche Neubildung der Parteien. Auch die aus den gemäßigten Elementen der Fortschrittspartei hervorgegangene sogenannte nationale Partei begrüßen wir nur als ein Symptom der verbreiteten Erkenntniß, daß die alten Parteien sich nicht mehr unverändert halten lassen; eine in Wahrheit neue Partei mit positivem Programm vermögen wir in ihr nicht zu erkennen. Die Parole „Unterstützung der auswärtigen, Bekämpfung der inneren Politik der Regierung“ enthält, schroff durchgeführt, unleugbar einen Widerspruch. Grade aus den Reihen dieser neuen Partei sind einige der heftigsten und leider auch einige der ungerechtesten Angriffe auf die Regierung hervorgegangen. Es war schmerzlich aus dem Munde eines trefflichen Patrioten das gemeine Wort Heine's über die Einheit des Zuchthauses und der Peitsche zu hören — eine häßliche Reminiscenz aus jener unfruchtbarsten Zeit des deutschen Liberalismus, da man die ernsten Geschäfte der Politik in Feuilletonwitze verflüchtigte und den Patrioten um so höher schätzte, je schamloser

er auf sein Vaterland schimpfte. Nicht in diesem Tone einer längst überwundenen Epoche sollten deutsche Männer heute, da ein gerechter Stolz auf unseren Staat das ganze Volk durchdringt, über unsere Zukunft reden!

Die neue Parteibildung, deren wir bedürfen, kann nicht erfolgen innerhalb des preußischen Landtags; denn der Groll der Personen und Parteien und der Anblick vieler noch immer nicht abgestellter Verwaltungsmißbräuche aus der Zeit des budgetlosen Regiments trüben hier auch dem Unbefangenen leicht den freien Blick. Sie kann nur erfolgen unter den neuen Verhältnissen und den neuen Männern des norddeutschen Parlaments. Es scheint geboten, jede Selbsttäuschung zu vermeiden und kalt zu prüfen, welche Erwartungen wir von dieser Versammlung hegen dürfen.

Zuvörderst, die Macht des Parlaments wird rechtlich und thatsächlich eine beschränkte sein. Rechtlich, denn das Parlament ist eine Versammlung ad hoc, ihm fehlen die finanziellen Waffen einer regelmäßigen Volksvertretung. Außerdem hat der preußische Landtag dafür gesorgt, daß das Parlament nur berathende Befugniß haben wird; und wir können diese Vorsicht nicht mißbilligen, denn bei dem unsicheren Ausfalle der Wahlen ist es allerdings möglich, daß die preußische Verfassung durch das Parlament untergraben, ein gewisser Besitz unsicheren Hoffnungen geopfert werde. Thatsächlich wird die Macht des Parlaments beschränkt durch die Gefahr, daß ein ernsthafter Conflict mit den Regierungen die Constituirung des norddeutschen Bundes verhindere. Die preußische Regierung wird dem Parlamente einen mit den übrigen Cabinetten vereinbarten Entwurf vorlegen. Die Versammlung mag daran Vieles und Wichtiges ändern; verwirft sie aber die Grundlagen des Entwurfs, so wird, bei dem unzweifelhaften bösen Willen mehrerer unserer getreuen Bundesgenossen, eine Einigung unabsehbar. Die Regierung von Mecklenburg und das souveräne Volk von Hamburg haben, nach dem Vorgange unseres Abgeordnetenhauses, das Wahlgesetz für das Parlament bereits eigenmächtig abgeändert. An solchen unerfreulichen Vorzeichen läßt sich ermessen, wie übermüthig der Partikularismus der Cabinette und des Volkes aufjubeln wird, sobald das Parlament sich mit der Krone Preußen nicht verständigt. Dann würde sich die unendliche Schwierigkeit eines parlamentarischen Bundesstaates unter monarchischen Staaten auf das Widerwärtigste offenbaren und der norddeutsche Bund eine absolutistische Spitze, einen Bundesrath ohne Parlament erhalten. Wer diesen traurigsten und gewaltsamsten Ausgang vermeiden, wer den parlamentarischen norddeutschen Bund ehrlich will, der muß mindestens die Grundlagen des zwischen den Regierun-

gen vereinbarten Entwurfs annehmen. Manchem unserer liberalen Freunde wird diese bittere Wahrheit sehr niederschlagend klingen. Aber die jüngste Phase unserer Revolution ist allein durch die Krone Preußen geschaffen worden; wir halten es für ein unvermeidliches Ergebniß dieser Sachlage, daß die Krone auch fernerhin die Führung der Bewegung behält. In dem alten deutschen Bunde war die Nation gar nicht vertreten, sie besaß nicht einmal ein wirksames Recht der Bitte; in dem neuen Bunde wird die Nation bereits bei der Gründung der Bundesgewalt zur Mitwirkung aufgerufen. Wir meinen, das sei ein großer, segensreicher Fortschritt auf der Bahn der Freiheit, und wir sehen keinen Grund zu beklagen, daß das Parlament nicht die — nach der Erfahrung aller Zeiten zweischneidigen — Befugnisse einer Constituante besitzen wird.

Das Gebot der Mäßigung ergiebt sich schon aus der Competenz des Parlaments und wird noch einleuchtender, wenn wir schonungslos prüfen, welche Aussichten der Liberalismus hat, selbst zur Regierung zu gelangen. An den Sturz der beiden berühmtesten Mitglieder des Cabinets denkt im Ernst kein Patriot. Einige andere Minister zu entfernen ist den parlamentarischen Kräften unter günstigeren Verhältnissen nicht gelungen; heute, nachdem das Cabinet durch große Erfolge gekräftigt worden, müssen wir uns darein finden, daß wir vorderhand nicht die Macht besitzen das Ministerium zu ändern. Glücklicherweise verbietet die Natur der Lage heute auch einer conservativen Regierung ein reactionäres Parteiregiment. Cavour, der sich gern rühmte, der Revolution einen Damm entgegengeworfen zu haben, sang auf dem Sterbelager die Weise des ça ira vor sich hin, und wir meinen, der von den Radicalen verwünschte Mylord Camillo hatte ein Recht, den Kriegsgesang der Revolution auf seine Lippen zu nehmen. Graf Bismarck mußte in dem monarchischen Deutschland dem Radicalismus noch weit schroffer entgegentreten als Cavour in dem altrepublikanischen Italien; ein mächtiger revolutionärer Zug ist doch auch in der jüngsten Epoche der preußischen Politik unverkennbar. Es ist heute nicht mehr möglich, zugleich ein preußischer Patriot und ein Legitimist zu sein; die conservative Partei hat, als sie diese Regierung unterstützte, viele ihrer heiligsten Glaubenssätze über Bord werfen müssen. Auch verkünden die böhmischen Schlachtfelder gar zu laut, welche Ueberlegenheit einem Staate aus den modernen Mächten der entfesselten Volkswirthschaft und der freien geistigen Bildung erwächst; es wäre ein Selbstmord, wenn die Regierung auf den Beistand dieser Mächte fernerhin verzichten wollte. Sind wir dergestalt vor einem reactionären Parteiregimente sicher, so liegen andererseits keine Gründe vor, welche die Regierung zwängen, sich kurzweg zu einem liberalen Programme zu bekehren. Wir halten es für

eine Selbsttäuschung, wenn die Fortschrittspartei versichert, einer liberalen Regierung werde die Einverleibung der neuen Provinzen leichter gelingen. Die Männer des Nationalvereins haben vor dem Kriege das Cabinet auf das Bitterste angefeindet, sie haben während der Krisis allein in Sachsen mit Ernst und Muth für die deutsche Sache gewirkt; in Hannover und Hessen hielten sie sich zurück oder begnügten sich mit der Kundgebung einer kühlen Sympathie. Heute, seit die deutsche Frage praktisch geworden, ist der aus ernsten Patrioten und eitlen Phrasenhelden bunt gemischte Anhang der Herren v. Bennigsen und Micquel in alle Winde zerstoben; der Beistand dieser Männer, wie hoch wir ihn auch anschlagen, ist für die Regierung nicht mehr von entscheidender Bedeutung. Jene Schichten der Gesellschaft, welche der neuen Ordnung am heftigsten widerstreben — die hannoverschen Junker und Offiziere, die Pastoren und Bauern — zählen meist zur reactionären Partei und lassen sich durch ein liberales Cabinet ebensowenig gewinnen, wie einst der verstockte Preußenhaß der süddeutschen Radicalen durch das Ministerium Auerswald belehrt werden konnte. Aus alledem ergiebt sich, daß der Liberalismus vorderhand nicht hoffen kann, zur Herrschaft zu gelangen; aber ihm bleibt die Aussicht, durch feste und gewandte Unterstützung der deutschen Politik des Grafen Bismarck sich einige wichtige Zugeständnisse zu erobern.

In solcher Meinung werden wir bestärkt, wenn wir den wahrscheinlichen Ausfall der Wahlen in's Auge fassen. Das allgemeine, directe Stimmrecht ist in Deutschland, soviel wir wissen, erst zweimal erprobt worden, in Braunschweig und Schleswig-Holstein, beide male mit nicht ungünstigem Erfolg. So vereinzelte Erfahrungen gewähren keinen sicheren Maßstab. Der Hochmuth der Gebildeten hat sich bisher nur wenig um die politische Gesinnung der Massen bekümmert, und da überdies allerorten der begreifliche Wunsch nach neuen, von dem Hasse der alten Parteikämpfe noch unberührten Männern sich erhebt, so liegt der Erfolg des Experiments in tiefem Dunkel. Selbst in unserem besser gebildeten und minder von socialem Neide angefressenen Volke werden einige jener Erscheinungen nicht ausbleiben, welche Frankreich an dem suffrage universel erlebt. Da und dort mag in einem kleinen Staate ein Minister von gemäßigt-liberaler Richtung, ein Kenner des verwickelten Bundesrechts, siegreich aus der Wahlurne hervorgehen; doch im Allgemeinen wird die höhere geistige Bildung schwerlich zu der gebührenden Geltung gelangen, der gemäßigte Liberalismus hat bei allgemeinem Stimmrecht wenig Hoffnung auf große Erfolge. Dafür müssen andere sociale Mächte, welche die Masse beherrschen, sich in ihrer vollen Bedeutung zeigen: Glauben

und Aberglauben, Gewohnheit und Dummheit, politische und wirthschaftliche Abhängigkeit.

Mithin läßt sich schon heute voraussehen, daß mindestens zwei Parteien in dem Parlamente sehr stark vertreten sein werden. Aus den ländlichen Bezirken der alten Provinzen werden viele conservative Abgeordnete erscheinen, darunter einige einsichtige Anhänger der deutschen Politik des Cabinets, die Mehrzahl aber schlechtweg gouvernemental. Ihnen gegenüber werden sich, wo nicht in der Form, so doch in der That, die Particularisten zu einer geschlossenen Partei zusammenschaaren: Legitimisten aus den neuen Provinzen, Ultramontane vom Rhein, mecklenburgische Junker, Verehrer des Rautenkranzes und des weißen polnischen Adlers, dazu die Radicalen vom Schlage der Rheinischen Zeitung. Wir unterschätzen keineswegs die Bedeutung dieser gemischten Gesellschaft. Der Particularismus erkennt mit dem sicheren Instincte der Todesangst, daß in dem Parlamente die Einheitsfrage, nicht die Freiheitsfrage zur Entscheidung kommt, und kümmert sich darum wenig um die mehr oder minder liberale Gesinnung seiner Genossen. In dem Einen, worauf es zunächst ankommt, sind die Herren einig: in dem bösen Willen, den norddeutschen Bund zu schädigen, in dem Nein gegen jede heilsame Beschränkung der Vollgewalt der kleinen Kronen.

Sollte dieser sichere politische Takt der Gegner nicht der dritten Gruppe, welche voraussichtlich in dem Parlamente auftreten wird, den liberalen preußischen Patrioten jenen Weg weisen, der für uns der einzig mögliche ist? Die Verfassungsarbeit unseres ersten Parlaments war schon darum hoffnungslos, weil in den Hallen von St. Paul das thörichte Feldgeschrei: Freiheit — oder Ordnung! den einzig richtigen Parteiruf: Einheit — oder Zerrissenheit! fortwährend übertönte. Jene Coalition der Demokraten und Oesterreicher, welche die Reichsverfassung also vergiftete, daß sie der Krone Preußen unannehmbar ward, trägt die schwerste Schuld an dem Untergange des ersten Parlaments. Darf ein so jammervolles Schauspiel politischer Unfähigkeit nach siebzehn Jahren herber Erfahrungen sich wiederholen? Dem Particularismus gegenüber scheint uns die Pflicht der liberalen Preußen zweifellos. Sie müssen mit den Conservativen für die wesentlichen Punkte des Regierungsentwurfes stimmen, auf daß die Particularisten mit überwältigender Mehrheit geschlagen werden: denn starke Majoritäten haben in einer berathenden Versammlung, die vornehmlich auf ihr moralisches Gewicht angewiesen ist, besonderen Werth. Sind die liberalen Preußen zahlreich vertreten — was wir wünschen, aber nicht mit Sicherheit zu hoffen wagen — so haben sie es in der Hand, ihre Bundesgenossenschaft theuer zu verwerthen und

wichtige liberale Zugeständnisse zu erlangen. Sind sie zu schwach, um als Partei etwas zu gelten, so erwarten wir von ihnen den tausendsten Theil jener Hochherzigkeit, welche die erhabene Kinderseele Garibaldi's unter die Unsterblichen erhebt; wir erwarten, daß sie im Nothfall auch für solche Bestimmungen des Regierungsentwurfes stimmen, welche dem liberalen Programme nicht entsprechen: auf daß nur der Anfang der Einheit des Vaterlandes nicht zerstört werde. Durch eine solche streng-unitarische Haltung kann es gelingen, daß aus den gemäßigten Elementen der conservativen und der liberalen Partei eine neue lebensfähige Mittelpartei, eine freie und deshalb werthvolle Bundesgenossin der deutschen Politik des Cabinets entstehe. In Posen sind bereits die Deutschen aller Farben zu einträchtigem Widerstande gegen die Polen zusammengetreten; mögen auch in den minder gefährdeten Provinzen die entschlossenen Anhänger der neuen deutschen Ordnung den verkappten Lobrednern der alten Fremdherrschaft die gleiche Thatkraft und Selbstverleugnung zeigen!

So viel wir bisher von dem Bundesverfassungsentwurfe kennen, werden besonnene Liberale sich leicht mit seinen wesentlichsten Bestimmungen befreunden. Die jüngste Nachricht, daß die Vertreter der kleinen Kronen mit einigem Schrecken Preußens weitgehende Forderungen vernommen haben, berechtigt die ernsten Freunde der Einheit zu guten Erwartungen. Wir heben einige Hauptpunkte hervor.

In dem Heerwesen kann die Einheit gar nicht radical genug durchgeführt werden; jede Zweideutigkeit ist hier vom Uebel. Der Fahneneid läßt sich nicht theilen. Ein Eid, zum Theile dem Oberfeldherrn, zum anderen Theile dem heimischen Dynasten geleistet, kann in manchen, zwar unwahrscheinlichen, doch keineswegs unmöglichen Fällen die Offiziere der kleinen Contingente in die peinlichste Gewissensbedrängniß stürzen. Schon allzu oft sind diese braven Soldaten durch die Schuld ihrer Höfe zum Kampfe gegen Deutschland und die eigene bessere Ueberzeugung geführt worden; die Nation ist ihnen schuldig, so schweres Unglück einmal für allemal zu verhindern. Dazu kommt die Rücksicht auf den möglichen Eintritt der süddeutschen Contingente in unser Heer. Nur wenn wir das norddeutsche Heer zu einem Körper von unzerstörbarer Festigkeit und Einheit herangebildet haben, nur dann können wir hoffen, einst auch die süddeutschen Truppen einzufügen, ohne daß, wie in Italien, der militärische Verband gelockert würde. Wir brauchen ein untheilbares Heer, das auch im Frieden unbedingt der Verfügung des Oberfeldherrn unterliegt; die Offiziere der kleinen Contingente müssen endlich heraus aus den Vetterschaften und Coterien der kleinen Residenzen, sie sollen in Mainz und Luxemburg, in Berlin und Danzig sich einleben in die größeren Verhält-

nisse der neuen Ordnung. Ueber die Nothwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht kann schwerlich mehr ein Zweifel bestehen. In wenigen Jahren werden die Vorurtheile der besitzenden Klassen gegen diese echt demokratische Institution verfliegen, und auch die Zeit ist nicht ferne, da jene Weise schwermüthiger Entsagung, welche heute noch die Kriegslieder unserer kleinen Conscribirtenheere durchzieht, verschwinden und ein fröhlicherer, hoffnungsvollerer Geist, würdig eines Volkes in Waffen, diese Truppen beseelen wird.

Aehnliche Erwägungen gelten für die Diplomatie. Ein sächsischer Gesandter, der heute noch in Paris antichambrirt, wird allerdings vorderhand mehr die Finanzen seines Staates, als die Sicherheit des norddeutschen Bundes schädigen; die Abberufung des englischen Gesandten aus Dresden lehrt zur Genüge, daß die großen Mächte die Bedeutung der kleinen Kronen des Nordens richtig zu würdigen beginnen. Doch auch in dieser Frage scheint uns die Aussicht auf den Beitritt des Südens von entscheidender Bedeutung: eine bayrische Diplomatie neben der deutschen würde dereinst nicht ungefährlich sein. Man muß im Süden wissen, daß die Glieder unseres Bundes aus der Reihe der europäischen Mächte ausgeschieden sind.

Die handelspolitische Einheit läßt sich nicht so rasch verwirklichen. Zwar über den Grundsatz ist die große Mehrzahl einig. Alle Zolleinnahmen sind der Bundeskasse zuzuweisen, damit verschwindet von selbst der schwierige und mit unzweifelhafter Gerechtigkeit kaum zu lösende Streit über das praecipuum für die Küstenländer. Der Norden muß ein volkswirthschaftliches Ganzes bilden und die gesetzlichen Normen für seinen Verkehr ausschließlich von der Bundesgewalt empfangen, was freilich eine Vereinfachung und Revision der gegenwärtigen Zollgesetze voraussetzt. Dann besitzen wir die Kraft, die Staaten des Südens in die Wege einer liberalen Handelspolitik hineinzudrängen. Auf diesem Gebiete werden wir bald genug erfahren, daß an der Niederelbe, der Warnow und Trave ein kaum minder zäher Particularismus wurzelt als am Neckar und Nesenbach. Die Hansestädte, vornehmlich Hamburg, fürchten schwere Verluste von dem Untergang ihrer Consulate, sie sträuben sich ihre altberühmte Flagge mit einer norddeutschen Bundesflagge zu vertauschen. Wir finden diesen Widerstand gänzlich unberechtigt. Preußens Handelspolitik wird einen freieren Blick und frischeren Eifer gewinnen, sobald der Staat auch die Interessen unserer beiden Welthandelsplätze zu wahren hat. Und ist es denn für ein großes, ehrliebendes Volk so ganz gleichgiltig, ob seine Schiffahrt ihre Rechte der Gunst der Fremden oder der eigenen Macht verdankt? Auch der Eintritt der Hansestädte in unsere Zolllinie scheint

auf die Dauer unausbleiblich. Bisher, in der Blüthezeit des Particularismus, konnte diese Frage niemals richtig gestellt werden; man fragte stets: wird der Staat Hamburg, der Staat Bremen durch den Eintritt in den Zollverein gewinnen? Erst in dem norddeutschen Parlamente wird man auch die Interessen der Niederlande von Elbe und Weser nach Gebühr erwägen, und diese leiden ernstlich unter der Erschwerung des Verkehres mit ihren natürlichen Märkten. Alle großen Welthandelsplätze, London und Liverpool, Havre und New-York, liegen innerhalb nationaler Zolllinien; das Beispiel der verunglückten Freihäfen Venedig und Triest kann denkende Kaufleute sicherlich nicht verlocken. Ist Hamburg erst wirklich ringsum von deutschen Zollschranken umgeben, so wird sich sehr bald in der Kaufmannschaft der Ruf erheben nach Beseitigung einer für alle Theile unheilvollen Ausnahmsstellung, und die Einsicht durchdringen, daß der nordische Zwischenhandel des Platzes auch ohne einen Freihafen gedeihen kann. Aber der Eintritt der Hansestädte in die deutsche Zolllinie kann erst erfolgen, wenn in jahrelanger Arbeit die gewaltigen Docks und Entrepots gebaut sind, deren der schwunghafte Hafenverkehr bedarf; schon deshalb müssen diese Plätze in den nächsten Jahren als Freihäfen behandelt werden.

So erweist sich die neue Ordnung nach allen Seiten hin als ein Provisorium. Vornehmlich tritt dies zu Tage bei den Bestimmungen über den Bundesrath. Die kleinen Kronen haben, so lange sie bestehen, gerechten Anspruch auf Theilnahme an der Bundesgewalt; und da ein Oberhaus von Fürsten und Mediatisirten erst im Verlaufe einer längeren bündischen Entwickelung möglich werden kann, ein Staatenhaus aber unter Bundesgenossen von so ganz ungleicher Macht sich von selbst verbietet, so erscheint ein Gesandtencongreß als der einzig mögliche Ausweg. Jedoch eine vernünftige Abstimmungsordnung für diese Behörde bleibt unfindbar. Es geht nicht an, daß der Bundesoberfeldherr durch seine Bundesgenossen majorisirt werde; und wieder, würde der führenden Macht die Mehrheit der Stimmen zugetheilt, so sinkt die Berathung zu einem Gaukelspiele herab. Auch hier gelangen wir zu der Einsicht, daß die staatliche Ordnung nicht allein in den Verfassungsformen enthalten ist; die überlegene Macht Preußens wird preußenfeindliche Mehrheiten zu verhindern wissen.

Noch schwieriger ist ein Urtheil über die Rechte des Parlaments. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Interessen der nationalen Einheit und des Parlamentarismus einander mehrfach widerstreiten. Wenn nicht der Bestand unseres Heeres dem Ränkespiele der kleinen Höfe immer von Neuem preisgegeben werden soll, so scheint es zweckmäßig, den Präsenz-

stand des Heeres durch Vertrag festzustellen, die Kosten desselben auf die Zolleinnahmen und bestimmte, für immer ausbedungene Matricularbeiträge anzuweisen. Doch offenbar, neben einer mit solchen Machtmitteln ausgerüsteten Bundesgewalt verschwände nahezu die Bedeutung des Parlaments, das selbstverständlich an den Zöllen nur selten etwas ändern kann. Wir verkennen nicht den Ernst dieser Frage, wir wünschen lebhaft, daß unser Reichstag das wirksamste der parlamentarischen Rechte, das Recht der Steuerbewilligung, erhalte. Doch die Sicherheit des Bundes muß allem Anderen vorgehen; wir halten daher das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments nur dann für unbedenklich, wenn die kleinen Kronen so gänzlich der Macht entkleidet werden, daß sie Zerwürfnisse zwischen Parlament und Bundesrath nicht für ihre Sonderzwecke ausbeuten können.

Unter den übrigen Plänen der Regierung haben mehrere im liberalen Lager schwere Mißstimmung erregt. Gewöhnt an die patriarchalische Gemüthlichkeit der kleinen Staaten können die Deutschen sich ein Parlament ohne Diäten kaum vorstellen. Wir müssen endlich lernen, daß der Dienst des Vaterlandes ein Opfer, und jede Partei verpflichtet ist ihren hervorragenden Mitgliedern solches Opfer im Nothfalle zu ermöglichen. Die Beseitigung der Diäten bildet eines der wenigen möglichen Corrective gegen die Gefahren des allgemeinen Stimmrechtes, sie erschwert zum Mindesten die Erwählung ganz unwürdiger Demagogen. Unverkennbar steht ein unbesoldetes Parlament der Masse des Volkes anders, geachteter gegenüber als ein besoldetes. Wenn wir den reichdotirten gesetzgebenden Körper Frankreichs mit den unbesoldeten Unterhäusern von England und Italien vergleichen, so erscheint die landläufige Behauptung, die Entziehung der Diäten gefährde die Freiheit, sicherlich als sehr zweifelhaft; und Niemand wird behaupten wollen, daß Italien ein reicheres Land sei als Deutschland. — Dagegen würden wir es mißbilligen, wenn die Regierung wirklich, wie man sagt, die Beamten von dem Parlamente ausschließen wollte. Wir würdigen vollauf das Gewicht der Gründe, welche sich für diese Absicht anführen lassen. Das Parlament soll das Urtheil der nichtofficiellen Welt über den Gang der Regierung aussprechen. Eine wesentlich aus Beamten bestehende Regierungspartei entbehrt des moralischen Ansehens, eine von Beamten geleitete Opposition gefährdet die monarchische Ordnung. Aber bei der geringen Verbreitung ernsthafter politischer Bildung in Deutschland wäre ein Parlament ohne Beamte nahezu ein Parlament ohne Sachkenner. Höchstens läßt sich vorderhand die Ausschließung der subalternen Verwaltungsbeamten oder etwa eine Bestimmung wie jene des italienischen Statuts rechtfertigen, welche festsetzt, daß nur ein Bruchtheil des Hauses aus Beamten bestehen darf. Wichtiger denn

all' dieses ist uns das Verhältniß des Parlaments zu dem preußischen Landtage. Wir halten fest an der Meinung, daß ein Nebeneinander zweier gesetzgebender Körper auf wesentlich demselben Staatsgebiete zu unerträglicher Reibung führen muß. Die Verschmelzung der beiden Körper zu einem engeren und einem weiteren Reichsrathe bleibt unser Ziel; wie wir dahin gelangen können, das wird erst die Erfahrung der nächsten Monate lehren.

Man sieht, die Verfassung, der wir entgegengehen, ist überaus künstlich; Begeisterung wird sie nirgends erregen. Aber wir bauen auf die Naturkraft des Einheitstriebes, der in unserer Geschichte mit wundervoller Sicherheit gewaltet hat. Die gesammte politische Wirklichkeit, die uns bisher umgab, war particularistisch. Man schlage ein beliebiges Handbuch unseres Particularstaatsrechts auf und man wird regelmäßig finden, daß dem Verfasser die Welt an den schwarz-rothen oder weiß-grünen Grenzpfählen aufhört, und das Verhältniß der Heimath zu dem deutschen Bunde nur wie eine unwillkommene Staatsservitut erscheint. Jetzt endlich wird eine nationale Staatsgewalt als eine greifbare Wirklichkeit auch dem blödesten sich aufdrängen; sie wird rasch um sich greifen und den Einzelstaaten ihre Lebenskraft entziehen. Wer weiß, ob nicht unsere an Wundern reiche Geschichte auch das größte aller Wunder schauen wird? ob nicht deutsche Fürsten einst freiwillig das Wort zu Schanden machen: „man steigt vom Throne nieder wie in's Grab," und eine ehrenvolle Pairie einer entwürdigten Krone vorziehen? Doch mag die Zukunft Frieden oder Unfrieden in ihrem Schooße tragen, den Einheitsstaat wird sie uns bringen.

Diese Zuversicht wird uns nicht geschmälert durch einige ungünstige Nachrichten aus den neuen Provinzen. Aus einer bequemen Hütte in ein weites Haus überzusiedeln ist nicht behaglich. Der alte Zustand bot mindestens den einen Vortheil, daß, wo Jedermann sich kennt, auch der Gewaltthätige nicht schrankenlos schalten kann. Mißgriffe, hervorgegangen aus der Unkenntniß der Menschen und der Dinge, haben sicher nicht gefehlt; manche Parteihoffnung mag getäuscht, mancher zudringliche schlechte Gesell zu unverdienter Geltung gelangt sein. Das Parlament wird den neuen Provinzen Gelegenheit geben, ihre Klagen zu begründen. So viel wir sehen, schreitet die Verschmelzung langsam und sicher vorwärts. Daß in Nassau die Ultramontanen, in Hannover die Reactionäre uns widerstreben, ist ganz in der Ordnung. Und wenn in Schleswig-Holstein unter Männern von sehr verschiedenen Parteien eine particularistische Gesinnung herrscht, welche von den ungeheuren Ereignissen dieses Jahres nichts weiter bemerkt hat als die Abtretung des Amtes Ahrensbök, von

allen Fragen der Zukunft nichts als die drohende Abstimmung in Nordschleswig, so erklärt sich diese unerfreuliche Erscheinung aus dem langen Sonderleben der Provinz. Doch ist auch hier die bessere Erkenntniß im Wachsen. Sobald ein besonnener Mann, wie jüngst Herr v. Stemann, den Phrasen und unfruchtbaren Klagen den Rücken kehrt und mit dem kalten Blicke des Geschäftsmannes die Rechtspflege Preußens und der Herzogthümer vergleicht, so ergiebt sich alsbald, daß die Einführung der preußischen Institutionen dem Lande ein reiner Gewinn sein wird. Ernstliche Sorge erregen uns nur die Nachrichten aus Hessen. Sollte sich bestätigen, was uns bestimmt versichert wird, sollte die mit vollem Rechte von dem Volke verfluchte Partei der Nachthessen sich das Vertrauen des Cabinets erworben haben, so sehen wir böse Verwirrung voraus: Preußen würde an der Partei Vilmar's niemals einen zuverlässigen Bundesgenossen, an dem ernsten und tapferen Volke einen zähen Widersacher finden.

Den wunden Fleck des norddeutschen Bundes bildet nach wie vor das unglückliche Sachsen. Das Schauspiel legitimistischer Huldigungen inmitten großer nationaler Erfolge, das schon im Jahre 1815 den großen Sinn des Freiherrn v. Stein mit Zorn erfüllte, hat sich also wirklich nach einundfünfzig Jahren wiederholt; der unfähigste aller deutschen Landtage hat wirklich sein gespenstisches Dasein von Neuem begonnen! Wir sind die Thoren nicht, von kleinen Seelen zu erwarten, daß sie eine Versuchung bestehen werden, die einen Timoleon zu Falle bringen muß. Das Experiment der Doppelherrschaft kann und wird nicht gelingen. Wenn der sächsische Kriegsminister ein Hoch ausbringt auf König Wilhelm, den Vater der deutschen Soldaten, und der Ministerpräsident am selben Tage den Kriegszug unter Habsburgs Fahnen als einen sittlich und rechtlich nothwendigen Kampf feiert, so vermögen wir an den treuen Willen einer solchen Regierung nicht zu glauben; was uns vor ihr sichert, ist allein ihre Ohnmacht. Unterdessen wird der Kampf der Parteien von Tag zu Tag gehässiger, bitterer, unwahrer. Die Männer der Opposition fußen auf dem Rechtsboden des von der Regierung geschlossenen Bundes mit Preußen; die gouvernementale Partei bekämpft im Stillen das Werk der Regierung. Wie soll ein so verlogener Kampf enden? Welche Spuren wird er hinterlassen in dem Charakter eines Volkes, das unter einer langen Mißregierung schon allzuviel der Schmiegsamkeit gelernt hat und heute sich gewöhnt, die Faust in der Tasche, den preußischen Truppen ein freundliches Gesicht zu zeigen? Wir fürchten, Deutschland wird einst in dem langen Sündenregister der Franzosen auch noch die schwere Schuld verzeichnen müssen, daß Frankreichs Einmischung, indem sie die Krone

der Wettiner rettete, einen ehrenwerthen deutschen Stamm von Grund aus entsittlicht hat.

Nicht ganz so hoffnungslos betritt der Süden das neue Jahr. Wohl brach auch während der jüngsten Monate der thörichte Stammeshaß gegen den Norden mehrmals widerwärtig aus. In Schwaben wird der innere Unfrieden genährt durch eine radicale Agitation, die in dem Verlangen nach dem rechtmäßigen Wahlgesetze von 1849 eine willkommene Handhabe findet. Die Verblendung der Höfe von Stuttgart und München währt unbelehrbar fort. Der preußische Sieger schenkte diesen Kronen ein Glück, das selbst die gesegnete Zeit des Rheinbundes nicht brachte. Sie fühlen sich stolz als europäische Mächte, ihre Marken sind gesichert durch die schwäbische Jugendwehr, dies gemeinsame Schooßkind der Reaction und des Radicalismus, und die militärische Einheit des Südens beginnt damit, daß für jedes Contingent Waffen von besonderem, der Stammeseigenthümlichkeit entsprechendem Caliber angeschafft werden. Aber bedeutsamer als diese gehäuften Thorheiten scheint die tiefe, schwere Abspannung, welche sich nach der fieberischen Ueberreizung des Sommers der Gemüther bemächtigt hat. Möge das Glück dem Süden gestatten, diesen wohlthätigen Schlummer gründlich durchzukosten. Wenn dann das öffentliche Leben von Neuem erwacht, so wird der alte Haß, die alte Thorheit vergessen sein; das deutsche Blut wird sich regen und mit einiger Scham erkennen, daß die Absonderung von dem Norden im Grunde nichts Anderes bedeutet, als die Bevormundung des Südens durch den Norden. Und sollte den Cabinetten das warnende Beispiel des römischen Hofes nicht endlich die Augen öffnen? Die Curie von Rom sehnt sich heute nach jenem italienischen Bunde, der an ihrem Widerstande scheiterte, sie flucht dem Einheitsstaate, den ihr Trotz geschaffen hat! Solche Hoffnungen auf eine friedliche Vereinigung des gesammten Deutschlands sind keineswegs sicher, doch leere Träumereien sind sie nicht; das lehrt die musterhafte Haltung des badischen Hofes. Wir sagten vor einigen Monaten, an dem Verhältnisse des Berliner Cabinets zu dem Hofe von Carlsruhe werde sich erproben lassen, ob unsere Regierung fähig sei, sich über den Parteistandpunkt zu erheben. Uns scheint, die Prüfung ist bereits bestanden. Das Verhältniß der beiden Höfe läßt wenig zu wünschen übrig; noch ein Jahr, und der Eintritt Badens in den norddeutschen Bund wird nur noch die Bedeutung einer Formfrage haben. Für österreichische Ränke zum Mindesten ist in Carlsruhe keine Stätte mehr.

Die Agonie dieser gedemüthigten Großmacht ist schrecklicher, als weiland die Erniedrigung nach dem Schönbrunner Frieden, und giebt der Welt immer neue Räthsel auf. Der Glaube an die Fortdauer des

Reichs ist in seinen Grundfesten erschüttert. Bayrische Patrioten sehen die Zeit nahen, da die Mark Oesterreich wieder heimfallen wird an das bayrische Herzogthum, dessen Setzling sie war. Eine zahlreiche Partei unter den Deutsch-Oesterreichern arbeitet offen für die Zertrümmerung des Staates; bereits wird in dem Gemeinderathe der Hauptstadt die Frage laut, ob die Kaiserstadt nicht bald zur deutschen Provinzialstadt herabsinken werde. In Ungarn ist abermals, wie im Jahre 1861, eine Verbindung der Linken und der Mittelpartei eingetreten, und die Hoffnung auf einen Ausgleich tief gesunken. Unsere Jahrbücher gaben neulich einem geistreichen Deutschrussen das Wort, der den Untergang des Donaureichs als eine Nothwendigkeit ansieht. Wir können uns zu einer so schwarzsichtigen Meinung noch nicht entschließen. Wir sehen freilich nicht ab, wie ein Reich, das kaum seine eigenen Glieder zusammenzuhalten vermag, wieder in die orientalische Politik des größten seiner Staatsmänner einlenken soll, und wir wissen wohl, daß dieser Staat unter den nationalen Gemeinwesen der Gegenwart eine Anomalie bildet. Aber auch die ethnopraphischen Naturverhältnisse des vielzungigen Reichs sind selber eine Anomalie, wie jene der Schweiz. Unser Staatensystem hat sich Gottlob noch zu keiner Zeit nach einer ausnahmslosen, einförmigen Regel gestaltet; und in Epochen reifer Cultur zählt eine Revolution so fürchterlicher Art, wie der Untergang einer Macht ersten Ranges, nicht zu den wahrscheinlichen Ereignissen. So lange noch irgend ein Grund zum Hoffen besteht, müssen wir festhalten an der Hoffnung, daß das Donaureich fortdauern und die abendländische Gesittung bewahrt bleiben wird vor der Ueberfluthung durch das russische Wesen, vor der Vernichtung des europäischen Gleichgewichts. Nur freilich ist es nimmermehr Preußens Aufgabe, hemmend und helfend einzugreifen in den Zersetzungsprozeß des Nachbarstaates. Auch eine andere Wahrheit wird man in Berlin in treuer Erinnerung behalten: innere Zerrüttung, welche jeden anderen Hof zur Besonnenheit und Sammlung mahnt, übt auf die Hofburg regelmäßig den entgegengesetzten Einfluß aus; die habsburgische Herrschsucht flammt stets um so hochmüthiger auf, je dringender das Reich des Friedens bedarf. In einem solchen Augenblicke, da selbst der reformirende Ernst der beiden Stadion kaum genügen würde, den Bestand des Reiches zu sichern, beruft man den unglücklichen Spieler, den ideenlosen Faiseur der Mittelstaatspolitik an das Ruder. Herr v. Beust setzt die Welt täglich durch seine beneidenswerthe Unbefangenheit in Erstaunen. Er erklärt in den Zeitungen: „ich habe keine Schulden“. Er reist nach Ungarn, um in wenigen Tagen, inmitten der geriebenen Staatsmänner dieses parlamentarischen Adels, die verworrenste Frage der österreichischen Politik zu er-

gründen. Er versichert gemüthlich, die Geschäfte der auswärtigen Politik könnten heute durch einen Hofrath besorgt werden; — und dies in einem Reiche, dessen gesammtes Leben immer in der auswärtigen Politik bestanden hat! Einen solchen Mann zu fürchten haben wir nie vermocht, ihm zu trauen werden wir niemals lernen; und es scheint nicht undenkbar, daß seine kleinen Künste abermals an einem Mächtigeren den ersehnten Rückhalt finden.

Kein Zweifel, das neue Jahr beginnt nicht mit der Aussicht auf gesicherten Frieden. Wir denken noch immer groß von der weisen Mäßigung des Kaisers der Franzosen. Aber seine Verlegenheiten wachsen und wachsen: die Finanznoth steigt, der Clerus murrt über das preisgegebene Rom, und die Niederlage von Mexico bleibt dem ehrgeizigen Volke unvergessen. In solcher Lage kann der Kaiser leicht wider sein besseres Wissen zu einem thörichten Kriege fortgerissen werden, der zwei befreundete Völker auf ein Menschenalter entfremden würde. Die jüngste Heeresreform ist ersichtlich darauf berechnet, dem Kaiser sogleich eine stärkere Truppenzahl zur Verfügung zu stellen.

Doch Gottlob, die Zeit ist nicht mehr da, da der Deutsche ängstlich ausspähte nach jedem Wölkchen am Himmel des Staatensystems. Mit dem Horte unserer allgemeinen Wehrpflicht, den uns keine andere Großmacht nachahmen kann, dürfen wir gelassen jedem Angriff entgegensehen. Auch die Wege zum Neubau unseres Staates sind uns klar vorgezeichnet. Lebte heute ein Franklin, er könnte mit gleichem Rechte, wie einst in der Convention von Philadelphia, zu dem Präsidenten unseres Parlamentes sprechen: „es ist das Bild der aufsteigenden Sonne, das ich über Ihrem Sessel erblicke!“ —

Die Verfassung des norddeutschen Bundes.

Kiel, 10. Juni 1867.

Wenn einst in jenen friedlichen Tagen, die den Wirren der Religionskriege folgten, ein hartnäckiger alter Kämpe der katholischen Liga zornig fragte: wie es nur möglich sei, daß dies rechtgläubige Paris heute jenem königlichen Bourbon zujauchze, deß weißer Helmbusch soeben noch die Hugenotten zum Kampfe führte? — dann pflegten ihm seine Landsleute achselzuckend zu antworten: que voulez-vous? c'est la révolution! Mit diesem noch harmlosen Worte bezeichnete man jene ungeheure Umstimmung, welche nach durchschlagenden politischen Erfolgen widerstandslos sich der Gemüther bemächtigt. Auch in unserem minder leichtlebigen Volke hat sich seit den böhmischen Schlachten eine ähnliche Revolution der Meinungen vollzogen. Während in den letzten Jahren eine radikale Stimmung ansteckend in der Luft lag, Presse und Vereine in Tadel, Klagen, Forderungen sich überboten, sieht sich heute der Liberalismus gezwungen, den Gegnern gerecht zu werden, seit eine Staatskunst, die von dem conservativen Lager ausging, die deutsche Revolution der Vollendung nahe geführt hat. Wir haben wieder gefunden, was die erste Voraussetzung jedes gesunden Parteilebens bleibt: die Parteien beginnen wieder einander zu verstehen. Nachdem vor einem Jahre die lautesten Wortführer der öffentlichen Meinung über die Lage, die Machtverhältnisse, die Absichten der Cabinette sich so gröblich täuschten und ihre zuversichtlichsten Weissagungen sich als bis zum Lächerlichen irrig erwiesen, sind unsere besseren Köpfe vorsichtiger, maßvoller in ihren Urtheilen geworden. Man begreift, daß die Regierung eines wirklichen Staats, weil sie regiert, in der Beurtheilung der Lage einen Vorsprung hat vor dem souveränen Publicum. Man versucht sogar, wozu unser politischer Dilettantismus sich bisher nur selten entschloß: man unternimmt sich auf den Standpunkt der Regierung zu stellen und außer den Wünschen der Regierten auch die Mächte des Widerstandes zu erwägen, deren Reibung überwunden sein

will, bevor eine Kraft zu praktischer Verwendung frei wird. Die Bitterkeit geschlagener Parteien, die souveräne Kritik, das Mißtrauen gegen Alles, was von oben kommt, die deutsche Neigung bei jedem begonnenen Werke das Vollkommene zu erstreben, der Eigensinn endlich, der das Gute zurückstößt, weil ungeliebte Hände es bieten — Alles dies hält heute nicht mehr Stand vor der Beredtsamkeit der Thatsachen. Selbst der unbelehrbare Radicale, der soeben noch mit pathetischen Abschiedsworten in das berühmte brechende Sonnenauge der Freiheit schaute, fragt sich doch im Stillen, ob seine beweglichen Klagen irgend einen nennenswerthen Widerhall im Volke finden; auf jeden Fall ist er entschlossen auch in der Knechtschaft des norddeutschen Bundes dieselbe thätige Rolle zu spielen, wie bisher unter der Freiheit des Bundestags, und uns bleibt die angenehme Hoffnung, auf den Bänken des norddeutschen Parlaments die Demokratie ziemlich vollzählig vertreten zu sehen. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die letzten Monate im Auslande verbrachte und heimkehrte, als der norddeutsche Bund gerade unter Dach gebracht war, dem mußte es auffallen, wie selten und wie leidenschaftslos über das vollbrachte Werk gesprochen wurde. Man nimmt die Arbeit des Parlaments im Ganzen als etwas Selbstverständliches hin und lebt bereits mit allen Sorgen und Wünschen in den bevorstehenden großen gesetzgeberischen Arbeiten dieses geschäftsreichen Jahres, das den preußischen Landtag dreimal, den norddeutschen Reichstag zweimal versammelt sehen wird. Das öffentliche Urtheil hat mit dem Werke des Reichstags nahezu abgeschlossen, und es ist ein erhebendes Gefühl, die große Mehrheit des norddeutschen Volkes so mit beiden Füßen in der Wirklichkeit stehen zu sehen.

Die neue Bundesverfassung wird nicht einen flüchtigen Ruhepunkt, sondern vermuthlich für ein Menschenalter die Grundlage unserer politischen Entwickelung bilden. Wir sind nicht einen Augenblick irre geworden in der Ueberzeugung, daß die Zeit der kleinen Monarchien vorüber ist und Deutschland gleich allen großen Culturvölkern des Welttheils dem Einheitsstaate entgegengeht. Die Frage ist nur, wann diese abermalige Vereinfachung der deutschen Politik erfolgen wird, und es leuchtet ein, daß der Anstoß dazu schwerlich von der Krone Preußen ausgehen kann. Die Regierung hat wiederholt in feierlichster Form erklärt, daß das Vertrauen auf Preußens Vertragstreue den sittlichen Halt des neuen Bundes bilden müsse. Mit vollem Rechte. Ohne solches eidgenössisches Vertrauen ist jeder Bund eine Lüge. Unsere Krone hat im Wesentlichen jene Machtbefugnisse erlangt, deren sie zum Schutze des Vaterlandes bedarf, und da ein Abfall der Bundesgenossen durch ihre eigene Ohnmacht, wie durch die Gesetze des Bundes nahezu unmöglich gemacht ist, so hieße es die

ehrenhaften Traditionen des Hauses Hohenzollern verleugnen, wenn Preußen seine Macht mißbrauchen wollte gegen Staaten, die ihren Pflichten gern oder ungern nachkommen. Die unitarische Bewegung, welche uns unausbleiblich bevorsteht, wird ausgehen müssen von der Nation, insbesondere von der Bevölkerung der kleinen Staaten selber. Die Behaglichkeit des Kleinstaatenthums ist ein- für allemal dahin; nur seine Lasten, seine Lächerlichkeiten sind geblieben. Schon jetzt hat sich das Militärbudget einzelner Herzogthümer auf das Vierfache vermehrt, und wenn erst die Organe des Bundes ihre Wirksamkeit beginnen und für die neue politische Arbeit neue Opfer fordern, wenn die Bewohner Thüringens und Sachsens erst entdecken, daß sie, Dank ihren unnützen Höfen und den nicht minder unnützen Beamtenschaaren, schwerer belastet sind als das preußische Volk, wenn ihre ehrgeizigen Talente immer häufiger von dem norddeutschen Bürgerrechte Gebrauch machen und den preußischen Staatsdienst dem heimischen Stillleben vorziehen, wenn der jetzt erst wirklich freie Verkehr die alten gehässigen landschaftlichen Vorurtheile vernichtet und die Theilnahme an dem Parlamente den Sinn für große Verhältnisse erweckt; dann wird die unitarische Gesinnung, welche schon in dem letzten Reichstage von einigen politischen Ketzern der Kleinstaaten unverhohlen verfochten ward, zu einer Macht werden in der Nation. Aber bei dem Charakter unseres Volkes wie der Dynastien wird diese Entwickelung einer längeren Frist bedürfen. Vorderhand mag die Verfassung des norddeutschen Bundes wohl in einzelnen Punkten abgeändert werden — wie denn solche vertragsmäßigen Aenderungen ausdrücklich vorbehalten und in den jüngsten Militärconventionen wirklich eingetreten sind: — ihre wesentlichen Sätze aber werden noch auf lange hinaus den Rechtsboden deutscher Politik bilden. Darum wissen wir diesen Band der Jahrbücher nicht angemessener zu schließen, als durch einen Rückblick auf das Werk des norddeutschen Reichstags.

Das preußische Abgeordnetenhaus wies dem Reichstage nur die bescheidenen Befugnisse einer berathenden Versammlung zu, die zwingende Macht der Lage erhob ihn zu einem vereinbarenden Parlamente. Die vollendete Verfassung enthält keinen Artikel, der nicht die formelle Zustimmung des „berathenden“ Reichstags erlangt hätte. Diese Thatsache allein beweist, daß die Krone Preußen nicht entfernt daran dachte, die Macht des Reichstags zu unterschätzen und obschon aus den Reden ihres ersten Vertreters dann und wann ein dictatorischer Klang, ein begreiflicher Nachhall des alten Parteihasses hervorbrach, so zeigte doch seine ganze Haltung, wie sehr die Krone des Beistandes der Nation bedurfte. Der Reichstag selbst faßte von vornherein seine Aufgabe in einem stolzen

Sinne. Während viele Abgeordnete mit sehr herabgestimmten Erwartungen in Berlin erschienen, steigerte sich bald, wie immer in großen Parlamenten, das Selbstgefühl jedes Einzelnen. Das Wort Stein's, der einer berathenden Volksvertretung nur die Wahl stellte ein turbulenter Haufe oder eine inerte Masse zu werden, hat sich diesmal nicht bewährt; auf der Versammlung lag das Gefühl einer schweren Verantwortung, das stolze Bewußtsein, daß sie ein entscheidendes Wort zu sprechen habe. Die Zusammensetzung des Hauses entsprach im Ganzen dem augenblicklichen Machtverhältnisse der Parteien, sie war auch — was für das moralische Ansehen eines Parlamentes vielleicht noch wichtiger ist — ein ziemlich getreues Abbild unserer socialen Zustände. Während einst die Frankfurter Nationalversammlung zu vollen vier Fünfteln aus Mitgliedern der gelehrten Stände bestand, zeigten diesmal Vertreter aller Volksklassen, daß die Deutschen aufgehört haben ein Gelehrtenvolk zu sein.

Wenn wir auf die gehaltreichen Debatten zurückblicken, die uns mehrmals das packende Schauspiel parlamentarischer Kämpfe im großen Stile bieten, so fällt uns zunächst die erfreuliche Wahrnehmung auf, wie zahm und schwach, wie über alle Erwartung kümmerlich die zahlreichen Vertreter des reinen Particularismus sich mit ihrer Herzensneigung hervorwagten. Zwar die gemäßigte Haltung der sächsischen Particularisten hat ihre besonderen Gründe. Der Muth, eine von der Regierungsansicht abweichende Meinung zu verfechten, ist der großen Mehrzahl in jenem unglücklichen Lande ganz abhanden gekommen; so betheuerten denn, da der Dresdner Hof sich gezwungen sieht an dem norddeutschen Bunde festzuhalten, eifrige Saxonen ihr herzliches Einverständniß mit der verhaßten preußischen Krone, ja, es ist uns bekannt, daß einzelne scharfsichtige Mitglieder der nationalen Partei in Sachsen in dieser untrüglichen Voraussicht ihre Stimme den particularistischen Candidaten gegeben haben. Aber auch der welfische, der augustenburgische Particularismus trat nur sehr schwächlich auf. Der Grund liegt nahe. Unsere neue deutsche Verfassung ist nicht der über Nacht entstandene Einfall eines geistreichen Kopfes, sondern eine in langen siegreichen geistigen Kämpfen gezeitigte reife Frucht, die nur des entschlossenen Armes harrte, der sie bräche. Der Particularismus ist auch mit geistigen Waffen geschlagen, er ist mit seiner Weisheit am Ende. Was ihn bisher stützte, war Oesterreichs Macht; nun diese zerbrach und die parlamentarische Bühne ihn zwingt, seine Selbstsucht, seine Grillen und Leidenschaften mit dem Mantel der Vernunftgründe zu bedecken, erscheint er alsbald in seiner Schwäche. Wir werden noch oft zu kämpfen haben mit jenen unklaren grundlosen Leidenschaften, die in den Reden des Herrn v. Münchhausen und einzelner Schleswig-

Holsteiner einen unbändigen Ausdruck fanden; aber wir sind berechtigt zu der Hoffnung, daß eine von geistigen Mächten so ganz verlassene politische Richtung in unserem denkenden Volke unrettbar dem Untergange verfallen wird.

Weit lärmender und anspruchsvoller, doch nicht minder unglücklich verfuhr der Radicalismus. Es war ein Irrthum, leider, wenn viele Wohlmeinende wähnten, jener Herr Frese, den die Demokratie vor einem Jahre dem empörten patriotischen Instincte der Massen feierlich als einen Sündenbock opferte, zähle keine Anhänger mehr im Lande. Wir wenigstens vermögen den feinen Unterschied nicht zu entdecken zwischen einem Fanatismus, der aus Haß gegen die andersdenkenden Landsleute zu den Feinden des Staates überläuft, und einer Parteigesinnung, welche das Vaterland gleichmüthig den unberechenbaren Gefahren der Octroyirungen und verfassungsloser Zustände preisgeben wollte, blos weil nicht alle Glaubensartikel des demokratischen Katechismus in der Bundesverfassung Aufnahme fanden. Als die rührenden Klagen über die Einheit „ohne alle Freiheit" nur ungläubige Hörer fanden, da griff die Demokratie zu einem letzten Schreckmittel, zu einer Sophisterei, die in jedem weniger für pathetische Phrasen empfänglichen Volke unter homerischem Gelächter untergegangen wäre: man erklärte jede Aenderung der preußischen Verfassung für einen Eidbruch! Ob die Herren wohl wußten, was sie sagten? Unter den Radicalen befinden sich ja doch Einige, welche nach dem Geständniß eines ihrer Führer sich in ihren Mußestunden mit Politik beschäftigt haben; sollten nicht wenigstens diese die triviale Wahrheit kennen, daß eine neue Bundesverfassung undenkbar ist ohne Abänderung der Landesverfassungen? Seit Jahren verlangt der Radicalismus den Ausbau der preußischen Verfassung, das will sagen die gesetzmäßige Umbildung unseres Landesrechts nach belgischem Muster, und dieselben Männer rufen heute Wehe über den Eidbruch, da um der deutschen Einheit willen eine gesetzmäßige Abänderung einzelner Verfassungsartikel erfolgt! Keine andere Partei hat so dringenden Grund bescheiden zu reden und in sich zu gehen, wie die Demokratie; denn wäre es nach ihr und ihren unpatriotischen Friedensadressen gegangen, so gäbe heute ein restaurirter Bundestag dem gedemüthigten Preußen seine Befehle, der Welfe und der Augustenburger thronten in Hannover und Kiel. Wenn diese Partei nach so schweren Sünden und Niederlagen sich heute noch als den Alleininhaber des öffentlichen Gewissens gebärdet, so bekundet solche Selbstüberhebung eher alles Andere als ein festes Selbstgefühl, eine ruhige Siegeszuversicht. Mit diesem kleinen Reste der Demokratie, an

dem das Gottesgericht des deutschen Krieges spurlos vorüberrauschte, ist eine Verständigung bis auf Weiteres nicht möglich.

Weit mehr hat die conservative Partei gelernt. Es ist wahr, es mußte ihr etwas leichter fallen als der Demokratie, die neue Ordnung der Dinge anzuerkennen, denn Graf Bismarck stand einst in ihren Reihen, und manche ihrer Mitglieder haben sich gewöhnt, gedankenlos möglichst Alles anzunehmen, was von der Krone ausgeht. Immerhin mußten die Conservativen viele ihrer theuersten Glaubenssätze aufgeben um eine Verfassung zu billigen, die das Einkammersystem und das allgemeine Stimmrecht einführt, die uns, mit Herrn v. Kleist-Retzow zu reden, wieder in den Anfang des Jahres 1849 zurückwirft. Daß die Partei diesen Entschluß gefunden, daß das Herrenhaus die Verfassung einstimmig angenommen hat, das bleibt ein Zeugniß von politischer Einsicht und patriotischer Selbstüberwindung, die auch dem Gegner Achtung abzwingen.

Die treibende Kraft der Versammlung lag in den beiden neuen Mittelparteien. Wir haben schon im vorigen Jahre die Entstehung der freiconservativen Partei mit Freude begrüßt; die conservative Richtung, deren Berechtigung in Preußen nur der Haß leugnen kann, findet einen fruchtbaren Boden des Wirkens erst wenn sie, wie Graf Bethusy-Huc und seine Freunde thun, das constitutionelle System rückhaltlos anerkennt und ihre erhaltende Neigung auch auf das bereits angesammelte Capital von Volksrechten erstreckt. Das spätere Verhalten der neuen Partei hat unsere Erwartungen gerechtfertigt; durch ein Compromiß zwischen ihr und den Nationalliberalen erfolgte der entscheidende Schritt in dem Parlamente, der die Annahme der Verfassung herbeiführte.

Der Name der Nationalliberalen tauchte zum ersten mal auf, als kurz vor dem Kriege, in einem Augenblicke fanatischer Parteiraserei, einige unserer Freunde in Halle die Unterstützung der deutschen Politik der Regierung auch von den Liberalen zu fordern wagten. Seitdem haben sich unter diesem Banner die Meisten aus den alten Fractionen der Altliberalen und des linken Centrums zusammengefunden. Dazu traten die bewährten Führer der Einheitspartei aus den neuen Provinzen, und das Auftreten von Männern wie Braun und Miquel bewies, welch' einen Zuwachs an geistiger Kraft der Staat durch die neuen Gebietserwerbungen erhalten hat, und wie frisch und unbefangen die von dem preußischen Verfassungskampfe nicht unmittelbar berührten Abgeordneten den Dingen in's Gesicht sehen. Endlich haben auch die gemäßigten Elemente der alten Fortschrittspartei sich zu den Nationalliberalen gesellt; die schon längst nur mühsam niedergehaltene Zwietracht im demokratischen Lager ist in hellen Flammen ausgebrochen, und wir erleben heute das ekelhafte, aber

nützliche Schauspiel, daß die Herren Twesten, v. Unruh und Lasker von den großen Bürgern des Organs für Jedermann aus dem Volke mit denselben wohllautenden Beiwörtern belegt werden, woran unsere Freunde sich längst gewöhnt haben. Es wäre ein Leichtes, mit kritischem Behagen einzelne politische Fehler dieser Gruppe, der an Talenten reichsten des Parlaments hervorzuheben; es war noch ein Nachklang aus jener Zeit, da nur die höchstmögliche „Entschiedenheit" auf das Publikum Eindruck machte, wenn die Fraction mehrmals bei der ersten Lesung für ein Amendement zur Verfassung stimmte, mit dem stillen Vorbehalte, es bei der zweiten zu verwerfen. Die Fraction ist überhaupt noch keine geschlossene Partei, wie die Meinungsverschiedenheit ihrer Genossen bei der Berathung des Militärbudgets deutlich zeigte; und es wird noch eine lange Frist verstreichen, bis die erbitternden Erinnerungen aus den Tagen des Conflicts gänzlich überwunden sind und aus jenen beiden neuen Fractionen etwas entsteht, was den Whigs und den gemäßigten Torys von England ähnlich sieht. Aber die Anfänge sind allerdings vorhanden zu einer großen regierungsfähigen Mittelpartei mit positivem Programm, welche das Cabinet bei der Vollendung der Centralisation Deutschlands kräftig unterstützen und zugleich über den Verfassungsrechten der Regierten Wache halten soll. Wir halten es für die Pflicht der Jahrbücher, diesen Neubildungsprozeß der Parteien zu befördern und in erster Linie die großen nationalen Gesichtspunkte, die unitarischen Gedanken zu vertreten, die den Fractionen der Mitte gemeinsam sind. Zwar haben einige unserer altliberalen Freunde es vorgezogen, eine Fraction für sich zu bilden; aber die Zeit der kleinen, mehr persönlichen als politischen Fractionen scheint uns überwunden, und wir bezweifeln, ob die Mitbegründer der preußischen Verfassung in den Strengconservativen, die alten Vorkämpfer der Einheitspartei in einigen gouvernementalen Sachsen eine probehaltige Bundesgenossenschaft finden werden. — Genug, unter allen Reibungen dieses noch unfertigen Parteilebens behauptete sich der frische Wille, die Gunst des Augenblicks zu ergreifen. Mit einer in unserer Geschichte beispiellosen Schnelligkeit, im Galopp wie die Gegner spotten, und dennoch gründlich wurde der Entwurf durchberathen und mit Aenderungen versehen, die wir fast durchweg für Verbesserungen halten; und wenn wir heute selbst aus hochconservativen Kreisen, wie jüngst noch aus dem Munde des Prinzen Friedrich Karl, das Lob des Reichstags laut verkünden hören, so dürfen wir uns freudig sagen, daß Deutschlands politische Lehrjahre beendigt sind, daß wir endlich gelernt haben das Nothwendige zu wollen.

Die landläufigen Urtheile über die Bundesverfassung beginnen gemeinhin mit der Tröstung, daß man das neue Gemeinwesen nicht mit

dem Maße der staatsrechtlichen Theorie messen dürfe. Gewiß, die Kategorien des Staatsrechts werden an diesem Bau zu Schanden. Aber wenn wir ihn vergleichen mit den Formen, welche bisher das chaotische deutsche Staatsleben umschlossen, mit der Monstrosität des heiligen Reichs oder mit jenem Bunde, der sich den deutschen nannte und zu Zeiten vier fremde Mächte umfaßte, so wagen wir die Behauptung, daß Deutschland noch nie eine so klare, einfache Verfassung besaß wie heute. Der norddeutsche Bund ist ein nationaler Staatenbund unter preußischer Hegemonie; nur sind die Rechte des führenden Staats so ausgedehnt, seine Macht so überwiegend, daß dem Fremden, der nur die Action des Bundes nach Außen in's Auge faßt, das Ganze als ein Einheitsstaat erscheint, und ein englisches Blatt kürzlich unseren Norden kurzab als a Kingdom bezeichnete. Betrachten wir vollends die Entstehung und den Inhalt der beiden Bundesacten, so erscheint der Fortschritt als unermeßlich. In Wien legte man einen österreichischen Entwurf zu Grunde — dies eine Wort sagt Alles; er ward berathen unter dem Eindrucke jener schweren diplomatischen Niederlage, die Preußen in der sächsischen Frage erlitten hatte, und jählings vollendet durch die Angst vor einem neuen Verrathe der Rheinbundsstaaten. Aus jedem Worte redet die innere Unsicherheit, das stille Bewußtsein, daß ein treues und tapferes Volk mit Undank belohnt worden sei. Heute ist es Preußen, das, siegreich in einem nationalen Unabhängigkeitskriege, die Verfassung schafft und alsbald an die Nation appellirt. Damals gab man Grundzüge einer künftigen Bundesverfassung, eine niemals eingelöste Anweisung auf die Zukunft, heute erhält die Nation sofort die gesetzlichen Organe ihren Willen durchzusetzen. Die Detailbestimmungen der alten Bundesacte beschäftigen sich in liebevoller Ausführlichkeit vornehmlich mit den Mediatisirten, der Reichsritterschaft und dem Hause Thurn und Taxis, die der norddeutschen Verfassung mit den materiellen Interessen der Nation. Der leitende Gedanke der Bundesacte ist die Wahrung der Souveränität und Gleichberechtigung der Einzelstaaten, der des neuen Bundes die Centralisation unserer militärischen Kräfte. Der deutsche Bund war schlechthin unfähig sich zu entwickeln; die Beschlüsse seiner absolutistischen Centralgewalt konnten in den constitutionellen Gliedern nur durch mehr oder minder verhüllte Octroyirungen verwirklicht werden; und da die Mitwirkung fremder Mächte den Charakter des Bundes von Haus aus verfälschte, so zog sich Preußen bald von jeder gesetzgeberischen Thätigkeit des Bundes zurück, und die österreichische Partei entfaltete in den Bundestagsausschüssen jene marktschreierische Scheinthätigkeit, die ein redliches Volk niemals hätte dulden sollen. Der norddeutsche Bund dagegen besitzt nicht nur die Fähigkeit sich fortzubilden; es

ist vielmehr unmöglich, daß er sich nicht entwickele; denn die Krone Preußen und das Parlament haben beide ein natürliches Interesse an der Verstärkung der Bundesgewalt. Das neue Gemeinwesen bedurfte schon zu seiner Entstehung der Wucht des nationalen Willens; die Centralisation der deutschen Staatskräfte bedeutet zugleich die Einigung der Kräfte der Opposition; daher kann es gar nicht fehlen, daß die weitere Entwickelung der deutschen Freiheit zu gute kommt.

Diese Gewißheit, daß der neue Bund nicht stationär bleiben kann, ist vielleicht sein bester Vorzug. Wie sie vorliegt, verräth seine Verfassung nur zu deutlich, welche verwickelte Verhandlungen, welche schwierige Compromisse ihr vorausgingen. Die Formen des Staatenbundes sind so ängstlich festgehalten, daß sogar die Stimmordnung des alten Bundestags wieder auflebt, ja bei einzelnen Artikeln läßt sich nicht verkennen, daß das Familiengefühl der deutschen Souveräne, die Rücksicht auf den Fürstenstolz der kleinen Höfe heilsame Reformen verhindert hat. Trotzdem können wir nicht einstimmen in den Hohnruf der Radicalen, die einst über den Bruderkrieg jammerten und heute polternd fragen: warum so viele Umstände mit den Kleinstaaten? warum zwingt Ihr sie nicht kurzerhand? Wie wenig begreifen doch diese politischen Dilettanten, was der bestimmte Widerspruch auch eines kleinen Staates bedeutet. Wenn in den Verhandlungen zwischen Staat und Staat der Punkt erreicht ist, wo die Ueberredung aufhört und der Staatsegoismus nackt hervortritt, so steht nur der Weg der Gewalt offen. Aber gewaltsam vorgehen gegen die Bundesgenossen, das hieß nicht nur das Vertrauen zerstören, worin der neue Bund wurzeln soll, es hieß einfach den Boden der Nikolsburger Verträge wieder verlassen, dies nach Ordnung verlangende Deutschland abermals den Wechselfällen einer europäischen Verwicklung preisgeben und schließlich eine Dictatur erschaffen, die unserem constitutionellen Leben verderblich würde. Erwägen wir dies ruhig, so müssen wir bekennen, daß im Wesentlichen das auf friedlichem Wege Erreichbare wirklich erreicht worden ist.

Wir halten die üblichen Klagen über den Untergang deutscher Freiheit für so grundlos, daß wir vielmehr meinen, die Nation, die zu dieser großen Bewegung von oben herab gezwungen werden mußte, habe niemals früher so wirksame politische Rechte besessen wie heute. Unsere Bedenken richten sich vornehmlich gegen jene Artikel der Verfassung, welche die Einheit des Bundes nicht genugsam sichern, und diese Klage gilt leider auch den Bestimmungen über das Bundesheer. Ein gleichmäßig organisirtes Heer unter preußischem Oberbefehl ist gebildet. Ein gewaltiger Fortschritt, ohne Zweifel, aber noch immer schwören die norddeutschen Truppen nicht

den gleichen Fahneneid, die kleinen Höfe behalten das Recht die Mehrzahl der Offiziere zu ernennen, ja, das Königreich Sachsen bildet sogar ein selbständiges Armeecorps. Nicht offener Ungehorsam ist es, was wir als die Folge dieser weitgehenden Zugeständnisse an den Particularismus befürchten; vor dieser Gefahr sichert uns jener vortreffliche Art. 19 der Verfassung, welcher dem Bundesoberfeldherrn gestattet, über ein in Militärsachen widerspenstiges Bundesland ohne Weiteres die Execution zu verhängen. Aber ein kurz und gut deutsches Heer, wie wir es brauchen, ist doch nicht geschaffen. Die Offiziere der kleinen Contingente verharren in dem engen Horizonte ihrer Landschaft und Vetterschaft, es bleiben die particularistischen Traditionen der Truppen, und wir halten nicht für unmöglich, daß sich in Sachsen eine militärische Fronde bilde. Blätter wie „der Kamerad", daraus der sächsische Soldat seine Bildung schöpft, verherrlichen noch immer die Großthaten der sächsischen Armee gegen den preußischen „Feind"; unter den Offizieren geht die Rede, daß die sächsische Armee durch das preußische Reglement um fünfzehn Jahre zurückgeschleudert werde; der Groll des jüngsten Krieges ist keineswegs überwunden, und er wird schwerlich beschwichtigt werden durch die unzufriedenen hannoverschen Offiziere, die man jetzt in die Armee aufnimmt um die Bundesfreundschaft gegen Preußen zu beweisen. Wir wollen hoffen, daß der Bundesfeldherr bei jeder Regung feindseliger Gesinnung sein Recht, die Garnisonen der Bundestruppen zu bestimmen, rücksichtslos gebrauchen wird; auch bietet die Befugniß, zum Dienst für Bundeszwecke Offiziere abzucommandiren, ein wirksames Mittel die tüchtigeren Kräfte der kleinstaatlichen Contingente für Preußen zu gewinnen. Jedenfalls tragen diese Verhältnisse den Charakter des Unfertigen, und in dem Parlamente wird sich sehr bald das wohlberechtigte Bestreben regen, unserer Landmacht dieselbe einheitliche Form zu geben, die unsere Seemacht bereits besitzt.

Dasselbe gilt von den auswärtigen Angelegenheiten des Bundes. Mag es sein, daß ein kleinstaatlicher Gesandter in Paris oder Petersburg wenig Schaden mehr stiften kann, nachdem die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließlich dem Bundespräsidium zugewiesen ist: an dem Verkehr mit den fremden Höfen hat sich seit alter Zeit jene vaterlandslose Gesinnung genährt, die unsern hohen Adel allzulange auszeichnete, und die Nation wird nicht ruhen, bis dieser uralte Schaden unserer öffentlichen Moral beseitigt ist.

Weit schwerer läßt sich eine andere Institution reformiren, welche der Kritik gleichfalls arge Blößen bietet, der Bundesrath. Diese seltsame Behörde vereinigt in sich einige Befugnisse eines Ministeriums, eines Staatsraths, eines Staatenhauses, einer Generalzollconferenz und ist zu-

gleich der Vertreter der Gesammtsouveränität. Die Einzelstaaten sollen durch Bevollmächtigte, die an Instructionen gebunden sind, vertreten sein; und die Nation wird abermals, wie in Regensburg und Frankfurt, die Erfahrung machen, daß die particularistische Selbstsucht durch den Mund solcher Vertreter sich weit rückhaltloser ausspricht als durch Minister, die mit ihrer Person für ihre Worte einstehen müssen. Das ist sehr unerfreulich, aber unvermeidlich. Mußte man einmal den staatenbündischen Charakter des Gemeinwesens bewahren, so ließ sich zwar allenfalls die vollständige Uebertragung der Militärhoheit und der Diplomatie an die Krone Preußen durchsetzen (und dies halten wir, wie gesagt, auch heute noch für erreichbar und erstrebenswerth), doch eine selbständige über den Einzelstaaten stehende Staatsgewalt war damit unvereinbar. Ebendeßhalb konnte die executive Gewalt nicht die Verantwortlichkeit eines constitutionellen Ministeriums tragen; ein von seinem Cabinette instruirter Bevollmächtigter ist nur verantwortlich für die getreue Ausführung, nicht für den Inhalt seines Auftrages. Begreiflich genug, daß selbst gemäßigte Männer im Reichstage eine wirkliche constitutionelle Regierung verlangten. Es war das kein Doctrinarismus, wie die gouvernementale Presse ihnen vorwarf; seit den Erfahrungen, die Kurhessen in den dreißiger und vierziger Jahren sammelte, wissen die denkenden Liberalen sehr wohl, daß die juristische Verantwortlichkeit der Minister praktisch sehr wenig bedeutet, auch wenn der von der constitutionellen Schablone vorgeschriebene Apparat von Gesetzen und Behörden vollständig vorhanden ist. Um so schwerer wiegt die politische Verantwortung vor dem Parlamente und der öffentlichen Meinung. Die politische Moral der Regierung wie der Regierten wird verderbt, wenn das Volk nicht weiß, welchen Männern Schuld und Verdienst an den Thaten des Staats gebührt; das hat Deutschland einst schmerzlich erprobt, da nach jedem gehässigen Bundesbeschlusse die instruirten Bundesgesandten ihre Hände in Unschuld wuschen, die kleinen Cabinette sich hinter dem Bundestage verschanzten und in diesem allgemeinen Versteckenspielen das Parteileben sich vergiftete und verbildete. Eine Erneuerung dieser verlogenen Zustände ist in dem norddeutschen Bunde undenkbar, trotz der Aehnlichkeit der rechtlichen Verhältnisse. Der Bundespräsident ist in allen sieben Ausschüssen des Bundesraths vertreten, zwei derselben ernennt er allein, er hat ein Veto in Militär- und Marine-Angelegenheiten; das Uebergewicht Preußens ist so groß, daß die Ausschüsse in der That preußische Commissionen sein werden, die mit der Beihülfe einiger kleinstaatlicher Beamten arbeiten. Kein wichtiger Schritt der Bundespolitik kann geschehen ohne die Zustimmung Preußens. Sind die preußischen Minister, wie die Regierung unbe-

dingt zugestand, der preußischen Volksvertretung für ihr Verfahren im Bundesrathe verantwortlich, so heißt dies thatsächlich: sie tragen die Verantwortung für die Bundespolitik überhaupt. Die Rechte der Volksvertretung gegenüber der executiven Gewalt bleiben dieselben wie bisher, und es wird von dem Gange des constitutionellen Lebens in Preußen abhängen, ob zu der längst vorhandenen politischen auch die von der Verfassung verheißene juristische Verantwortlichkeit der Minister hinzutreten wird.

Die national-liberale Partei war mit Recht und in mehreren wichtigen Fällen auch mit Erfolg bestrebt, den Wirkungskreis der neuen Bundesgewalt zu erweitern. Das unschätzbare Gut, das unserem Volke durch das gemeinsame norddeutsche Indigenat geworden ist, könnte seine volle Wirksamkeit nicht entfalten, wenn nicht der Reichstag auch das Staatsbürgerrecht und die Fremdenpolizei der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes unterworfen hätte. Nun erst haben wir die sichere Aussicht, jene elementaren Grundsätze der freien Bewegung der Arbeitskräfte bei uns verwirklicht zu sehen, welche selbst in dem bonapartistischen Frankreich längst bestehen und für die Mehrzahl des Volks den wichtigsten Theil der „Freiheit" bilden. Zu den nothwendigen Consequenzen des gemeinsamen Indigenats zählen wir auch eine gewisse Gleichmäßigkeit der öffentlichen Rechte in den Einzelstaaten. Wir wünschen keineswegs eine Liste deutscher Grundrechte; wir halten es vielmehr für einen Vorzug der neuen Verfassung, daß sie eine solche Aufzählung abstracter Sätze unterlassen hat, welche nur die Begehrlichkeit reizen und auch eine rechtschaffene Regierung leicht in dem Lichte eines säumigen Schuldners erscheinen lassen. Als Stein seine „Rechte der Deutschheit" für den Wiener Congreß zusammenstellte, und wieder als das Frankfurter Parlament über die Grundrechte berieth, da hatte die Welt soeben eine Zeit innerer Kämpfe überstanden, und es war ein Bedürfniß, die Ergebnisse dieser Gedankenarbeit in einigen monumentalen Sätzen zusammenzufassen; heute kämpfen wir in den meisten Einzelstaaten nicht mehr um die Principien der Grundrechte, sondern um ihre Verwirklichung im Einzelnen. Wir wünschen daher lediglich, daß dem Bunde, wie der bekannte Antrag von Braun verlangte, das Recht zustehe, im Wege der Gesetzgebung ein Minimum der Preßfreiheit, des Versammlungsrechtes u. s. f. festzusetzen, welches jeder Einzelstaat seinen Bürgern gewähren muß. Wir wünschen dies vornehmlich um der deutschen Einheit willen. Eine kräftige Föderation ist nur möglich zwischen Staaten, die in ihrer inneren Entwickelung mindestens nicht durch die Kluft von Jahrhunderten getrennt sind; nun gar das allgemeine Stimmrecht wird zur Lüge in einem Staate mit

mecklenburgischen Zuständen. Soeben kommt uns eine Schrift zu: études **sur le Mecklembourg et sur la question allemande, par M. Borchard,** erschienen bei dem Verleger der Geschichte Julius Cäsar's, also doch wohl auf einen größeren Leserkreis berechnet, obgleich man versucht ist, das Ganze für einen schlechten Witz zu halten. Ein niederschlagender Gedanke, daß ein so verwahrlostes Gemeinwesen in dem neuen Deutschland noch geduldet, sein verrotteter Unfug dem Auslande angepriesen wird! Der Braun'sche Antrag ist gefallen; unser deutsches Zollwesen wird mindestens auf einem Gebiete den Mecklenburgern die Gleichheit vor dem Gesetze bringen, und vielleicht hält durch diese Bresche die moderne Zeit ihren Einzug in das unglückliche Land. Wahrscheinlicher ist leider, daß der Staat aus eigener Kraft nicht gesundet und der Bund sich zuletzt doch entschließen muß, seine Verfassung zu ändern und allen norddeutschen Bürgern ein bescheidenes Maß öffentlicher Rechte zu verbürgen.

Auch ohne diese wünschenswerthe Erweiterung bleibt der Wirkungskreis der Bundesgewalt ein sehr ausgedehnter, und mit Genugthuung hören wir die nur wenig übertriebene Klage der sächsischen Particularisten, daß kein einziges Hoheitsrecht der Einzelstaaten ungeschmälert sei. Auf dem Gebiete der materiellen Interessen wird, wenn erst die reichen Versprechungen der Verfassung, die Einheit der Maße und Münzen u. s. f., in Erfüllung gehen, das neue Deutschland einer Klarheit und Einfachheit des Verkehrs sich erfreuen, wovon noch eine nahe Vergangenheit kaum zu träumen wagte. An diesen glänzendsten Abschnitten der Verfassung sollte auch der grimmigste Zweifler lernen, daß hier ein dauerhaftes Werk vertrauenerweckender Fürsorge, gründlicher Geschäftskenntniß vorliegt. Auch die Reformen, welche sich sogleich verwirklichen, sind hochbedeutsam. Am Straffsten erscheint die Centralisation in dem Post- und Telegraphenwesen, und hier allerdings war der Particularismus schlechthin vom Uebel, er vermochte nicht einmal Scheingründe für sein Recht aufzuweisen. Posten und Telegraphen werden Bundessache, in einzelnen Staaten übernimmt Preußen die gesammte Verwaltung, in anderen ernennt es die höheren Beamten, in allen behält es die Leitung; die Einnahmen fließen in die Bundeskasse. In dem Eisenbahnwesen lassen sich die traurigen Werke kleinköniglicher Staatsweisheit nicht gänzlich beseitigen. Das hannoversche Eisenbahnnetz mit dem classischen Knotenpunkte Lehrte und der klaffenden Lücke zwischen unseren beiden größten Emporien wird die Welt noch lange an den Segen des Welfenreiches erinnern. Aber diese Lücke wird sich schließen, und ein Skandal wie jener berufene kleine Krieg gegen die Jadebahn ist nicht mehr möglich, seit der Bund das Recht besitzt, die für den Verkehr und die militärische Sicherheit nöthigen Bahnen selbst

bauen zu lassen. Wir übergehen die Fülle der Detailbestimmungen; sie verrathen in ihrer unsystematischen, aber praktischen Fassung überall die Hand kundiger Fachmänner: so sind die beiden neuerdings lautesten Klagen der Geschäftswelt über die Höhe der Tarife und den Mangel an Betriebsmitteln jetzt durch den Bund erhört.

Wir erhalten endlich eine deutsche Kauffahrtei, unter deutscher Flagge, vertreten durch Bundesconsuln, deren Anstellung unvermeidlich zu den längst ersehnten Reformen in unserem Consulatswesen führen wird. Norddeutschland wird ein einheitliches Zollgebiet bilden; bereits ist in Schleswig-Holstein durch Einführung des Vereinszolltarifs der erste Schritt geschehen zur Aufnahme der Provinz in die deutschen Zollgrenzen; und die Zollgesetzgebung wird sich nicht mehr stoßweise durch Krisen und Sonderbundsversuche, sondern stetig durch die Mehrheitsbeschlüsse der Bundesbehörden fortbilden. Wie das gemeinsame Indigenat uns noch nicht die vollkommene Freizügigkeit verschafft, so wird auch durch die Einheit des Zollgebietes nicht sofort die absolute Freiheit des inneren Verkehrs gegründet; den Bundesstaaten ist gestattet die inländische Consumtion mit Steuern zu belegen, mit Ausnahme einiger Artikel, deren Besteuerung dem Bunde zukommt. Eine vollständige Entlastung des Verkehrs von dem Ungemach der Accisen, der Mahl- und Schlachtsteuern u. dgl. hat bisher noch kein Großstaat des Continents erreicht, wir dürfen aber sehr bald auf den vollständigen Sieg der Verkehrsfreiheit hoffen. Dafür bürgen uns die guten Traditionen altpreußischer Freihandelspolitik, welche heute wieder in unserem Handelsministerium lebendig sind; dafür bürgt uns noch mehr das verwickelte Verhältniß des neuen Zollgebiets zu den Hansestädten.

Wir sahen den Debatten über die Handelspolitik Hamburgs und Bremens mit Spannung entgegen und mit dem guten Willen uns durch die Stimmen hanseatischer Sachverständiger belehren zu lassen; aber selbst die wohlerwogene Beredtsamkeit des Herrn H. H. Meier hat uns nicht überzeugt von der Nothwendigkeit die handelspolitische Sonderstellung der Hansestädte aufrecht zu erhalten. Es war kein glücklicher Gedanke, diese Sonderstellung zu rechtfertigen durch die angeblich ganz unerhörte Blüthe der beiden Städte. Wenn wir die lange Reihe mächtiger Emporien in Großbritannien und Nordamerica vergleichen oder auch nur die Menge blühender Handelsplätze in den rheinischen Niederlanden, so scheint es uns keineswegs wunderbar, daß an den Mündungen des gewerbfleißigen, dichtbevölkerten Weser- und Elbgebiets sich zwei reiche Handelsstädte gebildet haben. Noch weniger überzeugt uns der Hinweis auf die mächtige Zunahme des hanseatischen Handels in den letzten Jahrzehnten; Niemand

wird diesen Fortschritten die Anerkennung versagen, aber sie erfolgten in einer Epoche allgemeinen Aufschwunges der Volkswirthschaft. Selbst in Bremen, das noch rascher aufwärts strebt als die bedachtsamere, des Erworbenen frohe Schwesterstadt, selbst in der rührigsten der Hansestädte hat die Bevölkerung kaum halb so rasch zugenommen wie in Berlin, und sogar die unvergleichlich ungünstiger gelegenen preußischen Ostseeplätze sehen ihre Volkszahl weit schneller wachsen. Entscheidend bleibt die Frage: ist der hanseatische Handel wirklich so ganz eigenthümlicher Natur, daß er der Freihäfen bedarf, während alle anderen großen Handelsplätze der Welt innerhalb nationaler Zolllinien gedeihen, und die hanseatischen Schiffe selber in fremden Häfen sich ohne große Beschwerde der Zollcontrole unterworfen? Eine befriedigende Antwort hierauf ist bisher im Parlamente noch kaum versucht worden. Es scheint uns an der Zeit, einmal zu erinnern an die Schattenseiten jenes hanseatischen Bürgerthums, dessen Tugenden immer ein Stolz der Nation bleiben werden. Es ist die Weise des Kaufmanns, in dem Staate nur den Dränger, den unberufenen Vormund zu sehen; der republikanische Dünkel schaut mißtrauisch auf die Monarchie, obgleich diese heutzutage dem Volke ungleich größere Rechte gewährt, als ein Kaufherrenstaat gestatten kann. Wenn in dem Parlamente ein hanseatischer Staatsmann alles Ernstes behaupten konnte, eine starke deutsche Kriegsflotte werde unseren Handel schädigen, so erinnern wir uns des Verlangens nach Neutralität der vaterstädtischen Flagge, das in Hamburg fast während jedes deutschen Krieges auftauchte, wir entsinnen uns jener blühenden Yankeephrase, die Präsident Jackson einst dem hanseatischen Gesandten in's Gesicht warf: „die Hansestädte sind Hühner, die das Pferd der Vereinigten Staaten nur aus Mitleid nicht zertritt.“ So lange das Vaterland dem Handel der Hansestädte als Ausland gilt, ebenso lange werden sie auch politisch nicht vollständig mit uns verschmelzen, der weltbürgerliche staatlose Kaufmannssinn nicht durch kräftigen Nationalstolz verdrängt werden. Ihre Freihafenstellung steht und fällt mit der Zersplitterung Deutschlands. Sobald das deutsche Hinterland ein Zollgebiet bildet, hat die Nation gar keinen Vortheil mehr von der Absonderung ihrer Häfen, und immer fühlbarer werden die Nachtheile der Trennung hervortreten, der demoralisirende Schmuggel, die unleidliche Erschwerung des Kleinverkehrs mit der Nachbarschaft. Wenige Wochen strenger preußischer Zollcontrole an den Grenzen der Provinz Schleswig-Holstein haben hingereicht, die Agitation in Lübeck für den Anschluß an den Zollverein zu verstärken. Aus den Klagen der Industrie und des Kleinhandels wird sehr bald auch der Großhandel die Einsicht gewinnen, daß die Absonderung so verkehrsreicher Gebiete auf die Dauer eine phy-

sische Unmöglichkeit ist. Schon jetzt äußert Altona laut den Wunsch nach Einschluß in die deutsche Zollgrenze; hält diese Agitation an, so kann die preußische Regierung einer preußischen Stadt die Gleichstellung mit den übrigen Plätzen der Monarchie schließlich nicht versagen; wie aber läßt sich eine Zolllinie zwischen zwei Nachbarstädten oder vielmehr inmitten der Straßen einer volkreichen Stadt aufrechthalten? Das Parlament hat nicht nur, was sich von selbst rechtfertigt, den unausführbaren sofortigen Eintritt der Hansestädte nicht verlangt, sondern die Nachsicht gegen sie noch weiter getrieben: ihre Aufnahme in die nationale Zolllinie ist ihrem eigenen Willen anheimgestellt. Wir denken, diese Lage werde die freihändlerische Richtung der preußischen Verkehrspolitik verstärken. Die in der Wissenschaft längst zum Gemeinplatze gewordene Erkenntniß, daß nur eine kleine Minderzahl der Waarenzölle einen erheblichen finanziellen Ertrag bringt, beginnt endlich in den Bureaux der Handelsministerien anerkannt zu werden; und wenn erst die Vereinfachung unseres Zolltarifs erfolgt ist, so wird die deutsche Zollcontrole ihre Schrecken für den hanseatischen Kaufherrn verlieren.

Die unsystematische Natur des Bundes zeigt sich sehr grell in seinem Finanzwesen. Seine Einnahmen bestehen 1) aus den Reinerträgen der Zölle und den gemeinsamen indirekten Steuern, welche von den Bundesstaaten nach gemeinsamen, also für einzelne Grenzländer sehr nachtheiligen, Grundsätzen verrechnet werden und in der Form als Beiträge der Einzelstaaten erscheinen; 2) — wenn anders man diesen imaginären Posten aufzählen will — aus den Ersparnissen der Bundeskriegsverwaltung bis zum Jahre 1871; 3) aus dem Ertrage der Posten und Telegraphen, die von dem Bunde ausschließlich verwaltet werden. Das Fehlende wird ergänzt 4) durch Matricularbeiträge. Dieser leidige Nothbehelf, eine ganz irrationelle Kopfsteuer, die das arme Detmold etwa mit der gleichen Summe belastet wie das reiche Bremen, ward in dem alten deutschen Bunde nur deshalb erträglich, weil die Summen geringfügig, und die Steuerzahler ohne Vertretung waren. In dem neuen Bunde wird die Ungleichmäßigkeit der Belastung bald sehr fühlbar werden; das Parlament erwarb sich daher ein Verdienst als es dem Bunde auch die Befugniß direkte Steuern aufzulegen gab. Die Ausübung dieses Rechtes wird sehr lästig in die Finanzverwaltung der Einzelstaaten eingreifen und noch einige Zeit auf sich warten lassen; aber ohne Störungen der Verwaltung der Glieder ist kein kräftiger Bund möglich, und die direkte Bundessteuer wird eine mächtige Klammer mehr bilden, um die Volkswirthschaft der Nation zusammenzuhalten.

Die heftigsten Debatten des Parlaments bewegten sich um die Rechte

des künftigen Reichstags. Der Radicalismus hatte die berufene Uebertragungstheorie aufgestellt, wonach jedes Recht, das bisher einer deutschen Volksvertretung zustand, auch dem deutschen Parlamente zugetheilt werden sollte. Der Widersinn dieser Phrase liegt auf der Hand, da Werth und Sinn eines politischen Rechtes sich verändert, sobald man es in einen neuen Zusammenhang stellt. Das Parlament bedurfte einiger Zeit, bis in den bewegten Debatten diese Erkenntniß durchschlug, und ein Compromiß entstand, das heute, offen oder in der Stille, von allen Besonnenen gebilligt wird. Die Landtage der Kleinstaaten waren bisher verpflichtet, die durch Bundesgesetze geforderten Militärausgaben zu bewilligen; in Preußen beanspruchte die Krone kraft des Gesetzes vom 3. September 1814 das Recht die Stärke des Heeres nach den Staatsverhältnissen zu bestimmen, über die Consequenzen dieses Rechts brach der Conflict aus. Von jetzt an bis zum Jahre 1871 ist ein rechtlich und thatsächlich unüberschreitbarer Friedenspräsenzstand vorgeschrieben. Das lange ersehnte Wehrgesetz ist also provisorisch festgestellt, für die Zukunft steht ein umfassendes Bundesmilitärgesetz in Aussicht. Ein großer Gewinn, denn die allgemeine Wehrpflicht wird zur unerträglichen Bürde, wenn die Pflichtigen nicht gegen die Willkür des Reichstags wie der Regierung gesichert sind. Es bildet ferner der feststehende Friedenspräsenzstand in unserer rasch anwachsenden Bevölkerung eine sinkende Last. Endlich ist nicht nur die bisherige Zeit der Dienstpflicht für Preußen erheblich vermindert — bis auf 12 Jahre —, sondern die Kriegsverwaltung ist gezwungen, auf eine Verminderung der Dienstzeit bei den Fahnen hinzuarbeiten, wenn sie die Zahl der militärisch ausgebildeten Mannschaften vermehren will. Nach dem Jahre 1871 sind allerdings Conflicte denkbar, da die für die heutige Friedenspräsenzstärke des Heeres bestimmten Beiträge der Bundesstaaten fortdauern, der Reichstag also nur die Ausgaben zu bewilligen hat. Aber die Organisation des Heeres steht verfassungsmäßig fest, eine Vermehrung des Friedenspräsenzstandes der Armee ohne Zustimmung des Reichstags ist rechtlich und thatsächlich verhindert, an eine Verminderung zu denken wird die Lage der Welt ohnehin der nächsten Zukunft nicht erlauben. Auch glauben wir, daß bis zum Jahre 1871 der Liberalismus sich der Regierung genähert haben wird. Schon heute beginnt man ernstlich die gewöhnlichen Vorstellungen über das sogenannte Budgetrecht zu prüfen und findet, daß sie nicht dem englischen, sondern dem französischen Vorbilde traurigen Angedenkens entlehnt sind; man erkennt, daß das gepriesene allgemeine Steuerverweigerungsrecht in dem regelmäßigen Gange des Staatslebens weniger durchschlagend wirkt als das bescheidenere Recht, neue Steuern, neue Ausgaben zu ver-

weigern. Und dies bescheidenere Recht wird dem deutschen Reichstage in vollster Wirksamkeit zustehen. Der Bund hat nicht, wie bisher die Krone Preußen, reiche Einnahmen aus bestehenden Steuern zu seiner Verfügung, er beginnt mit dem Deficit, er kann nicht leben ohne die Bewilligungen des Reichstags. Uns däucht, das seien günstige Vorzeichen für unser constitutionelles Leben.

Bei den Verhandlungen über die Zusammensetzung des künftigen Reichstags kam der Gedanke ein Oberhaus zu bilden kaum ernstlich zur Sprache; Jedermann fühlte, daß die räderreiche Maschine des Bundes nicht noch verwickelter werden dürfe. Die Bitterkeit, welche der Streit über die Diäten hervorrief, die heftigen Invectiven gegen „die Bildung einer privilegirten parlamentarischen Kaste“ werden wohl schon einer nahen Zukunft unverständlich sein. Ein unbesoldeter Reichstag steht geachteter da nach oben wie nach unten, er darf auf die Mitwirkung der Aristokratie zählen, die man sonst der neuen Ordnung verfeindet. Die einzige unerfreuliche Erfahrung, welche Italien an seinem unbesoldeten Parlamente gemacht hat, wird dem Volke der allgemeinen Wehrpflicht und der Stein=schen Städteordnung erspart bleiben. Unsere Nation ist zu sehr an den uneigennützigen Dienst für das gemeine Wohl gewöhnt, als daß wir fürchten müßten, unsere Parlamentsmitglieder würden, wie die italienischen, saumselig und unvollzählig auf dem Platze erscheinen. Mit überwältigender Mehrheit wurde endlich das allgemeine Stimmrecht angenommen — ein merkwürdiger Beweis für die Umstimmung der öffentlichen Meinung. Wir unsererseits sind unserer alten Ueberzeugung treu geblieben und können dem suffrage universel nur den einen Vorzug zugestehen, daß es häufig, keineswegs immer, der Volksvertretung ein großes moralisches Ansehen verleiht, gegenüber dem Auslande wie gegen den Radicalismus im eigenen Lande. Wir bewundern keineswegs das preußische Wahlgesetz, das dem Coteriewesen Vorschub leistet. Aber einen mäßigen Census, der mindestens die ganz abhängigen Bestandtheile der Gesellschaft von der Wahlurne ausgeschlossen hätte, konnte man mit einigem politischen Muthe sehr wohl feststellen. Es ist nicht wahr, daß das allgemeine Stimmrecht, einmal gegeben, nicht wieder genommen werden durfte; unsere Massen kennen den Gleichheitsfanatismus der Franzosen nicht. Der Satz, jeder Census sei eine Willkür, beweist zu viel, also gar nichts; alle Wahlgesetze bestimmen eine Grenze für die Wahlfähigkeit, und sei es auch nur die Grenze des Alters, und jede gesetzliche Grenzlinie muß sich in einzelnen Fällen als Willkür erweisen. Die letzten Wahlen haben ein nicht ungünstiges Ergebniß geliefert, aber sie geschahen unter der Einwirkung einer mächtigen nationalen Erregung: das Volk von Preußen

wollte sich die Früchte der böhmischen Schlachten nicht verkümmern lassen. Ob bei neuen Wahlen in anderer Zeit dieselbe Mäßigung sich zeigen wird, ist keineswegs sicher. Die Taktik aller Parteien wird nunmehr, da sie auf die Massen zu rechnen haben, neue, schwerlich edlere Formen annehmen müssen; unter allen Parteien sehen sich die gemäßigten, auf deren Kraft jeder geordnete Staat zählen muß, am schwersten bedroht; und wir sind keineswegs sicher, ob nicht mit der Zeit, gefördert durch das allgemeine Stimmrecht, die socialistischen Elemente unserer großen Städte zu drohender Stärke anschwellen werden. Gebe Gott, daß die unverwüstliche Sittlichkeit unseres Volkes solchen Versuchungen widerstehe!

Wir haben unsere Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Verfassung scharf hervorgehoben, weil wir unsere Leser bestärken wollten in der Einsicht, daß die großen organisatorischen Arbeiten der nächsten Zukunft einem noch unfertigen Werke gelten und darum einer fleißigen, tiefeindringenden Vorprüfung durch die öffentliche Meinung dringend bedürfen. Indem wir aber noch einmal die Verfassung im Ganzen überschauen, können wir uns nicht begnügen mit dem selbstverständlichen Worte, daß das Beschlossene Achtung und Unterordnung verlangt, noch mit der mattherzigen Versicherung, der Tadel gegen einzelne Punkte berechtige nicht zum Verwerfen des Ganzen. Wir müssen rundweg die Ueberzeugung aussprechen: diese Verfassung ist der Markstein des größten Fortschrittes, den das politische Leben der Deutschen je vollzogen hat; späte Geschlechter werden einst das Andenken des ersten norddeutschen Reichstags segnen und seine verblendeten Gegner belächeln. Wir Männer der nationalen Partei haben allzu lange unsere Feder tauchen müssen in Zorn und Bitterkeit; auch jetzt noch finden wir nur schwer jenen Ton ruhiger, besonnener Zuversicht, der einer aufsteigenden Nation geziemt. Und wie sie aufsteigt, diese Nation, wie unablässig jene schöpferischen Kräfte, die der Krieg entfesselte, weiter bauen an dem deutschen Staate, das wird uns abermals bekräftigt durch die Schutz- und Trutzbündnisse und die jüngsten Zollvereinsverträge mit Süddeutschland. Die Brücke über den Main ist geschlagen. Wir kennen diese Zollverträge noch nicht näher und wissen noch nicht zu sagen, ob die Regierungen des Südens im Stande sein werden, den gesunden freihändlerischen Zug unserer Zollpolitik zu hemmen. Von unzweifelhaftem Segen aber ist die Theilnahme süddeutscher Abgeordneten an den Zollverhandlungen des Parlaments. Wenn dadurch für den Augenblick der regellose Bau des norddeutschen Bundes noch unförmlicher erscheint, so wird er in der Zukunft um so einfacher sich gestalten; wir haben jetzt die Gewißheit, daß der norddeutsche Bund sich erweitern wird zum deutschen Bunde. Wie die Trennung des Südens von dem

Gemeinwesen der Nation allein bewirkt ward durch die Schuld der Süddeutschen selber, so kann auch die Versöhnung nur geschehen durch das Durchbrechen der besseren Erkenntniß im süddeutschen Volke, und diese Umkehr wird unzweifelhaft erfolgen, sobald man im Süden unser Parlament kennen lernt. Die Zeit ist gekommen, da dem Deutschen erlaubt ist das Höchste zu hoffen. Das große Wort „deutsches Königthum" ist noch nicht ausgesprochen. Aber der gesegnete Tag rückt näher, da vor diesem verheißenden Klange jeder Widerstand verstummen muß und der Spruch sich erfüllt, der dem Adler Preußens zuruft: „einst trägst du noch den goldenen Reif, Scepter, Schwert vom heil'gen Reich!" —

Die schöne Gleichheit der Franzosen.

Nachschrift*)
für Herrn Ludwig Bamberger und Herrn H. B. Oppenheim.

Kiel, 15. Sept. 1867.

Herr Ludwig Bamberger hat gegen meinen Aufsatz über das erste Kaiserreich eine Schrift gerichtet unter dem Titel „Ueber Rom und Paris nach Gotha oder die Wege des Herrn v. Treitschke“. Nur aus persönlicher Achtung gegen den Verfasser erwidere ich einige Worte; die Schrift selbst ist wahrhaftig einer Widerlegung nicht werth. Ich habe meine Antwort verschoben, bis die durch tausend Störungen wider meinen Willen verzögerte Fortsetzung jenes Aufsatzes endlich erscheinen konnte. Wenn Herr Bamberger diese Fortsetzung liest, so wird er vielleicht selber den Grundfehler seines Unternehmens erkennen: er wird einsehen, daß es eine Lächerlichkeit ist, Schriften, die noch nicht geschrieben sind, zu widerlegen. Ich sprach über Napoleon I., und Herr Bamberger belehrt mich über Napoleon III. Ich redete von Mollien und Portalis, und mein Gegner hält mir eine Vorlesung über Herrn Thiers! Auf den vorstehenden Seiten wird Herr Bamberger finden, daß mein Urtheil über Thiers mit dem seinen vollkommen übereinstimmt, und wenn er sich noch ein wenig gedulden will, so wird er sehen, daß auch meine Meinung über Napoleon III. von der seinen nur wenig abweicht. Seine Schrift ist von der ersten bis zur letzten Zeile ein grobes Mißverständniß.

Ich habe von wirklich berufenen Richtern, wie R. v. Mohl, die Frage hören müssen, ob ich auch die geniale Organisationskraft Napoleon's genugsam anerkannt habe? Ich verstehe solchen Vorwurf. Die Wunden, die der Kaiser unserem Lande schlug, sind noch in zu frischer Erinnerung, es fällt dem Deutschen nicht leicht, gerecht über den großen Feind zu

*) Zum zweiten Capitel der Schrift „Frankreichs Staatsleben und der Bonapartismus“.

reden. Das aber habe ich mir nicht träumen lassen, daß irgend ein Leser in jenem Aufsatze eine Verherrlichung des Bonapartismus sehen würde. Ich soll, nach Herrn Bamberger, das französische Kaiserthum als eine Fortsetzung des römischen Cäsarenthums betrachten — und der ganze letzte Abschnitt jenes Aufsatzes begründet ausführlich die Unhaltbarkeit jeder Vergleichung zwischen Napoleon und Cäsar, er schließt mit den Worten, es bleibe von allen diesen Parallelen nichts übrig als einige banale Phrasen! Ich spüre keine Neigung mich auf einen so zwecklosen Streit einzulassen; ich könnte auf jeden Angriff meines Gegners immer nur das Eine antworten: „das habe ich ja gar nicht gesagt". Soll ich im Ernst erst versichern, daß ich kein Gegner der Civilehe bin? Soll ich einem verständigen Leser erst erklären, daß ich unter der „großen germanischen Bundesrepublik", deren Vorbild der Convent verwarf, nicht das heilige Reich oder den deutschen Bund gemeint habe, sondern das einzige Gemeinwesen, worauf jener Ausdruck paßt, die Vereinigten Staaten? Oder soll ich gar mich mit jenen Fälschungen befassen, die Herr Bamberger nicht für unredlich gehalten hat? Ich sprach von dem freiwilligen Ehrendienste der höheren Stände in Kreis und Gemeinde. Ich meinte den Ausdruck „höhere Stände" in einem sehr weiten Sinne; ich dachte nicht blos an die englischen Lordlieutenants, sondern auch an unsere deutschen Stadträthe und Deichgeschworenen, an die Ehrenbeamten der amerikanischen Grafschaften, die allesammt nicht aus den bildungs- und besitzlosen Klassen hervorgehen. Aus diesem harmlosen Worte macht Herr Bamberger mit einer allerliebsten kleinen Fälschung „die bevorzugten Klassen", und alsbald erscheine ich dem entsetzten Leser als ein Junker mit finsteren feudalen Plänen! Mein Gegner wirft mir einseitigen Nationalstolz vor und hochmüthige Verunglimpfung der Franzosen. Ich aber habe eine erschöpfende Schilderung des französischen Volksthums gar nicht geben wollen; ich fragte einfach: auf welche Characterzüge des französischen Volkes der Bonapartismus sich stütze? Meine Schuld ist es doch nicht, daß ich bei der Antwort auf diese Frage in erster Linie der Schattenseiten der französischen Bildung gedenken mußte.

In diesem tollen Durcheinander von Mißverständnissen und Verdrehungen bleiben doch einige wirkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn Bamberger und mir aufrecht; ich finde jedoch keinen Grund mein Urtheil zu ändern. Ich bleibe dabei, daß die socialen Zustände in Deutschland im Ganzen gesünder sind, als bei unseren Nachbarn. Preußens Geschichte kennt keine Emigranten. Unser Adel hat die Schlachten seines Landes von Fehrbellin bis Königgrätz redlich mitgeschlagen; darum wird der Demokratie nicht gelingen, den besseren Theil unseres Volkes mit

ihrem Adelshasse anzustecken. Der deutsche Name Bürgerthum ist ein Ehrenname; will unser Communist den Bürger schmähen, so muß er von den Franzosen den Ausdruck bourgeoisie entlehnen, der auf unsere Verhältnisse paßt wie die Faust auf das Auge. Wenn Herr Bamberger diesen und ähnlichen Thatsachen etwas nachdenkt, so entdeckt er vielleicht, daß nicht bloß nationaler Hochmuth aus meinen Worten sprach. Desgleichen beharre ich bei der Behauptung, daß mit der vollendeten socialen Gleichheit für die freie Gesittung sehr wenig erreicht ist. Ich will nicht erst an China und Rußland oder an unsere Nonnenklöster erinnern, wo Herr Bamberger die schöne Gleichheit Frankreichs in erfreulichster Blüthe wiederfinden kann, ich berufe mich auf die Gesinnungsgenossen meines Gegners, auf die französischen Republikaner. Das letzte Wort ihrer Klagen lautet heute: „wir haben die Demokratie ohne die Freiheit". Dies und nichts Anderes ist auch meine Ansicht.

Noch bleibt mir übrig, Verwahrung einzulegen gegen jenen rohen Gesinnungsterrorismus, der sich heute im demokratischen Lager aufbläht und unser gesammtes öffentliches Leben zu vergiften droht. Die Herren dieser Farbe scheinen nachgerade außer Stande, an die Rechtschaffenheit und den Muth eines Gegners zu glauben. Auch Herr Bamberger versagt sich's nicht, die alten abgenutzten Redensarten über die Feigheit und Aengstlichkeit der Gothaer wieder auszuspielen. Ich kann darauf nur erwidern: an den älteren Verdiensten und Fehlern der Partei bin ich schuldlos; als Herr v. Gagern mit seinen Freunden in Gotha tagte, war ich noch ein junger Bursch und nährte mich von der lauteren Milch der k. sächsischen Vaterlandsliebe. Dagegen bekenne ich gern meine Mitschuld an den neuesten Sünden der Altliberalen. Allerdings, wir Gothaer, wir allein in Süddeutschland, waren feig genug, vor dem deutschen Kriege, inmitten der tobenden Massen und der verblendeten Höfe die schwarz-weiße Fahne offen zu vertheidigen — zu einer Zeit, da Herr Bamberger für Preußen und sein Heer nur ein hämisches Lachen und schmutzige Glogauer-Ofenwitze hatte. Es war das durchaus kein Verdienst; doch mir scheint, es stünde heute besser um den Süden, wenn damals diese gothaische Aengstlichkeit etwas häufiger und jener demokratische Heldenmuth, der nur mit den ultramontanen Wölfen zu heulen wußte, etwas seltener gewesen wäre.

Ich finde es ferner durchaus in der Ordnung, daß Herr H. B. Oppenheim durch die Stimme seines liebevollen Herzens sich gedrängt fühlte, das Buch seines Freundes Bamberger öffentlich zu loben. In solchem Falle erforderte der literarische Anstand, daß der Kritiker auch die Schrift las, welche Herr Bamberger zu widerlegen versucht hatte. Herr Oppenheim hat dies leider nicht für nöthig gehalten. Er verdreht

Herrn Bamberger's Verdrehungen noch einmal und schickt das Märchen in die Welt, daß ich der Schädellehre ergeben sei, und ähnlichen blühenden Unsinn mehr, wofür mein Aufsatz auch nicht den Schatten eines Vorwandes giebt. Es ist ein boshafter Scherz des Zufalls, daß gerade diese beiden Schriftsteller, die sich so gern ihrer französischen Bildung rühmen, jener Untugend der zwecklosen Stänkerei und Zänkerei verfallen mußten, welche die Franzosen mit Recht an uns tadeln. Ich mag diese querelle Allemande nicht weiter führen. Ich freue mich vielmehr, daß Herr Bamberger sich inzwischen zu jenem Glauben an Preußen bekehrt hat, den er nie hegte und wir nie aufgaben. Er selber wird heute seine alten Schmähungen gegen Preußen nicht ohne Heiterkeit lesen; mir aber mag er gestatten, daß ich mit derselben Empfindung auch das possierliche Zerrbild betrachte, das er von mir entworfen hat.

1868.

Altpreußen und die deutsch-russischen Ostsee-Provinzen.

Offener Brief an Herrn Dr. Julius Eckardt, Redacteur der Grenzboten.

Heidelberg, 5. August 1868.

Hochgeehrter Herr! Sie haben mir die Ehre erwiesen, in Gelzer's protestantischen Monatsheften ein Sendschreiben an mich zu richten. Sie bekämpfen darin einige Betrachtungen über die baltische Geschichte, welche in meinem Aufsatze über das deutsche Ordensland Preußen enthalten sind. Ich darf das reiche Lob, das Ihr Brief mir spendet, nicht annehmen; aber auch der Vorwurf, daß ich unbillig über die livländischen Deutschen geurtheilt, scheint mir nicht zutreffend; ja ich bekenne, nicht recht zu begreifen, warum gerade ich in eine Controverse über die deutsch-russischen Ostseeländer verwickelt werde. Es ist ein ungleicher Kampf, wenn einige auf zwei Seiten zerstreute beiläufige Bemerkungen auf ebenso viel Bogen widerlegt werden.

Ich hatte in jenem Aufsatze nachzuweisen, warum die deutsche Gesittung in Königsberg und Marienburg sich kräftiger und glücklicher entwickeln konnte als an der Düna. Sie stellen sich umgekehrt die Aufgabe zu zeigen, wie zäh und tapfer Ihre baltische Heimath in der schwierigsten Lage an dem deutschen Volksthum festgehalten hat. Ist es nicht selbstverständlich, daß von zwei Schriftstellern, die von so verschiedenen Standpunkten aus an einen historischen Stoff herantreten, der eine diese, der andere jene Thatsachen stärker betonen muß? Wenn die Zeitschriften der moskowitischen Demokratie, wie mir ein Freund aus Esthland versichert, einzelne meiner Aeußerungen ausgebeutet haben, um den Haß gegen die deutschen Barone zu schüren, so lehne ich jede Verantwortung ab für frivolen und unredlichen Mißbrauch, der mit meinen Worten getrieben wird. Ich betrachte wie jeder Deutsche mit Freude die jüngste

glücklichere Wendung in der Geschichte der baltischen Provinzen, die beginnende Versöhnung zwischen den Ureinwohnern und den deutschen Herren; ich habe dies auch in jenem Aufsatze ausgesprochen und bedaure lebhaft, daß Ihr Brief mich heute zwingt wieder an einige Schattenseiten der älteren baltischen Geschichte zu erinnern.

Sie thun mir Unrecht, wenn Sie annehmen, ich halte den wenig erfreulichen Verlauf der deutschen Colonisation in Livland und Esthland für eine Schuld der Colonisten. Ich glaube frei zu sein von jener moralisirenden Flachheit, welche große historische Katastrophen allein aus den Sünden der Menschen herzuleiten liebt. Ich habe die schweren Hemmnisse, welche der deutschen Kultur in Livland, Kurland und Esthland entgegentraten, auf das Bestimmteste hervorgehoben, vornehmlich folgende drei Punkte. Die Deutschen bildeten hier eine schwache Minderheit. Sie waren wesentlich Niederdeutsche und empfingen nicht, wie ihre Landsleute in Preußen, unablässig Verstärkung aus allen Gauen des Mutterlandes. Endlich, sie wurden nicht, wie die Deutschen in Preußen, durch eine starke Staatsgewalt geleitet, sondern es entfaltete sich von Anbeginn ein anarchisches Durcheinander ständischer Gegensätze; der Erzbischof und der Orden, Stiftsadel und Ordensadel, Bürgerthum und Ritterschaft schwächten einander in socialen Kämpfen, welche nur allzu oft zur Einmischung der auswärtigen Feinde führten. Es bleibt sicherlich eine ruhmvolle Erinnerung, daß die Deutschen trotz alledem ihre Herrschaft zu behaupten verstanden; aber die Ungunst der Verhältnisse hebt doch nicht jede sittliche Zurechnung auf. Der furchtbare Haß, der die Jahrhunderte hindurch die Unterworfenen gegen ihre deutschen Herren beseelte, kann unmöglich grundlos sein. Wenn wir noch im Jahre 1859 einen Aufruhr der Bauern Esthlands erleben mußten, so scheint mir dadurch erwiesen, daß die Herren auch in jener späteren Zeit, da eine Vertreibung der Deutschen ganz außer Frage stand, ihre Menschenpflicht nicht immer erfüllt haben.

Je länger ich den außerordentlichen Schwierigkeiten nachdenke, welche das Deutschthum in Livland zu überwinden hatte, desto fester muß ich die Behauptung aufrechthalten, daß die Colonisation in Preußen von Haus aus einen anderen Charakter trug als an der Düna. Viele Schriftsteller Ihrer Heimath und auch Sie selbst nehmen an, die Germanisirung der Ostseelande sei bis zum sechszehnten Jahrhundert wesentlich gleichartig gewesen, wenn auch in Preußen erfolgreicher als im ferneren Osten; erst durch die große Russennoth und die Wirren der nordischen Kriege hätten die Dinge in Livland eine unheilvolle Wendung genommen, während in Preußen unter vortheilhaften politischen Verhältnissen das Deutschthum seine Herrschaft befestigte. Aber wo sind die Beweise? Der Orden in

Preußen ging, nachdem er um 1281 den großen Preußenaufruhr niedergeworfen, mit bewußter Absicht darauf aus die Ureinwohner auszurotten oder sie zu germanisiren, und er erreichte sein Ziel so vollständig, daß die altpreußische Sprache bekanntlich schon zur Zeit Winrich's von Kniprode im Absterben war. In Livland und Esthland durfte die geringere Macht der Deutschen weder an die Vernichtung noch an die Verschmelzung der Eingeborenen denken; sie mußte sich begnügen die Herrschaft zu behaupten. Als im sechszehnten Jahrhundert die evangelische Predigt die lateinische Messe verdrängte, stellte man in einzelnen Gemeinden des Herzogthums Preußen neben die deutschen Pfarrer Tolken, welche den „undeutschen" Bauern die Predigt übersetzen mußten; nach einigen Jahrzehnten wurden diese Dolmetscher überflüssig. Herzog Gotthard von Kurland dagegen bedurfte anderer Mittel, um den evangelischen Glauben einzuführen. Er ließ am Abend seines Lebens (1586—87) Luther's kleinen Katechismus, die Psalmen und das neue Testament „in's Undeutsche bringen", er verbreitete Reymer's lettische Passion und gestand, daß dadurch erst die Zukunft der Reformation in seinem Lande gesichert würde. An diese Werke hat sich seitdem eine ganze Literatur lettischer Erbauungsschriften angeschlossen, und noch heute wird dem Landvolke in Livland und Esthland undeutsch gepredigt. Der Gegensatz springt in die Augen: das Herzogthum Preußen (natürlich mit Ausnahme der litthauischen Grenzbezirke) war schon im sechszehnten Jahrhundert ein deutsches Land, worin sich nur vereinzelte Trümmer der altpreußischen Sprache noch behaupteten. In den drei östlichen Herzogthümern dagegen blieb die Masse des Volkes undeutsch, nur von Deutschen beherrscht, durch Deutsche für die Gesittung erobert. Dieser tiefgreifende Unterschied zwischen dem preußischen und dem baltischen Deutschthum bestand bereits am Ende des Mittelalters, er war das Ergebniß der Ordensgeschichte. Daß die folgenden 150 Jahre für das deutsche Leben in Preußen besonders günstig gewesen seien, kann ich Ihnen durchaus nicht zugestehen. In Königsberg ein Herzog ohne Macht noch Ansehen, dazu ein meisterloser Adel, der beständig „polenzte", in Warschau und Krakau Hilfe suchte gegen den deutschen Landesherrn. Glauben Sie im Ernst, daß diese schwache Krone, dieser polenzende Adel die Germanisirung von Ostpreußen gefördert haben? Wissen wir nicht vielmehr, daß das Deutschthum noch im siebzehnten Jahrhundert in weiten Strichen Ostpreußens schwere Einbußen erlitt? Daß nach den Verheerungen der schwedisch-polnischen Kriege in Sudauen und Galindien eine starke Einwanderung von Arbeitskräften aus Polen erfolgte? — Vollends im königlichen Preußen war das deutsche Element sogar noch schwerer bedroht als in Livland. Hier fand der polnische Herrscher ein erst halb

germanisirtes blutsverwandtes Landvolk vor, und Jedermann weiß, wie gewaltsam der Pole die slawische Sitte wiederherzustellen wußte. Der Schutz einer kraftvollen Staatsgewalt wurde der deutschen Bildung in Westpreußen erst nach der Theilung Polens wieder zu Theil, in Ostpreußen erst seit dem Welauer Vertrage, oder richtiger: erst seit Friedrich Wilhelm I. — denn der große Kurfürst hat sich mit der preußischen Verwaltung nur wenig befassen können. Es wird dabei bleiben müssen: Altpreußen ist durch den deutschen Orden germanisirt, das jüngste Jahrhundert hatte nur das Dach zu setzen auf ein Haus, dessen Mauern schon am Schlusse des Mittelalters fest standen.

Ich verkenne nicht die unvergleichlich bedrängte Lage Livlands im sechszehnten Jahrhundert, noch die Mitschuld des Mutterlandes an dem Abfalle der Colonie. Die Zwietracht und Schwäche des heiligen Reichs, die unselige Binnenlandespolitik der Habsburger hat an den baltischen Ländern nicht weniger gesündigt, als der Handelsneid unserer Hansestädte, die gegen Riga und Reval dieselben Künste monopolsüchtiger Handelspolitik anwendeten, welche England später mit dem gleichen Erfolge gegen Nordamerika gebrauchte. Dazu die unheilvolle Verwickelung der internationalen Verhältnisse des Nordens, die den Meistern von Preußen und Livland gemeinsames Handeln unmöglich machte: Preußen sah in Polen, Livland in Rußland seinen gefährlichsten Feind. Aber dürfen wir die Schuld der Deutschen in Livland ganz übersehen? Wie Westpreußen durch die ständische Libertät an Polen verrathen ward, so hat auch in Livland die ständische Anarchie der Fremdherrschaft in die Hände gearbeitet. Wie bitter hat das Ihr wackerer Landsmann Balthasar Rüssau von Reval empfunden! Das ganze dritte Buch seiner Chronik ist nur Eine schwere Anklage gegen seine Landsleute; immer wieder kommt er auf die Frage zurück, wie denn ein Fürst sein Land vertheidigen solle, „dewyle syne eigenen krygeslüde und geschwarenen underdanen untrüwelick handeln?"

Ich habe die Nothwendigkeit aristokratischer Formen für die baltischen Gemeinwesen nie verkannt, sondern ausdrücklich zugestanden, daß die Rechte der ritterlichen Landtage dort das beste Bollwerk für die deutsche Sitte bilden. Aber in keinem Lande des Continents hat der Adel allein ein gesundes Staatsleben zu gründen vermocht, wenn nicht eine starke monarchische Gewalt ihn in Schranken hielt. Ich kann nicht finden, daß Ihre Heimath eine Ausnahme von dieser Regel bilde. Der baltische Adel hat seine Privilegien, und dadurch mittelbar auch die Eigenthümlichkeit des deutschen Lebens, gegen Polen, Schweden, Rußland wacker vertheidigt; doch ihm fehlte ein Vaterland in jenen Jahrhunderten, da seine Söhne in den Heeren Preußens, Rußlands, Oesterreichs, Frankreichs als

heimathlose Abenteurer dienten. Deshalb kann ich Ihnen auch nicht zugeben, daß der Adel Ihrer Heimath vor dem preußischen sich immerdar durch „einen gewissen politischen Instinkt" ausgezeichnet habe. Es war das Glück des preußischen Adels, daß eine nationale Monarchie ihn unter ihr gemeines Recht beugte, und es ist sein wohlverdienter Ruhm, daß er nach zähem Widerstande schließlich lernte, dieser monarchischen Ordnung mit Aufopferung zu dienen. Betrachten Sie die Staatsmänner und Generale Friedrich's des Großen. Ein glänzender Kreis von starken und patriotischen Männern, ein monarchischer Adel, der an sittlicher und politischer Tüchtigkeit den Hofadel der Bourbonen weitaus überragt und kaum durch den parlamentarischen Adel von England übertroffen wird. Glauben Sie in der That, daß diese Podewils und Hertzberg, die Winterfeldt und Ziethen nicht einmal so viel politischen Instinkt besessen hätten, wie die baltischen Ritter? Oder blicken Sie auf jenen glorreichen Königsberger Landtag von 1813, der ja zum guten Theile aus Edelleuten bestand. Wo sind die Leistungen des baltischen Adels, welche sich mit dieser That des preußischen „politischen Instinkts" vergleichen ließen? In Alledem liegt kein Vorwurf: eine nationale Politik in großem Stile war unmöglich unter dem Drucke einer dreihundertjährigen Fremdherrschaft. Und so steht es noch heute. Ich habe behauptet, daß der Uebertritt zahlreicher baltischer Edelleute in den russischen Staatsdienst zwar den Fortbestand der Landesverfassung gesichert, aber auch die Verschmelzung der Provinzen mit dem russischen Reiche gefördert habe. Was in aller Welt läßt sich gegen diese harmlose und, wie mir scheint, selbstverständliche Bemerkung einwenden? Die baltischen Großen haben ihren Einfluß auf den Petersburger Hof redlich dazu benutzt, das Landesrecht ihrer Heimath vor moskowitischen Uebergriffen sicherzustellen, doch es lag in der Natur der Verhältnisse, daß diese Budberg und Stackelberg eine Trennung der baltischen Länder von dem russischen Reiche gar nicht mehr wünschen konnten. Ich hatte zu schildern, wie das Ordensland Preußen ein schlichtweg deutsches Land ward und blieb, während in den östlichen Colonien unter höchst verwickelten Umständen eine Gesinnung erwachsen mußte, welche zugleich an der deutschen Nationalität festhalten und doch die politische Verbindung mit dem fremden Reiche nicht aufgeben will.

Sie werfen mir ferner vor, daß ich über die engen Verhältnisse und die geringe geistige Fruchtbarkeit des baltischen Lebens allzuhart gesprochen habe. Haben Sie nicht selbst in Ihrem trefflichen Buche über „die baltischen Provinzen Rußlands" das Bild von Karl Ludwig Jochmann gezeichnet, der seinem Lande den Rücken wandte, weil dort für ihn kein Raum war? Kennen Sie nicht einen mir befreundeten Baron aus Esth-

land, der, einer unserer wärmsten Patrioten, nach Deutschland gekommen ist, weil er daheim nichts mit sich anzufangen weiß? Ja, ich habe Grund zu vermuthen, daß Ihnen der Redacteur der Grenzboten nicht ganz unbekannt ist. Warum hätte er seine baltische Heimath verlassen, wenn er sich nicht gestehen mußte, daß die Rigaische Zeitung und ähnliche Blätter von rein provinzieller Bedeutung für ein stattliches publicistisches Talent keinen genügenden Wirkungskreis bieten?

Ihre Heimathliebe bewegt Sie endlich mir sogar vorzuwerfen, daß ich über das „Manuscript aus Süddeutschland" und seine Verfasser Wilhelm von Würtemberg und Lindner die Ausdrücke gebraucht habe, welche sich jedem Patrioten von selber aufdrängen. Dies Machwerk empfiehlt nicht, wie Sie anzunehmen scheinen, einen Bund der französischen und der deutschen Liberalen, sondern es enthält kurzweg eine Apologie des alten Rheinbundes, wie er wirklich war — gegründet durch die frechste dynastische Selbstsucht. Börne, auf den Sie sich berufen, hat die Ansichten des „Manuscripts" nicht nur nicht getheilt, sondern seine Entrüstung darüber unverhohlen kundgegeben. Und über dies Denkmal particularistischer Heuchelei, über dies Werk eines Fürsten, der sich als Deutschlands politischer Reformator gebährdete, soll ich mild urtheilen — blos weil ein Kurländer daran mitgearbeitet hat? — Mochte Lindner sich als russischer Unterthan oder als ein Norddeutscher fühlen — in beiden Fällen ist sein wegwerfendes Urtheil über unseren Freiheitskrieg gleich unverantwortlich. So schändliche Verleumdungen gegen das heimathlose betrügerische Handelsvolk unseres Nordens konnte gerade ein Kurländer, der die niederdeutsche Sitte von Kindesbeinen an kannte, mit gutem Gewissen nicht aussprechen.

Sie haben sich ein schönes Verdienst erworben durch die warme und beredte Schilderung der baltischen Zustände. Der deutsche Liberalismus hat unleugbar die Berechtigung und die Lebenskraft der aristokratischen Gesellschaftsformen Ihrer Heimath oft unterschätzt; auch ich habe mich früherhin von einigen dieser liberalen Vorurtheile nicht ganz frei gehalten. Vor sieben Jahren, als mein Aufsatz zuerst in diesen Jahrbüchern erschien, waren wir Deutschen fast gänzlich ohne Kunde von dem frischen Aufschwunge, den das deutsche Leben an der Düna seit dem orientalischen Kriege genommen. Ich habe mich seitdem bemüht, bei jedem neuen Abdrucke die Härte und Einseitigkeit der früheren Darstellung zu mildern, wenngleich ich die dunklen Flecken der älteren baltischen Geschichte nicht verschweigen durfte. Sie werden auch in Zukunft diese Jahrbücher, wie alle gebildeten Organe der deutschen Presse, immer bereit finden die Sache unserer baltischen Landsleute zu vertreten. Nur bitte ich Sie nicht

zu vergessen, daß wir Deutschen zu den Ostseeprovinzen anders stehen als weiland zu Schleswig-Holstein.

Das lebende Geschlecht darf auf eine politische Wiedervereinigung mit den baltischen Deutschen nicht hoffen; es scheint mir sogar unsicher, ob dieser Gedanke jemals zu den berechtigten und möglichen Plänen deutscher Politik zählen wird. Unsere Wünsche für die Ostseeländer müssen sich darauf beschränken, daß dort deutsche Sprache und Sitte, die überlieferten Formen des deutschen Gemeinwesens ihr gutes Recht behaupten und die Ureinwohner allmählich der deutschen Bildung gewonnen werden. Unsere Presse hat die Zustände an dem rigischen Meerbusen vorurtheilsfrei darzustellen und die Russen immer wieder daran zu erinnern, wie schwer sie ihren eigenen Staat schädigen würden, wenn jemals die nivellirenden Bestrebungen des moskowitischen Radikalismus in Livland zur Herrschaft gelangten. Selbst diese bescheidene Aufgabe wird uns erschwert durch den unberechenbaren Charakter der Petersburger Politik und die Reizbarkeit des russischen Nationalgefühls. Da wir zu bewaffnetem Einschreiten nicht berechtigt sind und sogar eine diplomatische Einmischung nur bei einer ungewöhnlich günstigen Verwickelung der europäischen Politik rathsam ist, so kann ein unzeitiges, übereifriges Auftreten der deutschen Presse den Ostseeländern leicht schaden und das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland, dessen der Welttheil jetzt bedarf, gefährden. Verständige Vorsicht erscheint leicht als Kaltsinn. — Lassen Sie mich zum Schluß aussprechen, wie sehr ich mich freue, daß die baltischen Länder heutzutage bessere Männer, als jener Lindner war, in die Reihen der deutschen Publicistik stellen.

1869.

Zum Jahreswechsel.

Heidelberg, 31. Dec. 1868.

Wenn das Geschick in seiner Sonntagslaune mit Einem Schlage den Träumen vieler Jahre die Erfüllung gebracht hat, dann pflegt noch lange unter den Menschen eine aufgeregte begehrliche Stimmung anzuhalten; farblos und unerquicklich erscheint der Werkeltag den verwöhnten Augen. Unsere Leser werden uns das Zeugniß nicht versagen, daß die Preußischen Jahrbücher solcher Stimmung nie gehuldigt haben. Wir sind der nüchternen politischen Arbeit, welche die Ergebnisse des Jahres 1866 gesammelt und festgestellt hat, mit warmer Theilnahme gefolgt und haben, was auch zu klagen und zu wünschen blieb, keinen Augenblick das frohe Bewußtsein verleugnet, daß der Staat unseres Nordens niemals glücklichere, hoffnungsvollere Tage sah als in der Gegenwart. Auch heute wissen wir uns frei von jedem Gefühle des Mißmuths, der Verbitterung, wenn wir den Rückblick auf das vergangene Jahr beginnen mit dem Geständniß: das wichtigste Ereigniß, das diese Zeit dem deutschen Staate brachte, war eine schmerzliche Enttäuschung — ein Mißerfolg, den wir nicht den Launen des Glücks, sondern der Schuld und Absicht eines Theils der Nation selber verdanken.

Darüber war schon im Herbst 1866 unter allen Urtheilsfähigen kein Streit mehr, daß die Gründung des neuen Bundes ohne die Theilnahme der Süddeutschen erfolgen müsse. Den Unsegen einer überhasteten unreifen Einigung hatte Italien allzuschmerzlich erfahren; für uns lag kein Grund vor, aus freiem Entschluß einen Fehler zu begehen, den unseren Nachbarn der Drang der Stunden aufgezwungen hatte. Indeß hielt der Norden fest an der Hoffnung, daß das deutsche Blut, das Bewußtsein der nationalen Pflicht im Süden sich regen, daß jene rathlose Verstimmung, welche der schimpfliche Ausgang des Mainfeldzuges zurückgelassen, bald einer mannhaften Selbsterkenntniß weichen müsse. Im August 1866

hörten wir einen der Leitung Norddeutschlands nahe stehenden Mann die bestimmte Zuversicht äußern, der norddeutsche Bund werde in drei Jahren ganz Deutschland umschließen. Dann wurde das Geheimniß der Schutz- und Trutzbündnisse bekannt, bald nachher der neue Zollvertrag abgeschlossen. So bestand eine nothdürftige Gemeinschaft der Waffen und der Wirthschaft, und auch wer nicht mit den Heißspornen ausrief: „das Zollparlament soll zum Vollparlamente werden", mußte sich doch der Erwartung hingeben, daß jene Verträge den Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung, die Grundlage einer noch festeren Vereinigung bilden würden. Der Ausfall der Wahlen zum Zollparlamente, die unzweideutige Haltung der großen Mehrheit der süddeutschen Abgeordneten in Berlin hat auch diese Hoffnung zu Schanden gemacht.

Wenn ein mächtiger Staat mit einem siegreichen Heer einigen Kleinstaaten, die ihre zerrütteten Armeen soeben erst neugestalten, ein Schutz- und Trutzbündniß anbietet; wenn ein großes Gemeinwesen mit Küsten und Häfen sich verpflichtet, Zollgemeinschaft zu halten mit einem gewerblich weniger entwickelten Binnenlande, und dem kleinen Genossen jährlich 3 Millionen mehr, als ihm nach seiner Consumtion gebührt, herauszuzahlen — so kann dem unverbildeten Verstande freilich nicht zweifelhaft sein, auf wessen Seite hier der Gewinn liegt. Aber der deutsche Particularismus verstand von jeher die Kunst alle Begriffe auf den Kopf zu stellen; jene Verträge, recht eigentlich Löwenverträge zu Gunsten des Südens, erscheinen den Süddeutschen als eine aufgedrungene Last, als ein nicht zu überschreitendes Zugeständniß an den ewig heischenden Norden. Man bewundere die logische Klarheit dieses Urtheils, aber man leugne nicht, daß Süddeutschland dieser Logik huldigt. Alle die treuen deutschen Worte, die im Zollparlamente so oft herzerwärmend von den Bänken der wackeren süddeutschen Minderheit erklangen, alle die brünstigen Liebesbetheuerungen, die nach dem Schlusse der Geschäfte auf Festgelagen und Flottenfahrten zur Tröstung kindlicher Gemüther ausgetauscht wurden, ändern nichts an der Thatsache, daß die Mehrheit der Cabinette wie der Bevölkerung des Südens in ihrem vierthalbstaatlichen Durcheinander ungestört zu verharren wünscht. Der Süden will die Mainlinie, nur behält er sich nach deutscher Weise das Recht darüber zu schelten vor. Norddeutschland muß den Ausbau seines Gemeinwesens allein vollenden, nicht beirrt durch die Rücksicht auf süddeutsche Empfindlichkeit. Wenn nicht die unberechenbaren Wechselfälle der europäischen Politik schon früher zu einer gewaltsamen Lösung der süddeutschen Frage führen, so bringt vielleicht erst das Jahr 1877 mit der Neugestaltung des Zollvereins auch die Erweiterung des norddeutschen Bundes.

In diesem jungen Gemeinwesen sind die tüchtigsten Kräfte des preußischen Staats, seine militärischen und volkswirthschaftlichen Kräfte, wirksam; der norddeutsche Bund ist auch in diesem Jahre rüstig und arbeitsam vorwärtsgeschritten. Der Bund wächst bereits über seine Verfassung hinaus, und wenn einst Süddeutschland in das nationale Gemeinwesen eintritt, so wird die Fabel von den sibyllinischen Büchern sich wiederholen, den Kronen des Südens wird die mäßige Beschränkung ihrer Souveränetät, die man ihnen noch heute gewähren könnte, nicht mehr gestattet werden. Vornehmlich im Heerwesen ist der Fortschritt unverkennbar. Durch eine Reihe vortrefflicher Militärconventionen sind die Bestimmungen der Bundesverfassung erweitert und ergänzt, die Einheit des norddeutschen Heeres ist vollendet. Nur zwei braunschweigische Regimenter und das k. sächsische Armeecorps behaupten noch eine ungesunde Sonderstellung, die auf die Dauer sich nicht halten läßt. Mit gutem Grunde widmet der Radicalismus diesem Heere seinen unversöhnlichen Haß. Zwar an das Ammenmärchen, der Cäsarismus herrsche in Norddeutschland, glauben unsere Demokraten selber nicht; ein Kind mag begreifen, daß der zehnte Theil des norddeutschen Heeres genügen würde, das Ansehen der Krone gegen heimische Feinde aufrechtzuerhalten. Die Demokratie haßt das Heer als das stärkste Band der deutschen Einheit; uns aber erhebt sich die Seele bei dem Gedanken, wie stetig und gesetzmäßig unsere Geschichte vorwärts schreitet. Seit die rheinischen Kurfürsten mit Frankreich und Schweden im Bunde wider den furchtbar in's Reich dringenden brandenburgischen Dominat schalten, seit die edlen freien Preußen, die Herren Stände von Cleve über den miles perpetuus des großen Kurfürsten klagten — diese zwei Jahrhunderte hindurch sind die staatsbildenden wie die staatsfeindlichen Kräfte in unserem Vaterlande unabänderlich dieselben geblieben. Von dem Augenblicke an, da die preußisch-brandenburgische Monarchie neu gegründet ward, bis zur heutigen Stunde hat der deutsche Staat unwandelbar dieselben zwei Vertreter gehabt: die Krone der Hohenzollern und ihr Heer — und dieselben vier mächtigen Feinde: den Neid der fremden Nachbarn, die Eifersucht des Hauses Oesterreich, die kümmerliche Selbstsucht der Particularisten, endlich und vor Allem jene anarchische Gesinnung, die sich einst mit dem Namen der deutschen Libertät brüstete, bald den Ritterhut des adlichen Landstandes bald die rothe Mütze des Demagogen auf ihr Haupt setzte und doch unter tausend Verkleidungen immer das gleiche Wesen zeigte: den Haß gegen jede ernsthafte staatliche Ordnung, die zügellose sociale Begehrlichkeit. Und wenn wir die verworrenen Anfänge unseres Staates betrachten, wie die Preußen auf Polen, die Pommern auf Schweden, die

Mörser und Clever auf Holland, die Magdeburger auf Oesterreich sich stützten um dem verhaßten miles perpetuus der Hohenzollern zu entrinnen, wie diese Landschaften endlich allesammt dem neuen Vaterlande sich beugten und bis in's Mark sich erfüllten mit einer treuen tapferen Staatsgesinnung, dann überkommt uns eine frohe unerschütterliche Zuversicht. Wer zu lesen versteht in unserer Geschichte, dem ist kein Zweifel, daß auch die Erinnerung an die Nationen der Hannoveraner, der Frankfurter, der Mecklenburger ebenso spurlos verschwinden wird wie die Nation der Mörser und der Magdeburger verschollen ist. Die Armee ist noch immer ein köstliches Werkzeug der deutschen Einheit, sie ist es heute mehr denn je, seit die allgemeine Wehrpflicht die gesammte Jugend für den deutschen Staat erzieht.

Wie für das Heerwesen, so ergiebt sich bereits auch für die auswärtige Politik des Bundes die Nothwendigkeit, die Verfassung weiterzubilden. Es bleibt ein gutes Zeugniß für die normale Entwickelung des neuen Gemeinwesens, daß gerade die beiden schwersten Gebrechen der Bundesverfassung in der Praxis so rasch herausgefühlt werden. Wir hegen die gegründete Hoffnung ein Bundesministerium für die auswärtigen Angelegenheiten eingerichtet, die gesammte diplomatische Vertretung Norddeutschlands in der Hand der Bundesgewalt vereinigt zu sehen. Ob es gelingen wird die Krone Sachsen zu einem förmlichen Verzicht auf ihr Gesandtschaftsrecht zu bewegen bleibt sehr fraglich; aber mit der Gründung eines Bundesministeriums für das Auswärtige wächst die Wahrscheinlichkeit, daß die fremden Mächte ihre Gesandtschaften von den kleinen Höfen zurückziehen werden; damit wäre ein sehr widerwärtiges Trümmerstück aus einer überwundenen Epoche des Neides und des Bruderzwistes gänzlich beseitigt.

Auch die volkswirthschaftliche Politik des Bundes ist in dem angehobenen kräftigen Gange weiter geschritten; zahlreiche Gesetze zur Erleichterung des Verkehres, vor Allem der Vertrag mit Nordamerika über das Heimathsrecht bezeugen, daß in diesen Regionen unseres Staates in der That ein frischer Luftzug weht und eine Welt verrotteter Vorurtheile hinwegfegt. Die durchgreifende Umgestaltung des Zolltarifs, deren wir längst bedürfen, steht in sicherer Aussicht, nachdem die ablehnende Haltung des Zollparlaments alle Palliative vereitelt hat.

Freilich mit jedem Schritte vorwärts auf dem Wege der praktischen Politik tritt die formlose Unfertigkeit der Institutionen des Bundes immer deutlicher hervor. Nicht als theilten wir die Bedenken systematischer Foederalisten. Bereits ist eine kleine Literatur von juristischen Werken über den norddeutschen Bund entstanden. Wir begrüßen sie als ein Zeugniß

für die Theilnahme, welche die neuen Zustände in der Nation erwecken, wir verdanken mancher dieser Schriften, namentlich dem trefflichen Buche von Herrn v. Martitz, mannichfache Belehrung. Dennoch können wir das ketzerische Geständniß nicht zurückhalten, daß uns gerade der leitende Gedanke dieser Literatur nicht überzeugt hat. Wir vermögen mit unbewaffnetem Auge von dem gepriesenen bundesstaatlichen Character des norddeutschen Bundes gar nichts zu entdecken. Die Formen des norddeutschen Bundes mögen leicht noch widerspruchsvoller erscheinen als weiland die Institutionen des heiligen Reichs oder des deutschen Bundes; wer das lebendige Wirken des neuen Gemeinwesens betrachtet, der muß bekennen, daß Deutschland noch niemals eine klarere, einfachere Verfassung besessen hat. Hier ist keine Spur mehr von der constituirten Anarchie, die so lange unser Fluch war, von dem endlosen Kampfe zwischen ebenbürtigen Kräften und Gegenkräften; hier ist ein Wille, der Wille des preußischen Staats, der das Ganze beseelt und, oft auf Umwegen, mit sorgsamer Rücksicht, zuletzt regelmäßig seine Absicht erreicht. Von einer gleichmäßigen Unterwerfung Preußens und seiner Bundesgenossen unter die Bundesgewalt sollten ruhige politische Männer nicht sprechen, denn die Bundesgewalt ist im Grunde — Preußen selber. Der norddeutsche Bund steht der Form nach dem Staatenbunde näher als dem Bundesstaate; dem Wesen nach ist er ein werdender Einheitsstaat. Seine Institutionen verfolgen einen zweifachen Zweck. Sie sollen die Bevölkerung von 21 Kleinstaaten theilnehmen lassen an einigen wichtigen Vortheilen und Lasten, die der preußische Staat seinen eigenen Bürgern bietet; sie gewähren ferner ein unschätzbares Mittel um die Kräfte des Widerstandes zu brechen, die sich im Innern Preußens gegen jede heilsame Reform sträuben und mit den Mitteln der preußischen Verfassung nicht zu überwinden sind.

Von diesem praktischen Standpunkte erscheinen manche Widersprüche der Bundesverfassung, die einen Staatsrechtslehrer zur Verzweiflung bringen können, sehr harmlos und gleichgiltig. Wenn der Bundeskanzler dem Reichstage zusagt, er wolle Rücksprache nehmen mit dem preußischen Ministerpräsidenten, so pflegt sich das hohe Haus einer wohlthuenden Heiterkeit hinzugeben; bedenkliche praktische Folgen hat dies Versteckenspiel nicht. Wir brauchen einen Bundeskriegsminister, damit die parlamentarische Controle wirksam geübt werde; für die Einheit und Schlagkraft des Heeres ist auch ohne ihn gesorgt worden. Wir brauchen aus demselben Grunde Bundesminister für den Handel und das Auswärtige; es ist unerläßlich, daß eine größere Anzahl preußischer Staatsmänner durch Pflicht und Amt an die neuen Aufgaben preußisch-deutscher Politik gebunden

werde. Aber man täusche sich nicht, auch wenn ein Bundesministerium besteht, werden die allerseltsamsten Verkettungen und Competenzvermischungen zwischen den preußischen und den norddeutschen Behörden nicht aufhören. Scharfe Scheidung der Bundesgewalt von den Einzelstaatsbehörden gehört zum Wesen des Bundesstaats so nothwendig wie der Anker zum Schiff; im norddeutschen Bunde ist sie unmöglich, denn — er ist kein Bundesstaat.

Systematische Klarheit und Einfachheit kann der Organismus der norddeutschen Behörden schlechterdings nur durch Ein Mittel erlangen: durch die Mediatisirung der kleinen Kronen. Die Preußischen Jahrbücher haben diesen injuria temporum auf unsere hellen Tage vererbten Dynastien immer nur gemäßigte Ehrfurcht erwiesen; unsere Gefühle sind nicht wärmer geworden nach den Erfahrungen der jüngsten Jahre. Obwohl Gott sei Dank offene Unbotmäßigkeit durch den Ernst der Bundesverfassung verhindert wird, so bleibt doch unbestreitbar, daß die Mehrzahl der kleinen Höfe für den norddeutschen Bund nur thut was sie nicht lassen und nur läßt was sie nicht thun darf. Jedermann fühlt, daß die kleinen Kronen heute nur noch ein störendes Element in dem Staatsleben des Nordens bilden, aber wir glauben nicht, daß diese Einsicht an den Höfen selber Fuß fassen und unsere Souveräne aus freiem Entschlusse zu der würdigeren Stellung eines hohen Adels deutscher Nation hinab- oder vielmehr hinaufsteigen werden. Der Krone Preußen wird durch die Bundesverträge, die ihr eigenstes Werk sind, jeder Schritt nach dieser Richtung unmöglich gemacht. Ein Stoß von unten steht bei der Gleichgiltigkeit der Massen nicht zu erwarten, er ist nicht einmal zu wünschen, da solche Bewegungen auf deutschem Boden gemeinhin zu blindem Lärm oder zur Anarchie führen. Kurz, die durchgreifende Vereinfachung des norddeutschen Staates bleibt noch auf lange hinaus ein frommer Wunsch. Unterdessen bildet der Bundesrath ein leidlich brauchbares Organ um das Einvernehmen zwischen den Bundesgenossen zu erhalten, manche Einseitigkeit des preußischen Beamtenthums durch unbefangenere Anschauungen zu ermäßigen; aber eine herrschende norddeutsche Behörde, ein römischer Senat, wie noch vor einem Jahre manche Patrioten hofften, wird aus dieser Gesandtenconferenz niemals werden.

Die Gebrechen der Bundesverfassung zeigen sich weniger bedenklich an dem Organismus der Behörden als an den parlamentarischen Körperschaften. Jener Zustand der Verwirrung, der unaufhörlichen Reibung zwischen den Parlamenten Norddeutschlands und Preußens, den alle Einsichtigen voraussahen, ist längst und in hochbedenklicher Weise eingetreten. Wir wiederholen nicht des Breiteren die hundertmal ausgesprochenen be-

rechtigten Klagen: wie die beiden Parlamente einander gegenseitig auf die Schleppe treten, wie der preußische Landtag bei jedem Schritte Rücksicht nehmen muß auf Verhandlungen, die er nur vom Hörensagen kennt, wie keiner der beiden Volksvertretungen eine vollständige Regierung, ein vollständiges Budget gegenübersteht u. s. f. Zu Alledem ist das Zollparlament hinzugetreten, dessen Beschlüsse sich sogar noch weniger berechnen lassen als weiland die Entschließungen der Zollconferenzen. Schon wird im preußischen Landtage unverhohlen geäußert: das Zollparlament möge nur beharren in seiner negativen Haltung; um so besser für das Steuerbewilligungsrecht des preußischen Landtags! Wer ist so leichtsinnig zu wähnen, unser jugendliches Verfassungsleben könne diese heillose Verwirrung auf die Dauer ertragen? Hier wenn irgendwo thut ein entschlossener Schritt noth: der preußische Landtag muß auch in seiner Form erscheinen als das was er ist, als der engere Reichstag Norddeutschlands, er muß aus denselben Männern bestehen, die das preußische Volk für den weiteren Reichstag wählt.

Wir würdigen sehr wohl die gewichtigen Einwendungen, die diesem Verlangen entgegenstehen. Eine Neubildung des Herrenhauses ist vorderhand nicht zu erwarten, und es wäre ein verschrobenes, höchst unlogisches Verhältniß, wenn der weitere Reichstag mit dem Bundesrathe, der engere mit dem so ganz anders gearteten Körper des Herrenhauses die Verständigung suchen müßte. Aber uns scheint, das Herrenhaus wird gegen den engeren Reichstag sich zum mindesten nicht schwieriger zeigen als gegen das Abgeordnetenhaus, das nach so vielen Jahren erbitterter Händel von seinen erlauchten Genossen fast mit persönlichem Hasse betrachtet wird. Sicherlich, in dem Reichstage kann durch das Ausscheiden der nichtpreußischen Mitglieder eine Verschiebung der Parteien erfolgen, der engere Reichstag kann leicht ein anderes Gesicht zeigen als der weitere. Aber was will diese keineswegs gewisse Gefahr bedeuten neben den üblen Folgen des gegenwärtigen Zustands! Nach wenigen Jahren wird es fast zur physischen Unmöglichkeit werden, unsere politischen Männer unablässig den größten Theil des Jahres hindurch bei den parlamentarischen Geschäften festzuhalten; eine Versammlung reicht aus mit zwei Drittheilen dieser Zeit. Noch unerfreulicher sind die allzuhäufigen Wahlen, die das Volk ermüden, und die Verwirrung des politischen Urtheils: diese in rascher Folge sich ablösenden parlamentarischen Verhandlungen fließen vor den Augen der Massen durcheinander wie die Bilder einer Zauberlaterne. Aber das allerschwerste Bedenken liegt in dem unleugbar gesunkenen Ansehen des preußischen Landtags. Das allgemeine Stimmrecht übt in unserem demokratischen Zeitalter überall seinen Zauber auf die

Massen, ein durch Klassenwahlen gebildeter Landtag kann neben dem Reichstage sich nicht behaupten. Dazu die übergroße Anzahl der preußischen Volksvertreter; unter 432 Abgeordnete müssen sich, wie unsere politische Bildung steht, unbillig viele mittelmäßige Elemente eindrängen, die dem raschen Geschäftsgange wie dem Rufe des Hauses gefährlich werden.

Und doch ist der preußische Landtag für unsere nächste Zukunft wichtiger als der Reichstag. Dem Reichstage ist die glänzendere und leichtere Aufgabe zugefallen. Er hat mit den kräftigsten Zweigen des preußischen Staatslebens zu schaffen; über die Fragen, die ihn beschäftigen, besteht unter der Mehrheit unserer politischen Männer eine leidliche Uebereinstimmung. Die Nation erwartet von ihm noch wichtige volkswirthschaftliche Reformen; aber sobald seine organisatorische Arbeit zu einem gewissen Abschlusse gelangt ist, wird seine Wirksamkeit an Bedeutung verlieren. Die Angelegenheiten des Heerwesens und der auswärtigen Politik, die vor sein Forum gehören, gestatten einem Parlamente nur in seltenen, bedeutenden Augenblicken eine starke Einwirkung. Das tägliche Brod der norddeutschen Politik wird in dem preußischen Landtage gebacken. Hier handelt es sich um die schwächsten Seiten unseres Staatslebens, die der heilenden Hand bedürfen, hier um die neuen, die zeitgemäßen politischen Gedanken, um jene Frage der Verwaltungsreform, die längst unsere guten Köpfe in stiller Arbeit beschäftigt. Von der Lösung dieses Problems, von der Verschmelzung der alten und der neuen Provinzen hängt der rasche Fortgang der Einigung der Nation wesentlich ab. Wer das bezweifelt, der höre auf die süddeutsche Presse. Immer wieder erklingt hier das Verlangen: der preußische Landtag muß seine Functionen an die Provinziallandtage abtreten — eine neue Variation über das alte Thema: der preußische „Stamm" muß sich ebenso wie der darmstädtische einer imaginären Centralgewalt unterordnen. Solche Wünsche des bewußten und des unbewußten Particularismus sollen uns ernsthafte Patrioten daran mahnen, den preußischen Landtag in Ehren zu halten und ihm die Form zu geben, die seiner hohen Aufgabe entspricht.

Die gegenwärtige Session läßt sich nicht erfreulich an. Die Parteien im Abgeordnetenhause halten einander das Gleichgewicht, das Ergebniß der Abstimmungen hängt oft an einem Zufall. Die unglückliche Geschäftsordnung, welche die Rednerliste nach dem Loose ordnet und eine wirksame Parteitaktik während der Debatten erschwert, zeigt bei solcher Zusammensetzung des Hauses ihre ganze Unbrauchbarkeit. Die beiden Parteien, deren Eintracht jeden bedeutenden Fortschritt der letzten zwei Jahre ermöglicht hat, leiden schwer unter der Ungleichmäßigkeit ihrer Zu-

sammensetzung. In der freiconservativen Partei stehen neben vielen treuen Vertretern der nationalen Politik auch mehrere Altconservative, die nur mit Widerstreben der neuen Ordnung der Dinge folgen. Unter den Nationalliberalen treten die landschaftlichen Gegensätze stark hervor; die Männer aus den neuen Provinzen gehen zumeist von ganz anderen Gesichtspunkten aus als die Altpreußen, die den Kampf um die Verfassungslücke nicht vergessen können. Und in dies unfertige Parteileben wirft das Herrenhaus soeben einen neuen Zankapfel hinein. Wir schlagen die unmittelbaren praktischen Folgen des letzten Beschlusses der Herren nicht hoch an; die Redefreiheit der Abgeordneten steht thatsächlich ziemlich sicher: ein Skandal, wie jener Twesten'sche Proceß wird sich schwerlich wiederholen, nur auf einige geringfügige Privatanklagen gegen Abgeordnete müssen wir gefaßt sein. Um so bedenklicher ist die Gesinnung, die aus jenen Debatten des Herrenhauses spricht. Zwei Jahre nach der Schlacht von Königgrätz darf der Mann von Olmütz als der Tonangeber im preußischen Oberhause auftreten, zwei Jahre nach der mühseligen Beilegung des Verfassungsstreites wird die Sehnsucht nach neuen Conflicten rücksichtslos zur Schau getragen und mit gehässigen Worten verkündet: die versöhnliche Stimmung des Herbstes 1866 ist verflogen, die Gesetzgebung soll wieder wie vormals durch den endlosen Streit ihrer Factoren mit Unfruchtbarkeit geschlagen werden. Es ist nur menschlich, wenn solche Verblendung der reactionären Partei alle Liberalen erbittert, den Geist des Widerspruchs aufregt. An gegründetem Anlaß zu ernsten Klagen ist ja leider kein Mangel. Die wichtigsten Vorlagen der Session sind die Gesetzentwürfe über das Hypothekenwesen und die Belastung des Grundeigenthums — sehr dankenswerthe Neuerungen, noch bedeutsamer durch die bestimmte Erklärung des Justizministers, daß sie den Anfang einer Justizreform für das ganze Vaterland bilden sollen. Aber die dringenden Sorgen des Augenblicks gelten nicht dem Justizministerium, sondern den Departements des Inneren und des Cultus.

Die preußische Verwaltung befestigt sich in den neuen Provinzen zwar langsamer, als wir wünschten, aber das Volk beginnt sichtlich an die neue Ordnung der Dinge sich zu gewöhnen, an ihre Dauer zu glauben. Wenn Herr Hänel, nachdem er mit liebevoller Sorgfalt alle Winkel seiner Provinz nach preußischen Sünden durchstöbert, nichts zu Tage brachte als ein Gemisch von halbwahren und unwahren Behauptungen, so ziehen wir daraus den Schluß, daß die Stimmungen und Zustände in Schleswig-Holstein sich recht erfreulich gestalten. Für Hannover hat dies Jahr sogar einen sehr großen Fortschritt, eine neue vielversprechende Ordnung der Provinzialverwaltung gebracht. Noch vor einem Jahrzehnt hätten wir

ein Jahr, das uns eine solche Reform schenkte, als ein sehr fruchtbares gepriesen. Heute sind wir gezwungen, unbescheidener zu denken. Der Bruch mit der Legitimität, der in allen modernen Großstaaten den Beginn einer neuen Epoche bezeichnet, ist auch in Preußen vollzogen. Die Zeit ist dahin, da unser Staat sich rühmte kein Dorf zu besitzen ohne die Zustimmung Europas; wir treiben auf hoher See und werden Jahre brauchen, bis unser Schiff in den Hafen einer neuen besseren Legitimität, der Legitimität des deutschen Königthums eingelaufen ist. Wir wissen es wohl, nicht blos büreaukratischer Schlendrian widerstrebt der Reform der Verwaltung; auch rüstige patriotische Männer fragen: durch diese Verwaltung ist Preußen groß geworden, warum soll sie den Staat nicht auch glücklich einer größeren Zukunft entgegenführen? Die Selbsttäuschung, die in solchen Worten liegt, ist unverkennbar. Ein Staat, der vier neue Provinzen mit sich verschmelzen und darauf gefaßt sein muß, in jedem Augenblicke das Werk der Einigung Deutschlands weiter zu führen — ein solcher Staat in einer schlechthin neuen Lage kann seine alte Verwaltung nicht unverändert erhalten. Er kann es um so weniger, da die Gebrechen dieser Verwaltung schon vor fünfzig Jahren von dem Freiherrn von Stein erkannt worden sind. Lassen wir uns warnen von dem Beispiel Italiens. Auch dort hallte nach der Gründung des neuen Königreichs das ganze Land wieder von dem Rufe nach Decentralisation; alle erdenklichen Verwaltungssysteme wurden besprochen. Es fehlte nicht an Talent noch an gutem Willen, in den stolzen Communen nicht an der Gewöhnung der Selbstverwaltung. Zuletzt überwog die rathlose Trägheit; man dehnte die piemontesische Verwaltung, die weitaus tüchtigste der Halbinsel, mit einigen Aenderungen über das ganze Königreich aus. Und was ward erreicht? Ein Präfectensystem, das nach sieben Jahren sich als völlig unbrauchbar erwiesen hat und heute schon zu neuen Reformen zwingt.

Gewiß, hinter dem Verlangen nach Selbstverwaltung verstecken sich viele verschrobene Gedanken: ständische Ansprüche, anarchische Gelüste, sociale Begehrlichkeiten jeder Art. Wir stehen überhaupt mitteninne in einer stillen durchgreifenden Umwandlung unseres politischen Denkens. Das Volk von Norddeutschland, ist Gott sei Dank irr geworden an der alleinseligmachenden constitutionellen Doctrin. Wir erschrecken nicht mehr, wenn Einer uns das selbständige Denken verbieten will durch die oft erprobte Drohung: „mit solchen Ansichten ist man nicht mehr liberal!" Wir haben gelernt von unseren eigenen Erfahrungen und lernen noch heute an dem constitutionellen Musterstaate Oesterreich. Dort bringt man alle Prachtstücke des Rotteck-Welcker'schen Staatslexicons säuberlich zu

Papier, sogar die Ministerverantwortlichkeit, die wir in der preußischen Knechtschaft noch nicht kennen, und dabei lebt der Staat in einem Zustande permanenter Auflösung. Man beginnt im Norden einzusehen, daß die landläufige constitutionelle Lehre auf den romanischen Grundsätzen der Volkssouveränität und der Staatsallmacht ruht und mit dem germanischen Gedanken der Gemeindefreiheit wenig gemein hat. Der leere Begriff der Ministerverantwortlichkeit genügt uns nicht mehr, wir stellen die tiefere Frage: warum sollen unsere Minister so übermächtige Männer sein, daß von ihrer Verantwortlichkeit Wohl und Wehe des Staats abhängen müßte? Man sieht, daß die Vorzüge der büreaukratischen Verwaltung, Schlagfertigkeit und Pünktlichkeit, bei dem erweiterten Umfange des Staats nothwendig verloren gehen müssen, wenn nicht die Provinzen größere Selbständigkeit erhalten. Wir fühlen, daß die thätige Theilnahme der höheren Stände an den Verwaltungsgeschäften das einzige mögliche Gegengewicht bildet gegen die Gefahren des Radicalismus, womit uns das allgemeine Stimmrecht bedroht, und Preußens Volk ist wahrlich durch Wehrpflicht und Schulpflicht, durch sein freies Städtewesen genugsam vorbereitet für die Selbstverwaltung der Kreise und Provinzen. Diese reiche und ernste Gedankenarbeit ist von einem Abschlusse noch weit entfernt; es wäre zu wünschen, daß wir mit der Verwaltungsreform warten könnten bis die Ideen sich etwas geklärt haben. Aber wir können nicht warten. Ueber einige wunde Flecke unserer Verwaltung besteht längst keine wesentliche Meinungsverschiedenheit mehr.

Jedermann giebt zu, daß die Kreisverwaltung in den alten Provinzen den Ansprüchen der dichteren Bevölkerung, des gesteigerten Verkehrs nicht mehr genügt, daß die Zusammensetzung der Kreisstände dem wirklichen Verhältniß der socialen Kräfte in der Gegenwart geradezu widerspricht. Eine Kreisordnung ist seit Jahren verheißen. Jedermann erwartete sie als das wichtigste Ergebniß des gegenwärtigen Landtags, und jetzt hören wir, daß der neue Entwurf des Ministeriums des Innern die Zustimmung des Grafen Bismarck nicht gefunden hat. Der Landtag wird also fruchtlos verlaufen, zumal wenn auch die Entwürfe des Justizministers an dem Widerspruche des Herrenhauses scheitern sollten. Wie kann eine so unfruchtbare, negative Politik unserem Staate in ernster Zeit frommen? Ist denn die alte Wahrheit, daß man die ruhigen Tage zum Reformiren benutzen solle, ganz vergessen? Die Stimmung des Volks im Norden ist heute einer besonnenen maaßvollen Reform so günstig, wie sie es vielleicht nie wieder sein wird. Während der Radicalismus in Deutschland zu vaterlandsloser Gemeinheit herabsinkt, in den jüngsten Schweizer Wirren seine eigenste Natur — die Unersättlichkeit — offenbart, sind die

Mitelklassen Norddeutschlands — erschreckt durch dies widerwärtige Schauspiel, dankbar für die großen Erfolge der Regierung des Königs Wilhelm — heute conservativer gesinnt als seit Jahren. Aber diese conservative Strömung kann nur noch sinken, nicht mehr steigen. Die Regierung könnte heute noch eine Kreisordnung durchsetzen, die allen berechtigten und auch manchen unberechtigten Wünschen der Conservativen entspräche, die dem großen Grundbesitze einen sehr starken Einfluß auf die Kreisverwaltung, dem monarchischen Beamtenthum ein unerschütterliches Ansehen sicherte. Doch wie nun, wenn der günstige Augenblick versäumt wird? Wenn unser Staat mit einer unfertigen provisorischen Ordnung der Verwaltung, mit einem verstimmten Volke wieder eintreten müßte in einen großen Krieg, der schwerlich so leicht verlaufen wird wie der letzte? Wenn wir gar, durch die Macht der Ereignisse hinausgerissen über das Maaß unserer eigenen Wünsche, dereinst genöthigt wären über die Reform der Verwaltung uns zu verständigen mit den Süddeutschen, die über diese Fragen zugleich radikale und büreaukratische Ansichten hegen? Gerade der Conservative, der den unverwüstlichen tüchtigen Kern der altpreußischen Verwaltung in Ehren hält, muß heute am Lautesten eine besonnene, rechtzeitige Reform verlangen — ehe die letzten Acte der deutschen Revolution uns vielleicht zu radikalen Experimenten verführen.

Die Unterlassungssünden des Grafen Eulenburg scheinen für unseren inneren Frieden immerhin weniger bedenklich als die Mißgriffe des Cultusministeriums. Die orthodoxe Richtung, die heute in der Kirche vorherrscht, hat schließlich in allen liberalen Kreisen leidenschaftlichen Zorn erweckt, und wir sind weit entfernt, den rationalistischen Fanatismus zu vertheidigen, der sich an diesen berechtigten Mißmuth anheftet. Wir finden es wenig erbaulich, wenn die Presse eines gebildeten Volkes monatelang mit brünstigem Eifer versichert, die Erde bewege sich wirklich um die Sonne. Unser religiöses Gefühl empört sich, wenn herrliche Kirchenlieder der Protestanten — um einer veralteten Wortform, eines sonderbaren Bildes willen — den Zeitungen herhalten müssen für fade und rohe Späße. Die Debatte des Abgeordnetenhauses über das Unterrichtsbudget hat unseren Erwartungen leider nicht entsprochen; der Minister trug scheinbar den Sieg davon — so wenigstens erschien der Ausgang unbefangenen Beobachtern in der Ferne. Die Opposition beging, wenn wir nicht irren, einen zweifachen Fehler. Sie gebot nicht über das massenhafte wohlbeglaubigte thatsächliche Material, das zur Stelle sein muß, wenn man einen Schlag führen will gegen einen mit gründlicher Sachkenntniß ausgerüsteten Minister. Der ewige Knabe Veit und der ewige Director Kreyßig („sans comparaison“ — so schalten wir ein zur Tröstung un-

seres verehrten Mitarbeiters) reichen nicht aus um ein System aus dem Sattel zu heben. Die Gegner des Ministers gingen ferner zumeist tiefer, als einer politischen Versammlung ansteht, auf die religiösen Streitfragen ein, das hohe Haus glich oftmals einer theologischen Synode. Es war beschämend für einen Protestanten, so mit Händen greifen zu müssen, daß der Art. 15 der Verfassung für unsere Kirche noch nicht zur Wahrheit geworden ist, daß die inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche noch einer weltlichen Bevormundung unterliegen, der die katholische Kirche längst entwuchs. Eindringlich sprachen, nach unserem Gefühle, nur jene Redner, die streng den politischen Standpunkt innehielten, denn nur sie konnten wirksam den entscheidenden Vorwurf aussprechen, daß der Minister selber die unbefangene Stellung über den kirchlichen Parteien, die dem Staatsmanne ziemt, nicht einnimmt.

An dem häßlichen theologischen Gezänk, das heute die Spalten unserer politischen Blätter füllt, trägt Niemand so sehr die Schuld als das Verfahren des Cultusministeriums. Es giebt eine von Amtswegen begünstigte, eine gleichsam officielle Partei in der evangelischen Theologie, und sie steht dem besten Inhalt des modernen deutschen Lebens feindselig gegenüber. Sie zeigt ihren Einfluß seit Jahren in der parteiischen Besetzung der Aemter, sie sucht ihre Parteiansichten durchzusetzen auf Kosten der Selbstverwaltung unserer Städte. Die Freiheit deutscher Bildung beruht auf dem friedlichen Nebeneinander der Confessionen, auf der praktischen Duldung, die uns durch den halben Erfolg der Reformation aufgezwungen ist; den Segen der gemischten Ehen und der gemischten Schulen soll uns kein künstlich angefachter confessioneller Hader wieder rauben. Wie das Nebeneinanderleben der Confessionen sich ordnen lasse, darüber werden in der Regel die örtlichen Behörden am sichersten urtheilen, denn sie leiden am schwersten unter kirchlichem Unfrieden. Wenn eine große Gemeinde einträchtig beschließt eine confessionslose Realschule zu gründen, so ist jeder Versuch dies Unternehmen von Staatswegen zu hindern ein Abfall von den Traditionen unserer Krone. Der große Kurfürst verbot seinen Pastoren das Schmähen und Lästern wider die Andersgläubigen; heute regt der Staat selber den confessionellen Zank auf in Städten, die den kirchlichen Frieden wahren wollen! In den neuen Provinzen wird dies parteiische Theologenregiment schlechthin zu einer Gefahr für den Staat. Die politische Geduld der Deutschen läßt sich Vieles bieten, doch Alles was der Bedrückung der Geister ähnlich sieht, ist dem Volke der Reformation unerträglich. Auf die politische Versöhnung der neuen Provinzen dürfen wir hoffen; wir dürfen es nicht mehr, wenn der politische Streit durch die Unversöhnlichkeit des kirchlichen Haders verschärft wird.

Vor zwei Jahren warnten wir an dieser Stelle vor der von allen Patrioten Hessens verwünschten Partei der „Nachthessen". Seitdem sind unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen worden. Die Genossen Hassenpflugs und Vilmars behaupten die Herrschaft in der hessischen Kirche; auch in Hannover und Nassau sündigt Preußen gegen sein eignes Fleisch, stellt die Kirche unter die Obhut der geschworenen Feinde unseres Staates. Schon hört man das Wort: das Versprechen des Königs, Preußen werde niemals einen Druck auf die Gewissen üben, ist von den Behörden nicht streng befolgt worden. Soll es dahin kommen, daß diese Meinung zur Herrschaft gelangt in den neuen Provinzen? Der parlamentarische Sieg des Cultusministers erscheint in einem anderen Lichte, sobald wir die Stimmen wägen und entdecken, daß die Vertreter der neuen Provinzen, Wenige ausgenommen, mit der Opposition stimmten!

Der kraftvolle Wille, der über der Ausbildung des norddeutschen Bundes wacht, wird in der inneren Entwickelung Preußens schmerzlich vermißt. Die Stockung des inneren Staatslebens erscheint um so gefährlicher, da die Verwirrung der süddeutschen Verhältnisse anhält und über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen kann.

Hinter den landläufigen Klagen über die trennende Mainlinie verbirgt sich gewiß viel Unverstand und frivole Uebertreibung. Mit einigem Rechte läßt sich sagen, daß der Norden und der Süden noch niemals so fest wie heute verbunden waren, denn die neuen Zoll- und Schutzverträge bedeuten weit mehr als einst die lediglich formelle Vereinigung unter dem Bundestage. Aber Trennung und Verbindung sind relative Begriffe. Neben dem starken Gemeinwesen, das die Staaten des Nordens umschließt, erscheint Süddeutschland allerdings als eine selbständige kleine Welt. Die rathlose Zerfahrenheit, die in diesem Sonderleben gedeiht, wirkt abschreckend auf die nüchternen Köpfe des Nordens, läßt Manchen ausrufen: der Mißerfolg des Zollparlaments war ein Glück! — wenn nur die Gefahr einer gänzlichen Entfremdung nicht so nahe läge! Das Gefühl der Trennung geht bereits in das Volksbewußtsein über, die Masse fühlt sich behaglich in der Enge dieses Kleinlebens; denn von dem materiellen Druck, der einst in Süditalien das alte System zur Unmöglichkeit machte, ist in unserem Süden nichts zu spüren.

Der ganze Tiefsinn unserer Geschichte liegt in dem wechselseitigen Geben und Empfangen, der gegenseitigen Ergänzung der deutschen Stämme; nur aus der Verschmelzung norddeutscher Thatkraft mit der leichteren und weicheren Art des Südens wächst die Herrlichkeit des deutschen Volksthums empor. Fragen wir aber, was diese reichbegabten Stämme des Südens heute leisten, so scheint es wahrlich, als sei jenes schöne Lebensgesetz un-

serer Geschichte für einige Zeit in's Stocken gerathen. Fast auf allen Gebieten des Schaffens erscheint jetzt der Süden als der empfangende Theil. Von den hervorragenden Namen unserer geistigen Arbeit gehört weitaus der größte Theil dem Norden an; Süddeutschland wäre nicht im Stande, seine sechs Hochschulen durch seine eigenen Kräfte würdig zu erhalten. Und was hat die Volkswirthschaft des Südens dem Handel von Hamburg und Leipzig, dem Gewerbefleiß von Berlin und Elberfeld an die Seite zu stellen? Ueber die politische Entwickelung des Südens hat Graf Bismarck ein vielgescholtenes Wort gesprochen, das, bis auf einen kleinen chronologischen Irrthum, die volle Wahrheit sagt. Nicht seit der Julirevolution, wie der Bundeskanzler meinte, wohl aber seit dem Jahre 1848 hat der Liberalismus des Nordens den Süden überflügelt; das Frankfurter Parlament war der letzte bedeutende Erfolg süddeutscher Politik. Nur in den politisch verwahrlosten Winkeln Norddeutschlands, in Sachsen und Schleswig-Holstein, gedeiht eine Presse, die sich mit der Leere, der Gedankenarmuth der süddeutschen Durchschnittszeitungen vergleichen läßt. Tiefer noch steht die sittliche Bildung: die Schimpfworte, die der „Pfaff“ und der „Auchkatholik“ in Baden einander zuzuwerfen pflegen, die urkräftigen Umgangsformen, die bei den biderben Eidgenossen auf dem „schwäbischen Grütli“ im Schwange sind, wird man in dem „norddeutschen Zwing-Uri“ kaum bei einzelnen Organen der extremen Parteien wiederfinden. Und weil man sich im Stillen gesteht, daß der Norden heute in einem größeren Zuge des Lebens sich bewegt, darum pflegt man mit unermüdlichem Selbstlob die Tugenden der heimischen Art zu preisen — während der Norddeutsche den Eifer seiner Selbstkritik leicht bis zur Tadelsucht treibt. Auch in den wohlgesinnten Blättern herrscht wieder, wie in den Tagen des Nationalvereins, die Anschauung, als ob Preußen sich durch sein Wohlverhalten die Gnade des süddeutschen Volkes verdienen müsse: jedes heftige Wort eines preußischen Ministers giebt willkommenen Anlaß, die Glückseligkeit des Südens und den wunderbaren Freisinn des Grafen Beust zu preisen. In Ermangelung eines aufgeregten Ministers thut ein betrunkener Corporal dieselben Dienste. Der Particularismus hat uns in der Eschenheimer Gasse an das Unbegreifliche gewöhnt; wir sehen kaum noch, wie viel sinnlose Unbilligkeit in den Verhandlungen über die Zollverträge sich offenbarte. Daß die Gemeinschaft des Erwerbes auch die Gemeinschaft der Waffen bedinge, erschien mächtigen, weitverzweigten Parteien alles Ernstes als eine unmögliche Zumuthung. Eine süddeutsche Handelskammer sprach kürzlich die Ansicht aus, es sei eine Ehrenpflicht des Südens, die norddeutsche Marine, die auch den süddeutschen Handel schützt, zu unterstützen. Es war eine

Stimme in der Wüste. Wie noch kein süddeutscher Hof sich entschlossen hat, die unsauberen Acten der Rheinbundszeit der Wissenschaft preiszugeben, so ist auch im Volke die Erinnerung an zwei Jahrhunderte der Bruderkriege in zwei Jahren noch nicht verwischt worden. Am Ende läuft der Zwist darauf hinaus, daß die Süddeutschen den Norden nicht kennen, ja zumeist nicht kennen wollen. Hierin, nicht in der conservativen Regierung zu Berlin, liegt der Grund des süddeutschen Preußenhasses. Nur diese Unkenntniß macht jene hochkomischen Berliner Berichte einzelner süddeutscher Abgeordneten begreiflich, die von der deutschen Hauptstadt reden wie ein Perser von dem Herrschersitze des Frankensultans. Gegen eine solche Welt von Vorurtheilen und alten unseligen Erinnerungen und zugleich gegen den schändlich mißbrauchten kirchlichen Sinn der katholischen Bauerschaft zu kämpfen ist eine gewaltige Aufgabe. Die tapferen Männer von der nationalen Partei in Bayern und Württemberg, die diesen ungleichen Kampf aufnehmen, mögen unsere Freunde im Norden daran erinnern, wie viel edle sittliche Kraft der Süden selbst in seiner gegenwärtigen Verwirrung noch besitzt. Von greifbaren Folgen der nationalen Arbeit ist freilich noch wenig zu sehen. Nur die Neubildung der Armeen nach preußischem Muster schreitet wacker vorwärts, in der Gesinnung der Officiercorps hat sich ein hocherfreulicher Umschwung vollzogen.

In Bayern schaltet ein wohlmeinendes und ziemlich unklares System. Bayern ist ein eminent monarchischer Staat: nirgendwo sonst im Süden bedeutet die Person des Fürsten so viel; so erklärt sich leicht, warum heute die Münchener Politik zwischen entgegengesetzten Einflüssen hin und her schwankt. In Württemberg hat Herr von Varnbüler die verdiente Strafe gefunden für jene Politik, die den rothen Radikalismus gegen die nationale Partei in's Feld rief. Die Zuchtlosigkeit der demagogischen Freunde ist dem Minister über den Kopf gestiegen, er wird sich oft nach den alten Tagen gesehnt haben, da man unbotmäßige Kammern durch das Schreckbild des Bundestags in Schranken halten konnte. Von der Mehrheit des gegenwärtigen Landtags ist lediglich zu sagen: sie kann nur dann ersprießlich wirken, wenn sie beschließt, nichts zu beschließen. Das hat sie auch nach Kräften gethan und ist dann heimgekehrt. Herr von Varnbüler mag sich nun wieder dem Genusse der europäischen Stellung Württembergs hingeben, den geraden Weg zu finden suchen mitten hindurch zwischen den königlichen Prinzen, die im norddeutschen Heere dienen, und — jenen geheimnißvollen Mächten, welche gelegentlich wichtige Actenstücke über die bayrisch-württembergischen Militärverhandlungen dem französischen Gesandten in die Hände spielen.

In Baden hat ein Theil der nationalen Partei für gut gefunden

sich loszusagen von dem Ministerium Jolly-Beyer, das allein im Süden die nationale Sache treu und folgerecht vertritt und sich um die mühselige Reform der süddeutschen Armeen ein bleibendes Verdienst erworben hat. Wir verschmähen das persönliche Gezänk, das in den Kleinstaaten immer dem Kampfe der Parteien folgt; wir nehmen gern an, daß die Führer der Offenburger Versammlung durch falsche Motive bestimmt wurden. Aber sie haben von allen ihren guten Absichten das Gegentheil erreicht. Sie wähnten die nationale Partei zu stärken und sie haben den Zwiespalt in das eigene Lager getragen, alle Feinde unserer Sache schauen schadenfroh dem Hader zu. Sie wähnten die Verbindung mit den Freunden außerhalb Badens fester zu schließen, und die Genossen in München, Stuttgart, Darmstadt zucken die Achseln. Den Freunden im Norden aber, die bisher von den politischen Kräften des badischen Liberalismus eine sehr glänzende Vorstellung hegten, empfehlen wir die Schrift des Herrn Lamey: „Woher die Opposition?“ Sie wird ihnen Anlaß bieten das Ideal mit der Wirklichkeit zu vergleichen. Da stehen sie aufgezählt, alle die Verbrechen des Ministeriums Jolly, die den Streit im eigenen Hause rechtfertigen sollen: da hat ein liberaler Theolog eine Ehrenprofessur in Heidelberg nicht erhalten, da ist ein erschrecklicher preußischer Cavallerieoberst nach Carlsruhe berufen worden, da ist — — doch wir wollen kein Attentat gegen die Ernsthaftigkeit unserer Leser begehen. Der gesunde Sinn der Badener hat sehr bald die Verkehrtheit einer so ganz grundlosen Opposition erkannt. Eine zweite Versammlung in Offenburg hat sich der Regierung wieder genähert und sich geeinigt über ein ziemlich unbedenkliches, aber auch nutzloses Programm; die Zeit der langen liberalen Wunschzettel sollte doch endlich überwunden sein. Wir wünschen aufrichtig, daß diese versöhnliche Stimmung anhalten möge; aber nach den gereizten Worten, die gefallen sind, bleibt es wohl möglich, daß irgend ein Zufall den unseligen Hader von Neuem aufflammen läßt. Will man denn gewissenlos verfahren und die von Herrn Lamey bereits angeschlagenen verführerischen Klänge: „badisches Volksgefühl und preußische Offiziere, strammes Regiment und Steuerdruck“ lauter ertönen lassen, so wird es ein Leichtes sein, die Massen der Wählerschaft gegen das Ministerium in die Schranken zu führen und eine büreaukratische oder auch eine ultramontane Regierung einzusetzen. Einmal doch muß sich am Hofe die Frage regen: ob man regieren könne mit diesen Liberalen, die in den sieben Jahren ihrer Herrschaft sich unablässig unter einander streiten? Ob man sich stützen könne auf eine Partei, die einst dem Nationalvereine und seiner „preußischen Spitze“ huldigte, dann den Krieg gegen Preußen beschloß, dann den Eintritt in den norddeutschen Bund verlangte und jetzt wieder

einer nationalen Regierung Verlegenheiten bereitet? Nur durch feste Eintracht, durch beharrliche Treue kann das nach so vielen Schwankungen schwer erschütterte Ansehen des badischen Liberalismus wieder hergestellt werden.

Nach Alledem bleibt uns allerdings der Trost, daß das Phantom des Südbundes abgethan und begraben ist, desgleichen die gegründete Hoffnung, daß der Süden beim Ausbruche eines Krieges seine Pflicht gegen Deutschland zunächst erfüllen wird. Doch Niemand vermag zu sagen, ob diese Vertragstreue die Probe halten würde, sobald das Glück den Waffen des Nordens nicht hold ist. Die gerühmte süddeutsche Freiheit läuft zuletzt darauf hinaus, daß die Cabinette in ernster Zeit nach eigenem Gutdünken sich entscheiden. Fallen sie ab von der Sache Deutschlands, so wird manchem wackeren Manne im Süden das Herz brechen ob der Schande; aber die unerschütterliche Macht eines festen und klaren Volkswillens, stark genug die Höfe zurückzuhalten, ist nicht vorhanden. Was das bedeutet, sagt sich Jeder selbst. Die unentschiedene Lage der süddeutschen Verhältnisse ist der letzte Grund des Mißtrauens, das den Verkehr des Welttheils lähmt. Ueber die Absichten der Kriegspartei am Tuilerienhofe, über die Rachegedanken der Wiener Hofburg täuscht sich Niemand mehr. Möge man in Preußen die Tage des Friedens, die uns noch vergönnt sind, gewissenhaft benutzen für die Arbeit der inneren Reform, damit unser Staat den Erschütterungen, die eine nahe Zukunft bringen kann, in fester Eintracht mit gelassener Zuversicht entgegengehe.

1870.

Badens Eintritt in den Bund.

Heidelberg, 5. März 1870.

Nichts ist schwieriger als im Voraus zu berechnen, wie lange die schöpferischen Kräfte einer Revolution nachwirken werden. Im Herbst 1866 ward zuweilen selbst unter den leitenden Staatsmännern Preußens die Erwartung ausgesprochen, die überzeugende Macht der jüngsten Ereignisse werde in einer nahen Zukunft den Süden zum freiwilligen Anschluß an den norddeutschen Staat bewegen. Noch im folgenden Jahre schien diese Hoffnung nicht ganz bodenlos, denn da die deutsche Presse nur ein unvollständiges Bild von der öffentlichen Meinung giebt, so ließen sich nur Vermuthungen aufstellen über die Gesinnung der Mehrheit im Süden des Mains. Erst die Zollparlamentswahlen brachten Klarheit in die Lage; abermals, wie noch in allen Krisen der jüngsten zwanzig Jahre, machte Süddeutschland auch die bescheidensten Hoffnungen zu Schanden. Das ungünstige Ergebniß jener Wahlen fiel um so schwerer in's Gewicht, da die Entscheidung durch die Massen des Volks gegeben wurde. Es ward offenbar, welche zweischneidige Waffe der norddeutsche Bund sich in dem allgemeinen Stimmrechte geschliffen hat. Die feindselige Gesinnung gegen den Norden, die aus der großen Mehrzahl der süddeutschen Wahlen sprach, entsprang nicht aus einem Gegensatze der Interessen, noch aus Verstandesbedenken, sondern aus dem Stammesdünkel, der blinden dynastischen Anhänglichkeit und vor Allem aus dem confessionellen Hasse — trüben, unklaren Gemüthsstimmungen, welche der Ueberzeugung und Belehrung einen sehr bescheidenen Spielraum bieten. Dem Politiker blieb vorderhand nur übrig, Act zu nehmen von der traurigen Thatsache, daß die Mehrheit des Volkes im Süden die Mainlinie aufrecht halten will.

In diesen Jahrbüchern ist seitdem das Verlangen nach schleuniger Aufnahme des Südens nicht mehr laut geworden; wir meinten, der norddeutsche Bund müsse sich zunächst auf den Ausbau des eigenen Hauses

beschränken. Sehr zur Unzeit werden wir heute durch die jüngsten Verhandlungen des Reichstags gezwungen, auf die süddeutsche Frage einzugehen, bevor sie noch reif ist für die Discussion der Tagespolitik. Der Schreiber dieser Zeilen wird auch durch einen persönlichen Grund genöthigt sich dieser Betrachtung nicht zu entziehen. In der neuen Folge meiner „historischen und politischen Aufsätze“ finden sich die Worte: „Das kleine Land (Baden) kann nur dann mit Sicherheit in die ruhige Entwickelung der norddeutschen Kleinstaaten hinübergeleitet werden, wenn ihm gelänge bald in den norddeutschen Bund einzutreten. — Nach den Erfahrungen des Mainfeldzugs und der Zollparlamentswahlen hat Preußen guten Grund, die chaotischen Zustände des Südens sich selber zu überlassen, bis im Jahre 1877 die Zollverträge ablaufen und die Stunde der Abrechnung kommt. Auch dann noch wird die Aufnahme des Südens in den Bund unausführbar bleiben, wenn nicht vorher die Bundesgewalt wesentlich verstärkt wurde.“ Ich habe geglaubt, daß diese Worte an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, und ich meine noch jetzt, daß ein Leser von einigem Nationalstolze sie gar nicht mißverstehen kann. Da man jene Sätze dennoch unklar gefunden hat, so erlaube ich mir hier ihren Sinn nochmals zu umschreiben. Ich wollte sagen: der badische Staat wird durch die richtige Erkenntniß, daß er sich nicht selbst genügen kann, durch den Selbsterhaltungstrieb seiner Dynastie, durch die Wünsche der augenblicklich herrschenden Partei, durch jedes erdenkliche politische Interesse genöthigt, den baldigen Eintritt in den norddeutschen Bund zu wünschen; aber für die Berechnungen der preußisch-deutschen Politik darf das Interesse, ja selbst das Dasein irgend eines deutschen Einzelstaats selbstverständlich nur einen Factor unter vielen anderen bilden. Badens Vortheil kann für die deutsche Politik nimmermehr den Ausschlag geben; das Carlsruher Cabinet ist auch weit entfernt eine so unpatriotische Anmaßung zu behaupten.

Da diese Blätter so glücklich sind von Ultramontanen und Demokraten nicht gelesen zu werden, so brauchen wir nicht erst des Breiteren zu erweisen, daß die sogenannte badische Frage für uns keine Principienfrage sein darf. Preußen hat, indem es den alten Bund sprengte, die heilige Verpflichtung übernommen, dem ganzen Deutschland eine neue dauerhafte Verfassung zu geben. Auf diesen Gedanken jemals verzichten hieße für uns und unsere politischen Freunde den besten Inhalt unseres Lebens aufgeben. Niemand unter uns ist so vermessen, der einmal entfesselten nationalen Bewegung nach Willkür Halt zu gebieten, Niemand wünscht, daß das Bewußtsein der Trennung auf die Dauer festwurzle in dem Gefühle des süddeutschen Volks, Niemand will den Zustand der Un-

ruhe und der ewigen Kriegsgefahr, der über unserem Süden schwebt, ohne Noth verlängern. Auch die preußische Regierung hegt ein lebendiges Gefühl ihrer nationalen Pflicht; sie hat durch die Zollverträge und die Schutzbündnisse dem ganzen Deutschland die stärkste Form politischer Einheit gegeben, wovon unsere Geschichte zu melden weiß, und sie hat soeben durch den Bundeskanzler abermals unzweideutig erklärt, daß sie auch diese Form nur als einen Uebergangszustand betrachtet. Es handelt sich mithin lediglich um Erwägungen der Zweckmäßigkeit, wenn wir die Frage aufwerfen: dürfen wir die Aufnahme Süddeutschlands in den norddeutschen Bund, wie er heute noch ist, fordern? So und nicht anders steht die Aufgabe, denn ließe sich die badische Frage isolirt betrachten, so wäre sie keine Frage mehr. Das Recht Preußens, den badischen Staat kraft freien Vertrages aufzunehmen, ist für jeden ehrlichen Ausleger des Prager Friedens unzweifelhaft, und daß die Verstärkung des Bundesraths um drei Stimmen, des Parlaments um ein Dutzend Stimmen an dem Gefüge der norddeutschen Verfassung wenig ändern würde, liegt auf der Hand.

Die dreijährige Wirksamkeit der norddeutschen Verfassung erlaubt heute ein sicheres Urtheil über die Lebensbedingungen des Bundes. Seine ganze Kraft liegt in seiner monarchischen Leitung, in der überragenden Machtstellung, welche der führende Staat behauptet. Preußen ist regelmäßig im Stande, in jeder ernsten Frage der Bundespolitik seinen Willen durchzusetzen, und da eine Gefahr bedenklichen Widerstandes nicht vorhanden ist, so darf die führende Macht den schwachen Bundesgenossen jene Milde und Schonung erweisen, welche dem Starken wohl ansteht. Der faulste Fleck der norddeutschen Verfassung bleibt die Sonderstellung des Königreichs Sachsen — eine Halbheit, die nur darum erträglich ist, weil sie die Ausnahme bildet und weil die Krone Preußen sich mit Recht bestrebt ein freundschaftliches Einvernehmen mit dem sächsischen Hofe zu erhalten.

Nun denke man sich die süddeutschen Kronen in diesen Bund eingetreten, wird dann nicht sofort die Grundlage der Verfassung verschoben? Während Preußen sich heute, nach der Bevölkerungszahl, zu den Bundesgenossen verhält wie vier zu eins, stellt sich dann das Verhältniß nur wie fünf zu drei. Während wir heute endlich einmal eines starken Staatswillens uns erfreuen, der die althistorische deutsche Anarchie bändigt, läuft Preußen dann jederzeit Gefahr im Bundesrathe in der Minderheit zu bleiben; das Würfelspiel der Abstimmungen tritt an die Stelle fester Staatsentschlüsse. Treten die süddeutschen Königskronen freiwillig ein, so können wir ihnen nicht strengere Bedingungen auferlegen als der Krone Sachsen. Während wir also heute die vollständige Einheit des Heerwesens

besitzen, und unter dreizehn Armeecorps nur eines eine Ausnahme bildet, wird dann die Ausnahme zur Regel: von allen nichtpreußischen Truppen steht die große Mehrzahl, an 300,000 Mann, in ungenügender, halber Abhängigkeit dem Bundesfeldherrn gegenüber, und der denkende Soldat wird, wie einst der alte tapfere General Hirschfeldt über die Bundesarmee in Baden, sagen müssen: „besser eine ganze Hälfte als ein getheiltes Ganzes." Das Gesandtschaftsrecht der Bundesstaaten, das leider noch besteht aber heute thatsächlich sehr wenig bedeutet, kann leicht ein minder harmloses Gesicht zeigen, sobald die Gesandten der drei Königskronen des Rheinbundes neben den Bundesgesandten in Paris und Petersburg mit vereinten Kräften ihr geheimes Ränkespiel eröffnen. Und zu Alledem die verwickelte Form unseres Zweikammersystems! Unser Staatenhaus ist zugleich Bundesdirectorium; seine Mitglieder berathen zuerst im Bundesrathe und haben dann noch das Recht, ihre Meinung, selbst wenn sie von dem Beschlusse des Bundesraths abweicht, vor dem versammelten Reichstage zu vertheidigen. Wer sieht nicht, daß dies seltsame, doch in einem Bunde von Monarchien leider nothwendige Recht nur dann unschädlich bleibt, wenn die kleinen Bundesgenossen, durchdrungen von einem lebhaften Gefühle der eigenen Ohnmacht, ihre Befugniß mit Bescheidenheit gebrauchen? Als Herr v. Hofmann in jener berüchtigten Reichstagssitzung dem Bundespräsidium scharf und schroff widersprach, da that er nur was ihm nach Art. 9 der Verfassung zustand. Woher nun die Entrüstung, das peinliche Befremden, die sich bei jenem Auftritt aller ernsthaften Patrioten bemächtigten? Weil man empfand, daß jenes Recht, rücksichtslos geübt, zur Auflösung aller Eintracht, aller Ordnung führen müsse. Wie aber, wenn die Bevollmächtigten der drei kleinen Königskronen das Beispiel ihres hessischen Genossen befolgen, die Politik des Widerstandes zu einem Systeme ausbilden und sich zu Führern der parlamentarischen Opposition aufwerfen? Das Vertrauensverhältniß, das heute die Höfe von Berlin und Dresden verbindet, läßt sich wohl aufrechthalten zwischen zwei Cabinetten, schwerlich zwischen vier oder fünf. Vielmehr steht zu befürchten, daß die kleinen Königshöfe sich zu einer stillen Verschwörung zusammenschaaren und den Ausbau der Bundesverfassung grundsätzlich zu verhindern trachten. Auch im Parlamente werden alle Feinde Deutschlands, Ultramontane und Radicale, Polen und Rautensachsen, durch den Eintritt der süddeutschen Brüder sich erheblich verstärken. Und gegenüber diesem unzweifelhaften Anwachsen aller centrifugalen Kräfte im Bunde bleibt uns nur die ungewisse Hoffnung, daß die Gefahr des Vaterlandes die besonnenen Parteien im Norden zwingen werde, sich fester um die Krone Preußen zu schaaren. Eine sehr unsichere Hoffnung, denn bei

unserem allgemeinen Stimmrecht läßt sich der Ausfall der Wahlen niemals mit Bestimmtheit vorhersagen.

Wahrlich, wäre nicht die stümperhafte Unfähigkeit der kleinköniglichen Politiker gar so lächerlich, stünde in München ein Particularist von mächtigem, über den nächsten Tag hinausschauenden Verstande, ein anderer Montgelas am Ruder, so müßte das Haus Wittelsbach lieber heute als morgen mit beiden Händen die Gelegenheit ergreifen in den norddeutschen Bund einzutreten. Das Haus — und allein um das liebe Haus drehen sich doch alle Gedanken dieser Höfe — würde dadurch nur einen sehr unsicheren Vortheil opfern, denn daß die europäische Selbständigkeit der Krone Bayern nicht bis an das Ende aller Dinge dauern kann, muß jedem halbwegs verständigen Particularisten einleuchten. Dafür erhielte die Dynastie die feierliche Bürgschaft des norddeutschen Bundes für ihren Länderbestand, für die Ueberreste ihrer Souveränität, und es erschlösse sich ihr die angenehme Aussicht, die Vollendung der deutschen Einheit in eine unberechenbar ferne Zukunft hinauszuschieben. Wie die süddeutschen Kronen zur Zeit des Wiener Congresses durch die dynastische Selbstsucht getrieben wurden das Nothwendige zu thun und ihren Staaten Verfassungen zu geben, welche sich in der That als ein kräftiges Bollwerk des dynastischen Particularismus bewährt haben, ebenso werden sie heute durch das Interesse ihres Hauses gedrängt, den schleunigen Eintritt in den norddeutschen Bund zu suchen — wenn nur ein Funke von Witz und Verstand, wenn nur einige Erkenntniß des eigenen Vortheils an den Höfen von München und Stuttgart lebte. Im selben Sinne warnte im Jahre 1849 der Herzog von Wellington den Welfenhof: es sei Thorheit, Verrätherei zu treiben gegen das preußische Dreikönigsbündniß, es sei ein strategischer Fehler, sich auf ein ungewisses Gut zu stützen, wenn man ein gewisses haben könne — und die Welt weiß, wie trefflich die Warnung des eisernen Herzogs sich bewährt hat.

Es schien uns nöthig, diese Kehrseite der Erweiterung des norddeutschen Bundes scharf herauszuheben. Die leichtfertigen Wortführer der süddeutschen Presse pflegen solche Gefahren ganz zu übersehen; denn staatlos wie sie sich selber fühlen vom Wirbel bis zur Zehe, ohne jeden Sinn für die Kräfte, die einen Staat im Innersten zusammenhalten, hegen sie auch kein Gewissensbedenken, die bereits vorhandene Staatseinheit des Nordens durch unreife Wünsche wieder aufzulockern. Dem ernsten Politiker erscheinen jene Gefahren so groß, daß kürzlich ein trefflicher süddeutscher Staatsmann rundweg sagen konnte: eine solche Einigung wäre ein Rückschritt, ein Preisgeben des kaum Errungenen! Wir aber meinen, am Allerwenigsten dem deutschen Politiker sei das verbotene Wort „Niemals“

gestattet. Bei der räthselhaften Halbheit der deutschen Staatskunst, bei der alten Scheu unseres Volkes vor allen klaren, durchschlagenden politischen Entschlüssen bleibt es wohl möglich, daß der widerspruchsvolle Versuch, drei Königskronen unter eine nationale Staatsgewalt zu beugen, dereinst noch gewagt werden muß. Sollte dies je geschehen, so bietet die tiefeinschneidende Gewalt des Bundesfeldherrn, die Einheit der Leitung der auswärtigen Geschäfte immerhin einige Bürgschaften dafür, daß unsere nationale Politik, wenn auch langsamer als heute, doch vorwärts schreiten werde. Wir bauen unerschütterlich auf die Naturgewalt der nationalen Idee, auf die staatsbildende Kraft unseres Reichstags. Das Zollparlament kann die Süddeutschen nicht zu Deutschen schlechtweg erziehen; denn jener „Zollstaat“, von dem die Sanguiniker fabeln, ist ein Unding, in einem Zollvereine vermag ein politischer Gemeinsinn sich nicht zu bilden. Inmitten der großen Staatsgeschäfte dagegen, die der Reichstag behandelt unter dem Eindruck der schweren Verantwortlichkeit, die ein mächtiger Staat seinen Volksvertretern auferlegt, können und werden die tüchtigen Abgeordneten aus dem Süden, wie schon so viele wackere Männer aus dem Norden, sich mit einer energischen deutschen Staatsgesinnung erfüllen. Und die Hoffnung, die köstlichen politischen Kräfte, welche der Süden besitzt, in der hohen Schule des Reichstags gänzlich für den nationalen Gedanken zu gewinnen — diese Hoffnung ist so schön und herzerhebend, daß neben ihr selbst die Aussicht, die Herren Sepp und Lucas als Bundesbrüder begrüßen zu müssen, etwas von ihren Schrecken verliert.

Aber — und auf diesen entscheidenden Punkt legt der liberale Leichtsinn zu wenig Gewicht — die Erweiterung des Bundes, ein Wagniß unter allen Umständen, bleibt schlechterdings nur ausführbar unter zwei Bedingungen. Zum Ersten, die Bundesgewalt muß vorher wesentlich verstärkt werden; je ausgedehnter die Competenz, je zahlreicher die gemeinsamen Institutionen des Bundes, um so leichter werden sich die widerstrebenden Elemente des Südens mit ihm verschmelzen. Das Fehlen jeder wahrhaft executiven Gewalt, ein schon heute schmerzlich empfundener Mangel, muß sich als ein unerträgliches Uebel zeigen sobald die beiden süddeutschen Königreiche eintreten. Wer ist so thöricht, die Handhabung und Auslegung unserer Bundesgesetze dem böswilligen württembergischen Beamtenthum und dem souveränen Volke der Gemeinden von Wöblingen und Böblingen zu überlassen, so lange der Bund nicht die Mittel besitzt eine wirksame Oberaufsicht zu üben? Kurz, wie jeder Einsichtige billigt, daß die Gründung des Bundes durch den Norden allein vollzogen ward, so ist auch zu wünschen, daß noch einige Stockwerke des Baues allein durch den Norden aufgerichtet werden. Ein Aufschub um einige Jahre

erscheint als das geringere Uebel neben der Gefahr, daß die unfertige Bundesverfassung sich als zu schwach erweise. — Zum Zweiten. Die Erweiterung des Bundes ist ein Rückschritt, ein Unglück, so lange nicht in der Mehrheit der Cabinette wie des Volks im Süden ein bescheidenes Maß bundesfreundlichen Sinnes vorhanden ist. Wir fordern nicht ernsthafte Staatsgesinnung, sie ist für den Durchschnitt der Menschen erst in der Schule eines großen Staatslebens erreichbar. Wir verlangen nur, daß die Süddeutschen nicht mehr mit boshafter Schadenfreude Alles begrüßen, was die Macht und Ehre des Vaterlandes bedroht. Es geht nicht an, einen Bund durch den Mißbrauch der Macht der Mehrheit zu regieren; es wäre eine Verfälschung des bündischen Lebens, wenn im Bundesrath und im Reichstage die Süddeutschen beharrlich überstimmt werden müßten.

Nun liegt am Tage, daß von solchem bundesfreundlichen Sinne im Süden vorderhand nur schwache Anfänge zu spüren sind. Die norddeutsche Staatskunst aber kann zunächst nur rechnen auf die Macht der Zeit. Deutsche Gutmüthigkeit mag hoffen, daß die Erkenntniß des Nothwendigen die Höfe von München und Stuttgart, wie einst in den Zollverein, so jetzt in den Bund hinüberführen werde. Aber aus der Bereitwilligkeit, in einer volkswirthschaftlichen Frage den eigenen Vortheil zu erkennen, folgt mit nichten der Entschluß, das theuerste aller Güter, die dynastische Selbstherrlichkeit, aufzugeben; und da die Wahlen in den Händen der Massen liegen, so fällt auch die nationale Gesinnung eines großen Theiles der gebildeten Süddeutschen nicht schwer in's Gewicht. Wer diese verworrenen Dinge aus der Nähe betrachtet, muß für wahrscheinlicher halten, daß den süddeutschen Königreichen eine neue Katastrophe bevorsteht. Die Bande der Zucht und Ordnung lösen sich auf, beiden Staaten droht die Herrschaft einer verblendeten fanatischen Partei. Wohl möglich, daß erst schwere wirthschaftliche Leiden, vielleicht gar der Zerfall des heimischen Kleinstaats, den Gedanken des Vaterlandes wieder zu Ehren bringen an der Isar und am Nesenbache.

Verstehen wir die Politik des Bundeskanzlers recht, so trägt sie den Charakter der höchsten Vorsicht — wie jede verständige Staatskunst, welche das Ergebniß großer Erfolge zu behüten hat, und wie auch Cavour nach der Gründung seines Königreichs die Kühnheit seiner Bewegungen mäßigte. Graf Bismarck hofft offenbar noch auf eine friedliche Entwicklung, und er thut nur seine Pflicht, wenn er solche Hoffnung so lange als möglich festhält. Aber er kennt auch sicherlich die alte Wahrheit, die der welterfahrene Graf Reinhardt zu predigen pflegte: „die Dinge kommen immer anders als die klügsten Leute vorhersehen". Er ist auch auf eine Wen=

dung zum Schlimmen gefaßt. Zwischen allen patriotischen Parteien des Nordens besteht die stillschweigende Verabredung: wir wollen unser Zollwesen, wie jedem Staate geziemt, als eine dauernde Ordnung behandeln, wir wollen nicht mehr unsere Volkswirthschaft der periodisch wiederkehrenden Gefahr der Kündigung aussetzen und sind darum entschlossen, im Jahre 1877 die Zollgemeinschaft mit dem Süden aufzuheben, wenn er sich nicht unserer politischen Gemeinschaft unterordnet. Welche Zerrüttung dann über den Süden hereinbrechen mag, das vermag heute noch kein Sterblicher vorauszusehen.

Bei solcher Ungewißheit der Zukunft erscheint es räthlich, die Aufnahme Badens hinauszuschieben, bis sie als ein Hebel dienen kann für eine große Entscheidung. Diese Entscheidung aber kann nicht in Baden selbst erfolgen, sondern nur in Baiern und Schwaben. Darüber wäre ein Streit gar nicht möglich, wenn man nicht im Norden sich gewöhnt hätte, die geistigen Kräfte der Carlsruher Kammermehrheit stark zu überschätzen. Gestaltet sich die Stimmung im Süden wider Erwarten günstig, so kann der Eintritt Badens vielleicht ein Mittel werden um die reifende Einsicht zu kräftigen, um den thatsächlichen Beweis zu führen, daß ein süddeutscher Staat in dem Bunde sich sehr wohl befindet. Kommen dagegen die Feinde Deutschlands in München und Stuttgart an's Ruder, wird ein Bruch unvermeidlich, so kann Badens Eintritt dazu helfen dem Fasse den Boden auszustoßen. Man mag solche kühle Berechnung grausam finden; aber die Lage Badens, wenngleich unbehaglich, erscheint bei Licht betrachtet keineswegs verzweifelt. Die Sorge, daß ohne den Eintritt in den Bund die nationale Partei in Carlsruhe die Führung verlieren werde — diese Befürchtung, die Karl Mathy in seinem bekannten Briefe an Graf Bismarck aussprach, ist bereits thatsächlich widerlegt. Auch das Ministerium Jolly kann und wird sich halten, wenn nicht die Fragen der inneren Politik ein neues Zerwürfniß herbeiführen. Die Hoffnung, der Eintritt Badens werde die nationalen Parteien in Baiern und Württemberg entmuthigen, bedeutet wenig neben der Gewißheit, daß die preußische Politik, indem sie Baden aufnimmt, nicht mehr freie Hand behält gegenüber den Cabinetten von München und Stuttgart. Und gelten denn die Bedenken der europäischen Politik gar nichts? Die norddeutsche Staatskunst geht darauf aus, den Welttheil an die Nothwendigkeit der deutschen Einheit zu gewöhnen. Nirgendwo besitzen wir einen zuverlässigen Bundesgenossen; die leidlich freundliche Stimmung, welche, Dank der Mäßigung Preußens, heute in Wien, Paris und Petersburg herrscht, kann durch einen unbedachten Schritt zerstört werden. Unterschätze man nicht die Energie des leicht mißleiteten Nationalstolzes der Franzosen. Die erste

erscheint als das geringere Uebel neben der Gefahr, daß die unfertige Bundesverfassung sich als zu schwach erweise. — Zum Zweiten. Die Erweiterung des Bundes ist ein Rückschritt, ein Unglück, so lange nicht in der Mehrheit der Cabinette wie des Volks im Süden ein bescheidenes Maß bundesfreundlichen Sinnes vorhanden ist. Wir fordern nicht ernsthafte Staatsgesinnung, sie ist für den Durchschnitt der Menschen erst in der Schule eines großen Staatslebens erreichbar. Wir verlangen nur, daß die Süddeutschen nicht mehr mit boshafter Schadenfreude Alles begrüßen, was die Macht und Ehre des Vaterlandes bedroht. Es geht nicht an, einen Bund durch den Mißbrauch der Macht der Mehrheit zu regieren; es wäre eine Verfälschung des bündischen Lebens, wenn im Bundesrath und im Reichstage die Süddeutschen beharrlich überstimmt werden müßten.

Nun liegt am Tage, daß von solchem bundesfreundlichen Sinne im Süden vorderhand nur schwache Anfänge zu spüren sind. Die norddeutsche Staatskunst aber kann zunächst nur rechnen auf die Macht der Zeit. Deutsche Gutmüthigkeit mag hoffen, daß die Erkenntniß des Nothwendigen die Höfe von München und Stuttgart, wie einst in den Zollverein, so jetzt in den Bund hinüberführen werde. Aber aus der Bereitwilligkeit, in einer volkswirthschaftlichen Frage den eigenen Vortheil zu erkennen, folgt mit nichten der Entschluß, das theuerste aller Güter, die dynastische Selbstherrlichkeit, aufzugeben; und da die Wahlen in den Händen der Massen liegen, so fällt auch die nationale Gesinnung eines großen Theiles der gebildeten Süddeutschen nicht schwer in's Gewicht. Wer diese verworrenen Dinge aus der Nähe betrachtet, muß für wahrscheinlicher halten, daß den süddeutschen Königreichen eine neue Katastrophe bevorsteht. Die Bande der Zucht und Ordnung lösen sich auf, beiden Staaten droht die Herrschaft einer verblendeten fanatischen Partei. Wohl möglich, daß erst schwere wirthschaftliche Leiden, vielleicht gar der Zerfall des heimischen Kleinstaats, den Gedanken des Vaterlandes wieder zu Ehren bringen an der Isar und am Nesenbache.

Verstehen wir die Politik des Bundeskanzlers recht, so trägt sie den Charakter der höchsten Vorsicht — wie jede verständige Staatskunst, welche das Ergebniß großer Erfolge zu behüten hat, und wie auch Cavour nach der Gründung seines Königreichs die Kühnheit seiner Bewegungen mäßigte. Graf Bismarck hofft offenbar noch auf eine friedliche Entwicklung, und er thut nur seine Pflicht, wenn er solche Hoffnung so lange als möglich festhält. Aber er kennt auch sicherlich die alte Wahrheit, die der welterfahrene Graf Reinhardt zu predigen pflegte: „die Dinge kommen immer anders als die klügsten Leute vorhersehen“. Er ist auch auf eine Wen-

dung zum Schlimmen gefaßt. Zwischen allen patriotischen Parteien des Nordens besteht die stillschweigende Verabredung: wir wollen unser Zollwesen, wie jedem Staate geziemt, als eine dauernde Ordnung behandeln, wir wollen nicht mehr unsere Volkswirthschaft der periodisch wiederkehrenden Gefahr der Kündigung aussetzen und sind darum entschlossen, im Jahre 1877 die Zollgemeinschaft mit dem Süden aufzuheben, wenn er sich nicht unserer politischen Gemeinschaft unterordnet. Welche Zerrüttung dann über den Süden hereinbrechen mag, das vermag heute noch kein Sterblicher vorauszusehen.

Bei solcher Ungewißheit der Zukunft erscheint es räthlich, die Aufnahme Badens hinauszuschieben, bis sie als ein Hebel dienen kann für eine große Entscheidung. Diese Entscheidung aber kann nicht in Baden selbst erfolgen, sondern nur in Baiern und Schwaben. Darüber wäre ein Streit gar nicht möglich, wenn man nicht im Norden sich gewöhnt hätte, die geistigen Kräfte der Carlsruher Kammermehrheit stark zu überschätzen. Gestaltet sich die Stimmung im Süden wider Erwarten günstig, so kann der Eintritt Badens vielleicht ein Mittel werden um die reifende Einsicht zu kräftigen, um den thatsächlichen Beweis zu führen, daß ein süddeutscher Staat in dem Bunde sich sehr wohl befindet. Kommen dagegen die Feinde Deutschlands in München und Stuttgart an's Ruder, wird ein Bruch unvermeidlich, so kann Badens Eintritt dazu helfen dem Fasse den Boden auszustoßen. Man mag solche kühle Berechnung grausam finden; aber die Lage Badens, wenngleich unbehaglich, erscheint bei Licht betrachtet keineswegs verzweifelt. Die Sorge, daß ohne den Eintritt in den Bund die nationale Partei in Carlsruhe die Führung verlieren werde — diese Befürchtung, die Karl Mathy in seinem bekannten Briefe an Graf Bismarck aussprach, ist bereits thatsächlich widerlegt. Auch das Ministerium Jolly kann und wird sich halten, wenn nicht die Fragen der inneren Politik ein neues Zerwürfniß herbeiführen. Die Hoffnung, der Eintritt Badens werde die nationalen Parteien in Baiern und Württemberg entmuthigen, bedeutet wenig neben der Gewißheit, daß die preußische Politik, indem sie Baden aufnimmt, nicht mehr freie Hand behält gegenüber den Cabinetten von München und Stuttgart. Und gelten denn die Bedenken der europäischen Politik gar nichts? Die norddeutsche Staatskunst geht darauf aus, den Welttheil an die Nothwendigkeit der deutschen Einheit zu gewöhnen. Nirgendwo besitzen wir einen zuverlässigen Bundesgenossen; die leidlich freundliche Stimmung, welche, Dank der Mäßigung Preußens, heute in Wien, Paris und Petersburg herrscht, kann durch einen unbedachten Schritt zerstört werden. Unterschätze man nicht die Energie des leicht mißleiteten Nationalstolzes der Franzosen. Die erste

preußische Schildwache auf der Kehler Brücke genügt vollkommen, um, wenn Kaiser Napoleon will, einen Taumel kriegerischer Wuth in dem übermüthigen Volke zu erregen. Gewiß darf und soll Deutschland der Gefahr eines europäischen Krieges trotzen wenn die Stunde kommt unseren Staat zu vollenden; aber so Großes wagt man nur für eine große Entscheidung.

Unleugbar ist der gegenwärtige Augenblick der denkbar ungünstigste für einen durchgreifenden Entschluß. In Baiern ward soeben ein deutschgesinnter Minister gestürzt, noch kann Niemand den Verlauf der Krisis berechnen. Im Schwabenlande poltert noch immer der Hexensabbath chronischer Zuchtlosigkeit. Noch ist in München und Stuttgart kein offener Vertragsbruch gewagt worden, kein Schritt, der uns zu feindseliger Haltung berechtigt. Und in einem solchen Augenblicke, da Alles im Dunkeln liegt, wird im Reichstage eine Resolution über die „badische Frage" beantragt!

Der Bundeskanzler ging in seiner Antwort bis an die Grenzen der einem Staatsmanne erlaubten Offenheit und durfte doch über den Kern der Sache nichts sagen. Es steht nicht anders, die bewegenden Kräfte unserer Revolution liegen nicht blos auf Markt und Gassen, nicht blos in den offenbaren Leidenschaften und Gesinnungen der Nation. Die kleinen Höfe besitzen noch leider, leider eine sehr reale Macht, und da wir nicht wissen, auch nicht wissen dürfen, welche Erklärungen unsere Gesandten in München und Stuttgart abgegeben haben, so ist unser Parlament auch nicht in der Lage, der Leitung unserer deutschen Politik in jedem beliebigen Augenblicke Rathschläge zu ertheilen. Solche Zeiten, da das Parlament seine Diplomaten gewähren lassen muß, kehren in jedem, auch dem freiesten Staate wieder. Unsere Liberalen pflegen dem Bundeskanzler das Bild des liberalen Grafen Cavour mahnend vorzuhalten. Sie übersehen bei solchem wohlfeilen Tadel, daß Graf Cavour in Wahrheit noch conservativer verfuhr als Graf Bismarck; er hat dem in Italien vorherrschenden Radicalismus weit geringere Zugeständnisse gemacht als der deutsche Bundeskanzler dem bei uns vorherrschenden Liberalismus. Sie übersehen ferner, wie sicher Cavour auf die Unterstützung seines Parlaments rechnen konnte. In den zwei Monaten vor dem Kriege von 1859, da Alles dem Augenblicke der Erhebung entgegenzitterte, in dieser ganzen Zeit höchster Spannung ward im Turiner Parlamente nicht ein Wort über die auswärtige Politik öffentlich gesprochen. So richtig fühlte der feine Takt der Italiener, daß zu den Pflichten des Abgeordneten auch das rechtzeitige Schweigen gehört.

Im Uebrigen glauben wir nicht, daß die Debatte vom 24. Februar

den sicheren Gang unserer nationalen Bewegung stören werde. Die anmuthigen Redensarten, welche heute die officiösen und die liberalen Berliner Blätter mit einander wechseln, bekümmern uns wenig; solche Artigkeiten scheinen in den Redactionsbureaux der Hauptstadt als eine moralische Zimmergymnastik betrachtet zu werden. Auch das beirrt uns wenig, daß die Huronen der „Demokratischen Correspondenz“ wieder einmal ein Siegesgeheul anstimmen, als ob der Scalp des Bundeskanzlers bereits an ihrem Gürtel hinge. Die badische Regierung wird eine menschliche Empfindlichkeit wegen einiger ungerechter und übereilter Worte des Bundeskanzlers zu unterdrücken wissen und ihrer rühmlichen nationalen Haltung treu bleiben. Dasselbe hoffen wir, vorderhand wenigstens, von der badischen Kammermehrheit. Das wichtigste Ergebniß der Debatte vom 24. Februar scheint uns in den Geständnissen des Grafen Bismarck zu liegen: er verzichtet auf den Gedanken des Südbundes, er will nicht den norddeutschen Bund in bequemer Selbstsucht abschließen, er bezeichnet die Einigung des gesammten Deutschlands als das Ziel seiner Politik. In den letzten Wochen ward vielfach ein unreifer Plan besprochen: Preußen solle dem Süden die Bildung eines weiteren Bundes gestatten und dafür die Kaiserkrone empfangen. Wir wissen jetzt, daß der Bundeskanzler nichts gemein hat mit solchen verwerflichen Einfällen einer flachen Eitelkeit, die den berechtigten Forderungen der Nation einen Stein statt eines Brotes bieten.

Unseren Lesern ist kein Geheimniß, daß diesen Blättern die einfachste Form der nationalen Einheit als die wünschenswertheste erscheint. Wir haben nie begriffen, warum die Deutschen allein verzichten sollen auf den nationalen Einheitsstaat, den alle anderen Culturvölker sich erobert haben. Aber wir wissen auch unsere persönlichen Wünsche den harten Thatsachen unterzuordnen. Wir sehen ein, daß eine Regierung anders reden muß als ein politischer Schriftsteller, und wir können nicht finden, daß die deutsche Politik seit dem Luxemburger Handel irgend eine schwere Unterlassungssünde begangen hätte. Wir sehen vor der Hand gar keinen Grund, unserem auswärtigen Amte zu mißtrauen, und halten für die nächste Pflicht der Patrioten die norddeutsche Bundesverfassung zu verstärken. Führt die furchtbar überhandnehmende Zerrüttung im Süden zu einem Umsturz, so wird der norddeutsche Staat die Kraft besitzen, der kleinköniglichen Souveränität den Gnadenstoß zu geben. Gewinnt dagegen der gesunde Sinn der nationalen Parteien im Süden die Oberhand, scheint eine friedliche Verständigung möglich — nun wohl, so muß unser Haus erst fest und weit genug sein, um eine zahlreiche und etwas rauflustige Bewohnerschaft sicher zu beherbergen.

Das Strafgesetzbuch vor dem Reichstage.

Berlin, 5. April 1870.

Auch parlamentarische Versammlungen unterliegen den Schwächen des Alters. Unser Reichstag zeigt nach zwei Jahren rüstigen, thatkräftigen Schaffens jetzt am Ende der Legislaturperiode unverkennbare Spuren der *morosa senectus*. Die annähernd gleiche Stärke der Parteien, überall sonst ein Hinderniß für die Fruchtbarkeit der Gesetzgebung, hat sich in dieser Verfassung, die in allem von der Regel abweicht, bisher als ein Vortheil erwiesen; sie zwang die Parteien zu wohlthätigen Compromissen, da alle Welt fühlte, daß der unfertige Bund nicht stillstehen dürfe. Von dieser versöhnlichen Stimmung aber, der unser Norden eine lange Reihe grundlegender Gesetze verdankt, ist in der gegenwärtigen Session leider wenig zu spüren. Seit jenem schweren Mißgriff vom 24. Februar drängt ein unerquicklicher Auftritt den andern; bittere, unfruchtbare Vorwürfe werden zwischen dem Bundeskanzler und den Nationalliberalen ausgetauscht bei jedem geringfügigen Anlaß, so noch jüngst bei der Berathung des Budgets des auswärtigen Amts. Soeben ward nur mit knapper Noth der schwer errungene Schutz des geistigen Eigenthums aufrechterhalten gegen unreife doktrinäre Neuerungsversuche. In Fractionen, die während neun Monaten des Jahres versammelt bleiben, zeigen sich unvermeidlich einige Schattenseiten des Coteriewesens. Man beginnt zu glauben an Schlagworte, die man unter den Freunden täglich wiederholen hört; man entfremdet sich dem Volke, das von seinen Vertretern nichts weiter verlangt als rüstigen Ausbau der Bundesverfassung. Man trägt allerhand persönliches Aergerniß in gekränktem Herzen nach, und schon schlagen einzelne Redner wieder einen grämlichen Ton an, als bilde der verewigte Staatsconflict den natürlichen Zustand der Dinge in Deutschland. Hält solcher Geist des Unfriedens an, so wird der Reichstag beim Scheiden vielleicht nur auf eine große Trümmerstätte zurückblicken.

Der letzte Grund dieser unerfreulichen Wandlung liegt, wie Jedermann im Stillen fühlt, in der nahenden Auflösung des Parlaments. Beide Theile hoffen auf die Wahlen. Aus den Reden der Regierungsbank klingt vernehmlich die Hoffnung hindurch: wir werden Euer bald nicht mehr bedürfen. Die Liberalen aber bedrückt der Gedanke, daß ihre Haltung den Wählern allzu nachgiebig erscheinen möge; und obwohl diese Furcht sich mehr auf lärmende Zeitungsartikel als auf sichere Beobachtungen stützt — der Selbsterhaltungstrieb drängt die Masse der Partei unmerklich nach links hinüber.

Während also die Gegensätze der Parteien sich verschärfen, liegt vor dem Reichstage ein Gesetzentwurf, welcher, in die Tiefen des Volksgewissens hinabreichend, für das Gemeingefühl, für die sittliche Einheit unserer Nation nicht weniger bedeutsam ist als die neuen Gewerbe- und Freizügigkeitsgesetze für ihre wirthschaftliche Einheit. Unter allen unheilvollen Folgen der deutschen Zersplitterung hat kaum irgend eine edle Geister so tief empört, wie die schimpfliche Thatsache, daß Recht und Unrecht unter den Söhnen Eines Volkes nicht mit gleichem Maße gemessen ward. Diese Schande von unserem Vaterlande hinwegzunehmen, eine der idealsten und erhabensten Pflichten nationaler Gesetzgebung zu erfüllen, den Particularismus aus einem seiner wichtigsten Bollwerke hinauszutreiben ist jetzt die Aufgabe. Der Entwurf des Bundesraths fußt auf dem preußischen Strafgesetzbuche — dem ersten in Deutschland, das mit bewußter Absicht, und im Ganzen mit Glück, auf die Bedürfnisse des volksthümlichen, öffentlich-mündlichen Gerichtsverfahrens Rücksicht nahm. Er gewährt, nach dem Urtheil fast aller Sachkenner, dankenswerthe Reformen, indem er viele Strafen mildert, dem richterlichen Ermessen freiesten Spielraum gewährt, die Entlassung aus der Haft auf Widerruf gestattet u. s. w. Er bezeichnet für Preußen einen großen, für viele Kleinstaaten einen außerordentlichen Fortschritt der Gesetzgebung. Er wird, zum Gesetz erhoben, die Wissenschaft und Praxis eines weiten Rechtsgebietes, den bestgeschulten Juristenstand Europas in seine Dienste ziehen; jedes durchdachte Gesetzbuch eines großen Culturvolks trägt in sich die Gewißheit der Weiterentwickelung. Die Neuordnung des Criminalprocesses, welche in die sittliche Bildung der Nation vielleicht noch tiefer eingreift als das Strafgesetzbuch, der ganze Fortgang des großen Werkes deutscher Rechtseinigung hängt an dem Gelingen dieses Gesetzes. Und doch ist bei der Berathung des zuerst von allen Parteien mit Freude begrüßten Entwurfes ein schroffer Gegensatz der Meinungen zu Tage getreten, ja nach den jüngsten Aeußerungen des Kriegsministers steht ernstlich zu bezweifeln, ob das Werk in der gegenwärtigen Session zu Stande kommt.

Der Streit bewegt sich wesentlich um zwei Fragen, die politischen Verbrechen und die Todesstrafe. Die Mehrheit des Reichstags verlangt, daß auch schwere politische Verbrechen nur dann mit Zuchthaus bestraft werden, wenn die strafbare Handlung aus ehrloser Gesinnung entsprungen ist. Man mag die Formulirung dieses Antrags unklar und unbestimmt finden, sein leitender Gedanke ist sicherlich wohlberechtigt. Wenn wir uns des entsetzlichen Schicksals eines Gottfried Kinkel erinnern, wenn wir bedenken, wie viel harte politische Kämpfe unser von Parteien und selbst von nationalen Gegensätzen zerrissenes Land noch schauen kann, desgleichen daß dem Staate in den Tagen der Gefahr noch das harte Sicherungsmittel des Kriegsrechts verbleibt, so erscheint es einfach als eine Forderung der Menschlichkeit, daß das Gesetz den politischen Verbrecher zwar bestrafen und unschädlich machen, doch nicht unbedingt zu einem Loose verurtheilen solle, das dem gebildeten Manne gräßlicher ist als der Tod. Noch bedeutsamer und noch besser berechtigt ist die Forderung des Parlaments, daß nur der Widerstand gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen strafbar sein solle. Alle freien Völker rühmen als den Eckstein ihrer Freiheit, daß bei ihnen nur dem Gesetze, nicht der gesetzlosen Willkür gehorcht werde. Und dieser Grundsatz sollte in Deutschland Gefahr bringen, in dem unzweifelhaft gehorsamsten Volke des Welttheils, unter Behörden von anerkanntem Amtseifer, unter Polizeiorganen, welche, ausgestattet mit einer Ueberfülle diskretionärer Gewalt, fast jederzeit in der Lage sind augenblickliche Unterwerfung zu erzwingen? Wir vermögen nicht einzusehen, wie der Reichstag abgehen könne von diesem Grundgedanken der politischen Freiheit, der zudem in den Amendements einen sehr maßvollen Ausdruck gefunden hat.

Anders stellt sich unser Urtheil zu der Todesstrafe. — Die Unvollkommenheit, die zweifelhafte Wirkung aller Strafen, der tiefe unversöhnliche Widerspruch zwischen der rechtlichen und der sittlichen Ordnung der menschlichen Dinge tritt nirgends so grell hervor wie bei der Betrachtung der furchtbarsten und unwiderruflichsten aller Strafen; darum ist das massenhafte Anschwellen der dieser Frage gewidmeten Literatur weder ein Zufall noch eine Modethorheit. Die menschliche Achtung vor dem Menschenleben, die unser Jahrhundert auszeichnet, hat gerade auf diesem Gebiete der Gesetzgebung zu reißend schnellen Fortschritten geführt; das empfindet man sehr lebhaft in dem hohen Reichstage selber, dem mehrere einst zum Rade verurtheilte Mitglieder angehören. Noch schneller als das Gesetz hat sich seine Handhabung umgewandelt; die Frage ist schon heute für Deutschland von geringer praktischer Bedeutung, da in den 6 Jahren von

1860—65 nur 44 Hinrichtungen, kaum 8 im Jahre, vollzogen wurden. Bis zu dem Zugeständniß, daß die Ausführung der Todesstrafe auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden müsse, ist die gesammte deutsche Welt einig.

Zudem wird die Zahl der Gegner der Todesstrafe noch vermehrt durch einen der vielen nothwendigen Widersprüche unserer unfertigen Bundesverfassung. Die Todesstrafe in der Ausdehnung, welche der Entwurf noch festhält, setzt eine häufige Anwendung des Rechtes der Begnadigung voraus; und dies Recht wird bei uns nicht, wie in jedem anderen einigen Rechtsgebiete, durch ein Staatsoberhaupt, sondern durch zweiundzwanzig Souveräne ausgeübt. Nun weiß die Welt, wie grundverschieden das höchste Herrscherrecht auf die Gemüther der Fürsten wirkt: den Einen stärkt es in dem Ernst der Pflichterfüllung, den Anderen erfüllt es mit dem Rausche der Selbstvergötterung; der Eine schrickt davor zurück aus Gewissenhaftigkeit, wie König Oskar von Schweden, der Andere weil seine Schwäche die schwere Verantwortung nicht zu ertragen vermag; ein Fünfter endlich — die Geschichte der deutschen Kleinstaaten weiß noch in jüngster Zeit davon zu erzählen — läßt sich durch unklare Wallungen des Gemüths, wo nicht gar durch frivole Begierden bei der Ausübung seiner heiligsten Pflichten bestimmen. Wahrhaftig, es bleibt eine harte Zumuthung an deutsche Volksvertreter, dies folgenschwere Recht den unberechenbaren Stimmungen von zweiundzwanzig Souveränen anzuvertrauen. Doch mächtiger als solche verständige Erwägungen wirkt auf den Durchschnitt der Menschen der Terrorismus der öffentlichen Meinung. Die Abschaffung der Todesstrafe ist feierlich aufgenommen in das Credo des Liberalismus. Systematiker wie wir sind, meinen wir uns verpflichtet, die Frage mit einem Schlage gänzlich zu erledigen und dem Welttheil mit einem großen Beispiel rechtsphilosophischer Aufklärung voranzugehen. Die Presse schmettert mit der Kesselpauke der sittlichen Entrüstung als einen Barbaren, einen Ketzer Jeden darnieder, der dies zu bestreiten wagt.

Da diese Blätter auf die Unabhängigkeit der persönlichen Ueberzeugung noch etwas halten, so erlaube ich mir, mich hier zu dieser Ketzerei zu bekennen. Geständniß gegen Geständniß: wenn viele Gegner der Todesstrafe zugeben, daß sie erst allmählich die Verwerflichkeit dieser Strafe eingesehen, so muß ich umgekehrt gestehen, daß ich erst im Verlaufe der letzten Jahre von ihrer Nothwendigkeit überzeugt worden bin — und zwar durch die Beweise ihrer Gegner selber. Blickt man diesen Beweisen auf den Grund, so erscheint als herrschender Gedanke doch die Vorstellung, daß das Leben das höchste der Güter sei. Ich rede hier nicht vom Diesseits und Jenseits; es frommt niemals politische Fragen auf das Gebiet des

Glaubens, des schlechthin Unbeweisbaren hinüberzuspielen. Ich meine nur: unsere Zeit, wie jede gewerbtreibende, friedliche Epoche, läuft Gefahr sich einem einseitigen Individualismus hinzugeben, die Achtung vor dem Menschenleben bis zu weichlicher Aengstlichkeit zu steigern, Leben und Wohlfahrt des Einzelnen höher zu stellen als Recht und Macht der Volksgemeinschaft, dem Staate nicht mehr zu geben was des Staates ist. Des Staates aber ist, so lange freie Völker leben, das Recht über Leben und Tod; der Staat, der das Leben von tausend Tapferen hingiebt für seine Selbstbehauptung, darf und soll auch den Verbrecher vernichten, der durch eine furchtbare Blutthat die Rechtsordnung gestört hat. Darum war es nur folgerecht, daß ein beredter Gegner der Todesstrafe im Reichstage die Hoffnung aussprach, die Milderung der Staatssitten werde schließlich auch zur Beseitigung des Krieges führen. Wer aber in dieser Hoffnung eine Utopie, ein Verkennen der Natur des Staates sieht, wer des Glaubens lebt, daß die menschlichen Dinge aus so weichen Stoffen nicht gewoben sind, sondern daß die Waffen bis an das Ende der Geschichte ihr gutes Recht behaupten werden, der wird sich auch so leicht nicht einreden lassen, daß das Leben des Mörders unantastbar sei. Wendet man ein: wir leugnen gar nicht das selbstverständliche Recht des Staates über Leben und Tod — so erwidere ich: Ihr leugnet es nicht, aber Ihr vernichtet es indem Ihr die Todesstrafe aufhebt! Sagt man ferner: für die Sicherheit der Gesellschaft kann durch gute Gefängnisse ebenso wohl gesorgt werden — so antworte ich: die Strafe dient dem Staate nicht zur Nothwehr, sie trägt ihren Zweck in sich selber, sie ist die rechtlich-sittliche Folge des Verbrechens, die Sühne, die Ausgleichung der gestörten Rechtsordnung, sie empfängt ihre Form und ihr Maß durch die sittliche Bildung, durch das Gewissen des Volkes.

Dem ernsten Geiste genügt nimmermehr, daß die Gesammtheit die Sicherheit von Hab und Leben der Einzelnen nothdürftig schütze; er fordert, daß die Rechtsordnung fest wurzle in dem Gewissen der Nation, daß das Volk den unverbrüchlichen Glauben hege an den heiligen Ernst des Gesetzes und nicht durch willkürliche Sprünge der Gesetzgebung in solchem Glauben gestört werde. Nicht die Einführung der Todesstrafe steht in Frage, sondern ihre Aufhebung. Wer aber will eine so tiefgreifende, radikale Neuerung verantworten, so lange er nicht mit einiger Sicherheit weiß, daß das Gewissen unseres Volkes dadurch nicht beleidigt wird? Wahrlich, hätte nicht die Lammsgeduld der deutschen Leser seit Jahren unserer Presse gestattet, sich selber für die öffentliche Meinung auszugeben, wir müßten erstaunen über die Dreistigkeit der in den liberalen Blättern herkömmlichen Versicherung, die ungeheure Mehrheit der

Nation verlange die Abschaffung der Todesstrafe. Wenn unter den Heroen des Zeitalters der deutschen Humanität die große Mehrzahl, von Goethe bis auf Hegel, die Nothwendigkeit der Todesstrafe anerkannte, wenn in unseren Tagen noch Staatsmänner wie Bismarck und Mathy, Juristen wie Leonhardt und E. Herrmann, Philosophen wie David Strauß und Trendelenburg, Männer der verschiedensten Richtungen, mit größter Bestimmtheit dieselbe Ansicht aussprechen — wer darf dann noch behaupten, daß die Frage auch nur unter den Höchstgebildeten der Nation entschieden sei?

Das einmalige Votum eines Reichstags, der gewählt ward als von dem deutschen Strafgesetzbuch noch kaum die Rede war, darf in diesem Falle nicht als ein untrüglicher Ausdruck des Volkswillens gelten. Ueber die durchschnittliche Meinung der Mittelklassen giebt die Haltung unserer Schwurgerichte deutliche Auskunft. Gilt eine Strafe der Volksüberzeugung als barbarisch und verwerflich, so offenbart sich solche Gesinnung stets durch zahlreiche ungerechte Freisprechungen. So in England, als der Diebstahl noch mit dem Galgen bedroht war; denn auch in gewissenhaften Völkern widersteht ein Schwurgericht nicht leicht der Stimme des natürlichen Gefühls. Von unseren deutschen Geschworenen aber wurden die auf den Tod Angeklagten, im Durchschnitt einer zwanzigjährigen Erfahrung, nicht häufiger freigesprochen als alle anderen Angeklagten. Schauen wir endlich hernieder in die Massen des Volks, so kann zum Mindesten über die Gesinnung des Landvolks gar kein Zweifel sein. Wenn der Reichstag bei der Abschaffung der Todesstrafe beharrt, so wird dieser Beschluß bei den nächsten Wahlen auf dem flachen Lande des Ostens ein höchst wirksames Agitationsmittel bilden für die conservative Partei. Die Obrigkeit soll das Schwert führen, unser Bauer weiß es nicht anders. Hätte das Richtbeil jenen Timm Thode nicht getroffen, der ditmarscher Bauer wäre irr geworden an dem Bestande von Recht und Gerechtigkeit auf Erden. Mit den tiefernsten Empfindungen des Volksgewissens zu experimentiren, die Todesstrafe versuchsweise abzuschaffen, auf die Gefahr hin, daß einmal ein gräßlicher Ausbruch der Volksgerechtigkeit ihre Wiedereinführung erzwingt, ein solches Spiel ist eines ernsten Staates nicht würdig.

Und spricht denn aus dieser Volksstimmung wirklich nur jene pöbelhafte Erregbarkeit, die im ersten Augenblicke das Schwerste für den Verbrecher fordert um ihn im zweiten zu bemitleiden? Greife doch Jeder in seine eigene Brust und frage sich: würde Dir Dein Gewissen nicht sagen, daß Dein Leben verwirkt ist, wenn Du einen Mord begangen hättest? Man stelle sich die letzten möglichen Folgen der gepriesenen Milde gegen

die Mörder lebhaft vor Augen. Man denke sich, daß ein Traupmann aus seinem Zuchthaus ausbricht und abermals zu metzeln beginnt, um, endlich wieder eingefangen, stillvergnügt wieder in dasselbe Zuchthaus zu wandern; — verletzt ein Staat, in dem Solches möglich ist, nicht die erste und natürlichste seiner Pflichten? Setzt ein so überduldsames Gemeinwesen sich nicht der Gefahr aus, der Bestialität einen Freibrief ausstellen, aller Gerechtigkeit Hohn sprechen zu müssen? Es muß eine Grenze geben für die Barmherzigkeit wie für das Recht; der Staat soll das Schwert in seiner Hand wohl lange ruhen, aber nicht entfallen lassen. Die Zahl der Mordthaten hat sich verringert in den letzten Jahrzehnten, doch bei dem gewaltigen Anwachsen unserer großen Städte müssen wir darauf gefaßt sein, zuweilen einen jener scheußlichen Auswüchse großstädtischer Laster zu sehen, woran die Gesellschaft in gewissem Sinne mitschuldig ist; gerade in solchen Fällen hat die Gerechtigkeit des Staates mit unerbittlicher Strenge zu walten. Prahlen wir nicht hoffärtig mit unserer Bildung! Ein Volk weiß so wenig wie der Einzelne, welcher Dämon in seiner Brust noch schlummern mag; die Geschichte kennt Epidemien des sittlichen wie des leiblichen Lebens.

Man sagt wohl, der Staat solle dem Volksgefühle voranschreiten und erinnert an den aufgeklärten Despotismus, der so viele barbarische Mißbräuche des alten Strafrechts hinwegfegte. Aber ein in Wahrheit unmenschliches Gesetz, einmal beseitigt, lebt nicht wieder auf in einem gesitteten Volke; die Wiedereinführung der Folter, der Hexenprocesse erwies sich als eine Unmöglichkeit, denn ihre Abschaffung war, als der Staat sie beschloß, längst vorbereitet durch die Gedankenarbeit der Besten der Nation. Die Todesstrafe dagegen ward in mannichfachen Experimenten abgeschafft, wieder eingeführt und wieder abgeschafft; den Philanthropen gelang niemals, das Volk zu gewinnen für die Ueberzeugung, daß die Hinrichtung des Mörders eine Barbarei sei. Die Frage lautet einfach: soll der Mörder mit einem Schlage vernichtet oder einer Verkümmerung des Daseins preisgegeben werden, die in neun Fällen unter zehn mit gräßlicher Stumpfheit endigt? Welche dieser Strafen die menschlichere sei, ist im Allgemeinen gar nicht, selbst im einzelnen Falle nicht immer mit Sicherheit zu entscheiden. Unzweifelhaft ist nur, daß der Tod rohen Gemüthern schrecklicher erscheint als die ewige Haft.

Im Uebrigen legen wir auf die Abschreckungstheorie wenig Werth, da die sittliche Wirkung jeder Strafe sich der sicheren Wahrnehmung entzieht. Die nicht abgeschreckt wurden treten vor den Richter, doch wer zählt die Anderen, die aus Furcht vor dem Tode einen blutigen Gedanken in's Herz zurückzwangen? Auch die statistischen Beweise für und wider

überzeugen den ernsten Mann nicht, der sich vor Augen hält, wie mannichfache Momente des Culturlebens auf die Ergebnisse der Criminalstatistik einwirken. Selbst der stärkste Beweisgrund der Abolitionisten, der Hinweis auf mögliche Justizmorde, hält nicht Stand, denn er beweist zu viel. Jede über einen Unschuldigen verhängte schwere Strafe ist unsühnbar. Wir sehen nicht ab, wie die Weisheit eines Gesetzgebers den schrecklichen Folgen menschlicher Gebrechlichkeit gänzlich vorbeugen solle; vielmehr steht zu befürchten, daß nach Abschaffung der Todesstrafe die Zahl der leichtsinnigen Verurtheilungen sich vermehren werde.

Weit schwerer fällt eine Erwägung in's Gewicht, die dem Wesen unseres Staates entnommen ist. Noch alle tapferen und freien Völker der Geschichte freuten sich der Strenge ihrer Gesetze. Warum nur soll dies tapfere Preußen, dieser feste und gerechte Staat, dessen Geschichte durchdröhnt wird von dem Klange der Waffen — warum soll dies mannhafte Volk, das so oft sein Blut verspritzte für ideale Güter, jetzt den Reigen eröffnen mit einem philanthropischen Versuche, welcher bisher nur in der weichherzigen Gemüthlichkeit der Kleinstaaterei sich behaupten, doch in allen großen wahrhaften Culturstaaten sich nicht durchsetzen konnte? Jedermann giebt zu, daß das Heer der Todesstrafe nicht entbehren kann. Dies harte Recht des Krieges aber hat, wie die Motive des Entwurfs treffend bemerken, zur nothwendigen logischen Voraussetzung, daß auch im Frieden die rechtliche Möglichkeit der Todesstrafe bestehe. Es scheint nicht wohlgethan, in einem Staate, dessen Heer das Volk in Waffen ist, der Strenge des Kriegsrechts eine übermäßige Weichheit des Friedensrechts gegenüberzustellen und also den unseligen Wahn zu verstärken, als ob der Krieg die Aufhebung der natürlichen Ordnung sei.

Was ich soeben sagte ist der Ausdruck einer persönlichen Ueberzeugung, welche von nahen Freunden, auch von dem Mitherausgeber dieser Blätter nicht getheilt wird. Für die gegenwärtige Aufgabe der Gesetzgebung genügt jedoch vollkommen, daß die besonnenen Patrioten übereinkommen in dem Eingeständniß: die Todesstrafe ist nicht ein unsittliches Aergerniß, schlechthin verdammt von dem Gewissen der Nation; sie wird vielmehr von ehrenhaften Männern aller Bildungsschichten, von einem großen, vielleicht dem größten Theile des Volks als ein unentbehrliches Glied deutscher Rechtsordnung betrachtet; die auf ihre gänzliche Abschaffung gerichtete literarische Bewegung genießt zwar hohen Ansehens in der europäischen Welt, doch sie ist bisher weder zu unumstößlichen wissenschaftlichen Ergebnissen gelangt, noch zur Herrschaft über die öffentliche Meinung.

Giebt man diese Thatsachen zu — und wir begreifen nicht, wie ein unbefangener Mann sie bestreiten kann — so ist auch schon die Frage

beantwortet: darf der Reichstag um der Todesstrafe willen der Nation die Einheit ihres Strafrechts vorenthalten? Der Bundeskanzler hat feierlich versichert, daß die Krone Preußen in die Aufhebung der Todesstrafe nicht willigen werde; kein Zweifel, die gewissenhafte Ueberzeugung des Königs selber sprach aus diesen Worten. Der Krone aber steht diesmal das stärkere Recht zur Seite, denn sie vertheidigt den bestehenden Zustand, und zu einer Neuerung darf ein Monarch nicht gezwungen werden. Der Reichstag hat nicht, wie die Sophisten sagen, eine schlechthin neue Ordnung auf eine tabula rasa aufzutragen, er hat sein Werk anzuknüpfen an einen gegebenen Rechtszustand. Die Todesstrafe aber ist Rechtens in dem weitaus größten Theile von Norddeutschland. Die wenigen Ausnahmen heben die Regel nicht auf; die wichtigste dieser Ausnahmen, das revidirte sächsische Strafgesetzbuch vom Oktober 1868, trägt sogar einen sehr zweifelhaften Charakter. Wie ein deutscher Kleinstaat sich zu der nationalen Gesetzgebung zu verhalten habe, das hat die badische erste Kammer soeben durch ein rühmliches Beispiel gezeigt: sie verwarf den Antrag auf die Abschaffung der Todesstrafe, weil sie der norddeutschen Gesetzgebung nicht vorgreifen wollte. Hat man in Sachsen für anständig gehalten, dem Bunde Hals über Kopf voranzueilen, so ist der Reichstag sicherlich nicht verpflichtet, gegen dies eigenthümliche Probstück königlich sächsischer Bundestreue irgend welche Schonung zu zeigen. Nach den Erklärungen des Bundeskanzlers steht die Wahl also: entweder Einheit der Strafrechtsordnung mit sicherer Aussicht auf weitere Fortschritte unserer Rechtsreformen; ein Strafgesetzbuch, tüchtiger und milder als alle in Deutschland bestehenden, dazu die Todesstrafe für wenige Fälle; oder — acht zumeist sehr unvollkommene Strafgesetzbücher, dazu im größten Theile des Nordens die Todesstrafe für viele Verbrechen, endlich Verschiebung eines großen nationalen Fortschritts auf unbestimmte Zeit. Wenn politische Köpfe Angesichts dieses Zwiefalls auch nur einen Augenblick schwanken, so liegt die Erklärung allein in der falschen Scham.

Deutsche Gewissenhaftigkeit fühlt sich gebunden durch die erste Abstimmung, sie entschließt sich schwer, nach der nüchtern-geschäftlichen Weise des englischen Parlaments, trocken einzugestehen: Die vorläufige Abstimmung sagt nur: „dies halten wir für wünschenswerth“; erst die letzte Abstimmung sagt: „dies ist nach der Lage der Dinge erreichbar und dem Staate heilsam“. Wir können nicht glauben, daß die liberale Partei so einfachen Erwägungen sich verschließen, daß dieser Reichstag sein vordem so reiches Wirken jetzt mit unfruchtbarem Hader beenden werde. Was die Wahlen bringen, vermag bei unserem Wahlgesetze Niemand zu ahnen. Vielleicht überhebt eine conservative Reichstagsmehrheit den Bundeskanzler

der Nothwendigkeit, uns Liberalen Zugeständnisse zu machen; vielleicht führt uns eine oppositionelle Mehrheit neuen Conflicten, einem abermaligen Stillstande der Gesetzgebung entgegen. Sicher ist nur, daß der neue Reichstag von der großen Frage des Militärbudgets beherrscht werden und für juristische Reformen weder viel Zeit noch viel Gedanken übrig behalten wird. Darum wird, wenn das Strafgesetzbuch jetzt nicht zu Stande kommt, unsere große Rechtsreform vermuthlich um mehrere Jahre vertagt werden, und darum wird auch das Urtheil der Nation sehr hart lauten, wenn der Eigensinn des Bundesraths oder des Parlaments das große Werk gefährden sollte.

Die Grundzüge eines Compromisses bieten sich bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Hauses fast von selber dar. Wenn die Mehrheit sich dazu versteht, die Fortdauer der Todesstrafe für Fälle schweren Mordes zuzugeben, so steht zu hoffen, daß der Bundesrath auf einige Lieblingsgedanken des Absolutismus verzichten, die Straflosigkeit des Widerstandes gegen ungesetzliche Befehle anerkennen und in die mildere Behandlung der politischen Verbrecher willigen werde. Die Hinrichtung der Hochverräther ist in Friedenszeiten auf deutschem Boden seit Jahrzehnten nicht mehr gewagt worden, weil das öffentliche Gewissen sie unzweifelhaft verwirft. Vielleicht ist noch eine andere Reform zu erreichen: eine Anordnung, wie sie in Schweden besteht, wonach den Richtern und Geschworenen die Befugniß zukommt, den Mörder bei mildernden Umständen nur zu ewigem Zuchthaus zu verurtheilen. Eine solche Einrichtung wird in Deutschland, wenn wir uns nicht ganz täuschen, keineswegs bewirken, daß die Todesstrafe nur auf dem Papiere steht, wohl aber, daß die Gnade der Landesherren, zum Heil der Souveräne wie der Nation, weit seltener als bisher angerufen wird.

Wenn diese Jahrbücher irgend ein Verdienst besitzen, so liegt es hierin: uns war es immer (mit Friedrich Gentz zu reden) ganzer, grimmiger Ernst mit der deutschen Politik. Wir haben allzu oft, allzu bitter erfahren, welche Hemmnisse die unendliche Zähigkeit unseres Kleinlebens dem nationalen Gedanken in den Weg stellt, welche Arbeit vernutzt wird um auch nur den kleinsten Kleinfürsten zu entthronen. Wer dies ganz und tief empfindet, der begrüßt mit Freude jede neue Klammer, die in die Grundmauern unseres Staates eingeschlagen wird, der läßt sich gern der Halbheit zeihen, weil ihm Theorien wenig bedeuten neben dem Dasein der Nation. Noch gilt von dem neuen Preußen der Spruch, welchen einst Rutilius Namatianus der herrschenden Roma zurief:

Fecisti patriam diversis gentibus unam,
profuit invitis te dominante capi.

Es ist an uns, an den Denkenden der Nation, den „verschiedenen Völkerschaften", die sich „widerwillig" unter Preußens Schirm zusammenfanden, das frohe Bewußtsein zu erwecken, daß sie eines Leibes Glieder sind, daß sie zu einander gehören in Noth und Tod. Was die Gemeinschaft des Rechtslebens für die Erziehung eines starken Nationalgeistes bedeutet, sagt sich Jeder selbst. Wir vermögen den Gedanken nicht zu fassen, daß unsere Volksvertreter den köstlichen Schatz eines großen nationalen Gesetzbuchs in den Staub werfen sollten, um eine halbreife Doctrin schließlich — nicht in's Leben einzuführen.

An den Briefschreiber der Weser-Zeitung.

Heidelberg, 5. Juni 1870.

Geehrter Herr!

Wenn unter Freunden zuweilen über den rechten Stil des politischen Schriftstellers gesprochen wurde, dann habe ich stets auf das Muster der Schriften Friedrich's des Großen hingewiesen und die Meinung vertreten: der Publicist soll auf den Willen wirken; jeder Stil ist ihm erlaubt, jede Unebenheit der Darstellung, selbst einzelne triviale Sätze mögen ihm hingehen, wenn er nur ein Ende findet, wenn er nur mit höchster Bestimmtheit sagt was er selber will; die geistreichsten Gedanken, die er einstreut, fallen zu Boden, wenn das Ganze weder Schneide noch Spitze hat. In jenen Briefen, geehrter Herr, welche Sie soeben in der Weser-Zeitung an mich gerichtet haben, vermisse ich leider diese vornehmste Tugend des Publicisten, die in Deutschland immer selten war. Es will mir nicht gelingen, aus den vielen wahren und anregenden Bemerkungen Ihrer Briefe den leitenden Gedanken herauszufinden. Ich schicke dies allerdings unhöfliche Geständniß voraus, nicht um Sie zu kränken, sondern um mich selbst zu rechtfertigen, falls meine kurze Antwort Ihnen nicht genügen sollte.

Sie entwerfen ein sehr düsteres Bild von den Zuständen in den neuen Provinzen. Ich darf versichern, daß mir diese Schilderung nichts Neues sagt; bin ich doch selbst preußischer Staatsbürger und mit unserer Bureaukratie keineswegs, wie Sie wähnen, blos aus der Ferne bekannt. Alle deutschen Staaten stehen vor der Nothwendigkeit einer Verwaltungsreform; kein Wunder, daß diese veraltete und ungenügende deutsche Verwaltung da besonders lästig erscheint, wo sie in neuen ungewohnten Formen auftritt. Auf dies Gebrechen unseres Staates unablässig hinzuweisen ist den Preußischen Jahrbüchern, seit sie bestehen, stets eine ernste Pflicht gewesen; Sie werden unsere Spalten immer offen, uns immer dankbar finden, wenn Sie durch eingehende sachliche Darstellungen uns in solcher

Arbeit unterstützen wollen; nur von allgemeinen Aeußerungen unbestimmten Mißmuths verspreche ich mir keinen Erfolg. Man hat in Berlin verschmäht, die schwächlichen Elemente der Gesellschaft in den neuen Provinzen durch kleine Gunstbezeugungen zu gewinnen; man behandelt die Lande schlechtweg als Provinzen und dies System scheint mir gerecht und klug, trotz der vielen groben Mißgriffe, die im Einzelnen geschehen sind. Der Verlauf der jüngsten Nachwahlen in Schleswig-Holstein deutet auf ein Erstarken der nationalen Parteien, das ich vor drei Jahren in Kiel noch gar nicht zu hoffen wagte; auch die kühle Gelassenheit, die unsere Regierung den zahllosen kindischen Demonstrationen der Welfenstadt entgegensetzt, beweist zum Mindesten, daß das neue Regiment sich sehr sicher fühlt. Und ist denn die Mißstimmung im Königreich Sachsen, das sich des Segens eingeborener Beamten erfreut, etwa geringer als in unseren neuen Provinzen? Ich kann in all' diesem Unbehagen nichts sehen als jenen natürlichen Rückschlag des Particularismus, der noch nach jedem mächtigen Schritte der deutschen Einheit eintrat. Alle großen Thaten deutscher Politik vollzogen sich unter allgemeinem Heulen und Zähneklappern, von dem ersten kühnen Auftreten des großen Kurfürsten und der Eroberung Schlesiens an bis herab zur Gründung des Zollvereins und des norddeutschen Bundes. Es bedurfte immer langer Jahre, bis die Nation sich an die neue Ordnung gewöhnte. Ich habe noch vor zehn Jahren in der Provinz Sachsen einzelne gemüthliche Leute getroffen, die sich mit Wehmuth als Mußpreußen bezeichneten; wir sahen, als das Rheinland schon seit einem halben Jahrhundert preußisch war, rheinische Pfarrer für den Sieg Oesterreichs beten, und denken auch vor den schlechten Künsten Ihrer Welfentheologen nicht zu erschrecken. Glauben Sie mir, ein starker Staat trägt, wie ein tapferer Mann, in sich selber die Kraft, die Widersprüche seines Wesens zu überwinden.

Wenn Ihnen der kleine Aerger der vierundzwanzig Tagesstunden den Sinn verdüstert, dann schauen Sie doch einmal rückwärts: in welcher Epoche der neuen Zeit waren denn die Deutschen zufrieden mit ihrem Regimente? Ich kenne keine; seit wir der Zersplitterung verfielen, gedieh unter unserem Volke die Lust der Kritik ebenso überschwänglich wie die Lust des Gehorsams. Es ist ein Leichtes, von jedem Abschnitte unserer Vergangenheit, das herrliche Jahr 1813 keineswegs ausgenommen, ein häßliches Zerrbild zu entwerfen — ohne absichtliche Fälschung, allein nach den Berichten höchst ehrenwerther Zeitgenossen. Nur wer das Wesentliche, die lebendigen Kräfte der Geschichte aus solchem Gewirr des Tadels und der Klagen herauszuheben weiß, findet die historische Wahrheit und frohen Muth für unser Heute und Morgen.

Ich habe mich oft verwundert, wie selten unser Jahrhundert, trotz seiner Selbstgefälligkeit, ein klares Bewußtsein seiner eigenen Größe zeigt. Alle historischen Parallelen, der Vergangenheit entnommen, werden zu Schanden vor den grandiosen Verhältnissen des modernen Lebens; jede unserer sechs großen Nationen umspannt mit ihrem Culturleben einen weiteren Horizont, als weiland jenes Römerreich, das die Erde war. Und doch klingt der zukunftsfrohe Geist, der solchen Tagen geziemt, aus den Worten unserer Zeitgenossen nicht häufig hervor; sehr selten unter den Deutschen, am Allerseltensten gerade unter jenen Deutschen, die das beste Recht haben sich der Gegenwart zu freuen. Wenn unser Volk noch immer so wenig ahnt von dem neuen Leben, das in sein Land einzieht, so ist das Verhalten der nationalen Parteien daran nicht schuldlos. Den Männern der Einheitspartei stand es an, dem Volke zu sagen: „wir sind die Partei des Fortschritts, uns gehört die Zukunft; die radikalen Phrasen, die Euch umschmeicheln, sind eitel Reaction, sind die traurige Erbschaft einer verkommenen Zeit, da man für den Schmuck des Hauses sorgte, bevor das Haus selber gebaut war.“ Wer klar und furchtlos also redet, ist bei unserem ehrlichen Volke des Erfolges sicher; denn er sagt die Wahrheit. Er kann, mit der jüngsten Thronrede des Königs in der Hand, ohne Prahlerei den Nachweis führen, daß die Regierung, von uns unterstützt, eine Reihe hochwichtiger Reformen vollzogen hat, die in der Geschichte des deutschen Gesammtstaats ohne Gleichen dastehen. Er darf dabei auf den gesunden Verstand der schlichten Leute zählen, welche von ihren Vertretern nicht unfruchtbare Kritik, sondern positive Leistungen fordern und sehr richtig fühlen, daß in der Politik Nichts geschaffen wird ohne die Kraft des Hoffens, ohne jene mächtige und sichere Phantasie, die in dem Werdenden schon das Vollendete ahnt. Eine Zeit lang haben unsere Freunde wirklich diese offene und stolze Sprache geführt, so in Hannover im Dezember 1866, als sie dem Volke rundheraus sagten: wir kämpfen für die deutsche Einheit. Doch bald sank die Masse der Partei wieder zurück in die Vorstellungen einer überwundenen Epoche, in den Aberglauben, als ob der Muth des Mannes sich nur in der Opposition zeige. Man krittelte und tadelte an jedem, auch dem heilsamsten Vorschlage der Regierung, und der kleine Mann, der solche Feinheiten nicht versteht, trug schließlich nur die unbestimmte Vorstellung davon, es sei gewiß ein recht niederträchtiges Gesetz im Werke. Man verbesserte und verbesserte jeden Gesetzentwurf nach vorgefaßten Theorien, ohne die leiseste Sicherheit des Erfolgs; kam es dann zur Entscheidung, so waren unsere Freunde stets zu ehrlich und zu patriotisch, um unmögliche Forderungen aufrecht zu halten; sie gaben nach, aber sie redeten dabei wie mit bösem

Gewissen, während sie das Bewußtsein wohlerfüllter Pflicht haben konnten. So ist die Politik der Nationalliberalen verlaufen, höchst dankenswerth in ihren letzten Ergebnissen, doch ebenso unglücklich in ihrer Taktik. Das Ungeschick der Liberalen gewährte der Demokratie den wohlfeilen Triumph, mit Hohn von der Nachgiebigkeit dieser elenden Gemäßigten zu reden, und doch sind wir die Entschiedenen, wir die radikalen Unitarier. In der Kunst, dem souveränen Unverstande Honig um die Lippen zu streichen, können wir, die wir dem Vaterlande nützen wollen, ja doch niemals wetteifern mit der unfruchtbarsten aller Parteien, die auf jede praktische Politik verzichtet hat und nur noch an dem hohlen Klange ihrer eigenen Kraftworte sich ergötzt.

Schwerlich wäre solche Tadelsucht, die nur dem Radicalismus in die Hände arbeitet, unter den Liberalen so mächtig geworden, wenn man in diesen Kreisen die ungeheure Schwierigkeit unserer Aufgaben nach Gebühr zu würdigen wüßte. Auch Sie scheinen mir von dieser Schwäche nicht frei. Wenn Sie glauben, die Verhältnisse lägen heute für Preußen ungleich günstiger, als weiland in England unter Wilhelm III., so kann ich dies nur als einen unbegreiflichen Irrthum bezeichnen. Wie dürfen Sie einen Wechsel der Dynastie in einem seit Jahrhunderten geeinten Lande, dessen Krone wenig mehr bedeutete, auch nur vergleichen mit der Lage unseres Staates, der den Particularismus von vier neuen Provinzen, die geheime Wühlerei von vier Prätendentengeschlechtern besiegen und zugleich den Widerstand von zwanzig souveränen Staaten überwinden, das noch niemals gelöste Problem eines monarchischen Bundesstaats lösen soll? Nein, Preußens Aufgabe ist so schwer, so eigenthümlich, daß wir noch Jahre lang auf den Beifall des Auslands verzichten, den weisen Rath der fremden Presse uns verbitten müssen.

Wollen Sie dies ruhig erwägen, dann urtheilen Sie wohl milder über das bisher Erreichte, und vielleicht erscheinen Ihnen die preußischen Dinge noch weniger trostlos, wenn Sie versuchen, die preußische conservative Partei ohne Vorurtheil zu betrachten. Den Gegner zu unterschätzen ist die Erbsünde aller Parteien, nicht am wenigsten des Liberalismus. Ganz gewiß hat unsere conservative Partei elende Tage gesehen, da sie vor dem weißen Czaren und dem hohen Bundestage sich in Demuth beugte — gleichwie der Liberalismus in nicht minder schmählichen Tagen sehnsüchtig ausschaute nach der freiheitbringenden Tricolore der Franzosen. Aber beide Theile haben Großes gelernt von der großen Zeit; alle irgend lebensfähigen Elemente der conservativen Partei stehen heute, Einige noch mit stillem Groll, auf dem Boden der Verfassung, sie haben mit ehrenhafter Selbstüberwindung geholfen den Norddeutschen

Bund zu gründen. Es scheint mir endlich an der Zeit, einige Phrasen des Parteihasses über Bord zu werfen, die ich ungern in Ihren Briefen wiederfinde. Sie finden in den Theorien „heimathloser Emigranten“ die Herzensgeheimnisse der preußischen Reactionäre, als ob nicht der ungeheure Unterschied zwischen dem französischen und dem preußischen Adel eben darin bestünde, daß wir keine Emigranten kennen, sondern nur patriotische Soldatengeschlechter. Betrachten Sie ihn doch, den verrufenen Junker aller Junker, den alten Marwitz. Grob und hart und knorrig, voll crasser Vorurtheile, und doch ein Held, der für sein Land gekämpft und gelitten hat, der Deutschland und Preußen leidenschaftlich liebte, ein grunddeutscher Mann von scharfem Verstande und rücksichtslosem Freimuth — so war das Urbild des brandenburgischen Junkers. Der preußische Adel hat ein Vaterland, und unsere Orthodoxen sind und bleiben ehrliche Protestanten trotz der katholischen Gesinnung, die der liberale Sprachgebrauch ihnen andichtet. Bei der Abstimmung über das Strafgesetzbuch haben die Conservativen bewiesen, daß ihnen das Parteiinteresse nicht das Höchste ist. Unterschätzen Sie nicht das Opfer, das gerade die Männer der äußersten Rechten brachten, als sie für die milde Bestrafung der politischen Verbrechen stimmten. So lange die Demokratie dem norddeutschen Bunde feindlich gegenübersteht, bleiben die Conservativen die einzige Partei, mit der wir in den Fragen der großen Politik uns verständigen können. Wenn wir ihnen nur Worte tiefer Geringschätzung bieten, dann wird jene starke nationale Partei, von der Sie sprechen, sich niemals bilden.

Ueber diese Frage der Parteiorganisation denke ich weit weniger hoffnungsvoll als Sie. Den Mann kenne ich wohl, der berufen wäre, die monarchische Leitung einer großen Einheitspartei zu übernehmen — wenn diese Partei nur erst bestände. Es ist Graf Bismarck. Er leitet die große Politik, die der Reichstag unterstützt, er müßte, lebten wir in England, auch die Reichstagsmehrheit führen. Doch ich brauche diesen Namen nur auszusprechen, und Sie werden sogleich bemerken, daß unsere deutschen Verhältnisse so einfach nicht stehen. Unsere Regierung ist keine Parteiregierung, was ich durchaus nicht beklage; sie besteht überdies leider aus sehr verschiedenen Elementen, wir Liberalen haben viele gerechte Beschwerden, vornehmlich gegen den Cultusminister zu erheben. Kein Liberaler kann, wie heute die Dinge noch liegen, in eine schlechtweg ministerielle Partei eintreten, wie umgekehrt mancher streng national gesinnte Conservative noch Bedenken trägt, sich mit den Liberalen zu verbinden. Also werden unsere alten Fractionen vorderhand fortbestehen. Die nationalliberale Fraction hat während des Reichstags zusammengehalten trotz

manches häuslichen Streites, sie wird vor den Wahlen sich schwerlich spalten, da unser politisches Leben sich mehr und mehr in den Parlamenten concentrirt. Wir werden wieder, wie immer in den letzten Jahren, einen sehr verworrenen Wahlkampf erleben, manche unnatürliche Coalitionen und wenig übereinstimmende Erklärungen der liberalen Candidaten. Ich beklage diese Verwirrung gleich Ihnen, doch ich sehe darin die nothwendige Folge unserer verschrobenen Parteiverhältnisse: der Fehler der Regierung, die nicht verstanden hat das Vertrauen der Liberalen zu gewinnen — der Fehler der Liberalen, die nach jedem Versuche positiver Politik immer wieder in die alte Oppositionslust zurückfielen. Ich weiß kein Mittel dieser Verwirrung vorzubeugen. Die nationalliberale Fraction hat bisher in der Regel die Dinge an sich kommen lassen, sie tritt jetzt ohne Programm an die Wahlurne; denn Einheitsfragen und Freiheitsfragen durchkreuzen sich bei uns so gar wunderlich, daß eine Verständigung über allgemeine Sätze nicht leicht ist. Wollen Sie die Fraction auffordern, ein Programm für die Behandlung des Militärbudgets aufzustellen, so werden Sie, wie ich fürchte, die Erfahrung machen, daß jene große und feste nationale Partei, von der Sie sprechen, gar nicht besteht. Man wird Ihnen antworten: „Wir wissen nicht, welchen Plan uns die Regierung vorlegen wird, und wer mag einen Feldzugsplan entwerfen, wenn er das Terrain nicht kennt? Der entschiedenste Vertreter des Einheitsgedankens kann heute doch nur sagen: ich will keine Abrüstung, ich will das kaum geschaffene norddeutsche Heer nicht wieder zerstören lassen. Sollen wir wegen solcher Allgemeinheiten einen Streit heraufbeschwören, der zunächst doch kein praktisches Ergebniß bringen und lediglich unsere Fraction schwächen kann?" — Keiner der nationalliberalen Führer wird Ihrer Aufforderung folgen.

Erst wenn der Reichstag zusammenkommt, wenn die Regierung selbst mit ihren militärischen Entwürfen hervortritt, dann erst werden jene Politiker, die weder blindlings der Regierung folgen, noch die brotlose Kunst des Neinsagens üben wollen, sich einen bestimmten Plan bilden können. Ob dann die alten Fractionen beisammen bleiben oder eine Verschiebung und Neubildung erfolgen wird, das hängt ab von Umständen, die sich heute nicht übersehen lassen, zunächst von den Personen, die unser räthselvolles Wahlsystem in das neue Parlament führen mag. Selbstverständlich muß jeder ernsthafte Patriot die gegenwärtige Organisation unseres Heeres aufrechthalten; aber wird diese Einsicht genügen um eine große nationale Partei zu bilden? Ich fürchte, die französische Unsitte des Fractionswesens hat sich bei uns allzutief eingefressen; sie hat die Plenarverhandlungen unserer Parlamente entgeistigt, thörichten Haß erzeugt zwi-

schen wackeren Männern, die einander nahe stehen sollten, und zu den vielen Widersprüchen deutscher Politik noch den allergrößten hinzugefügt: die seltsame Verbindung persönlichen Eigensinns und blinder Unterwerfung unter den Terrorismus der Fraction. Es wird noch mancher eindringlichen Erfahrung bedürfen, bis die Deutschen lernen, den Schwerpunkt der parlamentarischen Geschäfte in die Verhandlungen des Plenums und der Commissionen zu verlegen, das Fractionsunwesen gänzlich aufzugeben und große, im Innern freiere, nach Außen mächtigere Parteien zu bilden. Doch sehe ich in diesem unreifen Parteiwesen keinen Grund zur Entmuthigung: wir leben nicht unter englischer Parlamentsherrschaft, sondern unter dem deutschen Königthum.

Noch einen Pfingstgruß zum Schluß. Die Sonne des lieblichen Festes wird bei Ihnen an der Leine oder an der Fuse wohl nicht trauriger scheinen als bei uns in der fröhlichen Pfalz. Setzen Sie Sich einmal an eine blühende Hecke und lesen Sie nochmals die letzte Thronrede; vielleicht überkommt Sie dann doch die frohe Ahnung, daß dies alte Deutschland heute tapfer aufwärts steigt — trotz Ihren Welfentheologen, trotz der Rescripte über portopflichtige Dienstsachen und trotz der Katzbalgerei unserer Fractionen und Fractiönchen.

Nochmals die Briefe der Weser-Zeitung.

Heidelberg, 30. Juni 1870.

Geehrter Herr!

Zu meinem lebhaften Bedauern ersehe ich aus Ihrer Antwort, daß Sie Sich durch mein Schreiben vom 5. Juni gekränkt fühlen. Mir ist meine eigene Nichtswürdigkeit sehr oft und sehr nachdrücklich von der Presse vorgehalten worden; ich bin vielleicht allzu geneigt, den Gleichmuth, den ich mir unter solchen Erfahrungen erworben habe, auch bei Anderen vorauszusetzen. Sollte wirklich in dem Tone meines Briefes etwas Verletzendes liegen, so kann ich nur versichern, daß ich lediglich an die Sache dachte, und die Absicht, einen mir völlig unbekannten Mann zu beleidigen, mir gar nicht in den Sinn kam. Ich habe über Ihre Anonymität kein Wort verloren; der patriotische Sinn Ihrer Briefe, sowie der Name des Blattes, das sie mit seiner Flagge deckt, bürgte mir dafür, daß Sie guten Grund haben Ihren Namen nicht zu nennen. Wenn Sie aber jetzt behaupten, ich sei, weil ich meinen Namen nenne, in einer „doppelt begünstigten Lage" und ich hätte diesen Vorzug mißbraucht, so muß ich Sie bitten, bei ruhigem Blute zu überlegen, ob solche Vorwürfe haltbar sind. Bisher war die Welt stets der Meinung, wer mit geschlossenem Helm in die Schranken reite, habe einen Vortheil voraus vor dem Anderen, der mit seinem Namen für seine Sache einstehe; und ich zweifle, ob die kleinen Erlebnisse unseres Briefwechsels dies allgemeine Urtheil erschüttern werden. Sie konnten, sobald Sie einen öffentlichen Meinungsaustausch mit mir begannen, von vornherein auf die Zustimmung eines großen Theiles der liberalen und radikalen Presse rechnen, und nachdem Ihnen diese Bundesgenossenschaft reichlich zutheilgeworden, haben Sie kein Recht, über die Ungleichheit des von Ihnen selbst veranlaßten Streites zu klagen.

Zur Sache habe ich nur wenig hinzuzufügen. Sie irren, wenn Sie annehmen, daß ich von den freien Höhen historischer Wissenschaft auf

diesen staubigen Erdball niederschaue. Ich habe seit dem Herbst 1866 in Schleswig-Holstein das böse Uebergangsjahr mit durchlebt; ich gehörte als Kieler Professor zu den privilegirten Klassen, ich mußte in meinem Hause, in allen meinen bürgerlichen Verhältnissen empfinden, wie der moderne Staat seinen Einzug hielt in jene verkommene Welt, und ich denke noch immer mit ungetrübter Freude der Tage, da die strenge und gerechte Ordnung unseres Staates jenen Wust königlich dänischer Exemtionen und Sonderrechte, den man die Freiheit Schleswig-Holsteins nannte, unbarmherzig hinausfegte und uns Privilegirte zwang, unsere Bürgerpflicht zu erfüllen. Nun weiß ich wohl, daß die alten Zustände in Hannover und Hessen nicht ganz so verrottet waren, wie in Schleswig-Holstein. Ich habe auch niemals, wie Sie mir vorwerfen, das oderint dum metuant unseren Staatsmännern als Weisheit anempfohlen; ich müßte von der Lebenskraft unseres Staates ebenso niedrig denken, als ich hoch von ihr denke, wenn ich nicht jeden freimüthigen, in die Sache eingehenden Tadel gegen die Gebrechen seiner Verwaltung mit Freuden begrüßen wollte. Nur solche allgemeine düstere Schilderungen, wie die von Ihnen entworfene, scheinen mir nicht zeitgemäß — da sie doch lediglich von den Particularisten ausgebeutet werden — und nicht gerecht; denn jene Reform an Haupt und Gliedern, deren die gesammte deutsche Verwaltung bedarf, kann ja nur das Werk langjähriger Arbeit sein. Sie können nicht lebhafter wünschen als ich, daß der Ausbau des deutschen Staates sich unter der freudigen Zustimmung der neuen Provinzen vollziehe; doch wage ich nicht zu hoffen, daß nach Beseitigung einzelner Verwaltungsmißbräuche die Gesinnung dieser Lande sich wesentlich bessern werde. Als ich im vorigen Sommer über den Dollart fuhr und an den Eingang jener Emdener Schleuse gelangte, die in der Geschichte der Welfenpolitik eine so bedeutsame Rolle spielte, da begrüßte mich als das erste Haus am deutschen Strande ein vom Fuß zum First schwarz und weiß angestrichenes Wirthshaus, auf dem Giebel ein mächtiger schwarzer Adler, darunter die Inschrift „Wilhelmsluft“; und in allen den schönen Städten Ostfrieslands, die ich alsdann durchwanderte, überall die Bilder des alten Fritz und des Königs Wilhelm, überall unverkennbare Zeichen der Zufriedenheit, selbst der Tadel klang ohne Groll und Verbitterung. Warum steht es also bei den tapferen Ostfriesen, und warum umgekehrt fühlt der Bürger der Welfenstadt das gemüthliche Bedürfniß, sich sogar den Schmutz seines Angesichts mit einer Seife abzuwaschen, worauf das Bild des urangestammten Welfen eingeprägt ist? Die preußische Verwaltung ist dem heutigen Geschlechte von Emden und Leer doch sicherlich ebenso ungewohnt, wie den Bewohnern von Hannover und Celle. Der letzte und tiefste

Grund der Mißstimmung, soweit sie wirklich besteht, liegt eben nicht in verständigen Beschwerden, sondern in der Macht uralter Erinnerungen und Ueberlieferungen, und solche Mächte des Gemüths können erst im Verlauf der Jahre ihren Zauber verlieren, wenn einst aus der Geschichte des neuen Deutschlands neue Helden des Schwertes und der Feder sich emporheben, die dem Volke theurer werden, als seine alten Lieblinge.

Auch von meinen Aeußerungen über die conservative Partei will ich nichts zurücknehmen. Der Liberalismus ist nicht berechtigt, sich des Alleinbesitzes patriotischer Gesinnung zu rühmen: ein Conservativer braucht nur auf das Frühjahr 1866 zu deuten, um solchen Anspruch zurückzuweisen. Bei zersplitterten Völkern kann der Nationalstolz nur in vereinzelten starken Naturen mit der Sicherheit des Instinctes wirken; darum ist jeder deutschen Partei zu Zeiten die Versuchung nahe getreten, die Partei höher zu stellen als das Vaterland. Allein in Preußen blieb bei allem Hader der Parteien eine Energie der Staatsgesinnung lebendig, die noch in allen schweren Zeiten den Weg zurück fand zu dem Gedanken des Vaterlandes; sobald das Dasein unseres Staates in Frage stand, schaarten sich alle gesunden Kräfte des Volkes um seine Fahnen, und die Verräther entwichen in die k. k. Hofburg oder in die Hauptstädte des Rheinbunds. Eben hierin liegt Preußens Größe, liegt die sittliche Kraft, welche diesen Staat über alle anderen deutschen erhebt, und ich kann schlechterdings nicht finden, daß der Ahnherr der preußischen Junkerpartei von solcher Staatsgesinnung weniger besessen hätte als die Liberalen. Ich meine, man soll einen öffentlichen Charakter beurtheilen nach seinen Worten und Thaten, nicht nach den leidenschaftlichen Aeußerungen seiner politischen Gegner, nicht nach den Schilderungen späterer Historiker. Versuchen Sie dies, folgen Sie den Schritten des alten Marwitz an der Hand seiner „Denkwürdigkeiten". Betrachten Sie den harten Mann, wie er nach der Schlacht von Jena eine Freischaar sammelt, wie er um Weihnachten 1812 zu seinem Todfeinde Hardenberg kommt, um dem Staate seine Dienste anzubieten, wie er, der bisher mit dem Dünkel des Berufssoldaten über nationale Heere abgesprochen, in den Freiheitskriegen selber eine Landwehrbrigade bildet und zum Kampfe führt und mit ehrlicher Freude die Tüchtigkeit seiner märkischen Bauern rühmt, wie er endlich zur Zeit des Wiener Congresses über Oesterreich und sein Verhältniß zu Preußen, über Kaiser Franz und Metternich freimüthige Urtheile fällt, die wir Beide heute noch unterschreiben können. Sie werden hundertmal Sich an dem verstockten Hochmuth des starren Junkers ärgern und schließlich doch begreifen, warum ein Dichter von zweifellos liberaler Gesinnung, W. Alexis, diesen Alten zum Helden eines schönen patriotischen Romans

wählte, und warum ich mir erlaube, ihn auch jetzt noch einen grunddeutschen Mann zu nennen. Oder schauen Sie auf den eisernen York; der eingefleischte Reactionär hat um Nichts gerechter und um Vieles giftiger als Marwitz wider Stein und dessen Reformen geeifert, und doch, was wäre Deutschlands Freiheit ohne den Mann von Tauroggen? Und da Sie mich denn durchaus zwingen wollen, auch die Orthodoxen zu vertheidigen — ein Unternehmen, das meinen persönlichen Freunden sehr ergötzlich sein wird — so beschränke ich mich auf die Bemerkung: was kümmert uns Politiker die theologische Frage, ob nicht die lutherische Orthodoxie durch die Consequenz ihrer eigenen Gedanken nach Rom hinüber getrieben werden müsse? Uns Weltkindern genügt vollauf, zu wissen, daß die deutschen Lutheraner diese Consequenz niemals ziehen werden. Und daß es so steht, daß die starrsten pommerschen Lutheraner ebenso ehrliche Protestanten sind wie wir Beide, und gar nicht daran denken, sich mit der Heerde des unfehlbaren Papstes zu vereinigen, dafür können Sie in jedem Pfarrhause des Kreises Schievelbein, Gott sei Dank, durchschlagende Beweise sammeln. Es geht nicht an, die conservative Richtung in Staat und Kirche mit einigen schallenden Schlagwörtern abzufertigen; wir müssen lernen ihr Recht zu würdigen, denn wir bedürfen ihrer um den deutschen Staat zu vollenden.

Sie kündigen mir endlich gradezu die politische Freundschaft auf und meinen, da wir so manche Thatsachen der Vergangenheit verschieden beurtheilen, so würden wir „immer das Eine auf verschiedene Weise wollen". Ich aber fürchte, wenn Sie von Ihren politischen Freunden eine so unbedingte Uebereinstimmung verlangen, dann wird Ihre Partei sehr bald nur über zwei Augen und zehn Finger gebieten. Zwar die Zeit geht zu Ende, da man im Auslande spottete: „drei Deutsche, vier Meinungen"; doch dahin wird und darf es niemals kommen, daß sich die Welt in den Köpfen deutscher Parteigenossen durchaus auf die gleiche Weise wiederspiegelt, und neben den großen zukunftsreichen Gedanken unitarischer Politik, die uns vereinen, erscheint jene Meinungsverschiedenheit, die aus den Gegensätzen der Bildung und des Temperaments entspringt, wahrlich sehr gleichgiltig. Darum kann ich auch jenen Zeitungen, welche bereits Zähren der Wehmuth vergießen über den Bruderzwist der beiden Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, die tröstliche Versicherung geben, daß diese siamesischen Zwillinge sich noch fröhlich und wohl befinden. Auch mit Ihnen, geehrter Herr, stimme ich überein in der Beurtheilung der wichtigsten Frage, die zunächst vor uns liegt. Ich habe wie Sie gewünscht, daß die nationalliberale Fraction gradheraus erklärt hätte: eine wesentliche Herabsetzung des Militärbudgets ist unmöglich, denn der europäische

Friede ruht auf Deutschlands starker Rüstung. Doch man hat diesen Entschluß nicht gefunden, und eine Aufforderung, jetzt das Versäumte nachzuholen, würde vorderhand ungehört verhallen. Warten wir ab, bis die Fluthen des Wahlkampfes sich verlaufen, bis die sociale Begehrlichkeit und die politische Unreife noch einmal alle ihre stillen Wünsche ausgeplaudert haben. Sobald die Zeit der nüchternen Geschäfte wieder anhebt und die Regierung ihre Entwürfe aufdeckt, wird auch der politische Verstand wieder zu seinem Rechte kommen. Die Natur der Dinge verbietet die Wiederkehr des Conflicts.

Der Ermahnung, die Sie zum Schluß an mich richten, kann ich leider nicht folgen. Mir scheint, sobald ein Mann einige Selbständigkeit des Denkens gezeigt hat, dann soll man ihm auch zutrauen, daß er Maß und Wesen seiner Kräfte richtig zu schätzen wisse. Ich besitze nicht die Talente des Journalisten; wir haben der rührigen Federn genug, welche den kleinen Krieg wider die kleinen Uebel jedes neuen Tages wirksamer führen, als ich es vermöchte. Gönnen Sie mir die Waffen, die ich zu brauchen verstehe. Ich hoffe den Tag noch zu erleben, da Sie Sich entschließen, die Reformvorschläge für die preußische Verwaltung, welche Sie Sich in Ihren praktischen Erfahrungen gebildet haben, niederzuschreiben und diesen Jahrbüchern anzuvertrauen. Je rücksichtsloser Sie dann reden, um so willkommener sollen Sie uns sein.

Ein Lied vom schwarzen Adler.

Heidelberg, 25. Juli 1870.

Mächtig rauschen deine Schwingen!
Hellen Auges, schwarzer Aar,
Schaust du auf die blanken Klingen
Deiner deutschen Heldenschaar.
O wie oft, seit du entflogen
Deiner schwäbischen Heimathburg,
Bist du siegreich ausgezogen,
Zwei Jahrhunderte hindurch!
Unser Volk mit frohem Ahnen
Folgte deinen Herrscherbahnen:
„Wird uns neu versunk'nes Glück?
Kehrt der Staufer Reich zurück?" —

Blutend lag das Reich darnieder,
Roh geschändet, ausgeraubt,
Fremde Brut in seine Glieder
Eingefilzt und eingeklaubt.
Franzmann, Däne, Pol' und Schwede
Hielt in deutschen Landen Haus.
Aber du in grimmer Fehde
Warfst sie kühn zum Reich hinaus.
Warst des Reiches Held und Mehrer,
Schlugst die Feinde, die Verheerer
Ruhelos vom Rhein zum Rhyn,
Junger Aar von Fehrbellin!

O wie stolz in weitem Kreise
Flogst du ob dem Preußenland,

Als der königliche Weise
Einer Welt in Waffen stand;
Als des Völkerzornes Stimme
Donnernd auf zum Himmel schlug,
Als sich hob in heil'gem Grimme
Deutschland wider wälschen Trug.
Vater Blücher's Auge flammte,
Vorwärts stürmte die gesammte
Preußenjugend waffenfroh —
Starker Aar von Waterloo!

Und du senktest still die Flügel,
Müde von des Kampfes Trutz.
Friedlich lachten Thal und Hügel,
Ruhten froh in deinem Schutz.
Goldner Friede! — Reiche Auen,
Helle Lust beim Rebenblut,
Sanfter Liebreiz frommer Frauen,
Freier Männer Fleiß und Muth!
Und von deutscher Lehrer Munde
Flog des freien Denkens Kunde
Welterobernd weit und breit —
Heil dir, stille Friedenszeit!

Aber horch! Der freche Franke
Neidet unser Glück und schnaubt
Und verhöhnt im rohen Zanke
Unsres Königs greises Haupt.
Auf denn, auf, ihr deutschen Streiter!
Schiffsvolk, alle Mann auf Deck!
Auf die Rosse, tapfre Reiter,
Jäger, aus dem Waldversteck!
Auf, zur letzten blut'gen Reise
Nach dem höchsten Siegespreise:
Holt uns wieder Straßburgs Dom
Und befreit den deutschen Strom!

König Wilhelm, fest im Norden
Bautest du das neue Reich.
Wahr' es heut vor fremden Horden,

Deinen großen Vätern gleich!
Führ' uns heut auf schön're Bahnen,
Der du Habsburgs Schaaren schlugst.
Deutschland folgt den stolzen Fahnen,
Die du einst gen Böhmen trugst.
Gott der Herr in Einer Stunden
Heilte unsres Haders Wunden.
Zeuch die Straße nach Paris,
Die dein Ahn den Vätern wies!

Aber dann durch Berg' und Forsten
Fliege heim, du Königsaar,
Zu den schwäbischen Felsenhorsten,
Wo einst deine Wiege war.
Denn erfüllet sind die Zeiten,
Wahrheit wird der Dichter Traum.
Deinen Fittich sollst du breiten
Ueber Deutschlands fernsten Raum.
Nimm die mächtigste der Kronen,
Schwing' den Flamberg der Ottonen,
Unsres Reiches Zier und Wehr —
Deutschland frei vom Fels zum Meer!

Die Feuerprobe des norddeutschen Bundes.

Heidelberg, 3. August 1870.

Als der Freiherr vom Stein beim Anbruch des Jahres 1813 nach Deutschland heimkehrte und die Flammen des heiligen Völkerzornes zum Himmel aufschlagen sah, da war ihm, als stehe er in einem unbekannten Lande, und demüthig bat er seinem Volke die harten Vorwürfe ab, die er einst gegen „das Phlegma der nördlichen Deutschen" ausgestoßen. Das gleiche Gefühl froher Enttäuschung überwältigt heute den deutschen Patrioten. Wie oft in den letzten Jahren ist uns die Versuchung nahe getreten, nicht mehr zu reden und zu schreiben von der Einheit Deutschlands, weil wir es müde waren tauben Ohren zu predigen; und heute lassen wir beschämt die Feder sinken, denn in diesen gesegneten Wochen des Einmuths weiß der Klügste nichts zu sagen, was nicht der Einfältige schon in bewegter Brust empfände. Wie ein Dieb in der Nacht ist der fürchterliche Kampf über uns gekommen; Niemand unter uns, der ihn herbeigewünscht, Niemand, der seine Schwere nicht besonnen würdigte; wir werden hineingezerrt in den Krieg, und doch leuchtet aus Aller Augen der zuversichtliche Gedanke: das war es gerade, was uns Deutschen noch fehlte! Es giebt große Zeiten, da jene schöpferischen Kräfte der Geschichte, die der Denker sonst nur zu ahnen wagt, sich den Sinnen des Gedankenlosen in greifbarer Wirklichkeit aufdrängen. Sobald einer großen Idee beschieden ist lebendig zu werden unter den Menschen, dann bildet sie sich die Männer, die ihr den starken Arm und die beredten Lippen leihen; sie zwingt ihre Feinde selber ihr zu dienen, und es widersteht dem edlen Sinne, die unerforschlichen Fügungen, die ihr den Weg bereiten, Glück und Zufall zu nennen. Wer ist so blind, in den wunderbaren Ereignissen der jüngsten Tage die göttliche Vernunft zu verkennen, die uns Deutsche zwingt ein Volk zu werden? Gerade so, so roh und frech, daß das sittliche Urtheil nicht einen Augenblick schwanken konnte, mußte der Schlag wider Deutschlands Ehre erfolgen, und gerade dieser Napoleon, der den

Massen als der Ausbund alles Bösen gilt, mußte den Streich führen, wenn unser zerrissenes Volk erwachen sollte zum Bewußtsein seiner Einheit.

Die deutsche Frage ist mit Nichten gelöst; das Schicksal harter, entsagender Arbeit, das uns Deutschen obliegt, wird auch wenn ein vollständiger Erfolg die gerechten Waffen belohnt, nicht von uns weichen; wir werden nach dem Kriege abermals der Parteiwirren und der Halbheiten überviel erleben bevor die Einheit Deutschlands sich vollendet. Trotzdem bleibt wahr, daß die große Leidenschaft dieser drangvollen Wochen für den nationalen Gedanken Größeres gewirkt hat, als ein Jahrzehnt friedlicher Entwickelung vermöchte. Seit Moritz von Sachsen die lothringischen Bisthümer an Frankreich verrieth, seit mehr denn drei Jahrhunderten hat dies zerrissene Land noch niemals einen großen Krieg in voller Eintracht begonnen; selbst der Feldzug von Belle-Alliance, der einträchtigste, den wir je zuvor geführt, ward doch befleckt durch die Meuterei von Lüttich. Heute zum ersten Male gehen vor dem Rufe „das Vaterland ist in Gefahr" alle Parteien in Trümmer; mit den ehrenhaften auch die Partei des Landesverraths, welche, unter wechselnden Formen ewig die gleiche, seit jener ersten großen Verrätherei des deutschen Fürstenthums bis zum heurigen Sommer jederzeit als eine scheußliche Eigenthümlichkeit des deutschen Lebens bestanden hat. Nicht als ob sie schon ganz vernichtet wäre; nur allzurasch werden wir die Spuren ihres Wirkens wiederfinden, sobald ein Mißgeschick unsere Waffen treffen sollte. Aber jene ehrlichen Thoren mindestens, welche bisher, mißleitet von blindem Preußenhasse, dem Landesfeinde in die Hände arbeiteten, kehren heute reumüthig zurück zu ihrem Volke, und die ruchlosen Verführer sehen sich gezwungen zu heucheln und zu schweigen. Wie oft haben unsere Jahrbücher sich schelten lassen, weil sie zu leichtblütig glaubten an die Naturgewalt der nationalen Idee. O Ihr Kleingläubigen! Diese Idee ist tausendmal stärker, als wir in unseren frohesten Träumen zu hoffen wagten. Wer die jüngsten Wochen im deutschen Süden verlebte, dem ward zu Muthe, als ob alle Menschen besser und reiner würden, als ob das Kleine und Niedrige abfiele von den Geistern. Von Aller Lippen klangen die Namen der Mordbrenner Melac und Montclar, die Erinnerungen an jene namenlosen Frevel, die Frankreich in unseren schönen Rheinlanden verübt. Der Aufschwung des vaterländischen Gefühls im Süden zeigt noch nicht überall jene ruhige Zuversicht, die in dem preußischen Heere lebt; doch der Kern der Empfindung ist echt und edel, und es bleibt ein unverlierbarer Gewinn für alle Zukunft, daß das Volk in den Staaten des Rheinbundes wieder deutsch zu fühlen vermag.

Und mit der lebendigen Vaterlandsliebe erwachte den Deutschen auch,

was ihnen so lange fehlte, das helle Bewußtsein der Größe unserer Tage. Nicht umsonst haben in langer Friedenszeit tausend Lehrer der Jugend erzählt von Stein und Blücher, von den Heldengestalten des schönsten unserer Kriege. Wieder wie vor siebenundfünfzig Jahren begeistert die Deutschen das Gefühl, daß wir gewürdigt sind, zu kämpfen für die Freiheit der Welt; wieder strömen die Freiwilligen zu den Fahnen, anspruchslos als verstünde sichs von selber; ein Aufruf der Königin von drei Zeilen genügt, um Tausende edler Frauen zu der Arbeit christlicher Barmherzigkeit zu führen; die heldenhaften Lieder von Arndt und Körner erklingen wieder, als wären sie gestern gedichtet. Aber wenn die ernste sittliche Weihe der Freiheitskriege noch in uns lebt, wie viel stärker, mächtiger, kraftbewußter als unsere Väter, treten wir heute in den Krieg. Wir beten nicht mehr in zorniger Scham: „Rettung von dem Joch der Knechte"! Ein freies Volk, wehrhaft und des redlich erworbenen Wohlstandes froh, empfangen wir den Feind an unserer Grenze und denken mit Gottes Hilfe die Waffen in das Land des Räubers zu tragen. Wir suchen nicht mehr den Vätern gleich in unbestimmter Sehnsucht ein deutsches Reich soweit die deutsche Zunge klingt; wir stemmen unseren Fuß voll guter Zuversicht fest auf den Boden unseres wirklichen Staates. Das Werk von 1866 findet in diesen schweren Wochen seine glänzende Rechtfertigung. Die Frage: wie anders würden wir diesem Kriege in's Auge schauen, wenn der Bundestag und der Jammer seiner vierunddreißig kleinen Heere noch auf uns lastete? — diese eine unabweisbare Erwägung bekehrt unzählige Gegner des norddeutschen Bundes. Die Nation begreift endlich: unsere politische Arbeit ist seit vier Jahren auf dem rechten Wege.

Und wie in gottgesendeter Verblendung weist der Feind selber uns die einzige Macht, welche den unfertigen deutschen Staat vollenden kann: das nationale Königthum. Irgend ein schlauer Pater Lamormain an der Seine verfällt auf den feinen Gedanken, man müsse die Verhandlungen über die spanische Thronfrage mit König Wilhelm persönlich führen, dann werde der Handel dem süddeutschen Volke als eine dynastische Angelegenheit der Hohenzollern erscheinen. Der Plan wird ausgeführt mit der Rohheit eines Gassenbuben, König Wilhelm wahrt das Hausrecht der Nation, indem er sein eigenes wahrt — und alsbald erscheint der sinnlos beleidigte greise Fürst dem deutschen Volke als der tapfere Schirmherr deutscher Ehre. In schwäbischen Städten, wo vor wenigen Wochen noch der Name Preußen als ein Schimpfwort galt, jubelt heute das Volk: hoch König Wilhelm! Der Großherzog von Baden ruft: es lebe der König und das Vaterland! Der uralte Traum von Kaiser und Reich, die heilige Liebe jedes deutschen Herzens, wird wieder lebendig; willig folgt die Nation

ihrem königlichen Feldherrn, und der König erwidert dem begeisterten Zuruf, er werde Treue mit Treue vergelten. Wer darf schon sagen, wann und in welchen Formen sich das deutsche Königthum vollenden wird? Nur das bleibt sicher: die Waffenbrüderschaft, die in diesem Kriege geschlossen wird, ist nicht mehr aufzulösen, und das Herrschergeschlecht, das uns diesmal zum Siege führt, wird Deutschlands Krone tragen.

Wir sind nicht fühllos gegen das grauenhafte Elend, das dieser Krieg über Hunderttausende verhängen wird: wer sollte das auch nicht empfinden in unserem bewaffneten Volke, wo jedes Haus sein Liebstes und Bestes mit einsetzt für die große Entscheidung? Und dennoch müssen wir sagen: es ist eine segensreiche Nothwendigkeit, die uns Deutsche zwingt, unseren neuen Staat in zwei großen Kriegen aufzubauen. Die Aufgabe, den Hader langer Jahrhunderte beizulegen, läßt sich nicht lösen ohne den Beistand idealer, sittlicher Kräfte, die allein ein gerechter Krieg erwecken kann. Dem Deutschen ziemt nicht, die Gemeinplätze der Friedensapostel und der Mammonspriester nachzubeten, noch sein Auge zu verschließen vor der grausamen Wahrheit, daß wir in einem Zeitalter der Kriege leben. Welche ungeheuren Kriege sind binnen fünfzehn kurzen Jahren über die Welt dahingebraust: in der Krim, in Ostindien, in Italien, in Amerika, in Böhmen und jetzt am Rhein! Ist aber diese Zeit von Eisen, so bleibt es auch eine Nothwendigkeit für die Gesittung der Welt, daß eine Nation bestehe, die neben dem Idealismus der Wissenschaft zugleich den Idealismus des Krieges behüte. Und dies ist Deutschlands herrlicher Beruf. Die beiden großen Nationen des Westens bewähren heute, als zwei gleich widerwärtige Muster, wie die Völker den Krieg nicht auffassen sollen. Während Frankreich einen ruchlosen Beutezug beginnt mit dem Uebermuthe des Raufbolds, der doch sehen will wer der Stärkere sei, versinkt das weiland große England in schimpfliche Feigheit und die erhabenen Schatten Wilhelms des Dritten und der beiden Pitt verhüllen schamvoll ihr Haupt. Was wäre das Völkerrecht und die Freiheit Europas, wenn nicht zwischen dem Frevelmuthe hüben und dem Krämersinne drüben dies unser Volk in Waffen stünde, friedfertig zugleich und waffenfroh, gerecht gegen die Nachbarn und eifersüchtig auf die eigene Ehre!

Wie Schuppen fällt es heute den Thoren von den Augen, die noch immer nicht sehen wollten, welch' einen Schatz Deutschland besaß an dem Vermächtniß Scharnhorst's, an der allgemeinen Wehrpflicht. Die neuen Ritter des eisernen Kreuzes, wenn sie heimkehren aus schwerem Kampfe, werden unserem dankbaren Volke bald ebenso achtbar scheinen wie einst die alten; die Neuerungslust wird sich hüten an dem festen Grundbau unseres Staats, an der Heeresverfassung zu rütteln, und wenn dereinst

die gehobene Stimmung dieser großen Tage verflogen ist, so wird — das steht zu hoffen — der neu auflebende Streit der Parteimeinungen in milderen, maßvolleren Formen denn bisher sich bewegen. Der Süden wollte bisher niemals den Verdacht aufgeben, als ob Preußen auf Eroberungen jenseits des Maines ausgehe; und wiederum im Norden lebte stets der Zweifel, ob die deutsche Gesinnung des Südens in Tagen der Noth die Probe halten werde. Der eine Argwohn ist heute so gründlich widerlegt wie der andere, und nachdem also das böse Mißtrauen beseitigt ist, nachdem wir die sittliche Kraft des nationalen Gedankens vollkommen schätzen lernten, kann der Kampf gegen die letzten Trümmer des Particularismus, der uns noch bevorsteht, fortan mit milderen Waffen, wie es Blutsfreunden und Bundesgenossen geziemt, geführt werden. Auch den besseren Köpfen unter den Parteien der Opposition regt sich vielleicht die Frage, ob es nicht rathsam sei, in einem werdenden, von mächtigen Feinden beobachteten Staate den Tadel und Widerspruch mit einiger Mäßigung auszusprechen. Denn schwerlich hätte der Tuilerienhof die Festigkeit des deutschen Staats so lächerlich verkannt und den Muth gefunden zu seinem verbrecherischen Beginnen, wenn nicht der Uebereifer unserer Parteien sich jahrelang darin gefallen hätte, jedes wirkliche oder vermeinte Gebrechen des preußischen Staats mit lautem Geschrei und ungeheuerlicher Uebertreibung der Welt zu verkünden.

So köstliche Güter haben wir gewonnen in kurzen Tagen, noch bevor die Schwerter auf einander schlugen: treuen Einmuth, festeres Zutrauen zu der Kraft des deutschen Staates und die frohe Zuversicht, daß unsere Einheitsbewegung fortan rascher und sicherer ihrem Ziele zueilen wird. Ueber das nichtswürdige Ränkespiel, dem wir diesen Segen danken, genügen hier vorläufig einige kurze Bemerkungen. Wir haben stets für patriotische Pflicht gehalten, an der auswärtigen Action unseres Staates maßvolle Kritik zu üben. Nur einmal sahen diese Jahrbücher sich gezwungen, der diplomatischen Haltung des norddeutschen Bundes zu widersprechen: zur Zeit des Luxemburger Handels. Wir meinten damals, einer jungen Macht gezieme das reizbarste nationale Selbstgefühl, und schlossen, das Verschwinden unserer Fahne von den Luxemburger Wällen könne nur dann nicht als ein allzu hoher Preis gelten, wenn wir damit einen dauerhaften Frieden erkauft hätten. Jedermann weiß heute, der Preis ward umsonst gezahlt, und trotzdem fühlen wir uns jetzt nicht mehr berechtigt, den alten Vorwurf aufrecht zu erhalten. Wir konnten im Frühjahr 1867 zwar einen leichteren kriegerischen Erfolg erringen über das schlecht gerüstete Frankreich, als heute über den wohl bewehrten Feind; doch die Erbitterung des Krieges von 1866 war noch nicht verflogen, das Urtheil

der Nation über die Streitfrage selbst getheilt, die Verfassung des norddeutschen Bundes noch nicht vollendet, und jener kräftige Gemeingeist, der sich in dem jungen Staatswesen seitdem so stattlich entfaltet hat, noch kaum im Entstehen. Der waffengewaltige neue Staat, den Europa noch mit mißtrauischen Augen betrachtete, gab damals einen unzweideutigen Beweis seiner Friedensliebe; er war auch fernerhin redlich bemüht, den Welttheil im Frieden an die Nothwendigkeit der deutschen Einheit zu gewöhnen; er wollte in Ehren den Kampf mit Frankreich vermeiden; und er that recht daran, denn der Krieg, der nun doch hereinbricht, droht zwei große Völker auf Jahrzehnte hinaus zu verfeinden und trägt vielleicht ein Geschlecht von Kriegen in seinem Schooße. Die Friedenspolitik des Königs Wilhelm hat ihr Ziel nicht erreicht, doch ihr danken wir, daß wir heute mit freiem Blick, mit reinem Gewissen das Schwert entblößen, und wir können ihr volle Anerkennung nicht versagen, seit wir wissen, wie schwer ihre Langmuth geprüft ward durch Frankreichs unersättliche Ländergier.

Aus dem freundlichen Einverständniß, das zwischen den Höfen von Berlin und Brüssel bestand, haben unsere Leser sicher längst den Schluß gezogen, Preußen sei heut in der Stille der uneigennützige Beschützer Belgiens. Doch über den vollen Umfang der Gefahr, welche dem Frieden Europas drohte, sind wir erst durch die neuesten Enthüllungen des Berliner Cabinets belehrt worden. Da Sittlichkeit und Völkerrecht die auswärtige Politik der Franzosen niemals beengten, so erscheint es keineswegs unbegreiflich, daß Frankreich im Frühjahr 1866 unserem Staate um den Preis Belgiens ein Kriegsbündniß anbot; in diesen Entwürfen ist doch noch die Rede von Leistung und Gegenleistung. Aber was sollen wir sagen zu der ruchlosen Dummheit einer Staatskunst, die auch nach der Schlacht von Königgrätz noch an denselben Plänen festhielt? Der norddeutsche Bund stand aufrecht, strahlend im Glanze siegreicher Waffen, seine Ausdehnung bis zum Bodensee war nur noch eine Frage der Zeit; nichts, gar nichts konnte Preußen von Frankreichs Beistand hoffen. Und in solcher Lage schmeichelte sich der Tuilerienhof mit der wahnwitzigen Hoffnung, ein ehrenhafter König werde europäische Verträge mit Füßen treten, werde sogar durch die Preisgebung deutschen Bodens seinen Namen in Zeit und Ewigkeit brandmarken — wofür? Für ein Nichts! Für Frankreichs Beistand bei einer nationalen Einheitsbewegung, welche ohne fremde Hilfe unfehlbar ihr Ziel erreichen und durch fremde Hilfe unfehlbar zu Grunde gehen mußte! So zogen sich die unsauberen Pläne der Versucher durch mehrere Jahre. Graf Bismarck wich aus, hielt die begehrlichen Thoren hin, immer in der stillen Hoffnung, Napoleon III. werde die Absichten der Kriegspartei schließlich noch vereiteln.

Inzwischen wuchs und schwoll im französischen Volke der Haß und Neid wider Preußen. Es hieße den Ernst der Lage gröblich verkennen, wenn wir uns verbergen wollten, daß wir gegen Frankreich kämpfen, keineswegs gegen die Tuilerien. Die Nation — nicht die allezeit friedfertigen Massen des Landvolks, wohl aber die tonangebenden Kreise der Gesellschaft — die Nation fühlte sich gedemüthigt durch Deutschlands Erstarken. Mie Ausnahme der Revue contemporaine, die in Paris wenig beachtet wird und kaum noch als eine französische Zeitschrift gelten kann — mit dieser einen Ausnahme hat kein französisches Blatt es über sich gebracht, die deutschen Dinge mit einigem freundnachbarlichen Wohlwollen zu besprechen. Vier Jahre lang klang aus jedem Zeitungsartikel der Groll heraus wider diese maudits Prussiens, die dem Instinkte des Volkes sehr richtig als die eigentlichen Sieger von 1813 gelten; vier Jahre lang kehrte der Ruf „Rache für Sadowa" in jedem politischen Gespräche wieder. Denn Frankreich hat ein erbliches Anrecht auf Deuschlands Schwäche, und die große Nation kann nicht ertragen, daß der glänzendste Sieg des Jahrhunderts nicht von französischen Schwertern erfochten ward. Also zog sich das Gewölk der nationalen Kriegslust dicht und dichter um das erbleichende Gestirn des zweiten Kaiserreichs zusammen. Es folgten die Wirren der Parteikämpfe; es folgte der Versuch, den napoleonischen Polizeistaat mit parlamentarischen Institutionen zu verschmelzen — ein Versuch, der an seinem eigenen Widersinne scheitern mußte, wie er schon zweimal, unter den Bourbonen und den Orleans, gescheitert ist; es folgte endlich das Plebiscit. Der Erwählte des Volks fühlte sich den parlamentarischen Parteien wieder gewachsen, und zugleich quälte der Zweifel, ob man nicht die wankende Treue des Heeres durch neuen Kriegsruhm festigen müsse. Die köstliche Rüstung der Chassepots und der Mitrailleusen war vollendet; die schändlichen bigotten Weiber des Hofes hetzten zum Kriege; die Ultramontanen hofften, die Unfehlbarkeit ihres Papstes inmitten der Wirren einer europäischen Umwälzung unbemerkt zu vollenden. Mangel und Elend drohte dem Lande, schimpfliche Geldnoth dem überschuldeten Kaiser; und jetzt endlich begann die gallische Eitelkeit zu begreifen, daß die überlegene Kraft des Grafen Bismarck vier Jahre lang mit ihr gespielt hatte. Das ist es, wofür wir büßen sollen; wir haben den Besitzstand Europas vertheidigt, und jetzt will sich Frankreichs Raubgier ein anderes Belgien auf Deutschlands Kosten suchen.

Kein Wort mehr über den lächerlichen Kriegsvorwand, der unsere deutsche Arglosigkeit so völlig überraschte. Im April erzählte mir ein aus Spanien heimkehrender deutscher Naturforscher beiläufig, wie er dort in

jedem Kafehause von der Candidatur des Prinzen Hohenzollern reden gehört habe; und von dieser seit Monaten landkundigen Thatsache hat die Unschuld der Tuilerien nichts gewußt! Mag jene Candidatur ernst gemeint, mag sie zwischen Prim und Napoleon abgekartet sein — genug, Napoleon kannte die große Nation, er wußte, daß der Name Hohenzollern genüge, sie in einen Taumel kriegerischer Entrüstung hineinzujagen. Seit der Herzog von Gramont in das Cabinet eintrat, war der Krieg beschlossene Sache. Aber Ollivier, der Liberalste der Liberalen, der Ehrlichste aller ehrlichen Leute? Hat er wirklich seit jenem glorreichen zweiten Januar ein tief durchdachtes Heuchlerspiel getrieben? Nein wahrlich, das hieße dem molluskenhaften Geschöpfe allzuviel Charakterstärke zutrauen. Er selber hat ja gestanden, wie er aus einem Friedensapostel ein Kriegsheld ward, und wir glauben dem Redlichen auf's Wort. Er war, als er Herrn von Rabenau schrieb, ein treuer Freund Deutschlands, doch unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir das prestige, die prépondérance légitime de la France in pflichtschuldiger Demuth verehrten. Dieses Glaubens froh übernahm er die provisorische Verwaltung des auswärtigen Amts, und was fand er in den geheimen Acten? „Den Kaiser auf den Knien vor Europa" — zu deutsch: den Pariser Hof in Berlin bettelnd um einige belgische Länderfetzen und immer von Neuem mit Gelassenheit abgewiesen! Was Wunder, daß der enttäuschte politische Dilettant alsbald den gesammten Inhalt seines öffentlichen Lebens über Bord warf und leichten Herzens Alles für weiß erklärte, was ihm bis dahin schwarz erschien! Der betrogene Betrüger ward mitschuldig an einem ungeheuren Verbrechen; der Krieg brach aus, ohne daß die preußische Regierung vor der Kriegserklärung auch nur ein amtliches Actenstück aus Paris empfangen hätte! Ein beispielloser Hergang, der allein in den schmählichsten Tagen Ludwig's XIV. und des ersten Napoleon seines Gleichen findet.

Doch nicht minder unerhört sind auch die diplomatischen Niederlagen, welche Frankreich erlitten hat noch vor dem Beginn des Krieges; das Land empfängt schon jetzt die Züchtigung für seine eigenthümlichste Sünde, für jenen Hochmuth, der sich gar nicht die Mühe nimmt, fremdes Volksthum kennen zu lernen. Mit den sittlichen Kräften der Geschichte zu rechnen hat der Bonapartismus ohnehin nie verstanden; doch auch die allerhandgreiflichsten Thatsachen des deutschen Lebens, die Stärke unserer Parteien, unseres Heeres, blieben dem selbstgefälligen Dünkel der französischen Diplomatie verborgen; bedient von Spähern und Verräthern, die nur erzählten, was man zu hören wünschte, hat sie den verzweifelten Entschluß des Kaisers durch thörichte Berichte gefördert. Nun die Katastrophe

Inzwischen wuchs und schwoll im französischen Volke der Haß und Neid wider Preußen. Es hieße den Ernst der Lage gröblich verkennen, wenn wir uns verbergen wollten, daß wir gegen Frankreich kämpfen, keineswegs gegen die Tuilerien. Die Nation -- nicht die allezeit friedfertigen Massen des Landvolks, wohl aber die tonangebenden Kreise der Gesellschaft — die Nation fühlte sich gedemüthigt durch Deutschlands Erstarken. Mit Ausnahme der Revue contemporaine, die in Paris wenig beachtet wird und kaum noch als eine französische Zeitschrift gelten kann — mit dieser einen Ausnahme hat kein französisches Blatt es über sich gebracht, die deutschen Dinge mit einigem freundnachbarlichen Wohlwollen zu besprechen. Vier Jahre lang klang aus jedem Zeitungsartikel der Groll heraus wider diese maudits Prussiens, die dem Instinkte des Volkes sehr richtig als die eigentlichen Sieger von 1813 gelten; vier Jahre lang kehrte der Ruf „Rache für Sadowa" in jedem politischen Gespräche wieder. Denn Frankreich hat ein erbliches Anrecht auf Deuschlands Schwäche, und die große Nation kann nicht ertragen, daß der glänzendste Sieg des Jahrhunderts nicht von französischen Schwertern erfochten ward. Also zog sich das Gewölk der nationalen Kriegslust dicht und dichter um das erbleichende Gestirn des zweiten Kaiserreichs zusammen. Es folgten die Wirren der Parteikämpfe; es folgte der Versuch, den napoleonischen Polizeistaat mit parlamentarischen Institutionen zu verschmelzen — ein Versuch, der an seinem eigenen Widersinne scheitern muß, wie er schon zweimal unter den Bourbonen und den Orleans ge- [illegible]

jedem Kafehause von der Candidatur des Prinzen Hohenzollern reden gehört habe; und von dieser seit Monaten landkundigen Thatsache hat die Unschuld der Tuilerien nichts gewußt! Mag jene Candidatur ernst gemeint, mag sie zwischen Prim und Napoleon abgekartet sein — genug, Napoleon kannte die große Nation, er wußte, daß der Name Hohenzollern genüge, sie in einen Taumel kriegerischer Entrüstung hineinzujagen. Seit der Herzog von Gramont in das Cabinet eintrat, war der Krieg beschlossene Sache. Aber Ollivier, der Liberalste der Liberalen, der Ehrlichste aller ehrlichen Leute? Hat er wirklich seit jenem glorreichen zweiten Januar ein tief durchdachtes Heuchlerspiel getrieben? Nein wahrlich, das hieße dem molluskenhaften Geschöpfe allzuviel Charakterstärke zutrauen. Er selber hat ja gestanden, wie er aus einem Friedensapostel ein Kriegsheld ward, und wir glauben dem Redlichen auf's Wort. Er war, als er Herrn von Rabenau schrieb, ein treuer Freund Deutschlands, doch unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wir das prestige, die prépondérance légitime de la France in pflichtschuldiger Demuth verehrten. Dieses Glaubens froh übernahm er die provisorische Verwaltung des auswärtigen Amts, und was fand er in den geheimen Acten? „Den Kaiser auf den Knien vor Europa" — zu deutsch: den Pariser Hof in Berlin bettelnd um einige belgische Länderfetzen und immer von Neuem mit Gelassenheit abgewiesen! Was Wunder, daß der enttäuschte politische Dilettant alsbald den gesammten Inhalt seines öffentlichen Lebens über Bord warf und leichten Herzens Alles für weiß erklärte, was ihm bis dahin schwarz erschien! Der betrogene Betrüger ward mitschuldig an einem ungeheuren Verbrechen; der Krieg brach aus, ohne daß die preußische Regierung vor der Kriegserklärung auch nur ein amtliches Actenstück aus Paris empfangen hätte! Ein beispielloser Hergang, der allein in den schmählichsten Tagen Ludwig's XIV. und des ersten Napoleon seines Gleichen findet.

Doch nicht minder unerhört sind auch die diplomatischen Niederlagen, welche Frankreich erlitten hat noch vor dem Beginn des Krieges; das Land empfängt schon jetzt die Züchtigung für seine eigenthümlichste Sünde, für jenen Hochmuth, der sich gar nicht die Mühe nimmt, fremdes Volksthum kennen zu lernen. Mit den sittlichen Kräften der Geschichte zu rechnen hat der Bonapartismus ohnehin nie verstanden; doch auch die allerhandgreiflichsten Thatsachen des deutschen Lebens, die Stärke unserer Parteien, unseres Heeres, blieben dem selbstgefälligen Dünkel der französischen Diplomatie verborgen; bedient von Spähern und Verräthern, die nur erzählten, was man zu hören wünschte, hat sie den verzweifelten Entschluß des Kaisers durch thörichte Berichte gefördert. Nun die Katastrophe

herannaht, folgt eine Enttäuschung der anderen. Zwar an einzelnen süddeutschen Höfen ist die stille Arbeit der Franzosen keineswegs fruchtlos geblieben. Ohne ein drohendes le roi de Wurtemberg cessera d'exister wäre der Stuttgarter Hof schwerlich so rasch für die deutsche Sache gewonnen, und im Darmstädter Cabinette steht es heute noch also, daß uns ein Einschreiten des Militärgouverneurs gegen den Freiherrn von Dalwigk dringend geboten scheint. Aber Badens Treue stand felsenfest; in München überwog der hochherzige Sinn des jungen Königs und der verständige Partikularismus, dessen Berechnungen der bayerische Kriegsminister mit so dankenswerther Offenheit eingestanden hat; die Höfe des Südens haben sich heute, wie vor vier Jahren die von Hannover und Cassel, die einfache Erwägung vorzuhalten, daß der Abfall von Preußen ihr sicherer Untergang sein würde. Die Treue des Südens störte den Feldzugsplan der Franzosen, die rasche Entschlossenheit des Berliner Cabinets vereitelte ihren Wunsch, die Verhandlung noch hinauszuzögern, und heute steht der Angegriffene, der Ueberraschte in voller Rüstung und hofft bereits die Rollen zu vertauschen. Wohl mag der Friedensbrecher schon zuweilen ahnen, was es bedeutet, wenn der deutsche Mensch in Zorn geräth; gewiß würde er sich jetzt gern mit dem schönen Winkel des Saarlandes, mit den Grenzen von 1814 begnügen, wenn wir nur die zarte Rücksicht üben wollten, nach einer ersten verlorenen Schlacht um Frieden zu bitten.

Wir aber beginnen diesen Krieg in dem Glauben, daß er gar nicht anders enden darf, denn mit einem Siege Deutschlands, und mit dem Entschlusse, die ungeheure Sündenrechnung, die seit dem Raube der lothringischen Stifter aufgelaufen, ganz und für immer auszugleichen. Wir klagen nicht, weil uns das Schicksal auflegt diesen Kampf für Europa allein zu führen. Der Uebermuth Frankreichs, der wie ein lähmender Alp auf dem Welttheil lastet, nährt sich vornehmlich an der Erinnerung, daß bisher nur europäische Coalitionen dies Volk im eigenen Lande zu schlagen vermochten; er wird nicht eher sich beugen, als bis ein einziges, ein politisch noch nicht völlig geeintes Volk die Waffen des Siegers über Frankreich schwingt. Wir klagen nicht darum; doch uns überkommt ein Gefühl bitterer Scham, wenn wir die vielgerühmte Gesittung des neuen Europas mustern und dann fragen: wie viele Völker des Welttheils sind noch gesund? stand denn nicht das Rechtsgefühl, der Gemeingeist der europäischen Staatengesellschaft in den Tagen Ludwigs XIV. ungleich höher als heute?

Wo einst England lag, da klafft heute eine ungeheure Lücke im Völkerleben. Wir hatten gehofft — und wer denn nicht, der ein Herz hat für die Freiheit? — daß dies Geburtsland des parlamentarischen Lebens sich

bewahren werde vor dem Schicksal aller Handelsvölker. Wir meinten, die großen Erinnerungen einer glorreichen Geschichte, die Weisheit eines staatskundigen Adels, der Rechtssinn eines freien Volkes würden einen festen Damm bilden gegen die Wasserfluthen jener Lehre von Manchester, die jeden Glauben an die sittlichen Güter des Lebens hinwegzuschwemmen drohen. Die Hoffnung scheint zu trügen, das Inselreich scheint wirklich schon hinabgeglitten auf jenen abschüssigen Weg, den einst Karthago und Holland gingen. Die Pläne, welche man heute in den Tuilerien im Schilde führt, sind nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Unmöglichkeit, denn mit dem deutschen linken Rheinufer wäre auch Belgien unrettbar verloren. Sieht denn keiner unter den britischen Staatsmännern, welch' eine höhnische Geringschätzung gegen England darin liegt, daß der Napoleonide einen solchen Krieg auch nur zu beginnen wagte — einen Raubzug, den selbst Palmerston's leichter Sinn nie geduldet hätte? Sie sehen es wohl, doch die Lust am Mammon hat den Sinn der Ehre, das Gefühl für Recht und Unrecht ganz ertödtet; die Feigheit und die Sinnlichkeit versteckt sich hinter jener salbungsvollen theologischen Schönrednerei, die uns freien deutschen Ketzern unter allen Sünden des englischen Wesens die widerlichste bleibt. Wir meinen den Reverend näseln zu hören, wenn wir die englische Presse die frommen Augen verdrehen sehen, voll Entrüstung über die unchristlichen Kriegsvölker des Festlandes — als ob der starke Gott, in dessen Namen Cromwell's eiserne Dragoner kämpften, uns Deutschen anbeföhle den Landesfeind friedlich in Berlin einrücken zu lassen! O Heuchelei, o cant, cant, cant! Allem Anschein nach wird der Kampf zu Ende gehen, ohne daß England seinen Dreizack schwingt. Die Berichterstatter der Times werden mit erhabener Seelenruhe den merkwürdigen Zweikampf der beiden großen Raufbolde ihren fromm entrüsteten Lesern schildern; der Londoner Wohlthätigkeitsverein wird gewissenhaft gleich viele Pfunde und Schillinge nach Berlin senden, gleich viele nach Paris; die englischen Kaufleute werden, wie weiland die Mynheers von Amsterdam, Pulver, Kohlen und Pferde nach Frankreich verkaufen, während die Offiziere in den Militärclubs, um uns zu entschädigen, auf den Sieg der deutschen Waffen hohe Summen wetten — und kommt dereinst der Friede, so wird die Verachtung der weiten Welt schwer wie ein Berg auf Englands Schultern lasten, und vielleicht versammelt sich einst noch ein mitleidiger europäischer Congreß, der das Inselreich wie Belgien und die Schweiz für neutral erklärt und der Meereskönigin ermöglicht, das nutzlose Spielzeug ihrer Kriegsflotten an den Meistbietenden zu verkaufen! —

Ist das stolze England so tief gesunken, so fehlt uns fast der Muth,

eine Anklage auszusprechen gegen das unglückliche Italien. Wer hindert heute die Italiener ein unabhängiges Volk zu sein? Napoleon. Wer verbietet ihnen die römische Frage zu lösen? Napoleon. Und was thäte Cavour, wenn der Gewaltige noch unter uns weilte? Er hätte gestern den Kriegsbund mit Preußen geschlossen und schlüge heute die Franzosen aus Rom hinaus. Ein Theil der Presse, wie die Gazzetta di Milano, fühlt in der That ernst und lebhaft die Schicksalsgemeinschaft, die tiefe innere Verwandtschaft der italienischen und der deutschen Einheitsbewegung; doch es ist die Presse der Opposition. Seltsamer Wechsel der Dinge! Die Actionspartei verherrlicht heute den Grafen Bismarck. Der verkommene Hof ist Frankreichs Vasall; General La Marmora fordert Rache an dem strengen Tadler zu Berlin. Die Consorteria Cavour's hat ihrem Meister glücklich abgesehen, wie er sich räusperte und wie er spuckte; sie hält an dem französischen Bündniß, das in den Tagen des großen Grafen Italiens Rettung war, auch jetzt noch fest, da es Italiens Unheil ist; sie will die ewige Stadt, die man in ehrlichem Kriege erobern sollte, als ein Geschenk von Napoleon's Gnaden empfangen. Dazu das unleidliche Gewirr des Parteigezänks, Zerrüttung im Heere, in den Finanzen, und nicht zuletzt die stille Angst vor dem napoleonischen Golde, das eine bourbonische Schilderhebung in Neapel befördern kann. Das hochherzige Volk ist in schlechten Händen; wir dürfen von ihm nicht mehr erwarten als eine schwache und vielleicht unredliche Neutralität. Geschähe gar das Unwürdige, würde den Befreiern Venedigs mit blutigem Undank gelohnt, so vermag kein Seher das Schicksal des noch ungefestigten Herrscherhauses vorherzusagen. — Rußland allein unter den großen Mächten behauptet eine für uns vortheilhafte Haltung. Die begreiflichen Bedenken, welche Deutschlands Erstarken dem Petersburger Hofe erregen mag, treten zurück vor näheren Sorgen. Unser alter Bundesgenosse, die erbliche Unfähigkeit der Polen, bleibt uns auch diesmal treu. Die galizische Presse, der unzufriedene Adel um Warschau redet mit kindlicher Unbefangenheit von der Wiederherstellung Polens durch Frankreichs Sieg. Hierdurch ist Rußlands Stellung bestimmt, und diese wiederum wird vermuthlich genügen, um die Rachepläne der Wiener Hofburg niederzuhalten, so lange der Krieg währt. Bei den Friedensverhandlungen freilich wird weder Rußlands Gegnerschaft noch die schöne vaterländische Begeisterung, welche heute in der Jugend Deutsch-Oesterreichs aufflammt, den Grafen Beust verhindern, der deutschen Sache nach Kräften zu schaden. Unter den kleinen Staaten ist uns nur Belgien ein treuer Freund; noch wissen wir nicht, ob nicht die berufene dänische Treue den willkommenen Anlaß ergreifen wird, durch den Bruch der Neutralität die Verwirklichung jenes fünften

Artikels zu erzwingen, der allein durch Dänemarks Schuld bisher unausgeführt blieb.

Täuschen wir uns nicht. Wir stehen allein; vor der glänzenden Aussicht, welche das Aufsteigen Mitteleuropas eröffnet, schließen sich scheu und geblendet die Augen des Welttheils. Raffen wir Alles, was wir sind und haben, entschlossen zusammen und erkennen wir klar besonnen das Ziel des Kampfes: wir kämpfen gegen Frankreich, nicht gegen Napoleon! In der musterhaften Haltung der deutschen Presse entdecken wir nur einen Fehler, das einseitige Hervortreten des Hasses gegen den Decembermann. Wehe uns, wenn dies berechtigte volksthümliche Gefühl uns heute ebenso mißleitete, wie uns einst der legitimistische Haß gegen den ersten Napoleon mißleitet hat! Die Fehler der Verbündeten von 1814 und 1815 dürfen sich nicht wiederholen. Siegen wir und wollen die Franzosen ihren entwürdigten Kaiser behalten — wir werden sie nicht hindern, denn wir haben kein Recht dazu und wir wissen aus schmerzlicher Erfahrung, daß eine französische Regierung, die sich unter dem Schutze fremder Bajonette erhebt, von vornherein der Ohnmacht verfällt. Dieser Krieg ist ein letzter roher Ausbruch nicht der napoleonischen, sondern der altfranzösischen Politik. Wann hat denn jemals seit achtzig Jahren eine Regierung in Frankreich bestanden, die uns Deutschen freundlich war? Sind sie vergessen, die Raubzüge der Republik, die Anschläge Polignac's gegen den Rhein, die Zettelungen des friedlichen Bürger-Königs wider den Zollverein, das Kriegsgeschrei des Herrn Thiers, und Alfred de Musset's freches Hohnlied vom deutschen Rheine? Ist es Frankreichs Verdienst, daß die Verwickelungen der europäischen Politik diese frechen Wünsche bisher verhindert haben zur That zu werden? Einzig die Republik von 1848 hat Nichts wider Deutschland gesündigt, weil sie, um ihr Dasein kämpfend, gar nicht im Stande war europäische Politik zu treiben. Und ist denn dieser jüngste Krieg nicht genehmigt worden durch den frivolen Jubel des gesetzgebenden Körpers? Und was sagte Herr Thiers, der unter den Männern der Opposition noch die würdigste Haltung zeigte? er wolle den Krieg gegen Preußen, aber er wolle ihn geführt wissen mit dem Beistand anderer Mächte! Und wie athmet, seit der Krieg erklärt ist, Alles in der französischen Presse nur Lüge, Haß und Raubgier! Das friedfertige Siecle erklärt gemüthlich, man wolle menschlich sein und uns blos Landau und die Saarlande stehlen. Durch alle Blätter läutet das Phrasengeklingel von dem uralten Kampfe der französischen Freiheit wider jenen preußischen Corporalismus, der in den drei bösen B, Brunswic, Blücher, Bismarck, seine Vertreter gefunden habe. Französische Freiheit — und weitum in deutschen Landen ist kein Winkel so verkommen, daß er die Tyrannei eines

napoleonischen Präfekten ertragen möchte! Und dies Volk, das heute Rache für Sadowa fordert, sollte ehrlich Frieden halten wenn uns gelänge seine eigenen Heere zu schlagen? Nein, giebt uns Gott den Sieg, so haben wir ernsthaft die Frage zu erwägen, wie der Staat Frankreich, nicht sein Herrscherhaus, also geschwächt werden soll, daß wir mit erhöhter Zuversicht eine neue Störung des Völkerfriedens erwarten können. Doch darüber redet ein gesittetes Volk erst nach dem Siege; es gereicht dem Takte der deutschen Presse zur Ehre, daß sie bisher vermieden hat diese Frage näher zu erörtern.

Während wir diese Zeilen schreiben, stoßen vielleicht die ersten Heersäulen der Südarmee in die altdeutschen Gaue des schönen Elsaß vor. Wir haben unsere Sache der ewigen Gerechtigkeit befohlen und werden nicht wanken in gelassener Zuversicht, wenn auch der erste und der zweite und der dritte Schlag des Krieges vergeblich geführt würden. Unter den vielen edlen Worten, die wir jüngst aus königlichem Munde vernahmen, hat uns keines so tief erschüttert wie dieser einfach schöne Ausspruch der Thronrede: „Hat Deutschland Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte wie stark es war.“ Die Nation erwacht, die Deutschen verstehen endlich was sie im Wappen führen. Und indem wir unsere Stärke fühlen, bekennen wir auch demüthig unsere Sünden. Wir wollen nicht, daß aus der Leidenschaft dieses Krieges abermals ein fratzenhaftes Teutonenthum erstehe, das dem weltbürgerlichen Verkehre des neuen Europa widerspricht. Aber wir hoffen, daß die Schrecken dieses Krieges wie ein reinigendes Gewitter den schwülen Dunst moderner Ueberbildung hinausfegen; von der Unzucht und der geschmacklosen Schlemmerei des zweiten Kaiserreichs ist nur Allzuviel hinübergedrungen auf deutschen Boden. Möge die deutsche Sitte wieder zurückkehren zu dem alten Ernst, zu der alten Rechtschaffenheit, und mögen die der Masse unseres Volks noch unverlorenen Tugenden häuslicher Einfachheit auch in den Kreisen des Geldadels wieder einiges Ansehen gewinnen. Wenn wir dieser köstlichen Tage der Hoffnung gedenken, dann schwillt uns das Herz wie jenem tapferen Dichterjüngling, der einst, heimkehrend aus dem eroberten Paris, beim Anblick des deutschen Stromes hoch aufjubelnd rief: Vaterland, ich muß versinken hier in deiner Herrlichkeit!

Was fordern wir von Frankreich?

Sag' an, du Wolf, wann bist du voll?
Denkst nit, daß etwa käm' ein Tag,
Der dir bisher verborgen lag,
Da du mußt speien aus den Fraß?
Ulrich von Hutten.

Heidelberg, 30. Aug. 1870.

Ueberall wo Deutsche wohnen, bis zu den fernen Colonien jenseits des Meeres, flattern die Fahnen vor den Fenstern, Glockengeläut und Kanonendonner verkünden Sieg auf Sieg. Wir wissen Alle: noch drei schwere Schläge, in Metz, in Straßburg, in Paris, und der Krieg ist glorreich beendet. Wer sich der bitteren Scham noch erinnert, die wir seit dem Tage von Olmütz durch so viele Jahre im Herzen trugen, dem ist heut oft, als ob er träume. Die Nation kann ihres Sieges nicht aus voller Seele sich freuen. Zu gräßlich sind die Opfer, die er heischte, zu lächerlich ungleich der Einsatz in dem blutigen Spiele: da sinkt die Blüthe deutscher Jugend im Kampfe wider Turkos und Lanzknechte! Aus dem Kummer um die gefallenen Helden erhebt sich den Deutschen der feste Entschluß den Kampf hinauszuführen bis zum letzten Ende. König Wilhelm, der so oft in diesen Wochen seinem Volke das Wort von den Lippen nahm, hat bereits feierlich verheißen, der Friede solle solcher Opfer würdig sein. Sehr bescheiden ist in solcher Zeit die Aufgabe des politischen Schriftstellers. Nur der Dilettant mag sich erdreisten, im Einzelnen die Satzungen eines Friedensschlusses auszuklügeln, dessen Vorbedingungen selbst dem handelnden Staatsmanne noch verborgen sind. Wir wissen nicht, in welchem Zustande die sittlich und politisch verwüstete Hauptstadt des Feindes unsere einziehenden Truppen empfangen wird. Wir vermögen nicht zu berechnen, wann die blinde Wuth der Franzosen einer Stimmung weichen mag, mit der wir verhandeln können. Wir ahnen nicht einmal, welche Staatsgewalt in Frankreich noch den Platz behaupten wird nach

dieser ungeheuren, für den Despoten wie für das Volk gleich schimpflichen Untreue aller Parteien. So bleibt unserer Presse nur die Pflicht, die stillen unbestimmten Hoffnungen, die jede Brust bewegen, zu klarem Bewußtsein zu erwecken, auf daß beim Friedensschlusse ein fester durchgebildeter Nationalstolz schirmend hinter unseren Staatsmännern stehe. Als Deutschland zum letzten Male in Paris den Frieden diktirte, da haben wir schmerzlich gebüßt, daß den deutschen Diplomaten ein solcher Rückhalt fehlte.

Der Gedanke aber, welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum mächtigen Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen!

1.

Soll ich die Gründe aufzählen, welche uns zu solcher Forderung verpflichten, so wird mir zu Muthe, als sollte ich beweisen, daß die Kugel rund ist. Was darüber gesagt werden kann, ist nach der Schlacht von Leipzig in Ernst Moritz Arndt's herrlicher Schrift: „der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ und zur Zeit des zweiten Pariser Friedens von allen namhaften Staatsmännern des nichtösterreichischen Deutschlands, von Stein und Humboldt, von Münster und Gagern, von den beiden Kronprinzen von Württemberg und Baiern unwiderleglich und erschöpfend gesagt und seitdem durch die Erfahrung zweier Menschenalter bestätigt worden. Wenn ein ruchloser Raubkrieg wie dieser an dem frevelnden Volke schließlich nur durch eine Kriegskostenrechnung bestraft würde, dann wahrlich behielten jene überklugen Spötter Recht, welche Willkür und Zufall als die herrschenden Mächte der Staatengesellschaft verehren, das Völkerrecht als einen gutmüthigen Traum der Ideologen belächeln. Der Rechtssinn der Deutschen fordert die Verkleinerung Frankreichs; jeder schlichte Mann versteht, daß dies Volk in Waffen selbst durch die höchste Geldsumme nicht einmal für die wirthschaftlichen Opfer des Krieges entschädigt werden kann. Und warum flog schon vor dem Ausbruche des Kriegs durch Elsaß und Lothringen der angstvolle Ruf: „Die Würfel werden geworfen um das Schicksal unserer Provinzen“ — in einem Augenblicke, da noch kein deutsches Blatt den Raub zurückgefordert hatte? Weil das geängstete Gewissen des Volkes begriff, welche Strafe von Rechtswegen den Brecher des Völkerfriedens treffen muß.

Was das Recht verlangt ist zugleich ein unabweisbares Gebot der

Sicherheit. Man werfe einen Blick auf die Karte — klingt es denn nicht wie ein Hohn, wie ein schlechter Witz, daß Deutschland solche Grenzen empfangen hat nachdem unsere siegreichen Waffen zweimal der Welt den Frieden schenkten? Im Osten springt das mächtige Festungsdreieck zwischen Weichsel und Narew wie ein trennender Keil zwischen Preußen und Schlesien hinein, und im Westen ist Straßburg in Frankreichs Händen — der schöne „Paß in's Reich", wie Heinrich II. von Frankreich schon vor dreihundert Jahren begehrlich sagte. Jahrzehnte lang haben wir mit angesehen, wie das gesammte Pontonniercorps der Franzosen dort in dem mächtigen Ausfallsthore des Oberrheins in Garnison lag und allsommerlich vor unseren Augen seine Schiffbrücken über den Rhein schlug — zur freundnachbarlichen Vorübung für den deutschen Krieg. Die Kehler Eisenbahnbrücke, die der Welthandel doch nicht entbehren kann, mußte sofort nach der Kriegserklärung zerstört werden. Die Kanonen des Forts Mortier blicken noch immer drohend auf das offene Altbreisach hinüber, das ihnen schon einmal zum Opfer fiel. Weiter aufwärts, am Isteiner Klotz, genügen zwei Schüsse aus einer französischen Schanze um den Eisenbahnverkehr zwischen Freiburg und dem Oberlande aufzuheben. Eine solche Grenze ist schimpflich für ein stolzes Volk, ist eine lebendige Erinnerung an jene Tage deutscher Ohnmacht, da am Rheinthor zu Altbreisach noch die jämmerliche Inschrift stand: „Grenze war ich dem Franken; jetzt bin ich ihm Thorweg und Brücke. Wehe, dem Franken wird bald nirgends die Grenze mehr stehn!"

Beim zweiten Pariser Frieden warnte der Kronprinz von Württemberg: versäume man jetzt die deutsche Grenze am Oberrhein zu sichern, so werde der Trieb der Selbsterhaltung die Höfe des Südens früher oder später in einen neuen Rheinbund drängen. Die Weissagung ist freilich nicht buchstäblich in Erfüllung gegangen, Dank dem Erstarken Preußens, Dank dem vaterländischen Sinne der Fürsten von Baiern und Baden; doch ein leeres Wort war sie mit Nichten. Fünfzig Jahre lang hing die Gefahr eines neuen Rheinbundes drohend über dem unbeschützten Süden; fünfzig Jahre lang hat das Volk Süddeutschlands, schwankend zwischen blinder Bewunderung und leidenschaftlichem Hasse, den französischen Nachbarn fast niemals jenen kalten Stolz gezeigt, der einem großen Volke geziemt und allein dem Bewußtsein gesicherter Macht entspringt. Wenn unsere Enkel aus ihrem starken Reiche dereinst zurückschauen auf unsere Kämpfe, dann werden sie sich wohl des Einmuths dieser Tage freuen, aber auch mit lächelndem Achselzucken sagen: wie unreif und unfest war doch das Deutschland unserer Väter, das von Lob überfloß und aufjubelte in frohem Erstaunen, weil die Baiern und Schwaben in einem großen

Augenblicke ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gegen das große Vaterland erfüllten!

Jeder Staat soll die Bürgschaft seiner Sicherheit allein in sich selber suchen. Der thörichte Wahn, als ob Nachsicht und Großmuth gegen das besiegte Frankreich den deutschen Länderbestand sichern könne, hat sich zweimal grausam bestraft. Welcher deutsche Mann mag ohne Zorn jene Pariser Friedensverhandlungen lesen, wo Sieger und Besiegte die Rollen tauschten, wo den Vorurtheilen Frankreichs demüthige Schonung erwiesen ward, während nach Deutschlands Gefühlen Niemand fragte? Die Festung Condé mußte den Franzosen bleiben, um ihres Namens willen; die Sieger hielten für unzart, einen Platz, der nach einem großen bourbonischen Feldherrn getauft war, von Frankreich abzureißen. Und was war der Lohn für die Großmuth von 1814? Die hundert Tage und Waterloo. Was der Dank für die Schonung von 1815? Eine stetig anwachsende Verderbniß der politischen Gesinnung, die allmählich jedes Rechtsgefühl in Frankreich ertödtet hat: nicht blos das rheinische Land gebührt den Franzosen; selbst jene Kunstschätze, die der Welteroberer einst aus Berlin und Venedig, aus Rom und Danzig entführte, sind von Rechtswegen das Eigenthum der Hauptstadt der Welt. Wenn das Frankreich von 1815, das noch über eine Fülle sittlicher Kräfte gebot, schon so bald wieder in die gierigen Träume der Herrschsucht zurückfiel, was haben wir vollends zu erwarten von dieser Gesellschaft des zweiten Kaiserreichs, die in Jahrzehnten wüster Parteikämpfe den Glauben an die idealen Güter des Lebens ganz verloren hat? Die Nation ist unser Feind, nicht dieser Bonaparte, der mehr ein Getriebener als ein Treiber war. Rache für Wörth und Forbach, Rache für Mars und Gravelotte — das wird noch auf lange hinaus die einzige Idee sein, welche den verfallenden Staat durchleuchtet. Ein zuverlässiges freundnachbarliches Verhältniß bleibt vorderhand unmöglich.

Es genügt nicht mehr, daß wir uns heute stark genug fühlen dem Angriffe Frankreichs und selbst eines europäischen Bundes zu widerstehen. Dies Volk in Waffen ist nicht im Stande, seine Söhne in jedem Augenblick auf die Hetzjagd wider den gierigen Nachbarn zu senden. Unsere Wehrverfassung ist sinnlos ohne gesicherte Grenzen. Die geängstete Welt sieht schon aus der blutigen Aussaat dieses Krieges ein neues Geschlecht von Kriegen emporsteigen. Wir schulden dem Welttheil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutsche Feuerschlünde in das wälsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebenen der Champagne herabsteigen können, wenn dem Raubthiere die Zähne ausgebrochen sind, und das ge-

schwächte Frankreich nicht mehr wagen darf uns anzugreifen. Selbst Wellington, der Gönner der Bourbonen, mußte bekennen, Frankreich sei zu stark für die Ruhe Europas; auch die Staatsmänner der Gegenwart, wenn sie sich erst hineingefunden haben in das veränderte Gleichgewicht der Mächte, werden bald fühlen, daß die Verstärkung der deutschen Grenzen dem Weltfrieden zum Heile gereicht. Unser Volk ist friedlich; die Ueberlieferungen der Hohenzollern, die Verfassung unseres Heeres, der schwerfällige Bau des deutschen Gesammtstaats verbieten uns jeden Mißbrauch kriegerischer Kraft; wir brauchen ein Menschenalter friedlicher Arbeit, um die schwere, doch nicht unlösbare Aufgabe der Einigung Deutschlands zu bewältigen, während Frankreich durch die uralte politische Verbildung der eitlen Nation, durch den Lanzknechtsgeist seiner Berufssoldaten wie durch die fast aussichtslose Zerrüttung seines Gemeinwesens in die Irrgänge einer abenteuernden Politik getrieben wird.

Wer darf, Angesichts dieser unserer Pflicht den Frieden der Welt zu sichern, noch den Einwand erheben, daß die Elsasser und Lothringer nicht zu uns gehören wollen? Vor der heiligen Nothwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrechte aller deutschen Stämme, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zu Schanden. Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem deutschen Reiche zu entfremden. Wir Deutschen, die wir Deutschland und Frankreich kennen, wissen besser, was den Elsassern frommt, als jene Unglücklichen selber, die in der Verbildung ihres französischen Lebens von dem neuen Deutschland ohne treue Kunde blieben. Wir wollen ihnen wider ihren Willen ihr eigenes Selbst zurückgeben. Wir haben in den ungeheuren Wandlungen dieser Zeiten allzu oft froh erstaunt das unsterbliche Fortwirken der sittlichen Mächte der Geschichte gesehen, als daß wir noch an den unbedingten Werth einer Volksabstimmung glauben könnten. Der Geist eines Volkes umfaßt nicht blos die nebeneinander, sondern auch die nacheinander lebenden Geschlechter. Wir berufen uns wider den mißleiteten Willen derer die da leben auf den Willen derer die da waren. Wir rufen sie an, alle die starken deutschen Männer, welche einst der Sprache und Sitte, der Kunst und dem Gemeinwesen des Oberrheines den Stempel unseres Geistes aufprägten — und noch ehe das neunzehnte Jahrhundert zu Ende geht wird die Welt bekennen, daß die Geister Erwin's von Steinbach und Sebastian Brandt's noch leben, und daß wir, indem wir den Willen der heutigen Elsasser geringschätzten, lediglich ein Gebot der nationalen Ehre erfüllten.

Seit zwei Jahrhunderten, seit uns der preußische Staat erstand, ringen wir darnach, verlorene deutsche Lande von fremder Herrschaft zu befreien. Es ist nicht die Aufgabe dieser nationalen Staatskunst, jede Scholle deutschen Bodens, die wir in den Tagen der Schwäche preisgegeben, in unser neues Reich hineinzuzwängen. Wir dulden willig, daß unser Volksthum in der Schweiz, unabhängig von dem deutschen Staate, frei und friedlich sich entfaltet; wir rechnen nicht auf den Zerfall Oesterreichs, noch wollen wir jenen deutschen Stamm, der sich in den Niederlanden zu einer selbständigen kleinen Nation herausgebildet hat, in seinem Sonderleben stören. Aber wir dürfen nicht dulden, daß vor unseren Augen deutsches Volksthum grundsätzlich zerstört und herabgewürdigt werde zum Frohndienst gegen Deutschland. Nur unserer Zersplitterung, nur dem Beistand deutscher Kräfte dankt Frankreich jene überragende Machtstellung, welche weit über das Maß der gallischen Volkskraft hinausgeht. Wer hat denn jemals in Luther's Tagen sich erdreistet zu behaupten, daß Frankreich diesem waffengewaltigen Deutschland überlegen sei? In Strömen floß das Blut des deutschen Adels in den Hugenottenkriegen der Franzosen; ein deutsches Heer, das Heer Bernhard's von Weimar, bildete den festen Kern, daraus die Armeen Ludwig's XIV. emporwuchsen; in unserer Schule erst lernten die Wälschen uns zu besiegen. Wer zählt sie alle, die deutschen Heerführer der Bourbonen, von Battenburg (Bassompierre) bis herab zu dem Marschall von Sachsen? die tapferen deutschen Regimenter Royal-Alsace, Royal-Deuxponts, Royal-Allemand? die dichten Schaaren schlagfertiger Hilfsvölker, die der Verrath deutscher Fürsten unter das Joch der Fremden stellte? Als dann mit der Revolution jene entsetzlichen Plünderungszüge begannen, die uns endlich dahin führten, daß die Lust am Franzosenkriege unserem friedlichen Volke gleichsam im Blute liegt und der Name „Franzos“ im deutschen Norden gleichbedeutend ward mit „Feind“ — da fochten abermals Tausende deutscher Männer unter den Fahnen des Feindes. Ney und Kellermann, Lefèvre, Rapp und Kleber zählten zu den Tapfersten der Tapferen. Und noch in diesem jüngsten Kriege stellt die derbgesunde deutsche Kraft der Elsasser und Lothringer, mit dem unberührten keltischen Volksthum der Bretagne, die besten Soldaten für Frankreichs Heer.

Zur Zeit, da das Elsaß der Herrschaft der Franzosen verfiel, lag unser Reich zerrissen darnieder, das Feuer des deutschen Geistes, das einst die Welt erhellte, schien erloschen; Deutschland beugte sich dem überlegenen Staate, der überlegenen Bildung der Franzosen. Und doch ist der französischen Gesittung selbst damals nicht gelungen, die Eigenart des ebenbürtigen deutschen Volks am Oberrhein zu zerbrechen. Seitdem

war das Leben unseres Volkes ein stetig anhaltendes Erstarken. Wir übertreffen heute die Franzosen an Zahl und Dichtigkeit der Bevölkerung; wie oft haben ihre Kriegsprediger neue Eroberungen am Rheine gefordert, weil Frankreich nicht Schritt halten könne mit dem Anwachsen unserer Volkszahl — als ob wir Deutschen verpflichtet wären, der keltischen Unzucht und Leibesschwäche durch regelmäßige Lieferungen frischen deutschen Blutes aufzuhelfen! Wir haben die Regeln ihrer Kunst zerbrochen und dürfen die unsere, die freie Bewegung unseres wissenschaftlichen und kirchlichen Lebens getrost der geistigen Bildung der Franzosen gegenüberstellen. Wir haben unsere reichere und gewaltigere Sprache zu einer Freiheit und Feinheit ausgebildet, die den Vergleich mit der Sprache der Franzosen nicht mehr zu scheuen hat. Ja selbst der Vorzug ihrer älteren Cultur, der feine Ton und Schliff des geselligen Umgangs, ist im Verschwinden, seit die geile Frechheit der Pariser Halbwelt die Grenzen zwischen der guten und der verworfenen Gesellschaft nahezu verwischt hat. Wir haben die gesunden Gedanken ihrer Revolution dankbar in unseren Staat hinübergenommen und dazu den festen Unterbau der freien Verwaltung geschaffen, den Frankreich niemals kannte. Wir sind hart am Werke, das köstliche Gut der Staatseinheit, das wir ihnen lange neideten, auf unsere Weise zu vollenden, und denken auch den geringen Vorsprung im wirthschaftlichen Leben, welchen sie dem Reichthum und der Lage ihres Landes verdankten, durch ernste Arbeit auszugleichen. Wir haben sie die Wucht unsres Schwertes empfinden lassen und rufen die Welt zum Richter an, welcher der beiden Kämpfer bescheidener, rechtschaffener, menschlicher sich gehalten hat. Die Beherrschung eines deutschen Stammes durch Franzosen blieb jederzeit ein ungesunder Zustand, heute ist sie ein Verbrechen wider die Vernunft der Geschichte, eine Knechtung freier Männer durch halbgebildete Barbaren. Früher oder später mußte die Stunde schlagen, da der erstarkende deutsche Staat gezwungen war, von Frankreich Bürgschaft zu fordern für die Erhaltung unseres Volksthums im Elsaß. Die Stunde hat geschlagen, rascher, verheißungsvoller als wir Alle hofften; jetzt gilt es, Deutsch und Wälsch ehrlich zu trennen, den alten Streit für immer beizulegen. Vor fünfzig Jahren klagte Arndt: weil heute das Rechte nicht gethan ward, wird künftig das Rechte kaum noch gethan werden können. Versäumen wir auch diesmal unsere Pflicht, so wird die französische Nation mit jener leidenschaftlichen, gewaltthätigen Hast, welche sinkende Völker auszeichnet, mit dem ganzen Ingrimm ihres neu erwachten Deutschenhasses sich auf das Elsaß stürzen, um jede Regung deutschen Wesens zu ertödten. Wir aber hätten zum Schaden noch den Hohn und müßten von Neuem das Schwert ziehen, um unser Fleisch

und Blut vor der häßlichsten Tyrannei, vor dem Sprachzwange, zu bewahren.

Der klägliche Ausgang des zweiten Pariser Friedens war auch für unser inneres Staatsleben verhängnißvoll; er hat Großes dazu beigetragen, daß in die treuen Herzen unseres Volkes jene Verbitterung und Verstimmung einzog, welche so lange der Grundton deutscher Staatsgesinnung blieb. Es darf nicht sein, daß abermals unsere siegreichen Heere heimkehren mit der bitteren Klage: wir sind mit Undank belohnt für namenlose Opfer! Was uns vor Allem noth thut, ist die helle Lebenslust, die sich zuversichtlich auf den Wellen großer Tage wiegt, das freudige Selbstgefühl, das in der dürftigen Enge der Kleinstaaterei nicht gedeihen konnte. Aus den patriotischen Reden, welche vor der Schlacht von Wörth den Süden durchhallten, klang zwar niemals der Zweifel an dem schließlichen Siege, doch sehr häufig die Vorstellung, als ob wir erst durch ein reinigendes Unglück, durch ein anderes Jena hindurch waten müßten, um den Sieg zu erringen. Wir müssen heraus aus dieser trüben Entsaguug, die den alten, einfach großen Charakter unseres Volkes verkümmert hat. So lange aber jene Wunde am Oberrheine noch klafft, wird der Deutsche nie aufhören, wehmuthsvoll, wie Schlegel in schmählicher Zeit, zu klagen: „Vaterland am lieben Rheine, ach, die Thränen muß ich weinen, weil das Alles nun verloren!" Die Masse der Süddeutschen weiß wenig von jenen glänzenden Erfolgen, die wir dem Schwerte Preußens längst verdanken; die Befreiung von Pommern, von Schlesien, von Altpreußen, von Schleswig-Holstein liegt ihrem Gesichtskreise fern. Doch das alte Lied „o Straßburg, o Straßburg, du wunderschöne Stadt" erklingt überall unter den Bauern des Südens, und von dem Tage an, da die deutsche Fahne auf dem Straßburger Münster weht, da ein reicher, dauernder Siegespreis die Thaten der deutschen Heere belohnt, wird auch in den entlegenen Hütten des Schwarzwaldes und der Rauhen Alp der frohe Glaube erwachen, daß die alte deutsche Herrlichkeit auferstanden und dem Reiche ein neuer Mehrer erschienen ist.

Wenn wir mit vereinter Kraft dies schwer gefährdete Außenwerk dem deutschen Staate gewinnen, dann hat die Nation dem Einheitsgedanken ihre Seele verschrieben. Die widerstrebende neue Provinz wird den unitarischen Zug unserer Staatskunst verstärken, wird alle Besonnenen zwingen, sich in treuer Mannszucht um die Krone Preußen zu schaaren; und dieser Gewinn wiegt um so schwerer, da es immerhin möglich bleibt, daß ein neuer republikanischer Versuch in Paris die bewundernden Blicke der deutschen Radikalen abermals gen Westen lenkt. Der Gesichtskreis der deutschen Politik wird freier und weiter von Jahr zu Jahr; wenn

die Nation erst fühlt, daß die Lebensinteressen des deutschen Staates bereits in die slawische, die skandinavische, die romanische Welt hinüberreichen, daß wir mitten inne stehen in der größten und schwierigsten Revolution des Jahrhunderts, dann werden auch unsere Parteien lernen, aus der Rechthaberei des Fractionslebens, aus der Armseligkeit doctrinärer Programme sich emporzuheben zu einer großen, streng sachlichen Behandlung der Staatsgeschäfte.

Der über den Main erweiterte deutsche Bund wird dann am Sichersten seinen nationalen Beruf erfüllen, wenn in ihm die scharfe Thatkraft des Nordens und die weichere sinnigere Weise des Südens in schönem Wetteifer sich ergänzen; von allen den kräftigen Stimmen, welche den vollen Chor des deutschen Volksthums bilden, können wir keine ganz entbehren. Aber das schmale Fußgestell des Bundes reicht im Südosten nur bis zum Böhmerwalde. Es kann dem vielgestaltigen Reichthum der deutschen Gesittung nur frommen, wenn das süddeutsche Wesen in unserem neuen Staate eine stärkere Vertretung findet, und das starke Volksthum der oberrheinischen Alemannen wird sicherlich bald wieder, von der fremdländischen Tünche befreit, seine echte deutsche Farbe zeigen.

Auch eine volkswirthschaftliche Erwägung fällt in's Gewicht. Begeisterte Schilderungen von Deutschlands reichen, gesegneten Fluren bilden ein unerläßliches Capitel in unserem patriotischen Katechismus, dürfen in keinem deutschen Schulbuche fehlen. Sie sind rührend als ein Zeichen treuer Liebe zu dem Lande unserer Väter, doch wahr sind sie nicht. Nüchternes Urtheil darf nicht bestreiten, daß unser Land vielmehr stiefmütterlich von der Natur behandelt wurde. Die auffällig verkümmerte Gestalt unserer kurzen Nordseeküste, der Zug der meisten deutschen Flüsse und Gebirge sind der politischen Einheit ebenso ungünstig, wie dem Weltverkehre; nur wenige Striche deutschen Landes dürfen sich an natürlicher Fruchtbarkeit vergleichen mit der reichen Normandie, mit Englands üppigen Ebenen, mit dem fetten Kornboden des inneren Rußlands. Hier aber, im Elsaß, ist wirklich ein deutscher Gau, dessen Erdreich unter einem milden Himmel von Segen trieft wie nur einzelne bevorzugte Stellen der überrheinischen Pfalz und des badischen Oberlandes. Eine seltene Gunst der Bodengestaltung hat hier gestattet, durch zwei Gebirgslücken hindurch Canäle vom Rhein nach dem Becken der Seine und der Rhone zu führen — großartige Wasserwege, wie sie der deutsche Boden sehr selten erlaubt. Wir sind keineswegs reich genug um auf ein so köstliches Besitzthum zu verzichten.

Das Alles ist klar wie der Tag. Keiner der fremden Staatsmänner, welche beim zweiten Pariser Frieden unsere Pläne durchkreuzten, hat auch

nur versucht die Gründe Humboldt's zu widerlegen. Der Neid gegen Deutschlands werdende Größe und der jene ganze Zeit beherrschende Gegensatz der englischen und der russischen Politik, welche beide wetteifernd um die Gunst Frankreichs buhlten, gaben damals den Ausschlag. Zudem hatte England seine Siegesbeute, die Colonien, Rußland die seinige, die polnischen Lande, bereits gesichert, Deutschland allein konnte noch Forderungen an Frankreich stellen. Der ganze Cynismus dieser Politik des Neides erhellt aus jenem Ausspruche, den Czar Alexander in einem unbewachten Augenblicke hinwarf: „entweder ich nehme Theil an diesem Kuchen, oder der Kuchen soll gar nicht gebacken werden." Der Freiherr vom Stein aber sprach traurig: Rußland will, daß wir verwundbar bleiben! — Wie anders stehen wir heute. Wir sind nicht, wie damals, so erschöpft an Geld und Menschenkraft, daß wir nicht wagen sollten dem Widerspruch Europas zu trotzen. Die neutralen Mächte konnten durch ein rechtzeitiges kraftvolles Wort den Raubzug der Franzosen verhindern, sie haben dies Wort nicht gesprochen und dürfen heute nicht klagen, wenn wir allein entscheiden über den Preis des von uns allein erfochtenen Sieges. Die Zeit ist nicht mehr, da unsere Feldherren klagten, die Federn der Diplomaten verdürben was das Schwert der Völker errungen. Daß dieser Krieg zur rechten Zeit begonnen ward, daß den Tuilerien nicht die willkommene Frist blieb ihre trügerischen Verhandlungen länger hinauszuspinnen, das danken wir dem Scharfblick und der Kühnheit des Grafen Bismarck. Und wie der Krieg anhob als ein Werk klarer staatsmännischer Berechnung, so soll er auch enden. Waren wir während des Kampfes großmüthig fast über das Maß des Erlaubten hinaus, verschmähten wir, die empörende Mißhandlung unsrer Landsleute, die scheußlichen Drohungen wider die Frauen Badens mit gleicher Roheit zu vergelten, nur um so mehr sind wir befugt beim Friedensschlusse rücksichtslose Entschlossenheit zu zeigen und das Werk von 1813 und 1815 zu vollenden. Was uns Allen nur als ein fernes Traumbild der Sehnsucht still im Herzen lebte, tritt plötzlich als ein hartes Geschäft an die unbereitete Nation heran. Die Stunde drängt; eine wunderbare Gnade des Geschicks reicht uns schon in der Morgendämmerung der deutschen Einheit einen Kranz hernieder, den wir kaum im hellen Mittagsglanze des deutschen Reiches zu erobern dachten. Fassen wir ihn mit tapferen Händen, auf daß das Blut der theueren Erschlagenen nicht wider unsere Zagheit schreie!

2.

Wo liegt die Grenze, die wir zu fordern berechtigt sind? Die Antwort ist einfach; denn seit aus dem keltisch-romanischen Wesen die fran-

zösische Nation sich heraushob, standen ihr Volksthum und das unsere jederzeit zäh und spröde sich gegenüber. Die beiden Völker hausten neben einander, nicht durcheinander gewürfelt, wie jene Nationen Osteuropas, die eine geographische Nothwendigkeit zu mannichfacher Vermischung zwingt. Unser Westen und Süden hat lange Zeit hindurch mehr Cultur empfangen als gegeben, und dennoch konnte die Sprachgrenze der Franzosen in Jahrhunderten nur um wenige Wegstunden ostwärts vordringen. Beiden Völkern ward unheilvoll, daß sich zwischen ihre natürlichen Grenzen die willkürliche Staatsbildung des lotharingisch-burgundischen Reiches hineinschob, ein Spielball unablässiger Kämpfe, und Beide erschwerten sich selber die Lösung des Streites durch eine Verirrung der nationalen Phantasie. Der Franzose schaut noch immer mit ähnlichen Gefühlen über den Rhein wie weiland die Römer Cäsars. Er hat niemals der Tage vergessen, da das prangende Trier die Hauptstadt Galliens war; seine Schulbücher schildern jene ersten Jahrhunderte des Mittelalters, da die französische Nation noch gar nicht bestand, als eine Zeit französischer Macht. Der deutsche Karl ist ihnen der Franzose Charlemagne; das Andenken der merowingischen Dagoberte wird in zahlreichen Inschriften elsassischer Städte geflissentlich aufgefrischt um an Frankreichs alte Machtstellung zu erinnern. Schon im funfzehnten Jahrhundert, als die Armagnacs verheerend in unser Oberland einbrachen, erklang in Frankreich das Verlangen nach der Rheingrenze. Vollends seit Ludwig XIV. und Napoleon I. wetteifern Staat und Gesellschaft, Presse und Schule im Verdrehen der Geschichte; ganz Frankreich klagt über die ungeheure Bresche zwischen Lauterburg und Dünkirchen, welche Deutschlands Raubgier in Frankreichs natürliche Grenzen eingebrochen habe. Wir Deutschen dagegen vergessen ungern der Herrscherrechte, welche einst das heilige römische Reich über das Burgunderreich von Arelat behauptete.

Es wird hohe Zeit, diese alte Träumerei wohlgemuth über Bord zu werfen. Wollen wir die Franzosen zwingen, auf den Traum der Rheingrenze zu verzichten, uns das Unsere zu geben, die europäische Nothwendigkeit der beiden Zwischenstaaten am Niederrhein und an der Schelde anzuerkennen, so müssen auch wir ihnen das Ihre geben und ohne Umstände gestehen: jene erobernde Politik Frankreichs, die sich gegen die burgundischen Länder wandte, gehorchte in ihren Anfängen einem wohlberechtigten nationalen Instinkte, nur daß sie später, bethört durch leichte Erfolge, über alles Maß hinausschlug. Gegen dritthalbtausend Geviertmeilen des heiligen Reichs gehören heute dem französischen Staate, weitaus der größte Theil davon mit vollem Rechte. Die südlichen Provinzen des Burgunderreichs waren unzweifelhaft französisch; als Karl V. im Madrider Frieden

versuchte sie von Frankreich abzutrennen, da betheuerten die Stände von Burgund einhellig, daß sie Franzosen sein und bleiben wollten, und die Geschichte dreier Jahrhunderte hat ihnen Recht gegeben. Daß der alte einköpfige Adler unseres Reichs einst an dem Stadthause von Lyon prangte, über jenem Thore, wo heute das Reiterstandbild Heinrich's IV. steht, daß derselbe Adler einst auf das herrliche Amphitheater von Arles herniederschaute — das Alles sind gleichgiltige historische Erinnerungeu, ebenso werthlos für die heutige deutsche Staatskunst wie die alten Lehensrechte unserer Kaiser in Italien.

Wir wollen die Macht und Herrlichkeit der Staufen und Ottonen erneuern, doch nicht ihr Weltreich. Unser neuer Staat dankt seine Kraft der nationalen Idee, er soll jedem fremden Volksthum ein redlicher Nachbar, nicht ein herrschsüchtiger Gegner sein und findet darum seine Westgrenze vorgezeichnet durch die Sprache und Sitte des Landvolks. Denn jedes Volk verjüngt und erneut sich von unten nach oben; aus den gesunden Tiefen des Bauernstandes steigen stets neue Kräfte empor, während die Bevölkerung der Städte eilig wechselt, die Geschlechter der höheren Stände bald verkommen, bald in die Fremde verschlagen werden. Das erfahren wir Deutschen noch immer in den Colonien unseres Ostens: überall wo uns gelang, den Bauer zu germanisiren, steht unser Volksthum aufrecht, überall wo er undeutsch blieb, kämpft die deutsche Gesittung noch heute um ihr Dasein. Legen wir diesen Maßstab an, so wird das deutsche und das französische Volksthum geschieden durch eine Linie, die etwa den Kamm der Vogesen entlang nach der Quelle der Saar und alsdann nordwestwärts gegen Diedenhofen und Longwy führt. Was darüber hinaus liegt ist wälsch. Diese Grenze, im lothringischen Hügellande schwer erkennbar, ist an vielen Stellen der Wasgauberge haarscharf gezogen. Wer von dem rührigen Städtchen Wesserling im oberen Elsaß westwärts wandert, steigt zuerst aufwärts durch rauschenden Wald, freut sich des Ausblicks in das heitere Thal der Thur und gelangt dann bei Urbes an die Wasserscheide, an die Grenze des Departements Oberrhein. Dort führt die Straße durch einen langen Tunnel, und sobald man aus dem Dunkel heraustritt in das Departement der Vogesen, sind Land und Leute sofort verwandelt. Der deutsche Wald ist verschwunden, kahle Berge umgeben das Thal der jungen Mosel. Die hochgewachsenen Bauern, die der französischen Armee so viele stattliche Kürassiere stellen, lassen wohl ahnen, daß mancher Tropfen germanischen Blutes in diesem Volke fließen mag; aber drunten in Bussang wird kein deutsches Wort mehr gesprochen, der dürftigere Häuserbau, der Holzschuh und die baumwollene Zipfelmütze verrathen sofort die französische Civilisation. Es ist wahrlich deut-

scher Chauvinismus, wenn einzelne Zeitungen sich bereits darin gefallen das ganz französische Remirémont wieder Reimersberg zu nennen. Was gilt es uns, daß Plombières bei den Geographen des sechszehnten Jahrhunderts das Plumbersbad hieß, daß das liebliche Pont à Mousson einst eine Reichsgrafschaft Muselbruck bildete, daß das Herzogthum Lothringen noch vor achtzig Jahren unter dem Namen Nomeny auf dem Regensburger Reichstage aufgerufen wurde? Auch in Nanzig lassen sich wohl noch leise Spuren deutscher Erinnerungen entdecken: auf dem Bahnhofe fällt dem deutschen Reisenden die gemüthliche Inschrift „Trinkstube" neben dem unvermeidlichen Buvette behaglich in's Auge. Doch die Hauptstadt Lothringens ist französisch in Sitte und Sprache, sie hat, ein anderes, lieblicheres Versailles, ihren architektonischen Charakter durch das französische Regiment ihres Stanislas le Bienfaisant empfangen, vor vier Jahren das hundertjährige Jubelfest ihrer Vereinigung mit Frankreich voll aufrichtiger und berechtigter Freude gefeiert.

Kaum der zehnte Theil jener einst dem heiligen Reiche angehörenden französischen Provinzen, ein Gebiet von etwa 250 Geviertmeilen mit kaum anderthalb Millionen Einwohnern, kann heute noch als deutsches Land gelten. Es ist nicht die Aufgabe einer weisen nationalen Politik, sehr weit über dies Gebiet hinauszugreifen, doch darf sie auch nicht mit doktrinärem Eigensinn an der Sprachgrenze als einer unüberschreitbaren Schranke festhalten. In keinem Lande Europas fällt die politische Grenze mit der nationalen vollständig zusammen; keine der großen Mächte, auch Deutschland nicht, kann den unausführbaren Grundsatz „die Sprache allein bestimmt die Gestalt der Staaten" jemals anerkennen. Das deutsche Gebiet in Frankreich wird militärisch gesichert durch zwei feste Plätze, welche um einige Meilen über die Sprachlinie hinausliegen. Die Feste Belfort beherrscht jene Gebirgslücke zwischen Jura und Vogesen, welche so oft der Thorweg war für die Züge der Eroberer aus und nach Frankreich. Den oberen Lauf der Mosel aber deckt Metz — heute gleich Belfort eine fast ganz französische Stadt — trotz ihrer alten reichsstädtischen Ueberlieferung, trotz der deutschen Inschriften, die sich noch da und dort an einer Fuhrmannsherberge der hochgiebligen „Deutschen Gasse" zeigen, trotz des schlechten französischen Dialekts ihrer Bürger, trotz der zweitausend deutschen Einwohner, denen noch vor wenigen Jahren zuweilen deutsch gepredigt wurde. Und auf diese beiden Plätze sollten wir verzichten, einer unhaltbaren Doctrin zu Lieb? — Verzichten auf das feste Metz, das uns dreifach nöthig ist, seit wir Friedfertigen das Luxemburger Felsennest aufgaben? Nein, Recht und Klugheit spricht für unsere gemäßigten Ansprüche, wenn wir einfach fordern: die deutschen Lande Frankreichs und

so viel wälsches Land, als zu deren Sicherung unentbehrlich ist — also ungefähr: die Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin ganz, Moselle zum größten, Meurthe zum kleinsten Theile. Das Jungfernbild, das so lange über dem Wappen von Metz prangte und selbst den Heerschaaren Karl's V. trotzte, soll heute herabgeschlagen werden durch unser gutes Schwert. Den tapferen sächsischen Truppen war vergönnt mitzuhelfen bei der Wiedereroberung der Feste, mit deren Preisgabe einst der Sachse Moritz den langen Zeitraum deutscher Entwürdigung eröffnete; einem aufsteigenden Volke steht übel an, die Stätte, wo die Gerechtigkeit seines Schicksals so sichtbar gewaltet hat, wieder zu verlassen. Das Behagen der Franzosen zu Metz gilt wenig neben der Nothwendigkeit, der deutsch-lothringischen Provinz die natürliche Hauptstadt und ein festes Bollwerk zu geben. Im Verlaufe der Jahre wird deutsche Sitte sich wieder einwohnen in der alten Bischofsstadt. Zwang wider ihr Volksthum haben die Wälschlothringer und die Bewohner der wenigen wälsch redenden Vogesendörfer ebenso wenig zu fürchten wie unsere wackeren Wallonen in Malmedy und Montjoie, welche heute mit ihren deutschen Mitbürgern in treuer Hingebung wetteifern.

Bestände ein lebendiges Gemeingefühl in der europäischen Staatengesellschaft, so müßte der übermüthige Friedensstörer noch weit tiefer gedemüthigt und gezwungen werden, Savoyen und Nizza an Italien, das altberühmte Westflandern mit Dünkirchen, mit Lille — dem alten Ryssel — mit jenem Douai, wo der flandrische Löwe noch auf dem Rathhause die Wetterfahne schwingt, an Belgien herauszugeben. Doch die Macht der Trägheit, die Angst Europas vor jeder starken Aenderung, das stille Mißtrauen aller Staaten gegen das neue Deutschland wird einen so gründlichen Umbau des Staatensystems schwerlich gestatten.

Das deutsche Land aber, das wir fordern, ist unser durch Natur und Geschichte. Wohl stehen die beiden Ufer hier, wo der Rhein noch als ein ungebändigtes Gletscherwasser, nach Laune sein Bett wechselnd, daherbraust, nicht in so lebhaftem Verkehre, wie abwärts von Mainz. Der Wanderer, der aus einem elsasser Dorfe zum Rheine zieht, geht oft lange durch Buschland und Gerüll, an sumpfigen Altrheinen vorüber und muß leicht eine Stunde am Flusse warten, bis ein elender Nachen ihn zu einer der Burgen des Kaiserstuhls hinüberführt. Aber der Verkehr zwischen dem badischen Oberlande und dem Ueberrhein ist doch nicht mehr erschwert, als zwischen der badischen und der bairischen Pfalz oder Starkenburg und Rheinhessen. Die Natur selber hat die oberrheinische Ebene zur Schicksalsgemeinschaft bestimmt, sie mit gleichgeformten Gebirgswällen umzogen. Auf beiden Ufern erreicht das Gebirg im Süden seine höchste Höhe; dem

Breisgauer Bauern ist der elsasser Belchen der Wetterkündiger, wie der Sundgauer von drüben nach dem Schwarzwälder Belchen und dem Blauen schaut. Auf beiden Ufern zeigt die liebliche Landschaft da ihre volle Schönheit, wo ein Querthal aus der Kette des Gebirgs heraustritt: wo die Engelsburg den Eingang zum Thurthale beherrscht, wo die drei Schlösser von Rappoltstein in den engen Grund hinabschauen, wo die alte Feste Hohen-Barr aus den rothen Felsen des Zornthales aufsteigt — wie gegenüber in Freiburg, Offenburg, Baden. Eine uralte Handelsstraße zieht mitten über die Ebene, durchbricht den Wasgau bei der Zaberner Stiege, den Schwarzwald bei dem Pforzheimer Thore, verbindet das Westerreich, wie unsere Väter sagten, mit dem inneren Deutschland; wo sie den Rhein überschreitet, liegt Straßburg, das Köln des Oberrheins, sein Münster als eine Landmarke weitum im Oberlande sichtbar, wie der Kölner Dom in den bergischen Gauen. Ein Prachtbild deutscher Landschaft! — so hat noch Jeder gedacht, der am frischen Morgen, wenn die Fetzen der Nebel noch an den Felskegeln hangen, auf die Wälle von Schlettstadt trat. Droben auf dem Gebirg der dunkle Tann, den das entwaldete wälsche Land kaum kennt: weiter niederwärts jene hellen Kästenwälder, die Niemand mehr missen mag, wenn er einmal heimisch ward am Rheine; am Abhang die Rebgärten und drunten jene schwellende duftige Ebene, die dem alten Goethe noch in der Erinnerung überschwängliche Worte des Preises für sein „herrliches Elsaß" entlockte. Auch wir Jüngeren, die wir, mit der Schönheit des Gebirges besser vertraut als die Söhne des achtzehnten Jahrhunderts, für die Reize der Ebene weniger Sinn zeigen, hier müssen wir doch mit einstimmen in das Entzücken des Altmeisters, wenn er die breiten Fruchtbäume mitten im Kornfeld schildert und die alten Linden der Wanzenau und das Spiel des Sonnenlichts, das sich in der weiten welligen Fläche in unzähligen Mulden fängt und bricht.

Und mit dem Epheu, der das Gemäuer umrankt, schlingt auch die deutsche Sage ihr wunderbares Gespinnst um die hundert Burgen des Sundgaus. Hier am rauschenden Wasserfall stieg die Riesenjungfrau zu der Nideck hinauf und trug das Bäuerlein mitsammt dem Pfluge und den Rossen in der Schürze. Dort auf Tronja hauste der grimme Hagen der Nibelungen; droben auf dem Wasgenstein tobten die wilden Kämpfe unseres Walthariusliedes. Hier im Thale der Zorn ging Fridolin zum Eisenhammer; dort an der Bergkirche fließt ein Thränenbrunnen der schmerzensreichen heiligen Ottilie, wie jenseits ein zweiter in der stillen Thalbucht bei Freiburg. Ueberall tummelte sich in dem lustigen Ländchen deutscher Humor, deutsche Laune und Lebenslust. Der Graf von Rappoltstein war König aller Sänger und fahrenden Leute des heiligen Reichs,

berief alljährlich die meisterlose Schelmenzunft zu einem ausgelassenen Pfeiferlandtage. Auf dem Rathhause zu Mühlhausen bewahrt man noch den Klapperstein, der keifenden Weibern umgehängt wurde. Ohne den goldenen Wein von Rangen stiege der zierliche Thurm der Theobaldskirche zu Thann nimmermehr so kühn in die Lüfte; es war ein gesegnetes Weinjahr, da kamen die Winzer dem verzweifelnden Baumeister zu Hilfe, mischten den Kalk mit edlem Moste, daß die Fugen des lustigen Baues auch hielten.

In der älteren Geschichte deutscher Kunst hat das Elsaß immer einen ehrenvollen Platz behauptet: seit jener Otfried vor tausend Jahren in der Weißenburger Klosterzelle seinen Krist dichtete — das älteste große Denkmal altdeutscher Dichtung, das uns geblieben — seit Gottfried von Straßburg das liebeglühende Lied von Tristan und Isolde sang und Herr Walther von der Vogelweide das Dichterlob Reinmar's von Hagenau verkündete; seit in Thann und Straßburg jene Wunderwerke gothischer Baukunst sich erhoben, und Martin Schongauer für die gute Stadt Colmar seine treuherzigen Bilder malte. Vornehmlich die Schelmerei, das neckische Spiel des Witzes blieb den leichtlebigen Söhnen unserer Grenze immer eine Freude. Fast alle namhaften Humoristen unserer älteren Literatur waren Elsasser oder doch der Landschaft gesellig verbunden. In Straßburg schrieb der freidenkende, liebenswürdige Schalk Sebastian Brandt sein Narrenschiff, Thomas Murner die boshaften Satiren wider die Lutheraner. Georg Wickram, der in seinem Rollwagen die lustigsten Schwänke unserer Altvordern sammelte, war ein Colmarer Kind, und in dem lothringischen Forbach lebte Fischart — der Gewaltigste unter den wenigen Deutschen, die in der komischen Dichtung geniale Kraft offenbarten.

Und welches Gewirr politischer Kräfte, welche Macht und Kühnheit deutschen Bürgerthums sammelte sich in dem kleinen Lande, als noch die Löwen der Hohenstaufen von der Hochkönigsburg herrschend niederschauten: elf freie Städte des Reichs, darunter Hagenau, die Lieblingsstadt des Rothbarts, der er die Reichskleinodien anvertraute, und, alle überstrahlend, Straßburg. Was hat die Hauptstadt des Departements Bas-Rhin gethan und erlebt, das sich auch nur vergleichen ließe mit der uralten, in ihrer Kleinheit großen, in ihrer Bescheidenheit stolzen Geschichte der deutschen Reichsstadt? Ihr Bisthum hieß das edelste unter den neun großen Stiftern, die sich die Pfaffengasse des Rheines entlang zogen; von der altdeutschen Redlichkeit und Tapferkeit ihrer Bürger ging allezeit großes Gerücht im Reiche. So theilte sie getreulich alle Schicksale der rheinischen Städte, auch die Krankheiten, die Leib und Seele unseres Bürgerthums

heimsuchten — den schwarzen Tod und seinen Genossen, den Judenbrand. Sie stand fest zu der rheinischen Hansa, rang wie Köln in harten Fehden mit ihrem Bischof, sah die großen Häuser der Zorn und Müllnheim um die Oberhand kämpfen, wie Köln seine Weisen und Overstolzen, sah die Zünftler wider die Geschlechter sich erheben, bis endlich nach dem Siege der Zünfte in dem gemeinen Stadtbuch jene treffliche Verfassung aufgezeichnet wurde, die Erasmus als ein lebendig Beispiel wohlbestallten Regimentes mit dem Staate von Massilia verglich. Die Grenzstadt ließ sich gern des Reiches starke Vormauer nennen, ihre Bürgerschaft sah mit tiefem Hasse auf die wälschen Nachbarn, zog mit den Schweizern vereint wider die Burgunder in's Feld, enthauptete den Landvogt Karl's des Kühnen zu Colmar. Glückliche Tage, da der feste Pfennigthurm den Schatz der reichen Stadt kaum fassen konnte, und Guttenberg hier seine ersten Versuche wagte, da der Ruhm der Straßburger Meistersänger weithin durch's Reich flog und die Bauhütte des Münsters bis nach Thüringen und Sachsen hinein Gericht hielt über die Zunftgenossen, da die befreundeten Züricher auf ihrem glückhaften Schiffe den heißen Breitopf zuthal führten und Bischof Wilhelm von Hohenstein jenen prunkenden Einritt hielt, den die feine Feder Sebastian Brandt's uns so köstlich geschildert hat.

Es kam die Zeit der Reformation. Deutschland erstieg zum zweiten, wie heute zum dritten male einen Höhepunkt seines Lebens, und auch das Volk im Elsaß griff hocherregt mit ein in die großen Kämpfe des deutschen Geistes. In Straßburg, in Schlettstadt und Hagenau leiteten Dringenberg und Wimpfeling die gelehrte Arbeit der Humanistenschulen, Gailer von Kaisersberg predigte im Straßburger Münster deutsch wider die Mißbräuche der Kirche — ein Reichthum geistiger Kräfte, wovon das heutige Elsaß sich gar nichts träumen läßt. Mit Leidenschaft ergriff das mißhandelte Landvolk die weltbefreienden Lehren von Wittenberg; die Bauern im Elsaß erhoben den Bundschuh auf der Stange, wie nebenan die Bauern im Speyergau und im Schwarzwald. Sie kämpften und litten wie jene, der Straßburger Bischof hielt zu Zabern das grausame Strafgericht über die Meuterer wie der harte Speyerer auf Grombach und auf der Kästenburg. Die evangelische Lehre aber blieb aufrecht in den Städten. Vierzehn Städte des Reichs, an ihrer Spitze Straßburg, unterzeichneten auf dem Reichstage zu Speier jenen Protest der sieben Fürsten, der dem neuen Glauben den Namen geben sollte. Nun begann Martin Bucer in Straßburg sein reiches Wirken; die Stadt stand vermittelnd zwischen den Lutheranern des Nordens und der Lehre Zwingli's, sie schenkte dem Protestantismus freigebig seine nie fehlenden Waffen,

gründete die Bibliothek, das Gymnasium und später jene ruhmreiche hohe Schule, an der Hedion und Capito lehrten. Als die Protestanten zu Augsburg ihren Glauben bekannten, da überreichte auch Straßburg mit noch drei oberdeutschen Städten sein freieres Bekenntniß, die Tetrapolitana. Dann ward die Stadt, wie die anderen Hauptstädte Oberdeutschlands, Augsburg, Ulm, Nürnberg, mit hineingerissen in das Unglück der schmalkaldischen Waffen. Noch blieb eine Hoffnung: Frankreichs Hilfe. Aber die deutsche Stadt verschmähte den Bund mit dem Reichsfeinde. Den Tod im Herzen beugte ihr Bürgermeister Jakob Sturm seine Knie vor Karl V., denn der Hispanier war doch der Kaiser. Und als sechs Jahre darauf die Ruchlosen unter den deutschen Protestanten wirklich den Kriegsbund mit Frankreich schlossen und König Heinrich II. als Beschützer deutscher Libertät seine Heere gegen den Rhein vorsandte, da hielt Straßburg abermals treu zu Kaiser und Reich, schloß den Franzosen seine Thore.

Und dies reiche Jahrtausend deutscher Geschichte sollte ganz zerstört sein durch zwei Jahrhunderte französischer Herrschaft? Nur wir Deutschen hier in dem Oberlande, das unsere Väter so gern das Reich nannten, ermessen vollständig, wie fürchterlich die hunnische Wuth der Franzosen an uns gefrevelt hat. Wie anders wäre der Anblick unseres Vaterlandes, wenn wir neben den herrlichen Städtebildern des alten Danzig, Lübeck, Nürnberg auch das alte Speyer, das alte Worms, Freiburg, Heidelberg besäßen, jene thürmestolzen, hochgiebligen Städte, die Merian noch kannte! In der Kirche von Landau steht noch das Grabmal, das Ludwig XIV. seinem Statthalter im Elsaß, dem wilden Catalanen Montclar, dem Zerstörer der prachtvollen Madenburg, errichten ließ; da wird in hochtönendem Latein die christliche Tugend des ruchlosen Mordbrenners gepriesen und salbungsvoll also geschlossen: „gehe hin Wanderer und lerne, daß der Kriegsruhm erst durch die Tugend verherrlicht wird!“ Und war nicht solcher gotteslästerlicher Frevel noch schmählicher für uns, die wir ihn litten, als für die Missethäter selber? Aber das Völkerrecht kennt keine Verjährung. Auch das Weichselland des deutschen Ordens und sein Meisterschloß die Marienburg fielen einst durch die Verrätherei deutscher Stände in die Hände der Fremden; drei volle Jahrhunderte vergingen, bis das erstarkende Deutschland sich mächtig genug fühlte den Raub von den Polen zurückzufordern. Mit gleichem Rechte sühnen wir heute was Frankreich vor zwei Jahrhunderten an unserem Westen verbrach.

Sobald die drei lothringischen Bisthümer durch den Verrath Moritz's von Sachsen an Frankreich gekommen, trachtete die Pariser Politik in schlauer Berechnung zunächst das Elsaß zu gewinnen, weil dann der um-

klammerte Ueberrest Lothringens von selber nachfolgen mußte, und die unsägliche Erbärmlichkeit jener zahllosen kleinen Herren, die sich in das Elsaß theilten, gewährte den Zettelungen französischer Ränke den dankbarsten Boden während der faulen Friedensjahre nach dem Augsburger Religionsfrieden. Auf den Trümmern von Hohen-Barr steht noch zu lesen, daß Johann von Manderscheidt, Bischof von Straßburg, im Jahre 1584 hanc arcem nulli inimicam errichtet hat. Die Grenzfeste gegen Frankreich — Niemandem feindlich! Liegt nicht in diesen zwei Worten die grimmigste Satire auf die schimpfliche Ohnmacht des sinkenden deutschen Reichs? Gemahnen sie nicht an jene köstliche Inschrift „gieb Frieden, Herr, in unseren Tagen“, welche das streitbare Heer des Fürstbischofs von Hildesheim auf seinen Hüten trug? Also war der hohe Adel der weiland großen deutschen Nation bereits in seiner sittlichen Kraft erschüttert, als im dreißigjährigen Kriege der Kurfürst von Baiern das Elsaß den Franzosen preisgab und dann der westphälische Friedensschluß in vieldeutigen Worten die Rechte, welche bisher dem Hause Oesterreich dort zugestanden, der Krone Frankreich übertrug.

Es war eine Nothwendigkeit, daß Frankreichs schroffe Staatseinheit jetzt darauf ausging, die Trümmer deutscher Kleinstaaterei, welche in seinem neuen Gebiete noch eingesprengt lagen, vollends zu zerstören. Seine Residenten saßen in Straßburg, in seinem Solde standen jene drei Gebrüder Fürstenberg, welche die Höfe von München, Köln und Straßburg beherrschten und den empörten Zeitgenossen die Egonisten hießen. Doch während der Adel also Frankreichs Netze spann, blieben dem Volke im Elsaß deutsche Geisteskraft und deutsche Treue noch lange unverloren. Eben damals ward in Rappoltsweiler jener Philipp Jakob Spener groß, der den sittlichen Gehalt des erstarrten Lutherthums zu neuem Leben erweckte, und freudig jubelte das Volk dem Brandenburger zu, der mit den Franzosen am Oberrheine rang und dann die Schweden bei Fehrbellin aus seinen Marken schlug. Ein Volkslied, gedruckt zu Straßburg 1675, zu singen nach der alten Protestantenweise „Gustav Adolf hochgeboren“ hebt also an: „der große Kurfürst zog mit Macht, um Frieden zu erlangen, er suchet der Franzosen Pracht und ihres Trotzes Prangen zu brechen durch die Kriegeskunst“. So grüßte die ferne Westmark den ersten Helden des neuen nordischen Staates zum ersten male mit dem Namen des Großen.

Unterdessen bohrte sich die französische Politik tief und tiefer in das morsche Reich; die zehn kleinen Reichsstädte im Elsaß wurden der Souveränität des Königs unterworfen, und dann gab ein Verrath, dessen schmutzige Fäden noch heute im Dunkeln liegen, auch Straßburg in Ludwig's

Hände. Welch ein Tag, jener 24. Oktober 1681, da der neue Herrscher seinen Einzug hielt: die Bürger der freien Reichsstadt auf den Knien Treue schwörend, während draußen deutsche Bauern an den Schanzen der Citadelle frohndeten! Am Thore des Münsters empfing Bischof Franz Egon von Fürstenberg den König, dankte ihm, daß er den Dom den Ketzern wieder entrissen, und rief: Herr, nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren seit er seinen Heiland gesehen! Rebenac aber, Ludwig's Gesandter, betheuerte in Berlin, der König sei im Geringsten nicht gemeint gewesen, den Frieden des Reichs zu brechen. Grausame Mißhandlungen wider die Straßburger Protestanten bildeten den würdigen Abschluß des ewig schmachvollen Hergangs. Dann hat die Hauspolitik der Habsburger dreimal die bereite Gelegenheit der Wiedereroberung versäumt und schließlich auch Lothringen preisgegeben.

Die Franzosen begannen langsam und vorsichtig die Lande zu gallisiren: nach Jahren erst wurde die selbständige Verwaltung der lothringischen Allemagne beseitigt, abermals nach Jahren die deutsche Kanzlei am Hofe zu Versailles aufgehoben. Und doch ist gerade in dieser Zeit der Fremdherrschaft das Elsaß dem deutschen Volke tief ins Herz gewachsen. Denn deutscher ist kein Buch, als jenes einzige, das von dem allerschönsten Geheimniß des Menschendaseins, von dem Werden des Genius erzählt, und wärmer, inniger kein Bild aus Goethe's Leben als die Geschichte der glückseligen Liebezeit im Elsaß. Aus dem Pfarrhause von Sesenheim ist ein Strahl der Liebe in die Jugendträume jedes deutschen Herzens gedrungen; dies deutsche Haus bedroht von der Ueberfluthung wälscher Sitte — das scheint uns Allen wie ein entweihtes Heiligthum. Das frohe, sang- und tanzlustige Völkchen aber, das Goethe kannte, lebte so dahin, wenig bekümmert um sein politisches Zwitterdasein, wenig berührt von fremder Sprache und Sitte. Die Straßburger Hochschule begann zwar schon nach französischer Weise mehr auf die praktische Brauchbarkeit als auf die Tiefe des Wissens zu halten; doch sie lehrte noch deutsch, stand durch ihre Zierden Schöpflin und Koch mit der deutschen Wissenschaft in lebendigem Verkehre, ward von vielen jungen Männern aus dem Reiche, von Goethe, Herder, Lenz, Stilling, Metternich besucht. Die Stadt hielt auch unter der drückenden Oberaufsicht königlicher Prätoren ihre alte Verfassung fest, nannte sich selber eine freie Stadt unter Frankreichs Schutz und war hundert Jahre nach der Einverleibung noch ebenso wenig französisch, wie Danzig polnisch war unter dem Schutze der Krone Polen.

Erst die Revolution hat die Elsasser dem Staate und der Staatsgesinnung der Franzosen eingefügt. Sie vereinigte die noch übrigen kleinen deutschen Herrschaften des Elsaß mit dem französischen Gebiete, vernichtete

hier wie überall das Sonderrecht der Provinz. Selbst der alte glorreiche Name des Landes mußte den für die französische Eitelkeit charakteristischen Bezeichnungen „Oberrhein" und „Niederrhein" weichen. — Niederrhein hier, wo der Strom noch nicht einmal große Schiffe trägt! In den Stürmen der großen Umwälzung lernten die Elsasser, wie alle Bürger Frankreichs, ihrer Vergangenheit zu vergessen. Und dies ist der wesentliche Grundzug der modernen französischen Staatsgesinnung, der letzte Quell der Krankheit ihres Staates: die Nation hat gebrochen mit ihrer Geschichte, was über die Revolution hinausliegt ist ihr todt und abgethan. Vor dreißig Jahren begann die Stadt Straßburg die Herausgabe ihrer treuherzigen alten Chroniken, ein Werk der Heimathliebe, ohne Zweifel; aber den Deutschen, dem seine Vorzeit noch eine lebendige Wahrheit ist, überkommt ein unheimliches Frösteln, wenn er die kühle Vorrede liest, die der Maire der Stadt, Schützenberger, geschrieben. Da wird von der herrlichen reichsstädtischen Zeit genau in demselben Tone geredet, wie von der Thatsache, daß die achte Legion einst in Argentoratum ihr Standlager hatte. Was vor dem vergötterten Jahre 89 geschah, gehört der antiquarischen Forschung; keine Brücke führt mehr hinüber von dem Heute zum Gestern.

Gräßliches, Ungeheures mußte geschehen, um eine so grundtiefe Wandlung der Staatsgesinnung zu vollziehen; kaum irgendwo sonst hat der Convent seinen Vernichtungskrieg wider die Provinzen so blutig, so erbarmungslos geführt wie in Straßburg. Die treue und schwere Art der deutschen Bürger vermochte den launischen Zuckungen des gallischen Geistes so schnell nicht zu folgen. Die Stadt schwärmte für das constitutionelle Königthum und hielt noch fest an ihrem Glauben, als die Pariser längst die Krone zerbrochen hatten; sie begeisterte sich sodann für das rhetorische Pathos der Gironde, als die Pariser schon die Jacobinermütze trugen; und als sie endlich den Jacobinern verfiel, da blieb in ihren heimischen Demagogen, in Eulogius Schneider und dem Schuster Jung, doch noch ein Zug von deutschem Idealismus, deutscher Billigkeit lebendig. Also waren die Straßburger den Terroristen als Gemäßigte verdächtig, und nun stürzte sich die Gleichheitswuth, die Einheitsraserei des Conventes mit scheußlicher Wildheit auf die deutsche Stadt. St. Juste und Lebas erklärten die Guillotine in Permanenz um das Elsaß zu „nationalisiren" und von den deutschen Barbaren zu säubern. Die deutsche Tracht ward verboten, das Münster zum Tempel der Vernunft geweiht, seinem Thurme die rothe Mütze aufgestülpt; alles Ernstes beantragte der Club der Propaganda, jeden Bürger, der nicht französisch rede, zu deportiren.

Derweil also unter blutigen Gräueln der Trotz der deutschen Stadt dahinsank, wurde das Landvolk durch die Wohlthaten der Revolution für

Frankreich gewonnen. Hier galt noch deutsches Bauernrecht, der Bauer litt unter harten grundherrlichen Lasten, war da und dort noch leibeigen und wurde jetzt durch die Nacht des vierten August plötzlich ein freier Grundbesitzer. In einem Theile des inneren Frankreichs dagegen herrschten der Halbbau oder andere drückende Pachtsysteme, und die neuen Gesetze änderten wenig an der Lage des Landvolks. So geschah das Seltsame, daß Frankreichs deutsche Bauern die Revolution segneten, während das französische Landvolk in der Vendee sie leidenschaftlich bekämpfte. Der alte Freiheitstrotz der Alemannen erwachte; die Bauern im Elsaß drängten sich zu den Fahnen der Republik, und während der Kämpfe jener wilden Tage berauschten sie sich an zwei neufranzösischen Gedanken, welche mit jener Verachtung der Vorzeit fest zusammenhängen: fortan lebte in ihnen ein fanatischer Gleichheitssinn, dem jeder noch so harmlose Vorzug der Geburt als Feudalismus verhaßt ist, und das maßlose Selbstgefühl des vierten Standes, der in Frankreich nicht vergessen kann, daß einst das Dasein des Staates auf den Spitzen seiner Piken ruhte. Graf Wurmser aber, unter dessen Befehl das österreichische Heer vor den Weißenburger Linien focht, war ein Elsasser Edelmann, tief eingeweiht in die geheimen Umtriebe seiner unzufriedenen Standesgenossen; er verhehlte nicht, daß sein gutes Schwert die Herrlichkeit des Junkerthums wiederherstellen solle. Also erschien der Krieg gegen Deutschland dem elsasser Landmann als ein Krieg für die Freiheit des Leibes und der Scholle.

Dann ward das Volk vollends bezaubert durch den Ruhm des Soldatenkaisers, der die kriegerische Kraft dieser Deutschen so trefflich zu nutzen verstand. Das deutsche Reich ging jammervoll zu Grunde. Die Elsasser Pfeffel und Matthieu spielten die Vermittler beim schmutzigen Tauschgeschäft, als unsere Fürsten sich in des Reiches Fetzen theilten. Die letzte Achtung vor dem deutschen Staate war dahin. Als Deutschland endlich sich erhob, als die Verbündeten in Frankreich einfielen, da wähnte das Volk im Elsaß abermals die Segnungen seiner Revolution bedroht. Die festen Plätze, von Bürgern und Soldaten tapfer vertheidigt, hielten lange Stand, in den Vogesen führten bewaffnete Bauerschaaren den kleinen Krieg, kreuzigten gefangene deutsche Soldaten, verübten unmenschliche Gräuel, also daß Rückert über die entdeutschte Zucht des Landes klagen konnte. Zahlreiche Bilder in den Kirchen und altfränkischen Bürgerhäusern erinnern noch jetzt an diesen Volkskrieg wider die étrangers. Es folgte die elende Zeit der deutschen Demagogenjagd; deutsche Flüchtlinge fanden im Ueberrhein Schutz und Zuflucht, Straßburger Pressen druckten was die deutsche Censur verbot, und der Elsasser schaute mit Verachtung auf die alte Heimath als auf ein Land der Ohnmacht und

der Knechtschaft. Und da ja immer widernatürliche Zustände unheimliche Volkskrankheiten erzeugen, so wurde grade dies eroberte deutsche Land zum Heerde des Chauvinismus. Der Lauf des Rheines, der Saar, der Mosel verwies die Landschaften auf den Verkehr mit Deutschland, sie verlangten nach neuen Eroberungen, rühmten sich alle andern Provinzen Frankreichs an „Patriotismus" zu übertreffen, sendeten ihre Söhne mit Vorliebe in das Heer, und vor zwei Jahren waren allein die kriegslustigen Lothringer bereit, den Vorschlag der allgemeinen Wehrpflicht anzunehmen, den die Selbstsucht der Franzosen verwarf. Ein anschauliches, dem Deutschen schier unbegreifliches Bild von dieser französischen Gesinnung der Grenzlande geben die vielgelesenen „nationalen Romane" der beiden Elsaß-Lothringer Erckmann und Chatrian, der Friedensprediger unter Frankreichs Dichtern. Grunddeutsche Menschen, diese wackeren Pfalzburger, die hier auftreten, deutsch in Sprache und Empfindung, doch die Erinnerung an die alte Verbindung mit dem Reiche ist ihnen verloren bis auf die letzte Spur, sie schwärmen für die Tricolore, hassen ingrimmig den Prussien, und die Erzähler selber — schreiben französisch!

Wohl faßt uns Deutsche ein Grauen, wenn wir heute in Gunstett und Weißenburg die blinde Wuth von 1815 wieder aufleben, wenn wir diese deutschen Menschen in deutscher Sprache wider die „deutschen Hunde", die „Stinkpreußen" schmähen und gleich reißenden Thieren wüthen sehen gegen ihr Fleisch und Blut. Und dennoch sind wir nicht befugt, den Stab zu brechen über das verirrte Volk, das trotz alledem zu den tüchtigsten deutschen Stämmen zählt. Schon Arndt entschuldigte mit gutem Grunde die Elsasser wider Rückert's herben Vorwurf. Was uns an den Unseligen empört, ist doch nichts Anderes als der alte deutsche Particularismus, als jener verhängnißvolle Trieb des Deutschen, etwas Anderes, etwas Besseres zu sein als der deutsche Nachbar, das eigene Ländle für das Land der Mitte zu halten und bei dem einmal ergriffenen Banner in blinder Treue festzustehen — nur daß hier unter höchst unnatürlichen Verhältnissen die alte deutsche Erbkrankheit in der allerhäßlichsten Gestalt erscheint. Sehet hin auf die mißbrauchten Unglücklichen, die bei Wörth und Forbach den deutschen Kriegern meuchlerisch in den Rücken fielen: so sind die Deutschen, welche die große Auferstehung unseres Volkes während der letzten zwei Jahrhunderte nicht mit erlebten, und so wären wir heut Alle, wenn es kein Preußen gäbe. Der Elsasser ist nicht ein Franzose schlechtweg, er will es nicht sein, er blickt mit Mißtrauen, oft mit Haß auf den Wälschen; er fühlt sich als ein Glied des auserwählten Völkchens, das alle Franzosen durch Fleiß und kriegerische Kraft, alle Deutschen durch sein Franzosenthum übertrifft. Auch andere Deutsche setzten

einst ihren Stolz darein, den Königen von Polen, Schweden, Dänemark, England deutsche Treue zu erweisen; noch grimmiger als heute die Elsasser kämpften einst die Stettiner für die Krone Schweden gegen den großen Kurfürsten. Erst der erstarkende preußische Staat hat uns Anderen ein deutsches Vaterland wieder geschenkt.

Woher sollten auch die Elsasser Achtung lernen vor dem deutschen Wesen? Was anders sahen sie vor ihrer Thür als die Lächerlichkeit der Kleinstaaterei und — jene Spielbank von Baden, wo deutsche Gemüthlichkeit sich demüthig beugte vor französischer Unzucht? Das alte Reich, dem sie einst treulich angehangen, war versunken; von dem neuen Staate, der sich glorreich emporhob, wußten sie nichts. Wie lang ist's her, daß bei uns selber die öffentliche Meinung als Deutschlands Fall beklagte, was Deutschlands Erwachen war? daß es wohl eine französische und habsburgische, doch nicht eine deutsche Ansicht der deutschen Geschichte gab? Noch am Anfang des Jahrhunderts pflegte der deutsche Patriot den letzten Grund der deutschen Zerrissenheit in der Entstehung des preußischen Staats zu suchen. Und wie war doch das Bild von Deutschland, das noch vor vierzig Jahre unsere Radikalen, nach Heine's Vorgang, zu entwerfen pflegten? Die deutsche Nation ein philosophirendes und biertrinkendes, doch übrigens unschädliches und bedientenhaftes Volk, ihre Kleinstaaten durch die große Revolution und den großen Napoleon mit einigen Freiheitsgedanken gesegnet, doch leider im Norden der Staat des Corporalismus und des Feudalismus, der räuberische Staat der hoberaux. Eben dies Zerrbild von Deutschland ist in Frankreich bis zum heutigen Tage lebendig geblieben. Allerdings hat das zweite Kaiserreich, das sich so viele unfreiwillige Verdienste um Deutschland erwarb, auch das Selbstgefühl der Elsasser ein wenig erschüttert. Einzelne Denkende erkannten wohl die sonnenklare Thatsache, daß jeder deutsche Staat heute ungleich freier ist als das kaiserliche Frankreich; doch die Masse des Volks, mißleitet von einer unbeschreiblich dummen Provincialpresse, blieb ohne jede Kunde von dem ungeheuren Umschwung, der sich in Deutschland vollendete, sie lebte weiter in den alten Träumen.

Hat sich nun in diesem französisch-gesinnten deutschen Stamme eine eigenthümliche neue Gesittung herausgebildet? Die Elsasser, nach deutscher Weise geneigt die Noth zur Tugend zu machen, gefallen sich oft in der Versicherung, ihr Land bilde das vermittelnde Glied zwischen der romanischen und der germanischen Welt, sei darum heute bedeutsamer für das Culturleben Europa's denn früher als deutsches Reichsland. Niemand hat diesen Gedanken geistreicher und feiner entwickelt als der hochgebildete Ch. Dollfus aus Mülhausen. Um das Jahr 1860 schien es wirklich, als

sollte die Provinz mit Erfolg dieses Vermittleramtes warten. Die Revue germanique, zumeist von Elsassern geschrieben, versuchte den Franzosen ein treues Bild von deutscher Wissenschaft zu geben; der Temps, gleichfalls von Elsassern geleitet, bemühte sich unser Staatsleben unbefangen zu würdigen. Auch Franzosen von altkeltischem Blute äußerten damals, nur das Wiederaufgraben der halbverschütteten germanischen Kräfte könne dem französischen Boden neue Triebkraft schenken, und wir Deutschen schauten mit ehrlicher Freude dem ungewohnten Treiben zu. Doch alle diese Versuche sind gänzlich gescheitert, und sie mußten scheitern. Die Freude der Franzosen an den Werken unseres Geistes beruhte jederzeit auf der stillschweigenden Voraussetzung, daß wir noch immer jenem alten Zerrbilde entsprächen, noch immer ein staatloses Volk von Dichtern und Denkern seien. Sobald die böhmischen Siege die Macht des deutschen Staates offenbarten, trat im französischen Leben eine Wandlung ein, die wir Deutschen nicht genugsam beachtet haben. Der Einfluß deutscher Ideen kam in's Stocken, die Revue germanique ist längst untergegangen, der Temps hat dem neuen norddeutschen Bunde genau dieselbe Gehässigkeit erwiesen wie alle anderen französischen Blätter, und nach allem Gräßlichen, was wir in den jüngsten Wochen erlebten, ist für die nächste Zukunft eine noch tiefere Entfremdung zu erwarten.

Und war denn das Elsaß in Wahrheit ein Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich? Zum Vermitteln gehört doch ein gegenseitiges Geben und Empfangen. Was aber haben wir von den Elsassern empfangen? Was waren sie uns? Ihre guten Köpfe gingen einfach dem deutschen Leben verloren, wurden Franzosen mit einem Anflug deutscher Bildung, wie jener Dollfus selber, dienten den Fremden, nicht uns. Der Verlust der deutschen Provinzen würde für Frankreich unendlich mehr bedeuten als eine Verminderung der 89 Departements um drei; er wäre nicht blos ein furchtbarer moralischer Schlag — denn diese Lande sind der Stolz der Nation, der vielumkämpfte Preis alter Siege, die gerühmte terre classique de la France — sondern auch eine ganz unersetzliche Einbuße an geistigen Kräften. Man erstaunt, in jeder großen Stadt Frankreichs, überall und in allen Lebensstellungen, die fleißigen, gescheidten, zuverlässigen Söhne des Elsaß zu finden. Die Bevölkerung des Departements Niederrhein, die doch nach deutscher Weise gesund und fruchtbar ist, hat sich in den fünfziger Jahren erheblich vermindert, durch das massenhafte Ausströmen in die Städte Frankreichs. Und diese regelmäßige Aufsaugung deutscher Kräfte durch das französische Volk sollten wir als eine gesunde Wechselwirkung anerkennen — jetzt da wir die Macht besitzen den krankhaften Zustand zu beendigen? Die Schweiz ist wirklich ein Land des

Ueberganges, der Vermittlung; hier lernen, verbunden durch eine lose und freie Verfassung, drei Nationen einander zu würdigen und zu schonen. Doch der centralisirte Staat, das herrische Volksthum Frankreichs kann einer Provinz weder ein selbständiges Culturleben noch eine eigene Sprache gestatten.

Die amtliche Statistik verschmäht dort grundsätzlich nach den Sprachverhältnissen zu forschen, wie ihr Direktor Legoyt oftmals laut bekannte. Der Staat nimmt an, daß jeder Franzose französisch verstehe; die Welt darf nicht erfahren, wie vielen Millionen Basken, Bretonen, Provençalen, Flamändern, Deutschen die Staatssprache fremd ist; die abweichende Volkssprache soll zum Dialekte, zur Sprache der Unbildung herabgewürdigt werden. Mit rücksichtsloser Beflissenheit hat die französische Bureaukratie im Elsaß auf dies Ziel hingearbeitet, so fanatisch, daß Napoleon III. zuweilen die Plumpheit der Uebereifrigen ermäßigen mußte. Der gesammte höhere Unterricht ist französisch, neuerdings versucht man sogar durch die Einführung französischer Kindergärten die Jugend schon im zartesten Alter der Muttersprache zu entfremden. Wer reines nordisches Hochdeutsch spricht wird zuweilen mit halbgebildeten Elsassern sich leichter verständigen wenn er sein Französisch zu Hilfe nimmt: den Leuten ist nur der Dialekt der Heimath noch ganz geläufig. Aber das Unternehmen, die Sprache eines großen Culturvolks herabzudrücken zu der Rohheit des keltischen Patois der Bretonen, ist ein Wahnwitz, eine Sünde wider die Natur. Ewig wahr bleibt der Spruch unsrer derben Altvordern: „also deutsch Herz und wälsches Maul, ein starker Mann und lahmer Gaul, zusammen sich nicht schicken.“ Die aufgedrungene fremde Sprache hat die höheren Stände des Elsasses in ihrem Gemüthe, in ihrem Seelenleben unsäglich geschädigt, dem geistigen Leben der Provinz den Charakter einer Bastardbildung, die nicht Fisch nicht Fleisch ist, aufgeprägt. Unglückliche Geschöpfe, diese deutschen Knaben, die dort in goldgeränderten Lyceistenmützen unter der Obhut eines eleganten Abbés einherziehen: an Boileau und Racine soll sich ihr deutsches Gemüth erheben, und in der Sprache Goethe's reden sie gräulich wälschend mit den Dienstboten!

In dem Kampfe selbständiger Cultursprachen erringt leider die Formgewandtheit meist den Sieg über die Tiefe, die Gediegenheit der Bildung. Denn am letzten Ende hängt das Volksthum des jungen Geschlechtes von den Müttern ab; und Frauen widerstehen nicht leicht dem Zauber der glänzenden Form. Während in der Regel das Weib, treuer als der Mann im Guten wie im Schlimmen, auch zäher als er an der väterlichen Sitte festhält, verwälschen die elsässer Frauen schneller als die Männer; das lehrt der Augenschein, das lehrt die von allen Volksbibliotheken der Pro-

vinz übereinstimmend berichtete Wahrnehmung, daß die Frauen fast nur französische Bücher lesen. Die Sprache des Staats, der guten Gesellschaft und der großen Geschäfte ist französisch; desgleichen die Sprache der Bücher und der Zeitungen — (denn jene barbarische deutsche Uebersetzung, die der Franzose Herr Schneegans neben den französischen Text seines niederrheinischen Curiers zu stellen pflegt, wird besser mit einem mitleidigen Schweigen übergangen). Wer jemals drei Generationen eines elsasser Hauses neben einander sah, der hat auch die zunehmende Verwälschung der höheren Stände handgreiflich vor Augen gehabt. Erinnert man diese Menschen an ihre herrliche deutsche Vorzeit, so hilft ein zuversichtliches „wir sind Franzosen" über alle Gründe hinweg; der Gelehrte, wie jener Schützenberger, fügt wohl auch einige tiefsinnige Redensarten hinzu über die Wandelbarkeit aller irdischen Dinge, die selbst das Volksthum zerstöre. Der Staatsdienst, die Niederlassung zahlreicher Franzosen in der Provinz, mannichfache Familien- und Geschäftsverbindungen beschleunigen die unnatürliche Entartung. Von den großen Geschlechtern des Landes sind die Einen auf das rechte Ufer gezogen, so die Schauenburg, Böcklin, Türkheim, die Anderen fast sämmtlich dem französischen Wesen verfallen — so die Reinach, Andlau, Vogt von Hunolstein. Ein Zorn von Bulach war es, ein Sohn jenes ruhmvollen alten Reichsbürgergeschlechts, der kürzlich im gesetzgebenden Körper in stürmischer chauvinistischer Rede die Befestigung von Hüningen verlangte, damit das Vaterland nicht dem Deutschen zur Beute falle.

Wie herrlich erscheint neben solcher Verwälschung der Gebildeten das treue Beharren der alemannischen Bauern bei der Sitte der Väter. Hier, unter den kleinen Leuten, wo die Bildung nichts gilt und das gesammte geistige Leben im Gemüthe enthalten ist, herrscht noch unumschränkt die deutsche Sprache, die auch unter den Vornehmen noch oft die Sprache des Gemüthes, des häuslichen Heerdes geblieben ist. Tritt der deutsche Wanderer in ein Dorf der Vogesen, so begrüßt ihn am Eingang irgend eine Verordnung in französischer Sprache oder eine auf die Mauer gemalte Anzeige der großen Pariser Reclamenfirmen Chocolat Meunier und Au pauvre diable. Doch im Dorfe selbst ist Alles deutsch: rothe Westen, große Pelzmützen und Dreispitze — uralte Volkstrachten wie nur in den entlegenen Thälern des Schwarzwaldes. Oft gilt der Name Wälsch noch als Schimpfwort, oft reden nur der Maire, der Cantonnier und einige jüngere weitgewanderte Burschen geläufig die fremde Sprache; alle Verordnungen, die das Volk ernstlich kennen soll, müssen in beiden Sprachen verlesen werden. Die Kinder französisch zu unterrichten ist entweder unmöglich oder sie vergessen nach wenigen Jahren das mühselig Erlernte.

Freudig wie der Ditmarscher betrachtet der Sundgauer Bauer das Storchennest auf seinem Strohdach, er steht mit seinem Storche in gemüthlichem Verkehr wie jener mit seinem Hadbar, nimmt gewissenhaft wie Jener den Miethzins in Empfang, den der Vogel alljährlich herunterwirft. Liest er etwas, so liest er die herzhaften Schwänke des hinkenden Boten, wie sein Schwarzwälder Nachbar drüben. Unter den Holzhauern oben im Wasgau, die im Winter die Stämme auf mächtigen Schlitten den jähen Abhang hinunterstoßen, ist für den Forscher noch ein reicher Schatz uralter deutscher Sagen und Bräuche zu heben; der Wälsche belegt die handfesten Gesellen mit dem köstlichen Namen schlitteurs.

Doch die gewaltigste unter allen den Kräften, welche das deutsche Wesen noch aufrechthalten, ist der Protestantismus, der feste Schild deutscher Sprache und Sitte hier wie im transsylvanischen Gebirg und an den fernen baltischen Gestaden. Die starke Wurzel unserer modernen deutschen Bildung bleibt doch das freie lebendige Nebeneinander der Glaubensbekenntnisse, und an diesem Grundzuge deutschen Lebens, der uns von dem katholischen Süden wie von dem lutherischen Norden unterscheidet, hat das paritätische Elsaß vollen Antheil. So lange der Landmann noch aus deutschem Gesangbuche „Ein' feste Burg ist unser Gott" singt, wird das Deutschthum im Wasgau nicht untergehen. Jener liebevoll werkthätige Geist, der in dem alten Spener und später in dem trefflichen Oberlin, dem Wohlthäter des Steinthals, waltete, lebt noch heute in den wackeren evangelischen Seelsorgern des Elsaß, und vielleicht sind sie die Einzigen im Lande, welche im Stillen die Rückkehr zu Deutschland ersehnen. Treue Liebe zu dem Lande der Dragonaden und der Cevennenkriege konnte die schändlich mißhandelte evangelische Kirche ja doch niemals hegen. Deutsche Wissenschaft, der freie kühne Forschermuth der Tübinger Schule waltet unter den trefflichen Gelehrten der Straßburger evangelischen Facultät, deren einige noch deutsch lehren; den Franzosen danken sie nur einen rührigen praktischen Sinn, der die erkannte Wahrheit auch dem Leben, der Verfassung der Gemeinden einzuprägen sucht.

Und was ist überhaupt gesund und tüchtig im Elsaß? Was hebt diese Landschaft empor aus jenem finsteren Nebel der Genußsucht und der pfäffischen Verdummung, welche über den meisten anderen Provinzen Frankreichs ruht? Allein ihr Deutschthum. Deutsch ist jener rührige Bürgersinn, jener unausrottbare Drang nach Selbstverwaltung, der auch vor den Künsten napoleonischer Präfekten nicht gänzlich weichen und vor dem monarchischen Socialismus des zweiten Kaiserreichs sich nicht beugen wollte. Mögen die ehrenwerthen Mitglieder der société industrielle de Mulhouse immerhin glauben, daß sie Franzosen seien mit Leib und Seele, und an

den Straßenecken ihrer Arbeiterstadt die Inschriften place Napoléon und rue Napoléon anbringen — dies bewundernswürdige Unternehmen freien Bürgergeistes konnte doch nur auf germanischem Boden entstehen, wie auch das große städtische Arbeitshaus Ostwald bei Straßburg nur durch eine deutsche Stadt gegründet werden konnte. Die cités ouvrières in französischen Städten, wie in Lille, sind durch den Staat geschaffen. Deutsch ist die thätige Sorge der Gemeinden und Hausväter für den Volksunterricht, die immerhin bewirkt hat, daß durchschnittlich von hundert Neuverheiratheten im Oberrhein nur 6 bis 7, im Unterrhein nur 2 bis 3 nicht schreiben konnten — ein Ergebniß, das neben den deutschen Zuständen bescheiden, neben den französischen glänzend erscheint. Deutsch ist der Geist jener Volksbibliotheken und Gesangvereine, die mit den Präfekten in beständigem Hader lagen; deutsch ist trotz der wälschen Sprache die gelehrte Bildung, die in der Revue critique und den Werken der Provincialhistoriker so Tüchtiges leistet; deutsch auch unter den Französischredenden der naturfrischere, derbere und jugendlichere Zug des Lebens, der von keltischer Unzucht wohl angefressen, doch noch nicht zerstört ward. Und sind nicht auch die Kriegertugenden des Elsasses deutsch? Seine Treue und Mannszucht, jener Fleiß in der Ausbildung des einzelnen Mannes und jene Lust am sorgfältigen Schießen, die ihn allein unter allen französischen Soldaten zum Parteigängerkriege befähigen und hier allein eine erste Art freiwilliger Volksbewaffnung, die franctireurs, hervorgerufen haben?

Doch leider, mögen wir die unverwüstliche deutsche Art des Elsassers preisen, der Gelobte nimmt das Lob nicht an; er bleibt dabei, daß er kein Schwabe sei und alle Schwaben gelbe Füße haben. Er ist durch Frankreich früher als wir Deutschen in das großartige Getriebe der modernen Volkswirthschaft eingeführt worden, er dankt ihm musterhafte Verkehrsanstalten, ein weites Marktgebiet, den Zufluß gewaltiger Capitalien, hohe Arbeitslöhne, die noch heute zur Erntezeit den badischen Feldarbeiter schaarenweis über den Rhein ziehen. Er hat von den Franzosen einiges savoir-faire gelernt, seine Betriebsamkeit steht im Ganzen höher als die deutsche nebenan, sticht in einzelnen Zweigen — so in der Kunstgärtnerei — sehr auffällig ab von der Bequemlichkeit des badischen Nachbars. Er ist seinem großen Staate verbunden nicht blos durch alte Treue und alten Stolz, sondern auch durch materielle Bande, deren Macht wir in unserem freieren Staatswesen selten nach Gebühr würdigen. Die bureaukratische Centralisation bietet unter tausend Sünden doch den einen Vorzug, daß sie wie ein fester Mörtel in jede Fuge des socialen Gebäudes dringt, das Herausbrechen eines Steines aus der Mauer unsäglich er-

schwert. Welche Arbeit bis alle die tausend Fäden abgeschnitten sind, die von Straßburg und Colmar nach Paris hinüberführen. Die fonctionnomanie der Franzosen, ihre Sucht vom Staate Vortheil zu ziehen, und sei es nur durch ein bureau de tabac, ist auch in diese Grenzlande hinübergedrungen. Eine Unzahl von Beamten, Pensionären und Veteranen lebt in der Provinz, und sind nicht fast alle großen Verkehrs- und Creditinstitute in Wahrheit Staatsanstalten? Welche Macht liegt nicht in der Hand der großen Ostbahn, welche dem Namen nach eine Privatbahn, thatsächlich eng mit dem Staate verbunden ist! Kommt das Land an Deutschland und diese Bahn bleibt was sie ist, so wird jeder Bahnwärter und jeder Schaffner französische Propaganda treiben.

Den geringsten Widerstand vermuthlich wird die Wiedereroberung im Niederelsaß finden; hier ist ein Drittel des Volks protestantisch, ein schwunghafter Verkehr geht nach Baden und der Pfalz. Weit ungünstiger liegen die Dinge am Oberrhein, wo ein mächtiger Clerus den Haß eines lebhaften, leicht erregbaren Geschlechts wider Deutschland schürt und an dem protestantischen Zehntel der Bevölkerung kein Gegengewicht findet. Die Industrie von Mülhausen arbeitet zumeist für Frankreich, obwohl die Kattun- und Musselingeschäfte des Platzes seit den neuen Handelsverträgen auch auf den Leipziger Messen stark vertreten sind. Die alten Erinnerungen der Schweizerstadt widerstreben dem deutschen Staate; ihre Patricier tragen geflissentlich französische Gesinnung zur Schau; ihre Arbeitermassen, weither, zumeist aus Deutschland, zusammengewürfelt, zeigten sich immer empfänglich für das hohle Pathos des Pariser Demagogenthums. Die allergehässigste Feindseligkeit aber droht uns in Deutschlothringen. Hier, unter einem fast ausschließlich katholischen Volke, hat deutsche Gesittung niemals so großartig sich entfaltet wie im Elsaß; seit mehr denn hundert Jahren wird sie durch die schlechten Künste des französischen Beamtenthums mißhandelt — am Rohesten in den alten luxemburgischen Landstrichen um Diedenhofen — und der gewohnte Verkehr führt das Landvolk nach zwei französischen Städten, nach Metz und Nanzig.

Gewiß, die Aufgabe, hier die zerrissene Kette der Zeiten wieder anzuknüpfen, zählt zu den schwersten, welche jemals den staatsbildenden Kräften unseres Volks gestellt wurden. Capital und Bildung, in Posen und Schleswig-Holstein die treuen Bundesgenossen des Deutschthums, sind hier unsere Gegner. Das deutsche Wesen ward furchtbar verwüstet in den höheren Ständen dieser Westmark. Was uns gräulich scheint ist ihnen heilig. Sie gedenken mit Stolz, daß einst Rouget de l'Isle in Straßburg jene glühenden Verse dichtete, die den Feinden Frankreichs, den Deutschen, Tod und Vernichtung drohten, und daß der Soldatenkaiser einst durch

das Austerlitzer Thor hinauszog zum Kampfe wider uns; die Stadt, die in den Geisterschlachten der deutschen Reformation als eine Heldin focht, rühmt sich heute — so lautet die Phrase — de porter fièrement l'épée de la France. Was uns lächerlich scheint, dünkt ihnen selbstverständlich. Sie erröthen nicht, sich Monsieur Schwilgué oder Stöcklé zu nennen, sie lassen sich die uralten Namen ihrer Städte in Wasselonne, Cernay, Séléstat verwälschen, nehmen selbst das unbeschreiblich abgeschmackte Obernay (für Oberehnheim) gefügsam hin und halten für vornehm, antwergmestres zu schreiben, wenn sie in ihren französischen Geschichtswerken von den Meistern der alten Zünfte reden; sie wundern sich, daß wir die Achseln zucken, wenn wir auf dem Marktplatz zu Rappoltsweiler das Denkmal zu Ehren der großen Gewerbetreibenden des Ortes betrachten und dort die Namen Meyer Jacques, Muller Etienne im Stile der Präfekturtabellen aufgezählt finden. Was uns Freiheit ist däucht ihnen Zwang. Sie haben in einem Staatsleben, dessen Parteien sammt und sonders dem Despotismus fröhnen, das Verständniß verloren für die Wahrheit, daß jede gesunde Freiheit Lasten und Pflichten auferlegt; sie schauen mit Widerwillen auf die Grundpfeiler des deutschen Staats, die allgemeine Wehrpflicht und die selbständige Gemeinde. Und mit all ihrer Ergebenheit erscheinen sie den Wälschen doch nicht als ebenbürtig. Der Franzose weiß die frische Kraft des Elsassers gewandt auszubeuten, doch er spottet im Stillen dieser ehrlichen têtes carrées. Die neufranzösische Kunst, alle zehn Jahre einmal sich umzudenken, will unter den zähen Schwaben schlechterdings nicht heimisch werden; die Elsasser sind auch in unseren Tagen, wie einst in der Revolution, jener periodisch wiederkehrenden allgemeinen Fahnenflucht, welche das Parteileben der Franzosen auszeichnet, nur zögernd, unwillig gefolgt: als der Präsident Ludwig Napoleon seine berüchtigte Kaiserreise durch Frankreich hielt und das ganze Land dem neuen Götzen zujauchzte, da begegnete ihm allein im Elsaß stolzer republikanischer Sinn. Solche Treue versteht der Franzose nicht. Selbst Duruy, der unserer Bildung näher steht, als die Meisten seines Volks, sagt über die Bevölkerung des Elsaß, nach einigen Worten verdienten Lobes, herablassend: mais elle délaisse trop lentement son mauvais jargon allemand et son intolérance religieuse. — Mauvais jargon allemand — die Muttersprache, jenes treuherzige Alemannisch, das dem jungen Goethe so warm und traulich zum Herzen klang! Intolérance religieuse — das treue Festhalten am evangelischen Glauben! — So fremd stehen die Franzosen ihren deutschen Staatsgenossen gegenüber.

Eben hierin liegt für uns ein Unterpfand der Hoffnung. Der Quell deutschen Lebens ist wohl verschlammt, doch nicht versiegt. Reißet diese

Menschen aus dem fremden Erdreich heraus, und sie sind so deutsch wie wir. Die ausgewanderten Elsasser und Lothringer in Amerika halten sich regelmäßig zu den Deutschen, jubeln heute, wie diese, unseren Siegen zu. Der deutsche Geist der Muse Ludwig Uhland's fand kaum irgendwo einen so hellen Widerklang wie in den Liedern der Elsasser August und Adolf Stöber. Wie ergreifend klingt aus solchem Munde die Mahnung an die Straßburger: „soll Eure Söhn' umwinden der Treue festes Band, und soll sie ewig binden an's deutsche Vaterland!" Und dort in Kleeburg, nahe jenem Gaisberge, den jüngst die tapferen Niederschlesier in gräßlichem Kampfe erstürmten, stand die Wiege Ludwig Häusser's — des treuen Mannes, der uns zuerst die Geschichte unseres Freiheitskrieges mit deutschem Sinne erzählt hat. Auch andere deutsche Gaue waren einst ähnlicher Verderbniß verfallen wie heute das Elsaß. Zu den Bürgern von Köln und Koblenz war unter der faulen Herrschaft des Krummstabs, unter dem eisernen Joche des Kaiserreichs kaum eine schwache Kunde gedrungen von Friedrich's Thaten und Schiller's Gedichten, von allem Großen und Echten der neuen deutschen Geschichte; ein Jahrzehnt preußischer Herrschaft hat die Verlorenen dem deutschen Leben wieder erobert. Wurzelt das fremde Wesen heute in Colmar und Mülhausen ungleich tiefer als weiland am Niederrhein, so sind doch auch Kraft und Selbstgefühl der deutschen Nation seitdem unermeßlich gewachsen. Schon beginnen die Elsasser zu zweifeln an der Unüberwindlichkeit ihres Staates, den mächtigen Aufschwung des deutschen Reiches mindestens zu ahnen. Verbissener Trotz, tausend im Dunkeln schleichende französische Ränke werden uns jeden Schritt erschweren auf dem neu eroberten Boden; doch der letzte Erfolg ist zweifellos, denn für uns streitet, was stärker ist als fremde Lügenkünste — die Natur selber, die Stimme des Blutes.

3.

Wer ist stark genug, diese verlorenen Lande zu beherrschen und durch heilsame Zucht dem deutschen Leben wiederzugewinnen? Preußen, allein Preußen! Ich weiß es wohl, es leben im Norden der klugen Leute viele, die vorsichtig abmahnen: berührt nur jetzt nicht diese heikle Frage, erweckt nur jetzt nicht den kaum eingeschlummerten Groll der Parteien. — Wunderlicher Irrthum! Die Frage, die sich hier erhebt, steht über allen Parteien; es ist die Frage, ob diesem deutschen Kriege auch ein deutscher Friede folgen, ob beide aus einem Guß und Geist sein sollen, ob, wie die Schwerter schlugen allein um des großen Vaterlandes willen, auch die Satzungen des Friedens sich richten sollen allein nach den Geboten deutscher Sicherheit und Ehre, nicht nach particularistischen Erbärmlichkeiten. Und

gerade jetzt soll die Presse offen reden, so lange das Eisen des heiligen Völkerzornes noch im Feuer geschmiedet wird, so lange der herrliche Einmuth dieses Krieges noch nicht überwuchert ist durch das kleine Spiel der Parteien. Das Auge unseres Volkes ist hell, sein Herz weit genug, um nach verständiger Belehrung das für Deutschlands Sicherheit Nothwendige einzusehen. Sollten einzelne Verräther durch das offene Hervortreten der unabweisbaren nationalen Forderungen bewogen werden, ihre Maske vor der Zeit abzunehmen und ihren alten Lieblingsruf „lieber französisch als preußisch" wieder anzustimmen, so wird der Abfall solcher Gesellen der deutschen Sache nicht schaden.

Schreitet der Krieg in dem angehobenen großen Gange weiter, so wird der Feldherr der Deutschen im Namen der Verbündeten den Frieden schließen und was an Land zu fordern ist, an die Verbündeten insgemein abtreten lassen. Das weitere Schicksal der eroberten Lande bliebe dann als eine innere deutsche Angelegenheit den Verhandlungen zwischen den deutschen Verbündeten vorbehalten; denn es ziemt uns Deutschen nicht, die traurigen Ueberreste unserer Zersplitterung auf einem Friedenscongresse zur Schau zu stellen und der höhnenden Welt zu zeigen, daß unsere politische Einheit noch bei Weitem nicht so reif ist, wie die Einheit des deutschen Heeres. Sollen aber diese Verhandlungen zwischen den Verbündeten rasch und einträchtig zu gedeihlichem Ende führen, so muß eine feste und einmüthige öffentliche Meinung den Regierungen erleichtern das Nothwendige zu wollen. Was hemmte, nächst dem Neide des Auslands, die deutschen Staatsmänner von 1815? Die zerfahrene Unsicherheit des Geistes der Nation. Die Einen dachten dem Erzherzog Karl, Andere dem Kronprinzen von Würtemberg die Herzogskrone des Elsaß zu geben, selbst Arndt forderte nur im Allgemeinen die Befreiung des deutschen Stromes. Zeigen wir heute, daß wir gelernt in großen Tagen, daß wir für das Vaterland auch zu leben verstehen, während unsere Väter nur zu sterben wußten für Deutschland, daß an die Stelle jener unbestimmten nationalen Einigkeit, welche die Männer des zweiten Pariser Friedens beseelte, heute die Einheit des klaren politischen Willens getreten ist.

Im Norden geht heute das Wort im Schwange: wir wollen die Süddeutschen belohnen für ihre Treue — eine jener unklaren Redensarten, die, einem warmen Gefühle entspringend, in Zeiten gemüthlicher Erregung leicht gefährlich werden. Oh, wenn jene Norddeutschen, welche diese Phrase nachsprechen und sich dabei sehr edel und sehr großmüthig dünken, nur einmal sehen könnten, wie die Augen fester und einsichtiger süddeutscher Männer bei solchen Worten funkeln! Wir wollen keinen Lohn, heißt es da, und will man uns durchaus danken, so belohne man

mindestens nicht den Particularismus unserer Höfe, den wir mühsam niederhielten! — Ich rede hier unter dem Eindruck dringender Mahnungen, die mir von süddeutschen Freunden zukommen und mich auffordern, in diesen Jahrbüchern das süddeutsche Interesse zu vertreten. Der Gedankengang dieser süddeutschen Interessenpolitik lautet schlicht und unwiderleglich also:

Frankreich wird und kann nicht ehrlich Frieden schließen. So lange sein Heer und seine Verwaltung sich nicht völlig ändern, so lange eine gänzlich umgestaltete Volkserziehung nicht ein neues Geschlecht heranbildet, wird das französische Volk nie im Ernst verzichten auf die natürlichen Grenzen, noch auf den Wahn, daß Deutschlands Schwäche Frankreichs Stärke sei. Wir im Oberlande können uns nicht in Ruhe unseres Daseins freuen, nicht mit Zuversicht den fieberisch erregten Grimm der gallischen Vandalen verachten, so lange nicht das Elsaß in starker Hut ist. Der preußische Adler allein versteht festzuhalten, was seine Fänge ergriffen; in jeder schwächeren Hand ist das Grenzland nur ein Besitz auf Zeit. Wir kennen besser als die Freunde im Norden jene Mächte des Widerstandes, welche in Straßburg und Mülhausen gegen das Deutschthum sich aufbäumen. Das preußische Gebiet soll sich wie ein schützender Mantel von Wesel über Metz und Saarlouis bis nach Straßburg und Belfort um unsere bedrohte Grenze legen. Preußen wird vielleicht nicht immer von starken, gewiß nicht immer von genialen Männern geleitet werden; die Zeit kann kommen, da ein verzagter preußischer Particularismus sich wieder einmal die Frage vorlegt: „ist das Hemd uns nicht näher als der Rock? ist es für den norddeutschen Staat unerläßlich, Süddeutschland um jeden Preis zu vertheidigen?“ Solche Fragen sollen in dem neuen Deutschland nicht mehr möglich sein; darum wollen wir Preußen durch das einzige Band, das in der Politik immer die Probe hält, durch seine eigenen Lebensinteressen an uns ketten. Wir haben immer beklagt, daß der Staat, der Deutschland lenkt, scheinbar mindestens ein ausschließlich norddeutscher Staat war; jetzt bietet sich die unschätzbare Gelegenheit ihn hineinzuziehen in das süddeutsche Leben, die unwahre, willkürliche Trennung von Nord und Süd für immer abzuthun. Er hat einst, in einer der kleinsten Epochen seiner Geschichte, das süddeutsche Land Ansbach-Baireuth mit preußischer Staatsgesinnung erfüllt; er wird heute, im Glanze der Macht und des Ruhmes, ähnliche Aufgaben mit gleichem Erfolge lösen. Dem deutschen Reiche aber wird es zum Heile gereichen, wenn die führende Macht in ihrem eigenen Hause süddeutsche Eigenart zu würdigen lernt, wenn die bürgerlichen Kräfte ihrer Westprovinzen verstärkt werden und den noch unreifen socialen Zuständen ihres Ostens ein

Gegengewicht bilden — kurz, wenn der preußische Staat alle Gegensätze des deutschen Lebens in sich einschließt und versöhnt.

Was kann man im Norden so ernsten Gründen entgegensetzen? Nichts als die selbstgenügsame Rede: Preußen ist stark genug, um auf jede Gebietserweiterung zu verzichten. Wie großmüthig klingt dies Wort — wenn nur nicht der träge Kleinsinn des Particularismus sich dahinter verbärge! Was ist hochherziger, was deutscher: mit dem Münchener Hofe ein bequemes Verhältniß eingehen, indem man seiner Eitelkeit schmeichelt, und dann gemächlich zuschauen, wie Baiern sich vergeblich abquält an der Bändigung einer meuterischen Provinz — oder selber das Wächteramt am Rheine übernehmen, dessen Preußen allein warten kann, und entschlossen eine Herrschaft antreten, die dem Staate zunächst nur Lasten und Kämpfe bringt? Nein, wahrlich, nur ein übertriebenes Zartgefühl, ein falscher Edelsinn verhindert die norddeutsche Presse bisher, das Nothwendige zu fordern, das süddeutsche Blätter, wie die wackere Schwäbische Volkszeitung, schon längst gefordert haben. Alle anderen Pläne, die man für die Zukunft der Grenzlande ersonnen hat, sind thöricht, so thöricht, daß die Widerlegung einige Ueberwindung kostet. Wozu auch im Ernst antworten auf den Vorschlag, Elsaß und Lothringen sollten einen neutralen Staat bilden — als ob Europa sich gar nicht satt sehen könnte an dem ekelhaften Anblick der nation luxembourgeoise! Fürwahr, nur das Hirn eines englischen Manchestermannes, umwölkt von den Dünsten der Friedenspfeife, konnte so seltsame Blasen werfen. Kein Wunder, daß alle Feinde Deutschlands den Einfall loben; ein bequemerer Weg, um für Frankreich alles Verlorene wiederzugewinnen, läßt sich ja nicht erdenken.

Kaum weniger ungesund erscheint der Vorschlag, dies deutsche Außenwerk einem Mittelstaate anzuvertrauen. Ist es nicht, als wären wir aus dem großen Jahre 1870 in die Zeiten des Bundestags zurückgeschleudert? als hörten wir sie wieder, jene weisen Denker der Eschenheimer Gasse, die uns besorglich vor dem Feuer der Centralisation warnten, während uns das Sumpfwasser der Kleinstaaterei bis über die Schultern reichte? jene tapferen Schützenfestpatrioten, die so stürmisch riefen: Deutschlands Einheit, aber mit der Hauptstadt Nürnberg? — Badens Fürst und Volk haben sich in schweren Tagen treu bewährt; wir übersehen jetzt erst vollständig, was es bedeutet, daß hier dicht vor dem Feinde vier Jahre lang eine ehrliche nationale Politik aufrecht blieb. Sollen wir heute zum Dank diesem Staate eine Last auferlegen, die ihn erdrücken muß? Der Plan, ein oberrheinisches Königreich Baden zu gründen, ist durch allzu andächtiges Beschauen der Landkarte entstanden, und ein alter norddeutscher Irr-

thum hat ihm im Norden einige Anhänger geworben. Weil Baden von Rotteck und Liebenstein bis herab auf Mathy und Roggenbach eine lange Reihe namhafter politischer Köpfe unter seinen Söhnen zählte, so pflegt man im Norden von den geistigen Kräften des Landes Erwartungen zu hegen, denen ein Staat dritten Ranges nicht entsprechen kann. Im Lande selber denkt man bescheidener. Jeder verständige Mann schaudert bei dem Gedanken an einen Carlsruher Landtag, der zur Hälfte aus Elsassern bestünde. Wer vermöchte die starken ultramontanen und radikalen Parteien des Landes, die heute eine verständige liberale Mehrheit darniederhält, dann noch zu bändigen, wenn sie mit den verwandten Parteien im Elsaß sich verbündeten? Ein solcher Staat wäre, wie weiland das aus Belgien und Holland zusammengeschweißte Königreich der Niederlande, eine Augenweide für den Kartenzeichner und, wie jenes, eine politische Unmöglichkeit.

Doch die badische Regierung denkt ohne Zweifel klug und patriotisch genug, um einen solchen Gewinn, der das Verderben des Landes wäre, von der Hand zu weisen. Um so mehr darf sie Gehör fordern, wenn sie, die zu allernächst betheiligte, ihrer Pflicht gemäß, entschieden Verwahrung einlegt gegen eine Vergrößerung Baierns durch das Elsaß. Ich will nicht den Schmutz einer kleinen Vergangenheit aufwühlen, doch in Carlsruhe kann man unmöglich vergessen haben, daß Baierns Gelüste nach der badischen Pfalz das Großherzogthum während eines vollen Menschenalters beunruhigten, derweil Preußen diese ganze Zeit hindurch Badens redlicher Beschützer war. Und sind unsere Grenzen sicher in Baierns Händen? Man stelle sich die bairische Regierung vor unter einem minder deutschgesinnten Könige als Ludwig II. ist, wie sie unablässig ringt mit der unbotmäßigen, durch Frankreich aufgestachelten Provinz, bis endlich der böse Nachbar zur guten Stunde mit dem Vorschlage heraustritt: nehmt ganz Baden und Würtemberg und gebt uns das Unsere wieder! Wahrlich, auch der Staat soll beten: führe mich nicht in Versuchung! Was sind alle Verträge und Bundesverfassungen gegen die rohe Wirklichkeit des Länderbesitzes? Zwar, Gott sei Dank, so Unwürdiges steht in dem neuen Deutschland schwerlich zu erwarten. Das edle Blut, das die Gefilde von Wörth und Weißenburg geröthet, hat Preußens und Baierns Waffen fest verbunden; kein anderer Lord Castlereagh darf uns heute wie vor fünfundfünfzig Jahren höhnisch zurufen: der lose deutsche Bund kann das Elsaß nicht behaupten! Doch immer bleibt die böse Frage: besitzt Baiern die geistige und politische Kraft um das Elsaß mit sich zu verschmelzen? Offenkundige Thatsachen geben die Antwort. Wer hat im Jahre 1849 die deutschgesinnte linksrheinische Pfalz dem Königreiche Baiern gerettet?

die Waffen Preußens. Die Ergebnisse der bairischen Verwaltung in der Pfalz sind, milde gesprochen, sehr bescheiden geblieben. Jeder schöpferischen Kraft entbehrend, hat sie von den napoleonischen Institutionen der Provinz nur allzu Vieles träge aufrecht erhalten, und im Elsaß muß grade die despotische Verwaltung der Franzosen von Grund aus zerstört werden! Die Pfälzer sind deutsch mit Leib und Seele, doch dem bairischen Staate blieben sie stets halb fremd, fast feindlich; ihre Abgeordneten saßen im Münchener Landtage fast immer als eine geschlossene Landsmannschaft zusammen. Der schwache, unnatürliche Körper des Königreichs vermochte nicht das Sonderleben der Provinz zu brechen, und im Elsaß ist grade die Zerstörung eines unnatürlichen Sonderlebens unsere wichtigste Aufgabe!

Sage Niemand: in dem neuen Deutschland kommt wenig darauf an, welchem Einzelstaate eine Landschaft angehört, der Münchener Landtag muß sich ja doch mit der Rolle eines Provinciallandtages begnügen. — Das heißt leichtsinnig eine Entwicklung als vollendet ansehen, welche erst im Verlaufe langer Jahre sich vollziehen kann. Gewiß wird die gewaltige Erhebung dieses Krieges nach dem Frieden auch einen staatsrechtlichen Ausdruck finden — in irgend welchen Formen, die sich heute noch nicht beurtheilen lassen. Die Einheit des Heerwesens, die im Kriege so herrlich erprobte, wird wohl unzweifelhaft auch im Frieden fortdauern; von ihr führt eine unhemmbare Schlußfolge zur gemeinsamen Diplomatie und von da zum gesammtdeutschen Parlamente. Aber der norddeutsche Bund wird und muß jenen beiden bewährten Grundsätzen treu bleiben, die er aufgestellt hat nicht aus Furcht vor Frankreich, sondern in richtiger Erkenntniß der deutschen Zustände. Er wird nach wie vor erklären: wir nöthigen keinen süddeutschen Staat zum Eintritt, aber wir wollen auch die schwer errungene Macht unserer Bundesgewalt nicht im Geringsten auflockern. Darnach ist doch keineswegs sicher, daß der bairische Hof sich sofort entschließen wird dem Bunde beizutreten. Und wenn er auch eintritt, so bleiben doch noch immer sehr wesentliche Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Bundesstaaten. Das Gebiet der inneren Verwaltung wird von den Bundesgesetzen nur zum kleinsten Theile berührt.

Und eben die Verwaltung, die gänzliche Neugestaltung der Regierungsbehörden, der Gemeinden, der Schulen muß in Elsaß-Lothringen das Beste thun. Die preußische Verwaltung aber hat am Rhein handgreiflich bewiesen, daß sie mit allen ihren Schwächen der französischen wie der kleinstaatlichen überlegen ist. Man vergleiche die jüngste Geschichte dreier großer rheinischer Städte, die sämmtlich durch Festungsmauern in ihrer natürlichen Entwicklung gehemmt werden. Wie kläglich stand das

in Schmutz und Bettel verkommene Köln der napoleonischen Tage neben dem goldenen Mainz und dem wohlhäbigen Straßburg; und wie weit hat heute die stattliche Metropole des Niederrheins ihre beiden Schwestern überflügelt. Das ist der Segen der preußischen Gesetze. Nur Preußen vermag unter den französischen Beamten im Elsaß die unerläßliche rücksichtslose Ausfegung vorzunehmen, die feindlichen Kräfte durch tüchtige heimische zu ersetzen. Nur Preußen kann mit ruhiger Kraft den Belagerungszustand aufrechthalten, der in einzelnen Bezirken des verlorenen Landes wohl nöthig sein wird. Die Schattenseite der preußischen Verwaltung, die Vielschreiberei, wird den Elsassern nach der Corruption und der Tabellenseligkeit ihrer Präfecturen sehr harmlos scheinen. Ein mächtiger Staat, der die Rheinländer und Posener mit seinem Geiste durchdrungen hat, wird auch das Sonderleben halb französischer Alemannen zu beherrschen wissen, und wie die preußischen Parteien vor vier Jahren sich sofort über alle neuen Provinzen verbreiteten, so werden auch die Elsasser dereinst mit den Parteien Preußens sich verbinden und darauf verzichten, im Berliner Landtage eine Landsmannschaft zu bilden.

Der Friede muß manches Band zerreißen, das jenen Grenzlanden theuer war. Darf Deutschland auch noch die unnütze Grausamkeit begehen, die Elsasser von den Lothringern zu trennen, Metz an Preußen, Straßburg an Baiern zu geben? Der Friede soll die Elsasser abscheiden von einem mächtigen Staate, der ihr Stolz und ihr Ruhm war. Darf Deutschland zu der gewaltsamen Befreiung auch noch die Demüthigung fügen und die bescheidene blauweiße oder gelbrothe Fahne da aufhissen, wo die weiland weltherrschende Tricolore der Revolution geweht hat? Nein, diese Deutschen sind gewöhnt an den weiten Gesichtskreis eines großen Staats; sie wissen es gar nicht anders, als daß sie preußisch werden müssen, wenn sie aufhören Franzosen zu sein. Geben wir ihnen einen Ersatz für das Verlorene: einen großen glorreichen Staat, eine mächtige Hauptstadt, freien Wettbewerb um die Aemter und Ehrenstellen eines weiten Reiches. Sie haben in der Einförmigkeit des französischen Staats jeden Sinn verloren für jene verwickelten Zustände des deutschen Bundeslebens, die wir selber oft kaum verstehen. Sie können lernen preußische Bürger zu werden, doch sie würden es lächerlich finden, wenn sie einem Könige in München, einem Oberkönige in Berlin gehorchen müßten. Nur hier keine halben, künstlichen Verhältnisse, wo allein die einfache handgreifliche Wirklichkeit des deutschen Staats frommen kann; nur hier keine Bundesfestungen, kein reichsunmittelbares Bundesgebiet — oder wie sonst die überklugen Vorschläge spielender Dilettanten lauten.

Wir alten Kämpen der deutschen Einheit haben vor sechs Jahren

die Einverleibung der Elbherzogthümer in den preußischen Staat gefordert, obwohl der Erbanspruch eines deutschen Fürstenhauses uns im Wege stand — und diese Jahrbücher sollten heute empfehlen, daß ein Kleinstaat sich einniste in den hundertmal schwerer bedrohten rheinischen Herzogthümern, wo kein Grund des Rechtes wider Preußen spricht? Will man den einzig deutschen Gesichtspunkt aufgeben und nicht fragen: was ist für das große Vaterland heilsam? — sondern nach Krämerweise berechnen, welcher Antheil an dem Siegespreise den einzelnen Bundesgenossen zukomme, so gelangt man zu dem baaren Unsinn: man müßte die Grenzlande unter, ich weiß nicht wie viele, Kleinstaaten vertheilen — ein würdiges Seitenstück zu jener lächerlichen Zersetzung des Saardepartements, welche im Jahre 1815 den Hohn Europas erweckte. Um jene Zeit, da das Selbstgefühl der preußischen Macht noch in der Wiege lag, konnte Gneisenau noch vorschlagen, Preußen solle das Elsaß an Baiern geben und dafür die ansbach-baireuthischen Lande zurücknehmen. Heute sind solche Ländervertauschungen unmöglich. Die Nation weiß, wie zufällig ihre Binnengrenzen gezogen sind, sie duldet jene trennenden Grenzpfähle nur noch mit stillem Unwillen, ohne rechten Glauben, und verwirft darum jede neue willkürliche Veränderung. Preußen ist nicht im Stande, den Bundesgenossen ihren Antheil am Siegespreise in Land und Leuten auszuzahlen. Muß es denn sein, ist die bundesfreundliche Gesinnung des Münchener Hofes anders nicht zu gewinnen, so mag allenfalls das nördliche Elsaß mit Hagenau und Weißenburg an Baiern fallen — was immerhin ein häßlicher Nothbehelf, eine Grausamkeit gegen die Elsasser wäre. Nur das Wesentliche, der ununterbrochene Saum der Grenze von Diedenhofen bis Mülhausen kann ohne schwere Schädigung Deutschlands von Preußen nicht aufgegeben werden.

Man verweist uns warnend auf den Einspruch Europas. Nun wohl, wollt Ihr bei den Fremden Rath suchen, so wird ihr Vorschlag vermuthlich dahin gehen, es solle der Großherzog von Hessen mitsammt seinem Herrn v. Dalwigk König im Elsaß werden. Es steht nicht anders, wir sind umringt von geheimen Gegnern. Selbst Englands unwürdige Haltung entspringt nicht blos der trägen Friedenslust, sondern auch dem stillen Argwohn gegen die unberechenbare Macht des neuen Deutschlands. Und gleich den großen Mächten verfolgen auch die Schweiz und die Niederlande mißtrauisch unser Erstarken. Also von grollenden Nachbarn beobachtet, vertrauen wir tapfer allein auf unser Recht und unser Schwert. Ist Deutschland mächtig genug, die Grenzlande den Franzosen zu entreißen, so darf es sie auch, unbekümmert um den Einspruch des Auslands, dem preußischen Staate zur Obhut übergeben.

Die Lösung der Elsasser Frage entscheidet über die nächste Zukunft des deutschen Staates. Denn Baiern, durch das Elsaß verstärkt und die süddeutschen Nachbarn rings umklammernd, wäre die Großmacht des deutschen Südens. Wer aber diese große Zeit versteht, der darf nicht wollen, daß an die Stelle des unglücklichen preußisch-österreichischen Dualismus ein preußisch-bairischer trete, daß Baden und Würtemberg haltlos zwischen Preußen und Baiern einherschwanken. Die Zeit ist für immer vorüber, da deutsche Mittelstaaten noch wachsen konnten. Napoleon der Erste hat die Königreiche unsres Südens geschaffen, auf daß ihr Scheinkönigthum das Emporsteigen einer wirklichen deutschen Königsmacht verhindere, auf daß ihre Scheinmacht die Macht Deutschlands untergrabe. Diese Kronen haben sich heute durch deutsche Treue den Dank der Nation und Verzeihung für den Makel ihres Ursprungs verdient; das Blut, das strömen mußte um den Norden und den Süden zu vereinigen, ist Gottlob geflossen im Kampfe wider den Erbfeind, nicht im Bürgerkriege. Auch wir radikalen Unitarier freuen uns dessen und sind nimmermehr gewillt, die Souveränität der bairischen Krone wider den Willen der Baiern selber zu schmälern. Aber man fordere nicht, daß wir die Macht der Mittelstaaten, die ohnehin zu groß ist für einen festen nationalen Staat, noch erhöhen. Sollen wir heute, da der helle Tag des deutschen Königthums glorreich anbricht, die Zahl der Zaunkönige noch um einen vermehren? Sollen wir den Sieg über den dritten Napoleon dadurch feiern, daß wir die Schöpfung des ersten Bonaparte verstärken? Nein, wir wollen Deutschlands Einheit, nicht ein trügerisches deutsches Gleichgewicht.

Schlaue Köpfe rathen wohl, man solle Baiern durch eine Vergrößerung seines Gebietes dem Eintritt in den deutschen Bund günstig stimmen. Wer also redet, ahnt wenig von der Naturgewalt des nationalen Gedankens. Baierns Eintritt ist lediglich eine Frage der Zeit, er wird so sicher erfolgen wie die Knospe zur Frucht wird. Ist das Elsaß preußisch und, sammt Baden, in den deutschen Bund aufgenommen, so können wir getrost Nachsicht üben gegen den Münchener Souveränitätsdünkel und geduldig harren, bis Baiern durch die Erkenntniß des eigenen Vortheils in den Bund gedrängt wird. Fällt das Elsaß an Baiern, so kommt unsere europäische Politik aus der ewigen Unsicherheit, unsere deutsche Politik aus einem schwächlichen Schaukelsysteme nicht heraus. — Der Scheelsucht der fremden Mächte bietet sich nur ein Mittel um einen gerechten deutschen Frieden zu verhindern: sie muß versuchen Baiern von Preußen hinwegzuziehen. Soll dies verhindert werden, so muß die öffentliche Meinung in Nord und Süd einmüthig erklären: wir wollen, daß Elsaß und Lothringen preußisch werden, nur so werden sie deutsch! Der Geist der

Nation hat in diesen gesegneten Wochen schon eine wunderbare Kraft bewährt; er wird auch, wenn er sich einträchtig für einen klaren politischen Gedanken erhebt, den Münchener Hof heilen können von krankhaft ehrgeizigen Träumen, die eine verständige bairische Staatskunst nicht hegen darf.

Die Elsasser lernten das zersplitterte Deutschland verachten, sie werden uns lieben lernen, wenn Preußens starke Hand sie erzogen hat. Wir träumen heute nicht mehr, wie Arndt vor Jahren, von einem neuen deutschen Orden, der das Grenzland behüten müsse. Die nüchternen, gerechten Grundsätze, die wir in allen neuerworbenen Provinzen erprobten, reichen auch hier im Westen völlig aus. Nach einer kurzen Uebergangszeit strenger Dictatur können die Lande ohne Gefahr in den Vollgenuß preußisch-deutscher Verfassungsrechte eintreten. Ist das Beamtenthum erst durch massenhafte Pensionirungen gesäubert, verfolgt unbarmherzige Strenge jeden Versuch des Verraths, so werden eingeborene landeskundige Beamte hier, wie überall in den neuen Provinzen, gern verwendet werden. Selbst das gute altpreußische Herkommen, wonach die Truppen in der Regel in ihrer heimischen Provinz garnisoniren, kann hier nach und nach eine vorsichtige Anwendung finden. Wir Deutschen verachten jenen bubenhaften Krieg gegen Stein und Erz, darin die Franzosen Meister sind; wir haben am Niederrhein die Denkmäler Hoche's und Marceau's in Ehren gehalten und denken uns auch an keinem, den Elsassern und Lothringern ehrwürdigen Erinnerungszeichen zu versündigen. Noch weniger an ihrer Sprache. Der deutsche Staat kann nur deutsch sprechen, aber er wird in den gemischten Bezirken dieselben milden Regeln befolgen, die in Posen und Schleswig-Holstein gelten; in die Gewohnheiten des häuslichen Lebens meisternd einzugreifen kam dem preußischen Staate nie in den Sinn. Unsere ganze Hoffnung ruht auf dem Wiedererwachen des freien deutschen Geistes. Wenn in den Schulen die Muttersprache wieder ernst und rein gelehrt wird, wenn die evangelische Kirche wieder in ungeschmälerter Freiheit sich bewegen darf, wenn eine verständige deutsche Provincialpresse das Land wieder einführt in die Kenntniß deutschen Lebens, so hat die Heilung des erkrankten Landes begonnen. Und ist es müßige Spielerei, einen Gedanken auszusprechen, der einem Gelehrten sich unwillkürlich aufdrängt? Warum sollte Straßburgs ehrwürdige Hochschule, wiederhergestellt nach schimpflicher Verstümmelung, für die deutsche Gesittung am Oberrhein nicht ebenso segensreich wirken wie Bonn gewirkt hat für den Niederrhein? Eine andere Rhenana im Oberlande — wahrlich, ein würdiger Abschluß dieses deutschen Krieges, dieses Kampfes der Ideen wider sinnliche Selbstsucht!

Die Arbeit der Befreiung wird hart und mühsam; die ersten deut-

schen Beamten und Lehrer in dem entfremdeten Lande sind nicht zu beneiden. Der monarchische Sinn des deutschen Volkes ist hier durch gräßliche Parteikämpfe gründlich zerstört; die Ultramontanen am rechten Ufer werden nicht säumen mit den Freunden am linken ein festes Bündniß zu schließen, und auch unter den deutschen Liberalen werden sich der guten Seelen viele finden, welche jeden Schmerzensschrei der Elsasser wider die Borussificirungswuth gläubig aufnehmen. Dennoch kann die Provinz nicht auf die Dauer ein deutsches Venetien bleiben. Einzelne Familien der höheren Stände mögen entrüstet auswandern, wie einst die Patricier Danzigs vor dem preußischen Adler flohen; die anderen werden sich wieder einleben in das deutsche Wesen, gleichwie der polonisirte deutsche Adel Westpreußens unter preußischer Herrschaft seine alten deutschen Nameu wieder angenommen hat. Schon die materiellen Vortheile, die der deutsche Staat bringt, sind werthvoll: leichtere, besser veranlagte Steuerlasten, geordnete Finanzen; für das Saar- und Moselland die Eröffnung der natürlichen Verkehrswege; Zerstörung jener nutzlosen Vauban'schen Festungswerke, welche, aufrechterhalten durch die veraltete Kriegskunst der Franzosen, den Aufschwung so vieler elsassischer Städte bisher lähmten. Selbst die Industrie des Landes wird nach einer freilich sehr harten Uebergangszeit im deutschen Osten einen neuen weiten Markt finden. Doch das Alles tritt zurück vor den idealen Gütern des deutschen Staatslebens. Wie? diese deutschen Knaben sollten grollen, weil sie nicht mehr gezwungen werden wälsch zu lernen? Die Bürger sollten uns auf die Dauer zürnen, weil sie fortan ihre Bürgermeister frei wählen dürfen? weil sie mit höhergebildeten, pflichtgetreuen, deutschredenden Beamten verhandeln sollen? weil wir ihnen statt der nichtigen Generalräthe einen selbstthätigen Provinciallandtag, statt des corps législatif ein mächtiges Parlament bieten? weil ihre Söhne alle gleichberechtigt eine kurze Dienstzeit in der Nähe der Heimath verbringen sollen, statt während langer Jahre als heimathlose Lanzknechte in nomadischen Regimentern umherzuziehen? weil sie jetzt unbehelligt an den zahllosen Vereinen und Versammlungen unseres freien und heiteren geselligen Lebens theilnehmen können? Erfreuliche Folgen für die Zukunft verspricht auch der tödtliche Haß, den der ultramontane Clerus dem preußischen Staate entgegenbringt; solche Feindschaft muß nach und nach alle Protestanten, alle frei denkenden Katholiken der Provinz für Preußen gewinnen.

Gedemüthigt, von wüthenden Parteien zerfleischt, kann Frankreich in den nächsten Jahren schwerlich an einen Rachekrieg denken. Gewinnen wir diese Frist, so steht zu hoffen, daß Straßburg dann schon aus seinem Schutte neu erstanden ist, und die Elsasser sich schon mit ihrem Schicksal

versöhnt haben. Die Enkel aber werden dereinst die zweihundertjährige französische Episode in der Geschichte ihrer deutschen Landschaft ebenso befremdet und ebenso kalt betrachten, wie die Pommern heute die anderthalb Jahrhunderte des schwedischen Regiments. Noch nie und nirgends hat ein deutscher Gau bereut, daß er unter Preußens Schutz sich erholen durfte von der Herrschaft der Fremden, die immer nur ein glänzendes Elend ist.

Wer kennt nicht Uhland's Münstersage, das schöne Gedicht, das die Liebe der Deutschen für das Jugendland Goethe's so fein und tiefsinnig ausspricht? Der alte Dom erdröhnt, da der junge Dichter seinen Thurm besteigt:

> im großen Bau ein Gähren,
> als wollt' er wunderbar
> aus seinem Stamm gebären
> was unvollendet war. —

O Ludwig Uhland, und Ihr Alle, die Ihr einst in öden Tagen den Traum vom großen und freien Deutschland träumtet! Wie viel gewaltiger als Eure Träume sind doch die Zeiten, die wir schauen! Wie vieles Andere noch, das unvollendet war, soll jetzt neu geboren werden in dem uns wieder geschenkten deutschen Lande! Schier dreihundert Jahre sind's, da führte ein Hohenzoller, Markgraf Johann Georg, als erwählter Coadjutor von Straßburg, den Titel Landgraf im Elsaß; doch sein junger Staat wagte nicht den Anspruch zu behaupten. Der mächtige Strom deutscher Volkskraft, der einst im Mittelalter ausbrechend über die Slawenlande des Nordostens seine breiten Wogen wälzte, fluthet heute zurück gen Westen, um sein verschüttetes altes Bette, die schönen Heimathlande deutscher Gesittung, von Neuem zu befruchten. In denselben Marken des Westens, wo unser altes Reich die tiefste Schmach erduldete, wird heute durch deutsche Siege das neue Reich vollendet; und dies so oft, so schändlich von deutschen Lippen geschmähte Preußen baut uns den Staat, der waffengewaltig und gedankenschwer, stolz von Jahrhundert zu Jahrhundert schreiten soll.

Friedenshoffnungen.

Heidelberg, 25. Sept. 1870.

Kaum zwei Monate sind verflossen, seit das deutsche Schwert aus der Scheide fuhr, und schon regt sich in Millionen Herzen die tiefe Sehnsucht nach einem gerechten Frieden. Zwar unser Geldmarkt hat diesmal die Krisis leichter überstanden als vor vier Jahren; doch wer die unermeßliche zerstörende Kraft des Krieges erkennen will, der braucht nur jene feiernden Massen zu betrachten, welche in geschäftigem Müßiggang durch die Straßen unserer Städte sich umhertreiben. Wir empfinden Jeder am eigenen Leibe, wie der Krieg alle Gedanken, alle Gewohnheiten dieses arbeitenden Geschlechts auf den Kopf stellt, und wie thöricht darum der Argwohn ist, als könne unser Volk in Waffen jemals einer Politik der Eroberung fröhnen. Wir werden uns vermuthlich noch eine gute Weile in Geduld fassen müssen. Seit jenem Gottesgerichte von Sedan hat unser Heer einen gefährlichen militärischen Widerstand nicht mehr zu überwinden, aber die gräßliche Zerrüttuug des Staats- und Volkslebens unserer Feinde erschwert den Abschluß des Friedens. Was wir in den jüngsten Wochen an den Franzosen erlebten, überbietet die finstersten Erwartungen; wir blicken entsetzt in einen Abgrund der Verderbniß, wir sehen die Macht der Lüge so riesengroß angewachsen in dem unseligen Volke, daß wir kaum noch auf Genesung hoffen können. Unter allen Franzosen, die bisher ihre Stimme erhoben — von Guizot und Thiers bis zu Gambetta und Favre, von Renan und dem Herzog von Joinville bis zu Ollivier und Palikao — ist auch nicht Einer, der nicht angefressen wäre von dem Wahne der nationalen Selbstvergötterung, nicht Einer, der sich entschlösse den Thatsachen ehrlich in's Gesicht zu sehen. Die Phrasen des Bonapartismus haben wir immer gleichmüthig hingenommen, denn die Lüge ist sein Wesen; doch jener gemachte radicale Phrasenschwall, den die Republikaner von heute in die Welt hinausschreien, erfüllt jeden freien Mann mit grenzenlosem Ekel. Hannibal steht vor den Thoren, und diese Helden

der Freiheit erproben die Kraft ihrer Arme an den Ladenschildern der Hoflieferanten! In solchem Chaos ist nichts wahrscheinlich, nichts unmöglich. Da der Geldbeutel in Frankreich jederzeit das empfindlichste Glied des menschlichen Körpers war, da die napoleonische Legende das Landvolk bis in's Mark erfüllt und auch die Armee Bazaine's die Republik noch nicht anerkannt hat, so kann vielleicht das Unglaubliche geschehen, die Zurückberufung des Gefangenen von Wilhelmshöhe durch eine constituirende Versammlung: er wußte doch mindestens Hab und Gut vor den Plünderern zu schützen! Wir Deutschen aber schauen mit höchster Unbefangenheit dem wüsten Toben zu, wenngleich wir glauben, daß die Republik unter allen Staatsformen die für Frankreich verderblichste ist und die Stellung der Nation in Europa erschweren muß. Wir hegen keine, schlechthin keine Vorliebe für irgend eine Partei der Franzosen, denn sie sind allzumal unsere Feinde; wir wünschen nur bald eine anerkannte und mächtige Staatsgewalt erstehen zu sehen, auf daß wir unsere Hand rasch aus dem Schlamme herausziehen können. Die Zeit der großen Kriegsthaten scheint mit dem Tage von Sedan abgelaufen; die diplomatische Action tritt wieder in den Vordergrund.

Die deutsche Revolution bleibt ihrem Charakter treu, sie vollbringt ihre entscheidenden Schläge durch kriegerische Kräfte, unter der thatsächlichen Dictatur der Krone Preußen. Der öffentlichen Meinung verbleibt dabei nur eine bescheidene Mitwirkung, und ein Theil der Presse findet es in der That bequem, vorderhand auf die Kundgebung selbständiger Ideen zu verzichten. Trotzdem ist in der Stille die Arbeit der Gedanken fortgeschritten und eine erfreuliche Klärung der öffentlichen Meinung vollzogen. Kein Zweifel mehr, die ungeheure Mehrheit der Nation fordert die geraubten deutschen Provinzen zurück; nur ein kleiner Haufe unverbesserlicher Demagogen widerspricht. Es ist bezeichnend für die Unfähigkeit des deutschen Radicalismus, daß gerade diese Partei, die unter allen am meisten Grund hat sich zu schämen, deren Weissagungen sammt und sonders sich als thöricht erwiesen haben, heute zuerst den Waffenstillstand der Parteien bricht. Schlechte Gesellen, die noch vor wenigen Wochen den deutschen Waffen die Niederlage wünschten, erdreisten sich heute, im Namen der Sittlichkeit uns vor dem Raube zu warnen; phantastische Verehrer der republikanischen Phrase preisen den Heldenmuth des Leonidas von Laon und verfechten die Unantastbarkeit des heiligen Bodens der Freiheit; unversöhnliche Gegner des norddeutschen Bundes stimmen mit ein, weil sie wissen, daß die Nation, wenn ihr auch diesmal der gerechte Siegespreis entgeht, sich erbittert von der Politik des Grafen Bismarck abwenden wird. Das Alles wird den gesunden Sinn der Deutschen nicht

beirren. Die Mannen der sogenannten Volkspartei warnen vor der Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen, folglich ist sie nothwendig — nach einem Naturgesetze, das noch niemals täuschte.

Die Grenzlinie, welche wir zu fordern haben, erregt wenig Streit mehr; die ausschweifenden Träume historischer Romantiker finden geringen Anklang bei der gesunden Nüchternheit der Deutschen. Die Mehrheit begreift, daß der Besitz wälscher Provinzen unseren nationalen Staat schwächen muß, sie verlangt daher als ein nothwendiges Uebel nur so viel wälsches Land, als zur militärischen Deckung des Elsaß und des deutschen Lothringens unentbehrlich ist. Wie weit diese militärisch nothwendige Grenze reicht, darüber steht dem Nichtfachmanne kein selbständiges Urtheil zu; und nachdem soeben der Bundeskanzler, offenbar nach dem Rathe des Generalstabs, den Besitz von Metz als strategisch unersetzlich bezeichnet hat, halten wir für patriotische Pflicht der Presse, auf untergeordnete Bedenken zu verzichten und dem Reichsfeinde gegenüber wie ein Mann diese Forderung der Krone Preußen zu unterstützen. Die unbedingte Trennung der Staaten nach der Sprachgrenze ist kein politisches Prinzip; wir würden unsere diplomatische Stellung erschweren, wenn wir eigensinnig einen Grundsatz aufstellen wollten, den alle großen Mächte als revolutionär und gefährlich bekämpfen. Der Einwurf, Frankreich werde sogleich ein Trutz-Metz errichten, sagt leider gar nichts. Das Verhältniß zwischen den beiden Nachbarvölkern ist durch die Pariser Sünden dieses Sommers auf lange hinaus vergiftet. Begnügt sich Deutschland die Metzer Festungswerke zu schleifen, so wird Frankreich irgendwo sonst in seinen Ostmarken ein neues Ausfallsthor gegen uns errichten, — was kein Friedensschluß gänzlich verhindern kann: — wir aber wären gezwungen die Wälle von Metz an einer anderen Stelle Deutschlothringens wieder aufzubauen. Die Entfestigung der volkreichen Städte ist ein frommer Wunsch; wir Alle theilen ihn, doch die Erfahrungen dieses Krieges versprechen ihm keineswegs eine baldige Verwirklichung. Wenn das düstere Schicksal Straßburgs lehrt, daß die engen Vauban'schen Festungswerke heutzutage nicht mehr genügen, so beweist umgekehrt die zähe Ausdauer der Armee Bazaine's, daß eine von einem befestigten Lager umgebene große Stadt noch immer gewaltige Widerstandskraft besitzt.

Auch über die Frage, wem das eroberte Land zufallen solle, beginnt man sich zu verständigen. Der wunderliche Vorschlag, in jenen Westmarken eine neue Staatsform, ein Reichsland mit erblichen Statthaltereien zu gründen, kann heute schon als abgethan gelten. Die große Mehrzahl der süddeutschen Blätter gesteht mit ehrenhafter Selbsterkenntniß ein, daß Preußen allein stark genug sei die gefährdeten Lande zu beschirmen; nur

die Form der Unterordnung unter die Krone Preußen ist noch streitig. Im Verlaufe der jüngsten Wochen ist ein neuer Vorschlag aufgetaucht: man solle die Provinz als ein Vorland Deutschlands unter die Oberhoheit des Bundesfeldherrn stellen, ihre Verwaltung von Bundeswegen besorgen, die Einnahmen an die Bundeskasse abführen, ihren Bewohnern vorderhand die Wehrpflicht und die Theilnahme am Parlamente versagen. Der Gedanke verdient reifliche Prüfung, denn er hat offenbar nichts gemein mit jenen phantastischen Reichsstatthalter-Träumen, ja er tritt mit einer Bestimmtheit auf, als ob er den wirklichen Absichten des preußischen Cabinets entspräche. Dennoch müssen wir gestehen, daß uns eine solche Ordnung nur haltbar scheint als ein Nothbehelf für kurze Zeit, keineswegs als ein dauernder Zustand.

Für den Augenblick mag dies Provisorium manchen Verlegenheiten vorbeugen. Zwar das Mißtrauen der fremden Mächte wider Preußens Eroberungslust wird dadurch schwerlich beseitigt; sie werden wahrscheinlich in dem Hergang nur eine verhüllte Annexion erblicken. Werthvoller ist, daß jeder Streit zwischen den deutschen Verbündeten von vornherein abgeschnitten wird; auch kann das gute Einverständniß unter den Bundesgenossen nur gewinnen, wenn bairische und badische Beamte mit den preußischen bei der Verwaltung der neuen Provinz zusammenwirken. Zum erstenmale in unserem Jahrhundert erscheint Deutschland als Eroberer feindseliger Gebiete, die neuen Provinzen stehen zu uns etwa wie die Südstaaten nach dem Bürgerkriege zu der Union von Nordamerika standen, und der Gedanke liegt nahe, auch diese feindlichen Bundesglieder, wie jene Rebellenstaaten, eine Zeit lang unter die Dictatur des Bundes zu stellen. Es geht schlechterdings nicht an, daß schon während der schwierigen Anfänge des neuen deutschen Bundes die Elsaß-Lothringer im Reichstage erscheinen um den mißtönigen Chor der Polen und Dänen zu verstärken. Aber man sehe sich vor, daß wir nicht, um einer augenblicklichen Verlegenheit auszuweichen, uns für alle Zukunft schwere Gefahr bereiten!

Als eine dauernde Ordnung ist ein reichsunmittelbares Vorland im neunzehnten Jahrhundert unmöglich. Auch die Staatenbünde der Niederlande und der Schweiz haben einst was das gute Schwert der Verbündeten erwarb als gemeines Bundeseigenthum behandelt. Doch Niemand in der Welt hat jemals die politische Mißbildung dieser gemeinen Vogteien und Generalitätslande bewundert. Es galt immer als ein Zeichen der Trägheit, der Unfähigkeit, daß jene Republiken nicht vermochten, ihre neu erworbenen Gebiete als gleichberechtigte Glieder dem Bunde einzufügen. Die gemeinen Herrschaften am Niederrhein wie in den Alpen sind durch die Revolution spurlos hinweggefegt worden, denn sie ruhten

auf den überwundenen Gedanken des Patrimonialstaats, auf der Vorstellung als ob das Recht der Eroberung ein privatrechtliches Eigenthum an Land und Leuten begründe. Und solche Verhältnisse sollten sich in unseren hellen Tagen erneuern lassen? Nein, das „Reichsland" ist nur haltbar so lange Ausnahmezustände in den neuen Provinzen bestehen, so lange die Dictatur des Bundesfeldherrn über den Unterworfenen schaltet. Aber die Nation darf nicht dulden, daß ihre Westmarken zu einer Brutstätte des Absolutismus werden. Sie muß fordern, daß den Elsaß-Lothringern sobald als irgend möglich die allgemeine Wehrpflicht auferlegt werde; unser Heer hat sich als ein mächtiges Band der nationalen Einheit erwiesen, und es frommt nicht, eine verbitterte aufgehetzte Jugend in einem pflichtenlosen Leben noch mehr verwildern zu lassen. Den Elsassern kann die Theilnahme am deutschen Reichstage nicht auf die Dauer versagt werden; das parlamentarische Leben, ein Hemmschuh für die erste Organisation des eroberten Landes, ist späterhin ein unschätzbares Mittel der Verständigung und Versöhnung. Sobald aber die neue Provinz in den Reichstag aufgenommen wird, kann man ihr auch einen Landtag für die Berathung ihrer inneren Angelegenheiten nicht versagen — und hier zeigt sich alsbald die Unmöglichkeit des ganzen Planes.

Wie hochherzig klingt die Versicherung: „die Siegesbeute des gesammten Deutschlands soll keinem Particularismus, auch dem preußischen nicht, dienen" — und doch würde die Gründung eines Reichslandes grade den allerverwerflichsten Particularismus, den elsaß-lothringischen, befördern. Ein Straßburger Landtag wäre ein Tummelplatz des Vaterlandsverraths, französischer Ränke und republikanischer Wühlereien. Nein wahrlich, ein so gefährdeter Besitz bietet keinen Boden für politische Experimente; die alte deutsche Unart, das Einfache und Nothwendige nicht zu wollen, ist hier am Allerwenigsten am Platze. Unser Reich ist kein Einheitsstaat. Der gegenwärtige Krieg hat die Fortdauer der Einzelstaaten auf lange hinaus gesichert. Darum wird auch der preußische Landtag, weit entfernt sein Ansehn einzubüßen, noch lange ein wichtiges Glied des deutschen Staatslebens bleiben; es ist keineswegs gleichgültig, ob die neue Provinz an der Arbeit dieser Versammlung theilnimmt oder ob sie die wichtigsten Geschäfte der inneren Politik durch einen selbständigen Landtag besorgt. Die Provinz ward bisher fast willenlos geleitet durch die Pariser Bureaus; das also eingedrungene Franzosenthum wird nicht ausgerottet, wenn man dem Lande eine Sonderstellung einräumt, sondern nur wenn man es einfügt in das feste Gefüge des preußischen Staats, wenn das Ansehen der preußischen Krone, die Willenskraft des preußischen Beamtenthums den französischen Sympathien und Wühlereien entgegentreten.

Die Elsasser sind noch erfüllt von dem Wahne der Unüberwindlichkeit Frankreichs, sie werden noch lange unseren Sieg als ein Werk des Zufalls betrachten, das ein anderer Glücksfall wieder beseitigen könne; es gilt, ihnen das Bewußtsein zu erwecken, daß die Franzosenherrschaft unwiderruflich und für immer abgethan ist. Diese Ueberzeugung werden sie gewinnen, sobald sie aufgenommen sind in den preußischen Staat und die schroffe Energie der preußischen Verwaltung auf sie einwirkt. So lange sie nur ein Reichsland bilden, werden sie immer meinen, in einem Provisorium zu leben, immer hoffen, Deutschland selber glaube nicht recht an die Dauer der Eroberung. Die an die harte Centralisation des französischen Staats gewöhnten Elsasser mögen sich vielleicht endlich darein finden, den französischen mit dem preußischen Großstaate vertauschen zu müssen, doch sie werden spotten, sie werden sich nichts Bestimmtes dabei denken können, wenn sie abstracte Deutsche werden sollen, während alle anderen Deutschen einem concreten Einzelstaate angehören. Und, ehrlich gestanden, wir Deutschen selber können uns nichts Klares vorstellen unter dem Begriffe eines reichsunmittelbaren Landes: denn so weit dieser Anachronismus heute noch einen Sinn hat, ist offenbar der preußische Staat selber reichsunmittelbares Land. Welche unübersehbare Fülle bündischer Staatsformen bietet nicht schon heute der norddeutsche Bund — von Luxemburg an, das nur dem Zollvereine angehört, bis hinüber zu Waldeck, das im Namen des Landesherrn von Preußen verwaltet wird! Der Eintritt des Südens wird die übergroße Mannichfaltigkeit unzweifelhaft noch verstärken. Ist es rathsam, in dies so wunderbar verzwickte und verschnörkelte Bundesrecht ohne dringende Noth noch ein neues politisches Gebilde einzuführen? Und wo sind die Organe des Bundes, welche fähig wären eine Landesverwaltung zu leiten? Der Bund besitzt weder einen Unterrichtsminister noch einen Minister des Innern, sein vielgeplagter Bundeskanzler kann dem Reichslande nur beiläufige Aufmerksamkeit widmen. So liefe denn Alles praktisch darauf hinaus, daß sich unter einer halbselbständigen Provincialverwaltung ein elsaß-lothringisches Sonderleben entwickelte, und grade dies ganz und gar verdammenswerthe, dies vaterlandsfeindliche Sonderleben der Westmarken muß durch rücksichtslose Kraft zerstört werden.

Man erinnert immer wieder an den Widerwillen Europas — als ob nicht grade die Mißgunst des Auslandes bewiese, daß die Einverleibung des Elsaß in den preußischen Staat das für Deutschland einzig Heilsame ist. Man hofft, das gemeine materielle Interesse der deutschen Staaten an dem Reichslande werde ein Band der Einheit bilden — als ob dieses erfreuliche Ergebniß sich nicht durch einfachere Mittel erreichen

ließe. Was hindert denn, die gesammten Einnahmen der preußischen Provinz Elsaß der Bundeskasse zu überweisen, oder eine neue Vertheilung der Matricularbeiträge zu vollziehen, wonach Preußen für diese zwölfte Provinz eine unverhältnißmäßig größere Summe zu zahlen hätte? Das preußische Beamtenthum zeigt menschlicherweise wenig Neigung, die in den neuen Provinzen kaum überstandenen Annexionsfreuden unter schwierigeren Verhältnissen nochmals zu genießen. Eifrige Preußen verweisen bedenklich auf die unförmliche Gestalt, welche der soeben erst leidlich abgerundete Körper des Staats nach der Erwerbung des Elsaß annehmen würde; sie rufen verächtlich: dies entdeutschte Gesindel ist des preußischen Namens nicht würdig. Auf solche Bedenken läßt sich nur antworten: noblesse oblige! Der preußische Particularismus zeigt sich diesmal nicht in der Begehrlichkeit, sondern in der Entsagung. Die neue Provinz bringt dem Staate allerdings nicht eine Machterweiterung, sondern vorderhand nur widerwärtige Lasten. Aber der Staat ist um Deutschlands willen verpflichtet diese Lasten auf sich zu nehmen; er kann das Führeramt in Deutschland nur dann glücklich behaupten, wenn er selber mit eintritt in die Reihe der süddeutschen Staaten. Er hat in kleineren Tagen eine noch weit ungünstigere Gestaltung seines Gebiets ertragen; er hat die Schwaben von Sigmaringen, die Lothringer von Saarbrücken zu treuen preußischen Bürgern erzogen und wird auch die Schwaben von Schlettstadt, die Lothringer von Saargemünd, die mehr an den Sünden ihrer Väter als an eigenen Sünden kranken, dem deutschen Staatsleben wiedergewinnen.

Mit kurzen Worten: Ueber die Formen des Provisoriums zu streiten ist müßig; so lange wir noch im Feldlager stehen sind wir allzumal verpflichtet die Maßregeln der preußischen Krone zu unterstützen. Aber sobald die friedliche Ordnung sich herstellt, wird der deutsche Reichstag darauf dringen müssen, daß die neue Provinz in den preußischen Staat aufgenommen wird und in den Berliner Landtag eintritt — wenn anders wir nicht eine elsassische Frage, eine offene Wunde am Leibe unseres Reiches, schaffen wollen. Der provisorische Zustand darf nicht lange währen; denn Niemand weiß, wie bald der neu auflebende Kampf der Parteien oder eine Verschiebung der europäischen Verhältnisse uns erschweren wird das Nothwendige zu thun.

Doch das ist ja das Herrliche dieser großen Zeit, daß sie die Vernunft der Geschichte mit übermächtiger Beredtsamkeit sprechen läßt und der deutschen Politik grobe Mißgriffe kaum noch gestattet. Die Einverleibung der neuen Provinzen in den preußischen Staat wird über lang oder kurz erfolgen, denn sie liegt in der Natur der Dinge, und derselbe

Zwang der Thatsachen muß schließlich auch bewirken, daß das letzte Ziel dieses gewaltigen Krieges, die Vereinigung des Südens mit dem Norden, erreicht wird. Die Höfe von München und Stuttgart haben ihre Vertragspflicht erfüllt ebensosehr um ihre Unabhängigkeit, ihr Dasein zu retten, als um dem Gebote des nationalen Gedankens zu gehorchen; die bekannte Rede des bairischen Kriegsministers läßt darüber keinen Zweifel, daß ein verständiger Particularismus den rettenden Entschluß in München entschieden hat. Nachdem jetzt die süddeutschen Truppen wacker mitgeholfen zum glänzenden Siege, sieht sich die preußische Regierung durch alle Gründe des Anstands und der Billigkeit gezwungen, ihren Verbündeten nicht durch vorzeitiges Drängen lästig zu fallen. Man mag das Berliner Cabinet zuweilen übertriebener Zurückhaltung zeihen — wir wenigstens hätten ein derberes Einschreiten gegen die landesverrätherischen Umtriebe des Herrn v. Dalwigk gewünscht — doch es ist natürlich, daß die Krone Preußen zunächst abwartet, welche Vorschläge Baiern zu bieten hat für die deutsche Verfassung. Der Münchener Hof scheint noch immer einen festen Entschluß nicht gefunden zu haben, noch immer, wie seit vier Jahren, zu schwanken zwischen drei Parteien. Aber wir hoffen, die erregte Stimmung des bairischen Volks werde solchem Zaudern ein Ziel setzen. Es giebt Zeiten, wo das natürliche Gefühl der Massen eine Macht wird im Leben der Staaten.

Ganz Baiern hallt heute wieder von Bewunderung für Preußens Staat und Heer; jeder bairische Soldat, der heimkehrt aus dem Kampfe, ist fortan gepanzert gegen die schändlichen Verleumdungen, welche eine Rotte von Pfaffen und Demagogen wider seine norddeutschen Waffenbrüder zu schleudern pflegt. Die Krone Preußen hat der Geschichte dieser Mittelstaaten einen neuen reichen Inhalt geschenkt; Baierns gesammte Vorzeit weist Nichts auf, was sich den welthistorischen Tagen von Sedan vergleichen ließe. Das arme Volk, jederzeit empfänglich für die rauhe Herrlichkeit des Krieges, hört sich nicht satt an den Wundermären der jüngsten Tage; die Krone der Wittelsbacher wird den Baiern selber klein und armselig erscheinen, wenn sie wieder versuchen sollte sich abzusondern von dem großen Deutschland. Das Volk ist in diesen Krieg geschritten voll der festen Zuversicht, die deutsche Einheit werde sich erheben aus Blut und Gräueln. Es wäre ein Unglück und ein Frevel, wenn dieser treue Glaube betrogen würde. Ein tiefer Ingrimm, bitterer, gefährlicher als die Verstimmung von 1815, würde sich der deutschen Herzen bemeistern, wenn selbst die wunderbaren Triumphe dieses Krieges den Eigensinn der kleinen Höfe nicht zu brechen vermöchten. Sollte das mit Muth und Talent nicht überschwänglich ausgestattete Münchener Cabinet wirklich die

Tollkühnheit finden, die Nation in solcher Zeit mit Undank zu belohnen? Wir zweifeln daran.

Wie der heutige Krieg nur die Arbeit des böhmischen Krieges fortsetzt, wie er die Unabhängigkeit Deutschlands, die wir damals gegen Oesterreich erkämpften, vor Frankreichs Uebermuth sicherstellt, so kann auch die deutsche Verfassung, welche aus diesem Kriege hervorgehen wird, nur eine Fortbildung des Werkes von 1866 sein. Nicht die schwarzrothgoldene Fahne, die in den Todeskämpfen des alten Bundestages schmachbeladen niedersank, sondern die auf den Schlachtfeldern Lothringens ruhmvoll erprobte schwarzweißrothe Fahne ist das Banner des neuen Deutschlands. Wenn einzelne bairische Blätter hochtrabend erklären, das Kinderröckchen des norddeutschen Bundes genüge nicht mehr für die Manneslänge des ganzen Deutschlands, so verweisen wir, um solche Ueberhebung zu heilen, gelassen auf die Landkarte und auf die statistischen Tabellen. Das Gemeinwesen des Nordens hat sich soeben in einem großen Kriege herrlich bewährt. Wir bedürfen keines Neubaus, keiner constituirenden Versammlung; es genügt, wenn die süddeutschen Staaten einfach sich der norddeutschen Bundesverfassung unterordnen, mit Vorbehalt einiger Aenderungen, welche zu Gunsten Preußens und Baierns unerläßlich sind. Ich sage: zu Gunsten Preußens und Baierns; denn daran läßt sich ja gar nicht zweifeln, daß die Erweiterung des norddeutschen Bundes von der Krone Preußen mindestens ebenso viel Selbstverleugnung fordert wie von der bairischen Krone. Als im vergangenen Frühjahr der Eintritt Badens in den Bund zur Unzeit angeregt wurde, da erinnerten diese Jahrbücher warnend an die noch allzu schwache Centralgewalt des Bundes. Fast alle die Bedenken, welche wir damals aussprachen, gelten noch heute. Die Kraft des Widerstandes wird in dem erweiterten Bunde stärker, die Uebermacht Preußens geringer sein als in dem norddeutschen Bunde; das Fehlen jeder wirklichen executiven Gewalt, die Zwittergestaltung des Bundesraths, der zugleich ein Staatenhaus und ein Bundesdirectorium vorstellt, muß zu mannichfachen Uebelständen führen. Wenn wir dennoch heute alle Bedenken unterdrücken, so geschieht es nur, weil inzwischen die sittliche Macht des nationalen Gedankens unermeßlich gestiegen ist, weil wir der Nation nach diesem Kriege die Kraft zutrauen, auch unter einer widerspruchsvollen Verfassung ein gesundes Staatsleben zu führen. Wir sind darauf gefaßt, daß der erweiterte Bund nicht ganz so leicht und rasch erstarken wird wie bisher der norddeutsche; wir denken nicht an verfrühte Experimente und betrachten den Plan eines deutschen Fürstenhauses, den Graf Münster soeben wieder ausspricht, als ein Traumgebilde, das erst in einer fernen Zukunft Fleisch und Blut gewinnen kann. Aber eine

wesentliche Schwächung der bereits errungenen Bundesmacht ist für Norddeutschland unannehmbar.

Vor Allem der Artikel 78 der Bundesverfassung, der uns die Entwickelungsfähigkeit unseres Gemeinwesens verbürgt, muß aufrecht bleiben; von einem Veto Baierns gegen Verfassungsänderungen kann gar nicht die Rede sein. Der bairische Staat muß sich darein finden nichts mehr zu sein als das zweitmächtigste Glied des deutschen Bundes, er muß einmal für allemal verzichten auf jene unheilvolle Großmachtspolitik, von der man einst rühmte, sie habe Baiern groß gemacht. Ist man in München gewillt die wesentlichen Sätze der Bundesverfassung anzuerkennen, so kann die Verständigung über Nebenpunkte nicht schwer fallen. Baiern hat nicht nur dieselbe Ausnahmestellung zu beanspruchen, welche dem Königreich Sachsen zugestanden wurde, sondern auch eine billige Berücksichtigung seiner volkswirthschaftlichen Verhältnisse, die Fortdauer seiner Bier- und Branntweinsteuer u. s. w. Sollte man in München die häßliche kornblumenblaue Uniform als eine unveräußerliche Stammeseigenthümlichkeit betrachten, so wird dies schwerlich ein Hinderniß bieten. Es ist heut nicht die Zeit um Nebenfragen zu rechten; die Agitation im bairischen Volke, welche den Eintritt in den Bund unter mäßigen Vorbehalten verlangt, verdient rückhaltlose Unterstützung. Wagt Baiern den entscheidenden Schritt, so ist auch Würtembergs und Badens Eintritt unzweifelhaft. Preußen aber hätte dann nur eine geringe Aenderung des Stimmenverhältnisses im Bundesrathe zu fordern, wozu die Erwerbung der oberrheinischen Lande den einfachsten Anlaß bietet. Ein Bund, in dem Preußen ernstlich Gefahr liefe überstimmt zu werden, wäre offenbar eine Unwahrheit. Der Eintritt der Südstaaten bedarf der Genehmigung des Parlaments, doch der Reichstag wird an den Verträgen der Kronen nachträglich wenig ändern können. Wir können diesen unvermeidlichen Uebelstand unserer von oben geleiteten Revolution ertragen, weil unser Grundgesetz selber die Fortbildung des Bundesrechts gestattet und erleichtert. Noch ist nicht sicher, ob die Dinge so günstig verlaufen werden. Aber uns scheint, der Münchener Hof — und bei ihm allein liegt die Entscheidung — sei heute nicht mehr in der Lage dem deutschen Gesammtstaate Bedingungen vorzuschreiben. Will er die schwere Verantwortung auf sich nehmen, die gerechten Erwartungen der Nation zu täuschen, so droht über das kleine Königreich eine Zerrüttung hereinzubrechen, die selbst einen muthigen Mann erschrecken mag.

Nach großen Siegen verlangt das Volksgemüth stets, majestätische Zeichen und Namen zu sehen, welche den errungenen Erfolg gleichsam verkörpern. Der alte Traum von Kaiser und Reich liegt den Deutschen

tief im Blute. Soll jener Zug schwermüthiger Sehnsucht, der sich noch immer in der Staatsgesinnung der Deutschen erkennen läßt, ganz verschwinden, soll das frohe Bewußtsein, daß uns eine neue glückliche Zeit angebrochen ist, auch die Massen unseres Volkes durchdringen und erwärmen, so wird unser neues Gemeinwesen den Namen des deutschen Reichs führen müssen. Nicht prahlerische Eitelkeit, sondern die Macht einer tausendjährigen Geschichte redet aus dem Wunsche, der heute im Süden überall widerhallt — aus dem Verlangen, es möge der Nation vergönnt werden, ihren siegreich heimkehrenden Feldherrn als deutschen König zu begrüßen. Nur freilich hat das deutsche Königthum dann allein Sinn und Werth, wenn es der vorhandenen Einheit zum Symbole dient, nicht, wenn sein großer Name die Nation trösten soll für eine ungenügende politische Ordnung. —

Noch einmal bewährt sich heute die alte Schicksalsgemeinschaft der beiden großen Völker Mitteleuropas. Derselbe Krieg, der den Deutschen das Werk von 1866 vollendet, schenkt den Italienern die ewige Stadt. Der Papst verliert seine weltliche Herrschaft in demselben Augenblicke da er sich für unfehlbar erklärt. Die europäische Welt nimmt diesen humoristischen Einfall der Geschichte gleichgiltig auf, ja sie schaut mit Verachtung auf einen Hof, der einen großen Erfolg nicht der eigenen Kraft, sondern der Laune des Glücks verdankt. Nur sollte man gerechtermaßen nicht vergessen, daß die ehrenwerthe Haltung des italienischen Volks einen großen Antheil hat an der jüngsten Wendung der florentinischen Politik. Wir können heute nicht mehr daran zweifeln, der Kriegsbund mit Frankreich war bereits abgeschlossen, nicht durch die Regierung, wohl aber durch den elenden Hof; nur der rasche Siegeszug der deutschen Waffen und der laute Widerspruch der Italiener selbst hat den unheilvollen Plan vereitelt. Zwar sangen fast alle großen Blätter des Landes wieder das alte Lied von dem natürlichen Bunde der romanischen Völker; wir entsinnen uns noch einer Abhandlung des gefeierten Publicisten Bonghi, die mit cynischer Unbefangenheit bewies: das sei nun einmal das Gesetz der Natur, daß jede Nation, die sich constituire, dem glücklichen Nachbarn einen Bissen abgeben müsse, Deutschland habe diese Pflicht versäumt und werde folglich von Rechtswegen gezüchtigt. Aber die bonapartistische Consorteria des Palastes Pitti und ihre Zeitungen vertreten nicht die öffentliche Meinung. Die große Mehrheit der Nation, die Einen aus verständiger Einsicht, die Anderen aus Haß gegen den Mann von Mentana, jubelten den deutschen Siegen zu; die Presse der Actionspartei stand von vorn herein auf unserer Seite. Auch eine gewichtige deutsche Stimme wandte sich an das Nachbarvolk: Theodor Mommsen schrieb ein kleines Meisterstück, eine

Reihe offener Briefe, welche, gewandt eingehend auf den Gedankengang der Südländer, den Italienern das Recht dieses deutschen Krieges erklärten. In verwandtem Sinne sprach schon vor dem Kriege eine merkwürdige kleine Schrift von Giuseppe Ratti „über die Bündnisse Italiens"*). Der geistreiche Verfasser faßt das Nationalitätsprincip nach italienischer Weise in einem radicalen Sinne, den wir nicht billigen, er fordert Wien für den deutschen, Triest für den italienischen Staat; doch er zeigt vortrefflich den tiefen Gegensatz der Interessen Frankreichs und Italiens, er sieht — und wir mit ihm — in Deutschland den natürlichen Verbündeten der Italiener und preist die deutsche Tüchtigkeit mit einem warmen Lobe, das uns zuweilen erröthen macht.

Italiens Freiheit ist nicht gesichert, so lange die Sprache, die Sitten, die Politik der Franzosen noch die Halbinsel beherrschen. Der Sturz des zweiten Kaiserreiches eröffnet dem vielgeprüften Volke die Aussicht wieder sich selber anzugehören; die Tage der unfruchtbaren Mittelmäßigkeit, welche seit Cavour's Tod mit ihrem leeren Parteigezänk das Land verdarb, sind hoffentlich zu Ende. Durch die Eroberung Roms kann der Radicalismus entwaffnet und der Weg geebnet werden für die nüchternen Arbeiten der Wirthschaftspolitik und der Unterrichtsreform, welche den verwahrlosten socialen Zuständen der Nation vor Allem noch thun. Doch dies Ziel wird kaum erreicht werden, wenn nicht die Italiener abermals eine schwere Pflicht der Entsagung üben. Rom soll eine italienische Stadt sein; die ewige Stadt mag, da die Sehnsucht der Nation dies fordert, den Namen der Hauptstadt Italiens führen, doch kein Freund Italiens kann wünschen, daß König und Parlament dort ihren Wohnsitz aufschlagen. Wenn dieser nichtige, zwischen Sinnlichkeit und Bigotterie hin und her schwankende Hof an Einem Orte lebt mit den geriebenen geistlichen Ränkeschmieden des Vaticans, so wird er den feinen Netzen clericaler Politik auf die Dauer schwerlich entgehen; dann wäre die schwache Dynastie vollends entwurzelt, Italiens Leiden verewigt.

Wir Deutschen fühlen wohl mit einigem Stolze, daß unser Volk heute keinem anderen des Welttheils nachsteht; doch wir verschmähen die Uebertreibungen des prahlerischen Teutonenthums. Wir dürfen nicht wünschen, daß unser Sieg über Frankreich den Niedergang der romanischen Rasse herbeiführe. Welche Aussicht, wenn zu dem leider unleugbaren Verfalle Frankreichs und Spaniens auch noch die Zerrüttung Italiens hinzuträte, wenn in Rom wie in Paris und Madrid eine Republik entstünde, die nicht leben und nicht sterben kann, wenn die drei großen

*) Agli Italiani Teodoro Mommsen. Berlino 1870. — G. Ratti, le alleanze d'Italia. Milano 1870.

romanischen Völker sämmtlich, unfähig im eigenen Hause Frieden und Gedeihen zu finden, in die fieberische Unruhe abenteuernder Politik verfielen! — Mancher verspätete Prophet meint heute tiefsinnig: dieser Krieg mußte kommen! — als ob die deutsche Politik nicht mit vollem Rechte gestrebt hätte, den Krieg in Ehren zu vermeiden. Und schon werden wieder besorgte Stimmen laut, die uns versichern, Deutschlands Einheit müsse dereinst noch im Kampfe gegen das gesammte Europa sich erproben. Es giebt leider der düstern Anzeichen viele, welche solche Weissagung zu bestätigen scheinen. In den romanischen, den slawischen, den skandinavischen Völkern liegt ein gewaltiges Capital des Neides gegen das siegreiche Deutschland angesammelt; die europäische Diplomatie wird durch das verschobene Gleichgewicht der Mächte gezwungen, sich gänzlich umzudenken, sie findet sich ungern in neue, durchaus veränderte Combinationen. Wir aber hoffen, es werde unserem Staate im Laufe der Jahre gelingen, das Mißtrauen des Auslandes zu zerstreuen. Ein verständiger Grund Deutschland zu bekämpfen besteht für keine der europäischen Mächte, und die schrecklichen Folgen der blinden nationalen Eifersucht liegen vor Augen auf den Feldern von Metz und Sedan. Unser Reich bedarf einer gerechten, maßvollen Staatskunst, welche dem besiegten Feinde nicht mehr auferlegt als das Nothwendige und der widerwilligen Welt die Ueberzeugung aufzwingt, daß Deutschlands Einheit den europäischen Frieden verbürgt.

Luxemburg und das deutsche Reich.

Heidelberg, 25. Oktober 1870.

Kein Haß ist so bitter wie die Feindschaft gegen den Mann, dem Unrecht widerfuhr; die Menschen hassen an ihm was sie ihm thaten. Das gilt von den Völkern wie von den Einzelnen. Alle unsere Nachbarn sind einst auf Deutschlands Kosten gewachsen, und heute, da wir endlich die letzten Reste fremder Uebermacht zerschlugen und einen bescheidenen Preis gerechter Siege, eine dauerhafte Gewähr des Völkerfriedens fordern, schallt durch die Presse Europas zorniger Tadel wider die Unersättlichkeit der Deutschen. Vornehmlich jene kleinen Länder, die ihr Dasein selbst dem Zerfalle des deutschen Reiches verdanken, Belgien, Holland, die Schweiz, klagen laut, ein hochmüthiger Pangermanismus habe den billigen Sinn unseres Volkes zerstört. Es ist der Haß, der aus diesen Beschuldigungen redet; der Unbefangene kann nicht bestreiten, daß die Gesinnung des Pangermanismus uns Deutschen ebenso fremd ist wie sein Name, den auch erst die Gespensterfurcht des Auslandes erfunden hat. Wohl hat die bewegte Zeit da und dort eine thörichte Prahlerei in's Leben gerufen: grimmige Teutonen beschwören uns alle Fremdwörter „ohne Pardon" aus dem Heiligthum der deutschen Sprache zu verbannen; unbeschäftigte malerische Talente zeichnen zwischen Frankreich und Deutschland ein Königreich Armorica und Arelat auf die geduldige Landkarte. Doch solche Einfälle bleiben vereinzelte Spielereien müßiger Köpfe; verirren sie sich ja einmal in eine größere Zeitung, so finden sie doch höchstens Aufnahme in jene unteren Stockwerke, wo Seeschlangen und Drillinge, Kinder mit Hühnerköpfen und der mythische Füsilier Kutschke ihr Wesen treiben. Die große Mehrzahl der deutschen Politiker zeigt heute eine besonnene Mäßigung, die unter den Schweizern und Belgiern gerechtere Würdigung finden würde, wenn man dort in dem bequemeren Stillleben einer durch Andere geschützten Neutralität vermöchte, sich hineinzudenken in die Gefühle einer großen,

wehrhaften Nation, welcher ein ruchloser Ueberfall den Kampf um's Dasein aufgedrängt hat.

Schneller, als je zuvor über eine verwickelte Frage, hat die öffentliche Meinung sich geeinigt über den Siegespreis. Die wahrlich von schonender Hand gezogene Grenzlinie des Generalgouvernements Elsaß, welche voraussichtlich Deutschlands Grenze bilden wird, findet fast allgemeine Zustimmung. Man bedauert nur, und mit Recht, daß das schöne Quellengebiet der Breusch, der Bezirk um Schirmeck mit dem Steinthale, jenes grunddeutsche, durch das Wirken des unvergeßlichen Oberlin geweihte Ländchen, von der neuen Grenze nicht mit eingeschlossen wird. Blinde Eroberungslust liegt den Deutschen so fern, daß sie sich nur sehr ungern entschließen, den Besitz von Metz zu fordern; allein die offenbare Unmöglichkeit, diesen durch seine Lage, nicht durch seine Mauern, festen Platz dicht vor unserer Thür in der Hand rachsüchtiger Feinde zu lassen, zwingt uns hier in das wälsche Land hinüberzugreifen.

Nun gar der Wunsch, die neutralen Nachbarstaaten zu berauben, den man in Basel und Brüssel uns anzudichten liebt, wird nur von vereinzelten deutschen Chauvinisten gehegt. Wir sehen mit Sorge, wie die besonnenen Schweizer selbst, daß jene zwei Jahrzehnte frischen Gedeihens, welche der Schweiz seit dem Sonderbundkriege beschieden waren, heute zu Ende sind; wir fragen bedenklich, wo hinaus schließlich eine Entwickelung führen soll, welche mehr und mehr dahin neigt, jede Gemeinde und jeden Einzelnen vom Staate abzulösen. Aber wir wünschen redlich, daß der Eidgenossenschaft gelingen möge, die zersetzende Kraft eines zügellosen Radicalismus zu überwinden; die Rolle, welche dies Asyl aller Parteien lange zum Heile Europas spielte, ist noch mit nichten ausgespielt. Kein verständiger Deutscher will die überstarken centrifugalen Mächte, die unser neues Reich umschließt, durch die Aufnahme rein republikanischer Elemente vermehren, und jeder freie Mann erschrickt bei dem Gedanken, daß Genf und Lausanne, heute die Mittelpunkte einer selbständigen geistigen Bewegung, durch die Auflösung des Schweizerbundes in den entsetzlichen Verfall des französischen Lebens hineingerissen würden. Auch den niederländischen Staaten, die so wenig thaten Deutschlands Freundschaft zu verdienen, stehen wir ohne Hintergedanken gegenüber; wir hoffen lediglich, das Erstarken des deutschen Reiches werde von selber dafür sorgen, daß im Haag die thörichte Hinneigung zu Frankreich sich ermäßige, und daß in Belgien die flämische Mehrheit den Muth finde ihre Stammesart zu behaupten neben der wallonischen Minderheit. Doch weil wir an dem Länderbestande dieser Zwischenstaaten nicht rütteln wollen, weil wir eine dauerhafte Ordnung an unserer Westgrenze verlangen, darum muß jetzt eine Frage aus der

Welt geschafft werden, die unser gutes Verhältniß zu den kleinen Nachbarn stets von Neuem zu trüben droht, obgleich sie in Wahrheit mit der Unabhängigkeit der Niederlande gar nichts zu thun hat. Der Friedensschluß mit Frankreich kann und soll die Gelegenheit bieten, Luxemburg dem deutschen Reiche einzuverleiben.

Es widerstrebt uns, heute die Erinnerung aufzufrischen an den widerwärtigen Handel, der uns dies Gebiet entrissen hat — die einzige bittere Erinnerung aus der ruhmvollen Geschichte des norddeutschen Bundes. Genug, dies deutsche Land, das einst durch den Beschluß Europas dem Hause Oranien und der Krone Preußen anvertraut ward, um es zu schützen gegen Frankreichs Raublust, wurde plötzlich durch seinen eigenen Landesherrn an Frankreich verkauft und verrathen. Als der preußische Staat Einspruch erhob, stand er der unverhohlenen parteiischen Mißgunst aller europäischen Mächte gegenüber. Die Angst vor Frankreich lastete auf dem Welttheil; es klingt uns heute gleich einer Posse, wenn wir in den Schriftstücken jener Tage lesen, wie Lord Stanley und Graf Beust wetteifernd unserem Staate die furchtbare Uebermacht Frankreichs schilderten: Die französische Flotte werde den besten Theil unserer Streitkräfte in Anspruch nehmen, uns außer Stand setzen Süddeutschland zu beschützen u. s. w. Preußen, ehrlich bestrebt, in einem rechtlich nicht ganz zweifellosen Handel seine Friedensliebe zu bekunden, und zudem vollauf beschäftigt mit der Gründung des neuen Bundes, gab sein Besatzungsrecht auf und begnügte sich mit dem dürftigen Erfolge, daß Frankreich auf den willkommenen Kauf verzichten mußte. An die Stelle des militärischen Schutzes, den Preußen bisher dem Lande gewährt, trat ein moralischer Schutz, indem die großen Mächte die Gesammtbürgschaft übernahmen für das neutralisirte Großherzogthum. Aber der Vertrag kaum abgeschlossen verlor alsbald seinen Werth durch die treulose Auslegung, die England ihm gab. Unter den jubelnden Zurufen des Parlaments erklärte Lord Stanley, Großbritannien werde für die Neutralität Luxemburgs nur dann mit den Waffen eintreten, wenn die anderen Großmächte das Gleiche thäten; die friedenstrunkene Presse frohlockte, Englands Verpflichtungen seien durch den Maivertrag nicht erweitert, sondern beschränkt — und die Politik des sinkenden Inselreichs hatte einen neuen Schritt abwärts gethan. Was sich nach solchen Worten von den Thaten der britischen Staatsmänner erwarten ließ, bedarf nicht der Schilderung; Niemand bezweifelt, daß England in seinem neutralen Behagen sich nicht hätte stören lassen, auch wenn im vergangenen August ein siegreiches französisches Heer in das Luxemburgische eingerückt wäre.

Die europäische Gesammtbürgschaft war von Haus aus ein leerer

Schein, und durch die gewaltigen Umwälzungen der jüngsten Wochen ist die Lage des neutralen Ländchens vollends unhaltbar geworden. Rückt die deutsche Grenze bis nach Metz und Diedenhofen vor, so wird Luxemburg im Süden wie im Norden und Osten durch deutsch-preußisches Gebiet umschlungen, das Land bildet nicht mehr ein Zwischenland zwischen Frankreich und Preußen, und der Zweck des Maivertrags, die Absicht, Unfrieden zwischen den beiden großen Militärmächten zu verhüten, fiele von selbst hinweg. Bei der tödtlichen Feindschaft, die uns noch lange von Paris her bedrohen wird, wäre es für den preußischen Staat schwer erträglich, die Verbindung zwischen Trier und Metz durch neutrales Gebiet unterbrochen zu sehen; ernste militärische Rücksichten drängen ihm den Wunsch auf, seine Fahne wieder aufzupflanzen auf jenen Luxemburger Festungswällen, wo sie fünfzig Jahre lang, ein Schirm für Deutschland, gestanden hat.

Und ist nicht die Neutralität des Ländchens, die künstliche Schöpfung einer Nation luxembourgeoise in Wahrheit eine Schmach für Deutschland? Vielsprachige Länder, wie Belgien und die Schweiz, mag man mit Recht für neutral erklären, weil ihr gemischtes Volksthum ihnen in den nationalen Kämpfen dieses Jahrhunderts die Parteinahme verbietet. Aber zweimalhunderttausend deutsche Menschen von ihrem Vaterlande losreißen, um sie unter europäische Vormundschaft zu stellen — das war ein Frevel wider Vernunft und Geschichte, der nur diesem schwer ringenden Deutschland geboten werden durfte. Der kleine Staat ist deutsch bis auf den letzten Weiler, gehört zu uns durch Sprache und Sitte, durch die Erinnerungen einer tausendjährigen Geschichte, wie durch die Gemeinschaft der materiellen Interessen. Und dies Land, das unserem Reiche drei Kaiser schenkte, das sich einst gegen Philipp von Burgund empörte, um seine deutsche Sprache zu behaupten, das noch in den Tagen der französischen Revolution zweimal den Volkskrieg führte wider die verhaßten Wälschen, dies durch und durch deutsche Land wird heute französisch regiert! Die Amtssprache ist französisch, die Landesgesetze stammen aus Frankreich und Belgien. Seit der unheilvollen neunjährigen Verbindung mit Belgien hat man sich hier wie in Brüssel und Gent gewöhnt, wälsches Wesen als ein Zeichen der Vornehmheit zu bewundern. Die Beamten, allesammt auf französischen und belgischen Schulen gebildet, bringen aus der Fremde den französischen Hochmuth heim, bekämpfen grundsätzlich das Deutschthum, verwandeln die alten ehrlichen Ortsnamen Klerf und Siebenbrunn in Clervaux und Septfontaines. Das Volk ist durch die Sünden des Bundestags dem deutschen Staatswesen entfremdet, es kann nicht vergessen, daß der deutsche Bund einst die Hälfte des Landes würdelos an

Belgien preisgab und dann jeden Staatsstreich reaktionärer Minister gefällig unterstützte. Ein fanatischer Clerus, eine verlogene, von Franzosen und Belgiern geleitete, auch wohl durch französisches Gold unterstützte Presse nähren den Haß gegen das große Vaterland, und die niederländische Statthalterschaft schaut gleichmüthig dem Niedergange der deutschen Gesittung zu.

In so ungesunden Zuständen ist über das Völkchen jede Art politischer Verderbniß hereingebrochen, deren die deutsche Natur fähig ist. Während die deutsche Jugend ihr Blut verspritzt für das Ewige, das Unendliche, wälzen sich die Luxemburger im Schlamme des Materialismus; der Aberglaube an das Diesseits hat die Geister entmannt, sie kennen nichts, sie wollen nichts kennen als den Erwerb und Genuß. Während in Deutschland unter schweren Kämpfen eine neue sittlichere Auffassung der Freiheit, die in dem Gedanken der Pflicht wurzelt, emporsteigt, wird dort ein pflichtenloses Dasein als des Lebens höchstes Ziel gepriesen. Man will Vortheil ziehen von dem Zollvereine, dem das Land die Blüthe seiner Wirthschaft verdankt, ohne das Mindeste für Deutschland zu leisten. Man läßt die Deutschen bluten für die Freiheit des linken Rheinufers — Luxemburg mit eingeschlossen — rühmt sich laut, kein Vaterland zu haben, und behält sich vor, über die deutsche Knechtschaft zu schimpfen, den deutschen Zollwächtern ein höhnendes Merde pour la Prusse! zuzurufen.

Darf Deutschland diesen europäischen Skandal, diese vaterlandslose Schmarotzerpflanze, die am Stamme unseres Reichs sich mästet, auch fernerhin ertragen? Der nationale Staat hat das Recht und die Pflicht, sein Volksthum überall in der Welt zu schützen, er kann nicht dulden, daß ein deutscher Stamm ohne jeden Grund allein durch die Willkür einer verbildeten Bureaukratie allmählich in ein deutsch-französisches Blendlingsgeschlecht verwandelt werde. Um dies zu verhindern, giebt es, wie die Dinge liegen, nur ein Mittel, die Aufnahme des Landes in das deutsche Reich. Der Reichstag aber kann diese Aufnahme nur gestatten unter zwei Bedingungen: er muß fordern, daß die deutsche Sprache wieder als Amtssprache gelte, und daß die Personalunion, welche das Großherzogthum mit dem Königreich der Niederlande verbindet, aufgelöst werde. Zwar ist das Band zwischen den beiden Staaten sehr lose; doch wir haben unter dem Bundestage die unseligen Folgen der Vermischung deutscher und ausländischer Politik allzu gründlich kennen gelernt; wir müssen, obgleich die Bundesverfassung nichts darüber sagt, für unser neues Reich den unverbrüchlichen Grundsatz aufstellen: kein fremder Souverän darf Mitglied des deutschen Bundes sein.

Wir meinen nicht, Deutschland solle kurzab erklären: der Maivertrag

ist in Folge des jüngsten Krieges erloschen. Wir verlangen vielmehr die freiwillige Zustimmung aller Betheiligten. Der Rückhalt, den Frankreich bisher dem luxemburgischen Sonderleben bot, läßt sich heute ohne Mühe zerbrechen. Der verblendete Widerstand der Franzosen wird den Bundesfeldherrn vermuthlich nöthigen, seine Forderungen höher zu spannen; um so leichter mag dann beim Friedensschlusse die französische Regierung gegen ein billiges Zugeständniß die bindende Erklärung abgeben, daß sie den Eintritt Luxemburgs in den deutschen Bund im Voraus anerkenne. Zur Bekehrung der Luxemburger selbst genügt die bestimmte Versicherung: Deutschlands Zollgrenze fällt fortan zusammen mit der politischen Grenze, der Zollvertrag kann nicht erneuert werden, wenn nicht das Großherzogthum wieder die Pflichten eines Bundeslandes übernimmt. Eine solche Sprache wird dort, wo ideale Gründe nicht verfangen, schwerlich ihres Eindruckes verfehlen — trotz der brünstigen Unabhängigkeitsschwärmerei, welche heute wieder einmal die Köpfe des Völkchens bethört. Der Gewerbfleiß kann der Segnungen deutscher Verkehrsfreiheit nicht entbehren; er müßte zu Grunde gehen, wenn der kleine Staat versuchte ein selbständiges Marktgebiet zu bilden, desgleichen wenn er in die belgische Zollinie einträte.

Von dem holländischen Staate, der seines lästigen Nebenlandes längst müde ist, steht ernster Widerspruch kaum zu erwarten. Das Haupt des oranischen Hauses aber hat sich längst bekehrt zu der Kaufmannsmoral jener Patricier von Amsterdam, welche seine großen Ahnen einst bekämpften; sein Herz wird, wie warm es auch für Frankreich schlägt, heute den Klang preußischer Thaler ebenso angenehm finden, wie vor vier Jahren das Rollen der Napoleonsdors. Auch mit den Agnaten des Gesammthauses Nassau, deren Rechte der Maivertrag ausdrücklich vorbehält, muß eine Verständigung möglich sein. Gewiß wäre die einfachste Lösung gefunden, wenn Preußen das Land durch Kauf erwürbe. Der preußische Staat zählt bereits in den Bezirken um Bittburg und St. Vith fünfzigtausend Luxemburger zu seinen Bürgern; käme noch das Großherzogthum und das französische Luxemburg mit Diedenhofen hinzu, so wäre das mißhandelte und geviertheilte Land endlich wieder unter Einer Krone vereinigt — bis auf den belgischen Antheil. Aber diese in jeder Hinsicht wünschenswertheste Lösung ist doch nicht unbedingt nothwendig; das deutsche Interesse geht zunächst nur dahin, daß das Fürstenthum wieder eingefügt werde in unsere Vertheidigungslinie, in unser Staats- und Culturleben. Sollte also das Gesammthaus vorziehen, einen nassauischen Prinzen als Bundesfürsten auf den Thron von Luxemburg zu erheben, so kann Deutschland nicht widersprechen; eine solche Ordnung wäre dem unwahren heutigen Zustande immerhin weit vorzuziehen. Wir bedürfen endlich noch der

Zustimmung der europäischen Mächte. Auch sie ist erreichbar; denn Recht und Billigkeit stehen uns offenbar zur Seite, wenn wir allen Mitgliedern des Zollvereins die gleichen Lasten auflegen wollen; zudem empfindet England die übernommene Bürgschaft für die Neutralität Luxemburgs längst als eine ärgerliche Bürde. Es kommt nur darauf an, die Verhandlungen nicht vor der Zeit zu beginnen, damit den neutralen Mächten nicht der willkommene Anlaß werde, sich in die deutsch-französischen Händel einzumischen.

Elsaß, Lothringen, Luxemburg: — welche Wunden sind in diesen Marken dem deutschen Wesen geschlagen worden durch die Frevel langer Jahrhunderte, und wie rastlos wird jede gesunde Kraft des deutschen Staates sich regen müssen, um im Frieden zu behaupten was das Schwert gewann! Fast scheint die Aufgabe zu schwer für dies Geschlecht, das soeben erst unsere Nordmark dem fremden Herrscher entrissen hat. Doch was sich heute vollendet, ist nur die reife Frucht der Arbeit vieler Geschlechter. All der Fleiß, all die Rechtschaffenheit und Thatkraft, alle die sittlichen Güter, die unsere Väter dem erschlafften Vaterlande neu erweckten, werden für uns wirken, wenn wir jetzt wagen, die entarteten Söhne unseres Westens dem deutschen Leben zu versöhnen; und das Beste, was wir im Frieden leisten können, reicht doch nicht heran an die Thaten und Leiden der Helden, die den Anbruch einer neuen Zeit mit ihrem Blute bezahlten.

Die Verträge mit den Südstaaten.

Heidelberg, 7. Dec. 1870.

In jenen wundervollen Augustwochen, da ein Kriegsruhm ohne Gleichen die Fahnen des geeinten Deutschlands umleuchtete, erwachte wohl in manchem deutschen Herzen der leise Zweifel, ob solcher Ueberschwang des Glückes dauern könne — eine Empfindung vergleichbar der Furcht der frommen Griechen vor dem Neide ihrer Götter. Seitdem ist Vieles geschehen was den hellen Siegesjubel dämpfte. Der zögernde Gang der Kriegsereignisse erregt bereits nicht blos die Klagen des vorlauten Unverstandes, sondern auch die Sorgen besonnener Männer. Seit zehn Wochen wird die feindliche Hauptstadt von unseren Heeren eingeschlossen, seit vier Wochen ist nach ungeheuren Anstrengungen der schwere Belagerungspark an Ort und Stelle, und noch immer regt sich keine Hand ihn zu gebrauchen. Militärische Gründe sind es nicht, welche diese Zögerung veranlassen, sondern Rücksichten der Menschlichkeit: man will die Hauptstadt schonen, den Ruf des Vandalismus dem deutschen Heere ersparen. Aber es steht zu fürchten, auch dieser Krieg werde schließlich die alte Regel bestätigen, daß die kräftigste Kriegführung die menschlichste ist. Die Ausfallsgefechte um Paris, die blutigen Kämpfe im Norden und an der Loire kosten uns ebensoviel Menschen wie eine große Schlacht. Der Soldat wird ungeduldig; nur das Pflichtgefühl, nicht mehr die Begeisterung treibt ihn vorwärts; ihn drückt der Gedanke, daß jeder Tropfen Blutes, der heute noch fließt, verschwendet sei. In dem erbitternden kleinen Kriege schwindet selbst die unerschöpfliche Gutherzigkeit deutscher Krieger, die Blüthe deutscher Jugend droht zu verwildern in dem häßlichen Kampfe wider ehrlose, unebenbürtige Feinde. In Paris herrscht der Pöbel, der nichts zu verlieren hat und während der Belagerung kaum schlechter lebt als zuvor. Niemals werden diese Wahnsinnigen die hochherzige Milde unseres Königs würdigen, den sie den neuen Attila nennen; sie schreiben dreist ihrer Heldenkraft und unserer Schwäche zu, was sie der deutschen

Langmuth danken, und können leicht die feige Bourgeoisie zwingen, sich bis zur letzten Brodkruste zu halten. Dann droht nach der Uebergabe der unseligen Stadt ein namenloses Elend, das selbst die Schrecken eines Bombardements überbieten würde. Unterdessen beginnt der Glanz der Tage von Metz und Sedan ein wenig zu verbleichen; die Sprache der neutralen Presse verräth, daß unser Ansehen in der Welt sich seitdem mindestens nicht gehoben hat. Vielleicht macht, während wir schreiben, das Schicksal alle diese Besorgnisse zu nichte; vielleicht waren die Ausfallskämpfe der jüngsten Tage schon der Anfang des Endes, ein letzter Ausbruch ohnmächtiger Wuth, dem die Ergebung auf dem Fuße folgt. Uns lag nur daran, die Thatsache festzustellen, daß tausend schwer besorgte Patrioten die rasche rücksichtslose Beendigung des Pariser Trauerspiels ersehnen.

Währenddem ist zu Versailles die Verhandlung mit den Südstaaten beendet worden, die zugleich einen Fortschritt und einen Rückschritt bezeichnet. Wir haben uns nie darüber getäuscht, daß die Aufnahme des Südens im gegenwärtigen Augenblicke das schwerste Opfer sein würde, das unser Norden jemals für die deutsche Sache gebracht hat. Wir waren darauf gefaßt, viele kühne Reformpläne, die der jugendlich rüstige Entwicklungsgang des norddeutschen Bundes zu Tage gefördert, für jetzt oder für immer zu begraben; wir wußten, daß der Norden im Vertrauen auf die soeben herrlich bewährte Lebenskraft des nationalen Gedankens, auch manches bereits errungene Besitzthum politischer Zucht und Ordnung werde dahingeben müssen. Aber ein so vollgerütteltes Maß particularistischer Vorbehalte, wie es in dem bairischen Vertrage enthalten ist, übertrifft unsere schlimmsten Erwartungen. Eine häßliche Erinnerung aus dem Jahre 1813 will sich gar nicht abweisen lassen. Wie damals Baiern, noch vor der Schlacht von Leipzig, in dem Rieder Vertrage sich die ungeschmälerte Souveränität ausbedang und also den Fortschritt unseres Staatslebens auf ein halbes Jahrhundert hinaus verhinderte, so ist demselben Staate heute wieder gelungen, noch vor der Einnahme von Paris die gesunde Entwicklung des deutschen Staates mindestens zu erschweren. Und wie damals unsere Väter über der Freude an dem neuen Bundesgenossen den unerschwinglichen Preis, den er forderte, fast vergaßen, so zeigt auch heute die Nation, froh ihrer heiß ersehnten Einheit, nur wenig Neigung über den Werth dieser Einheit ruhig nachzudenken. Ein großer Theil der Presse, der noch jüngst jeden Schritt des Bundeskanzlers mit rechthaberischer Tadelsucht verfolgte, verzichtet heute auf jedes eigene Urtheil mit einer Unterwürfigkeit, die wahrlich kein Zeichen politischer Reife ist.

Die Beweggründe, welche den Bundeskanzler bei den Versailler Ver-

handlungen leiteten, lassen sich leicht errathen. Er dachte offenbar nicht an die zwei bairischen Armeecorps, deren Deutschland zur Noth entrathen kann, sondern an die europäische Nothwendigkeit, die süddeutsche Frage aus der Welt zu schaffen; er will dem deutschen Bunde im Friedensschlusse die förmliche Anerkennung Frankreichs verschaffen, also daß wir fortan unzweifelhaft Herren sind im eignen Hause. Es war ferner für unseren inneren Frieden von hohem Werthe, daß die hochgespannten Erwartungen des Volkes, das seine Einheit bereits in der Hand zu halten wähnte, nicht abermals getäuscht wurden. Wenn aber der Entschluß die Süddeutschen aufzunehmen einmal feststand, so mußte man durch freundliches Entgegenkommen ihr Vertrauen gewinnen; denn zogen sie verdrossen ab, mit dem Gefühl einer Niederlage, ließ man ihnen einen Vorwand, über Undank, über unehrlichen Zwang zu klagen — Anschuldigungen, die nur zu leicht Glauben gefunden hätten — so bildete ihr Groll eine Lücke in der Mauer des deutschen Bundes, und in diese Lücke konnte unser alter Getreuer, der sächsische Odysseus in der Hofburg, der noch festhält an seiner berüchtigten Auslegung des Prager Friedens, zur rechten Zeit die Brechstange einsetzen. Der neue Bund kann nur gedeihen, wenn Preußen mit Baiern, wie bisher mit Sachsen, ein vertrautes Einvernehmen unterhält, wenn beide Staaten den Beweis führen, daß ihre Freundschaft noch heute, wie in den Tagen Friedrichs des Großen, den Interessen des großen Vaterlandes entspricht. Um dies Einverständniß mit Baiern nicht zu gefährden, hat Graf Bismarck einen nahe liegenden Weg verschmäht; er hat über das Wesentliche mit jedem einzelnen der Südstaaten verhandelt, statt durch das redlich deutschgesinnte Baden auf die bairische Selbstsucht zu drücken. Das Gewicht dieser Rücksichten ist unbestreitbar; doch leider tritt in den Versailler Verträgen auch eine alte Schwäche unseres großen Staatsmannes sehr grell hervor: er war in seiner Kühnheit immer leicht bereit, in verworrene, unklare Verhältnisse sich einzulassen, die nur seine geniale Kraft, doch nicht ein schwächerer Nachfolger beherrschen kann.

Auf die gerührten Lobpreisungen, welche die officiöse Presse dem „freiwilligen“ Entgegenkommen des bairischen Cabinets widmet, antwortet die ungeheure Mehrheit der Nation in grobem Deutsch: Baiern war niemals selbständig so lange ein Deutschland besteht; nur zweimal während eines Jahrtausends ward auf kurze Zeit das nationale Band zerrissen, das dies Bruchstück deutschen Landes an das große Vaterland anschloß, 1806 und 1866, beidemale durch Baierns eigene Schuld; wenn der Staat heute in einer Zeit gewaltiger Erhebung die frevelhaft zerstörte Verbindung wieder anzuknüpfen sucht, so thut er einfach seine Pflicht. Und zum Ueberfluß lehren die allbekannten Geständnisse bairischer Minister, daß das

Gefühl dieser nationalen Pflicht dem Münchener Cabinette gänzlich fehlte. Es war die Noth, es war das Bewußtsein einer ganz unhaltbaren Lage, was endlich zum Beginnen der Unterhandlung drängte. Seit Frankreich darniederlag, seit der Eintritt der süddeutschen Nachbarstaaten in den Bund sich nicht mehr hindern ließ, stand Baiern völlig vereinsamt; das zerrüttete Oesterreich bot keinen sicheren Rückhalt; das eigene Volk und Heer, am lautesten die wackere Hauptstadt, verlangten stürmisch, den in unvergeßlichen Siegestagen geschlossenen Bund für immer befestigt zu sehen. So unter dem Zwange übermächtiger Verhältnisse entschloß man sich zu dem Unvermeidlichen. Jedes Wort des Vertrages erzählt, welche Bedenken und Gegenbedenken, welche Kämpfe und Schwankungen überwunden werden mußten seit jenen ersten Kriegstagen, da bairische Staatsmänner zuweilen noch die kindliche Hoffnung aussprachen, Baiern werde mit Preußen abwechselnd das Directorium des deutschen Bundes führen. Und als endlich die lange Liste der Privilegien, die man dem deutschen Staate abdringen wollte, geschlossen war, da verschanzte man noch jeden Satz hinter Klauseln und Vorbehalten und Garantien, wie ein ängstlicher Krämer, der mit einem anrüchigen Roßtäuscher unterhandelt. Wie oft hatte man im Süden mit behaglichem Selbstlob den Cäsarismus des norddeutschen Bundes verhöhnt! Jetzt kam die Stunde, den gerühmten bairischen Freisinn zu bethätigen, der freundlichen Gesinnung des Bundeskanzlers eine Magna Charta des deutschen Volks abzutrotzen. Aber der bairische Vertrag enthält von neuen Volksrechten keine Silbe. Ja, als sollte das Wort: „Wir sind den Süddeutschen zu liberal" feierlich bestätigt werden — unter allen Satzungen des norddeutschen Bundes ist der bairischen Regierung keine so anstößig, keine so bestimmt zurückgewiesen worden, wie unsere freie und menschliche Gesetzgebung über die Verehelichung und Niederlassung. Jene sinnlos reactionären Gesetze, welche dem wackeren bairischen Volke eine Ueberzahl unehelicher Kinder geschenkt haben, sollen aufrecht bleiben; der Baier, der in Preußen oder Oldenburg ohne Genehmigung seines Königs eine Ehe schließt, soll auch fernerhin die Freude haben, daß seine ehelichen Kinder von Rechtswegen als Bastarde behandelt werden! Auch das Feigenblatt des Föderalismus, womit man so lange seine Blöße deckte, ist herabgefallen; als föderalistisch kann ein Vertrag nicht gelten, der offenbar darauf ausgeht, dem bairischen Staate eine Stellung halb außerhalb des deutschen Bundes zu sichern. Die Maske fiel, und vor Deutschlands bewundernden Blicken steht in nackter Naturschönheit der bajuvarische Particularismus, jener unwandelbare Dynastensinn, den selbst das Gottesgericht dieses großen Jahres wohl eingeschüchtert, doch nicht belehrt hat.

Die Wunden, welche die plumpe Faust der bairischen Staatsmänner der norddeutschen Verfassung geschlagen hat, erscheinen jedem schlichten Verstande so auffällig, daß es sich kaum der Mühe lohnt, in jede einzelne den Finger zu legen. Von den 79 Artikeln der Bundesverfassung sind 26 geändert (einige allerdings nur in der Form), 25 andere sollen für Baiern gar nicht oder nur mit Einschränkungen gelten. — Die deutsche Geschichte sah niemals glänzendere diplomatische Leistungen, als in den Tagen des norddeutschen Bundes, und diese feste Leitung der auswärtigen Politik, der wir so Herrliches danken, soll fortan durch die Mitwirkung der napoleonischen Königskronen verkümmert werden! Wir rechten nicht über die immerhin vieldeutige Bestimmung, daß das Bundespräsidium nur im Falle des Angriffs auf das Bundesgebiet selbständig die Kriegserklärung beschließen darf. Denn liegt die diplomatische Action allein in der Hand des preußischen Staats, so kann er auch, sobald er einen deutschen Angriffskrieg für nöthig hält, die auswärtigen Gegner in eine solche Lage drängen, daß die Kriegserklärung unvermeidlich wird. Aber wird jene unerläßliche Einheit der diplomatischen Action in dem neuen Bunde bestehen? Die Bundesstaaten behalten das Gesandtschaftsrecht, und dieselben drei napoleonischen Königreiche, welche fast allein noch dies gefährliche Recht ausüben, bilden einen Ausschuß des Bundesraths für die auswärtigen Angelegenheiten! Recht und Billigkeit sträubt sich wider diese unbegreifliche Neuerung. Von Zweien Eines. Entweder die kleinen Kronen verzichten, wie Preußen, auf ihre Gesandtschaften im Ausland, oder sie nehmen keinen Antheil an der Leitung der auswärtigen Politik des Bundes. Unser Gesammtstaat sieht dem schwerfälligen Baue der Republik der Niederlande ohnehin schon allzu ähnlich; sollen wir auch noch den Generalstaaten-Ausschuß der secrètes besoignes, diesen verrufenen Tummelplatz niedriger Ränke und Zänkereien, in unsere Verfassung hinübernehmen? Jener Ausschuß der Drei kann nur dann nicht verderblich wirken, wenn er von vornherein zur Nichtigkeit verurtheilt wird; aber seit wann schafft man denn Institutionen, die nichts gelten sollen? Zum Glück sitzt die Präsidialmacht nicht in dem Ausschusse, seine Befugnisse sind unbestimmt, und so lange Graf Bismarck unsere große Politik führt, werden seine Mitglieder vom Baume der Erkenntniß schwerlich mehr kosten dürfen als ihren schwachen Leibern frommt. Doch wie nun unter einem minder begabten Bundeskanzler? Collegialische Führung der auswärtigen Politik bleibt ein Unding, unmöglicher als das perpetuum mobile. Man denke sich diesen Ausschuß zur Zeit, da Graf Bismarck jene langen geheimen Verhandlungen mit Benedetti führte. Würde sich wohl der Franzose die Freude versagt haben, durch eine perfide In-

sinuation die Mitglieder des Ausschusses zu beunruhigen? Dann konnte ein Zufall, eine Taktlosigkeit, auch beim wackersten Willen der Ausschußmitglieder, schwere Verwicklungen herbeiführen, ja vielleicht den deutschen Staat zur ungünstigen Stunde in den Krieg stürzen. Leicht möglich, daß die Diplomatie der kleinen Königreiche durch diesen Ausschuß eine Bedeutung gewinnt, welche sie vordem nie besaß; die fremden Mächte werden ihre gewandtesten Leute nach München, Dresden, Stuttgart schicken, um von dort auf die deutsche Politik einzuwirken und unsere Geheimnisse auszukundschaften. Die Zeit wird lehren, ob der vaterländische Geist der drei Höfe stark genug ist, solchen Versuchungen zu widerstehen. Nur dies bleibt sicher: die völlige Beseitigung der kleinen Gesandtschaften, die wir unter dem norddeutschen Bunde schon in einer nahen Zukunft erwarten konnten, wird durch den bairischen Vertrag in eine unabsehbare Ferne hinausgeschoben. Der Münchener Landtag besitzt weder die Macht noch den rechten Willen, die bairischen Gesandtschaften aufzuheben. Während Preußen auf sein uraltes Recht selbständiger Kriegserklärung verzichtet — ein Verzicht, den noch niemals, so lange die Welt steht, eine Großmacht ausgesprochen hat — schiebt Baiern einen Theil der Kosten seiner Diplomatie auf die Bundeskasse hinüber und bekundet also den feierlichen Entschluß, dies nutzlose und gefährliche Spielzeug dynastischer Eitelkeit bis an das Ende der Dinge aufrecht zu erhalten!

Der Eintritt des Südens verstärkt die centrifugalen Kräfte im Bundesrathe, wie im Reichstage; die Billigkeit verlangt, daß auch der Einfluß der Präsidialmacht erhöht werde. Statt dessen erhält Preußen gar kein neues Recht — denn sein Veto wider Abänderungen der indirekten Steuern ruht im Wesentlichen auf den alten Zollvereinsverträgen. Den siebzehn preußischen Stimmen stehen einundvierzig nichtpreußische gegenüber, und der Einspruch von vierzehn Stimmen genügt um jede Verfassungsänderung zu verhindern. Nun weiß freilich die Welt, daß Preußen den norddeutschen Bund regiert hat nicht durch rücksichtslose Ausbeutung seiner starken Stimmenzahl, sondern durch den stillen unwiderstehlichen Einfluß der Macht, durch Weisheit und Vertragstreue; wer Deutschland führen will, muß sich sein Herrscherrecht in redlicher Arbeit täglich neu erobern. Es ist weder nöthig, noch möglich, daß in einer Bundesverfassung das formelle Recht und die reale Macht sich vollständig decken; das Mißverhältniß zwischen beiden kann zur Noth sehr groß sein, aber wenn es ein gewisses Maß überschreitet, so droht dem Gemeinwesen Stillstand und schließlich Umsturz, wie einst der polnischen und der niederländischen Republik, dem deutschen Reiche und dem deutschen Bunde. Und dies verständige Maß wird durch den bairischen Vertrag unleugbar überschritten. Man

wende nicht ein, was sich von selbst versteht: auch Preußen hat ein Veto gegen Verfassungsänderungen. Die deutsche Einheit ist im Aufsteigen. Eine unwandelbare Nothwendigkeit drängt den Reichstag und die Krone Preußen, die Competenz des Bundes stetig zu erweitern — die größeren Kleinstaaten, dieser Erweiterung zu widerstreben. Die neue Fassung des Art. 78 bedeutet also thatsächlich, daß die drei kleinen Könige oder auch die zwei süddeutschen Könige mit drei schmollenden Herzögen verbündet dem Willen der Nation und der Mehrheit der Dynastien widersprechen, der natürlichen Entwicklung des deutschen Gemeinwesens nach Willkür Halt gebieten dürfen. Die also durch ein Veto der Mittelstaaten geschützte Verfassung ermangelt aber noch immer der nothwendigen Organe, ihr fehlt eine wirkliche executive Gewalt. Die Bundeskanzlerwürde ist nicht eine Institution, sondern ein Mann, sie ist Graf Bismarck; verlieren wir ihn, so wird eine Neuordnung der obersten Bundesbehörden uns vermuthlich so nöthig werden wie das liebe Brod. Der Fortgang unserer großen Rechtsreform muß uns zu einer deutschen Gerichtsordnung, einem deutschen Civilrechte führen, und alle diese Verfassungsänderungen hängen ab von dem guten Willen der Mittelstaaten! Ein so unnatürliches Vorrecht bedroht Niemanden schwerer als seinen glücklichen Besitzer. Wenn die kleinen Königreiche ihr Veto übermüthig mißbrauchen, so kann leicht offene Feindschaft entstehen zwischen ihnen und dem Geiste der Nation, und dies nach Frieden und stetigem Fortschritt verlangende Deutschland wieder in die Bahnen gewaltsamer Umwälzungen geschleudert werden. Die Unbeweglichkeit, nicht die Ueberstürzung ist der gefährliche Feind aller Staatenbünde. Von geringerer praktischer Bedeutung ist die Abschwächung des Art. 19, der die Execution wider unbotmäßige Bundesstaaten anordnet; doch die Aenderung giebt ein beredtes Zeugniß von den Gesinnungen des Münchener Cabinets. Als der Reichstag einst die klare und energische Fassung dieses Artikels nach reiflicher Erwägung annahm, wollte er den Feinden des Bundes ein blankes Schwert, gleich der Acht unserer alten Kaiser, zeigen und der Welt beweisen, daß die erste Voraussetzung alles staatlichen Lebens, der Gehorsam, auf deutschem Boden gesichert sei. Der Werth des Artikels lag darin, daß er durch sein Dasein seine Ausführung überflüssig machte. Und selbst dieser Satz, den man ohne zu erröthen gar nicht bekämpfen kann, erschien dem bairischen Selbstgefühl anstößig!

Für die Preisgabe so wichtiger Grundsätze unseres Bundesrechts bietet uns Baiern eine so lose Verbindung, daß man zweifeln kann, ob der bairische Staat fortan ein privilegirter deutscher Bundesstaat sei oder eine europäische Macht, die einige Angelegenheiten mit Deutschland gemein hat. Von den 77 Millionen des heutigen Bundesbudgets werden

in Wahrheit nur 8 Millionen dem deutschen Bunde und dem bairischen Staate gemeinsam sein. Baiern weist vorläufig, bis auf weitere Prüfung, die gesammte bisherige Gesetzgebung des Bundes zurück, will auch in Zukunft unsere Gesetze über Freizügigkeit und Niederlassung nicht anerkennen, macht Vorbehalte hinsichtlich des Versicherungswesens u. s. w. Das Königreich behält die selbständige Verwaltung der Posten, Eisenbahnen, Telegraphen; und doch ist grade auf diesem Gebiete einer rein mechanischen Verwaltung der Particularismus ganz sinnlos, eine berechtigte Stammeseigenthümlichkeit ganz undenkbar. Das bairische Heer bleibt selbständig, im Frieden allein seinem Könige untergeordnet, und noch ist nicht abzusehen, ob die Inspectionen, welche dem Bundesfeldherrn zustehen, ein ernsthaftes praktisches Ergebniß bringen werden. Nur für den Kriegsfall leisten die bairischen Truppen dem Bundesfeldherrn den Fahneneid; und auch dafür ist gesorgt, daß die von Bundeswegen für das bairische Heer bestimmten Summen wirklich verwendet werden. — Die süddeutschen Staaten behalten ihre Bier- und Branntweinsteuer — ein billiges Zugeständniß, das Jedermann für jetzt erwartete. Doch leider ist auch für die Zukunft eine Abtretung dieser Steuern an den Bund nicht vorbehalten, und da die meisten Einzelstaaten ihrer direkten Steuern schwer entrathen können, so bleibt zweifelhaft, ob wir jemals die schwerfälligen und ungerechten Matrikularbeiträge überwinden, jemals zu Bundessteuern gelangen werden.

Auch in der Form der Berathungen des Reichstags wie des Bundesraths wird sich der unfertige Bau des neuen Bundes unerfreulich offenbaren. Wird über Angelegenheiten verhandelt, welche nicht dem ganzen Bunde gemein sind, so nehmen jene Bundesglieder, welche nicht zur Gemeinschaft gehören, keinen Antheil. Die bairischen Reichsboten werden also wohl thun, ihren Platz in der Nähe der Thüre zu nehmen, damit sie jederzeit das Weite suchen können, wie weiland die Siebenbürger im österreichischen Reichsrathe. Zudem droht auch jene heillose Zänkerei über die jura singulorum, welche einst in Regensburg und Frankfurt unseren Vätern die Zeit verdarb, über den neuen Reichstag hereinzubrechen. Zu Alledem noch ein Bundeshaushalt, der mit seinen zahllosen Exemtionen und Sonderrechnungen nur wenigen Eingeweihten verständlich sein wird.

Doch genug der Kritik, die sich noch in's Unendliche fortspinnen ließe. Der norddeutsche Bund — nur die gutmüthige Schwäche kann sich's verbergen — verliert an innerer Festigkeit und Ordnung mindestens ebenso viel als er an Ausdehnung gewinnt. Das Grundgesetz, an dem drei Jahre lang die Kronen und das Volk des Nordens gebaut und gebessert, dem wir eine reiche Zeit rüstiger Reformen verdanken, das tüchtigste Gemeinwesen, das jemals die Stämme des Nordens umschloß, wird durch

den bairischen Vertrag schwer erschüttert. Der triviale Trost, die mangelhafte Einheit werde der Freiheit frommen, entspringt ja doch nur jener alten plumpen Verwechslung von Freiheit und Vielherrschaft, die schon so viel Unheil in deutschen Köpfen angerichtet hat. Sicherlich die meisten norddeutschen Patrioten haben in der ersten Ueberraschung ausgerufen: „der Vertrag ist unannehmbar; nicht darum hat der Norden in diesem Kriege so viel größere Opfer gebracht als der Süden, damit uns Baierns Eigensinn jetzt das in schwerer Arbeit gebildete Gemeinwesen durchlöchere!" Ich kann nicht bergen, daß mir niemals ein politischer Entschluß so unsäglich schwer ward; erst nach harter Ueberwindung kam mir die Einsicht, daß der Reichstag trotz alledem nicht befugt ist den bairischen Vertrag zu verwerfen. Unser vollberechtigter Unwille muß schweigen vor einer höheren Pflicht, vor der Treue, die wir unseren süddeutschen Landsleuten schulden. Was für uns ein Verlust, ist für Süddeutschland ein unermeßlicher Gewinn. So viele Jahre hindurch hat sich das unglückliche süddeutsche Land verzehrt in ziellos verworrenem Parteikampfe; es kam so weit, daß besonnene Männer nur noch von einem Umsturz der Throne die Heilung des erkrankten Landes erwarteten. Da sendete uns der barmherzige Gott dies Jahr der Gnade; die zögernden Kronen wurden fortgerissen von dem tiefen Strome einer echten und lauteren Volksbegeisterung; die neue Zeit hielt ihren Einzug in's süddeutsche Land mit ihren heiligen Schrecken und ihrer hellen Freude. Das Volk des Südens, das sich in Wahrheit trotz allen Selbstlobes jahrelang tief beschämt und unglücklich fühlte, begann wieder zu hoffen und zu vertrauen; seine lange mißachteten Fahnen hingen voll herrlicher Kränze. Nun ward unsere Westmark wiedererobert — ein Gewinn der zu allermeist dem Süden zu gute kommt; es war, als ob Süddeutschland fühlte, daß seine umklammerte und gepreßte Brust wieder frei aufathmen könne. Und jetzt sitzen in den bairischen Alpen, wo vordem kaum der Name Deutschlands gehört ward, die Bauern zusammen und beschauen die Mitrailleusenpatronen und lauschen den Erzählungen ihrer verstümmelten Söhne, die auch mit dabei gewesen; und wenn ein Verwundeter in seiner Heimath stirbt, dann richtet ihm die Gemeinde das Begräbniß und schreibt auf den Stein (ich las es selbst auf einem Kirchhof droben im Allgäu): „gefallen auf dem Schlachtfeld deutscher Ehre". Das Vaterland, vor Kurzem noch ein leerer Schall, ist jetzt eine ernste, heilige Wahrheit. Und dies endlich einmal von einer tiefen nationalen Erregung gepackte Volk weiß es gar nicht anders, bezweifelt gar nicht mehr, daß die deutsche Einheit jetzt gegründet werden müsse. Können, dürfen wir solche frohe Volksgefühle täuschen? Eben jetzt, da die Süddeutschen ihre Landsmannspflicht gegen uns redlich erfüllt haben? Was

soll denn werden im Süden, wenn auch jetzt die Einigung nicht zu Stande kommt? Eine heillose Verwirrung, deren Ende Niemand absieht. Mag die bairische Krone in diesem Chaos untergehen — wir würden ihr keine Thräne nachweinen. Aber gar nicht gleichgiltig ist es für unsere Zukunft, ob das wackere bairische Volk, das heute an der rechtschaffenen Arbeit unseres nationalen Staates theilzunehmen hofft, wieder zurückgeschleudert wird in die Armseligkeit seiner häuslichen Zänkereien. Dürfen die Baiern aus diesem Kriege herausgehen mit der zornigen Klage: „wir haben dem Norden die Hand geboten, er stieß sie zurück"? —

Wer dies Gefühlspolitik schilt, den bekehrt vielleicht die nüchterne Erwägung, daß der Reichstag gar nicht die Macht besitzt, den Vertrag zu beseitigen. Es ist nicht anders, wer diesen Vertrag verwirft, der hat die Nation nicht hinter sich. Das Volk weiß und versteht nichts von der Dreiviertelmehrheit und dem auswärtigen Ausschusse, nichts von den Sorgen, die uns Politikern die Freude dieser Tage trüben. Das Volk will und erwartet, daß Deutschlands Einheit zu Stande komme. Wenn die Krone den Reichstag auflöst und der Nation erklärt: „das Parlament hat die Vollendung der Einheit verhindert," so bringen die Neuwahlen unzweifelhaft eine gefügige Mehrheit in's Haus, und die Regierung tritt dem ultramontanen und reactionären Particularismus noch näher als bisher.

Und mit allen ihren schweren Gebrechen bringen die Verträge doch auch dem Norden manchen dankenswerthen Gewinn. Die Befugnisse des Bundes erstrecken sich fortan auch über die Presse und die Vereine — ein großer Fortschritt, den wir vermuthlich der badischen Regierung verdanken; der neue Bund kann nicht mehr des Materialismus bezichtigt werden, wie so oft der norddeutsche. Der neue Reichstag ist trotz seiner verwickelten und verzwickten Competenz doch ein ganz anders lebensfähiger Körper als das glücklich beseitigte Zollparlament. Mit Baden ist eine vortreffliche Militärconvention geschlossen, die dem deutschen Sinne des Großherzogs zur Ehre gereicht. Das großmächtige Württemberg, das den badischen Nachbar um volle 70 Geviertmeilen und 300,000 Einwohner überragt, konnte sich zu einer solchen Demüthigung freilich nicht entschließen; die Königskrone, dies Meisterstück des ersten Napoleon, hat ihren bethörenden Zauber noch nicht verloren. Immerhin tritt die württembergische Armee etwa in dasselbe Verhältniß wie die sächsische; die süße Hoffnung auf Ersparnisse am Militäretat, welche dem schwäbischen Staatssäckel zu gute kommen sollen, sei den kindlichen Gemüthern der schwäbischen Volkspartei als harmlose Trösteinsamkeit gegönnt. Die ungenügende Ordnung des bairischen Heerwesens erweist sich, wenn man schärfer zuschaut, als ein Provisorium, das schwerlich unwandelbar bleiben kann; im

schlimmsten Falle bleibt doch die feste Unterordnung des bairischen Heeres in Kriegszeiten ein großer Gewinn.

Ueber allen anderen Gründen steht aber die Erwägung, wie wenig Verfassungsparagraphen bedeuten neben der realen Staatsmacht und neben dem vaterländischen Geiste einer aufstrebenden Nation. Der alte deutsche Bund krankte weniger an seiner elenden Verfassung als an dem unausgleichbaren Kampfe seiner beiden Vormächte. Wo aber besteht in dem neuen Deutschland eine Macht, stark genug die Rolle Oesterreichs zu spielen, stark genug der Krone Preußen und dem deutschen Parlamente auf die Dauer zu trotzen? Und ist es denn so sicher, daß die Mittelstaaten den bösen Willen hegen, den neuen Bund zu schädigen? Der Geist, der aus dem bairischen Vertrage spricht, berechtigt freilich zu trüben Erwartungen. Aber lasset die neuen Verhältnisse sich erst befestigen, so bleibt doch denkbar, daß die Krone Baiern sich wohler befindet als bisher, und dem Bunde ein ehrlicher Genosse wird. Das Königreich Sachsen hat sich, obwohl der alte Groll noch zuweilen durchbrach, in den norddeutschen Bund überraschend schnell eingelebt. Sollte was dem besiegten Gegner Sachsen möglich war, so ganz unmöglich sein für den Bundesgenossen Baiern? Als der norddeutsche Bund gegründet wurde, da sprachen diese Blätter die feste Erwartung aus, dies Gemeinwesen müsse und werde gedeihen. Den neuen Bund mit gleicher Zuversicht zu begrüßen wäre Leichtsinn; wir können nur sagen: wenn der edle Geist dieses Krieges auch im Frieden waltet, so kann der deutsche Staat trotz seiner losen Institutionen bestehen und wachsen.

Der Reichstag wird, wie selbstverständlich, einige formelle Aenderungen und bindende Interpretationen der Verträge fordern müssen. Für den inneren Frieden des Bundes scheint unerläßlich, daß die unabänderlichen jura singulorum bestimmt und namentlich aufgezählt werden. Ob sich auch sachliche Aenderungen erreichen lassen, darüber werden die Erklärungen des Bundesraths Auskunft geben. Die Entscheidung liegt nicht in Versailles, sondern in München, bei einer noch souveränen Macht, die dem Reichstage selbständig gegenübersteht. Der bairische Hof hat seine traurige Patriotenkammer nicht aufgelöst und also vernehmlich verkündigt, daß er meint sein letztes Wort gesprochen zu haben. Die deutsche Nation erfährt noch einmal, welche Macht unsere Dynastien noch immer behaupten. Wer nicht den gesammten Vertrag verwerfen will, der darf auch nicht rütteln an den der bairischen Krone eingeräumten Privilegien. Es bleibt nur übrig zu versuchen, ob nicht einige gefährliche Neuerungen, welche den gesammten Bund zu erschüttern drohen, sich beseitigen lassen, so namentlich der auswärtige Ausschuß und das Veto der 14 Stimmen.

Diesen Versuch mit vollem Ernst zu wagen halten wir für die Pflicht des Reichstags. Wenn aber die Krone versichert, daß Baiern zu weiterer Nachgiebigkeit nicht zu bewegen sei, dann — es ist ein hartes Geständniß — dann erscheint uns die Annahme der Verträge, die Gründung des deutschen Bundes mit lockeren Institutionen erträglicher als das Verschieben des deutschen Gesammtstaats auf eine unberechenbare Zukunft.

Inzwischen kommt die Kunde, daß König Ludwig II. unserm Könige die Kaiserkrone angeboten hat. Die Nachricht wird manchem Schwächling eine Salbe sein für sein wundes Herz, manchen ernsten Mann verstimmen. Viele unter den festen Patrioten des Nordens schauen mit Widerwillen auf den pomphaften Kaisertitel, auf die theokratischen und bonapartistischen Erinnerungen, die daran haften: wie viel würdiger, sagen sie, wenn die stärkste der großen Mächte in deutscher Bescheidenheit sich genügen ließe an dem Namen: Deutscher König! Wir aber meinen, es sei jetzt nicht die Zeit um Namen zu streiten. Der Kaisertitel ist unvermeidlich, weil die drei kleinen Könige vor einem Könige sich nicht beugen wollen; er wird im Süden, wo Kaiser und Reich noch unvergessen sind, mit Jubel aufgenommen, und den Süden ganz zu gewinnen ist des neuen Reiches nächste Aufgabe. Der Name ist auch praktisch werthvoll, denn das mit so dürftigen Rechten ausgestattete Bundesoberhaupt kann des Glanzes der Majestät nicht entbehren, wenn anders der lockere Bund zusammenhalten soll. Wohl ist das Kaiserthum vorderhand mehr ein Anspruch als eine Wirklichkeit. Doch die Zukunft gehört ihm; das ahnt man besorgt im Lager der Gegner. In der Augsburger Allgemeinen Zeitung pflegen von Zeit zu Zeit einzelne „hochgeehrte Hände“ ihre Entrüstung wider die Preußischen Jahrbücher auszuschütten — eine patriotische Andachtsübung, die in jenen Kreisen ebenso regelmäßig verrichtet wird wie die Waschungen der rechtgläubigen Moslemin. Einer jener „Hochgeehrten“ meinte neulich drängend, es sei hohe Zeit mit Preußen abzuschließen, nur die Alten dächten noch particularistisch, die Jugend verfalle rettungslos den nationalen Ideen. Gott sei Dank, so steht es! Mögen die Schatten der Montgelas und Wrede heute noch freundlich lächelnd auf ihre wohlgerathenen Erben niederschauen — der Versailler Vertrag war der letzte große Triumph des Partcularismus. Ein neues Geschlecht wächst heran, dem die Helden der rheinbündischen Tage unsäglich gemein und die dynastischen Zänkereien der deutschen Montecchi und Capuletti unsäglich lächerlich erscheinen. Auf dieser Jugend, auf den Kriegern von Metz und Sedan ruht unsere Hoffnung. Sie werden sorgen, daß der Name des Kaiserthums zur That und Wahrheit werde. Der Kaiser ist da, das Reich wird nachfolgen! —

1871.

Oesterreich und das deutsche Reich.

Heidelberg, 15. Dec. 1871.

Wieder einmal hat das alte Oesterreich eine harte Erschütterung überstanden. Das Ministerium Hohenwart ist gefallen; die Anschläge der Slawen wider Recht und Gesittung der Deutschen sind vorderhand vereitelt; unter magyarischer Führung hat sich ein Cabinet gebildet, dem man zum mindesten Gerechtigkeit gegen die Deutschen, ehrlichen Willen für die Erhaltung des Staates zutrauen darf. Aber nur vereinzelte Freudenrufe aus deutschem Munde begrüßen die Errettung aus schwerer Gefahr. Es war bisher die Regel, daß unsere Landsleute an der Donau stets in unruhigen Tagen an ihrem Staate verzweifelten, um alsbald, so wie der Himmel sich etwas aufhellte, die verlorene Zuversicht wiederzufinden. Wir Deutschen im Reich haben uns an diesen jähen Wechsel der Stimmungen in Deutsch-Oesterreich längst gewöhnt, wie an ein Naturgesetz. Jetzt zum ersten male trifft die alte Regel nicht mehr zu. Düsterer, hoffnungsloser denn jemals lauten die Berichte unserer österreichischen Freunde gerade heute, da doch eine leise Wendung zum Besseren eingetreten ist; sie schließen zumeist mit der verwunderten Frage, wie sich nur in einem solchen Staate noch immer Wagehälse finden können, bereit einen Ministersessel einzunehmen. Es ist ein unheimlicher Anblick: ein großes Reich, das also verlassen wird von dem Glauben seiner eigenen Völker. Versuchen wir, diesen ernsten Dingen ruhig in's Gesicht zu sehen.

Was wir um Deutschlands willen für Oesterreich zu wünschen haben, steht außer allem Zweifel. Wir deutschen Unitarier waren niemals Oesterreichs Feinde; wir bekämpften nur die Herrscherstellung, die Oesterreich, zum Unheil aller Theile, auf deutschem und italienischem Boden behauptete. Nun wir diesen Kampf siegreich durchgefochten haben, denken wir österreichischer als viele Oesterreicher selber. Nirgendwo sind während der jüngsten Wochen so viele warme und ehrliche Wünsche für Oesterreichs

Fortbestand ausgetauscht worden, wie in den Sprechzimmern des deutschen Reichstags. Unser Reich kann und darf lediglich den Ehrgeiz hegen, innerhalb seiner Grenzen, die uns Allen vollauf genügen, ein freies und festes Gemeinwesen auszubauen. Wir sehen die überhastete Einheitsbewegung der Italiener als ein warnendes Beispiel vor Augen und können nicht wünschen, zu den starken centrifugalen Kräften, die im Innern Deutschlands gähren, zu unseren polnischen, dänischen, französischen Grenzbewohnern noch an acht Millionen Czechen, Hannaken und Tschitschen als deutsche Brüder zu gewinnen. In den Tagen Friedrichs des Großen, da das Slawenthum schlummerte, war es vielleicht nicht allzu schwer, das böhmische Land gänzlich für die deutsche Gesittung zu erobern. Heute, nachdem der alte Rassenhaß mit entsetzlicher Wildheit wieder erwacht ist, würde selbst die gesammelte Kraft des einigen Deutschlands lange Jahrzehnte schwerer und vielleicht unfruchtbarer Arbeit an diesen Boden vergeuden müssen, wenn wir hier jemals die traurige Erbschaft der Habsburger anträten. Wir besitzen der ultramontanen Reichsfeinde schon überviel, wir werden sie in Schranken halten; doch unser Reich ist nur darum ein paritätischer Staat, weil die Protestanten in ihm überwiegen; wir würden uns versündigen an der Zukunft deutscher Geistesfreiheit, wenn wir darauf ausgingen, noch 14 Millionen Katholiken in das Reich aufzunehmen. Ganz Deutschland verlangt nach Frieden: was die Demokratie über den Kriegsfanatismus unserer Reichsregierung faselt, ist lügenhaftes Gerede, wird von seinen Urhebern selber nicht geglaubt. Der Zerfall Oesterreichs aber wäre eine in der gesammten Geschichte beispiellose Revolution, die uns in unabsehbare Kriege zu verwickeln, das Gedeihen friedlicher Gesittung auf lange hinaus zu zerstören drohte.

Wir Deutschen haben das Nationalitätsprincip niemals in dem rohen und übertreibenden Sinne verstanden, als ob alle Europäer deutscher Zunge unserem Staate angehören müßten. Wir betrachten es als ein Glück für den friedlichen Verkehr des Welttheils, daß die Grenzen der Nationen nicht gleichsam mit dem Messer in die Erdrinde eingegraben sind, daß noch Millionen Franzosen außerhalb Frankreichs, Millionen Deutsche außerhalb des deutschen Reichs leben. Wenn die heutige Lage Mitteleuropa's sich befestigt, wenn in der Mitte des Welttheils zwei große Kaiserreiche bestehen, das eine paritätisch und rein deutsch, das andere katholisch und vielsprachig, doch von deutscher Gesittung befruchtet — wer darf behaupten, daß ein solcher Zustand für den deutschen Nationalstolz demüthigend sei? Prächtiger, glänzender als der Tag von Königgrätz strahlt der Ruhm von Sedan; doch der feste Grund unserer heutigen Macht, die schöpferischen Gedanken der neuen deutschen Politik sind durch

das gesegnete Jahr 1866 geschaffen. Los von Oesterreich! hieß damals unser Schlachtruf. Wie von einem Alp befreit athmete Deutschlands Brust auf, als wir von Oesterreich uns trennten. Jeder neue Tag der deutschen Geschichte bewies seitdem, daß jene Scheidung eine Nothwendigkeit war, daß wir erst durch sie uns selber zurückgegeben wurden. Sollen wir jetzt in zügelloser Begehrlichkeit den Bau von 1866, die Grundmauern unseres Reiches, wieder über den Haufen werfen? Sollen wir jenen reichen Schatz historisch-politischer Erkenntniß, den unsere ersten Denker während eines halben Jahrhunderts zu einem Gemeingute der Deutschen erhoben, wie alten Plunder von uns schleudern — blos weil unseren Landsleuten in Oesterreich nicht sogleich gelingt, sich in die neue Ordnung der Dinge zu finden? Der Sieger von 1866 nahm dem Besiegten keine Scholle Landes; solche Mäßigung entsprang nicht blos dem Wunsche, den Gegner zu versöhnen, sondern auch der klaren Einsicht, daß diese österreichischen Lande, seit vier Jahrhunderten dem deutschen Leben entfremdet, auf einander angewiesen durch eine alte politische Gemeinschaft wie durch unabweisbare Interessen des Verkehrs, ein gutes Recht haben, selbständig neben Deutschland zu stehen. Mögen uns die österreichischen Pessimisten das Beispiel von Moskau und Warschau vorhalten — in dem nüchternen Berlin wird die Meinung, daß die natürliche Hauptstadt der Donaulande zu einer deutschen Provinzialstadt werden solle, als eine Utopie belächelt. Die deutschen Schwärmer an der Donau reden von dem Zerfalle Oesterreichs so leichthin, als ob eine Großmacht kurzweg im Erdboden versinken könnte. Wir im Reiche dagegen fragen, was denn nach dem Untergange des Gesammtstaats aus den Ländern der Stephanskrone werden solle, und weil wir hierauf eine beruhigende Antwort schlechterdings nicht finden können, darum wünschen wir die Fortdauer des österreichischen Staats.

Der Dualismus, den man so oft als den Anfang des Endes schildert, erscheint uns in anderem Lichte. Der Ausgleich von 1867 hat ja nicht einen schlechthin neuen Zustand geschaffen, sondern lediglich wieder angeknüpft an die Gedanken des einzigen österreichischen Herrschers, der mit Verstand und Erfolg im Innern zu reformiren wußte. Die Länder der ungarischen Krone unter ihrer alten Verfassung zu belassen, die Kronlande Cisleithaniens zu einer nothdürftigen staatsrechtlichen Einheit zusammenzufassen — dahin gingen die Pläne Maria Theresia's und ihres Haugwitz. Es ist Deak's Werk, daß diese allzulange vergessene theresianische Politik in modernen Formen erneuert wurde. Mag unser deutscher Stolz sich dawider sträuben, unnatürlich können wir es nicht finden, daß die Ungarn schließlich die politische Führung in diesem dualistischen Reiche

übernommen haben. Jene sechs Millionen Magyaren, denen die zwei Millionen ungarischer Deutschen fast willenlos zu folgen pflegen, bilden die zahlreichste geschlossene politische Gruppe des Donaureichs. Sie haben den festen Rechtsboden einer althistorischen Verfassung unter ihren Füßen — ein ungeheurer Vortheil gegenüber dem chaotischen Zustande des cisleithanischen Staatsrechts. Sie allein unter den Völkern Oesterreichs haben sich ihre Freiheit in harter Arbeit selbst erobert, sie übertreffen alle anderen in politischer Bildung und Erfahrung. So hat eine historische Nothwendigkeit endlich dahin geführt, daß vorderhand nur ein magyarischer leitender Minister noch möglich ist. Man wird nicht von uns fordern, daß wir dem gefallenen Grafen Beust einen Stein nachwerfen sollen. Das Boshafteste, was sich über ihn sagen läßt, ist ja schon vorweggenommen durch jene bezaubernd naiven Lobreden, die er selber, im Stile des Herzogs von Coburg, auf seine eigene Größe gehalten hat. Ihm gebührt der Ruhm, daß er den Augenblick erkannte, da es für die Krone geboten war, sich den Bedingungen der Ungarn zu unterwerfen. In allem Uebrigen hat der Vielgeschäftige als k. k. Reichskanzler genau denselben Mangel an Urtheil und Voraussicht bewährt, den wir einst an dem diplomatischen Faiseur des „reinen Deutschlands" bewunderten. In der großen Politik kam regelmäßig Alles anders als er dachte. Die Neutralität Oesterreichs während des jüngsten Krieges danken wir nicht ihm, sondern unseren raschen Erfolgen, dem schlechten Zustande der österreichischen Armee, den Drohungen Rußlands, der wackeren Haltung der Deutschösterreicher und der Besonnenheit des Grafen Andrassy. Es war ein Armuthszeugniß für Oesterreich, daß ein an schweren sittlichen Leiden krankender Staat zu seiner Heilung gerade diesen leichtlebigen Mann berief, dem nichts so fern liegt wie der sittliche Ernst eines Reformators. Es ist vielleicht noch beschämender, daß heute dem Gefallenen auch aus manchem ehrlichen Munde Klagen nachgesendet werden, nachdem man ihn doch fünf Jahre lang in den schmutzigen Wogen des Wiener Lebens behaglich plätschern sah.

Graf Andrassy hat vor seinem Vorgänger zum mindesten voraus, daß er an sich und seine Sache glaubt. Er ist ehrlicher ungarischer Patriot und muß darum den Gesammtstaat aufrecht zu halten suchen, denn Ungarn ist noch nicht stark genug, um ohne Deutsch-Oesterreich zu bestehen. Er muß auch die Verfassung der diesseitigen Reichshälfte vertheidigen; denn nur mit dem constitutionellen Cisleithanien hat das constitutionelle Ungarn seinen Ausgleich abgeschlossen. Er hat das Concordat für Ungarn niemals anerkannt, als es in Cisleithanien noch bestand, und ist darum schon den Ultramontanen und Feudalen verfeindet. Er kann den Förderalismus nicht begünstigen, denn Ungarn will über die gemein-

samen Reichsangelegenheiten lieber mit den Delegirten eines Reichsraths als mit siebzehn Landtagen verhandeln. Zudem würde der Föderalismus in Böhmen, Mähren und Krain unfehlbar die Deutschen den Slawen unterwerfen, Ungarn aber kann mit den Deutschen leichter sich verständigen als mit den Czechen. Graf Andrassy versichert feierlich seine Friedensliebe, und wir haben keinen Grund, ihm zu mißtrauen. Die Schwäche der ungarischen Politik liegt offenbar darin, daß die führende Hälfte der Monarchie in ihrer geistigen und wirthschaftlichen Entwickelung weit hinter Cisleithanien zurücksteht. Nur in langer friedlicher Arbeit kann Ungarn hoffen, dies Mißverhältniß einigermaßen auszugleichen; ein Magyare an Oesterreichs Spitze muß also den Frieden wünschen, wenn er ernstlich will, daß sein Vaterland in dem Donaureiche auf die Dauer die Führung behaupte.

Allerdings zeigt das österreichische Staatsrecht seltsame, ungeheuerliche Formen. Jenseits der Leitha ein Reichstag mit zwei Häusern und der croatische Landtag; diesseits ein Reichsrath von zwei Häusern und siebzehn Landtage; für beide Reichshälften die Delegationen mit zwei Abtheilungen — zusammen einundzwanzig „Parlamente“ mit vierundzwanzig „Häusern“. Aber diese verwickelten Formen sind nur das getreue Spiegelbild der buntscheckigen ethnographischen und historischen Verhältnisse des Gesammtstaates; und lehrt uns nicht unser eigenes Reichsrecht, daß auch unter verworrenen Institutionen ein gesundes Staatsleben gedeihen kann? Noch scheint es nicht ganz undenkbar, daß ein verständiger Plan sich verwirklicht, den die besten Köpfe der Deutsch-Oesterreicher, leider sehr spät, aufgenommen haben. Wollen die Deutschen in Cisleithanien das Uebergewicht, das ihnen von Rechts wegen gebührt, erlangen, so muß dieser überladene Körper befreit werden von einigen fremdartigen Gliedern. Dalmatien gehört durch seine Lage, wie durch seine Interessen zu der Osthälfte der Monarchie; das „dreieinige illyrische Königreich“, das die Südslawen im Jahre 1848 ersehnten, kann sich verwirklichen und Lebenskraft gewinnen, wenn dieser südslawische Staat sich bescheidet, die Oberhoheit der Stephanskrone anzuerkennen. Galizien andererseits erhebt den wohlbegründeten Anspruch, in einiger Selbständigkeit neben Cisleithanien zu stehen, etwa wie Croatien neben Ungarn. Wenn diese Ausscheidung gelänge, und zugleich direkte Wahlen für den Reichsrath eingeführt würden, so stände Deutsch-Oesterreich als ein Land von 14 Millionen mit einem Nebenlande von etwa 6 Millionen Einwohnern den 16 Millionen der Stephanskrone gegenüber, und die Deutschen könnten die Oberhand im Reichsrathe behalten.

Wir im Reiche wollen mit Oesterreich gute Nachbarschaft halten, so

lange Graf Andrassy von seinem friedlichen Programm nicht abweicht. Der alte Streit ist ehrlich ausgefochten, und in den heutigen Zuständen Oesterreichs zeigen sich vorderhand nur zwei Fragen, welche uns möglicherweise zwingen können, dem Donaureiche die Freundschaft zu kündigen. Wenn die Magyaren ihre Macht mißbrauchen, um die deutsche Gesittung der Schwaben in Ungarn oder gar der siebenbürgischen Sachsen, des tüchtigsten deutschen Stammes im Südosten, zu zerstören, so wird die freundliche Stimmung in Deutschland rasch verschwinden. Unser Nationalstolz ist Gott sei Dank reizbarer geworden; wir fühlen Alle, daß unser Reich offenbare Gewaltthaten gegen unser Fleisch und Blut nicht schweigend hinnehmen kann. Eine ungleich ernstere Gefahr droht von Galizien her. Die Bundesgenossenschaft, welche jahrhundertelang die Habsburger mit der polnischen Adelsrepublik verband, wirkt noch heute nach. Oesterreich hat im jüngsten Jahrzehnt dem polnischen Junkerthum die Zügel schießen lassen, Galizien gilt den Polen als die feste Burg ihres Volksthums. Erlangen die Galizianer die ersehnte Autonomie, so wird die polnische Freiheit alsbald ihr wahres Gesicht zeigen, sie wird sich offenbaren als übermüthige Tyrannei gegen alle Nichtpolen. Das Nationalitätsprincip, das heute den Polen als das letzte Pfand der Hoffnung gilt, ist ja von keinem Volke Europa's so schamlos mit Füßen getreten worden, wie von den Polen in den Tagen ihres Glückes. Schon sind in Krakau die letzten deutschen Professoren von der Hochschule vertrieben und das alte deutsche Gymnasium den Polen ausgeliefert. Bald vielleicht werden allein noch die Juden von Kasimierz das Deutschthum vertreten in der alten Stadt, die einst deutsche Pflanzung war. Bald genug wird auch die ruthenische Osthälfte des Landes von den Gewaltstreichen polnischer Junker und Pfaffen zu erzählen wissen. Das Alles berührt uns nicht unmittelbar. Westpreußen schickt sich an, im nächsten Sommer den hundertsten Jahrestag der ersten Theilung Polens dankbar als ein Fest zu feiern; auch in Posen dringt deutsche Bildung, deutsche Arbeit unablässig vorwärts; der posener Bauer weiß, daß seine Lage unter der Herrschaft des heimischen Adels unvergleichlich härter war, als heute unter preußischem Scepter. Wir sind in diesen Marken vor jedem Aufstande sicher, wenn nicht von außen her eine künstliche Aufregung in's Land gebracht wird. Aber von der erblichen politischen Unfähigkeit der polnischen Junker steht Mäßigung nicht zu erwarten. Sind sie erst Herren in Galizien, so wird diese Provinz der Heerd einer vielgeschäftigen polnischen Propaganda werden und der wahnwitzige Ruf: das alte Polen bis zur Grünen Brücke von Königsberg!" bald abermals erschallen. So befestigt Oesterreichs polnische Politik die Freundschaft zwischen den alten treuen Bundesgenossen Preußen

und Rußland; sie verbietet uns, den Schritten des Donaureichs ohne jedes Mißtrauen zu folgen. Doch so lange wir unsere polnischen Lande noch nicht gefährdet sehen, ist Deutschland gewillt, dem Nachbarreiche redliches Wohlwollen entgegen zu bringen; und dieser ehrliche Wille verliert darum nichts an Werth, weil er ohne jede sentimentale Gemüthlichkeit sich ausspricht. Liebe kann ein Staat wie Oesterreich von freien Männern nicht fordern. Unser Interesse treibt uns, die Fortdauer des Reiches der Lothringer zu wünschen, und das Interesse bildet das festeste Band zwischen den Staaten.

Aber sind unsere frommen Wünsche eine Macht, stark genug dem Schicksal in den Weg zu treten? Wer unter uns hat den jüngsten Krieg gewünscht? Niemand. Und doch riß uns das unausweichliche Verhängniß hinein. Einem kleinen Staate kann durch das gemeinsame Interesse der Nachbarmächte ein unberechtigtes Dasein jahrhundertelang gefristet werden. Eine Großmacht besteht nicht auf die Dauer, wenn sie der Lebenskraft entbehrt, wenn sie nicht ihrem eigenen Volke als ein Segen oder doch als eine nothwendige Ordnung gilt. Stellen wir solche Fragen an Oesterreich, so erheben sich Sorgen und Bedenken ohne Zahl. Auch der Zuversichtlichste kann heute nur noch sagen: es ist möglich, daß dies Oesterreich zusammenhält. Alle Grundlagen dieses Staates gehören einer Zeit an, die nicht mehr ist.

Als Oesterreich seine unnatürliche Machtstellung in Deutschland und Italien verlor, da weissagten Viele hoffnungsvoll: jetzt werde das Donaureich sich verjüngen, erleichtert aufathmen, wie etwa der preußische Staat, nachdem er auf Warschau verzichtet hatte. Genau das Gegentheil ist eingetroffen, Oesterreichs Nöthe sind seit dem Jahre 1866 gewachsen und gewachsen. Dieser Staat hat, indem er vom fremden Boden zurückwich, nicht sich selber wiedergefunden, sondern seinen althistorischen Charakter aufgegeben. So lange eine österreichische Großmacht besteht, ging ihr ganzes Leben auf in der europäischen Politik. Im Innern des Reiches wurde — die Dinge in Bausch und Bogen genommen — gar nicht regiert. Sobald die Glaubenseinheit sichergestellt war, ließ die Krone Alles gehen und liegen wie es ging und lag; sie war befriedigt, wenn ihre Völker schweigend gehorchten. An die Fortbildung der Verwaltung, an die Förderung des Wohlstandes und der Volkserziehung, an alle die unscheinbaren Aufgaben der inneren Politik, welche anderen Staaten den besten Inhalt ihres Lebens bilden, hat das Haus Habsburg-Lothringen kaum je gedacht; nur Maria Theresia und Joseph II. entsannen sich ernstlich dieser monarchischen Pflichten. Heute aber, gedemüthigt und geschwächt, kaum mehr im Stande, den Rang einer Großmacht zu behaupten,

sieht sich Oesterreich gezwungen, alle seine alten Lebensgewohnheiten auf den Kopf zu stellen. Die auswärtige Politik, die früher Alles war, bedeutet nichts mehr; die ganze Kraft des Staates wird herausgefordert, um seine inneren Schäden zu heilen. Und während also die Hofburg wider ihren Willen genöthigt wird, die Unterlassungssünden langer Jahrhunderte zu sühnen, erhebt sich laut und lauter die zweifelnde Frage, ob dies Zeitalter der nationalen Staatsbildungen noch Raum bietet für ein Reich, das des nationalen Kernes entbehrt.

Der Absolutismus ist unzweifelhaft die natürliche Staatsform für ein solches Mischreich. Ein unumschränkter Fürst kann eine neutrale Haltung behaupten über seinen hadernden Völkern, er kann sein Land in glücklichen Tagen in behaglichen Schlummer einwiegen, um zur Zeit der Noth das eine Volk gegen das andere auszuspielen. Aber diese alten Künste verfangen längst nicht mehr. Der Absolutismus der Hofburg hat sich in jeder möglichen Form versucht, um schließlich überall seine vollendete Unfähigkeit zu erweisen. Diesem Bankbruch des Absolutismus, nicht der eigenen Kraft danken die Völker Cisleithaniens ihre Verfassung. Daß eine also geschenkte Freiheit nur langsam, nur nach schweren Rückschlägen gedeihen kann, war uns Deutschen im Reich von vornherein zweifellos. Einzelne demokratische Thoren in Berlin haben wohl einst den Gauklerkünsten des Bürgerministeriums zugejubelt und für Preußen „die Freiheit wie in Oesterreich“ gefordert; alle besonnenen Männer in Deutschland finden es selbstverständlich, daß die Verfassung in Oesterreich bisher nur gehässige, verworrene, unfruchtbare Parteikämpfe hervorgerufen hat. Ernster als diese Kinderkrankheiten des constitutionellen Lebens erscheint die furchtbar anwachsende Erbitterung des Rassenhasses. Der Parlamentarismus hat hier wie überall die nationalen Gegensätze verschärft. Auch Oesterreich erfährt, wie einst Schleswig-Holstein an den Dänen, daß freie Völker die Tugend der politischen Duldung und Selbstbeschränkung noch weit schwerer lernen, als legitime Höfe. Das constitutionelle Kaiserhaus ist, wie sich von den Habsburg-Lothringern erwarten ließ, in seinen Herzensneigungen durch und durch despotisch geblieben. Noch hat keiner der unzähligen Minister des gegenwärtigen Kaisers den Staat in Wahrheit regiert; Alles konnte man dem Grafen Beust verzeihen, nur nicht die Volksgunst, die ihn trug. „Geheimnißvolle Kräfte“ — so klagen mit Recht die verfassungstreuen Deutschen — eine in tiefem Dunkel verborgene Camarilla von subalternen Bureaukraten und ultramontanen Cavalieren beherrscht den Hof; auch die Fäden, welche sich jederzeit zwischen der Hofburg und der römischen Curie hin und her spannen, sind trotz der Aufhebung des Concordats noch keineswegs zerrissen. Seit Oesterreich aus dem deutschen

Bunde ausschied, hat das lothringische Haus, vaterlandslos wie es ist, gar keinen Anlaß mehr, die Deutschen zu begünstigen, und schon zeigt der Hof eine tiefe Verstimmung gegen das deutsche Wesen. Die Wortführer der Deutschen sind Männer des liberalen Bürgerthums und sie haben leider in ihrem Verhalten gegen die Krone die ganze linkische Plumpheit des constitutionellen Doktrinarismus gezeigt. Die Magyaren erweisen dem Träger der Stephanskrone ritterliche Verehrung; der Hof fängt an, sich in Buda-Pesth wohl zu fühlen. Die feudalen Führer der Slawen tragen geflissentlich ihre dynastische Gesinnung zur Schau. Die deutschen Bürgerminister aber gebärdeten sich, als ob der Kaiser, nach Rotteck und Welcker, wirklich nur das fünfte Rad am Wagen sei, und im niederösterreichischen Landtage ließ sich kürzlich die liberale Leidenschaft zu höchst unziemlichen Beleidigungen gegen das kaiserliche Haus hinreißen. Weiß man in Wien nicht mehr, daß die Habsburger nie vergessen? So lockern sich die Bande zwischen der Krone und den Deutschen.

Auch die Armee ist nicht mehr eine völlig zuverlässige Stütze des Staats, sie hat seit dem Tage von Königgrätz unleugbar verloren. Ein Staat, der selber dem Lager Wallenstein's gleicht, kann nur durch heimathlose Söldnerheere große Siege erfechten. Jede Veredlung des modernen Kriegswesens gereicht der Wehrkraft Oesterreichs zum Schaden. Je mehr der Krieg mit sittlichen Kräften zu rechnen beginnt, um so bedenklicher erscheint die Roheit des gemeinen Soldaten und das tiefe Mißtrauen, das die slavische Mannschaft von ihren deutschen Offizieren trennt. Die landesübliche Kleiderspielerei, die endlich dahin gelangt ist, für die k. k. Armee die häßlichste Uniform des Erdballs zu erfinden, schafft ebenso wenig brauchbare Truppen wie die Verbesserung der Waffen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die nur in einem nationalen Staate heilsam wirken kann, war auf diesem Boden eine gedankenlose Uebereilung; sie hat vorderhand die Mannszucht zerrüttet, und ob sie in der Zukunft bessere Früchte tragen wird, steht noch dahin. Deutsche Studenten, polnische Edelleute, fanatische Czechen treten in die Reihen der Freiwilligen, rücken in die Officiersstellen der Landwehr auf, und dies neue Officierskorps sucht nicht mehr wie das alte seine Heimath allein unter den schwarzgelben Fahnen. Der Landwehrmann erfüllt sich daheim mit allen Vorurtheilen des Rassenhasses; die ungarischen Honveds sind gewiß tapferes Kriegsvolk, doch ebenso gewiß nicht gegen jeden Feind zu verwenden. Die jungen Edelleute aus dem Reich, die sonst so gern zu den kaiserlichen Fahnen eilten, beginnen auszubleiben; die Kameradschaft wird durch den Haß der Stämme gelockert. Die deutschen Offiziere der Armee werfen schon zuweilen einen kritischen Blick auf die Geschichte dieses Heeres, das seit

hundertunddreißig Jahren mit seltenen Ausnahmen immer tapfer und immer unglücklich sich geschlagen hat, sie vergleichen die Tage von Metz und Sedan mit jenem trostlosen Feldzuge wider die Bocchesen. Das alte Hausmittel bedrängter Habsburger, der Belagerungszustand, verspricht bei solcher Verfassung des Heeres nur geringen Erfolg.

Dazu ein Beamtenthum von durchschnittlich sehr niedriger Bildung, von nicht mehr zweifelloser Unbestechlichkeit — um den sanftesten Ausdruck zu gebrauchen — servil und doch beständig „räsonnirend"; der czechische Grundstock der Bureaukratie bei Deutschen und Ungarn unbeschreiblich verhaßt und verachtet. In der Kirche eine starr römische Partei, daneben sehr wohlmeinende aber auch sehr unklare altkatholische Bestrebungen, und weithin verbreitet eine seichte Freigeisterei, die jede Regung sittlichen Ernstes als „preußisches Muckerthum" verhöhnt. Auch die weiland vielgefeierten unerschöpflichen Hilfsquellen des Donaureiches erweisen sich heute als ein anmuthiges Mährchen. Ein Staatshaushalt, der binnen neunzig Jahren gerade zweimal die Jahresausgaben durch die regelmäßigen Einnahmen gedeckt und soeben wieder einen verhüllten Staatsbankrott überstanden hat — eine so unerhörte Finanzwirthschaft hat nicht nur tausende von Privatvermögen zerstört, sondern auch die Gewohnheit des Spieles und der Verschwendung in weiten Kreisen gefördert. Dem Landbau fehlt fast in allen Kronländern Cisleithaniens ein Stand gebildeter mittlerer Landwirthe, es mangelt das Mittelglied zwischen den Bauergütern und den Latifundien der Cavaliere. Aehnliche extreme Bildungen zeigt die Entwickelung der Industrie. Während der Gewerbfleiß in den meisten Provinzen noch in den Windeln liegt, tummelt sich in Wien eine fieberisch erregte Speculation. Längst hat die Wiener Börse die vornehme Welt, bis hinauf zu den allerhöchsten Spitzen, in ihren Kreis gezogen; geschlossene Spielerbanden, Syndicate, treiben den organisirten Schwindel; unzählige Börsencomtoirs reißen auch den kleinen Mann in das wüste Getriebe hinein. Die prächtige Hauptstadt ist freilich, als ein großartiger Mittelpunkt jeglichen Verkehrs, eine starke Klammer für den Gesammtstaat, aber die Wiener Corruption wirkt auch zersetzend auf das Gemeinwesen zurück. Noch bleibt der Kern der Bürgerschaft gesund und tüchtig; doch unter den allezeit sittenlosen Massen der Hauptstadt arbeitet heute bereits ein frecher Socialismus, der den Gedanken des Vaterlandes als reactionär verhöhnt und unter allen Nationen Oesterreichs die Deutschen als Bourgeois am grimmigsten bekämpft. Von den sittlichen Zuständen der höheren Klassen, vornehmlich der Börsenwelt, geben die mit der letzteren eng verbundenen Wiener Zeitungen ein beredtes Zeugniß. Die Wiener Journalistik ist technisch hoch ausgebildet, doch, Alles in Allem, die unsittlichste Presse

Europas — Paris keineswegs ausgenommen. Soeben gründet die deutsche Partei in Wien die „Deutsche Zeitung“, weil eine ehrliche Partei sich auf keine der vorhandenen großen deutschen Zeitungen verlassen kann. Alle diese mächtigen Blätter sind nichts anders, wollen nichts anders sein als industrielle Unternehmungen; wer diesen literarischen Speculanten von Gesinnung reden wollte, würde einem mitleidigen Lächeln begegnen. Neben den großen Organen der Börsenjobber tummelt sich noch eine dichte Schaar von kleinen Schmutzblättern, die geradezu von der Erpressung, der journalistischen Freibeuterei leben; denn in der leichtlebigen Stadt sind der schlechten Gewissen viele, man zahlt willig, um einem Schurken das Lästermaul zu stopfen.

Seit jenen ersten glücklichen Jahren Kaiser Franz Joseph's, da die Kriegsgerichte zum Tode durch Pulver und Blei begnadigten, hat das neue Oesterreich fast alle denkbaren politischen Systeme erprobt; ein so jäher Wechsel mußte das Rechtsgefühl, die Staatsgesinnung der Völker von Grund aus zerrütten. Die Deutschen, einst die Stütze der Krone, haben heute offenbar am wenigsten Anlaß, sich für den Gesammtstaat aufzuopfern. Die Ansichten der deutsch-österreichischen Pessimisten sind uns Deutschen im Reiche sehr unbequem, sie durchkreuzen unsere politischen Berechnungen. Aber seien wir auch gerecht, versuchen wir uns zu versetzen in die Seele eines warmherzigen, wissenschaftlich gebildeten jungen Deutschösterreichers — warum in aller Welt soll dieser Mann seinen Gesammtstaat lieben? — Die alte Treue, die Macht der Gewohnheit, die Furcht vor einer ungewissen Zukunft, vor einem radikalen Umschwung, das Alles hält ihn bei seinem Staate zurück, doch wenn sich sein Herz erfreuen will, so schaut er nach Norden. Dort sieht er seine Landsleute in einem geachteten mächtigen Reiche, in wohlgesichertem nationalem Leben, in geordneten wirthschaftlichen Verhältnissen, er sieht sie in jeder Hinsicht glücklicher, als er selber ist. Er haßt die „struppigen Karyatidenhäupter der Bedientenvölker“ — wie Hebbel einmal unter dem Jubel der Deutschösterreicher sang — er haßt zu allermeist die Czechen. Um dies Slawenthum darniederzuhalten, um das Beste was er sein nennt, deutsches Denken und deutsches Gemüth, zu bewahren vor den anstürmenden Wogen der Barbarei — darum schaut er hilfesuchend in's Reich. Wir verweisen ihn ernst auf den vielgepriesenen „kolonisatorischen Beruf“ des Deutschthums in Oesterreich. Er aber entlehnt aus dem reichen Vorrath der k. k. Canzleisprache ein schönes Wort und meint bitter, dieser Beruf sei doch wohl allmählich „in Verstoß gekommen“. In Ungarn, in Böhmen, in Krakau, in Tyrol, überall macht das Deutschthum Rückschritte, überall bewährt sich, daß der Hauch habsburgischen Regiments verderblich ist für

deutsches Volksthum. Er klagt: man hat uns vor Jahrhunderten die Freiheit deutschen Glaubens genommen, kirchlicher Druck trifft den innersten Kern der Volksseele, wir haben nicht mehr Eisen genug im Blute, um uns der Ueberzahl der Fremden zu erwehren. Er zählt uns die politischen Führer seines Stammes vor, wie sie fast alle vernutzt sind und verbraucht, ihrer viele auch anrüchig als Ueberläufer oder als Titelverkäufer und „Gründer". Dann fragt er, ob es den Deutschen wohl anstehe, sich von den Ungarn nach den Gesichtspunkten magyarischer Politik regieren zu lassen? — und schließt zuversichtlich: Gewiß, Oesterreich ist eine europäische Nothwendigkeit, aber das Oesterreich der Zukunft grenzt im Westen an die Leitha, wir Deutschen gehören zu Euch. Wir geben ihm zu bedenken, daß es denn doch eine Ehre sei, der alten Großmacht Oesterreich anzugehören. Er zuckt die Achseln: diese Zeiten sind gewesen; als uns jüngst Graf Hohenwart vom wahren Oesterreicherthum redete, da scholl ihm das laute Hohngelächter der Deutschen entgegen! Wir erinnern ihn an „die orientalische Mission", die einst Prinz Eugen dem Donaureiche wies. Er antwortet trocken: ein Staat, der sich selber kaum auf den Füßen hält, wird noch weniger fremde Völker, die ihn tödtlich hassen, unterwerfen!

Nach der ersten großen Niederlage des neuen Oesterreichs, nach der Schlacht von Solferino, begann das österreichische Deutschthum aus tiefem Schlummer zu erwachen. Ein frischeres nationales Leben regte sich namentlich auf den Universitäten. Nachher erfüllte sich, was wir deutschen Patrioten immer voraussahen: der Austritt Oesterreichs aus dem deutschen Bunde hat den geistigen Verkehr zwischen uns und den Deutschen an der Donau mächtig belebt und verstärkt. Niemals früher fand unsere politische Arbeit unter den Oesterreichern ein so freundliches, ja liebevolles Verständniß, wie heute unter den Deutsch-Nationalen von Graz und Wien. Treuherzig wird uns das schwere Unrecht abgebeten, das man vor Jahren den deutschen „Gothaern" angethan. Nichts rührender als die jugendlich liebenswürdige Begeisterung, welche diese Kreise unserem neuen Reiche entgegenbringen; nirgends hat Preußen wärmere Freunde. Wir wünschen aus vollem Herzen, daß der edle deutsche Nationalstolz, der gesunde politische Verstand dieser jungen Partei seine volle Kraft einsetze für den Ausbau der cisleithanischen Verfassung. Der Deutschösterreicher, der jeden Mißerfolg seines Staates mit einem jubelnden „heiterer, immer heiterer!" begrüßt, nützt Deutschlands großer Sache nichts; ihr dient nur der thatkräftige Mann, der Kopf und Hände regt, um den Deutschen die Führerstelle in Cisleithanien zu verschaffen. Der deutsche Nationalstolz in Oesterreich ist ein Kind des Unglücks, er wurde stets durch die

Niederlagen der Monarchie geweckt und er bewährte bei jedem neuen Erwachen größere Kraft. Bisher zeigt nur ein kleiner Theil der Deutschösterreicher ein starkes deutsches Nationalgefühl; den Maßstab giebt die Geschichte des jüngsten Krieges. Die denkenden Mittelklassen folgten unseren Kämpfen mit einer herzlichen werkthätigen Theilnahme, die uns unvergessen bleibt; auch die tapferen deutschen Bauern in den Alpen entsannen sich wieder ihrer heldenhaften Kriege gegen die Wälschen. Der hohe Adel dagegen und die städtische Masse bewahrte den alten Haß wider Preußen; die kleinbürgerlichen Kreise der k. k. landesbefugten bürgerlichen Kaffeesieder und Tabacksverschleißer schwärmten für das republikanische Frankreich. Das große Capital bewies, wie in Oesterreich immer, seine gesinnungslose Gemeinheit; die großen Waffensendungen, welche von Wien über Triest nach Frankreich gingen, sind bei uns im Reiche nicht genugsam beachtet worden. Doch die Energie des deutschen Nationalgefühls ist sichtlich im Wachsen, sie nährt sich täglich an dem Anblick des neuen deutschen Reichs. Nationaler Stolz und Haß liegen heute gleichsam in der Luft des unglücklichen Staates, dessen ganze Zukunft doch auf der Versöhnung der nationalen Gegensätze ruht. Der wachsende Grimm gegen die Slawen kann nach und nach die breite Masse der deutschen Bevölkerung in die Reihen der Deutsch-Nationalen drängen, und gelingt es nicht bald, ein leidlich geordnetes Verfassungsleben in Cisleithanien herzustellen, so mögen endlich auch die Deutschen dahin gelangen, daß ihnen ihr Volksthum theurer wird als ihr Staat.

Festere Bande knüpfen den größeren Theil der Slawen an den Gesammtstaat Oesterreich. Hören wir nur aus der Ferne das rohe Poltern des czechischen Fanatismus; vernehmen wir, wie die deutschen Gelehrten in Prag versichern, eine czechische Universität neben der deutschen sei immerhin erträglicher als eine sprachlich gemischte Hochschule, die unfehlbar zum Untergange des böhmischen Deutschthums führen müsse — sehen wir also den Kampf der Elemente in den Ländern der Wenzelskrone toben, so meinen wir wohl, ein so blinder Nationalhaß werde auch vor der Vernichtung Oesterreichs nicht zurückschrecken. Schaut man schärfer zu, so entdeckt man doch leicht die geheime Angst, die wunderliche Feigheit, welche sich hinter dem Geschrei der Czechen versteckt. Sie lärmen und poltern und verdrehen das Recht, loszuschlagen wagen sie nicht. Mitten in ihrem Rausche fühlen sie doch, daß sie des Gesammtstaates nicht entbehren können, weil ihnen nicht, wie den Deutschen, eine Heimath außerhalb Oesterreichs offen steht. Zerfällt Oesterreich gänzlich, so droht den Czechen ein deutsches Regiment. Auf die Erfüllung der panslawistischen Träume wagen selbst diese erhitzten Köpfe nicht mit Sicherheit zu zählen; darum genügt

ihnen vorderhand die autonome Wenzelskrone oder auch die Zertheilung Cisleithaniens in fünf föderalistisch verbundene Gruppen. Aber diese Zahmheit der Czechen entspringt nicht redlicher Gesinnung, sondern dem Bewußtsein der Schwäche, sie kann und wird in's Gegentheil umschlagen, sobald das Czechenthum einen Rückhalt finden sollte an einer großen slawischen Macht. Von den Polen steht ohnehin fest, daß sie die galizianische Autonomie nur als den ersten Schritt zur Wiederherstellung des Sarmatenreichs betrachten.

Unter allen Nationen Oesterreichs müssen die Magyaren heute den wärmsten Eifer für die Erhaltung des Gesammtstaats hegen. Ihre neu aufgerichtete Krone bedarf der cisleithanischen Unterstützung; dies Volk mit seinen lebendigen „avitischen" Erinnerungen weiß sehr wohl, wie oft Oesterreich und Ungarn einander gegenseitig errettet haben. Der Ausgleich war in jeder Rücksicht ein Löwenvertrag zu Gunsten der Magyaren; Ungarn zahlt zu den gemeinsamen Reichsausgaben nur 30 Procent, zu der Verzinsung der Reichsschuld, wenn man scharf nachrechnet, sogar noch weniger. Und dennoch können auch die Magyaren das alte Mißtrauen gegen die Hofburg nicht überwinden; die Blutgerichte von Eperies und Arad lassen sich ebenso wenig vergessen wie die Frechheit der Bach-Husaren. Im Reichstage strebt eine mächtig anwachsende Opposition längst über den Ausgleich hinaus, und sie besteht — was hochbedenklich scheint — fast ausschließlich aus reinem Magyarenblute. Der Abgeordnete Nemeth rief neulich im Reichstage den Deutsch-Oesterreichern seinen feierlichen Glückwunsch zu, weil sie nunmehr bald mit ihren deutschen Brüdern vereinigt würden. Hält die Verwirrung in Cisleithanien an, so werden bald auch minder heißblütige Magyaren die Frage aufwerfen, ob denn wirklich die Verbindung mit diesem Chaos ein Vortheil sei für Ungarn.

Zwei Nachbarn Oesterreichs, Russen und Italiener, glauben mit höchster Bestimmtheit an den Zerfall des Donaustaats, und wahrlich, in der Nachbarschaft des Orients scheint Alles möglich. Die orientalische Frage dehnt sich aus und rückt westwärts, wie ein in's Wasser geschleuderter Stein immer weitere Kreise um sich zieht; sie tritt bereits in den Bereich des weiten Horizontes, den die Politik des deutschen Staats überschauen soll. Sehr wahrscheinlich, daß das Schicksal Oesterreichs und die noch nicht endgiltig gelöste polnische Frage dereinst noch verwickelt wird in die räthselhafte Zukunft des Völkergewimmels am Balkan. In Rußlands leitenden Kreisen lebt ein nur zu begreiflicher grimmiger Haß gegen Oesterreich — ein Haß, den die Klugheit besonnener Staatsmänner wohl zeitweise zurückdrängen, doch nicht ersticken kann — und die höchsten In-

tereffen der beiden Nachbarreiche stoßen im Oriente wie in Polen hart wider einander. Gewiß, man muß den glücklichen Leichtsinn des Grafen Beust besitzen, um heute mit fester Zuversicht in die Zukunft Oesterreichs zu schauen. —

Was folgt daraus? Der Kampf der Deutschen Oesterreichs gegen die Slawen ist zugleich ein Kampf des modernen Staates wider feudale und ultramontane Mächte. Die Verfassung Cisleithaniens, ehrlich gehalten und verständig weitergebildet, bietet Raum für alle Nationen Deutsch-Oesterreichs. Wem die Freiheit, die friedliche Entwickelung Mitteleuropas am Herzen liegt, der muß ernstlich wünschen, daß die oft erprobte Lebenskraft des alten Staates nochmals sich bewähre, und die Deutschen diesseits der Leitha das Feld behaupten. Aber die Ausbildung dieser Verfassung kann im allergünstigsten Falle nur sehr allmählich erfolgen; ein unendlich weiter Weg führt von jener trostlosen Gleichgiltigkeit, die nach der Königgrätzer Schlacht in Deutsch-Oesterreich herrschte, bis zur lebendigen Staatsgesinnung. Auf große Erfolge hat deutsche Sprache und Sitte unter den Lothringern nicht zu hoffen; uns muß genügen, wenn die Deutschen ihren Besitzstand gegen Slawen und Magyaren aufrechthalten. Vollends die Lösung großer europäischer Aufgaben ist dem siechen Staate nicht mehr zuzumuthen; Oesterreich kann, wenn jemals, sicherlich erst nach einem Jahrzehnt inneren Friedens die Kraft gewinnen, ernste Pläne im Oriente zu verfolgen. Eine rückhaltlos ehrliche Freundschaft dürfen wir von der Hofburg nicht erwarten. Die Politik der stillschweigenden Rechtsvorbehalte versteht man in Wien so gut wie in Rom. Und mögen wir's noch so ehrlich meinen mit unserem Wohlwollen, die Lothringer kennen von Italien her die mächtige Anziehungskraft nationaler Staaten, sie wissen, daß ihre Deutschen den Blick nicht wenden können von unserem Reiche. Das deutsche Reich bleibt ihnen verdächtig schon weil es besteht. Darum ist uns kluge Vorsicht geboten. Jede unberufene Einmischung in Oesterreichs inneren Kampf, die Deutschland versuchen möchte, verschärft das Mißtrauen der Hofburg gegen unsere Landsleute, schadet der deutschen Sache. Das hat Fürst Bismarck meisterhaft verstanden, als er in Gastein sich jeder warnenden Bemerkung wider das Cabinet Hohenwart enthielt. Das haben die biederen Breslauer, Dresdner und Münchener sehr schlecht verstanden, als sie ihre herzlich wohlgemeinten und herzlich thörichten Sympathie-Erklärungen für die Deutschen Oesterreichs beschlossen. Ein Glück für Deutsch-Oesterreich, daß solcher Vorwitz bei unserer Nüchternheit keinen Anklang fand. — Aber all' unsere Theilnahme für den Gesammtstaat Oesterreich berechtigt uns doch nicht, die Augen zu verschließen vor der Möglichkeit seines Unterganges. Der Ausbau der cisleithanischen

Verfassung setzt den redlichen Willen Aller voraus, und solchen Willen finden wir vorerst allein bei einem Theile der Deutsch-Oesterreicher. Die Italiener pflegen zu sagen: „Oesterreich ist nicht ein Staat, sondern eine Familie." Als der Grund der habsburgischen Macht gelegt wurde, da fand der Ausspruch tu felix Austria nube in der weiten Welt Bewunderung, und Kaiser Friedrich III. rief traurig niederblickend auf seinen abgenommenen Fuß: „ytzt ist dem Reich der ain Fuß abgeschniedten!" Diese Zeiten kaiserlicher Selbstvergötterung und staatenbildender Prinzenheirathen sind nicht mehr. Wird ein Reich, das der ideenlosen Familienpolitik verschollener Jahrhunderte seinen Ursprung dankt, das in seinem Kern und Wesen dem alten Europa angehört, jetzt noch im Stande sein den Ansprüchen eines neuen menschlicheren Zeitalters zu genügen? Wir wagen die Frage nicht zu verneinen, doch wir sollen als tapfere, wachsame Männer auch daran denken, daß das Schicksal sie verneinen kann — nach Jahren oder Jahrzehnten, wer weiß es? Es ist nicht die Aufgabe dieses jungen Reiches, den lebendigen Kräften der Geschichte in den erhobenen Arm zu fallen. Bräche dereinst das Unglück der Zerstörung über Oesterreich herein — und es wäre ein Unglück auch für Deutschland — dann muß unser Reich bereit und fertig sein den Stürmen des Geschicks zu trotzen, das Deutschthum an der Donau aus den Trümmern zu erretten. Reif sein ist Alles — sagt das Dichterwort.

1872.

Die Aufgaben des neuen Cultusministers.

Heidelberg, 5. Febr. 1872.

Späte Geschlechter erst, die das Ringen unserer Tage in dem großen Zusammenhange der Geschichte überblicken, werden ganz verstehen, daß das große Jahr 1866 zu den radikalsten Umwälzungen aller Zeiten zählt. Dreihundert Jahre lang hat der deutsche Gesammtstaat leblos, jeder Entwickelung unfähig, sich dahingeschleppt; was Deutschland noch von gesunden politischen Trieben besaß, lag allein in den Einzelstaaten. Durch den böhmischen Krieg wurde nicht nur Deutschlands Machtstellung, sondern auch der Charakter unseres inneren Staatslebens von Grund aus verändert. Alle jugendlichen Kräfte der Nation wenden sich heute dem Reiche zu; die Bundesstaaten, verlassen von dem Glauben des Volks, offenbaren durchweg unheilbare Altersschwäche. Die deutsche Welt horcht hoch auf, wenn im bairischen Landtage jene kirchenpolitischen Kämpfe durchgefochten werden, die das Wohl und Wehe des gesammten Reiches berühren; was den einzelnen Staat allein betrifft, wird von der öffentlichen Meinung mit einem müden Kaltsinne hingenommen, welcher der Lebenskraft politischer Körper verderblicher ist als Zorn und Haß. Wer darf solche Erscheinungen beklagen, wer das Schicksal schelten, das langsam doch unaufhaltsam an die Gebilde einer überwundenen Vergangenheit herantritt? Hochbedenklich ist nur, daß auch der preußische Staat heimgesucht wird von jener Erstarrung, die sich über die Glieder unseres aufsteigenden Reiches verbreitet. Auf der Kraft dieses führenden Staates ruht am letzten Ende das Gedeihen des Reiches. Wenn es Zeiten gab, wo Preußens Schwäche ihm verbot, allen seinen politischen Pflichten in gleichem Maße gerecht zu werden, so reicht heute diese Entschuldigung längst nicht mehr aus. Unabweisbar mahnen große Friedensaufgaben den im Waffenkampfe erprobten Staat an die lange versäumte Erfüllung. Und doch lag es wie ein lähmender Zauber auf dem preußischen Landtage. Der

angenehme Wechsel von Stickluft und Zugluft, der die traurigen Räume am Dönhofsplatze erfüllt, schien auch dem zarten Leben der Gesetz-Entwürfe verderblich zu werden. Seufzend gestand der Landbote unter vier Augen, in diesem Parlamente wolle nun einmal nichts zu Stande kommen; und nach zwei Monaten einer unerquicklichen Session erschien es bereits zweifelhaft, ob auch nur die Kreisordnung, in gewissem Sinne der wichtigste Gesetz-Entwurf der deutschen Gegenwart, ihre Erledigung finden würde.

Da hat endlich ein hocherfreuliches Ereigniß die Stille dieser leeren Wochen unterbrochen, den Verzagenden frischen Muth gegeben: der Rücktritt des Cultusministers. Seit Jahren haben die Jahrbücher diese Wendung gefordert; nachdem das Nothwendige schließlich geschehen, stünde es uns übel an, mit einzustimmen in den amerikanischen Ton, der in einem Theile der deutschen Presse überhand nimmt, und dem gefallenen — Löwen läßt sich ja nicht sagen — dem gestürzten Gegner Fußtritte zu versetzen. Was immer den unmittelbaren Anlaß zu seinem Ausscheiden gegeben hat, der tiefste und letzte Grund seines Rücktritts lag doch in der unhaltbaren Stellung, die er den Kammern gegenüber einnahm, und insofern ist dieser Ministerwechsel ebenso gewiß ein bescheidener Erfolg des Parlamentarismus wie einst das Ausscheiden der Herren zur Lippe und v. d. Heydt. Für reine Parteiregierungen bietet der strengmonarchische Charakter unseres Staates keinen Boden, das Durcheinander unserer kurzlebigen Fraktionen keinen Stoff. Aber die einfache Wahrheit, daß ein Minister, dem das Parlament ernstlich und auf die Dauer widerstrebt, nichts zu schaffen vermag, bricht sich auch bei uns ihre Bahn; und je zäher der Stolz der Krone, der Kastengeist der Bureaukratie dieser Einsicht widerstrebt, um so gründlicher pflegt dann der Umschwung zu sein, sobald die rechte Erkenntniß durchdringt. Ein preußischer Minister kann nur dann gestürzt werden, wenn seine Politik sich als völlig unhaltbar erwiesen hat. So hat nach und nach das Ministerium Bismarck seine reaktionären Elemente ausgestoßen, und diese einst dem Liberalismus tödlich verfeindete Regierung erscheint heute nicht blos unvergleichlich kühner und glücklicher in ihrer europäischen Politik, sondern auch liberaler im Innern, als weiland das Parteiministerium der neuen Aera.

Bei den Franzosen galt in Guizot's Tagen das Unterrichtsministerium als ein beneidenswerther idyllischer Posten, entrückt dem Hader der Parteien. Es bezeichnet den Gegensatz der beiden Nationen, wie ganz anders von jeher der deutsche Idealismus sich zu diesem Amte gestellt hat. Unser tapferes Volk, dem der Kriegsruhm so gar nichts gilt, daß nach altem Herkommen selbst die nothwendigen Ausgaben für das Heer nur unter

Weheklagen zu bewilligen pflegt, hat von jeher die Pflege der geistigen Interessen als theuerste Herzenssache behandelt, die Männer, welche diesem Zweige des Staatslebens vorstanden, mit warmer Liebe und leidenschaftlichem Hasse verfolgt. Wenige Namen preußischer Staatsmänner haben noch heute einen so hellen Klang wie die Namen Zedlitz, Humboldt, Altenstein. In Wöllner, Eichhorn, Raumer sah die öffentliche Meinung immer die gefährlichsten Vertreter verderblicher politischer Systeme, und Herr von Mühler galt der Masse fast wie das fleischgewordene böse Princip des preußischen Staats. Nach alledem erscheint die laute Freude, die heute durch das liberale Lager geht, ebenso berechtigt wie die zornige Aufregung der reaktionären und ultramontanen Parteien.

Man wird trotzdem wohl thun, seine Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen. Der finstere Geist confessionellen Hasses, der heute den Frieden des Reiches bedroht, ist nicht durch einen Mann geschaffen, nicht durch einen Mann zu bannen. Er ist erheblich gefördert worden durch die unbillige Gunst, die der Staat seit einem Menschenalter den extremen kirchlichen Parteien erwiesen hat — eine Begünstigung, die um so stärker wirken mußte, da die Theologen jederzeit verstanden haben, sich nach den Launen der Macht zu richten. Aber diese parteiische Haltung der Staatsgewalt war selber nur die Folge einer in dem Culturleben des Jahrhunderts übermächtigen geistigen Strömung. Die flache Freigeisterei des Zeitalters der Aufklärung hat zu dem nothwendigen Rückschlage, zu einer wunderbaren Vertiefung des religiösen Lebens geführt, und diese gewaltige Bewegung hält stetig an, mit ihrem Segen und ihrem Fluche. Auch die Lebensgewohnheiten unserer Tage begünstigen die kirchliche Unduldsamkeit. Der harte Confessionalismus der Briten und Amerikaner, dem mächtige Richtungen innerhalb der deutschen Kirche sich täglich mehr annähern, entspringt nicht allein dem englischen Volksthum, das freilich im religiösen Leben sein halbromanisches Blut nie verleugnen konnte. Dies Geschlecht stöhnt auf unter der Last seiner Arbeit. Aus der Hast und Leere des großstädtischen Lebens, aus dem eintönigen Wechsel unmäßiger Geschäfte und unmäßigen Genusses flüchten sich tiefere Gemüther in die Arme der Kirche, und die sinnlichste Form des Glaubens ist den Ermüdeten zumeist willkommen. Niemals vielleicht war es schwerer als in diesen die Philosophie mißachtenden Tagen, zugleich die fromme Demuth des Glaubens und die stolze Freiheit des Gedankens sich zu bewahren. Und wie gänzlich hat sich die Stellung der katholischen Kirche zur bürgerlichen Gesellschaft verschoben. Die Säcularisationen des Revolutionszeitalters waren ja unzweifelhaft eine politische Nothwendigkeit, doch leider auch ein mächtiger Schritt weiter auf der Bahn, die einst der Gründer

des Cölibats eröffnete. Sie haben den Clerus fast gänzlich hinausgerissen aus dem Verbande des bürgerlichen Lebens, und heute, seit auch der Kirchenstaat zerfiel, ist die römische Kirche allen politischen und nationalen Interessen entfremdet und verfeindet, wie nie zuvor in tausend Jahren. Kein Wunder, daß in dieser Lage der weltbürgerlichste aller Orden, die Gesellschaft Jesu, ihren Weizen blühen sieht. Wer solche Erscheinungen ernsthaft würdigt, wird den Wahn nicht hegen, als ob der Staat allein hier Heilung bringen könne. Die Zeiten des Friedens zwischen Staat und Kirche werden so bald nicht wiederkehren; uns muß genügen, wenn der Staat seine unveräußerlichen Rechte wahrt.

Drei Aufgaben scheinen uns die wichtigsten unter den schweren Pflichten, welche die traurige Erbschaft des abgehenden Ministers dem Nachfolger auferlegt. Der Staat muß durch eine strenge, durchdachte Gesetzgebung der Kirche gegenüber den Rechtsboden wiedergewinnen, den er seit dem Jahre 1848 unter den Füßen verloren; er muß im Volksschulwesen das alte unzweifelhafte, allein durch ministerielle Willkür durchlöcherte Recht des Landes wiederherstellen; er muß endlich der Kunst und Wissenschaft wieder jene umsichtige Sorgfalt, jene königliche Freigebigkeit erweisen, die in den Tagen Friedrich Wilhelms III. der Ruhm Preußens war. Auf allen diesen Gebieten hat Herr von Mühler unvergeßlich gesündigt. Nicht eigentlich ein Zelot, aber innerlich unfrei, ein theologischer Parteimann ohne feste kirchenpolitische Grundsätze, hat er den Uebergriffen der Kirche so lange zugeschaut, daß er schließlich, da die Umkehr nothwendig wurde, nicht mehr im Stande war, das Ansehen des Staates zu behaupten. Wohlmeinend, aber beherrscht von den Vorstellungen bureaukratischer Allgewalt, hat er im Schulwesen die Rechtsgrundsätze des Landrechts geradezu untergraben, ohne sich der Rechtsverletzung auch nur bewußt zu werden. Ein feingebildeter Gelehrter fand er doch weder den Muth, die unabweisbaren Ansprüche von Kunst und Wissenschaft vor der Krone mit Nachdruck zu vertreten, noch die Kraft, die zahllosen persönlichen Rücksichten, die in der Gelehrtenwelt sich jeder jungen Kraft entgegenstellen, aus dem Wege zu schieben.

Es muß unser Ziel bleiben, die Ausübung der Kirchenhoheit von der Verwaltung des Unterrichtswesens gänzlich zu trennen. Preußen allein unter allen Großmächten ist ohne eine Staatskirche emporgewachsen; der Staat hat schon einmal, als der Minister v. Zedlitz das Oberschulcollegium gründete, durch die Organisation der Behörden die Unterrichtsverwaltung von den Kirchensachen zu trennen versucht. Heute, nachdem die Verfassung die Selbständigkeit der Kirche ausgesprochen, hat der Staat den Religionsgesellschaften gegenüber lediglich seine Hoheitsrechte zu be-

haupten, wenn anders die Verfassung zur Wahrheit werden soll, und diese Sorge fällt am sichersten dem Justizministerium anheim. Aber für die Selbständigkeit der evangelischen Kirche ist noch wenig mehr als gar nichts geschehen, das Cultusministerium bildet noch die oberste kirchliche Behörde für die Evangelischen in den neuen Provinzen, auch die verfehlte Schöpfung des Oberkirchenraths für die alten Provinzen kann als eine rein-kirchliche Behörde nicht gelten. Jahre mögen noch vergehen, bis eine Verständigung erzielt wird zwischen den Rechten, die der Landesherr als praecipuum membrum der evangelischen Kirche behaupten muß, und dem Selbstbestimmungsrechte der Gemeinden. So lange diese verwickelten Fragen nicht eine leidliche Lösung gefunden haben, wird es kaum angehen, die Pflichten des Cultusministers auf das Justizdepartement zu übertragen.

Immerhin beweist die Ernennung eines Juristen für den erledigten Posten, daß der Staat endlich begriffen hat, worauf es in der Kirchenpolitik zunächst ankommt. Nicht die Freiheit der katholischen Kirche ist dem Staate gefährlich — wir Alle sind stolz auf diesen großen Grundsatz und denken ihn nicht preiszugeben — sondern der in Wahrheit rechtlose Zustand der Kirche, das Fehlen aller klaren gesetzlichen Bestimmungen über die Grenzen und Bürgschaften der Kirchenfreiheit. Kaum jemals ist in einem großen Staate eine schwere politische Frage so gedankenlos, so kindlich naiv behandelt worden, wie die Kirchensachen in dem constitutionellen Preußen. Während alle anderen Grundrechte der Verfassung mit Recht nur als allgemeine Normen galten, die erst durch Specialgesetze Sinn und Inhalt zu empfangen hatten, wurde der kahle Art. 15, der die Selbständigkeit der Kirche anerkennt, kurzerhand selber für ein Gesetz ausgegeben. Staatsrechtlich betrachtet blieb jener Artikel ebenso gewiß unausgeführt, wie der Art. 27 erst durch das Preßgesetz, das die Grenzen der Preßfreiheit feststellt, ausgeführt worden ist. Durch ein thatsächliches Vorgehen, dem jeder rechtliche Boden fehlte, hat sich die Kirche nach und nach einen neuen Besitzstand erobert. Ultramontane Schlauheit und radikale Phrasenseligkeit im schönen Bunde schufen den ungeheuerlichen Zustand, daß eine vom Staate reich dotirte, mit großartigen Privilegien, ja sogar mit politischen Functionen ausgestattete Kirche sich der Aufsicht des Staats so vollständig entzog wie eine Freimaurerloge. Die unselige Lehre von der Solidarität der conservativen Interessen that das Uebrige; wir waren auf dem Wege, dem Clerus jene Herrscherstellung im Staate einzuräumen, die den belgischen Staat dem Untergange entgegenführt. Allerdings hat, wie die Ultramontanen rühmen, diese Kirchenpolitik Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche vermieden, doch nur weil der Staat sich dem Belieben

der Kirche unterwarf, weil er die thörichte Hoffnung hegte, durch Nachgiebigkeit die Curie milder zu stimmen. Es schien zuweilen, als sollten die einfachsten Rechtsbegriffe auf den Kopf gestellt werden, als solle der Staat nur noch durch die Anerkennung der Kirche bestehen; die katholische Abtheilung im Cultusministerium, bestimmt, die Rechte des Staates gegen die Kirche zu wahren, betrachtete sich vielmehr als den Anwalt der Kirche gegen den Staat. Die jüngste große Wendung der deutschen Politik hat unseren Staat überall gezwungen, seine gesunden Kräfte um sich zu versammeln, und endlich auch seine alten kirchenpolitischen Ueberlieferungen wieder wachgerufen. Selbst wenn man im Reichskanzleramte gar nichts ahnte von der innigen Freundschaft, die zur Zeit des französischen Krieges den Vatican mit der kriegslustigen Damenpartei des Tuilerienhofes verband — die Haltung der neuen Centrumspartei mußte auch conservativen Staatsmännern zeigen, wo das deutsche Reich seine unversöhnlichsten Feinde zu suchen hat. Die unfreiwilligen Verdienste dieser Partei um das neue Reich lassen sich nicht hoch genug anschlagen. Ihr vornehmlich haben wir zu danken, daß die Verschmelzung der süd- und norddeutschen Fractionen im Reichstage so überraschend leicht gelungen ist, daß alle besonnenen patriotischen Elemente sich treu um die Fahne der Reichseinheit schaarten. Die offene Feindschaft, die ihre Organe dem Vaterlande der Reformation und der Parität entgegenbringen, die demagogische Wühlerei der Clericalen, die namentlich im Elsaß und in Posen dem Landesverrathe nahe kommt, haben den Staat gezwungen, an die staatsrechtliche Ausführung des Art. 15 zu denken.

Der große Kampf hat begonnen; die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium war ein erster, das Strafgesetz gegen den Mißbrauch der Kanzel ein zweiter, das jüngste Auftreten des Reichskanzlers im Landtage ein dritter Schlag. Das weite streitige Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche muß durch Staatsgesetze geordnet werden, und bereits hat sich die öffentliche Meinung über einige der wichtigsten Streitfragen feste Ansichten gebildet. In immer weitere Kreise verbreitet sich die Einsicht, daß unser paritätischer Staat der obligatorischen Civilehe bedarf und überall, in Deutschland wie in England, fühlt man, daß der Schlüssel der clericalen Machtstellung in der Volksschule und nirgends sonst liegt. Die Zeit wird lehren, wie weit die Staatsgewalt gehen muß in diesem großen Werke der Grenzberichtigung. Milde, aber feste und klare gesetzliche Regeln für die geistlichen Orden werden sich wohl bald als eine Nothwendigkeit erweisen; und wenn der Staat die ihm von Rechts wegen zustehende Aufsicht über die geistlichen Bildungsanstalten mit Nachdruck ausübt, so wird er bald erfahren, daß einige Mißbräuche der clericalen

Erziehung nicht zu dulden sind, so vornehmlich die sittlich und politisch gleich verwerflichen Knabenseminare. Seit drei Jahrhunderten haben sämmtliche deutsche Staaten diese vom tridentinischen Concil begünstigten Pflegestätten vaterlandsloser clericaler Gesinnung beharrlich zurückgewiesen. Darf das constitutionelle Preußen sie dulden? Der Staat hat das Recht, zu fordern, daß der Nachwuchs des Clerus auch zur Erkenntniß seiner staatsbürgerlichen Pflichten erzogen werde; aus der Selbständigkeit der Kirche folgt mit nichten die Befugniß, unmündige Knaben der bürgerlichen Gesellschaft zu entfremden, die unreife Jugend schon dem harten Zwange, dem sich der Priester beugen muß, zu unterwerfen. Nicht mit leichtem Herzen kann ein ernster Staatsmann an diese schwierige Aufgabe herantreten. Sobald er den Kampf mit Rom aufnimmt, drängt sich ihm eine bunte Schaar zweideutiger Bundesgenossen auf: der allwissende Bevormundungseifer der Bureaukratie, der confessionelle Haß harter Protestanten und Israeliten, der modische Materialismus endlich, der die Kirche als eine ideale Macht verabscheut. Alle diese Verirrungen zu vermeiden, der unfruchtbaren Trägheit der Reactionsjahre ebenso fern zu bleiben, wie den despotischen Neigungen josephinischer Staatsallmacht, die in Preußens freier Luft niemals gedeihen wollten — das ist jetzt die Aufgabe. Schon Wilhelm Humboldt hat einst der Kirchenpolitik unseres Staates das Motto geschrieben mit den tiefsinnigen Versen:

> Doch aus des Busens Tiefen strömt Gedeihen
> Der festen Duldung und entschloßner That.

Und Anderes nicht als solche feste Duldung beansprucht vorderhand der Altkatholicismus. Der Staat hat bisher eine musterhaft unparteiische Haltung in dem Streite behauptet. Mehr kann er für jetzt nicht thun; denn noch weiß Niemand zu sagen, ob die neue Richtung zu bestehen vermag, ob die Kraft des guten Gewissens, die in ihr lebt, stark genug sein wird, den logischen Widerspruch zu überwinden, der, augenfällig für jeden klaren protestantischen Denker, dem Unternehmen zu Grunde liegt. — Fast ebenso dornig erscheint die Neuordnung der evangelischen Kirche. Der Entwurf der hessischen Kirchenordnung war, wie uns däucht, ein dankenswerther Versuch; jetzt, da das Cultusministerium nicht mehr allgemeinem Mißtrauen begegnet, wird es wohl möglich sein, auf diesem Wege weiter zu gehen.

Die Frage des Schulwesens liegt rechtlich weit einfacher, als der Streit der Parteien sie darzustellen pflegt. Das Landrecht kennt weder confessionelle noch confessionslose Schulen, sondern Volksschulen schlechtweg, Einrichtungen des Staats und der politischen Gemeinde, die unter Anderem auch Religionsunterricht, im Einklang mit den Glaubenswahr-

heiten der Kirche, zu ertheilen haben. Es bleibt ein Ruhm jener fridericianischen Zeit, daß sie zuerst entschlossen brach mit der alten theologischen Ueberlieferung, die das Schulwesen als causa ecclesiastica betrachtete; und es wird immer als ein beschämendes Zeugniß für die Unsicherheit unseres öffentlichen Rechtes gelten, wie diese große friedliche Eroberung des Staates nach und nach durch willkürliche Ministerialverfügungen unterhöhlt und verbildet worden ist. Nicht im Verordnungswege kann der unklare Zustand, den jene Verordnungen geschaffen, wieder beseitigt werden. Wir bedürfen neuer Gesetze, um das alte Recht herzustellen und es den veränderten Verhältnissen der Gegenwart anzupassen. Denn verändert hat sich Vieles: die Geistlichen sind nicht mehr Staatsdiener, wie zur Zeit des Allgemeinen Landrechts, und darum weniger als sonst geeignet, die Schulaufsicht im Namen des Staates zu führen; andererseits schreibt die Verfassung vor, daß bei der Einrichtung der Volksschulen die confessionellen Verhältnisse möglichst berücksichtigt werden sollen. Die Novelle über die Schulinspectoren ist ein erster Versuch, um das Herrenrecht des Staates wieder herzustellen — in Wahrheit ein Nothgesetz. Länger ließ es sich nicht mehr ertragen, daß die katholischen Schulinspectoren der Genehmigung des Bischofs bedürfen und darum sich als Beamte der Kirche fühlen, daß in der Diöcese Breslau der Bischof gradezu die Oberaufsicht über das katholische Schulwesen führt, daß rheinische Städte mit geistlichen Orden Verträge schließen wegen regelmäßiger Lieferung von Schulschwestern. Das Unterrichtsgesetz, daran fünfundfünfzig Jahre vergeblich arbeiteten, wird uns jetzt durch den Drang der Stunde aufgezwungen, und schon ist der neue Minister mit der Mehrheit der Abgeordneten darüber einig, daß die Reform der Volksschulen nur erfolgen kann im Anschluß an die neue Kreisordnung. Schulausschüsse als Organe der Kreis-Communalverbände zur Leitung des Schulwesens; erfahrene Pädagogen, von jenen vorgeschlagen und vom Minister ernannt, als Schulinspectoren; der Religionsunterricht kirchlicher Leitung unterstellt, also daß die Kirche die Bekenntnißtreue des Lehrers überwacht und nöthigenfalls Abhilfe verlangt; in solchen Formen etwa läßt sich eine Schulverwaltung schaffen, welche den Geist religiösen Ernstes und friedlicher Duldung zugleich befördert. Nur größere leistungsfähige Gemeindeverbände können den Lehrern wieder ein erträgliches wirthschaftliches Leben sichern und, was ebenso wichtig, durch Gründung neuer Lehrerstellen die Ueberfüllung der Klassen, die sich fast in der Hälfte der Volksschulen zeigt, vermindern. Nicht blos die wirthschaftliche Noth, sondern auch die engherzigen Vorschriften über die Bildung der Seminaristen haben die Reihen des Lehrerstandes gelichtet. Unsere Schullehrer leisten Gott sei Dank noch immer weit mehr, als die Regulative erlauben, aber die Bildungsverbote

dieser traurigen Verordnungen schrecken manchen offenen Kopf von der Laufbahn des Lehrers zurück, und wenn nicht wieder ein freierer und milderer Geist in die Seminarien einzieht, so droht der wohlverdiente Ruhm, den die Schlachtfelder Böhmens und Frankreichs dem preußischen Schulmeister gebracht, bald zu verbleichen. — Den Glanzpunkt des preußischen Unterrichtswesens bilden die Gymnasien und Realschulen: sie können noch immer ein Muster für Deutschland heißen; an dem erstaunlich starken Besuche dieser Anstalten läßt sich der bildende Einfluß der allgemeinen Wehrpflicht verfolgen, den man heute auch in anderen deutschen Staaten zu spüren beginnt. Wenn der gestürzte Minister auch hier im Sinne confessioneller Abschließung geschaltet hat, so ist sein Nachfolger, wie uns scheint, durchaus berechtigt, durch eine verständige Praxis dieser, man darf es sagen, muthwilligen Willkür zu steuern. Warum soll er nicht ohne Weiteres einen katholischen oder jüdischen Lehrer an ein Gymnasium berufen, das Herr v. Mühler eigenmächtig für „observanzmäßig evangelisch“ erklärt hat?

Schlechthin unverantwortlich, auch nicht zu decken durch die fadenscheinige Entschuldigung des Geldmangels, erscheinen die Unterlassungssünden des gefallenen Ministers in Sachen der Universitäten. Die volle Hälfte der Hochschulen des deutschen Reichs stand unter seiner Leitung, und wie wenig hat er dieser hohen Pflicht genügt! Wir wollen nicht die Centralisation der Bildung, doch es scheint uns eine selbstverständliche Forderung, daß in der deutschen Hauptstadt die anerkannt beste Hochschule Deutschlands bestehe. Selbst in unserem decentralisirten Lande muß die geistige Luft der Hauptstadt auf die Dauer folgenreich werden für das Leben der Nation. Keine deutsche Hochschule ist so nothwendig, so naturgemäß entstanden wie die Berliner; sie war durch den regen geistigen Verkehr der Stadt längst vorbereitet, bevor sie gegründet wurde. Nun drängt sich heute durch das aufblühende Berlin der mächtige Wettkampf wirthschaftlicher Arbeit; unsere Hauptstadt soll nicht zu einem Newyork werden, sie bedarf der tüchtigsten geistigen Kräfte, um jener Welt des Erwerbes, dem Luxus und der frivolen Spötterei das Gleichgewicht zu halten. Wie steht es nun an der Hochschule, der diese Aufgabe obliegt? Stahl, sicherlich eine wissenschaftliche Größe, hat noch heute keinen Nachfolger; desgleichen Richter, der fast alle jüngeren Kirchenrechtslehrer Deutschlands gebildet hat; ebenso Bopp, der Meister der vergleichenden Sprachforschung, und Ritter, der Vater der allgemeinen Erdkunde, und Waagen, der Kunsthistoriker. Das Fach der Geschichte ist zwar durch Mommsen, Curtius und Droysen glänzend vertreten, und die Berufung eines bewährten Kenners der mittelalterlichen Geschichte auf Ranke's ver-

waisten Lehrstuhl steht endlich in Aussicht. Aber was sonst noch zum historischen Studium gehört, liegt unbegreiflich darnieder. An der Universität der deutschen Hauptstadt wird weder allgemeine Erdkunde vorgetragen, noch allgemeine Kunstgeschichte, noch Geschichte der neueren deutschen Literatur; selbst die historischen Hilfswissenschaften, die dem Schüler das Handwerkszeug für die Quellenforschung geben sollen, sind gänzlich unvertreten. Die jungen Juristen, die im letzten Herbst nach Berlin kamen, hatten nur die Wahl, ihr erstes Hauptcolleg, die Institutionen, bei einem jungen Privatdocenten oder bei einem außerordentlichen Professor zu hören; kein Ordinarius las über dies Hauptfach. Ein Berliner Lehrstuhl gilt mit Recht in der Regel als letzter Lohn für erprobten Gelehrtenruhm; es ist der Lauf der Welt, daß der Tod in diesem Kreise älterer Gelehrten zuweilen eine reiche Ernte hält, und die jüngere Generation vermag leider nicht alle heimgegangenen Größen durch ebenbürtige Kräfte zu ersetzen. Doch damit werden so zahlreiche, so auffällige Lücken noch nicht gerechtfertigt. Die Berliner Universität ist unzweifelhaft gesunken, durch Schuld des Ministers wie des Lehrkörpers, der seine Interessen nicht rührig genug vertreten hat. Die starke Frequenz, die der hauptstädtischen Hochschule niemals fehlen kann, beweist nichts dawider. Die Universität Kiel mit 100—200 Hörern verzehrt fast 110,000 Thaler, Berlin mit seinen zweitausend Studenten 238,000 Thaler jährlich. Das ist ein unbilliges Verhältniß, selbst wenn man die unmäßige Kostspieligkeit aller kleinen Universitäten in Rechnung stellt. Auch andere preußische Hochschulen haben gelitten. Bonn, vor zwanzig Jahren noch ein schöner Vereinigungspunkt für die norddeutsche Jugend, wird immer mehr zur rheinisch-westphälischen Landesuniversität. Und wie Großes können kundige Hände mit geringen Mitteln für die Wissenschaft leisten! Unser archäologisches Institut in Rom, die schöne Schöpfung Gerhard's, die den deutschen Namen weithin in der europäischen Gelehrtenwelt zu Ehren bringt, beansprucht vom Staate 5840 Thaler jährlich. Sollten wir zu arm sein, eine ähnliche Anstalt in Athen zu gründen?

Der alberne Gemeinplatz inter arma silent Musae fand in Preußen seit den Tagen Friedrichs keine Stätte mehr; heute scheint es oft, als ob der Lärm der Waffen ein Geschlecht von Banausen herangezogen, das Verständniß für Kunst und Wissenschaft ganz erstickt hätte. Wie ist es nur möglich, daß man in der Hauptstadt ernstlich über die Frage streitet, ob die wichtige Stelle des Generaldirectors der Museen als ein Hofamt einem vornehmen Dilettanten anvertraut werden soll, oder einem Gelehrten, der der Kunstgeschichte sein Leben gewidmet hat? Warum spotten wir denn über die Russen, wenn sie Generale an die Spitze ihrer botanischen

Gärten stellen? Jene herrlichen Sammlungen, ein hochherziges Geschenk des königlichen Hauses an das Volk, können nur dann im Sinne des Stifters fortgeführt werden, wenn die Nation selber sie werkthätig unterstützt; und wie darf man solche Theilnahme erwarten, wenn nicht das Vertrauen der Gelehrten und Künstler dem sachkundigen Leiter entgegenkommt? — Der höchste ästhetische Reiz Berlins liegt in dem Zauber einer kurzen und reichen Geschichte; von dem alten bescheidenen Markgrafenschlosse am Spreeufer bis zu dem Schauspielhause vertreten monumentale Bauten würdig jede große Epoche der Monarchie. Erst seit dem Tode Friedrich Wilhelm's III. ist dem Staate kein schöner Prachtbau mehr gelungen; die Hand, die das Neue Museum gründete, war nirgends glücklich. Soll von den jüngsten zehn Jahren, den größten, die Preußen je gesehen, kein edles Kunstwerk der Nachwelt Kunde geben? Soll von dem echten Medicäerruhme, der den Heldenkönig der Befreiungskriege schmückt, nichts sich vererben auf die neue Kaiserkrone? Nicht jede Zeit erzeugt einen Schinkel, doch erstorben ist die deutsche Kunst mit nichten; das lehren manche stattliche Bauten des Berliner Bürgerthums. Wenn man nur will, so müssen sich die rechten Meister finden, um die kahlen Backsteinmauern des Campo Santo auszubauen, in Stein und Erz von den Tagen des ersten Hohenzollernkaisers zu erzählen.

Eine unendliche Reihe, drängen sich die lange verwahrlosten geistigen Interessen unseres Staates an den neuen Minister heran. Er mag sich heute wohl den sorgenreichsten Mann des deutschen Reiches nennen; doch wenn er seiner Pflicht gerecht und thätig wartet, so wird sein schweres Amt das dankbarste der Aemter werden.

1873.

Das Zweikammersystem und das Herrenhaus.

Heidelberg, 25. Febr. 1873.

Das Jahr 1872 wird der Geschichte Preußens ebenso unvergeßlich bleiben wie das Jahr 1808. Die neue Kreisordnung bezeichnet den ersten großen Fortschritt auf den Bahnen, welche Steins Städteordnung eröffnete, die bedeutendste gesetzgeberische Leistung des constitutionellen Preußens. In anderen Zeiten würde eine so folgenschwere Reform selbst ungeduldige Köpfe für längere Frist befriedigen, heutzutage ruft sie nur das stürmische Verlangen nach anderen Neuerungen wach. Mit vollem Rechte. Unser Staat sieht sich heute in einer ähnlichen Lage wie einst England nach den napoleonischen Kriegen: eine Fülle schwerer Aufgaben der Gesetzgebung, vertagt während einer erregten Zeit auswärtiger Action, drängt sich nach dem Frieden unabweisbar auf. Die Tage unseres Kaisers waren allezeit voll Müh und Arbeit. Das Schicksal versagt ihm auch, was die dankbare Nation ihm so gern gönnen möchte, den Abend eines thatenreichen Lebens in friedlicher Stille zu verbringen, führt ihn noch in hohen Jahren mitten hinein in eine Epoche großer Reformen. Es gilt, die Trümmerstücke altständischer und bureaukratischer Ordnung, welche in unserem Gemeinwesen noch unvermittelt neben den parlamentarischen Institutionen stehen, entschlossen zu beseitigen und den Rechtsstaat der constitutionellen Selbstverwaltung zu gründen. Wir hegen zu der Gesundheit des preußischen Staates das gute Zutrauen, daß er die nothwendigen Aenderungen schneller und eben deshalb milder, schonender vollziehen wird als England zur Zeit der Reformbill.

Nach dem böhmischen Kriege war jede Umgestaltung der preußischen Verfassung schon darum erschwert, weil die deutsche Einheitsbewegung noch nicht ihr Ziel erreicht hatte; Niemand wußte zu sagen, ob und wie die Institutionen Preußens und des Bundes sich dereinst mit einander verschmelzen würden. Zudem trat die rüstige, fruchtbare Thätigkeit des nord-

deutschen Reichstages aushelfend ein, sie schenkte dem preußischen Staate manche unerläßliche Reformen, welche er von den beiden feindlichen Häusern seines Landtags niemals hätte erreichen können. Erst die Versailler Verträge haben den deutschen Einzelstaaten wieder eine lange Lebensfrist gesichert; der preußische Landtag wird noch eine geraume Zeit hindurch selbständig neben dem deutschen Reichstage bestehen, und er sieht sich heute mehr denn je auf seine eigene Kraft angewiesen. Denn der schwerfälligere Körper des deutschen Reichs vermag nicht so behend wie einst der norddeutsche Bund die Unterlassungssünden der preußischen Gesetzgebung zu sühnen.

Durch die Kreisordnung ist das Fundament der altständischen Institutionen Preußens vernichtet worden: die gutsherrliche Polizeigewalt, die an der Scholle haftende Ausübung obrigkeitlicher Rechte ist gefallen. Schon zweimal, in schweren Tagen, hat die Monarchie erfahren, wie unlösbar diese Grundlagen des Communallebens mit der Verfassung des Staates zusammenhängen. Als Hardenberg nach 1815 an seinem Verfassungsentwurfe arbeiten ließ, da zeigte die altständische Partei den sicheren praktischen Blick, den privilegirte Klassen bei Vertheidigung ihrer Sonderrechte selten verleugnen. Sie richtete die beste Kraft ihres Widerstandes nicht gegen die Verfassung, sondern gegen die Communalgesetze. Es gelang ihr im Sommer 1821, die Entwürfe der Kreis- und Gemeinde-Ordnung, welche die Grundherrschaft beseitigen sollten, zu Falle zu bringen, und im selben Augenblicke war auch das Scheitern des Verfassungsplanes selbst entschieden. Der Staat erhielt statt der verheißenen Verfassung seine ständischen Provinziallandtage und durch diese seine ständischen Kreisordnungen. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, nachdem Preußen in die Reihe der constitutionellen Staaten eingetreten. Die verhaßte Charte Waldeck selber aufzuheben war freilich unmöglich; doch die altständische Reaction warf die neue Gemeindeordnung über den Haufen, sie stellte die alten Kreis- und Provinzialstände wieder her, und sobald also die Uebermacht des Landadels in dem Unterbaue des Staates neu gefestigt war, führte eine unaufhaltsame Logik zu der Forderung, daß diesem Stande auch an der Spitze des Staats ein entscheidender Einfluß eingeräumt werde. In dem Herrenhause ward eine altständische Körperschaft geschaffen, mit einem Veto gegen die Beschlüsse der erwählten Landesvertretung. Heute endlich, nach mehr denn fünfzigjährigem Kampfe, hat der Gedanke des gemeinen Rechts einen durchschlagenden Erfolg errungen, und jene stetige Nothwendigkeit, die über Preußens innerer Entwicklung waltet, wird sich auch diesmal bewähren. Die Kreisordnung zeichnet bereits die Grundlinien vor für eine Reform der Landgemeinden und der Provinzialver-

fassungen; sie muß unausbleiblich auch zur Umgestaltung des Herrenhauses führen. Der Landadel giebt die gutsherrliche Polizeigewalt und seine Herrscherstellung auf den Kreistagen auf, er verliert damit zugleich den Anspruch, der Volksvertretung als eine gleichberechtigte Macht gegenüberzustehen; die Krone aber erhält erst durch die neue ländliche Selbstverwaltung einen sicheren Maßstab, um den großen Grundbesitzern den Antheil an der Gesetzgebung, welchen sie von Rechtswegen fordern dürfen, zuzumessen.

Der sonderbare und — was auch schönfärbende Officiöse sagen mögen — sehr unerfreuliche Verlauf der jüngsten Ministerkrisis beirrt uns nicht in dieser zuversichtlichen Hoffnung. Der geheime Krieg im Schooße der Regierung, die beständige Reibung zwischen den Räthen der Krone ist ein altes Leiden unseres Staates, das tief in den Schwächen und den Tugenden des norddeutschen Charakters wurzelt. Diesmal trat die alte Krankheit ungewöhnlich heftig auf; schon allzuviel des Staubes und des Schmutzes ist durch unberufene Enthüllungen, durch die unverbesserliche Skandalsucht unserer Presse aufgewirbelt worden. Das Ansehen der Regierung hat durch diese Händel ebensowenig gewonnen wie das Ansehen des Landtages, der dabei die demüthigende Rolle des uneingeweihten Zuschauers spielen mußte. Inzwischen ist seit den Erklärungen des Reichskanzlers einige Beruhigung eingetreten. Die Welt weiß jetzt, was wir nie bezweifelt haben, daß die Staatskunst Preußens und des Reiches nach wie vor in gleichem Sinne geleitet werden wird. So lange Fürst Bismarck an der Spitze der Reichsverwaltung steht, ist der Reichskanzler auch als einfaches Mitglied des preußischen Ministerraths mächtig genug, feste Fühlung zu erhalten zwischen dem Reiche und dem ersten Bundesstaate. Die neue Vertheilung der Geschäfte giebt sich selber nur für einen Versuch, für ein Provisorium; die Erfahrung muß lehren, ob es angeht, die beiden höchsten Aemter Preußens und des Reiches auch dann noch in verschiedene Hände zu legen, wenn eine minder überlegene Persönlichkeit die Kanzlerwürde trägt. Wir wissen ferner: eine nothdürftige Verständigung ist erfolgt, die Uebereinstimmung innerhalb des Cabinets ist vorläufig wiederhergestellt.

Die Regierung wird auch unter verändertem Namen das Ministerium Bismarck bleiben und die Bahnen der Reformpolitik weiter verfolgen. Sollte die Verständigung nicht die Probe halten, so würde allerdings der Rücktritt einiger Minister unvermeidlich werden; denn auch ein Cabinet, das sich mit Recht als eine königliche, nicht als eine Parteiregierung ansieht, kann die Wiederholung ernsten Meinungsstreites nicht ertragen. Das Bedeutsamste in den beiden Reden des Kanzlers war die drastische

Schilderung, die er von dem Collegialsysteme des Ministerraths entwarf. Jedermann muß wünschen, daß diese schwerfälligen Formen der Geschäftsbehandlung verbessert, die Befugnisse des Ministerpräsidenten verstärkt werden. Doch so lange eine solche Reform nicht erreichbar ist, erscheint die Neugestaltung des Landtages nur um so dringender. Eine so schwer bewegliche Regierung kann auf die Dauer nicht zusammen arbeiten mit zwei Kammern, die unter sich in unablässigem Hader liegen.

Schwere Kämpfe stehen uns bevor; nur die Willensstärke eines einmüthigen Cabinets ist ihnen gewachsen. Das große Werk der Grenzberichtigung zwischen Staat und Kirche hat begonnen, und erst seit dies streitige Grenzgebiet begangen und besichtigt wird, erfährt die deutsche Welt, wie tief die kirchliche Gewalt während der zwei letzten Jahrzehnte eingebrochen ist in den Bereich des Staates. Niemand vielleicht wußte bisher genau, welche lange Reihe unveräußerlicher Rechte der Staatsgewalt der Clerus stillschweigend an sich gerissen. Der Staat fordert heute das Seine zurück; jene nichtssagenden Verfassungsartikel, die eine Epoche politischer Kindheit auf uns vererbte, erhalten endlich eine unzweideutige Fassung, welche die Hoheitsrechte der Staatsgewalt sicherstellt. Die neuen Gesetzentwürfe des Cultusministers schneiden in die Wurzel des Uebels; sie eröffnen uns mindestens die Aussicht, daß mit den Jahren ein neues Geschlecht von Geistlichen heranwachsen wird, das der deutschen Bildung, allen höchsten Gütern der Nation nicht mehr fremd und feindlich gegenübersteht. Es wird ein harter Streit. Wer weiß denn, welche wunderlichen Blasen das Gehirn Pius des Neunten noch treiben wird? Die bescheidenen Verstandeskräfte des Statthalters Christi sind durch lange verhaltenen Groll, wie durch den Wahn der Unfehlbarkeit arg verwüstet; betheuerte er doch neulich, daß Jesus ein warmer Freund des Adels gewesen sei! Zu welchen Mitteln wird der erboste Greis noch greifen, um das bekannte Steinchen vom Himmel herabzulocken auf die Füße des deutschen Kolosses? Wie wird unser hoher Clerus, der jede Regung vaterländischen Stolzes längst überwunden hat, zu den neuen Gesetzen sich stellen? Wie die verführte und bethörte Masse am Niederrhein? Soll die Krone in dem Kampfe wider pfäffischen Fanatismus nicht abermals eine Niederlage erleiden wie weiland in dem Kölner Bischofsstreite, so muß sie zählen können auf den Beistand der Nation. Nur darum hat einst jener Droste-Vischering in schlechter Sache einen halben Sieg errungen, weil die Krone in der zerfahrenen, unklaren öffentlichen Meinung keine feste Stütze fand. . Heute kann über den Willen der ungeheuren Mehrheit der Nation ein Zweifel nicht bestehen; was uns fehlt ist ein Landtag, der in beiden Häusern dem nationalen Willen einen treuen, unverfälschten

Ausdruck giebt. Es läßt sich nicht länger mehr ertragen, daß bei jedem Schritte der Abwehr gegen römische Uebergriffe, bei jeder unerläßlichen Reform der Verwaltung stets von Neuem die besorgte Frage sich erhebt, ob vielleicht eine Mehrheit von drei Stimmen im Herrenhause für die klare politische Nothwendigkeit zu gewinnen sei, oder ob ein neuer Pairschub dem schwerfälligen Verständniß des Kleinadels nachhelfen solle. Mit Ausnahme eines kleinen Kreises von Landedelleuten aus dem Osten stimmen alle Parteien in der Geringschätzung des hohen Hauses so vollständig überein, daß es fast Ueberwindung kostet, das hundertmal Durchgesprochene noch einmal zu sagen.

Einem kräftigen Staate steht es übel an, diese vernutzte und entwürdigte Versammlung als ein todtes Glied an seinem Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für nothwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines bösen Wechsels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetzgebung, sie erschüttert die conservative Gesinnung in der Nation; endlich einmal, nach so vielen Jahren der Neuerungen und Experimente, muß dem Volke der Glaube erweckt werden, daß mindestens die wesentlichen Institutionen der preußischen Verfassung unverrückbar feststehen. Sie schädigt die Interessen der wirklichen, der lebensfähigen Aristokratie; einen besseren Bundesgenossen als die Kapuzinerreden der Herren v. Kleist-Retzow und Senfft-Pilsach kann der dumme Adelshaß der radikalen Parteien nirgends finden. Sie zerstört endlich den Glauben an die Zukunft des Zweikammersystems; jede neue Abstimmung des hohen Hauses wirbt neue Anhänger für die Meinung, daß der moderne Staat keinen Raum mehr biete für ein Oberhaus. Schon vor Jahresfrist, als das Schulaufsichtsgesetz berathen wurde, schlug Fürst Bismarck vor, den unumgänglichen Neubau endlich zu beginnen, und sämmtliche Minister stimmten der Denkschrift des Kanzlers bei. Als die Gefahr überstanden, das Gesetz angenommen war, ließ man die gute Absicht wieder fallen. Im Herbst sodann vertraten Fürst Bismarck und Graf Roon die staatsmännische Ansicht, daß der Pairschub sich nur rechtfertigen lasse, wenn ihm die Umgestaltung des Hauses auf dem Fuße folge; und nirgends fand diese Meinung lebhaftere Billigung als in den Kreisen des hohen Adels, der noch echten aristokratischen Stolz besitzt. Der Plan blieb abermals liegen, und unterdessen hat der Fortgang dieser wirrenreichen Session die Gedanken, die ihren Anfang bewegten, fast in Vergessenheit gerathen lassen. Die allgemeine Aufregung, welche den mannhaften Reden des Abgeordneten Lasker gefolgt ist, gereicht dem sittlichen Ernst der Nation zur Ehre; mit gutem Grunde begrüßt das Land die neugebildete Unter-

suchungscommission als einen großen Erfolg der parlamentarischen Macht. Ueber lang oder kurz wird gleichwohl die Sorge um das schwerste Gebrechen der Verfassung sich wieder unabweisbar aufdrängen.

Das neue Jahr sollte nicht zu Ende gehen, ohne uns die nothwendige Aenderung zu bringen. Die Mehrheit des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses hat in schwieriger Lage eine höchst achtungswerthe Mäßigung gezeigt; auch die nächsten Neuwahlen werden den Schwerpunkt des Hauses schwerlich ganz verschieben. Noch ist es Zeit, eine besonnene Reform durchzusetzen, die allen gerechtfertigten Ansprüchen der Aristokratie genügte. Soll das Nothwendige nochmals auf Jahre hinaus verzettelt werden, bis vielleicht die radikale Partei die Oberhand gewonnen hat im Abgeordnetenhause, bis das täglich wachsende Mißtrauen gegen das Zweikammersystem die öffentliche Meinung völlig bemeistert hat? Auch die Lage Europa's, die Gesinnung der Nachbarn jenseit der Mosel mahnt zu entschlossenem Handeln. Ingrimmiger als einst nach Belle-Alliance ersehnt das französische Volk den Tag der Vergeltung; die geistige Arbeit stockt, die politischen Kräfte vernutzen sich in unfruchtbarem Parteigezänk, das ganze Leben der Nation scheint aufzugehen in dem einen glühenden Wunsche nach Rache. Jahre mögen vielleicht verfließen, bis das unselige Land sich wieder stark genug wähnt, den Kampf zu beginnen; aber Niemand weiß, wie bald uns das Schicksal zwingen wird, die Kraft des Staates nochmals nach Außen zu wenden. Es ist Pflicht, die Tage des Friedens zu nutzen; es ist zum mindesten an der Zeit, daß die Presse die Debatte eröffne, durchdachte Urtheile über die Formen eines lebensfähigen Oberhauses zu bilden suche. Unbestimmte Andeutungen über einen Senat oder einen Staatsrath fruchten nichts. Der schwere Gang unserer Einheitsbewegung hat die Nation nur zu sehr gewöhnt, die Gedanken politischer Neubildungen von oben herab zu erwarten. Wir wünschen nicht, daß der Plan für die Reform des Herrenhauses, plötzlich aus dem Dunkel heraustretend, die öffentliche Meinung ganz unvorbereitet fände. Die nachstehenden Zeilen beabsichtigen nur, die Leser zu eigener Prüfung aufzufordern; es sind Gedanken, die sich gern bescheiden, besseren Vorschlägen nachzustehen. —

Darüber sind alle Unbefangenen einig, daß wir eines Neubaues bedürfen: das morsche Gefüge des Herrenhauses verträgt keine Ausbesserung mehr. Die unselige Verordnung vom 12. October 1854 bleibt eine der häßlichsten Erinnerungen unserer Geschichte. Niemals, seit Preußen zur Großmacht geworden, hat eine siegreiche Partei ihre augenblickliche Ueberlegenheit so gewissenlos mißbraucht, um die ganze Zukunft der Gesetzgebung sich zu unterwerfen; niemals früher hat sich die Krone den Standesinteressen des kleinen Landadels so willfährig untergeordnet. Durch

die Errichtung der Provinzialstände war doch nur ein altüberlieferter Zustand in verjüngten Formen wiederhergestellt worden; acht Landtage ohne Macht und Ansehen bedeuteten wenig neben der absoluten Krone und ihrem Beamtenthum. Erst das constitutionelle Preußen sah den vollständigen Triumph der feudalen Partei; die Bildung des Herrenhauses schenkte dem Kleinadel ein Recht des Einspruchs gegen die Beschlüsse der Krone wie der Volksvertretung — eine Machtstellung, die er nie zuvor unter unseren Königen besessen. Es liegt im Wesen der politischen Romantik, daß ihre Thaten allezeit den Worten widersprechen müssen. Die Doctrin des seligen Stahl verherrlichte das historisch Gewordene, verdammte alle gemachten Verfassungen, und als Stahls Freunde an's Ruder gelangten, schufen sie sich ein gewordenes Oberhaus, das unter allen Gebilden moderner Verfassungsmacher als eine unerreichte willkürliche Künstelei dasteht. Und dies Werk des Parteisinnes kam nicht einmal auf gesetzlichem Wege zu Stande. Jedermann weiß es: mit grenzenlosem Vertrauen legte der Landtag von 1853 die Bildung des Oberhauses in die Hände des Königs. Die Krone war nach der Verfassung nur befugt, erbliche oder lebenslängliche Mitglieder für die neue Erste Kammer zu ernennen. Aber in jenen traurigen Tagen galt die frivole Geringschätzung des Landesrechts als ein Zeichen conservativer Gesinnung; man setzte sich über die klare Vorschrift hinweg und berief auch solche Mitglieder, deren Mandat mit dem Besitze eines Ritterguts oder eines Amtes erlöschen mußte. Die Zweite Kammer in ihrer unerschöpflichen Nachgiebigkeit wagte keinen nachdrücklichen Einspruch, und heute, nach so vieljährigem Zusammenwirken beider Häuser, muß das alte Unrecht als thatsächlich geheilt gelten. Trotzdem läßt sich der Makel dieses rechtlich zweifelhaften Ursprungs niemals ganz verwischen: wie soll der gesetzliche Sinn im Volke erstarken, wenn noch immer von ehrlichen Patrioten und mit guten Gründen der Zweifel ausgesprochen wird, ob der eine Factor der Gesetzgebung wirklich zu Recht bestehe?

Das neueste Verzeichniß des Herrenhauses nennt unter 308 Mitgliedern nur 66 erbliche. Die wirklichen „Herren“, die Häupter der großen, durch Rang, Reichthum und alten Ruhm mächtigen Geschlechter, bilden nur etwa ein Fünftel des Hauses! Die Mehrzahl der erblichen Herren pflegt regelmäßig durch ihre Abwesenheit zu glänzen, Einzelne haben sich nicht einmal in die Abtheilungen einloosen lassen. In den alten reichsunmittelbaren Geschlechtern lebt noch immer das bittere Gefühl erlittenen Unrechts; zudem sind manche durch die Ueberlieferungen ihres Hauses mit dem österreichischen Erzhause verbunden. Die Verfassung bot unserem Staate die Mittel, diesen hohen Adel endlich für

Preußen zu gewinnen, den Mediatisirten ein Feld würdiger aristokratischer Thätigkeit zu eröffnen, das der absolute Staat nicht bieten konnte. Die Gelegenheit ward versäumt; wer darf es diesen großen Herren verargen, wenn sie geringe Neigung spüren, in der Ueberzahl der kleinen Herren zu verschwinden?

Der kleine Landadel bildet den Kern des Herrenhauses, er bestimmt den Charakter der Versammlung. Der selige Stahl wollte sein Oberhaus „auf die Macht" gründen und fand diese Macht in der „Ritterschaft" — einer unfindbaren Größe, die mindestens in den westlichen Provinzen kein wirkliches Leben führte. Nun konnte selbst den feudalen Heißspornen nicht entgehen, daß auf jedes der 12,543 Rittergüter der Monarchie nur ein bescheidener Bruchtheil ritterschaftlicher „Macht" kam. Man suchte also nach einer Aristokratie innerhalb der Ritterschaft und gewährte allein dem alten und befestigten Grundbesitze das Recht der Präsentation. Die Klasse des alten Grundbesitzes schloß alle bürgerlichen Grundherren aus; der befestigte Grundbesitz umfaßte nur jene Güter, deren Vererbung von dem gemeinen Rechte des Landes abweicht. Eine wunderliche genealogische Liebhaberei fügte noch acht „Grafenverbände" hinzu, als ob der Grafentitel irgend welchen realen Inhalt besäße. Außerdem erhielten elf Familien von niederem Adel, sämmtlich dem Osten angehörig, das Recht der Präsentation: ein kleiner Herr von bescheidenstem Vermögen kann als Pair des Reiches auftreten, wenn er nur den Namen Bredow oder Alvensleben führt. Es war, als sollte muthwillig allen Rechtsanschauungen des demokratischen Jahrhunderts ins Gesicht geschlagen werden — und dies in Deutschland, das unter sämmtlichen Culturvölkern den zahlreichsten und mächtigsten Mittelstand besitzt! Dann wurden auf dem geduldigen Papier ritterschaftliche Wahlbezirke gebildet und mit den Namen althistorischer Landschaften geschmückt, deren alterthümlich biderber Klang den politischen Romantikern wohllautend ins Ohr tönte; neben den altehrwürdigen Herzogthümern Wenden und Cassuben erschienen freilich auch eine Landschaft Westjülich und ähnliche Namen von unzweifelhafter Jugend. Von den 90 Vertretern des alten und befestigten Grundbesitzes kamen nur vier auf Westphalen, fünf auf das reiche Rheinland, Keiner auf Hohenzollern. Als man zur Ausführung schritt, da ergab sich sofort die unerhörte Leichtfertigkeit der Urheber des Gesetzes; sie hatten nicht gewußt, daß die Monarchie blos 394 „alte" und 937 „befestigte" Rittergüter besaß. Nur der zehnte Theil des ritterschaftlichen Grundbesitzes fand also eine Vertretung im Herrenhause. Mehrere Landschaftsbezirke sahen sich außer Stande, die im Gesetze verlangte Zahl von Mitgliedern aufzubringen.

Neben den 106 Stimmen der Ritterschaft, der Grafen, der Domkapitel u. s. w. bilden die 39 Magistratsmitglieder und die 9 Vertreter der Universitäten nur ein zugleich fremdartiges und machtloses Anhängsel des Hauses. Das Herrenhaus sollte nach der Absicht der Gesetzgeber im Wesentlichen eine Interessenvertretung des Kleinadels der östlichen Provinzen sein. Die Krone bekräftigte diese Absicht, indem sie für die 16 Stellen der Kronsyndici überwiegend Anhänger der in jenem Kleinadel herrschenden Parteianschauungen berief und auch späterhin vermied, durch die Ernennung lebenslänglicher Mitglieder den Charakter des Hauses zu verändern. Unter den 72 durch königliches Vertrauen Berufenen sind etwa 30 Rittergutsbesitzer. Erst der jüngste Pairschub hat eine größere Zahl von Beamten und damit ein neues fremdartiges Element in das Haus eingeführt. Seitdem zeigt unsere Erste Kammer in merkwürdiger Vollständigkeit alle Gebrechen, welche einem Oberhause anhaften können: sie beleidigt den Stolz der Nation durch die einseitige Härte beschränkter Standesgesinnung und spottet zugleich jeder staatsmännischen Berechnung, denn in diesem planlos zusammengewürfelten Durcheinander grundverschiedener socialer Kräfte werden alle Beschlüsse zu einem Spiele des Zufalls.

Wir denken sehr hoch von den politischen Tugenden des preußischen niederen Adels. Tapfer, hochherzig wie kein anderer Adel des Continents hat er sein Blut in unzähligen Schlachten für den Staat vergossen, Tausende seiner Söhne in die Reihen des Beamtenthums gestellt. Er hat Großes geleistet, aber nur im Dienste der Krone; er ist und bleibt ein monarchischer Adel. Sobald man versucht, ihn wider die Natur als einen Stand zu organisiren, ihn selbständig der Krone gegenüberzustellen, so verfällt er unrettbar der ständischen Selbstsucht. Vom ersten bis zum letzten Tage bestätigt die Geschichte des Herrenhauses die warnenden Worte, welche einst Dahlmann aussprach, als Stahl mit seinen ersten schüchternen Oberhausplänen hervortrat: „Eine künstliche Pairie lehnt sich an die Krone und zeigt nur in Sachen ihres Privatinteresses Selbständigkeit.“ Von jener Fülle gegenseitiger Berichtigung und Ergänzung, die man so oft dem Zweikammersysteme nachgerühmt, zeigt Preußens constitutionelles Leben keine Spur. Das Haus der Abgeordneten vertritt die Steuerzahler der Gegenwart, das Herrenhaus jene Klassen der Gesellschaft, welche in grauer Vorzeit den Kurstaat Brandenburg regierten. Zwischen den Häusern des Landtags liegt eine Kluft von Jahrhunderten: es fehlt an jedem Boden der Verständigung. On ne discute bien que si l'on est d'accord. Die beiden Kammern schwächen und bekämpfen sich in einem unfruchtbaren Streite, der die lebendigen Kräfte des Staates immer wieder ins Stocken bringt.

Nichts wirkt so bethörend wie der Besitz eines unwahren, unverdienten Vorrechts. Welche tragikomische Rolle spielt heute so mancher kleine Herr, der als einfacher Landedelmann und als Mitglied seines Kreistages eine sehr achtbare Erscheinung sein würde! Da sitzt er auf seinem Dorfe, hört den Pastor eifern wider das neue Heidenthum, ärgert sich an dem unbotmäßigen Gesinde und dem lästigen Selbstgefühl seiner Bauern. Mit dem Maße seiner dörflichen Erfahrungen mißt er alle Ereignisse einer ungeheuren Zeit; als ein Pair des Reichs blickt er geringschätzig herunter auf die jugendlichen Kräfte des modernen Weltverkehrs, die er kaum vom Hörensagen kennt. Kommt er zur Hauptstadt, so wohnt er auf gut bürgerlich in der chambre garnie und wähnt doch „auftreten" zu müssen als eine Stütze der Krone. Im hohen Hause sodann empfängt ihn sogleich der Kreis der Vettern und Standesgenossen; so lebt er sich ein in harte Parteigesinnung und unbelehrbaren Dünkel. Vor einigen Monaten weissagte ein Mitglied des Herrenhauses in der Times, der Pairschub müsse zum Umsturz des Thrones der Hohenzollern führen; und als ein wackerer Kronsyndikus den Herren die unbestreitbare Wahrheit vorhielt, sie verdankten allesammt ihre Sitze dem Willen des Königs, da scholl ihm entrüsteter Widerspruch entgegen, die kleinen Herren glauben eine Nobility kraft eigenen Rechtes zu bilden!

Die natürliche Trägheit privilegirter Klassen erscheint in diesem Kleinadel ungewöhnlich reich entwickelt. Spärlich ist der Besuch, leblos sind die Debatten, wenn nicht zuweilen ein Standesinteresse die Parteileidenschaft erregt; schon sechzig Mitglieder gelten als ein beschlußfähiges Haus. Eine kleine Coterie, ihren Führern blindlings ergeben, bildet den Schwerpunkt des Hauses; schrankenloser als weiland Lord Eldon und Lord Lyndhurst im englischen Oberhause, gebot einst Stahl, dann Herr v. Kleist-Retzow über die Mehrheit unserer Herren. Während eine starke Aristokratie in die Vertheidigung des Landesrechts ihre Pflicht und ihre Ehre setzt, suchte das Herrenhaus anfangs die Verfassung zu untergraben, nachher ihren Ausbau zu hindern. Von den Debatten über die Grundsteuer bis zu dem Kampfe wider die Kreisordnung hat das Haus immer bewährt, daß ihm die Behauptung der Klasseninteressen des Kleinadels als die höchste der Pflichten gilt. Wer wüßte nicht, wie verblendet einst unter der neuen Aera die Herren-Opposition dem radicalen Pessimismus in die Hände arbeitete? Auch das Verfahren der Herren während der schweren Jahre des Conflikts verdient das reiche Lob nicht, das ihm einst von den Blättern der Regierung gespendet wurde. Das Haus vertheidigte zwar die Reform der Armee, doch seine gehässige Haltung verschärfte den Conflikt, reizte und nährte den Widerstand der Abgeordneten; mit unverhoh-

lenem Kummer begrüßten die Führer der kleinen Herren die Wiederherstellung des inneren Friedens.

Die armselige Engherzigkeit solcher Parteigesinnung schadete wenig, so lange die Krone selbst von der Bühne der großen Politik sich zurückhielt und die Verfassung nur widerwillig als ein nothwendiges Uebel ertrug. Das geflügelte Wort jenes kleinen Herren, der den Czaren Nicolaus als Preußens zweiten Vater feierte, stand mit der Thatkraft des Ministeriums Manteuffel allerdings im Einklang. Doch als der Staat sich wieder auf sich selbst besann, wieder eintrat in das helle Licht der europäischen Geschichte und den Ausbau seiner Institutionen ernsthaft in die Hand nahm, da zeigte sich sofort das lächerliche Mißverhältniß zwischen den großen Aufgaben der ersten Macht des Festlands und den kümmerlichen Klassenanschauungen ihres Oberhauses. Nach den Eroberungen von 1866 wagte die Regierung gar nicht, die Grafenverbände und die Landschaftsbezirke des alten nnd befestigten Grundbesitzes in die neuen Provinzen einzuführen; sie trug Bedenken, der feindseligen Gesinnung des welfischen Adels Waffen in die Hand zu geben, und sie schämte sich, durch einen ungeheuerlichen Anachronismus den Spott der neuen Landestheile herauszufordern. Die neuen Provinzen werden im Oberhause nur durch eine verschwindende Minderzahl erblicher und lebenslänglicher Mitglieder vertreten; an der zahlreichsten und mächtigsten Gruppe des Hauses haben sie keinen Antheil. Das Herrenhaus kann heute auch aus formellen Gründen nicht mehr als eine Vertretung des gesammten Landadels der Monarchie gelten.

Die großen Herren des Hauses haben in den gewaltigen Zeiten, die nun über uns kamen, zumeist den freien Blick bewährt, welcher die echte Aristokratie auszeichnet; sie wandten sich dem jungen Gestirn des einigen Deutschlands zu, erwarben sich Plätze im Reichstage, wirkten mit bei der neuen Ordnung der deutschen Dinge. Die kleinen Herren blieben schmollend auf ihren Dörfern. Wie ihre Väter einst den preußischen Reichstag, die Vollendung der Staatseinheit Preußens, zu hintertreiben suchten, damit das Stillleben des pommerschen und märkischen Vaterlandes nicht gestört werde, so blickten die Söhne voll Uebelwollens auf den neuen deutschen Staat, der das Uebergewicht ihres Standes zu erschüttern drohte. Ein Häuflein verbrauchter Minister und verkannter Talente riß die Zügel des Herrenhauses an sich — mittelmäßige Köpfe, die der Weltgeschichte nicht verzeihen konnten, daß sie zu leicht befunden wurden in großen Tagen; und nun begann mit steigender Heftigkeit der gehässige Kampf gegen Alles, was der größten Epoche unserer neueren Geschichte Leben und Inhalt giebt. Wie brünstig betheuerte einst Stahl: „wir wollen

nicht eine Adelsopposition gegen die Krone bilden, wir opponiren nur gegen das, was die Krone schwach und wehrlos macht!" Wie ist dies Versprechen gehalten worden? Als die Krone durch das Schulaufsichtsgesetz lediglich die Sicherstellung ihrer uralten unbestreitbaren Rechte forderte, da stieß sie auf den leidenschaftlichen Widerspruch der kleinen Herren, und seitdem schließt sich täglich fester der Bund zwischen den Führern des Herrenhauses und den Ultramontanen, den geschworenen Feinden der Krone der Hohenzollern. Wer aber in dem Kampfe um die Grundlagen deutscher Gesittung die unheimischen Gewalten vertritt, der ist für die Nation verloren.

Doch genug. Die neue Kreisordnung hat diesem altständischen Körper den Boden unter den Füßen hinweggezogen; seine Tage sind gezählt. Der letzte kümmerliche Rest des Ansehens, welcher dem hohen Hause nach den gehäuften Fehlern so vieler Jahre noch verblieben, ist seit der Abstimmung vom 31. Oktober und vollends seit dem jüngsten Pairschub unwiederbringlich verschwunden. Mit welchem schweren Ernst ward einst in England, als das Oberhaus noch eine lebendige Macht war, die Nothwendigkeit eines Pairschubs erwogen. Schon mehrmals war die unabweisbare Parlamentsreform an dem Standesinteresse der Lords gescheitert; stürmisch, mit seltenem Einmuth, forderte die Nation to swamp the House of Lords. Gleichwohl erschien die Ausübung eines unbestrittenen Rechtes der Krone den Whigministern als ein gefährliches Wagniß, ja als eine Verletzung des Landesrechts. Erst nach langem Bedenken beschlossen Lord Grey und Lord Brougham, dem Könige die Ernennung von hundert Pairs vorzuschlagen. Sorgsam setzten sie schottische und irische Lords und die Söhne englischer Lords auf die Liste, damit der aristokratische Charakter des Hauses nur ja nicht beeinträchtigt werde. Wilhelm IV. stimmte widerwillig zu, doch im letzten Augenblicke überkam ihn die Reue. Er entschloß sich zu einem Schritte, der nach englischen Begriffen dem Geiste der Verfassung offenbar widersprach; er setzte sein persönliches Ansehen ein, ließ mehrere Lords der Torypartei auffordern, ihren Widerstand gegen die Reformbill aufzugeben. Die Folge war, daß gegen hundert Lords bei der entscheidenden Abstimmung im Hause fehlten. Die Bill ging durch, der Pairschub wurde vermieden. Lord Brougham aber, wahrhaftig keine ängstlich konservative Natur, nennt diesen Ausgang den größten Glücksfall, the greatest escape seines öffentlichen Lebens; er preist sein Gestirn, das ihm „eine so gefahrvolle Maßregel" erspart habe! Nun vergleiche man mit diesem gewissenhaften Zaudern der Whigs von 1832 die Haltung unserer Politiker im vergangenen Herbst! Mit unerschütterlicher Gemüthsruhe, ohne ein Wort des Bedauerns wurde die

Frage des Pairschubs selbst in gemäßigt konservativen Kreisen erörtert; man stritt nur, ob zwanzig oder vierzig neue Pairs in das Herrenhaus eintreten sollten. Voll Zuversicht verglichen amtliche Blätter den Pairschub mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses. Und doch liegt die Sophisterei solcher Vergleichung auf flacher Hand. Wenn der König die Wahlkammer auflöst, so spricht er nur die Vermuthung aus, daß die Gesinnung dieses Hauses den Willen der Nation nicht mehr getreu wiedergebe, eine Behauptung, die Niemanden verletzen kann; er appellirt an die Wähler, ohne jede Sicherheit des Erfolges, und die neugewählte Kammer steht der Krone in voller Freiheit gegenüber. Durch einen Pairschub dagegen zwingt die Krone dem Oberhause ihren eigenen Willen auf; das Haus erscheint unfrei und entwürdigt, die Geschobenen spielen eine kaum minder klägliche Rolle als die bisherige Mehrheit. Wird das rücksichtslose Verfahren wiederholt — und unser Herrenhaus ist ihm schon zum zweiten male unterworfen worden — so geht die Achtung der Welt einem also behandelten Hause für immer verloren. Ein Pairschub ist, trotz der formellen Aehnlichkeit, ein weit gewaltsamerer Schritt als eine Auflösung des Abgeordnetenhauses; er gehört zu jenen zweischneidigen Waffen des französischen Constitutionalismus, welche um eines augenblicklichen Erfolges willen den Bestand der Verfassung gefährden. Warum hat man in Preußen so gar keinen Anstoß genommen an der Härte dieser Maßregel? Wahrhaftig nicht, weil wir geringere Ehrfurcht hegten vor den Institutionen unseres Staates als einst die englischen Whigs, sondern weil Niemand mehr dies von Haus aus verfehlte Gebilde zu den lebendigen Institutionen Preußens rechnet. Das Haus ist todt; gegen eine solche Körperschaft scheint jedes Mittel erlaubt. Nur ein Neubau, nicht ein Umbau kann den schwersten Mißgriff der neuen preußischen Gesetzgebung sühnen. —

Was ist Zweck und Aufgabe einer lebensfähigen Ersten Kammer? Sie soll die Vertretung der regierenden Klassen sein. Wie die Wahlkammer die Massen des steuer- und wehrpflichtigen Volkes vertritt, so soll das Oberhaus die politischen Spitzen des Volkes in sich vereinigen, die hervorragenden Kräfte aus jenen Klassen der Gesellschaft, welche die Verwaltung des Landes leiten. Der Satz ist nicht neu, er scheint wenig zu sagen. Bemüht man sich jedoch ihn durchzudenken bis in seine letzten Folgerungen, so bietet er den Schlüssel zum Verständniß der unerbaulichen Geschichte des festländischen Zweikammersystems. Die Oberhäuser des Continents dienen seit zwei Menschenaltern als ein Versuchsfeld für die Künste der Gesetzgeber; unendlich oft hat man sie gebildet und umgebildet, und doch — wer darf es sich verbergen? — führen sie in den meisten

Staaten ein künstliches Dasein, in vielen haben sie nur Unheil gestiftet. Woher diese Erscheinung? Weil das Zweikammersystem unhaltbar ist in einem Gemeinwesen ohne Selbstverwaltung; weil eine parlamentarische Vertretung der regierenden Klassen sich nur bilden läßt in Staaten, die nicht allein von Soldbeamten regiert werden. Weder die Geburt giebt einen Anspruch auf einen Sitz im Oberhause, noch der Grundbesitz oder der Reichthum, noch das Alter oder das Talent, sondern die Erfüllung der höchsten politischen Pflichten. Die Wahlkammer schöpft ihre Macht unmittelbar aus dem Volkswillen, dem sie entspringt. Das Oberhaus wird zum Schatten, wenn es nicht getragen wird von dem Glauben des Volkes, wenn nicht in der Nation die Ueberzeugung lebt, daß gerade diesen Männern ein vorzüglicher Antheil an der Landesvertretung gebühre. Einen solchen Vorzug gesteht aber der unzerstörbare Gleichheitsdrang des Jahrhunderts nicht der Geburt und nicht dem Besitze zu, sondern allein den Männern, welche die Verwaltung des Landes in der Hand haben und die schwersten politischen Pflichten tragen.

Ist die Erste Kammer wirklich eine Vertretung der regierenden Klassen, dann zeigen sich alle die segensreichen Wirkungen, welche man fälschlich jedem Zweikammersysteme nachsagt. Ein solches Oberhaus steht auf demselben Boden wie das Unterhaus, auf dem Boden der staatsbürgerlichen Pflichten; die beiden Kammern sind verschieden und doch gleichartig, sie können einander oft widersprechen, doch schwerlich in anhaltenden unversöhnlichen Streit gerathen. Die Wahlkammer vermag immer nur die augenblicklich im Volke vorherrschenden Meinungen und Interessen darzustellen; sie wird zuweilen, wie einst die preußische Nationalversammlung, ein falsches Bild von der Gesinnung des Volkes geben, wenn im Augenblicke der Wahl die Künste der Parteien oder die Wildheit der Leidenschaft die Oberhand behauptet haben. Dem gegenüber soll die Erste Kammer den dauernden Charakter des Staats vertreten, seine alten Ueberlieferungen, seine großen Institutionen. Der alte und ewig neue, der tiefsinnige und nothwendige Gegensatz von Regierenden und Regierten, dieser einzige in jedem freien Volke wiederkehrende Gegensatz der Staatsgesinnungen soll in dem Zweikammersysteme eine Bühne für friedlichen gesetzlichen Kampf und die Mittel der Versöhnung finden. Derselbe Gegensatz, mehr oder minder verhüllt, liegt auch dem Zweikammersysteme der Foederationen zu Grunde, nur daß hier das Oberhaus zugleich den Sondergeist der Einzelstaaten, das Unterhaus zugleich die Einheit des nationalen Willens darstellen soll.

Das Unterhaus spricht die Wünsche und Forderungen aus, welche in dem unablässigen Wechsel der socialen Interessen täglich neu erzeugt

werden; das Oberhaus prüft sie mit der Ruhe und Sachkenntniß, welche die Erfahrung in Staatsgeschäften gewährt, und stellt die Frage, ob die Neuerungen sich auch vertragen mit dem überlieferten Charakter des Staates, ob sie der Einheit des Staatswillens nicht gefährlich werden. Eine solche Erste Kammer ist allerdings eine erhaltende Kraft, da ihre Mitglieder mit der bestehenden Ordnung fest verbunden sind, und in jeder regierenden Klasse ein starker konservativer Zug liegen muß; aber mit nichten eine reaktionäre, volksfeindliche Macht, denn sie vertritt nicht die Interessen eines privilegirten Standes, noch die Anschauungen einer überwundenen Vergangenheit, sie steht mitten inne in den Geschäften des gegenwärtigen Staates, der doch auch lebt und wächst, wenngleich langsamer als die rastlos sich wandelnde Gesellschaft. Es muß die Regel bleiben, daß die Gesetzentwürfe zuerst der Wahlkammer und nachher dem Oberhause vorgelegt werden; erst wenn das Gewirr der Meinungen sich etwas geklärt hat, wenn sich übersehen läßt, wie die Vorschläge von unten betrachtet erscheinen, und wie die Parteiung im Volke sich zu ihnen stellt — dann sollen sie von oben her beurtheilt werden. In einem rührigen Volke wird das Unterhaus immer durch die größere geistige Fruchtbarkeit sich auszeichnen; dafür besitzt ein aus den regierenden Klassen gebildetes Oberhaus ein stärkeres Gefühl seiner politischen Verantwortlichkeit, einen lebendigeren Sinn für die Macht und Würde des Staats. Eine angesehene Erste Kammer nützt dem Staate nicht allein durch ihre Thaten, indem sie die Gedanken des anderen Hauses prüft und berichtigt; mindestens ebenso mächtig ist die unmerkliche, stillschweigende Wirksamkeit ihres Daseins. Jene Gleichgiltigkeit gegen das positive Recht, welcher siegreiche Parteien so leicht verfallen, der trotzige Uebermuth und die doktrinäre Systemsucht, alle Unarten des entfesselten Parteigeistes erhalten einen heilsamen Zügel, mancher Einfall unreifer Neuerungssucht wird im Keime erstickt, wenn das gefährliche Bewußtsein der Alleinherrschaft gar nicht aufkommen kann unter den Abgeordneten, wenn die Wahlkammer weiß, daß ihr eine Körperschaft zur Seite steht, deren Veto nicht blos formell gilt, sondern auch geachtet und geehrt wird von der Nation.

Diesem Idealbilde ist das Haus der Lords in der Blüthezeit des englischen Parlamentarismus doch sehr nahe gekommen. Der alte erbliche Rath der englischen Krone umfaßte in der That die vornehmsten Glieder jenes Adels, der in Cabinet und Parlament, wie in den Aemtern der Selbstverwaltung den Staat von Altersher regierte und das Soldbeamtenthum als sein gehorsames Werkzeug gebrauchte. Die Nation konnte sich ein anderes Oberhaus kaum vorstellen; sie spottete laut, als Cromwell den ständigen Rath der Nobility zerstörte und aus dem Holze gott-

seliger Dragoner seine lebenslänglichen Lords schnitzte. Durch die ungeschickte Nachahmung jenes altenglischen Vorbildes sind die sonderbaren Mißbildungen des festländischen Zweikammersystems zumeist entstanden. Wer wüßte nicht, wie unendlich oft der englische Parlamentarismus von der Doctrin bewundert und wie selten er verstanden wurde? Man betrachtete mit Montesquieu das Haus der Lords als eine Aristokratie gegenüber dem demokratischen Unterhause, während doch die Kraft und das Ebenmaß des altenglischen Staats gerade in dem gemeinsamen aristokratischen Charakter seiner parlamentarischen Institutionen lag, und stellte getrost eine Versammlung grundbesitzender Edelleute neben die Wahlkammer. Oder, wenn man herausfühlte, wie wenig der ackerbauende Adel des Continents mit dem regierenden Adel Altenglands zu vergleichen sei, so hielt man sich allein an die mechanischen Wirkungen des Zweikammersystems: man forderte eine Kraft des Beharrens neben dem beweglichen Volkshause, eine „qualitative" Volksvertretung neben der quantitativen, einen „unentbehrlichen Ballast im Fahrzeuge des Staats", wie Burke sagt. Eine so äußerliche Auffassung öffnete der willkürlichen Klügelei Thür und Thor. Was ließ sich nicht Alles zu den „hervorragenden Existenzen" im Staate zählen! Welche unabsehbare Reihe grundverschiedener Vorschläge trat doch zu Tage, als im Jahre 1849 über die Bildung der preußischen Ersten Kammer verhandelt wurde! Vermittelnde Naturen erfreuten sich an einer möglichst buntscheckigen Mischung: sollte nicht eine Vertretung von Großgrundbesitz, Großindustrie und Reichthum, mit einer Zuthat von Bischöfen, Professoren und anderen „Capacitäten" jedem Classeninteresse der Gesellschaft genug thun? Die Verehrer der französischen Bourgeosie betrachteten den Geldbeutel als den einzigen Maßstab politischer Macht, sie forderten ein Oberhaus der Höchstbesteuerten. Vor den Augen folgerechter Demokraten fand nun noch das Alter Gnade, als die einzige von der Natur selbst eingesetzte Aristokratie innerhalb des freien und gleichen Menschengeschlechts; sie verlangten nach einem Rathe der Alten.

Den deutschen Staaten wurde die Bildung des Zweikammersystems erschwert durch verwickelte historische Verhältnisse. Als die ersten deutschen Repräsentativverfassungen gegründet wurden, lebten die privilegirten Corporationen der alten Landstände in frischer Erinnerung, da und dort bestanden sie noch selber fort. Man versuchte also, die Formen dieser alten Stände umzubilden für die Zwecke des Repräsentativsystems. Als Erste Kammer wurde überall eine altständische Körperschaft, eine Adelsvertretung eingerichtet, mit einem mehr oder minder starken Zusatz anderer socialer Kräfte, der den Charakter des Adelshauses nicht wesentlich veränderte. In Süddeutschland bot der alte Reichsadel mindestens einige

erlauchte Namen, in Sachsen und Hannover behalf man sich mit dem Kleinjunkerthum. Während die Verwaltung der bureaukratischen Staaten des Rheinbundes damals noch fast ausschließlich in den Händen des Beamtenthums lag, sollte der Grundadel den ständigen Rath der Krone bilden — ein Stand, der an der Verwaltung keinen Antheil nahm, ja zum Theil noch von den wichtigsten bürgerlichen Pflichten und Lasten befreit war. Eine künstliche Pairie zu schaffen ist aber ein noch schwereres Wagniß als die Einsetzung eines neuen Herrscherhauses. Niemals haben sich diese Adelskammern jenes zweifellose Ansehen in der Nation errungen, das einem politischen Adel die Luft des Lebens ist; weit entfernt die Kronen zu stützen, dankten sie ihre Macht allein der Gunst der Kronen. Eine Augenweide für die Genealogen — so recht im Gegensatze zu den englischen Lords, unter denen kaum sechs ihre Pairie mit Sicherheit bis in das Mittelalter hinauf verfolgen können — sind die deutschen Pairs mit ihren makellosen Stammbäumen für die Politik der Gegenwart wenig oder nichts gewesen. Das Volk gewöhnte sich die Ersten Kammern zu beargwöhnen als die Vertreter adlicher Standesvorurtheile und der Selbstsucht des Großgrundbesitzes; denn der Stand der Grundherren haftet zwar fester am Boden des Vaterlandes als die weltbürgerlichen Mächte des beweglichen Vermögens, aber in der Vertheidigung seiner Klasseninteressen zeigt er genau denselben Eigennutz wie alle anderen socialen Gruppen.

Die Oberhäuser der Mittelstaaten sind nicht so gänzlich der ständischen Selbstsucht verfallen, wie das preußische Herrenhaus; sie haben dann und wann durch einen verständigen Beschluß Uebereilungen der Wahlkammern gesühnt. Doch sieht man ab von Baden, dessen Erste Kammer einen starken Beisatz bürgerlicher Elemente enthält und neuerdings eine sehr besonnene Haltung gezeigt hat, so läßt sich leider das Geständniß nicht umgehen: der Kampf der Parteien ist durch die deutschen Oberhäuser in der Regel nicht ermäßigt, sondern verbittert worden. Der Liberalismus der Wahlkammern pflegte seine Forderungen, die berechtigten wie die unberechtigten, nur um so hartnäckiger festzuhalten, wenn er wußte, daß „diese Handvoll Junker“ widerstrebe. Nur zu oft gefielen sich die Kammern in solchem ziellosen Kampfe; in Württemberg war es lange die Regel, daß die Minister in der einen Kammer als Schildknappen der Reaktion angegriffen und im Saale nebenan wegen ihrer demagogischen Grundsätze gescholten wurden. Am letzten Ende wurde durch diese Form des Zweikammersystems nur die Willkür der kleinen Kronen gefördert; anmuthig schaukelnd zwischen den beiden feindlichen Kammern konnten die Minister mit wenig Witz und viel Behagen ihre Staats-

weisheit als eine Politik der rechten Mitte rühmen. Ja sogar offenbares Unrecht ist von den Ersten Kammern, die man so gern als die Wahrer der Ordnung preist, nicht selten begünstigt worden. Der sächsische Staatsstreich von 1850, sicherlich eine der frivolsten Gewaltthaten jener tiefgesunkenen Zeit, fand die warme Zustimmung der Ersten Kammer, weil die Willkür des Freiherrn v. Beust den Klasseninteressen des Großgrundbesitzes entsprach. Ist dann gar, wie in Sachsen, durch die Verfassung bestimmt, daß ein von der Ersten Kammer angenommenes, von der Zweiten nicht mit Zweidrittelmehrheit verworfenes Gesetz zu Recht bestehen solle, so erscheinen die constitutionellen Formen als ein unwürdiges Gaukelspiel; auch der Conservative wird dann in die Reihen der Opposition getrieben, denn das Recht des Landes ist den Interessen einer einzigen Klasse der Gesellschaft preisgegeben. Der einzige deutsche Mittelstaat, der auf die Segnungen eines solchen Zweikammersystems verzichtete, Kurhessen, fand keinen Grund diese Entbehrung zu beklagen.

Ebenso lehrreich, nach einer anderen Seite hin, ist die Geschichte des französischen Zweikammersystems. Die erbliche Pairskammer der Bourbonen mußte fallen; denn der Adel hatte seit der Nacht des 4. August seine Herrenrechte verloren, er nahm nicht theil an der Verwaltung des Staats, ja seine mächtigsten Genossen standen allen Ideen und Institutionen, welche dem neuen Frankreich theuer waren, feindselig gegenüber. Die illegitime Krone der Orleans bedurfte nun eines ergebenen, dynastisch gesinnten Oberhauses; sie ernannte eine Kammer lebenslänglicher Pairs, durchweg aus den Anhängern des Usurpators, überwiegend aus den Reihen des Beamtenthums. Aehnliche dynastische Rücksichten bestimmten die Bildung des napoleonischen Senats. Der Senat Conservateur trug noch deutlicher als die Pairskammer Ludwig Philipps das Gepräge einer Beamtenversammlung, er vereinigte in sich die Spitzen der kaiserlichen Bureaukratie und war unleugbar eine Vertretung des Standes, welcher das heutige Frankreich regiert. Was hat er geleistet? Allgemeine, grenzenlose Mißachtung lastete auf ihm von Anbeginn, er blieb immer nur ein knechtisches Werkzeug des Staatsoberhauptes. Eine rein bureaukratische Versammlung kann im constitutionellen Staate niemals selbständig sein; sie kann, was politisch fast noch wichtiger ist, in den Augen der Nation niemals für selbständig gelten. Es ist ein Widersinn und ein Unrecht, daß ein von dem Staatsoberhaupte unbedingt abhängiges Haus Einspruch erheben darf wider die Beschlüsse der Wahlkammer; so erhält die Krone durch einen constitutionellen Taschenspielerstreich ein zweifaches Veto. Auch der italienische Senat, der Pairskammer der Orleans nachgebildet, hat sich zwar frei gehalten von der knechtischen Gesinnung

seines französischen Vorbildes, da das Beamtenthum Italiens noch einiger Unabhängigkeit genießt; rechte Lebenskraft zeigte er doch nie. Auch er erscheint als eine prunkende Grabstätte zur ehrenvollen Beisetzung lebendiger Leichen.

Unwidersprechlich erhellt aus diesen Irrgängen der romanischen Völker, daß einem rein bureaukratisch verwalteten Staate die Vorbedingungen des Zweikammersystems fehlen: seine regierende Klasse entbehrt der Selbständigkeit, die unabhängigen Elemente der Gesellschaft aber stehen außerhalb der Verwaltung, ermangeln der Macht und des politischen Ansehens. Wenn jene alten und jungen Greise, welche heute Frankreichs Geschick bestimmen, überhaupt fähig wären, aus dem Bannkreise abgestandener Doctrinen hinauszuschreiten und der lebendigen Gegenwart ins Gesicht zu schauen, so müßten sie wohl fühlen, daß dieser Staat keinen Boden bietet für das Kind der Laune des Herrn Thiers, für die ersehnte „Kammer des Widerstandes“. Was würde sich denn ergeben, wenn man dort eine Kammer der Höchstbesteuerten bildete, wie Herr v. Molinari in der Revue des deux mondes und die Verfassungskünstler des Dreißiger-Ausschusses vorschlagen? Ein ungeheures Geschrei der neidischen gleichheitslustigen Nation wider dies ruchlose Monopol des Geldbeutels, eine abermalige Erschütterung des Repräsentativsystems, ein mächtiges Anschwellen der socialistischen Wühlerei gegen das Eigenthum! Die landläufige Doctrin, welche alle Oberhäuser als conservative Mächte preist, schlägt offenkundigen Thatsachen ins Gesicht. In einem Staate wie Frankreich muß eine Erste Kammer zerstörend wirken, weil sie alle schlechten Leidenschaften des Volkes zum Kampfe wider das Bestehende reizt. In einem solchen Staate scheint nur noch ein Weg offen zu stehen, um mindestens die äußerlichen Vorzüge des Zweikammersystems — den Vortheil wiederholter Berathung, zweiseitiger Prüfung — zu retten. Der Staatsrath, der ja doch unter den hohen Staatskörpern Frankreichs die lebensfähigste Schöpfung bleibt, müßte erweitert werden und sein Gutachten abgeben über die Beschlüsse der Nationalversammlung, selbstverständlich nur mit berathender Stimme. Verstärkt durch die obersten Richter und andere hohe Beamte stünde diese Körperschaft doch etwas selbständiger als der napoleonische Senat. Ihr Votum würde als das Ergebniß unbestreitbarer Geschäftskenntniß schwer ins Gewicht fallen und vielleicht zuweilen eine Ausschreitung der Wahlkammer verhindern — sofern die constitutionelle Staatsform in dem Lande der Präfektenherrschaft überhaupt gedeihen kann.

Je tiefer man in den Gegenstand eindringt, um so fester erscheint der innere Zusammenhang zwischen der Selbstverwaltung und dem Zweikammersysteme. Die Frage, ob ein Staat im Stande sei, sich ein leben-

diges Oberhaus zu bilden, fällt fast zusammen mit der anderen: ob der Zustand seiner Verwaltung ihm erlaubt, die repräsentative Verfassung zu ertragen? Den Völkern angelsächsischen Blutes ist die Selbstverwaltung zur anderen Natur geworden; darum folgt ihnen auch das Zweikammersystem in alle Lande jenseits des Weltmeers, so sicher wie das Schwurgericht und das gemeine Recht. Als die Ansiedler des Territoriums Oregon im Jahre 1846 zusammentraten, um in der Wildniß einen Staat zu gründen, da war ihr erster Schritt die Erwählung von zwei Häusern. Die derben Pioniere wußten es gar nicht anders; die Macht der Gewohnheit, immer sehr mächtig in einem herrschenden Demos, wirkte zusammen mit dem gesunden Instinkt eines freien Volkes. Und in welchen Staaten des Continents hat das Zweikammersystem bisher sich am tüchtigsten bewährt? In Ungarn und in Holland. Dort ein hocharistokratisches Magnatenhaus, die Großwürdenträger und die vornehmsten Männer jenes Adels, der das Land regiert; denn die rohe und tumultuarische, aber höchst lebendige Selbstverwaltung der Comitate liegt in seinen Händen. Hier, in einem rein bürgerlichen Lande, Thorbecke's glückliche Schöpfung: eine Kammer der Höchstbesteuerten, hervorgegangen aus den Organen der Selbstverwaltung. Sie wird erwählt von den Provinzialstaaten, welche durch ihre Ausschüsse, die deputirten Staaten, die Verwaltungsgeschäfte des Landes besorgen.

In unserm Jahrhundert muß das Oberhaus auf die Dauer überall zurückbleiben hinter der Macht des Volkshauses. Die alte Theorie der checks and balances, die Lehre von dem Gleichgewichte der drei Factoren der Gesetzgebung, findet heute ebenso wenig Glauben mehr wie das nahe verwandte Traumgebilde des „gemischten Staats“. Irgendwo muß der Schwerpunkt der politischen Macht liegen. In Preußen liegt er auf Seiten der Krone. In zweiter Reihe steht bei uns das Haus der Abgeordneten, an dritter Stelle das Oberhaus. Man bilde die Erste Kammer wie man wolle, das Volk wird in ihr immer den Vertreter der Autorität, des Herkommens sehen, in der Wahlkammer den Verfechter der Freiheit. Das Herkommen wird geehrt, die Freiheit geliebt, und der moderne Mensch liebt lieber als er ehrt. Gegen solche Naturgesetze des Völkerlebens richten Doctrinen nichts aus. Die innerste Herzensmeinung der heutigen Mittelklassen hat schon ihr getreuer Vertreter Rotteck ausgesprochen in dem Satze: „die Erste Kammer ist die natürliche Feindin alles Fortschritts“ — das sagt bekanntlich: der Interessen des Mittelstandes. Neuerdings beruft sich diese volksthümliche Ansicht auch auf die mißverstandene deutsche Reichsverfassung; denn nach einer grundfalschen, aber weit verbreiteten Meinung soll in unserem Reiche das Einkammersystem bestehen.

Wie tief ist in dem Heimathlande des Parlamentarismus die Macht des Oberhauses gesunken während eines Menschenalters! Nicht von gestern erst stammt der Spott über die leere Feierlichkeit der Debatten des Oberhauses. Schon Lord Chatham sprach achselzuckend von diesem Decorationsstück (the tapestry) der glücklichen Verfassung; Englands große parlamentarische Kämpfe sind stets im Hause der Gemeinen ausgefochten worden. Doch in Wahrheit blieb die Macht der Lords bis tief in unser Jahrhundert hinein hochbedeutsam, nur daß sie einen großen Theil ihres Einflusses unmerklich ausübten durch Beherrschung der Volkswahlen und der Abstimmungen des Unterhauses. Erst die Reformbill von 1832 hat die Machtstellung des Oberhauses in ihren Grundlagen erschüttert, wie Fox und Canning lange zuvor geweissagt. Das Unterhaus nahm seitdem mehr und mehr den Charakter einer Volksvertretung an, glitt dem hohen Adel aus den Händen. Zugleich begann jene grundtiefe Umgestaltung der Verwaltung, die ihren Abschluß noch immer nicht erreicht hat; sobald die bureaukratischen Formen des Continents auf dem englischen Boden sich einbürgerten, war das Oberhaus nicht mehr im vollen Sinne die Vertretung der regierenden Klassen. Die Lords begannen in der öffentlichen Meinung als die Verfechter der Klasseninteressen des Großgrundbesitzes und der anglikanischen Kirche zu gelten. Das Oberhaus brauchte der Verstärkung durch beweglichere Elemente, welche dem jungen Leben des neuen Englands näher standen; aber beharrlich haben die Lords sich dieser Einsicht verschlossen. Sie weigerten sich, lebenslängliche Pairs in ihre Mitte aufzunehmen, als die Krone im Jahre 1856 einen solchen Versuch wagte und Earl Russel späterhin den Vorschlag erneuerte. Die beiden Häuser, vor Zeiten immer Eines Sinnes und nur selten über unwesentliche Fragen streitend, gehen heute in ihren Grundanschauungen auseinander. Das Oberhaus aber fühlt seine Schwäche; es unterwirft sich und wagt oft kaum zu unterhandeln. Der hochconservative Wellington sprach geradezu als Regel aus: die Lords müssen in jedem ernsten Streite den Gemeinen nachgeben, um schwerere Schläge von sich abzuwenden. Die neue Reformbill von 1867 ging im Oberhause ohne erheblichen Widerstand durch, obgleich Jedermann im Lande überzeugt war, daß kein einziger Lord das Gesetz aufrichtig billigte. So erscheint heute dies weiland so stolze Haus, die Mutter des Unterhauses, fast wie ein abgetakeltes ruhmvolles Kriegsschiff, im Schlepptau fortgezogen von dem raschen Dampfer der Gemeinen. Die Macht der Regierung liegt im Unterhause und in seinem Ausschusse, dem Cabinet. Wie gänzlich sich der Schwerpunkt der Staatsgewalten verschoben hat, das erhellt schon aus dem Sprachgebrauche, der immer die Wandlungen der Volksanschauung wiederspiegelt.

Heutzutage redet Jedermann unbefangen von the government of Mr. Gladstone; noch vor vierzig Jahren sprach man nur von dem Cabinet oder dem Ministerium, government bedeutete: die althistorische „Regierung durch König, Lords und Gemeine". Immer lauter ertönt aus den Reihen der täglich wachsenden radicalen Partei das naturalistische Schlagwort: „Wer nicht regiert, der wird regiert! Hinweg mit einem Herrenhause, das nur zu gehorchen vermag!" Selbst der gemäßigte W. Bagehot stellt den Lords ein beschämendes Armuthszeugniß aus, und Sir T. Sinclair nennt das Oberhaus kurzab „einen ewigen Hemmschuh". Nur doctrinäre Verblendung kann dies reißende Anschwellen der demokratischen Mächte verkennen. — Steht es aber also in dem classischen Lande der aristokratischen Sitten und der überlieferten Adelsmacht, so gebietet uns eine offenbare Nothwendigkeit, das preußische Oberhaus nicht auf eine erklügelte ständische Gliederung, noch auf verblaßte historische Erinnerungen zu stützen, sondern auf die Klassen, welche den Staat der Gegenwart regieren. —

Wer sind nun die regierenden Klassen in Preußen? Die Antwort kann nicht einfach sein, sonst würde die Frage nicht aufgeworfen werden. Wir besitzen weder den regierenden Adel Alt-Englands oder Ungarns, noch das alleinherrschende Beamtenthum der Franzosen, noch jene einfachen Zustände, welche in Holland gestatten, den größten Theil der Verwaltung durch Ausschüsse der Provinziallandtage zu führen. Das große Reformwerk, daran wir seit den Tagen Stein's und Hardenberg's arbeiten, zielt vielmehr darauf hinaus, dem königlichen Beamtenthum, dessen wir nicht entbehren können, Ehrenbeamte aus den besitzenden Klassen an die Seite zu stellen. Stein's Städteordnung begnügte sich, die städtische Verwaltung dem monarchischen Beamtenthum aus den Händen zu nehmen, sie stellte das Communalwesen fast unvermittelt neben und unter die Bureaukratie. Die neue Kreisordnung wagt einen großen Schritt weiter, sie will jenen Dualismus ganz beseitigen, sie rechnet auf das amtliche Zusammenwirken des königlichen Beamtenthums und der Organe der Selbstverwaltung. Auf der Versöhnung und Verschmelzung dieser Elemente ruht wesentlich die Zukunft unserer politischen Freiheit. Soll das Oberhaus den wirklichen Zuständen des Staats entsprechen, so müssen sowohl die Beamten als auch die Träger der Selbstverwaltung darin vertreten sein. Nach der Verfassung ist der König befugt, die Erste Kammer zu bilden. Dies Recht entspricht dem streng monarchischen Charakter unseres Staates; kein Grund liegt vor, daran zu ändern. Uns däucht, die Krone sollte in das neugestaltete Herrenhaus berufen: die Spitzen des Civil- und Militärbeamtenthums, verstärkt durch einige Vertrauensmänner des Königs; so-

dann eine Reihe erblicher Herren; endlich eine Anzahl Mitglieder, die von den großen Selbstverwaltungskörpern, den Provinziallandtagen, präsentirt würden. Ein also zusammengesetztes Oberhaus wäre wirklich eine Vertretung der regierenden Klassen Preußens. Allen Anforderungen klügelnder Doctrinen zu genügen, ist freilich auf diesem Gebiete ebenso wenig möglich, wie ein Wahlgesetz sich erfinnen läßt, das dem Staate jederzeit eine wirkliche Volksvertretung verbürgte.

Es bleibt ein schwerer, vielleicht der schwerste Uebelstand unseres Verfassungsstaates, daß das königliche Beamtenthum außerhalb der parlamentarischen Institutionen steht. Der Krone und ihren Beamten in Militär und Civil verdankt unser Staat zu allermeist seinen historischen Charakter; das Beamtenthum wird, auch wenn die junge Selbstverwaltung sich dereinst reicher entfaltet, immer einen wesentlichen Theil der Verwaltung wie der Rechtspflege in seiner Hand behalten. Emporgewachsen auf den Trümmern der altständischen Libertät steht diese mächtigste unserer regierenden Klassen den constitutionellen Formen noch immer zurückhaltend, ja mißtrauisch gegenüber; sie ist noch immer sehr geneigt, in parlamentarischen Verhandlungen nur das Gerede politischer Dilettanten oder den Uebermuth zuchtlosen Ungehorsams zu verachten. Der Eintritt einzelner Beamten in das Haus der Abgeordneten vermag diesen schweren Schaden nicht zu heilen. Es ist und bleibt ein Widerspruch, daß ein Untergebener der executiven Gewalt zugleich ein Vertreter des steuerzahlenden Volkes sein soll; mit der zunehmenden politischen Bildung und dem steigenden Wohlstande wird sich die Nation ohne Zweifel gewöhnen, seltener als bisher Beamte zu Abgeordneten zu wählen. Soll das Beamtenthum ernstlich mit dem Parlamentarismus sich versöhnen, so müssen seine vornehmsten Mitglieder selber von Amtswegen in den Landtag eintreten. Der Staatsrath, jener uralte große Rath der höchsten Beamten, der in allen mächtigen Monarchien die Jahrhunderte hindurch der Krone zur Seite gestanden hat, muß in parlamentarischen Formen erneuert werden.

Nur so kann Preußen parlamentarische Minister erhalten in dem Sinne, welchen die Natur unseres Staates zuläßt. Daß unsere Ministerien aus den Reihen der wechselnden Unterhausmehrheit hervorgehen sollten, wird kein Kenner des deutschen Parteiwesens wünschen; wer anders denkt, den belehren vielleicht dereinst ernste Erfahrungen. Wir brauchen ein Cabinet, das im Einverständniß mit dem Hause der Abgeordneten regiert; doch die Mehrzahl der Minister wird in der Regel dem Beamtenthum angehören, wenn nicht dieser Stand — allen Ueberlieferungen Preußens zuwider — allmählich herabsinken soll in die subalterne Stellung

der englischen Soldbeamten. Daß in Preußen eine erfolgreiche und verfassungstreue Regierung durch Beamtenminister geführt werden kann, lehrt die Erfahrung. Nur einen großen Mißstand führt dies System mit sich: viele der neu ernannten Minister sind beim Eintritt in das Cabinet lediglich bewährte Fachmänner, dem Landtage persönlich unbekannt, Neulinge in den Künsten parlamentarischer Debatte, ohne Ueberblick über das Ganze des Staatswesens. Diesem Mangel läßt sich vorbeugen, wenn die Spitzen des Beamtenthums zu den großen Aufgaben der Gesetzgebung herangezogen werden; dann erhält der Beamte die Gelegenheit, aus seinem Fache herauszugehen, den Zusammenhang der Zweige der Verwaltung kennen zu lernen; so kann er erproben, ob er außer technischer Tüchtigkeit auch staatsmännischen Blick besitze.

Niemand wird bestreiten, daß ein solcher parlamentarischer Staatsrath einen reichen Schatz gründlicher Sachkenntniß zu den Arbeiten der Gesetzgebung hinzubringen würde. Ebenso unzweifelhaft wäre sein Ansehen im Volke; der kleine Mann in Preußen ist noch immer gewohnt, in den Beamten die Regierenden zu achten. Auch der gute Ruf des preußischen Beamtenthums steht unantastbar aufrecht; die Reden des Abgeordneten Lasker wollten und konnten ihn nicht erschüttern. Die traurigen Untersuchungen, die uns bevorstehen, werden nur zu dem Ergebniß führen, daß einzelne schlechte Gesellen sich eingeschlichen haben in die Reihen eines unbescholtenen Standes. Uns ist kein Zweifel, die alte Rechtschaffenheit des preußischen Beamtenstandes wird auch den lockenden Versuchungen des modernen Speculationsfiebers Stand halten; es muß Preußens Stolz bleiben, Verirrungen, die man den Beamten aller andern Großmächte stillschweigend nachsieht, mit unerbittlicher Strenge zurückzuweisen. — Der Plan, den alten höchsten Rath der Krone in parlamentarischen Formen zu erneuern, liegt seit Jahren in der Luft; er kehrt in mannichfachen Wendungen immer wieder, so lange man in Preußen über Verfassungsfragen nachdenkt. Schon Hippel meinte, als er im Winter 1819 seine geistvolle Denkschrift über die preußische Verfassung schrieb: ein besonderer Staatsrath sei überflüssig neben einer richtig gebildeten Ersten Kammer, denn „diese soll Alles das leisten, was von jenem gefordert wird“.

Doch wie soll ein parlamentarischer Staatsrath im Stande sein einen freien Willen den Ministern gegenüber zu behaupten? Historische Erfahrungen liegen auf deutschem Boden nicht vor; ein ganz ehrlicher Versuch in dieser Richtung ist überhaupt noch nirgends gewagt worden. Die ausgezeichneten Leistungen des deutschen Bundesraths beweisen nichts. Der Bundesrath erscheint als ein Staatsrath nur so lange er über technische Detailfragen beräth oder die ihm übertragenen Funktionen der executiven

Gewalt ausübt; dann kommt die persönliche Sachkenntniß und Erfahrung der trefflichen Beamten, die ihm angehören, seinen Verhandlungen zu gute. Aber sobald er über ein Reichsgesetz abstimmt, ist er ein Staatenhaus oder richtiger ein Gesandtenkongreß. Nicht die persönliche Ueberzeugung seiner Mitglieder, sondern der Regierungswille der Bundesstaaten wird in den abgegebenen Stimmen ausgesprochen; und selbst die Krone von Lippe-Detmold steht noch weit unabhängiger neben dem Reiche als ein Beamter neben seinem Minister. Einen so rücksichtslosen ja tadelsüchtigen Freimuth, wie er die Verhandlungen des alten Staatsraths unter König Friedrich Wilhelm III. auszeichnete, dürfen wir von den Staatsdienern der Gegenwart auch nicht mehr verlangen. Der Absolutismus kann seinen Beamten größere Selbständigkeit einräumen als die konstitutionelle Krone. Ueberdies verhandelte der Staatsrath von 1817 in geheimen Sitzungen; das Volk erfuhr nichts von den Parteikämpfen des Beamtenthums.

Allein stehend wäre ein Rath der höchsten Staatsdiener heute offenbar nicht in der Lage ein unbefangenes Urtheil abzugeben in einem Streite zwischen den Ministern und dem Unterhause. Wird er aber verstärkt durch wirthschaftlich unabhängige Elemente, so steht von der oft erprobten Charakterfestigkeit des preußischen Beamtenthums doch zu erwarten, daß ein solches Oberhaus weder durch die schimpfliche Unterthänigkeit napoleonischer Senatoren sich entwürdigen, noch durch gehässige Parteiung den festen Gang des Staatsdienstes gefährden wird. Rechte und Pflichten des Amtes sind von uns Deutschen immer in einem freieren, männlicheren Sinne aufgefaßt worden, als von den Romanen. Niemals hat es der Krone der Hohenzollern an Staatsdienern gefehlt, welche treuen Gehorsam mit aufrechtem Wahrheitsmuthe verbanden. Man überblicke die ehrenreichen Erinnerungen dieses Standes: von jenen Generalen an, die sich weigerten das Todesurtheil über den Kronprinzen Friedrich zu sprechen, bis herab zu den alt-liberalen Beamten, zu jenen Kühne und Wentzel, welche, ungeschreckt durch das kleinlich boshafte Parteiregiment des Ministeriums Manteuffel als Seiner Majestät allergetreueste Landtagsopposition den Bestand der Verfassung einst gerettet haben. Giebt uns eine solche Geschichte nicht das Recht zu hoffen, daß unsere obersten Staatsdiener, von der Krone selbst zu gesetzgeberischer Thätigkeit berufen und verstärkt durch unabhängige Männer der höchsten Stände, nach Pflicht und Gewissen ihre Meinung sagen werden? Wer glaubt im Ernst, daß aus dem Kreise der höchsten Beamten Preußens blos die Stimme eines einzigen Marschalls Mac Mahon sich erheben würde um einem napoleonischen Sicherheitsgesetze zu widersprechen? Das übertriebene Mißtrauen gegen

die Beamten ist eine der Kinderkrankheiten des deutschen Liberalismus, ein Erbstück aus den Tagen des Polizeistaats. Wir besitzen keinen Stand, welcher die höchste Geschäftserfahrung mit voller wirthschaftlicher Unabhängigkeit in sich vereinigte; darum muß unser Oberhaus gebildet werden aus verschiedenen Elementen, die einander wechselseitig ergänzen.

Um der Willkür vorzubeugen und das Haus nicht mit einer Ueberzahl verlebter Pensionäre zu belasten, erscheint es rathsam, daß der Sitz im Oberhause durch das Gesetz an bestimmte Aemter geknüpft werde und mit dem Amte verloren gehe. Das unabweisbare Interesse des Dienstes wird dann der Regierung sehr erschweren, die Beamtenmitglieder des Oberhauses allein aus den Reihen ihrer Parteigenossen zu wählen. Unmöglich wäre zum mindesten jene grundsätzlich parteiische Weise der Paircreirung, wie sie in England früher bestand. Dort wurden im achtzehnten Jahrhundert nur Whigs, dann nach dem Sturze dieser Partei nur Torys mit neuen Pairien begnadigt. Ein Platz in dem parlamentarischen Staatsrathe gebührt den Ministern und Ministerialdirektoren, den Chefs der großen den Ministern untergeordneten Centralbehörden, den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, den Vorsitzenden der obersten Gerichtshöfe. Desgleichen den Feldmarschällen und commandirenden Generalen; sie gehören doch sicherlich zu den regierenden Klassen dieses waffengewaltigen Staates. Das absolute Königthum gab den Führern des Heeres, wie billig, Sitz und Stimme in dem alten Staatsrathe, der heute noch dem Namen nach fortbesteht. Erst in den Jahren der Reaction, als der alte Beamtenstand sich der neuen Verfassungsformen zu erwehren suchte, ist die willkürliche, unhistorische Ansicht entstanden, daß die Armee einen Staat im Staate bilde — ein gefährlicher Irrthum, welchem in dem Lande der allgemeinen Wehrpflicht jeder Boden fehlt. Die alte Mannszucht des Heeres hat von der bewährten Treue unserer Generale gewiß nichts zu befürchten. Für die Zukunft der Verfassung aber wäre eine neue Bürgschaft gewonnen, wenn es gelänge die Armee mit den konstitutionellen Formen zu befreunden. Wohl wächst uns allmählich ein neues Geschlecht von Offizieren heran, das den neuen Zuständen näher steht; doch ist des altüberlieferten Grolles noch genug vorhanden. Die Führer des Heeres sollen in ernster politischer Arbeit sich gewöhnen die Einseitigkeit fachmännischen Urtheils zu überwinden, die Armee in ihrer Abhängigkeit von den bürgerlichen Institutionen zu verstehen und die herkömmliche Geringschätzung der Civilisten abzuschleifen.

Die „vier großen Landesämter im Königreich Preußen“ sind leere Titel und gehören nicht in eine Versammlung der wirklich thätigen ober-

sten Beamten des Staats. Auch das Kronsyndicat scheint reif zum Untergange. Von einer erheblichen Wirksamkeit dieser verunglückten Nachbildung der englischen Law-officers of the Crown weiß Preußens Geschichte nichts zu erzählen. Die gegenwärtigen Kronsyndici können ja als lebenslängliche Mitglieder im Hause verbleiben. Denn unzweifelhaft muß die Krone das Recht behalten verdiente Männer auf Lebenszeit in das Oberhaus zu berufen: nur sollte diese Befugniß für die Zukunft auf eine bestimmte Personenzahl beschränkt werden, damit nicht die erblichen und die präsentirten Mitglieder des Hauses allzu weit in den Hintergrund geschoben werden. Daß die durch das Vertrauen des Königs in das gegenwärtige Herrenhaus Berufenen ihren Sitz nicht verlieren können, bedarf kaum der Begründung. An einem Königsworte soll man nicht deuteln; und welche rohe Beleidigung für die jüngst in das Haus Berufenen, wenn man sie blos ernannt hätte um sie sogleich wieder hinauszuwerfen!

Ich verweile nicht bei den mannichfaltigen Aussichten und Plänen, welche sich an diese Neubildung anschließen. Schon unter der absoluten Krone hat die übermächtige Stellung der Minister schwere und wohl berechtigte Bedenken hervorgerufen. Wie oft schlugen Humboldt, Vincke, Schön, Klewitz in ihren Denkschriften vor, dieser Uebermacht ein Gegengewicht zu geben, sei es durch Provinzialminister, sei es durch die Wiederherstellung des alten Generaldirectoriums oder durch die Verstärkung des Staatsraths, der nach Stein's ursprünglichen Plänen das eigentliche Haupt der Verwaltung sein sollte. Seit wir die Verfassung besitzen und die Minister eine ganz unbefangene Stellung über den Parteien nicht mehr behaupten können, ist das alte Leiden nur noch schmerzlicher geworden. Dürfen wir wirklich von unserem Rechtsstaate reden, wenn Verordnungen wie die trefflichen Schulregulative des Ministers Falk, die in das Leben ganzer Generationen tiefer einschneiden als manches Gesetz, durch Einen Mann erlassen und — vielleicht durch seinen Nachfolger wieder aufgehoben werden? Der Gedanke liegt nahe, den parlamentarischen Staatsrath in permanente Abtheilungen zu gliedern und diesen oder auch dem Plenum die Vorberathung wichtiger Gesetze und Verordnungen zu übertragen. Sind die Spitzen des Beamtenthums nur erst ihrer Vereinzelung enthoben und an gemeinsame Arbeit gewöhnt, so wird sich bald zeigen, daß Preußen in diesem Staatsrathe ein Organ besitzt, wohl befähigt über alles befragt zu werden, was die Grenzen eines einzelnen Departements überschreitet, wohlgeeignet der Krone nach Napoleons Wort als ihre pensée en délibération zu dienen. In einem ehrlich konstitutionellen Staate kann der Staatsrath allerdings nicht eine so herrische Rolle spielen, wie in Frankreich; doch ist nicht unmöglich, daß dereinst in diesem Collegium die allgemeinen Normen

für die Verwaltung festgestellt werden, daß der Staatsrath befragt wird über die Absetzung von königlichen, über die Bestätigung von Selbstverwaltungsbeamten u. s. w. Indeß alle diese Fragen scheinen noch nicht spruchreif; sie sind fest verflochten mit dem großen Werke der Verwaltungsreform, in dem wir noch mitteninne stehen. Vor der Hand genügt es, wenn die Spitzen des Beamtenthums theilnehmen an den Arbeiten der Gesetzgebung und also ein neues Band hergestellt wird zwischen der Verfassung und der Verwaltung.

Zu diesem Staatsrathe der höchsten Beamten sollen, wie uns däucht, die erblichen Mitglieder des gegenwärtigen Herrenhauses hinzutreten. Der alte Geheime Rath deutscher Landesherren bestand aus Beamten und aus geborenen Räthen. In einem freien Sinne umgestaltet läßt sich diese Einrichtung auch in dem konstitutionellen Königthum aufrecht erhalten. Jeder Staat, der nicht völlig der Herrschaft demokratischer Grundsätze anheimgefallen, fühlt die Nothwendigkeit die vornehmsten Glieder der Gesellschaft zu der Arbeit der Gesetzgebung zu berufen, damit sie selber der Ordnung des Staats sich willig einfügen, und damit das Gesetz durch ihre Mitwirkung erhöhtes Ansehen empfange. Mag der doktrinäre Gleichheitsdrang der Gegenwart sich noch so heftig wider das Eingeständniß sträuben: die erblichen Herren des Herrenhauses sind eine lebendige Aristokratie, schwach an Zahl freilich, doch von befestigtem Ansehen und gesicherter Unabhängigkeit, sehr einflußreich in weiten Landestheilen. Noch ist in Sigmaringen die alte Anhänglichkeit an das Haus der vormaligen Regenten keineswegs verschwunden; ein Graf zu Stolberg behauptet in seinen Harzgrafschaften eine ganz andere Machtstellung als etwa ein Bankherr von gleichem Vermögen. Auf dieser dem Rationalismus so unbegreiflichen und doch so unbestreitbaren Macht des überlieferten Ansehens ruht die tiefe Verwandtschaft zwischen dem Königthum und der Aristokratie. Die Kreisordnung weist den größeren Grundbesitzern einen wesentlichen Antheil an der Verwaltung des flachen Landes zu; sie gestattet aus großen zusammenhängenden Gütercomplexen selbständige Amtsbezirke zu bilden und behält für die Gebiete einiger Standesherren besondere Bestimmungen vor. Unsere Verwaltungsreform kann Staaten im Staate nicht mehr dulden; noch manches unhaltbare Vorrecht, das die Krone einst in einer Zeit der Schwäche den Standesherren schenkte, wird zusammenbrechen. Aber eine mächtige Stellung in der Selbstverwaltung, ein Stimmrecht auf den Provinziallandtagen soll ihnen bleiben und, dem entsprechend, auch ein Sitz im höchsten Rath der Krone. Ein rechtlicher Anspruch auf einen solchen Sitz steht den Mediatisirten freilich nicht zu. Jener berufene Artikel 14 der deutschen Bundesakte, der den Reichsunmittelbaren die

Rechte „der ersten Standesherren, der privilegirtesten Klasse“ einräumte, ruhte nicht auf einem Vertrage mit den Begünstigten, er ist hinfällig geworden mit der Bundesakte selber. Wohl aber sprechen überwiegende Gründe der Billigkeit für die Berufung der Mediatisirten in das Oberhaus. In allen deutschen Verfassungen seit 1815 wurde die Landstandschaft der Reichsunmittelbaren regelmäßig als ein Ersatz für die verlorene Reichsstandschaft angesehen. Dem mächtigen Staate, der das neue Reich gegründet, ziemt es am allerwenigsten, ungroßmüthig zu verfahren gegen jene Dynastien, welche durch die Auflösung des alten Reichs so schwer gelitten haben. Ihm ziemt es, diesen Fürsten, die einst als Landesherren ein politischer Adel im stolzesten Sinne waren, mindestens die Befugnisse eines parlamentarischen Adels einzuräumen. Ist es denn so ganz undenkbar, daß dereinst noch andere deutsche Fürstenhäuser auf ihre Regierungsrechte verzichten?

Die Grenze zwischen der Aristokratie der Grundherren und der Masse des Kleinadels läßt sich nicht mit mathematischer Sicherheit feststellen. Manche Fürsten und Grafen Schlesiens stehen in allen ihren Lebensverhältnissen den 21 Geschlechtern des deutschen hohen Adels, welche der preußischen Monarchie angehören, völlig gleich, nur daß ihr Land nicht zum Heiligen Reiche gezählt wurde; auch alte Familien von einfachem Adelstitel ragen durch Macht und Reichthum hoch über den Durchschnitt der Standesgenossen heraus. Im Wesentlichen hat die Verordnung vom 12. Oktober 1854 hier das Rechte getroffen: die Herrencurie des Vereinigten Landtags, die in den erblichen Mitgliedern des Herrenhauses wieder aufgelebt ist, umfaßt beinahe durchweg Geschlechter von unbestreitbarem Ansehen. Man weiß, wie unfreundlich die Herrencurie einst von der öffentlichen Meinung begrüßt wurde, und wie glänzend sie durch ihre wahrhaft vornehme Haltung dies Mißtrauen der liberalen Welt widerlegt hat. Es scheint wünschenswerth, die Zahl dieser erblichen Herren durch einige neue Creirungen, namentlich aus den neuen Provinzen zu verstärken. Selbstverständlich nicht nach irgendwelchem Census, da der Reichthum allein keinen Anspruch giebt auf die erbliche Pairie, sondern nach dem freien Ermessen des Königs. Das eigene Interesse der Krone gebietet, diese zweischneidige Befugniß nicht im Uebermaß anzuwenden. So ergäbe sich eine Gesammtzahl von etwa 80 erblichen Herren — eine sehr bescheidene Schaar neben den 385 erblichen Lords des englischen Oberhauses, und eben deshalb den Zuständen der demokratischen deutschen Gesellschaft angemessen.

Es hat dem Ansehen des Herrenhauses schwer geschadet, daß die Krone niemals Gebrauch machte von ihrem Rechte die volljährigen könig-

lichen Prinzen in das Haus zu berufen. Anfangs haben vermuthlich persönliche Rücksichten diese Unterlassung verschuldet; der König wollte dem Prinzen von Preußen, als einem offenen Gegner des Ministeriums Manteuffel, eine schiefe Stellung ersparen. Nachher verbot die Würde des Königshauses, die Prinzen theilnehmen zu lassen an einer so gesunkenen Körperschaft. In dem neugestalteten Oberhause dürfen sie nicht fehlen. Im Rathe der Krone zu sitzen soll auch den ersten Unterthanen des Königs als eine Ehre gelten. Der vornehme Müßiggang englischer Prinzen widerspricht dem schönen Brauche der Hohenzollern. Der preußische Staat ist gewohnt, auf den guten Degen seiner Prinzen zu zählen; er soll ihnen auch eine Stätte friedlicher politischer Thätigkeit eröffnen, wo sie den Parlamentarismus kennen und manches militärische Vorurtheil aufgeben lernen. Sind sie doch bereits Mitglieder des alten Staatsraths. Von einer Gefährdung der Eintracht und Ordnung im königlichen Hause kann nicht ernstlich die Rede sein. Das feste Pflichtgefühl der Hohenzollern hat schwere Familienzerwürfnisse selten aufkommen lassen; das weitgehende Oberaufsichtsrecht des Königs gewährt ihm die Mittel, jeder Ungebühr in seinem Hause vorzubeugen. Und liegt es denn nicht auf der Hand, daß ein frondirender Prinz durch geheime Palastintriguen weit mehr Unheil stiften kann, als durch eine parlamentarische Opposition, die sich vor der Welt behaupten und rechtfertigen muß? In den deutschen Mittelstaaten hat die Theilnahme der Prinzen an den Verhandlungen der Ersten Kammer niemals ernsten Anstoß erregt; zuweilen ist dadurch das Band zwischen der Dynastie und dem Lande sogar befestigt worden, so im Königreich Sachsen.

Treten die Mitglieder des königlichen Hauses in das neue Oberhaus ein, so kann dies gute Beispiel vielleicht dazu beitragen, die mediatisirten Herren ihrer Gleichgiltigkeit zu entwöhnen. Gewiß, dieser hohe Adel ist seit seiner Entthronung dem Vaterlande nicht gewesen was er sein sollte. Er war der Nation lästig durch unablässige Beschwerden und Klagen um gehässige Exemtionen und Privilegien; er zeigte sich lau bei unserem politischen Tagewerke und trug nur allzu oft hochmüthig jenen altösterreichischen Cavaliergeist zur Schau, der alle Staatsgeschäfte als Sache der Dienerschaft verachtet. Aber erwäge man auch billig, wie schändlich die Reichsunmittelbaren einst mißhandelt wurden durch jene Könige von Napoleons Gnaden, die soeben noch Ihresgleichen gewesen! Wie oft sie noch in späteren Zeiten zu kämpfen hatten, mit dem kleinlichen Dünkel, der pedantischen Formenseligkeit der Bureaukratie! Und wo war denn in dem alten Deutschland eine würdige Bühne für einen politischen hohen Adel? Darf man sich verwundern, wenn diese großen Geschlechter an den welt-

umspannenden Arbeiten der großherzoglich hessen-darmstädtischen oder der königlich württembergischen Pairie wenig Freude fanden? War es nicht vielmehr ein Fehler, daß sie eine solche armselige Stellung überhaupt angenommen haben? In den großen Verhältnissen des neuen Reiches und des erstarkten preußischen Staates, der gegen die Mediatisirten niemals kleinlich war, bieten sich doch ernste politische Pflichten, bedeutsam genug um den Ehrgeiz auch eines stolzen Fürstenstandes zu reizen. Der Glanz des kaiserlichen Namens wird mit der Zeit manchen reichsunmittelbaren Herrn, der jetzt noch grimmig zur Seite steht, zu dem neuen Deutschland zurückführen; helfen doch heute schon einige der edelsten altfürstlichen Häuser redlich mit bei der politischen Arbeit des Reiches. Sind die verwickelten Verhältnisse der vormals reichsunmittelbaren Gebiete erst neu geordnet durch verständige Gesetze und der modernen Verwaltungsordnung eingefügt, so werden die Mediatisirten vielleicht doch einem Oberhause sich nicht versagen, das nicht mehr unter der Herrschaft des Kleinadels stände. Kein Adel der Welt, der nicht einmal eine Epoche der Schwäche ja der Entwürdigung erlebt und überwunden hätte. Wie kläglich unterwürfig stand das englische Oberhaus da in den Tagen der Tudors, und wie stolz hob es wieder sein Haupt während der großen Kämpfe des siebzehnten Jahrhunderts! Unser Staat darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß sein hoher Adel dem politischen Leben der Nation nicht für immer entfremdet bleiben werde. Sehr stark ist in diesem Lande der Mittelstände die Abneigung gegen jede erbliche Pairie; das zeigen die Verhandlungen der Ersten Kammer von 1849, das lehrt noch heute fast jedes Zeitungsblatt. Entschließen sich die großen Grundherren, thätiger als bisher mitzuwirken an den Geschäften des Staates, so kann die Stimmung der Nation ihnen gleichwohl wieder günstiger werden. Die Nation bedarf einer geachteten Aristokratie als eines Gegengewichts gegen die Macht des Geldes.

Das Vermögen des großen Grundadels hat einen schweren Stand in diesem Zeitalter der Geldherrschaft. Selbst der ungeheure Reichthum englischer Lords vermag solchen Gefahren nicht immer zu widerstehen. Viele Pairs von Großbritannien — weit mehr als man auf dem Festlande gemeinhin annimmt — bleiben ihrer Schulden halber der Hauptstadt fern. Der Trieb des Erwerbes pflegt in aristokratischen Kreisen weder stark noch glücklich zu sein. Adliche Sorglosigkeit zerrüttet leicht auch glänzende Vermögen, und die allerneueste Sitte, durch kühne Gründungen nachzuhelfen, ist nicht nur unwürdig, sondern auch unfruchtbar, wie jeder Dilettantismus. Soll nun das Gesetz anordnen, daß der erbliche Sitz im Oberhause bei gänzlich zerfallenem Vermögen verloren gehe? Eine ähnliche Bestimmung galt in England noch im vorigen Jahrhundert. Ich meine,

diese Frage kann man getrost der Zukunft überlassen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden unsere Söhne und Enkel schwerlich geneigt sein, heruntergekommenen Fürsten und Herren unmäßige Schonung zu erweisen.

Neben diesen beiden Gruppen ständiger Mitglieder bedarf die Erste Kammer noch eines von Zeit zu Zeit wechselnden Bestandtheils. Es klingt widersinnig, ein bewegliches Element in einem Oberhause zu fordern; und doch führen die deutschen Zustände nothwendig zu diesem Verlangen. Der demokratische Charakter der deutschen Gesellschaft verbietet eine rein aristokratische Selbstverwaltung; wir haben nicht lebenslängliche Lordlieutenants und Friedensrichter, sondern auf Zeit gewählte oder präsentirte Kreisausschüsse, Amtsvorsteher, Bürgermeister u. s. f. Soll das Oberhaus die regierenden Klassen Preußens vertreten, so muß ein Theil seiner Mitglieder durch die großen Körperschaften der Selbstverwaltung dem Könige präsentirt werden. Wenn jeder der elf Provinziallandtage aller sechs Jahre der Krone etwa acht bis zehn Mitglieder vorschlüge, so wäre damit zugleich die Macht, welche dem berechtigten Particularismus in Deutschland zukommt, anerkannt und das Geschrei föderalistischer Thoren wider die Centralisation des Einheitsstaats abermals widerlegt. Dieser Vorschlag setzt freilich eine neue Provinzialordnung voraus: erweiterte Competenz und gerechtere Zusammensetzung der Provinzialstände. Werden die neuen Provinziallandtage nach eben so billigen Grundsätzen gebildet wie die neuen Kreistage, so ist ein Census für die Wählbarkeit überflüssig und nur die eine Vorschrift nothwendig, daß die Präsentirten während einer Reihe von Jahren der Provinz angehört haben müssen. So viel Einsicht darf man einem preußischen Provinziallandtage billig zutrauen, daß er, aufgefordert acht Männer seines Vertrauens für den höchsten Rath der Krone vorzuschlagen, nur solche bezeichnen wird, die in dem Leben der Provinz, vornehmlich in den Geschäften ihrer Selbstverwaltung, eine bedeutende Stellung einnehmen. Viele der Präsentirten werden sicherlich den Provinzialständen selber angehören; die Mehrzahl dem Großgrundbesitze, der auf den Landtagen der Provinzen von Rechtswegen viel gelten muß; wohl Alle den höheren Ständen, zumal da die Mitglieder des Oberhauses selbstverständlich keine Diäten empfangen dürfen. Je nach den socialen Verhältnissen der Provinzen wird ein größerer oder geringerer Theil der Vorgeschlagenen aus den Reihen des Grundbesitzes, des Großgewerbes u. s. f. hervorgehen; wie wäre es denkbar, daß der rheinische, der westphälische Landtag gar keinen Industriellen präsentirte? Sollte, was sehr unwahrscheinlich, ein Provinziallandtag gänzlich der Herrschaft einer socialen Klasse verfallen, so steht der Krone frei einzelne Namen zurückzuweisen. Ein besserer

Weg um die in den Provinzen angesehenen, mächtigen Männer aufzufinden, läßt sich schwerlich erfinnen, das zeigt Hollands Beispiel; das Mittel ist jedenfalls sicherer als eine unmittelbare Ernennung durch die Krone. Nur wenn die Reform des Herrenhauses vor der Neugestaltung der Provinzialstände erfolgen sollte, nur dann wäre es nöthig den altständischen Anschauungen dieser verbildeten Körperschaften einen Zaum anzulegen und durch das Gesetz zu befehlen, wie viele der Präsentirten aus den Klassen der Grundbesitzer u. s. f. erwählt werden müssen. Das bleibt immerhin ein schlechter Nothbehelf; denn in dem Oberhause sollen nicht einzelne sociale Interessen vertreten werden, sondern die Träger der Selbstverwaltung, die regierenden Klassen als ein Ganzes.

In einem also umgestalteten Landtage findet der niedere Adel eine vierfache Vertretung. Er wird nach der alten wohlberechtigten preußischen Ueberlieferung unter den höchsten Beamten und Officieren stets viele Standesgenossen zählen; mehrere der erblichen Herren gehören ihm an; unter den Präsentirten müssen unfehlbar zahlreiche Landedelleute sich befinden; endlich steht ihm jederzeit eine Reihe von Plätzen des Abgeordnetenhauses zu Gebote. Dazu die neue Kreisordnung, die dem Großgrundbesitze auf jedem Kreistage ebenso viel Stimmen giebt wie den gesammten kleinen Grundbesitzern. Ist das nicht genug für einen Stand, der durch die Vererbung des Adelstitels auf alle Söhne wie durch die Zersplitterung seines Besitzes jede Möglichkeit verloren hat mit der Nobility Englands zu wetteifern? Die Beseitigung der Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes muß der realen Macht des Landadels ebenso gewiß Vortheil bringen wie die Aufhebung der ritterschaftlichen Virilstimmen auf den Kreistagen. Wie die neuen Kreistage mächtiger sein werden als die alten, so werden auch jene Grundherren, welche ihren Sitz im Oberhause dem Vertrauen ihrer Provinz verdanken, weit mehr im Lande gelten und selbst in den Augen der erblichen Herren höher stehen als heute die Vertreter eines kleinen, unbillig bevorzugten Standes. Der Großgrundbesitz soll durch erhöhten politischen Einfluß einen Ersatz empfangen für die schweren Lasten, welche die Verwaltungsreform seiner Arbeitskraft wie seiner Steuerkraft auflegt. — Auch die Geldmacht hat schwerlich Grund über ein solches Zweikammersystem sich zu beklagen. Im Abgeordnetenhause werden Großindustrie und Handel stets eine starke Vertretung finden; im Oberhause gebührt ihnen nur ein bescheidener Raum, weil sie von den Lasten der Selbstverwaltung unverhältnißmäßig weniger tragen als der Großgrundbesitz.

Durch das Präsentationsrecht der Provinzialstände wird nicht nur die Vertretung des alten und befestigten Grundbesitzes sowie der Grafen-

und Familienverbände hinfällig, sondern auch folgerichtig die Vertretung der Städte. Höchstens einige der allergrößten Communen, die auf den Provinziallandtagen nicht nach ihrer vollen Bedeutung vertreten sind, können vielleicht eine besondere Repräsentation beanspruchen, aus ähnlichen Gründen wie die vornehmsten Grundherren. Dagegen bietet das Oberhaus schlechterdings keinen Raum für die Universitäten. Die Vertretung der Hochschulen zählt zu jenen Trümmerstücken des alten deutschen Ständewesens, welchen späterhin die constitutionelle Doctrin einen völlig neuen Sinn untergeschoben hat. Die alte Landstandschaft privilegirter, mit reichem Grundbesitz ausgestatteter Corporationen sollte im constitutionellen Staate wieder aufleben als eine „Vertretung der Interessen der Wissenschaft". Die Theorie der Interessenvertretung ist aber rein unhaltbar; sie führt zu dem spielenden Versuche, auch die Kunstanstalten, die Kirchen, die Schullehrer, die Aerzte und Advokaten mit dem Rechte der Repräsentation auszustatten — und am letzten Ende zur Negation des Staates. Die Zeit ist vorüber, da die Hochschulen fast die einzige dem ganzen Vaterlande gemeinsame Institution, die wichtigste Pflegestätte des nationalen Gedankens waren. Seit der nationale Staat besteht, ist ihre unmittelbar politische Wirksamkeit gesunken, ihre Bedeutung für das ideale Leben der Nation gestiegen. Sie bilden in diesem erwerbenden Geschlechte den letzten und besten Schutzwall gegen die hereinbrechenden Fluthen des Materialismus. Wer die Universitäten hochhält und ihr ideales Schaffen dankbar würdigt, der stelle ihnen nicht fremdartige Aufgaben, denen sie nicht gewachsen sind. Sie haben keinen Theil an der Verwaltung des Staates und folglich keinen Anspruch auf einen Sitz unter den Vertretern der regierenden Klassen. Warum ein Privilegium allein für die Professoren? Betrachtet man die akademischen Lehrer als die Aristokratie des Lehrerstandes und vergleicht sie billigerweise nur mit den bedeutendsten Männern des Beamtenthums, des Grundbesitzes, des Gewerb- und Handelsstandes, so ergiebt sich unzweifelhaft, daß die politischen Köpfe unter den Professoren seltener sind als in jedem anderen Berufe. Die Thatsache erklärt sich einfach aus der akademischen Lebensweise. Die Universitäten haben manches politische Talent in die deutschen Oberhäuser gesendet, zumal wenn sie das Recht hatten, ihre Vertreter auch außerhalb der Corporation zu suchen. Doch ebenso oft wurden ihre Wahlen durch ganz unpolitische Rücksichten bestimmt. Bald hinderten persönliche Reibungen die Erwählung des tüchtigsten Candidaten, denn Höfe, Theater und akademische Senate bleiben allezeit die Lieblingsstätten sanfter Katzbalgerei; bald wollte man einen beliebten Collegen „halten" oder für die Ablehnung eines Rufes belohnen, oder endlich man wählte den würdigen akademischen

Invaliden, welchen das Katheder am leichtesten entbehren konnte. Nein, lassen wir die Hochschulen ihrem idealen Berufe. Einzelne Gelehrte von entschiedener politischer Begabung finden genugsam Platz im Hause der Abgeordneten oder unter den lebenslänglichen Mitgliedern der Ersten Kammer.

Ein solches Oberhaus wird unzweifelhaft seltener als das heutige Herrenhaus mit den Abgeordneten in Kampf gerathen. Die von den Provinziallandtagen Präsentirten bilden eine natürliche Brücke zwischen beiden Kammern. Durch die Präsentation kommt alle sechs Jahre frisches Blut in das Oberhaus wie in die Aemter der neuen Selbstverwaltung. Die Krone aber erhält ein in der Verfassung anerkanntes Recht zurück, das heute ruht: das Recht, die Erste Kammer aufzulösen. Sie kann, indem sie die Provinziallandtage zu erneuerter Präsentation auffordert, Streitigkeiten zwischen den drei Factoren beilegen, ohne zu dem brutalen Mittel des Pairschubs zu greifen. Sie wird aber auch jenes mildere Mittel nur selten anwenden, schon weil sie selber die Präsentirten berufen hat. — Der prunkende Name „Herrenhaus" paßt nicht für diese Versammlung; ihre Mitglieder werden nicht mehr den Spott der bösen Welt erregen, wenn sie nicht mehr mit den Ansprüchen eines Herrenstandes auftreten. Auch in seiner Geschäftsordnung soll der „Reichsrath" — oder wie sonst man das Oberhaus nennen mag — die Formen eines parlamentarischen Staatsraths zeigen: kein erwählter Präsident, sondern ein hoher Würdenträger, dem die Krone den Vorsitz überträgt; keine Gruppirung nach Fractionen u. s. w. Das Plenum würde gegen 250 Köpfe umfassen — eine nicht übermäßige Zahl, da kein Oberhaus der Welt ganz regelmäßig besucht wird; selbst für weitere Fortschritte der praktischen deutschen Einheit bliebe noch Raum.

Diese Erste Kammer scheint sehr bunt und vielgestaltig, sie giebt eben deshalb ein ziemlich treues Bild von jenen Klassen, welche unseren Staat regieren und lernen sollen sich in einander zu finden. Und sie werden es lernen in der Schule gemeinsamer Arbeit für den Staat: ein festes, aus rüstiger politischer Thätigkeit entspringendes Gemeingefühl der regierenden Klassen ist die stärkste Waffe gegen die Schrecknisse der „socialen Frage". Wenn die neue Selbstverwaltung dereinst feste Wurzeln geschlagen hat im Lande, wenn Beamte und besitzende Klassen sich gewöhnt haben zusammenzuwirken in den Geschäften der Verwaltung, dann kann auch ein aus den Spitzen dieser Stände gebildetes Oberhaus nicht mehr als ein Gemisch fremdartiger Elemente erscheinen. Das vielverrufene Junkerthum wird vermuthlich, sobald die Entscheidung gefallen ist, an das neugestaltete Herrenhaus sich ebenso bereitwillig gewöhnen, wie an die neue Kreis-

ordnung. Was man auch schelten möge — dieser Adel war immer königstreu, Mann für Mann bis zu den heftigsten Heißspornen, den alten Marwitz keineswegs ausgeschlossen; sein Wahlspruch ist: Ich dien'! Die Krone hat ihn einst für das Heer und das Beamtenthum erzogen, sie wird ihn auch für Parlament und Selbstverwaltung erziehen. Die neuesten großen Umwandelungen im Schooße der konservativen Partei bleiben doch ein Zeichen seltener Bildungsfähigkeit, und wie groß ist schon jetzt die Zahl der aufrichtig liberalen Edelleute! Preußens niederer Adel kämpfte oftmals trotzig an gegen die schöpferischen Gedanken seiner Könige; die vollzogenen Neuerungen hat er immer anerkannt und zu benutzen verstanden. —

Darf ein Reformplan solchen Inhalts auf eine Mehrheit in den beiden Häusern hoffen? Er bietet Blößen für unzählige Einwürfe; das Tadeln ist leicht, das Berichtigen schwer. Die Demokratie wird an den erblichen Herren Anstoß nehmen, der Liberalismus an der Unselbständigkeit der Beamten, die Conservativen an dem Präsentationsrechte der Selbstverwaltungskörper, die Ultramontanen an Allem und Jedem. Indeß lehren vielleicht bald neue Thorheiten des Herrenhauses, daß ein Entschluß gefaßt und im Nothfall durch einen neuen Pairschub erzwungen werden muß; dann wird eine Combination jener drei verschiedenen aristokratischen Elemente wohl Manchem als der leidlichste Ausweg erscheinen. Auf jene ferne Zukunft da vielleicht einmal die parlamentarischen Körper Preußens und des Reiches sich verschmelzen werden, kann nur der Leichtsinn vertrösten. Niemand glaubt, daß eine also gegliederte Erste Kammer jemals wetteifern werde mit der Macht des Hauses der Abgeordneten; doch lebenskräftiger als das heutige Herrenhaus wäre sie gewiß, und vielleicht auch reicherer Ausbildung fähig. Es kann der Staatsrath der höchsten Beamten im Laufe der Zeit zu einer Schranke werden für die Willkür der Minister; es kann der erweiterte Reichsrath mit den Jahren so viel Ansehen gewinnen, daß man diesem Oberhause den Richterspruch über angeklagte Minister übertragen darf. Mögen schärfere Augen prüfen! Der Sieg des nationalen Gedankens hat die natürliche Ordnung wieder hergestellt; der preußische Staat steht wieder ganz im Vordergrunde deutscher Politik; auf ihn als den Bahnbrecher der Reform blicken Aller Augen. Zu den Pflichten, die er um Deutschlands willen tragen soll, zählt auch die noch nirgends völlig gelöste Aufgabe: das monarchische Beamtenthum und die Trümmer des alten deutschen Herrenstandes ehrlich zu versöhnen mit dem Parlamentarismus.

Die letzte Scholle welfischer Erde.

Heidelberg, 30. Mai 1873.

Von jeher hat Deutschland ein verworrenes Staatsrecht ertragen: politische Formen voll unlösbarer Widersprüche, voll gehäufter Ausnahmen, die jede Regel aufhoben. Auch die Verfassung unseres neuen Reiches, die einfachste und klarste, die der deutsche Gesammtstaat sich jemals gebildet hat, zeigt noch überall die Spuren jener alten Untugend. Seit sieben Jahren leben wir das Leben einer großen Nation. Der Gesichtskreis deutscher Politik umspannt die gesittete Erde; unsere Volkswirthschaft, kaum erst der alten Fesseln entledigt, treibt mit unheimlicher Schnelligkeit eine Welt neuer Erscheinungen empor: wunderbaren Aufschwung des Verkehrs, fieberische Lust an Gewinn und Wagniß, begehrliche socialistische Träume, die an den Grundfesten uralter bürgerlicher Ordnung rütteln. Und mitten in diesem verwandelten Lande, das so rasch den Segen wie den Unsegen des hochgesteigerten Lebens moderner Großstaaten kosten lernt, bestehen noch völlig unverändert die Verfassungen von etlichen zwanzig Fürstenthümern, die harmlosen Kinder jener stillen Jahre, da unter den Fittichen des Deutschen Bundes der deutsche Kleinstaat noch an seine Ewigkeit glaubte. Wie die Pfahlbauten eines versunkenen Weltalters ragen diese feierlichen Grundgesetze in die bewegte Gegenwart hinein; sie erzählen mit gewichtigem Ernst von der Unveräußerlichkeit und Untheilbarkeit des Reiches Ober-Lippe, verkünden die volle und unbeschränkte Souveränität des angestammten Fürstenhauses, sichern sein Erbrecht bis zum Tode des letzten aller Schwertmagen. Wird dies ehrwürdige Stillleben einmal auf den lauten Markt hinausgezerrt, wie neulich, als die Zustände Lippe's und Mecklenburgs im Reichstage zur Sprache kamen, so empfängt man den Eindruck, als ob Nachtgespenster im hellen Mittagslichte sich tummelten. Wären wir nicht so fest überzeugt von der unzerstörbaren Lebenskraft dieses Volkes, so ließe sich wohl die besorgte Frage aufwerfen, ob eine Nation auf die Dauer so schroffe Gegensätze bei sich beherbergen kann,

so viel Größe und so viel Kleinheit, so schwerfälligen Urväterhausrath und solche himmelstürmende Zukunftsträume. Eines der sonderbarsten Kleinodien aus des Reiches Rumpelkammer hat kürzlich wieder lebhaftes Aufsehen erregt: die braunschweigische Erbfolgefrage. Da der armselige Handel, was Gott verhüte, dereinst noch lästig werden kann, so lohnen sich vielleicht einige Worte der Prüfung.

Die Bedeutung der deutschen Einzelstaaten ist zu unserem Heile schon sehr tief gesunken. Unter regelmäßigen Verhältnissen würden heutzutage höchstens die Gelehrten des Gothaischen Hofkalenders noch lebhafte Theilnahme hegen für die Frage: ob jene drei größeren und unterschiedlichen kleineren Fetzen niedersächsischen Landes, die man Herzogthum Braunschweig nennt — ob jene 67 Geviertmeilen mit ihren 300,000 Einwohnern dem Herzog Ernst oder dem Herzog Wilhelm gehorchen. Wer fragt noch nach den kurzvergangenen und doch längst verschollenen Tagen, da Preußen in schwierigen tiefgeheimen Verhandlungen den Bau der Eisenbahn Buke-Kreiensen durchsetzen mußte um nur die Verbindung zwischen dem Osten und dem Westen vor den Launen hannoverscher Welfenpolitik sicherzustellen? Die Epoche der deutschen Annexionen ist vorläufig abgeschlossen; wie heute die Dinge liegen kann Preußen am wenigsten wünschen, daß die Zahl der kleinen Stimmen im Bundesrathe sich vermindere. Aber wenn uns an der Erwerbung Braunschweigs wenig liegt, so verbieten doch die Ehre und die Sicherheit des Reiches, daß ein neuer Welfenthron in dem kleinen Lande aufgerichtet werde.

Die hannoverschen Welfen sind noch im Stande des Krieges gegen die Krone Preußen. Wagt der Welfenkönig oder sein Welfensproß nach dem Tode des Herzogs Wilhelm in Braunschweig zu erscheinen, so ist Preußen nach Völkerrecht unzweifelhaft befugt, durch unsere braven Siebenundsechziger, die dort in Garnison liegen, den Eindringling ergreifen und, wie einst den Kurfürsten von Hessen, als Kriegsgefangenen auf eine Festung abführen zu lassen. Sollte aber das Land diesen Prätendenten als seinen Herzog anerkennen, so wird der Staat Braunschweig kriegführende Macht gegen Preußen, und wir könnten das aberwitzige Ereigniß eines vermuthlich unblutigen Eroberungskrieges mitten im Frieden des Reichs erleben. Der ungeheuerliche Wirrwarr würde aber um nichts gebessert, wenn etwa die Krone Preußen in einem Anfall thörichter Schwäche sich herbeiließe Frieden zu schließen mit den Welfen und ihnen für die Anerkennung der Eroberungen von 1866 den braunschweigischen Thron einzuräumen. Vor dem Jahre 1870, so lange die Welfen noch auf das gute Schwert ihres französischen Freundes hofften, hätten sie diese Anerkennung sicherlich niemals ausgesprochen. Seitdem ist die Macht der Thatsachen, wie es

scheint, selbst an dem verstockten Sinne dieses Hofes nicht ganz spurlos vorübergegangen. Welfische Blätter erinnern salbungsvoll an jenen Tag der Sühne, da einst Otto das Kind, der Enkel Heinrichs des Löwen, seinen Frieden mit den Staufern schloß und einen Theil der Lehen des Ahnherrn aus des Kaisers Händen zurückempfing. König Georg selber allerdings wird, nach so vielen heiligen Betheuerungen unversöhnlicher Feindschaft, schwerlich jemals den hohenzollernschen Emporkömmlingen die Hand reichen; er muß auch wissen, daß er durch seine Blindheit von Rechtswegen behindert ist die Krone Braunschweigs zu tragen. Doch ist nicht undenkbar, daß er gegebenen Falles abdankt; dann gäbe der Welfensproß seinen Segen zu der neuen Ordnung der deutschen Dinge und zöge fröhlich ein in das Land seiner Väter, und der alte Löwe auf dem Braunschweiger Burgplatze schaute noch immer hernieder auf ein letztes Stück jenes Welfenreiches, in dem einst die Sonne nicht unterging. Was wäre erreicht durch ein solches Abkommen? Die Krone Preußen gewönne eine rechtlich und politisch durchaus werthlose Anerkennung ihres hannoverschen Besitzstandes. Hannover ist in ehrlichem Kriege erobert. Warum für diese unbestreitbar rechtsgiltige Erwerbung erst eine Zustimmung einholen, von der Jedermann im Voraus weiß, daß sie nicht ehrlich gemeint sein kann? Man braucht sich das widrige Bild nur auszumalen, wie der Welfensproß mit der ganzen Verblendung unbelehrbarer Prätendentengesinnung sein Regiment beginnt, wie der Abgeordnete für Meppen den Ministersessel einnimmt und durch höchst liberale Regierungsgrundsätze und liebenswürdige Scherzreden den braunschweigischen Biedermann bezaubert, wie der welfische Adel aus dem Hannoverschen hinübereilt zu dem neuen Hofe, wie der Friede der Provinz mit unsaubern Ränken untergraben und das Werk des Jahres 1866 durch einen Flankenangriff bedroht wird. Nein, so frech ins Angesicht darf sich der Sieger nicht verspotten lassen von dem unwürdigen Besiegten, einen solchen Heerd der Verschwörung dicht vor den Thoren Hannovers kann Preußen nicht dulden.

Wir fürchten wenig für die Ruhe in Hannover; die Provinz weiß, was sie den sieben Jahren preußischer Herrschaft zu danken hat. Aber hochbedenklich wäre die Demüthigung der jungen kaiserlichen Krone, die Beleidigung des nationalen Stolzes durch die Rückkehr der Welfen. Der Name dieses Geschlechts ist vielleicht einst in den Tagen der Staufer allzuhart gescholten worden, heutzutage gilt er mit vollem Rechte als Symbol und Banner aller Feinde des Reichs. Die hannoverschen Welfen sind unserem Volke heute was die Stuarts den Briten waren, sie haben sich versündigt an Allem was deutscher Treue lieb und heilig ist, sie sind unmöglich geworden auf deutschem Boden. Auf dem Throne betrieben sie

den Eidbruch wie ein Gewerbe, und als ein gerechtes Geschick ihnen die Krone geraubt, rüsteten sie in Frankreich ihre Welfenlegion zum Kampfe wider das Vaterland. Die Gräber der Helden von Metz und Sedan wären geschändet, wenn ein solches Geschlecht jemals wieder über Deutsche herrschte. Seine Schuld ist klar und offenbar; selbst die Gutmüthigkeit des deutschen Kleinstädters fühlt, daß der Spruch des Gottesgerichtes von 1866 unwiderruflich sein und bleiben muß. Im braunschweigischen Landtage zählen die hannoverschen Welfen nur einen einzigen überzeugten Anhänger, im Lande ein winziges Häuflein; fast allein die Socialdemokratie hält hier wie überall zu den Feinden des Reichs. Vor sieben Jahren warf Preußen, unbekümmert um das Wehgeschrei der öffentlichen Meinung, vier kleine Throne über den Haufen; und dieser selbe Staat sollte der Kleinstaaterei ein neues Bollwerk gründen heute nachdem die Nation gelernt hat jenen Umsturz zu segnen?

Diesen durchschlagenden politischen Bedenken lassen sich mit einiger Dreistigkeit auch rechtliche Zweifel hinzufügen. War denn, so fragt man wohl, der alte Erbvertrag zwischen den welfischen Linien nicht ein gegenseitiger? Und kann er heute noch gelten, da doch die hannoversche Linie nicht mehr in der Lage ist ihrerseits den Vertrag zu erfüllen? Hatte jener Vertrag nicht den Zweck die gesammten welfischen Lande dereinst in Eine Hand zu bringen, und ist demnach nicht der gegenwärtige Beherrscher von Hannover der rechtmäßige Erbe in Braunschweig? Und wie darf man überhaupt in Braunschweig von legitimem Rechte reden? Der rechtmäßige Souverän des Landes, Herzog Karl, lebt noch heute, hat soeben sein unbestreitbares Recht in feierlichem Manifeste verwahrt. Ohne jenen tragi-komischen Auflauf, den die wackeren Braunschweiger einst stolz „unsere Revolution“ nannten, ohne den geheimnißvollen Schloßbrand und die nicht minder räthselhafte Adelsverschwörung des Sommers 1830, ohne jene wohlgenährten Gymnasiasten des Carolinums, welche unter dem Jammerrufe „Brot und Arbeit“! die Gassen durchzogen — ohne alle diese revolutionären Thatsachen hätte Herzog Wilhelm niemals den Thron, der ihm nicht gebührte, bestiegen. Selbst der Bundestag hat diesen Regierungsantritt nicht genehmigt, sondern lediglich als eine Thatsache, ohne Präjudiz, in seinen Protokollen verzeichnet. Warum soll dieser durch eine Revolution erworbene Thron nicht auch auf revolutionärem Wege vererbt werden? —

Wer also mit einigen kecken Schlüssen die Rechtsfrage entscheiden will, dem muß der Kenner des deutschen Privatfürstenrechts schwermüthig antworten: „Junger Fant! Hast Du nie gehört von jenem schönen Worte, das ein alter Jurist an den Schluß des Rostocker Stadtrechts-

buchs setzte: Hie hört das Rostocker Stadtrecht auf und fangt der gesunde Menschenverstand an —? Nun wohl, dieser Satz läßt sich mit einer leisen Aenderung auf das Staatsrecht aller deutschen Kleinstaaten anwenden. Im vorliegenden Falle muß der Rechtsgelehrte sagen: Hie hört der gesunde Menschenverstand auf und fangt die herzoglich braunschweigische Neue Landschaftsordnung vom 12. Okt. 1832 an! Besagte Landschaftsordnung, „giebt klare Maße" über die Erbfolgefrage, wie der Herzog von Braunschweig seinen getreuen Ständen soeben wieder mit einer des Gegenstandes würdigen Redewendung eingeschärft hat. Ihr § 14 bestimmt, daß die Krone Braunschweig „in dem fürstlichen Gesammthause Braunschweig-Lüneburg" vererbt wird. Die Welfen verstanden sich immer auf das dynastische Handwerk; jeder mündige männliche Unterthan der älteren Welfenkrone hat dem Herzog „und dessen Nachfolgern aus dem durchlauchtigen Hause Braunschweig" Treue schwören müssen. So bleibt denn kein Zweifel: auf die ältere Welfenlinie folgt die jüngere. Und wenn du dir in deinen modernen, revolutionären Gedanken einbildest, die Erbverbrüderung von 1535 habe die Interessen des Landes oder gar des räthselhaften Dinges, das du Staat nennst, im Auge, so verräthst du eine beklagenswerthe Unkenntniß des deutschen Privatfürstenrechts. Jener Erbvertrag wie alle seinesgleichen hat die ausgesprochene Absicht, daß Land und Leute wie eine Heerde Vieh vererbt werden sollen; er ist mit Bewußtsein dynastisch, er will nichts wissen von Staatsinteressen, sondern allein das Hausgut der Welfen beisammen halten. Nicht das Land Hannover oder sein Beherrscher, sondern das durchlauchtige Haupt der jüngeren Welfenlinie ist der Erbe von Braunschweig, ex jure sanguinis. Die Katastrophe von 1830 war allerdings eine bedauerliche Anomalie in der Geschichte des Welfenhauses; Herzog Wilhelm bestieg den Thron unter zweifelhaften Umständen, welche der unterthänige Braunschweiger Landtag kürzlich mit dem anmuthigen Euphemismus schilderte: „Die rechtlichen Modalitäten sind uns nicht vollständig bekannt." Es wurde damals leider der hochgefährliche Grundsatz angewendet, den der alte Schlözer seinen Studenten auf der welfischen Hochschule in vorsichtigem Latein also ausdrückte: „Einen tugendhaften Fürsten sollen wir anbeten, einen schlechten sollen wir toleriren, einen incorrigibeln — possumus cum Deo deponere!" Böswillige behaupten sogar, daß die jüngere Welfenlinie bei jenen traurigen Vorfällen eine Thätigkeit entfaltet habe, die man unter Bürgersleuten Erbschleicherei nennt, ja, daß sie noch in späteren Jahren durch allerhand kleine Künste den Herzog Wilhelm verhindert habe sich standesgemäß zu verheirathen. Aber was gelten solche Erinnerungen dem Juristen? Sie haben nur dann Werth, wenn der legitime Herzog Karl seinen that-

sächlich regierenden Bruder überleben sollte. Stirbt der ältere Bruder vor dem jüngeren, so ist der Welfenkönig oder, bei dessen persönlicher Unfähigkeit, der Welfensproß legitimer Herzog von Braunschweig. In der That, die neue Landschaftsordnung giebt hierüber „klare Maße"! Was einst Herr Bohlmann von den Erbansprüchen der Hohenzollern fabelte ist eitel Dunst. — Alle diese Wahrheiten hat schon vor zwölf Jahren der Göttinger Staatsrath Zachariä mit etwas unnützem Welfenzorn und mit einigen noch unnützeren Stichelreden gegen Preußen, doch im Wesentlichen siegreich den Feinden der Welfen nachgewiesen." —

So steht die Frage. Es liegt ein Conflict vor zwischen dynastischen Rechtsansprüchen und der Sicherheit und Ehre des Reiches. Das deutsche Privatfürstenrecht fordert die Thronbesteigung eines Feindes der Krone Preußen, es fordert eine Thronfolge, welche, wo nicht in der Form, so doch in der Sache, dem Landesverrathe gegen das Reich gleichkäme. Wie unendlich weit sind wir doch noch entfernt von dem Schreckbilde des nationalen Einheitsstaates! Unser Kaiser ist nicht mehr wie vor Alters der höchste Richter über Eigen und Lehen, das einige Deutschland besitzt kein Tribunal, keine Behörde, die zur Entscheidung eines so ernsten Streitfalles unzweifelhaft befugt wäre. Darum haben sich das Reich und die Krone Preußen mit gutem Grunde bisher zuwartend verhalten; es ist zunächst an den Braunschweigern, Schritte zu thun für die Sicherung ihrer Zukunft. Aber in dem gemüthlichen Ländchen hat sich seit jener vielgefeierten Revolution die schläfrige Selbstgefälligkeit eingenistet. Man ist seit vierzig Jahren aller ernsten politischen Kämpfe entwöhnt und lebt dahin in sattem Behagen unter einer gutmüthigen Verwaltung, die nicht drückt aber auch nichts leistet; die Maschine des kleinen Gemeinwesens zeigt überall Rostflecken, häßliche Skandalfälle bekunden, wie üppig das Vetterschaftswesen in diesem Beamtenthum gedeiht. So konnte geschehen, daß der zwischen den beiden Herzögen Karl und Wilhelm schwebende Erbfolgestreit während eines vollen Menschenalters ohne klare rechtliche Lösung blieb: — ein erstaunliches Zeichen politischer Schlaffheit, denn sobald die beiden Brüder sich standesgemäß verheiratheten, drohte dem kleinen Lande eine unheilbare Verwirrung. Die Gunst des Glücks, der Coelibat der beiden feindlichen Brüder hat dem Herzogthum die Wirren erspart, welche aus solcher Saumseligkeit entspringen konnten. Doch nun brach das große Jahr 1866 herein. Der Königsthron der Welfen stürzte zusammen, und dem Lande nahte die Gefahr, durch die Thronbesteigung des Welfensproßen in einen Krieg mit der führenden Macht des Norddeutschen Bundes verwickelt zu werden, mit dem Staate, dessen Truppen das Ländchen besetzt halten! Und selbst diese trostlose Aussicht rief die

gemüthliche Schwerfälligkeit des Landtags nicht zu raschen entscheidenden Schritten auf.

Mit Unrecht beschuldigen die Zeitungen die braunschweigische Ständeversammlung particularistischer Gesinnung; sie denkt in ihrer großen Mehrheit national, sie hält den Anfall des Ländchens an den preußischen Staat für nothwendig und wünscht nur, was ihr Niemand verargen kann, die Vereinigung mit dem preußischen Staate in gesetzlichen Formen vollzogen zu sehen. Aber sie wird gelähmt durch die Pietät gegen den Herzog, der sich in früheren Jahren allerdings einige Verdienste um das Land erworben hat, und noch mehr durch die Furcht vor dem Herzoge, durch jene zahllosen persönlichen Rücksichten, die in den Kleinstaaten das Einfachste als das Schwerste erscheinen lassen. Die ältere Welfenlinie war einst durch feste Treue dem Hause Hohenzollern verbunden; sie hat eine lange Reihe erlauchter Namen unter unsere Fahnen gestellt. In ihrem letzten Sprossen ist diese altbraunschweigische Gesinnung gänzlich umgeschlagen. Der Herzog scheint die Erhaltung welfischer Macht und Herrlichkeit als die höchste seiner Fürstenpflichten zu betrachten; mit offenkundiger Neigung wendet er sich der königlichen Linie zu, die vordem den Herzögen immer feindlich war. Halb widerwillig hat er sich dem Norddeutschen Bunde untergeordnet; jeder unerläßliche Schritt über den Buchstaben der Reichsverfassung hinaus ward herrisch zurückgewiesen, und so erleben wir heute das lächerliche Schauspiel einer braunschweigischen Kriegsmacht neben dem großen deutschen Heere. Wann endlich wird die unbegreifliche Langmuth des Reiches, diesem Welfen gegenüber, erschöpft sein? Die braunschweigische Infanterie steht, zur gerechten Vergeltung für den Starrsinn des Hofes, in Elsaß-Lothringen. Aber ist mit dieser Strafe, die den Soldaten schwerer trifft als den Herzog, genug gethan? In der Artillerie dieses sonderbaren Kriegsheeres dient ein einziger braunschweigischer Offizier, bei der Infanterie stehen sieben, bei der Reiterei fünf preußische Offiziere. Warum ruft man nicht eines Morgens alle diese Preußen ab und sendet dann von Reichswegen einen Generalinspecteur zu dem Contingente? Dann würde sich zeigen, daß das Elend der alten Bundesarmee überwunden ist, daß ein Staat von so winzigem Umfang heute nicht mehr vermag aus eigener Kraft seinen Reichspflichten zu genügen; der Kaiser wäre vollauf berechtigt, im Wege der Execution den kleinen Welfenhof zur Erfüllung seiner Schuldigkeit anzuhalten.

Gewiß, wenn der getreue Landtag einem solchen Hofe gegenüber irgend etwas durchsetzen wollte, so mußte er mit dem ganzen Freimuth deutscher Männer auftreten. Er mußte seinem Herzoge rundweg erklären: „Die Neue Landschaftsordnung von 1832 ist durch die Ereignisse von

1866 unhaltbar geworden; ihr § 14 muß aufgehoben werden, denn ein Fürst, der gegen Preußen Krieg führt, kann einen deutschen Thron nicht einnehmen. Wenn der Herzog diese Nothwendigkeit nicht anerkennen will, so rufen wir die deutsche Welt zum Zeugen an, daß wir das Unsere gethan, und werden bei dem Tode des Herzogs die Vereinigung des Landes mit dem preußischen Staate verlangen.“ Statt dessen haben die Stände gezögert und gezögert. Einmal, im Februar 1872, betraten sie den rechten Weg und verlangten durch ihren Ausschuß: bis ein anerkannter Thronfolger gefunden sei, solle der Kaiser die Regentschaft führen. Dann ließen sie sich wieder in die Enge treiben und verschanzten sich hinter der unhaltbaren Behauptung: möglicherweise könnten vier Agnaten sich um die kleine Welfenkrone streiten! Mit erhabener Ueberlegenheit trat der Herzog solchen Winkelzügen entgegen; er berief sich feierlich auf die Neue Landschaftsordnung und verwarf die Regentschaft des Kaisers, weil die Krone Preußen Erbansprüche auf Braunschweig erhoben habe — eine kühne Erfindung fürstlicher Laune. Er wünschte selber den Regenten zu ernennen und schlug den König von Sachsen dazu vor, einen Fürsten, der unfehlbar sofort den Welfensprossen herbeirufen würde. Endlich nach schwächlichem Hinundherverhandeln kam jenes wunderliche Regentschaftsgesetz zu Stande, das den Großherzog von Oldenburg unter der Garantie des Kaisers zum Regenten beruft. Glücklicherweise wurden die getreuen Stände bei diesem kleinlichen Abkommen betrogen; der Hof verschmähte, in Berlin und Oldenburg vorher anzufragen. Die beiden Fürsten haben ihre Zustimmung noch nicht ertheilt, und wir vertrauen zu der patriotischen Gesinnung des Großherzogs, daß er sich hüten werde, seinen guten Namen für eine so klägliche Sache einzusetzen.

Nach allen diesen Proben wohlmeinender kleinstaatlicher Versumpfung läßt sich dem braunschweigischen Landtage nur noch der Rath ertheilen: er soll entweder nachholen was er längst hätte thun müssen und dem Herzoge reinen Wein einschänken, oder, wenn er dazu das Herz nicht hat, so soll er — schweigen bis der Landesherr stirbt, und dann sofort das Schicksal des Ländchens in die Hände des Kaisers legen. Bei der unausrottbaren Vorliebe der Deutschen für möglichst verzwickte und verschrobene Staatsbildungen scheint es nicht unmöglich, daß dann das unglückselige Reichsland Elsaß-Lothringen noch einen Zwillingsbruder erhält. Heilsamer für die braunschweigischen Gebiete wäre unzweifelhaft die Vereinigung mit den Provinzen Sachsen und Hannover, deren bescheidene Enclaven sie bilden. Gleichviel unter welchen Formen, die alte Ockerstadt, die einst so ungern vom Reiche sich trennte und so mannhaft kämpfte

wider die Landesherrlichkeit der Welfen, wird unter der Herrschaft des Kaisers wieder bessere Tage sehen.

Die öffentliche Meinung ist sehr geneigt diesen kümmerlichen Handel allzu leicht zu nehmen, allzu fest zu bauen auf das nahezu einmüthige Urtheil der deutschen Presse. So einfach liegt die Frage doch nicht. Der Streit berührt das Allerheiligste des deutschen Kleinfürstenthums, den Begriff der Legitimität. Was dieser Begriff noch gilt das lehren die Fürstenköpfe auf den Reichsmünzen. Auch über den mecklenburgischen Verfassungsnothstand hat die Presse fast einstimmig ihr Verdammungsurtheil ausgesprochen, und gleichwohl werden diese anmuthigen Zustände vermuthlich fortdauern bis der Staat der Obotriten zu seinen Vätern versammelt wird. Wie die kleinen Höfe der Einmischung des Reiches in die mecklenburgischen Händel standhaft widerstreben, weil sie für ihre eigene Machtvollkommenheit zittern, so werden sie auch bei der Erledigung des braunschweigischen Thrones nicht vergessen, daß ihr eigenes Herrscherrecht auf demselben Rechtstitel ruht wie die Erbansprüche des Welfensprossen. Wohl haben sie alle die Kaiserwürde und damit den heutigen Länderbestand des preußischen Staats feierlich anerkannt; das ändert nichts an dem heiligen Rechtssatze: das Allod Braunschweig gehört dem nächsten Agnaten! Bei solcher Gesinnung unseres hohen Adels wird zuletzt Alles darauf ankommen, ob am Berliner Hofe schwächliche dynastische Rücksichten oder ernstes politisches Pflichtgefühl den Vortritt behauptet. Wer sollte die Regungen der Großmuth gegen den besiegten Feind nicht ehren? Nur auf Kosten des Staates dürfen solche Gefühle sich nicht bethätigen. Möge man den Welfen, wenn sie Urfehde schwören, ihr Privatvermögen zurückgeben und vielleicht das reiche Herzogthum Oels dazu, das nach dem Tode des Braunschweigers als erledigtes Kronlehen von Rechtswegen an die Krone Preußen fällt; nur der Thron bleibe dem schuldbeladenen Geschlechte verboten.

Die Gerechtigkeit König Friedrich Wilhelms III. hat sich selten so schön bewährt wie damals da der streng legitimistische Fürst offen eintrat für den gewaltsamen Thronwechsel in Braunschweig. Er war es, der die neue erträglichere Ordnung in dem kleinen Lande entschlossen vertheidigte gegen die Mißgunst der Wiener Hofburg; er sah das sittliche Ansehen der deutschen Monarchie geschändet durch das wüste Treiben des Herzogs Karl, und er fühlte, daß es eine Grenze giebt für das legitime Fürstenrecht. Mögen seine Nachkommen des Ahnen gedenken und wenn dereinst der Hilferuf ertönt aus dem verwaisten Welfenlande, allen Stammbäumen und Erbvergleichen zum Trotz den vor Gott und Menschen gerechten Grundsatz behaupten: Ein Feind des Reiches darf nicht regieren auf deutschem Boden!

Die Maigesetze und ihre Folgen.

Heidelberg, 10. December 1873.

In jeder alten Culturwelt leben die Gedanken vieler Jahrhunderte fort und es geschieht oft, daß diese Gegensätze lange neben einander hin gehen ohne sich viel zu beachten. Mehr als dreihundert Jahre sind's, daß Martin Luther die theokratischen Staatsgedanken des Mittelalters für immer zerstörte; und wenn die religiösen Lehren der Reformation nur einen halben Sieg errangen, so sind doch ihre politischen Ideen allen Staaten der gesitteten Welt, den katholischen wie den protestantischen, in Fleisch und Blut gedrungen. Sie bilden die Lebensluft unseres politischen Denkens. Wer hätte vor zehn Jahren noch der Mühe werth gehalten, den Gottesstaat des heiligen Augustin und die Staatslehren der kleineren Geister, die ihm folgten, ernstlich zu widerlegen? des Breiteren nachzuweisen, daß der Staat souverän ist und das Recht seines sittlichen Daseins aus sich selber empfängt, nicht durch den Segen der Kirche? Die politischen Herrscheransprüche der römischen Kirche galten allen Denkenden als todt und abgethan; warum noch einmal bestreiten was in ungeheueren geistigen Kämpfen längst überwunden war? Man zuckte die Achseln so oft die orientalische Weltanschauung des Vaticans ihre eintönige Rhetorik erschallen ließ. Man lachte, wenn der gekrönte Priester mit vor Wuth erstickender Stimme sein Verflucht! Verflucht! gegen die Synagoge des Satans ausstieß und dabei ernsthaft versicherte, er setze die Sanftmuth des Lammes der Grausamkeit des Löwen entgegen. Man nahm es hin wie das Klappern eines Mühlrads, das keine Mühle treibt, wenn ein Greis, der den elendesten Staat Europas regierte und endlich ein Fürst ohne Land ward, beharrlich erklärte, alle getaufte Creatur gehöre ihm an und alle Staaten erhielten ihr Licht von ihm, wie der Mond von der Sonne.

Wie gänzlich ist heute diese verachtungsvoll selbstgewisse Stimmung aus der gebildeten Welt verschwunden. Gewiß vermag die Politik der Curie nichts mehr zu schaffen in einem denkenden Zeitalter; doch was sie noch stören und zerstören kann, das liegt jetzt vor Aller Augen. Friedliche stetige innere Entwicklung bleibt der unbestreitbare Vorzug aller überwiegend protestantischen Staaten, während die katholische Welt eine unendliche Reihe von Revolutionen und Entthronungen gesehen hat. Und wieder unter den großen evangelischen Dynastien ist keine, die mit Widerstand und Empörung so selten zu kämpfen hatte, wie das Haus Hohenzollern. Und dieser auf seine strenge Ordnung stolze Staat sieht heute die gesammten Führer seines katholischen Clerus im offenen Kampfe wider das Gesetz; mit einer Keckheit, die in der Geschichte Preußens ohne Beispiel dasteht, wird die Regierung ins Angesicht verhöhnt, wird das gemeine Recht im Wetteifer von sämmtlichen Landesbischöfen mit Füßen getreten. Nicht von gestern stammt der priesterliche Haß, der in solchem Friedensbruche zu Tage tritt. Mag man noch so oft daran erinnern, daß die Hohenzollern unter allen evangelischen Fürsten zuerst den Katholiken gerecht wurden, daß sie die katholische Kirche mit königlicher Freigebigkeit und unschätzbaren Rechten ausgestattet, ja sogar einst für die Wiederherstellung des Kirchenstaats sich thätig verwendet haben. Der römische Stuhl vergißt nicht, er kann nicht vergessen, daß dieses duldsame Herrscherhaus eine so rein protestantische Geschichte hat wie kaum ein zweites. Das Land, auf dem Preußens Königskrone ruht, ist entfremdetes Kirchengut, ist durch einen segensreichen Kirchenraub dem verfaulten deutschen Orden entrissen und einer gerechten weltlichen Gewalt unterworfen worden. Seitdem hat die Curie niemals aufgehört in der preußischen Regierung „die schlechteste von allen“ zu verabscheuen. Dieselben Klänge des Hasses, die wir heute vernehmen, ertönten schon in den Tagen Johann Sigismunds, im siebenjährigen Kriege und während des Kölner Bischofsstreites. Wohl ist der Staat leider erst seit dem Vaticanischen Concil aufmerksam geworden auf die klerikale Politik; die Ultramontanen selber, auch ihr Feind muß es ihnen lassen, haben ihr Verhältniß zu dem neuen Deutschland niemals in Dunkel gehüllt. Sie beteten für Oesterreich in den Tagen von Königgrätz und hetzten den Süden in den Krieg wider Preußen; sie verschuldeten den unseligen Ausfall jener Zollparlamentswahlen von 1868, welche die friedliche Entwicklung der nationalen Bewegung so sehr erschwerten; und seit das ketzerische Haus der Hohenzollern eine Krone trägt, die einst heilig und römisch war, seit die alte Heimath der Ketzerei unter solcher Führung sich zusammenfand, seit unsere Waffen die Einheit Italiens vollendeten, seitdem hat sich der alte Haß der Ultra-

montanen zu blindem Ingrimm gesteigert. „Auf die Gefahr der Vernichtung hin", so gesteht einer ihrer Führer, wollen sie den Gesetzen des preußischen Staates widerstehen.

Der plumpe Plan, der dieser Bewegung zu Grunde liegt, ist auch blöden Augen erkennbar. Man hofft Preußen von dem übrigen Reiche zu trennen; darum wird der Kampf gegen Gesetze, welche fast im gesammten Deutschland bestehen, allein in Preußen unternommen. Was der Bisthumsverweser von Freiburg im Großherzogthum Baden gehorsam hinnimmt, das erklärt er in Hohenzollern für grausame Kirchenverfolgung. Man trotzt darauf, daß Preußen nicht, wie einst Rußland während eines ähnlichen Kampfes, mindestens Einen patriotischen, der Krone ergebenen Bischof besitzt; darum muß, während alle Bischöfe zugleich das Gesetz mißachten, zunächst einer von ihnen die Empörung so weit treiben, daß der Staat nicht mehr schweigen kann. Und Graf Ledochowsky entledigt sich seiner Aufgabe mit der ganzen Unbefangenheit eines Fremden, der sich wider das Recht als Primas von Polen gebärdet und durch kein Band der Scham und der Ehrfurcht dem deutschen Staate sich verpflichtet fühlt. Er wirft der Regierung den Hohn zu, von einer Befolgung der Gesetze „könne gar nicht die Rede sein", und bald wird er mit pharisäischem Behagen, wie einst jener Droste-Vischering, ausrufen können: „Gelobt sei Jesus Christus, jetzt geschieht Gewalt!" Es ist die alte wohlbekannte Zuversicht auf die wunderthätige Kraft des Martyriums. Man weiß, welchen standhaften Heldenmuth die Menschen zu zeigen pflegen im Ertragen fremder Leiden. Erfolgt nun das Unvermeidliche, wird der Posener Erzbischof von Rechtswegen abgesetzt und bei erneuter Widersetzlichkeit in Haft geführt, so soll die Masse der Gläubigen für den Dulder sich erheben und eine völlige Verwirrung aller kirchlichen Geschäfte über das verwaiste Bisthum hereinbrechen — ein Experiment, das nach Bedarf auch in anderen Bisthümern wiederholt werden kann. Für die gesinnungstüchtige Verwaltung der durch Todesfall erledigten Bischofssitze hat der Papst bereits vorgesorgt durch die Bulle Pontifex Romanus: Capitelsvicare sollen, so lange es dem heiligen Vater beliebt, die bischöfliche Gewalt ausüben, den zweifellosen Rechten des Staates zuwider.

Unterdessen beweist die ultramontane Partei täglich, daß sie längst aufgehört hat, die Ziele ihres parlamentarischen Wirkens innerhalb des Landtags zu suchen. Sie überschüttet das Haus mit aussichtslosen Anträgen, die den Stimmungen der Massen schmeicheln, sie verlangt endlich gar die Abschaffung der kaum beschlossenen Maigesetze — ein Antrag, der schlechterdings nur den Zweck haben kann Krone und Landtag vor dem Volke zu verhöhnen und die Erbitterung der Gemüther von Neuem zu

verschärfen. Dazu jubeln alle geschworenen Feinde Deutschlands ihren Beifall: die römischen Prälaten, der polnische Adel, die Bischöfe und fast die gesammte Presse Frankreichs. So lange hat man unser katholisches Volk geheimnißvoll vorbereitet auf eine gräßliche Gewaltthat, die da kommen werde; sollte nun nicht endlich, wenn der fromme Primas von Polen seine bequeme Haft antritt, eine unwiderstehliche Entrüstung die gläubige Heerde durchbrausen und die ketzerische Krone zum Nachgeben zwingen?

Das Schauspiel dieser schamlosen Auflehnung ist in Preußen so unerhört, und wir Deutschen haben uns so sehr gewöhnt, in der Kirche eine Macht des Friedens und der Ordnung zu ehren, daß heute selbst mancher muthige Mann sich beunruhigt fühlt. Evangelische Kronen, so sagt man wohl, haben von der Curie geringere Rücksicht zu erwarten und müssen ihr zartere Schonung erweisen als katholische Fürsten; wie soll unser Kaiserhaus den Widerstand des gesammten Episcopats bezwingen? Zur Tröstung für solche besorgte Gemüther möge hier mit einigen Worten die Ueberzeugung begründet werden: die Staatsgewalt hat in diesem gerechten Kampfe nichts zu fürchten als ihren eigenen Kleinmuth; ein einziger Schritt zurück und sie ist verloren; geht sie gelassen vorwärts, so wird sie schließlich ebenso gewiß durchdringen, wie bisher noch alle starken nationalen Staaten ihr gutes Recht gegen Rom behauptet haben.

Die altkonservative Partei dankt ihre jüngste schwere Niederlage zahlreichen Sünden; der unverzeihlichste ihrer politischen Fehler bleibt doch, daß sie sich über das Wesen der ultramontanen Partei so gröblich getäuscht hat. Umgeben von einer rein protestantischen Welt, glauben diese treuherzigen pommerschen und brandenburgischen Orthodoxen, eine natürliche Wahlverwandtschaft verbinde sie mit den Ultramontanen. Hier in Oberdeutschland, wo wir uns täglich den Hochgenuß klerikaler Geselligkeit verschaffen können, lacht Jedermann über diesen harmlosen Irrthum. Man kann nicht ein ehrlicher lutherischer Pietist sein ohne Wärme des religiösen Gefühls, doch man kann sehr wohl ein ehrlicher Ultramontaner sein mit glaubenlosem Gemüthe. „Ich für meine Person habe gar keine religiösen Bedürfnisse", sagte einst ein namhafter süddeutscher Ultramontaner unbefangen in Gegenwart politischer Gegner, und Niemand hier zu Lande hat ihn deshalb geringer geschätzt. Gewiß zählt die Partei viele wahrhaft gläubige Katholiken unter ihren Mitgliedern; zum Wesen der Richtung gehört der lebendige Glaube nicht. Für den römischen Stuhl ist die Religion seit Jahrhunderten nie etwas Anderes gewesen als ein Mittel politischer Macht; darum hat er auch die warmen Gefühle frommer Lutheraner niemals aufrichtig erwiedert. Herr v. Kleist-

Retzow wird zu Rom nicht anders beurtheilt als Herr Falk; Beide sind Ketzer und Rebellen gegen die Macht der Kirche, nur mit dem Unterschiede, daß der Eine in den Machtkämpfen des Augenblicks benutzt und betrogen werden kann, der Andere nicht. Politisch von Grund aus war der Kampf der Päpste des Mittelalters gegen unsere Kaiser, politisch sind auch die Grundgedanken der Kirche der Gegenreformation. „Die Kirche ist ein Staat so sichtbar wie der Staat von Venedig", sagt Bellarmin, und ihr Staat steht über allen anderen. Um die Macht, nicht um den Glauben kämpft Rom mit uns. Weil er seine Macht bedroht sah durch die Uebergriffe der Kirche hat der Staat endlich sich zur Wehr gesetzt.

Begreiflich, daß die nationale Presse im Eifer des Streites fast ausschließlich diesen ersten Anlaß des Kampfes betont und immer nur hervorhebt, wie der Staat seine Rechtsordnung sichern müsse gegen kirchliche Willkür. Doch die Haltung unserer Gesetzgebung darf durch diesen Anlaß nicht allein sich bestimmen lassen. Der Kampf, der für den römischen Stuhl allerdings nur ein Machtkampf ist, wird von der Staatsgewalt fortgeführt, weil sie sich ihrer eigenen sittlichen Pflichten wieder bewußt geworden und weil sie von der katholischen Kirche ungleich höher und edler denkt als das heutige officielle Kirchenthum selber. Die Mai-Gesetze sind nicht das Ergebniß bureaukratischer Angst und Bevormundungslust; sie bezeugen vielmehr, wie hoch unser Staat die idealen Kräfte schätzt, welche die römische Kirche selbst in ihrem gegenwärtigen verweltlichten Zustande noch immer umschließt. Statt beständig von den nothwendigen Schutzmauern der Rechtssicherheit zu reden und also den klerikalen Freiheitsphrasen einen willkommenen Tummelplatz zu eröffnen, sollte man häufiger diese positive Seite unserer Kirchengesetzgebung herausheben. Der preußische Staat hat sich nie bekannt und will sich nicht bekennen zu jener pessimistischen Geringschätzung des Katholicismus, die von so vielen radicalen Starkgeistern gepredigt wird. Er hat längst durch die That das so oft nachgesprochene Hegelsche Wort widerlegt, daß mit der katholischen Religion eine vernünftige Staatsverfassung unmöglich sei. Er allein unter den Großstaaten Europa's hat die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse ohne jeden Hintergedanken durchgeführt. Er hat durch gerechte Gesetze die unduldsamste der Kirchen genöthigt, den confessionellen Frieden, der unserem paritätischen Volke unentbehrlich ist wie das liebe Brod, mindestens thatsächlich zu achten, und er ist dieser großen Culturaufgabe nur einmal untreu geworden: in jenen Jahrzehnten der kirchenpolitischen Erschlaffung, deren heillose Folgen wir heute zu beseitigen suchen.

In Italien, wo nur Eine Kirche besteht und diese von den Gebildeten unbeschreiblich gehaßt wird, dort mag es vielleicht angehen, daß der Staat mit verachtungsvoller Gleichgiltigkeit die Kirche zuchtlos dahin leben läßt, obwohl auch dort die Mißachtung sittlicher Mächte nicht ungerächt bleiben wird. Anders bei uns. Unsere katholischen Mitbürger zeigen noch den warmen kirchlichen Sinn, welcher die Confessionen der Minderheit auszuzeichnen pflegt; Millionen ehrlicher deutscher Herzen glauben aufrichtig an die Lehren der alten Kirche, und neben ihnen stehen andere Millionen überzeugter Protestanten. Der Kirche zu spotten und sich gleichwohl ihren Formen zu unterwerfen ist nicht deutsche Weise; unser Volk besteht aus ehrlich Gläubigen und ehrlichen Freigeistern. In einer so tief religiösen Nation darf der Staat der Kirche nicht verächtlich den Rücken kehren. Er muß fragen, ob jene Priester, deren Predigt den geringen Mann über den Schmutz und die Gemeinheit des Alltagslebens emporheben soll, ihrer schönen Aufgabe auch gewachsen sind, ob sie der Bildung der Nation sich nicht entfremdet haben. Der deutsche Staat zwingt die Eltern, ihre Kinder unterrichten zu lassen, er gesteht ihnen nicht „das Recht auf ihre katholische Dummheit“ zu, wie es neulich ein ultramontaner Redner mit cynischer Laune verlangte. Er weiß, daß das heranwachsende Geschlecht dem gesammten Volke angehört und daß der Staat, um selber bestehen und seine Pflicht erfüllen zu können, ein bescheidenes Maß menschlicher Bildung von jedem seiner Glieder fordern muß. Aus gleichem Grunde hat er auch dafür zu sorgen, daß die religiöse Erbauung der Erwachsenen nicht zur Volksverdummung führe. Wir dürfen getrost verweisen auf die Folgen der gerühmten belgischen Schulfreiheit: 53 Procent der Bevölkerung können dort, in einem gesegneten wirthschaftlich hoch entwickelten Lande, nicht lesen und schreiben. Manches köstliche Gut der Freiheit wird den Völkern nur in der Form staatlichen Zwanges zu theil. Dieselbe unfreie bildungsfeindliche Gesinnung, welche im Namen der Unabhängigkeit der Familien den Schulzwang bekämpft, fordert auch im Namen der Kirchenfreiheit, daß der Staat den Unterricht der Theologen unbeaufsichtigt lasse. Roheit und Genußsucht, Neid und Begehrlichkeit wachsen heute furchtbar an in den Kreisen der arbeitenden Klassen; das Pflichtgefühl erschlafft also, daß schlechte und unredliche Arbeit kaum noch als eine Schande gilt. Manche dieser Sünden sind leider nur der Wiederschein verwandter Gesinnungen der Besitzenden, aber manche auch den Arbeitern eigenthümlich und durch gewissenlose Wühlerei künstlich genährt; die Gegensätze der sittlichen Bildung sind in demselben Maße größer geworden als der Unterschied der formalen äußeren Bildung sich verringert hat. Wohin treiben wir, wenn die Priester, statt diesen er-

bitterten Massen Liebe und Versöhnung zu predigen, selber mit den Aposteln des Communismus sich verbünden und die Auflehnung wider das Gesetz als einen Kampf des Lichtes gegen die Finsterniß verherrlichen? Soll der Staat gar nichts thun um mindestens dem heranwachsenden Geschlechte einen Clerus zu erziehen, der dem Leben der Nation nicht feindlich gegenübersteht?

Was man heute als Bevormundung der Kirchenfreiheit bekämpft, das ist in Wahrheit ein Beweis der Achtung, welche der Staat den sittlichen Mächten der Kirche entgegenbringt; und je höher Einer die sittliche Bedeutung der Kirche schätzt, um so getroster darf er den Maigesetzen zustimmen. Unsere heutige Kirchenpolitik ist zugleich eine nothwendige Folge der bevorrechteten Stellung unserer Kirchen. Aus dem Rechtsbegriffe der Kirche als einer anerkannten und begünstigten öffentlichen Corporation ergiebt sich sofort die Beschränkung ihrer Willkür durch den Staat. Nur dreiste Sophistik kann für eine bevorrechtete Corporation zugleich die schrankenlose Ungebundenheit einer Kegelgesellschaft oder eines Tanzvereines fordern. Das Schlagwort „Trennung von Staat und Kirche" hat in der deutschen Geschichte keinen Boden. Jahrhunderte lang haben in Deutschland Territorialkirchen bestanden; schon vor der Reformation, schon im fünfzehnten Jahrhundert begann dieser Gang deutscher Kirchenpolitik, wie soeben W. Maurenbrecher überzeugend nachgewiesen hat.*) Im Verlaufe dieser langen Geschichte sind Staat und Kirche so fest mit einander verwachsen, daß auch heute, da der Staat längst unparteiisch über den Confessionen steht, eine völlige Trennung nicht mehr möglich ist. Die kirchenpolitische Bewegung des Jahres 1848 war ein Abfall von den alten Ueberlieferungen des deutschen Staates. Döllinger und die Führer des heutigen Altkatholicismus verlangten damals die Vernichtung der Kirchenhoheit, denn auch die letzten Trümmer des alten Polizeistaats müßten fallen. Die liberale Welt stimmte jubelnd zu und sah mit Selbstgefühl mitleidig hernieder auf den überwundenen Standpunkt der süddeutschen Staatsmänner, welche den römischen Stuhl aus schweren Kämpfen kannten. Der Clerus machte sich die allgemeine Begriffsverwirrung zu nutze, und die ermüdete Staatsgewalt, ein Spielball erst der radikalen, dann der feudalen Parteiung, ließ ihm die Zügel schießen. Was war die Folge dieser Kirchenpolitik? Die völlige Trennung von Staat und Kirche erwies sich als undurchführbar auf deutschem Boden, unaufhaltsam drang die Kirche unter dem Banner der religiösen Freiheit in das Rechtsgebiet des Staates ein.

*) In dem lehrreichen Aufsatze: Die allgemeine Kirche und die Landeskirchen (W. Maurenbrecher, Studien und Skizzen zur Geschichte der Reformationszeit S. 277).

Heute endlich fordert der Staat seine unveräußerlichen Rechte zurück und er thut es in den mildesten Formen, welche nach zwei Jahrzehnten kirchlicher Usurpationen noch möglich sind. Ich habe vor zwei Jahren Bedenken gehegt gegen die Austreibung der Jesuiten, weil die geheime Thätigkeit des Ordens sich doch nicht verbieten läßt und die Leitung der römischen Kirche selber von jesuitischem Geiste erfüllt ist. Ein Blick in das deutsche Strafgesetzbuch hat mich eines Besseren belehrt. Wenn der Staat die geheimen Gesellschaften und den unbedingten Gehorsam gegen die Oberen schlechthin verbietet, so darf er auch der Kirche nicht gestatten dem gemeinen Rechte zu trotzen. Der Staat nimmt die Schulaufsicht, die ihm von jeher nach dem Gesetze zustand, wieder fest in die Hand. Er verlangt von den Geistlichen, die er privilegirt und zum Theil besoldet, ein der nationalen Gesittung entsprechendes Maß wissenschaftlicher Bildung. Er zieht der Disciplinargewalt der Kirche feste Schranken, dergestalt, daß sie nicht mehr übergreifen kann in das bürgerliche Leben. Er fordert die feste Anstellung der Pfarrer, damit der niedere Clerus seinen Oberen nicht auf Gnade und Ungnade preisgegeben sei. Er regelt durch klare Normen den Austritt aus der Kirche. Er bestellt endlich zur Entscheidung der hieraus entstehenden Rechtsstreitigkeiten einen Gerichtshof, welcher voraussichtlich nicht lange ein Ausnahmegericht bleiben, sondern sich verschmelzen wird mit dem höchsten Verwaltungsgerichtshofe, dessen wir bedürfen. Was will es neben solchen Gesetzen bedeuten, daß die unglückseligen Preßkosaken der offiziösen Blätter allerdings in ihrer Polemik gegen die Kirche oftmals einen rohen, gehässigen Ton anschlagen? Wir kennen ja alle diesen Schwamm, der sich an den kräftigen Baum der deutschen Politik angesetzt hat. In den Gesetzen selber steht kein Wort, das nicht der Kirche zum Heile gereichte; sie sind darauf berechnet, ihr eine geachtete Stellung, eine fruchtbare Wirksamkeit in einem paritätischen Volke zu sichern, wenn sie nur selbst den neuen Rechtsboden ehrlich anerkennt.

Wenn gleichwohl mancher wackere Liberale insgeheim auf die bureaukratische Härte der Maigesetze schilt, so verbirgt sich hinter solchen Klagen die stille Liebe für das amerikanische Staatsideal. Der deutsche Durchschnittsmensch, so treu er an seiner angestammten Krone hängt, kommt doch nicht leicht los von dem alten Glauben, daß jenseits des Oceans die vollendete Freiheit gedeihe; darum schwärmt er auch für das kirchenpolitische System, das zu diesem Idealbilde gehört. Das voluntary system entspringt aber einer Auffassung von Staat und Kirche, welche niemals die unsere sein kann. Unsere Kirchen waren niemals einfache Privatgenossenschaften, sie können es auch nicht werden in einer absehbaren Zu-

kunft; der Staat ist uns nicht, wie den Amerikanern, eine Macht des Zwanges, die gebändigt werden muß, damit das Belieben des Einzelnen ungestört bleibe, sondern eine Culturmacht, von der wir positive Leistungen auf allen Gebieten des nationalen Lebens fordern. Und seltsam, jene Ausländer, die uns vor Kurzem noch um unseren „Schulzwang und Kirchenzwang" bemitleideten, beginnen heute schon mit Theilnahme, ja mit Bewunderung auf das Fortschreiten der preußischen Kirchenpolitik zu blicken. Unter den holländischen Protestanten, die einst vor eingebildeten deutschen Eroberungsplänen zitterten, ist Fürst Bismarck heute der populärste Name; sie fühlen, wie die Herrschsucht des Clerus ihrem Staate über den Kopf gewachsen ist, sie trauen sich die Kraft nicht zu diese unheimlichen Mächte zu überwinden und preisen den deutschen Hercules, der es unternimmt den Stall des Augias für sich und Andere auszuräumen. Englische Meetings und Zeitungen bekennen, daß der deutsche Staat die Sache aller Staaten führe; von der Zustimmung denkender Amerikaner giebt uns die Schrift J. P. Thompson's ein Zeugniß; überall in der protestantischen Welt wird der Brief des Kaisers an den Papst mit lautem Frohlocken begrüßt. In immer weiteren Kreisen verbreitet sich die Einsicht: was heute in Preußen sich abspielt, ist ein Kampf des Rechtes gegen die Empörung, ein Kampf der Freiheit gegen den Fanatismus.

Und wie günstig liegen doch die Aussichten für diesen gerechten Kampf! Die altprotestantische Scheu vor der unergründlichen Schlauheit der Ultramontanen sollte heute, da wir die Richtung näher kennen gelernt, doch endlich überwunden sein. Die Stärke der ultramontanen Partei liegt in der unerbittlichen Consequenz ihrer Grundsätze. Sie weiß genau, genauer leider als viele Radikale und Altconservative, daß im Grunde alle politischen Parteien der Gegenwart ihre natürlichen Gegner sind; denn die Souveränität des Staates, nicht der Kirche, wollen wir ja doch allesammt. Darum darf sie mit vollkommener Gemüthsfreiheit überall ihre Bundesgenossen wählen und für die Zwecke des Augenblicks bald nach rechts bald nach links hin anzuknüpfen suchen: in solchen taktischen Künsten hat sie jederzeit Großes geleistet. Aber gewohnt auf die rohe Gewalt und auf die trüben und dumpfen Mächte des Gemüths zu zählen, hat sie gar keine Ahnung von den sittlichen Kräften eines gesunden Staates; was Nationalstolz und Staatsgesinnung vermögen, weiß sie nicht. Darum konnte sie den preußischen Staat und das Geheimniß seiner Macht nie verstehen; alle ihre politischen Rechnungen während der jüngsten zehn Jahre haben sich als falsch erwiesen. Diese umnachteten Augen blicken nicht in die Zukunft. Wie die Gesellschaft Jesu noch jeden Staat, den sie regierte,

unfehlbar zu Grunde gerichtet und damit ihre politische Unfähigkeit bekundet hat, so besitzt auch unsere heutige ultramontane Partei unter vielen gewandten Rednern keinen einzigen productiven politischen Kopf. Der Reichskanzler erwies dem Abgeordneten für Meppen wahrlich eine unverdiente Ehre, da er ihn einst im Zorne wie einen ebenbürtigen Gegner und Nebenbuhler sich gegenüberstellte. Herr Windthorst versteht die Beweisgründe seiner Gegner mit seinem kritischen Messer zu zerschneiden und zu zerfleischen; er kann wohl einmal durch eine gewandte parlamentarische Ueberraschung den Liberalen ein Bein stellen oder eine vorübergehende Verstimmung hervorrufen zwischen dem Parlament und seinem Präsidenten; doch über solche brotlose dialektische Künste reicht sein Talent nicht hinaus.

Und beweist denn nicht auch der jüngste Kriegsplan der Ultramontanen, wie wenig sie unser Volk kennen? An starrköpfiger Ausdauer wird es Graf Ledochowsky allerdings nicht fehlen lassen; aber haben die Herren denn gar nicht bedacht, was es bedeutet, in einem Aufstande gegen den deutschen Staat einen Polen voranzustellen? Kein deutsches Herz, das sich nicht empörte bei dem Gedanken, daß dieser Feind unserer Nation die Rechte der preußischen Katholiken zu vertreten behauptet. Seit zwei Jahren schon hat die Partei ihr Pulver verschossen, sie hat die Schatten Nero's und Diocletians so oft heraufbeschworen, daß man nicht absieht, was ihr nach diesem fanatischen Geschrei noch übrig bleibt außer dem Straßenkampfe. Und diesen kann sie nicht wagen. Es ließ sich gar kein Mittel erfinnen, das die Ultramontanen in den Augen unseres gesetzliebenden Volkes so tief entwürdigen mußte, wie die offene Auflehnung gegen das Gesetz. Selbst der kleine Mann in Posen denkt mit Schrecken zurück an die verunglückten Schilderhebungen seiner adlichen Demagogen; er dankt der deutschen Regierung nicht, aber er weiß sehr wohl, was er ihr danken sollte. Er sieht Recht und Wohlstand gedeihen in seiner seit Jahrhunderten mißhandelten Heimath; darum scheint es keineswegs sicher, ob man auch nur in den Straßen der Wallischei eine Zusammenrottung wagen wird, wenn nebenan auf der Posener Dominsel die Verhaftung des rebellischen Prälaten erfolgt.

Dem Posener Erzbischof steht nicht mehr, wie einst dem Kölner, eine absolutistische Regierung gegenüber, schwankend und unsicher, ohne Rückhalt an einer durchgebildeten öffentlichen Meinung. Manche überschwängliche Hoffnung, die sich einst anknüpfte an den Parlamentarismus, ist inzwischen einer nüchterneren Auffassung gewichen; die gewaltige sittliche Macht aber, welche in einem wohlgeordneten constitutionellen Königthume liegt, wird von Jedermann empfunden und geachtet. Wo Krone und

Landtag einträchtig zusammenstehen für das Recht, da sind sie unbesiegbar. Das Land hat gesprochen. Die altconservative Partei erscheint in dem neuen Landtage schwächer denn je, schwächer als sie erwarten durfte bei ihrer starken socialen Machtstellung im Osten. Das ist die Strafe für das thörichte Bündniß mit den Ultramontanen, und neben diesem Verdammungsurtheile des Landes kommt die geringfügige Verstärkung des Centrums kaum in Betracht. Der klerikale Plan, den preußischen Staat von dem übrigen Deutschland zu trennen, ist gescheitert; der Kampf um's Recht, den Preußen ficht, hat alle guten Deutschen nur noch fester mit unserem führenden Staate verbunden. Keine Stadt in unserem Oberlande, die sich nicht erbaut hätte an jenem Briefe des Kaisers; überall riefen katholische und evangelische Männer: Das ist die Sprache, welche dem Haupte deutscher Nation geziemt! Wir bauen auf den Rechtssinn unseres Volkes, wir bauen auf die freie weltliche Bildung des Jahrhunderts, die längst mit Ekel von dem wüsten Lärm des confessionellen Hasses sich abgewendet hat. In der Paulskirche galten Döllinger, Sepp und Knoodt als die Heißsporne der Ultramontanen, heute sind sie die Führer des Altkatholicismus. Mancher fromme Priester fragt schon zornig, warum denn sein Bischof eine einfache Förmlichkeit, die Anzeige der Pfarrerernennungen, verweigere und also durch muthwilligen Eigensinn das kirchliche Leben störe. Nicht die Gesammtheit des Clerus bekämpft uns, sondern eine fanatische Partei. Sie ist leider stark genug, um tausende gläubiger Gemüther zu verwirren und zu erbittern, zu siegen vermag sie nicht mehr in dem Vaterlande der Reformation und des confessionellen Friedens.

Es ist der Staat, der heute eintritt für die Freiheit des Geistes. Ob auch im Schooße der katholischen Kirche eine nachhaltige Erhebung der freieren Gedanken erfolgen werde, das scheint noch immer sehr zweifelhaft. Den großen kirchenpolitischen Kampf der Gegenwart sieht Jedermann und nimmt Partei für oder wider; doch wer darf dreist behaupten, daß wir auch in einer Zeit tiefer religiöser Bewegung leben? Die frommen Gelehrten, welche die altkatholische Bewegung leiten, haben sich einst, unter dem Einfluß der milden deutschen Wissenschaft, ein Idealbild von der römischen Kirche entworfen; seit dem Vaticanischen Concile empfinden sie, daß das Ideal mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmte. Die Verkündigung der Unfehlbarkeit war eine That bewußter Feindseligkeit gegen alle Staatsgewalten, und es ist in der Ordnung, daß der Staat den Handschuh aufnimmt. Aber eine wesentliche Veränderung der römischen Kirche ist auf jenem Concile nicht erfolgt. Uns Protestanten mindestens muß man verzeihen, wenn wir zwischen den Bullen Bonifacius VIII.

und den Herzensergießungen Pius IX. einen erheblichen Unterschied nicht finden können. Die Klage „es fehlt ein Luther", die man heute so oft hört, sagt gar nichts. Eine wahrhaft schöpferische Bewegung, welche den Gedanken der Zeit gebiert, bringt auch nothwendig einen genialen Führer hervor. Das Beste aber, was der Altkatholicismus zu sagen weiß, ist schon vor drei Jahrhunderten klarer und bestimmter gesagt worden. Die Bewegung schreitet langsam vorwärts; sie ist ein Werk des guten Gewissens, doch noch heute läßt sich nicht absehen, ob ihr gelingen wird die Masse der Gläubigen zu gewinnen.

Darum muß der Staat auf seine Kraft allein vertrauen. Die Folgen seiner eigenen Fehler lasten schwer auf ihm. Er selber hat einst — nicht wider das Recht, wie man ihm fälschlich vorwirft, wohl aber durch ein sehr rücksichtsloses Verfahren — zwei seiner bittersten Feinde, die Erzbischöfe von Köln und Posen auf ihren Stuhl erhoben. Seiner langjährigen Schwäche danken wir den meisterlosen Uebermuth unserer Prälaten, seinem Irrthum die zweischneidige Waffe des allgemeinen Stimmrechts. Und er sündigt leider noch täglich, indem er zum Entzücken aller Feinde des Reichs die Presse wegen der Mittheilung päpstlicher Zornrufe verfolgt. Indeß es ist heute nicht an der Zeit, mit dem eigenen Lager zu rechten. Wir müssen vorwärts. Es ist unerläßlich, das bürgerliche Leben sicher zu stellen vor den verheerenden Wirkungen des kirchenpolitischen Streites. Ein Gesetz über die obligatorische Civilehe ist zur Nothwendigkeit geworden; nach jahrelangen Erwägungen muß man doch endlich zu der einfachen Erkenntniß gelangt sein, daß die facultative Civilehe auf einer Begriffsverwirrung beruht und den Conflikt zwischen Staat und Kirche nicht ermäßigt, sondern verschärft. Der Staat wird ferner durch ein Gesetz die Gemeinden in den Stand setzen müssen, selber für ihr Kirchenvermögen zu sorgen, wenn kein gesetzlich anerkannter Pfarrer vorhanden ist; er wird den Altkatholiken das Recht einräumen müssen, beim Austritt aus der Kirche ihren Antheil am Kirchengute zurückzufordern. Nach allem was geschehen darf man den Vorwurf der Gehässigkeit nicht mehr scheuen: wir brauchen ein Gesetz über die Verhaftung beharrlich widerspänstiger Priester. Auf die Dauer wird es nicht angehen, die geistlichen Orden in ihrem heutigen rechtlich unklaren Zustande bestehen, Processionen und Wallfahrten zur Belästigung und Beleidigung andersgläubiger Mitbürger mißbrauchen zu lassen. Die Maigesetze sind erst der Anfang einer energischen Kirchenpolitik.

Noch hat die Stunde der Versöhnung nicht geschlagen, noch müssen wir dem Schicksal danken, das einen Pius IX. auf den päpstlichen Stuhl berief. Doch bleibt der Staat sich selber treu, so wird eine Zeit kommen,

da die Curie sich in das Unvermeidliche findet. Auf eine klare reine Lösung des Streites hoffen wir nicht. Das Verhältniß zwischen Staat und Kirche bleibt seiner Natur nach irrational, und ein ehrlicher Verzicht auf unhaltbare Ansprüche ist dem Papstthum noch nie und nirgends entrissen worden. Aber eine stillschweigende Anerkennung vollendeter Thatsachen kann erfolgen, freilich erst nach Jahren. Der römische Stuhl ist schon einmal unterlegen im Kampfe mit dem deutschen Gedanken; er wird erfahren, daß die stolze Freiheit deutschen Geistes um nichts schwächer geworden, seit sie in der Rechtsordnung eines mächtigen nationalen Staates ein festes Bollwerk gefunden hat.

1874.

Das Reichs-Militärgesetz.

Berlin, 15. März 1874.

Die neue Staatswissenschaft glaubt längst nicht mehr an den schalen Gemeinplatz: „Das mag in der Theorie wahr sein, in der Praxis bewährt es sich nicht." Sie sucht die Welt der Erfahrung geistig zu beherrschen und erkennt bescheiden den wissenschaftlichen Unwerth jeder Doctrin, welche den Thatsachen widerstreitet. Nur auf einem Gebiete der Politik stehen Theorie und Praxis einander noch gegenüber in einem weiten Abstande, den ein stärkeres und wahrhaftigeres Geschlecht dereinst belächeln wird. Seit zweihundert Jahren fühlt der gebildete Europäer das Bedürfniß, von Zeit zu Zeit zu wehklagen über die schweren Opfer des „bewaffneten Friedens". Man beneidet das glückliche Eiland, das hinter den Silberwällen seiner Meere des barbarischen Machtmittels der Bajonette kaum bedarf; und wenngleich der ewige Friede nicht mehr zu den unverbrüchlichen Glaubenssätzen der Civilisation zählt, so bleibt doch jeder Denkende verpflichtet, zum Wenigsten auf die allmählich beginnende Entwaffnung, auf das erste rosige Morgengrauen der Völkergemüthlichkeit zu hoffen. Derweil die Theorie also die allgemeine Abrüstung mindestens als das letzte Ziel der Gesittung betrachtet, schreitet die übereinstimmende Praxis aller Mächte des Festlandes erfolgreich und beharrlich dem Ziele der allgemeinen Rüstung zu, und jeder Staat, der in diesem harten Wetteifer zurückbleibt, wird von zermalmenden Schicksalsschlägen, von Schmach und Unheil heimgesucht.

Die öffentliche Meinung weiß sich dies hartnäckige Abweichen von den Bahnen der Menschlichkeit allein aus der ansteckenden Macht der argen Leidenschaft zu erklären; man zahlt seufzend die schweren Steuern für das Heer und berechnet kopfschüttelnd, wie viele Straßen und Eisenbahnen sich dafür bauen ließen. Nur wenige verhärtete Naturen wagen den Spieß umzukehren und fragen, ob nicht vielleicht jene barbarische

Staatspraxis der Vernunft der Geschichte entspreche, und der Fehler allein auf Seiten der humanen Theorie zu suchen sei. Es bleibt doch ein Widersinn, die Ausgaben für die Macht des Staates kurzweg als Opfer aufzufassen, da ja Geld und Geldeswerth ohne den Staat und seine Macht gar nicht auf der Welt wären. Wie alle echte Gesittung unser Geschlecht zur Natur zurückleitet, so muß sie auch die älteste und einfachste der männlichen Tugenden, die Tapferkeit wieder zu Ehren bringen. Die Verkümmerung der Wehrkraft ist nicht ein Vorzug, sondern ein Gebrechen des englischen Staates. Ein vernünftiger Zustand der Völkergesellschaft läßt sich nur in der Form denken, daß große Mächte mit sehr zahlreichen und wohlgerüsteten nationalen Heeren neben einander bestehen, durch ihre Stärke gegenseitig den Frieden gebietend.

Doch wozu in diese Abgründe der politischen Metaphysik niedertauchen? Die lebende Generation kommt von ihrem festgewurzelten volkswirthschaftlichen Staatsbegriffe nicht mehr los. Sie wird fortfahren ihren Materialismus für Menschenliebe, ihre Selbstsucht für Bildung auszugeben, und wenn ihr ein Emanuel Geibel mahnend ins Ohr ruft: „eisern, eisern ist die Zeit", so wird sie den Sänger schelten und schließlich doch — in seinem Sinne handeln. In der Politik kommt wenig darauf an, ob das Nothwendige unter Seufzen und Klagen oder aus klarer Einsicht heraus vollzogen wird — wenn es nur geschieht. Und daß es geschieht, daß die Lebensbedürfnisse der Macht unseres Staates befriedigt werden müssen, dafür sorgt unerbittlich der Gang der Geschichte. Die Einheit Deutschlands hat alle Grundlagen der alten Völkergesellschaft verschoben; nur unsere Wachsamkeit und unsere Stärke können die neue Gestalt des Staatensystems aufrecht halten. Alle Nachbarstaaten wetteifern, die Formen des Heerwesens, denen wir unsere Ueberlegenheit danken, getreulich nachzubilden. Mit fieberischer Hast betreibt Frankreich seine oeuvre de vengeance. Niemand dort verhehlt, welchem Zwecke die gewaltige Friedenspräsenzstärke von 481,000 Mann dienen soll, und Niemand bei uns weiß, wie lange die glückliche Eintracht der vier anderen Mächte des Festlandes währen wird. Der überwältigenden Beredsamkeit solcher Thatsachen vermag kein politischer Kopf zu widerstehen; darin sind Gott sei Dank alle reichstreuen Parteien einig, daß von dem heutigen Bestande unseres Heeres kein Mann und kein Thaler abgedungen werden darf.

Bei dieser ehrenhaften patriotischen Gesinnung der großen Mehrheit des Reichstags hat das von Neuem vorgelegte Reichsmilitärgesetz nur geringen praktischen Werth für den Augenblick. Um so größer ist seine principielle Bedeutung für die Ausbildung unseres Staatsrechts. Seit sieben Jahren, seit der Begründung des norddeutschen Bundes fehlt uns

der feste gesetzliche Boden für das Heer, das unseren Staat geschaffen hat und unter den Institutionen des Reichs unzweifelhaft die wichtigste, für die nationale Einheit das stärkste Band bleibt. Während alle großen Aemter der Reichsverwaltung längst gesetzlich geordnet sind, und kein Parlamentsbeschluß das Reichskanzleramt einseitig aufheben kann, war der Bestand des Heeres bisher nur ein Provisorium, von Zeit zu Zeit verlängert durch die Bewilligung von Pauschsummen. Jetzt ist die Aufgabe, diese häßlichste Lücke des Reichsrechts endlich auszufüllen, die Stärke des Heeres durch Gesetz festzustellen und dadurch erst dem Parlamente eine wirksame Controle über den wichtigsten Theil der Reichsausgaben zu verschaffen.

Der junge deutsche Staat zeigt überall eine derbe nationale Eigenart; er schafft sich seine constitutionellen Formen aus den Bedürfnissen seines Wesens heraus, bald freier bald gebundener als die herrschende Doctrin fordert. Und wenn wir irgendwo berechtigt sind der eigenen Natur unseres Staates, nicht fremden Vorbildern zu folgen, so doch sicherlich in unserem Heerwesen, das allen anderen Völkern als vielbeneidetes und nie erreichtes Muster gilt. Giebt es unter uns noch Schwärmer, die sich für die englische Meuterei-Acte begeistern, so darf man wohl fragen, ob sie jenes wunderliche Gesetz jemals gelesen haben. Die Acte stammt bekanntlich aus dem siebzehnten Jahrhundert, aus erregten Zeiten, da die willkürlichen Truppenwerbungen der Stuarts und die Dragoner Cromwell's noch in frischer Erinnerung lebten, und eine stehende Heeresmacht als der Tod aller bürgerlichen Freiheit galt. Das Gesetz beginnt in feierlichem Whereas-Stile: „Sintemalen das Ausheben oder Halten eines stehenden Heeres in Friedenszeiten, es sei denn mit Genehmigung des Parlaments, ungesetzlich ist (is against law)", und versichert dann, daß gleichwohl gegenwärtig zur Sicherung des Vereinigten Königreichs ein Heer von 120,366 Mann gehalten werden müsse. Demgemäß werden für dies in Bausch und Bogen genehmigte Heer auch die Geldmittel in großen Pauschsummen bewilligt. Wer kann dies lesen ohne zu lächeln über die Zumuthung, daß Crösus beim Irus betteln gehen, daß unser Volk in Waffen, unsere durch die Verfassung zum Heerdienste verpflichtete Nation vom Parlamente ebenso behandelt werden solle wie das ungesetzliche Söldnerheer von England? Und wer sieht nicht, daß ein so summarisch ausgeübtes Budgetrecht die Heeresverwaltung von jeder ernstlichen parlamentarischen Controle befreit? In ruhigen Zeiten wird Alles bewilligt, was die Regierung fordert; nur in Tagen europäischer Wirren oder wenn ein Cabinet gestürzt werden soll, hadern die Parteien über die Stärke des Heeres — wahrlich nicht um des Heeres willen. Ebensowenig

kann unser Reich lernen von den Verfassungen der deutschen Kleinstaaten, welche fast sämmtlich den Landtagen das Recht einräumten, alljährlich oder aller drei Jahre die Friedensstärke der Armee festzustellen. In allen diesen Grundgesetzen spielen constitutionelle Doctrinen und altständische Ueberlieferungen wüst durcheinander; der altständische Staat aber ist niemals hinausgekommen über die Vorstellung, daß das Heer eine Anomalie im Gemeinwesen bilde. Der haltlose Zustand ward nur darum erträglich, weil die Heere dieser Mächte so gar nichts bedeuteten, und weil der Bundestag dafür sorgte, daß die Landtage ihr Budgetrecht nicht bis zur gänzlichen Zerstörung der Armeen ausbeuteten.

Unter allen deutschen Heeren war allein das preußische in seinem Bestande gesetzlich gesichert. Wie die Hohenzollern schon in den Tagen des Cantonsystems ihre Armee dem Belieben der alten Landstände entzogen hatten, so wurde nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Cabinetsordre vom 23. Dezember 1819 die Anzahl und die Präsenzstärke der Cadres der Armee ein- für allemal gesetzlich bestimmt. Dies Gesetz mit seinen Ergänzungen ist vier Jahrzehnte lang unverbrüchlich gehalten und auch durch die preußische Verfassung nicht beseitigt worden. Bei allen Budgetdebatten des preußischen Landtags galt die gesetzliche Friedenspräsenzstärke als selbstverständliche Voraussetzung; keine Partei wagte daran zu rühren. Erst der unselige Verfassungskonflikt hat dies gute alte preußische Recht zerstört; durch die Fehler beider Theile ward damals das Heer in jenes rechtlich unklare Provisorium hineingedrängt, das sodann als ein trauriges Erbtheil auf das deutsche Reich überging.

Die alte preußische Ordnung entspricht allein dem Wesen des Heeres als einer dauernden, regelmäßigen und von Grund aus monarchischen Einrichtung des Staates. Es darf dem Parlamente nicht freistehen, gegen den Willen der Krone den Bestand des Heeres zu erschüttern durch einseitige Beschlüsse, welche bei unserer langen Dienstzeit zwölf Jahre lang nachwirken. Die gesetzlich feststehende Friedenspräsenzstärke bietet zugleich das einzige Mittel um die schwerste aller Staatslasten mit einiger Gerechtigkeit auf die Staatsbürger zu vertheilen. Das System der allgemeinen Wehrpflicht will alle Wehrfähigen ohne Ausnahme die Schule des Heeres durchlaufen lassen und führt also, streng eingehalten, bei steigender Bevölkerung zur Einstellung einer stetig wachsenden Rekrutenzahl. Dies Ideal ist bekanntlich unerreichbar; weder der Staatshaushalt noch die Volkswirthschaft verträgt eine so harte Belastung, auch die Ausbildung der Mannschaften würde leiden unter einer allzu starken Masse von Rekruten. Darum wird stets ein Theil der Wehrpflichtigen der Ersatzreserve zugewiesen — gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung. Sollen

nun diese unvermeidlichen Verletzungen des Gesetzes nicht bedenklich überhand nehmen, soll die Ausnahme nicht zur Regel werden, so muß die Heeresverwaltung über eine feste Friedenspräsenzstärke gebieten und dadurch in den Stand kommen, ein annähernd gleichmäßiges Verfahren bei der Einstellung der jungen Mannschaften einzuhalten. Das Parlament steht nicht über dem Grundgesetze. Wo die allgemeine Wehrpflicht kraft der Verfassung gilt, da ist die Volksvertretung nicht berechtigt eine beliebige Anzahl Wehrfähiger von ihrer gesetzlichen Verpflichtung zu entbinden und also die allgemeine Wehrpflicht durch ein System des Ausloosens zu verdrängen.

Was ist nun die Absicht des neuen Gesetzentwurfs? Er will im Wesentlichen nichts Neues schaffen, sondern lediglich die in zahlreichen Instruktionen und Verordnungen zerstreute preußische Militärgesetzgebung, das Ergebniß der Erfahrungen eines halben Jahrhunderts, sichten und codificiren. Er entspricht dadurch den Forderungen des constitutionellen Rechtsstaates, der überall darnach drängt die Befugnisse der Verwaltung in feste gesetzliche Schranken einzuschließen. Die Aushebung, die Entlassung der Mannschaften, viele andere Aufgaben der Militärverwaltung, welche bisher durch Verordnungen der executiven Gewalt geregelt wurden, empfangen jetzt ihre klare gesetzliche Ordnung. Und während der Artikel 63 der Verfassung dem Kaiser allein überläßt den Präsenzstand, die Eintheilung und die Gliederung des Contingents des Reichsheeres zu bestimmen, wird dieses Recht der Krone durch das neue Gesetz erheblich beschränkt. Die Zahl der Armeecorps, der Bataillone, Escadrons und Batterien steht fortan fest. Dem Kriegsherrn bleibt nur das Recht, die Zwischenglieder dieser Truppenkörper — Divisionen, Brigaden, Regimenter, Compagnien — nach freiem Ermessen zu formiren. Steht aber die Zahl der Cadres fest, so ergiebt sich von selbst eine dauernde Friedenspräsenzstärke, mag man sie nun in einer Gesammtsumme aussprechen oder durch Zusammenzählung der Präsenz der einzelnen Cadres finden. Der Entwurf bezeichnet also die Rückkehr zu der alten preußischen Ordnung; er erfüllt die Forderungen, welche einst in den stürmischen Tagen des Conflikts von Forckenbeck und Gneist gestellt wurden.

Liegt darin eine Schmälerung des parlamentarischen Budgetrechts? Gewiß, wenn man sich unter Budgetrecht die schrankenlose Verfügung des Reichstags über alle Reichsausgaben denken will. Gewiß nicht, wenn man erwägt, daß ein Budgetrecht in diesem rohen Sinne noch nie und nirgends bestanden hat. Jedes Gesetz, das dauernde Institutionen schafft, begründet auch gesetzliche Ausgaben, die das Parlament nicht verweigern darf; und so will auch der Entwurf des Wehrgesetzes dem Militärbudget einfach die-

selbe Form geben, welche für das Budget des Reichskanzleramts u. s. f. längst besteht, er will einem ungesunden Ausnahmezustande ein Ende bereiten.

Jede Nation mit allgemeiner Wehrpflicht wird durch die Natur ihres Heerwesens zur Aufstellung einer festen Präsenzstärke gedrängt. In Frankreich galt die freie parlamentarische Bewilligung der Friedenspräsenz achtzig Jahre lang als politisches Dogma, und man kennt den Zauber der doktrinären Schablone in diesem Lande. Doch kaum war der Staat vom Systeme der Stellvertretung zur allgemeinen Wehrpflicht übergegangen, so erschien auch das Gesetz vom 24. Juli 1873, das im Art. 6 verheißt, ein Specialgesetz werde die Zahl und Stärke aller Cadres auf Kriegs- und Friedensfuß bestimmen. Selbst die Kriegsformation soll also gesetzlich festgestellt werden, während wir Deutschen nach dem Rathe unseres großen Feldherrn diese dem Gange der Ereignisse anheimstellen und uns bescheiden, nur die Friedensstärke durch Gesetz zu regeln. Es geht nicht an, durch die unberechenbaren Wechselfälle des Parteikampfs entscheiden zu lassen, wie viele unserer Söhne die schwere Bürgerpflicht, die zugleich ihr edles Recht ist, wirklich tragen sollen. Es geht nicht an, einem Parlamente aller drei oder fünf Jahre die Frage vorzulegen, wie viel Mann noch ein leistungsfähiges Bataillon bilden; denn man versteht ganz nur was man selber zu verantworten hat, und bei allem Fleiße seiner Militärkommissionen wird ein Parlament niemals dahin gelangen, solche technische Einzelheiten mit militärischer Sachkenntniß zu beurtheilen. Wohin gerathen wir, wenn jemals die Wahlkandidaten des allgemeinen Stimmrechts durch das Anbieten niedriger Präsenzziffern um die Gunst der Massen feilschen sollten? Nein, der Reichstag ist um des Reiches willen da. Die Macht des Reiches darf nicht als ein Spielball dienen, um die Kraftfülle parlamentarischer Mehrheiten daran zu erproben; alle parlamentarischen Rechte haben nur den Zweck die Sicherheit und Freiheit der Nation zu schützen.

Und liegt denn nicht auf der Hand, daß der Reichstag erst durch dies Gesetz das Recht ernstlicher Aufsicht über die Heeresverwaltung gewinnt, das er früher noch nie geübt hat? Bisher war die Regierung befugt 401,659 Mann unter den Fahnen zu halten; sie empfing dafür die Pauschsumme von 225 Thalern für den Kopf. Da diese Summe bei den heutigen Preisen nirgends ausreichte, so führte man zwar die volle Präsenzstärke in den Verpflegungslisten auf, hielt aber thatsächlich nur eine weit geringere Truppenzahl. Während des Herbsturlaubs 1873 fehlten allein in den preußisch-sächsischen Armeecorps 110,412 Mann an der verfassungsmäßigen Etatsstärke, und selbst im Juli desselben Jahres, zur Zeit der großen Uebungen, blieb der Bestand noch um 13,120 Mann hinter dem Ansatz der Verpflegungslisten zurück. Die Regierung selber

ist dieser Uebertragungen und Virements müde. Die alten militärischen Vorurtheile gegen das Budgetrecht sind fast gänzlich verschwunden. Das Kriegsministerium wünscht dem Reichstage alljährlich genaue Rechenschaft zu geben. Erst durch das neue Gesetz wird ein klarer und wahrer Militär-Etat möglich und der Reichstag in den Stand gesetzt, von der Präsenz jedes Mannes und der Verwendung jedes Thalers sich zu überzeugen.

Alle diese unliebsamen Wahrheiten, die noch vor zehn Jahren einen Sturm der Entrüstung im liberalen Lager erregt hätten, werden heute von den freieren Köpfen der reichstreuen Parteien zugegeben. Eine lange stille Arbeit ehrenwerther Selbstprüfung hat sich im Schooße der liberalen Partei vollzogen. Man fühlt, daß es mit der Heeresbewilligung nicht anders steht wie mit der Steuerbewilligung: das Recht der unbedingten Steuerverweigerung ist eine Illusion, weil es den Staat selber bedroht; nur dann gebietet das Parlament wirklich über den Staatshaushalt, wenn neben den beweglichen auch permanente Steuern vorhanden sind. So begreift man auch endlich, das unbeschränkte Recht des Reichstags, die Friedenspräsenzstärke periodisch zu bewilligen, wäre in der Hand einer reichstreuen Mehrheit eine leere Form, in der Hand unserer Gegner eine Gefahr für das Vaterland. Man erkennt die Nothwendigkeit einer gesetzlich geordneten Friedenspräsenzstärke; aber da diese Zahl thatsächlich in den letzten Jahren stark geschwankt hat, so sucht man nach einem gesetzlichen Maximum und Minimum. Zwischen diesen beiden Ziffern soll dann das parlamentarische Bewilligungsrecht freien Spielraum haben. Dringt dieser Gedanke durch, so ist der rechte Ausweg gefunden; das Budgetrecht des Reichstags wird gewährt ohne den Bestand des Heeres zu gefährden, und dabei bleibt die Möglichkeit einiger Erleichterungen für die Zukunft offen. Wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Lage Europa's dereinst sich friedlicher gestalten, und daß die zunehmende Volksbildung im Laufe der Jahre gestatten wird die durchschnittliche Dienstzeit etwas herabzusetzen. Wie hoch die feste Minimalziffer zu bemessen sei? — das ist die Frage, welche heute den Reichstag in lebhafter Spannung hält.

Wer darüber urtheilen will, muß ausgehen von dem Satze, daß der Entwurf nur bestehendes Recht codificiren soll. Rechtens aber ist bei uns die allgemeine Wehrpflicht und die dreijährige Dienstzeit unter den Fahnen des stehenden Heeres. Es kann nicht die Absicht sein, diese Grundsätze der Reichsverfassung auf einem Umwege zu beseitigen. Die Zeit mag kommen, da wir Gott danken werden für jeden wohlausgebildeten Soldaten; uns bleibt die Aufgabe, eine möglichst große Zahl der Wehrfähigen wehrhaft zu machen. Eine unheimliche Verwilderung nimmt über-

hand unter den arbeitenden Klassen; die Masse wird irr an dem Glauben der Väter und verliert das alte fromme Pflichtgefühl; niemals ist uns der sittliche Segen kriegerischer Mannszucht unentbehrlicher gewesen. Auch über die dreijährige Dienstzeit denkt man heute anders als in den Zeiten des Conflicts; die Begeisterung für die Miliz hat in Gambetta ihren Todtengräber gefunden. Die Heerführer, die in blutigen Tagen das Schicksal der Nation auf ihre Schultern nehmen, dürfen doch sicherlich fordern, daß wir das Heer in einem Zustande erhalten, der ihr Vertrauen, ihre Siegeszuversicht erweckt. Das Urtheil unserer Generale geht in völliger Uebereinstimmung dahin, daß wir der dreijährigen Dienstzeit als Regel nicht entbehren können — obwohl die militärische Kritik heutzutage sich etwas freimüthiger äußern darf als vor Zeiten. Fast noch lehrreicher ist die Ansicht jener Offiziere, welche vormals den Armeen der Kleinstaaten angehörten. In diesen Kreisen pflegte man einst zu spotten über den preußischen Kamaschendienst; seit den Erfahrungen des französischen Krieges ist die Meinung völlig umgeschlagen zu Gunsten der drei Jahre. Die moderne Kriegführung fordert von dem Soldaten große Marschleistungen, geweckten Verstand und eiserne Mannszucht; das zerstreute Gefecht führt zur Auflösung, zu dem berufenen „Durchbrennen nach vorn", wenn die Truppen nicht gewöhnt sind in der Hand des Führers zu bleiben. Diese gründliche Durchbildung wird, trotz der angestrengten Lehrthätigkeit der Offiziere, bei der Mehrzahl der Mannschaften erst im dritten Jahre erreicht. Sie ist um so werthvoller, da die entscheidenden Schläge der neueren Kriege meist zu Anfang des Feldzugs erfolgen. Die große Ueberlegenheit der preußischen Regimenter im letzten Kriege, die man wohl aus Dankbarkeit gegen die Bundesgenossen mit Stillschweigen übergehen doch schlechterdings nicht ableugnen kann, beruhte vornehmlich auf der längeren Dienstzeit des Durchschnitts der Mannschaften. So das Urtheil fast in allen Offizierskreisen.

Darum scheint es rechtlich und politisch geboten, die Minimalziffer der Friedenspräsenz also zu bestimmen, daß weder die allgemeine Wehrpflicht noch die dreijährige Dienstzeit zum leeren Scheine wird. Die Reichsregierung forderte Anfangs die bisherige gesetzliche Präsenzstärke von 401,659 Mann, 0,978 Procent von den 41 Millionen unserer Bevölkerung, während Frankreich mit 37 Mill. Einwohnern über 481,000 Mann unter den Fahnen hält. Es leuchtet ein, daß schon bei dieser Präsenzstärke weder alle Wehrpflichtigen eingestellt werden, noch alle Eingestellten drei Jahre dienen können. Inzwischen ist die Regierung dem Reichstage noch um einen Schritt entgegenkommen; sie will jene Ziffer nur als Maximum gelten lassen und verlangt als Minimum eine Durchschnittsziffer

von 385,000 Mann. Das bedeutet freilich eine Erhöhung der Präsenzstärke der jüngsten Jahre, die nicht über 360,000 Mann betrug. Aber im Kriegsministerium besteht die feste Ueberzeugung, daß die bisherige Präsenzstärke, ein Ergebniß des Pauschquantums und der finanziellen Verlegenheit, keineswegs genüge; man will eine größere Zahl der Mannschaften in das dritte Jahr hinein dienen lassen, um nicht die Ausbildung der Truppen ernstlich zu schädigen. Die Compagnie auf Friedensfuß zählte bis zum Jahre 1872 ungefähr 116 Gemeine, davon etwa 45 im ersten, 45 im zweiten, höchstens 26 im dritten Dienstjahr. Unter den Letzteren sind vielleicht sechs unbrauchbare Leute, die zur Verzweiflung der Offiziere die Straflisten füllen; die anderen Zwanzig sind die besten Schützen, die besten Felddienstsoldaten, der Kern der Compagnie. Diesen Kern zu schwächen ist schon darum unmöglich, weil die vorzeitige Entlassung als Lohn gilt für tüchtige Leistungen; erhebt man die zweijährige Dienstzeit zur Regel, so fällt ein wirksamer Sporn für den Fleiß der Mannschaften hinweg. Die Regierung glaubt nur dann für die Tüchtigkeit der Infanterie einstehen zu können, wenn die Cadres verstärkt werden und blos eine Minderzahl ausgezeichneter Soldaten schon nach zwei Jahren ihre Entlassung erhält. Daß diese Ansicht nicht eine Vorspiegelung ist, erfunden um den Reichstag williger zu stimmen, sondern eine wohlerwogene Ueberzeugung, dafür spricht eine wichtige, im Publicum selten beachtete Thatsache. Als wir das Elsaß wiedergewannen, war die Reichsregierung in der Lage ein durchaus neues Armeecorps zu bilden. Sie zog es vor, einige Regimenter aus der alten Armee zu entnehmen und zu einem fünfzehnten Corps zu vereinigen; nur die technischen Truppen dieses Armeecorps sind neu formirt. Der Ueberschuß von 16,000 Mann, welcher dem Heere durch die Erwerbung der Reichslande zuwuchs, ward verwendet um die bestehenden Cadres zu verstärken. So fest stand schon damals die Einsicht, daß die Präsenzstärke nicht ausreiche!

Im Reichstage schwirren die Meinungen noch wirr durcheinander. Die Clericalen vertheidigen die zweijährige Dienstzeit — ein verfassungswidriges Verlangen, das nur dazu dienen kann, die reichstreuen Parteien der Krone näher zu führen. Auf der Linken überwiegt noch der alte Lehrsatz der periodischen Heeresbewilligung; er wird an dem festen Willen der Krone unzweifelhaft scheitern. Ebenso aussichtslos ist der naive Plan, ein völlig ungenügendes Minimum grundsätzlich aufzustellen, auf daß die Macht des Parlaments einen breiten Spielraum finde. Ein großer Theil der Mittelparteien hofft noch die gegenwärtige thatsächliche Präsenzstärke von 360,000 Mann als Durchschnittsziffer festzuhalten: warum die Cadres verstärken, da das Heer im letzten Kriege sich so glänzend bewährte? Da-

bei übersieht man nur, daß in einem neuen Kriege nicht mehr acht, sondern achtzehn französische Armeecorps uns im Felde begegnen werden, und wer weiß denn, ob wir nochmals so glücklich sind nur gegen Eine Großmacht zu kämpfen!

Es kommt der Presse nicht zu, Compromisse vorzuschlagen, die sich allein aus den Verhandlungen der Factoren der Gesetzgebung ergeben können. Großes wäre schon erreicht, sobald man nur erst einig würde über den Grundsatz einer festen Minimal- und Maximalziffer; dann hört der Prinzipienstreit auf, und der Kampf bewegt sich nur noch um eine Zweckmäßigkeitsfrage. In Fragen militärischer Zweckmäßigkeit aber gebührt der Stimme der Fachmänner doch wohl einige Beachtung. Sehr viel von ihrer letzten Forderung kann die Regierung nicht ablassen; kaum wahrscheinlich, daß sie im äußersten Falle mit einer Minimalziffer von 370,000 Mann sich begnügt. Es bleibt ja einer sparsamen Heeresverwaltung möglich, die Präsenzstärke dadurch zu verringern, daß die Entlassung der Reserven etwas früher, die Einstellung der Rekruten etwas später erfolgt. Doch diese Möglichkeit hat enge Grenzen, wenn die Tüchtigkeit der Truppen nicht leiden soll: und unsere Heerführer sind allesammt der Meinung, daß die Zwischenzeit zwischen Entlassung und Einstellung heute allzu lang sei. Nicht militärische Liebhabereien, sondern heilige Pflichten gegen die Nation zwingen den königlichen Sieger von Königgrätz und Sedan, in dieser Frage sehr zäh und fest zu bleiben. Was die Krone verlangt, liegt noch sehr weit ab von der wirklichen dreijährigen Dienstzeit; bei einer Präsenz von 385,000 Mann werden 47 bis 48 Rekruten in die Compagnie eingestellt, und der Infanterist dient im Durchschnitt 2 Jahr 5 Monat 13 Tage. Wird die Forderung des Kriegsministers nur um 5000 Mann herabgesetzt, so verringert man die Kriegsformation der Infanterie um 21,000 Mann; geht man auf eine Friedenspräsenz von 370,000 Mann herab, so ergiebt sich im Kriege ein Ausfall von 59,000 Mann; will man gar mit 360,000 Mann sich begnügen, so wird die Feldarmee um 92,862 Mann geschwächt. Wer hat den Muth zu behaupten, daß auf 93,000 Mann nichts ankomme, während rings umher alle Nachbarn gewaltig rüsten? Wo die Sicherheit des Vaterlandes auf dem Spiele steht, ist Vorsicht verzeihlicher als Leichtsinn, und keine Verschwendung erscheint so sträflich wie der Aufwand für ein Heer, das im entscheidenden Augenblicke nicht genügt.

Wenn die Krone sich verpflichtet, alljährlich für jede Ueberschreitung der Minimalziffer die Genehmigung des Reichstags nachzusuchen, so erhält das Parlament ein neues, sehr wichtiges Recht; die Regierung aber übernimmt eine Verbindlichkeit, die zuweilen sehr lästig werden kann.

Wie nun, wenn wieder einmal schwüle Tage kämen, wie jene vor dem französischen Kriege, und der Reichskanzler sich genöthigt sähe vor dem Reichstage auf den bewölkten Horizont der großen Politik hinzuweisen? Auch der Mißbrauch der parlamentarischen Rechte wird durch die feste Präsenzziffer nicht gänzlich verhindert. Eine reichsfeindliche Mehrheit wäre jederzeit im Stande, durch rücksichtslose Beschneidung des Militärbudgets dem Heere zu schaden; doch gegen ein reichsfeindliches Parlament — und wir fürchten nicht, es zu erleben — ist überhaupt kein anderes Kraut gewachsen als die Auflösung. Dagegen bildet die feste Präsenzstärke ein unschätzbares Bollwerk gegen particularistische Bestrebungen im Bundesrathe, sie ist ein Ring mehr in der Kette der Reichseinheit. Dieser wesentliche Vorzug des Entwurfs wird selten nach Gebühr gewürdigt. In einem zusammengesetzten Staate kann gar nicht genug geschehen um die Institutionen des Gesammtstaats zu sichern gegen die centrifugalen Kräfte.

Die unveränderliche Friedenspräsenzstärke ist allerdings eine sinkende Last für unsere steigende Bevölkerung, doch sie kann keineswegs zu einem unabänderlichen Armeebudget führen. Schon für das Jahr 1875 wird ein Mehrbedarf von etwa 15 Mill. Thlr. berechnet. Gewiß lassen sich noch einige Ersparnisse erreichen, sobald erst ein regelmäßiger Militäretat dem Hause vorliegen wird. Die Armee schleppt noch aus grauer Vorzeit allerhand altväterischen Luxus mit sich, so die kostspieligen Gouverneurstellen in mehren festen und offenen Plätzen; die kleine Bergfeste Königstein mit einer Compagnie Besatzung wird noch immer von einem General befehligt, obgleich sie ihre historische Bedeutung als königlich sächsisches Nationalheiligthum seit dem böhmischen Kriege verloren hat. Die Reiterei kostet weit mehr als nöthig, weil man alte glorreiche Erinnerungen allzu ängstlich schont. In den neueren Kriegen haben die Husaren nicht mehr geleistet als die minder kostspieligen Dragoner, die theuren Kürassiere entschieden weniger als die Uhlanen. Wie weit sich hier sparen läßt, ist für den Laien nicht leicht zu beurtheilen; man sieht nicht ab, was aus den schweren Rossen und den schweren Männern, die unser Nordosten liefert, werden soll. So viel scheint sicher, daß die Cavallerie, ohne Schaden für ihre Kriegstüchtigkeit, mit geringeren Kosten erhalten werden kann. Aber was bedeuten diese möglichen Ersparnisse neben dem Steig'en aller Preise, neben den unvermeidlichen beständigen Aenderungen in der Technik der Waffen und der sicheren Aussicht auf eine lange Zeit gespannter diplomatischer Verhältnisse? Alles in Allem geht unsere Heeresverwaltung mit der größten Sparsamkeit zu Werke; ja einzelne Verhältnisse in der Armee sind wahrhaft ärmlich. Oder ist es nicht armselig, daß wir unsere Volksschullehrer, die mit ihrer zwitter-

haften Halbbildung der festen Mannszucht dringend bedürfen, nur auf wenige Wochen unter den Fahnen halten, weil die bettelhafte Besoldung den Lehrerstand fast entvölkert hat? — Also muß die Nation darauf gefaßt sein, daß ihr Armeebudget mit der Zeit anschwellen wird. —

Noch niemals hat Deutschland einen so einfachen Wahlkampf gesehen wie im verwichenen Januar, und noch nie ist aus den Wahlen eine so verwickelte Gruppirung der Parteien hervorgegangen. Der Schlachtruf an der Wahlurne lautete kurzab: hie Rom! und: hie Deutschland! Ueberall wo die Clericalen nicht die Oberhand behaupteten, wurde Jedermann, der in dem großen Kampfe der Zeit auf Seiten der Kirche gestanden, unbarmherzig hinausgefegt. So ist denn die altconservative Partei bis auf wenige Trümmer aus dem Parlamente verschwunden — allerdings zur gerechten Strafe für ihre kirchenpolitischen Fehler; doch sie verdankt ihre Niederlage weit mehr der Feindschaft der Regierung als der Macht des Liberalismus. Die Conservativen erscheinen im Reichstage unzweifelhaft schwächer als sie im Lande sind, und ein solches Mißverhältniß rächt sich leicht an den Gegnern. Die reichsfeindlichen Parteien bilden eine geschlossene Masse, sie treiben unverhohlen systematische Opposition und behandeln sogar das harmlose Gesetz über den Impfzwang nach den Rücksichten der Parteitaktik. Der Schwerpunkt des Hauses liegt in dem linken Flügel der nationalliberalen Fraction. Die Partei hat zahlreiche neue Mitglieder gewonnen, darunter viele in politischen Kämpfen noch Unerfahrene. Ihre Stellung ist schwierig. Es fehlt das starke conservative Gegengewicht, das auf den früheren Reichstagen zur Versöhnlichkeit zwang; und den Liberalen fällt schwer in die Haltung einer Regierungspartei sich zu finden, da zwar ihre Gedanken, doch nicht ihre Personen den deutschen Staat regieren. An der Lösung der Militärfrage hängt die ganze Zukunft der Partei. Gelingt die Verständigung mit der Krone, so ist der Liberalismus sicher, auf ein Jahrzehnt hinaus durch seine Grundsätze und bald auch durch seine Männer das deutsche Reich zu beherrschen. Mißlingt die Vereinbarung, so werden die Conservativen wieder einmal Recht behalten mit ihrem alten höhnischen Vorwurf: der Liberalismus verstehe nur zu widersprechen, nicht zu regieren.

Was soll denn werden, wenn das Gesetz nicht zu Stande kommt? Möglich immerhin, daß die Regierung in das Unwillkommene sich ergiebt, den Entwurf zurückzieht und im Herbst den Militäretat für das nächste Jahr vorlegt. Doch selbst dieser friedliche Ausgang würde nur offenbaren, daß der Liberalismus einen ungeheuren Fehler begangen. Das Vertrauen zwischen der Regierung und den Liberalen wäre tief erschüttert in einem Augenblicke, da der Kampf wider Rom treue Eintracht fordert; die Con-

servativen fänden wieder den willkommenen Vorwand um sich als die natürlichen Stützen des Thrones zu gebärden, und das ganze weite Lager der Feinde des Reichs, von Posen bis nach Frankreich hinüber, hallte wieder von hellen Jubelrufen über die Niederlage der deutschen Krone. Mit lauernder Schadenfreude späht die französische Presse schon längst nach jeder Spur deutscher Zwietracht. Wie aber, wenn die Regierung den Reichstag auflöste? Dann würden die Gegner des Gesetzes mit Erstaunen die wirkliche Gesinnung dieses Volkes in Waffen kennen lernen. Die Nation weiß, daß ihr Dasein bedroht wird von der Rachsucht eines unversöhnlichen Feindes; sie liebt dies Heer, das ihre stolzesten Träume endlich zur Wahrheit gemacht hat; sie weiß, daß ihre Steuerlasten zwar schwer, doch nicht unerschwinglich sind. Sie hat von der großen Mehrzahl ihrer Vertreter die feierliche Zusage vernommen, die deutsche Wehrkraft solle nicht erschüttert werden; und da die Masse jene Feinheiten des Staatsrechts, welche heute den Reichstag beschäftigen, nicht verstehen kann, so wird der kleine Mann mit Recht oder Unrecht annehmen, er sei betrogen worden. Schon heute klagt man in den liberalen Kreisen des Südwestens bitter: wo denn die Schwierigkeit einer Frage liege, die dem Unkundigen allerdings sehr einfach scheint. Die Krone hat die conservativen Parteien geschwächt, indem sie die Hand von ihnen abzog; es steht bei ihr, die Gestürzten wieder zu erheben. Versteht die Regierung mit einigem Geschick das Volk vor die einfache Frage zu stellen: „für oder wider das deutsche Heer?", so werden, nach aller Wahrscheinlichkeit, die conservativen Kräfte des Reichs in ungeahnter Stärke erwachen.

Doch wir überlassen den Organen der Reaction diese trostlosen Bilder sich behaglich auszumalen. Noch besteht kein Grund, an dem Patriotismus und der Klugheit der Mehrheit des Reichstags irgend zu zweifeln. Eine Partei, die nach so langen ehrenvollen Kämpfen endlich dahin gelangt ist die Geschicke eines großen Reiches zu bestimmen, kann doch heute, da sie regiert, nicht zur Sklavin unhaltbarer Doctrinen werden. Die schwerste Machtfrage des deutschen Staatsrechts verlangt gebieterisch eine abschließende Entscheidung. Wenn der Ostermonat zu Ende geht — das ist unsere Hoffnung — wird das deutsche Heer endlich sein was es sein soll: eine dauernde, gesetzlich gesicherte Institution des Reiches. —

Der Socialismus und seine Gönner.

Berlin, 20. Juli 1874.

I.

Die Engländer preisen, nicht ohne Verwunderung, an ihrem Robert Peel, daß ein beständiger Drang des Zweifels und der Selbstprüfung, an active doubt, in ihm lebendig gewesen; sie bezeichnen damit eine der höchsten und seltensten Tugenden des Politikers. Auch dem begabten Menschen fällt es schwer, gleichen Schritt zu halten mit dem Leben seines Volkes; immer von Neuem tritt an ihn die Pflicht heran sich ernstlich zu fragen, ob er in Wahrheit noch ein Bürger sei der Welt, die ihn umgiebt. Zumal die alltäglichen Erscheinungen des socialen Lebens, die Verkehrsformen und Standesgewohnheiten, darin wir aufgewachsen, schmeicheln sich uns ein wie ein willkommener Zwang des Schicksals. Wer in diesem Zeitalter heißer Arbeit mit heftigen Ellenbogenstößen, mit der Gewissenlosigkeit des Handelnden sich Bahn bricht durch das Gedränge des Wettbewerbs, der wird kaum jemals auf den Zweifel verfallen: ist die Vertheilung der Güter, die Gliederung der Gesellschaft, der ich meine sociale Macht danke, auch gerecht und den sittlichen Ideen des Jahrhunderts gemäß?

Anders der stille deutsche Gelehrte. Lenkt er einmal seine Blicke auf die schweren Gebrechen und Widersprüche unseres socialen Lebens, so kann ihm jener thätige Zweifel, der den Mann der Geschäfte selten berührt, leicht zur gefährlichen Versuchung werden. Seine philosophische Bildung drängt ihn, die Grundbegriffe seiner Wissenschaft mit dem Pfluge der Kritik täglich umzuackern; sein reiches Wissen bietet ihm eine Fülle entgegengesetzter Gesichtspunkte, unheimlicher historischer Parallelen, bis schließlich der Boden unter seinen Füßen schwankt und der vielgestaltige Wunderbau der modernen Gesellschaft, das Werk der Arbeit reicher Jahrtausende, ihm nur als ein Zustand greulicher Verwesung erscheint. Der leidenschaftliche Parteikampf, welcher heute die deutsche nationalökonomische

Wissenschaft bewegt, zeigt genugsam, wohin solche maßlose Zweifelsucht führt. Besonnene Gelehrte wetteifern beharrlich neue „Fragen“ aufzuwerfen, die Niemand zu beantworten weiß. Männer der Mittelparteien erproben ihren Scharfsinn durch schonungsloses Verdammen unserer socialen Ordnung, reden über Alles was besteht mit einer ingrimmigen Bitterkeit, die wir sonst nur aus dem Munde der Demagogen zu vernehmen pflegten. Der Schopenhauersche Pessimismus — diese Modethorheit unserer Tage, die ihre jämmerliche Willensschwäche durch maßlosen Dünkel zu verdecken sucht — brütet über willkürlichen Geschichtskonstruktionen, stellt dem Volke Kants und Fichtes den Werdegang der Menschheit als eine ewige Krankheit dar und verleitet die Nationalökonomen zu einer volkswirthschaftlichen Erbsündenlehre, die um Nichts fruchtbarer und um Vieles trostloser ist als die theologische. Am letzten Ende dient dieses Heer von Anklagen, das sich gegen die bürgerliche Gesellschaft heranwälzt, doch nur als bequeme Flankendeckung für die Bestrebungen der Socialisten, der geschworenen Feinde jeder edlen Gesittung.

Eine grundtiefe Umwälzung, wie sie Deutschland erst einmal in den Tagen Luthers erlebte, ist über unser Volksleben hereingebrochen. Wir sind mit einem kühnen Sprunge aus der Dürftigkeit der Kleinstaaterei in die großen Verhältnisse des nationalen Staates hinübergetreten; wir haben die ungeheuren wirthschaftlichen Kräfte dieser Nation zu freiem Wettbewerb entfesselt, und während wir soeben zum ersten male ganz verstehen, was Geldwirthschaft ist, überrascht uns bereits die Wirthschaftsform der Zukunft, die Creditwirthschaft, durch eine Fülle neuer Gebilde. Diese plötzliche Erschütterung aller alten Ordnung und das entsetzliche Elend, womit die Völker stets den Uebergang zu neuen Wirthschaftsformen erkaufen müssen, haben den modernen Socialismus aus seiner französischen Heimath auf unseren Boden hinübergelockt. Noch ist der deutschen Socialdemokratie kein wahrhaft neuer, fruchtbarer Gedanke entsprungen, Nichts was nicht schon in Frankreich durch Wort und That seine Widerlegung gefunden hätte. Aber die Führer des Socialismus gebieten über eine prahlerische Zuversicht, die in der Geschichte deutschen Parteilebens ihres Gleichen nicht findet; sie erklären mit so hartnäckiger Frechheit Schwarz für Weiß und Weiß für Schwarz, daß der harmlose Zuhörer sich unwillkürlich fragt, ob er sich nicht vielleicht doch geirrt habe. Sie kennen als erfahrene Demagogen das Gemüth der Massen, das Verlangen des kleinen Mannes nach einer festen, sicheren, zweifellosen Autorität, die ihm imponirend entgegentritt; sie wissen, daß man dem Volke den Glauben an ein besseres Jenseits nur dann zu rauben vermag, wenn man ihm ein feistes Diesseits in nahe Aussicht stellt, und schildern darum den baaren Unsinn, das faule

und satte Schlaraffenleben der Zukunft in so bestimmten Umrissen, mit so brennenden Farben, als ob ein Zweifel gar nicht denkbar sei.

Der leitende Gedanke der ganzen Richtung ist unverkennbar die nackte Sinnlichkeit, die grundsätzliche Verleugnung Alles dessen, was den Menschen über das Thier emporhebt; ihr Glaubensbekenntniß — jenes classische Wort, das kürzlich im „Volksstaat" zu lesen stand: „Entweder es giebt einen Gott, dann wären wir freilich geleimt; oder es giebt keinen Gott, dann können wir an dem Bestehenden ändern so viel uns beliebt". Während die unseligen Menschen also zu der niedrigsten Stufe des Denkens, die ein vernünftiges Geschöpf erreichen kann, herabgesunken sind, verkündet Herr Hasenclever feierlich, er stehe auf der Höhe der Idee und die Waffen des Klassenstaats würden niemals zu ihm hinauf reichen. Widerspricht nun ein ehrlicher Mann, der ernsthaft an sich selber gearbeitet und darum mit Demuth seine eigene Kleinheit fühlt, mit Ehrfurcht die Gebilde einer tausendjährigen Geschichte betrachtet, so donnern ihm die Weltbeglücker barsch entgegen: Die träge Welt hat noch jede neue Wahrheit zuerst als Narrheit belächelt! In tausend Formen wiederholen sie die alte Gotteslästerung Beranger's, die einst Louis Blanc in der Literatur des Socialismus einbürgerte:

De la croix que son sang inonde
un fou qui meurt nous lègue un Dieu!

Nicht Jedermann findet auf solche Prahlereien die trockene Antwort, daß die träge Welt nicht blos neue Wahrheiten, sondern auch alte Narrheiten, die sich für neue Wahrheiten ausgeben, zu belächeln pflege, und daß es dem Propheten obliege Recht und Sinn seiner frohen Botschaft zu beweisen.

Auf das arglose Gemüth des Gelehrten macht die diktatorische Zuversicht der socialistischen Apostel doch einigen Eindruck. Er sagt sich, daß wir Gebildeten in diesem Zeitalter reflektirter Bildung von dem Gemüthsleben der Massen leider sehr wenig wissen, er sieht in den tobenden Volksversammlungen der Socialisten elementarische Kräfte entfesselt, deren Macht er nicht zu berechnen weiß. Er nimmt die Prahlereien der Demagogen für baare Münze und glaubt treuherzig, daß wirklich die „ungezählten Hungerbataillone des deutschen Reichs", entschlossen wie Ein Mann, hinter diesen Schreiern stünden. Aus den Reihen der Stände, welche unter der wirthschaftlichen Krisis der Gegenwart am schwersten leiden, der gebildeten Mittelklassen, dringen bittere und nur zu berechtigte Klagen an sein Ohr; so redet er sich ein, der Glaube an die Grundlagen aller bürgerlichen Ordnung sei in seinen Tiefen erschüttert. Um nur nicht ungerecht zu werden gegen eine Richtung, deren bodenlose Gemeinheit er im Stillen ahnt, kommt er den Gegnern Schritt für Schritt entgegen und

verhandelt so lange mit ihren Vorposten, bis die Führer, die über den harmlosen Mann sich in's Fäustchen lachen, ihn mit ihren Truppen umstellt haben und er mitten im Lager der Feinde steht. Dazu die Furcht vor den gestaltlosen Schreckbildern einer ungeheuren Zukunft. Wenn unsere besitzenden Klassen unleugbar oft durch ihre Gleichgiltigkeit gegen das Loos der Arbeiter gefehlt haben, so stehen wir heute im Begriff, durch die Angst vor den Massen uns noch weit schwerer zu versündigen. Ein sehr wohlmeinender und sehr frommer Gelehrter, E. Kuntze verkündet soeben in einer Schrift über die „sociale Frage“ als ganz unzweifelhaft: die internationale Socialdemokratie müsse, die Grenzen aller Länder durchbrechend, ringsum in Europa zur Herrschaft gelangen, und zuletzt werde eine weltbürgerliche Tyrannis, ein modernes Cäsarenthum, die Besitzenden von der Herrschaft des Pöbels erlösen, alle Europäer gleichmäßig unter ihr eisernes Joch beugen. — Und dies in dem glorreichen Jahrhundert, das die Einheit Deutschlands und Italiens wieder auferstehen sah!

Nein, wahrhaftig nicht mit dieser Seelenangst strümpfestrickender Betschwestern darf ein Volk, das soeben in drei Kriegen seine sittliche Kraft bewährt hat, in seine große Zukunft schauen. Solche nervöse Furchtsamkeit trägt die Hauptschuld an jener Verwirrung aller wissenschaftlichen und sittlichen Begriffe, die wir heute auf dem Gebiete der Volkswirthschaft befrembet wahrnehmen. Schon gilt es für unziemlich dem offenbaren Verbrechen mit sittlichem Ernst entgegenzutreten. Wenn der große Volksmann X. mit der üblichen rüpelhaften Betonung mir treuherzig erklärt, er denke zur rechten Stunde unsere Paläste und Akademien mit Petroleum anzufeuchten — so darf ich ihm nicht ebenso treuherzig erwidern: „großer Mann, ich finde das niederträchtig und werde mich nöthigenfalls zur Wehre setzen“. Nur ein geistloser Mensch oder ein hartherziger Krämer mag sich solche Antwort erlauben. Ich bin vielmehr verpflichtet anzuerkennen, die unholde Schale jener Drohungen umschließe einen edlen Kern unergründlicher social-politischer Weisheit — nur schade, daß besagter Volksmann diese Weisheit als elende Bourgeois-Halbheit entschieden verdammt.

Sollen wir fortfahren, durch ganze und halbe Zugeständnisse die Feinde aller idealistischen Bildung täglich zu ermuthigen? Eine Gesellschaft, welche nicht die Grundgedanken ihrer wirthschaftlichen Ordnung als unantastbar ansieht, verliert zuletzt jede Kraft des Widerstandes gegen die Barbarei. Hinter dem massiven common sense der Engländer, der die socialdemokratischen Träume ohne viel Federlesens als Aberwitz abfertigt, verbirgt sich viel hartherzige Klassenselbstsucht, viel gedankenlose Beschränkt-

heit, aber auch der politische Takt eines kampfgewohnten freien Volkes. Deßhalb allein ist die britische Arbeiterbewegung von den wüsten Orgien des Chartismus auf erreichbare Ziele abgelenkt und jene menschenfreundliche Fabrikgesetzgebung des neuen Englands, die wir Alle in unserem Vaterlande frei nachzubilden hoffen, ermöglicht worden — weil die Besitzenden dem erregten Haufen mit unbeirrter Ruhe zeigten, daß kein Stein und kein Brett aus dem Baue der bestehenden Eigenthumsordnung herausgebrochen werden dürfe. Der tapfere Rechtssinn der höheren Stände war allezeit der Felsen, daran der blinde Glaube mißleiteter Massen sich die Hörner abstieß.

Und kein Volk hat jemals fester Rechtsbegriffe so dringend bedurft wie heute das deutsche. Wer unter uns mag heute noch bezweifeln, was die erste und höchste Aufgabe dieser blutig erkauften Friedensjahre sei? Die gewaltigen Umwälzungen der jüngsten Zeit haben Politik und Volkswirthschaft dermaßen in den Vordergrund unseres nationalen Lebens gerückt, daß wir Gefahr laufen, das Eigenste unseres Wesens, den alten Adel deutscher Bildung zu verlieren. Das feste Haus des deutschen Staates steht aufgerichtet, stark genug jedes Kleinod edler Menschenbildung zu beherbergen; werden die prächtigen Gewölbe auch wirklich mit Schätzen sich füllen? Die harte Arbeitslast dieser Zeit, das Uebergewicht unserer Mittelklassen mit ihrer natürlichen Vorliebe für die Mittelmäßigkeit, der wenig entwickelte Formensinn und die wenig durchgebildeten geselligen Sitten unseres Volkes, das Alles droht uns amerikanischen Zuständen entgegenzutreiben — oder vielmehr einer Culturbarbarei, die noch häßlicher wäre als die Gesittung Amerikas, da der tief philosophisch angelegte Deutsche ohne reiche Bildung leicht verwildert. Noch steht unsere Wissenschaft als ein starker Damm vor diesen heranwogenden Fluthen. Aber alle Bildung bedarf des Gefühles der Sicherheit. Was könnte uns in solcher Lage grausamer treffen, als ein socialer Kampf — wenn die Begehrlichkeit des Pöbels, aufgestachelt durch unser scheues Zurückweichen, von dem frechen Worte zur frechen That schritte und dann die gemeine Angst um Haut und Beutel die letzten Trümmer des deutschen Idealismus auf dem Altar des goldenen Kalbes opferte?

Nichts hat die geistige Kraft der Franzosen so tief und nachhaltig geschädigt, wie jenes phantastische Buhlen mit dem Communismus, das zur Zeit des Julikönigthums für geistreich galt. Man schwärmte für die ekelhaften Erfindungen der socialistischen Muse Eugen Sue's, weil die Opposition zum guten Ton gehörte; man bewunderte den großen Chourineur, der freilich einige Dutzend seiner Mitmenschen gemetzelt hatte, doch ein Mann des Volkes und folglich fromm, engelrein und edel war.

Als aber in jener gräßlichen Junischlacht die wirklichen Chourineurs auf die Barrikaden stiegen und gefangene Soldaten bei lebendigem Leibe in Stücke sägten, da scholl der Angstruf der besitzenden Klassen gellend über Frankreich hin, und das Feuer der Idee verlosch für viele Jahre. Es folgte die blutige Rache, dann die Knechtschaft und der Sinnenrausch des zweiten Kaiserreichs, dann nochmals die Raserei der Commune und jene teuflisch kalte Grausamkeit der geretteten Gesellschaft, welche heute in Caledonien zum Entsetzen der Welt ihre Opfer foltert. Dürfen wir Deutschen aus doctrinärer Systemsucht und Begriffsspalterei in denselben Fehler verfallen, zu dem einst Widerspruchsgeist und Phantasterei die Franzosen verleitete? Nein, soll der schwere sociale Kampf der Gegenwart nicht, wie einst der Streit der Kirchen, zu einem Zeitalter der Bürgerkriege führen, sondern in der unscheinbaren Arbeit gewissenhafter Reformen seine friedliche Lösung finden, so muß wer ein Herz hat für deutsche Bildung ohne Vorbehalt eintreten für die wirthschaftliche Ordnung, welche diese Bildung stützt und trägt. Wir können den begründeten Forderungen der Masse — und es sind ihrer nur allzu viele — dann allein gerecht werden, wenn wir genau wissen und furchtlos aussprechen, was wir ihr nicht gewähren wollen. —

Beide Parteien der heutigen nationalökonomischen Wissenschaft, Kathedersocialisten und Manchestermänner — wie die gehässigen Kriegsnamen lauten — haben bisher die Spalten dieser Jahrbücher jederzeit offen gefunden. Wir hielten für wünschenswerth, daß die Gährung der Meinungen in ruhiger Debatte sich kläre. Wenn die Redaction heute unternimmt ihre eigene Ansicht über die „sociale Frage" darzustellen — dieser marktschreierische Ausdruck neu-napoleonischer Erfindung ist nun einmal leider in unsere anspruchslose Sprache aufgenommen — so muß ich weit ausholen und die Leser um geduldige Nachsicht bitten. Es wird nicht abgehen ohne die Wiederholung uralter Wahrheiten, da die ruhelose Kritik unserer Tage grade die Grundbegriffe der socialen Wissenschaft benagt und untergraben hat — und vielleicht auch nicht ohne einige Langeweile. Denn wer die Geschichte nimmt, wie sie ist, der bemerkt freilich nur selten das milde, kaum durch ein leichtes Gewölk getrübte Sonnenlicht, das in Ranke's Erzählungen einen zierlichen Kreis vornehmer und satter Menschen bestrahlt; er soll auch dem mißhandelten geringen Manne in die kummerblassen Züge schauen, er darf den Blick nicht scheu abwenden von jener Welt viehischer Leidenschaft, frecher Sünde, herzbrechenden Elends, welche seit den Sklavenkriegen des Alterthums bis zu den Raubzügen gallischer Bagauden, seit den Jacquerien des Mittelalters bis zu dem Mordbrande der Commune die Gebrechlichkeit unseres Geschlechtes stets von Neuem bekun-

det hat. Aber er sieht auch nicht, nach der Weise der Sensationsromane socialistischer Tendenzhistoriker, beständig einen schwarzen, von grellen Blitzen durchzuckten Gewitterhimmel über der historischen Welt. Er kann den holden Aberglauben an die natürliche Harmonie der Interessen nicht theilen, sondern bescheidet sich, in dem natürlichen Kampfe der Interessen das Walten sittlicher Gesetze aufzusuchen.

Ich gehe aus von der Abhandlung meines Freundes Schmoller über „die sociale Frage und den preußischen Staat", die wir im Aprilheft mittheilten. Dieser beredte Aufsatz ist mit lautem Lobe im „Neuen Social-Demokraten" nachgedruckt worden; nur der beste Theil der Arbeit, die Schilderung der Socialpolitik des preußischen Königthums ward, wie begreiflich, theils weggelassen, theils verhöhnt. Viele liberale Blätter andererseits schalten den Verfasser als einen Tempelschänder im socialen Reiche, ja — so gehässiger Ingrimm heftet sich an Alles, was die Klassenkämpfe der Gegenwart berührt — einzelne Stimmen schienen sehr geneigt, den Aufsatz dem Vaterauge der Staatsanwaltschaft zu empfehlen. Ich brauche nicht zu sagen, daß weder jenes Lob noch dieser Tadel mein Urtheil bestimmt; es geschieht ja zuweilen, daß gute Gedanken rascher von den Phantasten gewürdigt werden, als von besonnenen Männern. Ich würde fürchten Schmoller zu beleidigen, wollte ich erst versichern, daß man von ihm immer lernt auch wo man nicht beistimmt. Aber ich glaube, und ich hoffe zu beweisen, daß die leitenden Gedanken seiner Arbeit unhaltbar sind.

Die Socialisten pflegen ihre Zukunftsträume nicht aus der Natur des einzelnen Menschen, sondern aus dem Wesen der Gesellschaft abzuleiten; sie sehen in der Volkswirthschaft das Gebiet der gesellschaftlichen Zusammenhänge, wie Lassalle in seiner schwerfällig doctrinären Sprache sagt, und hierin liegt ihr bestes wissenschaftliches Verdienst. Auch Schmoller versucht seine düstere Ansicht der socialen Geschichte auf die Natur der menschlichen Gemeinschaft zu begründen. Er spricht kurzweg aus: „die wirthschaftliche Klassenbildung entspringt aus Unrecht und Gewalt", er sieht in diesem ursprünglichen Unrecht eine „gleichsam tragische Schuld", die sich vererbt von Geschlecht zu Geschlecht und erst nach Jahrtausenden in dem langsam erwachenden Rechtsgefühle der höheren Klassen eine niemals genügende Sühne findet. Angenommen, jene Behauptung sei wahr, so würde sie doch gar nichts erklären; sie läßt das Warum des Warum im Dunkeln. Ich frage: woher kommt denn „Unrecht und Gewalt"? wie ist es denn möglich, daß ein Stamm von Menschen den andern unterwerfen kann? Antwort: weil die Menschen ungleich sind von Natur, weil mit dem Dasein der Menschheit die Ungleichheit gegeben ist, weil selbst

in den halbthierischen Lebensformen roher Pfahlbauer eine Mehrheit von Menschen sich nicht denken läßt ohne die Ungleichheit der Gestaltung der Erdrinde, von der sie leben, ohne die Ungleichheit des Alters, des Geschlechts, der Kräfte des Leibes und der Seele, der Kinderzahl und der persönlichen Verbindungen, des Besitzes und des Glückes — mit einem Worte: ohne die Ungleichheit der Macht. Und die Macht entscheidet in den Daseinskämpfen ursprünglicher Menschheit.

Hier enthüllt sich denn sofort der Grundirrthum aller Socialisten und auch mancher gelehrten Nationalökonomen, welche so gern auf den Rationalismus des achtzehnten Jahrhunderts mitleidig herabsehen. Aus allen ihren Gedanken redet der leibhaftige Jean Jacques Rousseau; sie fußen sammt und sonders, die Meisten ohne es selber zu wissen, auf dem Wahngebilde der natürlichen Gleichheit der Menschen. Wer einmal durch dies gefärbte Glas geblickt, ist nicht mehr im Stande die historischen Dinge unbefangen zu betrachten. Wer aber die Geschichte nicht meistern, sondern bescheiden von ihr lernen will, der beginne mit der Erkenntniß, daß die Natur alle ihre höheren Geschöpfe ungleich bildet. Er versuche einen Gedanken bis in seine Tiefen zu verfolgen, der, scheinbar einfach und geringfügig, dem ernsten Sinne eine Welt neuer Anschauungen erschließt und das harte Absprechen über die Anfänge der menschlichen Gesellschaft von vornherein verbietet — den Gedanken nämlich, daß jeder Mensch sich selber ungleich ist im Verlaufe seines Lebens. Der Tod macht Alle gleich, sagt das sichere Gefühl des Volkes, und der fromme Glaube getröstet sich unserer Gleichheit vor Gott, denn alles irdische Leben ist Ungleichheit. Gewiß ist der Wilde dem Wilden weniger ungleich als wir Culturmenschen uns von einander unterscheiden, da Jener erst wenige Kräfte seines Wesens entwickelt hat; doch die vorhandene Ungleichheit wirkt in einfachen Zuständen unmittelbar, bedingend und gestaltend, auf die Gemeinschaft. Die Kraft ringt mit der Kraft, wo der Kleine dem Großen im Wege steht, da wird er gebändigt. An diesen nothwendigen Kämpfen haftet nicht mehr Unrecht, nicht mehr tragische Schuld als an jeder That unseres sündhaften Geschlechts. Daß der Starke den Schwachen bezwingt, ist die Vernunft jenes frühen Lebensalters der Menschheit, wie es die Vernunft des Kindes ist zu spielen und um den kommenden Tag nicht zu sorgen. Jene Hungerkriege, die wir noch heute unter den Negerstämmen erleben, sind innerhalb der wirthschaftlichen Zustände Inner-Afrika's ebenso nothwendig, ebenso berechtigt, wie der heilige Krieg, den ein edles Culturvolk zur Rettung der höchsten Güter seiner nationalen Gesittung führt. Hier wie dort wird um das Dasein gekämpft, hier um das sittliche, dort um das natürliche Leben; und der gesittete Mensch ist ebenso wenig be-

rechtigt über das „Unrecht“ jener Neger zu schelten, wie der Mann befugt ist die Vernunft der Kindheit anzuklagen. Wer da beklagt was ist und nicht anders sein kann, und sich erdenkt was nicht ist und nicht sein kann, der fällt in das Leere und Eitle.

Die bürgerliche Gesellschaft ist der Inbegriff der Verhältnisse gegenseitiger **Abhängigkeit**, welche mit der natürlichen Ungleichheit der Menschen, mit der Vertheilung von Besitz und Bildung gegeben sind und durch den Verkehr in einem unendlichen Werden sich täglich neu gestalten. Sicherlich empfängt die sociale Gemeinschaft ihre ersten Formen zunächst durch den rohen sinnlichen Trieb der Selbsterhaltung; aber steht es denn nicht ebenso mit allen Anfängen unserer Gesittung? Von jedem der großen ursprünglichen Vermögen der Menschheit gilt was Aristoteles vom Staate sagt: *γινομένη μὲν τοῦ ζῆν ἕνεκεν, οὖσα δὲ τοῦ εὖ ζῆν ἕνεκα* — sie entstehen um des Lebens willen und bestehen um des schönen und vernünftigen Daseins willen. Die Wissenschaft ist in ihren ersten Anfängen nur ein zusammengewürfelter Haufe von Kenntnissen, der aufbewahrt wird um den Zwecken des natürlichen Lebens zu dienen; Jahrtausende verfließen, bis dieser Nothbehelf des sinnlichen Menschen zu einer selbständigen Welt der Theorie heranwächst. Der Staat verfolgt ursprünglich nur den Zweck, die gegebene Ungleichheit der Volksgenossen durch seine Macht zu schützen, den Einzelwillen Schranken zu setzen; er wird ertragen um des Lebens, um der äußeren Ordnung willen und lernt erst spät seine sittliche Aufgabe verstehen. Die Sprache erhebt sich langsam aus dem Reiche der sinnlichen Anschauungen in das Gebiet der Ideen. Die Religion offenbart sich zuerst als die Furcht des natürlichen Menschen vor den unbegreiflichen Mächten, die sein Schicksal bestimmen; aus dieser sinnlichen Empfindung, aus den ersten Regungen des Causalitätstriebes und dem Drange die Außenwelt zu beseelen, steigt dann im Laufe der Jahrhunderte die Macht des lebendigen Glaubens empor. So empfängt auch alle sociale Ordnung ihre ursprüngliche Gestalt durch die sinnliche Bedürftigkeit des Menschen, und es bleibt hier wie überall die sittliche Aufgabe unseres Geschlechts, das Natürliche durch die Vernunft zu entwickeln, das Selbstische in das Allgemeine zu erheben. Das ist der Inhalt aller Geschichte.

Blicken wir von diesen allgemeinen Sätzen hinüber auf die Thatsachen der ältesten Geschichte, so wird vollends klar, daß die Theorie von dem ursprünglichen Unrecht den wirklichen Verlauf der Dinge gradezu auf den Kopf stellt. Jedermann weiß, das Menschengeschlecht wie der Einzelne vollzieht die größten Sprünge seiner Entwicklung in den Tagen der Kindheit; der Erwachsene kann nie wieder eine so grundtiefe Wandelung

seines ganzen Seins erleben wie einst da er sprechen lernte. Zu jenen großen ersten Schritten der jugendlichen Menschheit, welche immer wieder die Verwunderung der Rückschauenden erregen und auch den Skeptiker an die göttliche Vernunft der Geschichte erinnern, zählt aber unzweifelhaft — die Einführung der Sklaverei, eine rettende That der Cultur, die auf jene fernen Jahrtausende mindestens ebenso erweckend und sittigend eingewirkt hat wie das Christenthum auf eine spätere Epoche. Jägervölker kennen die Sklaverei nicht; denn der wehrlose Knecht ist hier werthlos, und in diesem rohen Dasein regt sich noch nicht der Gedanke, daß es menschlich sei, den Fremdling nicht zu fressen oder zu morden. Auch Hirtenvölker, so lange sie noch still für sich hinleben, bedürfen der Sklaven nicht; dem Heerdenbesitzer dienen die Stammgenossen und vielleicht Einzelne anderen Stammes, welche durch Schuld oder Unglück ihre Heerde verloren haben; hier ist das Gemeinwesen die erweiterte Familie und darum geschichtslos, ohne Entwickelung. Erst wenn die Völker seßhaft werden, tritt die Sklaverei in die Geschichte ein, mit ihr die erste schwache Ahnung von dem Werthe des Menschenlebens und die erste nachhaltige Arbeit.

Der Barbar verachtet die Arbeit, er schafft nur für das Heute, selbst der hochbegabte Germane pflog stolzer Ruhe nach der Erregung des Krieges und der Jagd. Nur die harte Faust des Siegers kann in jener rauhen Welt die für die Zukunft sorgende Arbeit erzwingen; nur so entsteht wirkliches Capital, die Vorbedingung aller reineren Gesittung. Ohne die scharfe Scheidung eines herrschenden und eines dienenden Standes sind die Anfänge der Cultur weder nachweisbar noch denkbar. Von der Trägheit der Barbaren zur Sklaverei, von da zur gebundenen und endlich zur freien Arbeit, das ist im Großen der aufsteigende Werdegang der Gesellschaft. Und wie jede große Wendung der Geschichte lange nachwirkend neue Kräfte der Gesittung entbindet, so kommt auch erst mit der Ansiedelung und der unfreien Arbeit ein Zustand leidlichen Friedens für das Menschengeschlecht. Niemand glaubt mehr an den Krieg Aller gegen Alle, womit einst Thomas Hobbes die Welt erschreckte. Nicht der Einzelne kämpft gegen den Einzelnen in den Anfängen der Geschichte; wohl aber steht der Stamm mißtrauisch gegen den Stamm und sieht in dem Fremdling den Feind. Die erste Berührung unfertiger Völker ist immer feindlich; nur tapfere Stämme haben ein Werden, eine Zukunft, während die feigen ohne Geschichte dahinwelken wie das matte Geschlecht auf den Inselwolken der Südsee. Erst dann kommt einige Ruhe und Stetigkeit in das historische Leben, wenn der Sieger lernt die Besiegten nicht mehr zu verjagen oder zu vernichten, sondern zu benutzen, sie als dienende Glieder seinem eigenen Gemeinwesen einzufügen. Nur durch Eroberung

und Unterjochung werden die Horden zu Völkern, fähig ein Bild der Menschheit aus sich heraus zu gestalten. Einen freundlicheren Weg zu so hohen Zielen kennt die Geschichte nicht; fest und derb sind die Fäden, die sie an ihrem Webstuhl ausspannt.

Und dieser ungeheure Fortschritt der menschlichen Dinge, eine Schonung für den Besiegten, ein Gewinn für den Sieger, dieser erste Beginn der Menschenachtung, des Friedens und der wirthschaftlichen Voraussicht — er wäre Unrecht und Gewalt? Nenne man ihn immerhin Gewalt, wenn man den Kleinsinn des Sittenrichters so weit treiben will, alle bahnbrechenden Thaten der Menschheit, auch die Reformation und die Gründung des deutschen Reiches, als Gewaltthaten abzufertigen. Aber wo ist das Unrecht? Wer bleibt denn Sieger in jenen elementarischen Kämpfen der Geschichte? Die Kasten Indiens sind bekanntlich das Vorbild der ständischen Gliederung aller indogermanischen Völker. Die Kaste aber heißt Varna, die Farbe. So bezeugt die Sprache was der Philosoph voraussetzt und der historische Forscher bestätigt: die weiße, höher begabte Rasse hat die dunklen, niederen überwältigt, und diese ursprüngliche Schichtung der Völkergeschiebe wirkt bestimmend fort auf den gesammten Verlauf der socialen Geschichte. Wo immer uns in helleren Jahrhunderten ein Daseinskampf der Völker entgegentritt — sei es die Ansiedelung der hellenischen Eroberer an dem Küstensaume der barbarischen Balkanhalbinsel, oder das Anstürmen der wandernden Germanen wider das alternde Rom, oder der Kampf der Deutschen wider die Wenden und Litthauer oder die Entdeckung der neuen Welt — überall waltet über einer Fülle des Werdens, schmerzlichen, kämpfereichen Werdens ruhevoll dasselbe sittliche Gesetz: das Gemeine soll dem Edlen dienen, das Veraltete dem Jugendlichen und erwirbt das Recht fortzudauern allein durch diesen Dienst. —

Nein, die Lehre vom socialen Apfelbiß und Sündenfall entstellt und verzeichnet die historischen Erscheinungen. Versuchen wir, auf dem entgegengesetzten Wege eine hoffnungsvollere und einfachere Ansicht der socialen Geschichte zu gewinnen. Wir stellen die Frage: wie hat der große Gedanke der Gleichheit seinen Weg gefunden inmitten der natürlichen Ungleichheit des Menschengeschlechts? und welche Schranken sind diesem Gedanken gesetzt durch die Natur der Gesellschaft?

Lassalle versuchte bekanntlich alle großen Institutionen der Gesellschaft kritisch zu vernichten, indem er behauptete, sie seien „historische, nicht logische Kategorien". Er handelte als ein weltkluger Demagog, denn man stelle nur Alles schlechthin in den Fluß der Zeit, und der frechen Willkür ist Thür und Thor geöffnet. Aber glücklicherweise ist diese Lehre ein

schülerhafter Irrthum. Wer von der Erkenntniß ausgeht, daß das Vernünftige ist — und ohne diesen Gedanken wird alles Philosophiren zur Spielerei — der gelangt sofort zu der Einsicht, daß absolute sittliche Ideen in der Geschichte vorhanden sein müssen — einer Wahrheit, welche von der empirischen Forschung durchweg bestätigt wird. Mit dem Dasein der Menschheit sind sittliche Ideen gegeben, die zunächst in sinnlicher, unfertiger Gestalt erscheinen und wohl ihre Form in unendlichem Wechsel verändern, doch niemals ihr Wesen. Die sittlichen Ideen nun, welche das wirthschaftliche Leben von Haus aus tragen und bestimmen, sind: die Ehe, das Eigenthum und die Gliederung der Gesellschaft — alle drei so unzertrennlich, daß sie mit einander stehen und fallen. Ehelose Völker haben nie bestanden, weil sie sich nicht denken lassen. Scheinbare Ausnahmen, Naturspiele gleichsam der Geschichte, wie Delos, wo kein Weib gebären, oder die sagenhafte Jomsburg, wo keine Frau leben durfte, stoßen die Regel nicht um, denn sie bestanden und dauerten nur durch das eheliche Leben der Nachbarn. In der Monogamie der modernen christlichen Völker, welche das Weib dem Manne sittlich gleich stellt, rechtlich unterordnet, ist die absolute Form der Ehe gefunden, unwandelbar bis an das Ende der Geschichte, mag immerhin in einer demokratischen Zukunft die Stellung der Kinder noch unabhängiger und an dem Rechte der Ehescheidung u. s. w. Einiges geändert werden. Was über die volle und unauflösliche Lebensgemeinschaft von Mann und Weib hinausstrebt, verfällt einfach dem sittlichen Schmutze, so die bekannte „freie Liebe“ der Socialisten, die kothgeborene Göttin des Bordells. Die Geschichte der Ehe ist typisch für die Entwicklung der Gesellschaft. Sie zeigt auf der einen Seite ein stetiges Wachsthum der persönlichen Freiheit, dergestalt daß die Ehe heutzutage, von den Schranken der Sippe, des Standes, des Volksthums fast völlig befreit, lediglich durch den Willen der Gatten begründet, und die häusliche Sitte der Gesinnung des Hauses selber überlassen wird; auf der anderen Seite die ebenso beständig wachsende Einwirkung des wirthschaftlichen Gesammtzustandes und des rechtlichen Gesammtwillens. Je enger die Menschen sich im Raume drängen, desto mehr wird die Ehe verspätet und der Einzelne abhängig von der Lage der Volkswirthschaft; und je klarer der Staat seine sittliche Aufgabe versteht, um so kräftiger übt er sein Recht, die Familie zur Erfüllung ihrer sittlichen Pflichten, vor Allem zur Erziehuug der Kinder zu zwingen.

Mit der Ehe ist das Eigenthum, mit dem Bette Tisch und Heerd gegeben. Die herkömmliche Lehre, wonach Occupation und Arbeit der Rechtsgrund des Eigenthums sein sollen, trifft nicht den Kern der Sache. Das Eigenthum ergiebt sich unmittelbar aus dem Begriffe der Persön-

lichkeit, aus dem Drange der Selbstbehauptung und Selbsterweiterung. Der Mensch ist und entfaltet sein Wesen nur indem er die Dinge seinem Willen unterwirft, sie zu Mitteln seines Willens erhebt. Die einfachsten Werkzeuge haben bekanntlich den Zweck, die Glieder des menschlichen Körpers zu verstärken und zu ersetzen; der Hammer ist die verhärtete Faust, Löffel und Becher die vervollkommnete hohle Hand. Nur weil der Trieb die Dinge zu beherrschen im Wesen der Persönlichkeit liegt, ist der rechtbildende Gemeingeist dahin gelangt, gewisse Acte wie Occupation und Arbeit als eigenthum=schaffend anzusehen. Erst unter diesem Gesichtspunkte wird der ganze Wahnsinn der communistischen Lehren offenbar; sie vernichten einfach die Persönlichkeit. Gesunde jugendliche Völker verstehen unter Freiheit zuerst immer das Recht des Mannes seinen eigenen Heerd zu haben und sich eine kleine Welt zu schaffen, die von seinem Willen beherrscht und ein Abbild seines eigenen Wesens wird. Ein unreifer, aber ein lebensfähiger Gedanke, der im Verlaufe der Geschichte wohl vertieft und erweitert, doch niemals aufgehoben werden kann. Grade in den Zeiten vollendeter Cultur, wo das Recht der Persönlichkeit und ihrer allseitigen Ausbildung tief und geistvoll verstanden wird, erscheint die Freude am Eigenthum sehr stark und unbefangen. Rafael und Leonardo, alle Heroen des Cinquecento leben des Glaubens, daß der königliche Mensch auch königlich erscheinen, in der Welt sich ausbreiten, für großes Schaffen großen Lohn finden müsse; und man betrachte nur einen Augenblick das Bildniß Albrecht Dürers um zu fühlen, wie auch dieser anspruchslosere Deutsche in denselben Anschauungen lebte. Da es in unseren Tagen des socialen Neides für geistreich gilt nur die Kehrseite des Eigenthums, die Sünden der Selbstsucht zu betonen, so scheint es nicht müßig wieder einmal an eine alte Wahrheit zu erinnern: der Mensch wird erst durch das Eigenthum was er sein soll, der Herr der Erde, er beseelt die Dinge, macht sie für sich lebendig erst indem er sie seinem Willen unterwirft. Nur das Eigenthum und, was damit untrennbar zusammenhängt, das Erbrecht giebt der Familie Bestand, dem Einzelnen die Aussicht, fortzudauern in seinen Werken und seinen Kindern, und dadurch erst sich völlig auszuleben.

Also gelangen wir von dem persönlichen Elemente, das der Begriff des Eigenthums enthält, sofort zur Erkenntniß seiner sittlichen Bedeutung für die Gesellschaft. Ein Volk umfaßt nicht blos die neben einander, sondern auch die nach einander lebenden Geschlechter. Mögen die Manchestermänner auch hier wieder über die Mystik der Historiker klagen — dieser einfache Gedanke, die reife Frucht der Arbeit der historischen Juristenschule, ist unanfechtbar, handgreiflich für den schlichten Sinn. Der Mensch

allein ist ein historisches, und darum das einzige wahrhaft gesellige Wesen. Er empfängt in Sprache und Sitte, in Recht und Wirthschaft die Werke der Väter; sie leben mit ihm und er schafft an ihnen; er steht als ein lebendiges und, wenn er will, als ein bewußtes Glied in der Kette der Zeiten. Auf Schritt und Tritt fühlt er die Schranken, welche dem historischen Willen gesetzt sind. Er lebt nur indem er der Gesammtbildung seines Volkes sich unterwirft; was den Genius zuweilen als eine beengende Fessel drückt ist für die träge Mehrheit ein heilsamer Zwang zum Fortschreiten, zur Thätigkeit. Die großen Jahresringe des Völkerlebens, die Generationen, sind durch eine Gemeinschaft der Lebensansicht zugleich verbunden und beschränkt, welche auch der starke Mensch nicht gänzlich durchbrechen kann. Wie beredt hat einst Niebuhr gegen Fichte, den Verherrlicher der schrankenlosen Macht des Willens, den schönen Satz vertheidigt, daß der reichste Dichtergeist in den Tagen Alexanders des Großen schlechterdings kein vollendetes Kunstwerk schaffen konnte. Der Große wie der Geringe empfindet diese Abhängigkeit. Der Geschäftsmann verliert Geld und Mühe, wenn er Waaren feil bietet, die dem Urtheil der Zeit, der Mode, nicht mehr genügen; und der geniale Erfinder verhungert, wenn sein schöpferischer Gedanke dem Verständniß der Zeit vorauseilt; zehn Jahre nachher vielleicht bringt derselbe Gedanke Tausenden neuen Wohlstand, und der Name des Todten lebt in Aller Munde. Solche tragische Fälle, von den Socialisten gern ausgebeutet zu heftigen Anklagen wider die heutige Gesellschaft, entspringen nothwendig aus der Natur des Menschen als eines historischen Wesens. Ihre Wiederkehr kann durch keine denkbare Form der socialen Ordnung ganz verhindert werden; denn wer mag dem süßen Wahne huldigen, daß King Mob, wenn er jemals in Ikarien regierte, die Ideen großer Köpfe besser und rascher würdigen würde als die heutige öffentliche Meinung auf dem Markte der freien Concurrenz?

Die historische Bedingtheit alles Menschenlebens ganz zu begreifen gelingt nur dem Denker; aber auch der sinnliche, im Endlichen befangene Mensch gewinnt ein annäherndes Verständniß dafür — durch das Eigenthum und das Erbrecht. Erst durch das Eigenthum erhält der Wille des schlichten Menschen eine Vergangenheit und eine Zukunft; erst dadurch lernt er verstehen, daß sein Leben auf der Arbeit der Jahrtausende ruht und berufen ist diese Arbeit weiterzuführen. So erhebt er sich über das Thier, das von keiner Vergangenheit weiß und in seinem Leben nur wiederholt was immer war. Und so führt das Eigenthum, dessen Selbstsucht man schilt, in die Gesellschaft zuerst eine sittliche Kraft ein, welche das Gegentheil der Selbstsucht ist — die Pietät, die Ehrfurcht vor dem Bestehenden. Sie umschlingt den Menschen

mit den segensreichen Banden der Gewohnheit; aus der Liebe zu den ererbten heimischen vier Pfählen erwächst der edle Stolz der Vaterlandsliebe und die Gewißheit, daß der vielgestaltige Reichthum nationaler Gesittung niemals dem öden Einerlei des Weltbürgerthums weichen kann. Die gleißenden Lockungen des Socialismus, der „allen Menschen alle Güter der Cultur" verheißt, müssen an dem mächtigen historischen Gefühle der Menschheit unfehlbar scheitern. Der Isländer weiß sehr wohl, daß seine unwirthliche Heimath ihm nur einen winzigen Bruchtheil jener Güter schenken kann, und doch hängt er treu an diesem kargen Boden und beweist durch solche fromme Selbstbeschränkung, daß noch das stolze Germanenblut der Goden in seinen Adern fließt.

Durch diese ethische Begründung wird das Eigenthum besser gesichert als durch die überschwänglichen Lobsprüche der Verherrlicher des Geldes. Die so oft wiederholte und noch jüngst von David Strauß angepriesene Behauptung Thomas Buckle's, daß die Menschheit ihre größten Fortschritte der Liebe zum Gelde verdanke, ist offenbar falsch, selbst wenn wir nach Buckle's trivialer Weise unter Fortschritt nur das improvement, die Verfeinerung der Technik und des sinnlichen Lebens, verstehen wollten. Grade die für die Volkswirthschaft fruchtbarsten Erfindungen waren meist das Werk einer streng wissenschaftlichen Forschung, welche nach äußerem Lohne nicht fragte. Vollends in den großen Wandlungen des sittlichen Lebens, welche Buckle's Materialismus freilich nicht sehen kann, erscheint der wirthschaftliche Trieb als ein untergeordnetes Moment; einer der größten Fortschritte der Geschichte, die Begründung des Christenthums, ging hervor aus dem Geiste der Weltverneinung, aus der tiefen Verachtung aller zeitlichen Güter.

Die Geschichte des Eigenthums zeigt bekanntlich unablässigen Wechsel. Denn das Eigenthum tritt in Kraft nur durch die Anerkennung von Seiten des Staates, und da der Staat durch diese Anerkennung Macht verleiht, so legt er den Eigenthümern auch Pflichten auf, setzt ihrem Willen Grenzen, welche nach den Lebensbedürfnissen der Gesammtheit sich beständig verändern. Kein Volk der Geschichte entbehrt gänzlich des Privateigenthums und des Erbrechts; mindestens ein Theil der fahrenden Habe unterliegt überall dem freien Belieben des Einzelnen, und in irgend welchen Formen vererbt sich die sociale Machtstellung des Vaters überall auf das folgende Geschlecht. Aber auch kein Volk hat jemals das Eigenthum als ein so unumschränktes Recht angesehen, wie es in den Theorien des Privatrechts, losgetrennt vom Staatsrechte, erscheint. Niemand hat meines Wissens diese Entwicklung geistvoller geschildert als Karl Knies in seinem Werke die „politische Oekonomie nach historischer Methode",

einer allzu wenig bekannten Schrift, deren tiefe und wahre Gedanken heute von hitzigen Schülern bis zum Unkenntlichen entstellt werden. Im Großen gesehen gleicht die Entwicklung des Eigenthums der Geschichte der Ehe: die Menschheit wächst aus einem rohen Communismus, der nur schwache Anfänge des Privateigenthums erträgt, zur persönlichen Freiheit empor, aber in demselben Maße steigen auch die Ansprüche des Staates und der Gesellschaft an das grundsätzlich anerkannte Eigenthum des Einzelnen. —

Mit der Ehe und dem Eigenthum ist endlich die Gliederung der Gesellschaft gegeben — im Grunde eine Tautologie, denn Gesellschaft ist Gliederung. Schon das Haus besteht nur durch die Unterordnung des Weibes und der Kinder unter den Willen des Hausherrn, der die Arbeiten der Familie vertheilt und leitet. Die Gliederung der Gesellschaft wird bedingt durch die Selbsterhaltung der Gemeinschaft, also in einfachen Zuständen allein durch den Nahrungserwerb; ein unscheinbarer Fortschritt der wirthschaftlichen Technik, wie die beginnende Düngerbenutzung, kann hier die gesammte Verfassung von Staat und Gesellschaft verändern. Doch auch das Culturvolk kommt von diesen ersten Vorbedingungen des Daseins nicht los. Wenn harte, schmutzige, halbthierische Arbeiten nothwendig sind für die Erhaltung der errungenen Gesittung, dann giebt sich die Gesellschaft stets, und von Rechtswegen, eine Ordnung, welche die Befriedigung dieser Bedürfnisse der Gesammtheit sichert.

Unser Geschlecht ist aber so gebrechlich und bedürftig von Natur, daß die ungeheure Mehrheit der Menschen immer und überall der Sorge um das Leben, der materiellen Arbeit ihr Dasein widmen muß. Die Millionen müssen ackern und schmieden und hobeln, damit einige Tausende forschen, malen und regieren können. Umsonst versucht der Socialismus durch leeres Wuthgeschrei diese herbe Erkenntniß aus der Welt zu schaffen; der Beweis ihrer Wahrheit liegt schon in der Thatsache, daß die Menschheit lange Jahrtausende brauchte, bis der Beruf des Staatsmannes, des Künstlers, des Gelehrten nur entstehen konnte. Keine Verbesserung der Technik kann dies Verhältniß jemals aufheben. Die Erleichterung der Production entlastet allerdings den Menschen von vielen mechanischen Arbeiten und stellt den Arbeiter freier. Das Seherwort des Aristoteles: „wenn die Weberschiffchen von selber gehen, brauchen wir keine Sclaven mehr“ ist längst in Erfüllung gegangen; und wer die Dienerschaaren Ostindiens neben das bescheidene Häuflein der europäischen Dienstboten stellt, darf sich froh gestehen, um wie viel besser wir die Kraft des Menschen zu benutzen, seinen Werth zu schätzen wissen. Gleichwohl ist die Kopfzahl der sogenannten arbeitenden Klassen im Laufe der Geschichte ver-

hältnißmäßig nicht wesentlich gesunken; in der Blüthezeit Athens konnte bereits ein ebenso großer, vielleicht ein noch größerer Bruchtheil der Bevölkerung den idealen Zwecken des Staates, der Kunst und Wissenschaft und einer edlen Muße leben, wie im heutigen Berlin. Denn jeder große Erfolg der wirthschaftlichen Arbeit erweckt neue materielle Bedürfnisse in unendlicher Folge. Seit wir gelernt haben, den Raum durch die Kraft des Dampfes einigermaßen zu beherrschen, arbeitet eine täglich wachsende Menschenmenge an der Ueberwindung des Raumes, die doch nur ein Mittel ist für die Zwecke der wirklichen Cultur. Wo eine Eisenbahn unter normalen Verhältnissen, in einem Lande schon rühriges Verkehrs, gebaut wird, da wächst bekanntlich die Zahl der Pferde; das Verkehrsbedürfniß steigt dermaßen, daß die Nebenstraßen allein mehr Kutscher und Zugthiere beschäftigen als früher das gesammte Land. Andererseits gehen die Weberschiffchen nicht ganz von selbst, die eisernen Sclaven der neuen Industrie bedürfen der menschlichen Leitung und Hilfe. Man denke noch so hoch von der möglichen Vervollkommnung des Maschinenwesens, es wird doch ewig dabei bleiben, daß Millionen mit Schmutz und Unrath, mit häßlicher und eintöniger Arbeit sich befassen müssen. Keine Cultur ohne Dienstboten, das folgt nothwendig aus dem Gesetze der Arbeitstheilung. Die Maschine kann in der Regel nur Massenbedürfnisse befriedigen, sie wird darum niemals die niederen persönlichen Dienstleistungen verdrängen.

Die bürgerliche Gesellschaft eines reichen Volkes ist immer eine Aristokratie, auch unter demokratischer Staatsverfassung. Oder, um ein sehr verhaßtes aber wahres Wort trocken auszusprechen — die Klassenherrschaft, richtiger: die Klassenordnung, ergiebt sich ebenso nothwendig aus der Natur der Gesellschaft, wie der Gegensatz von Regierenden und Regierten aus der Natur des Staates. Die Socialdemokratie bekennt schon durch ihren Namen, daß sie den Unsinn will. Auf einem ihrer Congresse ward bereits, wie in unbewußter Selbstverhöhnung, die Frage aufgeworfen, ob nicht ein fünfter Stand entstehen würde, wenn dereinst der vierte Stand am Ziele seiner Wünsche angelangt sei. Ganz gewiß würde er entstehen! Sobald die heutigen Arbeiter sich in eine Klasse privatisirender Gentlemen verwandeln, welche zwanzig Stunden des Tages den freien Künsten des Schlafens, Trinkens und Redehaltens widmen, muß unfehlbar zu ihren Füßen ein neuer Stand sich bilden, der durch wirkliche Arbeit die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt. Jede sociale Revolution kann nur die bestehende Aristokratie zu maßvollem Gebrauche ihrer Macht zwingen oder eine neue Aristokratie auf den Platz der alten erheben. Auch die schrankenlose Concurrenz bewirkt nur, daß der Einzelne auf der Stufen-

leiter der Gesellschaft schneller auf- und niedersteigt, doch sie bricht diese Leiter nicht ab. Der einzelne Nordamerikaner wird wohl binnen weniger Jahre erst Barbier, dann Staatsmann, dann Flickschneider und endlich Bankdirektor. Aber auch in dieser jungen Welt der socialen Wandlungen gilt unabänderlich das Gesetz: nur einer Minderzahl ist beschieden, die idealen Güter der Cultur ganz zu genießen; die große Mehrheit schafft im Schweiße ihres Angesichts.

Kein Zweifel, durch diese aristokratische Verfassung der Gesellschaft wird manches Talent verstümmelt. Die Natur ist ein königlicher Haushalter, sie wirthschaftet mit vollen Händen. Sie erzeugt stündlich im Thier- und Pflanzenreiche unzählbare neue Keime, die vor der Zeit untergehen; sie stattet ihre Lieblinge unter den Menschen so verschwenderisch aus, daß man dreist sagen darf: alle großen Männer der Geschichte waren größer als ihre Werke, Keiner konnte jede Gabe seines Wesens ganz entfalten. Darnach ist sicher, daß jederzeit unter den hart arbeitenden Massen einzelne groß angelegte Naturen leben, welche allein durch die sociale Ordnung verhindert werden den angeborenen Adel zu offenbaren. Das verkannte Genie hängt gern solchen schwermüthigen Gedanken nach. Da Gneisenau noch als ewiger Hauptmann in seiner kleinen schlesischen Garnison lebte, sprach er oft traurig: während mein unglückliches Vaterland zu den Füßen des Fremden liegt, geht vielleicht irgendwo in einem preußischen Dorfe ein Cäsar hinter dem Pfluge! Aber die Geschichte rechnet mit großen Zahlen. Wenden wir uns von den tragischen Ausnahmen suchend nach dem Gesetze, so erkennen wir: das Menschengeschlecht ist darum so bedürftig geartet, die Fristung des Lebens und die Befriedigung der groben Bedürfnisse nehmen darum einen so ungeheuren Theil seiner Kräfte in Anspruch, weil immer nur eine kleine Minderheit fähig ist das Licht der Idee mit offenen Augen zu sehen, während die Masse nur den gebrochenen Strahl erträgt. Beide Sätze, die Thatsache und ihre Erklärung, sagen im Grunde dasselbe. Wer da wähnt, die Mehrzahl der Menschen könne in dem reinen Aether des Gedankens sich bewegen und sei dennoch durch eine räthselhafte Tücke des Schicksals verdammt worden endlichen Zwecken zu leben, der verfällt einer Philosophie der Verzweiflung, welche sich selber aufhebt; und freilich gefällt sich heute die modische Aufklärung in einer moralischen Rückenmarkskrankheit, sie hält für weise, mit schönen Reden über „das Unbewußte" die sinnlose Behauptung zu vertheidigen, daß die Welt nur ein schlechter Witz dämonischer Kräfte sei.

Auch diesmal bestätigt die Geschichte und die tägliche Erfahrung was der Denker voraussetzt. Jeder Professor weiß, daß ein beträchtlicher Theil

seiner Schüler im Grunde besser gethan hätte ein schlichtes Handwerk zu lernen; und wie erschreckend groß ist noch immer die Zahl der sogenannten Gebildeten, welche trotz ihres Wissens innerlich roh bleiben. Die Gesundheit des Volkslebens verlangt eine harmonische Vertheilung der Arbeiten, dergestalt daß die rein wirthschaftlichen Berufe das ihnen gebührende Uebergewicht behaupten. Wagt eine Nation die sinnliche Bedürftigkeit unseres Geschlechts zu verkennen, mißachtet sie die hausbackene Prosa des materiellen Erwerbes, so wird sie von politischer Schmach und sittlicher Krankheit heimgesucht. Wie schwer haben einst Deutschland und Italien gelitten unter der unnatürlichen Ueberschätzung des literarischen und künstlerischen Lebens; diese alte Wahrheit bleibt noch immer wahr, obgleich wir Deutschen heute längst Gefahr laufen in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen. Die große spanische Nation setzte ihr Alles ein für die gewaltigen Ideen der Glaubenseinheit, des katholischen Weltreichs, der Ritterehre, der gottbegeisterten Kunst und verkam zuletzt an Leib und Seele, weil sie den unscheinbaren Fleiß des Handwerks verachtet hatte. Nichts erregt tiefere Theilnahme als der tragische Untergang solcher Völker, die sich an einer großen Idee verbluteten; und doch darf der Historiker nicht verkennen, daß dieser einseitige Idealismus ebenso unnatürlich, ebenso schuldvoll ist wie etwa die rasende Dollarjagd in Chicago, wo die Menschen, nach dem amerikanischen Sprichworte, nicht wie Menschen sondern wie Jagdhunde leben. Der edelste Socialismus, der jemals auf Erden bestanden, der Socialismus der ersten Christen, trug in sich eine Welt von Kräften des Gemüths, Mächte der Freiheit und des Lebens, und erschien gleichwohl den besten Römern als ein Feind des Staates und ein Feind der Cultur. Mit gutem Grunde; denn seine tiefsinnige Weltverachtung löste den Menschen von allen sinnlichen Banden, stellte Forderungen, denen die bedürftige Menschennatur nicht gewachsen ist. Die Kirche griff erst dann reinigend und erweckend in das sociale Leben ein, als sie sich abfand mit dieser Welt des Bedürfens, als sie sich einfügte in das Römerreich, das von dem Sinne christlicher Bruderliebe wenig oder nichts besaß, als sie sich beschied diese schlechte Welt allmählich mit ihrem Geiste zu durchdringen. Und so wird es bleiben. Das Menschengeschlecht kann sich nicht abtrennen von den groben Bedürfnissen, die sein Dasein bedingen, darum bleibt seine Mehrzahl angewiesen auf die Bewältigung des Stoffs.

Regelmäßig hängt die tägliche Beschäftigung des Menschen mit dem Maße seiner Bildung zusammen. Die nationalökonomische Kritik ist so übergeistreich geworden; es thut noth, sie zuweilen an das platt Alltägliche zu erinnern. Auch der Arbeiter des Geistes, auch der Socialist des

Katheders wird wohl dann und wann durch die Wechselfälle des Lebens, etwa durch einen Ortswechsel gezwungen, sich eine Weile allein mit den niederen Bedürfnissen des Daseins zu befassen. Wenn er dann zwei, drei Tage lang Bücherkisten geordnet und Frachtbriefe geschrieben hat und endlich mit dumpfem Kopfe den vollendeten Greuel betrachtet, so überkommt ihn vielleicht die Frage: wie mag es aussehen in den Köpfen dieser braven Packer, die bei den Umzugsfreuden nur meine Diener waren? Und der Beruf des Möbelpackers ist noch sehr anständig, weit sauberer und feiner als viele ebenso nöthige Gewerbe. Die durchschnittliche Gesinnung der arbeitenden Klassen hat Aristoteles für alle Zukunft gezeichnet. *Χαίρουσιν ἐάν τις ἐᾷ πρὸς τοῖς ἰδίοις σχολάζειν;* wer Tag für Tag der groben Arbeit lebt, dessen Gedanken erheben sich selten über den Kreis seiner persönlichen Interessen, das wirthschaftliche Leben nimmt ihn überwiegend in Anspruch. Beweist doch die socialistische Bewegung der Gegenwart von Neuem, daß die Masse nicht durch politische Ideen, sondern durch wirthschaftliche Begehren erregt wird.

Jener Satz hat nichts gemein weder mit der cynischen Menschenverachtung des achtzehnten Jahrhunderts gegen die „von der Vorsehung zum Dienen bestimmten Klassen", noch mit dem giftigen neufranzösischen Hasse wider die classes dangereuses; weder mit der hoffnungslosen Lehre von der „Nothwendigkeit des Elends", noch mit der Denkfaulheit des reichen Bauern, der den Daumen auf den Beutel hält in dem behaglichen Glauben, zu hungern sei eben der Lebensberuf des Armen. Der alte Denker stellt einfach eine Thatsache hin, die sich an jedem Tage wiederholt. Man eifert heute gern: wie sündlich, daß die Sorge um das Leben, die nur ein Mittel ist für den freien Geist, für Tausende den Inhalt des Lebens bildet! Das Zeitalter deutscher Humanität dachte anders: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, wer täglich sie erobern muß!" Ein hartes und beschränktes Dasein, tief erfüllt von unbefangener Selbstsucht, ist dem Arbeiter beschieden, aber ein gesundes und ehrenwerthes Leben, wenn er seinen Platz in der Gesellschaft kräftig behauptet und die Ehre der Arbeit lebhaft empfindet. Unsere Zeit, die sich so gern ihrer historischen Bildung rühmt, darf doch nicht wieder nach der Weise des alten Naturrechts den Menschen als ein isolirtes Wesen auffassen. Wir verstehen ihn als ein Glied der Gemeinschaft und folgern daraus: weil zur Bewahrung unserer Cultur die harte Arbeit von Millionen unentbehrlich ist, darum kann der geistige Horizont unzähliger Menschen nicht sehr weit über den Kreis der wirthschaftlichen Dinge hinausreichen.

Das künstliche Aufpfropfen zusammenhangsloser wissenschaftlicher Kennt-

seiner Schüler im Grunde besser gethan hätte ein schlichtes Handwerk zu lernen; und wie erschreckend groß ist noch immer die Zahl der sogenannten Gebildeten, welche trotz ihres Wissens innerlich roh bleiben. Die Gesundheit des Volkslebens verlangt eine harmonische Vertheilung der Arbeiten, dergestalt daß die rein wirthschaftlichen Berufe das ihnen gebührende Uebergewicht behaupten. Wagt eine Nation die sinnliche Bedürftigkeit unseres Geschlechts zu verkennen, mißachtet sie die hausbackene Prosa des materiellen Erwerbes, so wird sie von politischer Schmach und sittlicher Krankheit heimgesucht. Wie schwer haben einst Deutschland und Italien gelitten unter der unnatürlichen Ueberschätzung des literarischen und künstlerischen Lebens; diese alte Wahrheit bleibt noch immer wahr, obgleich wir Deutschen heute längst Gefahr laufen in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen. Die große spanische Nation setzte ihr Alles ein für die gewaltigen Ideen der Glaubenseinheit, des katholischen Weltreichs, der Ritterehre, der gottbegeisterten Kunst und verkam zuletzt an Leib und Seele, weil sie den unscheinbaren Fleiß des Handwerks verachtet hatte. Nichts erregt tiefere Theilnahme als der tragische Untergang solcher Völker, die sich an einer großen Idee verbluteten; und doch darf der Historiker nicht verkennen, daß dieser einseitige Idealismus ebenso unnatürlich, ebenso schuldvoll ist wie etwa die rasende Dollarjagd in Chicago, wo die Menschen, nach dem amerikanischen Sprichworte, nicht wie Menschen sondern wie Jagdhunde leben. Der edelste Socialismus, der jemals auf Erden bestanden, der Socialismus der ersten Christen, trug in sich eine Welt von Kräften des Gemüths, Mächte der Freiheit und des Lebens, und erschien gleichwohl den besten Römern als ein Feind des Staates und ein Feind der Cultur. Mit gutem Grunde; denn seine tiefsinnige Weltverachtung löste den Menschen von allen sinnlichen Banden, stellte Forderungen, denen die bedürftige Menschennatur nicht gewachsen ist. Die Kirche griff erst dann reinigend und erweckend in das sociale Leben ein, als sie sich abfand mit dieser Welt des Bedürfens, als sie sich einfügte in das Römerreich, das von dem Sinne christlicher Bruderliebe wenig oder nichts besaß, als sie sich beschied diese schlechte Welt allmählich mit ihrem Geiste zu durchdringen. Und so wird es bleiben. Das Menschengeschlecht kann sich nicht abtrennen von den groben Bedürfnisse [illegible] Dasein bedingen, darum bleibt seine Mehrzahl angewiesen [illegible] wältigung des Stoffs.

Regelmäßig hängt die tägliche Beschäftigung des Men[illegible] Maße seiner Bildung zusammen. Die nationalökonomisch[illegible] übergeistreich geworden; es thut noth, sie zuweilen an das [illegible] liche zu erinnern. Auch der Arbeiter des Geistes, auch der

renden Klassen der Geschichte beruht zum guten Theile auf der Vererbung der sittlichen Gesinnung. Keine regierende Klasse in Europa ist so frei und zugänglich gestaltet, wie unser deutscher Beamtenstand. Er schließt sich ab durch einen geistigen Census, der in der Regel nur von dem leidlich Bemittelten bezahlt werden kann, aber auch dem Armen nicht unerschwinglich ist; er hat jederzeit, von dem alten Derfflinger bis auf Minister Rother und zahlreiche hohe Beamte der Gegenwart, Söhne der niedersten Klassen in seine höchsten Ehrenstellen emporgehoben, und wir Alle wollen, daß in Zukunft bei der Beförderung der Würdigen, wie bei der Ausstoßung der Unwürdigen die Geburt noch weniger als bisher in Betracht kommen soll. Doch die Mehrzahl der Beamten ist immer aus denselben Schichten der Gesellschaft, aus dem Adel und dem gebildeten Bürgerthum hervorgegangen; sie brachte aus dem Hause der Eltern feste Ehrbegriffe und verfeinerte Gewohnheiten mit und erfüllte die Männer aus dem Volke, welche in ihre Reihen eintraten, mit den gleichen Anschauungen. Was diese thatsächliche Erblichkeit des Beamtenthums für den deutschen Staat bedeutet, das haben wir Alle empfunden, als wir Gefahr liefen, sie zu verlieren. In der Zeit der großen Gründungen gewann es den Anschein, als wollten die Söhne der gebildeten Klassen, fortgerissen von der wilden Jagd nach Gewinn, die wenig einträgliche Laufbahn des Beamtenthums aufgeben; damals fragte sich Jedermann: wie nun, wenn jemals Männer von unfeinen geselligen Formen, von groben Ehrbegriffen unseren Staat regierten? Mit schönen Worten hat Kaiser Wilhelm soeben, in der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere, wieder an diesen aristokratischen Geist überlieferter Standesehre erinnert. Es war die Sprache eines guten und großen Fürsten, der die sittlichen Grundlagen der bürgerlichen Gemeinschaft kennt; und so lange „edle Sitte und guter Ton" in unserem Offizierkorps waltet, wird das Heer eine Säule des deutschen Staates bleiben.

Monarchische und aristokratische Staaten überragen die reine Demokratie durch ruhige Entwicklung und nachhaltige Lebenskraft. Denn sie wissen die vorhandene aristokratische Gliederung der Gesellschaft zu schonen und für den Zweck des Staates zu benutzen, während die Demokratie sie zu zerstören trachtet und daher leicht jede Stetigkeit der politischen und sittlichen Ueberlieferungen verliert und durch den wilden Kampf der Aemterjagd zuletzt das Edle dem Gemeinen unterwirft. Die historische Klassenbildung sorgt für die Lebenszwecke des Staates und der Gesellschaft weit sicherer und einfacher, als irgend ein ausgeklügeltes System der Arbeitsvertheilung. Die gemäßigten Socialisten verherrlichen die gleiche Erziehung aller Kinder und wollen dann jenen Knaben, die im Examen sich

bewähren, eine höhere Bildung von Staatswegen geben. Offenbar eine Sünde wider die Natur. Denn dies System reißt den Knaben willkürlich von der Vergangenheit seines Hauses los, entfesselt einen rasenden Ehrgeiz, der jedes Rechtsgefühl zerstört, und giebt schließlich gar keine Gewähr für die Herrschaft der Besten. Den Aberglauben an die Unfehlbarkeit der Examina sollten wir den Mandarinen China's überlassen; die Lebenskraft starker Männer spottet jeder Voraussicht, auch der Weisheit socialistischer Staatsbehörden. Der Musterknabe, der uns einst, und mit Recht, als unerreichbares Ideal strebsamer Schülertugend vorgehalten wurde, sitzt heute vielleicht, gleichfalls mit Recht, als ein Subalternbeamter irgendwo im Erzgebirge, und der träumerische Junge, der beharrlich die Fragen der Lehrer überhörte, ist heute ein Künstler von europäischem Namen.

Es ist keineswegs die Aufgabe der Gesellschaft, alle Menschen zum Genuß aller Güter der Cultur heranzuziehen. Mit Befremden hören wir solche Aussprüche aus dem Munde trefflicher Gelehrter, wie Schmoller und Brentano. Wer in einer Zeit socialen Hasses und Neides diese Schlaraffenbilder hinstellt, ohne augenblicklich die feste und enge Beschränkung hinzuzufügen: „soweit die Gliederung der Gesellschaft es gestattet", der ist entweder ein gewissenloser Demagog oder — er schwärmt, wie jene „eitel junge Leute, Icari, Phaetones, obenan und nirgend aus", von denen Martin Luther sagte: „sie wollen zwölf Kegel auf dem Boßleich umbschieben, da ir nur neune darauffstehen". Die Theilnahme Aller an allen Segnungen der Cultur ist nicht blos ein vielleicht unerreichbares Ideal, wie Brentano selber zweifelnd hinzufügt, sondern gar kein Ideal. „Jedem das Seine" ist Menschenrecht, „Jedem dasselbe" gilt im Haushalt der Thiere. Gewiß befähigt nur reiche Bildung, alle Güter der Cultur wahrhaft zu genießen; und doch ist weder denkbar noch wünschenswerth, daß alle Menschen höheren wissenschaftlichen Unterricht erhielten. Der höhere Unterricht setzt ja voraus, daß unter ihm noch eine Durchschnittsbildung bestehe. Damit die gelehrte Bildung möglich werde, müssen die Gymnasien und Universitäten gebaut und unterhalten werden, es müssen Millionen fleißiger Hände die Mittel schaffen für ihren Bestand. Und wer soll dies thun, wenn Jedermann eine geistige Ausrüstung empfängt, die ihren Träger unlustig und unfähig macht zu grober Arbeit? In solchen Worten liegt gar nichts von dem hartherzigen Fabrikantenhochmuth, der noch vor einem Menschenalter zu sagen liebte: „der Arbeiter darf nicht zu klug werden"; es liegt darin lediglich die Erkenntniß, daß die Mehrheit der Menschen ein gewisses Maß der Bildung nicht überschreiten kann, ohne selber tief unglücklich zu werden und den wirthschaftlichen Be-

stand der Gesellschaft, den Fortschritt der Cultur zu gefährden. „Der Socialismus führt einfach zum Cretinismus“, sagte Constantin Rösler sehr richtig, vor Jahren als er noch nicht zu den Gönnern der Zukunftswirthschaft gehörte.

Es giebt schlechterdings nur einen Weg, um alle Güter der Civilisation allen Menschen zu schenken; er ist ebenso einfach als sicher. Entfesselt nur die Bestie im Menschen, schraubet das Maß der allgemeinen Bildung soweit herunter, daß der Kluge nicht mehr wissen, genießen und besitzen kann als der Dumme; gebet die Herrschaft, da eine Gemeinschaft ohne Leitung nicht bestehen kann, aus der Hand der Gebildeten und Reichen in die Fäuste der Rohen und Armen, des bekannten Herrn Omnes — und das scheußliche égaliser les intelligences wird leibhaftig vor Euch stehen; das Regiment des Knüttels wird hereinbrechen, der *σκυταλισμός*, darin Griechenlands tausendjährige Gesittung unterging. Ihr aber, Eurer Menschenwürde froh, schreibet auf das Grab jener deutschen Cultur, die einen Kant und Goethe zeugte und uns beschränkten Aristokraten heilig war, triumphirend den Ausspruch, womit die göttliche Grobheit der Hellenen die vollendete Gleichheit der Kerkyräer zeichnete: *ἐλεύθερα Κέρκυρα, χέζ' ὅπου θέλεις*, frei ist Korfu, — — wohin Du willst!

Liegt aber ein starker Abstand der Bildung im Wesen jeder entwickelten Gesellschaft, dann ist es auch ein Irrthum, „Muße“ für den Arbeiter zu fordern, damit er sich wissenschaftlich unterrichte. Ich rede nicht von dem Schlagworte der Socialisten: „die Cultur der Nationen bemißt sich nach der Kürze ihres Arbeitstages“. Diese Tollheit führt offenbar zu dem Schlusse, daß die höchste Gesittung nur aus der vollkommenen Faulheit erblühe. Ich rede von den bescheidneren Weissagungen, welche heute von allen Kathedern widerhallen: die erleichterte Production werde den Arbeiter dereinst in den Stand setzen, durch vier- bis sechsstündiges Schaffen seinen Antheil an der täglichen Gesammtarbeit der Gesellschaft abzutragen. Mit Verlaub, das wird sie nicht und sie soll es nicht. Die schwere Arbeitslast der Gegenwart entspringt nicht der Habgier der Unternehmer, sondern den gesteigerten Bedürfnissen der Gesellschaft, die auch in Zukunft steigen werden, wie ich oben nachwies. Nachhaltiger Ernst der Arbeit bleibt die erste wirthschaftliche Tugend der Völker; der gewöhnliche Mensch leistet aber nichts Rechtes, wenn er nicht seine beste Kraft an seinen Beruf setzt. Der Arbeiter hat ein gutes Recht eine solche Verkürzung des Arbeitstages zu fordern, daß er gesund bleiben, an Weib und Kindern sich menschlich erfreuen kann und zuweilen noch einige Zeit behält um an dem geistigen Leben seiner Epoche, an den öffentlichen Interessen seines Volkes theilzunehmen und einen derben sinnlichen Ge-

muß sich zu erlauben — denn nichts ist thörichter als dort puritanische Enthaltsamkeit zu predigen wo das ganze Dasein von gesunder sinnlicher Kraft erfüllt ist. Aber wirkliche Muße gereicht Jedem zum Verderben, der die Sprache der Musen nicht versteht. Ein Arbeiterstand, der durch die Anstrengung weniger Stunden mit seinen socialen Pflichten sich abzufinden vermöchte, fällt dem Laster und giftiger Wühlerei anheim; er kann Gott sei Dank auf die Dauer gar nicht bestehen in dem raschen Leben dieses Jahrhunderts, dessen rastlos wachsenden Anforderungen der Staatsmann, der Soldat, der Gelehrte bei verlängerter Arbeitszeit kaum zu genügen vermag. —

Ist diese durch die Bedürftigkeit der Menschen bedingte aristokratische Gliederung der Gesellschaft wirklich grausam und ungerecht? Doch nur für den am Einzelnen haftenden Blick, welcher den großen Zusammenhang der socialen Erscheinungen nicht übersieht. Es ist so leicht aus dem hochgehenden Gewoge moderner Großstädte einzelne grelle Contraste herauszugreifen, die jedes menschliche Gefühl empören: dort auf den Tribünen des Rennplatzes drängt sich lachend die geputzte Menge, drunten wird ein edles Rennpferd durch eine Flasche Wein gestärkt, und einige Schritte davon bettelt eine arme Frau um Brod für ihre hungernden Kinder. Wer sagte sich nicht bei solchem Anblick, wie wenig Grund wir noch haben durchgebildeter Gesittung uns zu rühmen? Es sind Eindrücke, ebenso verletzend für den sittlichen Sinn, wie etwa der Anblick einer socialistischen Zeitung, die im Leitartikel über das haarsträubende Elend der Arbeiter donnert und im Inseratentheile dieselben Arbeiter zu einem Dutzend fröhlicher Gelage einladet. Wer aber die erste Wallung des Gefühls überwindet, erkennt sofort: die moderne Gesellschaft darf nur deshalb hoffen den Zustand der niederen Klassen zu heben, das Elend der Armen zu bekämpfen, weil sie auch Stände umschließt, denen die verfeinerten Genüsse des Luxus erreichbar sind. Oft und bis zum Ueberdruß hat man nachgewiesen, daß ohne die Anhäufung großer Reichthümer weder die Großindustrie noch die Blüthe der Kunst gedeihen kann. Wir sagen mehr. In jedem Culturvolke leben geborene Virtuosen des Genusses, große Talente von höchster Reizbarkeit, welche ihre Kraft nur in der Luft verfeinerten sinnlichen Daseins entfalten können. Männer wie Wilhelm Humboldt, Friedrich Gentz, Heinrich Heine lassen sich nicht denken ohne die Genüsse des Wohllebens. Solche Naturen haben ein Recht sich den Boden zu erobern, der ihrer Begabung zusagt — nur daß auch für sie das Gesetz der Scham und der Mäßigung gilt, das Gentz und Heine leider mit Füßen traten. Die Persönlichkeit eines gereiften

großen Volkes kömmt nicht zur allseitigen Durchbildung ohne starke sociale Gegensätze.

Will man diese nothwendigen Gegensätze ohne Leidenschaft beurtheilen, so erwäge man zunächst: es ist ja doch nur eine theoretische Abstraction, wenn Arbeiter und höhere Stände wie zwei getrennte Welten einander gegenüber gestellt werden. Der Socialismus bekämpft keinen Einwand seiner Gegner so leidenschaftlich wie die Behauptung: wir Alle sind Arbeiter! Begreiflich genug. Dies triviale Wort mag zuweilen, etwa im Munde eines Landtagscandidaten, nur als ein wohlfeiles Mittel dienen um nach der Volksgunst zu haschen, doch es bezeichnet richtig das Wesen der modernen Gesellschaft und trifft die Lehre des Klassenhasses mitten in's Herz. Unbarmherzig wie nie zuvor wird heute jeder Muskel der Gesellschaft zur Arbeit angespannt; Niemand unter uns arbeitet härter als der deutsche Kaiser, denn die Pflichten seines hohen Amtes folgen ihm auf Schritt und Tritt bis in den Lärm der Feste. In diesem mächtigen Getriebe der Arbeit sind zahllose Mittelglieder entstanden, welche in ununterbrochener Stufenfolge von den Höhen zu den Tiefen der Gesellschaft hinüberleiten und den Gegensatz der Klassenanschauungen mildern. Wer vermag in der heutigen Gesellschaft noch den Punkt anzugeben, wo die sogenannten materiellen und die geistigen Berufe sich scheiden? Wer kann auch nur unter den Angestellten einer großen Fabrik diese Grenze mit Sicherheit ziehen?

Stände im Sinne des Rechtes giebt es längst nicht mehr, und zwischen den freien socialen Gruppen, welche noch bestehen und niemals ganz verschwinden können, vollzieht sich ein ewiges Kommen und Gehen: frische Kräfte steigen auf, verlebte sinken. Man betrachte nur die Stammbäume beliebiger Familien aus den höheren Ständen, und man wird rasch erkennen, was die Socialisten grundsätzlich leugnen: wie schwer es ist die von den Vätern errungene sociale Stellung zu behaupten, und wie leicht, durch Schuld und Unglück „aus der Kaste zu fallen“. Die Theilnahme an den höchsten Segnungen der Cultur hängt zudem mit nichten so ausschließlich von dem Besitze materieller Güter ab, wie der Socialismus behauptet. Die Söhne der gebildeten Mittelklassen werden im Durchschnitt unzweifelhaft besser, menschlicher erzogen als die verwöhnten Kinder des Reichthums. So lange die Theologie sich noch nicht den Gedanken der Zeit entfremdet hatte, waren die ärmlichen Wände des deutschen Pfarrhauses der classische Boden guter Kinderzucht, unübersehbar die Reihe der bedeutenden Männer, deren Wiege in so bescheidener Enge stand. Und wenn wir den Muth behalten, die heilsame Strenge unserer Volksschule gegen alle Anfechtungen socialistischer Zuchtlosigkeit zu behaupten, so wird

das starke Talent auch fernerhin, und in Zukunft noch häufiger als bisher, durch diese bescheidene und feste Ausrüstung in den Stand gesetzt werden, emporzüsteigen über die Durchschnittsbildung und in die Freiheit methodischen Wissens sich aufzuschwingen.

Wer die aristokratische Gliederung der Gesellschaft als eine Nothwendigkeit erkennt, giebt darum mit nichten zu, daß die Ausbeutung des Schwachen durch den Starken in ihr vorherrsche. Was auch gefrevelt ward von oben wie von unten in dem kampferfüllten Werdegange der Gesellschaft, die Regel war immer nicht die Ausbeutung, sondern das wechselseitige Geben und Empfangen. Und hier enthüllt sich der wundervolle Zusammenhang zwischen den Höhen und Tiefen des Volkslebens — eine Gedankenreihe, die selbst den Spötter zur Andacht zwingt. Wenn der kleine Mann mit dem Hammer und dem Spaten sein Brod erwarb die Jahrhunderte hindurch, wer ermöglichte ihm denn dies Schaffen? Allein die höheren Stände. Sie gaben der Arbeit der blinden Körperkräfte Zweck und Inhalt, sie lieferten ihr die Stoffe, die sie bewältigte; sie schufen durch ihre Gesetze Frieden und Ordnung auch für den geringen Mann; sie führten die Heere, deren Siegen das Volk die Sicherheit seiner Arbeit und die Kraft seines Selbstgefühles dankt; sie weckten den Quell der Ideen, der in tausendfach verschlungenem feinem Rinnsal bis in die Tiefen des Volksthums befruchtend dringt. Bleibt es unmöglich, alle Menschen unmittelbar zu dem Genusse der höchsten Güter der Cultur heranzuziehen, so ist doch nicht minder gewiß, daß auch der Arme mittelbar seinen reichen Antheil empfängt an dem idealen Schaffen seines Volks. Jeder Meißelschlag, den die Hand des Künstlers, den Marmor beseelend, führt, jede noch so entlegene Forschung auf dem Gebiete der vergleichenden Sprachkunde kommt den Massen des Volkes zu gute. In einzelnen handgreiflichen Fällen wird dieser Zusammenhang zwischen den steilen Höhen des Gedankens und den breiten Niederungen der Gesellschaft selbst der groben Sinnlichkeit erkennbar. Wie vielen hundert Arbeitern hat Schiller Brod gegeben durch den Druck und Vertrieb seiner Schriften; und wer murrt heute noch in München wider die fremden Eindringlinge, welche der Kunstsinn König Ludwigs einst in das bestürzte Ländle rief? Jene Künstler, die man Diener fürstlicher Verschwendung schalt, haben längst neue blühende Gewerbszweige an der Isar eingeführt, den wirthschaftlichen Zustand der bairischen Hauptstadt gehoben. Der Schatten Kants focht gepanzert mitten unter den tapferen märkischen Bauerburschen, welche bei Großbeeren und Dennewitz sich die Freiheit von Hof und Heerd eroberten und nie eine Zeile von dem Philosophen gelesen hatten; ohne den kategorischen Imperativ blieb Preußen geknechtet.

In dieser wunderbaren Gemeinschaft der Arbeit findet jede redliche Kraft ihren Platz und ihre Ehre. Wie die Dichter heute den makedonischen Krieger preisen, der bei Arbela auf den Schild sank, ein bescheidenes und doch ein edles Werkzeug des welterobernden und weltverwandelnden Helden, so hat auch der Fabrikarbeiter von heute seine historische Stellung als ein Kämpfer in den friedlichen Eroberungszügen dieses arbeitsfrohen Jahrhunderts. An der Frage, wer in dem großen Arbeitstausche der Gesellschaft mehr empfangen oder mehr gegeben, wird jeder Scharfsinn zu Schanden. Nur die Leidenschaft, nicht die historische Gerechtigkeit kann, wie Schmoller thut, einzelne Glieder dieser lebendigen Gemeinschaft als „die heute enterbten Klassen" bezeichnen; ein sehr reiches Erbe von geistigen und wirthschaftlichen Gütern hat sich in den arbeitenden Klassen angesammelt seit den Zeiten der Sclaverei. Wenn irgendwer ein Recht hat zu klagen, daß die Gesellschaft ihn ausbeute, so ist es sicherlich der Genius. Er giebt immer mehr als er empfängt; doch er klagt nicht, er lebt, des königlichen Gebens froh, er läßt die spendenden Hände nimmer sinken und scheidet versöhnt wie König Friedrich:

oui, finissons sans trouble et mourons sans regrets
en laissant l'univers comblé de nos bienfaits!

Wie läppisch erscheinen neben solcher Gesinnung der wirklichen Wohlthäter der Menschheit die grimmigen Klagen des Socialismus, die hinter dem bauschigen Gewande philanthropischer Phrasen doch nur den Neid kleiner Seelen verbergen! Da faselt Louis Blanc von dem Paradiese der Zukunft, wo die legitime Herrschaft des Genius sich zeigen wird in der Größe der Dienste, die er der Gesellschaft leistet, nicht mehr, wie heute, in der Größe der Abgaben, die er der Gesellschaft auferlegt. Als ob wir dazu erst der gelobten Organisation der Arbeit bedürften! Als ob dieser gesegnete Zustand nicht schon längst bestände! Oder glaubt man etwa, Goethe, der vielbeneidete Lieblingssohn des Glücks, hätte von der Gesellschaft auch nur den zehnten Theil dessen, was er an uns gethan, zurückempfangen?

Die Lehre von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zerreißt mit plumper Faust die vielgegliederte Einheit der Gesellschaft. Starke Völker lebten immer des Glaubens, das erste Gebot der Volkswirthschaft sei: viel, sehr viel und gut zu arbeiten; erst in zweiter Reihe stand ihnen die Frage nach der Vertheilung der Früchte der Gesammtarbeit. Darf dieser alte gute Grundsatz heute, da Arbeitsscheu und Zuchtlosigkeit in den niederen Ständen furchtbar überhand nimmt, ganz in Vergessenheit gerathen? Bevor man den Massen von ihrer verletzten Menschenwürde redet, soll man ihnen ruhig sagen: zuerst zeiget Euch als

Menschen! arbeitet, damit das Gesammtvermögen sich vermehre; und wenn dann Staat und Gesellschaft einen Theil des Gesammt-Arbeitsertrages verwenden um den Naturforschern Laboratorien zu bauen oder den Künstlern Akademien, so seid gewiß, daß diese Verwendung auch für Euch Früchte bringt. Solche Früchte stechen allerdings dem begehrlichen Sinne nicht so lockend in's Auge wie der Goldregen Lassallischer Staatsgelder, doch sie zeichnen sich vor den Traumbildern des Socialismus vortheilhaft aus durch den kleinen Vorzug, daß — sie sind.

Es ist der alte Fluch der Menschheit, daß sie den nothwendigen Schmerz der großen Uebergänge ihrer Entwicklung durch Irrthum und Leidenschaft noch verschärft. Nun fällt die schwere wirthschaftliche Krisis unserer Tage in eine Zeit der Gährung aller sittlichen Begriffe. Die alte Philosophie gilt für überwunden, eine neue hat sich nicht zur Herrschaft emporgearbeitet. Der matte Eudämonismus, jener Erbfehler der Nationalökonomen, den bei der Betrachtung des Güterlebens nur wenige große Köpfe ganz von sich fern zu halten wissen, findet heute gar kein Gegengewicht an einer festen sittlichen Weltanschauung. Man redet unter den Gönnern des Socialismus so viel von sittlichem Pathos; und gewiß treibt ein ehrenwerthes Mitleid mit der Lage der arbeitenden Klassen diese Gelehrten zu ihrer pessimistischen Auffassung unserer Gesellschaft. Doch die Furcht vor den unberechenbaren Schrecken der socialen Revolution und der edle Ehrgeiz in der Humanität von Keinem überboten zu werden führt unvermerkt zu einer sinnlichen Schätzung des Lebens; ohne es selber gewahr zu werden befreundet man sich mit der tief unsittlichen Lehre des Socialismus, wonach alle harte Arbeit eine Schande oder doch ein Unglück sein soll. Manche herbe Anklage wider die nothwendige aristokratische Gliederung der Gesellschaft würde verstummen, wenn man sich lebhafter der einfachen Wahrheit entsinnen wollte, daß die Arbeit Selbstzweck ist. In dieser Erkenntniß liegt ein herrlicher Erwerb der christlichen Gesittung. Die Cultur des Orients und des classischen Alterthums ging nach glänzenden Erfolgen doch zu Grunde, jene Völker entbehrten der nachhaltigen Lebenskraft, weil sie die Würde der Arbeit nie erkannten, in der sogenannten gemeinen Arbeit nur ein verächtliches Mittel sahen. Es ist nicht wahr, was von den Heißspornen des Manchesterthums versichert wird und den leitenden Gedanken von Thiers' unglücklichem Buche über das Eigenthum bildet, daß die Arbeit zum einzigen Zweck habe — Eigenthum zu erwerben. Die Persönlichkeit des Menschen stellt sich dar, entfaltet sich in der Arbeit; der Geist gelangt zum Bewußtsein seiner Unendlichkeit nur indem er sich endliche Zwecke setzt und für diese thätig ist. Genießend empfangen wir von der Natur, arbeitend beherrschen wir sie.

Darum ist jede redliche Arbeit ehrenvoll, das treue Schaffen auch für die niedersten Bedürfnisse der Gesellschaft kann den fleißigen Menschen niemals den ewigen Zwecken seines Lebens entfremden. Wer zum Meister ward in einem bescheidenen Berufe steht sittlich höher als wer ein Stümper blieb in der edelsten der Künste. Der Arme wie der Vornehme darf sich das stolze Bewußtsein erobern, daß er als ein Halm dastehe in dem großen Aehrenfelde der Gesellschaft, daß er an seiner Stelle unentbehrlich sei. Der Bauer von altem Schrot und Korn denkt kopfschüttelnd mitten im glänzenden Gewühle der Großstadt: „prahlt und lärmt so viel Ihr wollt, ohne uns Bauern hättet ihr doch Alle kein Brot!" Er spricht mit solchem naiven Standesstolze die Gesinnung aus, welche unter den arbeitenden Klassen eines kräftigen Volkes die Regel sein soll und heute ganz zu verschwinden droht. Wie der Mensch, dem die Natur nur vier Sinne geschenkt, darum noch kein Recht hat wider das Schicksal zu murren, sondern vielmehr verpflichtet ist aus der Noth eine Tugend zu machen, sein Wesen zu vertiefen und dankbarer zu genießen was ihm noch offen steht von den Freuden des Lebens: — wie der Künstler auf abschüssigem, schiefwinkligem Baugrunde nicht verzweifelt, sondern im Besiegen der Ungunst des Raumes seine schöpferische Kraft bewährt: — so ist auch den untersten Schichten der Gesellschaft das Wort gepredigt, daß denen die Gott lieben alle Dinge zum Besten dienen. Unsere Alten sprachen gern von der „fröhlichen Armuth". Und sicherlich giebt es lautere Tugenden, welche nur in engen Verhältnissen gedeihen und aus der Welt nicht weichen dürfen, wenn das Bild der Menschheit voll und ganz bleiben soll. Es wäre ein Verlust für die sittliche Welt, wenn jemals die ehrwürdige Erscheinung des einfachen Mannes verschwände, der mitten in Arbeit und Sorgen den Glauben fest hält, daß es nur eine vollkommene Unfreiheit auf Erden giebt — den Dienst der Lüste und die sinnliche Schätzung des Daseins.

Das wahre Glück des Lebens darf nur gesucht werden in dem was allen Menschen erreichbar und gemeinsam ist. Also nicht im Besitze wirthschaftlicher Güter oder in der politischen Macht, auch nicht in Kunst und Wissenschaft — oder sind etwa die Frauen minder glücklich als wir, sie die im Denken und Dichten niemals an uns heranreichen und doch in der sittlichen Kraft zu tragen und zu dulden jeden Mann übertreffen? — sondern in der Welt des Gemüths: in dem reinen Gewissen, in der Kraft der Liebe, die den Einfältigen über den Klugen emporhebt, und vor allem in der Macht des Glaubens. Dies Menschlichste im Menschen ist von der Gunst der äußeren Umstände bei Weitem nicht so abhängig wie die Gegenwart zu glauben pflegt. Vielmehr bewahrt grade in der

bescheidenen Enge des kleinen Lebens das Gemüth eine frische, kernhafte, unmittelbare Kraft, welche den Gebildeten oft beschämt. Darum sind die niederen Klassen der Jungbrunnen der Gesellschaft. Aus den unberührten Tiefen ihrer derben Sinnlichkeit, ihres wahrhaftigen Gefühls steigen immer neue Kräfte empor in die Reihen der rascher dahinwelkenden höheren Stände. Die Helden der Religion, welche das Gemüthsleben der Völker in seinen Grundfesten umgestalteten, waren zumeist Söhne der Armuth; wer kann sich Jesus oder Luther anders vorstellen denn als kleiner Leute Kinder? Dies hatte Fichte im Auge, wenn er mit seiner schroffen Härte sagte, die Schlechtigkeit sei immer am größten in den höheren Ständen. Dies meinte Goethe, wenn er mit seiner liebevollen Milde so oft wiederholte: die wir die niederste Klasse nennen sind für Gott gewiß die höchste Menschenklasse.

Ueberhaupt erscheint Goethes Urtheil über die niederen Stände, wie sein persönlicher Verkehr mit ihnen als das Muster echter Vornehmheit, eine glückliche Verbindung von aristokratischem Stolz und demokratischer Menschenliebe. Im Staate, in Kunst und Wissenschaft vertritt er streng abweisend das Vorrecht der Bildung; in den einfachen gemüthlichen Verhältnissen des Lebens zeigt er eine rührende Güte und Nachsicht gegen den geringen Mann und eine tiefe Ehrfurcht vor den starken und sicheren Instinkten des Volksgefühls, welche in unseren bildungsstolzen Tagen immer seltener wird. Hoffärtig, wie einst der gelehrte Celsus auf die erhabene Einfalt der ersten Christen herniederschaute, blickt heute der aufgeklärte Mann auf den Glauben des Volks. Er sieht, gleich dem beschränkten Buchstabengläubigen, in der Religion nur das Fürwahrhalten gewisser Dogmen und mythologischer Thatsachen; er hofft, daß dieser Pöbelwahn bei reifender Aufklärung verschwinden, und der kleine Mann dereinst, gründlich belehrt über die Gesetze der Volkswirthschaft, mit der Ordnung der Gesellschaft sich aussöhnen werde. Solche Ansichten, heute schon von Tausenden getheilt, beweisen nur, welche tiefe Kluft die Stände unseres Volkes trennt, wie wenig die modische Aufklärung das Gemüth der Massen und den sittlichen Werth dieser socialen Macht zu würdigen weiß. Sie entspringen dem Hochmuth des Wissens und führen zu falschem sentimentalem Mitleid.

Niemals kann die Masse des Volks so weit gebildet werden, daß sie die verwickelten Gesetze des socialen Lebens wirklich versteht, denn das leere Nachsprechen unverstandener wissenschaftlicher Sätze ist nur eine andere, schlechtere Form des blinden Buchstabenglaubens, ohne die tröstende Kraft der Religion. Und niemals kann auch die durchdachte wissenschaftliche Erkenntniß irgend einem Menschen den Segen des leben=

digen Glaubens ersetzen. Vor den schweren Schicksalsfragen des Lebens, vor den Fragen, welche das Gemüth im Innersten quälen und erschüttern, steht der Gelehrte ebenso rathlos wie der Einfältige. So wenig die Naturforschung jemals wird sagen können, was denn eigentlich dieser „Stoff" ist, dessen Formen und Wandlungen sie nachweist: ebenso wenig wird der Historiker jemals das Räthsel der „Persönlichkeit" ergründen, deren Wirken in der Geschichte er erklärt. Wenn ich das Werden und Wachsen eines historischen Helden verfolge, löse ich damit die entscheidende Frage: wie es denn zugeht, daß zur rechten Zeit immer der rechte Mann erscheint? Der Genius ist doch unendlich mehr als ein Product seiner Epoche. Die Zeit erzieht ihn wohl, aber sie schafft ihn nicht. Und wenn ich noch so klar erkenne, daß der Mensch ein historisch bedingtes Wesen ist, abhängig von der Ordnung der Gemeinschaft, darin er aufwächst — kann ich damit den Posener Polen beschwichtigen, der grimmig fragt: warum muß ich, ein Pole in jeder Faser meines Wesens und fähig in einem aufsteigenden Volke Großes zu wirken, dazu verdammt sein einer Nation, die zu Grabe geht, anzugehören? Sind jene theoretischen Sätze eine genügende Antwort für den armen Arbeiter, der murrend ausruft: warum bin ich, mit meinem Ehrgeiz, meiner Empfänglichkeit für die Reize des Lebens, als der Sohn eines Standes geboren, dem das Emporsteigen so schwer wird? Ueber solche Fragen führt nur eine dumpfe unfruchtbare Resignation hinweg oder — die Kraft des Glaubens, die in schweren Kämpfen des Gemüths erlebte Ueberzeugung, daß das Unbegreiflichste zugleich das Allergewisseste ist, daß Gott gerecht ist und sein Rathschluß weise.

Und eben hierin, in der Kraft und Tiefe des religiösen Gefühls sind die Massen jederzeit dem Durchschnitt der Gebildeten überlegen gewesen. Die Macht der Religion in diesen Schichten der Gesellschaft erklärt sich keineswegs allein, wie der Bildungshochmuth wähnt, aus dem kritiklosen, für die Wahngebilde des Aberglaubens empfänglichen Sinne der Menge; sie ruht auf einem tieferen und edleren Grunde. Den beladenen Mann, der immerdar für den nächsten Tag mit seinen derben Fäusten schafft, verläßt nicht leicht das demüthige Bewußtsein der Hilflosigkeit aller Creatur, das der Gebildete so gern verspottet; er empfindet lebendiger als dieser die Nichtigkeit weltlichen Glückes, heißer die Sehnsucht nach „ew'ger Ruh' in Gott dem Herrn", wie Goethe singt. Diese heiligen Empfindungen dem Menschengeschlechte zu bewahren war allezeit der historische Beruf der niederen Klassen; durch solchen Dienst nehmen sie unmittelbar Antheil an der idealen Culturarbeit der Geschichte. Jedermann weiß, wie roh und hart der naive Volksglaube oft erscheint, wie oft er von pfäffischer Herrschsucht mißleitet wird zum Kampfe wider die

Gesittung. Aber jedem Culturvolke kommen auch Zeiten, da die höheren Stände der Schwelgerei des Geistes verfallen und in hochmüthiger Ueberbildung jener unerforschlichen Mächte spotten, die um Wiege und Bahre schwebend den Menschen an seine Kleinheit erinnern. In solchen Tagen erfährt die Welt den Segen der schlichten Frömmigkeit der kleinen Leute. Mitten im Zerfalle der römischen Cultur erwachte, eine Kraft der Jugend, der Christenglaube der Mühseligen und Beladenen; aus der selbstzufriedenen Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts erhob sich „der alte deutsche Gott" der Befreiungskriege, und die verschmachtende Welt trank den Athem seines Mundes. Die frische Kraft des Gemüths, vor Allem die Freudigkeit des Glaubens, bleibt die einzige ideale Macht, welche dem einseitig wirthschaftlichen Leben der niederen Stände ein Gegengewicht bietet, und sie ist von ungeheurer Stärke. Keine Socialreform wird den arbeitenden Klassen jemals größeren Segen bringen als die alte einfältige Mahnung: bete und arbeite! Ein nur für materielle Güter thätiger Mensch, der nicht mehr herzhaft zu lieben, nicht mehr an eine gerechte Weltordnung zu glauben vermag, ist das kläglichste der Geschöpfe. Vor zwanzig Jahren fuhr ich einmal zu Freiberg in ein Bergwerk ein; als wir dort unten saßen, nahe der ewigen Teufe, rings eingeschlossen von den mächtigen schwarzen Gneiß-Wänden, und einer der Fremden unwillkürlich ein Wort des Staunens aussprach über die Größe Gottes, da polterte unser Führer, ein kleiner Bergmann, plötzlich los in wilden Lästerreden: Ihr seid reich und ich bin arm, wie soll es denn einen gütigen Vater geben? — die bekannten Redensarten, Gott weiß von welchem Demagogen eingesogen, all das schleichende Gift, das einige Jahre zuvor in dem Dresdner Maiaufstande an den Tag getreten war. Ich habe selten im Leben ein so tiefes Mitleid empfunden; was hielt denn den unglücklichen Menschen noch auf der Erde fest, was hinderte ihn dort in die ewige Teufe sich zu stürzen? Nichts als die Feigheit und ein thierischer Instinkt. — Wer den frommen Glauben, das Eigenste und Beste des kleinen Mannes zerstört, handelt als ein Verbrecher wider die Gesellschaft; darum ist gegen den Socialismus nicht halbe und bedingte, sondern ganze und rücksichtslose Feindschaft geboten.

Aus allem Obigen erhellt nur von Neuem, daß die aristokratische Gliederung der Gesellschaft erst mit der Menschheit selber untergehen kann. Denn so gewiß das Gemüth und die sinnliche Bedürftigkeit in dem Leben unseres Geschlechts einen viel größeren Raum einnehmen als die Intelligenz, ebenso gewiß wird die Masse immerdar die Masse bleiben. Das will sagen: die große Mehrheit der Menschen trägt ihren Antheil an der Arbeit der Gesellschaft ab, indem sie mit mehr oder minder hellem

Bewußtsein ihre Körperkraft einsetzt für die wirthschaftlichen Zwecke der Gesammtheit, und indem sie unbewußt die Kraft des Gemüths den Völkern bewahrt. Diese Ordnung ist gerecht; denn das wahre Glück des Lebens, den Frieden der Seele und die Freuden der Liebe, verschließt sie Keinem. Sie ist nothwendig; denn nur in dieser Form kann die allseitige Anlage der Menschheit zur Erscheinung kommen; nur so kann jedes Glied der Gesellschaft einige der unserem Geschlechte verliehenen Gaben zur höchsten Stärke ausbilden. Unternimmt man an dieser gegebenen Ordnung zu rütteln, sie des Unrechts und der Gewalt zu zeihen, so versinkt man unwillkürlich in die Gedankengänge des Socialismus, der sich immer mit dem Wahne trägt, als könnte das Uebel von der Erde vertilgt werden. Man verliert die Achtung vor der historischen Welt; man sieht nicht mehr, daß wo kein Schatten, auch kein Licht, wo keine Tiefe, auch keine Höhe ist. So gelangt man endlich zu scharfsinnigen Grübeleien über das Unwirkliche, welche doch nicht höher stehen als jene leeren Vexirfragen, womit der Halbgebildete sich die müßigen Stunden zu kürzen liebt, z. B. was wäre geschehen, wenn Caesar länger gelebt hätte oder Graf Moltke schon 1863 gestorben wäre? —

Die mit der Ehe und dem Eigenthum gegebene aristokratische Gliederung der Gesellschaft setzt allen socialen Reformplänen feste Schranken, wie die Natur des Staates den Ideen politischer Freiheit unüberschreitbare Grenzen zieht. Die fortschreitende Demokratisirung der Staaten, die wachsende Theilnahme der Volksmasse an der Staatsleitung kann den Befehl der zwingenden Obrigkeit nie beseitigen, denn das verrückte Staatsideal des äußersten Radicalismus, die An—archie, wo Niemand regiert, hebt den Staat selber auf. Der berechtigte Drang der Gegenwart nach Sicherung des Weltfriedens kann doch den ewigen Frieden nie herbeiführen, denn der Staat ist Macht, er geht unter, wenn er auf die Bethätigung der Macht verzichtet. Ebenso kann der sociale Gleichheitsdrang unserer Tage niemals das Gesetz umstoßen, daß die Gesellschaft leben muß, also die Mehrheit der Menschen den niederen Zwecken der Wirthschaft, der groben Arbeit sich zu widmen hat. Innerhalb dieser Schranken aber vollendet sich in Staat und Gesellschaft eine ungeheure Entwickelung, die wachsende Verwirklichung der Idee der Menschheit, und sie vollzieht sich nur unter harten Kämpfen. Staat und Gesellschaft gehören der ethischen Welt an, sie leben nach sittlichen Gesetzen, und diese unterscheiden sich von den Naturgesetzen dadurch, daß sie persönlichem Leben gebieten, also nicht immer noch überall, nur mannichfach gebrochen und getrübt, sich verwirklichen. Wenn wir vorhin fanden, daß durch die Arbeitstheilung der aristokratisch gegliederten Gesellschaft in Wahrheit Niemand

ausgebeutet wird, sondern jedes Glied an seiner Stelle dem Gesammtzwecke der Gemeinschaft dient, so ist damit nur eine sittliche Forderung ausgesprochen, welche im Großen und Ganzen durch den Verlauf der Geschichte erfüllt wird. Es ist damit aber keineswegs gesagt, daß dies sittliche Gesetz in jeder Spanne Zeit und auf jeder Scholle der Erde in's Leben trete; und noch viel weniger, daß die selbstischen Interessen der einzelnen Menschen durch eine natürliche Harmonie mit einander verbunden seien.

Vielmehr besteht ein natürlicher Kampf zwischen der Selbstsucht der Menschen. Das Interesse des Einzelnen ist ausschließend, habgierig, gewissenlos von Natur, wird geleitet von der Gesinnung der *πλεονεξία*, sucht sich zu verwirklichen auf Kosten aller anderen Interessen, zersetzt und zerstört die Ordnung der Gemeinschaft, wenn es sich schrankenlos entfalten darf. Auch das sogenannte wohlverstandene Interesse, der weitblickende Eigennutz, hält die Ordnung der Gesellschaft nicht aufrecht. Der Eigennutz kann nicht weit blicken, er bezieht Alles auf sich, betrachtet sein Ich als den Mittelpunkt der Dinge und vermag von dieser Niederung aus nicht den Gesichtskreis des socialen Lebens zu beherrschen. Die ganze Lehre von dem wohlverstandenen Interesse als der Grundlage der Gesellschaft ist ein Kind der englisch-französischen Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts; die atomistische Anschauung jener Zeit sieht in der Selbstliebe das höchste Princip der Moral, läßt Staat und Gesellschaft aus der Willkür der Einzelnen hervorgehen, und da sie insgeheim fühlt, daß eine Gemeinschaft nicht durch centrifugale Kräfte zusammengehalten werden kann, so muß der widerspruchsvolle Begriff des wohlverstandenen Interesses aushelfen. Es gereicht uns Deutschen nicht zum Ruhme, daß solche durch unsere Philosophie längst überwundene Trivialitäten noch heute, lange Jahrzehnte nach Kant und Hegel, von einem Theile unserer Nationalökonomen vergnüglich wiederholt werden. Bei der Erörterung der ethischen Gesetze der Volkswirthschaft zeigen sich Schmoller und seine Freunde den Vorkämpfern des Manchesterthums weit überlegen. Ist es nicht tief beschämend, daß die Vorrede zu Bastiat's Harmonies économiques, dieser hochkomische Dithyrambus des Mammonspriesterthums, in Deutschland Bewunderer gefunden hat und noch heute findet? Da wird die französische Jugend ermahnt zu glauben an die Harmonie aller Interessen. Der Jüngling (— doch wohl nur der wohlgenährte, denn der hungernde glaubt es gewiß nicht!) — der wohlhabende Jüngling also soll sprechen: „ich glaube, daß der Ordner der materiellen Welt auch der Ordnung der socialen Welt nicht hat fremd bleiben wollen“ u. s. w. Darum folge nur Jeder seinem natürlichen Triebe und suche sein Interesse recht zu ver-

stehen, dann ist die Gesellschaft wohl geordnet, il mondo va da sè, und wenn wir folgerecht weiter schließen, so wird der Staat völlig überflüssig!! Denn warum sollten nicht dereinst, nach gründlicher Unterweisung in der alleinseligmachenden Manchesterlehre, die Herren Mörder und Spitzbuben zu der Erkenntniß gelangen, daß der Mensch sich viel behaglicher befindet, wenn er seinen Nächsten nicht todtschlägt und nicht bestiehlt? Und somit wäre die Barbarei, die wir Rechtsordnung nennen, durch das wohlverstandene Interesse aller Einzelnen glücklich beseitigt! Und somit hätte jener „Ordner der materiellen Welt“ ganz vergessen, daß er dem Menschen eine Vernunft und einen Willen geschenkt hat um das Böse in der socialen Welt zu bezwingen! Ist es zum Verwundern wenn ein so flacher Optimismus, der von der radikalen Sündhaftigkeit des Menschengeschlechts, von der Macht der Dummheit und der Leidenschaft gar nichts ahnt, tiefere Naturen zu heftigem Widerspruche reizt und zu pessimistischen Uebertreibungen verführt?

Die ungebändigte Selbstsucht der Einzelnen führt nothwendig zu Klassenkämpfen. Diese können durch die Uebermacht des einen Theiles oder durch das Gleichgewicht der Kräfte von Zeit zu Zeit beigelegt werden; doch einen gesicherten Frieden, eine dauerhafte Ordnung erhält die Gesellschaft nicht durch sich selber, sondern allein durch den Staat, durch den sittlichen Willen der Gesammtheit, der etwas Anderes ist als die Summe der selbstsüchtigen Einzelwillen und sich zu diesen verhält wie die Pflicht zur Begierde. Der Staat ruht auf dem Gemeinsinne, einer Gesinnung, welche in der geselligen Natur des Menschen ebenso nothwendig, ebenso ursprünglich begründet ist wie die Selbstsucht. Der Staat erscheint Anfangs nur als ein Werkzeug der herrschenden Klassen, deren Interessen er zu sichern sucht; erst nach den Kämpfen langer Jahrhunderte gelangt er zum Bewußtsein seines Wesens, er erkennt sich als den sittlichen Gesammtwillen, als die unparteiische Macht, welche schützend und wehrend über den socialen Gegensätzen steht, vorausschauend über den Kurzsichtigen, gerecht über den Selbstischen. Er giebt diesem seinem Wesen einen Ausdruck in den Formen der Staatsverfassung, stellt das Staatsoberhaupt selbständig über die Klassen der Gesellschaft, und es ist kein Zufall, daß die Monarchie mit ihrer gesicherten Krone, die für sich gar keine Klassenselbstsucht hegen kann, im Durchschnitt weit mehr sociale Gerechtigkeit bewiesen hat als die Republik. Er erweitert stetig das Gebiet seiner Thätigkeit, wird aus einem Rechtsstaate ein Culturstaat, nöthigt die Gesellschaft Opfer zu bringen für ihre leidenden Glieder, erzwingt durch den Befehl der Macht jenes Maß der Bildung, das für den Bestand des Gemeinwesens nothwendig ist. Nur die Leidenschaft kann leugnen, daß der mo-

ausgebeutet wird, sondern jedes Glied an seiner Stelle ... st der
zwecke der Gemeinschaft dient, so ist damit nur eine ... bstsucht
ausgesprochen, welche im Großen und Ganzen du...
Geschichte erfüllt wird. Es ist damit aber keines... thschaftlichen
sittliche Gesetz in jeder Spanne Zeit und auf je... Alterthum aus
Leben trete; und noch viel weniger, daß ... besteht, ist die
einzelnen Menschen durch eine natürlich... rden. Durch das
bunden seien. ... ist und Wissenschaft

Vielmehr besteht ein natürliche... Der Staat kann in
Menschen. Das Interesse des E... schöpferisch eingreifen;
willenlos von Natur, wird g... fgaben, begnügt sich, die
sucht sich zu verwirklichen au... der Gesellschaft geschaffen
zerstört die Ordnung de... e zu fördern und mit ihren
falten darf. Auch de... ie in der Gesellschaft thätige per-
blickende Eigennutz. ... ür uns Moderne einen unendlichen Werth
Eigennutz kann n... auch das Alterthum nicht kannte; sie gilt uns als der Eckstein
Ich als den ... Wenn der moderne Staat den Umkreis seines Wirkens
aus nicht d... Freiheit. ausdehnt und darnach strebt die Gesammtheit der Lebenszwecke,
Lehre v... welche sein Volk sich stellt, unter seinen Schutz zu nehmen, so wird doch
sellsch... seine Thätigkeit der Art nach bescheidener. Er weiß, daß seine eigene
Ir... Kraft am letzten Ende auf der persönlichen Kraft seiner Bürger ruht; er
will, indem er sich einmischt in die freie wirthschaftliche Arbeit, nicht den
Nerv der Gesellschaft, den wagenden Unternehmungsgeist, zerstören, son-
dern lediglich die Gefahren beseitigen, welche die rücksichtslose Verfolgung
wirthschaftlicher Zwecke über die Gesundheit, die Bildung, die Sittlichkeit
ganzer Volksklassen heraufzuführen droht.

Wenn Brentano sagt, der freie Staat sei das Centrum des Volkslebens, darum bezeichne schon das Wort „Staatseinmischung" einen Zustand, wie er nicht sein solle — so trifft diese Behauptung wirklich der Vorwurf politischer Mystik. Eine absolute Grenze für die Ausdehnung der Staatsgewalt läßt sich theoretisch allerdings nicht feststellen; ein rein communistischer Staat, wie der entsetzliche Jesuitenstaat von Paraguay, hört darum nicht auf ein Staat zu sein. Wohl aber bildet sich jedes Volk aus den Bedürfnissen und Gewohnheiten seiner Arbeit heraus feste sociale Freiheitsbegriffe, welche der Staat nicht antasten darf ohne den berechtigten Vorwurf willkürlicher „Staatseinmischung" auf sich zu laden. Die moderne Welt kennt den Segen der freien Concurrenz; sie verlangt darum mit vollem Rechte größere Achtung für das Privateigenthum, einen freieren Spielraum für die wirthschaftliche Kraft des Einzelnen, als die Völker des Alterthums. Wenn ein moderner Gesetzgeber gleich Solon

Gläubiger von Staatswegen berauben, oder gleich Cäsar den Pöbel
rer großen Städte in entlegene Colonien senden wollte, so würden
verwegene Thaten antiker Socialpolitik heute vielleicht den Beifall
r Doctrinäre finden, aber an dem berechtigten Widerstande der
n Gesellschaft unfehlbar untergehen.

end der Staat also zur Erkenntniß seiner socialpolitischen Auf-
wächst, reift das Selbstgefühl, das Bewußtsein der Menschen-
niederen Klassen. Die unfreie Arbeit, dereinst ein Segen
rbeitern selber kaum als eine Bürde empfunden, erscheint als
vang. Zugleich erwacht in den höheren Ständen lang-
fühl, jener lebendige Gemeinsinn, welchen die modische
dem Unworte: „selbstlose Gesinnung" zu bezeichnen
zu fühlen, daß ihr eigenes Glück durch die Wohl-
bedingt wird, und daß Staat und Gesellschaft mitver-
ich sind für die Lasten und Leiden der Massen. Ich sage: mit-
verantwortlich. Denn dies bleibt unter den Uebertreibungen der modernen Socialreformer die allergefährlichste, daß sie der Gesellschaft die alleinige Verantwortung für die Sitten der arbeitenden Klassen zuwälzen wollen und damit aus reiner Menschenliebe den Arbeiter zum unvernünftigen Thiere herabwürdigen. Der Arbeiter, wiederholt man unermüdlich, ist nicht besser und nicht schlechter als er nach seiner Erziehung und Lebensweise sein kann. Als ob nicht mit dem gleichen Rechte jeder gewissenlose Gründer antworten könnte: „ich bin von Kindesbeinen an gewöhnt worden Geld und Genuß als die höchsten der Güter zu verehren; so ward ich ohne meine Schuld was ich bin: ein Millionär und ein Schurke!" Wie vor einigen Jahrzehnten unter den Medicinern die mattherzige Lehre umging, jedes Verbrechen sei die Folge krankhafter natürlicher Anlage, und der Verbrecher gehöre nicht vor das Forum des Strafrichters, sondern vor den Irrenarzt: so schwirrt durch die jüngste socialpolitische Literatur ein sentimentales Gerede über die „Mitschuld der Gesellschaft", das in aller Unschuld darauf ausgeht, dem armen bethörten Volke das Gewissen zu ertödten und unsere ohnehin schwächlichen Strafgesetze durch zaghafte Handhabung noch mehr zu verderben. Eine geachtete Zeitschrift von gemäßigt liberaler Richtung schilderte neulich sehr erbaulich die Grausamkeit der Todesstrafe, weil kein großes Verbrechen denkbar sei ohne schwere Gebrechen der Gesellschaft; sie vergaß nur leider den unwiderleglichen Schluß hinzuzufügen, daß vor der höheren Aufklärung überhaupt jede Strafe als Grausamkeit erscheinen müsse! Ganz gewiß beweist jedes Verbrechen die Unvollkommenheit der Gesellschaft, ihre Unfähigkeit die Sünde auszurotten. Ganz gewiß sind viele Fehler des kleinen Mannes nur der Widerschein

derne Staat diese Zwecke sich wirklich stellt, daß er die Herrschaft der Vernunft und des gemeinen Rechts, nicht die Befriedigung der Selbstsucht einer Klasse erstrebt.

Seit die Welt die Würde und die Freiheit der wirthschaftlichen Arbeit anerkannt hat, seit der Staat nicht mehr wie im Alterthum aus einer Minderzahl von politisch thätigen Vollbürgern besteht, ist die Lebensweise der Menschen eine vorwiegend sociale geworden. Durch das freie Spiel der socialen Kräfte in Wirthschaft, Kunst und Wissenschaft geschehen die großen Schritte der modernen Cultur. Der Staat kann in diese ungeheure Thätigkeit der Gesellschaft nur selten schöpferisch eingreifen; er folgt ihr vielmehr, empfängt von ihr neue Aufgaben, begnügt sich, die neuen socialen Kräfte, welche die freie Arbeit der Gesellschaft geschaffen hat, in seine Rechtsordnung aufzunehmen, sie zu fördern und mit ihren Gegensätzen auszugleichen. Also hat die in der Gesellschaft thätige persönliche Kraft des Einzelnen für uns Moderne einen unendlichen Werth gewonnen, welchen das Alterthum nicht kannte; sie gilt uns als der Eckstein aller Freiheit. Wenn der moderne Staat den Umkreis seines Wirkens beständig ausdehnt und darnach strebt die Gesammtheit der Lebenszwecke, welche sein Volk sich stellt, unter seinen Schutz zu nehmen, so wird doch seine Thätigkeit der Art nach bescheidener. Er weiß, daß seine eigene Kraft am letzten Ende auf der persönlichen Kraft seiner Bürger ruht; er will, indem er sich einmischt in die freie wirthschaftliche Arbeit, nicht den Nerv der Gesellschaft, den wagenden Unternehmungsgeist, zerstören, sondern lediglich die Gefahren beseitigen, welche die rücksichtslose Verfolgung wirthschaftlicher Zwecke über die Gesundheit, die Bildung, die Sittlichkeit ganzer Volksklassen heraufzuführen droht.

Wenn Brentano sagt, der freie Staat sei das Centrum des Volkslebens, darum bezeichne schon das Wort „Staatseinmischung“ einen Zustand, wie er nicht sein solle — so trifft diese Behauptung wirklich der Vorwurf politischer Mystik. Eine absolute Grenze für die Ausdehnung der Staatsgewalt läßt sich theoretisch allerdings nicht feststellen; ein rein communistischer Staat, wie der entsetzliche Jesuitenstaat von Paraguay, hört darum nicht auf ein Staat zu sein. Wohl aber bildet sich jedes Volk aus den Bedürfnissen und Gewohnheiten seiner Arbeit heraus feste sociale Freiheitsbegriffe, welche der Staat nicht antasten darf ohne den berechtigten Vorwurf willkürlicher „Staatseinmischung“ auf sich zu laden. Die moderne Welt kennt den Segen der freien Concurrenz; sie verlangt darum mit vollem Rechte größere Achtung für das Privateigenthum, einen freieren Spielraum für die wirthschaftliche Kraft des Einzelnen, als die Völker des Alterthums. Wenn ein moderner Gesetzgeber gleich Solon

die Gläubiger von Staatswegen berauben, oder gleich Cäsar den Pöbel unserer großen Städte in entlegene Colonien senden wollte, so würden solche verwegene Thaten antiker Socialpolitik heute vielleicht den Beifall einzelner Doctrinäre finden, aber an dem berechtigten Widerstande der modernen Gesellschaft unfehlbar untergehen.

Während der Staat also zur Erkenntniß seiner socialpolitischen Aufgaben heranwächst, reift das Selbstgefühl, das Bewußtsein der Menschenwürde in den niederen Klassen. Die unfreie Arbeit, dereinst ein Segen und von den Arbeitern selber kaum als eine Bürde empfunden, erscheint als unnatürlicher Zwang. Zugleich erwacht in den höheren Ständen langsam das Pflichtgefühl, jener lebendige Gemeinsinn, welchen die modische Zeitungssprache mit dem Unworte: „selbstlose Gesinnung“ zu bezeichnen pflegt. Sie beginnen zu fühlen, daß ihr eigenes Glück durch die Wohlfahrt der Vielen bedingt wird, und daß Staat und Gesellschaft mitverantwortlich sind für die Lasten und Leiden der Massen. Ich sage: mitverantwortlich. Denn dies bleibt unter den Uebertreibungen der modernen Socialreformer die allergefährlichste, daß sie der Gesellschaft die alleinige Verantwortung für die Sitten der arbeitenden Klassen zuwälzen wollen und damit aus reiner Menschenliebe den Arbeiter zum unvernünftigen Thiere herabwürdigen. Der Arbeiter, wiederholt man unermüdlich, ist nicht besser und nicht schlechter als er nach seiner Erziehung und Lebensweise sein kann. Als ob nicht mit dem gleichen Rechte jeder gewissenlose Gründer antworten könnte: „ich bin von Kindesbeinen an gewöhnt worden Geld und Genuß als die höchsten der Güter zu verehren; so ward ich ohne meine Schuld was ich bin: ein Millionär und ein Schurke!“ Wie vor einigen Jahrzehnten unter den Medicinern die mattherzige Lehre umging, jedes Verbrechen sei die Folge krankhafter natürlicher Anlage, und der Verbrecher gehöre nicht vor das Forum des Strafrichters, sondern vor den Irrenarzt: so schwirrt durch die jüngste socialpolitische Literatur ein sentimentales Gerede über die „Mitschuld der Gesellschaft“, das in aller Unschuld darauf ausgeht, dem armen bethörten Volke das Gewissen zu ertödten und unsere ohnehin schwächlichen Strafgesetze durch zaghafte Handhabung noch mehr zu verderben. Eine geachtete Zeitschrift von gemäßigt liberaler Richtung schilderte neulich sehr erbaulich die Grausamkeit der Todesstrafe, weil kein großes Verbrechen denkbar sei ohne schwere Gebrechen der Gesellschaft; sie vergaß nur leider den unwiderleglichen Schluß hinzuzufügen, daß vor der höheren Aufklärung überhaupt jede Strafe als Grausamkeit erscheinen müsse! Ganz gewiß beweist jedes Verbrechen die Unvollkommenheit der Gesellschaft, ihre Unfähigkeit die Sünde auszurotten. Ganz gewiß sind viele Fehler des kleinen Mannes nur der Widerschein

verwandter Laster in den höheren Ständen, und manches sittliche Elend, das die Massen verwüstet, lebt nur von den Verirrungen der Vornehmen, so die Prostitution. Ganz gewiß giebt es eigenthümliche Sünden der Armuth, wie es Sünden des Reichthums giebt, und wie jedem Stande, auch dem Stande des Staatsmannes, des Kaufherrn, des Künstlers, sittliche Versuchungen nahe treten, welche anderen Klassen der Gesellschaft fern bleiben. Es ist die Pflicht der Gesellschaft, die sittliche Widerstandskraft der arbeitenden Klassen zu stärken, aber je treuer sie dieses Amtes wartet, um so unbarmherziger soll sie durch ein strenges Strafrecht den alten derben Grundsatz bethätigen, daß jeder Mensch zuerst selber verantwortlich ist für sein Thun. So elend ist Keiner, daß er im engen Kämmerlein die Stimme seines Gottes nicht vernehmen könnte. —

Die Ausbildung des Staatsgedankens also, das steigende Selbstgefühl der niederen und die reifende menschliche Bildung der höheren Stände führen allmählich unter schweren Kämpfen die Idee der Gleichheit in die Gesellschaft ein. In dieser Hinsicht weist die Weltgeschichte, die sonst so viele unwiederbringliche Verluste verzeichnet, ein unverkennbares stetiges Fortschreiten auf. Die Menschheit hat nie wieder eine Blüthe der Künste gesehen wie in den Tagen des Perikles; also in die Welt der Ideale sich zu versenken war nur einer hocharistokratischen Gesellschaft möglich, welche alle gemeinen Sorgen des Lebens auf die geduldigen Schultern ihrer Sclaven thürmte, und sicherlich sind die Tragödien des Sophokles und der Zeus des Pheidias um den Preis des Sclavenelends nicht zu theuer erkauft. Was der Schönheitssinn der Höchstgebildeten durch den Untergang jener Vollbürger-Aristokratien des Alterthums verlor, das hat seitdem die arbeitende Masse an Freiheit, Behagen und Durchschnittsbildung gewonnen. Welch ein Aufsteigen seit der Zeit, da das Christenthum zuerst die Gleichheit aller Kinder Gottes verkündete, bis zu dem freien Arbeiterstande unserer Tage! Welche unendliche Reihe verlebter socialer Aristokratien, die von aufstrebenden Klassen entthront und beerbt wurden. Wenn der Gegenwart irgend ein Ruhm gebührt, so doch gewiß dieser, daß noch in keiner Epoche die sociale Gleichheit vollständiger anerkannt war.

Was ist aber diese Gleichheit? Zunächst nur ein großer Gedanke. Die natürliche Ungleichheit der Menschen erscheint als eine wirksame Kraft schon in den Anfängen der Geschichte, sie baut die Gesellschaft. Erst nach vielen Jahrhunderten erwacht die Vorstellung, daß neben der thatsächlichen Ungleichheit die Gleichheit der Menschen als vernünftiger Wesen bestehe, wie ja auch die allgemeine Menschenliebe nicht ein ursprüngliches Gefühl, sondern aus der Liebe zu den Haus- und Stammgenossen sehr langsam emporgewachsen ist. Abermals nach vielen Jahrhunderten wird diese Idee,

vor Zeiten ein Traum verspotteter Schwärmer, zu einer lebendigen Macht im Völkerleben; sie setzt sich durch, indem sie sich einfügt in die Schranken der auf der Ungleichheit ruhenden Gesellschaft. Die Gleichheit ist ein sittliches Postulat nur für die höchsten und allgemeinen Güter, welche den Menschen zum Menschen machen. Die vernünftige Gleichheit fordert nur ein fünffaches Recht: daß jeder Mensch als Rechtssubject anerkannt werde, als rechtsfähig mit dem Anspruch auf gleichen Rechtsschutz; daß ihm als einem Ebenbilde Gottes zustehe frei zu denken und zu glauben; daß er die Gaben des Leibes und der Seele frei gebrauchen dürfe um innerhalb der gegebenen Gesellschaftsordnung so hoch zu steigen als ihm Kraft und Glück erlauben. Damit hängt zusammen die Pflicht der Gesellschaft, jedem ihrer Glieder den Erwerb jenes Maßes von Bildung zu ermöglichen, das nach dem Stande der allgemeinen Gesittung unentbehrlich ist um die persönliche Begabung zu bethätigen; endlich die Pflicht der Gemeinschaft, in Fällen äußersten Elends, wo die persönliche Kraft völlig gebrochen ist, Unterstützung zu gewähren. Diese trivialen Sätze sind die Frucht vielhundertjähriger Kämpfe; das Blut und der Schweiß von Millionen haftet daran; in Deutschland haben sie erst durch die Gesetze des Norddeutschen Bundes die Erfüllung gefunden. Vor zehn Jahren noch sah der deutsche Arbeiter verlangend hinüber nach der socialen Gleichheit des Bonapartismus: heute gilt ihm eine der größten und wohlthätigsten Revolutionen, welche unsere Volkswirthschaft je erlebt hat, schon als ein Sieg der Klassentyrannei.

Alle Theorien welche über diese vernünftige Gleichheit hinausstreben und die thatsächliche Gleichheit aller Menschen fordern, sei es auch nur in der verschämten Form eines Programmes für eine ferne Zukunft, sind leere Hirngespinnste. Sie zerstören die Gesellschaft, zerreißen das Band zwischen ihrer Vergangenheit und Gegenwart und werden darum in jedem freien Volke, das sich selber und die Arbeit seiner Väter achtet, immer nur einem kalten Nein begegnen. Aus dem vernünftigen Begriffe der Gleichheit folgt nicht die Theilnahme Aller an allen Gütern der Civilisation; damit geht, wie oben nachgewiesen, jede Cultur zu Grunde. Es folgt nicht, daß die Gesellschaft darnach trachten müsse das Gesammteinkommen nach und nach gleichmäßiger zu vertheilen. Das Ideal der Vermögensvertheilung ist nicht die durchschnittliche Gleichheit, sondern das Nebeneinanderbestehen von großen, mittleren und kleinen Vermögen, weil nur dadurch eine vielseitige Gesittung möglich wird. Wenn die Gesellschaft an der Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der niederen Stände rastlos gearbeitet hat und auch fernerhin arbeiten wird, so kann und will sie damit nicht den für das Gedeihen seiner Bildung unentbehrlichen

weiten Abstand zwischen den Einzelvermögen aufheben. Der in der neuesten Socialpolitik beliebte Satz: „wir produciren vielleicht noch nicht genug um das Einkommen gleichmäßig zu vertheilen" ist wissenschaftlich unhaltbar, da die Gesellschaft dies Gleichmaß gar nicht erstreben soll, auch wenn ihr Gesammteinkommen steigt. Er enthält zugleich eine leichtfertige Herausforderung der rohen Plünderungslust, denn natürlich wird der Communismus mit seiner wohlbekannten Berserker-Logik sofort erwidern: „Warum so zaghaft? Werfen wir nur erst alles Privateigenthum auf einen Haufen! Wenn dann Niemand mehr durch sein persönliches Interesse zur Arbeit gezwungen ist, so wird der Feuereifer der Brüderlichkeit die Gesammtproduction dermaßen steigern, daß Jeder von seinem gleichen Einkommen in Herrlichkeit und Freuden leben kann!"

Aus der vernünftigen Gleichheit folgt ferner nicht die Vertheilung des Einkommens „nach Verdienst". Auch diese Theorie denkt den Menschen als ein geschichtsloses Thier, nicht als ein an den Werken der Vergangenheit fortbauendes vernünftiges Wesen. Würde wirklich, wie Schmoller versichert, heute in immer weiteren Kreisen die zweifelnde Frage aufgeworfen: ob denn das Einkommen des Einzelnen im Durchschnitt seinen Tugenden, Kenntnissen und Leistungen entspreche? — so bewiese diese Thatsache gar nichts gegen die Gerechtigkeit der bestehenden socialen Ordnung; sie bewiese nur, daß es heute leider modisch ist unvernünftige Fragen an die Gesellschaft zu stellen. Die Gesellschaft kann und soll nicht die Leistungen der Einzelnen schlechtweg belohnen, sondern sie belohnt was Jeder leistet mit den wirthschaftlichen Kräften, die er in der bestehenden Gesellschaftsordnung erworben oder ererbt hat. Und sie vollzieht diese Belohnung nicht durch eine allmächtige Staatsgewalt, sondern überläßt dies wohlweislich dem freien Verkehre; denn sie hegt eine tiefe Achtung vor einer höchst legitimen Macht, die der Socialismus niemals aus der Welt hinweg reden wird, vor einer segensreichen Macht, welche den trägen Menschen zum Hoffen und zum Wagen spornt — vor dem Glücke. Die Zwecke der Gesellschaft zu erfüllen ist die Aufgabe der wirthschaftlichen Arbeit. Wer glücklich speculirt, wer durch die Gunst des Zufalls das gesellschaftlich Zweckmäßige und darum Werthvolle mit geringen Kosten herstellt, der mag sich mit gutem Gewissen des Erworbenen freuen. Die Gesellschaft kann ihn in solchem Genusse ebenso wenig stören als sie den wohlverdienten Mann, der unglücklich speculirt hat, entschädigen kann. Das corriger la fortune führt im Privatleben zum Verbrechen, in der Gesellschaft zur Unfreiheit. Wenn Schmoller beklagt, daß auf der freien Rennbahn der modernen Gesellschaft die ungleiche Kraft der Rennpferde nicht durch billig vertheilte Gewichte ausgeglichen werde,

so läßt sich nur trocken erwidern: die Gesellschaft ist keine Rennbahn. Sie hat nicht die Aufgabe die persönliche Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder zu prüfen, sondern sie soll den durch die Arbeit vieler Geschlechter geschaffenen Culturbestand durch die Arbeit des gegenwärtigen Geschlechts mehren, und sie vermag dies nur wenn sie auch in jedem einzelnen Hause den Zusammenhang zwischen dem Heute und dem Gestern anerkennt, wenn sie dem Sohne gestattet mächtig zu sein durch die Arbeit des Vaters. Wenn ich mich auf den Wettlauf begebe um das goldene Vließ einer Million, so wird mich ein Nebenbuhler, der vielleicht ein einfältiger roher Mensch ist aber hunderttausend Thaler geerbt hat, höchst wahrscheinlich schlagen, habe ich ein Recht mich deßhalb zu beschweren? Ein treuer Monarchist wie Schmoller muß sich doch fragen: wohin wir treiben, wenn die nur scheinbar idealistische, doch in Wahrheit grob sinnliche Lehre von der Einkommensvertheilung nach Verdienst jemals auf den Staat angewendet würde? Wenn der gesinnungstüchtige Socialpolitiker fragen wollte, womit dieser oder jener persönlich unbedeutende König seine Macht und sein Einkommen verdient habe? Keine geordnete Gemeinschaft ohne überlieferte, durch die Pietät geheiligte Institutionen, und zu diesen zählt das Erbrecht.

Aus der vernünftigen Gleichheit folgt endlich keineswegs die Unterwerfung der gesetzgebenden Gewalt unter die Kopfzahl, das allgemeine Stimmrecht. Auch diese Erfindung des monarchischen Socialismus der Bonapartes wird heute mit gelehrten socialpolitischen Gründen gerechtfertigt: sie soll das nothwendige Bollwerk sein wider die Klassenherrschaft der Besitzenden. Hier muß ich denn bescheiden gestehen, daß ich meine beschränkten altliberalen Ansichten, die ich schon bei der Stiftung des Norddeutschen Bundes wiederholt ausgesprochen, im Verlaufe einer achtjährigen Erfahrung nicht geändert habe. Ich vermuthe, die Geschichte wird dereinst aus diesen großen Jahren nur zwei wahrhaft verhängnißvolle Mißgriffe der deutschen Politik zu verzeichnen haben: die Gründung des „Reichslandes", das doch nur eingefügt in einen festen Staat seinen Frieden finden kann, und — die Verkündigung des allgemeinen Stimmrechts. Beide Fehler waren freilich die Fehler eines großen Staatsmannes, also entschuldigt, ja theilweis gerechtfertigt durch den Drang des Augenblicks: jener durch diplomatische Verlegenheiten, dieser durch den begreiflichen Wunsch, der murrenden Demokratie ein non plus ultra entgegenzuhalten und dem neuen Reichstage Ansehen im Volke zu verschaffen. Aber die Frage des allgemeinen Stimmrechts berührt zugleich eines der wenigen Gebiete des deutschen Volkslebens, welche Fürst Bismarck nicht völlig übersieht. Er kannte, als er jenen kecken Griff wagte, nur das konservative Landvolk des Nordostens; er kannte nicht die

katholischen Massen im Westen, nicht den wahren Charakter der Socialdemokratie; und er kennt noch heute nicht recht jene bescheidene, halbverborgene und doch so unschätzbare kleinbürgerliche Bildung, welche durch seine Neuerung in ihren Grundmauern bedroht wird. Das allgemeine Stimmrecht steht und fällt mit der Idee der Volkssouveränität. In der demokratischen Republik, wo das Volk der Souverän ist, muß diese Form des Wahlrechts als die allein der Verfassung gemäße ertragen werden. Doch in der Monarchie widerspricht sie den sittlichen Grundgedanken, worauf Staat und Gesellschaft ruhen. Zwar die unmittelbare politische Wirkung der Wahlgesetze ist keineswegs so groß, wie die Doctrinäre annehmen; die Wahlen zum preußischen Landtage fallen stets nicht viel anders aus, als die Wahlen zum Reichstage. Die Parteimeinungen der „bisher enterbten Klassen" haben im Reichstage mit nichten eine so großartige Vertretung gefunden, wie die Socialpolitiker träumten, und dies Verhältniß wird schwerlich in der nächsten Zukunft sich wesentlich ändern. Es ist ja doch nur radikale Phantasterei, wenn man behauptet, die Weltgeschichte habe im neunzehnten Jahrhundert ihren Charakter umgetauscht, sie lege heute ihre Ideen unmittelbar in die Köpfe der Masse nieder. Die zündenden Gedanken der Geschichte werden immerdar zuerst in einzelnen genialen Köpfen Funken schlagen und von dort hinüberwirken auf die Gebildeten; die Masse aber kann sich in einem leidlich geordneten Gemeinwesen selten ganz dem Einfluß des Besitzes und der Bildung entziehen, sie stellt in der Regel ein starkes Heer unter die Parteifahnen der höheren Stände. Wir haben keinen Grund den Ausfall der Reichstagswahlen zu beklagen; sie gaben immer ein ziemlich getreues Bild von den in der Nation vorherrschenden Stimmungen.

Um so verderblicher ist die mittelbare Wirkung des allgemeinen Stimmrechts: die politische Entsittlichung des Haufens. Unser Staat gewährt überall kein politisches Recht, dem nicht eine Pflicht entspräche; er verlangt von Allen, die an der Leitung des Gemeinwesens irgendwie theilnehmen wollen, daß sie sich diese Macht durch Besitz und Bildung erst verdienen; er ist in unablässiger Arbeit thätig für die Verbreitung und Vertiefung des geistigen Lebens; er mildert selbst die allgemeinste seiner Bürgerpflichten, die Wehrpflicht, zu Gunsten dieser Mächte des Geistes, giebt der Bildung durch das Freiwilligenjahr eine überaus wirksame Belohnung. Diese Vorstellungen stehen uns Allen so fest, daß selbst radikale Fortschrittsmänner die Herrschaft der Kopfzahl in den Gemeinden verwerfen, obgleich das Gemeindeleben für den kleinen Mann doch sicherlich wichtiger und verständlicher ist als die Politik. Eben diesen sittlichen Grundanschauungen des deutschen Staates schlägt das all-

gemeine Stimmrecht in's Gesicht; es belohnt die Unbildung, erweckt den Hochmuth der Dummheit. Wer sich nur die Mühe gegeben hat geboren zu werden, empfängt in einem Staate, der wie kein anderer die Cultur zu ehren weiß, nach Verlauf einiger Jahre ohne Beschränkung das höchste politische Recht des Bürgers! Wie sollte der Arme, der eines solchen Rechtes sich erfreut, nicht zu dem Schlusse gelangen, daß auch in der Gesellschaft die Geburt ein vollgiltiger Rechtstitel sei, der jedem Menschen Macht ohne Arbeit verbürge. Daran ist gar kein Zweifel, das allgemeine Stimmrecht hat die phantastische Ueberschätzung der eigenen Macht und des eigenen Werthes in den Massen unermeßlich gefördert. Der unversöhnliche Widerspruch zwischen der demokratischen Gleichheit des politischen Stimmrechts und der nothwendigen aristokratischen Gliederung der Gesellschaft beweist dem unzufriedenen kleinen Manne sonnenklar die sociale Fäulniß der Gegenwart, macht ihn zum gläubigen Hörer der Demagogen. Das allgemeine Stimmrecht ist in diesem Staate der edlen Bildung die organisirte Zuchtlosigkeit, die anerkannte Ueberhebung des souveränen Unverstandes, die Ueberhebung des Soldaten gegen den Offizier, des Gesellen gegen den Meister, des Arbeiters gegen den Unternehmer. Aber diese verheerenden Wirkungen sind schon im Uebermaße eingetreten und nicht mehr zu beseitigen; die Wiederaufhebung des einmal gewährten Rechtes würde den längst erwachten Uebermuth der Unbildung nur noch heftiger reizen. So bleibt uns nur übrig, mindestens den Unterbau unseres monarchischen Staates, die Verwaltung der Kreise und Gemeinden, vor dem Eindringen republikanischer Grundsätze zu behüten und — zu protestiren wider die Behauptung, daß die Belohnung der Unbildung ein Ergebniß erleuchteter Socialpolitik sei.

Diesen Grundsatz also halten wir fest, bevor wir die Begehren der Socialdemokratie im Einzelnen betrachten: die bürgerliche Gesellschaft eines gesitteten Volkes ist eine natürliche Aristokratie, sie kann und darf die höchsten Arbeiten und Genüsse der Cultur nur einer Minderzahl gewähren, doch sie gestattet Jedem ohne Ausnahme emporzusteigen in die Reihen dieser Minderheit. Deutschlands gebildete Stände haben in diesem Jahrhundert ihre Pflichten gegen die niederen Klassen niemals gänzlich vergessen, am wenigsten in den vielgescholtenen Tagen der befreienden socialen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Sie werden auch in Zukunft diese ihre Pflicht erkennen. Aber sie weisen den Wahn zurück, als ob in der sittlichen Welt irgend etwas sich schenken ließe, als ob irgend eine Socialreform den Arbeitern geben könne was ihnen eine verlogene Wühlerei zu zerstören droht: das Ehrgefühl der Arbeit. Während blutige Unthaten von der Verwilderung der Massen erzählen, während die

Demagogen auf Märkten und Straßen das Recht auf Nicht-Arbeit predigen und mit den Werken der Jahrhunderte wie mit Kartenhäusern spielen, wollen wir Männer der Bildung das Erbe unserer arbeitsfrohen Väter treu bewahren und uns furchtlos bekennen zu dem alten stolzen Wahlspruch deutschen Bürgerthums, welcher einst dem Amerikaner Longfellow von den Zinnen und Giebeln Nürnberg's entgegenstrahlte:

the nobility of labour, the long pedigree of toil!

II.

Bei den jüngsten Reichstagswahlen fielen 339,738 unter 5¼ Millionen Stimmen auf die Candidaten der Socialdemokratie. Da nun die große Mehrheit der Partei aus jungen, noch nicht wahlfähigen Burschen besteht und jedenfalls viele ihrer Mitglieder in aussichtslosen Wahlbezirken sich der Wahl enthalten haben, so darf man wohl annehmen, daß augenblicklich nahezu eine Million deutscher Männer und Jünglinge der Socialdemokratie angehört oder anzugehören glaubt. Diese Zahl ist freilich beschämend klein für eine Partei, welche die gesammte arbeitende Masse zu vertreten behauptet, doch sie bezeichnet immerhin einen ansehnlichen Bruchtheil unserer Nation. Nur mit Widerstreben, nur nach reiflicher Prüfung kann ein deutscher Patriot das harte Geständniß ablegen, daß eine in unserem Volke so mächtige Richtung schlechthin jeder Berechtigung entbehrt. Die deutsche Socialdemokratie ist wirklich „so schwarz", wie sie von der Mehrzahl der gebildeten Blätter geschildert wird. Sie verdient Beachtung als ein Symptom ernster socialer Mißstände, aber sie bietet uns keinen einzigen lebensfähigen Gedanken, mit dem sich verhandeln, der sich aufnehmen ließe in die Ordnung unserer Gesellschaft. Neid und Gier sind die beiden mächtigen Hebel, welche sie einsetzt um die alte Welt aus den Angeln zu heben; sie lebt von der Zerstörung jedes Ideales. Wenn die Gönner des Socialismus als ein schönes Zeichen preisen, daß die Partei neben frechen Wühlern, feilen Demagogen und dem langen Trosse der Gedankenlosen unleugbar auch viele ehrliche uneigennützige Apostel, ja sogar einige schwärmerische Poeten in ihren Reihen zählt: so beweist dies Lob nur von Neuem, wie tief die Gegenwart sich verstrickt hat in den Banden ihrer sinnlichen Weltanschauung. Fühlt man denn gar nicht mehr, wie unnatürlich es ist, daß eine Lehre, die alle Ideen leugnet, einem ehrlichen Manne die ganze Persönlichkeit zu erfüllen, ihn aufrichtig zu begeistern vermag? wie schwer die Wurzeln jedes Pflichtge-

fühls geschädigt sein müssen, wenn ein Idealismus des Neides, eine Begeisterung der Begierde unter uns möglich wurde?

Der Socialismus ist bekanntlich so alt wie die entwickelte bürgerliche Gesellschaft. Seine modernen Vertreter prahlen zwar gern mit der Neuheit ihrer Gedanken, doch in Wahrheit geben sie nur uralten Träumen eine neue, den Verhältnissen unserer Großindustrie angepaßte Gestalt. Jederzeit kämpft der natürliche Drang nach Unabhängigkeit wider die aristokratische Gebundenheit der Gesellschaft; jederzeit sehnt sich der Mensch aus der Mühsal des Lebens hinaus nach einem Paradiese, das er bald am Anfang bald am Ende der Geschichte sucht; jederzeit träumt er von einem Steine der Weisen, von einer wundervollen Offenbarung, die mit einem Schlage vollenden soll, was die geduldige Arbeit der Jahrtausende niemals ganz erreicht. Diese Sehnsucht wird zur revolutionären Leidenschaft und erzeugt socialistische Träume in allen den Epochen, wo der Abstand zwischen den Höhen und den Tiefen der Gesellschaft dem Volksgefühle allzu schroff erscheint oder wo eine starke Veränderung des Wirthschaftsbetriebs neue Formen der socialen Abhängigkeit an die Stelle der altgewohnten gesetzt hat. Der Socialismus bewegt sich nothwendig in Extremen, da er den festen Boden alles socialpolitischen Denkens, die Gliederung der Gesellschaft, aufgiebt. Daher die bekannte Erscheinung, daß die reinste Tugend und die roheste Sinnlichkeit, die kühnsten Idealisten und die gemeinsten Kothseelen der Geschichte in socialistischen Ideen sich begegnen. Der Socialismus predigt bald die weltverachtende Entsagung, bald die grenzenlose Sinnenlust, bald die höchste Macht der Staatsgewalt, bald die vollendete Freiheit und Gleichheit der Einzelnen, bald die größte Steigerung der Production, bald die unendliche Verzehrung. Seine innerste Natur tritt aber erst dann zu Tage, wenn er jene Extreme, die einander ausschließen, in ungeheurer Begriffsverwirrung zu vereinigen sucht.

Zu diesem Gipfel des Unsinns, der in der Geschichte nicht häufig erreicht wird, ist die deutsche Socialdemokratie emporgestiegen. Sie verkündet mit heiliger Entrüstung die Lehre der schrankenlosen Sinnlichkeit und nimmt die Miene des sittlichen Reformators an indem sie die Grundlagen aller Sittlichkeit zu zerstören trachtet. Sie fordert, wie alle Socialisten seit Louis Blanc, das gouvernement investi d'une grande force, eine Staatsgewalt von unerhörter Stärke, und begreift gleichwohl den Staat nur als ein Mittel für die Selbstsucht des Einzelnen und erklärt, wie jüngst Herr Motteler gegen Graf Moltke, die Selbsterhaltung des Individuums für unendlich wichtiger als die Selbsterhaltung des Staats. Sie sucht den Zweck des Gemeinwesens in der Befriedigung der Begierden aller seiner Glieder und vernichtet doch den berechtigten Drang der

Selbstbehauptung. Sie eröffnet Jedem die Aussicht auf unendlichen Genuß und verspricht zugleich die Production ins Grenzenlose zu steigern.

In den Tagen des großen Bauernkrieges, als der Socialismus zum erstenmale mächtig eingriff in die deutsche Geschichte, erhob sich eine schändlich mißhandelte, unfreie arbeitende Klasse. Sie forderte mit vollem Rechte die Entlastung des bäuerlichen Bodens, sie verlangte nach einer starken kaiserlichen Gewalt um die Willkür der kleinen Herren darnieder zu halten. Neben diesen lebenskräftigen Gedanken gingen noch einige communistische Träume her, einige Erinnerungen an die altgermanische Gemeinschaft von Wald und Weide. Ein starkes Kaiserthum vermochte sehr wohl, den gesunden Kern dieser Revolution von der phantastischen Hülle unklarer Begehren, überwundener Erinnerungen abzulösen; und es bleibt eine der traurigsten Erinnerungen unserer Geschichte, daß damals die nationale Monarchie uns fehlte und die Klassenselbstsucht der Armen durch die Klassenselbstsucht der Besitzenden blutig niedergeworfen ward. In unserem Jahrhundert dagegen haben die Monarchie und die besitzenden Klassen jene Befreiung der niederen Stände, welche die Tage Luthers erstrebten, in langer Arbeit vollzogen — keineswegs gedrängt durch den kleinen Mann, der sich vielmehr da und dort wider „die neue Freiheit" der Stein-Hardenbergischen Gesetze zusammenrottete, sondern aus richtiger Erkenntniß ihrer socialen Pflichten. Sie haben soeben den neuen arbeitenden Klassen, welche die Großindustrie hervorgerufen hat, eine in Deutschland bisher unerhörte Freiheit der persönlichen Bewegung gegeben, eine Freiheit, die sich so vollständig bewährt hat, daß wir die kleinliche Bevormundung der Kleinstaaterei mit ihrer Beschränkung der Heirathen, der Arbeitskräfte, der Niederlassung uns kaum mehr vorstellen können. Sie haben den arbeitenden Klassen auch solche Rechte eingeräumt, welche den Besitzenden leicht lästig werden, so das Recht der Arbeitseinstellung. Und auch diese Bewegung vollzog sich ohne Zwang von unten, durch das Pflichtgefühl der höheren Stände, die in gutem Glauben die Nothwendigkeit der wirthschaftlichen Freiheit erkannten; die socialen Gesetze des Norddeutschen Bundes sind ja bekanntlich nicht eine Improvisation, sondern von langer Hand vorbereitet durch die Presse und die Vereine des Liberalismus, in einer Zeit, da eine Socialdemokratie noch nicht vorhanden war. Noch steht, wie Jedermann weiß, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter keineswegs im Einklang mit ihrer formalen Freiheit; und es ist nur menschlich, daß die ungebundene Bewegung die Ansprüche der Massen steigert, daß sie unter dem Drucke neuer Leiden den alten Zwang, der kaum von ihren Schultern genommen ward, alsbald vergessen. Wer aber, Angesichts der deutschen Gesetzgebung seit 1808, von einer unmenschlich harten Be-

drückung der Massen unseres Volkes redet, der lügt mit Bewußtsein; und weil die deutsche Socialdemokratie von dieser bewußten Lüge ausgeht, darum bietet sie nicht, wie einst die zwölf Artikel der aufständischen Bauern, ein Gemisch von Wahrem und Falschem, sondern den Unsinn schlichtweg.

In den Spalten des Volksstaats und des Neuen Socialdemokraten klingt kein Ton mehr von jener hochherzigen patriotischen Begeisterung, welche einst aus dem Heilbronner Entwurfe des alten Wendel Hipler redete, nichts mehr von der schwärmerischen Menschenliebe Fouriers, auch nichts von dem trocken geschäftlichen Ernste, womit die englischen Arbeiterblätter die Interessen ihres Standes behandeln. Die thierische Begierde enthüllt sich ohne Scham und tritt jedes Gefühl der Pietät mit Füßen; nur eine letzte Spur menschlicher Ehrfurcht verräth sich noch in dem heidnischen Götzendienste, der mit einem der unsaubersten Talente des Jahrhunderts, mit Lassalle, getrieben wird. V. A. Huber, der treue und kundige Freund des deutschen Arbeiters, meinte schon vor Jahren, eine solche faulige Gährung komme in England kaum in einigen entlegenen Pfützen vor; und sein Urtheil würde heute noch härter lauten, wenn er das Verhalten der Socialdemokratie während und nach dem französischen Kriege erlebt hätte. Frecher zugleich und gdankenloser ist das Evangelium der Sinnenlust unter germanischen Menschen noch nie gepredigt worden. Wir sind gar nicht mehr Atheisten, wir sind mit Gott einfach fertig, schrieb neulich triumphirend F. Engels, und empfahl zugleich, die herrliche materialistische Literatur der Franzosen des achtzehnten Jahrhunderts in guten Uebersetzungen unter den Arbeitern zu verbreiten. Der Russe Bakunin, dem das Verdienst gebührt die letzten Worte der commnistischen Lehren oft zur unbequemen Stunde auszusprechen, sieht in der Religion den Protest des menschlichen Gefühls gegen das Elend der Wirklichkeit und erwartet ihr Verschwinden sobald das Elend durch die allgemeine Gleichheit beseitigt worden. Solche Anschauungen, die von den radikalsten Köpfen des wissenschaftlichen Materialismus längst nicht mehr der Widerlegung gewürdigt werden, herrschen unter den Führern. Die Masse der Partei aber — jede Nummer ihrer Zeitungen bezeugt es — hält sich kurzerhand an den Lehrsatz „wenig arbeiten und viel genießen“; sie verkündet mit wieherndem Gelächter jene Gesinnung, die schon das Alterthum gezüchtigt durch die bekannten Worte: *ἡδονὴ τέλος, πόρνης δόγμα· οὐκ ἔστι πρόνοια οὐδὲν, πόρνης δόγμα* — die Lust das Ziel des Lebens, der Glaube einer Hure; es giebt keine Vorsehung, der Glaube einer Hure! Daher denn der immer wiederkehrende Versuch, jeden Unterschied zwischen der geistigen und der Handarbeit abzuleugnen; daher die nur allzu erfolgreiche Bemühung, durch prahlerische Worte von Frei-

heit und Menschenwürde den echten menschlichen Stolz des Arbeiters zu zerstören.

Jeder ehrliche Demokrat geht von der Erkenntniß aus, daß in engen Verhältnissen dieselbe Pflichttreue, dieselbe Hochherzigkeit, dieselbe Würde des Charakters möglich ist wie in höher gebildeten Ständen. Die Presse der Socialdemokratie dagegen sucht grundsätzlich abzustumpfen was in jedem Menschen stolz und reizbar sein soll, das Pflichtgefühl, und grundsätzlich aufzustacheln was er bekämpfen soll, den Neid und die Eitelkeit. Die Befreiung der arbeitenden Klassen hat unsere Lebensgewohnheiten und Umgangsformen von Grund aus verändert. Solche Zeiten des Uebergangs bringen immer sittliche Gefahren für Hoch und Niedrig; schwer fällt es den besitzenden Klassen, den rauhen Ton des Befehls zu mildern, der in die Tage der socialen Freiheit nicht mehr paßt; schwerer den Arbeitern das ruhige Selbstgefühl des freien Bürgers zu gewinnen. In diese Zeit unfertiger Sitten gellt nun der wilde Hetzruf des socialen Neides hinein. Der Neid gegen die höheren Stände hält die große Mehrzahl der Socialdemokraten zusammen — so gestand Herr Schweitzer mit der Aufrichtigkeit des Zornes, als er von seinen Genossen sich trennte.

Aengstliche Naturen lieben die zunehmende Verwilderung unserer arbeitenden Klassen allein aus der socialdemokratischen Wühlerei herzuleiten. Das heißt die Macht der Partei stark überschätzen; ihr Dasein selbst ist ja nur die Folge des großen Umschwungs unserer Tage, der die alten Sitten und Ehrbegriffe zerschlagen hat ohne sich bisher durch neue zu ersetzen. Doch unzweifelhaft steht der zuchtlose gewaltthätige Sinn der Massen in einer beständigen Wechselwirkung mit dem Treiben und Hetzen der Socialdemokratie; beide bedingen sich gegenseitig. Die gelehrten Freunde des Socialismus pflegen begütigend einzuwenden, der socialdemokratische Arbeiter lerne doch mindestens nachzudenken. Sie bezeugen damit nur, daß sie selber unwissentlich angesteckt sind von der sinnlichen Sittenlehre des Socialismus, der in der Verstandesbildung, der sogenannten Aufklärung die Wurzeln der Tugend sucht. Wenn der unzufriedene kleine Mann, der in den neuen Formen der Volkswirthschaft sich noch nicht zurecht findet, Tag für Tag verkünden hört, die gesammte Ordnung der Gesellschaft beruhe auf Unrecht, die Gewalt müsse zerstören was die Gewalt geschaffen; wenn zudem die Prediger dieser Lehre auf die Geschichtsconstructionen gemäßigt liberaler Professoren sich berufen: — so mag der Arbeiter bei solchem Unterrichte immerhin einige Kenntnisse ansammeln. Aber sollte nicht auch das Thier, das in jedem Menschenherzen schläft, aus diesen verlockenden Lehren reichen Nahrungsstoff saugen? Ist es ein Zufall, daß die Socialdemokratie in jedem Zuchthause eine lange

Schaar gläubiger Bekenner zählt? Trägt eine alltäglich an die Faust appellirende Partei gar keine Mitschuld an der furchtbar überhandnehmenden Roheit der Masse, an jenen feigen Messertodtschlägen, die in den Fabrikbezirken des Niederrheins schon so alltäglich geworden sind, daß man kaum noch darauf hinhört? Recht eigentlich die Grundsteine aller Gemeinschaft werden durch die Socialdemokratie gefährdet, jene einfachen Begriffe von Zucht und Scham, worüber unter gesitteten Menschen gar nicht gestritten werden soll. Die Lehren von dem Unrecht der Gesellschaft zerstören das feste Ehrgefühl des Arbeiters, also daß Wortbruch, schlechte und unehrliche Arbeit kaum noch für eine Schande gelten, und erwecken dafür eine krankhaft mißtrauische Empfindlichkeit wider gerechten Tadel. Ein wackerer schwäbischer Handwerksmeister gestand mir einmal: ich schleiche mich Nachts heimlich in die Werkstatt und bessere an der schlechten Arbeit meiner Gesellen; sobald ich sie tadle, laufen sie fort. Kein Haus in Deutschland, das nicht schon den Unsegen des muthwillig genährten socialen Neides empfände.

Die Umgestaltung unserer Volkswirthschaft hat den arbeitenden Klassen eine große Erhöhung der Löhne gebracht, die in der deutschen Geschichte ohne Gleichen dasteht; sie gewannen damit, wie einst die englischen Arbeiter die Möglichkeit ihre Lebenshaltung dauernd zu verbessern, näher heranzurücken an die Anstandsgewohnheiten der Mittelklassen, welche unter derselben wirthschaftlichen Krisis schwer litten. Wie ist diese Gelegenheit benutzt worden? Im Großen und Ganzen sehr schlecht; ein bedeutender Theil des Gewinns ward einfach vergeudet. Diese niederschlagende Thatsache erklärt sich nicht allein aus dem überraschend plötzlichen Eintreten jener Lohnsteigerung, das dem mangelhaft gebildeten Arbeiterstande nach so langen Jahren des Darbens allerdings eine schwere Versuchung bereitete. Die Socialdemokratie trägt die Mitschuld daran, denn sie warnt den Arbeiter täglich vor dem Sparen. Damit er den revolutionären Ingrimm sich bewahre, soll er grundsätzlich verzichten auf die reichen Vortheile, welche ihm die bestehende Ordnung der Gesellschaft bietet. Im selben Geiste bewies vor Zeiten Louis Blanc aus einigen kritiklos zusammengerafften Zahlen der preußischen Statistik den geistreichen Lehrsatz, daß der Volksunterricht in der unfreien Gesellschaft die Massen sittlich verderbe. — Und die Spießgesellen einer Partei, welche also unverhohlen an der Zerstörung jeder sittlichen Ordnung arbeitet, vergleicht ein hochconservativer Schriftsteller, Herr R. Meyer, mit den ersten Aposteln des Christenthums! —

Eine so grobsinnliche Richtung kennt kein Vaterland, kennt nicht die Ehrfurcht vor der Persönlichkeit des nationalen Staates. Die Idee des Volksthums, die bewegende Kraft der Geschichte unseres Jahrhunderts, bleibt dem Socialismus unfaßbar. Selbst F. A. Lange, der besonnensten

Einer unter den deutschen Socialisten, redet geringschätzig von der geographischen Abgrenzung der Staaten und feiert die freien Gemeinwesen der Zukunft, denen sich das souveräne Individuum nach Belieben anschließen oder auch fern halten wird. Es bleibt der Ruhm des deutschen Reiches, daß kein Staat der Welt von der Socialdemokratie mit so überströmendem Hasse verfolgt wird wie der unsere. Allerdings, dies preußische Wesen mit seiner strengen Zucht und ernsten Bildung steht den Plänen des socialen Umsturzes als ein geschworener Feind gegenüber; auf diesem Staate ruht die neue gerechtere Gestaltung des Staatensystems, die friedliche Entwickelung der Gesellschaft. Dies Volk des Bürgerthums bewahrt noch heute, in den Tagen der Großindustrie, einen allzufesten Kern ehrenfesten altväterischen Fleißes, widerlegt schon durch sein Dasein die Lehren des Klassenhasses; darum ist auch der österreichische Socialismus in allen Schwankungen der Parteikämpfe seinem Deutschenhasse getreu geblieben. Der deutschen Socialdemokratie aber wird das unvergängliche Brandmal bleiben, daß F. Engels von ihr rühmen konnte, kein anderer Arbeiterstand sei so unzugänglich für die Lockungen des Chauvinismus — das will sagen: für das Gefühl der Vaterlandsliebe!

Zum Glück ist auch dieses Lob nicht frei von jener verlogenen Prahlerei, welche die Führer der Socialdemokratie auszeichnet. Wie jede Partei eine träge willenlose Masse nach sich zieht, so verlieren auch die großen Zahlen der socialdemokratischen Wählerschaaren bei schärferer Prüfung viel von ihren Schrecken. Tausende, die sich Socialdemokraten nennen, sind einfach zuchtlose, unreife Burschen, die überall dabei sein müssen wo gebrüllt und geprügelt wird. Andere Tausende, namentlich in der grundgutmüthigen Bevölkerung des Erzgebirges, sind harmlose aber verkümmerte Menschen, die eigentlich gar nichts Bestimmtes wollen, sondern nur das leider berechtigte Gefühl hegen, daß der Staat und die besitzenden Klassen sich ihres Elends allzu wenig angenommen haben; rathlos und verlassen greifen sie dann nach dem rettenden Strohhalm der Socialdemokratie, ohne sich viel Arges dabei zu denken. Diese Masse der Tepidi, wie Savonarola sie zu nennen pflegte, muß selbstverständlich in einer Arbeiterpartei unverhältnißmäßig stark sein. Wie überraschend groß sie aber ist, das zeigten die Erfahrungen des französischen Krieges. Das wüthende Schimpfen gegen das Vaterland wird in einem sittlichen Volke allenfalls ertragen so lange die Dinge im gewohnten Geleise gehen. Zudem lebt die Masse oft in Anachronismen, sie vermag den Wandlungen der Geschichte nur langsam zu folgen. Man war noch aus den Tagen des deutschen Bundes daran gewöhnt, daß jeder Patriot wider das deutsche Elend donnerte, alles Bestehende als nichtswürdig verdammte. Daß das deutsche Elend seit dem

böhmischen Kriege beendet war, wußte man in diesen Kreisen nicht; die Revolution, die von oben kam, blieb den Massen unverständlich. Sie jubelten, wenn die Volksredner den Steuerdruck und die Wehrpflicht brandmarkten oder den anerzogenen Particularismus wider Preußen aufregten; von den landesverrätherischen Gedanken der Führer ahnten sie wenig. Da kam der Krieg, der Ruf des Vaterlandes klang in jede Hütte. Die Arbeiter Frankreichs widerstanden ehrenhaft den Friedensmahnungen der Internationale; nur die Führer der deutschen Socialdemokratie predigten den Verrath. Doch sie sprachen zu tauben Ohren. Die Socialisten im Heere erfüllten ehrlich ihre Soldatenpflicht unter den Fahnen der Monarchie; die träge Masse der Partei begann die Köpfe zu schütteln über die Niedertracht der Führer, die Macht des Socialismus sank in demselben Maße als die Idee des Vaterlandes im Volke lebendig wurde. Ein rechtzeitiges strenges Einschreiten des Generals Vogel von Falkenstein genügte um die geheimen Zettelungen der Demagogen zu durchkreuzen; die Wahlen von 1871, vollzogen in der gehobenen patriotischen Stimmung der Kriegstage, brachten dem Socialismus eine schwere Niederlage, und schon wagten manche Patrioten zu hoffen, die Partei werde untergehen unter der Wucht der allgemeinen Verachtung. Diese Hoffnung hat freilich getrogen. Sobald nach dem Friedensschlusse der Staatsgedanke zurücktrat hinter die wirthschaftlichen Sorgen des Tages, erhob die Socialdemokratie wieder ihr Haupt. Sie hat seitdem, glücklich wetteifernd mit den Ultramontanen, unablässig die großen Erinnerungen der Kriegsjahre besudelt, den Tag von Sedan durch gehässige Gegenfeiern verhöhnt, Alles in den Koth gezogen was deutschem Stolze theuer ist und von Neuem die alte traurige Erfahrung bestätigt, daß allein in Deutschland der Parteihaß wagen darf an dem Vaterlande selber sich zu vergreifen.

Ihr Einfluß zeigt sich überall dort am stärksten, wo das Ansehen der Staatsgewalt gesunken, die Staatsgesinnung im Volke geschwächt ist. Von jenen 339,738 socialdemokratischen Stimmen der jüngsten Reichstagswahlen fallen nur 136,028 auf Preußen, also nur etwa zwei Fünftel auf den Staat, welcher drei Fünftel der Bevölkerung, und, neben Sachsen, die größten Industriebezirke des Reichs umfaßt. Die Niedrigkeit dieser Ziffer ist um so auffälliger, da die Agitation der Partei bekanntlich am frühesten in Preußen begann. Und wieder von den preußischen Stimmen kommt mehr als die Hälfte (71,232) allein auf Brandenburg, wo das Großgewerbe der Hauptstadt einen heimathlosen Pöbel ansammelt, und auf Schleswig-Holstein. Die Zahlen der schleswig-holsteinischen Statistik sind beredt. Ein reiches Ackerbauland, das nur in Altona und in wenigen anderen Plätzen eine Großindustrie besitzt und allein auf den großen

Gütern des östlichen Holsteins einen gedrückten Tagelöhnerstand, ungesunde sociale Verhältnisse kennt, giebt volle 35,5 Procent seiner Wahlstimmen, 46,739, den Candidaten der Socialdemokratie. Warum? Weil der geringe Mann in den Wirren wüster Parteikämpfe den magnetischen Pol verloren hat. Er glaubt nicht mehr recht an das Ansehen der Obrigkeit, an die Heiligkeit von Recht und Gesetz. Er hat die Besitzenden erst dem Dänen, dann dem Augustenburger, dann der Krone Preußen gehorchen sehen; er ist durch die Gebildeten gewöhnt worden seine Arbeitszeit in Parteiversammlungen zu vergeuden und die Beschlüsse der Staatsgewalt für null und nichtig zu erklären. Nun, da dies mit aller Kraft der Lungen verwünschte preußische Königthum gleichwohl herrscht und zugleich die altgewohnten wirthschaftlichen Verhältnisse durch den Zollverein und die Gewerbefreiheit umgestaltet werden, weiß die Masse nicht mehr aus noch ein; ihr instinktives Verlangen nach fester Autorität führt sie in die Arme einer Partei, welche zugleich der Begehrlichkeit schmeichelt und durch die freche Zuversicht ihrer Lügen das Gemüth beruhigt.

Wie der Augustenburgische Prätendent also in der Socialdemokratie der deutschen Nordmark uns ein Andenken hinterlassen hat, so ernten wir im Königreich Sachsen was ein anderer Feind des Reiches, Graf Beust, gesäet hat. Dort erhielt die Socialdemokratie 36,2 % der abgegebenen Wahlstimmen, 96,571 unter 268,492. Dies unerfreuliche Ergebniß hat seinen Grund nicht allein in der bedrängten Lage der Arbeiter des Erzgebirges, noch in den schweren Unterlassungssünden der sächsischen Fabrikanten, welche seltener vielleicht als irgend ein anderer Unternehmerstand im Reiche ein kräftiges Bewußtsein ihrer socialen Pflichten zeigen. Die Socialdemokratie verdankt vielmehr ihre Herrschaft im Erzgebirge wesentlich den siebzehn Jahren des Beust'schen Regimentes, jenem schleichenden Despotismus, der die politische Charakterlosigkeit im Volke großzog, den Glauben an die Macht der Idee tödtete, Erwerb und Genuß als die einzigen Zwecke des Daseins verherrlichte. Dazu die sträfliche Nachsicht des Staates gegen die geizige Selbstsucht der Unternehmer — unter einer strengen Bergpolizei wären jene grauenhaften Unglücksfälle in den sächsischen Bergwerken niemals möglich gewesen — endlich und nicht zuletzt der neidische Particularismus, der in allen Schulen gepflegt ward. Seit die Krone der Albertiner, die dem bethörten Volke als die höchste aller irdischen Gewalten galt, dem schändlich verleumdeten preußischen Staate sich beugen mußte, ging den Massen, hier wie in Schleswig-Holstein, die politische Mannszucht verloren. Dies Zusammenwirken der Socialdemokratie mit dem Particularismus berechtigt uns zu guten Erwartungen; eine der Zukunft sichere Macht verbündet sich nicht mit einem Leichnam.

Ueberall wo der langsame Verwesungsprozeß der Kleinstaaterei sich abspielt, entfaltet die Socialdemokratie ihr Banner. Die Gedankenarmuth dieser kleinen Kronen sieht dem gefährlichen Treiben unthätig zu, rafft sich nur zuweilen zu einem planlosen und darum unfruchtbaren Einschreiten auf. In den kleinen thüringischen Staaten stand bei den letzten Wahlen diese Partei allein — freilich nur mit 14,5 % der Stimmen — den Nationalliberalen gegenüber, und in dem verrotteten letzten Erbreiche der Welfen gewann sie 16,129 Stimmen unter 45,829. Ueberall geht der Socialismus Hand in Hand mit dem vaterlandslosen Weltbürgerthum und der Schlaffheit der Staatsgesinnung. Die Schweiz ist von der socialistischen Bewegung fast ganz verschont geblieben, nicht allein weil sie der großen städtischen Mittelpunkte entbehrt, sondern auch weil eine starke eidgenössische Vaterlandsliebe dort in den Massen des Volkes lebt.

Die gelehrten Freunde des Socialismus verweisen gern auf die englischen Chartisten, welche auch mit weltbürgerlichen Träumen begannen und doch endlich dem Vaterlande sich zu beugen lernten. Man übersieht dabei nur, daß das englische Inselvolk in seiner uralten Staatseinheit, seinem schroffen Nationalstolze Kräfte des Widerstandes besaß, welche unserem unfertigen, allen Einflüssen des Auslandes geöffneten Reiche fehlen. Man übersieht desgleichen, daß der Chartismus von Haus aus englisch war, während die deutsche Socialdemokratie durch eine Rotte heimathloser Verschwörer vom Auslande her geleitet wird. Hat sich etwa die Socialdemokratie in dem Jahrzehnt ihres Bestehens dem Gedanken des nationalen Staates irgendwie genähert? Nein, sie ist ihm von Jahr zu Jahr feindseliger entgegengetreten. Lassalle schwärmte doch noch für die deutsche Einheit, nur daß er in dieser, wie in allen politischen Fragen sich als ein falscher Prophet erwies. Er erwartete die Vernichtung der Kleinstaaterei von dem Siege der „Arbeiter“ und der Niederlage der „Bourgeoisie“. Der wirkliche Verlauf der deutschen Revolution war bekanntlich das genaue Gegentheil. Unsere Einheit ward gegründet durch die Krone Preußen und ihr Heer, sie ward vollendet durch die politische Arbeit der gebildeten Klassen, durch die angeblich reactionäre „Bourgeoisie“, während die particularistische Reaction noch heute in dem Adel der Kleinstaaten und in dem „eigentlichen Volke“ Lassalle's ihre einzige Stütze findet. Gleichviel, Lassalle glaubte noch an Preußens deutschen Beruf. Seit seinem Tode gilt die freche Verhöhnung des deutschen Staates als das Kennzeichen des gesinnungstüchtigen Socialdemokraten.

Der praktische Politiker kann zwischen den beiden Coterien der Partei, den Eisenacher Ehrlichen und den Lassalleanern durchaus keinen wesentlichen Unterschied entdecken. Die unsterblichen Prügeleien zwischen den

verschiedenen männlichen und weiblichen Linien der Socialdemokratie sind nichts als ein erbärmlicher persönlicher Zank, nicht werth von einem verständigen Manne beachtet zu werden, und sie müssen fortdauern so lange die Partei besteht. Denn da der rohe Materialismus alle gemeinen Leidenschaften wachruft, so tritt auch die Herrschsucht der Führer in schamloser Frechheit hervor; und da diese Köpfe beständig auf dem Gebiete des Unwirklichen umherschwirren, so können ihre Glaubenssätze besten Falls nur subjektive Gemüthswahrheiten sein, unbeweisbar wie die Dogmen der Theologie und, wie diese, unendlichen Streit gebärend. Die persönliche Stänkerei liegt im Wesen des Socialismus, wie die Geschichte Frankreichs genugsam beweist. Hüten wir uns vor dem Wahne, als ob solche armselige Streitigkeiten und die schmutzigen Enthüllungen, welche ihnen zu folgen pflegen, das Ansehen der Führer und ihren Einfluß auf die Massen jemals erschüttern würden; aber hüten wir uns auch vor dem gutmüthigen Glauben, daß irgend eine dieser Coterien dem deutschen Staate minder feindlich sei als die anderen. Der gerühmte „Föderalismus“ der Eisenacher läuft thatsächlich darauf hinaus, daß Herr Karl Marx von England aus sie als unumschränkter Dictator beherrscht, mächtiger als irgend ein Häuptling der Lassallischen „Centralisten“. Und wenn der „Neue Socialdemokrat“ gegen das deutsche Reich etwas weniger schamlos schimpft als der „Volksstaat“, so ist bei einiger Menschenkenntniß der Grund leicht zu entdecken. Das Berliner Blatt hat sich zu hüten vor einer Polizei, welche rascher zugreift als die Leipziger; und seine Redakteure wissen sehr wohl, daß sie preußischen Lesern gewisse grobe Cynismen nicht bieten dürfen, welche der thüringische und sächsische Leser des „Volksstaats“ mit particularistischer Schadenfreude verschlingt. Die Gesinnung bleibt hier wie dort die gleiche. Mögen die Einen den demokratischen Volksstaat als das Mittel ansehen zur Verwirklichung der wirthschaftlichen Gleichheit, die Anderen umgekehrt den politischen Sieg des Radikalismus erst von der neuen Ordnung der Volkswirthschaft erwarten, das einzig Feste in diesem Meere der Phrasen ist die Zerstörung des monarchischen deutschen Staats. Die Partei erstrebt kurz und gut den politischen Umsturz, und will sie ehrlich sein, so muß sie, wie die Republica social von Barcelona, auf ihr Banner schreiben: Abajo el esistente! Sie lebt in einer Traumwelt von wo keine Brücke hinüberführt zu der Rechtsordnung der Gegenwart.

Die selbstthätige Theilnahme der Bürger an der Verwaltung ist ihr Klassentyrannei, weil jede Selbstverwaltung aristokratisch ist im guten Sinne; der Parlamentarismus gilt ihr als ein Gaukelspiel, darum zeigt sie auch auf parlamentarischem Boden eine vollendete Unfruchtbarkeit. Ich

kann von mir selbst wie von vielen anderen Reichstagsmitgliedern versichern, daß wir in das Haus eintraten mit dem ehrlichen Willen, etwas zu lernen von unseren socialdemokratischen Genossen. Und was lernten wir? Immer wieder dieselben abgestandenen allgemeinen Redensarten über die Klassenherrschaft, bald in leidlich anständiger Form, bald also mit verständlichen Drohungen gewürzt, daß ein durchdringender Petroleum-Geruch das hohe Haus erfüllte. Selbst als die große „Arbeiterfrage" der Gewerbeordnung dem Norddeutschen Reichstage vorlag, wußten die Herren Schweitzer und Bebel nur bei wenigen geringfügigen Paragraphen einen praktisch brauchbaren Gedanken vorzubringen. Die Partei steht eben außerhalb unserer Verfassung; sie beweist dies täglich durch ihre Bundesgenossen. Noch heute blasen einzelne Schildknappen der rothen Reaction tapfer in das Horn der Socialdemokratie; und denke man noch so mild über die Taktik der Fractionen der Minderheit, welche naturgemäß überall sich zu verbünden suchen — das Buhlen der Ultramontanen mit dem Socialismus wirft doch ein grelles Licht auf die staatsfeindliche Natur beider Parteien. Mir ist der Geist der Gesellschaft Jesu selten so deutlich entgegengetreten, wie aus den Arbeiterreden der Herren v. Ketteler und Moufang. Welch ein Meisterstück, jene Predigt, die im Jahre 1869 von dem Mainzer Bischofe auf der Liebfrauenhaide vor den Arbeitern der Offenbacher Gegend gehalten und dann in Essen und anderen katholischen Fabrikplätzen massenhaft verbreitet wurde! Die liberale Nationalökonomie, heißt es da, hat den Arbeitern die Menschenwürde geraubt, aber — ob in hiesiger Gegend der Arbeiter Grund habe zu Beschwerden, das vermag ich nicht zu beurtheilen. Und so weiter: zuerst flammende Zornreden wider die hartherzige Geldgier der Besitzenden, wider „das grauenvolle Schuldenwesen der modernen Staaten", und dann ein züchtiges Niederschlagen der frommen Augen und die brünstige Versicherung, die anwesenden Arbeiter gegen ihre Unternehmer aufzuhetzen sei keineswegs die Absicht des sanften Gottesmannes! —

So entfremdet der Socialismus seine Genossen dem Staate, dem Vaterlande, und statt dieser Gemeinschaft der Liebe und Ehrfurcht, die er zerstört, bietet er ihnen die Gemeinschaft des Klassenhasses. Die Natur des modernen Staats drängt zur Ausgleichung der Standesunterschiede. In allen Schichten der Gesellschaft gilt heute das Standesgefühl nur noch wenig neben dem Bewußtsein des Staatsbürgerthums, der Vaterlandsliebe. Allein in den niedersten Klassen bemüht sich eine gewaltsame Agitation einen prahlerischen Standesstolz großzuziehen. Und durch welche Mittel! So hündisch ward noch nie ein Perserfürst umschmeichelt wie „das eigentliche Volk" der Socialdemokratie. Alle die verächtlichen Künste

des französischen Radicalismus der vierziger Jahre werden aufgeboten um in der Masse einen bodenlosen Dünkel zu erwecken. „In der Unabhängigkeit des Arbeiters von der öffentlichen Meinung, sagt Lassalle, liegt seine geistige Ueberlegenheit und sein Beruf zur Umgestaltung des Bürgerthums!" Gewiß ist der socialistische Arbeiter unabhängig von der öffentlichen Meinung der liberalen Presse, doch nur, weil er der öffentlichen Meinung seiner Demagogenblätter sclavisch dient. Der blinde Buchstabenglaube dieser mißleiteten Schaaren steht um nichts höher als der Fanatismus jener frommen Rheinländer, die sich an dem Anblick stigmatisirter Jungfrauen erbauen. In Antwerpen wurde mir vor einigen Jahren ein Flugblatt der Internationale in die Hand gedrückt, das die **makkers** auffordert zum Befreiungskampfe wider die **gelddorstige Malthuzianen**. Was in aller Welt mögen sich die wackeren vlamischen Fabrikarbeiter gedacht haben bei dem Namen des geistvollen und menschenfreundlichen Denkers, den Karl Marx „den Pfaffen Malthus" schimpft! Der Gegensatz des popolo grasso und des popolo minuto, der nur in den engen Mauern italienischer Communen eine Zeit lang bestand, wird künstlich hinübergetragen in die vielgestaltige Mannichfaltigkeit der modernen Gesellschaft mit der Unzahl ihrer Klassen und Uebergangsklassen.

Was ist denn dieser „Arbeiter", dem die Zukunft gehört? Was ist der vierte Stand? Wer die Macht der Bildung recht zu würdigen weiß, wird unter dem Namen des vierten Standes jene Schichten der Gesellschaft zusammenfassen, welche vorwiegend mit dem Körper thätig sind, an dem geistigen und dem politischen Leben der Nationen erst in zweiter Reihe theilnehmen. Dieser „Stand" umschließt also eine unübersehbare Menge kleiner Gruppen von grundverschiedenen Interessen, er umschließt namentlich zwei große Klassen, die einander oft in bitterer Feindschaft bekämpfen: die Masse des Landvolks und die Fabrikarbeiter. Mit diesem aus dem Leben geschöpften Begriffe weiß freilich die Lehre des Klassenhasses nichts anzufangen, sie erklügelt einen unversöhnlichen Gegensatz von Arm und Reich, erklärt den vierten Stand als die zum socialen Selbstbewußtsein erwachte Armuth — in erfreulicher Uebereinstimmung mit dem konservativen Salonpublicisten Riehl, der schon vor zwei Jahrzehnten dieselbe Definition aufstellte. Aber die moderne Welt denkt Gott sei Dank noch nicht so materialistisch wie ihre Theoretiker. Hunderttausende armer und zufriedener Menschen wollen und werden nicht zum Selbstbewußtsein der Armuth erwachen; tausend Andere zählen sich selber, trotz ihrer Armuth, mit vollberechtigtem Selbstgefühl zu den höheren Ständen, weil sie den Neid verachten, und die Gemeinschaft edler Bildung ihnen wichtiger ist, als die Schwere des Geldbeutels. So bleibt den

Socialisten als vierter Stand nur übrig — die bunte Masse derer, welche mit der bestehenden socialen Ordnung zerfallen sind, weil sie in engen Verhältnissen leben und, durch Schuld oder Unglück, wenig Aussicht haben emporzusteigen.

Und wer ist denn der gelddurstige Malthusianer? Wer jener hartherzige Unhold, der die Arbeiter ausbeutet? Die „Bourgeoisie“! Dies unübersetzbare und dem deutschen Arbeiter unaussprechliche Fremdwort sagt Alles. Wir haben Frankreich geschlagen und unseren Staat längst befreit von den Formeln ausländischer Doctrinen. Nur die deutsche Socialdemokratie nährt sich nach wie vor von dem Abhub französischer Tische. Vor drei Jahren sah der deutsche Sieger von den Höhen um Paris die Kämpfe der Commune; dieselben Lehren, welche dort ihre gräßliche Verwirklichung fanden, werden ihm heute in der Heimath als neue Heilswahrheiten gepredigt. Mit einer Unbefangenheit, die bei den Einen aus naiver Unkenntniß, bei den Andern aus der Frechheit entspringt, überträgt man die Schlagwörter der Klassenkämpfe des Julikönigthums auf Deutschland und redet, als suchten unsere besitzenden Klassen Schutz unter dem Regenschirme Ludwig Philipps. Und doch liegt der wesentliche Unterschied zwischen dem Staatsleben der beiden Nachbarvölker grade in ihren socialen Verhältnissen. Wir haben die blutigen Klassenkämpfe der Franzosen in unserer neuen Geschichte nie erlebt und wir werden sie auch nicht erleben, wenn die Hohenzollern bleiben was sie immer waren und unsere höheren Stände nicht Kopf und Herz verlieren vor den Drohungen des Socialismus. Die Arbeitermassen von Paris haben einst fünf Jahre lang mit dictatorischer Macht den französischen Staat regiert, sie haben sodann dreimal, 1830, 1848 und 1870 die Staatsgewalt über den Haufen geworfen und sind dreimal von den Besitzenden um die Früchte ihres Sieges betrogen worden. Die blutige Spur dieser gräßlichen Kämpfe zieht sich durch die gesammte neuere Geschichte der französischen Gesellschaft. Man öffne ein beliebiges Buch eines französischen Bourgeois-Nationalökonomen: wie vernehmlich klingt da in jedem Kapitel die Sorge des Trembleurs um den Beutel und der ererbte Haß wider die Plünderer, während die meisten Schriften des englischen Manchesterthums auch dem Gegner Achtung abzwingen durch ihren ruhigen Ton, durch das tapfere „selbst ist der Mann“, das sie zuversichtlich verkündigen. Als diese in gehässigen Klassenkämpfen verbildete Bourgeoisie nach der Julirevolution die Zügel des Staates in die Hand nahm, da begann ein Regiment ständischer Selbstsucht, das manche Sünden des französischen Socialismus entschuldigt. Höhnisch ruft Guizot den Arbeitern zu: le travail est un frein; frohlockend nennen die Fa-

brikanten und Kaufleute in der Kammer sich selber die Feudalherren der neuen Gesellschaft. Für das Elend des kleinen Mannes hat die Staatsgewalt kein Auge; er muß zusehen, wie ihm die unentbehrlichsten Waaren vertheuert werden durch Schutzzölle, deren Ertrag in die Tasche der Unternehmer wandert, und wird durch parteiische Gesetze verhindert mit vereinten Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn durchzusetzen.

Wo ist nun die Aehnlichkeit zwischen diesem Systeme schmutziger Geldgier und unserem neuen Reiche? Wann hat denn jemals in Preußen eine wirthschaftliche Klasse den Staat für sich ausgebeutet, seit die Hohenzollern den ehernen Felsen ihres Königthums errichteten? Ist dieser Sieger von Königgrätz und Sedan etwa eine Puppe des deutschen Bürgerthums, wie jener unkönigliche Kaufmann aus dem Krämergeschlechte der Orleans ein Werkzeug der französischen Bourgeoisie war? Ist dies Heer, dieser Adel, dies königliche Beamtenthum im Mindesten gesonnen den ehrgeizigen Parteien einer Bürgerkammer zu dienen? Darf man im Ernst behaupten, daß unser Staatshaushalt von einigen großen Bankherren abhängig sei? Und ist der deutsche Bürger nicht von ganz anderem Schlage als der französische Bourgeois? Unser Bürgerthum hat viel, sehr viel verloren in den letzten Jahren, hat den lockenden Versuchungen einer Epoche fieberischer Spekulation wenig Stand gehalten; viele neue Vermögen sind entstanden, von unsauberen Händen durch verwerfliche Mittel angesammelt, und in einem Theile der Presse tritt die feile Habgier dieser Kreise, der Shylocks-Charakter der schlechteren Elemente unseres Judenthums oft in häßlicher Gemeinheit auf. Neben solchen neuen Sünden bestehen noch die alten kleinlichen Gebrechen fort aus einer Zeit beschränkten Stilllebens; selbstgefälliges Philisterthum, ängstlicher Geiz und jener bequeme Schlendrian, der sich nur durch die Mahnungen der hohen Polizei an seine socialen Pflichten erinnern läßt. Und trotz alledem bleibt der ungeheuere Unterschied aufrecht, daß diese bürgerlichen Klassen nicht, wie in Frankreich, durch die wilden Kämpfe vieler Generationen den Massen des Volkes entfremdet sind; die Brücke der Verständigung ist noch nicht abgebrochen, eine Ausgleichung der streitenden Interessen bei ehrlichem Willen hüben und drüben sehr wohl möglich. Man betrachte die Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags über die wirthschaftlichen Reformen. War das die Sprache einer selbstsüchtigen Klasse, welche das gemeine Recht zu Gunsten ihres Beutels zu verbilden trachtet? In einigen Paragraphen der Gewerbeordnung läßt sich wohl erkennen, daß die Interessen der Unternehmer im Reichstage stark vertreten waren; doch der heute längst durchschaute Hauptfehler jener Debatten lag nicht in der Klassenselbstsucht, sondern in der hoffnungsvollen Unerfahrenheit. Unsere alte Schwäche, die mit unseren starken

Seiten so nahe zusammenhängt, trat wieder hervor: der ehrliche Doctrinarismus, der die Kehrseite seines unfehlbaren Systems nicht sah, ja zum Theil nicht sehen konnte. Und ist es denn nicht ein gutes Zeichen, daß alsbald nach dem Zeitraume der Gründungen in Parlament und Presse, überall in der öffentlichen Meinung eine sehr nachdrückliche Reaction des sittlichen Gefühls erwachte, daß die feilen Börsenblätter allgemeiner Verachtung verfielen, daß die Nation heute sich offenbar in einem Zustande ernster Selbstbesinnung befindet? Mit kurzen Worten, die deutsche „Bourgeoisie" der Socialdemokraten ist ein verlogenes Zerrbild; wir aber wollen wahr sein, wir lassen uns nicht von frechen Demagogen die Blattern eines fremden Volks in unseren gesunden Leib einimpfen.

Bei der erregten Masse allerdings findet das Zerrbild Eingang; sie denkt sich unter dem „Bourgeois" ein unbestimmtes sociales Scheusal. In den Fabrikbezirken, wo die „Hände" in hellen Haufen der centralisirten Capitalmacht gegenüber treten, wo die prächtige Villa des Fabrikanten vom freundlichen Waldhügel auf den Rauch und Schmutz der Arbeiterstadt herniederblickt — überall wo die Extreme der Vermögensvertheilung in unvermittelten Contrasten erscheinen, entsteht dann leicht ein kriegerisches Klassenbewußtsein, das die Interessen und Wünsche der Fabrikarbeiter unbefangen als die „heilige Sache des Volks" betrachtet. Mit jedem Mittel der Lüge wird dieser Klassenhaß geschürt. Die Socialdemokratie, so verkünden ihre Führer, kann und will nur eine Arbeiterpartei sein; und die eingeschüchterte öffentliche Meinung nimmt dies Geständniß als selbstverständlich hin, während doch Jedermann weiß, daß eine rein ständische Parteibildung immer den öffentlichen Frieden stört, und eine Partei, welche nur Großgrundbesitzer, nur Fabrikanten aufnähme, alsbald der allgemeinen Entrüstung begegnen würde. Auch die Arbeitervereine des Socialismus schließen den Arbeitgeber grundsätzlich aus. Der Klassenhaß muß aber im Kampfe geschult und gestärkt werden; zu diesem löblichen Zwecke dienen die Strikes. So gewiß die Arbeitseinstellung ein gutes Recht des wirklich bedrängten Arbeiters bleibt, und so gewiß der Heldenmuth jener englischen Arbeiter, die um ihrer Standesehre willen grausame Entbehrungen ertrugen, die Bewunderung jedes ehrlichen Mannes verdient: ebenso gewiß sind viele Strikes unserer jüngsten Geschichte lediglich dem unerfahrenen Uebermuth entsprungen, der, aufgebläht durch einen ersten Erfolg, das Unmögliche zu fordern wagte. Viele andere waren das Werk gewissenloser Unruhstifter. Fast alle Fractionen der Socialdemokratie versichern bekanntlich, daß sie die Arbeitseinstellung aus Grundsatz verwerfen, und doch sind ihre Führer unermüdlich neue Strikes anzustiften. Es gilt den Klassenhaß zur Wuth zu steigern, die Gewohnheit pflichtgetreuer Arbeit zu zerstören, das

Rechtsgefühl der Masse zu verwirren durch die Vertragsbrüche, welche bei jeder Arbeitseinstellung mit unterlaufen. Die heidnische Unbefangenheit der Italiener findet oft das rechte Wort für das Geheimniß aller Welt: ihre Socialisten nennen sich mit Stolz Petrolieri und bezeichnen die Arbeitseinstellung neuesten Stiles als sciopero, Faullenzerei. Die Gewöhnung an Müßiggang und Rechtsbruch, der wüste Klassenhaß und der beständige kleine Krieg gegen die allzu nachsichtige Staatsgewalt droht weite Kreise unseres Volkes ebenso tief zu verderben, wie das Unwesen der geheimen Gesellschaften den französischen Arbeiter verbildet hat. Gleichviel ob jene rohen Pöbelaufläufe, die im Frühjahr 1873 Frankfurt, Stuttgart, Mannheim heimsuchten, mit oder ohne Vorwissen der Führer des Socialismus geschahen — der innere Zusammenhang zwischen jenem Unfug und dem Hetzen der Socialdemokratie bleibt unverkennbar. Wenn man die Masse gewöhnt das Recht zu mißachten und die sociale Ordnung als eitel Fäulniß zu verhöhnen, so finden sich auch früher oder später die dreisten Gesellen, welche einmal versuchen wollen, was diese verfaulte Gesellschaft sich bieten lasse.

Vor Allem die Wahlen der Socialdemokratie beweisen, wie zerrüttend die Lehre des Klassenhasses zu wirken beginnt. Gutmüthige Gelehrte preisen als ein rühmliches Zeichen deutschen Arbeiterstolzes, daß bei uns schon mehrmals „Arbeiter" in den Reichstag gewählt wurden, während in Frankreich erst zweimal, in England erst einmal ein solcher Erfolg gelang. Sie bemerken nicht daß sie mit diesem Lobe gradeswegs hinsteuern zu den erleuchteten Anschauungen des Revolutionsministers Carnot, der im Frühjahr 1848 den Wählern Frankreichs erklärte: die alte Meinung, daß Besitz und Bildung den Abgeordneten wohl anstehe, sei ein reactionärer Aberglaube. Dieser reactionäre Aberglaube ist eben ein unveräußerlicher Grundgedanke des constitutionellen Staats. Das normale Verhältniß bleibt immer, daß der Gewählte über dem Durchschnitt seiner Wähler steht. Wenn die socialistischen Arbeiter heute grundsätzlich ihre Stimmen an halbgebildete Männer geben, welche den Pflichten eines Abgeordneten nicht gewachsen sind und im Parlamente die Gesinnung des Wahlkreises nicht wirksam zu vertreten vermögen, so ist dies Verhalten keineswegs ein Zeichen stolzer Standesgesinnung, sondern eine Wirkung des verbissenen Klassenhasses, der nicht glauben will, daß auch ein Nicht-Arbeiter die Interessen der Arbeiter gerecht und einsichtig wahren kann. Und am Ende läßt das Verfahren nicht folgerecht sich durchführen. Auch eine Arbeiterpartei bedarf gebildeter Führer; fast alle gefährlichen Demagogen der Geschichte gehörten nicht zu dem „Volke", dem sie schmeichelten, die Leiter der deutschen Socialdemokratie sind selbst „Bourgeois". —

Genug, die Socialdemokratie ist eine Partei der sittlichen Verwilderung, der politischen Zuchtlosigkeit und des socialen Unfriedens. Von den wirthschaftlichen Zielen der Partei ein klares Bild zu geben fällt nicht leicht, da sie beständig unter sich hadert und im Entwerfen neuer Pläne kein Ende findet. Gemeinsam bleibt allen Socialisten die willkürliche Verachtung der gegebenen Thatsachen. In den Schriften der Fourieristen finden sich zuweilen naive Frag- und Antwortspiele wie dieses: Il serait bien heureux que cela fût vrai, mais qui le prouve? — Ce qui le prouve c'est qu'il serait bien heureux que cela fût! Von dem harmlosen Gottvertrauen dieser älteren Socialisten ist ihren ungläubigen Nachfolgern allerdings nichts mehr übrig; doch geblieben ist der kindisch zuversichtliche Glaube, daß das souveräne Ich nur mit der Wünschelruthe auf den Boden zu stampfen brauche um aller Schätze der Welt theilhaftig zu werden. Daß die Erde reich genug sei um allen ihren Bewohnern die Fülle des Glücks zu bieten, steht diesen Träumern fest; und doch zeigt jede ernsthafte statistische Prüfung, wie selbst in den reichsten Völkern das Gesammteinkommen kaum ausreicht um dem Durchschnitte der Menschen ein bescheidenes Dasein zu sichern. Die Menschheit hat durch die verbesserte Technik gelernt, eine größere Kopfzahl als je zuvor auf demselben Raume zu unterhalten; die modernen Völker danken dem Fortschritt der Wissenschaft das unschätzbare Glück, daß sie mit einiger Sicherheit in ihre Zukunft blicken können; wir fürchten nicht mehr, wie das Alterthum, den Boden, der uns nährt, durch die Culturarbeit der Jahrhunderte zu erschöpfen. Gleichwohl hält das Wachsthum der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse unwandelbar die alte Regel aufrecht, daß die Mehrzahl der Menschen in beschränkten Verhältnissen leben muß, und die durchschnittliche Arbeitszeit sich nicht erheblich verringern kann. Auf dieser Kargheit der Natur ruht unsere Gesittung; denn sie allein bewirkt, daß die niederen Bedürfnisse der Menschheit durch harte Arbeit jederzeit befriedigt und dadurch erst die idealen Werke der Cultur möglich werden.

Mit der Mißachtung der Thatsachen hängt jener Mangel an historischem Sinne zusammen, der alle Socialisten auszeichnet. Sie Alle zerreißen muthwillig die Kette der Zeiten, sie ahnen nichts von dem Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart und beginnen die Geschichte mit dem heutigen Tage. Selbst Rodbertus, der Geistvollste der deutschen Socialisten, ein conservativer Denker, der von den Ausschweifungen der Socialdemokratie sich immer vornehm fern hielt, kommt von dieser Schwäche nicht los. Sein Ideal, das „reine Einkommens-Eigenthum“, das an die Stelle des Capital- und Grundeigenthums treten soll, vernichtet doch jeden Zusammenhang zwischen der lebenden und den vergangenen Generationen,

so mild und schonend auch der geistreiche Mann den Uebergang einrichten will, und bricht ebenso willkürlich mit der Geschichte, wie das „auf eigene Arbeit gegründete Eigenthum", wovon Karl Marx träumt. Lassalle bezeichnet in seinem Vortrage über Verfassung als die Aufgabe der wahren Socialwissenschaft: „Alles aus sich selbst abzuleiten", das will sagen: dem historisch Gewordenen einen willkürlichen Sinn unterzuschieben, der mit den Dogmen des Socialismus übereinstimmt. So zeigt er denn vergnüglich, wie die unergründliche Schlauheit monarchischer Herrschsucht den Begriff „Kriegsherr" erfunden habe um sich die Macht im preußischen Staate zu sichern — während doch jedes Kind weiß, daß die Hohenzollern das preußische Heer geschaffen haben, und ihre Kriegsherrlichkeit nicht ein erfundener Begriff, sondern eine durch redliche Arbeit verdiente Wirklichkeit ist. Dieselbe knabenhafte Dreistigkeit, die das Historische mit Füßen tritt, kehrt in jeder Schrift der Socialdemokratie wieder. „Die ganze überlieferte Weltgeschichte ist im Sinne der Herrscher, der Fürsten und der siegreichen Parteien gefälscht" — so versichert F. A. Lange und spricht damit das Herzensgeheimniß des Socialismus aus. Natürlich lohnt es nicht der Mühe, diese gefälschte Ueberlieferung ernsthaft zu durchforschen, natürlich genügt es, einige Sätze, die in das System passen, aus dem Gewirr der Thatsachen herauszuheben. Und das eigentliche Ergebniß der Geschichte ist bekanntlich, nach Karl Marx, daß die Capitalmächte der Gegenwart auf der Sclavenarbeit ruhen, woraus denn die klare Nothwendigkeit folgt, mit dem Wahnsinn der Jahrtausende schleunigst aufzuräumen.

Doch leider bewegt sich die wirkliche Geschichte selten auf der schnurgeraden Straße, welche der construirende Radicalismus für die einzig mögliche hält, sie zieht gemeinhin die Spirallinie vor. Alle Welt weiß, im dreißigjährigen Kriege gingen etwa zwei Drittel unseres Volkes und ein noch größerer Theil seines Vermögens zu Grunde. Erst um das Jahr 1840 gelangte Deutschland wieder auf die Stufe des Wohlstands, die wir um 1618 schon erreicht hatten. Der weitaus bedeutendste Theil unseres Volksvermögens ist in den jüngsten zwei Jahrhunderten erworben, seine Entstehung läßt sich wenn nicht mit voller Sicherheit, so doch ohne grobe Irrthümer verfolgen; denn in einer so nahen Vergangenheit ist die Fälschung der überlieferten Weltgeschichte ziemlich leicht erkennbar, selbst für minder scharfe Augen als Herr Lange zu besitzen glaubt. Wer hat nun dies deutsche Volksvermögen geschaffen? Ein zünftiges Bürgerthum, dessen harte Arbeit lange Jahrzehnte hindurch den besten Inhalt unserer Geschichte bildete, das im Schweiße seines Angesichts langsam emporstieg aus grauenhaftem Verfall und also endlich

fähig ward, das Geschenk seiner Könige, die Gewerbefreiheit zu ertragen. Daneben ein völlig verwildertes Landvolk, das durch die Zucht der Monarchie zu rüstigem Schaffen angehalten und mit den Elementen menschlicher Bildung wieder vertraut wurde und endlich, ebenfalls durch das Königthum und die erwachte Vernunft der höheren Stände, die Freiheit des Leibes und der Scholle empfing. Dies sind die Sclaven, welche das deutsche Capital schufen. Die Behauptung von Karl Marx, das moderne Großcapital sei durch die tyrannische Ausbeutung der Arbeitskräfte Asiens und Amerika's entstanden, ist sogar für England und Holland unwahr, für Deutschland einfach lächerlich. Wie unser schwer geprüftes Volk erst im neunzehnten Jahrhundert die Kraft fand, die politischen Ideen des Zeitalters der Reformation zu verwirklichen, so ist auch die neue Welt für Deutschland erst vor zwei Menschenaltern wirklich entdeckt worden. Jener armselige Passivhandel, der uns vor hundert Jahren mit den Waaren der Kolonien versorgte, hat vielleicht in Holland den Reichthum einiger großer Firmen gegründet, das deutsche Großcapital ruht nicht auf ihm. Und weil wir mit gutem Gewissen auf diesen redlich erarbeiteten jungen Wohlstand blicken dürfen, darum besitzt er auch die Kraft, sich zu behaupten gegen die Pläne der Phantasten und der Plünderer. —

Gemeinsam ist ferner allen modernen Socialisten ein katholisch-hierarchischer Zug des Denkens, der wieder auf den französischen Ursprung dieser Lehren zurückweist. Die tiefe Verwandtschaft zwischen der Bureaukratie, dem rohen Schutzzollsystem und dem Socialismus hat schon Cavour mit genialer Sicherheit durchschaut. Diesen Freiheitsaposteln fehlt der Glaube an die Freiheit. Sie sehen nicht, daß jede wahre Freiheit sich selber Grenzen zieht, daß mit der freien Bewegung der socialen Kräfte zugleich die sittlichen Schranken wachsen, welche die öffentliche Meinung denkender Völker der Willkür des Einzelnen entgegenstellt. Sie wollen, gleich der katholischen Kirche, durch äußeren Zwang eine sittliche Ordnung herstellen, die nur von innen heraus, durch die Wandlung der Sitten und der Bildung verwirklicht werden kann. Sie denken, wie einst die französische Republik, „die Abschaffung des Elends durch die Liebe" von Staatswegen zu erzwingen. Dabei erwarten sie beständig, nach Franzosenart, einen großen Wundertag der Revolution, eine neue Vierte-Augustnacht, die mit einem Zauberschlage „die Enteignung der Enteigner" herbeiführen soll. Karl Marx weissagt: wie der Unabhängigkeitskrieg der Amerikaner das Signal gab für das Erwachen des dritten Standes, so läutet der amerikanische Bürgerkrieg die Sturmglocke für den vierten Stand; und Lassalle übersetzt diese Phrase in die Bildersprache demagogischer Rhetorik, läßt die Arbeiterfrage an die Pforten der capitalistischen Gesellschaft

so mild und schonend auch der geistreiche Mann den Uebergang einrichten will, und bricht ebenso willkürlich mit der Geschichte, wie das „auf eigene Arbeit gegründete Eigenthum", wovon Karl Marx träumt. Lassalle bezeichnet in seinem Vortrage über Verfassung als die Aufgabe der wahren Socialwissenschaft: „Alles aus sich selbst abzuleiten", das will sagen: dem historisch Gewordenen einen willkürlichen Sinn unterzuschieben, der mit den Dogmen des Socialismus übereinstimmt. So zeigt er denn vergnüglich, wie die unergründliche Schlauheit monarchischer Herrschsucht den Begriff „Kriegsherr" erfunden habe um sich die Macht im preußischen Staat zu sichern — während doch jedes Kind weiß, daß die Hohenzollern da preußische Heer geschaffen haben, und ihre Kriegsherrlichkeit nicht ein e fundener Begriff, sondern eine durch redliche Arbeit verdiente Wirklichk ist. Dieselbe knabenhafte Dreistigkeit, die das Historische mit Füßen tri kehrt in jeder Schrift der Socialdemokratie wieder. „Die ganze üb lieferte Weltgeschichte ist im Sinne der Herrscher, der Fürsten und siegreichen Parteien gefälscht" — so versichert F. A. Lange und spr damit das Herzensgeheimniß des Socialismus aus. Natürlich lohnt nicht der Mühe, diese gefälschte Ueberlieferung ernsthaft zu durchforsch natürlich genügt es, einige Sätze, die in das System passen, aus Gewirr der Thatsachen herauszuheben. Und das eigentliche Ergel der Geschichte ist bekanntlich, nach Karl Marx, daß die Capitalm der Gegenwart auf der Sclavenarbeit ruhen, woraus denn die Nothwendigkeit folgt, mit dem Wahnsinn der Jahrtausende schleunigst zuräumen.

Doch leider bewegt sich die wirkliche Geschichte selten auf der sc geraden Straße, welche der construirende Radicalismus für die möglich hält, sie zieht gemeinhin die Spirallinie vor. Alle Welt im dreißigjährigen Kriege gingen etwa zwei Drittel unseres Volke ein noch größerer Theil seines Vermögens zu Grunde. Erst un Jahr 1840 gelangte Deutschland wieder auf die Stufe des Wohlst die wir um 1618 schon erreicht hatten. Der weitaus bedeu Theil unseres Volksvermögens ist in den jüngsten zwei Jahrhun erworben, seine Entstehung läßt sich wenn nicht mit voller Sich so doch ohne grobe Irrthümer verfolgen; denn in einer so naher gangenheit ist die Fälschung der überlieferten Weltgeschichte ziemlic erkennbar, selbst für minder scharfe Augen als Herr Lange z glaubt. Wer hat nun dies deutsche Volksv affe zünftiges Bürgerthum, dessen harte Arbeit lar besten Inhalt unserer Geschichte bildete, da gesichts langsam emporstieg aus grauenhafte

fähig ward, das Geschenk seiner Könige, die Gewerbefreiheit zu ertragen. Daneben ein völlig verwildertes Landvolk, das durch die Zucht der Monarchie zu rüstigem Schaffen angehalten und mit den Elementen menschlicher Bildung wieder vertraut wurde und endlich, ebenfalls durch das Königthum und die erwachte Vernunft der höheren Stände, die Freiheit des Leibes und der Scholle empfing. Dies sind die Sclaven, welche das deutsche Capital schufen. Die Behauptung von Karl Marx, das moderne ...scapital sei durch die tyrannische Ausbeutung der Arbeitskräfte Asiens ... Amerika's entstanden, ist sogar für England und Holland unwahr, ... Deutschland einfach lächerlich. Wie unser schwer geprüftes Volk erst ... neunzehnten Jahrhundert die Kraft fand, die politischen Ideen des ...alters der Reformation zu verwirklichen, so ist auch die neue Welt für ...schland erst vor zwei Menschenaltern wirklich entdeckt worden. Jener ...lige Passivhandel, der uns vor hundert Jahren mit den Waaren der ...en versorgte, hat vielleicht in Holland den Reichthum einiger großer ... gegründet, das deutsche Großcapital ruht nicht auf ihm. Und ...r mit gutem Gewissen auf diesen redlich erarbeiteten jungen Wohl...licken dürfen, darum besitzt er auch die Kraft, sich zu behaupten ...e Pläne der Phantasten und der Plünderer. —

...einsam ist ferner allen modernen Socialisten ein katholisch-hie...r Zug des Denkens, der wieder auf den französischen Ursprung ...ren zurückweist. Die tiefe Verwandtschaft zwischen der Bureau... rohen Schutzzollsystem und dem Socialismus hat schon Cavour ...er Sicherheit durchschaut. Diesen Freiheitsaposteln fehlt der ... die Freiheit. Sie sehen nicht, daß jede wahre Freiheit sich ...zen zieht, daß mit der freien Bewegung der socialen Kräfte ... sittlichen Schranken wachsen, welche die öffentliche Meinung ...ölker der Willkür des Einzelnen entgegenstellt. Sie wollen, ...atholischen Kirche, durch äußeren Zwang eine sittliche Ord...len, die nur von innen heraus, durch die Wandlung der ...der Bildung verwirklicht [illegible] kann. Sie denken, wie einst ...he Republik „die Absch[illegible] Elends durch die Liebe“ von ... zu er[illegible] Dabei e[illegible] ständig, nach Franzosen... ...roßer [illegible] der R[illegible] neue Vierte-August... ...t ein[illegible] „d[illegible] der Enteignung“ her... ...Karl [illegible] ...

diese große, durch mannichfaltige und schwer verständliche Kräfte bedingte Umwälzung auf eine einzige Ursache zurückführen will. Sie sucht nach einem Schuldigen, sie hält sich mit der Hast der Leidenschaft an das alte bequeme is fecit cui prodest; und so ertönen neben wohlberechtigten Zornreden wider den frivolen Schwindel der jüngsten Jahre auch wilde Anklagen gegen das Großcapital, die um nichts verständiger sind als die Klagen der Zeitgenossen Luthers über die Fuggerei.

Offenbar besitzt Deutschland auch jetzt noch nicht genug große Capitalien, wenngleich wir manche schimpflich erworbene Vermögen neuesten Ursprungs gern verschwinden sähen. Wir brauchen noch weit mehr große Vermögen, wenn wir den Platz einer Großmacht auf dem Weltmarkte dauernd behaupten und unser tägliches Leben reicher und stattlicher gestalten wollen. Diese Capitalansammlung, die vor unseren Augen sich vollzieht und auch in Zukunft anhalten wird, bewirkt in einem wacker arbeitenden Volke keineswegs, daß nur Cotton-Lords und Proletarier einander gegenüberstehen. Der stetige Gang der Geschichte liebt das Entweder-oder des Radikalismus nicht. Wir haben vor England den unschätzbaren Vorzug eines zahlreichen freien Bauernstandes voraus. Ueberall wo dieser kleine Grundbesitz von Alters her überwiegt, hat er in den letzten Jahrzehnten nicht abgenommen; die intensive Wirthschaft des kleinen Bauern hat den Wettbewerb des großen Capitals bisher glücklich bestanden. Nur in den Landschaften des Nordostens ist die Gefahr des Latifundienwesens vorhanden; sollte sie drohend werden, so wird ein Staat, der seit Jahrhunderten den Bauern wirksam gegen den Ritter beschützt hat, durch volkswirthschaftliche Theorien sich gewiß nicht hindern lassen, seine alte Agrarpolitik in zeitgemäßen Formen wieder aufzunehmen. Die leidlich gesunde Vertheilung des Grundvermögens verbürgt uns, daß Industrie und Handel in Deutschland niemals einen so unverhältnißmäßigen Theil der Volkskräfte beschäftigen werden wie in England. Auch auf diesen Gebieten wirkt das Großcapital zwar mit überlegener Kraft, doch keineswegs mit so schrankenloser, zerstörender Uebermacht, wie der Socialismus fabelt. Am Niederrhein, im Erzgebirge, in weiten Strichen Süddeutschlands behauptet sich noch eine schwunghafte Hausindustrie neben den Fabriken, nur daß sie lernen muß den veränderten Bedürfnissen des Marktes sich zu fügen. Viele Zweige der Fabrikation zerstören nicht das Handwerk, sondern geben ihm Beschäftigung und neue Aufgaben. Das ganze weite Gebiet des kleinen Verkehrs wird immer in den Händen eines mäßig begüterten Mittelstandes bleiben.

Die Einwirkung des Staates auf die Vertheilung des beweglichen Vermögens kann ein sehr bescheidenes Maß nicht überschreiten, ohne den

Unternehmungsgeist zu lähmen und die Rechtsbegriffe zu verwirren. Selbst das Alterthum, das der Staatsgewalt einen weit größeren Spielraum einräumte als die germanische Welt, hat diese Wahrheit erprobt. Die nach hellenischen Begriffen freie Volkswirthschaft Athens blühte glänzend auf, brachte dem Staate einen leidlichen Zustand socialen Friedens. Der gewaltsame Socialismus des spartanischen Staates ertödtete Handel und Wandel, und als das Ansehen der Gesetze schwand, brach der künstlich darniedergehaltene Erwerbstrieb in gräßlicher Wildheit durch; es entstand eine rohe Knechtung der Armen durch die Reichen, welche die Freiheit der Athener nie gekannt hat. Kein Gesetz und kein Seherwort wird die Bildung der gewaltigen Vermögen verhindern, deren die neue Volkswirthschaft bedarf; ihre Zeit ist gekommen. Wer diese Nothwendigkeit einsieht, muß auch einige der Mißbildungen ertragen, welche sie mit sich führt. Niemand wird die Geschichte des Hauses Rothschild lesen ohne eine lebhafte Anwandlung communistischer Gelüste zu verspüren. Wie dieser alte Amschel das mit dem Blute der verkauften Landeskinder erworbene Vermögen des hessischen Kurfürsten aufbewahrte, wie dann die für die Befestigung des deutschen Oberrheins bestimmten Millionen jahrzehntelang der Bereicherung dieser Firma dienten, wie die zweideutigen Finanzoperationen Oesterreichs und anderer bankrotter Staaten ihr immer neue ungeheure Gewinnste brachten — — genug, die Weltgeschichte hat schönere Blätter. Unbestreitbar ist hier das wünschenswerthe Maß der Capitalanhäufung längst überschritten. Und doch, wenn der Staat sich unterfinge ein „bis hierhin und nicht weiter“ auszusprechen, eine Grenze des erlaubten Vermögens aufzustellen, die er weder mit Sicherheit bezeichnen, noch mit Erfolg aufrechthalten kann, so wäre nicht blos der Besitz des Millionärs, sondern auch der Sparpfennig des Arbeiters bedroht. Tritt der Wahrer des Rechtes selber das Recht mit Füßen, lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, nicht entschuldigt durch einen allgemeinen Nothstand, dann ist jedes Band der Gesellschaft zerrissen. Eine immer wiederkehrende Erfahrung lehrt, wie selten solche Capitalmassen auf die Dauer in einem Hause vereinigt bleiben; ist doch selbst der Weltreichthum der Fugger nach wenigen Generationen in bescheidene Theile zerfallen.

Wichtiger ist uns die trostreiche Thatsache, daß Begabung und Neigung den modernen Geldadel sehr wenig befähigen zur Leitung der Staaten. Das scheint im Blute zu liegen. Politisches Talent und politischer Ehrgeiz finden sich wohl unter den Patriciergeschlechtern einiger Städte von reichsstädtischem Gepräge, doch auffällig selten unter den Emporkömmlingen der Börse. Man kauft sich einige feile Zeitungen um die Geschäfte der Firma zu fördern, man arbeitet hinter den Kulissen

des Hofes und des Parlaments für denselben Zweck. Durch solche Künste wird ein Staat der Selbstverwaltung nicht regiert; unsere Presse ist Gott sei Dank weit weniger mächtig als die österreichische, das deutsche Publicum beginnt dem naiven Aberglauben an die Zauberkraft des gedruckten Wortes zu entwachsen. Opfer zu bringen, durch politische Arbeit politische Macht zu erwerben fällt den Männern der Börse schwerer als irgend einem anderen Stande, die Curse sind ihnen wichtiger als der Staat; daher das tiefe Mißtrauen des Adels, des Beamtenthums, der Mittelklassen gegen diese Kreise. Wir haben die Gerechtigkeit unserer Gesetzgebung sorgsam zu behüten vor dem weitverzweigten mittelbaren Einflusse des Großcapitals; eine Herrschaft des Geldbeutels aber steht für Deutschland nicht in naher Aussicht. —

Solchen Erwägungen ist die erbitterte Masse leider unzugänglich; sie übersieht die ungeheure Zahl der mittleren Vermögen, welche verbindend zwischen das Großcapital und die Armuth treten. Sie glaubt, nach den Versicherungen der Demagogen, daß ihr nur eine herzlose Capitalmasse gegenüberstehe, die „sich vampyrmäßig durch das Einsaugen neuer Arbeit belebt", daß die höheren Stände im Vaterlande „wie in Feindesland leben", als die geborenen Gegner des kleinen Mannes. Und nun versucht man mit ruchloser Berechnung gerade das wichtigste rechtliche Band zu zerstören, das die Arbeiter an die sociale Ordnung bindet: den Arbeitsvertrag. Die hochgesteigerte Arbeitstheilung verringert leider unvermeidlich die Freude an der Arbeit. Wer nur als dienendes Glied einer großen Gemeinschaft thätig ist, beständig denselben Theil eines unverstandenen Ganzen schaffend, der verliert leicht den Glauben an die sittliche Würde der Arbeit. Er kann nicht mehr, wie jeder tüchtige Handwerker, in dem Werke seiner Hände ein Lebendiges sehen, das einige Züge seines eigenen Wesens an sich trägt; er fühlt sich selber nur als ein Rad in einer mächtigen Maschine; die Fabrik mit ihrem entseelenden Zwange, ihrer eintönigen Langeweile erscheint ihm als ein großes Sclavenhaus. Wie muß es auf solche nur zu natürliche Stimmungen wirken, wenn alle Lohnarbeit als eine Entwürdigung des Menschen, der Arbeitsvertrag als eine neue Form der Leibeigenschaft geschildert wird! Ersetzung des Arbeitslohnes durch den Arbeits-Ertrag — so lautet die Zauberformel, worin sich heute alle Sekten der Socialdemokratie begegnen.

Der Arbeitsvertrag ist die natürliche Folge der Freiheit der Arbeit, der anerkannten Mündigkeit des Arbeiters. Während einst Gesetze, Zunftordnungen, Gewohnheitsrechte dem Belieben der Vertragschließenden enge Schranken setzten, überläßt der moderne Staat den mündigen Männern selbst, sich zu verständigen über ihre eigenen Angelegenheiten und von der

Lage des Arbeitsmarktes Vortheil zu ziehen. Diese Freiheit ergiebt sich nothwendig aus dem Gedanken der Rechtsgleichheit; darum wird das demokratische Zeitalter, dem wir entgegengehen, den freien Arbeitsvertrag nicht aufheben, diese junge Institution ist vielmehr einer langen Zukunft sicher. Alle Versuche, einen natürlichen Arbeitslohn aufzufinden, sind gescheitert. Selbst der Verfasser des „Isolirten Staats", J. H. v. Thünen, einer der größten Köpfe der nationalökonomischen Wissenschaft, war mit diesem Unterfangen nicht glücklich. Form und Inhalt des freien Arbeitsvertrages entsprechen der Gerechtigkeit und dem wirthschaftlichen Interesse beider Theile. Der Arbeitnehmer als der Aermere verlangt nach einem gesicherten Einkommen; er läßt sich durch den Arbeitslohn nicht das Product seiner Arbeit bezahlen, dessen Werth vor der Hand noch ungewiß ist, sondern seine auf bestimmte Zeit vermiethete Arbeitskraft. Mag das Arbeitsproduct unverkauft bleiben oder irgendwie sonst seinen Werth verlieren, der Arbeiter ist für die vertragsmäßig geleistete Arbeit seines Lohnes sicher. Dieser Lohn kann nur mäßig sein, nicht blos weil er unter allen Umständen, selbst bei unglücklichen Spekulationen, gezahlt werden muß, sondern auch weil die Arbeitskraft an sich nur geringen Werth hat, so lange sie nicht das Capital findet, das sie beschäftigt. Der Arbeitgeber weist der in ihrer Vereinzelung hilflosen Arbeitskraft die Stelle an, wo sie wirken kann für die Gemeinschaft; er stellt ihr die Aufgaben, die sich aus den Bedürfnissen der Gesellschaft ergeben; er allein übernimmt die Gefahr des Unternehmens. Ihm steht die Wahl frei, welche der Arbeitnehmer nicht hat: ob er von seinen Zinsen bescheiden leben oder seine Arbeitskraft und sein Capital einsetzen will für eine schwierige Unternehmung. Zieht er diesen gefährlichen Weg vor, so darf er von Rechtswegen neben der Verzinsung seines Capitals einen hohen Unternehmergewinn verlangen. Meines Wissens hat zuerst H. v. Mangoldt nachgewiesen, daß nicht blos der Grund und Boden, sondern jeder Factor der Production, wenn er unersetzlich selten ist, eine Rente abwirft; wie die ausgezeichnete Arbeitskraft eine Arbeitslohnrente bringt, so hat der geniale Unternehmer Anspruch auf eine Unternehmergewinnrente.

Gegen diese einfachen und der natürlichen Billigkeit sofort einleuchtenden Wahrheiten führt nun der Socialismus ein Heer von Anklagen ins Feld. Zunächst einige kabbalistische Redensarten über das Geld. Bei dem Namen des Geldes pflegt der Socialist jede Besinnung zu verlieren; er sieht darin eine geheimnißvolle dämonische Macht, „Gott Vater in Person". Alle Zornworte, welche jemals ein Dichter wider die rasende Geldgier der Menschen ausgesprochen, werden hervorgesucht. Wenn Sophokles singt: *οὐδὲν γὰρ ἀνθρώποισιν οἷον ἄργυρος κακὸν νόμισμα ἔβλαστε,*

so findet Karl Marx darin nicht eine poetisch eingekleidete Anklage gegen die Habsucht, er meint vielmehr, daß erst mit der segensreichen Erfindung des Geldes gräuliche Sünden, die in Wahrheit von jeher bestanden, auf die Welt gekommen seien. Der Mensch soll entwürdigt werden, wenn seine Arbeitskraft einem elenden Stücke Geld gleich gestellt wird — als ob dies Stück Geld nicht auch ein Produkt menschlicher Arbeit wäre! Und was erhielte denn der Arbeiter, wenn er statt des Arbeitslohnes den von den Socialisten versprochenen Arbeitsertrag empfinge? Wieder nur ein elendes Stück Geld, eine Geldsumme, die nach der Versicherung der Propheten größer sein soll, aber unter Umständen auch weit kleiner sein kann als der heutige Lohn. Als dem Freiherrn vom Stein zum ersten male sein Gehalt aus der preußischen Staatskasse geschickt wurde, da warf er, sagt man, die Geldrollen auf die Erde und weinte vor Zorn. Der Auftritt hat etwas Rührendes; der Trotz des Reichsritters, die aus den Zeiten der Naturalwirthschaft überlieferte Vorstellung, als ob „Geldnehmen“ bedientenhaft sei, bäumte sich auf in dem stolzen Manne. Und mit diesen längst überwundenen Adelsvorurtheilen sucht heute eine gewissenlose Agitation die Massen zu erfüllen! Die allbekannte Thatsache, daß das Geld als das allgemein begehrte Tauschmittel seinem Besitzer eine starke wirthschaftliche Spannkraft giebt, ihn zu schlagfertiger Benutzung der Conjunktur befähigt — diese einfache Thatsache wird in ungeheuerlicher Uebertreibung dahin umgedeutet, als ob der Austausch von Arbeit gegen Geld nicht mehr ein ehrlicher Tausch von Waare gegen Waare, sondern eine schimpfliche Unterwerfung sei.

Nun hat leider die ältere National-Oekonomie selber dem Socialismus eine schneidige Waffe geschliffen durch die berüchtigte Lehre: der gemeine Arbeitslohn könne auf die Dauer nicht höher stehen als die Kosten des nothdürftigen Lebensunterhalts einer Arbeiterfamilie. Dies „eherne Gesetz“, das Lassalle mit so großem Erfolge gegen seine Urheber gewendet hat, wurde oft mit einem empörenden protzenhaften Behagen verkündet, als wäre nichts Entsetzliches daran; man wiegte sich in dem bequemen Wahne, keine Arbeitseinstellung vermöge dies „Naturgesetz“ umzustoßen. Heute erscheint es wohl der Mehrzahl der Denkenden fast unbegreiflich, wie nur ein so handgreiflicher Irrthum sich so lange behaupten konnte. Das eherne Gesetz geht nicht nur, wie die gesammte abstrakte Volkswirthschaftslehre, von der Ansicht aus, daß die freie Concurrenz im wirthschaftlichen Verkehre die Regel bilde — während der freie Wettbewerb thatsächlich einen ziemlich engen Spielraum hat und in allen Gewerben, die nur für den örtlichen Verbrauch arbeiten, nicht zur Herrschaft gelangt. Das Gesetz ist auch falsch unter der Voraussetzung der freien Concurrenz.

Der Preis der gemeinen Arbeit wird wie jeder Preis durch das Verhältniß von Angebot und Nachfrage bestimmt, er kann also nur dann auf das Maß der unentbehrlichsten Unterhaltsmittel herabsinken, wenn die Arbeitgeber auf die Dauer der stärkere Theil sind und ihre Ueberlegenheit mit rücksichtsloser Selbstsucht mißbrauchen. Das eherne Gesetz bezeichnet nicht die Regel, sondern nur den denkbar niedrigsten Stand des Arbeitslohnes. Daß dieser niedrigste Stand immer oder auch nur häufig eintrete, ist eine rein willkürliche Behauptung. Ueberall wo die Gesammtproduktion schneller wächst als die Kopfzahl der Bevölkerung, steht der durchschnittliche Arbeitslohn über seiner niedersten Grenze; und dies Verhältniß ist die Regel in allen rüstig arbeitenden Culturvölkern.

Jeder erfolgreiche Strike, der den Arbeitslohn erhöht, widerlegt das eherne Gesetz; darum warnte Lassalle vor Arbeitseinstellungen, er wollte die Krone seiner Sophismen sich nicht vom Haupte schlagen lassen. Wie oft haben in den Lohnkämpfen der jüngsten Jahre die Arbeitnehmer das Feld behauptet! Die Mehrzahl der deutschen Fabrikanten weigert sich bereits feste Lieferungsfristen einzuhalten, weil Niemand mehr auf die Arbeiter zählen kann; eine der größten Berliner Fabriken hat den gesammten Reingewinn des vergangenen Jahres auf die Erhöhung der Löhne verwenden müssen, und wie viele andere Unternehmungen sind aus demselben Grunde untergegangen! Nicht blos die verbündete Arbeitermasse, auch der einzelne Arbeitnehmer kann je nach dem Stande des Marktes dem Arbeitgeber mit Ueberlegenheit entgegentreten; das lehrt in tausend lächerlichen Zügen die verkehrte Welt, die in unzähligen deutschen Häusern besteht, wo der Dienstbote die Gesetze giebt, die Herrschaft in stummer Verzweiflung sich unterwirft. In fünfundzwanzig Jahren legten nach Huber's Berechnung 6 Millionen englischer Arbeiter ein Capital von 2500 Mill. Thalern zurück. Man denke nur um wenige Jahrzehnte zurück, an die elende Bekleidung der Arbeitermasse Mitteldeutschlands in den Tagen unserer Kindheit; so erkennt man leicht, daß der Arbeiter allerdings im Stande ist durch verständige Benutzung einer Lohnsteigerung seine Lebenshaltung dauernd zu verbessern. Dieser Satz hebt das eherne Gesetz auf, er hat sich oftmals zum Segen der niedern Stände bewährt und mag vielleicht in einer nahen Zukunft seinen schweren Ernst den deutschen Arbeitern zeigen. Die socialdemokratischen Arbeiter pflegen die gewaltige Lohnsteigerung der letzten Jahre nicht der günstigen Conjunktur, sondern den Wühlerkünsten ihrer Führer zuzuschreiben; dieser Irrthum vornehmlich fesselt sie an die Demagogen. Wenn aber die heutige Geschäftsstockung anhalten sollte, wenn der durch die Sünden der Speculanten wie der Arbeiter schwer geschädigte Ruf der deutschen Industrie sich

nicht bald wiederherstellt, dann können die Arbeiter leicht zu ihrem Schrecken erfahren, daß die Lügen des Socialismus ihnen das einzige wirksame Mittel zur nachhaltigen Verbesserung ihrer Lage aus der Hand geschmeichelt haben.

So dient das eherne Gesetz als ein Werkzeug, um in den Gemüthern der Arbeiter hoffnungslosen Pessimismus, revolutionäre Entschlüsse zu erwecken. Zu demselben Zwecke wirkt eine andere plumpe Begriffsverwirrung. Offenbar werden unter dem Namen des Arbeitsvertrages zwei wesentlich verschiedene Verhältnisse zusammengefaßt. Wenn ich mir einen Reisesack zum Bahnhof tragen lasse oder einer Näherin ein Stück Zeug gebe um meinem Töchterlein ein Kleid zu machen, so liegt ein einfacher Tausch vor; die Arbeit erscheint schlechthin als Waare, das Geschäft ist beendigt mit der Auszahlung des bedungenen Lohnes, beide Theile sind und bleiben selbständig. Anders wenn der Arbeiter seine gesammte Arbeitskraft dem Unternehmer für eine bestimmte Zeit vermiethet. Auch hier wie bei jenen kurzdauernden Arbeitsleistungen vollzieht sich ein Tausch von Waare gegen Geld, der nach den Regeln des Civilrechts zu beurtheilen ist; und es heißt das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man neuerdings behauptet hat, der Arbeitsvertrag stehe zu hoch um unter die Gesichtspunkte des Civilrechts zu fallen, ja die gesammte Lehre vom Arbeitsvertrage sei nur eine willkürliche rationalistische Erfindung wie dereinst die Lehre vom ursprünglichen Staatsvertrage. Auch hier verfolgen beide Theile von Rechtswegen unbefangen ihren wirthschaftlichen Vortheil. Der Arbeitgeber entläßt unbedenklich eine Anzahl seiner Arbeiter, sobald er eine Maschine findet, welche mehr leistet, und der Arbeiter kündigt ebenso unbedenklich wenn ihm anderswo höherer Lohn geboten wird. Aber ein solcher Arbeitsvertrag enthält noch weit mehr als das Versprechen eines Tausches; er begründet zugleich eine schwere persönliche Abhängigkeit. Der Arbeiter unterwirft sich für die Dauer der Arbeitszeit den Befehlen des Unternehmers, er verpflichtet sich mittelbar, seinen Aufenthalt und die gesammte Lebensweise seines Hauses nach den Bedürfnissen der Fabrik einzurichten, kurz er tritt in ein Verhältniß persönlicher Unterordnung, das die verfassungsmäßige persönliche Freiheit des Bürgers zerstören muß, wenn es nicht von beiden Theilen mit sittlicher Hingebung, mit Treue und Wohlwollen eingehalten wird.

Wie der Staat, um der Freiheit willen, jene wirthschaftliche Seite des Arbeitsvertrags nicht berühren, den Austausch von Arbeit gegen Geld nicht durch Lohnordnungen u. dgl. regeln darf, so ist er, gleichfalls um der Freiheit willen, verpflichtet, diesen sittlichen Inhalt des Arbeitsvertrags einer strengen Aufsicht zu unterwerfen und darüber zu

wachen, daß die Abhäigkeit des Arbeiters nicht zur Zerstörung seiner Gesundheit und Sittlicht mißbraucht werde. Der Arbeitsvertrag hört darum nicht auf ein ttlicher Vertrag zu sein. Das Recht kennt zahlreiche Verträge, wee sittliche Pflichten auferlegen. Das deutsche Reich bestraft wegen „ltreue" die Vormünder, die Bevollmächtigten, die Schaffner und ande Vertrauenspersonen, sobald sie mit Absicht, wenn auch ohne sich selt zu bereihern, zum Nachtheil ihrer Auftraggeber gehandelt haben. Mit verwadten Gründen läßt sich sehr wohl ein strenges Strafgesetz egen die Tyrannei gewissenloser Fabrikanten rechtfertigen; hat doch selbt das Alterthum in seinen milderen Jahrhunderten der Mißhandlung der Sclavn enge Schranken gezogen. Wie es nur wenige dauernde Verbindungen nter den Menschen giebt, denen nicht eine wirthschaftliche Bedeutung anhftet, so ist auch eine wirthschaftliche Unternehmung selten ohne einen ttlichen Inhalt, welcher die Fürsorge des Staates herausfordert. Nun t leider bekannt, wie weit unsere unfertige Fabrikgesetzgebung noch zurckfteht hinter der englischen, wie schwer der Krämersinn und mehr noch ie Indolenz deutscher Unternehmer sich oftmals an den Arbeitern versüdigt hat. Durch solche Beispiele reizt der Socialismus den Groll der Arbeiter; er wirft hinter einem dicken Phrasengewölke den wirthschaftlien und den sittlichen Inhalt des Arbeitsvertrages wirr durch einander, und so erscheint zuletzt den erbitterten Massen der Arbeitsvertrag selbr als der Urgrund alles Uebels.

Endlich wird noch ein letzr Irrthum der englischen Nationalökonomie für die Lehren des Socialismus ausgebeutet: der Lehrsatz, daß die Arbeit allein Werthe erzeuge. Steht dieser Satz fest, so ist der Arbeitslohn eine offenbare Beraubung. Aber nicht die Arbeit schlechthin schafft die Werthe, sondern die den Zwecken der Gesellschaft entsprechende Arbeit, wie schon oft und noch neuerdings vortrefflich von H. v. Sybel nachgewiesen wurde Und der Unternehmer ist es, der die Arbeitskräfte für die Zwecke der Gesellschaft wirken läßt; er ist die bewegende Kraft, die Seele der Arbeitsgemeinschaft, und die Sprache nennt ihn mit sicherem Instinkte den Arbeitgeber, obgleich er Arbeit zu nehmen scheint. In Wahrheit giebt er Arbeit. Der Plan des Unternehmens muß erst in seinem Kopfe feststehen, das Capital durch seine Sorge beschafft und geordnet sein, bevor er die Arbeitskräfte herbeiruft um unter seiner Leitung thätig zu werden. Das heutige System der Einkommensvertheilung, das dem Arbeiter einen festen Lohn, dem Unternehmer den gesammten Reinertrag zuweist, entspricht im Großen und Ganzen dem Werthe der Leistungen beider Theile, wie es sich auch ohne Zwang aus der Natur des Verkehrs herausgebildet hat. Karl Marx behauptet zwar, in der Großin-

dustrie verschwinde die Persönlichkeit des Unternehmers, das große Capital wirke durch seine eigene Wucht. Doch gerade dieser Lieblingssatz der Socialisten ist durch die Erfahrungen der jüngsten Krisis gänzlich widerlegt worden. Zahllose Actiengesellschaften, und manche solide darunter, gingen zu Grunde, weil sie ihr Capital auf Unternehmungen geworfen hatten, welche der monarchischen Leitung bedurften. Die Actiengesellschaft zeigt sich als eine überlegene Macht nur in dem ziemlich engen Bereiche jener Unternehmungen, die in regelmäßiger Folge beständig dieselben Geschäfte wiederholen und mehr durch die Kraft des Capitals, als durch die Rührigkeit der Speculation wirken. Ueberall wo es gilt zu wagen, die Gunst des Marktes mit raschem Entschlusse zu benützen, ist der Unternehmer, der mit seiner Person einsteht, unersetzlich; und wie schwer seine Aufgabe, wie gefahrvoll sein Weg, das zeigen die langen Spalten der Concursanzeigen in jedem Zeitungsblatte.

V. A. Huber in seiner milden maßvollen Weise versuchte einen Vermittlungsvorschlag. Er wollte nicht den Arbeitslohn beseitigen, sondern schloß: da bei jeder Production Capital und Arbeit zusammenwirken, so gebührt dem Capitalisten sein Zins, dem Arbeiter sein Lohn, außerdem Beiden ein Antheil am Reinertrage. Der treffliche Mann weissagte, die Nachwelt werde dereinst nicht glauben wollen, daß man heute diese gerechte Forderung verweigere. Die Forderung ist aber ungerecht, sie enthält einen juristischen Widersinn. Arbeitslohn und Antheil am Arbeitsertrage schließen einander aus; der Arbeiter kann nach strengem Rechte entweder die Bezahlung seiner Arbeitskraft fordern oder einen Antheil am Producte der Gesammtarbeit, doch nimmermehr Beides zugleich. Indem der Arbeiter einen festen Lohn annimmt für seine Arbeitskraft, ohne Rücksicht auf den Werth des Arbeitsproducts, verzichtet er von Rechtswegen auf jeden Antheil am Arbeitsertrage. Beansprucht er dagegen einen Antheil am Arbeitsertrage, so muß er auf die feste Bezahlung der Arbeitskraft verzichten, er muß als ein Gesellschafter Gewinn und Verlust mit dem Unternehmer theilen, der ebenfalls keinen festen Capitalzins im Voraus erhält, sondern Gefahr läuft bei schlechtem Geschäftsgange den Zins und vielleicht das Capital selbst zu verlieren. Weil die große Mehrzahl der Arbeiter ein solches Wagniß nicht übernehmen will noch kann, darum wird das Privatunternehmen mit Arbeitslohn und Unternehmergewinn die Regel bleiben in unserer Volkswirthschaft, mindestens für die Zukunft, die wir übersehen können. Weit entfernt dem Untergange entgegenzueilen steht diese Form des Großbetriebs vielmehr heute erst in den Anfängen einer reichen Entwicklung. Mögen die Socialisten fortfahren ihre Productivgenossenschaften zu gründen, wobei jeder Arbeiter zugleich Unternehmer ist: solchen

Versuchen steht in liches Bedenken nicht im Wege, die freie Gesetz-
gebung unserer Tage ßt sie gewähren. Einzelne dieser „republikanischen
Fabriken" könn nicht gedeihen; die große Mehrzahl wird den harten
Wettkampf mi der schen Schlagfertigkeit der monarchischen Unterneh-
mungen gewi nicht aushalten.

Die ver elte Streitfrage wird noch schwieriger durch ein geradezu
unberechenb Verhältniß. Der Arbeiter ist allerdings des Lohnes für
die geleiste Arbe vollkommen sicher, er überläßt die Gefahr der Ver-
werthung Arbeitsproducts allein dem Unternehmer. Gleichwohl trägt
auch der eite seinen Antheil an den Verlusten des Unternehmens;
sobald schäfte stocken, droht ihm plötzliche Entlassung. Diese Gefahr
ist freil eit geringer als das Risico des Unternehmers. Jedermann
weiß j e oft die Unternehmer während vorübergehender Geschäfts-
stockun hre erprobten Arbeitskräfte weiter arbeiten lassen, aus kluger
Berech, zuweilen auch aus Barmherzigkeit; an der Hausindustrie
manch ewerbszweige des Erzgebirges pflegen kleine Krisen unbemerkt
vorüb ehen, weil die Unternehmer vorziehen auf Lager zu arbeiten.
Aber Gefahr besteht, und tritt sie wirklich ein, so wirkt sie grauen-
haft t Tausende dem Hunger preis. Es wäre sündlich diesen An-
thei Arbeiter an den Gefahren des Unternehmens zu unterschätzen;
abe ist ein Maßstab dafür? Für das regelmäßige Risico des Unter-
ne lassen sich zur Noth Versicherungsprämien finden, die mit einiger
W inlichkeit aus vieljähriger Erfahrung sich ergeben; doch wer ver-
m sagen, wie oft die massenhaften Arbeiter-Entlassungen eintreten,
o , welche Gefahr jeder einzelne Arbeiter läuft plötzlich brodlos zu
w Nur Rücksichten der Billigkeit, nicht Gründe des strengen Rechts
s für ein Lohnsystem, das den Arbeitslohn mit einem geringen
antheile verbindet. Dies combinirte System ist neuerdings oft
worden, vornehmlich in jenen Gewerbszweigen, wo der Rohstoff
n, die Arbeit hohen Werth hat, wo die Tüchtigkeit der Arbeit den
unmittelbar bedingt. Der Erfolg war nur in seltenen Fällen
. Läßt man dem Arbeiter die Wahl, so wird er in der Regel,
it Recht einen höheren festen Arbeitslohn der unsicheren Hoffnung
nen Gewinn-Antheil vorziehen; das lehrreiche Buch von Böhmert
die Arbeiterverhältnisse der Schweiz liefert dafür mannichfache Bei-
. Wenn das combinirte Lohnsystem in einzelnen Zweigen der In-
e sich auf die Dauer bewähren sollte, so bleibt wohl denkbar, daß
Staat es dereinst für diese Gewerbszweige geradezu anbefiehlt — denn
darf heute, in den ersten Jugendtagen unserer Großindustrie, schon
dreistes „unmöglich!" aussprechen? Doch alle diese Versuche sind

noch unreif und unfertig, sie bedürfen der Kritik einer langen Erfahrung.

Zur allgemeinen Herrschaft wird der Ertragsantheil der Arbeiter nicht gelangen. Vielmehr erscheint als die Lohnform der Zukunft: der Stücklohn, der als eine Begünstigung des Fleißes und der Tüchtigkeit von den Socialisten mit scheelen Augen angesehen wird; diese Lohnform giebt dem Arbeiter ein Interesse an dem Arbeitsproducte, ohne ihn doch zu belasten mit einem Risico, das ihn erdrücken würde. Die Thatsache, daß der Arbeiter nur in seltenen außerordentlichen Fällen die Gefahr des Unternehmens mit trägt, läßt durch fromme Wünsche sich nicht beseitigen. Die Betheiligung des Arbeiters am Geschäftsgewinn ist ohne einen Antheil an der Geschäftsleitung schwer durchzuführen, und dieser verbietet sich in der Regel von selbst; sie ist völlig undurchführbar, wenn der Unternehmer nicht auf ein längeres Verbleiben seiner Leute rechnen kann, und zu solchen dauernden Verpflichtungen zeigen die heutigen der Freizügigkeit gewohnten Arbeitermassen selten Neigung. Sicherer als durch das Spielen mit zweifelhaften Idealen wahrt der Arbeiter sein Interesse, wenn er durch die gesetzlichen Mittel der Genossenschaften die Erhöhung des Lohnes erstrebt und diesen haushälterisch verwendet; und versteht der Unternehmer die Zeichen der Zeit, die berechtigten Ansprüche eines mündigen Arbeiterstandes, so wird er seinen Arbeitern Rechenschaft ablegen von der Lage des Geschäfts, so weit die Natur des Unternehmens dies erlaubt, und sie zu überzeugen suchen, daß der Lohn den Verhältnissen entspricht. Tantiemen für einzelne hervorragende Arbeitskräfte sind ja durch das reine Lohnsystem nicht ausgeschlossen.

Denkt man schärfer nach, so führt die Lehre vom Gewinnantheile doch zum reinen Communismus. In dem weitverzweigten verwickelten Getriebe unserer Volkswirthschaft arbeitet Jeder Jedem in die Hände, Hunderte wirken mit bei dem Gedeihen jedes Hauses. Wenn der Junge, der die Schlacken aus der Fabrik abfährt, einen Antheil am Geschäftsgewinne verlangen darf, warum nicht auch die Köchin, die dem Unternehmer einen großen Theil seiner kostbaren Zeit erspart, oder der Buchbinder, der ihm die Geschäftsbücher bindet? Und so weiter bis zur frischen und fröhlichen Auftheilung aller Güter! Der feste Arbeitslohn ist als Regel unentbehrlich für eine Gesellschaft, welche nach dem Grundsatze der Arbeitstheilung schafft und eine Welt überlieferter Culturgüter zu bewahren hat vor frechen Begierden. Bis zu welchem Wahnwitz die Begehrlichkeit sich versteigen kann, das zeigt die thierisch rohe Forderung, es solle Jeder, nicht nach seinen Leistungen, sondern nach seiner Anstrengung belohnt werden!

Die härteste und wirksamste Anklage gegen das Lohnsystem stützt sich auf die traurige Erfahrung, daß der Arbeiter nur selten vermag aus den Reihen seines Standes emporzukommen. Auch der reichlich gelohnte Arbeiter kann nur bei außerordentlichem Glücke selber ein Unternehmer werden; dieser hoffnungslose Zustand drückt die Gemüther schwerer als die Armuth. Aber der Vorwurf trifft nicht das Lohnsystem, sondern das unwandelbare Wesen der Gesellschaft. Noch in allen großen Culturvölkern war das Aufsteigen aus den niedersten Schichten schwierig; es wirkt hier wieder jene heilsame Kargheit der Natur, welche dem Menschengeschlechte die Befriedigung seiner groben Bedürfnisse sichert. Der moderne Staat hat die rechtlichen Hindernisse des socialen Aufsteigens völlig beseitigt, er stattet die Arbeiterklassen mit jener Elementarbildung aus, die für den modernen Menschen ebenso unentbehrlich ist wie die Waffentüchtigkeit für den Menschen des Mittelalters. Daß damit Großes geleistet ist, lehrt der Augenschein. Nur darf man nicht, nach der Unart des Socialismus, die kindische Frage stellen: wie Viele aus den ärmsten Klassen sind in die Reihen der Reichsten, der großen Capitalisten eingetreten? Man muß vielmehr den historischen Zusammenhang der Generationen beachten und fragen: wie viele Arbeiter haben ihre Kinder in die Kreise des Mittelstandes emporgebracht? Fragt man also, dann erscheint die Lage des Arbeiterstandes keineswegs ganz aussichtslos. —

So zeigen sich die wirthschaftlichen Pläne der Socialdemokratie in Allem und Jedem als leere Utopien. Selbst wo wir scheinbar übereinstimmen bleibt der Gegensatz der Grundanschauungen unversöhnlich. Auch wir wünschen das Gedeihen der Arbeitergenossenschaften; aber sie sollen nicht, wie der Socialismus will, die Unternehmungen des Großcapitals verdrängen, sondern auf dem Boden der bestehenden Eigenthumsordnung durch die gesetzlichen Mittel der freien Concurrenz den Arbeitern eine besser gesicherte Stellung neben den Unternehmern verschaffen.

Und wer sind die Hohenpriester dieser Lehre, die Alles bekämpft was einem denkenden Manne heilig ist? — Man mag an Karl Marx's Buche über das Capital die große Belesenheit bewundern und den Talmudisten-Scharfsinn im Zerspalten und Zerfasern der Begriffe — das Eine was den Gelehrten macht, fehlt ihm doch gänzlich: das wissenschaftliche Gewissen. Hier ist keine Spur von der Bescheidenheit des Forschers, der im Bewußtsein des Nichtwissens an seinen Stoff herantritt um unbefangen zu lernen; was bewiesen werden soll steht für Marx von Haus aus fest. Man vergleiche Wilhelm Roscher's unendlich reichere Gelehrsamkeit und die behutsam sorgfältige Anwendung dieses Wissens mit dem brutalen Fanatismus, der in Marx's Buche einen ungeheuren Stoff zusammenträgt um

einen einzigen, falschen Grundgedanken zu erhärten — und der ganze Abstand zwischen dem Gelehrten und dem Rabulisten tritt uns vor Augen. Und ist es denn nicht kindlich naiv, von einem Manne wie Marx die objective Unbefangenheit des Forschers zu erwarten? Seit einem Menschenalter schürt er jede Tollheit eines heimathlosen Radicalismus; noch in jeder großen Krisis der neuesten Geschichte hat er an seinem Vaterlande gefrevelt — weiß man denn nicht mehr, was die Londoner „Schwefelbande" zur Zeit des italienischen Krieges gegen Preußen sündigte? — und heute wähnt er, als Haupt der Internationale der Träger einer welthistorischen Macht zu sein. Mit all seiner Gelehrsamkeit ist er eine rohe Natur geblieben; von den idealen Mächten, welche die Gesittung der Völker bestimmen, weiß er nichts.

Das Gleiche gilt von seinem fähigsten Schüler Lassalle. Wir Deutschen sind arm an demagogischen Talenten. Während der letzten zwei Menschenalter haben nur drei unserer politischen Männer die Gabe gezeigt, mit großer Wirkung die Massen zu leiten: Friedrich List, Robert Blum und, unedler aber auch erfolgreicher als Beide, Ferdinand Lassalle. Seine wirthschaftlichen Ideen sind, wie bekannt, allesammt von Marx entnommen, doch Lassalle versteht diese entlehnten Waffen mit eindringlicher Beredsamkeit und einer seltenen dialektischen Gewandheit zu gebrauchen. Er ist ein Meister im Erfinden jener sinnlosen Formeln, welche durch den kraftvollen Ausdruck des Unsinns den Hörer verblüffen, als z. B. „das Eigenthum ist Fremdthum geworden". Er kennt wie wenige Sterbliche den unwiderstehlichen Zauber, welchen die Frechheit auf das nach Autorität verlangende Gemüth der Massen ausübt; und er handhabt diese Zauberkraft, denn er ist außer Stande sich zu schämen. Die Natur versagte ihm diese Gabe, welche dem germanischen Menschen fast niemals gänzlich gebricht. Das Kraftwort Proudhon's: „was ich sage wird Sie umbringen" ist der Kehrreim aller seiner Reden. Seine Schrift gegen Bastiat-Schultze ist nicht ganz so schändlich wie das von Lügen strotzende Pasquill wider Julian Schmidt; sie enthält einzelne Abschnitte von siegreicher polemischer Kraft. Doch in allen volkswirthschaftlichen Werken Lassalle's zeigt sich dieselbe Unfähigkeit, einen positiven und lebensfähigen socialen Gedanken zu gestalten, und — dieselbe Verlogenheit. Es bleibt undenkbar, daß ein Mann von seiner Bildung an „die geistige Ueberlegenheit der Arbeiter" wirklich geglaubt haben sollte. Verdecke man immerhin die menschlichen Schwächen politischer Charaktere mit nachsichtigem Schweigen; nur wenn die Lehre und das Leben einander Lügen strafen, dann darf das Urtheil des öffentlichen Gewissens sich nicht zurückhalten. Und giebt es denn auf der weiten Welt eine gemeinere Verworfenheit als

das Demagogenthum bei Trüffeln und Champagner? als dies schlemmende und unzüchtige Abenteurerleben eines Mannes, der den Heiland der Leidenden spielte? Selbst in Frankreich hätte die gute Gesellschaft unbarmherzig Jeden ausgestoßen, der an dem eleganten Zigeunertreiben des Hatzfeldt'schen Kreises theilgenommen; nur wir Deutschen mit unseren unfertigen geselligen Sitten sind duldsamer. — Ueber die kleinen Leute, die sich als Lassalle's Erben gebärden, ist kein Wort zu verlieren.

Und nun frage ich: ist dies eine Partei, mit der wir verhandeln können? Sie hat uns durch ihre schonungslose Kritik auf manche Gebrechen unseres socialen Lebens aufmerksam gemacht und durch ihre wüste Sinnlichkeit uns gezeigt, wohin der in der Volkswirthschaft früherhin vorherrschende Eudämonismus am letzten Ende führt. Außer diesen beiden negativen, unfreiwilligen Verdiensten gebührt ihr keines. Sie will die Herrschaft der Faust, wir die Herrschaft der Bildung. Wir stehen ihr in jedem Sinne ferner als den Ultramontanen. Wie wir zu diesen sagen: erst erkennet die Souveränität des Staates an, dann können wir über einzelne Streitfragen uns verständigen — ebenso, und noch entschiedener, müssen wir den Socialdemokraten zurufen: erst unterwerft Euch der überlieferten Ordnung der Gesellschaft. Diese Forderung sagt freilich: erst werdet das Gegentheil dessen was ihr heute noch seid! Bedingte Anerkennung richtet gegen den Fanatismus nichts aus, sie leitet ihm nur reines Wasser auf seine schmutzigen Mühlräder. Die verhängnißvolle Verirrung der Hochconservativen, welche einst den Socialismus als eine Waffe gegen die Liberalen zu brauchen dachten, hat sich schwer bestraft. Welcher Dank von diesem Hause Oesterreich zu erwarten steht, das lehren die Geschicke Napoleons III.

Wohl möglich, daß die Macht der deutschen Socialdemokratie in den nächsten Jahren noch anwächst. Gar zu plötzlich erfolgte die Umwälzung unseres wirthschaftlichen Lebens: gar zu lockend klingt der Ruf der Begierde in diesem nordischen Lande, in dieser Welt der entsagenden Arbeit; gar zu unverständlich erscheinen die Lebensformen einer alten Culturwelt dem rohen Naturalismus. Alle faulen Glieder des Welttheils arbeiten dem Socialismus in die Hände: russische Nihilisten, französische Communards und nicht zuletzt die römische Propaganda. Auf den internationalen Congressen der Partei erklingen die radikalsten Reden leider stets aus deutschem Munde, weil wir auch in der Phantasterei unsere Systemsucht, unsere philosophische Anlage bewähren. Die Versammlungen der deutschen Socialisten übertreffen alle anderen durch die Roheit des Tones; denn natürliche Anmuth ist uns spärlich verliehen, der Italiener weiß wohl, warum er uns eine razza inferiore nennt; durchbrechen wir ein-

mal die Schranken der Bildung, so tritt die angeborene Derbheit grell zu Tage. Unermüdlich reisen und reden und hetzen die Führer; in Leipzig werden, wie man glaubwürdig versichert, zahlreiche Sendboten durch das Auswendiglernen der Werke Lassalle's gebildet. Die Schriftsteller der Partei genießen den großen Vortheil, daß sie um ihren Lesern überhaupt etwas zu bieten, die Bücher und Zeitungen der verhaßten „Bourgeoisie“ regelmäßig lesen müssen, während die höheren Stände sich nur schwer entschließen die Herzensergüsse des Socialismus sorgsam zu verfolgen.

Gleichwohl ist die Organisation der Partei bei Weitem nicht so stark, als die allen Utopisten eigenthümliche Selbstüberschätzung glaubt. Revolutionäre Thatkraft war in unserem gesetzliebenden Volke immer selten; noch ist die Mannszucht des deutschen Heeres von dem radikalen Toben völlig unberührt geblieben. Die große Mehrzahl der Socialdemokraten würde zurückschaudern, wenn sie die letzten Zwecke der Führer verstände. Darum dürfen wir noch auf ein langsames Ebben dieser trüben Fluthen hoffen. Ein Großes thut schon die jüngste Wandlung der Volkswirthschaft; der stillere Gang der Geschäfte ertödtet viele begehrliche Hoffnungen. Größeres kann der Staat thun, wenn er den Ernst des Gesetzes mit festen Händen wahrt. Wir wollen nicht kleinliche polizeiliche Quälereien, welche den Verfolgten nur den Glanz eines wohlfeilen Märtyrerthums bringen, wohl aber ein nachdrückliches Eingreifen sobald das Landesrecht offenbar gebrochen wird, und sodann ein ruhiges Fortschreiten der socialen Gesetzgebung, das den berechtigten Beschwerden der Masse Schritt für Schritt den Boden nimmt. Noch mehr können die besitzenden Klassen leisten, wenn sie einerseits die überlieferte Ordnung mannhaft vertheidigen und den Unsinn als Unsinn bekämpfen, andererseits alte böse Unterlassungssünden sühnen und durch gemeinnützes Schaffen dem Socialismus seine schlimmste Waffe, den Klassenhaß, aus den Händen winden. Die sociale Frage spielt in jedem Hause; wir Alle haben noch zu lernen, daß die freie Gesellschaft mildere Umgangsformen und erhöhte Thätigkeit fordert. Wenn die arbeitenden Klassen also das Walten strengen Rechtes und menschenfreundlichen Sinnes über sich spüren, dann finden sie vielleicht das Ehrgefühl der Arbeit wieder, ihr bestes Glück, das nur sie selbst sich geben können. —

Neben diesem großen Kampfe der Bildung gegen die Roheit erscheint der Streit der sogenannten Kathedersocialisten und Manchestermänner sehr geringfügig. — Wie die neuere Geschichte der deutschen Gesellschaft überhaupt einen ruhigen Charakter trägt und weder eine englische Adelsherrschaft noch eine gewaltsame Nivellirung der Stände nach französischer Art gesehen hat, so

hat auch die Wissenschaft deutscher Nationalökonomie lange eine mittlere Richtung eingehalten. Wir waren durch den aufgeklärten Despotismus an das mächtige Eingreifen einer in der Regel wohlwollenden Staatsgewalt gewöhnt. Fast überall bestand nach Preußens Muster eine monarchische Organisation der Arbeit, welche jedem Stande und jeder Landschaft bestimmte wirthschaftliche Aufgaben zuwies und im Ganzen den socialen Verhältnissen des achtzehnten Jahrhunderts entsprach. Als nachher diese ständische Gliederung ihre Lebenskraft und ihr Recht verlor, da haben auch bei uns die Ideen Adam Smiths umgestaltend eingewirkt, wie überall, wo der alte dritte Stand zum Selbstbewußtsein erwachte. Smith war der volkswirthschaftliche Lehrer Stein's und Hardenberg's, das Orakel aller der trefflichen preußischen Staatsmänner, welche den Zollverein schufen; sein Uebersetzer, der alte Kraus in Königsberg, erzog den jungen Schön und die ganze ostpreußische Beamtenschule. Und wer wollte die Begeisterung jener Generation für den großen Schotten nicht nachempfinden? Sein Buch erschien als der erste Lichtstrahl der Idee nach Achenwall's Statistik und allen jenen gedankenlosen Compilationen, die man im achtzehnten Jahrhundert als Cameralwissenschaft bezeichnete. Aber die schottischen Freihandelslehren fielen in die Hände eines geschäftskundigen Beamtenstandes, der seine Amtswürde lebhaft fühlte und keineswegs gewillt war die Macht des Staates zu schwächen. Durch Befehl der Krone, durch ein energisches Vorgehen des Staatsgewalt wurden die Anfänge der neuen socialen Freiheit der widerstrebenden öffentlichen Meinung auferlegt, mit behutsamer Schonung der überlieferten Zustände. J. G. Hoffmann's Schriften zeigen, wie wenig dies durchaus freihändlerisch gesinnte altpreußische Beamtenthum geneigt war den Grundsatz des laisser faire schrankenlos gelten zu lassen. Dieselbe vermittelnde Richtung herrscht auch in der deutschen Wissenschaft jener Zeit. Der reinen Freihändler sind wenige, die Meisten erkennen im Allgemeinen die Lehren der englischen Schule an und fügen bei jedem Satze ihre Vorbehalte hinzu. Daraus entsteht oft eine principlose Haltung; immerhin verrathen die gehäuften Widersprüche in den Werken von Lotz und Rau, wie lebhaft der historische Sinn der Deutschen gegen die Herrschaft einer abstrakten Theorie sich sträubte.

Unterdessen begann Hegel's tiefere Auffassung vom Staate unmerklich und sicher auch solche Staatsgelehrte zu ergreifen, die sich nicht zu der neuen Philosophie bekannten, und noch stärker wirkte die historische Juristenschule auf die Staatswissenschaft. Nach dem Vorbilde von Savigny und Eichhorn versuchte Roscher das volkswirthschaftliche Leben in seinem historischen Werden zu verstehen; es folgten die Schriften von

Knies, die geistreiche Arbeit Bernhardi's über das Grundeigenthum u. A. Auch einige ältere Nationalökonomen begannen den ethischen Inhalt ihrer Wissenschaft schärfer zu prüfen, so Schüz in dem Aufsatze über die sittlichen Gesetze der Volkswirthschaft. Damit war eine That des deutschen Gedankens vollzogen. Die historische Schule begriff die Nationalökonomie als ein Glied in der Reihe der Staatswissenschaften, mithin als eine ethische Wissenschaft, sie erfaßte die Volkswirthschaft in ihrem Zusammenhange mit dem gesammten Volksleben und erkannte das Recht des Staates, in den Interessenkämpfen der Gesellschaft zu vermitteln und zu entscheiden. Von socialistischen Einflüssen zeigt sich hier keine Spur. Vielmehr erklärte Knies vor zwanzig Jahren, die Gleichheit der Socialisten sei das genaue Gegentheil historischer Staatsauffassung, und Roscher sprach schon zehn Jahre früher in Schmidt's historischer Zeitschrift sein abweisendes Urtheil über den Socialismus. Die ganze Richtung war wesentlich gelehrt, mehr darauf bedacht, die relative Berechtigung der Wirthschaftsformen verschiedener Zeitalter zu verstehen, als in die Kämpfe der Gegenwart mit reformatorischer Kühnheit einzugreifen.

Währenddem verlangten die mächtigen wirthschaftlichen Kräfte, die unter dem Zollvereine sich zu entwickeln begannen, stürmisch nach Freiheit. Die von Cobden geleitete Freihandelsbewegung schlug nach Deutschland hinüber. Geschäftsmänner und Journalisten bildeten eine deutsche Freihandelsschule, die unter den zünftigen Gelehrten nur wenige Genossen fand. Ihre Wortführer sahen in der Nationalökonomie eine exacte Wissenschaft, eine Arithmetik des Egoismus, sie wollten durch Deduction aus der unwandelbaren Natur des menschlichen Erwerbstriebes absolute, für alle Zeiten und Völker giltige Regeln ableiten. Die höchste Steigerung der Production erschien als die einzige Aufgabe, und mancher Eiferer unter den deutschen Freihändlern sagte mit Ricardo, neben diesem höchsten Zwecke komme die Zahl und der Zustand der Arbeiter wenig in Betracht. Die Freihändler kämpften mit den hemmenden Schranken veralteter Gesetze, sie waren darum sehr geneigt in dem Staate nur einen lästigen Störenfried der Gesellschaft zu sehen. Ueberall trat ihr Mangel an historischem Sinne hervor, am Stärksten freilich der erlaubte und nothwendige unhistorische Sinn des Handelnden. Es ist der Mehrzahl der Menschen nicht gegeben, sich selber und ihr eignes Thun nur als historisch bedingte Erscheinungen zu begreifen; selbst die Hegel'sche Philosophie, der wir das Verständniß der „Entwicklung" verdanken, warf schließlich die naive Frage auf, was denn der Weltgeist nun anfangen solle, nachdem er in dem Hegel'schen Systeme seine Vollendung gefunden habe. Nun gar in den harten Kämpfen der Politik und Volkswirthschaft

gelangt kein neuer Gedanke zum Siege, wenn er nicht von seinen Anhängern als eine absolute Wahrheit geschätzt und überschätzt wird. Die praktische Einseitigkeit der Freihändler brachte unserem Volke den Segen der socialen Freiheit.

Als diese Ideen in den Gesetzen des Norddeutschen Bundes sich verkörpert hatten, ergab sich sofort die Nothwendigkeit, den Mißbräuchen der freien Concurrenz Schranken zu setzen. Diesen richtigen und zeitgemäßen Gedanken vertrat der sogenannte Kathedersocialismus. Die neue Schule umfaßte bald die große Mehrzahl der jüngeren Professoren; ihre Mitglieder hatten sich fast sämmtlich an Roschers historischer Methode gebildet, Viele auch durch die Arbeiten des Berliner statistischen Bureaus. Einige wärmere Gemüther unterlagen auch dem Einfluß Lorenz Steins und näherten sich also den Ideen des Socialismus, welche bisher der deutschen Wissenschaft fremd geblieben und ihr erst durch Stein's und Hildebrand's historische Darstellungen näher bekannt wurden. Die Nationalökonomie ist darum so arm an classischen Werken, weil sie an ihre Bearbeiter zwei schwer vereinbare Forderungen stellt: sie verlangt eine umfassende historisch-philosophische Bildung, welche der nichtzünftige Gelehrte selten erreicht, und zugleich eine genaue Kenntniß der Technik, der wirthschaftlichen Gewohnheiten und Gesinnungen, die sich kaum anders als in der Schule des Geschäftslebens erwerben läßt. Nun ergab sich ein sonderbares Verhältniß: die Manchestermänner bekannten eine abstrakte Theorie, aber sie kannten aus langer Erfahrung die Bedürfnisse des Verkehrs; die Theorie der Kathedersocialisten war concreter, doch ihnen fehlte zumeist jene praktische Erfahrung. Hier die nachdenkliche und oft verschwommene Vielseitigkeit des Gelehrten, dort die einseitige und oft beschränkte Sicherheit des Geschäftsmannes. Ich rede natürlich nur von dem Durchschnitt beider Parteien.

Wer unbefangen draußen steht, erkennt sofort, daß diese beiden Richtungen bestimmt sind sich zu ergänzen, nicht einander zu bekämpfen. Aber, wie das so oft geschieht zwischen nahe verwandten Anschauungen, der erste Zusammenstoß war bitter feindlich. Beide Theile glaubten die wahre Wissenschaft allein zu besitzen, es fehlte nicht an ärgerlichen persönlichen Händeln und gehässigen Denunciationen. In den rein theoretischen Fragen, diebei diesem Streite behandelt wurden, haben die Gelehrten, wie begreiflich, das Feld behauptet. Daß die Gesetze der Volkswirthschaftslehre nicht mit der blinden Sicherheit der Naturgesetze, sondern mit der Freiheit ethischer Gesetze wirken, daß diese Wissenschaft nur durch die Verbindung der deduktiven und der induktiven Methode sichere Ergebnisse finden kann — solche und ähnliche theoretische Wahrheiten, heute noch

von manchem Freihändler bestritten, werden vermuthlich bald ein Gemeingut Aller sein. Desgleichen der Satz, daß in einer hochentwickelten Volkswirthschaft das System des reinen laisser faire unmöglich ist; schon jetzt will fast Niemand mehr ein Manchestermann heißen. Doch in der Hitze des Kampfes sind die Eiferer des Kathedersocialismus weiter gegangen; sie haben manche unbestimmte Ideale aufgestellt, welche den Wahngebilden des rohen Socialismus sehr ähnlich sehen und, durchgeführt, jede Ordnung der Gesellschaft aufheben würden. Sie durchschauten nicht die bewußte Lüge, welche sich hinter den Prahlereien von Marx und Lassalle verbirgt, und hielten sich nicht frei von dem katholischen Gedankenzuge des Socialismus; sie überschätzten die äußerliche Organisation gegenüber der langsamen und sicheren Wirksamkeit der wirthschaftlichen Freiheit. Daher die vorzeitige Parteinahme für die Gewerkvereine. Selbst der Socialist Härtel gestand bekanntlich, die deutschen Gewerkvereine hätten bisher fast allein ihre Schattenseiten gezeigt, und auch der wohlmeinende Beobachter kann höchstens sagen, es werde sich vielleicht dereinst eine lebensfähige Gestaltung aus diesem chaotischen Treiben herausbilden. Man darf dem deutschen Fabrikanten nicht zumuthen, daß er die Lösung der Arbeiterfrage von diesen Vereinen erwarten solle, die seinem Geschäfte bisher nur Unfrieden und Verwirrung gebracht haben. Die bedenklichste Schwäche des Kathedersocialismus liegt aber darin, daß er so oft den Ton verfehlt hat; und hier mag einem alten Publicisten wohl ein Wort aus eigener Erfahrung gestattet sein. Man kann der öffentlichen Meinung Alles sagen; es ist erstaunlich, welche unangenehmen Wahrheiten die Welt sich bieten läßt — wenn man sie zu behandeln versteht. Die große Mehrzahl der Menschen ist weit empfindlicher gegen die Form als gegen den Inhalt der Darstellung. Dieser wenig schmeichelhaften, doch unbestreitbaren Erfahrung soll der Schriftsteller, wenn er wirken will, stets eingedenk bleiben. Er muß Fühlung behalten mit der Durchschnittsempfindung des Publikums. Sein Leser darf den Glauben nicht verlieren: „der Mann gehört doch zu uns“; dann liest er weiter und denkt nach, auch über ketzerische Behauptungen. Den rechten Ton zu treffen ist die Diplomatie des Publicisten; sie verträgt sich sehr wohl mit unerschrockenem Wahrheitsmuthe. Und gerade an dieser diplomatischen Kunst gebricht es den Schriften des Kathedersocialismus sehr häufig. Ich verarge es keinem reichen Geschäftsmanne, wenn ihn die düsteren Schilderungen von dem erblichen Unrechte der Gesellschaft erschrecken und erbittern; und ohne den guten Willen, ohne die freudige Mitwirkung der besitzenden Klassen bleiben die socialen Reformen, deren wir bedürfen, doch unmöglich.

Will man sich etwas beruhigen, so wird man leicht finden, daß ein tiefer principieller Gegensatz zwischen den Socialpolitikern und den Freihändlern nicht mehr besteht. Auch der deutsche Manchestermann hat viel gelernt von den schweren Erfahrungen der Zeit. Die Haltung der Nation während der jüngsten Militärdebatten beweist doch, daß der Liberalismus den Werth einer starken Staatsgewalt zu würdigen gelernt hat; ob einzelne seiner Redner sich zuweilen den Genuß gönnen, über die „unproductiven“ Heeresausgaben zu klagen, thut nichts zur Sache. Ich kenne im Reichstage keinen einzigen Abgeordneten, der sich einbildete, unsere Volkswirthschaft würde sich nunmehr, nach der Befreiung des Verkehrs, ganz von selber weiter entwickeln. Auch das englische Manchesterthum ist über solche Abstractionen längst hinaus. Jene Fabrikgesetze und Gesundheitsacten Englands, die uns Deutsche beschämen, sind zumeist durch die Führer der Manchesterschule gefördert worden; sie fanden ihre Gegner an den Torys und, wie begreiflich, an dem Geize einiger Fabrikanten. Und zeigt nicht schon der eine Name Schulze-Delitzsch, daß unsere Freihändler den Arbeitern nicht mit harter Klassenselbstsucht gegenübertreten, daß sie keineswegs gemeint sind, die Massen des Arbeiterstandes für die Sünden der Socialdemokratie büßen zu lassen? Schulzes Genossenschaften sind der Masse der Arbeiter wenig zu Gute gekommen; in diesem einen Falle hat Lassalle, überall sonst ein falscher Prophet, richtig geweissagt. Man muß die Paradoxie aussprechen, jene Genossenschaften haben darum den edlen Absichten ihres Stifters nicht ganz entsprochen, weil sie so glänzend gediehen; durch ihren raschen großartigen Aufschwung sind sie zu Volksbanken für den Kleinbürger geworden, dem Arbeiter fast unzugänglich. Darum bleibt doch wahr, daß Schulze-Delitzsch für unser sociales Leben mehr geleistet hat als alle Socialisten insgesammt; und es bleibt nicht minder wahr, daß auch den Fabrikarbeitern — was immer der Staat zu ihren Gunsten befehlen mag — zuletzt nicht Anderes eine Erleichterung ihres Looses bringen wird als die vielgescholtene „Selbsthilfe“. Wenige unserer Freihändler sind so folgerechte Anhänger der Manchestertheorie wie Karl Lammers, mit seiner mechanischen Staatsauffassung wird sich ein Historiker schwerlich befreunden; doch wie wohl durchdacht und sachkundig, wie klug und menschenfreundlich sind seine Abhandlungen über Armenwesen und Gesundheitspflege. Es wird hohe Zeit den theoretischen Windmühlenkampf aufzugeben. Sobald man den festen Boden des Geschäftslebens betritt und die hundert Einzelfragen, welche die „sociale Frage“ bilden, ins Auge faßt, erscheint eine Verständigung wohl möglich. So tüchtige Arbeiten, wie Neumann's Gutachten über die Fabrikgesetzgebung, wie das Buch von Goltz

über die ländlichen Arbeiter und viele andere Einzelforschungen der Kathedersocialisten finden auch im Lager der alten Manchestermänner den verdienten Dank. Wir wissen Alle, daß der Spitzname Kathedersocialismus die wohlmeinende Lehre gemäßigter Männer nicht richtig bezeichnet, obgleich sie ihn leider in einem Anfall burschikosen Uebermuthes sich selber angeeignet haben. Freihändler sind wir doch allesammt; beständen die socialen Gesetze des Norddeutschen Bundes heute noch nicht, so würden wir sie morgen verkündigen, trotz aller bitteren Erfahrungen, die wir seitdem angesammelt. Auch darüber sind wir Alle einig, daß wir der zwingenden Staatsgewalt bedürfen gegen den Lug und Trug gewissenloser Speculation wie gegen die Mißhandlung des geringen Mannes. Behaupten wir diesen gemeinsamen Boden und gehen wir dann kalt und bedachtsam an die nüchternen Geschäfte, welche die Lage der Gesellschaft uns aufdrängt.

Wir sind noch nicht gefühllos gegen die Leiden des Volkes, wenn wir verschmähen mit den prahlerischen Führern einer rohen Pöbelbewegung sanfte Liebesblicke auszutauschen. Auch scheint es nicht nöthig, bei der Betrachtung socialer Fragen beständig zu reden, als ob wir im Fieber lägen, als ob die Emancipation des vierten Standes die „Frage" des Jahrhunderts sei. Diese Emancipation steht nicht bevor, sie ist geschehen und bedarf nur der Sicherung. Der deutsche Staat wird seine socialen Aufgaben dann am sichersten lösen, wenn er so ruhig und anspruchslos vorgeht, wie einst bei den Gesetzen Steins und Hardenbergs, bei der Stiftung des Zollvereins, bei allen befreienden Thaten der preußischen Geschichte. —

Zum Schluß dieser kritischen Studie sei noch ein rascher Blick geworfen auf einige der socialen Uebelstände, welche die Verstimmung der Gegenwart hervorgerufen haben. Der Augenblick ist ernst; von der freudigen Zuversicht der großen Kriegsjahre blieb uns wenig mehr. Unter jenen Leiden der Gesellschaft steht in erster Reihe die wirthschaftliche Bedrängniß der gebildeten Mittelklassen, vornehmlich der gelehrten Berufe; die Gesinnung dieser Aristokratie der studirten Leute war für den Gang unserer öffentlichen Meinung immer bedeutsam, zuweilen entscheidend. Sie bezogen noch vor einem Menschenalter ein bescheidenes, aber genügendes Einkommen; heute fühlen sie sich von schweren Sorgen bedrückt. Die Lage der mittleren Beamten und Lehrer ist schlechthin armselig; selbst der hochgestellte Beamte, der berühmte Gelehrte kommt grade aus, wenn er kein ererbtes Vermögen besitzt, für die Zukunft seines Hauses zu sorgen ist ihm versagt. Dies Mißverhältniß erbittert um so stärker, da in vielen gelehrten Berufen der Lohn gradezu im umgekehrten Verhältnisse steht zu dem geistigen Werthe der Arbeit. Wenn ein Publicist eine ernste politische Abhandlung schreibt, so erwirbt er weit weniger als wenn er dieselbe

Arbeitszeit benutzt um Correspondenzen über allerhand Tagesneuigkeiten an verschiedene Zeitungen zu senden; und wer mit pädagogischem Geschick ein brauchbares Schulbuch zusammenstellt, verdient mehr als die sämmtlichen Verfasser der historischen Quellenwerke, die er ausgeschrieben hat. Der Socialismus rechnet auf die Verstimmung dieser Kreise; schon im Jahre 1866 erließen die „besitzlosen Handarbeiter" des Genfer Congresses einen Aufruf „an ihre Leidensgefährten, die besitzlosen Kopfarbeiter". Wie oft hört man aus dem Munde wohlmeinender armer Gelehrten den ärgerlichen Ausruf: „die Socialdemokraten haben gar nicht so unrecht", worauf dann einige Kernflüche wider die verdammten Juden und Gründer folgen. Das Börsenspiel, früher hier völlig unbekannt, hat in der wüsten Zeit der großen Gründungen zum erstenmale auch in diesen Schichten der Gesellschaft seine Opfer gefordert, und nicht blos schwache Naturen erlagen dem ansteckenden Fieber; selbst mancher ehrenwerthe Mann gerieth auf Abwege, weil ihm sein Einkommen nicht mehr erlaubte den Ansprüchen seines Standes zu genügen. Dies Eintreten der Nicht-Geschäftsmänner in die Wagnisse der Speculation war unter den Symptomen unserer socialen Krankheit vielleicht das bedenklichste.

Gegen solche Mißstände giebt es nur ein moralisches Heilmittel, und es kann wirken weil in den Kreisen hoher Bildung die Sprache des sittlichen Ernstes noch verstanden wird. Unter jeder denkbaren Form der Gesellschaft müssen einzelne Klassen vorübergehend leiden — das heißt im Völkerleben: für die Dauer eines oder mehrerer Geschlechter. Heute sind wir Arbeiter des Geistes die Leidenden, der nothwendige Umschwung der Volkswirthschaft vollzieht sich zunächst zu unserem Schaden, und was auch Staat und Gemeinde zur Linderung des Uebels gethan haben und noch thun werden, die Männer der geistigen Berufe sind für die nächste Zukunft auf ein sehr bescheidenes Leben angewiesen, sie werden durch die aufstrebende Geldmacht auf eine niedrigere Stufe der Wirthschaft herabgedrückt. Man befreie sich durch ruhiges Nachdenken von der sinnlichen Vorstellung, als ob das Einkommen nach Verdienst vertheilt werden sollte. Wie die Rechtsordnung niemals mit der Ordnung des sittlichen Lebens sich decken kann, wie jederzeit schwere sittliche Vergehungen vor dem Richter straflos bleiben, so kann auch die Vertheilung des Einkommens niemals genau dem sittlichen Werthe der Arbeit entsprechen; darum fallen Recht und Wirthschaft gleichwohl nicht aus dem Bereiche der ethischen Welt heraus. Selbst eine ideale Verfassung der Gesellschaft darf doch nur der wirthschaftlichen Arbeit wirthschaftlichen Lohn geben. Je stärker in einem geistigen Berufe die wirthschaftliche Berechnung hervortritt, je mehr der Arbeiter des Geistes ein Geschäftsmann ist, um so größer von Rechts-

wegen sein Lohn. Es ist nur billig, daß der Rechtsanwalt mehr erwirbt als der Rechtshistoriker. Der Zeitungscorrespondent ist wesentlich ein Neuigkeitsverkäufer, wenngleich er bei dieser wirthschaftlichen Arbeit auch ideale politische Zwecke verfolgen kann; wer aber den Ehrgeiz hegt, durch selbständiges politisches Denken seine Nation zu belehren und blos nebenbei auf wirthschaftlichen Gewinn hofft, der widmet nur einen geringen Theil seiner Kraft wirthschaftlichen Zwecken und darf daher nur geringeren Lohn beanspruchen als Jener. Es giebt eben Arbeiten, die über jede wirthschaftliche Schätzung hinaus liegen. Nichts irriger, als der Lehrsatz der Manchesterschule, das Talent sei ein „geistiges Capital". Die große Begabung kann, wenn sie den Zwecken der Wirthschaft dient, eine hohe Arbeitsrente abwerfen und dadurch die Capitalbildung ermöglichen, doch Zinsen bringt das Talent nicht.

Das ganze System der Selbstverwaltung ruht auf dem idealistischen Gedanken, daß nicht jede Arbeit ihren wirthschaftlichen Lohn finden soll. Wie die Ehrenbeamten unserer Kreise und Gemeinden durch tägliche Opfer und Anstrengungen nichts erwerben als den Einfluß und das Selbstgefühl einer regierenden Klasse, so muß auch der Gelehrte unserer Tage durchdrungen sein von der Ueberzeugung, daß das Beste was er sein nennt ihm nie bezahlt werden kann, daß sein Beruf, des Feuers auf dem Heerde der Gedanken zu warten, niemals edler und stolzer war als in diesem Jahrhundert des Erwerbes. Allerdings zwingt ihn heute die Noth, sorgsamer als unsere Väter pflegten auf den äußeren Lohn seiner Arbeit zu achten; doch unsere Wissenschaft würde ihren alten Charakter verlieren, wenn dies Streben unter den deutschen Gelehrten je so stark würde wie in Frankreich. Freie Geister suchen den Werth des Geldes darin, daß man sich wenig darum zu kümmern braucht; nur zu oft wird dieser ideale Werth des Besitzes dem deutschen Gelehrten unter bitteren Sorgen fühlbar. Ueberfällt ihn dann auf Augenblicke der Neid gegen die Glücklichen der Börse, der Zweifel an der Gerechtigkeit der socialen Ordnung, so lege er sich nur die einfache Frage vor, worauf Alles ankommt: möchtest Du mit jenen Glücklichen tauschen? Und ist es denn gar so traurig, zu leben wie wir leben: — ein wenig für uns, ein wenig für unser Haus und unsere Freunde, und zu allermeist in freier Hingebung unserem Volke und seinen besten Gütern? Ohne ein starkes Bewußtsein der Ehre der geistigen Arbeit können die gebildeten Mittelstände die wirthschaftliche Umwälzung der Gegenwart nicht überstehen, und ihr Ansehen in der deutschen Gesellschaft ist noch immer so groß, daß sie wohl im Stande sind sich dies Gefühl zu bewahren. —

Noch ernsthafter erscheint der überraschten öffentlichen Meinung das

gewaltige Anwachsen der großen Städte. Wir Deutschen sind das einzige Culturvolk, das ohne eine große Stadt sich die Stellung einer Großmacht erobert hat; die Vorzüge und die Schwächen ländlich-kleinstädtischer Bildung liegen uns tief im Blute. Nun unternehmen die aufstrebenden Kräfte einer neuen Zeit vor unseren Augen dies alte natürliche Gebrechen zu heilen, das allein aus den Wirren und dem Unglück einer höchst verwickelten Geschichte sich erklärt. Unsere Hauptstadt wird bald die größte Communalverwaltung der Welt besitzen — (London und Paris sind ja nicht Gemeinden in deutschem Sinne) und als „Provinz Berlin“ den beengenden Formen der Städteordnung entwachsen. Auch in anderen großen Verkehrsplätzen drängt sich die Bevölkerung zusammen, das flache Land und die kleinen Städte empfinden das Abströmen der Arbeitskräfte. Unterdessen beginnt die Naturwissenschaft seit zwei Jahrzehnten die Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege zu untersuchen. Wir entdecken mit Beschämung, in welcher Barbarei wir dahingelebt haben; uns ist zu Muthe, als ob unsere Großväter noch nicht gewußt hätten, was Athmen und Riechen ist. Während die Stadtvölker des Alterthums den Bau ihrer Städte immer unter der Erde, bei den Schleußen begannen, und die Cloaca maxima uns noch heute von den Anfängen Roms erzählt, hat der bäuerliche Germane an die tausend Jahre in Städten gelebt, ohne für Reinlichkeit und Gesundheit ernstlich zu sorgen. Heute werden wir dieser vielhundertjährigen Schäden plötzlich inne. Ueberall fehlt es an dem Unentbehrlichsten: an Luft und Licht, an Wasser, an Sauberkeit; und natürlich werden solche Mängel in den Großstädten am schwersten empfunden. Unsere Hauptstadt gleicht augenblicklich einem jungen Menschen in jenem anmuthigen Alter, da die Arme und Beine aus den Kleidern herauswachsen und eine tropische Vegetation die Gesichtshaut bedeckt. Eine zusammengewürfelte Menschenmasse, die noch nicht heimisch geworden, lebt eingeengt in unerschwinglich theueren Wohnungen: noch fehlen fast alle die Hilfsmittel entwickelten Verkehrs, welche allein dies bedrängte Leben wieder zur Natur zurückführen können. Jedes Verbrechen, jede Pöbelroheit, jeder Schwindel und jeder sociale Kampf, der sich abspielt in diesem unfertigen, großartigen Treiben, wird von einer skandalsüchtigen Presse mit ungeheuerlicher Uebertreibung in die Welt hinaus gerufen.

Welch ein Fest für den deutschen Kleinstädter! Wie einst in den kläglichen Jahren der Reaction Riehl die großen Städte für „die Wasserköpfe der Civilisation“ erklärte, und der Kreuzzeitungszuschauer seinen frommen Lesern durch haarsträubende Schilderungen aus dem demokratischen Berliner Sodom christliche Erbauung und unchristliche Unterhaltung bereitete: so jammert heute die gelehrte Welt über „die Babelsucht“ der

modernen Menschheit, Niemand beweglicher als Herr Arminius in seinem herzlich gut gemeinten und herzlich philisterhaften Buche über die Wohnungsnoth. Was für Gräuel werden nicht durch kummervolle Socialstatistiker an den Tag gebracht! „Die Berliner Volksseele ist schon im Verwelken“; denn „die sociale Tragfähigkeit“ des Berliners hat sich vermindert, im Jahre 1861 ernährte in der Hauptstadt ein selbstthätiger Mann durchschnittlich $1_{,364}$ Menschen, im Jahre 1870 nur $1_{,427}$ — oder aus der Salbung ins Deutsche übersetzt: die Zahl der Junggesellen hat sich etwas vermehrt, eine größere Anzahl von jungen Männern ist aus der Provinz in die Geschäfte und die Bildungsanstalten der Hauptstadt übergesiedelt, was sich in den Anfängen großstädtischen Lebens von selbst versteht. Auch die radikalen Wahlen der fluchbeladenen Stadt werden als ein National-Unglück geschildert; und sie erklären sich doch einfach aus dieser Ueberzahl junger Männer wie aus dem Geiste souveräner Kritik, der in allen größeren Städten vorherrscht, und Gott sei Dank gilt ein Berliner Abgeordneter in unserem decentralisirten Vaterlande durchaus nicht mehr als ein Abgeordneter für Schievelbein oder Schöppenstedt. Haben diese Tugendhelden nie etwas gehört von dem Tage von Mars la Tour? Brandenburger schlugen die bewunderungswürdigste Schlacht der neuen Kriegsgeschichte, und die Berliner Kinder standen ihren märkischen Kameraden in keiner Tugend des Kriegers nach. Die Tragfähigkeit dieser babylonischen Volksseele muß also doch noch etwas aushalten können, und das Schicksal Ninive's, das man uns androht, scheint noch in behaglicher Ferne zu liegen.

Die beschaulichen Betrachtungen über das Elend der großen Städte führen schließlich stets zu dem geistreichen Ergebniß, daß jedes Ding zwei Seiten hat, und daß es geborene Großstädter wie geborene Kleinstädter giebt. Wo eine Menschenmenge so groß wie die Bevölkerung der Provinz Schleswig-Holstein auf engem Raum sich zusammenpreßt, da muß das Verbrechen und das Unglück oft in furchtbarer Größe erscheinen; wachsam geht Jeder durch das Gedränge, und beiläufig, wer nicht den Stempel des Potsdamers leuchtend auf der Stirne trägt, wird in einer Großstadt weniger betrogen als in manchen kleinen Fremdenstädten. Dafür ist der Mensch auch nirgends freier. Ein starker Mann fühlt sich immer gestählt und gehoben, wenn er dem Zwange, dem Klatsch und der Beobachtung eines kleinen Ortes entflieht und in dem jähen Wechsel von lautem Getümmel und tiefer Einsamkeit, den das großstädtische Leben bietet, sich zugleich in voller Selbständigkeit und als das bescheidene Glied eines großen Ganzen empfindet. Dem Gelehrten namentlich, der sich so leicht für den Mittelpunkt des Weltalls hält, ist es eine heilsame Schule,

zuweilen in die trüben Wellen eines großstädtischen Flusses niederzublicken und sich zu sagen: sieh, theuerster Freund, hier könntest Du gradeswegs ins Wasser springen, und es krähte kein Hahn danach! In einer schön akademischen Rede erinnerte neulich Ernst Curtius daran, daß die Sprache mit dem Worte „kleinstädtisch" einen tadelnden Nebensinn verbindet, der dem Namen des Großstädters nicht anhaftet.

Der moderne Verkehr verlangt nicht blos die Concentration großer Capitalien, sondern auch großstädtische Menschen, unternehmende, selbständige Creaturen, die das vogue la galère! auf ihr Banner schreiben. Und heute, da auch wir Deutschen endlich in diese nothwendige Epoche städtischer Cultur einzutreten beginnen, ist es nicht mehr an der Zeit, salbungsvoll zu beklagen, daß der Bewohner der Großstadt nicht bei offenen Thüren schlafen kann wie der Inselfriese. Es gilt nur die Härten des unvermeidlichen Uebergangs zu mildern, und sie sind leider sehr groß. Alle Welt weiß, was in Wien, Berlin und anderen großen Städten durch Baustellenwucher gesündigt wurde, oft genug unter dem gleißnerischen Vorwande menschenfreundlicher Bestrebungen; und es bleibt ein schlechter Trost, daß die unmäßige Speculation zuletzt immer sich selbst bestraft, die Strafe trifft selten oder niemals die Schuldigen. Die Erneuerung alten Zwanges, die Beschränkung der Freizügigkeit ist baar unmöglich; auch die Expropriation des gesammten städtischen Grundeigenthums, die Herabsetzung aller Miethen auf das Maß des Jahres 1850 und ähnliche Gewaltmittel werden immer nur in den Büchern einzelner socialpolitischer Schwärmer ein harmloses Dasein führen. Die Miethen der Mittelklassen entziehen sich dem Einfluß von Staat und Gemeinde; höchstens kann eine hohe Besteuerung der unbenutzten Baustellen die Speculation etwas beschränken. Nur das entsetzliche Elend der Arbeiterwohnungen fordert die Bauthätigkeit der Gemeinden heraus; in Halle und anderen Orten hat die Stadtgemeinde mit günstigem Erfolge für gesunde Wohnungen der arbeitenden Klassen gesorgt; in Fällen äußerster Noth, aber auch nur in diesen, läßt sich selbst die Expropriation rechtfertigen gegenüber einem thatsächlichen Monopole. Daß auch die Privatthätigkeit, richtig geleitet, große gemeinnützige Erfolge erzielen kann, zeigt der von Lord Shaftesbury gestiftete Bauverein. Gegen tief eingewurzelte schlechte Gewohnheiten freilich sind Staat und Gesellschaft machtlos. Die unglückliche „Miethkaserne" ist die Regel in allen deutschen Großstädten, mit der einzigen beneidenswerthen Ausnahme Bremens, der Bodenwerth richtet sich nach dieser Gewohnheit; und es bleibt nur die Aufgabe der Gemeinden, durch eine strenge Baupolizei den schlimmsten Auswüchsen der alten Sitte entgegenzutreten und gewisse tyrannische Bestimmungen, die sich in

den modernen Miethvertrag eingeschlichen, kurzweg zu verbieten. Eine durchgreifende Milderung der Wohnungsnoth kann aber erst dann eintreten, wenn unser unreifes großstädtisches Leben sich höher entwickelt hat, wenn das Zuströmen aus der Provinz nach so vielen bitteren Erfahrungen wieder etwas nachläßt, wenn städtische Eisenbahnen u. dgl. auch in das Bauwesen die wirklich freie Concurrenz einführen. —

Daß der Zudrang zu den großen Städten unser flaches Land entvölkern werde, ist nicht wahrscheinlich. Die Freude am Landleben liegt tief im germanischen Wesen und sie wird dauern, wenn nicht ganz ungesunde sociale Zustände den Arbeitern das Land verleiden. In den Fragen der Agrarpolitik hat die Lehre der wirthschaftlichen Freiheit einen durchschlagenden Erfolg errungen: fast Niemand wagt jetzt noch vor „Bodenzersplitterung" zu warnen. Bei den heutigen Preisen der Bodenproducte kann auch der kleine Grundbesitzer wohl bestehen, und man darf als Regel aussprechen: der Zustand der ländlichen Arbeiter ist überall da erträglich, wo sie etwas Grund und Boden besitzen, überall da bedrohlich, wo ihnen dieser Besitz fehlt. Während die Städte des Nordens im Durchschnitt eine kühnere Entwicklung zeigen als die süddeutschen, kommen dem Landvolke des Südens die reichen Vorzüge eines milderen Klima's und einer um tausend Jahre älteren Cultur zu gute. Durch die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung ist eine neue ländliche Arbeiterklasse entstanden, sie zählt im preußischen Staate noch einmal so viel Köpfe, als der industrielle Arbeiterstand; in den östlichen Provinzen umfaßt sie die große Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, und ihre Lage ist auf den großen Gütern oft sehr kümmerlich. Das Zeitalter der großen Agrargesetze scheint noch nicht beendet. Das Verlangen nach eigenem Grundbesitze drängt sich dem ländlichen Arbeiter unwiderstehlich auf. Der große Grundherr sieht sich mehr und mehr auf diese Tagelöhner angewiesen, da die Lust am Gesindedienste sichtlich schwindet, und wenn er die Zeichen der Zeit versteht, so wird er rechtzeitig für die Befriedigung natürlicher Wünsche sorgen, bevor die Noth oder vielleicht ein Gesetz des Staates ihn dazu zwingt. Die Auswanderung der Landarbeiter aus jenen dünnbevölkerten Strichen, die Unruhen unter dem hochconservativen Landvolke Ostpreußens deuten auf schwere sociale Leiden. Aber die Erkenntniß der allereinfachsten socialen Pflichten ist den Arbeitgebern zuweilen ebenso fremd wie den murrenden Arbeitern; namentlich in den Kreisen des Großbesitzes zeigt sich oft eine erschreckend selbstgefällige Gleichgiltigkeit. Ich kenne große Rittergüter, wo der helle Haufe der Knechte und Mägde in demselben Raume schläft, weil „die Leute es so gewohnt sind"; dann jammert der Herr über die allgemeine Liederlichkeit. Ein Armenkind, das zum Gute gehört, wider das

klare Recht dem Nachbardorfe zuzuschieben, gilt Vielen nicht für schimpflich. Das Organ der hinterpommerschen Großgrundbesitzer empfahl kürzlich als die rechte Lösung der ländlichen Arbeiterfrage: man müsse die Arbeiter durch Strafen bessern! Wer von solcher Trägheit, solcher Selbstüberhebung sich nicht zu befreien vermag, der ist weder berechtigt noch befähigt den zuchtlosen Ausschreitungen der Arbeiter zu steuern. —

Auch unter den städtischen Unternehmern ist solche Gesinnung noch weit verbreitet. Ein reicher Buchhändler erklärte mir einst, die Abgabe der Freiexemplare an die öffentlichen Bibliotheken sei offenbarer Communismus. So weist man Alles als Raub von sich was um des öffentlichen Wohles willen gefordert wird, und nöthigt dadurch den Staat, durch seine zwingende Gewalt für das Wohl der Arbeiter zu sorgen, wie er einst durch Schutzzölle und Privilegien den Wohlstand der Unternehmer gefördert hat. Ein leidlicher Zustand in den socialen Verhältnissen der Großgewerbe kann offenbar erst eintreten, wenn unsere Großindustrie noch erheblich fortgeschritten ist, wenn sich entschieden hat, welche Zweige der alten Hausindustrie den Wettbewerb auszuhalten vermögen. Vorderhand bedürfen wir einer Gesetzgebung, die nach zwei Seiten hin schlägt. Die Bestrafung des dolosen Contractbruches ist zur Nothwendigkeit geworden; der Staat soll was in seiner Macht liegt thun um die tief erschütterte Achtung vor dem Rechte herzustellen, und ein bereits bestehendes Gesetz, das beide Theile binden soll und thatsächlich nur einen Theil bindet, wirklich durchführen. Der weite Begriff des „Betrugs“ war von jeher das streitige Grenzgebiet zwischen dem Civilrechte und dem Strafrechte, und von jeher hat der Staat solche Fälle betrügerischer Vermögensverletzung dem Strafrichter zugewiesen, welche der öffentlichen Sicherheit und dem nationalen Rechtsgefühle bedrohlich wurden. Und wer kann noch leugnen, daß der dolose Bruch des Arbeitsvertrages unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine hochgefährliche Störung des öffentlichen Friedens bildet? Nicht ein Ausnahmegesetz wird gefordert, sondern die Aufhebung eines privilegirten Unrechts. Diese nothwendige Strenge kann auf den Arbeiter nur dann heilsam wirken, wenn er auch die schützende Hand des Staates fühlt. Das Mundella'sche Gesetz, das die wöchentliche Arbeitszeit auf 56 Stunden beschränkt, mahnt uns soeben wieder peinlich an die ungelösten Aufgaben deutscher Gesetzgebung; auch Fabrikinspectoren werden wir noch erhalten, da die Aufsicht der gewöhnlichen Verwaltungsbehörden offenbar nicht genügt. Der Staat darf aber an diese großen Arbeiten nur sehr behutsam herantreten, denn die Wiederaufrichtung des Ansehens der Gesetze ist zunächst unsere höchste Pflicht, und nichts würde den socialen Frieden schwerer schädigen, als eine voreilig experimentirende Gesetzgebung, die sich als unausführbar er-

wiese. Deshalb scheint auch die Anerkennung der Gewerkvereine durch den Staat noch für lange Zeit unmöglich. Diese Vereine umfassen nur einen kleinen Bruchtheil der deutschen Arbeiter und sie ruhen auf einem falschen Grundgedanken. Eine dem Wesen der modernen Industrie entsprechende Organisation muß Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugleich umfassen. Die Gewerkvereine dagegen schließen den Arbeitgeber aus, sie wollen parteiisch sein, sie haben bisher wesentlich als ein Werkzeug des Klassenhasses gedient, und — vergeblich sucht man es zu bestreiten — sie haben in England die beste Form des Arbeitslohnes, den Stücklohn, hartnäckig bekämpft. Eine solche Parteibildung irgend zu begünstigen kann nicht die Pflicht des unparteiischen Staates sein; er warte geduldig ab, welche Früchte sie noch zeitigt.

Ueberhaupt ist die Macht des Staates auf diesen Gebieten weit geringer als manche Socialpolitiker wähnen. Die bewunderungswürdigen Erfolge, welche der englische Arbeiterstand während des letzten Menschenalters errungen hat, dankt er zumeist nicht dem Staate, sondern sich selber und dem durch schwere Kämpfe geweckten Pflichtgefühle der höheren Stände, dem friedlichen Einvernehmen zwischen gentlemen und workingmen. Dies gilt insbesondere von den trefflichen Unterrichtsanstalten der englischen Arbeiter. Man muthet heute dem deutschen Staate zu, den Fortbildungsunterricht für obligatorisch zu erklären, obgleich die allgemeine Schulpflicht der Kinder in Preußen seit König Friedrich Wilhelm I. besteht und bis zum heutigen Tage noch nicht ganz durchgeführt werden konnte. Wozu ein Zwang gegen Halberwachsene, der entweder die Ohnmacht des Staates kläglich offenbaren oder die Fortbildungsschulen mit unbrauchbaren, widerwilligen Schülern überfüllen muß? Ist es nicht richtiger, zunächst die freie Thätigkeit der Gemeinden und Vereine zu unterstützen, die in den niederrheinischen Städten schon auf glückliche Erfolge verweisen darf? Und führt nicht eine ruhige Prüfung der vielbestrittenen Frage der Arbeiter-Invalidenkassen zu dem gleichen Ergebniß? Auch hier mag die Staatsgewalt aushelfend eingreifen; nimmt sie aber dies gesammte Kassenwesen selbst in die Hand, zwingt sie den Arbeiter durch Gesetz zu Beiträgen, die er vielleicht besser zur Gründung eines eigenen Geschäftes verwenden kann, so maßt sie sich an, als eine irdische Vorsehung über den persönlichen Geschicken von Millionen zu schalten und wird bei solchem Unterfangen schwerlich glücklicher sein als dereinst Napoleon III. —

Unter allen socialen Uebelständen der Gegenwart hat keiner die öffentliche Meinung so leidenschaftlich erregt, wie die ungeheuren Schwindelgeschäfte des associirten Kapitals. Auch heute, nach dem großen

Zusammenbruch, fühlt sich das beleidigte öffentliche Rechtsgefühl keineswegs befriedigt. Eine gründliche Geschichte dieser Zeit des Fiebers wäre ein Verdienst um die Gesellschaft; das deutsche Gewissen sträubt sich dawider, jenes schmähliche Treiben im Lethe zu versenken, wie die satten Gründer behaglich schmunzelnd verlangen. Die ärgsten Sünder haben den Kopf längst aus der Schlinge gezogen, und unser Strafrecht bietet nur ungenügende Waffen; mußte doch soeben erst eine Entscheidung des Obertribunals eingeholt werden, um den einfachen Grundsatz festzustellen: ein Gründer ist des Betruges schuldig, wenn er den Werth der für die Gesellschaft angekauften Gegenstände zu hoch angegeben hat! Man hat berechnet, daß in Preußen von 1790 bis zum Juni 1870 nur 276 Actiengesellschaften entstanden und in den folgenden einundzwanzig Monaten 726; das Capital der preußischen Actiengesellschaften wurde 1872 auf 507 Millionen Thaler angegeben, das der sächsischen schätzte die Chemnitzer Handelskammer auf 200 Millionen. Und welche entsetzliche Reihe schimpflicher Bankrotte seitdem! Wie viele tüchtige Unternehmer sind durch dies Schwindelwesen verdrängt, wie viel rohe Strikes hervorgerufen worden; die tolle Verschwendung der Gründer ermuthigte die Arbeiter zu unbilligen Forderungen.

Unter solchen Eindrücken ist man heute sehr bereit, die Lehren des Socialpolitikers Perrot anzunehmen und alle Actiengesellschaften für Schwindel zu erklären. Und doch liegt auf der Hand, daß nur die Actiengesellschaft dem kleinen Capitale ermöglicht, an den gewinnreichen Unternehmungen des großen Capitals theilzunehmen. Auch im Transportwesen ist der Staat den Actiengesellschaften mit nichten so unzweifelhaft überlegen, wie die heute vorherrschende Doctrin behauptet. Ist denn die lächerliche Gestalt des hannoverschen und des sächsischen Staatseisenbahnnetzes, sind die glorreichen Weltknotenpunkte Lehrte und Friedrichsfelde und die zahllosen anderen Abderitenstreiche kleinstaatlicher Staatseisenbahndirectionen ganz vergessen? Ist es etwa ein wünschenswerther Zustand für ein freies Volk, wenn jede Stadt und jedes Dorf den Handelsminister mit unterthänigen Bitten bestürmt, wie es in Württemberg jahrelang geschah? Die neueste Tariferhöhung der deutschen Eisenbahnen — soweit ich urtheilen kann, ein schwächliches Zugeständniß an die bequeme Selbstsucht der Unternehmer — wurde nur deshalb möglich, weil die Mehrzahl der im Bundesrathe vertretenen Staaten selber Eisenbahnen besitzt. Mängel und Vorzüge des Staatsbaus und des Privatbaus halten einander die Wage; das gemischte System, das sich im Norden aus den reichen Erfahrungen einer verwickelten Wirthschaftsgeschichte herausgebildet hat, wird voraussichtlich dauern.

Es steht zu hoffen, daß unser Großcapital nach so schweren Ver-

lusten lernen wird, die Actiengesellschaften auf ihr natürliches Gebiet zu beschränken. Dann soll auch der Staat die Lücken seiner Gesetze ausfüllen, er soll bestimmen, daß die nicht volleingezahlten Actien nur als Quittungen, nicht als Actien zu gelten haben, er soll auch der Minderheit der Actionäre jederzeit die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung ermöglichen und vor Allem die volle Oeffentlichkeit der Verwaltung erzwingen. Gewiß beginnt das weltbürgerliche Großcapital kühne Gründungen nur bei der Aussicht auf großen Gewinn, wie soeben Herr Löwenfeld mit preiswürdiger Unbefangenheit eingestanden hat; aber dann muß auch das Publikum im Stande sein, die Größe dieses Gewinns und den wahren Charakter seiner uneigennützigen Wohlthäter kennen zu lernen.

Die Uebermacht des Großcapitals zeigt sich sehr auffällig in unserm Steuerwesen; es bleibt die Aufgabe der Finanzpolitik die ungeheueren und so oft völlig unproductiven Gewinnste des Börsenspiels einer wirksamen Besteuerung zu unterwerfen. Doch diese Aufgabe kann nur nach reiflicher Ueberlegung und niemals vollständig gelöst werden, da das bewegliche Capital tausend Wege kennt sich dem Auge des Staates zu entziehen. Am Wenigsten frommt der modische Naturalismus, der heute wieder gegen alle indirekten Steuern eifert. Die indirekten Steuern sind darum für friedliche Zeiten unentbehrlich, weil in den Tagen der Gefahr allein die direkten Steuern mit Erfolg erhöht werden können. Unser verwickeltes Steuersystem ruht auf dem richtigen Gedanken, daß es „gute“ Steuern nicht giebt, daß die harte Last der Besteuerung nur erträglich wird, wenn sie die Steuerkräfte des Volkes an verschiedenen Stellen zugleich anfaßt. Solche in Jahrhunderten angesammelte Erfahrungen sind mächtiger, als die unbestimmte und in ihrer kahlen Allgemeinheit falsche Behauptung, die indirekten Steuern erdrückten den kleinen Mann. —

Unübersehbar drängen sich die Fragen und Probleme Jedem auf, der die Aufgaben unserer kampferfüllten Gesellschaft erwägt. Aber ernstes Nachdenken führt auch zurück zu der tröstlichen Ueberzeugung, daß die einfachen, dem schlichten Geiste verständlichen socialen Wahrheiten die allertiefsten und fruchtbarsten sind. Jeder reformatorische Schritt des Staates bleibt fruchtlos ohne den tapferen Frohmuth der Arbeit, ohne den gemessenen Sinn der Pietät, der die aristokratische Gliederung der Gesellschaft als eine heilsame Nothwendigkeit ehrt. Sorgen wir redlich für Bildung und Wohlfahrt des kleinen Mannes; aber hüten wir uns, auch nur durch unbestimmte Zukunftsträume, durch gefühlvolle Klagen über das Unabänderliche das Evangelium des Neides zu unterstützen, das jene erhaltenden Kräfte der Gesellschaft zerstören will. Wenn mir zuweilen schwindlig

ward vor all' den zerfließenden Glückseligkeitsbildern im Zauberspiegel des Socialismus, dann hab' ich mich erholt bei deiner Einfalt, du warmherziger und wahrhaftiger Freund unseres armen Volkes, alter treuer Fritz Reuter! Tausende weinten bei deinem Tode, denn von dir hatten sie erfahren, wie reich und ehrenvoll ihr kleines Leben und wie segensreich der alte Fluch der Arbeit ist. So lange Menschen leben, wird neben dem Denker, der den Wandel der Gestirne berechnet, der Hirtenbube stehen, der ihres goldenen Glanzes sich harmlos freut; und weit wie die Gedanken dieser Beiden werden auch die Wege des Glückes aus einander gehen. Aber über diesem Gewirr von Gegensätzen der Bildung und des Besitzes walten ausgleichend sittliche Mächte; der Fanatismus der sinnlichen Glückseligkeit lästert sie, doch er bannt sie nicht. Der wackere Schuster, der einen Stiefel ganz und gut zurechthämmert, steht stolzer da vor Gott und Menschen, als der vornehme Dichterling, der sich an schlechten Versen abmüht. Und die arme Mutter, die auf ihrem Todesbette eine Schaar guter und dankbarer Kinder segnet, fühlt sich reicher und scheidet froher aus dem Leben, als der verwöhnte Schlemmer, der in den Armen der Unzucht stirbt. Und so wird es bleiben in allem Wandel der „socialen Fragen", so gewiß die Liebe und das Pflichtgefühl in unserem Geschlechte mächtiger sind als Neid und Begierde. —

Bund und Reich.

Berlin, 25. Oktober 1874.

Die politische Theorie greift zuweilen mit schöpferischer Kraft, neue Wege bahnend, in die Kämpfe der praktischen Staatskunst ein; häufiger geschieht es, daß die vollbrachten Umwälzungen der Staatengeschichte ihr erst den Anstoß geben neue Probleme zu lösen, überlieferte Lehrsätze schärfer zu beleuchten. So sieht die Staatswissenschaft heute sich genöthigt, die oft erwogenen Fragen des bündischen Staatslebens abermals zu prüfen, da das jüngste Jahrzehnt allen Foederationen der Gegenwart schwere Kämpfe, große Umgestaltungen gebracht hat. Die Union von Nordamerika hat mit dem Schwerte den Gedanken des Bundesstaats bis in seine letzten Folgerungen durchgeführt; der alte Streit um die Souveränität, dessen ganzen Ernst wir Deutschen erst seit Kurzem, aus dem schonungslos ehrlichen Buche von H. v. Holst kennen gelernt, ist vorläufig beendet durch einen Sieg der Staatseinheit, der freilich dereinst neue Wirren heraufbeschwören wird. In der Schweiz ward soeben das kecke Wagniß einer Verfassungsrevision unternommen; auch hier ist eine dauerhafte Neuordnung nicht erreicht, und doch scheint dies classische Land des Foederalismus eine noch schärfere Anspannung der Bundesgewalt kaum ertragen zu können. Unterdessen hat Deutschland, nach zwei Menschenaltern unfruchtbarer foederalistischer Versuche, seine alte Verfassung in neuer Gestalt wieder aufgerichtet: die nationale Monarchie mit bündischen Institutionen. Die unfertigen Formen dieses jungen Reichs widersprechen allen hergebrachten Schulbegriffen, sie fordern von der Theorie in ihrer Eigenart begriffen zu werden. In der That ist in den kurzen sieben Jahren seit der Gründung des Norddeutschen Bundes bereits eine reichhaltige staatsrechtliche Literatur aufgewachsen, welche die jüngsten Werke der deutschen Staatskunst wissenschaftlich zu erklären sucht, darunter mehrere vortreffliche Schriften, von Mohl, Thudichum, Hänel u. A. Dieser erfreuliche Wetteifer beweist, daß auch die gelehrte Welt mit der gesammten

Nation an die Dauer und Lebenskraft unserer neuen Institutionen zuversichtlich glaubt; wie dürftig erscheint daneben der Zustand der Literatur des alten deutschen Bundesrechts um das Jahr 1823!

Freilich fehlt viel daran, daß die Wissenschaft auch nur über die Grundbegriffe des deutschen Reichsrechts einig wäre. S. Brie hat neulich mit großem Fleiße und musterhafter Unparteilichkeit eine Geschichte der Lehre vom Bundesstaate geschrieben; sie giebt ein drastisches Bild von dem Durcheinanderwogen der Meinungen. Jede erdenkliche Theorie über das Wesen des Staatenbundes, des Bundesstaates, des Reiches findet ihre Anhänger auf deutschen Kathedern: selbst jene unselige Nullificationslehre Calhoun's, die den Staat der Amerikaner als einen Vertrag auf Kündigung darstellte, wird auf das deutsche Reich übertragen, ja einzelne überfeine Köpfe verwerfen den Begriff des Staates selber, weil er dem Wesen des Bundesstaates zu widersprechen scheint. Solche Buntheit der Ansichten kann nicht befremden. Der politische Theoretiker, vornehmlich der Jurist, läuft leicht Gefahr in einen leeren Formalismus zu verfallen, neben der äußerlichen Aehnlichkeit der Verfassungsformen den tieferen Unterschied der Machtverhältnisse, der historischen Voraussetzungen, kurz, das wirkliche Leben der Staaten zu übersehen. Und dieser Formalismus wirkt nirgends schädlicher als in der Lehre von den Staatenbünden. Denn jede Bundesverfassung ist ein Compromiß, ein Friedensschluß, hervorgegangen aus den Machtkämpfen eifersüchtiger Staatsgewalten, und darum, noch weit mehr als jegliches andere Staatsgrundgesetz, ein Werk der Umstände. Jede Bundesverfassung enthält in langer Reihe juristische Fictionen, offene Fragen, Widersprüche, wohllautende Redewendungen, welche der offenkundigen Unwahrheit zuweilen sehr nahe kommen; sie muß den Schein der Gleichheit wahren zwischen der Macht und der Ohnmacht, die Formen schonen um das Wesentliche zu erreichen. Wer nicht vermag hinter diesen oftmals hohlen und nichtigen Formen die bewegenden Kräfte des Staates herauszufinden, der wird leicht bei allem Aufwande juristischer Feinheit nur ein verzeichnetes Bild von der Natur bündischer Gemeinwesen geben und gerade dann Willkürliches behaupten, wenn er mit beiden Füßen auf dem Boden des positiven Rechts zu stehen glaubt.

Die folgenden Blätter versuchen die Fragen zu beantworten: was das Wesen des Bundesstaates sei? und wie er sich von dem Reiche unterscheide? Solche Erörterungen sind keineswegs blos unfruchtbare Preisaufgaben zur Uebung des Scharfsinns der Gelehrten. Kein Staat kann ohne schwere Gefahr ein Uebermaaß von fables convenues, von stillschweigend hingenommenen Unwahrheiten in seinem Staatsrechte ertragen. Wie lange haben die treuen Anhänger der nordamerikanischen Union sich

gewiegt in dem behaglichen Glauben, die Bundesverfassung sei ein Werk ohne Fehler und Widersprüche, die Weisheit der Väter habe jeden Verfassungskampf von Haus aus unmöglich gemacht; in solchem Wahne befangen wichen sie Schritt für Schritt zurück vor den Feinden der Staatseinheit, bis nach wiederholten unwahren Compromissen und matten Friedensschlüssen endlich doch ein nothwendiger Krieg die Souveränität der Union sicher stellte vor dem Hochverrath ihrer Glieder. Die Unklarheit über die Grundgedanken des heimischen Staatsrechts verführt oft zum urtheilslosen Nachahmen ausländischer Muster. Wie wir Deutschen einst durch die Vorbilder der Union und der Eidgenossenschaft uns verleiten ließen, den in der Hälfte Deutschlands längst vorhandenen monarchischen Einheitsstaat zu unterschätzen, so wirkt heute umgekehrt das verführerische Beispiel unseres Reiches verwirrend auf die Köpfe der schweizer Radikalen. Jene unreife unitarische Bewegung, welche gegenwärtig in der Schweiz ihre ruhelosen Versuche wagt, ist durch den Anblick der deutschen Revolution zwar nicht allein veranlaßt, doch unzweifelhaft gefördert worden. Man glaubt in Bern, das neue Deutschland unterscheide sich von der Schweiz nur durch seine monarchischen Staatsformen, man denkt einem lockeren Bunde dreier Nationen die straffe Einheit des Heerwesens, die unserem nationalen Reiche wohl ansteht, künstlich aufzudrängen, und schon läßt sich in der radikalen Presse des Landes zuweilen die durchaus unschweizerische Meinung vernehmen, die Natur der Dinge treibe auch die Eidgenossen dem Einheitsstaate zu. — Sehen wir zu, ob nicht bei schärferer Betrachtung ein tiefer principieller Gegensatz zwischen dem Reiche und dem Bundesstaate sich ergiebt, der alle solche Verwechslungen und Uebertragungen von vornherein abschneidet.

In der gesammten Lehre von den Foederationen wird nur ein Satz fast allgemein zugegeben: der Unterschied von Staatenbund und Bundesstaat. Der Staatenbund ist ein völkerrechtlicher Verein souveräner Staaten; nicht die Bürger, sondern die Staatsgewalten der verbündeten Staaten sind seine Mitglieder. Er mag dauernde Organe zur Ausführung des Gesammtwillens der verbündeten Staaten einsetzen, und diese Bundesgewalt kann in dem Bereiche ihrer Competenz sogar Mehrheitsbeschlüsse fassen, obgleich die Regel der Einstimmigkeit, die in den Vereinigten Niederlanden bestand, der Idee des Staatenbundes offenbar besser entspricht. Immer sind die Beschlüsse der Bundesgewalt nicht Gesetze im wahren Sinne, da das Völkerrecht zwischen souveränen Staaten nur Vertragspflichten kennt; sie werden erst zu Gesetzen, wenn die Einzelstaaten sie als Landesgesetze verkündigt haben, der Bürger schuldet Gehorsam nicht dem Bunde, sondern seinem Einzelstaate. Immer bleibt die Regel bestehen,

daß jede Aenderung der Bundesverfassung nur durch Vertrag, durch Einstimmigkeit aller Bundesgenossen beschlossen werden kann; wird die Verfassung gebrochen, so sind die Bundesgenossen nach Völkerrecht befugt den Bund für aufgehoben zu erklären. Der Bundesstaat dagegen ist ein Gebilde des Staatsrechts. Seine Bundesgewalt wirkt im Bereich ihrer Befugnisse mit der Machtvollkommenheit eines souveränen Staats; sie beschließt wirkliche Gesetze, welche jeden Bürger unmittelbar verpflichten.

So weit sind, bis auf wenige schrullenreiche Köpfe, alle Theoretiker einig. Hier aber beginnt der Streit; hier erhebt sich die schwierige Frage: wie ist es denkbar, daß neben und über den Staatsgewalten souveräner Staaten noch eine souveräne Bundesgewalt bestehe? Schon Pufendorf, der heldenhafte Denker, dessen streitbarer Größe erst die Gegenwart wieder gerecht zu werden beginnt, warf diese Frage auf. Er erklärte für unmöglich, daß ein Staat mehrere souveräne Staaten in sich enthalte, und bewies die Wahrheit dieses schroffen Satzes durch die berühmte schlagende Nutzanwendung auf das heilige römische Reich: dies Reich, das einen Staat von Staaten bilden wolle, sei in Wahrheit ein monstrum politicum und werde sich dereinst in einen Staatenbund verwandeln. Ludolph Hugo dagegen und der alte Pütter versuchten grade an dem Beispiele dieses versinkenden Reiches zu zeigen, daß die Unabhängigkeit nach Außen nicht zum Wesen des Staates gehöre: die deutschen Staaten seien Staaten und gleichwohl einer höheren Staatsgewalt unterworfen. Das hieß ein Räthsel hinstellen ohne es zu lösen; die deutsche Geduld ließ sich's nicht nehmen, auch den Widersinn zu rechtfertigen, wenn er zu Recht zu bestehen schien.

Eine tiefere wissenschaftliche Begründung hat die Lehre vom Bundesstaate erst erhalten, als in Nordamerika die erste Bundesstaatsverfassung der neuen Geschichte entstand. Jedermann weiß, den Abgesandten der dreizehn Colonien, die im Jahre 1774 zu einem revolutionären Congresse zusammentraten, lag der Gedanke der Losreißung vom Mutterlande noch fern; man focht zunächst nur zur Abwehr englischer Uebergriffe. Der Congreß, der diesen Aufstand zu leiten hatte, beschloß jeder Colonie eine Stimme zu geben — lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, da man in den Wirren des Augenblicks einen anderen sicheren Maßstab für die Vertheilung der Stimmen nicht finden konnte. Erst im Verlaufe des Krieges erwachte der Plan einen selbständigen Staat zu gründen. Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 zählt zuerst die Beweggründe auf, welche einem Volke (for one people) die Aufkündigung des Gehorsams zur Pflicht machen, und erklärt sodann „diese vereinigten Colonien“, die in der Urkunde nicht einmal einzeln genannt werden, für freie unabhängige Staaten.

Wie das Volk Nordamerikas nur als Gesammtheit sich lossagte von dem Mutterlande, so hat auch England im Friedensschlusse nur die Gesammtheit der neuen Union als einen unabhängigen Staat anerkannt, während — im auffälligen Gegensatze dazu — die Krone Spanien im Frieden von Münster die Herren Generalstaaten der Vereinigten Niederlande et les provinces d'iceux respectivement für freie und souveräne Staaten erklärte.

Die Staaten Nordamerikas bestanden völkerrechtlich nur als Glieder der Union. Sie hatten gleichwohl während des Krieges die Souveränität an sich gerissen und auf Aufforderung des Congresses sich neue Verfassungen gegeben. Die gemeinsame Abhängigkeit von der englischen Regierung war das einzige staatsrechtliche Band, das diese weit entlegenen Gemeinwesen bisher zusammengehalten; nun dies Band zerriß, schien die völlige Selbständigkeit jeder einzelnen der dreizehn Colonien sich von selber zu verstehen. Das Volk, noch ohne starkes Nationalgefühl, erging sich auf den bequemen Pfaden eines selbstgefälligen Particularismus; der Congreß erschien ihm als eine fremde despotische Gewalt, bedrohlich für die Freiheit der Heimath, wie vordem die englische Krone. Die usurpirte Souveränität der Staaten erhielt ihre rechtliche Anerkennung durch die Bundesverfassung von 1778; die Colonien bildeten fortan einen Staatenbund von souveränen Staaten, die auf einem Gesandtencongresse über gemeinsame Angelegenheiten Beschlüsse faßten um sie — in der Regel nicht auszuführen. Es folgten neun Jahre des Streites und der Entwürdigung. Der Congreß, in Allem auf den guten Willen der dreizehn Souveräne angewiesen, vermochte weder die Grenzen gegen die Indianer zu decken, noch die Ehrenschulden an das befreundete Frankreich und Holland zu zahlen. Die von den Hoffnungen der aufgeklärten Welt begrüßte Union sank binnen Kurzem, wie Hamilton sagt, auf die tiefste Stufe nationaler Erniedrigung herab. Da entstand in jenem Kreise hochherziger Patrioten, der um Washington sich sammelte, der rettende Gedanke, eine souveräne Bundesstaatsgewalt aufzurichten, die in voller Selbständigkeit das Heerwesen, die auswärtigen Angelegenheiten und die Handelspolitik der Union leiten sollte. Die Abgesandten der dreizehn Staaten traten zu der Convention von Philadelphia zusammen und einigten sich über die neue Unionsverfassung; noch blieb übrig, die Genehmigung der dreizehn souveränen Völkerschaften für das kühne Werk zu gewinnen.

In solcher Lage, zur Belehrung des widerstrebenden Demos von Neu-York, schrieb der Genialste der Amerikaner, Alexander Hamilton, mit seinen Freunden die classischen Aufsätze des Foederalist, welche den Begriff des Bundesstaats in die Wissenschaft einführten. Hamilton hatte in

jenen schweren Jahren „den natürlichen Widerwillen der Souveränität gegen jede Oberaufsicht“ kennen gelernt: „eine Souveränität über Souveränitäten, eine Regierung über Regierungen ist theoretisch ein Unsinn, praktisch ein Quell von Aufruhr und Gewaltthat.“ Aber die kaum erst gegründete Souveränität der Einzelstaaten war durch den Verfassungs-Vorschlag von Philadelphia nicht förmlich aufgehoben; die particularistische Masse hätte einem solchen Opfer niemals zugestimmt. Da bot denn die Lehre von der Theilung der Gewalten, welche die gesammte Zeit und vornehmlich die Köpfe der Amerikaner beherrschte, dem Anwalt der neuen Verfassung einen willkommenen Ausweg. Er bewies: unsere Union ist ein zusammengesetzter Staat, a compound republic, ihr Grundgesetz aus nationalen und foederalen Elementen gemischt. In ihr besteht eine zweifache Theilung der Gewalten: wie innerhalb jedes Einzelstaates gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt getrennt sind, so wird andrerseits ein bestimmtes Gebiet politischer Geschäfte (die Handelspolitik, das Auswärtige u. s. f.) den Einzelstaaten abgenommen und der Union übertragen. Die Union wie die Staaten schalten in dem Bereiche ihrer Zuständigkeit als Souveräne, gebieten den Bürgern unmittelbar, vollführen ihre Beschlüsse durch ihre eigenen Beamten, und, fügt Madison hinzu, die Staaten sind innerhalb ihrer Sphäre ebenso wenig der Union unterthan wie diese ihnen. So wird dem souveränen Einzelstaate die Pflicht des Gehorsams gegen eine höhere Gewalt erspart und dennoch den Gesetzen der Union unweigerliche Befolgung gesichert. Diese Theorie, von ihren Urhebern unzweifelhaft in gutem Glauben aufgestellt, war doch zugleich mit großer Weltklugheit darauf berechnet, dem Souveränitätsdünkel des New-Yorker Volkes den Uebergang zum Bundesstaate als eine nur gelinde Aenderung annehmbar zu machen. In der That ward die neue Verfassung vom Volke genehmigt, sie galt den Amerikanern langehin als die Verkörperung der Ideen des Foederalist.

In Europa sind diese Gedanken erst durch Alexis von Tocqueville weiteren Kreisen vertraut geworden. Sein Werk über die Demokratie Amerikas wird in der Geschichte der politischen Ideen für immer eine hervorragende Stelle behaupten; denn er zuerst hat den romanischen Völkern die Bedeutung der Selbstverwaltung erklärt. Doch eine getreue Schilderung des amerikanischen Staatslebens bietet der geistvolle Franzose nicht; ihm fehlt hier, wie heute wohl allgemein anerkannt wird, jene eindringende Sachkenntniß, welche sein späteres Buch über das ancien régime auszeichnet. Er begnügt sich die Lehre des Foederalist mit romanischer Logik schärfer durchzuführen: die Union ist „eine unvollständige nationale Regierung“, nicht alle Zweige des Staatswesens umfassend, aber in ihrem

verfassungsmäßigen Bereiche souverän wie der Einzelstaat in dem seinigen; Beide führen ein Dasein für sich (une existence à part), doch besitzt die Union eine überwiegende Gewalt (puissance prépondérante).

Dann hat diese Ansicht vom Bundesstaate auf deutschem Boden ihre letzte und schärfste Ausbildung erhalten durch die bekannte Abhandlung von G. Waitz über das Wesen des Bundesstaats. Es war die Zeit, da die deutschen Patrioten die Gründe des Mißlingens unserer Einheitsbewegung bei sich erwogen. Eine dieser Ursachen glaubte Waitz in der verfehlten Anlage des Frankfurter Verfassungswerkes zu finden. Er forderte für den Bundesstaat eine völlig unabhängige Centralgewalt neben den Einzelstaaten. Die Bundesgewalt soll selbständig sein in ihrer Organisation, dergestalt, daß ihre höchsten Behörden nicht aus Gesandten der Einzelstaaten, sondern aus Vertretern der gesammten Nation gebildet werden; desgleichen selbständig in der Art ihrer Wirksamkeit, also daß ihr Wille niemals durch die Staatsgewalten der Einzelstaaten, sondern durch Bundesbeamte vollstreckt wird; selbständig endlich in ihren materiellen Mitteln, nicht angewiesen auf Matrikularbeiträge, sondern ausgestattet mit dem Rechte Bundessteuern von allen Bürgern unmittelbar zu erheben. Also, sagt ein Anhänger von Waitz, steht dem Bunde wie den Einzelstaaten eine wirkliche Staatsgewalt zu, zwar fragmentarisch, aber souverän in ihrem Bereiche. Durch die bestechende Einfachheit und Klarheit dieser von glänzenden Namen getragenen Sätze schien der alte Streit über das Wesen des Bundesstaats abgeschlossen. Die Theorie von Waitz gelangte während der fünfziger Jahre zur Herrschaft in der deutschen Wissenschaft, und auch ich habe noch vor einem Jahrzehnt den allgemeinen Irrthum getheilt. In der Abhandlung „Bundesstaat und Einheitsstaat" bestritt ich zwar, daß Deutschland einen solchen Bundesstaat ertragen könne, doch ich wagte die Theorie selbst noch nicht anzufechten.

Erst die jüngsten staatsrechtlichen Schriften beginnen an der Haltbarkeit dieser Lehre ernstlich zu zweifeln. Um dem Vorwurfe der petitio principii zu begegnen, scheint es gerathen, nicht sofort anzuheben mit dem Satze der untheilbaren Einheit der Souveränität, sondern zunächst zu fragen, ob die Grundgesetze der beiden Bundesstaaten der Gegenwart — die Verfassung der Union, wie sie seit dem Bürgerkriege rechtlich und thatsächlich ausgebildet worden, und die revidirte Verfassung der Eidgenossenschaft — jenen Forderungen von Tocqueville und Waitz irgend entsprechen. Da erhellt denn sofort, daß die „überwiegende Gewalt", welche Tocqueville mit Recht für den Bund fordert, sich gar nicht denken läßt, wenn die Bundesgewalt wirklich „ein Dasein für sich" führt. Vielmehr liegt in der Uebertragung wesentlicher Hoheitsrechte auf den Bund schon

die Unterwerfung der Einzelstaaten unter die höhere Gewalt des Bundes ausgesprochen. Eine Bundesstaatsverfassung ist nicht ein völkerrechtlicher Vertrag, sondern das Grundgesetz eines Staates und darum von Rechtswegen ewig und unauflösbar. Wenn ein solches Staatsgrundgesetz dem Bunde das ausschließliche Recht der Kriegführung, der Zollerhebung u. s. f. zuweist, so wird damit schon gesagt, daß den Einzelstaaten durch die höhere Gewalt des Bundes verboten ist diese Hoheitsrechte auszuüben. In der That zählt die nordamerikanische Verfassung zuerst gebietend die Gewalten des Bundes auf und wiederholt sodann (art. 1. sect. 10) das Vorige in verbietender Wendung, indem sie den Einzelstaaten untersagt ihrerseits Zölle zu erheben, Münzen zu schlagen u. s. w. Auch die schweizerische Verfassung gebraucht in zahlreichen Artikeln den Ausdruck: Verträge zwischen den Cantonen, Körperstrafen u. s. w. „sind untersagt“.

Zudem ist die Unions-Verfassung das oberste Gesetz des Landes (the supreme law of the land), von allen Beamten, allen Mitgliedern der Legislaturen der Einzelstaaten beschworen; jede Bestimmung der Landesverfassungen und Landesgesetze ist von Rechtswegen nichtig, wenn sie den Bundesgesetzen widerspricht. Jede Auflehnung gegen die Union ist Hochverrath; der Bund kann von Rechtswegen den Gehorsam der Staaten erzwingen, er hat jahrelang die Verwaltung der Rebellenstaaten (the rebel States) selbst in die Hand genommen und ihnen sodann anbefohlen, sich neue Verfassungen zu geben, deren Hauptsätze er ihnen selber vorschrieb. Damit ward rechtlich und thatsächlich erwiesen, daß die Staaten wahre Unterthanen der Union sind. Wie die dreizehn ältesten Unionsstaaten nur als Glieder des Bundes die Anerkennung der Völkergesellschaft fanden, so sind auch die später hinzugetretenen Staaten nicht durch Vertrag, sondern durch Bundesgesetz in die Union aufgenommen worden, ja die meisten dieser neuen Staaten erscheinen recht eigentlich als Geschöpfe der Union. Die Wildnisse des Westens, welche der Union als Eigenthum gehörten, wurden besiedelt unter der Autorität der Bundesbehörden; sobald diese Territorien die von den Bundesgesetzen verlangte Kopfzahl erreicht hatten, constituirten sie sich, mit Genehmigung der Union, als Staaten, in den Formen, welche die Bundesverfassung vorschreibt, und erhielten sodann Einlaß in den Congreß. So gilt denn heute von Rechtswegen der Satz, den Präsident Lincoln beim Beginne des Bürgerkrieges aussprach und dann in gewaltigem Ringen durchsetzte: „Die Staaten haben ihren Status in der Union und sie haben keinen anderen Status.“

Auch die Behauptung, der Einzelstaat übe alle nicht dem Bunde vorbehaltenen Hoheitsrechte in voller Selbständigkeit aus, widerspricht dem Geiste und dem Wortlaut der schweizerischen wie der amerikanischen Ver-

fassung. Die Staatsgewalt ist nicht eine nach Belieben zerlegbare Summe von Hoheitsrechten; es besteht ein lebendiger Zusammenhang zwischen ihren verschiedenen Funktionen. Wie die moderne Staatswissenschaft längst eingesehen hat, daß die Lehre von der Gewaltentheilung nicht in dem Sinne einer vollständigen Trennung der Gewalten verstanden werden darf, so läßt sich auch im Bundesstaate eine feste Grenze zwischen den Gewalten des Bundes und den Gewalten der Einzelstaaten nicht ziehen. Die Union von Nordamerika besitzt das Recht der Besteuerung, die Einzelstaaten desgleichen, nur die Besteuerung der Aus- und Einfuhr ist der Union allein vorbehalten. Es liegt aber auf der Hand, daß der Bund thatsächlich den Einzelstaaten auch das Recht der direkten Besteuerung sehr wirksam beschränken kann; sobald er eine hohe Einkommensteuer ausschriebe, wären die Staaten gezwungen ihrerseits auf diese Steuer zu verzichten. Jede Staatsgewalt bedarf der freien Hand, der Vollmacht für unvorhergesehene Fälle; darum gewährt die Unionsverfassung dem Congresse ohne Vorbehalt das Recht, alle Gesetze zu erlassen, welche nothwendig und geeignet (necessary and proper) sind um die der Regierung der Vereinigten Staaten zustehenden Rechte zur Ausführung zu bringen. Diese dereinst von den Südstaaten leidenschaftlich bekämpften incidental powers, wie Bancroft sie nennt, lassen offenbar die weiteste Auslegung zu — und so war auch die Absicht der Väter der Union. Ueberdies werden von der schweizerischen wie von der amerikanischen Verfassung bestimmte Vorschriften aufgestellt, denen die Grundgesetze der Einzelstaaten entsprechen müssen. Die Union verlangt von jedem ihrer Staaten eine republikanische Verfassung und verpflichtet sich – wieder in sehr dehnbaren Worten — deren Bestand gegen jeden Eingriff (invasion) zu schützen. Die Eidgenossenschaft fordert, daß in jedem Canton die Demokratie und die Volksabstimmung bei Verfassungsänderungen bestehe. Den Staaten der Union ist verboten, die Habeas-Corpus-Acte aufzuheben, Adelstitel zu verleihen, Gesetze mit rückwirkender Kraft einzuführen; die Cantone der Schweiz sind verpflichtet, unentgeltlichen und obligatorischen Elementarunterricht, ohne Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit, einzuführen, bei Strafe des Einschreitens der Bundesgewalt. Und so weiter in's Unendliche. Mit anderen Worten: auch jene Gebiete des Staatslebens, welche der Bund nicht in den Bereich seiner unmittelbaren Verwaltung gezogen hat, unterliegen seiner Oberaufsicht; auch das innere Leben der Einzelstaaten bewegt sich nur innerhalb der Schranken, welche der Bund gezogen hat.

Während die Einzelstaaten dergestalt verpflichtet sind die Vorschriften der Bundesverfassung unbedingt zu achten, steht dem Bunde jederzeit frei, auf verfassungsmäßigem Wege sein Grundgesetz zu ändern, also auch seine

Competenz zu erweitern. Jeder Canton der Schweiz, jeder Staat Nordamerikas muß gewärtigen, daß ihm gegen seinen Willen durch eine Verfassungsänderung des Bundes ein bisher unbestrittenes Hoheitsrecht von Rechtswegen entzogen wird. In diesem Satze offenbar liegt die Entscheidung über die rechtliche Natur des Bundesstaates; darum hat ihn auch der Particularismus stets mit sicherem Instinkt zu bekämpfen versucht. Die sophistischen Ausleger des amerikanischen Staatsrechts, die strict constructionist, beriefen sich dawider auf den Art. 10 der Unionsverfassung, der den Staaten alle nicht auf den Bund übertragenen Staatsgewalten vorbehält, und auf den Art. 3 der schweizerischen Verfassung, welcher den Cantonen die Souveränität zugesteht, soweit sie nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist. Die Anhänger der Union hingegen erwidern mit Recht: diese Artikel bilden nur einen Bestandtheil von Grundgesetzen, welche dem Bunde das Recht unbeschränkter Competenzerweiterung gewähren; sie können also nur unter Vorbehalt dieses Rechtes gelten. Sie besagen lediglich: die bestehenden Hoheitsrechte der Einzelstaaten bleiben gewährleistet gegen jede Gewaltthat Dritter, auch gegen Uebergriffe des Bundes, so lange nicht durch eine Verfassungsveränderung die Competenz des Bundes erweitert worden ist. Diese Auslegung ward noch beim Ausbruch des Bürgerkrieges von unserem Landsmanne Franz Lieber und von dem ehrwürdigen Senior der amerikanischen Anwälte, Horace Binney, entschieden vertheidigt; seitdem ist sie in beiden Bundesstaaten amtlich angenommen und wiederholt angewendet worden. Die jüngste Verfassungsrevision der Eidgenossenschaft entzieht den Cantonen eine Reihe wesentlicher Hoheitsrechte. Die Union hat, indem sie ihrer Verfassung einige Zusatzartikel hinzufügte, die Sclaverei abgeschafft und den Farbigen alle Rechte der Staatsbürger gewährt; damit vollzog sie den denkbar stärksten Eingriff in die Selbständigkeit der Einzelstaaten, alle Grundlagen des socialen und politischen Lebens der Südstaaten sind durch Bundesbeschluß mit radikaler Härte verändert worden. Solche Vorgänge können sich jederzeit wiederholen; ihre Rechtmäßigkeit wird in der Schweiz gar nicht mehr, in Amerika nur noch von den Feinden der Union bestritten.

Die Theorie von Tocqueville und Waitz nimmt stillschweigend an, daß die Grenzen zwischen den Machtgebieten des Bundes und der Einzelstaaten im Wesentlichen unverändert bleiben müssen. Dieser Irrthum fand eine scheinbare Bestätigung in den Thatsachen, so lange die vieljährige Herrschaft der particularistischen Parteien jede Fortbildung der Unionsverfassung verhinderte. Heute ist durch schwere Erfahrungen erwiesen, daß auch der Bundesstaat wie jeder Staat das Recht und die Macht besitzen muß, auf den friedlichen Wegen der Reform fortzuschreiten mit dem

Wandel der Zeiten; und dies vermag er nur wenn ihm zusteht, unhaltbare Hoheitsrechte seiner Gliederstaaten von Rechtswegen aufzuheben. Es ist lediglich ein Spiel mit Worten, wenn man einwendet, ein Bundesstaat mit so ausgedehnten Rechten der Centralgewalt sei nicht mehr eine Foederation, denn er könne sich von Rechtswegen in einen Einheitsstaat verwandeln. Das britische Parlament (d. h. die Krone mit den beiden Häusern) ist bekanntlich „allmächtig" und kann selbst die republikanische Staatsform einführen, wenn der fast undenkbare Fall einträte, daß die drei Factoren sich über einen solchen Beschluß einigten. Darum bleibt der heutige Staat von Großbritannien gleichwohl eine Monarchie. So darf auch das souveräne Volk von Nordamerika, durch Congreßbeschluß und unter Zustimmung der Legislaturen von drei Vierteln der Staaten, von Rechtswegen sich jede beliebige Verfassung geben. Solche rechtliche Möglichkeiten und thatsächliche Unmöglichkeiten heben das Wesen des Bundesstaats nicht auf.

Nach alledem scheint unbestreitbar, daß jene „zwei Souveränitäten", welche Tocqueville im Bundesstaate zu finden glaubte, weder in der Schweiz noch in Amerika vorhanden sind; nud wie der Hauptsatz der Lehre selbst, so halten auch alle Folgerungen, die Waitz daraus gezogen hat, vor schärferer Prüfung nicht Stand. — Die Bundesgewalt der Union und der Eidgenossenschaft ist in ihrer Organisation keineswegs unabhängig von den Einzelstaaten. Als auf dem Congresse von 1776 die Particularisten Abstimmung nach Staaten, begeisterte Unitarier einfache Mehrheitsbeschlüsse des einigen amerikanischen Volkes forderten, da warf der Delegirte Sherman von Connecticut einen vermittelnden Vorschlag hin, der beide Meinungen zugleich aufnahm: „befraget die Staaten und befraget die Nation; was die Mehrheit der Staaten und die Mehrheit des Volkes beschließt, gelte als Gesetz der Union".*) Dieser Vorschlag, der aus Jefferson's Kopfe stammte, blieb für den Augenblick ohne Folgen; doch er war der Zukunft sicher, er sprach einen Grundgedanken des künftigen Bundesstaates aus. Im demokratischen Einheitsstaate entscheidet die Mehrheit des Volks; im republikanischem Staatenbunde die Mehrheit oder die Einstimmigkeit der Staaten. Der Bundesstaat steht zwischen beiden. Er rechnet auf das Zusammenwirken der Nation und ihrer Gliederstaaten; er giebt den Staaten einen Theil der Macht, welche sie dem Bunde abtreten mußten, zurück, indem er sie mitwirken läßt bei der Gesetzgebung des Bundes.

In den heutigen Verfassungen der Union und der Eidgenossen-

*) Bancroft, history of the United States. IX. 55.

schaft ist jener Gedanke Jefferson's verwirklicht. Neben dem Repräsentantenhause des Congresses steht der Senat, neben dem schweizer Nationalrathe der Ständerath als eine Vertretung der Einzelstaaten. Allerdings sind weder die Senatoren noch die Vertreter der Cantone im Ständerath an die Aufträge ihres Staats gebunden, sie stimmen nach freier Ueberzeugung; darum werden auch die Mitglieder des Ständeraths in der revidirten Schweizer Verfassung nicht mehr als Gesandte, sondern als Abgeordnete bezeichnet. Es läßt sich nicht leugnen, diese persönliche Unabhängigkeit der Staatenhausmitglieder ist eine verfehlte Einrichtung. Denn da die Senatoren auf sechs Jahre, die Abgeordneten zum Ständerathe auf drei Jahre gewählt werden, so kann es geschehen, daß die Beschlüsse des Staatenhauses den Absichten der Mehrheit der Staaten widersprechen; die Staatenhäuser erfüllen also nicht mit Sicherheit den Zweck, um dessentwillen sie geschaffen sind. Immerhin spricht selbst aus diesen unklaren Formen unverkennbar der leitende Gedanke: die Einzelstaaten sollen durch ihre Vertreter theilnehmen an der Gesetzgebung des Bundes, die unitarische Macht der Volksvertretung soll in dem foederalistischen Staatenhause eine Ergänzung und eine Schranke finden. Noch ungleich deutlicher zeigt sich die Mitwirkung der Einzelstaaten bei den wichtigsten Akten der Gesetzgebung, bei jeder Abänderung der Grundgesetze des Bundes; für solche Fälle wird, in der Schweiz wie in Nordamerika, jeder Einzelstaat unmittelbar aufgefordert seinen Willen kundzugeben. Eine Verfassungsänderung, vom Congresse beschlossen, besteht zu Recht erst, wenn sie durch die Legislaturen von drei Vierteln der Staaten genehmigt ist; die Eidgenossenschaft aber verlangt zu allen Aenderungen ihres Grundgesetzes die Zustimmung der Mehrheit der Cantone und der Schweizerbürger.

Die Bundesgewalt steht aber auch in der Art ihrer Wirksamkeit nicht selbständig, abgetrennt neben den Gliederstaaten. Freilich verwaltet sie das Post- und Zollwesen, die auswärtigen Angelegenheiten u. s. f. durch ihre eigenen Beamten. Aber wie leer und dürftig wäre das Leben eines Bundesstaates, wenn seine Centralgewalt sich begnügen wollte mit diesen ihr ausschließlich zugewiesenen Aufgaben! Beide Bundesstaaten der Gegenwart gewähren ihren Bürgern Grundrechte; das will sagen: die Bundesgewalt erwartet, daß die Gesetzgebung der Einzelstaaten diese Vorschriften der Bundesverfassung ausführt; der Bund selbst begnügt sich mit der Oberaufsicht und greift nur nach Umständen durch Gesetze ein. In beiden Bundesstaaten gilt der gute Grundsatz, daß die Bundesgewalt überall da in Thätigkeit tritt wo die Kraft der Einzelstaaten nicht ausreicht. Sie hat nach der Verfassung für „die allgemeine Wohlfahrt“ zu

sorgen und sie übt dies vielumfassende Recht durch die verschiedensten Mittel. Bald errichtet sie selbst eine große Verkehrsanstalt, bald unterstützt sie die Einzelstaaten bei solchen Unternehmungen. So sind in Amerika, durch die Union oder mit ihrer Beihilfe, zahlreiche große Verkehrswege geschaffen worden, von der Cumberlandstraße bis zum Erie=Canal und der Pacific=Eisenbahn. Regelmäßig warf der Particularismus die Frage auf, ob denn der Bund competent sei zu solchen internal improvements; und regelmäßig überzeugte sich der praktische Sinn der Amerikaner, daß die abstracte Doctrin der Gewaltentrennung den Bedürfnissen des lebendigen Staates widerstreitet. Ebenso hat der Schweizerbund, theils allein, theils mit Beihilfe der betheiligten Cantone, die Alpenwege über den Brünig und die Furka, die Axenstraße, das ganze Straßennetz des Cantons Graubünden erbaut. Mit Recht sagt der Zürcher Staatsmann Dubs in der lehrreichen Schrift „zur Verständigung über die Bundesrevision", dies treue Zusammenwirken des Bundes mit den Cantonen sei unter allen Segnungen der Verfassung von 1848 die schönste. Die beste Lebenskraft bündischer Staaten offenbart sich in solcher Unterstützung des schwachen Genossen durch die Macht der Gesammtheit. Desgleichen muß in einem gesunden Bundesstaate der Einzelstaat immer bereit sein, der Gesammtheit seinen dienenden Arm zu leihen. Wie der achäische Bund, die einzige Foederation des Alterthums, welche den modernen Bundesstaaten verwandt ist, zuweilen einzelnen Städten anbefahl ein Heer zu rüsten und im Namen des Bundes einen Feldzug zu führen, so hat auch die Union während des letzten Bürgerkrieges wiederholt die Hilfe ihrer Gliederstaaten angerufen und diesen die Rechte der Militärhoheit, welche dem Bunde zustehen, übertragen. Auch im Frieden wird die Ausführung der Bundesbeschlüsse in unzähligen Fällen den Einzelstaaten anvertraut. Eine scharfe, unverrückbare Abgrenzung der Competenzen widerspricht dem Wesen des Bundesstaats. Weder die Bundesgewalt noch die Staatsgewalt des Einzelstaates ist eine selbständige Regierung, sondern Beide sind nur die Organe eines und desselben Gesammtstaats und darum gezwungen einander gegenseitig zu unterstützen; bei solchem Zusammenwirken gebührt aber Oberaufsicht und Leitung stets dem Bunde.

Endlich ist es keineswegs unerläßlich, daß die materiellen Mittel des Bundes von den Einzelstaaten unabhängig sein müßten. Gewiß erscheint die Staatseinheit des Bundesstaats greifbarer, anschaulicher vor den Augen des Volks, wenn der Bund alle Steuern, deren er bedarf, durch seine eigenen Beamten erhebt. Auch ist es kaum möglich, die Matrikularbeiträge gerecht zu veranlagen. Vertheilt man sie nach der Einwohnerzahl, so werden sie zu einer rohen Kopfsteuer; berücksichtigt man den durchschnitt=

lichen Wohlstand der Staaten, so kann leicht geschehen, was die Schweiz noch vor Kurzem beklagen mußte, daß der arme Baseler zehnmal so hoch besteuert wird als der arme Urner. Doch das Alles sind nur Fragen der Zweckmäßigkeit. Da die Behörden der Einzelstaaten dem Bunde ebenso zum Gehorsam verpflichtet sind wie seine unmittelbaren Beamten, so ist es principiell gleichgiltig, ob er durch Diese oder durch Jene seine Einnahmen einziehen läßt. Der achäische Bund bestritt alle seine Ausgaben durch Matricularbeiträge, und der Bundesstaat der Schweiz hat nach fünfundzwanzigjährigem Bestande noch immer nicht ganz auf diesen Nothbehelf verzichtet. Das Wesen des Bundesstaates bleibt gewahrt, wenn nur durch die thatsächlichen Machtverhältnisse und durch eine strenge Executionsordnung die Widerstandskraft der Einzelstaaten so weit geschwächt ist, daß der Bund sicher auf den rechtzeitigen Eingang seiner Einnahmen zählen kann.

So steht die dualistische Theorie von den zwei Souveränitäten des Bundesstaates in offenbarem Widerspruche mit dem Staatsrechte der beiden Bundesstaaten der Gegenwart. Wollen wir ihr eine positive Lehre gegenüberstellen, so müssen wir ausgehen von dem Begriffe des Staats. Der Staat ist das als unabhängige Macht rechtlich geeinte Volk. Er ist Macht, berechtigt und befähigt seinen Willen gegen jeden anderen Willen mit den Waffen zu behaupten; er ist unabhängige, souveräne Macht, außer Stande einem fremden Willen zu gehorchen, von allen anderen Gemeinschaften dadurch unterschieden, daß er keine höhere Gewalt über sich erträgt. Macht und Unabhängigkeit sind selbstverständlich relative Begriffe, nur mit solchen Begriffen rechnet die Politik. Wie die Machtstellung des Staates mannichfache Abstufungen verträgt und zuweilen sogar mehr auf der Eifersucht und dem Gleichgewicht der Nachbarstaaten, als auf der Kraft des Staates selbst beruht, so kann auch die Souveränität des Staates durch Verträge erheblich beschränkt werden. Das Großherzogthum Luxemburg bleibt leider unbestreitbar souverän und darum ein Staat, obgleich sein Zoll- und Eisenbahnwesen den Gesetzen des Deutschen Reichs unterliegt. Es ist aber ein offenbarer Trugschluß, wenn man hieraus neuerdings zu folgern sucht, daß die Souveränität ein Wahnbegriff sei oder nicht zum Wesen des Staates gehöre. Der Staat steht und fällt mit der Souveränität. Eine Gemeinde oder eine Provinz wird sofort selbst ein Staat sobald sie die über ihr stehende Gewalt abgeworfen und die Souveränität für sich errungen hat. Seit Aristoteles zuerst die Autarkie, die Fähigkeit sich selber zu genügen und sich nach eigenem Willen zu bewegen, für den Staat forderte, sind fast alle Denker, die mit Ernst und Tiefsinn den Staat zu verstehen suchten, von den verschiedensten Aus-

gangspunkten her zu dem Satze zurückgekehrt, daß dem Staate die schlechthin höchste, die souveräne Gewalt gebührt; und es bleibt ein dauerndes Verdienst Pufendorf's, daß er, freilich mit der Härte des Absolutisten, diesen Gedanken der Souveränität in seiner ganzen Klarheit und Schärfe mitten hinein gerückt hat in die mit Phrasen und Halbwahrheiten wie mit einem Dunstkreise umhüllte Lehre von den Foederationen.

Die höchste Gewalt ist eben die höchste. Sie mag einzelne ihrer Rechte durch ihre Unterthanen ausüben lassen oder an andere Staaten abtreten; doch irgendwo muß der Schwerpunkt der Souveränität, der feste Kern dieses relativen Begriffs, liegen, irgend welche Souveränitätsrechte muß es doch geben, deren der Staat sich nicht entäußern kann, ohne daß er aufhört ein Staat zu sein. Und faßt man sich nur das Herz, den überlieferten Fabeln der Bundesstaatsverfassungen scharf ins Gesicht zu schauen, so ist dieser unveräußerliche Kern der Souveränität leicht zu finden. Er liegt in der Kriegsherrlichkeit und in der Befugniß des Staates, den Umfang seiner Hoheitsrechte selber zu bestimmen. Ein Gemeinwesen, das für das Ausland gar nicht vorhanden ist, das von Rechtswegen den Gedanken gar nicht fassen darf seinen Willen gegen fremde Eingriffe zu behaupten, ein Gemeinwesen ohne eigene Waffen ist, politisch betrachtet, nicht mehr ein Staat. Wo das Recht der Fehde jedem Einzelnen zusteht, da ist eine wirkliche Staatsordnung noch nicht vorhanden, der Staat erst im Werden; und wenn eine Landschaft die erste und nächste Pflicht des Staates nicht erfüllen, ihre Angehörigen nicht durch Unterhandlungen mit dem Auslande oder durch das Schwert beschützen darf, so ist sie der überlegenen Macht, welche dieses Schutzrecht für sie ausübt, unterthänig. Und wieder: ein Gemeinwesen, das von Rechtswegen immerdar gewärtigen muß, durch eine fremde Gewalt seiner Hoheitsrechte entkleidet zu werden, ist, rechtlich betrachtet, nicht mehr ein Staat. Wenn ein Staat eine Staatsservitut auf seinem Gebiete erträgt oder durch Vertrag ein Hoheitsrecht abtritt, so erleidet er diese Schmälerung seiner Unabhängigkeit nach seinem freien Entschlusse. Alle Verträge des Völkerrechts gelten nur mit der Clausel rebus sic stantibus, sie binden den Willen des Staates nicht für immer, sie sind aufgehoben sobald ein Krieg zwischen den Vertragschließenden ausbricht. Ein Land dagegen, dessen Hoheitsrechte wider seinen Willen durch das Einschreiten einer anderen Macht vernichtet werden dürfen, ist dieser Macht unterthan. Insoweit, aber auch nur insoweit ist der frevelhaft mißbrauchte Ausspruch Calhoun's wahr: sovereignty is an entire thing, to divide is to destroy it.

Wendet man diese Sätze auf die Foederationen an, so ergiebt sich die einfache Unterscheidung: im Staatenbunde steht die Souveränität den

Gliedern des Bundes, den Staaten zu, im Bundesstaate der Gesammtheit, dem Bunde. Nur so wird verständlich, warum der Uebergang vom Staatenbunde zum Bundesstaate immer unter schweren Erschütterungen erfolgt. Er ward in der Schweiz erst möglich durch einen Bürgerkrieg, in Nordamerika erst durch ein Jahrzehnt der Noth und Schmach, und zwei Menschenalter darauf bedurfte es noch eines blutigen Kampfes, um als feste Rechtsordnung durchzuführen was einst in Philadelphia als Grundsatz beschlossen war. Dieser Widerstand der Gliederstaaten gegen den Bundesstaat ist durchaus naturgemäß, sie kämpfen um ihre Souveränität, sie wehren sich ihres Daseins als Staaten. Die Denker des Foederalist waren auf der rechten Fährte, als sie aussprachen, ein Staat könne nicht gehorchen; doch sie irrten, wenn sie meinten diese unabänderliche Nothwendigkeit umgehen zu können durch die Annahme zweier Souveränitäten. Ihre Praxis war redlicher als ihre Theorie; sie vernichteten die Souveränität der Staaten, indem sie ihnen das Recht der Waffen, mindestens in allem Wesentlichen, nahmen und sie der Gesetzgebung des Bundes bedingungslos unterwarfen. Wenn gleichwohl die Grundgesetze Amerika's und der Schweiz von der Souveränität ihrer Glieder reden, so entspringt diese Fiction den berechtigten Rücksichten politischer Klugheit; der Gesetzgeber thut nicht immer wohl daran die Dinge beim rechten Namen zu nennen, ihm scheint nicht rathsam, den Particularismus durch das schroffe Aussprechen unbequemer Wahrheiten ohne Noth zu reizen. Die Wissenschaft aber verschmäht die Fictionen, sie soll wahr sein, soll das Wesen der Dinge scharf und bestimmt bezeichnen. Auch der Name der Vereinigten Staaten thut nichts zur Sache. Er entstand bekanntlich aus zufälligem Anlaß, da es eine gemeinsame Bezeichnung für England's amerikanische Besitzungen nicht gab und der Ausdruck „Colonien“ nach der Losreißung nicht mehr zutraf; man hat lange geschwankt, ob man nicht dem Vorbilde der Union, den Niederlanden, den Namen „Vereinigte Provinzen“ entlehnen sollte.

Vor dem wissenschaftlichen Urtheile erscheinen die Staaten der Union wie die Cantone der Schweiz heute lediglich als Provinzen, ausgestattet mit einem freilich vielumfassenden Rechte der Autonomie, das aber innerhalb der Schranken der Bundesgesetzgebung sich zu halten hat und durch diese jederzeit gemindert werden kann. Der alleinige Inhaber der Souveränität in der Union ist die Gesammtheit des nordamerikanischen Volks; die Unionsverfassung beginnt mit den berühmten Worten, die jeden Einwand abschneiden: „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, verordnen und setzen ein diese Verfassung.“ Die Organe dieses alleinigen Souveräns, die Unionsbehörden erlassen ihre Befehle je nach Umständen bald unmittelbar an die Bürger bald an die Behörden der Gliederstaaten und haben von

Beiden Gehorsam zu fordern. Erst die grausame Wahrhaftigkeit des Krieges hat die treuen Freunde der Union gezwungen, diese allein haltbare Ansicht rückhaltlos auszusprechen. Als der Bürgerkrieg hereinbrach, sagte der alte Binney: die Staaten der Union stehen sub graviore lege, sie sind nicht souverän in der wahren Bedeutung des Wortes, sondern höchstens souverän in jenem unbestimmten allgemeinen Sinne, wie jeder Mensch souverän genannt werden kann, weil er auf irgend einem Gebiete des Denkens oder des Handelns keine Abhängigkeit anerkennt.

Der Bundesstaat ist dem Einheitsstaat näher verwandt als dem Staatenbunde; er besitzt wie jener eine höchste Staatsgewalt über unterthänigen Gliedern, er erstrebt wie jener die allgemeinen Staatszwecke: Vertheidigung nach Außen, Schutz des Rechts, Beförderung der Wohlfahrt, und unterscheidet sich von ihm nur in zweifacher Beziehung. Die den Cantonen des Bundesstaats überlassene politische Macht ist ihnen nicht unmittelbar von der Centralgewalt übertragen, wird nicht ausgeübt im Namen und Auftrag der Gesammtheit, wie die politische Gewalt, welche den Gemeinden und Provinzen eines Einheitsstaats zukommt; sie wird nur mittelbar geleitet durch den Gesammtstaat, der sie im Einklang erhält mit den Interessen der Gesammtheit und sie nöthigenfalls zu beschränken befugt ist. Sodann kommen die Beschlüsse des Bundes nur zu Stande unter Mitwirkung der Glieder, und ihre Ausführung wird oft den Gliedern überlassen. Darin liegt eine letzte Erinnerung an die Souveränität, welche den Cantonen vormals zustand; aber der also gebildete Gesammtwille ist der Wille der Gesammtheit, nicht einer Summe von Mitgliedern, oder, um ein oft irrig angewendetes Wort Rousseau's richtig zu gebrauchen, im Bundesstaate wie im Einheitsstaate ist die volonté générale nicht gleichbedeutend mit der volonté de tous.

Nur diese Auffassung bringt Einheit und Zusammenhang in die Institutionen des Bundesstaats. Sie allein sichert den wichtigen Grundsatz, daß die Verfassung des Bundesstaats in keiner Weise als ein Vertrag anzusehen ist. Mag immerhin ein Vertrag zwischen souveränen Staaten der Bundesverfassung vorhergegangen sein — was aber weder in Amerika noch in der Schweiz der Fall war: — sobald der Bundesstaat sich constituirt hat, besitzt jener Vertrag nur noch historischen Werth und kann höchstens noch als Interpretationsmittel zur Erklärung der Bundesverfassung dienen. Durch die Errichtung des Bundesstaats sind die Versprechungen des Vertrags in Verfassungsrecht verwandelt worden; dies neue Grundgesetz ist unbedingt verbindlich und darf von den vormals souveränen Staaten ebenso wenig in Frage gestellt werden, wie die Bürger eines Einheitsstaates, der ja auch zuweilen durch Verträge entsteht, diesem

den Gehorsam verweigern dürfen. Dabei ist es rechtlich gleichgiltig, ob die Bundesverfassung in Gesetzen und parlamentarischen Verhandlungen als Vertrag bezeichnet wird; hat doch selbst Frankreich, das Land der härtesten Staatseinheit, zuweilen sein Grundgesetz einen pacte fondamental genannt. Wie die Provinzen des Einheitsstaats, so haben auch die Cantone des Bundesstaats unter keinen Umständen das Recht auszuscheiden aus der Staatsgemeinschaft. Das sogenannte Recht des Widerstandes muß im Bundesstaate genau ebenso beurtheilt werden wie im Einheitsstaate. Wohl fordert der freie Staat nur den verfassungsmäßigen Gehorsam, er läßt die Nichtbefolgung gesetzwidriger Befehle straflos. Aber ein positives Recht des Widerstandes steht dem Unterthan nicht zu; nicht er hat über die Gesetzlichkeit der Handlungen der Obrigkeit zu befinden. Maßt er sich dies Recht an, so handelt er auf eigene Gefahr, und der Staat selbst entscheidet durch seine Organe, die Gerichte, ob der Befehl rechtsgiltig und der Widerstand strafbar war. Desgleichen im Bundesstaate entscheidet allein der Bund durch seine verfassungsmäßigen Organe, ob der an sich verbotene Ungehorsam eines Cantons in einem gegebenen Falle straflos bleiben soll. Ein Recht der Cantone, Bundesbeschlüsse für nichtig zu erklären, wäre die verewigte Anarchie, oder, wie Madison einst weissagte, „Nullification und Secession entsprossen aus derselben giftigen Wurzel".

So fest und folgerecht die Idee des Bundesstaats in dieser theoretischen Construction sich zeigt, ebenso vielgestaltig, mannichfach getrübt und beschränkt erscheint sie in den Gebilden der praktischen Politik. Wo die Cantone sehr ausgedehnte Hoheitsrechte behalten haben und an der Gesinnung des Volks einen starken Rückhalt finden, da wird die Souveränität des Bundes selten sehr wirksam; in der Schweiz ist noch heute das Staatsleben der Cantone mindestens ebenso reich und bedeutsam wie die Thätigkeit des Bundes. Unterhält der Bund kein starkes stehendes Heer, während den Cantonen das Aufgebot der Milizen zusteht, so geräth seine Militärhoheit in Vergessenheit; und kommt dann auch das wichtigste seiner Rechte, das Recht der Competenzerweiterung, lange Zeit hindurch außer Uebung, so lockern sich die Bande der Einheit und der Unterschied zwischen Staatenbund und Bundesstaat ist praktisch kaum noch erkennbar. So in Amerika vor dem Bürgerkriege. Aber dann offenbart sich auch früher oder später in schweren Kämpfen das historische Gesetz, daß kein Staat die Frage: wem die Souveränität zustehe? auf die Dauer unentschieden lassen darf.

Der Bundesstaat erwächst überall nur aus eigenartigen, verwickelten Zuständen des Volkslebens. Nichts kann der historischen Erfahrung gröb-

licher widersprechen als die im Lager der deutschen Foederalisten beliebte Versicherung, diese künstlichste und schwierigste aller Staatsformen sei die natürliche Verfassung einer in Stämme gegliederten großen Nation. Vielmehr hat die Geschichte bisher nur dreimal einen Bundesstaat gesehen, jedesmal unter höchst eigenthümlichen, von aller Regel abweichenden Verhältnissen. Der achäische Bund entstand, weil der Stadtstaat der Hellenen unfähig war sich zum Flächenstaate auszugestalten; bedrängt durch übermächtige Nachbarn griff er dann zu dem Nothbehelfe foederativer Staatsbildung; und wahrhaftig nicht in diesen bündischen Versuchen, sondern in der festen Einheit des Stadtstaates der Athener hat der hellenische Staatsgedanke seine kräftigste Verkörperung gefunden. Der Bundesstaat der Eidgenossen ruht auf dem uralten, wohlberechtigten, durch die geographische Gestaltung des Landes beständig genährten Sondergeiste autonomer kleiner Gemeinwesen; er gewährt den Bruchstücken von drei oder vier Nationen die ungebundene Freiheit, in schönem Wetteifer einen Reichthum volksthümlicher Eigenart zu entfalten, welchen die straffere Ordnung des Einstaates zerstören würde. Wohl hat die nivellirende Einwirkung des modernen Verkehrs auch in der Eidgenossenschaft manches alte örtliche Sonderleben zerstört; die gewerbreichen Landschaften der nördlichen Schweiz bilden heute eine ziemlich gleichartige Masse. Aber noch jetzt und noch auf lange hinaus bestehen in dem Schweizerbunde drei tief verschiedene Landschaftsgruppen: die Industrielande der Ebene, die katholischen Hochalpenlandschaften der inneren Schweiz und die romanischen Lande der Westschweiz — eine kleine Welt von natürlichen Gegensätzen, die nur durch gewaltsame Härte einer gleichmäßigen Ordnung unterworfen werden kann. Der entscheidende Grund, welcher andere Staaten zu festeren Formen politischer Einheit zwingt, die Nothwendigkeit kriegerischer Machtentfaltung, fällt in diesem neutralen Kleinstaate hinweg; ja, die Eidgenossenschaft findet grade in der lockeren bündischen Gliederung die Gewähr ihrer Sicherheit, denn offenbar kann ein Bund von zweiundzwanzig Cantonen leichter dem Einfluß benachbarter Großmächte widerstehen, als ein kleiner Einheitsstaat mit zwei Millionen Einwohnern.

In Amerika wird der Bundesstaat bedingt durch die unfertigen Zustände einer werdenden Nation. Ein über die unendlichen Räume eines Welttheils zerstreutes, an das höchste Maß der Selbstverwaltung und der persönlichen Freiheit gewöhntes Volk vermag eine festere Centralisation, als der Bundesstaat sie bietet, schwerlich zu ertragen; fraglich ist nur, ob diese ungeheuren Gebiete auf die Dauer eine politische Gemeinschaft bilden können. Dies junge Volksthum verwandelt sich noch beständig durch neue Einwanderungen wie durch das rastlose Ab- und Zuwogen im Innern des

Landes; sein Charakter ist noch nicht durchgebildet. Die neue Welt ringt noch mit den elementaren Kräften der Wildniß, sie kämpft noch um die ersten Voraussetzungen der Gesittung; wirkliche Hauptstädte, Mittelpunkte einer lebendigen Cultur, welche landschaftlichem Sonderleben zur Stütze dienen, haben in diesem athemlosen Treiben sich noch nicht emporheben können. Die centrifugalen Kräfte, welche der Bund in sich schließt, sind noch nicht gereift und darum auch im jüngsten Kriege durch die Union für diesmal niedergeworfen worden. Seitdem hat die Bundesgewalt eine Politik rücksichtsloser Centralisation geführt. Wie mächtig ihr Einfluß gestiegen, zeigt schon ein Blick auf die Finanzen: die Unionsschulden belaufen sich auf 2234 Mill. Dollars, die Schulden sämmtlicher Staaten nur auf 353 Mill. Aber der Friede ward erkauft um den Preis der wirthschaftlichen Vernichtung der Sclavenstaaten; die Gemüther hat er nicht versöhnt, das lehrt der unheimliche Rassenkrieg, der soeben in den Südstaaten wieder zu toben beginnt. Wohl möglich, daß diese ersten Funken des Bürgerkriegs dereinst noch in hellen Flammen aufschlagen, daß die verfrühte Gleichberechtigung der Farbigen zu einer neuen Erhebung des Südens führt. Und würde die Union jemals zerspaltet, dann hätte das bequeme Leben dieses Staates ohne Nachbarn ein Ende. Auch Amerika würde dann die harten Pflichten kennen lernen, welche das Staatensystem Europas unseren alten Staaten auferlegt, und seine Verfassung schwerlich unverändert bewahren können. —

Steht es nun wirklich so wie die meisten Lehrer des deutschen Reichsrechts behaupten? Ist unser neues Reich, der nationale Staat eines alten einigen Culturvolks, wirklich nur ein Bundesstaat? nur ein monarchisches Gegenbild jener beiden aus höchst außerordentlichen Verhältnissen hervorgegangenen Bundesrepubliken? Nimmermehr genügt es doch, über die handgreiflichen Unterschiede des deutschen und des amerikanischen Staatsrechts sich hinwegzusetzen mit der beliebten Ausflucht: das deutsche Reich ist ein Bundesstaat, aber mit eigenthümlichen Formen, welche sich aus den Machtverhältnissen der deutschen Staaten erklären. Jede Staatsverfassung ist der rechtliche Ausdruck der Machtverhältnisse, und zu verstehen, wie die Verschiedenheit der staatsrechtlichen Formen durch die Verschiedenheit der Macht bedingt wird, bleibt die eigentliche Aufgabe der politischen Theorie. Präsident Grant wünschte jüngst unserm Vaterlande Glück, weil auch wir zu „dem amerikanischen Systeme“ uns bekehrt hätten, und begrüßte die deutsche Revolution als einen Beweis für „den steigenden Einfluß der amerikanischen Ideen“. Mit gleichem Rechte kann jeder andere germanische Staat in dem neuen deutschen Reiche den Einfluß seiner Ideen wiederfinden. In Wahrheit ist unser Reich der amerikanischen Union nur verwandt durch den gemeinsamen Charakter germanischer Staatsbildung.

Der starke persönliche Unabhängigkeitstrieb und die lebendige historische Pietät der Germanen haben dem Staate überall lockere unsystematische Formen gegeben, weit abweichend von der logischen Consequenz der Romanen, welche nach einfacher Ordnung, unbedingter Centralisation drängt. Nicht blos die Bünde Amerikas und der Schweiz, sondern alle germanischen und halbgermanischen Staaten ohne Ausnahme zeigen dies lose, ungleichmäßige Gefüge. Wir finden es wieder in der Verbindung Schwedens und Norwegens, die weder als Personal- noch als Realunion erscheint, in dem dänischen Gesammtstaate, in der Sonderstellung der deutschen Ostseeprovinzen Rußlands, in der freien Bewegung der holländischen Provinzen, in dem schwerfälligen Gebäude der österreichischen Monarchie, und vornehmlich in dem britischen Staate, der jedem der drei vereinigten Königreiche eigenthümliche Formen der Rechtspflege und des Kirchenwesens zugesteht, auf den normannischen Inseln eine selbständige Verwaltung, auf Man eine selbständige Verfassung duldet und in seinem weiten Colonialreiche eine bunte Musterkarte der verschiedensten Verfassungen aufweist.

Auf diesem gemeinsamen Boden germanischer Freiheit ist auch unser deutscher Staat erwachsen, aber als ein Gebilde von derber nationaler Eigenart, nicht angelehnt an fremde Vorbilder, sondern noch immer dem Kernworte des alten J. J. Moser entsprechend: Teutschland wird auf teutsch regiert. Das deutsche Reich hat die großen Ueberlieferungen des alten heiligen Reiches, soweit sie noch zu leben vermochten in einer verwandelten Zeit, von Neuem wachgerufen. Seine führende Macht, Preußen, lernte in der Schule des Zollvereins, die für die deutsche Gegenwart weit fruchtbarer war als man gemeinhin annimmt, das Wesen der Monarchie unter bündischen Formen zu wahren; sie lernte sodann, wie die Begründer des Norddeutschen Bundes vor dem constituirenden Reichstage wiederholt bekannten, aus den Erfahrungen der mißlungenen Einheitsbewegung von 1848, welche Klippen zu vermeiden, welche Zugeständnisse unerläßlich seien um die widerstrebenden Dynastien unter eine nationale Staatsgewalt zu beugen. Aus diesen Voraussetzungen der vaterländischen Geschichte, nicht nach der theoretischen Schablone des Bundesstaats muß die neue Verfassung Deutschlands erklärt werden.

Ich habe vorhin willig eingestanden, daß ich in der Abhandlung „Bundesstaat und Einheitsstaat", den Begriff des Bundesstaats noch nicht richtig auffaßte; dagegen muß ich den wesentlichen Inhalt jener Arbeit — den Nachweis, daß dem deutschen Staate alle Vorbedingungen eines rein bündischen Lebens gänzlich fehlen — noch heute bis auf das letzte Wort aufrechthalten. Ich versuchte damals zu zeigen, nicht der Bundesstaat schlechthin, sondern die Befreiung von Oesterreich und der Anschluß des

übrigen Deutschlands an den preußischen Einheitsstaat sei unsere Aufgabe; allein Preußen könne dem zerrissenen Vaterlande eine Verfassung geben, aber da die deutsche Nation zu ihren angestammten Fürstenhäusern anders stehe als die Italiener zu ihren Fremdherrschern, so sei auch der reine Einheitsstaat nicht die einzig mögliche Form der deutschen Einheit. Man hat diese Sätze einst bald der radikalen Härte, bald schwankender Unsicherheit beschuldigt; heute weiß ich ihnen nur wenig hinzuzufügen. Preußen hat wirklich, im Kampfe gegen Oesterreich und fast das gesammte übrige Deutschland, der deutschen Nation die Grundgedanken ihrer neuen Staatsordnung auferlegt, und mit dieser einen Thatsache ist für jeden klaren Kopf schon gesagt, daß der zusammengesetzte Staat, in dem wir leben, ein reiner Bundesstaat nicht sein kann.

Tocqueville bemerkt einmal scharfsinnig: die amerikanische Union stünde fester, wenn ein übermächtiger Staat die Bundesgewalt stützte; aber dann würde sie ihr Wesen aufgeben, sie würde ihre Kraft schöpfen aus einem ihr selbst entgegengesetzten Principe. Eben dies ist Deutschlands Fall. Jeder Bundesstaat beruht auf dem annähernden Gleichgewicht seiner Glieder; nur dann ist die gleichmäßige Unterwerfung Aller unter die Bundesgewalt vorhanden. Darum hat noch in jedem Bunde, der ein kräftiges bündisches Leben besaß, die Berechnung großer Staatsmänner wie die Naturgewalt der Geschichte selber darnach getrachtet, dies Gleichgewicht zwischen den Bundesgenossen zu erhalten, die Macht der überstarken zu zerschlagen. Wenn eine mächtige Nachbarstadt dem achäischen Bunde beitrat, dann pflegte Philopoimen, durchaus im Geiste einer gesunden foederalen Politik, Stücke ihres Gebietes abzureißen und an die mindermächtigen Genossen zu vertheilen. In der Schweiz war der Canton Bern zur Zeit des dreißigjährigen Krieges mächtiger als alle anderen Eidgenossen; er beherrschte 235, die übrigen Cantone 225 Geviertmeilen; selbst damals ward auf diesem Boden des Foederalismus nie daran gedacht, die Uebermacht zur Eroberung zu mißbrauchen, obgleich die kleinen Cantone der Waldstätte zuweilen mit Unrecht solchen Argwohn hegten. Gleichwohl hat die bündische Geschichte des Landes dies Mißverhältniß nicht ertragen, sie hat eine große Zahl neuer Cantone geschaffen, die rechtliche Gleichheit der Bundesgenossen bis in alle Folgerungen durchgeführt und auch die Ungleichheit der Macht dermaßen abgeschwächt, daß Bern von den 752 Geviertmeilen der heutigen Schweiz nur noch 125 besitzt und mit der bescheidenen Stelle eines primus inter pares sich begnügen muß. Das sonst wenig reizbare Rechtsgefühl der Amerikaner ist doch, weil der Foederalismus hier tief in der Geschichte des Landes wurzelt, niemals auch nur auf den Gedanken verfallen, das

Gebiet eines Einzelstaats auf Kosten der Bundesgenossen zu vergrößern. Die neubesiedelten Territorien traten als gleichberechtigte Genossen in die Union ein, selbst die unterworfenen Rebellenstaaten wurden sofort wieder als Unionsstaaten aufgerichtet; und wenn jemals eine Verschiebung der Grenzen innerhalb der Union erfolgte, dann geschah es um mit Genehmigung des Congresses neue Unionsstaaten zu bilden. So ward West-Virginien von dem Staate Virginien abgetrennt, so Maine als Staat constituirt. Von irgendwelcher Hegemonie ist hier noch weniger eine Spur zu finden als in der Schweiz; der mächtigste Staat der Union, Neu-York, stellt von den 292 Mitgliedern des Congresses nur 32.

Heißt es nicht allen Thatsachen ins Gesicht schlagen, wenn man versucht die rein foederalistische Entwicklung dieser Länder auch nur zu vergleichen mit den Bahnen der deutschen Geschichte? Tausend Jahre lang, so lange es ein Deutschland giebt, hat unser Vaterland eine nationale Monarchie gebildet. Man weiß, wie diese monarchische Ordnung zerbröckelte, wie von dem Wesen des Reiches nichts mehr übrig blieb als die unverlorene Idee der nationalen Einheit und der große Gedanke, daß jedes Recht in Deutschland allein durch Kaiser und Reich verliehen sei. Indessen entfaltete sich das bunte Leben der Territorien, das für lange Zeit alle staatsbildenden Kräfte der Nation, Alles was wir deutsche Freiheit, deutsches Wesen nennen, in sich schloß. Auf dem Boden dieses Territorialismus ist dann die junge Macht erwachsen, welche endlich den Territorialgewalten neue Schranken setzen, Kaiser und Reich in verwandelten Formen wieder aufrichten sollte; der preußische Staat begann die Trümmer Deutschlands unter seiner Krone zu vereinigen, mit einer erfolgreichen Beharrlichkeit, die heute nur noch dem Unverstande als Zufall und Willkür gelten kann. Dieselbe Vernunft der Geschichte, welche in den beiden Ländern des Foederalismus die Zahl der Territorien beständig vermehrte, hat in Deutschlands neuester Geschichte unablässig verlebte Kleinstaaten vernichtet und mit den Gebieten der größeren Nachbarn vereinigt; in wenig mehr als zwei Menschenaltern sind 261 deutsche Staaten vom Erdboden verschwunden. Die Vereinigung des Cantons Zug oder Luzern mit einem Nachbarcanton wäre eine revolutionäre Gewaltthat, eine radikale Roheit, ohne jeden Vorgang in der schweizerischen Geschichte; mit der Vernichtung eines deutschen Mittelstaats würde sich nur zum zweihundertundzweiundsechzigsten Male ein heilsames, dem Geiste der neuen deutschen Geschichte durchaus entsprechendes Ereigniß wiederholen. In allen Zeiten, da der preußische Staat sich selber treu war, hat seine Politik nach dem zweifachen Ziele gestrebt: sein unmittelbares Gebiet zu erweitern und die übrigen deutschen Territorien unter bündischen Formen der Leitung seiner Krone unterzuordnen. Auch die Revolution von 1866

trägt diesen Charakter. Nur darum konnte Preußen die Entscheidung der deutschen Dinge an sich nehmen und dem Vaterlande eine Verfassung geben, weil ihm gelungen war, die große Mehrheit, volle drei Fünftel des heutigen deutschen Volkes unter seiner Königskrone zu vereinigen. Daß diese neue Ordnung auf festem Grunde ruht, ist erwiesen durch die überraschend schnelle Verschmelzung der neuen preußischen Provinzen mit den alten; daß sie gerecht ist, wird von dem unverbildeten Billigkeitsgefühle sofort empfunden, denn in einem freien Volke, das sich als ein Ganzes weiß, muß der politische Wille der Mehrheit von Rechtswegen den Ausschlag geben.

Schon im Jahre 1848 wurde von Bluntschli und einigen anderen Staatslehrern behauptet: die rechtliche Einheit der monarchischen deutschen Welt lasse sich nur in den Formen des Reiches denken; die Reichsgewalt aber sei stärker als die Centralgewalt eines Bundesstaats, im Reiche vollziehe sich die politische Bewegung von oben nach unten, die Theile leiteten ihr Recht von der Verleihung des Reiches her. Der richtige Gedanke, welcher in diesen Sätzen mehr geahnt als klar erkannt sich aussprach, ist inzwischen durch das deutsche Reich ins Leben geführt worden. Unser Reich ist in Wahrheit: der die Mehrheit der Nation unmittelbar beherrschende preußisch-deutsche Einheitsstaat mit den Nebenlanden, welche seiner Krone in foederativen Formen untergeordnet sind, oder kurz: die nationale Monarchie mit bündischen Institutionen.

Die Formen dieser foederativen Unterordnung zeigen allerdings vielfache Aehnlichkeit mit dem Verfassungsrechte der beiden Bundesrepubliken. Wie die Eidgenossenschaft und die Union, so ist auch das Reich unzweifelhaft ein wirklicher Staat, durch sein Grundgesetz berechtigt, alle Zwecke zu verfolgen, welche überhaupt unter den Begriff des Staatszwecks fallen. Seine Verfassung ging zwar hervor aus Verträgen, doch sie wurde, sobald das Reich sich constituirt hatte, ein unbedingt verpflichtendes Staatsgrundgesetz; sie ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt niemals als Landesgesetz veröffentlicht, sondern durch die Staatsgewalten des Reichs beschlossen und als Reichsgesetz verkündet worden. Wie die Union und die Eidgenossenschaft so ist auch das Reich der alleinige Souverän in seinem Gebiete. Diese Souveränität steht nicht der Gesammtheit der Territorialgewalten zu, sondern eben dem Reiche, einer selbständigen Person des öffentlichen Rechts, welche den Gesammtwillen unseres einigen und seiner Einheit endlich bewußten Volkes von Rechtswegen zu bethätigen hat. Wie die Schweizer Cantone und die Staaten der Union, so haben auch die deutschen Territorien ihre Souveränität verloren, sie sind nicht mehr Staaten. Sie besitzen nicht mehr das Recht

der Waffen; die Ehrenrechte, welche den Dynastien im Heerwesen noch zustehen, stoßen den großen Grundsatz nicht um, daß Deutschland nur noch Ein Heer und einen obersten Kriegsherrn hat. Sie sind verpflichtet zum Gehorsam gegen die Reichsgesetze, welche allen Landesgesetzen und Landesverfassungen vorgehen. Das den Unbotmäßigen angedrohte Zwangsmittel der Execution ist nur deßhalb noch niemals angewendet worden, weil offene Widersetzlichkeit noch nie gewagt wurde; die führende Macht hat im Jahre 1866 durch die That bewiesen, daß sie ihren rechtlichen Willen durchzusetzen vermag. Die den Territorien belassenen Hoheitsrechte werden zwar nicht im Namen und Auftrag des Reichs, doch nur innerhalb der Schranken der Reichsgesetzgebung geübt und können durch diese auf verfassungsmäßigem Wege gemindert oder aufgehoben werden gegen den Willen der einzelnen Territorien.

Alle diese Fundamentalsätze sind dem deutschen Reiche mit den beiden Bundesrepubliken gemeinsam, sie haben jedoch in unserer Verfassung einen weit klareren, bestimmteren Ausdruck gefunden als in den Grundgesetzen Amerikas und der Schweiz. Nirgends steht in der deutschen Verfassung jene vieldeutige Clausel, welche den Einzelstaaten alle nicht der Centralgewalt übertragenen Hoheitsrechte wahrt — jener verhängnißvolle Vorbehalt, der in Amerika so harte Kämpfe hervorrief und noch in dem Frankfurter Verfassungsplane wie in dem Drei-Königs-Entwurfe sich vorfand. Nirgends wird von der Souveränität der deutschen Staaten gesprochen. Offenbar mit bewußter Absicht. Die Urheber des deutschen Grundgesetzes haben die Verfassungen der beiden Bundesrepubliken bei ihrem Entwurfe benutzt — was sich von selbst versteht und namentlich durch eine Vergleichung der Eingangssätze leicht bewiesen werden kann. Wenn sie trotzdem in einem so wichtigen Falle ihres eigenen Weges gingen, so handelten sie in der Absicht, unserem Vaterlande die Wirren eines amerikanischen Verfassungskampfes zu ersparen; der berufene „gott- und geschichtslose Souveränitätsschwindel“ der deutschen Fürsten sollte vernichtet werden. Die Befugniß des Reichs, seine Competenz durch Verfassungsänderungen nach Gutdünken zu erweitern, ist durch keinen zweideutigen Vorbehalt beschränkt, sie ist heute längst durch wichtige Präcedenzfälle gesichert, seit das bürgerliche Recht, die Presse und die Vereine der Gesetzgebung des Reiches unterworfen wurden. Nur die Reservatrechte Baierns und einige geringfügige Sonderrechte anderer Territorien können allein mit Zustimmung dieser Staaten selbst beseitigt werden. Aber vereinzelte Ausnahmen, wie sie in allen Grundgesetzen zusammengesetzter Staaten vorkommen, stoßen die Regel nicht um; Baiern wird durch diese privilegirte Stellung im Reiche ebenso wenig eine souveräne Macht, wie ein

Privatmann, dem durch Staatsvertrag politische Rechte zugesichert sind. Nun gar für die Nullificationslehren der amerikanischen Südländer bietet das deutsche Reichsrecht keinen Boden. Der bekannte Schüttinger'sche Antrag wollte die bairischen Minister an die Zustimmung ihres Landtags binden so oft die bairische Verfassung durch ein Reichsgesetz verletzt würde. Er hat das verdiente schmähliche Ende gefunden, denn er enthielt eine offenbare Usurpation, einen Eingriff in die Rechte des Reichs, vornehmlich des Reichstags. Reichsrecht bricht Landesrecht; die Vorschriften der bairischen Verfassung können durch Reichsgesetze nur von Rechtswegen aufgehoben, doch niemals verletzt werden. Daher steht den Landtagen niemals zu, unter Berufung auf ihre Landesverfassung die Verhandlungen des Bundesrathes irgendwie zu stören. Noch weniger sind sie befugt ihre Minister zur Verantwortung zu ziehen wenn angeblich die Interessen des Territoriums durch Reichsgesetze geschädigt worden sind; wie das Landesrecht so hat auch das Interesse der Theile den Geboten der Reichsgewalt sich zu fügen. Für die Beschlüsse des Bundesraths ist allein der Reichskanzler dem Reichstage verantwortlich.

Diese klaren und festen Grundsätze bundesstaatlicher Ordnung erhalten indeß durch die Machtverhältnisse unserer Territorien eine durchaus eigenthümliche Bedeutung. Die Reichsverfassung ist mit nichten ein so chaotisches Werk, wie die Theoretiker zu behaupten pflegen; sie ist mindestens ebenso wohl geordnet wie das Grundgesetz der Schweiz, ja weit klarer und übersichtlicher als die Verfassung der Union; das Verlangen nach systematischer Gesetzgebung entstammt ja erst unserem Jahrhundert. Man muß nur unbefangen lesen, ohne die vorgefaßte Meinung, dies Grundgesetz wolle einen reinen Bundesstaat schaffen. Diese Meinung wird schon durch die monarchische Spitze unseres Reiches widerlegt. Das neue Kaiserthum erscheint in sehr anspruchslosen Formen, fast nur wie ein Festtagskleid der preußischen Krone. Die Verfassung sagt bescheiden: der König von Preußen führt den Titel deutscher Kaiser; vor dem Reichstage wird amtlich nur von den verbündeten Regierungen gesprochen. Der Kaiser hat ein Veto nur in wenigen bestimmt vorgezeichneten Fällen, er handelt immer nur im Namen des Reichs; die rechtliche Möglichkeit ist vorhanden, daß er sich gezwungen sähe, Reichsgesetze, denen er nicht zugestimmt, zu verkündigen. Trotzdem ist eine wirkliche monarchische Gewalt vorhanden; sie zeigt sich formell in der Kriegsherrlichkeit und der Vertretung des Reichs nach Außen, thatsächlich in der Leitung der gesammten Reichspolitik.

Alle Phrasen des Foederalismus beseitigen nicht das alte politische Gesetz, daß die Idee der Foederation ein republikanischer Gedanke ist, die Monarchie aber den Staat personificirt und nach fester Einheit drängt.

Diese junge monarchische Gewalt wirkt mit dem wunderbaren Zauber altheiliger Erinnerungen; man schaue nur offenen Auges in das süddeutsche Leben um zu erkennen, wie lebendig in kurzen drei Jahren die alte Kaisertreue der deutschen Nation wieder erwacht ist. Die kaiserliche Gewalt stützt sich zugleich auf die Macht des größten deutschen Staates, läßt sich ohne diese Stütze gar nicht denken. Die Festigkeit des Bundesstaats liegt in der Gleichheit, die Kraft des deutschen Reichs in der Ungleichheit seiner Glieder. Es war ja doch nur ein schlechter Witz, wenn ein altpreußischer Feudaler einst grollend sagte: „ich würde dem deutschen Kaiser nicht rathen Händel anzufangen mit dem König von Preußen.“ Und es ist doch nur müßige Spielerei, wenn die Theoretiker des Reichsrechts mit feierlicher Miene versichern, Preußen stehe zu dem Reiche nicht anders als die übrigen Territorien. Der König von Preußen beschirmt Deutschland vor dem Auslande und gebietet über das deutsche Heer. Damit ist thatsächlich dem preußischen Staate eine andere Stellung im Reiche angewiesen als den kleinen Bundesgenossen. Auch rechtlich ist Preußens Stellung eine verschiedene: Preußen allein unter den deutschen Territorien hat seine Souveränität nicht verloren, darf wider seinen Willen seiner Hoheitsrechte nicht beraubt werden, da seine siebzehn Stimmen jede Verfassungsänderung verhindern können.

Die Hegemonie Preußens beruht nicht allein auf seiner überlegenen Macht, sondern alle Grundlagen unserer neuen Staatsordnung sind durch Preußen geschaffen. Wie Preußen einst die Norddeutsche Bundesverfassung entwarf, so ist unter Preußens Leitung jener große Krieg geführt worden, der die Uebermacht Frankreichs, den Schöpfer und die Stütze der kleinköniglichen Souveränität, vernichtet und die lange verfeindeten Stämme unseres Volks für immer in treuer Waffenbrüderschaft verbunden hat. Das preußische Zollgesetz, von den anderen Territorien mit einigen Aenderungen angenommen, schuf uns die Einheit des deutschen Marktes. Das preußische Heer hat sich erweitert zum deutschen Heere. Die preußische Diplomatie, verstärkt durch frische Kräfte aus dem übrigen Deutschland, wahrt unsere Rechte in der Fremde, nach den altpreußischen Traditionen, die auch unter größeren Verhältnissen noch fortwirken. In dem gesammten Leben des Reichs offenbart sich überall der Einfluß preußischer Staatsgedanken. Wer ein Auge hat für den großen Zusammenhang der historischen Dinge, kann nicht bezweifeln, daß die letzten zwei Jahrhunderte preußischer Politik der Zukunft einfach als die Vorgeschichte des neuen deutschen Reichs erscheinen werden. Im Auslande, wo man die Zustände im Großen überblickt, glaubt denn auch kein Einsichtiger an den deutschen Bundesstaat; man weiß sehr wohl, daß wir

der Macht unseres führenden Staates eine weit festere Form politischer Einheit verdanken, nur die Eitelkeit der Yankees gefällt sich zuweilen in Vergleichungen deutscher und amerikanischer Verhältnisse. Die hegemonische Stellung Preußens im Reiche findet ihres Gleichen nicht in der Geschichte der Foederationen; selbst der Bund der Vereinigten Niederlande, der unter allen bündischen Staaten unserem Reiche noch am nächsten steht, zeigt nur eine entfernte Aehnlichkeit. Seine führende Provinz Holland stand als eine Macht unter sieben, Preußen steht als eine unter fünfundzwanzig, also jedem einzelnen Bundesgenossen ungleich überlegener gegenüber, und dem Staate Holland fehlte der eigentliche Nerv politischer Macht, die Leitung des nationalen Heeres, welche der Krone Preußen zusteht. Holland war nur die mächtigste der Sieben Provinzen; Preußen ist der feste Kern des neuen Deutschlands, dem die übrigen Territorien sich angeschlossen haben.

Dies Machtverhältniß findet seinen Ausdruck in der Organisation der Reichsgewalten. Man kannte in Berlin aus schmerzlicher Erfahrung die reizbare Empfindlichkeit der deutschen Dynastien; man wahrte darum in der Form die Gleichberechtigung der Bundesgenossen mit einer klugen Selbstverleugnung, die erst bei späteren Geschlechtern die rechte Würdigung finden wird. Bei der Vertheilung der Stimmen des Bundesraths sind die kleinen Territorien, wie in jedem zusammengesetzten Staate, auffällig bevorzugt, also daß Bückeburg für 30,000, Baiern erst für 800,000, Preußen für 1½ Millionen Einwohner je eine Stimme führt. Preußen will die Politik des Reiches leiten nicht durch den Mißbrauch formaler Vorrechte, sondern durch das natürliche Uebergewicht der Macht und durch eine maßvolle, redliche, vertrauenerweckende Haltung. Auch das Volk der kleinen Territorien ist nach Reichsrecht in jeder Weise den Preußen gleichberechtigt. Der Spottname „Preußen zweiter Klasse“ ist rasch wieder verschollen, weil er nicht mehr zutrifft. Der preußische Staat ist von Altersher gewöhnt, die derbe Kraft seiner niedersächsischen Stämme durch Talente aus allen deutschen Ländern zu ergänzen; im Reichsdienste wird nach der Herkunft der Beamten gar nicht mehr gefragt. Aber wie billig und rücksichtsvoll man den kleinen Bundesgenossen entgegenkommen mag, die letzte Entscheidung der Lebensfragen deutscher Politik muß sich der führende Staat selber vorbehalten. Zu diesem Zwecke dienen das Amt des Reichskanzlers und der Bundesrath — zwei vielgescholtene und doch lebenskräftige und nothwendige Institutionen.

In dem Amte des Reichskanzlers ist die uralte Würde des Erzkanzlers in Germanien wieder aufgelebt, die so oft, vornehmlich in den Tagen Bertholds von Henneberg, bestimmend eingriff in die deutschen Geschicke. Doch während einst der Kurfürst von Mainz aus seiner Landeshoheit den

besten Theil seines Einflusses herleitete und als Landesherr der natürliche Führer foederalistischer Politik war, ist der heutige Reichskanzler ein monarchischer Beamter schlichtweg, er dankt seine Macht allein seinem kaiserlichen Herrn. Er ist zugleich, wie einst der holländische Rathspensionär, der erste Beamte des führenden Staates, er vertritt den Staatswillen Preußens. Anschaulicher als durch diese Vergleichung von Einst und Jetzt läßt sich nicht zeigen, wie gänzlich der Schwerpunkt des deutschen Staatslebens sich verschoben hat; der Foederalismus versinkt, das Gestirn der Monarchie steigt auf. Sollte aber der Staatswille Preußens unmittelbar einwirken auf die Beschlüsse des Reichs, so mußte auch den übrigen Territorialgewalten das gleiche Recht eingeräumt und die Centralgewalt in der Gestalt einer Gesandtenconferenz eingerichtet werden. Der Bundesrath vermag in seinen geheimen Verhandlungen die Interessen und Ansprüche der Territorialgewalten wirksamer zu vertreten, billiger auszugleichen als der amerikanische Senat oder der schweizerische Nationalrath; ebendeßhalb muß in ihm der Einfluß der mächtigeren Glieder, und vornehmlich Preußens, sehr stark empfunden werden. Die preußischen Gesandtschaften im Reiche, die nur scheinbar eine Anomalie, in Wahrheit unentbehrlich sind, sorgen zudem für ein leidliches Einvernehmen zwischen der führenden Macht und den kleinen Höfen.

Noch zwei andere Erwägungen haben offenbar mitgewirkt bei der Bildung des Bundesraths. Zunächst das Verlangen nach leidlich einfachen Verfassungsformen; die überaus verwickelten Institutionen der deutschen Territorien vertragen über sich nur eine so leicht und einfach eingerichtete Centralgewalt, die jedem Gliederstaate das Recht gewährt auf die Reichsbeschlüsse unmittelbar einzuwirken. Sodann die wohlberechtigte Rücksicht auf die altüberlieferte Macht der Dynastien. In einer monarchischen Welt, sagte Stahl vor Jahren, wird wohl der Staat durch den Fürsten, doch der Fürst nicht immer durch den Staat vertreten. Darum fühlten schon während der Revolution von 1848 alle guten politischen Köpfe, daß ein Staatenhaus als Vertretung der deutschen Dynastien nicht genüge, sondern ein Fürstenrath in irgend welchen Formen unentbehrlich sei, wenn nicht die Höfe zu Feinden des Reiches werden sollten. Diesen Gedanken sprach der Prinz von Preußen schon im Frühjahr 1848 aus, in jenem Schreiben an Dahlmann, das von dem gesunden politischen Urtheil seines Verfassers ein so denkwürdiges Zeugniß giebt; dann sind Bunsen, Mathy und die Mehrheit des Frankfurter Verfassungsausschusses, nachher, im Erfurter Reichstage, Herr v. Bismarck und Andere auf dieselbe Idee zurückgekommen. Sechszehn Jahre darauf ward durch den feudalen Heißsporn von Erfurt mit glücklichem Griffe der Bundesrath gebildet, der die Functionen einer

Bundesregierung, eines Staatsrathes und eines Staatenhauses in sich vereinigt — eine foederative Behörde, die jedem Bundesgenossen den Schutz seiner Interessen verbürgt, und doch zugleich eine monarchische Institution, weil der Vertreter des Kaisers, der Reichskanzler, diese foederativen Kräfte mit fühlbarem Nachdruck leitet. Wer an den Bundesrath herantritt mit vorgefaßten Begriffen vom Bundesstaate, der wird dieser Behörde nie gerecht werden; er muß in ihr eine staatenbündische Institution sehen, eine Centralgewalt, die unter den Gliedern stände, wie die Generalstaaten der Niederlande. Das Wesen der Sache wird nur verstanden, wenn man wieder anknüpft an die Traditionen unseres alten Reichs. Der Bundesrath ist der in neuer Gestalt wieder aufgelebte Reichstag des heiligen Reichs, die Vertretung der Reichsstände neben dem Kaiser; nur erscheint auch hier wie überall die kaiserliche Majestät des neuen Deutschlands in der Form bescheidener, in der Sache mächtiger als das alte Kaiserthum. Vor der Wiederkehr der Regensburger Reichstagsträgheit sichert uns die reale Macht der neuen Kaiserwürde und jene unscheinbare doch höchst wirksame Vorschrift des Artik. 7: „nicht vertretene oder nicht instruirte Stimmen werden nicht gezählt“. Der Selbsterhaltungstrieb nöthigt die kleinen Höfe, sich jederzeit und durch tüchtige Kräfte im Bundesrathe vertreten zu lassen. Ein noch kräftigerer Antrieb zur Thätigkeit liegt in dem Dasein des deutschen Parlaments. Die uralte Klage, daß die Nation mediatisirt sei und dem Reichstage ein Unterhaus fehle, ist endlich verstummt; dem neuen Reiche ist das rechtliche Zusammenwirken der Territorialgewalten mit der Gesammtheit der Nation gesichert, das zum Wesen des zusammengesetzten Staates gehört. Und dies Parlament wird, wie das Kaiserthum, durch das Gesetz seines Lebens gezwungen an der Verstärkung der Reichsgewalt beharrlich zu arbeiten.

Die Art der Thätigkeit der Reichsgewalt wird ebenfalls durch Grundsätze bestimmt, die aus den Erlebnissen unserer neuen Geschichte sich ergeben haben. Zur Zeit der Stiftung des Zollvereins erfuhr Preußen, daß der Dünkel der kleinen Höfe keine Beschränkung der fürstlichen Gewalt so lebhaft verabscheute, wie das Eingreifen einer „fremden“ Verwaltung in das heimische Land. „Nur eine gemeinsame Gesetzgebung und Controle läßt sich ertragen, die Zollverwaltung muß jedem Staate selbständig verbleiben“ — über dies Programm einigten sich Baden und Darmstadt auf der Heidelberger Conferenz von 1824. Mit dieser Instruction ging vier Jahre darauf der Staatsrath v. Hoffmann nach Berlin, als er den Anschluß Darmstadts an die preußische Handelspolitik anbieten sollte. Auf dieser Grundlage kam der Zollverein zu Stande. Den nämlichen Grundsatz betonten Preußen und fünfundzwanzig andere Höfe, als sie in der Collektiv-

erklärung vom 23. Febr. 1849 dem Reichsverweser ihre Bedenken gegen den Frankfurter Verfassungsentwurf aussprachen. Aus solchen Erfahrungen hat die neueste preußische Politik den richtigen Schluß gezogen, daß die Thätigkeit des Reiches wesentlich eine gesetzgebende sein müsse; sind nur erst die großen nationalen Interessen durch nationale Gesetze geordnet, so liegt wenig daran, ob diese Reichsgesetze im Namen des Herzogs Friedrich oder des Großherzogs Karl gehandhabt werden. Die unmittelbare Verwaltung des Reichs erstreckt sich nur auf wenige Gebiete, auf die auswärtige Politik, Heer und Marine, Postwesen u. s. f., fast überall unter Vorbehalten zu Gunsten der Territorialgewalten. Dafür entfaltet seine Gesetzgebung eine tief eingreifende und vielseitige Wirksamkeit; die bescheidene gesetzgeberische Thätigkeit der beiden Bundesrepubliken erscheint daneben wie ein Schatten.

Nichts irriger mithin als der bekannte Trugschluß des Partikularismus, der die Bedeutung des Reichs nach seinem Budget zu schätzen wähnt. Die Netto-Ausgaben des Reichs wurden im vorigen Jahre auf etwa 278 Mill. Mark geschätzt, während Preußen 356, die Kleinstaaten 329, das Reichsland 21 Millionen aufwendete. Diese Ziffern bezeichnen nur ungefähr den Umfang der Reichsverwaltung; die Macht des Reiches jedoch, die Einwirkung seiner Gesetze geht weit über dies Zahlenverhältniß hinaus, sie hat bereits durch die Entfesselung des Verkehrs eine neue Epoche der deutschen Gesellschaft eröffnet, sie offenbart sich schon heute fast in jedem Zweige unseres öffentlichen Lebens, mittelbar selbst auf solchen Gebieten, welche der Competenz des Reichs noch ganz entzogen sind. Wie stark ist das Schulwesen des Südens umgestaltet worden durch die Einführung des Freiwilligenjahres. Dem Kaiser allein aber steht das wichtige Recht zu, die Ausführung dieser in alle Poren unseres Volkslebens dringenden Reichsgesetze zu überwachen.

In der neuen nationalen Gemeinschaft hat sich auch die Stellung der Landesherren wesentlich verändert. Als Monarchen können sie vor dem Urtheil strenger Wissenschaft nicht mehr gelten, da sie der höheren Gewalt des Reiches zu gehorchen haben. Monarch ist allein der Kaiser, denn er gehorcht ihm selber, wenn er die Reichsgesetze ausführt. Doch ebenso gewiß sind die deutschen Fürsten nicht wieder, die zur Zeit des heiligen Reichs, Vasallen des Kaisers geworden. Vielmehr hat das Reich mit jenem vornehmen Sinne, welcher der selbstbewußten Macht wohl ansteht, den ganzen Flittertand höfischer Titel und Formen völlig unberührt gelassen. Selbst die sinnlosen Königstitel bestehen fort; Niemand grämt sich über den „Reichsobermarschall", welchen das Haus Württemberg noch zu den Kleinodien seiner Königskrone zählt; alle wirklichen

Souveräne Europa's erkennen diesen mächtigsten hohen Adel der Welt als gleichberechtigt an. Das seltsame Verhältniß spiegelt sich getreulich wieder auf den Reichsmünzen: der Kaiser führt auf seinen Münzen sein eigenes Wappen, die Fürsten das Hoheitszeichen einer Staatsgewalt, welche über ihnen steht. Verwandte Zustände finden sich wohl nur in der ältesten Geschichte der Germanen. In ähnlicher Weise standen einst die Ealdormen der festländischen Angelsachsen und die Herzöge der Langobarden ihrem Könige gegenüber; sie schuldeten ihm Gehorsam, doch sie übten Herrenrecht, ihr Amt war älter als das Amt des Königs. Ein solches Verhältniß socialer Gleichberechtigung und politischer Unterordnung kann sehr wohl auf eine lange Dauer zählen, wenn die Territorialherren dem nationalen Staate treue Hingebung erweisen und ihre Ehre darein setzen im Heere des Reiches unter den Befehlen des Kaisers zu dienen.

Wie die Verfassungsformen, so muß auch die Politik des deutschen Reichs einen durchaus anderen Charakter zeigen als die Staatskunst der beiden Bundesrepubliken. Bedachtsame Vorsicht geziemt dem Bundesstaate, schlagfertige Thatkraft dem Reiche. Ein Bund darf die Zügel seines Regiments nicht sehr straff anziehen, da die Widerstandskraft seiner Territorien selten einer überlegenen nationalen Macht begegnet. Der lebendige Bürgersinn der Eidgenossen wird den Mangel eines einigen Volksthums niemals ganz ersetzen. Darum darf die Centralisation ihres Heerwesens ein bescheidenes Maß nicht überschreiten; mit gutem Grunde haben einige Baseler Conservative den Bund vor unitarischem Uebereifer gewarnt. Die Bundesrepublik kann eine zahlreiche militärische Bureaukratie, die jedem starken Heere unentbehrlich ist, kaum ertragen. Sie muß darauf rechnen, daß die unfeste Mannszucht ihres Milizheeres durch nachbarliche Gewöhnung und den Geist der Landsmannschaft einigermaßen gestärkt werde; ein Züricher Bataillon wird einem Mitbürger, den die Mannschaft aus täglichem Verkehre kennt, wohl gehorchen, schwerlich einem Commandeur aus Tessin oder Genf. Die berechtigten Ziele schweizerischer Politik hat die Bundesregierung in einem ihrer jüngsten Manifeste treffend mit den echt foederalistischen Worten bezeichnet: „die zweiundzwanzig Familien des lieben Vaterlandes sollen friedlich und behaglich neben einander wohnen“. In solchem Geiste muß auch das Heerwesen geleitet werden; eine ziemlich scharfe Sonderung der Contingente scheint hier unerläßlich. Wie anders in Deutschland. Die schweren Aufgaben unserer auswärtigen Politik verlangen gebieterisch die volle, unbedingte Einheit unseres Heeres; nur dynastische Schrullen und Eitelkeiten stellen sich dieser Forderung entgegen, jeder Krieg der Zukunft wird ihre unabweisbare Nothwendigkeit erhärten. Die deutsche Nation

kann und darf nicht ruhen, bis die Sonderstellung der drei königlichen Contingente beseitigt ist. Die Militärconvention zwischen Preußen und Baden zeigt, wie sich dies Ziel erreichen läßt ohne die Dynastien althergebrachter Ehrenrechte zu berauben. Ueber Formfragen darf das Reich stolz hinwegsehen. Wohl ist es widersinnig, daß der deutsche Soldat seinem Landesherrn zur Treue, dem Kaiser nur zum Gehorsam verpflichtet wird, während im römischen Heere dem Senate der höhere, dem Feldherrn der niedere Eid geschworen wurde; bedenkliche Folgen wird diese verschrobene Form schwerlich haben. Gefährlich aber für den Geist der Armee ist die Zerspaltung des deutschen Offiziercorps in vier Theile und die Fortdauer der kleinköniglichen Cadettenhäuser. Soweit die Decentralisation mit dem Wesen eines nationalen Heeres sich verträgt, besteht sie schon längst in der preußischen Armee; durch die Einrichtung der Provinzial-Armeecorps ist dafür gesorgt, daß die Masse der Mannschaften nicht ohne Noth der Heimath entfrembet wird.

Das Nämliche gilt von der Rechtspflege. Alle Rechtsbildung ist national, darum hat es eine schweizerische Rechtswissenschaft nie gegeben, und darum wird auch die geplante Rechtsreform der Eidgenossen nicht über das Nothdürftige hinausgehen. Die deutsche Rechtswissenschaft dagegen hat selbst in den Tagen unserer Zersplitterung niemals aufgehört, sich als die Vertreterin des rechtsbildenden Gemeingeistes der deutschen Nation zu fühlen; so ist der Boden längst vorbereitet für die Codifikation des gesammten nationalen Rechts, ohne jeden Zweifel werden wir dies Ziel erreichen. Die Reichspolitik befolgt, wie Fürst Bismarck im constituirenden Reichstage bekannte, den Grundsatz die centrifugalen Kräfte möglichst zu schonen; sie fragt nicht: was kann — sondern nur: was muß den Territorien gemeinsam sein? Aber die Gesetze, welche einer alten, durch schwunghaften Verkehr und reges geistiges Leben verbundenen, an intensive Staatsthätigkeit gewöhnten Nation gemeinsam sein müssen, umfassen in der That ein ungeheures Gebiet. Das neue Reich hat die Unterlassungssünden langer Jahrhunderte zu sühnen und muß daher, trotz aller Klagen über Gesetzfabrikation, sein Recht der Gesetzgebung sehr rüstig gebrauchen. Jedes neue Reichsgesetz hat bisher immer das Verlangen nach weiterem Vorgehen der Reichsgewalt wach gerufen. Bei jedem Schritte vorwärts offenbart sich klarer, daß jene Zersplitterung des nationalen Lebens, worauf der Foederalismus ruht, in Deutschland längst nicht mehr besteht; die Einheit unseres Volksthums fordert nationale Gesetze. Jedesmal, wenn die sociale Ordnung bedroht ist, erwartet die Nation Hilfe vom Reich; die Arbeiterbewegung, die kirchlichen Kämpfe zwingen die Reichsgewalt zum Handeln. Jene Collectiverklärung der

sechsundzwanzig Höfe vom Februar 1849 sprach die naive Erwartung aus, die Gesetzgebung des Reichs könne dem Ansehen der Dynastien wenig schaden, das Volksgefühl werde in dem Reichstage nur den Erben der Landtage erblicken. Diese Hoffnung beginnt bereits als eine holde Täuschung sich zu erweisen. Denn je weiter die Gesetzgebung des Reiches um sich greift, um so mehr gewöhnt sich das Volk die Territorialbeamten als die ausführenden Organe des Reichs zu betrachten, um so höher steigt das Ansehen des Kaisers, der diese Gesetze verkündigt und ihre Ausführung überwacht. Eine starke politische Gewalt kann nur noch steigen, eine geschwächte nur noch schwächer werden. Dies alte historische Gesetz erfüllt sich auch im deutschen Reiche. Die Gesetzgebung des Reiches darf und wird nicht stille stehen, und mit ihr muß die Macht des Kaiserthums zunehmen, sicherer zunehmen als durch die Erweiterung der formellen Rechte des Kaisers, die nur Mißtrauen und Unfrieden erregen würde.

Die Reichsverfassung ist ungleich beweglicher als die Grundgesetze der beiden Bundesrepubliken, weil ein nationales Reich die Langsamkeit bündischen Staatslebens nicht ertragen kann. Unser Grundgesetz erschwert dem Reiche die Erweiterung seiner Competenz nicht allzu sehr, und in kurzen Jahren ist dies gewichtige Recht bereits mehrmals, immer zum Heile Deutschlands, angewendet worden, während ein Bund so kühne Schritte nur selten wagen darf. Keines Menschen Auge vermag die Grenzen zu erkennen, vor denen diese rastlose unitarische Bewegung dereinst innehalten wird; sie steht noch in ihren allerersten Anfängen und sie erhebt sich aus der natürlichen Gemeinschaft des nationalen Lebens. Von Niemand begünstigt, von den Meisten verabscheut, wächst die preußische Hauptstadt unaufhaltsam zur Hauptstadt des Reiches heran; dieselben Gegensätze der politischen Parteiung und des socialen Klassenstreites regen sich im Süden wie im Norden, verbinden ihre Genossen über die Grenzen der Territorien hinweg zu gemeinsamer Arbeit; täglich schwächer werden die alten künstlich großgezogenen Stammesvorurtheile in dem jungen Geschlechte, das bei Gravelotte und Sedan schlug, täglich lebendiger der wirthschaftliche Verkehr wie der Austausch der Gedanken. Unsere Hochschulen bedürfen nicht gemeinsamer Leitung von oben; nun gar der heillose Plan einer Centraluniversität, der die Radikalen der Schweiz bethört, wird bei uns niemals eine Stätte finden. Die Natur der Dinge hat den deutschen Universitäten überall wesentlich dieselbe Verfassung gegeben, auf allen wird derselbe Geist deutscher Wissenschaft von Lehrern aus jedem deutschen Gau gehegt. So tritt, wie das Reichsrecht die Territorialgesetze durchbricht, auch in dem socialen Leben der Nation der Particularismus überall zurück.

Wird dies mächtige Erstarken des nationalen Gedankens schließlich zur Vernichtung der Territorialgewalten führen? Die Antwort auf diese Frage liegt offenbar in der Hand der deutschen Dynastien selbst. Darüber besteht kein Zweifel, daß die schöpferischen politischen Kräfte unserer Nation heute nur noch im Reiche und in dem preußischen Staate wirksam sind. Die allgemeine instinctive Ueberzeugung, daß der Bestand der Territorialgewalten berechtigt und nothwendig sei, bildet die Lebensluft jeder rein foederativen Staatsordnung. Sie läßt sich nicht erkünsteln noch erheucheln. In dem denkenden Theile unserer Nation besteht sie nicht und sie kann nicht bestehen nach den unvergeßlichen Erfahrungen unserer neuen Geschichte. Auch der feurigste Verehrer deutscher Kleinfürstenherrlichkeit wird niemals den Satz beweisen, daß das Königreich Sachsen lebenskräftiger sei als Hannover, Lippe-Detmold der deutschen Nation unentbehrlicher als Kurhessen. Das Ammenmärchen von dem culturfördernden Zauber der Kleinstaaterei hat durch das Aufblühen der Hochschulen von Marburg und Göttingen, durch den neuen Aufschwung der alten Residenzen Frankfurt, Hannover, Kassel eine letzte schlagende Widerlegung gefunden. Verlassen von dem Glauben der Besten des Volks lebt die Mehrzahl der deutschen Territorien dahin in einem Zustande der Erstarrung, der unheimlich absticht von dem bewegten Leben des Reichs. Niemand außerhalb ihrer Grenzpfähle fragt nach ihrem Befinden; allein die bairischen Zustände erregen noch einige Theilnahme, weil sie der Politik des Reichs zuweilen lästig werden können. Von den deutschen Landesverfassungen ist nur noch eine wahrhaft lebendig: die preußische; alle anderen leiden an dem unheilbaren Fehler, daß sie ausgehen von der Voraussetzung einer Souveränität, welche seit der Begründung des Reiches verschwunden ist. Diese tiefe Unwahrheit trat jedem ehrlichen Blicke erkennbar zu Tage, als der badische Landtag kürzlich versuchte seine Landesverfassung in Einklang zu bringen mit dem Reichsrechte.

Der deutsche Kleinstaat hat nur noch einen stichhaltigen Grund für sein unnützes Dasein anzuführen: die feierliche rechtliche Anerkennung, welche ihm das Reich gewährt hat. Dieser eine Grund aber ist von gewaltiger Stärke. Er bindet den preußischen Staat; auf Preußens Treue und Mäßigung ruht alle Ordnung des Reichs. Die mildere moderne Gesittung verlangt mit nichten, daß die stärkere Macht, wie einst Athen und Rom, ihre schwachen Bundesgenossen nothwendig verschlingen müßte. Der berechtigte Ehrgeiz Preußens hat in den Erfolgen der jüngsten Jahre seine Befriedigung gefunden. Jenes Rechtsbedenken bindet aber auch uns Unitarier, die wir außer Stande sind da blühendes Leben zu entdecken, wo wir den Moderduft der Verwesung athmen. Wir sind die Thoren

nicht, in einem von schweren Kämpfen ermüdeten Volke eine aussichtslose Bewegung zu versuchen. Wir wollen nicht das durch die Gewaltthaten einer nothwendigen Revolution verwirrte Rechtsgefühl der Massen nochmals erschüttern. Die Frage, wie viele Territorien in Deutschland noch bestehen, hat seit drei Jahren den größten Theil ihrer Bedeutung verloren; starke Leidenschaften kann sie nicht mehr erregen. Wir danken dem Reiche die Möglichkeit, in friedlicher Arbeit Alles zu erreichen, was eine einige Nation zu fordern berechtigt ist, und stehen als gute Bürger fest auf dem Boden des Gesetzes. Doch solche Mäßigung kann und darf nur dauern, wenn die Fürstenhäuser dem Reiche treu und gewärtig sind, wenn sie sich darein ergeben, daß die Bedeutung der Territorien durch die Selbstverwaltung von unten, durch das Reich von oben her unaufhaltsam verringert werden, und den Landesherren im Verlaufe der Jahrzehnte nicht viel mehr übrig bleiben wird als der glänzende Fürstenrang, ein Antheil an der Reichsgewalt, die Ausführung der Reichsgesetze; die Leitung einer eng beschränkten Territorialverwaltung und eine Reihe werthvoller Ernennungsrechte und Ehrenvorzüge.

Solchen Zielen geht die friedliche Entwicklung des Reiches entgegen; jeder Krieg, jede große Schicksalswendung kann sie nur beschleunigen und verstärken. Aber werden unsere fürstlichen Häuser die unabwendbare Nothwendigkeit erkennen? Das deutsche Kleinfürstenthum hat seit hundert Jahren mit erschreckender Ausdauer stets den gleichen Charakter gezeigt: der Soldatenhandel der guten alten Zeit, der Rheinbund, der Kampf wider die preußische Handelspolitik, die Triaspläne und die Verschwörung von 1866 bewährten immer dieselbe unverbesserliche Gesinnung. Und gleichwohl ist inzwischen die alte Weissagung Dahlmanns in Erfüllung gegangen: „Deutschlands einträchtiger Fürstenrath“ hat wirklich unserm Volke einen Kaiser seiner Wahl zugeführt, und seitdem seine Pflichten gegen das Reich, zuweilen unwillig und kleinlich, doch im Ganzen ehrenhaft erfüllt. Unmöglich ist es nicht, daß diese in schicksalsschweren Tagen gereifte edlere Auffassung deutscher Fürstenpflicht sich erhält und befestigt. Der letzte Grund der alten Dynastensünden war doch das Mißtrauen gegen Preußen und die Sorge um die eigene Souveränität; heute ist diese Stellung verloren und von Preußen nichts mehr zu befürchten. Gar zu einfach liegt doch die Rechnung: nur die Treue gegen das Reich sichert den Bestand der Dynastien, nur der Verrath am Reiche kann sie stürzen, und selbst die Möglichkeit des Verrathes ist nahezu abgeschnitten durch die Kriegsherrlichkeit des Kaisers. Einem treuen Reichsfürstenstande gegenüber wird unser Volk niemals die alte deutsche Pietät vor dem historisch Ueberlieferten verleugnen. Sollte aber der alte Rheinbundsgeist, der die Höfe

von München und Dresden begehrlich umschmeichelt, der mit allen Feinden des Staates und der Gesellschaft buhlt und lauernd die Stunden zählt bis zu dem Tode der Führer der deutschen Revolution — sollte diese alte Niedertracht jemals wieder in offenem Trotze sich herauswagen, dann wird das Reich den Handschuh aufnehmen und, um seine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen, auch vor jenen härteren Mitteln unitarischer Politik nicht zurückschrecken, welche die britische Krone einst anwendete um Schottland mit England zu vereinigen. Ein monarchisches Reich hat gegen ungehorsame Glieder die schonenden Rücksichten nicht zu nehmen, welche einem Bunde geziemen; seine Territorien bestehen allein kraft des positiven Rechtes, sie gehen unter sobald dies Recht verwirkt ist. Der Ausgang eines solchen Kampfes der Macht wider die Ohnmacht, der Idee wider die Selbstsucht kann nicht zweifelhaft sein. Die deutsche Nation hat schon allzu lange getrunken aus dem vollen Becher nationaler Macht und Ehre, als daß sie nicht, thut es noth, sich tapfer bekennen sollte zu den Worten Franz Lieber's: the sovereign source of political right above all assumed sovereignties is the conscious desire of a great people to be a nation. —

Will die Theorie nicht Lügen gestraft werden durch die Erfahrungen jedes neuen Tages, so darf sie nicht geistreich spielend die Staatsgedanken republikanischer Bünde in unsere monarchische Welt hinübertragen. Unser Reich will begriffen sein als eine selbständige Form des zusammengesetzten Staates. Das heilige Reich war die zerfallende, das neue Reich ist die werdende deutsche Monarchie. Wenn unsere Ahnen einst ihre mit Titeln und Ansprüchen prunkende Kaiserwürde wie ein Schattenbild zerfließen sahen, so ist uns glücklicheren Enkeln die Arbeit auferlegt das neue Kaiserthum, das in bescheidener Größe dahergeht, mit der ganzen Macht einer monarchischen Staatsgewalt allmählich auszurüsten. Mit froherem Muth und hellerem Bewußtsein als weiland die alten kaiserlichen Heere rufen wir heute wieder: Hie Kaiser und Reich, hie gut deutsch allewege! —

Ein Wort über russische Kirchenpolitik.

Berlin, 10. December 1874.

Wie kommt Saul unter die Propheten, was will die Gans unter den Schwänen? — so wird wohl mancher unserer Leser mit Martin Luthers Worten fragen, wenn er den Namen eines deutschen Weltkindes unter einer Betrachtung über die russische Kirche findet. Durch einen unerwarteten Anlaß von außen her werde ich auf dies entlegene Gebiet geführt. Ein geistreicher Russe, der im vorigen Winter zu Heidelberg meine Vorlesungen über Politik hörte, veröffentlicht soeben eine Schrift: Lettre à Mr. H. de Treitschke à propos de quelques jugements sur l'église de Russie (Leipzig, S. Hirzel); er versucht darin einige Urtheile über russische Kirchenpolitik, die in jenen Vorträgen gelegentlich vorkamen, zu berichtigen. Ich ergreife die Gelegenheit mich mit dem Herrn Verfasser zu verständigen um so lieber, da Form und Inhalt seiner Schrift ihr die achtungsvolle Theilnahme des deutschen Publicums verbürgen. Er zollt unserem Vaterlande eine herzliche Anerkennung, die wir bei Ausländern noch immer selten finden, und redet zugleich von seinem eigenen Volke mit ruhigem Selbstgefühl und wohlthuender patriotischer Wärme, während wir sonst in den jüngsten russischen Schriften nur zu oft bald dünkelhafter moskowitischer Ueberhebung, bald einem hohlen weltbürgerlichen Nihilismus begegnen.

Aus der Fülle des Lobes, womit der Brief mich überschüttet, darf ich eines getrost annehmen: ich habe allerdings in meinen Vorträgen mich ernstlich bemüht, unbefangen über den russischen Staat zu sprechen, frei zu bleiben von jenen Vorurtheilen, welche die landläufige deutsche Meinung über die östliche Nachbarmacht allzu lange bestimmt haben. Zwei grundverschiedene Auffassungen russischer Zustände sind in der westeuropäischen Literatur vertreten, wie der Verfasser treffend bemerkt: die eine katholisch, die andere protestantisch. Aus den Büchern der Franzosen und der Polen bricht immer wieder der alte Haß der Lateiner gegen die Byzantiner hervor, während die Schriftsteller des protestantischen Nordens milder und

gerechter zu urtheilen pflegen. Im Ganzen überwiegt noch heute jene feindselige Anschauung. Der zähe Kampf des Czaren Nicolaus wider den europäischen Liberalismus hat die öffentliche Meinung tief und nachhaltig verstimmt; die englische Handelspolitik versteht es meisterhaft ihre orientalischen Interessen für die Sache der Freiheit auszugeben, und das alte Märchen, das die Westmächte als die alleinigen Vertreter der Civilisation darstellte, ist von der liberalen Welt zu lange nachgesprochen worden, als daß der selbstgefällige Wahn rasch wieder verschwinden könnte. Obgleich die unheimlichen Weissagungen David Urquharts und der Russophoben längst ihren Zauber verloren haben, so blieb doch bis vor Kurzem selbst in Deutschland die Kenntniß der russischen Verhältnisse sehr mangelhaft, weite Kreise blickten noch mit einem Gefühle unbestimmten Schauders auf den nordischen Koloß, der ihnen als eine Macht der Erstarrung oder der Zerstörung galt. Erst neuerdings beginnen solche unklare Vorstellungen zu schwinden. Die Reformen Kaiser Alexanders II. und der mit der Sicherheit einer Naturgewalt vorschreitende Eroberungszug in Mittelasien zeigen auch dem Mißgünstigen, welch eine mächtige zukunftsreiche Lebenskraft in diesem fremdartigen Volksthum schlägt. Seit den Niederlagen der Franzosen und dem selbstverschuldeten tiefen Sinken des englischen Ansehens wird die gerühmte Civilisation der Westmächte ohne überschwängliche Bewunderung gewürdigt; und seit wir in einem wohlgesicherten nationalen Staate wohnen, fassen wir uns das Herz die polnisch-französische Brille wegzuwerfen und betrachten endlich mit deutschen Augen das Nachbarreich, das seit Jahrzehnten unser treuer Verbündeter ist.

Die Geschichte hat noch niemals einen Bund zweier Großmächte gesehen, der so lange gewährt hätte wie die preußisch-russische Allianz; selbst die Bündnisse, welche einst zwischen England und Oesterreich, zwischen Frankreich und Schweden bestanden, waren weder so dauerhaft noch so folgenreich. Und diese Allianz, deren innere Nothwendigkeit schon durch ihre Dauer erwiesen wird, ist gleichwohl rein dynastischen Ursprungs, sie entstand bekanntlich durch die persönliche Freundschaft Alexanders I. und Friedrich Wilhelms III. Das gute Einvernehmen, das vor zweiundsiebzig Jahren auf jener denkwürdigen Zusammenkunft zu Memel begründet wurde, ist seitdem niemals wieder auf die Dauer erschüttert worden; weder die Irrfahrten der preußischen Politik von 1805 und 6 noch die treulose Haltung Rußlands zur Zeit des Tilsiter Friedens vermochten diesen Bund gänzlich aufzulösen. Er bildete den festen Kern der großen Allianz, welche das napoleonische Weltreich zertrümmerte, und hat sodann auf dem Wiener Congresse seine schwerste Prüfung bestanden. Wie oft ist Friedrich Wilhelm III. getadelt worden, weil er während der Verhandlungen über

Sachsen und Polen auf Rußlands Seite stand, und doch bildet gerade diese Haltung eines der besten Verdienste des Königs. Seine Regierung wußte wohl, wie lästig die bis zur Prosna vorrückende russische Macht auf Preußen drücken würde; sie sah auch voraus, daß die sogenannte Wiederherstellung Polens zuletzt zur Unterwerfung des Landes unter die russische Krone führen mußte. Aber der östliche Nachbar mit seinen immerhin unbequemen Forderungen war doch ehrlich bereit die gerechten Ansprüche Preußens auf Wiederherstellung seiner alten Macht zu unterstützen, während Oesterreich, England-Hannover und Frankreich den erschöpften Staat um die Früchte seiner Siege betrügen wollten. Also ward durch die preußisch-russische Allianz unserem Staate mindestens eine leidliche Entschädigung gesichert.

Seitdem war Preußens internationale Stellung auf lange hinaus entschieden: sämmtliche Großmächte verfolgten den werdenden deutschen Staat mit stillem Argwohn, nur mit Rußland blieb er fest verbunden durch die gemeinsame Gefahr, die von Polen her drohte, und wie weit auch die Interessen der beiden Nachbarn auseinandergingen, in keiner Lebensfrage berührten sie sich feindlich. Als Preußen seine beste Kraft einsetzte für die handelspolitische Einigung des Vaterlandes, da schürten alle Großmächte wetteifernd den Widerstand des Particularismus; allein Rußland unterstützte die preußischen Diplomaten an den kleinen Höfen. Und wieder, als Rußland durch seine Siege über die Türken in Verlegenheit gerieth, da führte Preußens gewandte Vermittlung den Frieden von Adrianopel herbei — ein kluger, wohlerwogener Schritt, der bei uns lange als ein Verbrechen wider die unfehlbaren Westmächte gescholten wurde, bis ihn neuerdings Rosen aus dem Gesichtspunkte deutscher Politik gerechtfertigt hat. Dann, zur Zeit der polnischen Revolution von 1831, zeigte sich abermals die Interessengemeinschaft der beiden Höfe, während die Wiener Hofburg bereits mit dem Gedanken der Wiederaufrichtung des altbefreundeten katholischen Polenreichs zu spielen begann. Nachher folgten freilich traurige Jahre, da Preußen in diesem Bunde fast die Rolle des Dieners spielte. Unser Gesandter in Petersburg ward wie ein vertrauter Gast der kaiserlichen Familie behandelt, doch an den europäischen Verhandlungen, die dort schwebten, nahm er geringen Antheil; alle reactionären Kräfte unseres Staates blickten hoffend auf den russischen Hof, und die deutsche Einheitsbewegung fand an Kaiser Nicolaus ihren geschworenen Feind. Selbst diese verblendete Tendenzpolitik hat das alte Bündniß nicht gänzlich aufgehoben. Während des Krimkrieges bewährte sich wiederum Preußens Freundschaft, und wer mag heute noch bestreiten, daß damals eine kleinmüthige, thatenscheue Regierung, von einem dunkeln Gefühle ge-

leitet, im Wesentlichen das Rechte traf? Für die Entscheidungskämpfe, welche unserem Vaterlande drohten, stand von England nichts zu hoffen, von Oesterreich und Frankreich nur Feindschaft zu befürchten; dieselben Erwägungen nationaler Staatskunst, welche Piemont in das Lager der Westmächte trieben, zwangen Preußen zur Neutralität.

Mit der Thronbesteigung Alexander's II. fielen die Schranken, welche das russische Leben so lange von der abendländischen Gesittung abgesperrt, und eine segensreiche Fügung des Schicksals führte dann den ersten Staatsmann des neuen Deutschlands auf den Petersburger Gesandtschaftsposten. Ihm gelang, das freundnachbarliche Verhältniß noch fester denn zuvor zu sichern und seinem Staate wieder eine ebenbürtige Stellung neben dem Bundesgenossen zu schaffen. Der erneute Aufstand der Polen offenbarte alsdann nochmals, was Preußens Freundschaft für Rußland bedeutet. Seitdem hat Kaiser Alexander in allen Wechselfällen treu zu Preußen gestanden; kein guter Deutscher, der ihm nicht dankte und die Nothwendigkeit dieser Allianz nicht anerkennte. Jenem England, das einst von den besten Köpfen Deutschlands als unser natürlicher Bundesgenosse gefeiert ward, stehen wir heute kaum anders gegenüber als Friedrich der Große nach dem siebenjährigen Kriege — minder erbittert freilich, da wir der fremden Hilfe nicht bedurften, doch mit der unvergeßlichen Erinnerung, daß die britische Regierung durch entschlossenes Auftreten den jüngsten Krieg verhindern konnte und der Krämersinn der englischen Waffenhändler den Kampf um einen blutigen Winter verlängert hat. Auf dem Bunde Deutschlands und Rußlands ruht heute der Friede der Welt und die neue Ordnung des Staatensystems; darum trachten die Agenten Frankreichs wie die Ultramontanen an der Donau und der Spree durch tausend schlechte Künste ihn zu zersprengen. Diese Freundschaft wurzelt aber in so tiefem Grunde, in so alten Ueberlieferungen, daß selbst ein Thronwechsel in Petersburg, den die Feinde Deutschlands inbrünstig ersehnen, sie schwerlich stören würde.

So weit wir heute in die Zukunft blicken, läßt sich schlechterdings kein Grund entdecken, der eine besonnene russische Politik zur Feindschaft gegen das friedliche Deutschland bewegen müßte. Der einzige ernsthafte Krieg, den Rußland jemals wider uns führte, der Kampf der Kaiserin Elisabeth gegen Friedrich den Großen blieb völlig unfruchtbar, wird von allen denkenden Russen längst als eine thörichte Weiberlaune verurtheilt. Die nüchternen Köpfe am Petersburger Hofe wissen wohl, wie schwer sie die geistigen Kräfte ihres eigenen Staates schädigen würden, wenn sie dem fanatischen Rathe radikaler Moskowiter folgen und die Privilegien der baltischen Ritterschaft, dies Bollwerk deutscher Gesittung an der Ostsee, aufheben wollten. In Deutschland wiederum finden die vereinzelten Hilfe-

rufe baltischer Schwärmer schon darum kein Gehör, weil die Wiedereroberung jener deutschen Colonien sich nicht denken läßt ohne eine That politischen Wahnsinns, ohne die Wiederherstellung der polnischen Republik. Auch die unselige Handelssperre wird nicht zu einer dauernden Entfremdung der beiden Nachbarstaaten führen; der freiere Geist, der heute unverkennbar am Petersburger Hofe waltet, muß vielmehr früher oder später der Erkenntniß Bahn brechen, daß unter dieser verkehrten Handelspolitik die russischen Westprovinzen ebenso schwer leiden wie unsere deutschen Grenzlande. Vollends die Ueberfluthung der europäischen Welt durch die Propaganda des russischen Communismus — diese sociale Gefahr, welche selbst den freien Muth Cavour's erschreckte, erscheint bei ruhiger Prüfung als ein wesenloses Gespenst. Der Gemeindebesitz der russischen Bauernschaften ist ja keineswegs, wie die moskowitischen Fanatiker träumen, eine unvergängliche Eigenthümlichkeit slawischen Volksthums, sondern lediglich ein Trümmerstück aus einer halb überwundenen barbarischen Epoche, und schon heute beginnt man in Petersburg zu fühlen, daß die Befreiung der Leibeigenen, das schönste Werk Alexander's II., ein Stückwerk bleibt, so lange nicht die scharfen westeuropäischen Eigenthumsbegriffe auf dem flachen Lande eingebürgert und die Bauern als freie Privateigenthümer ihrer Aecker anerkannt werden.

Im fernen Osten liegen die größten Culturaufgaben des russischen Staats. Dies halborientalische Volk ist wie kein anderes befähigt und geneigt morgenländisches Wesen zu verstehen und mit den Elementen europäischer Bildung zu durchdringen; das zeigt die massenhafte freiwillige Auswanderung, welche jahraus jahrein aus dem Innern des Reiches in die Amurländer hinüberfluthet, das zeigt die wunderbar rasche Verschmelzung der neugewonnenen Gebiete mit dem erobernden Staate. Jede Festung der Russen in den Steppen Mittelasiens bezeichnet einen Fortschritt der Gesittung, und da wir Deutschen dem ostindischen Handel der Engländer nur platonische Gefühle widmen, so dürfen wir uns unbefangen dieser russischen Eroberungen freuen. Der englisch-französische Phrasenschwall, der uns so lange das Urtheil über die orientalische Frage getrübt hat, beginnt seine Macht zu verlieren; es ist weder nothwendig noch wahrscheinlich, daß der Bosporus dem russischen Scepter anheimfallen müßte, auch wenn dereinst das griechische Kreuz wieder auf der Kuppel der Hagia Sophia glänzen wird. So zeigt sich überall kein Anlaß, der uns zur Auflösung des alten Bündnisses berechtigte. Unter allen Schlägen, welche heutzutage den Welttheil treffen könnten, wäre der gräßlichste — ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland, ein sinnloses Würgen ohne jede Möglichkeit eines Gewinns für beide Kämpfer.

Doch seltsam, dieser in den Verhältnissen so fest begrüdete Bund hat bis zum heutigen Tage seinen ursprünglichen dynastischen Charakter bewahrt. So warm die Freundschaft der Höfe, ebenso kalt blieb im Ganzen das Verhältniß zwischen den beiden Nationen. Während der Befreiungskriege ist wohl da und dort ein vertrauter Verkehr entstanden zwischen einzelnen vornehmen Russen und deutschen Edelleuten; doch die Masse unserer gebildeten Klassen hat jahrzehntelang die vorausschauende dynastische Politik der Hohenzollern mit Verwünschungen überhäuft. Und heute, da wir Deutschen billiger zu urtheilen beginnen, regt sich in Rußland wieder mächtig die alte Vorliebe der Orientalen für die französische Bildung; die große Mehrzahl der höheren Stände schaut mit kaum verhehlter Eifersucht auf Deutschlands junge Größe, und der schmeichelnde Lockruf aus Paris, der die Allianz des Ostens und des Westens als eine geographische Nothwendigkeit anpreist, findet unter der glänzenden Halbbildung willige Hörer. Die breite Kluft, welche germanisches und slawisches Wesen trennt, erschwert noch auf lange hinaus ein tiefgemüthliches Verständniß zwischen den beiden politisch verbündeten Nationen. So viel reine, menschlich wahre Empfindung auch aus den Gestalten des genialsten russischen Dichters spricht, es bleiben doch selbst in Turgeniew's Novellen der fremdartigen Züge genug, die dem deutschen Gefühle völlig unbegreiflich scheinen. Um so nothwendiger ist es, daß die beiden Völker mindestens den Staat des Nachbarn ohne vorgefaßte Abneigung zu betrachten lernen, daß die Russen von dem friedfertigen Charakter unserer Politik sich überzeugen und wir Deutschen ohne selbstgefälligen Culturdünkel die despotischen Formen des russischen Staatswesens in ihrer Berechtigung anerkennen. Was man auch schelten möge, die Russen bleiben doch das politisch bestbegabte der slawischen Völker, mit ihrem patriotischen Einmuth der polnischen Zuchtlosigkeit unendlich überlegen, und die jüngsten zwei Jahrhunderte ihrer Geschichte geben doch, mit allem Empörenden was daran haftet, ein beredtes Zeugniß für die Macht der Idee. Welche Hemmnisse sind in diesem vielgeprüften Lande den befreienden Gedanken monarchischer Politik in den Weg getreten: eine beispiellose Ungunst der geographischen Lage, die tiefe Roheit der Massen, die frivole Scheinbildung eines Theiles der höheren Stände, der weite Abstand zwischen den Höhen und den Niederungen der Gesellschaft, und vor allem jene häßlichen Sünden der Knechtschaft, die sich dem Volksgemüthe so tief einprägten seit unter den Hufen tatarischer Rosse jede Spur menschlicher Würde zertreten ward! Und wie Großes ist trotzdem gelungen! Seit dem orientalischen Kriege, während zwei reicher Jahrzehnte innerer Sammlung ist das Reich in Verwaltung, Rechtspflege, Heerwesen und Volkswirthschaft der europäischen Bildung um viele Schritte näher ge-

treten; selbst der alte schlimme Feind der Cultur, der unendliche Raum hat einen Theil seiner Macht verloren, seit ein großartiges Schienennetz den Pontus mit der Ostsee verbindet.

Der Verfasser dieses Offenen Briefes stellt sich die dankenswerthe Aufgabe zur Verständigung zwischen den beiden Nachbarvölkern beizutragen, und er wählt ein besonders schwieriges Thema, indem er als ein beredter Anwalt der russischen Kirche auftritt. Unleugbar zählt gerade das Kirchenwesen zu den Erscheinungen des russischen Volkslebens, welche uns Deutschen durchaus fremd, ja abstoßend entgegentreten. Gewiß, jede große folgenreiche Wendung der Geschichte verlangt ein zweiseitiges Urtheil; man kommt nicht aus mit dem schalen Gemeinplatze, Rußland sei durch die griechische Kirche der Gesittung des Westens entfremdet worden. Ward denn das polnische Volk, das von Rom und Deutschland aus das Christenthum empfing, dadurch der Cultur des Welttheils wirklich gewonnen? War denn die europäische Bildung an Bug und Weichsel jemals etwas Anderes als ein locker aufgetragener Firniß? Nicht in der griechischen Kirche, sondern in der ungebrochenen Barbarei des Slawenthums, die sodann in Rußland durch das entsetzliche Unglück der Tatarenherrschaft noch tiefer herabgedrückt wurde, liegt der letzte Grund der langen Entfremdung zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Ja, mit gutem Grunde behauptet unser Verfasser in geistreicher Ausführung, daß die Bekehrung der Russen zur griechischen Kirche für den Protestantismus und vornehmlich für uns Deutsche ein Glück gewesen sei. Hätte einst Wladimir der Große von Rom, nicht von Byzanz, den christlichen Glauben empfangen, so ist kein Zweifel, das glaubenseifrige, bildungslose Russenvolk des sechszehnten Jahrhunderts wäre zu einer ebenso fanatischen Heerschaar des römischen Stuhles geworden wie die stammverwandten Polen. Nach aller Wahrscheinlichkeit hätten sich Russen, Litthauer und Polen zu einem mächtigen hart-katholischen Reiche verschmolzen, und wie stünde Deutschland heute, wenn nicht blos in Frankreich und Spanien, sondern auch in Osteuropa der Kreuzzug für den gekrönten Priester gepredigt würde! Nur weil Rußland niemals zur römischen Kirche gehörte, ward die segensreiche Thatsache möglich, daß protestantische Völker diese weiten Gebiete der Cultur erschlossen haben.

Das Alles ist unbestreitbar; darum bleibt doch nicht minder gewiß, daß die griechische Kirche immerdar trennend und hemmend zwischen dem Osten und dem Westen gestanden hat. Den wesentlichen Inhalt der modernen russischen Geschichte bildet das beständige Ringen der altheimischen Barbarei mit der europäischen Bildung, und in diesem unablässigen Kampfe war die Kirche jederzeit die Führerin des Altrussen-

thums. In der gesammten Entwicklung der byzantinischen Kirche kehrt immer die gleich unduldsame Feindseligkeit gegen das abendländische Wesen wieder — von jener Encyclica des Photius, die das Tafeltuch zerschnitt zwischen den Griechen und Lateinern, bis zu dem Stoglawnik der Russen und dem Katechismus des Petrus Mogilas, der die Protestanten kaum minder hart verdammt als die römische Kirche — und so weiter bis zu dem Verbote der Bibelgesellschaften unter Czar Nikolaus und zu den flammenden Zornreden, welche der russische Chrysostomus, Erzbischof Innocenz, während des Krimkrieges wider die Götzendiener des Abendlandes schleuderte. Kein großer Reformgedanke russischer Kaiser, der nicht kämpfen mußte mit der unendlichen Macht der Trägheit dieser Kirche; wie Czar Boris einst den Plan einer abendländischen Hochschule fallen ließ um der Kirche willen, so stemmt sich noch heutzutage der Fanatismus der Popen wider jede heilsame Neuerung.

Ebenso fremdartig erscheint uns die Verfassung der russischen Kirche. Der Verfasser sucht durch eine gewandte und stoffreiche Darstellung zu erweisen, daß die Kirche in Rußland jeder wünschenswerthen Freiheit sich erfreue. Mich dünkt aber, er hat dabei zumeist buchstäblich recht, in der Sache oft unrecht. Grade die griechische Kirche hat unter allen Zweigen des Christenthums am Besten verstanden, hinter freien Formen einen unfreien Sinn zu verbergen. Was scheint gerechter und verständiger als die alten Formen der Patriarchenwahl in Constantinopel? Drei Candidaten von der heiligen Synode vorgeschlagen, dann Einer davon durch die Vertreter der Nationen griechischen Glaubens zum ökumenischen Patriarchen erwählt und durch den Landesherrn bestätigt. Und doch, wer weiß nicht, daß diese freien Patriarchenwahlen eines der allerschmutzigsten Blätter der Kirchengeschichte füllen? Ebenso blieb auch in Rußland die Form kirchlicher Selbständigkeit immer nothdürftig gewahrt, doch nicht ihr Wesen.

Wie die Institutionen und Ueberlieferungen der Byzantiner überall eine wunderbare, von der Geschichte noch nicht genugsam gewürdigte Lebenskraft bewährt haben, wie der Charakter der Völker Unteritaliens und der Balkanhalbinsel noch bis zum heutigen Tage deutlich die Narben vom Drucke des byzantinischen Joches zeigt, so sind auch die Gedanken des Caesaropapismus von den Gestaden des Bosporus in alle Zweige der morgenländischen Kirche hinübergedrungen. Der Unterwerfung gewohnt fügte sich die russische Kirche einst willig den Machtgeboten der tatarischen Horde. Dann schlossen die aufstrebenden Großfürsten von Moskau ein festes Bündniß mit dem Metropoliten, und diese beiden Gewalten treu vereinigt führten fortan die Nation im Kampfe gegen die Tataren. Es geschah wohl,

daß der weltliche Herrscher dem geistlichen demüthig den Steigbügel hielt; in Wahrheit gehorchte die Kirche dem Czaren. Im Jahre 1589 ward der Metropolit zum Patriarchen, Moskau zum dritten Rom erhoben. Man wahrte die Form; der ökumenische Patriarch erschien selbst in Moskau, um den neuen Kirchenfürsten zu weihen. Aber unser Verfasser übersieht, daß dieser ganze Hergang zwischen dem Czaren und den Patriarchen der griechischen Kirche verabredet war; er übersieht, daß ein Würdenträger des Hofes in die Kirche trat und zu dem Gewählten also sprach: „Der rechtgläubige Czar, der allgemeine Weltpatriarch und die geheiligte Kirchenversammlung erheben Dich auf den bischöflichen Stuhl von Wladimir, Moskau und ganz Rußland". Wenn späterhin der Patriarch Philaret neben seinem Sohne, dem Czaren Michael Romanow, als Mitregent schaltete, so war er eben der Vater des Selbstherrschers. Immerhin konnte die Macht des Kirchenfürsten der monarchischen Vollgewalt gefährlich werden. Darum hob Peter der Große die Patriarchenwürde auf. Auch diesmal wurden die Formen geschont, auch diesmal fand sich der ökumenische Patriarch bereit den Willen des Czaren zu vollstrecken; er übertrug alle Rechte eines Patriarchen auf den neugebildeten Oberkirchenrath, den heiligst dirigirenden Synod. Doch der Kaiser hieß nicht umsonst: Vertheidiger und Hüter des Glaubens. Der mächtigste Mann des Synods war und ist der einzige Laie in dieser geistlichen Behörde, der kaiserliche Oberprocurator. Er stimmt nicht mit und hat formell nur die Rechte des Staats gegenüber der Kirche zu wahren; aber er soll „ein kühner Mann" sein, wie Czar Peter seinen Nachfolgern einschärfte, und in der That lag die letzte Entscheidung immer bei ihm und bei dem kaiserlichen Beichtvater.

Sicherlich ist es eine Uebertreibung, wenn wir Deutschen dies System der Kirchenpolitik kurzab als Caesaropapismus zu bezeichnen pflegen. Kein Kaiser von Rußland kann und darf jemals wagen, nach Byzantinerart durch kaiserlichen Befehl zu entscheiden, ob der Gottessohn dem Vater ὁμοούσιος oder ὁμοιούσιος sei; vielmehr besteht der altbewährte Grundsatz, daß der Oberprocurator jedem dogmatischen Streite sich fern hält. Die russische Kirche ist dem Czaren mit nichten so vollständig unterworfen, wie die Feindseligkeit jesuitischer Tendenzhistoriker behauptet; sie bildet im Gegentheil die einzige Corporation des Reichs, welche dem kaiserlichen Willen nicht unbedingt gehorcht. Der Einfluß des Clerus, namentlich der schwarzen Klostergeistlichkeit, reicht weit genug um die westländischen Gedanken des Hofes zuweilen zu durchkreuzen. Indeß diese Widerstandskraft hat enge Grenzen. Seit den Tagen Nikon's und den Kirchenstreitigkeiten des siebzehnten Jahrhunderts haben Millionen der besten Russen als Altgläubige sich von der Kirche getrennt, und zu diesen Raskolniki ist inzwischen eine Unzahl anderer Sekten hinzugetreten. Die

Kirche kann heute nicht mehr mit voller Sicherheit auf die Unterstützung der gesammten Nation zählen, darum hat sie niemals gewagt dem Willen des Czaren auf die Dauer zu widerstreben. Alles in Allem geht die rechtliche Kirchenhoheit und die thatsächliche Kirchengewalt, welche der Czar in seiner Hand vereinigt, sehr weit hinaus über die Macht, welche einem evangelischen deutschen Landesherrn in seiner Landeskirche, einem englischen Könige in der anglikanischen Kirche zusteht.

Im Großen gesehen erscheint freilich jede Kirche als das Gebilde eines bestimmten Volksthums; in der römischen Kirche lebt die Weltanschauung der Romanen, wie der Protestantismus der germanischen, die griechische Kirche der ostslawisch-griechischen Gesittung entspricht, und nach menschlichem Ermessen wird keine dieser Kirchen jemals sehr weit über ihr nationales Gebiet hinausgreifen können. Aber die Kirche Rußlands ist eine Nationalkirche in einem noch weit härteren Sinne. In dieser halborientalischen Welt war das religiöse Gefühl von jeher stärker als die Staatsgesinnung, der Staat dem Volksgefühle nur dann verständlich, wenn er die geistliche mit der weltlichen Gewalt verband. Das despotische Programm des Kaisers Nicolaus: „ein Glaube, eine Sprache, eine Nation" spricht die Herzensmeinung der Volksmassen aus. Der kleine Mann verehrt in seinem Staate das heilige Rußland, alle Kriege seines Volks wider das Ausland sind ihm Glaubenskriege gegen die Ketzer und Heiden. Mit solchem Glaubenseifer ist die Nation einst gegen Tataren, Polen, Schweden in den Kampf gezogen, mit derselben Begeisterung schaarte sich das rechtgläubige Rußland wieder um seine braunen Muttergottesbilder, als Napoleon ins Land fiel, als um Sebastopol gekämpft ward, als der jüngste Polenaufstand das Reich bedrohte. Jederzeit diente die orthodoxe Kirche dem Kabinet als ein wirksames Machtmittel, um die Rajäh des türkischen Reiches für Rußland günstig zu stimmen; immer wieder hat der Staat durch Zwang und Lockung seine andersgläubigen Unterthanen für die Staatskirche zu gewinnen gesucht. Wer kennt nicht die Bekehrung der unglücklichen Bauern Esthlands und Livlands während der vierziger Jahre? Wer weiß nicht, durch welche Mittel die litthauische Kirche, die einst unter dem Drucke der polnischen Jesuiten die Union mit Rom abgeschlossen hatte, der reinen Orthodoxie wiedergewonnen wurde? Die ungeheure Mehrzahl der gebildeten Russen blickt mit Verachtung auf die Geistlichkeit, mit voltairianischem Spott auf die Glaubenslehren der Kirche; gleichwohl betheiligen sie sich allesammt an den Ceremonien dieses Cultus, weil der Staat solche Unterwerfung von seinen Beamten fordert und weil nach der allgemeinen Meinung griechischer Glaube und russische Staatsgesinnung untrennbar zu einander gehören.

Unter der Regierung Alexanders II. ist allerdings ein hellerer Sinn auch in die Kirchenpolitik eingezogen: die harten Gesetze über die gemischten Ehen sind gemildert, der Staat beginnt den Andersgläubigen gerecht zu werden, und auch das ist ein Zeichen der Zeit, daß heutzutage eine so unbefangene Darstellung des russischen Kirchenwesens, wie der vorliegende Brief sie bietet, aus den Kreisen der vornehmen Gesellschaft Rußlands hervorgehen und im Journal de St. Petersbourg warme Anerkennung finden konnte. Trotzdem besteht selbst im heutigen Rußland noch eine enge Verbindung und Vermischung geistlicher und weltlicher Dinge, die mit unseren deutschen Begriffen von Kirchenfreiheit sich nicht verträgt. Der Verfasser rühmt seiner Kirche nach, ein Streit zwischen ihr und dem Staate sei ein- für allemal unmöglich. Wäre dieser Satz ganz richtig — und er ist es nicht, da die beharrende Macht der russischen Kirche mit den fortschreitenden Gedanken des Staats allerdings zuweilen feindlich zusammenstößt — so würde er ein sehr zweifelhaftes Lob erhalten. Denn weil kirchliche und politische Weltanschauung in ihrem Wesen verschieden sind, so ist ein Streit zwischen ihnen nur dort ganz unmöglich, wo die Kirche auf ein selbstständiges Leben verzichtet und dem Staate sich willenlos unterworfen hat.

Der Brief schildert sodann mit warmen Worten, wie die Christenheit heute in zwei große Heerlager zerfalle: dort die herrischen Ansprüche des Papstes, hier der Protestantismus und die orientalische Kirche. Diese letztere aber sei Roms gefährlichster Feind, denn sie stehe mit der römischen Kirche auf demselben Boden, besitze gleich ihr ein Priesterthum mit sacramentaler Weihe, sei von Rom selber als rechtgläubig anerkannt und könne darum aus der festen Burg ihrer altchristlichen Hierarchie und Dogmatik die Usurpationen des Papstthums und die Tradition der römischen Kirche siegreich bekämpfen. Hier scheint mir der Verfasser doch unwillkürlich in den alten Nationalhaß wider die Lateiner zu verfallen. In den frühesten Kämpfen zwischen Morgenland und Abendland stritt Rom nicht blos für die Einheit, sondern auch für die Freiheit der Kirche. Die römische Lehre von der Tradition entspringt einem tiefen und wahren Gedanken, sie ruht auf der Erkenntniß, daß jede lebendige Kirche neben der gegebenen Autorität auch eine Macht der Bewegung in sich enthalten muß, daß die geoffenbarte Heilswahrheit durch die Gedankenarbeit der Gemeinschaft der Gläubigen beständig geläutert und vertieft werden soll. Nun weiß die Welt, wie diese große Idee — recht eigentlich ein Gedanke der Freiheit — in der römischen Kirche verunstaltet wurde: nicht die Gemeinschaft der Gläubigen, sondern der Papst mit den Bischöfen und neuerdings gar der unfehlbare Papst allein vollzieht die Fortbildung des kirchlichen Lebens. Aber eine Kirche, die

neben der Offenbarung noch eine wandelbare vigens ecclesiae disciplina anerkennt, lebt doch und bewegt sich, wenn auch vielleicht auf unheilvollen Bahnen. Die griechische Kirche dagegen „dogmatisirt nicht mehr", wie der Verfasser ihr nachrühmt, sie hat mit dem siebenten ökumenischen Concil ihre dogmatische Arbeit abgeschlossen. Der ganze überschwängliche Reichthum der späteren Geschichte des Christenthums ist für sie nicht vorhanden; sie kennt weder die Tradition der Lateiner noch die freie Forschung in der Schrift, wodurch der Protestantismus der Bewegung alles historischen Lebens gerecht wird, sie erwartet den Ausbau ihrer Dogmatik allein von einem neuen ökumenischen Concile, und dieses ist, wie Jedermann weiß, noch auf Jahrhunderte hinaus unmöglich. Unvermeidlich wird in einer also erstarrten Kirche die Botschaft allmählich zum Gebote, der Glaube zur Unterwerfung, was ohnehin der orientalischen Weltanschauung entspricht.

So ist denn heute die orientalische Kirche zwar nicht ganz so geistlos, wie ihre unversöhnlichen jesuitischen Feinde behaupten, doch unzweifelhaft ärmer an geistigem Leben als irgend ein anderer Zweig des Christenthums, ärmer sogar als die Kirche des unfehlbaren Papstes. An dem vielverheißenden jugendlichen Schaffen, das in der russischen Literatur begonnen hat, nimmt die Kirche gar keinen Antheil. Die bedeutendsten Schriftsteller des neuen Rußlands zählen bekanntlich fast allesammt zur Aristokratie, und diese Schichten der Gesellschaft berühren sich kaum mit dem Clerus, der großentheils aus den Kindern der Popen seinen Nachwuchs sich erzieht. In geistlichen Anstalten, nicht auf Universitäten gebildet, lebt die schwarze Geistlichkeit abgeschlossen in ihren Klöstern, wenig zugänglich dem neuen Leben der Nation; ihre wissenschaftliche Arbeit, nicht reich an bedeutenden Werken, steht unter dem Drucke einer strengen geistlichen Censur. Vollends der weiße, niedere Clerus, arm und verwahrlost wie er ist, findet die Thüren gebildeter Häuser fest verschlossen. Wenn diese Kirche dem Protestantismus minder schroff entgegentritt als dem römischen Stuhle, so bekundet sich in solchem Verhalten nicht eine innere Verwandtschaft mit der freien Forschung der Protestanten, sondern lediglich die überlieferte Feindschaft gegen die Lateiner.

Darum glaube ich auch nicht, daß unsere Altkatholiken mit der Zeit der orientalischen Kirche sich nähern werden. Diese Ansicht, die von vielen geistreichen Männern und Frauen der russischen Aristokratie, auch von unserem Verfasser getheilt wird, verkennt offenbar, daß der Altkatholicismus ein Kind der deutschen Wissenschaft ist. Mag ihn die Zukunft in die Bahnen der Jansenisten oder näher an die Protestanten heranführen, immer wird er auf dem Boden der abendländischen Bildung verbleiben.

Diese Gemeinschaft der Bildung, welche alle Kirchen des Westens verkettet, ist ein mächtiges Band. Luther und Calvin wurden katholisch erzogen, und an den ewigen Domen unseres Mittelalters haben auch die Väter der heutigen Protestanten mitgebaut. Was immer seitdem die alten Glaubensgenossen getrennt und verfeindet hat, fortwirkend bis zur heutigen Stunde bleibt doch die große Thatsache, daß alle Christen des Abendlandes noch jahrhundertelang in einer Kirche zusammen lebten, als die orientalische Christenheit sich dieser Gemeinschaft längst entfremdet hatte.

Nochmals, es bleibt ein Segen für die Welt, daß Deutschlands treuer politischer Bundesgenosse auch die geistliche Gewalt, die unseren Staat bedroht, nicht anerkennt. In diesem Kampfe gegen die Selbstvergötterung eines sündhaften Menschen sind wir einig mit der griechischen Kirche und wir danken dem Verfasser für sein tapferes Bekenntniß wider Rom. Aber über diese Verneinung hinaus geht das Einverständniß heute noch nicht. Mehrmals hat einst, im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, der deutsche Protestantismus seinen griechischen Brüdern die Hand der Versöhnung geboten; immer ward sie hart zurückgestoßen. Nur deshalb erleben wir jetzt wieder einen Kirchenstreit, weil das deutsche Gewissen sich nicht entschließen kann, den Glauben als eine von außen auferlegte Ordnung hinzunehmen. Von diesem Gedanken werden wir nicht lassen, und es wird noch manche tiefe Umwälzung in den Ideen und Gefühlen der griechisch-slawischen Welt erfolgen müssen, bevor die Kirche Rußlands ihm sich nähern kann. Inzwischen begrüßen wir mit Freuden jedes Anzeichen einer freieren Auffassung kirchlicher Dinge im Osten, und schon deshalb ist dieser Offene Brief des Dankes deutscher Leser sicher.

1875.

Die gerechte Vertheilung der Güter.

Offener Brief an Gustav Schmoller.

Berlin, 10. April 1875.

Geehrter College! Das Sendschreiben „über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirthschaft", womit Sie soeben meine Aufsätze über den Socialismus beantwortet haben, ist mit persönlichen Ausfällen reichlich geziert und nöthigt mich gegen meine Neigung und Gewohnheit, auch meiner Erwiderung einige persönliche Bemerkungen vorauszuschicken. Ich danke Ihnen zunächst, daß Sie mir gegenüber nicht jenen Ton angeschlagen haben, der heute in den Streitigkeiten der deutschen Nationalökonomen überhand nimmt und dem Rufe Ihrer Wissenschaft wenig frommt. Aber dieser Dank gilt leider nur für mich allein; denn fast allen Ihren anderen Gegnern schleudern Sie Worte zu, welche die Verständigung sicherlich nicht fördern werden. Ich habe auch einst mit Ludwig Bamberger einen literarischen Streit durchgefochten, doch niemals hätte ich selbst im Eifer des Kampfes mich unterstanden über „Leute vom Schlage Bambergers" so wegwerfend zu reden wie Sie es Sich erlauben. Wären Ihnen Lasson's völkerrechtliche Arbeiten oder seine Untersuchungen über die Begriffe von Recht und Staat bekannt, dann würden Sie ihm schwerlich den Rath geben „eine philosophische Abhandlung über das Holzspalten" zu schreiben. Wenn Sie endlich „einen gewissen Ernst von Eynern" mit einer geringschätzigen Bemerkung abfertigen, so bin ich in der angenehmen Lage, Sie über diesen gewissen Herrn zu unterrichten. Herr v. Eynern ist ein angesehener Kaufmann in Barmen, bei allen gemeinnützigen Unternehmungen seiner Vaterstadt thätig, dazu ein Mann von gründlicher wissenschaftlicher Bildung, also doch wohl berechtigt, über Zustände, die er aus langer Erfahrung kennt, ein Urtheil abzugeben. Eine sichere, durchgebildete Ueberzeugung bedarf solcher Waffen wider ehrenwerthe Gegner nicht.

Auf unbefangene Leser wird es geringen Eindruck machen, wenn Sie mit dem Selbstgefühle des Fachmannes mich fragen: wie ich, der Unzünftige, denn wagen könne, wider so viele Nationalökonomen von Fach mich so entschieden zu erklären? Als Herr v. Sybel seine schönen Vorträge über den Socialismus hielt, da hat, so viel ich weiß, keiner Ihrer Freunde den Historiker der Ueberhebung beschuldigt, und mein verehrter Bonner College sprach seine Urtheile ganz ebenso unumwunden aus wie ich die meinigen. Ist es etwa dem Nichtfachmanne nur dann erlaubt über sociale Fragen zu reden, wenn er Ihnen nicht widerspricht? Uebrigens scheinen Sie nicht zu wissen, daß ich nach allen Regeln der Zunft Staatswissenschaften studirt und jahrelang, bevor Sie je ein Katheder bestiegen, akademische Vorträge über Nationalökonomie gehalten habe, allerdings ohne den Ehrgeiz eine neue Aera der Volkswirthschaft zu eröffnen. Die in jenen Aufsätzen aufgestellten Ansichten sind keineswegs, wie Sie wohlwollend andeuten, nach flüchtigem Lesen für die Zwecke des Augenblicks zurechtgestellt; sie enthalten vielmehr nur die schärfere Durchbildung einer Reihe von Gedanken, die ich bereits vor sechszehn Jahren in meiner Habilitationsschrift „über die Gesellschaftswissenschaft“ angedeutet und seitdem in wiederholten Kathedervorträgen weiter auszuführen versucht habe. Keiner Wissenschaft steht heute die zünftige Abschließung weniger an als der Ihren; selbst die Grundbegriffe der Volkswirthschaftslehre sind noch ein Gegenstand heftigen Streites, und oftmals habe ich von namhaften Gelehrten, Naturforschern wie Humanisten, die zweifelnde Frage gehört: ob dies unfertige Durcheinander subjectiver Meinungen bereits verdiene eine Wissenschaft zu heißen? Ich meine, unsere socialpolitischen Gedanken werden vor den Augen unparteiischer Richter genau so viel gelten wie das Gewicht unserer Gründe; und wir haben von einander nur das Eine zu verlangen, daß Jeder von uns sich bemühe, die Meinung des Gegners treu wiederzugeben, den Streit nicht durch Entstellung und Mißverständniß verbittere.

Eben diese erste Vorbedingung jedes fruchtbaren wissenschaftlichen Kampfes vermisse ich gänzlich in Ihrer Schrift. Ich müßte wie Sie zehn Bogen füllen, wollte ich nachweisen, wie Sie meine Behauptungen hier übertreiben, dort in das Gegentheil verwandeln, bald das bedingt Gesagte als ein Unbedingtes hinstellen, bald mir gar meine eigenen Gedanken zürnend entgegenhalten, als ob ich sie bestritten hätte, und durch solche dialektische Künste schließlich das Bild eines „oligarchisch gefärbten Aristokraten“ zu Stande bringen — ein Bild, in dem ich keinen Zug mehr von meiner wirklichen Meinung wiedererkenne. Ich konnte diese Weise der Polemik nicht erwarten, obschon Sie Sich selbst zu den „temperamentvollen“ Anhängern des Kathedersocialismus rechnen. Sie haben ein volles Halb-

jahr seit dem Erscheinen meiner Aufsätze verstreichen lassen und mußten in dieser langen Frist doch einmal eine ruhige Stunde finden um kalten Blutes meine Worte zu überlesen. Zum Glück bin ich der unerquicklichen Aufgabe Ihre Umdeutungen im Einzelnen aufzudecken überhoben. Meine Aufsätze liegen dem Publicum vor, ich halte sie noch heute bis auf das letzte Wort aufrecht. Jeder Leser Ihrer Schrift, dem es um die Sache, nicht um die Bestätigung vorgefaßter Ansichten zu thun ist, wird auch meine Arbeit lesen und leicht selber finden, was ich wirklich gesagt und was Sie in meine Worte hineingedichtet haben. Ich begnüge mich also hier kurz zu berichten, welcher Anlaß mich zu jenen Aufsätzen bewog, und werde sodann einige der wichtigsten Streitfragen besprechen, vornehmlich die Lehre von der „Gütervertheilung nach Verdienst“, die mir den Grund und Kern Ihrer Irrthümer zu bilden scheint. —

Als Sie mir im Herbst 1872 die Einladung zu der ersten Eisenacher Besprechung schickten, da gab ich Ihnen gern meine Unterschrift, obgleich mir die Phrase vom „ethischen Pathos“ mißfiel. Die „sociale Reform“, welche Sie heute für das alleinige Banner Ihrer näheren Freunde ausgeben, wollen wir ja Alle; es fragt sich nur, wie sie in's Werk zu setzen sei. Zur Erörterung dieser Frage schien mir der von Ihnen beabsichtigte Verein um so mehr geeignet, weil die Einladung sich an Männer der verschiedensten Richtungen wendete. Der weitere Verlauf hat meinen Erwartungen nur zum Theil entsprochen. Ich fand in den Reden und Schriften des Eisenacher Vereins neben manchen trefflichen Arbeiten, von denen ich dankbar gelernt habe, eine Menge unreifer, überhasteter Pläne, die ohne ernste wissenschaftliche Durchbildung sogleich in die Praxis hinüberzutreten verlangten. Ich vernahm selbst Aeußerungen, die mir für Zucht und Freiheit gleich gefährlich schienen: so das große Wort, daß es eine Grausamkeit sei den Arbeiter zum Sparen zu ermahnen — und so weiter bis zu dem Vorschlag einer Reichsinvalidenkasse für die Millionen deutscher Arbeiter. Ich vermißte namentlich eine klare Erkenntniß der Schranken, welche jeder socialen Reform gesetzt sind, und ein entschiedenes Betonen der Pflichten der Arbeiter; eben dies schien mir eine unerläßliche Aufgabe der Wissenschaft in Zeiten, da eine weitverzweigte Parteiverschwörung das Rechtsgefühl der Massen zu zerstören sucht. Ich bemerkte endlich — was mich am Meisten befremdete — wie aus manchem wohlgemeinten Worte über die ethischen Gesetze der Volkswirthschaft unwillkürlich dieselbe sinnliche Ueberschätzung der wirthschaftlichen Güter hervorbrach, wodurch die Socialdemokratie die sittlichen Kräfte unseres Volkes schädigt. Ich erwartete längst, daß einmal aus den Reihen Ihrer Freunde selber eine Stimme sich erhöbe, um auf diese Schwächen des Eisenacher

Vereins hinzuweisen; denn sollte der Widerspruch fruchten, so mußte er von befreundeter Seite ausgehen, von einem Manne, den Niemand des Manchesterthums bezichtigen konnte. Aber Alles schwieg; so beschloß ich denn selbst zu reden, auf die Gefahr hin von manchem alten Freunde verkannt zu werden.

Ich wollte dadurch zugleich dem in der Presse weitverbreiteten Verdachte entgegentreten, als ob unsere gesammte Gelehrtenwelt mit der bestehenden Ordnung der Gesellschaft zerfallen sei. Das ist ein Irrthum, Sie gestehen es selbst. Die große Mehrzahl der deutschen Gelehrten steht zurückhaltend oder ablehnend der unruhigen Bewegung im Lager der Nationalökonomen gegenüber; manche unserer Universitäten zählen in ihrem gesammten Lehrkörper nur einen einzigen Kathedersocialisten: den Ordinarius der Volkswirthschaft. Diese conservative Gesinnung gereicht den deutschen Professoren zur Ehre, sie entspringt dem Idealismus der Wissenschaft, und Sie haben wahrlich kein Recht mitleidig darüber die Achseln zu zucken. Unsere Gelehrten leben fast allesammt in beschränkten Verhältnissen, sie leiden schwer unter den neuen Zuständen der Volkswirthschaft, sie haben durchaus kein Klasseninteresse gemein mit den aufsteigenden Mächten des Großcapitals; doch sie wissen auch, daß die Wissenschaft den Ernst und die Strenge deutscher Bildung zu behüten hat vor jener Verhöhnung aller guten Sitte, welche heute den Massen gepredigt wird, und daß es ihr am Wenigsten geziemt, den Feinden der Cultur mit unbedachten Worten entgegenzukommen. Das heutige Geschlecht unserer praktischen Politiker erinnert sich noch lebhaft der Zeiten, da das Professorenthum einen übermäßigen Einfluß auf die deutsche Staatskunst ausübte, und ist darum nur allzu geneigt die Theorie auch da zu mißachten wo sie ein Recht hat der Praxis den Weg zu weisen. Um so sorgsamer soll der Gelehrte auf der Hut sein, daß er nicht durch utopistische Gedanken dies ungerechte Vorurtheil verstärke. Im vergangenen Herbst veröffentlichte Herr Professor Umpfenbach seine Abhandlung „des Volkes Erbe“. Die Schrift ist charakteristisch für die heute modische Kunst schnellfertiger Zubereitung socialpolitischer Heilmittel, obwohl ich selbstverständlich nicht daran denke Sie persönlich dafür verantwortlich zu machen; sie entwirft den Plan, durch eine Aenderung des Erbrechts unserem Staate ein Einkommen von 30 Millionen jährlich zu verschaffen, dies Erbe des Volks soll dann zur Ausstattung von Hochschulen für die arbeitenden Klassen verwendet werden. Ich sprach darüber einmal mit einigen der ersten Gelehrten Deutschlands; die Meisten lächelten, doch Einer fragte sehr ernst: „Wo soll das hinaus? Wie soll die Wissenschaft ihr Ansehen behaupten, wenn unsere jungen Juristen durch die Erfahrungen des praktischen Lebens gezwungen werden, Satz für Satz

sich Alles wieder abzugewöhnen was sie in dem beliebten „Publicum über die sociale Frage" von ihrem Professor gelernt haben?" — Dieselbe Besorgniß hat auch meinen Entschluß jene Aufsätze niederzuschreiben mitbestimmt.

In dem ersten Theile meiner Arbeit versuchte ich zu zeigen, daß jede denkbare Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft eine Klassenordnung ist, und alle die socialen Reformpläne, welche die Gliederung der Gesellschaft aufzuheben suchen, unausführbar bleiben, gleichviel ob diese Pläne von dem Socialismus des Katheders und der Rednerbühne oder von dem Socialismus des Wirthshauses und der Gasse ausgesprochen werden. Der zweite Theil schilderte sodann die heutigen socialpolitischen Parteien im Einzelnen und schloß mit einem Blick auf die socialen Uebelstände, welche die Verstimmung der Gegenwart hervorgerufen haben. Die ganze Abhandlung ist in Einem Zuge, nach einem von vornherein feststehenden Plane geschrieben. Wenn Sie in dem zweiten Aufsatze eine veränderte Stimmung oder gar einen versteckten Rückzug wahrnehmen wollen, so erwidere ich einfach: nicht meine Stimmung beim Schreiben, sondern Ihre Stimmung beim Lesen der beiden Aufsätze hatte sich verändert. Sie sind nämlich befangen in dem wunderlichen Irrthum, als ob der erste Aufsatz sich nur mit Ihnen beschäftigte; Sie haben daher Alles, was dort über socialistische und communistische Träume gesagt wird, auf Sich bezogen und sind dadurch in eine begreifliche Erregung gerathen. Bei einigem guten Willen konnten Sie nach dem Durchlesen des zweiten Aufsatzes Ihren Irrthum leicht erkennen und einsehen, daß ich zwischen den verschiedenen Parteien des Socialismus billig zu unterscheiden weiß. Aus dem Dunkel heraus anzugreifen ist nicht meine Art; ich habe Sie nur da gemeint, wo ich Sie nannte oder Ihre Worte anführte. Durch diese thatsächliche Bemerkung verliert eine lange Reihe der angeblichen Berichtigungen, die Sie gegen den ersten Aufsatz vorführen, ihr Ziel und ihren Sinn.

Sie behaupten alsdann mit großer Zuversicht, die Masse der Leser entnehme aus meinen Aufsätzen lediglich die Mahnung, gar nichts an dem Bestehenden zu ändern und wider die Ruhestörer „eventuell den Knüppel zur Hand zu nehmen" (— ich bitte zu beachten, daß nicht ich es bin, der diese elegante Redeblume der Socialdemokratie in die wissenschaftliche Polemik eingeführt hat). Genau das Gegentheil von Alledem steht wirklich in meiner Abhandlung; ich muß mich also wohl so stümperhaft ausgedrückt haben, daß Niemand den Sinn meiner Worte fassen konnte? Eine so bestimmte Versicherung aus der Seele der Leserwelt heraus mag es entschuldigen, wenn ich, ungern genug, Ihnen mittheile, was ich selbst von der Aufnahme jener Aufsätze im Publicum beobachten konnte. Ich habe

selten beim Niederschreiben einer Arbeit so deutlich gefühlt, daß ich vielen Anderen das Wort von den Lippen nähme, und selten an dem Erfolge einer Arbeit so viel Freude erlebt. Die Wirkung war wie ich erwartete: laute Entrüstung im ganzen Lager der Socialdemokratie, bekundet durch die Zeitungen und Reden der Partei, wie durch die heute landesüblichen anonymen Liebesbriefe; Unmuth in jenen Bildungsschichten des Liberalismus, welche bei dem Satze „die Gesellschaft ist eine natürliche Aristokratie“ sogleich feudale Hintergedanken wittern; aber warme Zustimmung in den Kreisen der Gesellschaft, die ich gleich Ihnen als die festen Stützen unserer Bildung achte. Der Zweck meiner Arbeit war ein zweifacher: sie sollte vor socialistischen Unmöglichkeiten warnen, doch ebenso bestimmt eine durchdachte, schrittweis vorgehende sociale Gesetzgebung, eine weit größere Thätigkeit der Besitzenden für das Wohl der Arbeiter fordern. Daß ich diesen doppelten Zweck nicht ganz verfehlt, daß unbefangene Leser nicht blos die conservativen, sondern auch die liberalen Gedanken jener Schrift wohl verstanden haben, darüber bin ich heute vollkommen beruhigt durch eine lange Reihe von Briefen, die mir von Bekannten und Unbekannten, von politischen Freunden und Gegnern zugekommen sind. Unter diesen Briefstellern war kein einziger Gründer oder Gründergenosse, — denn ich habe über die Sünden der Börse ganz ebenso scharf gesprochen wie über die Ausschweifungen der Socialdemokratie — wohl aber mehrere Frauen. Hierauf lege ich einigen Werth, obschon Sie darüber spotten werden; der weibliche Sinn, der conservative Sitte mit werkthätiger Menschenliebe zu verbinden weiß, wird, Gott sei Dank, bei der Fortbildung unseres socialen Lebens eine weit mächtigere Rolle spielen, als die Socialdemokratie glaubt.

Nach solchen persönlichen Erfahrungen kann ich in Ihrer Versicherung nur eine willkürliche Behauptung sehen, und ich werde in dieser Ueberzeugung bestärkt durch die unparteiischen Zeugen, die Sie anrufen. Sie berufen Sich auf den Redacteur der Süddeutschen Reichspost, Freiherrn von Ungern-Sternberg. Ich bin mit ihm befreundet und weiß, daß er in wirthschaftlichen wie in kirchlichen Dingen durchaus die Gesinnung seines Freundes Julius Eckardt theilt; sein Zeugniß ist in unserem Streite ebenso unparteiisch wie das Ihrige. Und soll ich noch ernsthaft bleiben, wenn Sie an einer anderen Stelle gar durch den gewiß unbefangenen Richterspruch der Volkszeitung mich zu zerknirschen suchen? Ich habe, wie Sie wohl wissen, im Verlaufe des letzten Jahrzehnts dem „Organe für Jedermann aus dem Volke“ ziemlich häufig Anlaß gegeben, sich zornig an seine demokratische Mannesbrust zu schlagen; zum Ueberfluß ist Herr Franz Duncker ein eifriger Anhänger Ihres Vereins und, wie ich glaube,

einer der wenigen, welche die letzten Folgen ihres Thuns klar übersehen. Ich schließe also: nicht von der Masse der Leser, sondern allein von Ihren Freunden sind meine Aufsätze als eine Vertheidigung des Bestehenden schlechthin aufgefaßt worden. Ich bedauere diese Mißdeutung, doch ich sehe darin lediglich die natürliche Befangenheit einer Gelehrtenpartei. Man vermag sich in Ihrem Kreise gar nicht vorzustellen, daß Einer sociale Reformen ernstlich fordern kann, ohne doch zu dem Banner des Kathedersocialismus zu schwören. Es geschieht nicht zum ersten male, daß die warnende Stimme eines wohlmeinenden Freundes für den Schlachtruf eines Feindes gehalten wird. —

Genug des Persönlichen. — Ich ging aus von der Erkenntniß, daß das Vernünftige ist, und glaubte damit etwas Selbstverständliches zu sagen. Sie aber erklären zornig, ich wolle eine neue Art Staatsdogmatik schaffen mit dem Sinnspruch aller Reaction, dem Hegelschen Satze: „was wirklich ist, das ist vernünftig". Stände diese Behauptung im „Volksstaat" oder im „Neuen Socialdemokraten", so würde ich sie in der Ordnung finden; denn der Wissensschatz der Gelehrten dieser Blätter besteht, soweit ich ihn ergründen konnte, nur in einer großen Tabelle, die in der ersten Spalte eine Reihe von Namen und Begriffen, in der zweiten die entsprechenden demagogischen Schlagwörter enthält, und neben dem Namen Hegel stehen, wie billig, die Prädicate: königlich preußischer Staatsphilosoph und Reactionär. Von einem hochgebildeten Manne konnte ich weder eine solche erkünstelte Unwissenheit erwarten noch eine so kühne Anwendung des Spruchs: leg' ich nicht aus, so leg' ich unter. Ich habe absichtlich nicht jene vieldeutige Hegelsche Formel ausgesprochen, sondern den ganz unverfänglichen Gedanken: das Vernünftige ist. Stellen Sie Sich doch nicht an, als ob Sie nicht wüßten, daß die gesammte Gedankenarbeit unserer großen Philosophen von dieser Idee erfüllt ist, seit Leibnitz's prästabilirter Harmonie bis auf Lessings Erziehung des Menschengeschlechts und wieder bis auf Hegels Philosophie der Geschichte. Als Hegel diese alte Wahrheit in gefährlich zweischneidiger Fassung auf das historische Leben anwendete, da warf man ihm mit gutem Grunde vor, sein Satz enthalte, recht verstanden, eine Tautologie; denn an dem Dasein einer weltbauenden Vernunft, die in den Geschicken der Menschheit sich offenbart, hatte noch kein ernster Denker Deutschlands gezweifelt. Das war unser Stolz gegenüber den Nachbarvölkern. Erst der neuesten deutschen Philosophie blieb die Entdeckung vorbehalten, daß es der Welt besser wäre nicht zu sein; und gegen diese pessimistische Verirrung, die ich allerdings nur für eine geistreiche Spielerei halte, wollte ich mit jenen Worten protestiren. Stellen Sie Sich nicht an, als ob Sie nicht wüßten,

daß die Reaction so gut wie der Radicalismus, die hochconservativen Männer der Hegelschen Rechten wie die Stürmer und Dränger des junghegelianischen Kreises, Beide mit gleichem Unrecht auf die Formel des Meisters sich beriefen. Den rechten Sinn seines Ausspruchs hat Hegel selbst erklärt in den allbekannten Zeilen: „darauf kommt es an, in dem Scheine des Zeitlichen und Vorübergehenden die Substanz, die immanent, und das Ewige, das gegenwärtig ist, zu erkennen".

In diesem Sinne wird heute, da die Kämpfe jener Philosophenschulen längst der Geschichte angehören, dies vielmißbrauchte Wort von der gesammten historischen Wissenschaft anerkannt, in diesem Sinne wiederholt jeder Historiker den weltfreudigen Ausruf Hegels: *ἰδοὺ Ῥόδος ἰδοὺ καὶ τὸ πήδημα.* In dem Werden der Menschheit herrscht die göttliche Vernunft; die letzten Ziele dieser großen Entwicklung sind uns verhüllt, doch ihre Richtung in einem gegebenen Zeitpunkt können wir erkennen, und wo wir sie nicht erkennen, da liegt die Schuld allein an unserem mangelhaften Wissen. Die Einsicht, daß es keinen blinden Zufall in der Geschichte giebt, daß die Völker immer erreichen was sie verdienen, kurz, Alles was jemals über das Walten der historischen Gerechtigkeit gedacht wurde, steht und fällt mit dem Satze: das Vernünftige ist.

Was folgt daraus für die Methode socialpolitischer Untersuchung? Der Politiker darf nicht die klaren Rechtsbegriffe, die menschenfreundliche Milde des neunzehnten Jahrhunderts hinübertragen in die rauhen und harten Anfänge der Geschichte, nicht meisternd absprechen über die rohen Daseinsformen ursprünglicher Menschheit; er soll vielmehr in diesem Scheine des Zeitlichen das Immanente, den unendlichen Segen des ersten Beginns geordneter Arbeitsgemeinschaft, zu erkennen suchen. Der Satz: „die wirthschaftliche Klassenbildung entspringt aus Unrecht und Gewalt" ist darum ebenso unwissenschaftlich wie die nahe verwandte Lehre der Materialisten: „die Religion entspringt aus dem Aberglauben". Doch Sie wissen das Alles selbst, Sie nehmen (S. 15) diesen unglücklichen Satz förmlich zurück als „eine von Ihnen selbst verfehlte Wiedergabe" eines Gedankens, den Sie vorher richtiger ausgedrückt. Ich danke für diesen Widerruf, er wird meine Aufgabe erleichtern und abkürzen. Aber sehen Sie denn nicht, daß Ihre gesammte düstere Schilderung von der tragischen Schuld der höheren Stände auf diesen Satz sich stützt? Alle Leser und Hörer Ihres Vortrags, die ich gesprochen, sahen grade in diesem Worte den festen Kern Ihrer Gedanken. Begreiflich genug. Wissen Sie denn nicht, daß die Lehre von dem uranfänglichen Unrecht der Besitzenden das beliebteste und wirksamste Dogma der Socialdemokraten ist? Sie senden das Brandwort unschuldig in die Welt hinaus, Sie erlauben den Dema-

gogen, bei ihren frechsten Anklagen wider die Gesellschaft sich auf den gemäßigten Schmoller zu berufen — und dies in einem Augenblicke, da die sociale Frage, nach den bekannten Worten des Braunschweiger Manifestes vom September 1870, ihren Schwerpunkt von Frankreich nach Deutschland verlegen soll — und dann zürnen Sie noch, wenn man Sie für einen Gönner des Socialismus hält! Dann beschweren Sie Sich, wenn ich in sehr gemäßigten Worten Ihnen vorwerfe, Sie verfehlten oft den Ton! Solche leichtfertige Aussprüche erklären manche Unbill, manche Verkennung, die Ihnen von Anderen widerfuhr; Ihre Gegner wissen niemals recht, woran man mit Ihnen ist. Heute reden Sie als der begeisterte Prophet einer ungeheuren Zukunft, morgen als der friedliche Staatsbürger, der nichts gesagt haben will.

Aehnlich verfahren Sie mit einem anderen Kraftworte der Socialdemokratie. In jeder Socialistenversammlung erschallt heute die Drohung: gebt uns Reformen, sonst naht die Revolution! — und fast in jedem Abschnitt Ihrer Schrift kehrt derselbe Gedanke in mannichfachen Wendungen wieder. Natürlich soll das Wort in Ihrem Munde nur sagen: alle Geschichte ist Werden; versäumt man das Veraltete rechtzeitig zu beseitigen, so brechen die zeitgemäßen Kräfte sich gewaltsam ihre Bahn — eine Wahrheit, die sicherlich auf den Reiz der Neuheit keinen Anspruch hat. Doch wer verbürgt Ihnen denn, daß das harmlos Gesagte heute ebenso harmlos aufgenommen wird? Und ist es denn gerecht, das Schreckgespenst der Revolution beständig aufzurufen vor einer Gesellschaft, die kaum erst durch den freien Entschluß ihrer höheren Stände den arbeitenden Klassen eine bisher unerhörte sociale Freiheit geschenkt hat und soeben sich ernsthaft überlegt, wie dies Werk der socialen Reformen weiterzuführen sei? —

Ich versuchte darauf, aus der Natur der Gesellschaft zu erkennen, welche Grenzen die sociale Bewegung niemals überschreiten kann. Sie verachten solche Erörterungen der Grundbegriffe als leblose rechtsphilosophische Abstractionen. Ich bleibe jedoch der altväterischen Ansicht, daß formloses Wissen gar kein Wissen ist; die Wissenschaft kann über die Verfassung und die Aufgaben des Staates und der Gesellschaft nichts Bestimmtes aussagen ohne vorher genau festgestellt zu haben, was der Staat und was die Gesellschaft ist. Die unbestreitbare Schwäche der historischen Schule der Nationalökonomie liegt darin, daß sie bei der Untersuchung der Grundbegriffe zuweilen Schärfe und Klarheit vermissen läßt; ich darf das wohl ohne Anmaßung aussprechen, da ich selbst ein dankbarer Schüler Roscher's bin und lange arbeiten mußte um mich von jenem Fehler zu befreien. Die Feststellung der Grundbegriffe bietet allerdings für die

historisch-politischen Wissenschaften große Schwierigkeiten; denn die Elemente dieser Theorien sind zugleich ihre letzten Resultate. Wir können den Begriff des Staates nicht finden, wenn wir nicht vorher die ganze Fülle der historischen Formen des Staatslebens betrachtet und das ihnen Gemeinsame erkannt haben. Ebenso schließt der erzählende Historiker scheinbar von dem Früheren auf das Spätere, da er nach der Zeitfolge berichtet; in Wahrheit muß er, bevor er zu erzählen beginnt, die gesammte Epoche, die er schildern will, bis in ihre letzten Nachwirkungen schon überblickt und aus dem Späteren auf das Frühere zurückgeschlossen haben; denn nur aus dem Ergebniß der Entwicklung kann er ersehen, welche Thatsachen aus der Masse des Geschehenen historisch wichtig sind. Diese complicirte Methode des Denkens stimmt den historisch geschulten Politiker leicht mißtrauisch gegen die Untersuchung der Grundbegriffe seiner Wissenschaft. Gleichwohl darf er sich dieser Aufgabe nicht entziehen; es muß ihm gelingen, einen Begriff von Staat und Gesellschaft zu finden, der fest und klar und zugleich so weit und lebendig ist, daß er auf jede historische Erscheinung des politischen und des socialen Lebens sich anwenden läßt. Mißachtet der Gelehrte diese harte Arbeit, so zeigen sich die Folgen an der verschwommenen Unklarheit seiner Lehre.

Ich unternahm nun zu zeigen, daß die Gesellschaft eine durch die Familie und das Erbrecht bedingte Gliederung, daß mit dem Begriffe der Gesellschaft schon die Klassenordnung gegeben ist. In jeder denkbaren Verfassung der Gesellschaft müssen Klassen bestehen, welche an den Arbeiten und Genüssen der Cultur einen verschiedenen Antheil nehmen; in jeder eine unterste Klasse, die Alles in sich aufnimmt, was durch Schuld oder Unglück in den höheren Klassen sich nicht behaupten kann, und ihrerseits wieder ihre tüchtigsten Kräfte in diese oberen Schichten emporsendet. Die Formen der Klassenordnung unterliegen dem unendlichen Wechsel des historischen Lebens; doch wie das Menschengeschlecht aus dem Staate immer wieder in den Staat zurückfällt, so endet auch jeder Versuch die Klassenordnung selbst zu beseitigen nothwendig mit einer neuen Gliederung der Klassen. Man kann über die Gesellschaft nicht einmal denken ohne den Begriff der Klassenordnung. Wie köstlich hat Lassalle unbewußt sich selber verspottet in den bekannten Worten: „Der vierte Stand, in dessen Herzfalten kein Keim einer neuen Bevorrechtung enthalten ist, ist ebendeßhalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlechte“ — und folglich „zum herrschenden Stande bestimmt.“ In demselben Athemzuge, da der Demagog die Klassenordnung bekämpft, redet er schon wieder von einem herrschenden Stande!

Sie geben mir diese einfachen Sätze im Wesentlichen zu und werfen

mir nur vor, daß ich das Verhältniß der Klassen zu einander als unwandelbar ansehe. Ich erspare mir eine leere Behauptung zu beantworten; lange Abschnitte meiner Abhandlung behandeln ja ausschließlich die allmähliche Befreiung und wirthschaftliche Erhebung der niederen Stände. Doch trennt uns allerdings eine wirkliche Meinungsverschiedenheit. Sie stellen auch an die natürlichen Grundlagen der Gesellschaft die kecke Frage: was soll sein? Ich bescheide mich, von ihnen zu sagen: so ist es, und es kann nicht anders sein. Sie eröffnen der Gesetzgebung und der Gesittung ein grenzenloses Gebiet socialer Verbesserungen. Ich erkläre die Nothwendigkeit der Klassenordnung aus den körperlichen Bedingungen unseres Lebens, aus Bedürfnissen und Neigungen der Menschheit, welche kein Staatsgebot und keine Cultur jemals aufheben kann. Die moderne Staatswissenschaft soll anheben mit den Lebensbedingungen der Gesammtheit, nicht wie das alte Naturrecht mit den Rechten des Einzelnen. Ich schließe daher: die Gesellschaft ist bestimmt den von früheren Geschlechtern überkommenen Bestand der Cultur zu wahren und zu mehren; folglich muß gearbeitet werden. Nun erwäge ich die segensreiche Kargheit der Natur, die unser träges Geschlecht zur Arbeit zwingt. Sodann die nicht minder segensreiche Freude des Menschen am Dasein; sie bewirkt trotz aller Vorsichtspredigten der Malthusianer in einem gesunden Volke von selbst, daß wo nothdürftig Raum ist für neue Menschen, diese jungen Weltbürger auch geboren werden. Dazu die unendliche Bedürftigkeit des Menschen, der alleinstehend fast sein ganzes Leben der Fristung des Lebens widmen muß und nach jedem neuen Siege über die Kräfte der Natur stets neue Bedürfnisse in sich erwachen fühlt. Ich betrachte alsdann die natürliche Ungleichheit der Menschen. Wenn sie mir hier zurufen, ich bestritte die Art-Einheit des Menschengeschlechts, so reden sie in die leere Luft; ich nenne wörtlich „die Ungleichheit der Gestaltung der Erdrinde, von der die Menschen leben, die Ungleichheit des Alters, des Geschlechts, der Kräfte des Leibes und der Seele, der Kinderzahl und der persönlichen Verbindungen, des Besitzes und des Glückes" — lauter Ungleichheiten, die auch zwischen leiblichen Geschwistern vorkommen können; und eben weil Sie über das trockene Aussprechen so trivialer Wahrheiten Sich erzürnen, darum werfe ich Ihnen vor, daß Sie noch nicht wahrhaft frei sind von dem Wahnbegriffe der natürlichen Gleichheit der Menschen. Ich erwäge endlich das unabänderliche Gesetz der Arbeitstheilung und ziehe aus allen diesen Prämissen den bündigen Schluß: nach der Ordnung der Natur muß die ungeheure Mehrheit der Menschen immer und überall der groben Arbeit, der Bewältigung des Stoffes sich widmen, und diese Masse kann nur in beschränkten wirthschaftlichen Verhältnissen leben.

Es läßt sich ja auf der weiten Welt kein anderer Grund entdecken, der die Menschen bewegen könnte die harten und für die Cultur doch unentbehrlichen Verrichtungen des Dienstboten, des Nachtwächters, des Sackträgers zu übernehmen, als allein die Noth, die Entbehrung. Die Noth ist freilich ein relativer Begriff. Vieles was den heutigen Arbeitern als schmerzliche Entbehrung erscheint, hätten sie noch vor einem Menschenalter gleichmüthig ertragen. Die Ansprüche der unteren Klassen an das Leben müssen bei steigender Gesittung nothwendig wachsen; die Gesellschaft wird und soll dahin gelangen, daß auch der in niederer Handirung thätige Arbeiter sicherer als heute hoffen kann durch redlichen Fleiß sich einen kleinen Besitz zu erwerben. Jedoch ein Abstand, ein sehr weiter Abstand muß immer bestehen zwischen dem Besitze des Handarbeiters und dem Vermögen jener Klassen, welche für die idealen Güter der Gesittung thätig sind oder als Unternehmer die wirthschaftliche Arbeit leiten; denn sonst würde nicht mehr gearbeitet werden. Auch wird die Gesellschaft zu allen Zeiten faule und schlechte Elemente enthalten, in deren Händen gar kein Besitzthum haftet.

Mit dieser einfachen Erkenntniß ist schon der Stab gebrochen über alle jene schillernden Halbwahrheiten, die in's Unbestimmte hinaus von einer Ausgleichung der Klassenunterschiede reden. Herrn Samter's Sociallehre — ein Buch, das die Eisenacher Lieblingsgedanken ungewöhnlich naiv ausspricht — stellt der Gesellschaft die Aufgabe, den Gegensatz von Besitz und Arbeit allmählig aufzuheben, die besitzlose Arbeit so weit als möglich ganz aus der Welt zu schaffen. Hier wird ein berechtigter, menschenfreundlicher Gedanke in irreführender, unwissenschaftlicher Form ausgesprochen; es fehlt die klare Begrenzung, welche dem Postulate erst Sinn und Halt giebt. Im Uebrigen scheint mir alles Reden über solche sich selbst beweisende Wahrheiten müßig. Unser alter Herrgott läßt sich in der Erziehung des Menschengeschlechts nicht stören durch socialpolitische Empfindsamkeit; er erinnert die schwachen Sterblichen seit Jahrtausenden an ihre körperliche Bedürftigkeit und wird auch fernerhin durch den heilsamen Zwang der Noth dafür sorgen, daß die groben Bedürfnisse des Menschenlebens durch die harte Arbeit der Masse befriedigt werden.

Ich sehe in den Grundlagen der Gesellschaft eine Ordnung der Natur; sie lassen sich ebensowenig ändern, wie die Künste nordamerikanischer coeducation jemals den natürlichen Unterschied von Mann und Weib aufheben werden. Ich bemühe mich diese unabänderliche Ordnung zu verstehen und finde ihre Wirksamkeit im historischen Leben keineswegs unheilvoll. Die Gesellschaft ist eine lebendige Arbeitsgemeinschaft, jedes ihrer Glieder empfängt und giebt, und — ich bleibe dabei — kein mensch-

licher Scharfsinn vermag zu sagen, welche Klassen in diesem großen Austausche das Meiste gewonnen haben. Sie schelten wider diese Frivolität und — stimmen ihr selber bei. Denn Sie nehmen den Ausdruck „die enterbten Klassen", den Sie den Straßenreden der Socialdemokratie entlehnt hatten, jetzt zu meiner lebhaften Freude als eine Uebereilung zurück und gestehen damit ein, daß das ruhige Urtheil der Wissenschaft nicht behaupten kann, irgend eine Klasse der Gesellschaft sei im ganzen Verlaufe der Geschichte ausgebeutet worden. Es giebt keinen absoluten Maßstab, um den Werth der Leistungen, die zwischen den Klassen der Gesellschaft ausgetauscht werden — der wirthschaftlichen Arbeiten jeder Art, der Arbeiten für Staat und Kirche, Kunst und Wissenschaft — zu schätzen; sondern diese Schätzung ist subjectiv, sie verändert sich mit den Bedürfnissen und den sittlichen Anschauungen der Völker. Der Historiker kann einen bestimmten Zeitraum als eine Epoche socialer Leiden und ungerechter Ausbeutung bezeichnen, wenn er nach genauer Untersuchung findet, daß murrende Arme von übermüthigen Herren mißhandelt oder auch geängstete Reiche durch einen zügellosen Pöbel geplündert wurden; und wenn der praktische Politiker ähnliche Mißverhältnisse in seiner Zeit wahrnimmt, so soll er auf Reformen sinnen. Doch von den Epochen leidlichen socialen Friedens, die in der Geschichte unzweifelhaft überwiegen, müssen wir annehmen, daß damals wirklich ein nach dem Urtheile der Zeit gerechtes gegenseitiges Geben und Empfangen die Klassen der Gesellschaft verband. Wenn der freieste Kopf seiner Tage, Aristoteles, zwar einsieht, daß die Sklaverei die Würde des Menschen verletzt, aber noch nicht begreift, daß diese Würde jedem Menschen zukommt, so ist damit erwiesen, daß jenes ganze Zeitalter den Werth der persönlichen Freiheit noch nicht richtig zu schätzen wußte. Solchen Zeiten mag der Historiker die Unreife ihrer sittlichen Bildung vorhalten: von socialem Unrecht darf er nur dann reden, wenn er das Bewußtsein des Unrechts in der Zeit selber findet.

Mit dem Unterschiede des Vermögens und der Beschäftigung, so schloß ich weiter, ist der Abstand der Bildung gegeben. Der Lohn der gemeinen Arbeit kann niemals ausreichen für die Kosten einer gelehrten Vorbildung, welche den Arbeiter überdies seinem Berufe entfremden muß. Diese unanfechtbaren Sätze verwandeln sich unter den Händen Ihrer wunderbaren Auslegekunst in die Behauptung: es soll gar keine Gemeinschaft der nationalen Bildung bestehen, sondern eine denkende Minderheit soll über eine bildungslose Masse herrschen; und dann halten Sie mir entrüstet vor, ich hätte ja selbst in einer meiner älteren Schriften die tiefe Kluft beklagt, welche den Gebildeten von dem Ungebildeten trenne. Woher wissen Sie denn, daß ich diese Meinung nicht mehr hege? Ich

habe in denselben Aufsätzen, die Ihnen so lästig sind, nachgewiesen, daß in einem gesunden Volke unzählige Mittelglieder in ununterbrochener Stufenfolge emporführen müssen von den Tiefen zu den Höhen der Gesellschaft. Ich glaube noch heute, daß es niemals zu hell werden kann in den Köpfen der Menschen, und daß die Masse unseres Volkes noch weit, sehr weit entfernt ist von dem Maße der Bildung, das sie erreichen soll.

Was ist aber unter der Einheit der nationalen Bildung zu verstehen? Eine im guten Sinne demokratische Volkserziehung soll vor Allem darauf hinarbeiten, daß gewisse sittliche Grundwahrheiten der gesammten Nation zur anderen Natur werden; sie soll dem Fürstensohne wie dem Handwerkerkinde ein lebendiges Pflichtgefühl erwecken, den Kindern aller Confessionen Ehrfurcht vor der sittlichen Leitung der Welt und Duldung gegen Andersgläubige, dazu Achtung vor dem Gesetze und jenen schlichten Nationalstolz, der jedes Opfer für das Vaterland als selbstverständlich auf sich nimmt. Auch die Einheit der wissenschaftlichen Bildung ist einem gesitteten Volke unentbehrlich. Sie fordert nicht, daß Jeder dasselbe lerne oder mit möglichst vielen Kenntnissen angefüllt werde, sondern vielmehr, daß die Elemente des Unterrichts Allen gemein seien, und daß Jeder sein Wissen gründlich, in ernster Arbeit erwerbe. So wird selbst die breite Masse des Volks in wissenschaftliche Zucht genommen und in den Stand gesetzt, den Werth des Wissens einigermaßen zu würdigen, höhere Bildung zu achten, die Phrase geringzuschätzen und da zu schweigen wo man nichts versteht. Eine solche Einheit der wissenschaftlichen Bildung ist dann erreichbar, wenn die höchsten Unterrichtsanstalten sehr Tüchtiges leisten und ihre mittelbare Einwirkung bis in die Elementarschulen hinunter ausüben; schon der Leviathan des Hobbes spricht die tiefe Wahrheit aus, daß die Volksbildung am letzten Ende von den Universitäten abhängt. Endlich bedarf eine edle Nation auch der Gemeinschaft ästhetischer Erziehung. Wir haben schon einmal, im zwölften und dreizehnten Jahrhundert, eine Zeit gesehen, da die schönsten Werke unserer Dichtung in jedem Dorfe Thüringens und Frankens von den Bauern und Mägden verstanden wurden; warum sollen wir nicht wieder dahin gelangen, daß die Lieder Goethe's und einige Dramen Schillers in jeder Hütte unseres Volkes willkommene Gäste werden, und der kleine Mann nicht blos an dem Berliner Thiergartendenkmale — dem einzigen wirklich volksthümlichen Werke unserer modernen Bildnerkunst — sondern auch an den Werken Rauch's und Rietschel's sich erfreut?

In der That ist unser Volk im Verlaufe der letzten zwei Jahrhunderte diesem Ziele der Einheit der nationalen Bildung langsam und stetig näher gekommen. Es bildet wohl die erfreulichste Aufgabe des

deutschen Historikers, Schritt für Schritt zu verfolgen: wie nach der Barbarei des dreißigjährigen Krieges und der schroffen Scheidung von Gelehrten und Ungelehrten, die ihr folgte, Thomasius zuerst wagte die akademische Wissenschaft in deutscher Sprache mitzutheilen, und zur selben Zeit die allgemeine Schulpflicht in Preußen eingeführt wurde; wie dann Lessing ein gebildetes Publicum erzog, das aus sehr verschiedenen Schichten der Gesellschaft gemischt war und immer weitere Kreise an sich zog; wie in den Befreiungskriegen und den schweren Jahren der Entsagung nachher die strenge Pflichtenlehre Kants anfing zu einem Gemeingute mindestens des norddeutschen Volkes zu werden; wie endlich das erwachende politische Leben, zahllose Vereine und gemeinnützige Anstalten und eine in ihren Anfängen leidlich gesunde populäre Literatur das Verständniß zwischen Hoch und Niedrig erleichterten.

Doch dieser im Ganzen normale Entwicklungsgang unserer nationalen Gesittung ist seit einem oder zwei Jahrzehnten schwer geschädigt und gestört durch den gefährlichsten Feind aller wahren Bildung, durch das Aufwuchern der anmaßenden Halbbildung. Hier überraschen Sie mich denn durch einen Ausspruch, den ich im Munde eines akademischen Lehrers für unmöglich gehalten hätte; Sie versichern: „aller Weg zur Bildung führt durch die Halbbildung“! — Reden Sie im Ernst oder wollen Sie nur witzig mit Worten spielen? Haben Sie allein nie gehört, welchen Sinn der allgemeine heutige Sprachgebrauch mit dem Namen der Halbbildung verbindet? Soll ich Ihnen erst sagen, daß es auf die Form der Bildung ankommt, nicht auf die Masse der Kenntnisse? Daß ein schlichter Mann mit geringem, aber wohlgeordnetem Wissen dem Gelehrten näher steht als ein Halbgebildeter? Daß die Halbbildung trennend wirkt, die Massen den höheren Ständen entfremdet? Seit die Reaction der fünfziger Jahre die Volksschulen der Herrschaft der Kirche unterwarf, empfing das junge Geschlecht durchschnittlich ein zu geringes Maß von methodisch erlernten positiven Kenntnissen und wurde zugleich erzogen zu einer einseitig geistlichen Lebensanschauung, die in unserem weltlichen Jahrhundert sich nicht behaupten läßt. Herangewachsen, mußten diese Schüler nur zu leicht entweder der frivolen Spötterei oder dem finsteren Fanatismus verfallen. Zugleich brachte eine große Umwälzung des politischen und des socialen Lebens alle überlieferten Rechtsbegriffe der Massen in's Schwanken; zwei mächtige Parteien suchten wetteifernd in gewissenloser Wühlerei die Achtung vor dem Gesetze zu zerstören, schilderten dem Volke den nationalen Staat als den Feind der Kirche oder als den Bedrücker der Armen; die populäre Literatur schoß ins Kraut und gewöhnte ihre Leser über das Unverstandene hochmüthig abzusprechen.

Aus solchen Ursachen erkläre ich mir, daß die dünkelhafte Halbbildung heute in unserem Volke mächtig ist wie nie zuvor. Diese Fäulniß vor der Reife, sie ist es, die ich bekämpfe, wenn ich das unbedachtsame Ausstreuen zusammenhangsloser Kenntnisse auf schlecht bearbeiteten Boden tadle. Sie raubt dem Menschen die Ehrfurcht vor dem Tiefen und Großen, macht ihn wehrlos gegen die Lüge und das leere Schlagwort. Sie untergräbt den Sinn für das Schöne, das immer einfach ist; wer sich den Gaumen verdorben hat an dem spanischen Pfeffer socialistischer Bordellromane, kann die erhabene Einfalt von Schiller's Glocke nicht mehr verstehen. Sie zerstört, was mir das Wichtigste ist, die Einheit der sittlichen Bildung in der Nation. Fragen Sie einen Handwerker von heute, warum er nicht am versprochenen Tage zu Ihnen gekommen sei, und hören Sie ihn lachend antworten: „für jenen Tag hatte ich's auch noch drei anderen Herren versprochen und hab' es ihnen auch nicht gehalten!" Schauen Sie umher in hundert Werkstätten und Geschäften, ob die Arbeiter noch nach der guten alten deutschen Weise ihre „verdammte Pflicht und Schuldigkeit" als eine unbestreitbare Nothwendigkeit achten — und Sie werden mir zugeben: ein großer Theil unserer niederen Klassen ist zwar in seiner Kleidung, in allerhand äußerlichen Lebensgewohnheiten und in einer gewissen Behendigkeit des Urtheils den Mittelklassen ähnlicher geworden, doch dafür steht er heute den Pflicht- und Ehrbegriffen der Gebildeten ferner als sonst. Ich fürchte, wir werden erst nach schweren Leiden diese Kluft überbrücken, wieder zurück gelangen zu jenem Gleichmaß der nationalen Bildung, das wir schon vor zwei Jahrzehnten erreicht hatten. — Aber auch wo eine gesunde demokratische Volkserziehung waltet, wird doch immer über der Durchschnittsbildung der Massen eine höhere Bildung bestehen; wer sie erlangt, steigt eben dadurch in die höheren Klassen auf. Jene Durchschnittsbildung soll wachsen in einem freien Volke, doch dieser Abstand muß bestehen bleiben; dort handelt sich's um ein Sollen, hier um ein Müssen. —

Auf der nothwendigen Gliederung der Gesellschaft ruht überall die Ordnung des Staates. Besitz, Bildung und, was damit nahe zusammenhängt, die Erfüllung der schwereren Staatspflichten sind überall die anerkannten Rechtstitel der politischen Macht. Die unmittelbare Volksherrschaft kann in gesitteten Zuständen immer nur eine Fiction sein; die wirkliche Leitung des Staates liegt stets in der Hand der Gebildeten und Besitzenden, das gilt von den demokratischen Schweizercantonen so gut wie von unseren Monarchien. Den ernsten Pflichten der Regierung, den höheren Aemtern die Selbstverwaltung ist die Einsicht der Masse nicht gewachsen. Selbst die bescheidenen Aufgaben der Geschworenenbank werden

oft ungenügend gelöst, weil die Bildung unseres kleinen Mittelstandes dafür nicht immer ausreicht; und kein Denkender wird bei der Zusammensetzung der Geschworenenlisten in noch tiefere Schichten der Gesellschaft hinabgreifen wollen. Mit einem bequemen Fragezeichen stoßen Sie die alte Wahrheit nicht um, daß die Masse immer ihre beste Kraft den Sorgen der Wirthschaft widmet. Nahezu alle großen Massenbewegungen der Geschichte entsprangen der wirthschaftlichen Noth oder dem religiösen Gefühle. Rein politische Parteifragen berühren den kleinen Mann selten; fast allein für das höchste der politischen Güter, für das Dasein des Vaterlandes vermag er sich zu begeistern.

Aus der richtigen Würdigung dieses Charakters der Massen ergiebt sich jener nüchterne Aristotelische Rath, der noch in allen wohlgeordneten Staaten befolgt worden ist; er lautet: der sociale Friede wird am Sichersten gewahrt, wenn die höheren Stände die Masse nicht zu mächtig werden lassen und ihr kein Unrecht zufügen. Das ist der Sinn der Stelle Arist. Pol. 2, 7., welche Sie auf S. 87 offenbar meinen, aber falsch übersetzen; ἂν ἧττους τε ὦσι bedeutet nicht: gering an Zahl, sondern: geringer an Macht. Wird jener Rath nicht befolgt, gelingt es der Masse, die Herrschaft unmittelbar an sich zu reißen, dann bricht die verkehrte Welt herein, Staat und Gesellschaft lösen sich auf und es beginnt das Regiment des Knüttels, darin Griechenlands tausendjährige Gesittung unterging. Ich wiederhole diese Worte, weil Sie auch an ihnen zu mäkeln haben und unter Berufung auf Aristoteles, Droysen, Oncken und andere mir nicht ganz unbekannte Schriftsteller mich belehren, der attische Demos sei besser gewesen als sein Ruf. Sie konnten Sich diese Mühe sparen, wenn Sie Sich ruhig gefragt hätten: an welche Epoche der griechischen Geschichte ich denn bei meinen Worten gedacht habe? Natürlich nicht an die Zeit des Kleon, sondern an eine Zeit, die Aristoteles nicht mehr erlebt hat, an die Zeit der römischen Eroberung. Damals ging wirklich die hellenische Gesittung in frecher Pöbelherrschaft unter. In Boeotien gab das souveräne Volk Keinem ein Amt, wenn er sich nicht im voraus verpflichtete jeden klagenden Gläubiger abzuweisen, und der gesinnungstüchtige Socialist pflegte sein Vermögen seiner Zechbrüderschaft zu vermachen; in Sparta plünderte Nabis mit einer verworfenen Rotte die Besitzenden aus — eine naturwüchsige Socialpolitik, deren Leistungen Sie doch gewiß nicht als „durch und durch kathedersocialistische Maßregeln" preisen werden — und das Erste was der römische Sieger that um die letzten Trümmer der alten Bildung aus dieser gräßlichen Verwüstung zu retten, war die Verkündigung von neuen Stadtverfassungen, welche das Regiment wieder in die Hände der Besitzenden legten.

Ich halte für die Pflicht jedes Lehrers der Staatswissenschaften, statt in vieldeutigen Worten über die tragische Schuld der Gesellschaft und die enterbten Klassen zu reden, vielmehr zunächst mit unbarmherziger Sicherheit die nothwendige Gliederung der Gesellschaft darzustellen. Populär sind solche Lehren freilich nicht, sie verletzen den unbestimmten Gleichheitsdrang der Gegenwart. Ich mache seit vielen Jahren, so oft ich über Politik lese, regelmäßig die Erfahrung, daß die Zuhörer bei den Elementen der Wissenschaft sich befremdet fühlen; der ungeschulte Verstand erschrickt, wenn man ihm zeigt, daß der Staat Macht ist, daß ein Staat ohne Freiheit immerhin ein klägliches Dasein fristen kann, während ein Staat ohne Gehorsam unfehlbar untergeht u. s. w. Seichte Schönredner klagen dann wohl, das heiße den Idealismus der Jugend zerstören. Aber der gesunde Sinn der Jugend erkennt rasch, daß eine klare Vorstellung von dem Wesen politischer und socialer Freiheit sich erst bilden läßt, wenn man begriffen hat, was den Staat und die Gesellschaft trägt und zusammenhält. Der sicherste Weg um schließlich an der Menschheit zu verzweifeln ist — sie zu überschätzen. Hören Sie Jemand versichern, es gebe kein Völkerrecht, die rohe Gewalt allein gebiete in der Staatengesellschaft, so verlassen Sie Sich darauf: der Mann ist ein enttäuschter Schwärmer, er hat früher vom ewigen Frieden geträumt. Ebenso kann man nur dann an die Wirklichkeit des socialen Fortschritts glauben, wenn man sich erfüllt hat mit dem Gefühle neidloser Resignation, das für den socialen Frieden ebenso wichtig ist wie die gesetzliche Gesinnung für den politischen. Der Arme soll es wissen, die Klage: warum bin ich nicht reich? ist um kein Haarbreit vernünftiger als die Klage: warum bin ich nicht deutscher Kronprinz? Er soll wissen: die Weltgeschichte beginnt nicht mit Dir, sondern Du trittst durch die Geburt ein in eine durch die Arbeit vieler Geschlechter geschaffene Rechtsordnung; Du hast die Stelle, welche Dir diese Ordnung anweist, ohne Murren einzunehmen; bleibst Du träge, so wirst Du nie herauskommen über das Maß der Bildung und des Wohlstandes, das Dir Geburt und Erziehung ohne Dein Verdienst schenkten, oder vielleicht noch tiefer sinken; spannst Du alle Deine Kräfte an, so darfst Du hoffen höher zu steigen.

So erweckt die unwillkommene Erkenntniß der nothwendigen Klassenordnung in jedem starken Menschen das Pflichtgefühl, den Thatendrang, das frohe Bewußtsein der persönlichen Kraft, und in diesem Bewußtsein wurzelt alle politische Freiheit. Ich schreibe nicht, wie Sie freundlich voraussetzen, jedem Menschen dasselbe Gewissen zu; sondern ich weiß, daß jeder Mensch ein Gewissen hat, und ich halte für sündlich, dies Gewissen einzuschläfern durch unklare Theorien, die den Halbgebildeten verleiten,

die Verantwortung für sein eignes Thun der Gesellschaft aufzubürden. — Von diesen natürlichen Grundlagen der Gesellschaft soll, so scheint mir, jede sociale Theorie ausgehen und sodann zeigen, daß die Menschheit, wie sie im Stande ist absolute wissenschaftliche Wahrheiten zu entdecken, auch absolute sittliche Ideen zu verwirklichen vermag und für einzelne sociale Institutionen im Verlauf der Geschichte eine Form findet, welche einmal gefunden unabänderlich bleibt und nur mit der menschlichen Gesittung selbst verschwinden kann: — so vor Allem die Monogamie, ein überzeugendes Beispiel, das Sie Sich wohl gehütet haben zu bestreiten. —

Erst von diesem festen Boden aus läßt sich eine klare Ansicht gewinnen von dem möglichen Fortschritt des socialen Lebens. Da tritt mir leider das ärgste und unbegreiflichste Ihrer Mißverständnisse entgegen, und wenn ich nicht so ganz sicher wüßte, daß Sie stets in gutem Glauben sprechen, so könnte ich hier in der That versucht sein, ein beabsichtigtes Mißverstehen anzunehmen. Sie schieben mir die Behauptung unter, daß immer nur dieselbe Minderheit sich der höchsten Güter der Cultur erfreuen könne. Meine wirkliche Meinung aber — und ich glaube sie sehr deutlich ausgesprochen zu haben — geht dahin, daß diese Minderheit in einem freien Volke nicht dieselbe bleiben soll. Ich sehe den größten Gewinn der gereiften Volkswirthschaft in dem ungehemmten Auf- und Absteigen der socialen Kräfte und ich denke ebendeßhalb weit höher als Sie von dem bleibenden Verdienst der Schule Adam Smith's, weil sie wirksamer als irgend eine andere volkswirthschaftliche Theorie diesen allerwichtigsten Fortschritt der Gesellschaft gefördert hat.

Die allmähliche Milderung der Klassengegensätze erfolgt, im Großen gesehen, auf zweifachem Wege. Der Wohlstand der niederen Klassen steigt nach und nach, mit ihm ihre Bildung und ihr Ansehen in der Gesellschaft; die Menschenwürde wird verstanden, auf die unfreie Arbeit folgt die freie; Staat und Gesellschaft sorgen durch Gesetz und Sitte für die Gesundheit, die Erziehung, das Behagen der kleinen Leute; und während im Alterthum nur der Nicht-Arbeiter ein freier Mann war, zwingt die reifere Entwickelung der Volkswirthschaft allmählich Jeden zum Arbeiten, also daß heutzutage nur noch die Sophistik erbitterter Parteien, nicht aber das ruhige Urtheil der Wissenschaft einen schroffen Gegensatz von Arbeitern und Nicht-Arbeitern zu entdecken vermag, und damit gelangt die Ehre der Arbeit zur allgemeinen Anerkennung. Jedoch diese unmittelbare Erhebung der niederen Klassen, so unerläßlich und segensreich sie ist, bleibt nothwendig innerhalb enger Grenzen. Kein Gesetz und keine Wohlthätigkeit kann es dahin bringen, daß die gemeine Handarbeit ebenso reich belohnt wird wie das geistige Schaffen; ja eine solche Ausgleichung der Löhne,

wie sie von manchem wohlmeinenden Nationalökonomen, unter Anderen von Thünen, verlangt wird, wäre ein Rückfall in die Barbarei. Die große Ueberlegenheit der englischen Volkswirthschaft gegenüber der unseren zeigt sich auch darin, daß dort die geistige Arbeit richtiger geschätzt, weit höher gelohnt wird als bei uns. Mag die Ehre der Arbeit noch so allgemein anerkannt werden, der Unternehmer und der Gelehrte stehen doch höher in der Achtung der Menschen als der Handarbeiter, weil sie mehr für die Gesellschaft leisten. Mag der Staat die niederen Klassen noch so reichlich ausstatten mit politischen Rechten, es bleibt doch dabei, daß sie nicht selbst regieren können. Das Wahlrecht kann man ihnen geben, die Wählbarkeit erhalten sie thatsächlich nur in seltenen Ausnahmefällen; und daran ist nichts zu beklagen, denn das Parlament soll nicht die Klasseninteressen als solche vertreten, sondern die durch die Gemeinschaft der Pflichterfüllung verbundenen Selbstverwaltungskörper, welche alle Klassen umschließen. Mag die Gesellschaft noch so menschenfreundlich für die Wohlfahrt der unteren Klassen wirken, der Handarbeiter wohnt doch besten Falls im bescheidenen Häuschen, der Grundherr im Schlosse. Durch diese Hebung der niederen Schichten der Gesellschaft erreicht man also niemals das Ziel der Ausgleichung der Begierden, die nach Aristoteles schönem Worte wichtiger ist als die Ausgleichung des Besitzes.

Ungleich sicherer ist der andere Weg, der zur Milderung der Klassengegensätze führt: die Beseitigung der Schranken, welche den in Armuth Geborenen hindern emporzusteigen in den Kreis der Besitzenden und Gebildeten. Nach dieser Richtung können Staat und Gesellschaft nie genug thun, wenn sie den unendlichen Werth des Talents zu würdigen verstehen; hier eröffnet sich ihrer Thätigkeit ein großes, fast unabsehbares Feld. Bleibt es unmöglich, die große Mehrzahl der Menschen an allen Genüssen der Cultur theilnehmen zu lassen, so muß doch jede rüstige Kraft hoffen können hinauszutreten aus den Reihen dieser Mehrheit. Der Staat soll nicht blos die Arbeitskraft entfesseln und dem Armen das Recht geben, aus seiner Klasse sich zu erheben; er soll auch durch gute Volksschulen und durch einen leicht zugänglichen höheren Unterricht dafür sorgen, daß das echte Talent dies Recht wirklich gebrauchen könne. Nur so kommt beständig frisches Blut in die höheren Klassen, nur so kann jene Ausgleichung der Begierden annähernd erreicht werden. Wir sind wohl Beide darüber einverstanden, daß der Staat das Eine thun und das Andere nicht lassen soll, und der moderne Staat erkennt wirklich diese zweifache Aufgabe; zwei kurze Jahrzehnte haben uns die Aufhebung der unfreien Arbeit in Rußland und Amerika, die deutsche Gewerbefreiheit und die englischen Fabrikgesetze gebracht. Nur bleibt zwischen uns der Unter-

schied, daß Sie von der unmittelbaren Hebung der niederen Klassen das Größte erwarten, ich von dem ungehemmten Auf- und Niedersteigen zwischen den Schichten der Gesellschaft. Der freie Wettbewerb Aller um die Güter der Gesittung, deren volles Maaß immer nur von einer Minderheit erreicht werden kann — das ist es, was ich unter vernünftiger Gleichheit verstehe.

Sie sind mit diesem Gleichheitsbegriffe sehr unzufrieden und vermissen ein beherrschendes Princip darin; Sie fragen, warum ich nicht lieber den großen Satz herangezogen habe: „kein Mensch darf blos als Mittel benutzt werden" — und beweisen dadurch aufs Neue, wie wenig Sie fähig sind, die Begriffe fest und sicher auseinander zu halten. Sie schreiben diesen Satz Schleiermacher zu; er stammt aber bekanntlich aus Kants „Grundlegung zu einer Metaphysik der Sitten" und ist von da in die politische Literatur hinübergekommen. Ich habe in einer früheren Schrift (in dem Aufsatze über die Freiheit) diesen Ausspruch als das fruchtbarste Ergebniß der metaphysischen Freiheitskämpfe des achtzehnten Jahrhunderts bezeichnet und ihn dort an den Platz gestellt, welcher ihm in dem Systeme der Staatswissenschaft gebührt, in die Lehre von der Freiheit. Offenbar enthalten die Worte Kant's ein Postulat der Freiheit. Aus dem Grundsatze: „der Mensch darf im Menschen niemals blos ein Mittel sehen" ergiebt sich, sobald man ihn auf den Staat anwendet, der Schluß, den ich in jenem Aufsatze gezogen habe: die Wirksamkeit der Regierung ist vernünftig, wenn sie die Selbstthätigkeit der Bürger hervorruft, fördert, läutert; unvernünftig, wenn sie diese Selbstthätigkeit unterdrückt. Hingegen die Frage: inwiefern sind die thatsächlich ungleichen Menschen dennoch von dem gesitteten Staate als Gleiche zu behandeln? — diese zwischen uns Beiden streitige Frage der Gleichheit wird von dem Kantischen Satze gar nicht berührt oder doch nur negativ beantwortet. Ich versuchte eine positive Antwort und fand: die Menschen sind gleich insofern sie Alle gleichen Anspruch haben auf die höchsten und allgemeinen Güter, welche den Menschen zum Menschen machen; nur wo diese allgemeinen Güter Allen zustehen ist freier Wettbewerb vorhanden. Daraus folgt: die gleiche Rechtsfähigkeit die gleiche Befugniß frei zu denken und zu glauben, das gleiche Recht Aller auf freie Benutzung ihrer persönlichen Gaben; ferner, damit dies Recht nicht zum leeren Schein werde, der gleiche Anspruch Aller auf das nach dem Stande der Gesittung unentbehrliche Maß der Bildung; endlich das gleiche Recht Aller auf das Leben, dergestalt, daß die Gemeinschaft aushelfend eintritt, wo der Einzelne völlig außer Stande ist sich dies Gut zu erhalten. Es folgt aber nicht die socialistische Gleichheit des Rechtserwerbs: aus dem einfachen Grunde weil der Staat diese

Gleichheit gar nicht anbefehlen kann; denn welche Rechte die an Besitz, Bildung, Begabung ungleichen Menschen durch ihre gleiche Rechtsfähigkeit wirklich erwerben, darüber entscheidet nicht der Staat, sondern die Kraft und das Glück der Einzelnen. Ich denke, dem also beschränkten Gleichheitsbegriffe liegt ein klares Princip zu Grunde, ein klareres sicherlich als der unbestimmte Satz von der Theilnahme Aller an allen Segnungen der Cultur. —

Sie versuchen nun eine rechtliche Ordnung einzuführen in die Kämpfe des Wettbewerbs, die Ihnen chaotisch erscheinen. Sie entlehnen dem Aristoteles den Begriff der vertheilenden Gerechtigkeit und fordern: „das Einkommen und Vermögen soll den Tugenden und Leistungen entsprechen" oder auch: „die äußere Vertheilung der Güter und Ehren hat den inneren sittlichen und geistigen Eigenschaften der Menschen zu entsprechen." Sie erneuern damit in mildernder Umschreibung die Lehre der St. Simonisten: Jedem nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihren Leistungen! Ich sehe in dieser Lehre eine ungeheuerliche Vermengung und Verwirrung von grundverschiedenen sittlichen, politischen, rechtlichen und wirthschaftlichen Begriffen und stelle Ihnen geradezu diese Wahl: Entweder Sie haben den Muth, auch nur einen einzigen bündigen Schluß aus Ihrer Forderung zu ziehen, dann vernichten Sie jede Ordnung, jeden historischen Zusammenhang in der Gesellschaft. Oder Sie gießen Wasser in Ihren Feuertrank, und verwischen den eigentlichen Sinn Ihres Satzes durch gewundene Auslegungen so vollständig, daß nichts davon übrig bleibt als die Tugendlehre: Jeder bestrebe sich seiner socialen Stellung durch ernste Pflichterfüllung Ehre zu machen. Dann begreife ich nicht, warum Sie so viel Gelehrsamkeit verschwendet haben; diese Weisheit konnten Sie auch aus dem kleinen Katechismus und aus Gellerts Fabeln lernen.

Um Ihnen dies zu erklären, erlaube ich mir zunächst die Autorität des Aristoteles zurückzuweisen. Wenn irgend eine Aristotelische Lehre veraltet und wissenschaftlich überwunden ist, so doch sicherlich seine Lehre von der Gerechtigkeit. Der Staat der Griechen umfaßte das gesammte Volksleben; darum vermag kein Hellene die Begriffe des Rechts, der Sittlichkeit, der Zweckmäßigkeit scharf zu scheiden, die griechische Sprache besitzt nicht einmal ein unzweideutiges Wort für das Recht. Auch Aristoteles kommt aus den Fesseln des nationalen Denkens nicht los. Wenn er von der vertheilenden Gerechtigkeit spricht, so setzt er eine Allmacht des Gesetzgebers voraus, die in dem modernen Staate ganz undenkbar ist; und bei der Betrachtung der ausgleichenden Gerechtigkeit verfällt er gar in leere Gedankenspiele. Er unternimmt nämlich einen absoluten Maßstab aufzufinden für die materielle Gerechtigkeit der Verträge des Privatverkehrs

und durch einen allgemeinen Lehrsatz festzustellen, welche Gütermassen gerechterweise gegen einander ausgetauscht werden dürfen; seine Commentatoren haben dann versucht durch Gleichungen und geometrische Figuren diesen unfruchtbaren Gedanken zu verdeutlichen. Erst das römische Recht hat solche Unklarheit überwunden. Der scharfe juristische Verstand der Römer erkannte, daß es einen absoluten Maßstab für den Werth der Güter nicht giebt, wie ich schon oben nachwies; desgleichen, daß bei unzähligen Verträgen die Gleichheit von Leistung und Gegenleistung gar nicht beabsichtigt wird. Der römische Richter begnügt sich also die formelle Gerechtigkeit zu wahren, er sorgt dafür, daß die im Vertrage ausbedungenen Leistungen wirklich erfüllt werden; nach der materiellen Gerechtigkeit des Vertrags fragt er nur in seltenen Ausnahmefällen, wenn ein grober Betrug zu vermuthen steht, dann werden die Grundsätze der aequitas angewendet, daß Niemand zum Schaden eines Anderen sich bereichern dürfe u. s. w.

Da ich auf diese Begriffe zurückkommen muß, so gestatten Sie mir, sie an einem Beispiel aus dem Leben der Gegenwart zu erläutern. Nehmen Sie an, ein deutscher Gelehrter schreibt ein treffliches Buch über die Satzbildung des Sanskrit oder einen anderen dem großen Publicum unverständlichen Stoff und läßt es von einem Buchhändler drucken und verlegen. Dann stellt sich das wirthschaftliche Ergebniß des Unternehmens (nach jenem Buchdruckertarife vom Juli 1873, der Ihnen wohl zu gefallen scheint, in mir aber nur gemischte Gefühle erweckt) folgendermaßen. Der Gelehrte hat unbestritten den größten Antheil an der gemeinsamen Leistung und erhält kein Honorar oder eine Summe, die nicht einmal seine baaren Auslagen deckt. Der Verleger, der nächst dem Verfasser das Beste gethan, erreicht im allergünstigsten Falle eine ungenügende Verzinsung seines Capitals; die Setzer und Laufburschen endlich empfangen ihren reichlichen Lohn. Die materielle Ungerechtigkeit des Vertrages ist unverkennbar. Aristoteles würde nunmehr durch den Richter entscheiden lassen, wie viel jedem der Betheiligten nach seiner Leistung gebühre. Der moderne Staat aber, der durch die Schule des römischen Rechts gegangen, fragt einfach: sind die Bedingungen des Vertrages erfüllt worden? und zeigt dadurch seine Ueberlegenheit gegenüber dem griechischen Denker. Er weiß, daß er nicht im Stande ist die Kaufkraft und Kauflust des Publicums zu verstärken, und er sagt sich: wenn verständige Männer mit freiem Willen einen unvortheilhaften Vertrag schließen, so werden sie wohl gute Gründe dazu haben; die sehr achtungswerthen Beweggründe, welche in diesem Falle den Verfasser und den Verleger geleitet, liegen denn auch auf flacher Hand. Ich brauche kaum anzudeuten, wie eng diese schärferen Rechts-

begriffe der Römer mit dem hohen Stande ihrer Volkswirthschaft zusammenhängen und wie nahe sie sich berühren mit der modernen Freihandelslehre.

Lassen wir also den Aristoteles aus dem Spiele und prüfen wir die Sache. Wenn Sie die Vertheilung der Güter und Ehren nach dem Maßstabe der Tugenden und Leistungen verlangen, so frage ich zunächst: an wen stellen Sie diese Forderung? Die Ehren vertheilt der Staat; die Güter vertheilt die Arbeit der Gesellschaft, allerdings unter fühlbarer Einwirkung der Staatsgesetze. Sie vermischen also zwei grundverschiedene Verhältnisse, ich versuche zwischen ihnen zu unterscheiden. So lange Sie von der Vertheilung der politischen Rechte und Ehren sprechen, kann ich Ihre Forderung nicht geradezu falsch nennen; ich finde sie nur allzu naturalistisch, allzu einfach für die verwickelten Bedürfnisse des Staatslebens und darum ziemlich unfruchtbar. Das Gleichgewicht der Rechte und Pflichten bildet, wie heute wohl Jedermann zugiebt, den Grundgedanken des modernen Rechtsstaats. Jede höhere Machtstellung im Staate soll erhalten und gerechtfertigt werden durch die Erfüllung schwerer Pflichten; verliert eine regierende Klasse durch den Fortschritt der Volkswirthschaft die Vorzüge des Besitzes und der Bildung, so soll sie auch ihre politische Macht verlieren; der Staat soll die Lasten vertheilen nach dem Maßstabe der Leistungsfähigkeit, die politischen Rechte je nach der Fähigkeit sie zum Heile des Ganzen auszuüben. Diese allgemeinen Grundsätze wird nicht leicht Jemand anfechten; die Schwierigkeit liegt in ihrer Anwendung. Ich ziehe aus ihnen mehrere Schlüsse, welche den Ihrigen schnurstracks zuwider laufen. Sie nennen die allgemeine Wehrpflicht noch viel demokratischer als das allgemeine Stimmrecht und billigen Beides; ich meine, das Princip der vertheilenden Gerechtigkeit wird durch jene Pflicht anerkannt, durch dieses Recht verletzt. Eine gerechter vertheilte Staatslast, als die allgemeine Wehrpflicht, läßt sich in dieser gebrechlichen Welt kaum erdenken. Die Pflicht das Vaterland zu vertheidigen ergiebt sich unwidersprechlich aus dem richtig verstandenen Begriffe des Staatsbürgerthums. Mit seinem Leben opfert Jeder das Höchste was er opfern kann, der Tod des Hochbegabten ist ein schwerer, der des Unfähigen ein geringerer Verlust für die Nation; doch da das Leben dem Einen genau so lieb ist wie dem Anderen, so glaubt Jeder das gleiche Opfer zu bringen, und Niemand kann sich beschweren. Dagegen das Recht mitzuwirken bei der Bildung der gesetzgebenden Gewalt gebührt nicht dem Staatsbürger als solchem, sondern nur denen, welche durch Besitz und Bildung fähig sind ihr Wahlrecht zum Wohle des Staates zu gebrauchen; verleiht der Staat dieses Recht allen Erwachsenen ohne Unterschied, so begünstigt er

die Masse der Ungebildeten zum Nachtheil der gebildeten Minderheit, er giebt die vertheilende Gerechtigkeit auf. Und gleichwohl würde ich als Schweizerbürger unbedenklich das allgemeine Stimmrecht vertheidigen, weil ich diese Verletzung der vertheilenden Gerechtigkeit für eine Lebensbedingung der demokratischen Republik halte.

Sie sehen, Ihr Grundsatz stößt überall auf andere politische Rücksichten, die ihn beschränken oder aufheben. Man kommt nicht weit mit ihm; er kann nicht einmal als unbedingte Vorschrift gelten für die Beförderung der Beamten. Niemand bezweifelt, daß die Aemter den Tüchtigsten gegeben werden sollen. Aber diese kahle Regel wird in aristokratischen Staaten beschränkt durch die berechtigten Ansprüche der regierenden Geschlechter, in Demokratien durch das wechselnde Verhältniß der Parteien. Und in allen Staaten muß die alte Klugheitsregel gelten, daß der Ehrgeiz nicht blos gespornt, sondern auch um des Friedens willen zur rechten Zeit gezügelt werden soll. Erinnern Sie Sich noch aus den Patriotischen Phantasien des Aufsatzes: „Keine Beförderung nach Verdiensten"? Mir ist Justus Mösers grunddeutsche Natur selten so achtungswerth erschienen. Das Zöpfchen, das dem advocatus patriae dabei unter dem Dreispitz hervorschaut, haben wir freilich längst abgeschnitten, und doch liegt ein unverlierbarer Kern in den Warnungen des alten Menschenkenners. In dem französischen Heere wird weit rücksichtsloser „nach den Leistungen" befördert als in dem deutschen — wahrlich nicht zu unserem Schaden; die Entfesselung der Ehrsucht und der Ränkesucht untergräbt den Geist treuer Kameradschaft, und dieser ist für ein Heer wichtiger als die schnelle Beförderung jedes Talents. — Und welche Unklarheit versteckt sich doch hinter der friedlichen Zusammenstellung der Tugenden und Leistungen! Als ob das Talent immer tugendhaft, die Tugend immer leistungsfähig wäre!

Also können selbst die Ehren, welche der Staat unmittelbar verleiht, nicht unbedingt nach den Tugenden und Leistungen vertheilt werden. Und noch weit weniger die Güter. Ist es Ihnen irgend Ernst mit Ihrer Forderung, so müssen Sie das Erbrecht aufheben und nur das persönliche Eigenthum bestehen lassen. St. Simon, folgerichtiger als Sie, hat diesen unabweisbaren Schluß in der That gezogen. Jedes erdenkliche System des Erbrechts, gleichviel wie es durch die Gesetzgebung des Staates gestaltet wird, bestimmt unzweideutig: die Vertheilung der Güter soll großentheils nicht den Tugenden und Leistungen entsprechen. Und durch diesen weisen Grundsatz wird nicht blos der historische Zusammenhang des Volksthums gewahrt, das Gefühl der Pietät und die Innigkeit des Familienlebens erhalten, alle Ruhe und Sättigung der Cultur erst ermöglicht, son-

dern auch — eine Forderung der Gerechtigkeit erfüllt. Der größte Theil des heutigen Volksvermögens ist nicht durch die Arbeit des gegenwärtigen Geschlechts erworben, folglich darf er auch nicht nach den Tugenden und Leistungen der heute Lebenden vertheilt werden. Der in der Erbordnung fortwirkende Wille der vergangenen Geschlechter, welche dies Volksvermögen schufen, hat von Rechtswegen über die Gütervertheilung mitzuentscheiden. Wer kurzweg die Vertheilung der Güter nach den Leistungen verlangt, der mag, berauscht von dem Klange seiner eigenen Worte, sich selber sehr gerecht und tugendhaft dünken; in Wahrheit tritt er die Gerechtigkeit mit Füßen.

Sie wagen selbst nicht diesen nothwendigen Schluß zu ziehen; Sie fühlen lebhaft die gefährliche Vieldeutigkeit Ihres Satzes und suchen ihm den Stachel zu nehmen durch ein wiederholtes „nur so ganz ungefähr“ und ähnliche abschwächende Zusätze. Alle solche Künste ersparen Ihnen nicht einen anderen Schluß, der sich als ein Allermindestes aus Ihrer Forderung ergiebt, wenn sie nicht jeden Sinn verlieren soll. Er lautet: Wenn die Gerechtigkeit fordert, daß die Vertheilung der Güter „nur so ganz ungefähr“ den Tugenden und Leistungen entspreche, so müssen in einer gerechten Gesellschaftsordnung die Reichen „nur so ganz ungefähr“ tugendhafter sein als die Armen! Das bestreite ich rundweg als Unsinn, als den Ausfluß einer ganz junkerhaften Weltanschauung. Und hier kommt es an den Tag, daß wir Aristokraten über die einfachsten sittlichen Fragen weit demokratischer denken als Sie. Die aristokratische Herzenshärtigkeit der hellenischen Philosophie leitete die Tugend aus dem Erkennen ab; solcher Gesinnung voll gelangt Aristoteles zu der entsetzlichen Behauptung; es ist unmöglich, daß Werke der Tugend übe wer das Leben eines Handarbeiters führt. Die Verlogenheit unserer socialdemokratischen Wühler hat diese heidnischen Irrthümer aus dem Schutt der Jahrhunderte wieder hervorgegraben; um den Klassenhaß zu schüren redet sie den Massen vor, die Tugend entspringe der Aufklärung, und die Reichen suchten durch das bösliche Versagen höherer Bildung auch die Sittlichkeit der Armen zu verkümmern. Ich aber halte mich an die demokratische Sittenlehre des Christenthums; ich weiß und erlebe es an jedem neuen Tage, daß die höchste Tugend in jeder Schicht der Gesellschaft möglich und wirklich ist; mich ergreift das volle Gefühl demüthiger Beschämung, so oft ich an einer armen Mutter eine Kraft der Liebe und der Hingebung beobachte, die ich nie zu erreichen vermöchte.

Fühlen Sie denn nicht, daß Sie mit Ihren menschenfreundlichen Plänen dem Armen gradezu den einzigen Trost rauben, der ein edles Herz hinwegtragen kann über die unvermeidlichen Härten der wirthschaft-

lichen Ordnung? Gingen Ihre Träume jemals in Erfüllung, dann würde die Erde in der That ein Jammerthal, wie die Theologen fabeln. Nur deshalb darf der Arme stolz und froh sein Haupt erheben, weil er weiß, daß die irdischen Güter nicht nach der Tugend vertheilt sind. Soll er zu dem Vielen, was er heute ertragen muß, noch das vernichtende Bewußtsein erhalten: „ist mir schon recht; dafür bin ich der Lump und die Reichen sind die Tugendhaften"? — Auch dem Reichen rauben Sie in aller Unschuld die einzigen wirksamen Beweggründe, die ihn vor Härte und Ueberhebung bewahren können. Eindringlicher, ergreifender hat Niemand den Vornehmen und Reichen ihre Pflichten vorgehalten, als Pascal in dem discours sur la condition des grands. Da wird mit unnachahmlicher Anmuth geschildert, wie ein Schiffbrüchiger, an den Strand einer Insel verschlagen, beim Erwachen sich von einem jubelnden Volkshaufen umringt findet. Der König der Insel ist vor Kurzem spurlos verschwunden; der Fremdling sieht dem Verschollenen ähnlich und wird vom Volke als König begrüßt. Er fügt sich in die ihm aufgedrungene Rolle und lebt fortan ein doppeltes Leben; vor den Leuten spielt er den Herrscher, in der Stille sagt er sich: das ist nicht mein wahrer Stand, ich bin um nichts besser als die Anderen. Ebenso, Monseigneur — fährt Pascal fort, zu seinem jungen vornehmen Zuhörer gewendet — ebenso sollt auch Ihr in einer double pensée leben. Ihr dankt Euren Rang und Reichthum zwar nicht einer Lüge, sondern einer Erbordnung, die von der Weisheit unserer Väter eingesetzt wurde; aber Euer Rang und Glanz ist nicht Euer wahrer Stand, er hat mit Eurem Selbst nichts gemein. Empfanget darum vor der Welt die Ehren Eures Ranges, doch saget Euch in Eurem Herzen: ich bin nicht besser als die Andren, auch wenn das thörichte Volk mich dafür hält. — Ich meine, diese einfältigen Worte werden wahr bleiben so lange die Gesellschaft besteht. Danken wir der Natur, daß sie minder systematisch verfährt als unsere Professoren, daß sie die wirthschaftlichen Güter nach anderen Gesetzen vertheilt als die Tugenden. Entspräche jemals die Gütervertheilung auch nur annähernd den Tugenden der Menschen, dann verschwände die Zufriedenheit der Armen wie die Bescheidenheit der Reichen, der sociale Friede wäre unrettbar zerstört.

Unmerklich sinken Sie mit Ihren ethischen Forderungen auf den Boden des glatten Epikuräerthums herab. Jede Wissenschaft unterliegt eigenthümlichen Versuchungen, Ihr Nationalökonomen fallt immer wieder Eurem geliebten Eudämonismus in die Arme. Sie fordern, die Tugend soll schon auf Erden ihren Lohn finden. Ganz gewiß, und sie hat ihn zu allen Zeiten gefunden, doch wahrlich nicht in Thalern und Doppelkronen,

sondern in dem Gewissen. „Was einen Preis hat, an dessen Stelle kann auch etwas Anderes als Aequivalent gesetzt werden; was dagegen über allen Preis erhaben ist, mithin kein Aequivalent verstattet, das hat eine Würde. Würde hat allein die Sittlichkeit und, sofern sie derselben fähig ist, die Menschheit.“ Dieser Ausspruch Kants und die ganze erhabene Gedankenwelt, die mit dem kategorischen Imperativ zusammenhängt, sind allen edlen Deutschen in Fleisch und Blut gedrungen; wir müßten unser Volksthum verleugnen, wenn wir von den reifsten und reinsten Früchten der Gedankenarbeit des deutschen Protestantismus uns trennen wollten. Auch Sie selbst sind im Grunde der Seele von dieser deutschen Auffassung der Sittlichkeit erfüllt; dafür bürgen mir Ihre deutsche Natur und alle Ihre Schriften. Doch Sie halten Ihre Gedanken nicht in fester Zucht; Sie lassen Sich bethören von der saint-simonistischen Phrase und bemerken nicht, daß diese französische Theorie halb aus katholischer halb aus materialistischer Quelle stammt. Sie fordern, gut katholisch, daß das Innerliche einer äußeren Ordnung sich einfügen solle, und Sie verlangen, gut materialistisch, daß was über allen Preis erhaben ist gleichwohl einen Preis habe. Nein, die Welt der Sittlichkeit wird von der Vertheilung der wirthschaftlichen Güter nur ganz an der Oberfläche berührt; das wahre Glück des Lebens — der Friede des Gewissens, die Kraft der Liebe und des Glaubens — ist jedem Menschen erreichbar.

Da Sie auch wegen der Macht des Glaubens, nicht gerade mit großem Aufwande von Zartgefühl, mich zur Rede stellen, so muß ich hier eine unwillkommene Abschweifung einschalten. Ich tadelte den Hochmuth des Wissens, der auf den schlichten Glauben des Ungebildeten hoffärtig niederblickt und sagte wörtlich: „Niemals kann auch die durchdachte wissenschaftliche Erkenntniß irgend einem Menschen den Segen des Glaubens ersetzen. Vor den schweren Schicksalsfragen des Lebens, vor den Fragen, welche das Gemüth im Innersten quälen und erschüttern, steht der Gelehrte ebenso rathlos wie der Einfältige. Ueber solche Fragen führt nur eine dumpfe unfruchtbare Resignation hinweg oder — die Kraft des Glaubens, die in schweren Kämpfen des Gemüths erlebte Ueberzeugung, daß das Unbegreiflichste zugleich das Allergewisseste ist, daß Gott gerecht ist und sein Rathschluß weise.“ Angesichts dieser Sätze behaupten Sie, ich verlange den Glauben nur von den Massen, nicht von den Gebildeten, und der Vorsteher der Hamburger Stadtmission, Freiherr v. Oertzen, versicherte gar auf dem letzten Eisenacher Congreß, ich betrachte die Religion als einen Schutzmann, der den Haufen in Zucht halte. Da ich nicht voraussetzen kann, daß die Religion des Rauhen Hauses ihre Bekenner von der Pflicht der Wahrhaftigkeit entbindet, so nehme ich zur

Ehre des Herrn v. Oertzen an, er habe von meinen Aufsätzen nur einige abgerissene Sätze in den Zeitungen gelesen. Sie gehen indeß noch einen Schritt weiter; Sie verwandeln meinen „Glauben" in Kirchenglauben — ein Wort, das ich absichtlich vermieden habe — und fragen erzürnt, wie ich denn einen Kirchenglauben fordern dürfe, den ich selbst nicht hege.

Meine Antwort kann kurz sein; in meiner weltlichen Natur steckt keine Ader vom Theologen, ich mag nicht predigen was erlebt sein will. Ich bin noch immer der Freidenker wie vor vierzehn Jahren, als ich den Aufsatz über die Freiheit schrieb; ich meine noch heute, über des Menschen sittliche Würde entscheide nicht was er glaubt, sondern wie er glaubt. Nur ist das religiöse Gefühl in mir lebendiger geworden während dieser reichen Zeit; ich habe das Walten der Vorsehung in den großen Geschicken meines Volks wie in den kleinen Erlebnissen des Hauses dankbar empfunden und fühle stärker als sonst das Bedürfniß mich demüthig vor Gott zu beugen. Ich erkenne heute klarer als früher, daß eine unausfüllbare Lücke in der Seele jedes Menschen klafft, der jenen Drang des Gemüths nicht empfindet. Darum vermesse ich mich doch nicht zu tadeln, wenn ich solche Leere des Gemüthslebens an einem Anderen bemerke; denn auf diesem Gebiete des Höchstpersönlichen und Geheimnißvollen findet die Selbsttäuschung einen unendlichen Spielraum. David Strauß verkündet zwar in seinem letzten Buche die dem Herzen und dem Verstande gleich unbegreifliche Lehre, daß die Welt dereinst untergehen werde, ohne jemals einen Zweck gehabt zu haben; dennoch hat unleugbar der tapfere Kämpfer selber so gelebt, als ob die Welt einen Zweck hätte. Ich halte das Gottesbewußtsein der Menschheit für völlig unzerstörbar und glaube, anders als Sie, daß die Arbeit der Wissenschaft dies Bewußtsein zuletzt nur kräftigen und läutern wird. Ich hoffe ein Christ zu sein und ein Protestant, obgleich ich das Augsburger Bekenntniß nicht wörtlich zu unterschreiben vermag, und sehe in den Zweifeln und Kämpfen unserer Tage nur einen schmerzvollen Uebergang, der zu neuen, menschlicheren Formen des kirchlichen Lebens führen wird. Schöner als ich es könnte hat Emanuel Geibel diese Hoffnung ausgesprochen:

> Dieser Kirche Formen fassen
> Dein Geheimniß, Herr, nicht mehr.
> Tausenden, die fromm Dich rufen,
> Weigert sie den Gnadenschooß.
> Wandle denn was Menschen schufen,
> Denn nur Du bist wandellos!

Wer also denkt und hofft, der hat wohl ein Recht zu fordern, daß über das Heilige mit Ernst und Ehrfurcht gesprochen und die überlieferten

Formen des Kirchenlebens mit Achtung und Schonung behandelt werden. Nun gar jene Aufwiegelung aller thierischen Begierden, die von den Führern der Socialdemokratie ausgeht, berechtigt jeden rechtschaffnen Mann, ohne Unterschied des Glaubens, zu ernsten Warnungen. Durch die geistigen Kämpfe der Gegenwart ist ein unheilvoller Bruch innerhalb unseres Volkes entstanden. Er trennt nicht, wie Sie meinen, die Gebildeten von den Ungebildeten, sondern er geht mitten durch die Gesellschaft, er scheidet Tausende gebildeter Männer von ihren Schwestern und Frauen. Dieser Zustand ist viel zu unnatürlich, als daß er in einem wahrhaftigen Volke auf die Dauer bestehen könnte. Die sittlichen Gefahren einer solchen Uebergangszeit werden von Jedermann empfunden, doch am schwersten treffen sie die Masse des Volks. Je freier eine Sittenlehre, um so verderblicher wird sie dem unfreien Sinne, der nach zweifelloser Autorität verlangt. Wenn ein roher Muselman durch einen übereifrigen Missionär ohne die rechte Vorbereitung getauft wird, so trägt der neue Glaube gemeinhin schlimme Früchte: der Bekehrte wäscht sich nicht mehr und ergiebt sich dem Trunke. Dieser gebundenen Seele sind sittliche Pflichten nur dann heilig, wenn sie durch einen Ausspruch der göttlichen Offenbarung beglaubigt werden. Aehnlich stehen noch heute Millionen der freieren Sittenlehre des Christenthums gegenüber. Jeder Mensch ohne Ausnahme verarmt im Herzen, wenn er das religiöse Gefühl in sich ertödtet. Der selbständig Denkende kann darum doch ein wackerer Mensch bleiben, er lebt nach einem selbstgefundenen Sittengesetze, das er unbewußt großentheils dem Christenthum entnommen hat. Dem Ungebildeten gehen mit dem überlieferten Glauben nicht blos die Tröstungen der Religion verloren, sondern auch fast immer das feste Pflichtgefühl; er wird irr an der sittlichen Ordnung der Welt, die er sich durch die Kraft des Gedankens nicht zu erklären vermag. Sie kennen wohl den „Volksgesang" der Lassalleaner:

> Ein' feste Burg ist unser Bund,
> Wie ihn Lassalle geschaffen.
> Er wurzelt fest auf Felsengrund,
> Im Sturm ein sich'rer Hafen!

Wo ist in dieser läppischen Selbstvergötterung nur die Spur eines tiefen Gefühls, nur der Schimmer eines Gedankens, der den Menschen aus dem Staube erhöbe? Und wie dies Zerrbild des lutherischen Liedes zu seinem Urbilde, ebenso verhält sich der sittliche Inhalt der socialistischen Lehren zu der sittigenden Macht aller Glaubensbekenntnisse Deutschlands. Wenn Sie gar nicht unterscheiden zwischen der gewissenhaften Gedankenarbeit unserer Philosophen und der gedankenlosen Frechheit der Religions-

spötterei; wenn Sie einem Freidenker verbieten wollen, die muthwillige Zerstörung des sittlichen Ernstes und des frommen Glaubens als ein Verbrechen zu bekämpfen — so kann ich nur den Vorwurf wiederholen: Sie wissen nicht, welchen Bestrebungen Sie eine willkommene Flankendeckung bieten! —

Nun zurück zu Ihrer Gütervertheilung. Ich wies oben nach, daß der Plan, die Tugenden durch irgend welche Gesellschaftsformen zu belohnen, aus einer sinnlichen Lebensansicht entspringt. Jetzt frage ich: wie soll der Gedanke ins Leben treten? Wollen wir uns darüber verständigen, so müssen wir zunächst verzichten auf jene unklare Bildersprache, die von Ihren Freunden angewendet wird sobald sie vom Staate reden. Da heißt es: eine Vertheilung der Güter durch den Staat findet in jedem Systeme der Volkswirthschaft statt; oder: die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung hat eine völlig neue Vertheilung der Güter geschaffen, und dergleichen. Das Alles sind unbestimmte, den Begriff verhüllende Bilder. Seit die Welt dem Communismus ursprünglicher Menschheit entwachsen ist, erfolgt die Vertheilung der Güter durch den Verkehr der Producenten; und da der Staat wenig oder nichts selber producirt, so kann er in diese Vertheilung nur ordnend, fördernd, hemmend eingreifen. Dies gilt von allen modernen Staaten. Das fridericianische Preußen stand dem Socialismus unleugbar näher als das heutige Deutschland. Eine mächtige Staatsgewalt legte dem Volke eine systematische Organisation der Arbeiten auf und übte in der That eine „Dictatur der Einsicht“, wie sie der Socialismus heute ersehnt. Sie wies jedem Stande eine bestimmte Stellung in dem Haushalte der Nation an und half durch Zwang und Belehrung, durch Geschenke und Darlehen nach, so oft der Bauer, der Bürger, der Edelmann seiner vorgeschriebenen Rolle nicht zu genügen schien. Und trotzdem schuf die Arbeit der Gesellschaft unter dieser Alles meisternden Staatsgewalt eine neue Vertheilung der Güter, welche den Plänen des großen Königs zuwiderlief. Er wollte den Adel als den ersten Stand aufrechthalten, doch die Mittelklassen erwarben sich aus eigener Kraft eine Macht der Bildung und des Wohlstandes, die den alten Bau der ständischen Gliederung früher oder später zersprengen mußte. (Beiläufig, Sie besitzen ein seltenes Talent die Schriftsteller sagen zu lassen was Ihnen bequem ist. Sie behaupten — S. 97 — Tocqueville bezeichne die fridericianische Gesetzgebung als großartig und neu, „zugleich als socialistisch, aber nicht im schlimmen Sinne des Wortes“. Er sagt aber, das Allgemeine Landrecht enthalte neben halbmittelalterlichen Gedanken auch Vorschriften, dont l'extrême esprit centralisateur avoisine le socialisme! Wenn Sie den geistvollen Anwalt der Decen-

tralisation näher kennten, so würden Sie wissen, daß die Worte esprit centralisateur und socialisme in diesem Munde immer nur ein harter Tadel sind.) Als der Staat jene von ihm selber aufrechterhaltene ständische Gliederung durch die Gesetze von 1807—1812 beseitigte, da gewährte er nur den mittleren und niederen Volksklassen die rechtliche Möglichkeit, durch ihre eigene Kraft eine veränderte Vertheilung der Güter zu schaffen. Daß diese neue Vertheilung wirklich erfolgte, das danken wir dem Fleiße und der Sparsamkeit der preußischen Bürger und Bauern; ein anderes Volk hätte dieselben Gesetze zu einer anderen Gütervertheilung benutzt. So hoch ich die Weisheit jener Gesetzgebung schätze und so gewiß es ist, daß mindestens die Masse der Bauern des Nordostens ohne jenen Weckruf des Staates noch lange in der alten Dumpfheit dahin gelebt hätte — das größte Verdienst des Staates lag doch darin, daß er den Zeitpunkt erkannte, da jene Schichten der Gesellschaft leidlich fähig waren eine heilsame Umwälzung des Güterlebens selber zu vollenden. Seitdem sind die rechtlichen Schranken der Stände gänzlich aufgehoben und damit die Fähigkeit des Staates, auf die Gütervertheilung einzuwirken, unleugbar gemindert. Diese Einwirkung soll und wird niemals aufhören, doch in der heutigen Volkswirthschaft gilt bestimmter als je zuvor die Regel, daß die Güter wesentlich durch die freie Arbeit der Gesellschaft selbst vertheilt werden.

Halten wir diese Wahrheit fest, so erhellt sogleich: Ihre Gütervertheilung nach den Leistungen findet ein unübersteigliches Hinderniß an der legitimen Macht des Glückes. Um dieses Ausdrucks willen hat mich der „Volksstaat“ als einen Verehrer des Faro-Tisches geschildert, und Sie halten Sich nicht zu gut diese Scherze sanft anwinkend zu wiederholen. Was ich meinte ist aber so einfach, so mit allen fünf Sinnen wahrnehmbar, daß mich's einige Ueberwindung kostet noch ein Wort darüber zu verlieren. Wenn Sie begeistert ausrufen: „jede Position, die wir dem Zufall abgewinnen, ist ein Sieg der menschlichen Cultur“, so stimme ich von Herzen bei, doch unwillkürlich fällt mir jener Wurm ein, der am Kölner Dome emporkroch. Alle unsere Lebens-, Feuer-, Hagel-, Vieh-Versicherungen, alle die technischen Verbesserungen, welche das Wagniß der Geschäfte verringern — was bedeuten sie denn neben den tausend und tausend Kräften, wodurch das Schicksal eingreift in unser redliches Schaffen? Erziehen Sie erst den Regen und Sonnenschein zur richtigen Erkenntniß der vertheilenden Gerechtigkeit; dann wird die Vertheilung der Güter nach den Leistungen dem Reiche des Möglichen um einige Schritte näher rücken.

Und wie in aller Welt wollen Sie die zahllosen Leistungen der Ge-

sellschaft nach Grundsätzen des Rechts gegen einander abschätzen? Sie stehen noch unter dem Einfluß jenes Aristotelischen Irrthums; Ihnen schwebt die unbestimmte Ahnung vor, ob der unfindbare Maßstab für die materielle Gerechtigkeit des Güteraustausches nicht doch irgendwie sich finden lasse. Vergebliche Hoffnung! Der Orientale verehrt das überlieferte Wissen und verachtet die Neuerung, uns Europäern ist der Schöpfer neuer Gedanken bewunderungswerth, der Nachbeter des Alten lächerlich; und steigen Sie dann hinab in das unendliche Getriebe der eigentlich wirthschaftlichen Arbeiten, so läßt sich schlechterdings nicht sagen, welche dieser Leistungen gerechterweise die höchste sei. Es giebt nur einen Maßstab um die Leistungen der Gesellschaft unter sich zu vergleichen: das wechselnde Bedürfniß der Gesellschaft, das in dem Ringen von Angebot und Nachfrage sich offenbart. Die aus den Kämpfen des freien Wettbewerbs hervorgegangene Vertheilung der Güter erhebt nicht den stolzen Anspruch eine Verwirklichung der vertheilenden Gerechtigkeit zu sein; sie kann sich nur auf den einen bescheidenen Grund für ihr Dasein berufen, daß sie in den heutigen Zuständen der Gesellschaft die einzig mögliche ist. Ihre Vertheidiger wissen, daß in dieser Güterordnung sehr viele treffliche Leistungen einen gerechten Lohn nicht finden können. Bei jedem Strike pflegen beide Theile — beide gewöhnlich in gutem Glauben — sich auf ihr Recht zu berufen; zuletzt beruhigen sich die Parteien bei dem Lohnsatze, der aus der Lage des Marktes sich ergiebt und darum für den Augenblick der richtige ist, auch wenn er eine materielle Ungerechtigkeit enthält. Werfen Sie dieser Vertheilung der Güter die Mißachtung des Rechtes vor, so läßt sich nur antworten mit drei allbekannten Sätzen. Erstens, der freie Kampf der Interessen führt ein fleißiges und denkendes Volk nach mannichfachem Irrthum zuletzt doch zu einer Schätzung der Güter, welche den Erfolg der tüchtigen Arbeit in der Regel sichert. Zweitens, die Gunst und Ungunst des Glückes gleicht sich einigermaßen aus nach dem Gesetze der großen Zahl. Drittens, die Regel der freien Concurrenz schließt ein milderndes und ausgleichendes Eingreifen des Staates nicht aus, und diese Volkswirthschaftspolitik wird dann am fruchtbarsten sein, wenn sie sich nicht anmaßt, die Tugenden zu belohnen.

Die heutige Gesellschaft betrachtet als Regel, daß jeder Mensch den Bildungsschatz und die wirthschaftlichen Güter, mit denen er seine sociale Laufbahn antritt, ohne sein Verdienst durch die Eltern erhält; sie erkennt damit die Macht der in der Gegenwart fortwirkenden Vergangenheit und die Macht der häuslichen Sitte an. Sie mildert die Härten dieses Zustandes durch den Volksunterricht und zahllose Stiftungen, welche dem Armen die ersten Schritte im Leben erleichtern. Was der mündige Mann

erreicht mit diesen überlieferten Gütern, das bleibt seiner Kraft und seinem Schicksal überlassen. Der unersetzliche Vorzug dieser Vertheilung der Güter liegt in der Freiheit; gerade die scheinbare Starrheit des Erbrechts erleichtert die rasche Bewegung innerhalb der Gesellschaft. Die Erbordnung führt Menschen jedes Schlages in die Reihe der Reichen ein: Kluge und Dumme, Sparsame und Verschwender, Besonnene und „Temperamentvolle“; ebendeßhalb darf der in Armuth geborene tüchtige Mann auf ein Aufsteigen hoffen. Will dagegen die Gesellschaft die Güter nach den Tugenden und Leistungen vertheilen, so muß sie zum Mindesten die Bildung der Jugend einem unerträglichen Zwange unterwerfen. Erlauben Sie mir dies zu erläutern, durch ein argumentum ad hominem, womit der „Hamburger Socialdemokrat“ mich tief gedemüthigt hat. Er führte in längerer Betrachtung etwa Folgendes aus: dieser Herr von Treitschke ist selber ein lebendiger Beweis für die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaft; er ist der Sohn eines Generals, darum konnte er studiren und heute ein Gelehrter heißen; lebten wir in einem gerechten Staate, der die Güter nach den Leistungen vertheilte, so hätte ein solcher Schwachkopf niemals studiren dürfen. — Der Schluß ist bündig; eine socialdemokratische Unterrichtsbehörde hätte mich ganz gewiß niemals die Universität besuchen lassen. Ich will aber auch unter einer liberalen oder conservativen Regierung den unverdienten Segen einer guten Erziehung lieber als das beste Vermächtniß geliebter Eltern ehren — denn das ist die heilige Ordnung der Natur — als ihn dem Ermessen irgend einer Staatsgewalt verdanken. Die deutsche Gesellschaft ist schon längst dahin gelangt, daß die Regel der Erbordnung alltäglich durchbrochen wird. Viele meiner Freunde und Collegen stammen aus den ärmsten Klassen; sie haben in ihrer Kindheit Entbehrungen ertragen müssen, die mir erlassen wurden, dafür blieben ihnen manche andere Hindernisse erspart, die ich überwinden mußte. Und so setzt sich jedes Menschenleben zusammen aus dem Wirken der persönlichen Kraft und dem Walten des Schicksals, und es bleibt in alle Wege unmöglich, daß der Staat durch eine feste Regel der Gütervertheilung diese Welt des Besonderen und Persönlichen beherrsche. Ich weiß es wohl, Sie lächeln selbst über Ihre unwillkommenen Hamburger Bundesgenossen, aber diese Gelehrten ziehen doch nur Schlüsse aus Ihrer eigenen Lehre.

So weit der Staat auf die Vertheilung der Güter einwirken kann, soll er den Grundsatz der Gerechtigkeit befolgen — das leugnet heute Niemand mehr — doch nur als einen Grundsatz neben vielen anderen gleichberechtigten. Er soll gerecht verfahren bei der Besteuerung. Daraus folgt die Vertheilung nach der Leistungsfähigkeit und eine mäßige Progression

der Einkommensteuer, da die Kraft der Capitalbildung auf einer gewissen Höhe des Einkommens unverhältnißmäßig zu wachsen beginnt. Doch es folgt nicht, wie Sie einmal andeuten, daß der Staat die Steuern benutze um „eine Art Gleichgewicht" zwischen den Reichen und den Armen herzustellen; dies hingeworfene Bonmot Friedrichs des Großen ist von seinem Urheber in der Praxis weislich nie befolgt worden. Der Staat herrscht nicht zu Gunsten einer Klasse, auch nicht der Armen, sondern er denkt an das Ganze, an seine eigene Autarkie. Darum kann ich nicht mit Ihnen sagen, es sei besser Opfer aufzulegen zum Wohle der Armen als zum Vortheile der Reichen. Wo ein Opfer nöthig ist für die sittlichen Lebenszwecke der Gesammtheit, da soll der Staat es fordern. Er erhebt Steuern für die Armenpflege, aber er zwingt auch, ebenso gerecht, die Steuerzahler viel mehr auszugeben für den Unterricht jedes einzelnen Studenten als für jeden Elementarschüler. Wenn der Staat das Auskaufen der Bauerngüter verbietet, so will er damit nicht die vertheilende Gerechtigkeit verwirklichen: die ausgekauften Bauern können ja auch im städtischen Gewerbfleiß eine genügende Belohnung ihrer Leistungen finden; sondern er sagt sich, daß der Bestand eines freien aufrechten Bauernstandes heilsam ist für die sittliche Kraft und die Wehrbarkeit der Nation, wie für die harmonische Entwicklung der Volkswirthschaft, und diese Gründe können unter Umständen das Verbot rechtfertigen. Der Staat soll überall die letzten Spuren alter Vorrechte beseitigen; deßhalb glaube ich, daß die Agrargesetze der Zukunft tiefer in die Eigenthumsordnung einschneiden werden als die Fabrikgesetze, das Latifundienwesen des Nordostens krankt noch an den Nachwirkungen ungerechter Privilegien. Der Staat soll die Schwächen des Systems der freien Concurrenz zu heilen suchen durch die Beschützung der Schwachen gegen die Willkür der Unternehmer und durch strenge Gesetze wider jede Art betrügerischer Speculation, aber dabei nicht vergessen, daß der Mensch am Wirksamsten sich selber beschützt. Während der jüngsten Gründungsepoche schien es wirklich, als ob die Grenzen der menschlichen Dummheit in's Unermeßliche sich erweitert hätten; gegen solche Epidemien entfesselter Geldgier vermögen die strengsten Gesetze wenig. Betrogene Actionäre treten heute überall zu Schutzvereinen zusammen; die deutsche Gesellschaft besinnt sich wieder auf das einzige Heilmittel, das hier wirken kann.

Es können Zeiten kommen, da die Macht des Großcapitals der Freiheit der anderen Klassen bedrohlich wird und der Staat sich gezwungen sieht die Erbordnung durch einen Gewaltstreich zu durchbrechen; dies letzte Nothrecht des Staates habe ich nie bestritten, ich bestreite nur, daß ein solcher Nothstand heute vorhanden sei. Der natürliche Gang der modernen

Großindustrie führt zur Bildung großer Vermögen. Der Staat muß in solcher Zeit mit erhöhter Wachsamkeit sich der Armen und Schwachen annehmen, doch die veränderte Entwicklung der Volkswirthschaft kann er nicht hindern, weil sie von den internationalen Verhältnissen des Weltmarktes abhängt. Und er soll es nicht, weil er nicht zu bestimmen vermag, ob und wann die Centralisation des Capitals aufhört heilsam zu sein; jedes neue Hunderttausend, das die Krupp'sche Fabrik ihrem Capitale zugelegt hat, ist bisher der deutschen Volkswirthschaft zu gute gekommen. Er soll es auch darum nicht, weil das Nebeneinander von großen, mittleren und kleinen Vermögen für die allseitige Ausbildung der Kräfte eines mächtigen Volkes, auch für die Entwicklung der bildenden Künste, nothwendig ist. Sie leugnen den Zusammenhang von Kunst und Reichthum, Sie erinnern dawider an die Zeiten der Renaissance und der Münchener Kunstblüthe und liefern mir selber damit die schärfsten Waffen. Ich habe nie ein unbehagliches Gefühl, halb des Aergers, halb des Spottes überwinden können so oft ich durch die Briennerstraße schritt. Am Eingang das marmorne Prachtthor und mein alter Liebling, die Glyptothek; dann folgt der Obelisk mit den bekannten Schafköpfen und eröffnet symbolisch die entsetzliche Reihe der dürftigen Wohnhäuser des armen und ungebildeten bairischen Adels; zum Schlusse der Prachtbau der Arkaden. So erscheint die Kunst, wenn sie durch ein Herrscherwort auf den Boden einer unreifen Volkswirthschaft verpflanzt wird! Die Baukunst der Renaissance dagegen ist recht eigentlich eine Kunst der Signoren. Kennen Sie die Via nuova in Genua? Palast an Palast, und mit einer wunderbaren Sicherheit des Kunstgefühles, wie nach einem gemeinsamen Plane, hat jeder Hausherr das Portal seines Schlosses genau in eine Linie gerückt mit dem gegenüberliegenden Thorweg, also daß der Wanderer in der engen Gasse stets zweimal, nach links und rechts, den malerischen Durchblick genießt durch die Bogengänge der Höfe bis zu dem Brunnen in der hintersten Nische. In Vicenza gab eine Generation reicher Signoren die ganze Stadt wie einen Klumpen weichen Thones in die Hände eines großen Künstlers, daß er sie forme, und mit welcher souveränen Geringschätzung des Geldes hat Palladio seinen Auftrag vollzogen! In Florenz, zur Zeit da sechzig Banken den Verkehr der reichen Stadt vermittelten, baute sich ein Bürger jenes Haus, das heute als das gewaltigste Königsschloß der Erde gilt. Nach den Erfahrungen der modernen Geschichte scheint es mindestens zweifelhaft, ob ein Volk, das nur aus Armen und behäbigen Mittelklassen bestände, einen so reizbaren Schönheitssinn zu hegen vermag; ganz sicher aber, daß nur ein sehr reicher Mann die Cyclopischen Massen des Palazzo Pitti erbauen lassen

konnte. Ein wahrhaft lebendiges Kunstgefühl der Reichen steht immer in Wechselwirkung mit der ästhetischen Bildung des ganzen Volkes; in denselben Tagen, da jene Paläste entstanden, rottete sich der große Haufe der Florentiner drohend zusammen, weil er ein neues Madonnenbild an einem Stadtthore unschön fand. —

So bleibt von der Güterverteilung nach den Leistungen und Tugenden nichts Haltbares übrig als einige längst bekannte dürftige Sätze, die sich aus anderen, klareren Vordersätzen richtiger ableiten lassen. Ihre Lehre ermangelt des festen philosophischen Bodens, praktisch arbeitet sie nur den Socialdemokraten in die Hände. Sie wird unsere Socialisten von Neuem veranlassen die Gesellschaft himmelschreiender Ungerechtigkeit zu bezichtigen und sich dabei auf Ihren guten Namen zu berufen. Sie nennen Sich selbst einen radikalen Tory; mich gemahnen Ihre Gedanken vielmehr an das zweite Kaiserreich, den einzigen Staat unserer Tage, der in einer hochentwickelten Volkswirthschaft das System des socialisme autoritaire durchzuführen versuchte. Vermuthlich denken Sie bei dem unklaren Namen an jene englischen Arbeiterfreunde, die man einst christliche Socialisten nannte. Gut denn; aber dann erwägen Sie auch, daß keiner dieser trefflichen Männer den Parteien des Umsturzes jemals etwas Anderes entgegengebracht hat als offene Feindschaft. Sie tadeln mich, weil meine scharfen Worte den Socialismus nur noch mehr erbittern könnten. War es denn unwahr was ich sagte? Zeigen Sie mir ein einziges einflußreiches socialdemokratisches Blatt, das nicht die Gottlosigkeit, nicht die Verachtung des Vaterlandes, nicht den wüsten Klassenhaß predigte! Ich wußte zum voraus, daß die Masse jener Partei von meinen Worten nichts erfahren würde als was die entstellenden Berichte ihrer Parteiblätter ihr mittheilten. Ich schrieb für gebildete Leser und wollte diesen zeigen, es sei hohe Zeit, uns entschlossen loszusagen von jenen Lehren des Unsinns, die den Arbeiter der Verwilderung in die Arme treiben. Auch unter Ihren Freunden beginnt diese Ueberzeugung überhandzunehmen; Th. v. d. Goltz hat sie soeben mit schöner Offenheit ausgesprochen. Ich würdige gleich Ihnen die Verkettung der Thatsachen, welche die deutsche Socialdemokratie nothwendig hervorgerufen haben, wie ich auch die geschichtlichen Ursachen der ultramontanen Bewegung anerkenne; dies historische Verständniß schließt doch die ehrliche Bekämpfung beider Parteien nicht aus. Radikale Parteien sind immer schöpferisch und lebenskräftig, wenn sie einen gänzlich verrotteten Zustand bekämpfen; unter dem alten Deutschen Bunde waren wir Alle radikal. In einer Gesellschaft, die redlich an möglichen Reformen arbeitet, verfällt der Radikalismus der Entsittlichung und der Lüge. —

Doch — cela est bien dit, mais il faut cultiver notre jardin. Mit allgemeinen Gesellschaftstheorien ist den socialen Leiden der Gegenwart wenig gedient, nur mit durchdachten, aus sorgfältiger statistischer Forschung hervorgegangenen Reformen. Die verlockenden socialen Programme, womit uns der Büchermarkt an jedem Tage beschenkt, erinnern mich lebhaft an jene „Wunschzettel", die der Liberalismus vor Zeiten liebte; auf die Durchbildung und Ausführung kommt hier Alles an. Vielen Ihrer praktischen Vorschläge kann ich mit einigen Vorbehalten zustimmen, und ein Mann, der Ihnen als ein arger Manchestermann gilt, ist derselben Ansicht. Wollen Sie ohne Silbenstecherei ruhig lesen, so werden Sie z. B. finden, daß mein Urtheil über den Arbeitsertrag, das Ihnen so widerspruchsvoll scheint, von dem Ihrigen nur um wenige Schritte abweicht. Ich setze aber meine Hoffnung nicht so ausschließlich wie Sie auf die Krone und das Beamtenthum. Die Alleinherrschaft des „buchgelehrten, besitzlosen, heimathlosen" Beamtenthums — wie der Freiherr vom Stein zu schelten pflegte — hat zwar Unvergeßliches geleistet für den socialen Frieden, doch sie war nur möglich in einem verarmten, politisch unmündigen Volke. Inzwischen haben unsere besitzenden Klassen sich längst den gebührenden Antheil an Gesetzgebung und Verwaltung erobert; und ich sehe nicht ein, warum sie, unter der Leitung einer allezeit volksfreundlichen Krone und unter Mitwirkung eines von wirthschaftlichen Klasseninteressen wenig berührten Beamtenthums, nicht ebenso viel Gerechtigkeit gegen die niederen Klassen beweisen sollten, wie die besitzenden Klassen Englands und der Schweiz ohne jene Leitung schon bewiesen haben.

Dazu ist nöthig, daß die besonnenen Freunde der Arbeiter einen häuslichen Streit beilegen, der allmählich Sinn und Zweck verliert. Das Manchesterthum diesseits wie jenseits des Canals ist nach grausamen Erfahrungen von vielen Illusionen geheilt. Um Ihnen eine kleine Freude zu bereiten, will ich hier — als schlechthin einziges Zugeständniß — einschalten, daß ich meine Worte über die Manchesterschule heute ein wenig verändern würde, freilich nicht in Ihrem Sinne. Gezwungen, den Stoff zusammenzudrängen, habe ich dort nicht angeben können, wie mannigfach das Verhältniß der englischen Parteien zu den socialen Fragen gewechselt hat. Die schwersten Unterlassungssünden des Staates gegenüber den arbeitenden Klassen fallen in die langen Jahre der Herrschaft der Torys. Mit dem neuen Armengesetze, dem Werke der Whigs, versuchte der Staat endlich zum ersten male sich der Verwahrlosten anzunehmen. Aber die erste nachhaltige Verbesserung ihres Looses kam den Arbeitern durch das Korngesetz, und darum ist der Manchestermann Cobden, der dies Geschenk den anfangs widerstrebenden Massen brachte, unbestreitbar der größte

unter den Wohlthätern der arbeitenden Klassen von England. Seitdem beginnt die fürsorgende Thätigkeit der parlamentarischen Gesetzgebung. Die Manchesterschule hat dabei oft und schwer gefehlt durch ihr doktrinäres Mißtrauen gegen das paternal government; doch sie hat diese Haltung allmählich geändert, Gladstone zählt heute zu den wärmsten Freunden der Arbeiter. Die deutschen Freihändler sind von Haus aus weniger einseitig und namentlich zu jeder Zeit gute Patrioten gewesen, ganz frei von den kosmopolitischen Träumen der englischen Schule. Heute wird grade in ihrem Kreise sehr eifrig jene Wissenschaft gepflegt, die für alle socialen Reformen den Weg bahnen muß: die sociale Statistik. Ich bekenne gern, daß ich aus den thatsächlichen Mittheilungen in Böhmerts „Arbeiterfreund" mehr gelernt habe als aus mancher anspruchsvollen Theorie der Sociallehre.

Die Reichsregierung hat eine umfassende Enquete der Arbeiterverhältnisse veranstaltet und bereitet ein Fabrikgesetz vor. Die sociale Frage beginnt endlich sich in eine lange Reihenfolge praktischer Einzelfragen zu zerlegen. Der Zeitpunkt ist günstig; der Niedergang der Geschäfte und das Sinken der Löhne, das dem gewaltsamen Anschwellen nothwendig folgen mußte, haben die socialdemokratische Bewegung für einige Zeit in's Stocken gebracht; unberührt von Haß und Furcht kann der Reichstag an die Arbeit gehen. Ist es verständig, in solcher Lage das Banner einer neuen wirthschaftlichen „Partei" zu entfalten und über den „Bankrott" der Gegner zu jubeln — einige Monate, nachdem diese Partei über die Bestrafung des Contractbruchs zu Eisenach fast das Nämliche beschlossen hat wie vorher die Gegner zu Mainz? Niemand erwartet von Ihnen einen unfreiwilligen „Bruderkuß", wie Sie es nennen; ich wünsche Ihnen nur den Takt des praktischen Politikers, der um der Sache willen doktrinären Eigensinn überwindet.

Zum Schluß versichern Sie nochmals, daß Sie einseitig sein wollen wie alle Vertreter neuer Gedanken, und auf derselben Seite halten Sie sich berufen, mir das Urtheil zu verkünden, das die unparteiische Nachwelt über mich fällen wird: sie wird mir jene Aufsätze verzeihen, weil ich selber ganz einseitig, bald gegen rechts, bald gegen links gewendet, für die Einheit Deutschlands gestritten habe! — Nun wohl, diese Einseitigkeit, die bald nach rechts, bald nach links blickt, hoffe ich mir auch bei der Beurtheilung wirthschaftlicher Dinge zu bewahren. Zu der Höhe Ihres Selbstgefühls kann ich mich jedoch nicht aufschwingen; ich wage heute noch nicht mit Sicherheit vorauszusagen, ob die Nachwelt Ihnen Ihre Gütervertheilung verzeihen wird. Nur für die nächsten Jahre, die vor uns liegen, will ich eine Weissagung wagen. Ihre Vereinsgenossen haben sich in

mehreren Blättern häuslich eingerichtet — leider auch in dem Literarischen Centralblatt, das ich sonst wegen seiner Unbefangenheit schätze — und führen dort das kritische Richterschwert mit einer ungeschminkten Parteilichkeit, die mir unter deutschen Gelehrten neu ist. An Beifall wird es Ihnen also nicht fehlen; auch der wohlverdiente Dank der Socialdemokratie ist Ihnen sicher. Ich hoffe aber, Ihr nüchterner Sinn wird sich von solchem Lobe nicht berauschen lassen. Sie werden fortfahren die sociale Bewegung aufmerksam zu verfolgen und früher oder später bemerken, daß der Arbeiter auf der Welt keinen ärgeren Feind hat als jene Demagogen, die ihm den Frieden der Seele und das Ehrgefühl der Arbeit zerstören. Sobald Sie das erkannt, werden Sie Ihre Worte sorgsamer wägen und unzweideutig zeigen, daß Sie mit dieser Richtung Nichts gemein haben wollen. Sie werden erfahren, daß eine wesentlich theoretische Parteibildung in Zeiten praktischer Reformen sich nicht halten läßt; der Mißerfolg des letzten Eisenacher Congresses redet laut genug. Beginnen dann die parlamentarischen Verhandlungen über Fabrikordnungen und Arbeiterverhältnisse, so werden Sie mit Ihrem treuen Fleiße und Ihrer bewährten Sachkenntniß redlich mitzuhelfen suchen und manchen Mann als einen Gesinnungsgenossen schätzen lernen, den Sie heute als einen verblendeten Gegner tief verachten. Und vielleicht urtheilen Sie dann auch über jene Aufsätze sogar noch milder als Ihre Nachwelt.

unter den Wohlthätern der arbeitenden Klassen von England. Seitdem beginnt die fürsorgende Thätigkeit der parlamentarischen Gesetzgebung. Die Manchesterschule hat dabei oft und schwer gefehlt durch ihr doktrinäres Mißtrauen gegen das paternal government; doch sie hat diese Haltung allmählich geändert, Gladstone zählt heute zu den wärmsten Freunden der Arbeiter. Die deutschen Freihändler sind von Haus aus weniger einseitig und namentlich zu jeder Zeit gute Patrioten gewesen, ganz frei von den kosmopolitischen Träumen der englischen Schule. Heute wird grade in ihrem Kreise sehr eifrig jene Wissenschaft gepflegt, die für alle socialen Reformen den Weg bahnen muß: die sociale Statistik. Ich bekenne gern, daß ich aus den thatsächlichen Mittheilungen in Böhmerts „Arbeiterfreund" mehr gelernt habe als aus mancher anspruchsvollen Theorie der Sociallehre.

Die Reichsregierung hat eine umfassende Enquete der Arbeiterverhältnisse veranstaltet und bereitet ein Fabrikgesetz vor. Die sociale Frage beginnt endlich sich in eine lange Reihenfolge praktischer Einzelfragen zu zerlegen. Der Zeitpunkt ist günstig; der Niedergang der Geschäfte und das Sinken der Löhne, das dem gewaltsamen Anschwellen nothwendig folgen mußte, haben die socialdemokratische Bewegung für einige Zeit in's Stocken gebracht; unberührt von Haß und Furcht kann der Reichstag an die Arbeit gehen. Ist es verständig, in solcher Lage das Banner einer neuen wirthschaftlichen „Partei" zu entfalten und über den „Bankrott" der Gegner zu jubeln — einige Monate, nachdem diese Partei über die Bestrafung des Contractbruchs zu Eisenach fast das Nämliche beschlossen hat wie vorher die Gegner zu Mainz? Niemand erwartet von Ihnen einen unfreiwilligen „Bruderkuß", wie Sie es nennen; ich wünsche Ihnen nur den Takt des praktischen Politikers, der um der Sache willen doktrinären Eigensinn überwindet.

Zum Schluß versichern Sie nochmals, daß Sie einseitig sein wollen wie alle Vertreter neuer Gedanken, und auf derselben Seite halten Sie sich berufen, mir das Urtheil zu verkünden, das die unparteiische Nachwelt über mich fällen wird: sie wird mir jene Aufsätze verzeihen, weil ich selber ganz einseitig, bald gegen rechts, bald gegen links gewendet, für die Einheit Deutschlands gestritten habe! — Nun wohl, diese Einseitigkeit, die bald nach rechts, bald nach links blickt, hoffe ich mir auch bei der Beurtheilung wirthschaftlicher Dinge zu bewahren. Zu der Höhe Ihres Selbstgefühls kann ich mich jedoch nicht aufschwingen; ich wage heute noch nicht mit Sicherheit vorauszusagen, ob die Nachwelt Ihnen Ihre Gütervertheilung verzeihen wird. Nur für die nächsten Jahre, die vor uns liegen, will ich eine Weissagung wagen. Ihre Vereinsgenossen haben sich in

mehreren Blättern häuslich eingerichtet — leider auch in dem Literarischen Centralblatt, das ich sonst wegen seiner Unbefangenheit schätze — und führen dort das kritische Richterschwert mit einer ungeschminkten Parteilichkeit, die mir unter deutschen Gelehrten neu ist. An Beifall wird es Ihnen also nicht fehlen; auch der wohlverdiente Dank der Socialdemokratie ist Ihnen sicher. Ich hoffe aber, Ihr nüchterner Sinn wird sich von solchem Lobe nicht berauschen lassen. Sie werden fortfahren die sociale Bewegung aufmerksam zu verfolgen und früher oder später bemerken, daß der Arbeiter auf der Welt keinen ärgeren Feind hat als jene Demagogen, die ihm den Frieden der Seele und das Ehrgefühl der Arbeit zerstören. Sobald Sie das erkannt, werden Sie Ihre Worte sorgsamer wägen und unzweideutig zeigen, daß Sie mit dieser Richtung Nichts gemein haben wollen. Sie werden erfahren, daß eine wesentlich theoretische Parteibildung in Zeiten praktischer Reformen sich nicht halten läßt; der Mißerfolg des letzten Eisenacher Congresses redet laut genug. Beginnen dann die parlamentarischen Verhandlungen über Fabrikordnungen und Arbeiterverhältnisse, so werden Sie mit Ihrem treuen Fleiße und Ihrer bewährten Sachkenntniß redlich mitzuhelfen suchen und manchen Mann als einen Gesinnungsgenossen schätzen lernen, den Sie heute als einen verblendeten Gegner tief verachten. Und vielleicht urtheilen Sie dann auch über jene Aufsätze sogar noch milder als Ihre Nachwelt.

Libera chiesa in libero stato.

I. An Herrn A. Vera, Professor an der Universität zu Neapel.

Berlin, 30. Juli 1875.

Geehrter Herr! Sie haben der neuen, französischen Ausgabe Ihres Buches „Cavour e libera chiesa in libero stato" eine Abhandlung vorausgeschickt, die an meine Schrift über Cavour anknüpft. Sie vertheidigen darin Ihren Satz: „der freie Staat in der freien Kirche", den Sie dem berühmten Programme Cavours entgegenstellen, und sprechen zugleich die Besorgniß aus, Deutschland laufe heute Gefahr, die Grundlagen seiner Gesittung, die Reformation und die Wissenschaft zu verlieren. Sie fürchten, daß Fürst Bismarck, indem er jedes andere Interesse der Politik unterordne, die evangelische Kirche und den religiösen Sinn in Deutschland zerstören werde, und fordern mich auf Ihnen zu sagen, wohin diese neue dem deutschen Geiste gegebene Richtung schließlich führen werde. Ich bin leider erst vor Kurzem, durch eine Bemerkung in einer deutschen gelehrten Zeitschrift, auf Ihre Vorrede aufmerksam gemacht worden und beeile mich Ihrem Wunsche zu entsprechen. Es liegt mir viel daran, mich mit einem Manne zu verständigen, der so einsichtsvoll und anerkennend über die protestantische Bildung Deutschlands spricht, und ich würde mich glücklich schätzen, wenn meine kurze Erwiderung dazu beitrüge, einige Besorgnisse zu zerstreuen, welche die neueste deutsche Kirchenpolitik bei Ihren Landsleuten hervorgerufen hat.

Ich habe in jener Abhandlung über Cavour Ihr Buch als „eine geistvolle, freilich an Paradoxen reiche Schrift" bezeichnet und ich muß dies Urtheil, das nach deutschen Begriffen nichts Verletzendes enthält, noch heute aufrecht halten. Sie sprechen mit seltenem Ernst und Tiefsinn von der Bedeutung der Religion, Sie sehen in ihr den Kern der Gesittung, in der religiösen Freiheit den lebendigen Grund jeder Freiheit; doch diese geistvollen Betrachtungen werden parador, weil Sie nicht unterscheiden zwischen dem Wesen der Religion und den endlichen Erscheinungen der Kirchengeschichte. Sie gebrauchen die Worte „Religion und Kirche" in einem idealen Sinne, den der Historiker und Politiker nicht anerkennen

kann. Sie setzen voraus, daß die Kirche mit der Wissenschaft und Bildung freundlich Hand in Hand gehe; der Politiker dagegen hat mit den grundverschiedenen Kirchen der Geschichte zu rechnen, auch mit jener Kirche, welche den Galilei auf die Kniee niederzwang, die edelsten Werke der Wissenschaft auf den Index der verbotenen Bücher setzte und tausende frommer Christen dem Scheiterhaufen übergab. Sie gelangen von Ihrem philosophischen Standpunkte rasch zu dem Schlusse: da die Kirche das Gebiet des Ewigen umfaßt, der Staat nur das Zeitliche, so muß der freie Staat in der freien Kirche und unter ihr stehen; in dem Streite zwischen dem Papst und Luther stellen Sie Sich auf Luthers Seite, in dem Kampfe zwischen Cavour und dem Papste auf die Seite des Papstes. Wer aber zwischen dem Staate und den Kirchen der Gegenwart eine haltbare rechtliche Grenze zu ziehen sucht, der muß Ihre Formel: libero stato in libera chiesa ebenso unfruchtbar finden wie die entgegengesetzte: libera chiesa in libero stato. Beide Formeln sind Abstractionen, womit Jedermann einen verschiedenen Sinn verbinden kann.

Die Kirche gehört nicht blos dem Gebiete des Ewigen an, sondern sie lebt und wirkt in dieser Welt, sie sucht lehrend und streitend ihre Gedanken im Leben zu verwirklichen, auch den Staat mit ihrem Geiste zu erfüllen, und sie verfällt in diesem Kampfe nur zu oft den Mächten des Fanatismus, der Unduldsamkeit, des Aberglaubens. Der Staat aber kann auf seine Souveränität niemals verzichten, auch wenn er die sittliche Würde der Kirche dankbar anerkennt, er tritt den Uebergriffen kirchlicher Unduldsamkeit als der Wahrer des Rechtes und des Friedens entgegen. Die Kirche steht dem Staate sittlich gleich, rechtlich steht sie unter ihm. Darum ist das Verhältniß von Staat und Kirche seiner Natur nach irrational — ich kann diese Ihnen so befremdlichen Worte lediglich wiederholen — und darum wird der Streit zwischen Staat und Kirche bis an das Ende der Geschichte immer wiederkehren. Die Stellung der Kirche zum Staate wird allerdings bei steigender Gesittung nothwendig freier; der Staat erkennt die Unfruchtbarkeit und das Unrecht des Gewissenszwanges, und die Kirche erträgt die Aufsicht des Staates um so leichter, je tiefer sie ihre eigene Aufgabe versteht. Aber diese Freiheit der Kirche kann, ohne den Staat zu zerrütten, niemals vollständig werden; denn der Staat vermag eine souveräne Gewalt in der Rechtsordnung neben sich nicht zu ertragen, er setzt nach seinem Ermessen die rechtlichen Schranken fest für die freie Bewegung der religiösen, wie aller anderen Genossenschaften. Ein so verwickeltes Verhältniß kann schlechterdings nicht in einer allgemeinen theoretischen Formel seine Lösung finden; sondern die Kirchenpolitik jedes Staates muß beurtheilt werden nach der Natur dieses

bestimmten Staates und nach der Geschichte und Verfassung der Kirchen, die er umschließt, da Kirchen von verschiedener Verfassung vom Staate offenbar nicht gleichmäßig behandelt werden können.

Erlauben Sie mir nun, geehrter Herr, Ihnen unsere neueste Kirchenpolitik aus einigen Thatsachen der deutschen Geschichte zu erklären. Die deutsche Nation ist das einzige paritätische unter den großen Culturvölkern. Auf dem freien und duldsamen Nebeneinanderbestehen der Glaubensbekenntnisse ruht die moderne deutsche Gesittung, ruht vor Allem jene Freiheit der deutschen Wissenschaft, welche Sie mit so warmen und beredten Worten rühmen. Auch wir haben einst, wie alle anderen europäischen Völker, eine Zeit erlebt, da in unseren Staaten der Grundsatz galt: cujus regio ejus religio. Es schien, als würde die Kirche durch den Staat geknechtet; in Wahrheit regierte die Kirche den Staat. Eine herrschende Kirche hatte sich überall der Staatsgewalt bemächtigt, leitete das Gemeinwesen nach ihrem Sinne, und die lutherische Kirche zeigte sich dabei kaum minder hart und unduldsam als die römische. Da aber alle diese katholischen, lutherischen und reformirten Territorien in buntem Gemenge durch einander lagen und unter einer Reichsgewalt standen, so führte die Beherrschung des Staates durch die Kirche nothwendig zum Bürgerkriege, zu dem gräßlichsten aller Kriege, die jemals ein gesittetes Volk zerfleischt haben. Um den Preis der Zerstörung seines alten Wohlstandes und seiner Bildung, um den Preis hundertjähriger politischer Ohnmacht hat sich mein Vaterland in jenen entsetzlichen dreißig Jahren die Freiheit des Glaubens erobert. Die neue Kirchenpolitik, welche dann endlich unserem erschöpften Volke zwei Jahrhunderte leidlichen religiösen Friedens gesichert hat, fand ihr Vorbild in dem jungen preußischen Staate. In den preußisch-brandenburgischen Landen saßen die Bekenner der drei großen Kirchen Deutschlands bunt durch einander; die Mehrheit des Volks war lutherisch, die Hohenzollern aber gehörten zur reformirten Kirche, die von den Lutheranern damals noch mit wüthendem Hasse verfolgt wurde. Ein Fürstenhaus in solcher Lage war durch das Gebot der Selbsterhaltung gezwungen, die Gewissensfreiheit ganz und voll, noch weit über die Vorschriften des Westphälischen Friedens hinaus, zu gewähren, aber auch die souveräne Gewalt des Staates gegenüber den Kirchen sehr nachdrücklich zu handhaben.

So ergaben sich die vier leitenden Gedanken der modernen deutschen Kirchenpolitik: unbedingte Gewissensfreiheit für den Einzelnen, Unterwerfung der Kirchen unter das Aufsichtsrecht des Staates, Leitung des gesammten Volksunterrichts durch den Staat, endlich unnachsichtige Ausführung der Staatsgesetze gegen Jedermann, auch gegen die Kirche. Zur

selben Zeit, da Piemont seine Waldenser mißhandelte, da Frankreich die Hugenotten vertrieb, England die irischen Katholiken in blutigen Kämpfen niederwarf, fanden in Preußen die flüchtigen Märtyrer jedes Glaubens, Katholiken, Protestanten und Juden eine sichere Zuflucht; und Sie werden einem Deutschen verzeihen, wenn er diesen so theuer erkauften Ruhm heilig hält. Aber alle diese Glaubensgenossenschaften unterlagen der Aufsicht des Landesherrn; der Staat überwachte nicht nur die Ausbildung der jungen Geistlichen, damit sie der nationalen Gesittung nicht entfremdet würden, er verbot auch den Predigern das Lästern und Schelten wider die Andersgläubigen u. s. w. Zugleich übernahm der Staat einige der socialen Pflichten, welche bisher die Kirche getragen hatte, er ordnete die Armenpflege, säcularisirte das Schulwesen und zeigte durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, daß er diese Aufgaben der Gesittung ungleich wirksamer zu erfüllen vermag als die Kirche. Diese Kirchenpolitik ward nur möglich durch streng gewissenhafte Befolgung der Gesetze des Staates. Ihr geistreicher Landsmann Herr R. Bonghi behauptete kürzlich, in einem romanischen Volke sei die unbedingte Souveränität des Gesetzes unmöglich. Ich will nicht mit ihm rechten; das aber weiß ich, daß unsere paritätische Nation ohne diese Souveränität des Gesetzes rettungslos einem neuen dreißigjährigen Kriege entgegentreiben würde. Der Gehorsam gegen die Vorschriften der Kirche ist in Deutschland seit dem Westphälischen Frieden niemals anders verstanden worden als mit dem Vorbehalte des Gehorsams gegen die Staatsgesetze.

Was waren die Folgen dieser Kirchenpolitik? Es ergab sich ein sehr unlogischer Zustand, der systematischen Köpfen schwer begreiflich scheint. Eine Kirche, die sich für alleinseligmachend ausgiebt, kann folgerecht nicht mit Ketzern auf dem Boden gleichen Rechts leben; in Preußen mußte sie sich in diesen Widerspruch finden. Der preußische Ultramontane durfte ungestört glauben, daß die Christenheit von Rechtswegen einen geistlichen Staat unter der Herrschaft des Papstes bilde; doch er mußte sich bescheiden dies Reich Gottes als ein Idealbild anzusehen, wie die unsichtbare allgemeine Kirche der Protestanten; hätte er je versucht die Staatsgewalt Preußens der Oberhoheit des Papstes zu unterwerfen, so wäre er den Strafgesetzen verfallen. Der katholische Priester mochte über die Todsünde der gemischten Ehen denken was ihm beliebte, doch der Staat zwang ihn solche Ehen einzusegnen; und in diesem irrationalen Verhältniß haben sich Staat und Kirche während des achtzehnten Jahrhunderts sehr wohl befunden. Aus der vom Staate erzwungenen Duldung erwuchs allmählich die Gewohnheit, endlich die Ueberzeugung der Duldsamkeit. In tausenden gemischter Ehen lernten die Deutschen abweichende Glaubensvorstellungen

achten und schonen: solche praktische Duldsamkeit hatte mit frivoler Gleichgiltigkeit nichts gemein, sondern vertrug sich sehr gut mit ernster religiöser Gesinnung. In tausenden gemischter Schulen empfing die katholische Jugend katholischen, die protestantische evangelischen Religionsunterricht, während der gesammte wissenschaftliche Unterricht Allen gemeinsam ertheilt wurde; auf mehreren unserer Universitäten bestanden zwei theologische Facultäten, für die Katholiken und die Protestanten, und die jungen Theologen beider Bekenntnisse fanden sich in den Hörsälen der Philosophen und Historiker zusammen. Auf dem Boden dieser religiösen Freiheit erwuchs die neue deutsche Kunst und Wissenschaft. Weil unsere Philosophie niemals mit dem Glaubenszwange zu kämpfen hatte, darum hat sie auch in ihren großen Tagen stets mit Ernst und Ehrfurcht von Gott und göttlichen Dingen gesprochen; die Helden des deutschen Gedankens sind allesammt frei von der Spötterei der Voltairianer.

Allerdings trägt unsere heutige Wissenschaft, unsere gesammte Weltanschauung einen wesentlich protestantischen Charakter. Unter den 41 Millionen Einwohnern des heutigen deutschen Reichs sind kaum 15 Millionen Katholiken, und zu den Letzteren zählen fast alle Nichtdeutschen, die unser Staat umfaßt: etwa 2½ Millionen Polen und nahezu eine Viertelmillion Franzosen. Unserem Protestantismus stand also die Ueberlegenheit der Zahl zur Seite — denn das österreichische Deutschthum ging schon unter dem heiligen Reiche seine eigenen Wege — und desgleichen die Ueberlegenheit der geistigen Kraft. Wir Deutschen sind geborene Ketzer; weitaus die meisten jener Landschaften des Reichs, welche heute der katholischen Kirche angehören, haben einst schon den evangelischen Glauben bekannt und sind nur gewaltsam durch die Waffen der Habsburger zur alten Kirche zurückgeführt worden. Der Protestantismus ist die Form des Christenthums, welche dem deutschen Gemüthe entspricht; darum hat er auf unserem Boden sich unvergleichlich fruchtbarer gezeigt als die römische Kirche; fast alle unsere großen Dichter und Denker waren Protestanten. Aber diese unsere protestantische Bildung war von confessioneller Engherzigkeit frei und wirkte darum weit über den Kreis der evangelischen Kirche hinaus. Die Philosophie Kants, das reifste Werk des Protestantismus im achtzehnten Jahrhundert, ward ein Gemeingut aller denkenden Deutschen, und neben der weltlich freien und doch tief religiösen Bildung, die uns einte, verloren die trennenden Gegensätze des kirchlichen Lebens viel von ihrer Schärfe.

Da begann die seit der Wiederherstellung des Jesuitenordens überall erwachte ultramontane Partei gegen das Ende der dreißiger Jahre auch bei uns ihr Haupt zu erheben; und während der bekannte Streit zwischen

der Krone Preußen und dem Kölner Erzbischof noch schwebte, bestieg zu unserem Unglück König Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron, ein Fürst von reicher Begabung und edlen Absichten, doch völlig unfähig die Wirklichkeit der Dinge zu sehen. Wie er in unserer demokratischen Gesellschaft noch immer die drei Stände des Adels, des Bürgerthums, der Bauernschaft zu erkennen glaubte, so trug er auch ein romantisches Bild von der römischen Kirche in seiner Seele, das mit der Wirklichkeit nichts gemein hatte. Schritt für Schritt kam er den Ansprüchen der Ultramontanen entgegen, und um die Verwirrung zu vollenden brach jetzt die stürmische Bewegung des Jahres 1848 herein. Der unerfahrene Liberalismus dachte den preußischen Staat nach dem Muster Belgiens umzugestalten und bemerkte nicht, daß unter dem Schutze jener Musterverfassung die Volksbildung in Belgien unheimlich schnell zurückgeschritten war; unsere Protestanten unterschätzten die Macht des römischen Stuhls, weil sie ihnen nicht unmittelbar gebot; den phrasenseligen Radikalen erschien jede Beschränkung der Staatsgewalt als ein Triumph der Freiheit. Die ultramontane Partei verstand diese unklaren Stimmungen der Zeit geschickt zu benutzen, und so wurden denn in die neue Verfassung Preußens jene unglücklichen Artikel aufgenommen, die in vieldeutigen, allgemeinen Ausdrücken die Selbständigkeit der Kirchen aussprachen.

Seitdem, und keineswegs erst seit den Maigesetzen, ist der kirchliche Friede in Preußen gestört. Während fast alle anderen deutschen Staaten ihre alten bewährten Gesetze der Kirche gegenüber aufrecht hielten, sah die preußische Regierung in der ultramontanen Partei eine Stütze der conservativen Politik und duldete gelassen, daß der römische Clerus, unter Berufung auf jene unklaren Sätze der Verfassung, die Gesetze des Landes beharrlich mit Füßen trat. Eine Reihe von Klöstern entstand, und der Staat hatte nicht den Muth sie der Aufsicht zu unterwerfen, welche das Gesetz für alle Vereine vorschreibt. Das wichtige Amt der Schulinspectoren kam nach und nach fast ausschließlich in geistliche Hände, so daß die Schule unter der Aufsicht der Kirche stand; die Folge war ein beständiges Sinken der wissenschaftlichen Leistungen in den katholischen Gymnasien. Die vom Staate ernannten Religionslehrer und Professoren der Theologie durften ihr Amt erst antreten, wenn ihnen der Bischof eine sogenannte Missio canonica ertheilt hatte — eine völlig willkürliche Einrichtung, wovon die Gesetze unseres Staates nichts wissen. Die Erziehung der jungen Geistlichen wurde der Aufsicht des Staates gänzlich entzogen; Knabenseminare entrissen den Nachwuchs des Clerus schon in zarter Jugend dem bürgerlichen Verkehre, in dem Collegium Germanicum zu Rom und ähnlichen Jesuitenanstalten wurde der deutsche Theolog seinem Vaterlande

entfremdet. Die Freiheit des Lehrens und des Lernens, der Stolz der deutschen Universitäten, war für die Theologen nicht mehr vorhanden; eingesperrt in ihren Convicten und Seminarien durften sie die Vorlesungen frei denkender Lehrer nicht mehr besuchen. Ich habe einen großen Theil der jüngsten zwanzig Jahre in den rheinischen Landen verlebt und kann bezeugen, wie üppig dort eine das ganze bürgerliche Leben vergiftende gehässige Unduldsamkeit ins Kraut geschossen ist. Die Kirchenfreiheit der Ultramontanen bedeutete bei uns wie überall: Unterwerfung der Pfarrer und der Gemeinden unter die Willkür des Papstes und der Bischöfe, unchristliche Härte gegen die Andersgläubigen. Zugleich offenbarte sich täglich klarer die Feindseligkeit des römischen Clerus gegen den preußischen Staat, dem trotz seiner Milde der protestantische Ursprung nie verziehen wurde. In unseren polnischen Provinzen haben die Priester zu allen Zeiten den Haß gegen Deutschland gepredigt; während des Krieges von 1866 stand fast unser gesammter Clerus mehr oder minder unverhohlen auf Seiten Oesterreichs, und in mancher rheinischen Kirche wurde für unsere Feinde gebetet. Seit der Herstellung des deutschen Reichs und der Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit hat diese pfäffische Gesinnung die Maske gänzlich abgeworfen; die Begründung einer katholischen Partei im deutschen Reichstage war eine unzweideutige Kriegserklärung gegen die Grundgedanken unseres paritätischen Staates, und das erste Lebenszeichen der neuen Partei war die nur leicht verhüllte Forderung, daß das Volk Martin Luthers den Thron des unfehlbaren Papst-Königs wieder aufrichten solle.

Diese politischen Gefahren haben endlich der preußischen Regierung die Augen geöffnet. Sie erweisen, geehrter Herr, unserem Reichskanzler zu viel Ehre, wenn Sie glauben, er habe dem Geiste des deutschen Volks eine neue Richtung gegeben. Wie er die deutsche Einheitsbewegung nicht geschaffen, sondern nur siegreich beendigt hat, so ist auch seine Kirchenpolitik, die man als diocletianische Verfolgung schildert, nichts weiter als die Wiederaufnahme der alten preußischen Ueberlieferungen, die unser Staat in zwei Jahrhunderten nur einmal, während des jüngsten Menschenalters, aufgegeben hat. Wir stellen heute, nachdem der Versuch der Neuerung sich als schädlich erwiesen hat, lediglich unsere alten Gesetze wieder her, mit den Milderungen und Verbesserungen, die sich aus der Natur des constitutionellen Staates ergeben. Wir zwingen den Priester nicht mehr eine gemischte Ehe einzusegnen, sondern wir sichern durch die Civilehe unser häusliches Leben vor pfäffischer Friedensstörung. Unser Clerus hat durch die Preß- und Versammlungsfreiheit sowie durch das allgemeine Stimmrecht eine Fülle neuer Machtmittel erhalten und darf sie ungestört gebrauchen; nur der Mißbrauch der Kanzel zur Störung der

öffentlichen Ruhe ist bei uns, wie in Italien, verboten. Unsere Priester sind nicht mehr Staatsdiener, wie zur Zeit Friedrichs des Großen, sondern die Staatsbehörden haben lediglich das bescheidene Recht, aus bestimmten, im Gesetze angegebenen Gründen Einspruch zu erheben gegen die Ernennung eines unwissenden oder dem Staate gefährlichen Pfarrers; über die Berechtigung dieses Einspruchs entscheidet ein völlig unabhängiger Gerichtshof. Die katholische Kirche erfreut sich also in Preußen auch nach den Maigesetzen einer weit größeren Freiheit als in den kleinen deutschen Staaten. Der König von Baiern ernennt alle Pfarrer seines Landes selbst, die Fürsten von Baden und Württemberg, Beide Protestanten wie unser König, versagen nach Belieben, ohne Angabe von Gründen jedem Pfarrer die Bestätigung. Und während der Clerus diese strengeren Gesetze Süddeutschlands seit zwei Menschenaltern gehorsam befolgt, erklärt er das geringere Recht, das der preußische Staat in Anspruch nimmt, für eine schwere Gewaltthat!

Der preußische Staat hat ferner die niedere Geistlichkeit vor der Willkür der Bischöfe gesichert und verlangt, daß jede erledigte Pfarre binnen einer bestimmten Frist wieder besetzt werden muß; in den rheinischen Landen war der gesetzwidrige Mißbrauch eingerissen in die erledigten Stellen sogenannte Succursalpfarrer zu senden, die der Bischof nach Belieben zurückrufen konnte. Zugleich hat der Staat den Laien ihr gutes Recht zurückgegeben, indem er die Verwaltung des Gemeindevermögens einem freigewählten Ausschusse der Gemeinde anvertraute. Er hat sodann das Schulwesen wieder der Aufsicht weltlicher Beamten unterworfen und dafür gesorgt, daß die jungen Geistlichen der Wohlthat eines gründlichen wissenschaftlichen Unterrichts theilhaftig werden. Wenn Preußen endlich seinen tausend Mönchen und der Hälfte seiner 7000 Nonnen die Klöster schloß, so sorgte der Staat dadurch nur für den kirchlichen Frieden, denn die Klöster sind bei uns immer die Pflegestätten des confessionellen Hasses gewesen. Das Königreich Italien hat seit fünfundzwanzig Jahren etwa 55,000 Mönche und Nonnen dem klösterlichen Leben entrissen und die Güter der Klöster eingezogen, während Preußen das gesammte Klostervermögen ungeschmälert der Kirche überläßt. Dies etwa ist der wesentliche Inhalt unserer mit so ungeheuerlicher Uebertreibung geschilderten Kirchengesetze. Daß sie ernstlich ausgeführt werden und die Uebertreter strengen Strafen unterliegen, bedarf kaum der Rechtfertigung; wir haben unter König Friedrich Wilhem IV. allzu schmerzlich erfahren, wohin es führt, wenn dem Clerus gestattet wird der Gesetze zu spotten.

Ich glaube wie Sie, geehrter Herr, daß die geistige Macht der römischen Kirche nicht durch die rohe Gewalt geschlagen werden kann; aber ich weiß auch, daß dem preußischen Staate in seinem heutigen Kampfe

eine überlegene geistige Macht zur Seite steht. Er kämpft nicht, wie Sie besorgen, in napoleonischer Weise für den Gedanken der Staatsallmacht, sondern er streitet für jene mildere und freiere Auffassung des Christenthums, die allen denkenden Deutschen in Fleisch und Blut gedrungen ist; er streitet für die Freiheit unserer Wissenschaft und will nicht dulden, daß ein Theil unseres Volkes durch das Machtgebot eines fremden Priesters der Gemeinschaft unseres geistigen Lebens entrissen werde. Wir wollen nicht, wie Herr R. Bonghi argwöhnt, unsere politische Einheit durch die kirchliche Einheit verstärken; sondern wir wissen, daß wir unsere heutige Bildung der Kirchenspaltung verdanken, und obgleich viele deutsche Patrioten im Stillen hoffen, daß dereinst eine deutsche Nationalkirche erstehen werde, so sagt sich doch jeder nüchterne Kopf, daß die nächsten zwei Menschenalter diese große Wandlung nicht erleben können. Wir hegen auch nicht, wie Herr Bonghi gleichfalls behauptet, den Haß des politischen Radikalismus gegen die Mächte der Autorität und der Ueberlieferung; die Führer Deutschlands in dem gegenwärtigen Kampfe, der Kaiser und sein Kanzler, sind gläubige, bibelfeste evangelische Christen. Die Maigesetze selber bezeugen, daß unser Staat von dem sittlichen Berufe der Kirche sehr hoch denkt, höher als der Papst. Wenn wir die Kirche verachteten und haßten, dann würden wir ihre Convicte und Seminare in ihrem heutigen verwahrlosten Zustande belassen; weil wir sie anerkennen als eine berechtigte Macht der Gesittung, darum sorgen wir für die Bildung der Theologen.

Wenn der Staat fest und unbeirrt sein Ziel verfolgt, so kann ihm der Sieg nicht fehlen; selbst in den Rheinlanden stehen die tüchtigsten Männer der gebildeten Klassen auf seiner Seite. Vor kurzem noch versicherte unser Episkopat, daß er niemals ein vom Staate einseitig erlassenes Kirchengesetz anerkennen werde, gleichwohl hat er sich soeben dem Gesetze über die Verwaltung des Kirchenvermögens gehorsam unterworfen. Ich wage nicht voraus zu sagen, ob diesem ersten Schritte der Nachgiebigkeit bald andere folgen werden. Wir rechnen nicht auf augenblickliche Erfolge, sondern auf die langsame und sichere Wirkung der Volkserziehung, die das heranwachsende Geschlecht wieder zurückführen wird zu den alten deutschen Grundsätzen der Duldung und der Glaubensfreiheit. —

Unsere Kirchenpolitik erhebt keineswegs den unbescheidenen Anspruch, einem rein katholischen Staate zum Vorbilde zu dienen. Sie sprechen, geehrter Herr, sehr streng und, wie mir scheint, nicht ganz gerecht über das religiöse Leben Ihres Vaterlandes. Jedes große Culturvolk nimmt auf seine eigene Weise Theil an der Arbeit des Menschengeschlechts; gegen die ursprüngliche Eigenart der Nationen richten Vorwürfe und Anklagen

nichts aus. Wenn Ihre Nation die Religion minder tief und innig auffaßt als wir Germanen, so hat sie dafür auf anderen Gebieten des geistigen Lebens Größeres geleistet als wir. Mir ist der Gegensatz und die Verwandtschaft deutscher uud italienischer Gesittung einmal recht grell vor die Augen getreten, als ich in der Galerie der Ufficien mitten unter den Werken Rafaels und Andrea del Sarto's ein Gemälde unseres Lukas Cranach fand. Das Bild stellt in Cranachs plumper, ungelenker Art den Freund Martin Luthers, Friedrich von Sachsen dar; darunter die Inschrift:

Er stift' eine hohe Schul' auf's Neu'
zu Wittenberg im Sachsenland,
und aus derselb' kam Gottes Wort
und thet groß Ding an manchem Ort.

Welch ein Abstand zwischen diesen hölzernen Versen, diesen ungeschlachten Zügen und der vollendeten Schönheit der italienischen Bilder ringsum! Und doch wäre die moderne Cultur und Freiheit ebenso undenkbar ohne das Wort Gottes, das in Wittenberg gepredigt wurde wie ohne die Künstler Ihres Cinquecento. Ich begnüge mich also die Thatsache anzuerkennen, daß die Italiener ein katholisches Volk sind und bleiben werden; weder der Protestantismus, noch eine katholische Reformbewegung kann in der Zukunft, die wir heute übersehen, auf italienischem Boden einen großen Erfolg erringen. Darum wird die italienische Kirchenpolitik immer einen anderen Charakter tragen müssen, als die deutsche, selbst wenn dereinst jener Paragraph 1, der den Katholizismus für die Religion des Staates erklärt, aus Ihrer Verfassung verschwinden sollte.

Aber auch Ihr Staat wird erfahren, daß der kahle Grundsatz libera chiesa in libero stato nicht ausreicht um das verwickelte Verhältniß zwischen Staat und Kirche zu ordnen. Jene Politik der „meisterhaften Unthätigkeit", die Sir George Campbell kürzlich dem englischen Parlamente zur Sicherung Ostindiens anempfahl, ist dem römischen Stuhle gegenüber ebenso unfruchtbar wie gegenüber den Russen, und Cavour am Allerwenigsten würde eine solche Auslegung seiner Gedanken billigen. Er verstand zu lernen von den Thatsachen, zu wachsen mit der wachsenden Zeit. Er glaubte, der geistliche Unterricht werde in einem Lande der Preß- und Vereinsfreiheit wenig Schaden stiften, der von der Aufsicht des Staates befreite Clerus werde auch dem römischen Hofe gegenüber eine stolze Selbständigkeit zeigen. Eine kurze Erfahrung hat diese Erwartungen vollständig widerlegt. Der italienische Clerus, der einst rühmlich mitwirkte bei der Wiederaufrichtung seines Vaterlandes, folgt heute in seiner großen Mehrheit den Winken des Papstes; früher oder später wird der Staat sich genöthigt sehen, den Volksunterricht diesen feind-

seligen Händen zu entwinden, die Bildung des jungen Clerus unter strenge Aufsicht zu nehmen, den Gemeinden — nach Art. 18 des Garantiegesetzes — die Theilnahme an der Verwaltung des Kirchenvermögens zu gewähren u. s. w. Doch es wäre unbescheiden, wenn ein Ausländer hier Rathschläge ertheilen wollte, die bereits in den Reden und Schriften von Guerrieri-Gonzaga, Tommasi-Crudeli und Anderen eine wirksamere Vertretung gefunden haben. Ihre Regierung selbst beginnt zu fühlen, daß eine strengere Handhabung der Gesetze nothwendig ist um die unveräußerliche Souveränität des Staates gegenüber der Kirche zu wahren.

Nur über eine Frage der italienischen Kirchenpolitik, welche alle Staaten Europas berührt, erlauben Sie mir noch ein offenes Wort. Der Grundsatz der Kirchenfreiheit darf niemals so verstanden werden, daß er die Rechte fremder Staaten und die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts zerstört. Zu den obersten Grundsätzen des Völkerrechts zählt aber die Regel, daß die Staatengesellschaft nur Souveräne und Unterthanen kennt. Der gesammte friedliche Verkehr der Völker beruht darauf, daß jeder Staat, der sich in seinen Rechten verletzt glaubt, genau weiß, wen er für die Verletzung zur Rechenschaft ziehen soll. Das italienische Garantiegesetz verstößt offenbar gegen diesen Grundsatz. Papst Pius hat deutsche Unterthanen offenkundig zum Aufruhr gegen die Gesetze unseres Reiches aufgefordert, er ist nach deutschem Rechte unzweifelhaft strafbar. Wäre er noch Landesherr, so könnten wir, wie einst Cromwell in ähnlicher Lage mit günstigem Erfolge that, einige Kriegsschiffe auf die Rhede von Civita-Vecchia senden; wäre er italienischer Unterthan, so würden wir von der Krone Italien seine Bestrafung oder seine Auslieferung fordern. Aber nach dem Garantiegesetz ist er weder Souverän noch Unterthan; die Krone Italien verbürgt ihm seine Unverletzlichkeit und lehnt trotzdem jede Verantwortung für seine Thaten und Reden ab. Ein italienisches Gesetz, das noch von keinem fremden Staate anerkannt worden ist, gewährt einem Priester, in dem wir Protestanten nur einen bis zur Unzurechnungsfähigkeit thörichten Greis sehen können, das ungeheuerliche Vorrecht, sich über alle Regeln des Völkerrechts hinwegzusetzen.

Kann eine so erstaunliche Neuerung dauern? Ich verkenne nicht, wie schwierig es war die Stellung des entthronten Papstes rechtlich zu ordnen. Der Gedanke lag nahe, ihm alle die Rechte zu belassen, welche nicht unmittelbar mit der Landeshoheit zusammenzuhängen schienen; auch der deutsche Gesandte hat sich, so viel ich weiß, im Jahre 1871 in diesem Sinne ausgesprochen. Ich begreife desgleichen, daß die Italiener wünschen, den Papst in Rom zu behalten. Das heutige Papstthum ist ja nichts Anderes als die Herrschaft der italienischen Prälaten über einen

großen Theil der Christenheit; kein Wunder, daß es vielen Ihrer Landsleute noch immer als eine gloria italiana gilt. Auch glaube ich nicht, daß die deutsche Regierung schon in den nächsten Jahren die Lösung jener großen Principienfrage des Völkerrechts verlangen wird. Die schriftstellerischen Leistungen Pius des Neunten sind bisher unserem Reiche wenig gefährlich gewesen; sein naiver Brief an unseren Kaiser hat Tausende deutscher Katholiken in das Lager des Staates hinübergetrieben; unsere eifrigen Protestanten flehen täglich zum Himmel, daß der treue Bundesgenosse zu Rom uns noch recht lange erhalten bleibe und wo möglich auch noch seine Unfehlbarkeit in politischen Fragen urbi et orbi verkündigen möge. Einzelne deutsche Patrioten haben wohl, erbittert über die unklare rechtliche Stellung des Papstes, dann und wann geäußert: besser für uns, wenn der Kirchenstaat wiederhergestellt würde! Auf solche hastige Worte des Unmuths ist nichts zu geben. Unser Kaiser hat einst in Versailles verschmäht, den Gehorsam der deutschen Bischöfe durch die Unterstützung des Papstkönigs zu erkaufen, unser Reichstag hat wiederholt dieselbe Gesinnung bekundet; das einige Deutschland verlöre den Boden unter seinen Füßen, wenn es jemals die Einheit des schicksalsverwandten Italiens zu bekämpfen suchte. Für jetzt steht ein ernsthafter Streit wegen der Souveränität des Papstes schwerlich zu befürchten. Doch wer bürgt für die Zukunft? Dies Papstthum, das sich für den Herrn der Erde hält, ist und bleibt der natürliche Feind jeder selbstbewußten weltlichen Staatsgewalt. Einmal doch muß der Fall eintreten, daß der deutsche oder irgend ein anderer mächtiger Staat sich schwer verletzt fühlt durch die Anmaßungen des Papstes und Genugthuung fordert von der Krone, welche den römischen Stuhl beschützt. Dann wird es sich zeigen, daß in einer geordneten Staatengesellschaft die persönliche Unverantwortlichkeit unzertrennlich ist von der Landeshoheit; der König von Italien müßte dann entweder das Schwert ziehen als ein Vasall des römischen Stuhls oder kraft seiner Souveränität dem Papste verbieten die Ruhe fremder Reiche zu stören. Der Grundsatz libera chiesa in libero stato läßt sich auch auf das Oberhaupt der römischen Kirche nicht anwenden ohne die Einschränkungen, welche die friedliche Ordnung des Staatensystems vorschreibt.

Ich hege nicht die Absicht, geehrter Herr, durch diese politischen Betrachtungen Sie in Ihren philosophischen Ansichten zu stören. Es genügt mir, wenn ich Ihnen gezeigt habe, daß wir Deutschen unseren Ueberlieferungen nicht untreu geworden sind. Was wir heute erstreben ist einfach: die Wiederherstellung der altbewährten deutschen Glaubensfreiheit unter dem Schutze strenger und gerechter Gesetze.

1876.

Libera chiesa in libero stato.

II. Italien und der souveräne Papst.

Berlin, 25. December 1876.

Mein im Augustheft d. Bl. veröffentlichter Brief an A. Vera hat einen ausgezeichneten italienischen Staatsmann, dessen Namen ich leider nicht nennen darf, veranlaßt, in einem ausführlichen Schreiben mir seine Ansicht über das Verhältniß des italienischen Staates zu dem souveränen Papste auseinanderzusetzen. Es gereicht uns zur Freude unseren Lesern den wesentlichen Inhalt dieses Schreibens vorzulegen; die Jahrbücher haben von jeher ein gutes Verständniß zwischen den italienischen und den deutschen Patrioten zu fördern gesucht und auf sachkundige Mittheilungen von jenseits der Alpen hohen Werth gelegt.

Der Verfasser, ein Parteigenosse der heutigen Mehrheit des Parlaments, verwahrt sich zunächst entschieden wider die von der radikalen Presse geflissentlich verbreitete Unterstellung, als ob die gemäßigten Parteien Italiens das deutsche Bündniß nur mit halbem Herzen begünstigten. Er versichert sodann, der Ausspruch „libera chiesa in libero stato" gelte in den Augen der gegenwärtigen Parlamentsmehrheit keineswegs als eine alle Fragen lösende Zauberformel, sondern er bezeichne lediglich „die Tendenz, das Verhältniß zwischen Staat und Kirche in liberalem Sinne zu ordnen". Die heutige Regierung sei ernstlich entschlossen die Souveränität des Staates aufrechtzuerhalten; sie werde die Thätigkeit des Clerus in den Volksschulen einer strengen Aufsicht unterwerfen und den höheren Unterricht niemals an die Kirche ausliefern; sie wolle auch den Gemeinden nicht wehren ihre Pfarrer selbst zu wählen, nur könne man sich leider nicht darüber täuschen, wie schwach und vereinzelt diese communale Bewegung sei.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen wendet sich der Verfasser gegen die Behauptung, daß die dem Papste eingeräumte Stellung eines Souve-

räns ohne Landeshoheit wider die anerkannten Regeln des Völkerrechts verstoße, und sagt wörtlich:

„Sie können Sich nicht vorstellen, mit welchem Erstaunen man in Italien diese Ansichten vernahm, als sie zuerst in den deutschen liberalen Blättern laut wurden. Einen solchen Beweis für die Nothwendigkeit der weltlichen Gewalt des Papstes hatten wir nicht erwartet, am Wenigsten von Seiten der deutschen Liberalen. „Die weltliche Gewalt ist nothwendig, damit man sie vernichten könne! Der Papst muß Landgebiet besitzen, damit er daraus vertrieben werden kann!" Solche Behauptungen wollten unseren armen italienischen Köpfen schlechterdings nicht einleuchten. Hätten Sie aber unsere klerikalen Blätter gelesen, so würden Sie ihre behende Logik bewundert haben. „Deutschland, so sagte die Voce della Verità, erkennt also endlich die gottgewollte Nothwendigkeit der weltlichen Gewalt des Papstes an und giebt zu, was die Franzosen längst behauptet haben, daß die beiden Gewalten in Rom vereinigt sein müssen, um überall sonst getrennt zu sein. Der Papst als der unfehlbare Stellvertreter Gottes darf keinem Handstreiche ausgesetzt bleiben, er muß eine wirkliche Macht, ja der gewaltigste Fürst der Erde werden, stark genug jeden Angriff abzuschlagen!"

Ich gehe nicht so weit wie der Osservatore Romano und die Voce della Verità. Aber unleugbar setzt Ihre Behauptung voraus, daß der Papst zum Wenigsten einen Seehafen besitzen müßte. Nehmen Sie an, man hätte dem Papste nur die Stadt Rom gelassen, wie wollten Sie ihn dann für seine Encyclica bestrafen? Das Wesen der Souveränität liegt sicherlich nicht in der Fähigkeit, durch andere Mächte erorbert zu werden. Es giebt in Europa manche Staaten, die völkerrechtlich als Staaten anerkannt sind und doch durch ihre geographische Lage verhindert werden jemals einen Krieg zu führen. Können Sie Sich einen Krieg zwischen der Republik San Marino und dem Fürsten von Monaco vorstellen? Oder, um ernsthaft zu reden, einen Krieg zwischen der Schweiz und einer der amerikanischen Republiken? Der Papst ist nicht die einzige in gewissem Sinne unangreifbare Macht. Vor einigen Jahren wurde ein italienischer Reisender in Buchara ermordet; wir aber mußten auf einen Krieg mit dem Chan verzichten und diese Sorge den Russen überlassen.

Doch angenommen, der Papst besäße noch Rom und Civita-Vecchia, hätten Sie dann wirklich, um ihn für seine Encyclica zu züchtigen, einige Kriegsschiffe und ein Armeecorps in den Kirchenstaat gesendet? Cromwell hat das mit Erfolg gethan, viele Andere nach ihm ohne jedes Ergebniß. Eines oder das Andere. Entweder Sie hätten einfach eine That der Rache üben wollen, die weniger den Papst als seine Unterthanen getroffen hätte; dann würden Sie ihm nur in den Augen der deutschen Katholiken den Ruhm des Martyriums verschafft haben ohne irgend einen Widerruf zu erreichen. Oder Sie hätten Rom mit einem Armeecorps besetzt und das Beispiel Frankreichs nachgeahmt, das vierzig Jahre lang Ancona, Civita-Vecchia und Rom besetzt hielt ohne den mindesten Einfluß auf die religiöse oder die weltliche Politik des heiligen Stuhls zu erlangen. Danken Sie Ihrem Glücke, daß Sie niemals, wie Frankreich, in diese Sackgasse der römischen Frage hineingerathen sind! Mehr als Eine Allocution des Papstes hat

die Polen zum Aufruhr aufgefordert und doch hat Rußland nie daran gedacht mit den Waffen gegen Rom vorzugehen.

„Aber, werden Sie einwerfen, wir wollen gar nicht die Herstellung der weltlichen Gewalt. Sobald der Papst aufhört ein Souverän zu sein wird er ein italienischer Unterthan, Italien muß ihn bestrafen oder ausliefern!"

Alle Schriftsteller des Völkerrechts erkennen außer den regierenden Landesherren auch den entthronten Fürsten die persönlichen Rechte der Souveränität zu. Die verbannten oder reisenden Souveräne stehen gewissermaßen außerhalb des Landesrechts. Das ist allerdings nur eine Rücksicht der Courtoisie, die nicht mißbraucht werden sollte aber zuweilen mißbraucht wird. Ich führe diese Thatsachen auch nur an um zu zeigen, daß unser Garantiegesetz durchaus nicht etwas so Unerhörtes eingeführt hat, wie man zu behaupten pflegt.

Wichtiger ist mir ein anderer Einwand. Der Papst hat sich durch seine Encyclica jedenfalls nur eines politischen Verbrechens schuldig gemacht; wir könnten ihn also, auch wenn er italienischer Unterthan wäre, nicht ausliefern, da unsere Auslieferungsverträge sich auf gemeine Verbrechen beschränken.

Doch ich will mich nicht auf juristische Beweise, sondern auf Deutschlands eigenes Interesse berufen. Wollen Sie in der That, um nur den Papst für die Verletzung deutscher Gesetze zur Rechenschaft ziehen zu können, Sich der Gefahr aussetzen, daß die italienische Regierung mittelbar einen unberechenbar starken Einfluß auf fünfzehn Millionen deutscher Katholiken ausübe? Gilt das Wort des Papstes nichts mehr in Deutschland, warum verachten Sie dann nicht stillschweigend seine Aufrufe? Hat er aber noch Einfluß auf die Gemüther Ihrer Katholiken, wie können Sie dann wünschen, daß eine solche geistige Macht von einer fremden Regierung beherrscht werde?

Da der Papst keine politische Macht mehr besitzt, so wirken seine Erlasse rechtlich nur so weit die Gesetzgebung jedes einzelnen Landes ihnen eine Wirksamkeit einräumt, sittlich nur so weit er Herzen findet, die bereit sind seine Stimme zu hören. Darum muß das Heilmittel außerhalb Roms, nicht in Rom selbst gesucht werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Ansehen des deutschen Reichs, seiner Gesetze, seiner Wissenschaft nicht reichlich genügen sollte dies Ziel zu erreichen.

Unser Garantiegesetz ist keineswegs ein geniales Werk; es hat nur das bescheidene Verdienst den wirklichen Verhältnissen zu entsprechen, die gegebene historische Lage zu formuliren. Grade weil wir die Regeln des Völkerrechts nicht verletzen wollten, haben wir dies Gesetz geschaffen.

Sobald ein Staat ein Land erobert, übernimmt er von Rechtswegen alle völkerrechtlichen Verbindlichkeiten des neugewonnenen Gebietes; so haben wir nach und nach die alten Staatsverträge von Toscana, Neapel ꝛc. in italienische Verträge umgewandelt. In Rom aber standen wir den Concordaten gegenüber. Konnten wir auch in dieser Hinsicht als die Rechtsnachfolger des Papstes auftreten? Gewiß nicht, denn die Concordate haben mit dem alten Kirchenstaate nichts zu thun, sie verpflichten weder dessen vormalige Unterthanen noch kommen sie ihnen zu gute. Hätten wir andererseits den Papst kurzweg für einen italienischen Unterthan erklärt, so wären alle Concordate durch einen einseitigen Ge-

waltstreich vernichtet worden. Darauf wäre jeder Versuch die geistliche Gewalt des Papstes zu beherrschen unfehlbar hinausgelaufen; eben um diese anstößige Rechtsverletzung zu vermeiden haben wir das Garantiegesetz erlassen. Und selbst wenn dies Gesetz nicht bestände, wie konnten wir denn nach dem Einmarsch in Rom die Kronen von Deutschland, Oesterreich, Spanien, Frankreich zwingen ihre Gesandtschaften bei dem Heiligen Stuhle aufzuheben? Nun besteht aber die gegenwärtige Souveränität des Papstes rechtlich allein in der Befugniß Nuntien auszusenden und fremde Gesandte zu empfangen. So lange diese Befugniß nicht beseitigt ist — und mit der Aufhebung des Garantiegesetzes würde sie noch keineswegs von selbst verschwinden — ebenso lange bleibt es unmöglich den Papst vor italienischen Gerichten zur Verantwortung zu ziehen. Wir müssen also den Ausländern einfach erwidern: Italien ist bereit die Sache in Erwägung zu ziehen, sobald die fremden Mächte darauf verzichtet haben, den Papst als das geistige Oberhaupt ihrer Unterthanen zu betrachten und mit ihm diplomatisch zu verkehren.

Unzweifelhaft muß jeder Versuch unserer Krone, in die geistliche Gewalt des römischen Stuhles einzugreifen, sofort die Abreise des Papstes bewirken. Wohl Mancher möchte ein solches Ereigniß als ein Glück für Italien begrüßen. Die Entfernung des Papstes aus Rom würde uns die Umgestaltung der Stadt Rom und die neuen Verwaltungseinrichtungen des Königreichs, kurz alle wichtigsten Aufgaben der inneren Politik für die nächste Zukunft wesentlich erleichtern. Ja, manche hoffnungsvolle Gemüther behaupten sogar, daß der Papst, entfernt von seinem uralten Wohnsitze, nicht mehr umgeben von der Pracht und dem Glanze des Vaticans, den katholischen Völkern nicht mehr so großartig, so königlich wie heute erscheinen würde.

Ich halte das für einen Irrthum. Im Gegentheil, Nichts würde den in vielen Ländern noch so mächtigen kirchlichen Fanatismus stärker aufregen als der Anblick eines achtzigjährigen Greises, der in's Elend flüchtend seinen Jammer und seine angebliche Noth von Land zu Land zur Schau trüge.

Und was hätte Deutschland dabei gewonnen? Glauben Sie denn, daß England dem Papste den Mund verbieten oder ihn ausliefern oder ihn hindern würde Encycliken nach Belieben zu veröffentlichen? Jeder Staat, der dem Papste eine Zuflucht einräumt, muß ihm thatsächlich dieselbe Freiheit gestatten, die ihm unser Garantiegesetz rechtlich gewährt. Wahrscheinlich hätte der Papst vorgezogen nach Oesterreich, Frankreich oder Belgien zu gehen. Was für Verwicklungen, was für unlösbare völkerrechtliche Streitigkeiten wären daraus entstanden! Die Furcht vor der Abreise des Papstes aus Rom lastete damals wie ein Alp auf allen Cabinetten, sie beschäftigte alle fremden Diplomaten in Italien, auch den deutschen Gesandten. Nach aller Wahrscheinlichkeit hätte die Abreise des Papstes für uns nur dies Ergebniß gehabt: Italien wäre gezwungen worden, dem Papste, damit er nur gnädig wieder nach Rom zurückkehrte, weit größere Privilegien einzuräumen als das Garantiegesetz gewährt. Herr v. Beust regierte noch in Wien; der Herzog von Broglie begann den Knoten der Fusion zu schürzen; Mr. Gladstone hatte seinen Feldzug gegen das Vaticanische System noch nicht unternommen und stützte sich auf den Beistand der katholischen Mitglieder des Unterhauses; Spanien war halb carlistisch, halb foederalistisch. Rußland, ja sogar Deutschland empfahl uns

fortwährend die geistliche Gewalt des Papstes zu achten, seine Unabhängigkeit vor allen Schwankungen des parlamentarischen Parteikampfs sicher zu stellen.

Indem wir uns sorgsam hüteten den Papst zur Flucht aus Rom zu nöthigen, wiegten wir uns keineswegs in der Hoffnung auf eine unmögliche Aussöhnung; wir stützten uns vielmehr einerseits auf den soeben geschilderten Zwang der diplomatischen Verhältnisse, andererseits auf folgende Erwägungen, die ich Ihrem historischen Sinne zur Prüfung anheimgebe.

Die weltliche Gewalt des Papstes ist im Jahre 1870 nicht zum ersten male gestürzt worden. Schon zu Ende des letzten Jahrhunderts hatte Oesterreich den Einfall, sich der Staaten des Heiligen Stuhls zu bemächtigen; Napoleon I. vereinigte Rom mit seinem Kaiserreiche; auf dem Wiener Congresse bemühte sich Oesterreich von Neuem die Legationen zu erlangen; endlich im Jahre 1848 verkündigten Mazzini und Garibaldi, sogleich nachdem Pius IX. nach Gaeta entflohen war, die römische Republik und verbürgten zugleich die vollständige Freiheit der Kirche, die Unabhängigkeit der geistlichen Gewalt — (unsere radikalen Blätter scheinen dies ganz vergessen zu haben).

Diese Thatsachen beweisen, wie mir scheint, daß die weltliche Gewalt nicht mehr lebensfähig, daß Europa für ihre endgiltige Aufhebung reif war. Sie beweisen zugleich, daß die Unterdrückung der weltlichen Gewalt nicht gelingen konnte, wenn man nicht die Frage der Aufrechterhaltung der geistlichen Gewalt durch ein praktisches Mittel löste. Das Garantiegesetz hat in der That für dies Problem eine freilich unvollkommene oder, wenn Sie wollen, „irrationelle" Lösung gefunden (ich entlehne Ihrem Briefe diesen Ausdruck). Unser Gedankengang war der einfachste von der Welt. Napoleon warf den Papst in's Gefängniß und unterzeichnete schließlich mit seinem Gefangenen ein für die Kirche höchst vortheilhaftes Concordat, das der Kaiser nachher durch die Organischen Artikel wieder abändern mußte! Die römische Republik verjagte den Papst, die französische führte ihn zurück! Also müssen wir danach trachten, daß der Papst in Rom bleibe; so ersparen wir den europäischen Mächten die Verlegenheit einen anderen Aufenthaltsort für ihn zu suchen oder ihn wieder in die ewige Stadt zurückzuführen. Sie sehen, es ist nicht viel Machiavellismus in diesen Erwägungen.

Und würde Europa selbst heute schon bereit sein die geistliche Gewalt des Papstes zu beseitigen? Das überlasse ich Ihrem Nachdenken. Mir genügt es festzustellen, daß der Welttheil in dem Augenblicke, da wir das Garantiegesetz beschlossen, für diese große Reform noch nicht reif war. Ja, das moralische Ansehen des Papstes ist seit dem Jahre 1870 sogar gestiegen, und dies giebt den deutschen Patrioten einigen Grund sich über unser Garantiegesetz zu beschweren.

Ich verkenne nicht die Berechtigung solcher Klagen. Nach dem Sturze der weltlichen Gewalt mußte die tödtlich verletzte ultramontane Partei unvermeidlich ihren Ingrimm und ihre Ränke steigern. Aber diese nothwendige Reaction wäre sicherlich noch weit gefährlicher gewesen, wenn der Papst in das Exil gegangen oder als italienischer Unterthan in Rom geblieben wäre. Der Fanatismus der Clericalen entladet sich in Sammlungen, in Pilgerfahrten, in giftigen und drohenden Schriftstücken, *weil* es ihm nicht gelungen ist das Gewissen gewisser Fürsten zu verwirren und durch höfische Umtriebe gewisse Minister zu stürzen. Ohne das

Garantiegesetz wäre ein Kreuzzug, mindestens ein diplomatischer, höchst wahrscheinlich unternommen worden. Man kann heute vermuthen, daß Deutschlands Hilfe uns nicht gefehlt hätte; im Jahre 1870 konnte man dies unmöglich voraussetzen.

Uebrigens haben wir keinen Grund zur Entmuthigung. Sie bemerken bereits in Deutschland die ersten Anzeichen einer versöhnlicheren Haltung der Bischöfe; auch anderwärts nimmt man wahr, wie künstlich diese ultramontane Bewegung ist. Sobald die Clericalen die Ueberzeugung erlangt haben, daß sie den neuen Mittelpunkt des europäischen Gleichgewichts nicht verschieben können, daß sie sich vergeblich bemühen die Einheit Deutschlands und Italiens zu zerstören, Mißtrauen und Zwietracht zwischen diesen verbündeten Mächten auszusäen — dann wird der kriegerische Eifer der Germania und des Univers nach und nach der Niedergeschlagenheit und der Entsagung weichen müssen. Dann erst wird man erkennen, wie heilsam die Beseitigung der weltlichen Gewalt auf die Freiheit des Denkens wirken muß. Das System der Concordate wird allmählich zu Ende gehen; jede Nation wird darauf halten ihre geistige Unabhängigkeit zu befestigen. An Euch Deutschen ist es das Beispiel zu geben, die deutsche Wissenschaft muß vorangehen. Die Wege Deutschlands und Italiens können nicht immer die gleichen sein, doch sie führen zu dem nämlichen Ziele."

So weit unser italienischer Freund. Wir sind ihm aufrichtig dankbar für seine geistreichen Worte sowie für die freundlichen Gesinnungen, die er gegen Deutschland ausspricht, doch wir können seiner Ansicht nicht in Allem zustimmen.

Die heutige Stellung des Papstes ist und bleibt ein rechtlicher Widersinn, der in dem gesammten Völkerrechte seines Gleichen nicht findet. Wenn man entthronten Fürsten die Ehren gekrönter Häupter zu erweisen pflegt, so behält sich doch dabei jeder Staat seine Souveränität vor und weist die erlauchten Gäste ohne Weiteres aus sobald sie ihm lästig werden. Auch die Courtoisie gegen reisende Fürsten hat enge Grenzen; ohne Zweifel hat der Herr Verfasser in diplomatischen Kreisen schon die erbauliche Geschichte gehört, wie vor einigen Monaten ein regierender König am Genfer See von einer schweizerischen Gemeindebehörde polizeilich bestraft wurde und sich dem Gesetze unterwerfen mußte. Ein Staat bleibt völkerrechtlich noch immer souverän, auch wenn ihn die Ungunst der geographischen Lage oder anderer Umstände thatsächlich verhindert jedes ihm widerfahrene Unrecht mit den Waffen zu bestrafen. Der Papst dagegen verdankt seine persönliche Unverletzlichkeit allein den Gesetzen des Königreichs Italien. Gedeckt durch die italienische Krone tritt er das Völkerrecht unter die Füße und fordert die Unterthanen fremder Mächte zur Empörung auf.

Er führt Krieg mitten im Frieden; und dieser Krieg ist unendlich, denn der geistliche Staat der Jesuiten will selbständige weltliche Staaten nicht neben sich dulden und vermag seinen wahren Charakter nur dadurch

zu verhüllen, daß er den Angriff, der allen Staaten der Erde gilt, jederzeit klüglich auf einzelne Mächte beschränkt. Mit dem Kirchenstaate ist die weltliche Gewalt des Papstes keineswegs verschwunden. Sie besteht noch heute und verfügt noch immer über die wirksamsten ihrer alten politischen Machtmittel; sie erhebt Steuern von allen katholischen Völkern, gebietet über ein Heer von tausenden heimathloser Priester, leitet durch ihre Diplomaten den politischen Parteikampf wider die Souveränität des modernen Staates. Die Abwehr solcher Angriffe gleicht aber heutzutage dem Kampfe des Hundes gegen den Fisch, seit das Garantiegesetz sich schützend zwischen den Papst und seine weltlichen Gegner stellt. Dieser rechtlich unhaltbare Zustand setzt das Königreich Italien weit schwereren Gefahren aus als die fremden Mächte; denn mag die Welt noch so sicher wissen, daß der italienische Hof das thörichte Treiben des Vaticans verwirft, irgend einmal wird doch die Forderung ausgesprochen werden: „wenn Ihr den Papst sicher stellt vor dem weltlichen Arme, so übernehmt auch die Verantwortung für sein Thun! wir verlangen nicht, daß Ihr ihn vor Eure Gerichte ruft, sondern wir überlassen es Euch, gleichviel durch welche Mittel, Euere friedlichen Nachbarn vor Angriffen, die von Euerem Boden ausgehen, zu bewahren!“ Daß eine solche Forderung sich rechtlich gar nicht abweisen läßt, ist von einsichtigen Italienern schon längst und soeben noch wieder von C. Guerrieri-Gonzaga zugegeben worden.

Doch allerdings trägt nicht Italien allein die Schuld an diesen verschrobenen Verhältnissen. Als die italienische Regierung in Rom einzog, erklärte sie in dem Manifeste v. 18. Oktober 1870: „die römische Frage geht nicht Italien allein an, sie ist eine europäische, eine allgemeine Frage“. Der neue Herrscher fand eine Weltmacht vor, deren Gesinnung er nicht ändern konnte; er erhob nicht den Anspruch das Verhältniß des Papstthums zu den weltlichen Gewalten des Auslandes neu zu gestalten, sondern begnügte sich das für die Ordnung des eigenen Staates augenblicklich Nothwendige einzurichten. Er that unleugbar nur was sich in jenem Moment von selbst zu verstehen schien, und fand dabei die Zustimmung aller anderen Staaten. Keine der großen Mächte, auch Deutschland nicht, hat damals vorausgesehen, wie rücksichtslos der Papst den Schutz Italiens mißbrauchen würde. Seitdem sind wir Deutschen freilich darüber längst ins Klare gekommen; aber ohne das Einverständniß aller größeren Mächte, namentlich der katholischen, kann Italien schwerlich die dem Papste zugestandenen Rechte zurücknehmen, und eine solche Verständigung liegt in unabsehbarer Ferne. Jeder Eingriff in die Souveränität des Vaticans würde heute noch von der Mehrzahl der katholischen Völker verdammt werden als ein Versuch den Kirchenfürsten zum Großalmosenier der

italienischen Krone herabzuwürdigen; wir begreifen, daß ein katholischer Hof Bedenken trägt sich diesem Vorwurfe auszusetzen. Der Gegensatz der politischen Interessen wie der religiösen Anschauungen ist noch allzu schroff; wo bliebe Raum für die einfache Erkenntniß, daß alle Staatsgewalten gegenüber den Weltherrschaftsplänen des Papstes eine gemeinsame Sache zu vertreten haben?

Darum wird die seltsame Doppelherrschaft in Rom voraussichtlich noch lange fortwähren. Nicht blos aus Rücksicht auf die europäischen Mächte sucht die italienische Krone den Papst in Rom zurückzuhalten, sondern auch aus Rücksicht auf ihr eigenes Volk. Das Papstthum ist schon seit Jahrhunderten eine italienische Institution geworden, und so lange die große Mehrheit des Volks an der Ansicht festhält, daß der Papst nur in der ewigen Stadt leben dürfe, kann die Regierung sich dieser nationalen Anschauung nicht entziehen. Das deutsche Reich hat, wie ich schon in dem Briefe an Herrn Vera sagte, vorderhand keinen Anlaß eine Aenderung des Garantiegesetzes zu wünschen. Wir sehen mit einiger Zuversicht dem Ausgange unseres kirchenpolitischen Kampfes entgegen; die Kraft unserer Gegner beginnt sichtlich zu erschlaffen, wir dürfen hoffen unsere katholische Kirche allein durch unsere Gesetze vor den Eingriffen des unfehlbaren Papstes einigermaßen zu sichern. Aber wir können leider die Hoffnung nicht theilen, daß auch alle anderen Völker desselben Weges gehen und den Untergang des Kirchenstaates zur Befestigung ihrer nationalen Unabhängigkeit benutzen würden.

In so einfach logischer Folge pflegen die großen Wandlungen des Völkerlebens sich nicht abzuspielen. In Frankreich herrscht heute die papistische Gesinnung. Gewiß nicht für immer. Gewiß werden die freien geistigen Kräfte dieses Volkes dereinst wieder erwachen, sobald die auf den kirchlichen Hochschulen gebildete Jugend heranwächst und die verheerenden Folgen der geistlichen Erziehung sich offenbaren. Doch die alten ruhmvollen gallikanischen Ueberlieferungen sind nahezu vergessen, die Nation zerfällt in Voltairianer und Clericale. Tritt einst der unvermeidliche Rückschlag ein, so wird schwerlich eine maßvoll besonnene Kirchenpolitik, sondern der freche und wüste Unglaube die Erbschaft der Jesuiten antreten; wie ihrem Staate, so scheint auch dem geistigen Leben der Franzosen ein unheilvoller Kreislauf vom Despotismus zur Anarchie bevorzustehen. Auch in Spanien und Irland, in Belgien und Polen herrscht der römische Stuhl heute mächtiger als je zuvor. Undenkbar ist es nicht, daß unser Jahrhundert noch einmal ein wildes Aufflammen kirchlichen Hasses erlebt, und der Papst einige der katholischen Völker wider das paritätische Deutschland in's Feld führt. Dann würde an den Tag

kommen, daß die Gesetze des freien Italiens in der That nicht einer geistlichen Macht Schutz und Obdach gewähren, sondern einer weltlichen Gewalt, die mit politischen Mitteln politische Herrschaftsgedanken verfolgt; die Krone von Italien wäre trotz des Garantiegesetzes genöthigt, für oder wider diese weltliche Gewalt mit den Waffen Partei zu ergreifen.

Die Pläne des Vaticans, die wohl vertagt, doch niemals aufgegeben werden, bedrohen keinen Staat so unmittelbar wie den Eroberer des Kirchenstaates. Italien sieht sich gezwungen den Feind an seinem Busen zu wärmen; ein so unnatürliches Verhältniß kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn der Staat nicht mindestens die Gesittung seines eigenen Volkes von der Herrschaft jener feindseligen Macht befreit. Diese richtige Erkenntniß beginnt in der That jenseits der Alpen überhandzunehmen; auch der Brief unseres römischen Correspondenten giebt dafür ein Zeugniß. Die deutsche Presse hat während der letzten Jahre über die gegenwärtige italienische Regierung zuweilen allzu bitter geurtheilt. Sie würdigte nicht genugsam, welche unerhörten Schwierigkeiten in Rom zu überwinden sind; sie vergaß auch, wie fest das französische Bündniß mit den größten Erinnerungen des Königreichs verwachsen war und wie schwer es den alten Freunden Cavours fallen mußte sich von ihren theueren Ueberlieferungen loszusagen. Seit den unvergeßlichen Tagen von Mailand ist dies Mißtrauen verschwunden. So jubelt nicht die weltkluge Berechnung, sondern nur das tiefe, aufrichtige Gefühl eines freien Volkes. Wir wissen jetzt, daß die Mehrheit der Italiener in dem deutschen Reiche ihren natürlichen Bundesgenossen sieht, und wir bemerken mit Genugthuung, wie die gemäßigten Parteien beider Völker auch in ihren kirchenpolitischen Ansichten sich einander zu nähern beginnen.

Die Radikalen Italiens stellen der Kirche nur einen unfruchtbaren Pessimismus entgegen. Garibaldi redet geringschätzig von jenen wackeren Gemeinden in Friaul und um Mantua, die sich unterstanden haben ihre Pfarrer selbst zu wählen, er will die Kirche hilflos dem Untergange preisgeben. Dagegen in den liberalen, dem Ministerium nahe stehenden Kreisen mehren sich die Stimmen, welche den Staat auffordern sich des verwahrlosten kirchlichen Lebens anzunehmen. Die Abhandlung von Padeletti über Cavour's Kirchenpolitik, das Buch von Piola über die Kirchenfreiheit sowie eine ganze Reihe von Schriften und Reden verdienter Parlamentsmitglieder beweisen, daß die italienischen Liberalen dem deutschen Kirchenstreite mit lebendigem Verständniß gefolgt sind. Die abstrakten Schlagworte der altliberalen Schule verlieren ihr Ansehen, die Begriffe vom Wesen des Staates und der Kirche vertiefen und bereichern sich; man sieht in der Kirchenhoheit der Staatsgewalt nicht mehr eine willkürliche polizeiliche Be-

vormundung, sondern erkennt die Pflicht des Staates für die höchsten sittlichen Güter der Nation zu sorgen. Noch stehen solche Ansichten in der Minderheit, indeß ihr Einfluß ist sichtlich im Wachsen, und wenn diese geistige Bewegung anhält, so dürfen wir dem gesunden praktischen Verstande der Italiener sicher zutrauen, daß er die Mittel und Wege finden wird die neugewonnene Erkenntniß in das Leben einzuführen.

Die clericale Partei ist bisher, auf Befehl des Papstes, den parlamentarischen Kämpfen des Königreichs fern geblieben. Ueber lang oder kurz wird sie diese Zurückhaltung aufgeben, viele Anzeichen deuten bereits darauf hin; ein starker Anhang unter den Wählern ist ihr sicher, mindestens in Unteritalien. Wenn sie dann auf der Rednerbühne ihr wahres Angesicht zeigt, so wird mancher Liberale, der jetzt noch über die preti verächtlich die Achseln zuckt, mit Schrecken einsehen, was es bedeutet die breiten Massen des Volkes einer schlechthin staatsfeindlichen, antinationalen Macht preiszugeben. Das heutige clericale Wesen ist spanischen Ursprungs, dem hellen freien Weltsinne der Italiener kaum weniger fremd als dem Gewissensernst der Deutschen. Die Natur der Dinge wird den italienischen Staat zwingen seine Souveränität gegenüber der Kirche nachdrücklicher als bisher zu wahren. Er hat von sechs katholischen Staaten ein reiches Rüstzeug kirchen-politischer Rechte überkommen und leider schon viele werthvolle Stücke aus dieser Erbschaft preisgegeben. Aber noch bleibt ihm manches wirksame Recht. Der siebzehnte Artikel des Garantiegesetzes, der alle den Gesetzen und der öffentlichen Ordnung widerstreitenden Acte der geistlichen Gewalt für wirkungslos erklärt, kann in der Hand einer kräftigen Regierung zu einer scharfen Waffe werden. Vor Allem bleibt dem Staate jenes Recht, das heute mehr und mehr als das köstlichste aller Regierungsrechte erkannt wird: die Leitung des Unterrichtswesens. Wird das heranwachsende Geschlecht der pfäffischen Erziehung entrissen, dann mag Italien den bedenklichen Zwitterzustand in der ewigen Stadt zur Noth ertragen — bis die Gesittung des Welttheils reif wird für eine endgiltige Lösung der römischen Frage.

Eine wunderbare Schicksalsgemeinschaft waltet über den beiden großen Völkern Mitteleuropas. Das eine rühmt sich der Reformation, das andere hat jenen Priesterstaat zerstört, der allzulange den Namen der Christenheit schändete; es wäre wider die Vernunft der Geschichte, wenn die zur selben Zeit in ehrlichem Kampfe errungene politische Einheit der beiden Nationen nicht der Freiheit des Gedankens zum Segen gereichte. Wir sagen mit unserem römischen Freunde: die Wege Deutschlands und Italiens können nicht immer die gleichen sein, doch sie führen zu dem nämlichen Ziele.

Libera chiesa in libero stato.

III. An Herrn A. Vera.

Schluß-Erwiderung.

Berlin, 25. März 1876.

Geehrter Herr! Meine Antwort auf Ihren freundlichen Brief kann nur kurz sein; denn wir gehen nicht blos in den politischen, sondern auch in den philosophischen Grundgedanken zu weit auseinander, und ich muß zu meinem lebhaften Bedauern die Hoffnung auf eine Verständigung aufgeben. Um Alles mit Einem Wort zu sagen: ich bin kein Hegelianer, obschon ich den Werken Hegels einen guten Theil meiner Bildung verdanke.

Ich halte den Satz für falsch, daß „es in einem organischen und rationalen Ganzen nur eine Hierarchie giebt, nur Sphären, die sich über einander erheben". Mit solchen dialektischen Formeln werden die Probleme der sittlichen Welt nicht gelöst. Der Einzelne steht nicht blos in und unter dem Staate, sondern auch neben ihm. Das ist der große Gewinn der christlichen Gesittung, daß sie den Einzelnen nicht mehr, wie das Alterthum, lediglich als einen Theil des Staates betrachtet. Der ganze Reichthum der modernen Geschichte, die ganze tiefsinnige Wechselwirkung zwischen Staat und Gesellschaft fiele dahin, wenn nicht die Bürger in Kunst und Wirthschaft, in Wissen und Glauben sittliche Lebenszwecke verfolgten, welche über den Staat hinausreichen, seinem Gebote nicht unbedingt unterliegen. Nur auf seinem eigenen Gebiete, auf dem Gebiete des Rechts ist der Staat souverän. Daraus folgt, daß die Kirche, soweit sie selber dem Gebiete des Rechtes angehört, der Souveränität des Staates unterworfen ist und von ihm die rechtlichen Schranken ihres äußeren Wirkens angewiesen erhält. Doch es folgt nicht, wie Sie aus meinem Vordersatze schließen, daß der gesammte Inhalt des kirchlichen Lebens im Staate aufgehen müßte. Ich leugne Ihnen rundweg ab, daß der Staat, wenn er die Volkserziehung in seine Hand nimmt, die Religion beseitigen, überflüssig machen könnte. Sobald die Völker sich über das

Gattungsleben ursprünglicher Menschheit erhoben haben, hängt die religiöse Entwicklung jedes Einzelnen ab von unberechenbaren inneren Erlebnissen, und der Staat, der nur die Ordnung des äußeren Zusammenlebens der Menschen ist, besitzt nicht die Macht, diese Welt der höchstpersönlichen Gemüthswahrheiten zu beherrschen.

Auf dem Gebiete des Rechtes aber scheint mir die Souveränität des Staates so nothwendig und auch wissenschaftlich seit den Tagen des Bodinus so unzweifelhaft erwiesen zu sein, daß ich mir schlechterdings nicht vorstellen kann, welchen juristischen Begriff Sie mit „dem freien Staate in der freien Kirche" verbinden. Denke ich mir irgend eine menschliche Genossenschaft, welche dem Staate rechtlich übergeordnet wäre, so würde diese selber zum Staate werden, denn das Wesen des Staates liegt in seiner rechtlichen Unabhängigkeit. Juristisch klar und folgerichtig ist die Lehre vom „freien Staate in der freien Kirche" neuerdings meines Wissens nur einmal entwickelt worden: in jenem einflußreichen kleinen Buche, woraus schon Tausende von Clericalen ihre politischen Anschauungen geschöpft haben — in Luigi Taparelli's Natural Diritto. Hier wird erwiesen, wie alle weltlichen Staaten eine kirchlich-politische Ethnarchie bilden unter der Oberhoheit und dem Schiedsrichteramte des Papstes. Das Buch versucht die Gedanken des Thomas von Aquino wieder in die moderne Welt einzuführen. Gegen die Bündigkeit seiner Beweisführung weiß ich nichts einzuwenden. Nur bin ich als Ketzer der Ansicht, daß unter einem solchen Systeme „des freien Staats in der freien Kirche" sowohl der Staat als die Kirche den letzten Schatten der Freiheit verlieren müßten; und als Politiker meine ich, daß in einer solchen Ethnarchie die Staaten nicht mehr Staaten wären, sondern herabsinken würden zu Provinzen eines theokratischen Weltstaates. Sie aber, geehrter Herr, sind ein warmer Bewunderer der Reformation und wollen die Grundsätze des Staatslehrers der neuen Gesellschaft Jesu sicherlich nicht anerkennen. Es bleibt mir also räthselhaft, wie Sie den der Kirche untergeordneten Staat Sich denken; ich weiß nicht, ob Ihr Gedankengang in dunkler Tiefe oder in tiefer Dunkelheit endigt, und da ich nicht mit dem Unbegreiflichen zu kämpfen vermag, so muß ich mich begnügen, einige Stellen meines Briefes, die Ihnen anstößig scheinen, kurz zu erläutern.

Ich sagte, der Gegensatz und die Verwandtschaft deutscher und italienischer Gesittung sei mir einmal recht grell vor die Augen getreten, als ich in der Gallerie der Uffizien mitten unter den Werken Rafael's und Andrea del Sarto's ein Bildniß Friedrichs von Sachsen, von Lucas Cranach, mit einigen derben deutschen Versen darunter, erblickte. Wahrlich, nichts hat mir bei diesen Worten ferner gelegen, als die Absicht,

mein eigenes Volk herabzusetzen und dem Ihrigen zu schmeicheln. Glauben Sie denn, ein deutscher Protestant könnte jene hölzernen Verse von dem Worte Gottes, das aus Wittenberg kam, mitten in der katholischen Fremde lesen, ohne mit freudigem Stolze seines Volkes zu denken? Ich stamme aus einem jener Exulantengeschlechter, die einst in Böhmen für den Protestantismus fochten und, auf dem Schlachtfelde geschlagen, ihren evangelischen Glauben in unseren freien Norden hinüberretteten; es wäre doch wunderbar, wenn ich vor dem Bilde des Stifters der Wittenberger Hochschule auf den Gedanken käme ein fremdes Volk zu beneiden. Ich habe nur in jenem Augenblicke lebhaft gefühlt, auf wie verschiedenen Wegen die beiden Culturvölker Mitteleuropas an der befreienden Bewegung des sechszehnten Jahrhunderts sich betheiligt haben: wir Deutsche offenbarten damals unser eigenstes Wesen in der Religion, die Italiener in der Kunst. Obgleich Sie die Güte haben mich an Dürer und einige andere alte Bekannte zu erinnern, so scheint es mir doch unbestreitbar, daß die Gesammtleistung der deutschen Kunst im Zeitalter der Reformation an die Werke Ihres Cinquecento ebenso wenig heranreicht, wie Savonarola und Ochino sich mit Martin Luther messen können; und noch heutigen Tages lebt im Fleisch und Blute der Italiener ein durchgebildeter Formensinn, den unter uns formlosen Germanen nur einzelne gottbegnadete Naturen erreichen. Kein Volk vermag auf allen Gebieten des sittlichen Lebens gleich schöpferisch zu wirken; es giebt Weltkinder und Fromme unter den Nationen wie unter den Einzelnen. Ich ermuntere Ihre Landsleute keineswegs, katholisch zu bleiben; ich vermag nur in dem heutigen Italien eine tiefe religiöse Bewegung, wie sie Luther einst in meinem Vaterlande vorfand, nicht zu entdecken, und schließe daraus einfach, daß eine verständige italienische Kirchenpolitik die Fortdauer des Katholicismus auf der Halbinsel als eine vorerst unabänderliche Thatsache hinnehmen muß, wenn sie nicht mit Unmöglichkeiten spielen will.

Sie erklären es sodann, geehrter Herr, für einen schweren Irrthum und eine schwere Gefahr, daß ich Deutschland ein paritätisches Volk genannt habe, und meinen, dieser Ausdruck schmeichle nur dem Ohre. Meinem protestantischen Ohre würde es sicherlich weit mehr schmeicheln, wenn ich kurzweg sagen könnte, mein Vaterland sei protestantisch. Aber etwa ein Drittel meiner Landsleute ist katholisch, die Reformation hat auf deutschem Boden nur einen unvollständigen Sieg erfochten; ich kann die Wirklichkeit mit meinen Wünschen nicht aus der Welt schaffen, ich kann mir nicht, wie einst die Geschichtsphilosophen der Hegelschen Schule, ein Bild des historischen Lebens a priori construiren. Wollen Sie diese Thatsachen nicht anerkennen, so werden Sie der Geschichte der deutschen

Wissenschaft nie gerecht werden. Nur weil der Protestantismus in Deutschland niemals allein herrschte, hat er bei uns jene weitherzige Milde, jenen freien Weltsinn angenommen, worin ich seine Größe sehe. Nur weil er lernen mußte sich mit Andersgläubigen menschlich zu vertragen, konnte er unsere gesammte Kunst und Wissenschaft mit seinem Geiste erfüllen und die Ideale der Humanität bilden, woran alle denkenden Deutschen, ohne Unterschied des Glaubens, theilnehmen; nur darum war die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts, die in England und Frankreich einen kirchenfeindlichen Charakter trug, bei uns tief religiös. In den Thaten des deutschen Gedankens sehe ich mit Ihnen das Beste was wir besitzen; sie sind aber nur möglich geworden durch die alte deutsche Kirchenpolitik, welche die Glaubensbekenntnisse zugleich schützte und in Schranken hielt. Ohne diese Kirchenpolitik kann ich mir weder einen Kant noch einen Goethe denken. Darum erblasse ich auch nicht vor dem Schreckbilde eines andern Wöllner, das Sie mir vorhalten. Hat denn Wöllner einst den Siegeszug der Kantischen Philosophie verhindern oder auch nur aufhalten können? Und wo fände ein heutiger preußischer Cultusminister, der selber unter der fühlbaren Einwirkung des öffentlichen Geistes steht, die Machtmittel um zu verbieten was auf hunderten freier Lehrstühle gepredigt wird?

Wenn Sie ferner, geehrter Herr, versichern, Niemand könne bezweifeln, daß Deutschland heute an einem Wendepunkte seiner Entwicklung angelangt sei und im Begriff stehe „die Basis seiner Existenz“ zu wechseln, so kann ich nur mit Lessing antworten: Ich bin dieser Niemand. Die politische Erschütterung der jüngsten Jahre hat in unser Volksleben tief eingegriffen, doch einen Bruch mit der gesammten Vergangenheit, wie wir ihn im dreißigjährigen Krieg erlebten, hat sie uns nicht gebracht. Eine stetig ununterbrochene Entwicklung führt von den goldenen Tagen von Weimar und Jena herab auf unsere nüchterneren Zeiten: wie der Befreiungskrieg nicht möglich war ohne unsere classische Dichtung, wie die Gesetze Steins und Hardenbergs mit den Ideen der historischen Schule zusammenhängen, so ruhen auch die Erfolge von 1866 und 1870 auf der schweren Gedankenarbeit langer Jahre. Das lebende Geschlecht hat die politischen Unterlassungssünden vieler Jahrzehnte zu sühnen, darum geht ein großer, vielleicht ein allzugroßer Theil unserer geistigen Kräfte heute in der politischen Arbeit auf. Aber was berechtigt Sie, mein Herr, zu der Annahme, daß wir Deutschen in dem Augenblicke, da die Hoffnungen unseres politischen Idealismus sich verwirklicht haben, unseren alten sittlichen Idealismus aufgegeben hätten? Irre ich nicht, so zeigen die Deutschen heute wieder eine weit lebhaftere Theilnahme für die Plilosophie

als vor etwa zwanzig Jahren, da der Uebermuth der Hegelianer überall einen tiefen Widerwillen gegen die Speculation hervorgerufen hatte.

Die Früchte unserer heutigen philosophischen Arbeit sind allerdings nicht durchweg erfreulich; eine der unerfreulichsten haben Sie selbst in Ihrer geistreichen Schrift über Strauß und Renan betrachtet. Ein Ausländer kann aber selten recht beurtheilen, welche Stelle ein Buch in dem gegenwärtigen Leben eines fremden Volkes behauptet; die Verbreitung des Werkes giebt dafür keinen sicheren Maßstab. Kotzebue wurde von seinen Zeitgenossen weit mehr gelesen als Schiller und Goethe; und doch wäre es ungerecht die Deutschen vom Jahre 1800 nach der Weltanschauung Kotzebue's zu beurtheilen, wie es unbillig wäre, den geistigen Inhalt der deutschen Gegenwart allein in Strauß's Altem und Neuem Glauben oder in Hartmann's Philosophie des Unbewußten zu suchen. So weit ich die wahrhaft hervorragenden Köpfe unseres Volkes kenne, darf ich mit Bestimmtheit versichern, daß Strauß sich irrt, wenn er mit majestätischem „Wir" im Namen aller Gebildeten der deutschen Nation zu reden glaubt. „Wir" haben einst die kühnen kritischen Schläge des Lebens Jesu bewundert; doch schon aus den Vorlesungen über Voltaire ersahen wir mit Befremden, daß ihr Verfasser in einem Anachronismus sich bewegte und über eine längst überwundene Weltanschauung redete, als sei sie noch heute die unsere; aus seinem letzten Werke erkannten wir vollends, daß der hochbegabte Mann für das religiöse Leben nie ein warmes Verständniß besaß und von den letzten Tiefen des Gemüthslebens doch nur wie der Blinde von den Farben sprach. Wollen Sie sich etwas weiter umschauen in unserer heutigen Wissenschaft, so werden Sie bald finden, daß jener „skeptische Positivismus", den Sie fürchten, zahlreiche und überlegene Feinde hat. Die ersten Männer der deutschen Naturwissenschaft sind fast allesammt erklärte Gegner der Materialisten, desgleichen alle unsere namhaften Historiker. Wenn die Hegelsche Philosophie uns längst nicht mehr genügt, so sind wir darum der Welt der Ideen noch nicht fremd geworden. Alle empirischen Wissenschaften ringen heute danach sich philosophisch zu gestalten. Selbst der Materialismus — der gebildete mindestens — entspringt in Deutschland nicht der frivolen Mißachtung der Idee, sondern dem wissenschaftlichen Drange nach Einheit der Weltansicht. Auch das kirchliche Leben in der evangelischen Landeskirche Preußens ist noch keineswegs so arm, wie sie anzunehmen scheinen; die Generalsynode, die vor Kurzem in Berlin tagte, giebt dafür ein Zeugniß. Die Religion wirkt noch als eine lebendige Macht in unserem Volke; hätten Sie die Haltung der deutschen Jugend während des letzten Krieges aus der Nähe beobachtet, so würden Sie hieran nicht zweifeln.

Unsere Kirchenpolitik hat mit den Verirrungen des philosophischen Radicalismus nicht das Mindeste gemein. Um das nächstliegende Beispiel zu wählen: diese Preußischen Jahrbücher haben in dem gegenwärtigen Kampfe stets auf Seiten des Staates gestanden, und sie haben zugleich von jeher ihren Stolz darein gesetzt, gegen Buckle und die Socialisten, gegen Hartmann und Hellwald die Sache des sittlichen Idealismus zu verfechten. Wir wollen unsere Schulen der Aufsicht des Staates unterwerfen, weil uns eine lehrreiche Erfahrung gezeigt hat, daß theologische Verbildung die schwächeren Köpfe der nationalen Gesittung entfremdet, die lebhafteren unfehlbar der radikalen Zuchtlosigkeit in die Arme treibt. Unsaubere Elemente haben noch keinem großen geistigen Kampfe gefehlt; daher fallen heute auch manche kirchenfeindliche Stimmen jubelnd mit ein in den vollen Chor der anticlericalen Streiter. Doch die Leiter der Bewegung hegen in der That nur die Absicht, in neuen Formen jene alte Ordnung unseres kirchlichen Lebens wiederherzustellen, der wir die maßvolle Freiheit der deutschen Wissenschaft danken. Deßhalb wird auch der unausbleibliche Sieg der Staatsgewalt über den Ungehorsam des Clerus das innere Leben unserer katholischen Kirche nicht schädigen.

Sie fragen mich endlich, geehrter Herr, ob ich glaube, daß Deutschland das Kind über die Taufe halten würde, wenn dereinst eine neue Religion entstände. Da ich, wie gesagt, nicht zu den Hegelianern gehöre, so besitze ich auch nicht das Vorrecht den Schleier der Zukunft zu lüften. Ich sehe leider des Unerquicklichen viel in dem kirchlichen Streite der Gegenwart; ich bemerke an Einzelnen unserer Kampfgenossen eine hartpolitische Auffassung religiöser Fragen, die ich nicht billigen kann; ich höre, was mein protestantisches Gefühl am Schwersten verletzt, wie man uns heute so manche Kerngedanken der Reformation, die längst ein Gemeingut der protestantischen Welt sein sollten, mit eitlem Lärmen als neue Entdeckungen anpreist. Gleichwohl empfangen unbefangene Beobachter, wie wir sie in England und Nordamerika und auch unter Ihren Landsleuten gefunden haben, von dem heutigen deutschen Leben den Eindruck, daß wir die kirchlichen Dinge mit gewissenhaftem Ernst behandeln. Wir haben die Kunst, uns spottend zu unterwerfen, noch nicht gelernt, und wir werden sie niemals lernen. Darum wage ich zu hoffen, daß das Vaterland der Reformation zum Mindesten nicht theilnahmlos zur Seite stehen wird, wenn einst, in Tagen, die wir Beide nicht mehr sehen werden, eine reinere und freiere Form des Christenthums sich bilden sollte.

Die Türkei und die Großmächte.

Berlin, 20. Juni 1876.

Wenn unsere Enkel dereinst auf die Gegenwart zurückblicken, so werden sie vielleicht neidisch fragen: womit wir Alten denn verdient hatten diese wunderbar reiche Zeit zu erleben? Das sechzehnte Jahrhundert hat bisher immer als die gedankenreichste und fruchtbarste Epoche der christlichen Zeitrechnung gegolten; das Jahrhundert aber, das mit dem Jahre 1789 beginnt, ist schwerlich ärmer an schöpferischer Kraft und gewiß weit glücklicher im Gestalten und Vollenden. Alle die großen Ideen, welche das Zeitalter Martin Luthers wohl ahnen doch nicht verwirklichen konnte, die Freiheit des Glaubens, des Denkens und der wirthschaftlichen Arbeit, sind im Verlaufe der drei jüngsten Menschenalter ein gesichertes Besitzthum Europas geworden. Erst die Gegenwart vollendet das Werk des Columbus und darf im Ernst von einer Weltgeschichte reden. Das Traumbild der Hutten und Machiavelli, die Einheit Deutschlands und Italiens, steht leibhaftig vor unseren Augen. Und kaum hat Luthers römischer Antichrist die weltliche Herrschaft verloren, so beginnt auch seinem türkischen Antichrist das Verhängniß zu nahen. Es sind der welthistorischen Wandlungen fast zu viele für ein einziges Geschlecht, und wer darf uns Deutsche schelten, wenn uns die Wirren am Bosporus herzlich unwillkommen erscheinen? Wir brauchen den gesicherten Weltfrieden wie das liebe Brot, wenn unsere gesunkene Volkswirthschaft sich wieder erholen soll. Wir sehen nicht ab, wie diese orientalischen Händel als ein Hebel benutzt werden können um uns zu fördern bei unserer nächsten Aufgabe, bei dem Ausbau der deutschen Einheit. Und da wir zwar die Türkenherrschaft überreif zur Vernichtung finden, doch die Rajah-Völker noch in keiner Weise reif zur Selbständigkeit, so würden wir es als ein Glück begrüßen, wenn diese schwierigste aller europäischen Fragen, die durch zahllose halbgelungene Kriege und Aufstände, durch eine Fluth von Depeschen und Büchern nur immer dunkler und räthselhafter geworden ist, noch durch einige Jahrzehnte ungelöst bliebe.

Aber das Schicksal fragt nichts nach unseren Wünschen. Sei es uns lieb oder leid, wir müssen uns endlich an die Erkenntniß gewöhnen, daß der nationale Gedanke, der schon die Mitte des Welttheils neu gestaltet hat, auch in der gräco=slavischen Welt gewaltig erwacht ist. Es wäre wider die Vernunft der Geschichte, wenn diese treibende Kraft des Jahrhunderts grade den elendesten Staat Europas ehrfurchtsvoll verschonen sollte. Zum Glück trifft uns die neue Entladung der orientalischen Krisis in einer leidlich günstigen diplomatischen Lage. Der Bund der drei Ostmächte hat sich bereits als eine Macht des Friedens und der Mäßigung bewährt. Er allein läßt heute als möglich erscheinen, was vor einem Jahrzehnte noch ganz undenkbar gewesen wäre: daß das gute Recht der unglücklichen Rajah=Völker durch das Einverständniß der großen Mächte einigermaßen gesichert und der unaufhaltsame Zerfall des Osmanenreichs vielleicht ohne einen europäischen Krieg um eine gute Strecke Weges gefördert werden kann. Jedenfalls bietet uns der Dreikaiserbund die Gewißheit, daß Deutschlands Wort bei der Entscheidung im Osten schwer in die Wagschale fallen wird. Die Freundschaft des deutschen Reichs ist für den Petersburger Hof in der gegenwärtigen Lage gradezu unschätzbar. Nur durch deutsches Gebiet führt der Weg zu den verwundbaren Stellen des Czarenreichs; mit Deutschland verbündet kann die russische Macht wohl geschlagen, doch nicht ernstlich erschüttert werden, das steht nach den Erfahrungen des Krimkrieges außer Zweifel. Ist es wahrscheinlich, daß die starken Hände, welche die deutsche Politik leiten, eine so vortheilhafte Stellung nicht verwerthen, oder daß die klugen Staatsmänner an der Newa die Bundesgenossenschaft eines bewährten Freundes, der im Oriente durchaus keine selbstsüchtigen Zwecke verfolgen kann, durch thörichte Eroberungspläne muthwillig verscherzen sollten?

Und wie unser Staat fester und mächtiger als vormals in die neue Krisis des Orientes hineintritt, so ist auch die öffentliche Meinung ruhiger und nüchterner geworden. Der Krummsäbel der Osmanen hat längst seine Schrecken verloren; die Türkenglocken sind verstummt, die noch unsere Großväter an die ungesühnte Schuld der Christenheit zu mahnen pflegten. Wir lächeln über die philhellenische Schwärmerei der zwanziger Jahre, und kein Kaiser Joseph will heute noch „die beleidigte Menschheit an diesen Barbaren rächen". Aber verstummt sind auch jene schwungvollen Lobgesänge auf die Freiheit und Bildung des edlen Osmanenvolkes, womit die Presse der Westmächte zur Zeit des Krimkrieges das verwunderte Europa und die nicht minder verwunderten Türken selbst beglückte. Seit der Blutthat von Saloniki, seit dem wunderbaren Selbstmorde des Sultans und der nicht minder wunderbaren Tscherkessenrache findet selbst der gut-

müthigste deutsche Spießbürger die Zustände in dem Musterstaate David Urquharts „ausgezeichnet aber ekelhaft“, wie der Schleswigholsteiner zu sagen pflegt.

Auch in früheren Jahren hat es in Deutschland niemals ganz an besonnenen Beurtheilern der orientalischen Dinge gefehlt; die beiden classischen, nur allzu wenig bekannten Bücher von Moltke sowie die Schriften von Roepell und Eichmann sind wohl das Beste und Tiefste, was irgendwo über die moderne Türkei geschrieben worden. Die Masse unseres Volkes aber kommt jetzt zum ersten male in die Lage, diese entlegenen Händel unbefangen zu betrachten; denn während jeder der früheren Krisen des türkischen Reiches war unsere Aufmerksamkeit durch näher liegende Sorgen in Anspruch genommen. Der Krimkrieg wurde nicht blos um der Türken willen unternommen, sondern auch um die unnatürliche Herrenstellung, welche Kaiser Nicolaus in Europa behauptete, zu beseitigen. Der Uebermuth und die Uebermacht des Czaren lasteten auf keinem Lande so schwer wie auf Deutschland; er war die mächtige Stütze des Bundestags, der Reaction und der Kleinstaaterei. Der Zorn des beleidigten nationalen Stolzes trieb damals die deutschen Liberalen in das Lager der Westmächte. Der leidenschaftliche und, wie die Dinge lagen, durchaus berechtigte Haß gegen den Czaren ließ die Frage kaum aufkommen: ob denn die weisen Aerzte zu Paris und London irgend ein wirksames Heilmittel für ihren kranken Mann besäßen? Von solcher Stimmung beherrscht konnte Bunsen den Plan schmieden, die gesammte Nordküste des Schwarzen Meeres von Rußland abzureißen und an Oesterreich zu geben. Selbst ein Staatsmann von der Einsicht und der Nüchternheit des Freiherrn v. Stockmar spielte mit dem phantastischen Gedanken der Wiederherstellung Polens. Im großen Publicum fanden alle die alten polnisch-französischen Märchen über Rußland willigen Glauben; das berüchtigte Testament Peters des Großen, eine der plumpsten Fälschungen, die je gewagt worden, machte wieder die Runde durch Europa, und wieder, wie zur Zeit der Julirevolution, erging sich die liberale Welt im Preise der aufgeklärten Westmächte. Wie anders stehen wir heute! Ueber Frankreichs europäische Politik täuscht sich Niemand mehr, und auch in den landläufigen Urtheilen über England hat sich allmählich eine tiefe Wandlung vollzogen, die der Bildungsfähigkeit des deutschen Liberalismus zur Ehre gereicht.

Welcher deutsche Liberale hätte nicht einmal in jungen Tagen den holden Traum geträumt von der natürlichen Bundesgenossenschaft des freien Englands mit dem freien Deutschland! Es bedurfte einer langen Reihe schmerzlicher Enttäuschungen, bis wir endlich lernten, daß die auswärtige Politik der Staaten nicht allein und nicht vorwiegend durch ihre

inneren Verfassungsverhältnisse bestimmt wird. Denke man noch so hoch von britischer Freiheit, in der Völkergesellschaft ist das heutige England unzweifelhaft eine Macht der Reaction. Seine Machtstellung ist ein offenbarer Anachronismus. Sie ward geschaffen in jener guten alten Zeit, da Weltkriege noch durch Seeschlachten und gemiethete Söldnerschaaren entschieden wurden und es für staatsklug galt in aller Herren Ländern, ohne jede Rücksicht auf Natur und Geschichte, wohlgelegene Seefestungen und Flottenstationen zusammenzurauben. In dem Jahrhundert der nationalen Staaten und der großen Volksheere läßt sich eine solche kosmopolitische Handelsmacht auf die Dauer nicht mehr behaupten; die Zeit wird und muß kommen, da Gibraltar den Spaniern, Malta den Italienern, Helgoland den Deutschen und das Mittelmeer den Völkern der mediterranischen Lande gehören wird.

Man sagt zu viel, wenn man das heutige England dem Holland des achtzehnten Jahrhunderts vergleicht; in dem großartigen Getriebe ihres socialen Lebens zeigt die Nation noch immer eine gewaltige Thatkraft, und es kann leicht geschehen, daß sie noch einmal, wenn sie sich in den Lebensinteressen ihres Handels verletzt glaubt, die Welt in Erstaunen setzt durch entschlossene Kühnheit. Aber der Gesichtskreis ihrer Staatsmänner ist allerdings ganz so eng, ihre Weltanschauung ebenso altväterisch beschränkt und verstockt conservativ geworden, wie weiland die Politik der sinkenden Niederlande. Ueberreich und übersatt, verletzbar an hundert Stellen ihres weitzerstreuten Besitzes, fühlen die Briten, daß sie auf der weiten Welt nichts mehr zu wünschen und den jungen Kräften des Jahrhunderts nur noch die Machtmittel eines überwundenen Zeitalters entgegenzustellen haben; darum widerstreben sie hartnäckig allen noch so heilsamen Aenderungen in der Staatengesellschaft. England ist heute der unbeschämte Vertreter der Barbarei im Völkerrechte. Sein ist die Schuld, wenn der Seekrieg, zur Schande der Menschheit, noch immer den Charakter des privilegirten Raubes trägt; sein Widerspruch vereitelte auf den Brüsseler Conferenzen den Versuch Deutschlands und Rußlands, den Verheerungen der Landkriege einige Schranken zu setzen. Sieht man ab von den schwächlichen und völlig unfruchtbaren Sympathien, welche die englische Presse der Einheit Italiens entgegenbrachte, so hat die britische Nation während der jüngsten zwei Jahrzehnte jeder, aber auch jeder, jungen und zukunftssicheren Macht, die sich in der Welt emporhob, nur gehässige Feindschaft erwiesen. Sie schwärmte für die Ruchlosigkeit der nordamerikanischen Sklavenhalter; sie war der schreiende, doch Gott sei Dank feige Anwalt der dänischen Fremdherrschaft in Schleswigholstein; sie verehrte den Bundestag und das Welfenreich; sie gestattete den Franzosen den

Angriff wider das einige Deutschland, den sie hindern konnte, und verlängerte den Krieg durch ihre Waffenverkäufe. Als Herr v. Lesseps den genialen Gedanken des Suez-Canals ersann, den der Beherrscher Ostindiens mit beiden Händen hätte ergreifen müssen, da steckten die Briten den Kopf in den Busch wie der Vogel Strauß um nur die segensreiche, doch im ersten Augenblicke unbequeme Nothwendigkeit nicht zu sehen; man spottete und höhnte so lange, bis das große Werk gelungen war und versuchte dann hinterher, die wider Englands Willen vollzogene Neuerung zu Englands Vortheil auszubeuten. Und nach allen solchen gehäuften Proben von der Unfähigkeit und den beschränkten Vorurtheilen der britischen Staatskunst sollten wir Deutschen diesen Staat als den hochherzigen Vertheidiger der Völkerfreiheit und des europäischen Gleichgewichts bewundern? Gar zu vernehmlich klingt doch aus den großen Worten, womit England seine orientalische Politik zu umhüllen liebt, der alte Angstruf hervor: am Bosporus vertheidigen wir den Ganges. Und warum sollen wir uns Englands Kopf zerbrechen von wegen der indischen Kaiserkrone?

Jedes Londoner Zeitungsblatt bezeugt, daß man dort gar nichts ahnt von dem mächtigen Umschwung aller russichen Verhältnisse. Man redet noch immer wie in den Tagen des Czaren Nikolaus. Kaiser Alexander aber hat nicht nur dem socialen Leben seines Volkes durch tief einschneidende Reformen neue Bahnen eröffnet, sondern auch der auswärtigen Politik des Reichs eine ganz veränderte Haltung gegeben. Nur der blinde Haß kann behaupten, daß Rußland heute noch mit lähmender Uebermacht auf Europa drücke. Die Petersburger Politik hat in Nordamerika, in Italien und Deutschland, wie in dem Kampfe gegen Rom bewiesen, daß sie die lebendigen Kräfte des Jahrhunderts zu würdigen weiß; sie darf, nach so vielen Beweisen der Klugheit und der Friedensliebe, zum Mindesten erwarten, daß wir ihre orientalischen Pläne nach den Thatsachen, nicht nach den Schauergeschichten englischer Russophoben, beurtheilen.

Die slavische Großmacht ist uns, Alles in Allem, der beste Bundesgenosse gewesen, den Deutschland je gehabt, und gebieterisch drängt sich Angesichts dieser Thatsache die Frage auf, ob es denn wirklich unmöglich ist, daß Germanen und Slaven in Frieden neben einander wohnen. Wenn unser weitherziger Weltbürgersinn gegen irgend eine Nation gehässige Vorurtheile hegt, so sind es sicherlich die Slaven. Mit den romanischen Völkern haben wir uns oft geschlagen und dabei in der Hitze des Kampfes zuweilen einen rasch auflodernden Nationalhaß empfunden; doch die nahe Blutsverwandtschaft, welche alle von der Völkerwanderung berührten Nationen verbindet, die Gemeinschaft der classischen Bildung und die

Dankbarkeit für so viele Geschenke, die uns die ältere Cultur des Westens gebracht hat, führten nach kurzer Entfremdung immer wieder ein gutes Verständniß herbei. Der Slavenhaß dagegen liegt uns tief im Blute und wird auch von drüben aus Herzensgrund erwidert. Wir haben den Völkern des Ostens jahrhundertelang nur als Feinde, als Herrscher oder als Lehrer gegenübergestanden; ihnen zeigen wir noch heute alle harten und herrischen Züge unseres Wesens. Unserer älteren Gesittung froh blicken wir über die Weichsel und die Donau hinüber mit ähnlichen Empfindungen, wie einst der Römer auf das rechte Ufer des Rheines, und nehmen uns nicht einmal die Mühe die russische Sprache zu lernen: — beiläufig eine keineswegs unbedenkliche Erscheinung, denn der gebildete Russe gewinnt durch seine Sprachkenntniß über uns fast die nämliche Ueberlegenheit, die wir gegen die Franzosen behaupteten. Der Slave erscheint uns, die Wahrheit zu sagen, als der geborene Knecht. Sobald auf die interessanten Völkerschaften, südlich der Donau die Rede kommt, so entschlüpfen dem Deutschen unwillkürlich die geflügelten Worte „Schweinetreiber und Nasenabschneider" — als ob nicht auch unsere Ahnen vor Zeiten in herzlicher Vertraulichkeit mit dem Rüsselvieh gelebt und einer wenig menschlichen Kriegführung sich befleißigt hätten! Dürfen solche herrische Vorurtheile dauern? Daran ist nicht zu denken, daß wir jemals für die unfertigen Völker der Balkanhalbinsel eine so tiefe Theilnahme empfinden sollten wie einst für die Einheitsbewegung der Italiener. Aber sie sind doch unsere christlichen Brüder; der Kampf, den sie führen, ist doch nur eine Scene aus dem uralten Kriege zwischen dem Kreuze und dem Halbmond. Uns, die wir kaum erst die Fremdherrschaft in blutigem Kampfe von unserm Nacken geschüttelt, ziemt es doch wahrlich nicht, mit hoffärtigem Kaltsinn die Frage abzuweisen: ob unter dem Joche der türkischen Fremdherrschaft ein menschenwürdiges Dasein möglich ist? —

Durch anderthalb Jahrtausende ist das schönste Land Europas der Herrschersitz zweier großer Reiche gewesen, die beide völlig geistlos, allein durch die vollendete Technik ihres Staatslebens, durch die Kunst der Menschenbeherrschung und Menschenbenutzung sich behaupteten. Eine ausgebildete Geldwirthschaft und geordnete Finanzen, tüchtige Soldaten und ein technisch wohlgeschultes Beamtenthum, endlich eine ideenlose Politik, welche doch verstand alle ihre Unterthanen mit strebsamer Knechtsgesinnung zu erfüllen — dies waren die Machtmittel, denen das greisenhafte byzantinische Kaiserthum seine tausendjährige Dauer verdankte, während ringsumher die jugendkräftigen Staaten der Germanen haltlos zusammenbrachen. Und ebenso allein durch die Kunst des Herrschens, nicht durch irgend welche

sittliche Idee, haben die Nachfolger der Byzantiner, die Osmanen, ihre Macht behauptet. Den Abendländern überlegen durch ihr stehendes Heer, den Orientalen durch die feste Erbordnung im Hause Osmans, unterwarfen sie fast das gesammte Weltreich Alexanders der Herrschaft des Halbmonds; und Niemand wird ohne Bewunderung die Herrscherkunst jener gewaltigen ersten Sultane, der Murad und Muhammed betrachten, wie sie den durch byzantinische, venetianische und genuesische Landvögte zertretenen und entmannten Rajahvölkern das neue Joch so fest und sicher auf den Nacken legten, daß den Unterworfenen die Wiedererhebung aus der bodenlosen Tiefe ihrer Knechtschaft lange ganz undenkbar schien.

Ihr Staat war, wie fast alle Staatswesen des Orients, eine Theokratie, der Koran das unwandelbare Gesetzbuch für das politische wie für das religiöse Leben. Hoch über dem gesammten Reiche thronte der mit dem Schwerte Osmans gegürtete Sultan, der Schatten Gottes auf Erden, an nichts gebunden als an das Wort des Propheten. Unter ihm seine Werkzeuge, die Großwürdenträger, die in der glänzenden Zeit des osmanischen Staates zumeist aus den Reihen der christlichen Renegaten hervorgingen, und die Heerschaar der Janitscharen, durchweg Christenkinder, in zartem Alter den Eltern geraubt und dann durch eine spartanische Erziehung mit dem ganzen Glaubensingrimm des Islam erfüllt. Unter ihnen das Herrenvolk der Rechtgläubigen. Unter diesen endlich die vielsprachige Heerde der Christen, „Schweine mit den gleichen Borsten, Hunde mit den gleichen Schwänzen“, verurtheilt zu frohnden und zu steuern, durch die Kopfsteuer, den Haradsch, ihr verwirktes Leben alljährlich von Neuem zu erkaufen, durch den Knabenzins das Heer des Herrschervolks stets von Neuem zu verstärken —. wenn man nicht zuweilen vorzog sie selber in die Schaaren der Asaben einzustellen, wo sie dann als Kanonenfutter dienten oder auch haufenweise in die Gräben belagerter Christenfestungen geworfen wurden, eine lebendige Brücke für die anstürmenden Streiter Allah's. So war die Rajah gezwungeu, mit eigenen Händen die Fesseln ihrer Sklaverei immer fester zu schmieden.

Die Kunst der Knechtung hatte hier ein unvergleichliches Meisterstück geliefert, das sich nur erklärt aus dem Sklavensinne der Unterthanen von Byzanz und aus den uralten Ueberlieferungen der orientalischen Politik; denn da Vorderasien nationale Staaten nicht kennt, sondern nur ein gewaltsam zusammengeschweißtes Durcheinander von Völkertrümmern, so hat die Fertigkeit theilend zu herrschen sich hier zu einer dem Abendländer fast unbegreiflichen Virtuosität ausgebildet. Während die Christenheit ihre Ketzer verbrannte, durfte unter dem Halbmond Jeder seines Glaubens leben, und noch vor Kurzem behauptete Lord Shaftesbury alles

Ernstes unter dem Beifall der aufgeklärten Lords des Oberhauses: die Türkei habe in einem Jahrzehnt mehr für das Christenthum gethan als Rußland in neun Jahrhunderten! In Wahrheit beweist auch diese vielgerühmte Duldsamkeit der Türken lediglich, wie kunstvoll durchgebildet das System der Knechtung war; man wollte nicht die Bekehrung der Unterworfenen, denn nur wenn die Rajahvölker ungläubige Hunde blieben, konnte der Muselman ihnen den Fuß auf den Nacken setzen. Während überall in Europa eine strenge ständische Gliederung die unteren Klassen darniederhielt, durfte am Bosporus der geringste Sklave hoffen, durch Glück und Thatkraft bis zu den höchsten Aemtern des Reiches emporzusteigen; darum haben im sechzehnten Jahrhundert die frohnenden Bauern Mitteleuropas die nahende Fahne des Propheten zuweilen mit ähnlichen Gefühlen begrüßt wie späterhin die Heere der französischen Revolution. Doch diese vollendete sociale Gleichheit, die überall den Schemel des orientalischen Despotismus bildet, bestand eben nur für das Herrenvolk der Gläubigen. Zwischen ihm und der Rajah dehnte sich eine unendliche Kluft; die äußerste Frechheit alt-französischen Adelshochmuths reicht nicht von fern heran an jene Gefühle kalter Verachtung und körperlichen Ekels, welche der gläubige Türke noch heute gegen den schweinefleischessenden Giaur empfindet.

Der Sieger fand eine durch wüthenden Nationalhaß und finstere religiöse Leidenschaften völlig zerklüftete Bevölkerung vor. Der Grieche haßte den Serben noch grimmiger als den Türken, und greulicher noch als der Anblick des Beters, der sein Gesicht gen Mekka wendet, war dem orthodoxen Sohne der orientalischen Kirche einen Altar der Lateiner zu sehen, wo der Heiland mit über einander, statt mit neben einander genagelten Füßen am Kreuze hängt. Solche Gesinnungen der Rajah boten den festen Boden für jenes kluge System des Auseinanderhaltens der Stämme und der Glaubensbekenntnisse, dem die herrschende Minderheit ihre Sicherheit verdankte. Wie der Staat des Herrenvolkes selber theokratisch war, so wurden die Oberen jeder christlichen Kirche mit Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt über ihre Gläubigen ausgestattet und zugleich verpflichtet für die Steuern der Rajah einzustehen. Die Orthodoxen bildeten unter ihrem Patriarchen einen griechischen Dienerstaat innerhalb des türkischen Reiches. Ihre Bischöfe hausten nach Willkür über den Popen und den Gemeinden, nur selten einmal durch einen wild zugreifenden Pascha gestört; sie rühmten sich gegen die Standesgenossen in anderen Ländern: „Ihr seid nur Pfaffen, wir sind Paschas!“ Das ist es, was die englischen Türkenverehrer als die unvergleichliche Selbstverwaltung der Osmanen preisen! Der feile Sklavensinn der Rajah sorgte

dann von selbst dafür, daß der hohe Clerus zwar seine Heerde gemächlich schor, doch den türkischen Herren nie gefährlich wurde. Welch ein entsetzliches Blatt der christlichen Geschichte füllen doch die Schicksale des Patriarchats von Konstantinopel! Diese Würde war lebenslänglich und konnte nur durch Hochverrath oder auf die Anklage der Orthodoxen selber verwirkt werden. Und doch wurde dies wohlgesicherte Amt, das für die Griechen eine Stütze der nationalen Unabhängigkeit sein konnte, für die Türken ein brauchbares Werkzeug der Knechtung. Seit unvordenklicher Zeit hat kein Patriarch seinen Sitz länger als drei Jahre behalten. Der Geist der Simonie durchdrang die ganze Kirche; kaum hatte ein Kirchenfürst durch Bestechung die Wahlstimmen seiner Gläubigen gewonnen, so begannen andere mit dem gleichen Mittel gegen ihn zu arbeiten, bis er endlich vor der Pforte verklagt und abgesetzt wurde. Und so durch Jahrhunderte immer dasselbe unwürdige Spiel! Zum Ueberfluß führten die großen Kaufherren des Fanars die Geldgeschäfte der Pforte, und der Handel der Christen wurde vor den türkischen Geschäften bevorzugt, weil er höhere Steuern zahlen mußte, ganz wie die fiscalische Politik der Landesherren unseres Mittelalters zuweilen den Schacher der Juden begünstigt hat. So ward der schimpfliche Name der Rajah zur buchstäblichen furchtbaren Wahrheit. So lange sie nicht „an dem Halsbande der Unterthänigkeit feilten", mochten sie unter sich ihre Späne austragen, wie das unvernünftige Vieh sich selber überlassen wird; doch sobald sie mit einem Muselman in Streit geriethen, bekamen sie zu fühlen, daß das Wort des Propheten dem Gläubigen förmlich das Recht verleiht den Giaur mit Füßen zu treten. Die vollkommene Rechtlosigkeit der Rajah wurde nur dadurch einigermaßen erträglich, daß jede Gemeinde und jedes Stadtviertel in der Regel nur von Glaubensgenossen bewohnt und also die Streitigkeiten zwischen Christen und Moslemin nicht allzu häufig waren.

Derselbe unnahbare Dünkel, der die Herrschaft der Moslemin über die Rajah sicherte, beseelte auch ihre auswärtige Politik. Niemals, auch nicht als sie ihre Rosse in der Leitha tränkten und die reichen Stätten germanischer Bildung vor ihren Füßen sahen, kam den Osmanen eine Ahnung von der Ueberlegenheit der abendländischen Cultur. Der Franke galt und gilt ihnen als der Ausbund leichtgläubiger Dummheit; den fränkischen Bären am Narrenseile tanzen zu lassen war und ist den würdigen Effendis des Serails die lieblichste Würze des Daseins. Wie klar und sicher trat doch die einseitige Beschränktheit des orientalischen Fanatismus dem Unfrieden der zersplitterten europäischen Welt gegenüber. Der Muselman kannte nur zwei Reiche auf Erden, das Haus des Islam

und das Haus des Krieges; „das gesammte Heidenthum ist nur eine Nation", sie zu bekämpfen die unwandelbare Pflicht der Moslemin. Das Abendland aber wurde durch die reiche Mannichfaltigkeit seiner Cultur wehrlos gegen die Barbaren: die Uneinigkeit der europäischen Mächte, die Ueberfülle von Gegensätzen, die unser Welttheil umschließt, war der beste Bundesgenosse der Osmanen von jenem Tage an, da die Genuesen von den Wällen Galatas der Eroberung von Byzanz gelassen zuschauten bis herab zu den christlichen Heldenthaten Benjamin Disraelis. Und wieder seit dem Concile von Mantua, das zuerst die res orientales auf die Tagesordnung der europäischen Diplomaten setzte, bis zu dem Depeschenkriege unserer Tage hat immer das nämliche Hinderniß die Eintracht Europas vereitelt: über alles Andere hätte man sich zur Noth verständigen können, nur nicht über die gewaltige Hauptstadt, die mehr bedeutet als die gesammte Balkanhalbinsel. Mit dem wohlfeilen Rathe die Türken aus Europa zu verjagen, war schon deßhalb nicht auszukommen, weil ihr Herrschersitz selber halb zu Asien gehört. Der Bosporus ist die Hauptstraße von Konstantinopel, die asiatische Vorstadt Skutari kaum weiter von Stambul entfernt als die europäischen Vorstädte Pera und Galata. Am asiatischen Ufer, bei Anadoli Fanar liegen die Trümmer des Tempels von Gerokoi, wo einst der hellenische Schiffer von der geliebten Heimath Abschied nahm bevor er die Reise antrat nach den Barbarenlanden am Pontus. So lange es dort eine Geschichte giebt, haben die Südostküste Europas und die Nordwestküste Asiens immer derselben griechischen Culturwelt angehört; es war und ist ein Räthsel, wie sich in Stambul jemals eine neue Macht erheben sollte, die nicht zugleich den werthvollsten Strich von Vorderasien beherrschte.

Erstaunlich nun, wie geschickt die Osmanen in ihrer großen Zeit diese Gunst der Weltstellung und jene Zwietracht Europas zu benutzen wußten. Obgleich sie von der geographischen Lage und der Geschichte der Heidenländer immer nur höchst abenteuerliche Vorstellungen hegten, so erriethen sie doch mit dem feinen Machtgefühle der Orientalen jederzeit, wo sie ihre Bundesgenossen zu suchen hatten. Der richtige Blick und der diplomatische Takt, diese alten Vorzüge der herrschaftskundigen Aristokratien, wurden auch in dem Herrenvolke der Balkanhalbinsel erblich. Da der Korangläubige jeden Frieden mit den Heiden nur als einen widerruflichen Waffenstillstand betrachten darf, so stand die Pforte den Abendländern in ungetrübter Gemüthsruhe gegenüber. Sie verstand Alles von der Zeit zu erwarten und harrte geduldig mit der fatalistischen Gelassenheit der Moslemin, bis die rechte Stunde kam, um alle Verträge zu zerreißen und die noch ungebrochene wilde Naturkraft der Janitscharen

und Spahis wider die Giaurs loszulassen. Seit Frankreich zuerst den großen Suleiman in die Händel der Christenheit hineinzog, begannen die Türken zu wittern, daß sie immer mindestens einer der christlichen Mächte willkommen waren; und seitdem ist der Staat der Osmanen von den Staatsweisen des Abendlandes so oft und so salbungsvoll als ein unentbehrliches Gewicht in der Wagschale des europäischen Gleichgewichts gepriesen worden, daß wir uns nicht wundern dürfen, wenn heutzutage alle Säulen des Türkenreichs, die Valis, Mollahs und Ulemas, die schwarzen und die weißen Eunuchen, die Odalisken und die Serailknaben, sämmtlich durchdrungen sind von dem fröhlichen Glauben: Allah's wunderbare Barmherzigkeit habe die Augen der dummen Franken mit unheilbarer Blindheit geschlagen.

Mit gutem Grunde wahrlich hat Machiavelli die stolzen Anfänge des Osmanenstaates gepriesen; denn was dem Florentiner Politik hieß, die Kunst zu herrschen, die Macht des Staates zu behaupten und zu erweitern, ward hier mit seltener Klugheit geübt. Aber in dieser Kunst ging auch von jeher das politische Vermögen der Türken auf; ihr Reich entbehrte selbst in seiner großen Zeit jedes sittlichen Inhalts, gleichwie das Staatsideal Machiavellis. Die Macht war Selbstzweck; die Frage, zu welchen sittlichen Zwecken sie verwendet werden solle, ward niemals aufgeworfen. Daß der Staat bestehe zum Vortheil der Herrschenden galt für selbstverständlich; und fragen wir, was die Herrscherkunst dieser langen Reihe kraftvoller Staatsmänner und Feldherren für den Wohlstand und die Gesittung der Menschheit geleistet hat, so ist nur eine Antwort möglich: Nichts, rein gar nichts. Als der Eroberer Muhammed den verödeten Palast der Komnenen betrat, da übermannte ihn das Gefühl der Vergänglichkeit irdischer Größe, und er sprach die Verse des orientalischen Dichters:

Es zieht in Kaiserschlössern vor dem Thor
Die Spinn' als Kämmerer den Vorhang vor,
Und in Afrasiabs Säulenhallen
Hört man den Lagerruf der Eule schallen.

Er ahnte nicht, daß er das Schicksal seines eigenen Reiches vorhersagte. Wie eine ungeheure Schuttlawine ist die Türkenherrschaft über jene gesegneten Lande gestürzt, die einst das classische Zeitalter der christlichen Kirchengeschichte sahen. Das Innere der Halbinsel ist heute so unbekannt, wie die Wildnisse Australiens; erst seit dem Zuge Diebitschs auf Adrianopel gewann die Wissenschaft eine ungefähre Vorstellung von der Gestalt der Gebirgszüge des Balkans. Das Aufsteigen der Türkenmacht zwang die Abendländer sich zu kräftigen Thaten aufzuraffen. Da

der Osmane die Blüthe der Handelsplätze des Mittelmeers zertrat, so suchte der Europäer den Seeweg nach Indien. Im Kampfe mit den Asiaten entstand das neue Oesterreich und fand in dem gemeinsam errungenen Schlachtenruhm ein festes Band der Einheit für seine vielsprachigen Völker. Insofern hat sich auch an dem Osmanenreiche die Wahrheit erwiesen, daß jede große historische Erscheinung irgend ein positives Ergebniß, einen Niederschlag in dem Werdegange der Menschheit zurückläßt. Aber wo sind die Spuren der Culturarbeit der Türken selber? Was blieb in Ungarn übrig von den langen hundertundfünfzig Jahren, da die Paschas auf der Königsburg zu Buda hausten? Einige rohe Verstümmelungen schöner christlicher Kirchen und die warmen Bäder von Ofen. Was erinnert in Griechenland noch an die Herrschaft des Halbmonds? Fast allein die Trümmerstätten zerstörter christlicher Ortschaften. Die Verderblichkeit des Regierungssystems lag nicht in den rohen Gewaltthaten einzelner Machthaber — denn das Pfählen und Säcken, das Schänden und Schinden und ähnliche landesübliche Lustbarkeiten ereigneten sich, nach orientalischem Maßstabe, nicht allzu oft — sondern in jener unbeschreiblichen Denkfaulheit, in jenem tiefen Seelenschlafe, der den Osmanen auch in den Tagen ihrer kriegerischen Größe immer eigenthümlich war und sie selbst in den Augen der Araber als Barbaren erscheinen ließ. Wie der Türke nur drei Berufe wirklich liebt, die Laufbahn des Soldaten, des Beamten und des Priesters, so hat auch sein Staat für Kunst und Wissenschaft, für Handel und Wandel niemals ein Verständniß gezeigt. Seine Volkswirthschaftspolitik, wenn der Ausdruck erlaubt ist, verfolgte lediglich den Zweck, dem Herrenvolke bequeme Verzehrung zu sichern; darum erleichterte man die Einfuhr und erschwerte die Ausfuhr — ganz wie in dem Spanien Philipps II., das überhaupt mit dem Staate des Halbmonds manche überraschende Aehnlichkeit zeigt.

Und dies wahnwitzige System, das den Reichthum Spaniens in wenigen Jahrzehnten zerstörte, lastet auf den Balkanländern seit fast einem halben Jahrtausend! Die Osmanen blieben auch im Glanze ihrer Siege und in der Ueberfülle erbeuteten Reichthums eine asiatische Reiterhorde, die nie heimisch ward auf dem Boden abendländischer Cultur und über die Weltanschauung des kriegerischen Nomadenthums nicht hinauskam. Eine im Schlaf erstarrte Völkerwanderung hatte sich über die Christenvölker des Südostens gelagert. Das Türkenreich blieb der Rajah immer eine gewaltsame Fremdherrschaft. Mochten die feilen Fanarioten um die Gunst der Osmanli buhlen und die Häuptlinge der Bosniaken, den Glauben ihrer Väter abschwörend, dem Beutezuge des Herrschervolkes sich anschließen: die Masse der Südslaven beklagt seit fünfhundert Jahren in unzähligen

Liedern und Erzählungen die Völkerschlacht auf dem Amselfelde als den Todestag der alten Freiheit; die Masse der Griechen hat niemals aufgehört die Rache Gottes herabzurufen für jenen Tag der Schmach, da der Eroberer in die Hagia Sophia einritt und die Hufe seines Rosses das schönste Gotteshaus der morgenländischen Christenheit schändeten. Auch das Rechtsbewußtsein der europäischen Welt hat den Bestand des türkischen Reichs niemals als eine sittlich gerechtfertigte Nothwendigkeit anerkannt. Das Völkerrecht kennt keine Verjährung des Unrechts. Krieg und Eroberung sind nur Rechtsmittel; sie können nur beweisen, daß der Sieger die sittliche Ueberlegenheit besitzt, worauf das Recht zur Herrschaft ruht, doch sie allein können für die physische Uebermacht ein Herrscherrecht nicht begründen. So lange der Sieger nicht bewährt hat, daß seine Macht getragen wird von den sittlichen Kräften der Geschichte, bleibt sein Erfolg ein Unrecht, das gesühnt, eine Thatsache, die durch andere Thatsachen aufgehoben werden kann. Ueber die zahllosen Gewaltthaten, die zur Begründung der Staatseinheit aller großen Völker Europas nöthig waren, ist längst dichtes Gras gewachsen. Das Unrecht, das an der Einheitsbewegung der Deutschen und der Italiener haftet, wird heute schon, nach wenigen Jahren, kaum noch empfunden, weil das Rechtsgefühl der Völker sich sagt, daß jene Revolutionen nur das Todte begruben und das Lebendige erhöhten. Jene Wunden aber, die eine geistig unfruchtbare asiatische Horde der christlichen Gesittung schlug, sie bluten noch nach einem halben Jahrtausend als wären sie gestern geschlagen. Sie werden auch niemals vernarben, so lange Europa noch freie und muthige Männer besitzt, die unberührt von Russenfurcht und englischem cant das historische Unrecht beim rechten Namen zu nennen wagen; und — mag die selbstgefällige Engherzigkeit immerhin darüber spotten, am Ende ist es doch stets der Idealismus gewesen, der die Strömung der Geschichte errieth.

Wie fest und sicher auch alle Institutionen des alten türkischen Reiches in einander griffen, so fehlte dem Staate doch was noch allen Theokratien gefehlt hat, die Entwicklungsfähigkeit. Seine Macht ruhte auf der Herrscherkunst der Osmanen und der Unterwürfigkeit der Rajah. Kam eine dieser beiden Stützen in's Wanken, so stand ihm unaufhaltsamer Verfall bevor, und der natürliche Fortschritt der europäischen Cultur bedrohte bald beide zugleich. Eine gewaltige Bewegung des wirthschaftlichen und des geistigen Lebens, woran die Türkei keinen Antheil nahm, verstärkte allmählig die militärischen und die politischen Kräfte der christlichen Nachbarstaaten also, daß das Machtverhältniß sich gänzlich verschob. Der Halbmond verlor in schmählichen Niederlagen die reichen Provinzen jenseits der Donau, das Abendland gewann das volle Bewußtsein seiner

Ueberlegenheit wieder. Das Osmanenreich ward zu einer Macht zweiten Ranges, der türkische Name aus einem Kinderschreck ein Kinderspott. Dann traf das Zeitalter der Revolution auch die Rajahvölker mit seinem Weckrufe. Langsam und stetig wie das Walten der Naturgesetze vollzieht sich seitdem das Sinken des Herrenvolks, das Wachsthum der Heerdenvölker. Das erstarkende Selbstgefühl und der steigende Wohlstand der Rajah erweitern täglich die Kluft zwischen Herrschern und Unterworfenen, machen die Versöhnung und Verschmelzung ganz undenkbar. Die Osmanli verkommen an Leib und Seele. Ihre Zeugungskraft versiegt in der Sodomiterei und der Wollust des Harems. Von den großen Zügen des Nationalcharakters blieb fast nichts mehr übrig als der Stolz, die fatalistische Zuversicht und die Unfähigkeit zu jedem Mitleid; nur von Zeit zu Zeit bricht noch die Tapferkeit und der staatskluge Sinn besserer Tage durch die dicke Hülle der unermeßlichen Faulheit, die sich über die Seelen der satten Herren gelagert hat.

Mit der Macht des Reiches schwand auch die Ordnung und die feste Mannszucht; die wilde Raubgier, die unter den großen Sultanen der Vorzeit nur an der Rajah sich ersättigen durfte, wagt sich längst ungescheut an den Staat selber: „der Schatz des Padischah ist ein Meer, und wer nicht daraus schöpft ist ein Schwein". Die Rajah dagegen dankt dem Christenthum die immerhin noch erträgliche Reinheit ihres häuslichen Lebens und damit die Fruchtbarkeit der Leiber, die in solchen Rassenkämpfen zumeist entscheidet. Was in der Türkei wirklich lebt und arbeitet ist christlich. Seit dem Frieden von Kutschuk-Kainardsche haben die Griechen fast den gesammten Handel des ägeischen Meeres an sich gebracht; ihr Reichthum wächst nicht blos in den Häfen des kleinen Königreichs, in Patras und auf Syra; auch in den Städten der kleinasiatischen Küste, in Smyrna, Aiwalü, Pergamos mehren sie sich und gedeihen, während die Türken verarmen und verschwinden. Der Rumänier und der Südslave kann zwar mit der Thätigkeit des vielgewandten Griechen nicht entfernt wetteifern, doch rühriger als der Türke schafft auch er. Die Osmanen selbst gestehen: nach Allah's Willen werden die Giaurs reich und wir verarmen; in ihrem Volke lebt die düstere Weissagung von dem dereinstigen Siege des Kreuzes, und mancher vornehme Türke bestellt sich vorsorglich sein Grab auf dem sicheren asiatischen Boden. Früher oder später wird auch hier, wie in der polnischen Adelsrepublik, das historische Gesetz vollstreckt werden, das unserem arbeitenden Jahrhundert befiehlt: für ein Volk von Rittern und Rentenverzehrern ist in Europa keine Stätte mehr.

Lassen wir uns nicht beirren durch die beliebte Versicherung englischer

Touristen: der Türke ist doch der einzige Gentleman unter den Bewohnern der Halbinsel. Gewiß ist er das. Wer ein Stündchen bei Kafe und Tschibuk verbringen will, wird sich in der Gesellschaft der würdevoll vornehmen, sauberen und ehrlichen Türken unzweifelhaft wohler befinden als unter den gierigen Raubvogelgesichtern der Rajah. Die Sünden der Herren sind eben andere als die Sünden der Diener; Schmutz, Kriecherei und durchtriebene Verlogenheit gedeihen nur in der Knechtschaft. Aber kann die Ueberlegenheit des geselligen Anstandes den Ausschlag geben in großen historischen Kämpfen? Die Sklavenbarone von Virginien und Carolina zeigten bei flüchtigem Verkehr sicherlich angenehmere gesellige Formen als die harten Farmer und business-men des Nordens oder gar die Neger. Und doch wird es immer eine frohe Erinnerung des deutschen Volkes bleiben, daß wir uns nicht wie die Engländer durch oberflächliche Vorliebe für die Gentlemen des Südens verführen ließen eine nichtswürdige Sache zu vertheidigen, sondern mit sittlichem Ernst das bessere Recht des Nordens anerkannten. So soll uns auch die ruhige Würde der Türken nicht über die Thatsache täuschen, daß der Fleiß der Griechen und die Fruchtbarkeit der Slaven dem erstarrten Osmanenthum von allen Seiten her über den Kopf wächst. Der orthodoxe Glaube der Rajah ist freilich die unreifste von allen Formen des Christenthums. Wer nur nach flüchtigen Reiseeindrücken urtheilt, wird den strengen Monotheismus der Muhamedaner wahrscheinlich höher stellen, als den Bilderdienst mancher roher Rajah-Stämme, die ihre Crucifixe kaum anders ansehen als der Neger seinen Fetisch; und hat der Tourist gar in der Grabkirche zu Jerusalem mit angesehen, wie die türkischen Kawassen mit ihren Stöcken Frieden stiften zwischen den raufenden, wuthschäumenden Bekennern der Religion der Liebe, so meint er sich berechtigt, über das gesammte orientalische Christenthum den Stab zu brechen. Wer dagegen den Zusammenhang der Jahrhunderte überblickt, kann doch nicht verkennen, daß auch dort im Osten wie überall die christliche Gesittung über eine unendliche Kraft der Verjüngung und Selbsterneuerung gebietet, während alle Völker des Islam unfehlbar schließlich einen Punkt erreichen, wo das Wort des Korans sich erfüllt: „Aenderung ist Neuerung, Neuerung ist der Weg zur Hölle“. Selbst die geistreichste aller muhamedanischen Nationen, die den glorreichen Staat der Ommejaden gründete und die Wunderbauten von Granada und Kordoba schuf, blieb plötzlich auf einer Stelle ihres Weges wie gebannt stehen; und diese Erstarrung des Islam gab den spanischen Christen die Macht und das Recht die Ommejaden zu besiegen, obgleich sie zu den Zeiten des Cid geistig noch tiefer unter den Mauren standen als die Rajah heute unter den Osmanen.

Die Türken ihrerseits haben den ihrer Kraft erreichbaren Höhepunkt der Cultur schon längst überschritten; den Griechen aber und sogar den Serben, Bulgaren und Rumäniern kann nur der Befangene abstreiten, daß sie heute nicht mehr sind was sie vor hundert Jahren waren; ihre Kraft ist nach langem todesähnlichen Schlummer unverkennbar wieder in langsamem Aufsteigen. Auch die Zunahme der Franken am Bosporus wird zu einer Gefahr für das Osmanenreich. Unter dem Schutze ihrer Gesandten bilden sie Staaten im Staate; wie wäre es auch möglich die Europäer der türkischen Gerichtsbarkeit zu unterwerfen? Ihre bevorrechtigte Stellung erschüttert das Ansehen der Obrigkeit, wie ihre thatsächlich fast vollständige Steuerfreiheit die Staatseinnahmen schädigt; und neben den siebzehn Gesandtschaften, die mit Rathschlägen, Drohungen, Ränken jeder Art den kranken Mann bestürmen, erscheint der Sultan seinen eigenen Unterthanen fast wie ein Unzurechnungsfähiger, den Europa unter Curatel gestellt hat.

Mit der Kraft wuchs auch das Selbstgefühl der Rajah, das uns Deutschen oft lästig und öfter noch lächerlich erscheint, da der Nationalstolz gemeinhin um so prahlerischer zu poltern pflegt, je bescheidener die Macht und die Thaten der Völker sind. Darum dürfen wir doch weder die Nothwendigkeit dieser anhaltenden nationalen Bewegung noch ihren Zusammenhang mit den bestimmenden Mächten des Jahrhunderts verkennen. War es nicht ganz natürlich, daß der wieder erwachende Bildungstrieb den Boden aller Bildung, die Muttersprache, wieder in Ehren hielt, daß Bulgarien seinen Karadzic, Griechenland seinen Rhigas und die lange Reihe seiner nationalen Apostel fand, daß die Serben ihre alte schöne Volksdichtung wieder schätzen lernten und überall die Großthaten der Väter, wirkliche und erdichtete, wieder gepriesen wurden? Man glaube so viel man wolle von den geistreichen Hypothesen Fallmereyers, die übrigens nur theilweis eine strenge wissenschaftliche Prüfung vertragen — die Neugriechen haben doch die slawischen und skypetarischen Elemente, die ihr Volksthum umschließt, aufgesogen und mit griechischer Bildung erfüllt; aus schweren Kämpfen und aus den Erinnerungen einer uralten Vergangenheit ist ihnen ein starkes nationales Selbstbewußtsein erwachsen; sie besitzen lebendige Ueberlieferungen, eine gebildete Sprache und eine bescheidene Literatur, kurz, sie sind eine kleine Nation, höchst unreif noch aber von unzerstörbar ausgeprägter Eigenart. Armselige Schlauheit, würdig der Demagogenrichter des seligen Bundestags, die sich diese anhaltende Wandlung des Völkerlebens nur aus der Wühlerei russischer Agenten zu erklären weiß! Gewiß war und ist an solchen Agenten kein Mangel, obgleich auch darüber liberale Schwarzseher Erstaunliches gefabelt haben;

wie lange ist es doch her, daß Bakunin von der gesammten liberalen Welt für einen russischen Spion gehalten wurde, und wer will heute noch diese unsinnige Vermuthung aufrechthalten? Die despotischen Staatssitten und der energische Patriotismus der Russen haben bewirkt, daß in früheren Jahren fast jeder gebildete Russe seine auf europäischen Reisen gesammelten Beobachtungen, freiwillig oder aufgefordert, der Regierung mittheilte; diese alte Gewohnheit ist sicherlich noch heute nicht ganz geschwunden. Daß panslawistische Fanatiker unter allen südslawischen Völkern ihr Wesen treiben, steht außer Zweifel; und wenn wir die wundersame Persönlichkeit des Herrn Wesselitzky Bogidarovic betrachten, der zuerst als russischer Vertrauensmann, dann als bosnischer Rebellenführer auftrat, so drängt sich selbst kindlichen Gemüthern die Frage auf, ob nicht die Verbindungen dieser Leute in sehr hohe Petersburger Kreise hinaufreichen. Nur wähne man nicht, daß allein durch solche Mittel eine langjährige nationale Bewegung erhalten werden könnte. Wenn die Russen in Petersburg und Moskau für ihre Stammverwandten und Glaubensgenossen einige bulgarische Schulen errichten, wo ist dabei das Unrecht? und würden diese Schulen gedeihen und wirken, wenn das Selbstgefühl und der Bildungstrieb im bulgarischen Volke nicht schon längst erwacht wäre? —

Vielleicht gab es noch einen Weg um inmitten der erstarkenden Rajah die Oberherrschaft des Herrenvolkes zu behaupten. Das Reich konnte vielleicht erhalten werden, wenn man das altbewährte kluge System der Trennung der Stämme und der Kirchen den veränderten Umständen gemäß weiter bildete, die Privilegien der einzelnen Völker und Glaubensgenossenschaften erweiterte, die Christen durch eine wohlgesicherte provinziale Selbständigkeit vor den Eingriffen der muhamedanischen Beamten behutsam bewahrte. Dieser Weg war voller Gefahren, er konnte leicht zur Bildung von halbsouveränen Tributstaaten führen; um ihn einzuschlagen mußte die Pforte ein ungewöhnliches Maß von Selbsterkenntniß und Selbstverleugnung besitzen. Indeß er war der einzig mögliche und ward darum auch von dem besten Kenner der türkischen Zustände, von Rußland immer empfohlen. Denn für die Unwandelbarkeit der Theokratien gilt noch mehr als für andere Staaten die alte Wahrheit, daß die Macht der Reiche erhalten wird durch dieselben Mittel, welche sie schufen. Doch da die Pforte gegen russische Rathschläge ein wohlbegründetes Mißtrauen hegte, so wählte sie nach langer Unthätigkeit endlich das den Petersburger Ansichten genau entgegengesetzte Verfahren. Mit Machmud II. begann, unter dem steigenden Einfluß der Westmächte, der erstaunliche Versuch, die Türkei nach dem Vorbilde der Einheitsstaaten des Abendlandes umzugestalten. Sultan Machmud schuf ein Heer nach europäischem

Muster, Raschid Pascha den Mechanismus einer gleichmäßig centralisirten Verwaltung, der Hatti-Scherif von Gülhane und der Hat-Humayum Abdul-Medjids verhießen die Gleichberechtigung aller Unterthanen des Großherrn, Fuad und Aali-Pascha führten die neu-napoleonische Phrase in das beglückte Türkenreich ein und verkündeten, die Zeit der grandes agglomérations nationales sei auch für den Osten gekommen, eine einige ottomanische Nation müsse geschaffen werden. Heute endlich hat das aufgeklärte Neutürkenthum auch noch von dem constitutionellen Gifte getrunken, das auf solche Völker wirkt wie der Branntwein auf die Rothhäute, und fordert einen parlamentarischen Nationalrath neben dem Sultan.

Zu besagtem Nationalrathe fehlt leider nur eine Kleinigkeit: die Nation. Die Griechen und Slawen sind keine Türken, sie können und wollen es nicht werden, und die Türken selbst dürfen es ihnen niemals im Ernst erlauben. Diese sogenannte Reformpolitik, die nun seit Jahrzehnten sich abmüht, den Völkerhaß und die Glaubenswuth der orientalischen Welt durch einige von dem Tische der Pariser Verfassungsmacher herabgefallene Brocken zu beschwichtigen, ist nichts als eine ungeheure Lüge; und die Gönnerschaft, welche bald Frankreich bald England der türkischen Aufklärung entgegenbrachten, beweist nur, daß diese Westmächte in ihrem selbstgefälligen Culturdünkel ganz unfähig geworden sind fremdes Volksthum zu verstehen. Um das Schicksal der neutürkischen Reformen vorauszusehen, bedarf es nur einiger Ehrlichkeit, durchaus nicht der Sehergabe; denn dasselbe Problem, das heute am Bosporus auftaucht, hat den Scharfsinn aller Welt schon einmal jahrelang beschäftigt, als wohlmeinende Diplomaten den Kirchenstaat mit einer Verfassung zu segnen hofften. Der constitutionelle Sultan ist ebenso unmöglich wie der constitutionelle Papst. So wenig die Cardinäle jemals eine weltliche Consulta als eine gleichberechtigte Macht anerkennen durften, ebenso wenig kann der gläubige Osmane die Rajah als seines Gleichen achten. Mag ein Hat des Sultans immerhin die Christen schonend als Tebah, als Unterthanen bezeichnen; nach dem Worte Gottes, das der Padischah selber nicht verletzen darf, bleiben sie doch die Heerde. Es ist wieder nur Sand für die Augen des fränkischen Bären, wenn das hochergötzliche Manifest der muselmanischen Patrioten heute den Staatsmännern Europas die Neuigkeit verkündet, der Koran selber befehle nationale Versammlungen. Der Koran sagt: „die Gläubigen sollen von ihrem Volksrathe regiert werden" — die Ungläubigen aber sollen ihre Stirn in den Staub werfen vor den Gläubigen. In der Schweiz hat eine gemeinsam verlebte ehrenvolle Geschichte und die werkthätige Theilnahme an einem freien und

achtungswerthen Staate allmählich unter Stämmen verschiedener Zunge ein politisches Gemeingefühl großgezogen, das dem naturwüchsigen Nationalstolze der großen Culturvölker kaum nachsteht. Doch wo ist die sittliche Kraft, welche in der Türkei die vielgerühmte „Fusion der Rassen" schaffen könnte? Sprache und Bildung, Glaube und Sitte, altheilige Erinnerungen und wirthschaftliche Interessen entfremden die Heerde den verhaßten Herren. Die Gewalt allein hält die Todfeinde zusammen. Soll sich die ersehnte neue „ottomanische Nation" stützen auf das erhebende Bewußtsein: wir sind allesammt Unterthanen der erbärmlichsten Staatsgewalt Europas? Der Sultan kann die Rajah dem Herrschervolke nicht im Ernst gleichstellen, so lange er nicht mit einiger Sicherheit auf ihre Treue zählen darf; er wagt aber nicht einmal Rajahtruppen auszuheben, und daß die Herren und die Heerde in denselben Regimentern dienen sollten, wäre vollends ganz unmöglich.

Die Moslemin dürfen einen Rechtszustand, der dem gemeinen Rechte der europäischen Staaten auch nur von fern ähnlich sähe, nicht ehrlich anerkennen, so lange nicht eine tiefe geistige Bewegung ihr gesammtes Denken und Fühlen, bis zu den Leibesgewohnheiten herab, von Grund aus umgestaltet hat; und eine solche Reformation kann nicht von der Aufklärung des verachteten Abendlandes ausgehen, sie wäre nur möglich, wenn Allah wieder einen begeisterten Propheten erweckte, der eine mildere Form des Islam verkündigte. Was wir aber heute in der muhamedanischen Welt vor Augen sehen, ist das genaue Gegentheil einer Milderung der Glaubenshärte. Die Religion des Propheten ist von dem Verfalle der muhamedanischen Staaten nicht berührt worden. Er lebt noch immer, der alte stolze, glaubensstarke, kriegerische Islam; in ihm wurzeln noch heute alle männlichen und achtungswerthen Kräfte des türkischen Charakters. Blutige Unthaten, wie der Aufstand der Sepoys und die Ermordung Lord Mayo's, wie der Glaubenskampf der Drusen und die Metzelei von Saloniki, verrathen zuweilen, welche elementarischen Mächte in den weiten Landen vom Ganges bis zur Adria unter der Erde arbeiten, bereit sich furchtbar zu entladen. Jedem Sultan, der ernstlich versuchen wollte ein Franke zu sein, wird das Gewissen der Gläubigen zürnend in den Weg treten — fest und unerschütterlich, wie jener Derwisch, der dem Sultan Machmud II. auf der Brücke von Galata zurief: o Giaur Padischah, bist Du nicht endlich Deiner Gräuel satt? Der Derwisch ward erwürgt, doch das gläubige Volk sah einen Glorienschein um seine Leiche schweben. Und das Volk war im Rechte; denn so lange der Koran das oberste Gesetzbuch aller Staaten des Islam bleibt, ist die Einführung abendländischer Rechtsbegriffe ein Abfall und ein Frevel.

Darum sind auch alle Reformgesetze der drei letzten Sultane nur ebenso viele Schritte zum Verderben gewesen. Der gefährlichste Zeitpunkt für einen verfallenden Staat tritt immer dann ein, wenn seine Regierung versucht sich zu bessern und damit selber die Kritik herausfordert. Das altbourbonische Königthum fiel nicht in der Blüthe seiner Sünden, sondern unter dem einzigen Könige, der wohlmeinend die alten Mißbräuche zu beseitigen strebte; das zweite Kaiserreich brach erst in seiner parlamentarischen Epoche zusammen. So sind auch für das Osmanenreich die schlimmsten Tage erst mit den Reformversuchen gekommen. Die Erfahrung eines halben Jahrhunderts hat dem Grafen Nesselrode Recht gegeben, der (in einer merkwürdigen Depesche vom 21. Jan. 1827) über die Neuerungen Machmud's II. urtheilte: sie erschüttern die alte Kraft des Staates, ohne eine neue an die Stelle zu setzen. — Eine tragische Erscheinung, dieser gewaltige Machmud, die letzte große Gestalt der osmanischen Geschichte! Bis über die Kniee ist er im Blute gewatet, um seinem Volke eine bessere Zeit zu bringen, und verzweifelnd sank er in's Grab mit dem Bewußtsein eines verfehlten Lebens. Man verglich ihn einst gern mit Peter dem Großen und die Ermordung der Janitscharen mit der Vernichtung der Strelitzen. Aber der geniale Barbar des Nordens beherrschte ein bei aller Roheit gelehriges und bildsames Volk, das den kühnen Gedanken seines Zuchtmeisters zu folgen verstand; von der Seele des osmanischen Volkes glitten die fränkischen Neuerungen des Sultans spurlos ab wie das Wasser vom Wachstuch.

Die Vernichtung der Janitscharen war ein Gewinn für den Augenblick, da die verwilderten zuchtlosen Schaaren den bürgerlichen Frieden bedrohten, doch ein noch größerer Verlust für die Zukunft; denn mit jener Blutthat ward das kluge alte System verlassen, das die Rajah zwang sich selber ihre Ruthe zu binden. Die Christen behielten fortan die Kraft ihrer männlichen Jugend; die ganze ungeheure Last des Kriegsdienstes und der Bewachung der Unterworfenen liegt jetzt allein auf den Schultern der Osmanen — eine Ueberspannung der Kräfte des Herrenvolkes, die nur der Heerde Vortheil bringen kann. Auch die militärische Kraft des Reichs gewann durch den Gewaltstreich nur wenig, wie sich bald in den Feldzügen gegen Rußland und Aegypten zeigte. Desgleichen war es nur ein Nothbehelf für den nächsten Tag, wenn zur Zeit des griechischen Aufstandes die Fanarioten ihre einflußreichen Posten verloren und die Macht des griechischen Patriarchen beschränkt wurde. Auf diesem verlockenden Wege ist die Pforte seitdem weiter geschritten, bis sie endlich neuerdings dem zahlreichsten der Rajahstämme, den Bulgaren, ein nationales Kirchenoberhaupt gegeben und also den alten geistlichen Staat der Griechen zer-

stört hat. Aber dieser Staat im Staate, wie lästig er zuweilen werden konnte, war doch durch wichtige Interessen an den Bestand des Osmanenreiches gebunden und hielt die Rajah zusammen; seit er vernichtet ward, sind die centrifugalen Kräfte, die in den Christenvölkern arbeiten, ganz und gar entfesselt.

Verderblicher als alles Andere wirkten indeß die zahllosen uneingelösten Freiheitsversprechungen der Sultane; denn sie mehrten den alten Todhaß der Rajah noch durch neuen Grimm über frevelhaften Treubruch und entwürdigten die Pforte in den Augen Europas. Wer kennt nicht das possierliche Schaugepränge bei der Verkündigung des Hatti-Scherif von Gülhane? Zuerst trat der Hofastrolog des Sultans vor um mit seinem Astrolabium die gottgewollte günstige Stunde zu berechnen, und als Allah sprach: es ist Zeit, da begann die Verlesung des großen Freiheitsbriefes, der alle Herrlichkeiten abendländischer Duldung und Rechtsgleichheit der Rajah schenkte. Selbstverständlich waren alle diese Hats, einem solchen Volke verliehen, nur „mit Honig beschriebenes Papier“, wie die klugen Moslemin unter sich mit vergnüglichen Augenzwinkern zu sagen pflegen. Ihre Ausführung wurde niemals auch nur ernstlich versucht; die neutürkischen Verehrer des Abendlandes leisteten in der Kunst die Christen zu betrügen genau das Nämliche wie die Altgläubigen. Die beiden Freunde Aali und Fuad Pascha gelten wohl mit Recht für die Edelsten und Höchstgebildeten aus den jüngsten Generationen türkischer Staatsmänner. Und doch war es Aali, der die Kreter durch tönende Freiheitsversprechen zur Unterwerfung bewog und nachher alle seine Worte vergaß: Fuad aber sprach den Christen in Syrien seine tiefe Entrüstung aus über das Würgen der Drusen und ließ dann die Streiter Gottes absichtlich entkommen. Das Wort des Propheten und die Natur des Staates sind eben mächtiger als die angelernte europäische Bildung. Das Possenspiel der Reformen erreichte seinen Höhepunkt zur Zeit des Krimkrieges. Der „große Eltchi“, Lord Stratford de Redcliffe regierte in Stambul, und wir begreifen heute kaum noch, wie ein so hochbegabter und menschenkundiger Staatsmann seine ungestüme Willenskraft an eine so ganz unmögliche Politik verschwenden konnte. Er selber hat inzwischen den alten Irrthum längst eingesehen und eingestanden. Die großen Mächte nahmen das wieder einmal wiedergeborene Türkenreich in die Gemeinschaft des europäischen Völkerrechts auf, in demselben Augenblicke, da die Pforte durch den Hat-Humayum sich selber ein feierliches Armuthszeugniß ausstellte und unzweideutig bezeugte, wie wenig sie verdiente als europäische Macht behandelt zu werden. Der neue Freiheitsbrief wiederholte lediglich was schon vor anderthalb Jahrzehnten ebenso feierlich versprochen worden, und bewies nur, daß diese

Macht weder fähig noch gewillt war den Christen gerecht zu werden. In Wahrheit schied die Türkei durch den Pariser Frieden aus der Reihe der unabhängigen Staaten aus. Die Pforte mußte den Hat verkündigen; das war die Bedingung ihrer Zulassung zum europäischen Concert. Sie übernahm also gegenüber den großen Mächten die Verpflichtung zu Reformen und trat unter die polizeiliche Aufsicht Europas, obgleich der Wortlaut des Friedens diese unvermeidliche Folge der Thatsachen in Abrede stellte. In der That ist die Türkei heute abhängiger als je; in Syrien hat sie bereits die bewaffnete Intervention der Mächte ertragen müssen.

Was waren die Folgen aller dieser gesetzgeberischen Experimente, die so oft im englischen Parlamente mit dem frohlockenden Rufe begrüßt wurden: „die Türkei ist gerettet und die Befreiung der Rajah vollendet" —? Das Fez hat den Turban verdrängt, die Schönheiten des Serails tragen Pariser Schleppkleider und schmücken wohl auch die Wände mit einigen schlechten europäischen Steindrucken, wobei es freilich vorkommt, daß ein Bild des Prinzen von Wales mit dem Namen darunter den lächelnden Besucherinnen aus Pera als Napoleon III. vorgestellt wird. Die vornehme Welt trinkt Champagner und radebrecht französisch; die junge Türkei bringt von den Pariser Studienjahren einige starkgeistige voltairianische Redensarten heim, spöttelt über den Glauben der Väter und veredelt die altorientalische Unzucht durch die tugendhaften Gewohnheiten der Closerie des Lilas. Man entledigt sich unbequemer Paschas nicht mehr durch die seidene Schnur, sondern verbannt sie und benutzt nur noch ausnahmsweise den Dolch des Meuchelmörders. Die aufgeklärten türkischen Staatsmänner haben sich gelehrig alle Künste napoleonischer Preßleitung angeeignet, sie sind Meister im „Glissiren" zeitgemäßer Correspondenzen und Entrefilets; in den Journalistenkreisen von London und Paris, doch vornehmlich unter jenen betriebsamen orientalischen Stammverwandten, welche die Wiener Presse beherrschen, finden die am Bosporus gedrehten goldenen Pillen jederzeit einige gefällige Abnehmer. Mit noch größerem Erfolge bemühte sich die Pforte, auch auf den Börsen Europas als ein ebenbürtiges Glied der civilisirten Staatengesellschaft aufzutreten. Ihr verjüngter Staatshaushalt stellte bald die verwegensten Großthaten des europäischen Gründerthums in Schatten. In etwa vierzehn Friedensjahren belastete sich dies Land der unermeßlichen natürlichen Hilfsmittel mit einer Schuldenmasse von über fünf Milliarden Franken, und gelangte endlich zu jenem unvergleichlichen Budget, das von 18 Mill. £ Einnahme zwei für den Haushalt des Sultans, 15 für die Verzinsung der Staatsschuld bestimmte und nur noch eine Million für Heer, Flotte und Verwaltung übrig behielt.

Die alte beschimpfende Kopfsteuer wurde den Christen abgenommen; doch da weder die Rajah im Heere dienen, noch die Osmanli ihr Waffen geben wollten, so kehrte die alte Abgabe unter dem wohllautenden Namen einer Kriegscontributionssteuer zurück und das einzige Ergebniß der Reform war die erhöhte Belastung der Christen. In die Bezirksräthe wurden einige Christen berufen, doch sie durften den Mund nicht öffnen; der Giaur blieb rechtlos, da kein Osmanischer Richter sein Zeugniß gegen einen Muselman gelten ließ. Das erdrückende System der Steuerverpachtung, der Iltisam, währte fort, allen Verheißungen zum Trotz; denn die Steuerpacht ruht auf der Naturalwirthschaft, die Pforte besaß weder den Willen noch die Macht die rohen Rajah-Bauern auf eine höhere Stufe der Wirthschaft emporzuheben, und ihren Beamten blieben die Trinkgelder der Steuerpächter unentbehrlich. Jahr für Jahr schenken verzweifelnde christliche Bauern ihre Güter an die Moscheen um sie als steuerfreie Pachtungen zurückzuempfangen; der Wakuf verdrängt den Mülk, die Latifundien der todten Hand drohen den freien kleinen Grundbesitz ganz aufzuzehren. Ungezählte Aufstände der Mißhandelten bewiesen, daß selbst die Ergebung der Orientalen, die unbegreiflich Schweres zu ertragen vermag, unter diesem Regimente ihre Grenzen fand.

Mit kurzen Worten, das alte System, die Ausbeutung der Rajah durch das Herrenvolk und seine Helfershelfer wurde durch die neutürkischen Reformen nicht im Mindesten verändert, nur die Herrscherkraft der Osmanen verschwand. Das Alttürkenthum erzwang die Bewunderung seiner Feinde durch die Kraft des Charakters; das neutürkische Wesen mit seiner ungebrochenen Barbarei und dem glitzernden fränkischen Firniß darüber gleicht dem vergnügten Indianer, der sich einen Frack über den nackten tätowirten Leib gezogen hat. Der letzte Grund dieser Unverbesserlichkeit des Staates liegt unzweifelhaft in der verhängnißvollen Thatsache, daß die orientalische Theokratie hier zugleich als die Fremdherrschaft einer kleinen Minderheit auftritt. Rein muhamedanische Staaten, wie Aegypten, sind glücklicher gestellt; sie dürfen, ohne den Bestand der Regierung zu gefährden, einige europäische Gedanken in sich aufnehmen. —

Für die äußere Macht des Reichs war das Zeitalter der Reformen eine Epoche unaufhörlicher Niederlagen und Verluste. Algier kam an Frankreich; Aegypten errang sich die Erblichkeit seines Herrscherhauses und eine selbständige Stellung, welche der Souveränität nahe kommt; in Mesopotamien ist das Ansehen der Pforte geschwächt, in Arabien ein leerer Name; Serbien und Griechenland erkämpften ihre Freiheit; die Donaufürstenthümer wurden vereinigt und fast ganz unabhängig, die Mündungen des Stromes fielen erst an Rußland, dann unter die Ver-

fügung einer europäischen Commission. Von den 16 Millionen Einwohnern der Balkanhalbinsel — so rechnet die Statistik von Jakschitsch — sind heute bereits 7½ Millionen ganz oder fast ganz unabhängig, und der Pforte bleiben in Europa nur noch etwa 8½ Millionen unmittelbarer Unterthanen. Die Provinzen fallen ab oder erstarren, die Kraft des Reichs zieht sich mehr und mehr in die Hauptstadt zurück. Das Gewicht dieser Thatsachen wird keineswegs gemindert durch die beliebte Versicherung der Türkenfreunde: die Rajahvölker würden sich niemals befreit haben, wenn nicht Europa, Rußland voran, sie unterstützt hätte. Der Einwand ist genau so geistreich wie die Behauptung: der Baum würde nicht wachsen, wenn er nicht aus Luft und Erde Nahrung söge. Die Rajahvölker leben eben nicht auf einer Insel des Weltmeeres, sondern in der Nachbarschaft stamm- und glaubensverwandter glücklicherer Nationen, und so lange nicht das letzte Gefühl brüderlicher Gemeinschaft in der Christenheit erstirbt, muß sich auch immer irgend eine europäische Macht finden, die sei es aus Interesse sei es aus Mitleid sich der Rajah annimmt. Ob die Türken die Erhebung der Serben aus eigener Kraft niederschlagen konnten, bleibt mindestens zweifelhaft; Ibrahim Pascha freilich hätte, ohne die Intervention der europäischen Mächte, die aufständischen Griechen wohl sicherlich zermalmt. Aber jene Intervention war eine offenbare Nothwendigkeit; Europa konnte die Vernichtung eines christlichen Volkes durch ägyptische Horden nicht thatlos mit ansehen, und dem großen englischen Staatsmanne, der, endlich einmal brechend mit den Ueberlieferungen einer engherzigen Handelspolitik, diese Wendung der Dinge herbeiführte, Georg Canning, wird der Ruhm verbleiben, daß er das Nothwendige wollte. Heute vollends, nachdem die Pforte so unzählige Versprechungen gegeben und gebrochen hat, ist es für die großen Mächte und namentlich für Rußland ein Ding der Unmöglichkeit geworden, das Schicksal der Rajah allein dem Belieben der Türken zu überlassen. Ueber das Verhältniß Rußlands zu den Christen der Türkei hat sich Graf Nesselrode einmal sehr herausfordernd, aber offen und zutreffend ausgesprochen. In einem Schreiben an Herrn v. Brunnow (1. Juni 1853) berief er sich auf die Sympathien und die Interessengemeinschaft, welche seinen Hof mit der Rajah verbänden und ihm jederzeit ermöglichten sich in die türkischen Angelegenheiten einzumischen. „Man wird, so schloß er, wohl nicht verlangen, daß wir auf diesen Einfluß verzichten sollen um übertriebene Besorgnisse zu zerstreuen. Gesetzt den unmöglichen Fall, daß wir es wollten, so würden wir es doch nicht können" — und, hätte er hinzufügen dürfen — wenn wir es selbst könnten, so würden die Südslawen doch niemals glauben, daß der weiße Czar seine Hand von ihnen abgezogen hätte. Darauf aber kommt es an.

Der zuversichtliche, auf Thatsachen gestützte Glaube der Rajahvölker, daß sie von Rußland und den andern europäischen Mächten nicht gänzlich preisgegeben werden können, ist ein Stachel, der sie beständig zu neuen Erhebungen treibt, ist eine wirksame Macht in der neuesten Geschichte des Orients und wird durch die starken Worte der englischen Presse nicht aus der Welt geschafft.

Von den kleinen Staaten, die sich also unter dem Beistande Europas gebildet, ist bisher keiner zu gesunden politischen Zuständen gelangt. Ein kraftvoller und einsichtiger Absolutismus, der die wirthschaftlichen und geistigen Kräfte des Landes weckt und dabei den Gemeinden einige Selbstständigkeit läßt, ist offenbar die für solche Culturstufen wohlthätigste Staatsform. Statt dessen ward überall die ganze Herrlichkeit der neufranzösischen Verfassungsschablone eingeführt. Jedes dieser Völkchen rühmt sich der liberalsten Verfassung der Welt, sucht durch die Abschaffung der Todesstrafe, des Adels, der Orden und ähnliche Scherze alle Modethorheiten des abendländischen Radicalismus zu überbieten. Eine wohlgesicherte Dynastie, diesen großen Vorzug, den die Türkei noch immer besitzt, hat sich noch keiner jener jungen Staaten errungen. Ist der Fürst ein Eingeborener, so wird er abgesetzt, weil der freie Rumänier, Hellene u. s. w. vor Seinesgleichen sich nicht beugen will; ist er ein Ausländer, so verjagt man ihn, weil die stolze Nation das Joch der Fremdherrschaft nicht erträgt; aus dieser anmuthigen Alternative herauszukommen ist unleugbar schwierig. Ein wüstes Parteigezänk, das seinen eigentlichen Zweck, die Aemterjagd, kaum noch zu verhüllen sucht, entsittlicht das Volk und lähmt die Kraft der Regierungen also, daß selbst der kluge, energische und pflichtgetreue Fürst Karl von Rumänien hier nur einen Theil dessen leisten konnte, was er ohne den Segen parlamentarischer Parteiregierung geleistet hätte. Gleichwohl wäre es unbillig, diese Völker allein nach ihrer schwächsten Seite, nach ihrer Staatskunst, zu beurtheilen. Unbestreitbar bleibt doch, daß ihr Verkehr sich langsam hebt, daß namentlich in Griechenland ein ehrenwerther Bildungstrieb erwacht ist, kurz, daß sie heute in jeder Hinsicht glücklicher sind als einst unter der Herrschaft des Halbmonds. An den Abhängen der Akropolis, wo zur Türkenzeit nur einige verfallene Hütten standen, lagert sich heute eine behäbige Mittelstadt mit Kirchen und Schulen und einer aufblühenden kleinen Universität. Und, was für den Politiker am schwersten in's Gewicht fällt — die Befreiung dieser Länder ist schon längst zu einer unwiderruflichen Thatsache geworden, die Wiederaufrichtung des Halbmonds in Athen, Belgrad und Bukarest liegt nicht mehr im Bereiche des Möglichen. Die Erhebung der Rajahvölker hat dauernde, endgiltige Erfolge errungen, darum wird sie anhalten und fortschreiten.

Neuerdings hat die Bewegung bereits jene Landschaften ergriffen, welche bisher für die zuverlässigsten galten; die Bulgaren wurden immer als das unterthänigste aller Rajahvölker verachtet, Bosnien mit seinen muhamedanischen Begs sogar als der starke Arm des streitbaren Islam hoch geehrt. So bedenklich dies Symptom erscheint, so läßt sich doch nicht verkennen, daß der Abfall bei jedem weiteren Schritte vorwärts auf wachsende Hindernisse stößt. Die Befreiung von Rumänien, Serbien und Griechenland erfolgte unter ungewöhnlich günstigen Umständen. Rumänien hat jederzeit einer gewissen Selbständigkeit genossen; und in Griechenland wie in Serbien hausten kriegerische christliche Bergvölker neben einer geringen Zahl muhamedanischer Einwanderer. Hier konnte also das fremde Volksthum nach dem Siege mit leichter Mühe ausgestoßen werden; die drei befreiten Staaten verfahren jetzt unduldsamer gegen den Islam als die Türken gegen das Christenthum. Heute aber nähert sich die Bewegung den Küstenstrichen Bulgariens und Rumeliens, wo die Moslemin in dichten Massen sitzen. Jakschitsch zählt unter den unmittelbaren Unterthanen der Pforte in Europa 4,7 Mill. Christen und 3,6 Mill. Muhamedaner, und mag er auch die Zahl der Letzteren vielleicht etwas überschätzen, so ist doch klar, daß 3 Mill. Moslemin weder bekehrt noch vernichtet und wahrscheinlich auch nicht vertrieben werden können. Die Pforte hat in den letzten Jahrzehnten etwa eine halbe Million der aus dem Kaukasus entflohenen Tscherkessen nahe der Donau in den Dörfern vertriebener Christen angesiedelt: eine der wenigen Thaten moderner osmanischer Politik, welche noch an die Herrscherkunst größerer Tage erinnern. Mit diesen fanatischen Feinden Rußlands, mit den anderen Muhamedanern der Halbinsel, endlich mit den dreizehn Millionen ihrer asiatischen Moslemin darf sie zuversichtlich hoffen den Aufstand in Bulgarien und Bosnien für diesmal noch zu bewältigen — wenn nur ein Funke der alten Thatkraft noch in Stambul lebt und die europäischen Mächte nicht einschreiten.

Und gelänge selbst die Befreiung der beiden aufständischen Provinzen, so wäre die entscheidende Frage der Zukunft des Orients noch immer nicht berührt: das Schicksal der Hauptstadt. Dort am Bosporus und den Dardanellen wohnt jener Theil der Griechen, der seinen Nacken unter das Joch der byzantinischen wie der osmanischen Knechtschaft von jeher am Willigsten gebeugt hat. Sie sind reich geworden, diese Menschen, durch schwunghaften Handel und mehr noch durch die Gefälligkeiten türkischer Staatsmänner. Daß dies Volk aus eigener Kraft sich erheben, daß der aus allen Kloaken Europas und Asiens zusammengeronnene Pöbel der Hauptstadt den Kampf wider eine zugleich gefürchtete und be-

queme Herrschaft wagen sollte, ist zum Mindesten unwahrscheinlich. Bisher deutet noch kein Anzeichen auf eine irgend gefährliche Erregung in diesen Kreisen. Nach menschlichem Ermessen wird der Halbmond nicht eher von den Kuppeln der Weisheitskirche herabstürzen, als bis das Heer einer europäischen Großmacht seine Fahnen aufpflanzt auf jenen alten Mauern, welche der letzte Komnene sterbend vertheidigte. Und welche Hemmnisse die Eifersucht der großen Mächte einer solchen Katastrophe entgegenstellt, dies weiß Niemand besser als die Pforte; denn mitten in ihrem Verfalle hat sie sich doch noch etwas bewahrt von jener Barbarenschlauheit, welche einst den großen Suleiman bewog den französischen Unterhändler zu fragen: „hat Kaiser Karl Frieden mit Martin Luther?"

Diese Weltverhältnisse allein, und keineswegs die Lebenskraft des Staates selber, berechtigen die Pforte zu der Hoffnung, daß auch diesmal das Verhängniß noch um einige Jahre hinausgeschoben werden kann. Ich würde die Leser beleidigen, wollte ich des Breitern über jenes unheimlich lächerliche Gaukelspiel sprechen, das der englische Botschafter heute am Bosporus aufführen läßt. So kindlich sind wir dummen Franken doch nicht mehr, daß wir treuherzig glauben sollten, der wissenschaftliche Idealismus der strebsamen Softas habe den ungebildeten Sultan durch Selbstmord beseitigt; es wäre, wie wenn die Theologenverbindung Wingolf den deutschen Kaiser entthronen wollte. „Hinrichtung ist besser als Unruhe", sagt der Prophet. Hinter den Softas standen die Staatsmänner, Alt- und Jungtürken, Alle, die den Willen hatten die Herrschaft der Moslemin über die Christenheerde zu behaupten. In ruhiger Zeit kann sich unter den Türken eine öffentliche Meinung weder bilden noch äußern, da die freie Presse neuester Erfindung für die Masse des Volkes nicht vorhanden ist; um so gewaltsamer flammt sie dann urplötzlich auf in den Tagen der Gefahr, wenn das Herrenvolk sich in seinem Herrscherrechte bedroht glaubt. Hinter den Osmanen aber stand als der Leiter der Revolution Sir Henry Elliot. Dies durchsichtige Geheimniß hat der englische Premier in der Freude seines Herzens ja bereits verrathen; denn in einem Augenblicke, da er anständigerweise von der Gesinnung des neuen Sultans noch nichts wissen durfte, erzählte er schon dem Unterhause, daß nunmehr eine bessere Zeit für die Türkei gekommen sei.

Wohl möglich, daß der Welttheil das wunderbare Schauspiel dieser besseren Zeit noch einige Jahre lang betrachten wird. Er kennt die Fabel und die Reihenfolge der Scenen sehr genau und erinnert sich noch lebhaft, wie ausdrucksvoll der große Mime Abdul Aziz einst den wirksamen Schlußvers des ersten Aktes vortrug: „die Türkei soll auf den Grundlagen des Rechtsstaates neu gestaltet werden". Aber der dramatische

Dichter heißt diesmal nicht Stratford, sondern Elliot und wird wünschen das alte Spiel durch einige neue Erfindungen zu verschönern; vielleicht, daß er uns wirklich noch durch den Galgenhumor eines ottomanischen Parlaments erheitert. Unter den Kaufleuten des Fanars wie unter den armenischen und griechischen Steuerpächtern sind der catonischen Naturen genug, mit dem landesüblichen Bakschisch läßt sich gewiß die erforderliche Anzahl loyaler Rajah=Abgeordneter anfertigen. Und welcher Ruhm für die Staatskunst Disraeli's, wenn ihr gelänge in die Verfassungsgeschichte Europas eine neue Form der constitutionellen Monarchie einzuführen: den Parlamentarismus ermäßigt durch den Meuchelmord. Wie leuchtend würde dies Bild, in den Dithyramben der englischen Presse, von der bekannten Schilderung der russischen Verfassung sich abheben!

Was die Rajahvölker von der neuen Regierung zu erwarten haben, das gestand soeben die halbamtliche orientalische Correspondenz in einem unbewachten ehrlichen Augenblicke. Duldung — so schrieb sie — können die Christen verlangen, doch politische Rechte am Wenigsten von einem Großherrn, der seinen Thron den Osmanen verdankt. So steht es in der That. Wie die Türken einst den Ausbruch der griechischen Revolution mit der Ermordung des Patriarchen von Konstantinopel beantworteten, so haben sie heute auf den bosnisch=bulgarischen Aufstand und die serbischen Rüstungen mit der Entthronung des Sultans erwidert. Es war eine mit der herkömmlichen Brutalität durchgeführte, doch in ihrer Art ganz achtungswerthe Erhebung des alten Herrenvolkes. In dem Entschlusse, den Christen den Fuß auf dem Nacken zu halten, sind Alt= und Jungtürken vollkommen einig. Sie lachen, und mit Recht, über die Behauptung gemüthlicher Leute: der Sultan werde, aus Stambul vertrieben, dereinst von Brussa aus ein ungleich glücklicheres asiatisches Reich regieren; ein solches Wiedererstarken einer soeben schimpflich geschlagenen Macht wäre gegen alle Erfahrungen der orientalischen Geschichte. Man fühlt sich so sicher inmitten des Haders der europäischen Mächte, daß wohl mancher türkische Staatsmann im Stillen wünschen mag, Rußland möchte der Pforte durch einen falschen Schnitt Gelegenheit geben einen Krieg vom Zaune zu brechen. Der neue Sultan steht bereits in der Mitte der dreißiger Jahre; um diese Zeit pflegen in den jüngsten Generationen der Nachkommen Osmans die unvermeidlichen Folgen des Haremslebens sich rasch einzustellen. Aber sollte er selbst auf die Dauer zurechnungsfähiger bleiben als seine beiden glorreichen Vorgänger, so kann er doch den Ursprung seiner Regierung nie verleugnen. Man wird mit Englands Hilfe wahrscheinlich die Geldmittel und die militärischen Kräfte finden um den Verlegenheiten des Augenblicks zu begegnen; man wird

vielleicht für die Ermordung der beiden Consuln statt offenbaren Hohnes eine wirkliche Genugthuung bieten. Doch giebt Allah seinen Segen, so bleibt im Uebrigen Alles wie es ist. Die Rajah kann den Versprechungen der Pforte keinen Glauben schenken, so lange nicht im Ministerrathe der Pforte einige Christen sitzen — nicht feile Fanarioten, sondern Vertrauensmänner der kleinen Völker — und ein solcher Vorschlag wäre für jetzt einfach unmöglich.

Man mag die Türkei, wie bereits angekündigt, für einen religionslosen Staat erklären; der Padischah bleibt doch der Khalif aller Sunniten, und die mächtige Wirklichkeit des Khalifats wird stärker sein als die papierene Verheißung. Man mag mit der gewohnten Kunst diplomatischer Zögerung den großen Mächten das Lieblichste versprechen, die Valis und Kaimakams werden die ebenfalls altgewohnte Kunst, der Rajah das Leben zu verleiden, nicht verlernen und die englischen Consuln werden wieder, wie unter Stratford's Regierung, den Befehl erhalten, nichts Nachtheiliges über die türkische Verwaltung zu berichten. So gelingt es vielleicht, die Geduld der Welt nochmals hinzuhalten, bis das Reich nach einigen Jahren in eine neue Krisis hineintreibt. In der Politik ist die Lebensunfähigkeit noch keineswegs gleichbedeutend mit dem Tode, das wissen wir Deutschen aus den Erfahrungen unserer Kleinstaaten; und die Macht der Trägheit ist nirgends größer als im Oriente. —

Werden die Dinge wirklich sich so langsam entwickeln? Die Entscheidung hängt an dem Verhalten der großen Mächte.

Wer über die orientalische Frage mit großem Aufwande sittlicher Entrüstung redet, läuft immer Gefahr der Heuchelei verdächtig zu werden. Es ist wenig erbaulich, heute in einem Theile der deutschen Presse die englischen Standreden gegen die moskowitische Selbstsucht wiederzufinden. Unter uns ehrlichen Deutschen sollte sichs doch ganz von selbst verstehen, daß die beiden Hauptkämpfer dort im Osten, Rußland und England, zunächst an ihre eigene Macht denken und beide ihr Ziel verfolgen mit jener vollendeten Gewissenlosigkeit, die seit Jahrtausenden allen Machtkämpfen des Orientes eigenthümlich ist. Prüft man unbefangen, so läßt sich nicht verkennen, daß Rußland von jeher den Charakter des türkischen Staates, die Unwandelbarkeit dieser Theokratie richtiger beurtheilt hat als die meisten anderen Mächte. In dieser Hinsicht blieb die Petersburger Politik ihren Gegnern immer überlegen, selbst in solchen Zeiten, wo sie die Widerstandskraft der Türken hochmüthig unterschätzte. Die beißende Ironie, womit der russische Bevollmächtigte auf dem Pariser Congresse die Reformprogramme des Westens zu begleiten pflegte, hat in den Ereignissen der folgenden Jahrzehnte ihre volle Rechtfertigung gefunden.

Die Gründe dieser Ueberlegenheit liegen nahe genug: die Russen sind selber ein halborientalisches Volk und gelten bei den Moslemin nicht als Franken; sie stehen mit den Asiaten in uraltem Verkehr, verstehen ihre muhamedanischen Unterthanen sehr geschickt zu behandeln und haben sich früher als die anderen europäischen Völker eine feste Ansicht über die Zukunft der Balkanlande gebildet, die durch die Kriege und Verhandlungen zweier Jahrhunderte zur nationalen Ueberlieferung geworden ist. Daß die stärkste slawische Macht, die den Kaiseradler von Byzanz in ihrem Wappenschilde führt, darnach trachten muß, den Halbmond aus dem Czarogrod des Südens zu verdrängen, bedarf keiner Erklärung. Seit die Pforte im Frieden von Kutschuk Kainardsche dem Petersburger Hofe versprechen mußte die christliche Religion und ihre Kirchen zu schützen, gebärdete sich Rußland als der rechtmäßige Protector der griechischen Christen der Türkei; nur ein Orthodoxer darf russischer Gesandter in Stambul werden. Diese Richtung gegen Byzanz ist den Russen was den Nordamerikanern ihre manifest destiny: eine politische Nothwendigkeit, auferlegt durch die Weltstellung des Reiches wie durch die heiligsten Gefühle und Erinnerungen der Nation. In den orientalischen Plänen kommt Alles zu Tage was der Russe von ungekünsteltem Idealismus besitzt, vor Allem die Stärke seines religiösen Gefühls. Nicht blos die Masse des Volks verehrt in ihrem Staate das heilige Rußland; auch den höheren Ständen gilt, trotz ihrer voltairianischen Bildung, Russenthum und orthodoxes Bekenntniß für gleichbedeutend, und sehr häufig findet sich in diesen Kreisen eine schwärmerische Verehrung für die allein unwandelbar gebliebene „Urkirche des Christenthums". Ein russischer Staatsmann, einer der freiesten Köpfe seines Volks, schrieb mir kürzlich: „in unserem Cultus bleibt der Abendmahlskelch mit einer Decke verhüllt bis zu dem Augenblicke der Verwandlung; der Tag wird kommen, da auch von der orthodoxen Kirche die Hülle fällt und ihr göttlicher Inhalt der Welt sich zeigt." Ich bezweifle freilich, ob die russische Kirche wirklich über einen solchen Reichthum verborgener sittlicher Kräfte gebietet; genug, das innerste Wesen des Staates und der Volksgesinnung nöthigt jeden Czaren, das alte Bündniß mit den Glaubensgenossen im Süden aufrechtzuhalten.

Doch die Formen und Mittel dieser Politik haben in rascher Folge mannichfach gewechselt; doktrinäres Festhalten an fertigem Programm ist der letzte Vorwurf, der sich gegen den Realismus der Petersburger Staatskunst erheben ließe. Im achtzehnten Jahrhundert war Rußland eine für den Frieden der Welt hochgefährliche Macht, gewaltsam ausgreifend, Alles verschlingend was im Bereiche seiner Waffen lag; die ländergierige Cabinetspolitik jener Tage fand naturgemäß an dem rohesten Hofe

ihre vermessensten Schüler. Man thäte in Rußland wohl, heute nicht mehr abzuleugnen was doch historisch feststeht: daß Peter der Große wünschte in Byzanz begraben zu werden; daß Münnich die Türkei als die sichere Beute der Czaren bezeichnete; daß Katharina grenzenlose Eroberungspläne hegte als sie mit Joseph II. und mit Thugut verhandelte und ihren zweiten Enkel auf den Namen der byzantinischen Kaiser taufen ließ; daß der Friede von Kutschuk Kainardsche durch Rußland in höchst gewaltsamer Weise ausgelegt wurde, und so weiter in's Unendliche. Bis tief in unser Jahrhundert bleiben die Nachklänge dieser Eroberungspolitik vernehmlich. Noch die Erwerbung der Donaumündungen durch Czar Nicolaus war ein gewaltthätiger Eingriff in ein fremdes Machtgebiet, den Europa niemals hätte dulden sollen. Erst seit den Reformgesetzen Alexanders II. ist diese Eroberungspolitik aufgegeben. Eine Reform erzeugt die andere, jeder Schnitt in die alten Schäden des Staats legt andere vordem unbeachtete Wunden bloß; die Aufhebung der Leibeigenschaft genügt nicht mehr, das Reich bedarf umfassender Agrargesetze, damit der freie Bauer auch selbständigen Grundbesitz erlangt. Auf Schritt und Tritt erheben sich neue unabweisbare Aufgaben für die Gesetzgebung, und die geringe Zahl wahrhaft gebildeter Männer, welche der Regierung zu Gebote steht, genügt kaum sie alle zu bewältigen. Zudem hat die freie Debatte der letzten zwei Jahrzehnte jetzt erst in Rußland ein wirkliches nationales Leben wachgerufen; wie man gelernt hat die neuen Staatenbildungen Mitteleuropas als eine Nothwendigkeit hinzunehmen, so verlangt man auch von der eigenen Regierung eine nationale Politik nach Außen.

Und Niemand kann bestreiten, daß Czar Alexander dieser Forderung bisher entsprochen hat. Die Bändigung des polnischen Aufstandes war, mit allem Gräßlichen was daran haftet, doch nur ein Akt der Nothwehr, erzwungen durch die unbegreifliche Thorheit der Polen wie durch das einstimmige Verlangen des russischen Volkes; und auch jener gewaltige Eroberungszug in Mittelasien ist, so parador es klingen mag, eine nationale That. Den Russen tritt hier nicht, wie den Briten in Ostindien, eine uralte, ebenbürtige Cultur entgegen, sondern die nackte Barbarei: sie erscheinen als die Träger einer überlegenen Gesittung und sind doch durch Abstammung und Sitte den Besiegten nicht unnahbar fremd. Daher vollzieht sich die Eroberung weit leichter und sie bedarf seltener, als einst die ostindische Compagnie, jener nichtswürdigen Mittel, welche zur Unterwerfung Indiens nöthig waren. Der Sieger darf hoffen diese Horden allmählich mit seiner Gesittung zu durchdringen, wie er Kasan und Astrachan, die Tataren der Krim und die Kirgisenstämme, ja selbst den größten Theil des Kaukasus bereits russificirt hat. Wir Liberalen des

Westens aber sind der lächerlichen Schamyl-Begeisterung früherer Zeiten allmählich entwachsen und beginnen einzusehen, daß es ein Gewinn ist für die Cultur, wenn die bestialischen Tscherkessen, Suanetier u. s. w. zu Russen werden. Dies gewaltige Hinausfluthen des Slawenthums gen Osten kann nicht eher anhalten, als bis die gesammten unermeßlichen Landstriche vom Amur und der chinesischen Grenze bis zum Ural ein gesichertes Verkehrsgebiet bilden. Der bekannte Ausspruch des Fürsten Gortschakow: c'est donc toujours à recommencer traf den Nagel auf den Kopf.

Ist es nun irgend glaubhaft, daß eine Regierung, die sich im Innern wie nach Außen so große und schwere und doch erreichbare Ziele stellt, gegenüber der Türkei eine napoleonische Abenteurerpolitik führen sollte? Die Russen stehen den Serben und Griechen nicht näher als die Deutschen den Dänen und den Engländern; mit den Rumäniern haben sie vollends nichts gemein als das orthodoxe Bekenntniß und jene unfertige Gesittung, welche die gesammte slawisch-jüdisch-wallachische Osthälfte Europas auszeichnet. Der krankhafte Nationalstolz der kleinen Rajah-Völker weist den Gedanken, russisch zu werden, weit von sich; der Grieche namentlich verachtet die Moskowiter als Sklaven und Barbaren, obgleich er sich herabläßt sie für seine Zwecke zu benutzen. Man mag den traurigen Staaten Rumänien und Griechenland viel Arges nachsagen; russische Provinzen sind sie nicht, vielmehr sehr eifersüchtig auf ihre nationale Selbständigkeit. Daß fanatische Panslawisten gleichwohl die Eroberung von Byzanz ersehnen ist allbekannt; aber kann eine verständige russische Regierung auf solchen Wahnsinn eingehen? Sie besitzt nicht die Mittel das scharf ausgeprägte Volksthum der kleinen Rajah-Völker zu zerstören, sie darf nicht wünschen, sich noch eine zweite polnische Kugel an die Füße zu schmieden, und, vor Allem, sie verdankt ihre Machtstellung in den Balkanlanden großentheils der Ergebenheit der Rajah und kann nicht daran denken diese selbst gewaltsam zu unterwerfen. Manche Geschichtsphilosophen beweisen mit einer Gelehrsamkeit, die einer schöneren Sache würdig wäre: in dem kalten Nordlande lebe sich's doch gar zu ungemüthlich, ein natürlicher Instinkt treibe die Russen diese unwirthlichen Striche mit dem holden Süden zu vertauschen. In Petersburg wird man aber sehr wohl wissen, daß ein Volk von 75 Millionen heutzutage nicht nach Belieben eine neue Völkerwanderung beginnen und die Stätte seiner tausendjährigen Arbeit verlassen kann.

Auch das ist nur eine gelehrte Schrulle, wenn man, mit freier Benutzung der bekannten Worte Alexanders I., schwermüthig behauptet: der Bosporus sei der Schlüssel zum russischen Hause, das Czarenreich

müsse ihn zu besitzen trachten. Der Sund ist doch unzweifelhaft der zweite Schlüssel zum russischen Hause, und wann hat Rußland je versucht, das Byzanz des Nordens, Kopenhagen zu erobern? Wie der Petersburger Hof sich vollauf dabei beruhigen kann, daß der Sund sich heute in den Händen zweier ungefährlicher Mittelmächte befindet, so geht auch sein natürliches Interesse nur dahin, daß der Bosporus von einer befreundeten, orthodoxen Macht beherrscht werde. Rußland will den Bosporus nicht für sich erobern, weil es nicht die Macht dazu besitzt. Kein europäischer Staat, Deutschland am Allerwenigsten, kann eine dauernde Niederlassung der Russen in Stambul dulden, schon wegen der fieberischen Erregung, die in solchem Augenblicke durch alle Slawenvölker flammen müßte; und wie wäre es denkbar sich dort zu behaupten, wenn ein deutsches Heer in Polen einrückte, Oesterreichs Truppen über den Balkan zögen und eine englische Flotte vor der Serailspitze läge? Wer hat ein Recht, dem russischen Hofe solche Gascognerstreiche zuzutrauen?

Kaiser Alexander hat schon beim Beginne seiner Regierung, durch den Abschluß des Pariser Friedens, bewiesen, wie fern ihm dergleichen Träumereien liegen. Er hat sich freilich bei diesem Vertrage nicht auf die Dauer beruhigen können, und mit gutem Grunde. Der Plan der Westmächte, die Reform der Türkei ohne und gegen Rußland durchzuführen, war, wie der Erfolg gelehrt hat, eine Sünde wider Natur und Geschichte. Ungroßmüthiger und thörichter ward selten ein Sieg ausgebeutet wie der wahrlich bescheidene Erfolg von Sebastopol. Einem mächtigen Reiche verbieten, das Meer vor seiner Küste mit Kriegsschiffen zu befahren ist unmöglich und ebenso unsittlich wie einst der Vertrag über die Schließung der Schelde oder ähnliche Leistungen der ältern Handelspolitik. Eine so schimpfliche Bedingung hält ein stolzer Staat nur so lange er muß. Von solchen Verpflichtungen gilt das Wort: „dann ehrt der Treubruch mehr als die Befolgung“. Die Schuld der Kündigung jener Clausel des Pariser Vertrags fällt allein auf die thörichten Sieger, die im Rausche des Erfolgs wähnten dem Besiegten Unmögliches auferlegen zu können; der Zornruf der Engländer über den russischen „Treubruch“ hat bei dem Rechtsgefühle der europäischen Welt um so weniger Anklang gefunden, da Jedermann wußte, daß der Pariser Vertrag schon längst von anderer Seite her gebrochen war. Dem Pariser Frieden zuwider war die Vereinigung der Donaufürstenthümer vollzogen worden, und die Pforte hatte den Hat-Humayum, die Voraussetzung jenes Friedens, gradezu mit Füßen getreten.

Neuerdings geht die Arbeit der Petersburger Politik dahin, die Privilegien der christlichen Völker und Kirchen der Balkanhalbinsel zu er-

weitern und wo möglich diese Landschaften zu halbsouveränen Staaten zu erheben. Dies ist schon durchsichtig angedeutet in jener Gortschakow'schen Denkschrift von 1867, welche die coexistence parallèle der Rajah-Völker fordert, und erhellt noch klarer aus dem Verhalten Rußlands während des bulgarischen Kirchenstreites. Früher hielt der russische Hof immer mit dem Patriarchen von Byzanz gute Freundschaft, gegenwärtig hat er die Ablösung der bulgarischen Nationalkirche von dem Patriarchate eifrig befördert. Er erhebt nicht mehr den förmlichen Anspruch, die Orthodoxen der Türkei allein zu vertreten, bleibt aber nach wie vor die einzige Macht, die über die Rajah etwas vermag. Selbstverständlich hat man in Petersburg dabei seine Hintergedanken: man wünscht eine möglichst ohnmächtige Kleinstaaterei am Balkan, damit der russische Einfluß dort allein herrsche. Darum widerstrebte Rußland einst der Entstehung des unabhängigen Königreichs Griechenland und hoffte vielmehr, drei halbsouveräne Fürstenthümer an der Südspitze der Halbinsel zu bilden; darum lief auch die Vereinigung der Moldau mit der Walachei den Petersburger Absichten zuwider. Doch der Grundgedanke der russischen Politik ist durchaus berechtigt; außer der Autonomie der Landschaften giebt es in der That keinen Weg mehr die Rechte der Rajah zu sichern. Und da Rußland durchaus nicht in der Lage ist die orientalischen Dinge allein nach seinem Belieben zu ordnen, so erwächst seinen westlichen Bundesgenossen die Aufgabe, den russischen Plänen ihren Stachel zu nehmen.

Wie der Petersburger Hof sich längst darein gefunden hat, das Königreich Griechenland und den rumänischen Einheitsstaat anzuerkennen, so wird er auch einst, wenn Europa es fordert, die Vergrößerung des Königreichs Griechenland zugeben müssen. Selbst der Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft in Stambul, der augenblicklich noch ganz außer Sicht liegt, doch dereinst sicher eintreten wird, kann uns nicht mit blindem Schrecken erfüllen, wenn wir die heutigen Machtverhältnisse ruhig erwägen. Das einige, mit Oesterreich ehrlich versöhnte Deutschland vermag sehr wohl dafür zu sorgen, daß diese Katastrophe, wenn sie kommen muß, unter Umständen erfolgt, die der Westen annehmen kann. Woher wissen denn die Anglomanen, daß ein graeco-slawischer Staat am Bosporus nothwendig dem Einflusse Rußlands anheimfallen muß? Diese verkommene, ausgesogene byzantinische Welt bietet in einer absehbaren Zukunft überhaupt keinen Boden für eine bedrohliche Machtentfaltung; der natürliche Gegensatz der Interessen, der tiefe Haß der Griechen gegen die Russen müßte sehr bald hervortreten, und die europäische Diplomatie würde sicherlich nicht geneigt sein, dort am Goldenen Horn, wo sie seit vielen Jahrzehnten gestritten und Pläne geschmiedet und den Herrn gespielt hat,

den Russen allein das Feld zu lassen. Kein haltbarer Grund spricht für die Annahme, daß die Zerstörung des osmanischen Staats jenem russischen Weltreiche, wovon die Anglomanen träumen, die Wege ebnen müßte. Aber der große Gedanke, welchen Rußland nach seiner historischen Stellung im Oriente vertritt, die Wiedereinführung der graeco-slawischen Staatenwelt in die europäische Gesellschaft, darf allerdings auf die Zukunft rechnen. Für ihn wirkt die Natur der Dinge. Jede Blutthat im Palaste der Sultane und jede gewinnreiche Fahrt wagender griechischer Schiffer arbeitet dieser Idee in die Hände. Der türkische Hesperidenapfel beginnt bereits die europäische Welt mit seinem Dufte zu verpesten; der Tag muß kommen, da die faule Frucht zur Erde fällt. Der Petersburger Hof hat keinen Anlaß eine sichere Zukunft durch voreilige Schritte zu gefährden; er darf gelassen sagen: wir können warten.

England aber kann nicht warten. Eine Politik, die nur nach der Weise des Fürsten Metternich das Bestehende, weil es besteht, zu erhalten sucht, lebt aus der Hand in den Mund; sie bedarf von Zeit zu Zeit eines lärmenden Schauspiels um dem Welttheil zu zeigen, daß sie auch noch lebe und das bedrohte Europa vor eingebildeten Gefahren zu schützen wisse. Vier Gesichtspunkte namentlich scheinen diese armselige Staatskunst zu leiten. In der glücklichen Abgeschiedenheit der reichen Insel hat man sich noch eine veraltete Vorstellung von europäischem Gleichgewichte bewahrt und quält sein Hirn mit Schreckgebilden, welche heute, nach der italienischen und der deutschen Revolution, jeden Boden verloren haben. Man ängstigt sich um die mediterranischen Seefestungen und sieht nicht, daß Englands unvergleichliche Handelsmarine die Oberhand im Mittelmeer auch dann noch behaupten muß, wenn diese Positionen wieder ihren natürlichen Herren gehören — eine Wendung, die überdies noch in unabsehbarer Ferne liegt. Man will den Bestand des osmanischen Reichs um jeden Preis erhalten, weil die lächerliche Handelspolitik der Türken dem englischen Kaufmann ein unermeßliches Jagdgebiet geöffnet hat. Bei einiger Voraussicht könnte man sich freilich sagen, daß die Herstellung erträglicher politischer Zustände auf der Balkanhalbinsel den Verkehr dieser Länder nothwendig beleben und folglich dem ersten Handelsvolke der Welt Vortheil bringen muß. Die Monopolisten haben aber von jeher den kleinen Absatz mit großem Gewinn den bescheidenen Gewinnsten aus größerem Absatz vorgezogen. Des augenblicklichen Vortheils froh schwört man wieder auf den Ausspruch Palmerston's: „ich rede mit keinem Staatsmanne, der nicht den Bestand der Türkei für eine europäische Nothwendigkeit ansieht", und vergißt, daß derselbe Palmerston in seinen letzten Jahren sagte: „wir werden nicht zum zwei-

ten male für einen Leichnam das Schwert ziehen". Wie diese Handelspolitik einst, als sie die Erwerbung der ionischen Inseln für zweckmäßig hielt, das unglückliche Parga gemüthsruhig der Grausamkeit Ali Paschas überlieferte, so giebt sie heute den Türken Geld und Waffen zur Niedermetzelung der bosnischen Christen. Endlich und vor Allem, England zittert für seinen ostindischen Besitz; die neue Kaiserkrone und die gründlich verunglückte Reise des Prinzen von Wales zeigen, wie schwer diese Sorge drückt.

Man fürchtet in London, daß Rußland von Stambul aus den Suez-Canal beherrschen könnte, und man will durch Gunsterweisungen an den Khalifen die Moslemin Hindostons bei guter Stimmung halten und vor moskowitischer Tücke schützen. Wer den mittelasiatischen Eroberungszug der Russen nicht durch die schwarzen Gläser des Herrn Vambery, sondern mit selbständigem Urtheile betrachtet, wird freilich fragen, was denn England davon zu besorgen habe. Daß Rußland die zweihundert Millionen Köpfe des anglo-indischen Reiches so beiläufig in die Tasche stecken sollte, ist doch wahrlich nur ein schlechter Witz, der blos deßhalb in Europa einige Gläubige findet, weil die ungemessenen Fernen Asiens auf unseren Landkarten so winzig erscheinen. Vielmehr haben beide Staaten dort im Osten einen gemeinsamen Feind zu fürchten, den Fanatismus des Islam, und bei gutem Willen hüben und drüben war noch vor fünfzehn Jahren eine Verständigung über die Abgrenzung der Machtgebiete nicht undenkbar. Heute ist sie kaum noch möglich. Es war an England, diese Verständigung anzubieten, denn seine Machtstellung in Asien ist ungleich schwerer bedroht als Rußlands neue Besitzungen. Was verschlüge den Russen eine Niederlage hier im Barbarenlande? sie verlören einige hundert Geviertmeilen und gewönnen sie von dem gesicherten Hinterlande aus nach einigen Jahren wieder. Für England dagegen kann ein siegreicher Aufstand in Ostindien furchtbare Folgen haben. Er würde zwar nicht die Kraft Alt-Englands brechen — die Macht der Meereskönigin bliebe selbst dann noch gewaltig — doch sie hart erschüttern und der menschlichen Gesittung einen schweren Verlust bereiten, da er die indischen Lande unabsehbaren inneren Kriegen preisgeben müßte. Die Aufgabe, hunderte von Millionen Eingeborener durch einige tausend Europäer zu bändigen ist unermeßlich schwierig; die wichtigsten Interessen geboten dem englischen Staate, furchtlos ein gutes Verhältniß mit dem unbequemen nordischen Nachbarn zu suchen. Aber beherrscht von der fixen Idee des russischen Weltreichs haben Englands Staatsmänner und sein Volk diese Verständigung wetteifernd erschwert. Jede neue Eroberung der Russen wurde von der englischen Presse mit gehässiger Bitterkeit begrüßt. Wenn Eng-

land einen Agenten nach Kaschgar sendete, wo er von Rechtswegen nichts zu suchen hatte, so war das ganz in der Ordnung; doch wenn Rußland einen Agenten nach Chiwa schickte, wo er ebenfalls nichts zu suchen hatte, so schrie ganz England über die Ruchlosigkeit der Moskowiter. Nicht blos die unabhängige Presse, auch einflußreichere Kreise gefielen sich in solchen Weherufen, die der alten Mannhaftigkeit des englischen Charakters wenig geziemten. Das bekannte Buch des Generals Rowlinson, das ohne die stillschweigende Genehmigung der höchsten indischen Behörde schwerlich erscheinen konnte, schwelgt geradezu in der Kunst den Teufel an die Wand zu malen. Also rief man beständig in die Welt hinaus, daß man die Russen als Feinde fürchte, und verschärfte dadurch die Gefahren der Lage. Englands Herrschaft in Indien ruht ganz und gar auf seinem moralischen Ansehen; sobald die Bewohner Ostindiens zu ahnen beginnen, daß ein gefürchteter Feind der britischen Herren übermächtig dem Indus näher rücke, können die Bande des Gehorsams leicht sich lockern. Den Petersburger Hof selber zwang die zur Schau getragene Russenfurcht der Briten zu einer unfreundlichen und gelegentlich perfiden Politik. Er ging unbekümmert seines Wegs und vertröstete die ängstliche Nachbarmacht von Zeit zu Zeit durch unaufrichtige Betheuerungen. Ohne unbilliges Mißtrauen darf man heute wohl die Vermuthung wagen, daß die asiatischen Eroberungen für die russische Regierung nicht blos ein Selbstzweck sind, sondern zugleich das Mittel für einen anderen Zweck: sie behält sich vor, den Engländern in Ostindien Verlegenheiten zu bereiten, wenn der Untergang des türkischen Reiches zu einem Weltkriege führen sollte.

Also schwanken die englischen Staatsmänner zwischen veralteten Vorurtheilen und ängstlichen Besorgnissen hin und her; das Interesse und ein Gefühl innerer Wahlverwandtschaft läßt sie den Türken als die einzigen treuen Freunde erscheinen. Ihre neueste That, die Enttrohnung des Sultans, war ein sehr geschickter Schachzug, nichts weiter; sie bewies nur, daß England ernstlich gewillt ist seinen Einfluß am Bosporus zu behaupten — denn wer möchte im Ernst das erbauliche Märchen glauben, daß Czar Alexander den Dreikaiserbund habe brechen wollen und nur durch Englands Wachsamkeit an der Eroberung von Byzanz verhindert worden sei? Aber einen schöpferischen Gedanken suchen wir bei der Tory-Regierung vergeblich. Sie legt sich die Frage kaum vor, ob das Bestehende der Erhaltung werth und fähig sei; sie fühlt beschämt, wie tief Englands Ansehen während der letzten Jahrzehnte gesunken ist, und bemüht sich, durch lärmende Demonstrationen der Weltgeschichte ein Halt zuzurufen. Darf eine so unfruchtbare Politik auf Bundesgenossen unter den großen Mächten hoffen?

Frankreich hat im Oriente eigentlich nur einmal eine klare, bestimmte und gut französische Politik geführt: zur Zeit seiner Kämpfe gegen das Haus Oesterreich. Damals dienten ihm die Türken als natürliche Bundesgenossen. Seit dem Ausgang des siebzehnten Jahrhunderts schlug man einen anderen Weg ein: Frankreich erlangte das Protectorat über die Lateiner im osmanischen Reiche und begünstigte eifrig die Propaganda der Jesuiten. Diese unglückliche Politik konnte, bei der geringen Zahl der Katholiken in der Türkei, das Ansehen des französischen Hofes nur wenig erhöhen und verwickelte ihn in unablässige Händel mit Rußland, das den Bekehrungseifer der Lateiner im Oriente immer mit wachem Argwohn verfolgt hat. Nach mannichfachen Schwankungen hat dann Napoleon III. einige Jahre lang die Vormundschaft über die hohe Pforte ausgeübt. Nach seinem Sturze versuchte Marquis de Vogués noch einmal katholische Tendenzpolitik in Pera zu treiben und fand an dem Fürsten Bismarck seinen Meister. Seitdem hat sich Frankreich in dem großen Diplomatenkampfe am Bosporus wenig hervorgewagt. Wir wissen Alle, welche Hoffnung im tiefsten Herzen jedes Franzosen schlummert, aber wir wissen auch, daß Frankreich im gegenwärtigen Augenblick den Vergeltungskrieg nicht wünscht. Marschall Mac Mahon erkennt, daß die Neubildung des Heeres noch nicht ganz vollendet ist, der Herzog Decazes hat viele Proben behutsamer Mäßigung gegeben, die Nation aber will sich gern noch einige Jahre des wirthschaftlichen Glanzes freuen, den sie, den Sieger beschämend, durch bewunderungswürdige Thatkraft sich neu errungen hat. Für die Zwecke, welche den Franzosen allein werthvoll sind, für die Eroberung Belgiens oder eines Stückes vom linken Rheinufer, kann ihnen die englische Flotte wenig nützen; ohne die Bundesgenossenschaft Oesterreichs oder Rußlands wollen sie den Rachekrieg nicht wagen. Zudem ist Frankreich eine Mittelmeermacht und kann das übermäßige Anwachsen des englischen Einflusses im Südosten nicht wünschen. Dies letztere Bedenken ist auch für Italiens Haltung mitbestimmend. Die Gründe, welche einst den Grafen Cavour zum Kriege gegen Rußland bewogen, sind mit der Einigung der Nation längst hinweggefallen. Das junge Königreich steht in gutem Einvernehmen mit den drei Ostmächten und wird sich hüten, einigen englischen Schwarzsehern zu Lieb', diese gesicherte Stellung aufzugeben.

So lange das Dreikaiserbündniß währt, steht für den europäischen Frieden nichts zu fürchten, und die Aussichten dieses Bundes sind noch immer ganz ungetrübt. Begreiflich allerdings, daß in Wien ein Gewirr der verschiedensten Bestrebungen durcheinanderwogt; alle die unzähligen Gegensätze der Parteiung und des Volksthums, welche der Kaiserstaat um-

schließt, werden durch die orientalische Frage wach gerufen. Die Polen, und mit ihnen ein Theil der Ultramontanen, verlangen den Krieg mit Rußland; der Dictator Langiewicz treibt in Konstantinopel sein Wesen, und Cardinal Ledochowsky schürt am römischen Stuhle den Russenhaß. In gleichem Sinne wirken jene Altconservativen, die noch immer den alten Metternich'schen Lehrsatz predigen, daß Oesterreich und die Pforte solidarisch verbunden seien. Aber auch eine dichte Schaar von deutschen Durchschnittsliberalen bläst in dasselbe Horn, diese Leute glauben durch die bekannten geistreichen Redensarten über das freie England und die Barbaren des Ostens ihren Freisinn zu bekunden. Dem gegenüber fordern mindestens vier Parteien die Unterstützung des Aufstandes und Eroberungen südlich der Donau. Die Czechen, Serben und Kroaten wollen ihren Brüdern im Süden helfen; eine ehrgeizige Militärpartei verlangt, unter dem Beifall eifriger Großösterreicher, Ersatz für die Verluste der jüngsten Jahre; eine Fraction der Ultramontanen wünscht slawisches Land zu erobern um die verhaßten Magyaren in die Enge zu treiben; endlich giebt es leider auch einige verblendete deutsche Enthusiasten, die den Kaiserstaat im Osten vergrößern möchten, damit seine Westhälfte an das deutsche Reich falle.

Wer aber, wie wir Deutschen draußen im Reich, den Bestand der österreichischen Monarchie und ihrer dualistischen Verfassung ernstlich wünscht, der muß auch einsehen, daß Oesterreich heutzutage in der Türkei nichts mehr erobern kann noch darf. Es giebt nur eine Eroberung dort im Südosten, die für das Donaureich an sich vortheilhaft wäre: Rumänien. Diese köstliche Erwerbung war einst erreichbar in den großen Tagen des Prinzen Eugen, sie hätte sich durch eine kühne Politik vielleicht noch während des Krimkrieges erzwingen lassen; heute wird sie völlig unmöglich durch den einstimmigen Widerspruch des neu geeinten rumänischen Volkes, der sich jederzeit auf Rußland stützen kann. Die große Stunde ist leider längst versäumt, wie weiland der rechte Augenblick für die Germanisirung von Böhmen und so viele andere lockende Gelegenheiten in der österreichischen Geschichte. Die Donaumündungen sind jetzt für Oesterreich so unerreichbar wie für Deutschland das Deltaland des Rheines. Jedes andere Stück türkischen Gebietes aber wäre für das heutige Oesterreich ein Danaergeschenk. Die Grenzen der Monarchie gegen Südosten sind wenn auch unbequem, doch haltbar und keineswegs so unnatürlich wie sie auf der Landkarte erscheinen. Das dalmatinische Küstenland blickt gen Westen, gehört seit Jahrtausenden der adriatisch-italienischen Welt an und steht mit dem unwegsamen Hochgebirge des Hinterlandes kaum in Verkehr. Die Eroberung von Bosnien würde die centrifugalen slawischen Elemente ver-

stärken und das Reich der Gefahr des Zerfalles aussetzen; man könnte das rohe Volk weder an dem Wiener noch an dem Pesther Reichstage theilnehmen lassen, sondern müßte das phantastische Experiment einer Triaspolitik wagen, nachdem man doch zur Genüge erfahren hat, wie schwer es ist, auch nur den Dualismus mit zehnjähriger Kündigung aufrechtzuhalten.

Dazu der entscheidende Gesichtspunkt: in dem Augenblicke, da die Hofburg zu der Ländergier Josephs II. und Thuguts zurückkehrt, nimmt der Petersburger Hof sofort die Eroberungspläne Katharinas wieder auf, und in einem solchen Wettkampfe muß das katholische Oesterreich, das seine griechische Kirche oft mißhandelt und nie begünstigt hat, von dem orthodoxen Czarenreiche unfehlbar geschlagen werden. Die Pflicht der Selbsterhaltung zwingt den Wiener Hof, auf alle Eroberungspläne zu verzichten und mit Rußland ein ehrliches Einvernehmen zu suchen. Das Letztere scheint allen Ueberlieferungen der österreichischen Politik zu widersprechen; daß die Interessen der beiden Kaiserstaaten grade im Oriente einander schnurstracks zuwiderlaufen, hat in Wien lange als ein Glaubenssatz gegolten, und der leidenschaftliche Slawenhaß der Deutschen wie der Magyaren widerstrebt noch heute dem russischen Bündniß. Auf den ersten Blick erinnert die heutige Lage lebhaft an die Verwicklungen des Jahres 1821. Als die ersten Nachrichten von dem Beginne des griechischen Aufruhrs den Laybacher Congreß trafen, da gaben sich die beiden Kaiser Franz und Alexander feierlich die Hand darauf, daß sie Beide im Oriente in voller Eintracht handeln wollten. Ich finde dies soeben sehr anschaulich geschildert in einem Laybacher Berichte des Generals Krusemarck. Beide Monarchen waren in jenem Augenblicke durchaus ehrlich, da die Furcht vor der Revolution sie ganz beherrschte. Gleichwohl trieb sie schon nach wenigen Monaten ein vermeintlicher Gegensatz der Interessen weit auseinander. Werden wir heute wieder eine solche Trennung der beiden Mächte erleben? Schwerlich. Oesterreich hat inzwischen erfahren, daß ihm die Politik der legitimistischen Unbeweglichkeit ebensowenig frommt, wie der Bund mit den Westmächten.

Nur im Einverständniß mit Rußland darf die Hofburg hoffen einen heilsamen, mäßigenden Einfluß zu gewinnen auf den Verlauf der türkischen Katastrophe. Dies hat der staatsmännische Blick des Grafen Andrassy richtig erkannt. Der Graf ist Magyare mit Leib und Seele und hegt also vermuthlich, wie alle echten Söhne seines Volkes, eine gewisse gemüthliche Vorliebe für die Türken; die Magyaren sind ja selbst gleich den Osmanen ein kleines Herrenvolk inmitten eines bunten Völkergemisches. Er wird Alles versuchen den Bestand der Türkei zu erhalten, doch er ist

ein viel zu bedeutender Staatsmann um einem ganz unhaltbaren Zustande künstlich das Leben fristen zu wollen. Verfangen mildere Mittel nicht, so wird Oesterreich wahrscheinlich die Bildung neuer südslawischer Kleinstaaten nicht verhindern. Der Kaiserstaat erträgt bereits ohne sonderliche Beschwerde die Nachbarschaft des rumänischen und des serbischen Staates; es wäre ein Armuthszeugniß, wenn er die Anziehungskraft bosnischer Zustände fürchten wollte. Freilich kann Graf Andrassy, wie noch alle seine Vorgänger, eines Morgens unerwartet seine Entlassung erhalten. Doch er steht heute sehr fest, denn glücklichere Jahre als die letzten fünf hat Kaiser Franz Joseph in seinem vielgeprüften Leben noch nicht gesehen. Die Staatsgesinnung, der männliche Glaube an die Zukunft der Monarchie sind diesseits wie jenseits der Leitha in erfreulichem Erstarken; es besteht kein Grund ein so wohl bewährtes System plötzlich aufzugeben.

Für uns Deutsche ergiebt sich aus Alledem die Aufgabe, versöhnend und vermittelnd den Dreikaiserbund aufrechtzuhalten. Wir haben einst ehrlich versucht dem Türkenreich das Leben zu fristen; die einzige einigermaßen gelungene Reform in der Türkei, die Neubildung des Heeres, ist das Werk preußischer Offiziere. Doch wir können auch nicht die Augen schließen vor dem nahenden Verhängniß. Wir finden keinen Anlaß die Katastrophe irgend zu beschleunigen. Ein Volk, das eben erst so schwer für seine Einheit gelitten hat, darf wohl ohne Selbstsucht sagen: non omnia possumus omnes; nicht an uns, sondern an den Südslawen ist es, die Kugel in's Rollen zu bringen. Aber wir dürfen auch nicht thatlos bleiben und am Allerwenigsten uns mit dem flachen pessimistischen Troste behelfen, das Czarenreich möge in Gottesnamen wachsen bis es berste. Wir wollen einen dauerhaften, erträglichen Zustand auf der Halbinsel, der den Welttheil zu beruhigen vermag, also keine neue Fremdherrschaft, schlechterdings keine Eroberungen, weder österreichische noch russische. In diesem Entschlusse sind alle guten Deutschen einig, denn was den Bestand Oesterreichs irgend gefährden kann, ist ein Schlag gegen unser Reich selber.

Vorderhand hat unsere Regierung sich verpflichtet für die Reformvorschläge des Grafen Andrassy einzustehen. An ihnen ist nichts geändert, wenngleich der Thronwechsel am Bosporus die drei Kaisermächte genöthigt hat, der neuen Regierung eine längere Frist zu schenken. Das Andrassy'sche Programm trifft mit sicherer Hand die wundesten Flecke in den Zuständen der Rajah. Auch Deutschlands Ansehen ist dabei betheiligt, daß die Pforte diese wohlerwogenen und maßvollen Vorschläge nicht wieder, wie so viele andere schon, mit leeren Redensarten abfertigt. Thut sie

dies oder erweist sie sich unfähig ihre Verheißungen zu erfüllen, so wird den drei Ostmächten, wenn sie nicht vor aller Welt lächerlich erscheinen wollen, kaum etwas Anderes übrig bleiben als — weiter zu gehen und ernsthafte Bürgschaften zu fordern für die Beseitigung eines anarchischen Zustandes, der für alle Nachbarn und vornehmlich für Oesterreich allmählich unerträglich wird. Daß sie in ehrlicher Eintracht so handeln können, scheint nahezu sicher; die stille Hoffnung der Franzosen, der englischen Russophoben und der Ultramontanen auf den Zerfall des Dreikaiserbundes hat geringe Aussichten, so lange die Republik in Frankreich besteht und die Magyaren die auswärtige Politik Oesterreichs leiten.

Nur ein Seher vermöchte den Verlauf der nächsten Monate vorherzubestimmen. Die wachsende Bewegung in Serbien und die gewaltigen Rüstungen im Mittelmeere deuten zwar auf ernste Ereignisse. Andererseits sind alle Mächte, Rußland insbesondere, von einem lebhaften Friedensbedürfniß erfüllt; das Czarenreich scheut die unberechenbaren Wirren, die ein Auflodern des muhamedanischen Fanatismus ringsum in Asien herbeizuführen droht; das tiefe gegenseitige Mißtrauen der Mächte lähmt dort im Osten jede Kraft durch eine Gegenkraft. Darum scheint es möglich, daß die türkischen Dinge sich noch eine Weile träge und kläglich dahinschleppen, und höchstwahrscheinlich, daß das Schicksal der Hauptstadt in der nächsten Zukunft noch nicht entschieden werden wird; denn diese Frage wird im Grunde von allen Mächten als noch nicht spruchreif angesehen. Kommt aber dereinst der Augenblick zu ihrer Lösung, so wird unsere aufstrebende Nation nicht auf der Seite des Leichnams stehen wollen. Wir haben seit dem siebenjährigen Kriege an Englands Freundschaft sehr widerwärtige Erfahrungen gemacht; die russische Politik müßte unerhörte Thorheiten begehen, wenn Deutschland daran denken sollte, die Hand seines erprobten Freundes fallen zu lassen, um sich in die Arme eines treulosen und von veralteten Ansichten beherrschten Bundesgenossen zu werfen. In der orientalischen Frage bedarf Rußland unser mehr, als wir seiner, darum hat eine kluge und kraftvolle deutsche Politik von dem russischen Bündniß nichts zu fürchten.

Wäre es nicht vermessen über eine ferne Zukunft zu reden, so würde ich hier noch die Ansicht begründen, daß die Bildung unabhängiger Kleinstaaten schwerlich die endgiltige Lösung der orientalischen Frage sein kann. Die Kleinstaaterei besitzt allerdings da ein gewisses Recht, wo sie nicht aus dem Zerfalle einer nationalen Großmacht hervorgeht. Doch was hätte die Gesittung von einem Durcheinander zanklustiger Rajahstaaten zu hoffen? Ein friedlicher Staatenbund steht von diesen verwahrlosten Völkern gewiß nicht zu erwarten; die kunstvolle Staatsform der

Foederation setzt ein hohes Maß von Mäßigung und Einsicht voraus. Was Europa am letzten Ende wünschen muß, ist ein kräftiges byzantinisches Reich — ein Gedanke, der bekanntlich den geheimen Wünschen des heutigen Rußlands entschieden widerspricht. In der That ist mindestens südlich des Balkans und an der kleinasiatischen Westküste ein Element der Einheit vorhanden: jene griechische Gesittung, die schon Hunderttausende von Albanesen und Slawen bezwungen hat. Doch das sind Sorgen, die wir unseren Söhnen überlassen können.

Die augenblickliche Lage bietet keinen Grund zu schweren Besorgnissen, nur ernsten Anlaß zur Wachsamkeit; denn unversehens kann aus den orientalischen Wirren die Frage sich erheben: ob wir Deutschen gesonnen sind die Errungenschaften des Jahres 1870 zu behaupten. Was wir in solchem Falle zu thun hätten, sagt sich Jeder selbst.

Deutschland und die orientalische Frage.

Berlin, 15. December 1876.

Jene „veränderte Lage" der orientalischen Wirren, worüber Fürst Bismarck im deutschen Reichstage sich nicht aussprechen wollte, scheint nach allen Anzeichen sehr rasch einzutreten. Der Aufmarsch der russischen Südarmee ist beendigt, das türkische Heer steht bereit die Donaulinie zu halten, vielleicht sie zu überschreiten. Vertrauensvolle Gemüther hoffen noch auf die unbestreitbare persönliche Friedensliebe des Kaisers Alexander oder auf die Vermittlungskünste der europäischen Conferenz, und in dem Chaos der orientalischen Frage ist allerdings das Unerwartete schon oftmals möglich geworden. Doch eine weit überwiegende Wahrscheinlichkeit spricht für den nahen Ausbruch des Krieges. Rußland kann die Forderung ernsthafter Reformen zu Gunsten der Rajahvölker nicht aufgeben ohne eine Demüthigung, die ein gesunder Staat nur von dem Schwerte des Siegers hinnimmt. Die Pforte will jene Reformen nicht gewähren, denn sie können, nach allen den Gräueln dieses Sommers, nur unter dem Schutze christlicher Waffen durchgeführt werden; es ist unmöglich, daß der gottbegeisterte Baschibozuk, nachdem er der Bulgarischen Mutter den Bauch aufgeschnitten und ihre Kinder in die Sklaverei verkauft hat, nunmehr von freien Stücken mit den Hinterbliebenen seiner Opfer als ein friedlicher Mitbürger auf dem Fuße gleichen Rechtes zusammenleben sollte; eine Besetzung der aufständischen Provinzen aber, sei es durch den Moskow Giaur, sei es durch eine andere christliche Macht, erscheint dem Stolze des streitbaren Islam, der letzten sittlichen Kraft des Osmanenstaates, als eine unerträgliche Schmach. Die Gegensätze sind unversöhnlich geworden, und so dringend ganz Westeuropa den Frieden wünscht — nach Allem was geschehen, können die Vermittlungsvorschläge der Conferenz jetzt doch nur die unvermeidliche Katastrophe noch um eine kurze Frist vertagen und die lähmende Spannung, die auf dem Welttheil lastet, in's Unleidliche steigern.

Die ärgste aller politischen Sünden, das Schwanken zwischen Wollen und Nichtwollen, ist noch in jeder der periodischen Entladungen der orientalischen Frage häßlich hervorgetreten, doch niemals häßlicher als im vergangenen Jahre. Alle die bei der Erbschaft des kranken Mannes unmittelbar betheiligten Mächte standen rathlos zwischen der Einsicht, daß der bestehende Zustand unhaltbar sei, und der Angst vor den unberechenbaren Folgen einer festen Entscheidung. Neben dem Schwanken der Nachbarmächte erscheint die einfache Barbarei der ottomanischen Politik beinah achtungswerth. Die Pforte hat durch das Würgen in Bulgarien wie durch die unheimlichen Vorgänge, welche die beiden Thronwechsel begleiteten, nur von Neuem bewiesen, daß sie trotz dem Pariser Frieden niemals eine europäische Macht werden kann; sie hat mit einer Ueberzahl tüchtiger regulärer Truppen einen kläglichen Krieg geführt, den Kürzeren gezogen vor dem tapferen Völkchen der Schwarzen Berge und die serbischen Milizen erst nach mehrmonatlichem Widerstande geworfen. Im Wesentlichen gelang ihr doch ihren Besitzstand zu behaupten; stolzer, zuversichtlicher als seit Langem blicken die Osmanli heute auf die unbesiegten Fahnen des Halbmonds. Gegen die fränkischen Höfe aber wurde wieder einmal, und nicht ganz ohne Erfolg, der alte Türkenspruch angewendet: „Eilen ist Teufelswerk, Verzögerung ist Gotteswerk“; die wohlbekannten fröhlichen Verheißungen einer dermaleinstigen constitutionellen Herrlichkeit für die beglückte grande famille ottomane genügten um die Cabinette nochmals eine Weile hinzuhalten. Es war ein Leben aus der Hand in den Mund, ohne jeden Schimmer eines fruchtbaren staatsmännischen Gedankens, indeß die Pforte wußte immerhin was sie wollte.

Nicht das Gleiche läßt sich von der Haltung der nächstbetheiligten europäischen Mächte rühmen. Der russische Hof that nur was ihm seine historische Stellung auferlegt, als er für die Rechte der Rajah eintrat; seine ursprünglichen Vorschläge waren gerecht und maßvoll, und sein treues Festhalten am Dreikaiserbündniß bewies, daß man in Petersburg von den Erfahrungen des Krimkrieges gelernt hatte. Aber als das gemeinsame Vorgehen der großen Mächte durch den Abfall Englands und die Wirren des türkischen Thronwechsels durchkreuzt wurden, da verlor die russische Politik für einige Zeit ihren festen Halt. Wer das Gras wachsen hört mag freilich vermuthen, das unruhige kleine Piemont der Südslawen, das dem russischen Cabinet immer lästig war, sei mit Absicht in den Krieg gedrängt worden, damit es sich verderbe. Weit näher liegt doch die Annahme, daß zwei Parteien am Petersburger Hofe in unentschiedenem Kampfe mit einander rangen: die Regierung scheute den offenen Krieg und wagte gleichwohl der mächtigen panslawistischen Bewegung, die das

Land durchbrauste, nicht in's Gesicht zu trotzen; sie warnte die Serben vor dem Losbruch und setzte doch nicht ihr ganzes Ansehen ein für ihren Rathschlag, ja sie duldete endlich, allem Völkerrechte zuwider, das massenhafte Zuströmen russischer Offiziere und Soldaten. Die Versuchung war allerdings sehr stark: ein absoluter Herrscher ist gegenüber einer wilden Aufwallung der Volksgefühle oft weniger mächtig als ein constitutioneller König, der sich auf eine verständige Parlamentsmehrheit stützen kann. Wie haben wir Deutschen einst der Krone Preußen gezürnt, als diese mit Dänemark Frieden geschlossen hatte und dann, den Verträgen getreu, ihre Offiziere aus dem schleswigholsteinischen Heere abberief! Aber was man auch zur Entschuldigung sagen mag, das Verfahren Rußlands war einer großen Macht wenig würdig, es glich offenbar mehr jener Kunst der Winkelzüge, welche dem Grafen Cavour durch die Schwäche seines Staates aufgezwungen wurde, als der selbstbewußten Geradheit der preußischen Politik während unserer Einheitskämpfe. Der verdeckte Krieg in Serbien hat das Zutrauen zu Rußlands ehrlichen Absichten schwer erschüttert, auch in den Kreisen unbefangener Männer, und zuletzt war es ein Glück für die Russen selbst, daß das serbische Unternehmen mit einem Mißerfolge endete.

Seitdem begann der Petersburger Hof wieder zu einfacheren und darum wirksameren Mitteln zu greifen. Er zwang durch sein Ultimatum die Türken, augenblicklich auf ihrem Siegeszuge einzuhalten. Tausende geköpfter Serbenrümpfe lagen auf den Schlachtfeldern um Alexinatz, das ganze Land zitterte vor dem Schrecken der türkischen Waffen; um so wunderbarer erschien dem Volke die Macht des weißen Czaren, der mit einem Worte dem furchtbaren Feinde Halt gebot. Das Ansehen Rußlands unter der Rajah steht heute fester denn je. Die russische Krone schien eine Zeit lang hinter den revolutionären Mächten des Panslawismus ganz zu verschwinden; jetzt bestrebt sie sich offenbar den begangenen Fehler zu sühnen und jene elementarischen Kräfte in Schranken zu halten. Die nachdrückliche Erklärung des Kaisers Alexander, daß er keine Eroberungen wolle, verdient besseren Glauben als weiland die Betheuerungen seiner Ahnmutter Katharina; er darf nach einer ehrenvollen Regierung wohl erwarten, daß die Welt seinem Worte Vertrauen schenkt, zumal da er sich nicht in unbestimmten Friedenswünschen ergangen, sondern unumwunden eingestanden hat, daß ein Krieg zur Sicherung der Rechte der Rajah vielleicht nothwendig werden könne. Gegenwärtig geht die Arbeit der Petersburger Diplomatie dahin, ihren Reformvorschlägen die Zustimmung aller europäischen Mächte, auch Englands, zu sichern und für den Fall eines Krieges der russischen Politik einen unanfechtbaren Rechtsboden zu

sichern, also daß Rußland entweder gradezu als der Vollstrecker des europäischen Willens aufträte oder doch nicht der eigenmächtigen Willkür geziehen werden könne; und nach allem Anschein wird der alte treue Bundesgenosse der Russen, die verblendete Selbstüberhebung des Divans, ihnen mindestens den letzteren Vortheil gewähren. Denn mag die Conferenz noch so schonend verfahren, mag sie selbst den Gedanken der Occupation aufgeben, die thatsächliche Beseitigung der osmanischen Souveränität in Bosnien und Bulgarien bleibt doch unerläßlich, wenn nicht das gesammte Reformwerk abermals auf ein leeres Gaukelspiel hinauslaufen soll, und auf solche Zumuthungen kann der Dünkel der Muhamedaner nicht eingehen.

So ist Rußland erst nach mannichfachen Windungen und Irrungen zu einer klaren, folgerechten Staatskunst zurückgekehrt; und auch heute noch will es uns Laien scheinen, als ob zwei grundverschiedene Bestrebungen in der russischen Diplomatie neben einander hergingen: der Panslawismus ist durch die gemäßigte Politik des Czaren vorläufig geschlagen, doch er behält sich vor, mit seinen begehrlichen Wünschen wieder herauszutreten, sobald das Glück des Krieges den Fahnen Rußlands seine Gunst erweist. Von der englischen Politik dagegen vermag kein Verstand der Verständigen zu sagen, was sie eigentlich gewollt hat im ganzen Verlaufe dieser Händel. Die Tory-Regierung war über die trostlose Lage der Rajah sehr genau unterrichtet. Wenn sie also, gemäß dem nationalen Aberglauben, den Bestand der Türkei für eine europäische — oder vielmehr: für eine englische — Nothwendigkeit hielt, so durfte sie die Vertretung der südslawischen Interessen nicht dem russischen Hofe überlassen, sie mußte ihren großen Einfluß am Bosporus aufbieten um rechtzeitig den Entschluß durchgreifender Reformen zu erzwingen. Statt dessen ist sie aus einem Widerspruch in den anderen getaumelt. Sie stimmte halb widerwillig der Denkschrift des Grafen Andrassy zu, um vier Monate nachher unter großem Lärmen sich loszusagen von der Berliner Uebereinkunft, die doch nur die Pläne jener Denkschrift weiterführen sollte. Mit einem Gegenvorschlag aufzutreten kam ihr nicht bei. Englands Haltung trug die letzte Schuld an dem serbischen Kriege, denn ohne das offenbare Zerwürfniß der großen Mächte hätte der Petersburger Hof die panslawistische Bewegung unzweifelhaft niederhalten können.

Welche Rolle der britische Botschafter bei den beiden Thronwechseln am Goldenen Horn gespielt hat, wird erst der Zukunft klar werden; sicher ist nur, daß das Vertrauen auf Englands Freundschaft die Türken ermuthigte, mit den europäischen Mächten ihr frivoles Spiel zu treiben. Als ein Streiter Allahs wurde Admiral Drummond in der Moschee zu

Stambul von den begeisterten Softas begrüßt; die Panzerschiffe in der Besika-Bai gaben der Pforte den Muth, ihre ganze Kraft gegen die Südslawen zu wenden. Unterdessen begann im britischen Volke eine wunderlich unklare Bewegung. Da und dort erwachte die Einsicht, daß die starrconservative orientalische Politik Alt-Englands sich überlebt habe; man sah mit Scham, wie der Fanatismus des Islam unter dem Schutze des bibelgläubigen Englands seine christlichen Opfer folterte; dazu der Parteihaß der Whigs, der fromme Eifer hochkirchlicher Theologen, die philanthropische Schwärmerei schwacher Seelen, und die Friedenssehnsucht jener Manchestermänner, die schon zu Richard Cobdens Zeiten der gemüthlichen Ansicht huldigten, daß Konstantinopel als russische Provinzialstadt sich einer bedeutenden Baumwolleneinfuhr und folglich einer ungetrübten Glückseligkeit erfreuen würde. Erschreckt durch diese Aufwallung der öffentlichen Meinung lenkte das Cabinet nach abermals vier Monaten wieder ein und bekannte sich im September wieder zu den Grundsätzen der Andrassy'schen Denkschrift, die man im Mai verlassen hatte. Dann aber rühmte Benjamin Disraeli prahlend und drohend die unerschöpflichen Hilfsmittel Großbritanniens; und heute macht Lord Salisbury, wie glaubwürdig versichert wird, dem Eigensinne der Pforte die allernachdrücklichsten Vorstellungen, während er sich gleichzeitig ebenso entschieden gegen die Occupation Bulgariens erklärt und dadurch allen seinen Ermahnungen die Spitze abbricht. Der Divan glaubt unter allen Umständen auf Englands Freundschaft zählen zu können, darum wünscht er gar nicht die Verständigung mit Rußland. Die Politik der Torys zeigt den Charakter vollendeter Rathlosigkeit; daher auch die Scheu vor der Einberufung des Parlaments. Sollte aber der Krieg im Osten ausbrechen, dann würde sich bald zeigen, daß die Mehrheit des britischen Volks nicht hinter den Entrüstungsmeetings der Whigs steht. Die Nation hat die Vorstellungen aus der Zeit des Krimkriegs noch nicht überwunden, sie glaubt Ostindien am Bosporus zu vertheidigen, und leicht können wir erleben, daß England das in Serbien gegebene böse Beispiel befolgt und durch geheime Unterstützung der türkischen Streitkräfte den verdeckten Krieg gegen Rußland beginnt. Wer darf sagen, wohin das führen kann? Der fruchtbare Geist Benjamin Disraeli's denkt aber offenbar noch an eine andere Möglichkeit; der treue Freund der Türken hält sich bereit, den Schlüssel des Suez-Canals an seinen Gürtel zu hängen, falls das Haus des kranken Mannes zusammenstürzen sollte, und also die britische Mittelmeerherrschaft für immer zu befestigen. Das einzig Klare an dieser wundersamen Staatskunst ist ihre Unberechenbarkeit.

Leider ist auch Oesterreichs orientalische Politik bisher wenig frucht-

bar gewesen. Die beiden führenden Nationen der Monarchie, Deutsche und Magyaren, ahnen wohl dunkel, daß allein das Dreikaiserbündniß ihren Staat vor den Gefahren der panslawistischen Propaganda sichern kann; doch die verständige Einsicht wird immer von Neuem überwältigt bald durch begehrliche Eroberungsgelüste, bald durch leidenschaftliche Ausbrüche blinden Slawenhasses. Ein großer Theil der Wiener Blätter spielt die traurige Rolle kaiserlich türkischer Hofzeitungen. Als der cisleithanische Reichsrath die orientalische Frage besprach, da feierte der politische Dilettantismus seine Saturnalien: eine ganze Musterkarte bodenloser Pläne ward entfaltet, und Herr Giskra, der Gönner Ofenheims, bewährte seinen verwegenen Gründergeist durch den anmuthigen Vorschlag, die schwarzgelben Grenzpfähle an den Küsten des ägeischen Meeres aufzustellen. Eine feste Volksmeinung besteht nur in einem deutschen Stamme der Monarchie, unter den Siebenbürgischen Sachsen. Diese besten Deutschen Oesterreichs, die zugleich die treuesten Anhänger des Gesammtstaates sind, stehen mit ihren Herzenswünschen durchweg auf der Seite der Rajahvölker: denn sie sehen voraus, daß die Entstehung südslawischer Keinstaaten an Ungarns Grenzen den rohen Uebermuth der magyarischen Chauvinisten bändigen und den ungarischen Adel zwingen würde, seine deutschen und slawischen Mitbürger gerechter denn bisher zu behandeln. Die Fanatiker des Magyarenthums andererseits leisten das Unmögliche in der Vergötterung ihrer türkischen Stammesvettern. Die Pesther Jugend schleudert ihre rhetorischen Donnerkeile gegen „den giftigen Pesthauch des moskowitischen Kolosses“, und die aufgeklärten Verehrer der allgemeinen Völkerfreiheit wallfahrten nach Ofen zum Grabe Gül-Baba's, des heiligen Rosenvaters der Muhamedaner; es ist, als ob man uns Abendländern durchaus beweisen wollte, daß die Magyaren sich selber für nördliche Asiaten halten. Trotz allem Poltern und Drohen besitzt man weder den Muth, noch den rechten Willen, den Grafen Andrassy zu stürzen. Daß der Graf inmitten dieser allgemeinen Verwirrung mindestens den Dreikaiserbund unerschütterlich aufrecht erhalten hat, ist ein neuer Beweis seiner staatsmännischen Klugheit. Doch die Schlagkraft der Monarchie wird durch das wüste Durcheinander der Meinungen unverkennbar geschwächt, und kommt es zum Kriege im Osten, so kann Oesterreich, im Anfange mindestens, nicht leicht über eine unfruchtbare Neutralität hinausgehen.

Wenn Deutschland allein unter den großen Mächten eine feste und würdige Haltung unentwegt behauptet hat, so danken wir diesem Vorzug zunächst unserer geographischen Lage. Es ist der Ruhm des Fürsten Bismarck, daß er die Aufgaben die sich aus unserer Weltstellung ergeben, klar erkennt und, unbeirrt durch lockende Versuchungen, keinen Schritt

darüber hinaus thut. Unser neues Reich fühlt sich nicht berufen, nach der marktschreierischen Weise Napoleons den Welttheil durch das Aufwerfen neuer „Fragen" beständig in Athem zu halten. Deutschland will ein wirkliches Gleichgewicht der Mächte und mag nicht einmal die Rolle des primus inter pares spielen, sondern bescheidet sich in zweiter Linie zu bleiben so lange seine Interessen nicht unmittelbar berührt werden. Die Klagen der englischen und türkenfreundlichen Presse über die zugeknöpfte Steifheit des Herrn v. Werther beweisen nur, daß unser Botschafter am Bosporus seine Pflicht gewissenhaft erfüllt und die Führerstellung, die man ihm von hüben und drüben so gern zuschieben möchte, gelassen zurückweist.

Die Rede des Reichskanzlers sagte über den bisherigen Gang der deutschen Politik nichts was sich nicht jeder unbefangene Beobachter selbst sagen konnte; doch sie hat die Masse der Befangenen und Besorgten von manchem quälenden Zweifel befreit und selbst das Ausland gezwungen, die friedliche und gemäßigte Haltung des vielverleumdeten Reiches anzuerkennen. Ihr bestes Verdienst lag aber darin, daß sie die zerfahrene öffentliche Meinung nachdrücklich an die großen gemeinsamen Pflichten der Christenheit erinnerte. Nicht aus dankbarer Ergebenheit gegen Rußland, wie die Türkenfreunde uns vorwerfen, bemüht sich Deutschland für die Herstellung geordneter Zustände in den Rajah-Ländern, sondern weil es die Pflicht aller christlichen Staaten ist sich ihrer Glaubensgenossen anzunehmen. Einen anderen Vorwurf der Türkenverehrer hat der Reichskanzler nicht einmal der Erwähnung gewürdigt: die Behauptung nämlich, daß die Furcht vor einem französisch-russischen Bündniß den Gang der deutschen Staatskunst bestimme. Dieser Bund ist nun schon seit zwei Menschenaltern das Schooßkind aller politischen Phantasten Frankreichs, Lamartine nannte ihn le cri de la nature. Jedoch es geht damit wie mit dem berühmten Rassenkriege zwischen Slawen und Germanen, der auch von selbstgewissen Propheten beständig als eine unvermeidliche Nothwendigkeit angekündigt wird und doch niemals in's Leben treten will. Für eine solche radicale Verschiebung aller Machtverhältnisse des Welttheils fehlt vorderhand jeder Boden. Daß Czar Alexander die Hand seines bewährten deutschen Bundesgenossen muthwillig zurückstoßen sollte um sich mit dem ultramontanen und republikanischen Frankreich zu verbinden, ist ein höchst unwahrscheinlicher Fall; die nüchternen Köpfe unter den französischen Diplomaten wissen sehr wohl, daß alle Anläufe nach diesem Ziele nur verlorene Liebesmühe sind.

So lange der Petersburger Hof nur die Sicherung der Rechte der Rajah erstrebt, darf er auf Deutschlands Freundschaft zählen, selbst wenn

er zum Schwerte greifen sollte. Damit ist schon gesagt, daß unser Reich russische Eroberungen auf der Balkanhalbinsel nicht dulden kann. Russische Patrioten glauben sehr bescheiden zu sein, wenn sie wünschen die Donaumündungen wieder in Rußlands Hände zu bringen und also die letzte Clausel, die von dem verhaßten Pariser Frieden noch übrig ist, zu beseitigen. Aber grade dieser bescheidene Wunsch ist für Deutschland schlechterdings unannehmbar. Oesterreich hat leider die Gelegenheit, sich selber der Mündungen seines Stromes zu bemächtigen unwiederbringlich verloren; es bleibt indeß eine Lebensfrage für das Donaureich, daß ihm seine wichtigste Verkehrsader nicht durch einen übermächtigen fremden Staat unterbunden werde, und an dem Bestande Oesterreichs ist Deutschland unmittelbar betheiligt. Der rumänische Kleinstaat, so unfertig er heute noch erscheint, kann eine für den Frieden der Welt sehr segensreiche Rolle spielen; denn er steht als eine trennende Schranke zwischen Rußland und der südslawischen Welt. Weder Oesterreich noch Deutschland darf die Vernichtung dieses jungen Staates zugeben. Als die russische Macht im Frieden von Adrianopel bis zur Sulina vorrückte, überschritt sie ihr natürliches Machtgebiet; die Beseitigung dieser Usurpation war eines der wenigen wirklichen Verdienste der Pariser Verträge, und heute besitzt Deutschland glücklicherweise das vertragsmäßige Recht, jede Wiederkehr des unnatürlichen Zustandes zu verbieten. Der untere Lauf der Donau steht bekanntlich unter der Souveränität einer europäischen Commission, wozu auch Deutschland einen Bevollmächtigten stellt; nicht ohne die Erlaubniß der sechs Mächte kann Rußland hier sein Gebiet vergrößern, und diese Erlaubniß wird ihm nie ertheilt werden.

Ist nun schon diese geringfügige Erweiterung der russischen Grenzen mit Deutschlands Interessen unvereinbar, so versteht es sich von selber, daß die höher fliegenden Hoffnungen der Panslawisten auf den entschiedenen Widerspruch unseres Reiches stoßen müßten. Der berühmte Ausspruch „Constantinople c'est l'empire du monde“ erscheint uns nüchternen Deutschen freilich als eine napoleonische Phrase; doch eine hochwichtige militärische Position bleibt der Bosporus allerdings. Dies natürliche Erbe der Griechen dem russischen Reiche unterwerfen, hieße eine neue Fremdherrschaft an die Stelle der türkischen setzen, hieße den Schwerpunkt der moskowitischen Macht aus den Gebieten, wo sie ihre gesunden nationalen Wurzeln hat, künstlich in's Ausland verlegen und einen krankhaften Zustand schaffen, der für Rußland nicht minder verderblich wäre als für uns. Die freie Durchfahrt durch die Dardanellen ist eine berechtigte Forderung der Russen, und Deutschland wird ihr sicherlich nicht widersprechen, wenn Rußland die Kraft bewährt sie mit dem Schwerte zu be-

haupten. Auch die Bildung eines bosnischen oder bulgarischen Staates läuft unseren Interessen nicht zuwider, und da die Scheu der Magyaren und Deutsch-Oesterreicher vor der Nachbarschaft südslawischer Kleinstaaten nur aus unklaren gemüthlichen Stimmungen entspringt, so wird auch Oesterreichs Widerstand dereinst, Angesichts vollendeter Thatsachen, schwerlich unüberwindlich sein. Es bleibt aber der Grundgedanke des Dreikaiserbundes, daß die großen Aenderungen im Osten nicht ohne die Zustimmung der Verbündeten erfolgen sollen. Das geschwächte und ermattete Preußen der zwanziger Jahre hat einst beim Frieden von Adrianopel das entscheidende Wort gesprochen; das erstarkte Deutschland kann noch weniger daran denken, die Ordnung der türkischen Verhältnisse den Russen zur alleinigen Verfügung preiszugeben. Wenn die russische Krone mit stillschweigender Zustimmung der beiden anderen Kaisermächte den Krieg beginnen sollte, so wird sie wissen, daß ihre Bundesgenossen für sich und für die anderen europäischen Mächte das Recht der Mitentscheidung beim Friedensschlusse beanspruchen. Der vertraute Verkehr, der den Petersburger mit dem Berliner Hofe verbindet, bürgt dafür, daß man an der Newa längst die Grenzen kennt, welche Deutschlands Freundschaft nicht überschreiten kann.

Sicherung der Rechte der orientalischen Christen, sei es durch ernsthafte Verwaltungsreformen, sei es durch die Errichtung südslawischer Staaten, aber keine Störung des Friedens in Westeuropa und keine Vergrößerung des russischen Reichs — dies sind die Ziele, welche die deutsche Politik sich gesetzt hat, und mindestens die Erhaltung des Friedens im Westen ist ihr bisher über alles Erwarten hinaus gelungen. Sie darf sich auf die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit der deutschen Nation verlassen. In unserer Presse beginnt seit dem widerwärtigen Schauspiele des serbischen Krieges eine bedenkliche Begriffsverwirrung überhandzunehmen; nur die der Regierung nahe stehenden Blätter und einige angesehene Organe des Liberalismus in Berlin, in Schwaben und den Hansestädten bewahren sich noch ein unbefangenes Urtheil. Jene vollständige Unkenntniß der europäischen Machtverhältnisse, die von Alters her eine berechtigte Eigenthümlichkeit des deutschen Radicalismus war, offenbart sich wieder in dem sinnlosen Phrasenschwall der Berliner demokratischen Blätter; die Presse der Ultramontanen predigt wilden Haß gegen das schismatische Rußland, den Bändiger des katholischen Polens; und leider stimmen auch viele liberale Blätter in diesen buntgemischten Chor ein, so die beiden im Ausland am Meisten gelesenen deutschen Zeitungen, die Kölnische und die Augsburger Allgemeine. Nichts vergessen zu wollen ist eine Unart des deutschen Geistes, die mit der höchsten Kraft unseres

Wesens, mit der Treue, fest verwachsen scheint. Wie wir in der Fortschrittspartei eine Fraction besitzen, die eigentlich nur von alten Erinnerungen und altem Grolle lebt, so giebt es auch unter den Publicisten manchen wohlmeinenden Mann, der in einer gänzlich veränderten Weltlage die Russenfurcht des Jahres 1854 hartnäckig festhält. Doch die Presse ist zum Glück nicht die öffentliche Meinung. Die deutsche Nation liebt die Slawen nicht, sie weiß auch, wie ingrimmig wir von einem guten Theile unserer östlichen Nachbarn gehaßt werden, und gleichwohl denkt sie frei und gerecht genug um den Slawen das gute Recht nationaler Staatenbildung nicht zu mißgönnen. Sie hat in ihren eigenen Einheitskämpfen die engherzig reaktionäre Gesinnung des heutigen Englands genugsam kennen gelernt und läßt sich durch die abgestandenen Lobpreisungen der britischen Freiheit nicht mehr täuschen; sie begreift sehr wohl, daß wir heute einen Weltkrieg auszufechten hätten, wenn das Reich den thörichten Rathschlägen der Anglomanen gefolgt wäre. Ueber die wahre Gesinnung des deutschen Volkes besteht kein Zweifel mehr seit dem durchschlagenden Erfolge der Rede des Reichskanzlers; der Eindruck jener einfachen Worte war so stark, daß selbst der Abgeordnete für Meppen nicht zu widersprechen wagte und sogar einige radikale Blätter eine halbe Zustimmung aussprechen mußten.

Also gestützt auf den Willen der Nation kann die deutsche Krone mit einiger Ruhe den nächsten Akten des orientalischen Trauerspiels entgegensehen. Die gemäßigten Zusicherungen des Petersburger Hofes würden — das ist der Lauf der Welt — wenig bedeuten, wenn Rußland hoffen könnte seine Fahnen in raschem Siegeszuge bis vor die Mauern von Stambul zu tragen. Ein so leichter Erfolg der russischen Waffen ist aber keineswegs wahrscheinlich. Wohl ist das Schlagwort von dem Koloß auf thönernen Füßen längst zum alten Eisen geworfen; das Czarenreich gebietet über eine gewaltige Macht, und auch ihre Nutzbarkeit ist erheblich gestiegen, das Eisenbahnnetz des Reiches hat sich binnen fünfzehn Jahren von 500 auf mehr denn 17,000 Werst erweitert; die bitteren Lehren des letzten orientalischen Krieges sind in der Armee nicht unbeherzigt geblieben, und die Festungen des Balkans scheinen für die moderne Artillerie nicht mehr uneinnehmbar. Doch die ungeheuren Hemmnisse, welche das unwirthliche, ungesunde, straßenarme Land von jeher vorrückenden Heeren entgegengestellt hat, bleiben noch heute die gleichen. Die Türkei gebietet heute über den Pontus, der ihr im Jahre 1828 verschlossen war, und über ein tapferes kampfgewohntes Heer, das freudig für die heilige Sache des Islam gegen den alten Erbfeind kämpfen wird. Der Ausgang des Feldzugs erscheint sehr unsicher, und den Höfen von

Wien und Berlin wird schwerlich die Gelegenheit fehlen, zur rechten Zeit ein gewichtiges Wort zu sprechen, falls der Rausch des Sieges den Uebermuth des Panslawismus erwecken sollte.

Jeder Krieg spottet der Voraussicht. Es bleibt ja denkbar, daß die Seelenangst der englischen Handelspolitik schließlich doch noch die Welt durch einen neuen Opiumkrieg erfreut, daß die muhamedanischen Reiterregimenter der Kaiserin von Indien, begleitet von den Segenswünschen gottseliger Reverends, für den christlichen Halbmond in den Kampf ziehen. Bisher jedoch läßt sich Alles so an, als sollte die große Schicksalsfrage der orientalischen Politik, die Zukunft Konstantinopels diesmal noch nicht entschieden werden. Der türkische Krieg ist für Rußland ein ungeheures Wagniß. Kein Europäer weiß, was in den Seelen der acht Millionen muhamedanischer Unterthanen des weißen Czaren vorgeht, wie viel das Wort des Scheikh-ul-Islam und das Ansehen des Khalifen bei diesen Massen noch gilt, und welche Folgen ein Aufflammen der Glaubenswuth der Streiter Allahs für Rußland wie für Englands ostindische Herrschaft haben kann. Wie der Krimkrieg einst eine tiefeinschneidende sociale Umwälzung über Rußland herraufführte, so kann ein langdauernder neuer orientalischer Krieg leicht die hochgefährlichen Mächte des radikalen Nihilismus, welche in der moskowitischen Halbbildung gähren, zu wildem Kampfe entfesseln — ganz zu geschweigen des unbelehrten polnischen Adels. Das Czarenreich hat der wunden Stellen genug. Das noch unvollendete große Reformwerk des Kaisers bedarf des Friedens; das kaum erst wiederhergestellte Gleichgewicht im Staatshaushalte muß durch einen langen Krieg unfehlbar verloren gehen. In der That deutet auch der mäßige Umfang der russischen Rüstungen nicht auf die Absicht einen Stoß in's Herz der osmanischen Macht zu führen. Vielleicht ist der Staat vorderhand noch nicht im Stande mehr als 200,000 Mann für einen auswärtigen Krieg zu verwenden; jedenfalls wird man sich in Petersburg eingestehen müssen, daß ein solches Heer heutzutage geringe Aussicht hat vom Pruth her die Stadt der Komnenen zu erreichen.

Ueberall in den Landen des Mittelmeers begegnen uns unfertige, unreife Verhältnisse. Die mediterranische Welt krankt an zwei großen Uebeln: an der Seeherrschaft Englands und an der rettungslosen Fäulniß des Osmanenreichs. Aber die jungen Kräfte, welche diese verlebten Mächte dereinst verdrängen können, sind noch im Werden. Das griechische Volk, das durch Stammesart und Weltstellung berufen scheint den besten Theil aus der Hinterlassenschaft des kranken Mannes an sich zu nehmen, hat seine kriegerische Kraft schwer vernachlässigt. Wenn die Rumänier mit einigem Grunde erwarten können, durch das russische Bünd-

niß sich die volle Unabhängigkeit zu erwerben, so darf Griechenland für jetzt im allergünstigsten Falle nur hoffen seine Grenzen etwas weiter nach Norden vorzuschieben. Noch trauriger liegen die Dinge im Westen. Nur wenn das Centralland des Mittelmeeres, das die schönsten Häfen des Südens besitzt und mit seiner Sprache noch heute den Handel der Levante beherrscht, nur wenn das alte seegewaltige Italien wieder zur Erkenntniß seiner welthistorischen Aufgaben erwacht, werden die verschrobenen Zustände des mediterranischen Verkehrs sich wieder frei und menschlich gestalten; und Niemand kann diese große Wendung aufrichtiger wünschen als wir Deutschen, die Schicksalsgenossen der Italiener. Schon Napoleon sagte: die erste Lebensbedingung für ein Königreich Italien ist eine Seemacht zu werden. Doch selbst der traurige Tag von Lissa hat die Italiener nicht zu dem Entschlusse gebracht ihre Flotte in großem Sinne neu zu gestalten; der Ehrgeiz der römischen Staatsmänner erhebt sich heute höchstens zu der Frage, ob man vielleicht Tunis erobern könne beim Zusammensturze des türkischen Reichs. So erscheint die Lage im Süden nach allen Seiten hin unvorbereitet für eine große Entscheidung. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die gegenwärtige Krisis wieder nur einige Steine mehr aus dem morschen Gefüge des Türkenreiches ausbricht ohne den Bau selber zu zerstören.

Wie auch die Würfel fallen mögen, wir Deutschen schwimmen nicht gegen den Strom der Geschichte. Der Grundsatz der Intervention ist in Mißachtung gefallen, seit die Heilige Allianz ihn übermüthig mißbrauchte; maßvoll angewendet behauptet er doch seine Geltung in einer Staatengesellschaft, die sich als ein Ganzes fühlt. Der türkische Staat hat alle die theueren Versprechungen, die ihm den Eintritt in unsere Staatengemeinschaft eröffneten, mit Füßen getreten. Das christliche Europa darf sich das Recht nicht nehmen lassen, diese barbarische Macht, wenn sie noch nicht vernichtet werden kann, mindestens also zu knebeln, daß sie mit ihren Rüsselschlägen die Menschenrechte ihrer christlichen Unterthanen nicht mehr zu gefährden vermag. —

1877.

Das Ergebniß der letzten Wahlen.

Berlin, 5. Februar 1877.

So oft die große Sphinx des allgemeinen Stimmrechts ihre Lippen geöffnet hat, pflegen Doctor Tant-pis und Doctor Tant-mieux sich in der Presse über die Bedeutung des Räthselspruchs zu streiten, und noch niemals haben die beiden Aerzte ihre Meinung so lebhaft und mit so guten Gründen verfochten, wie nach den jüngsten Wahlen. Wer nur an den Verlauf des kommenden Reichstags denkt, mag getrost den Ausfall des Würfelspiels loben, denn ein Systemwechsel wird in Folge dieser Wahlen schwerlich eintreten. Die Verfassung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches sowie alle die großen grundlegenden Gesetze des letzten Jahrzehnts bis herab zu dem Militärgesetz und den Justizgesetzen sind zu Stande gekommen durch das Zusammenwirken einer aus conservativen und altliberalen Elementen gemischten Regierung, die sich bemüht über den Parteien zu stehen, mit den nationalliberalen und den conservativen Fractionen des Reichstags. Zwar lieben einzelne liberale Blätter, wenn sie gegen die Regierung verstimmt sind, von einer „großen liberalen Partei" zu erzählen, die von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis zu dem linken der Fortschrittspartei hinüber reichen soll und als die Blüthe des deutschen Bürgerthums geschildert wird. Diese ideale Partei hat nur den einen Fehler, daß sie nicht existirt. Süße Worte richten nichts aus gegen die unbestreitbare Thatsache, daß ein guter Theil des gerühmten deutschen Bürgerthums sich seit einem Jahrzehnte darin gefällt, gegen die lebendigen Kräfte unserer Geschichte anzukämpfen. Alle Grundgesetze des deutschen Reichs wurden gegen den Widerspruch der Fortschrittspartei geschaffen. Die conservativ-liberale Mehrheit aber, welche den Gang unserer Politik bisher bestimmt hat, wird auch in dem neuen Reichstage wiederkehren.

Die Nationalliberalen gehen um 22 Stimmen schwächer aus dem Wahlkampfe hervor. Die Fortschrittspartei hat mit allen Mitteln demagogischer Schreierkunst die Vernichtung der gemäßigten Liberalen erstrebt und schließlich sich mit dem beschämenden Erfolge begnügen müssen, daß sie ihren eigenen Besitzstand kaum behaupten konnte. Ultramontane, Welfen, Polen und Socialdemokraten bleiben etwa so zahlreich wie bisher. Nur die conservativen Parteien erfreuen sich einer namhaften Zunahme, und da diese Verstärkung zum Theil aus hochkirchlichen und particularistischen Kreisen hervorgeht, so werden die Vorschläge des Bundesraths zuweilen wohl nur mit schwacher Stimmenzahl durchdringen; doch die Mehrheit des Hauses bleibt der Regierung, wenn sie ihren bisherigen Gang einhält, nach wie vor gesichert. Auch die Mehrheit der Nation hat sich der Politik des Reichskanzlers nicht entfremdet. Die Opposition zeigt sich jederzeit rührig; die politische Trägheit ist die Erbsünde der Zufriedenen. Ohne Leichtsinn mag man behaupten, daß der weitaus größte Theil jener Gedankenlosen, die sich diesmal den Gang zur Wahlurne ersparten, der bestehenden Ordnung zum Mindesten nicht feindlich gesinnt sei.

Doch wer darf mit so bequemen Trostgründen hinweggehen über alle die beschämenden Zeichen politischer Unreife, welche dieser Wahlkampf an den Tag gebracht hat? Ueberall eine bedenkliche Zunahme verstimmter oder feindseliger Minderheiten, fast überall ein trostloses Durcheinander von drei, vier, sechs Parteien, und nur selten jener feste rüstige Pflichteifer aller guten Bürger, dessen wir bedürfen um unseren jungen Staat in einer Welt von Feinden aufrecht zu halten. Die Macht des deutschen Reichs ist der wirthschaftlichen Entwicklung und leider auch der politischen Bildung unseres Volks um eine weite Strecke vorausgeeilt. Wir haben binnen weniger Jahre die uralte Sehnsucht der Nation über alles Hoffen hinaus erfüllt gesehen, wir danken dem neuen Reiche ein nie zuvor erreichtes Maß von nationaler Macht und Einheit und die Sicherung des Weltfriedens unter den schwierigsten Umständen, wir danken ihm den erfolgreichen Kampf gegen die Uebergriffe der römischen Kirche und die Vollendung der Stein-Hardenbergischen Gesetze, wir tragen die verhältnißmäßig niedrigste Steuerlast unter allen großen Mächten und genießen einer so schrankenlosen Freiheit in Schrift und Rede, in Haus und Wirthschaft, wie sie anderen Völkern immer erst nach längst ausgetragenen Parteikämpfen, niemals in den Anfängen eines noch unfertigen Verfassungslebens zu Theil wurde. Und Angesichts dieser Politik, welche die alten Forderungen der Oppositionsprogramme Schritt für Schritt verwirklicht, nimmt die Verstimmung der Nation unleugbar zu. Eine Masse gehässiger

Anklagen durchschwirrt die Luft; jener Krieg Aller gegen Alle, der unserem Vaterlande so viele Jahrhunderte der Schande und der Ohnmacht brachte, droht wieder über die öffentliche Meinung hereinzubrechen. In etwa 22% der Wahlkreise ist seit drei Jahren die Mehrheit umgeschlagen; zahlreiche Stichwahlen bekunden den Zerfall des Parteilebens. Ungescheut wie in den traurigsten Tagen des alten Reichs giebt der Particularismus wieder die Losung aus: „was dem Reiche zugeht, wird unserer Freiheit genommen“.

Wer unseren Nachbarn grollt, weil sie das deutsche Reich oft so wunderlich verkennen, der durchmustere nur die zweihundertundfünfzig Zeitungen der Kapläne, die Hofblätter der kleinen Residenzen, die verschiedenen gewaschenen und ungewaschenen Organe kaltgestellter Staatsmänner, die Sumpfpflanzen der Revolverpresse, die gesammte Journalistik der Fortschrittspartei und der Socialdemokratie, endlich — last not least — sämmtliche Zeitungen unserer so fröhlich auf den Höhen der politischen Bildung einherschreitenden Weltstadt, mit Ausnahme der vier oder fünf verständigen, und entwerfe sich nach dieser Belehrung ein Bild von seinem Vaterlande, wie es so daliegt, geknebelt an Händen und Füßen, ein Sklave des weißen Czaren, erdrückt von Steuern, ausgesogen von jüdischen Ministern. Dürfen wir den Fremden zürnen, wenn sie für unser Land nicht mehr Pietät und Achtung übrig haben als seine eigenen Söhne?

Woher diese krankhafte Mißstimmung? Ihr letzter Grund liegt unzweifelhaft in den Leiden unserer Volkswirthschaft. Wir haben einen ungeheuren Krieg geführt und zu dem Siegesruhm und den wiedergewonnenen alten Grenzlanden auch eine gewaltige Geldentschädigung gewonnen. Die fünf Milliarden gingen darauf um die baaren Kriegskosten zu decken, die Invaliden zu versorgen, das Heer und die neuen Grenzfestungen wieder in kriegstüchtigen Stand zu setzen. Der geringe Ueberschuß — für Preußen 316 Mill. Mark — bildete natürlich nur einen verschwindenden Bruchtheil der unermeßlichen Verluste an Capital und Arbeitskraft, welche der Krieg herbeigeführt, und heute begreift jedes Kind, daß Deutschland nach dem Kampfe nothwendig ärmer sein mußte als vorher. Anders dachte die Nation im Rausche des Sieges. Jene fieberische Erregung, die nach großen Daseinskämpfen stets noch eine Zeit lang nachzuzittern pflegt, zeigte sich nicht, wie nach den Freiheitskriegen, in der Prahlerei teutonischen Jugendmuthes, sondern in grenzenlosem wirthschaftlichem Leichtsinn. Man ließ sich nicht genügen an der wunderbaren Schicksalsgunst, die einen Theil der Kosten einer grandiosen Revolution auf die Schultern der Besiegten abgewälzt hatte; man wähnte durch den Krieg bereichert zu sein und dachte mit einem Satze den weiten Vorsprung vielhundertjähriger

ungestörten Wohlstandes, den Westeuropa vor uns voraus hat, plötzlich auszugleichen. Es kamen die wüsten Tage des Börsenschwindels und der Strikes; die Ehrlichkeit der Unternehmer und die Leistungen der Arbeiter sanken in demselben Maße als die Ansprüche Beider stiegen, die Arbeitermasse begann zu verwildern, und der Leichtsinn der Fabrikanten setzte übermüthigen Forderungen nur schwächlichen Widerstand entgegen. Als nun der unvermeidliche Rückschlag erfolgte und seine verheerenden Wirkungen noch durch eine lang anhaltende ungünstige Conjunctur des Weltmarktes verschärft wurden, da erhob sich eine reaktionäre Strömung, die lebhaft an die Demagogenjagd der zwanziger Jahre erinnert, nur daß die vergifteten Pfeile der Sykophanten sich diesmal nach oben richteten.

Das böse Gewissen der Geschäftswelt verschanzte sich hinter der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Reichs. Diese Gesetze, die uns erst den Boden geschaffen haben für die freie Entfaltung unserer wirthschaftlichen Kräfte, sollten die Schuld tragen an Allem, was der Schwindelgeist der Unternehmer wie der Arbeiter gesündigt. Wenn der Eisenwerksbesitzer im thörichten Vertrauen auf die ewige Dauer einer überspannten Speculation eine Ueberzahl neuer Hütten gegründet hatte, so war das Reich unzweifelhaft verpflichtet, dem verfehlten Unternehmen durch Schutzzölle künstlich das Leben zu fristen; und wenn der Baumwollenfabrikant den Markt in China oder Japan verlor, weil die Asiaten an die Echtheit der Waare strengere Ansprüche zu stellen pflegen als die geduldigen Deutschen, so mußte sichs das Reich zur Ehre rechnen, dem Producenten mindestens den Bestand seiner vaterländischen Kundschaft sicher zu stellen. Eine Schmutzliteratur schießt auf, deren gleichen selbst Amerika nur in den Zeiten seiner wildesten Parteikämpfe gesehen hat. Berechtigte Anklagen gegen so manchen hochstehenden Mann, der sich mit schmutzigem Gründergewinn besudelte, vermischen sich mit hämischen Anschuldigungen gegen die Regierung, die in der That durchaus reine Hände hat. Jeder Mißgriff der Staatsleitung — so die unzeitige Kündigung eines Theiles der Staatsschuld — wird in's Ungeheuerliche aufgebauscht, jeder Mangel der Gesetze — so die unverkennbaren Gebrechen unseres Actiengesetzes — verantwortlich gemacht für die Sünden der Nation — als ob die 78 Millionen Mark der gekündigten preußischen Staatsschuldscheine irgend etwas bedeuteten neben den colossalen Werthen, welche der große Krach verschlang, als ob die strengsten Gesetze irgend etwas vermöchten wider jene epidemische Verblendung, die leider alle Höhen und Tiefen unserer Geschäftswelt ergriffen hatte. Die häßlichste und niedrigste Form der Parteibildung beginnt. Kleine Interessengruppen treten zusammen, jede machtlos für sich allein, jede so ganz auf den nächsten selbstischen Zweck gerichtet, daß die Erfüllung ihrer Wünsche

nothwendig alle anderen Interessenten schädigen müßte — doch allesammt einig in leidenschaftlichen Anklagen gegen die bestehende Ordnung und mächtig durch die Wucht des concentrischen Angriffs. Aus hunderttausenden kleiner Flocken bildet sich die Lawine. Der harmlose Bürger, gewohnt in jeder Noth nach den Vaterarmen der Polizei auszuschauen, empfängt von dem wüsten Geschrei nur den unbestimmten Eindruck, daß jedenfalls eine abgefeimte Gaunerbande am Ruder stehen müsse, da das Geschäft gar so schlecht gehe; und bis in die Kreise der besten Gesellschaft hinauf hört man noch heute die kindliche Frage aufwerfen, wer denn eigentlich die fünf Milliarden gestohlen habe.

Selbstverständlich wird die wirthschaftliche Noth von allen denen ausgebeutet, die sich mit der Hoffnung schmeicheln, daß aus dem Winter des allgemeinen Mißvergnügens ein glorreicher Sommer für ihre Person oder ihre Partei hervorgehen werde. Die Staatsmänner außer Dienst sind die Landplage jedes Staates, der eine Revolution überstanden hat. Das Rad der Zeit hat sich mit rasender Eile gedreht, im Reiche wie in den Einzelstaaten unzählige verdiente und unverdiente Politiker auf den Sand geworfen. Hunderte erboster Augen spähen mit dem ganzen Ingrimm deutscher Tadelsucht nach jedem Gebrechen dieses Reiches, das jedenfalls den Fehler hat ohne die Hilfe seiner Kritiker fortzuschreiten; und nirgends wuchert die Fronde der Salons so üppig, wie in der Hauptstadt, wo man den Dingen allzu nahe steht und über den tausend Menschlichkeiten, die sich an jedes mächtige Schaffen hängen, den großen Gang der Geschichte kaum bemerkt. Ich kenne selbst an so manchem Orte des Reichs geistreiche und ehrenwerthe Männer, die durch lauter Eigensinn und Rechthaberei dahin gelangt sind von Allem abzufallen, was ihrem Leben vordem Werth und Inhalt gab. Sie standen zur Zeit des Deutschen Bundes unter den Aposteln der deutschen Einheit, begrüßten die Schlacht von Königgrätz als den Anbruch einer großen Zeit, hielten dann noch krittelnd und naserümpfend eine Weile bei der neuen Ordnung aus, bis sie anfingen sich verstimmt zurückzuziehen, sei es weil irgend ein Gesetz des Reichs einem Paragraphen ihres nationalökonomischen Systems zuwiderlief, sei es weil irgend ein Schritt der deutschen Kirchenpolitik ihnen zu dreist erschien; seitdem haben sie sich immer tiefer in die Verbitterung hineingearbeitet und heute weilen sie schon nahe bei den Ultramontanen oder den Partikularisten, enthalten sich der Abstimmung oder stimmen auch wohl bei der Stichwahl für den Socialdemokraten: um nur ja keinen einzigen Einfall ihres Kopfes aufzugeben begehen sie Verrath an sich selber. Zu der Unzahl der Gekränkten und Eigenrichtigen gesellen sich die wohlmeinenden Frommen, die nicht verzeihen können, daß der nothwendige

kirchenpolitische Kampf leider auch manche kirchenfeindlichen Kräfte entfesselt hat. Zu diesen sodann die unbelehrten Particularisten und Hochconservativen. Sie haben unter dem modischen Aushängeschilde der agrarischen Interessen seit zwei Jahren eine überaus rührige Agitation unterhalten und zwar für sich selber sehr geringe Erfolge geerntet, doch zur Verbitterung der Massen auf dem flachen Lande redlich beigetragen. Und zu Alledem noch die Fortschrittspartei mit ihrem sinn- und ziellosen Schelten gegen jede Politik, die nüchtern mit den gegebenen Thatsachen rechnet.

Unser Volk müßte in der That ein hohes Maß politischer Erfahrung besitzen, wenn dieser vollstimmige Chor leidenschaftlicher Anfeindungen von links und rechts nicht den beiden extremen Parteien Vortheil brächte, welche die Grundlagen unserer Cultur bekämpfen. Die ultramontane Bewegung ist sichtlich im Ebben. Der Episcopat selber beginnt zu fühlen, daß er der Macht des preußischen Staates nicht gewachsen ist; im Rheinland wird auch von eifrigen Katholiken die strengere Schulzucht unter der Aufsicht der weltlichen Schulinspectoren dankbar anerkannt; und schon erhebt sich selbst unter blindgläubigen Bauern zuweilen die Frage, wo denn die erschreckliche diocletianische Verfolgung bleibe, da doch der Gottesdienst völlig ungestört weiter geht. Durch ihre eigene Kraft kann die clericale Partei ihre Stellung nicht mehr verstärken. Nur die wirthschaftliche Noth kommt ihr noch zu statten: man fühlt sich unbehaglich im Handel und Wandel und folgt noch bis auf Weiteres dem Herrn Kaplan, der so genau weiß, daß alles Elend dieser Welt allein den Teufelskünsten des Bismarck zu danken ist. Das Centrum hat mit Müh und Noth seine alten Sitze behauptet, und wir werden nach wie vor den krankhaften Zustand ertragen müssen, daß die reactionärste aller Parteien bei uns mit demagogischen Mitteln wirkt, durch ihre schlechthin feindselige Haltung die Lösung jeder politischen Frage verwirrt und erschwert.

Der Löwenantheil an den Erfolgen der allgemeinen Mißstimmung fiel aber jener Partei zu, die für jede Beschwerde das sinnlichste aller Heilmittel, die Faulheit und Glückseligkeit der ganzen Welt, in Bereitschaft hat. Die Weltklugheit der socialdemokratischen Führer ist wider Erwarten doch stärker gewesen als die angeborene Lust am Zank und Stank. Die beiden Fractionen der Partei, die einander vor Kurzem noch mit jedem Ekelnamen belegten, haben sich verschmolzen, und natürlich behielt dabei die radikalere Richtung der Eisenacher die Oberhand. Das Ergebniß der rastlos und geschickt geleiteten Agitation war sehr günstig: soweit die unsicheren Nachrichten bis jetzt ein Urtheil verstatten, haben sich die socialistischen Stimmen seit den Wahlen von 1874 zum Mindesten ver-

doppelt. Der innerste Charakter dieses bodenlosen Radicalismus liegt jetzt klar vor Aller Augen. Wer noch dem gutmüthigen Wahne huldigte, daß die Socialdemokratie nur in rohen Formen berechtigte Beschwerden mißhandelter Massen vertrete, der blicke auf die Wahlergebnisse in Dresden und Solingen, wo keine Spur von Massenelend zu finden ist. Die Partei siegt überall dort, wo ihr gelingt die Sinnlichkeit der Menge für die Ideale eines wüsten Schlaraffenlebens zu begeistern. Mögen die augenblicklichen Führer der Bewegung immerhin der revolutionären Willenskraft entbehren und in dem Genusse ihrer demagogischen Herrschermacht ihre Befriedigung finden: die beständige Aufwiegelung aller thierischen Begierden und die Verhöhnung alles Heiligen kann dereinst noch zum Bürgerkriege führen. Eine ernstliche Gefahr für unsere bürgerliche Ordnung würde eintreten sobald der Socialismus in das Heer dringt; ist die Masse der Mannschaft erst mit socialistischen Träumen erfüllt, so könnte selbst unsere eiserne Kriegszucht sie nicht mehr in Schranken halten. Es ist aber unrecht, sich den Kopf durch finstere Schreckbilder zu verdüstern, so lange die Möglichkeit friedlichen Sieges noch vorliegt. Die Socialdemokratie bildet noch immer nur einen kleinen Bruchtheil unseres Volkes, auch wenn man alle die Tausende harmloser Schwätzer, die sie zu der Wahlurne treibt, ihren überzeugten Bekennern zurechnen will, und sie kann durch den Einmuth der reichstreuen Parteien sehr wohl im Frieden überwunden werden.

An solchem Einmuth fehlt es nur zu sehr. Wir reden nicht von der widerwärtigen, aber durchaus naturgemäßen Bundesgenossenschaft, die sich zwischen der Socialdemokratie und anderen Oppositionsparteien hergestellt hat. Daß die Dresdener Hofbedienten und Rautensachsen lieber für Herrn Bebel als für den nationalliberalen Candidaten stimmten, konnte Keinen überraschen, der den wüthenden Preußenhaß jener Kreise kennt. Von den Ultramontanen war das gleiche Verfahren zu erwarten: die Partei muß durch die gesteigerte Gehässigkeit ihrer Angriffe das beginnende Sinken ihrer Kräfte zu verbergen suchen. Auch die Fortschrittspartei war nach allen den Brandreden, die sie wider die Knechtschaft des deutschen Reichs in die Welt geschleudert hatte, nicht mehr in der Lage, den Bruderkuß der fortgeschrittensten Freiheitsmänner von ihren keuschen Lippen abzuwehren. Bedenklicher ist die Unthätigkeit und Zerfahrenheit jener großen Mehrheit des Volks, die den Sturz des gegenwärtigen Regierungssystems nicht will. Die gemäßigten Parteien haben fast überall da ihre Schuldigkeit gethan, wo man die Schwarzen und die Rothen aus schmerzlicher Erfahrung kennt: am Rhein und in Baiern, in Sachsen und den Hansestädten. Wo man sich sicher glaubte, war die Theilnahme

gering. Mehrere Wahlkreise der Provinz Sachsen sind den Nationalliberalen allein durch ihre Saumseligkeit verloren gegangen. In Berlin ist zwar jene traurige Muthlosigkeit der gemäßigten Parteien, die noch im Herbst bei den Landtagswahlen sich zeigte, endlich geschwunden; doch die Zahl derer, die aus Kaltsinn oder pessimistischer Schadenfreude sich der Abstimmung enthielten, blieb selbst bei den Stichwahlen noch sehr groß. Schleswigholstein bot das unerquickliche Schauspiel eines völlig zerklüfteten Parteikampfs, und wir müssen es noch als ein Glück begrüßen, daß mindestens die Socialdemokratie aus dem transalbingischen Wirrwarr keinen Gewinn gezogen hat. In Baden gelang es den Liberalen nicht, ihrem tüchtigsten Staatsmann einen Wahlkreis zu sichern. Erfreulich war es nicht, daß ein Mann wie Minister Jolly, der für die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches mehr gethan hat als irgend Einer unter den nichtpreußischen Ministern, im September unberechenbaren persönlichen Verstimmungen zum Opfer fallen und einem Nachfolger weichen mußte, von dem man bis jetzt nur sagen kann: seine Reden zeichnen sich durch eine vollendete Unbestreitbarkeit aus; daß sich aber gegen diesen Mann, dem das Land ein Jahrzehnt tüchtiger liberaler Verwaltung dankt, eine Verschwörung von sogenannten Liberalen bilden konnte, die aus persönlichem Haß und starrköpfiger Rechthaberei mit den Ultramontanen, den Orthodoxen und den Particularisten zusammenwirkte, das bleibt ein wahrhaft erstaunliches Probstück deutscher Kleinkrämerei und Kleinmeisterei. Am allerkläglichsten verliefen die Wahlen in Württemberg. Die hochherzige patriotische Gesinnung, die während des Krieges in Schwaben emporkam, beginnt bereits wieder dem particularistischen Mißmuthe zu weichen. Und da die Allmacht des Schreiberregiments bekanntlich zu den Kleinodien der königlich württembergischen Freiheit gehört, so genügte ein Wink der Regierung, ein gewandtes Hindeuten auf das Schreckgespenst der Reichseisenbahnen, um die Mehrzahl der nationalliberalen Schwaben aus dem Sattel zu heben und einige unbekannte Politiker an ihre Stelle zu setzen, von denen nur das Eine sicher ist, daß sie niemals gegen Herrn Minister v. Mittnacht stimmen werden; denn auch das ist eine berechtigte Eigenthümlichkeit der württembergischen Freiheit, daß dort eine schlechthin gouvernementale Partei besteht, die all' ihren Freimuth gegen Berlin, all' ihre zärtliche Nachsicht auf die heimische Regierung wendet. Zu diesen ministeriellen Schwaben kommen noch einige Mitglieder jener unfindbaren süddeutschen Volkspartei, die unser Vaterland in schweizerische Cantone zerschlagen würde, wenn sie vermöchte ihre Gedanken zu Ende zu denken. Den biederen Wählern lagen selbstverständlich dergleichen republikanische Pläne fern; man wollte

nur dem volksthümlichen Unmuth gegen Preußen einen möglichst gesinnungstüchtigen Ausdruck geben.

Kein Wunder, daß nach solchen Wahlen mancher besonnene Mann schon an die Aenderung des Wahlgesetzes denkt. Diese Jahrbücher haben, wie unseren Lesern bekannt, von jeher das allgemeine Stimmrecht als eine Begünstigung der Unbildung bekämpft. Wir sind auch Gegner der geheimen Abstimmung. Wenn man den ehrenhaften Wähler unter vier Augen fragt, ob er sich nicht geschämt habe so wie der Dieb in der Nacht sein Bürgerrecht ausüben zu müssen, so wird er sicherlich mit Ja antworten: Was aber jedem einzelnen braven Manne als eine Demüthigung erscheint, muß nothwendig zerrüttend auf das Ganze wirken. Alle möglichen Gefahren der Wahlbeeinflussung fallen, wie uns scheint, gar nicht in's Gewicht gegenüber jener Pest der heuchlerischen Lüge, welche durch die geheimen Wahlen über viele Tausende verbreitet wird. Gleichwohl würden wir eine Aenderung des Wahlgesetzes unter den heutigen Umständen für einen politischen Fehler halten. Die schlimmste Wirkung des allgemeinen Stimmrechts liegt nicht in den unmittelbaren Wahlergebnissen, sondern in der Selbstüberhebung der ungebildeten Massen, welche durch die gleiche Theilnahme Aller am Wahlrechte gefördert wird. Doch diese verhängnißvolle Folge ist schon seit einem Jahrzehnt eingetreten und durch Reformen der Gesetzgebung nicht mehr rückgängig zu machen. Das allgemeine Stimmrecht besitzt, grade weil es den Mächten der Dummheit, der Leidenschaft, der Begierde einen so weiten Spielraum giebt, einige unverkennbare Vorzüge. Es klingt paradox und ist doch wahr, daß einzelne völlig unvernünftige Institutionen zuweilen ein Bollwerk bilden gegen die rohe Anarchie. In einer Zeit demokratischen Gleichheitstaumels gereicht es dem Staate zum Vortheil, wenn er der Unersättlichkeit des Radicalismus ein Recht entgegen zu halten vermag, das selbst in demokratischen Republiken nicht mehr überboten werden kann. Das allgemeine Stimmrecht jetzt aufheben hieße den Feinden der bürgerlichen Ordnung eine scharfe Waffe in die Hand drücken. Die Sprache mehrerer socialistischer Blätter deutet darauf hin, daß man in diesen Kreisen eine Beschränkung des Wahlrechts vielleicht nicht ungern sehen würde, weil sie den Agitatoren den erwünschten Vorwand zur Hetzerei und Aufwiegelung böte. Sodann wird durch die unberechenbaren Ueberraschungen der allgemeinen Wahlen die Trägheit der wohlmeinenden Gedankenlosen aus ihrem Schlummer aufgestört; dies Wahlsystem ist nur zu handhaben, wenn Alle ihre Bürgerpflicht erfüllen. In Hamburg und in Sachsen, ja selbst in Berlin hat das Anwachsen der Socialdemokratie die gemäßigten Parteien bereits gezwungen, sich aus ihrer Gleichgiltigkeit aufzuraffen; die Zahl der

Abstimmenden hat sich im Durchschnitt auf 70 Procent gehoben — eine noch immer viel zu niedrige Ziffer — und es wäre verkehrt, wenn der Gesetzgeber den Besitzenden jetzt wieder erlauben wollte sich in bequemer Sicherheit zu wiegen. Auch ist es doch ein Gewinn, daß die allgemeine Abstimmung den Gebildeten einen Einblick gewährt in die Gefühle und Wünsche, die in der Masse des Volks gähren, ihnen einen Maßstab giebt für die Gefahren, die unseren Staat bedrohen. Da endlich die Ansichten über ein neues Wahlgesetz sehr weit auseinander gehen, so scheint es geboten sich mit dem bestehenden zu begnügen und — to make the best of it. Höchstens ließe sich eine Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags auf fünf Jahre verlangen, weil die Wiederkehr der allgemeinen Abstimmung nach je drei Jahren der sittlichen und der wirthschaftlichen Kraft des Volkes Unbilliges zumuthet.

Doch solche Fragen können noch vertagt werden. Was uns zunächst noth thut, ist feste Eintracht und erhöhte Thätigkeit aller der Parteien, welche den Ausbau der Reichsverfassung auf dem festen Grunde der monarchischen Einheit ernstlich wollen. Wenn die besitzenden Klassen bei den jüngsten Wahlen, nach Verhältniß ihrer Mittel, nur den zehnten Theil der Opfer gebracht hätten, welche die socialistischen Proletarier sich auferlegten, es stünde anders um den Ausgang des Kampfes. Wer jetzt noch nicht einsieht, daß ein englisches Parteiregiment in dem Gewirr unserer Fractionen keine Stätte findet und die Macht der Krone den Eckstein des deutschen Staates bildet, der ist blind gegen die Zeichen der Zeit. Und auch der verblendet sich selbst und Andere, wer noch immer versichert, die Einheit Deutschlands stehe über jeder Anfechtung erhaben. Wir haben Feinde ringsum. Das Gefühl frohen Dankes, das einst die neue Kaiserkrone begrüßte, ist weiten Kreisen des Volkes wieder abhanden gekommen. Mit den grundsätzlichen Gegnern des Reiches und seines evangelischen Kaiserhauses verbindet sich die wirthschaftliche Besorgniß und jene in tausend Farben schillernde deutsche Verdrossenheit, die, wenn sie nichts Anderes zu sagen weiß, mindestens darüber schilt, daß man heutzutage nicht mehr wie unter dem alten Bundestage über das deutsche Elend jammern kann. Zusammengeschaart bilden alle diese unzähligen Oppositionsparteien doch eine namhafte Macht, und sie wirken mit jener cynischen Rücksichtslosigkeit gegen das Vaterland, welche der deutschen Opposition noch als eine schmähliche Erbschaft aus den Tagen unserer Zerrissenheit geblieben ist: sie scheuen sich nicht, die Ehre ihres Landes vor dem Auslande bloßzustellen. Die geheime Preßkasse des Sultans, die so viele Wiener und Pariser Blätter mit ihrem goldenen Regen befruchtet, braucht sich um die Presse der deutschen Opposition nicht zu bemühen. Freiwillig, aus Parteihaß

und Widerspruchsgeist bestreben sich unsere ultramontanen und demokratischen Zeitungen den Dreikaiserbund zu untergraben und das Deutsche Reich als den unheimlichen Störer des europäischen Friedens zu verlästern. Es gilt, auf der Wacht zu stehen gegen diese von allen Seiten herandrängenden Sturmkolonnen der Opposition, aber auch — ihre Bedeutung nicht zu überschätzen. Wie laut sie lärmen mögen, sie sind doch allesammt mit Unfruchtbarkeit geschlagen. Unter den Parteien der Opposition ist keine einzige, welche an den Platz der gegenwärtigen Regierung treten könnte ohne die Grundlagen unseres Staatslebens zu erschüttern. Wenn man nur den guten Willen hat vergangene kleinliche Fractionszänkereien gleichmüthig zu vergessen, so wird sich auch in dem neuen Reichstage eine feste zuverlässige Mehrheit bilden.

Nach den Wahlen von 1874 wurde in diesen Jahrbüchern sofort zugestanden, die conservative Partei sei im Lande stärker als im Reichstage. Wir bedauern keineswegs, daß dies Mißverhältniß sich jetzt gemildert und der Schwerpunkt des Hauses sich etwas weiter nach rechts verschoben hat. Doch unter den neugewählten Conservativen finden sich manche schlechthin reaktionäre Elemente. Herr von Kleist-Retzow und seine Freunde sind abgesagte Gegner unserer Kirchenpolitik, die bei der bisherigen conservativen Fraction des Reichstags in den meisten Fällen Unterstützung fand. Es wäre nicht heilsam, wenn so scharf geschiedene Ansichten unter einen Hut gebracht würden. Soll die Lage sich klären, so bleibt die Bildung einer kleinen mit dem Centrum befreundeten hochconservativen Fraction doch wünschenswerth, wie kläglich auch die unendliche Zersplitterung unseres Parteiwesens erscheinen mag. Die feste nationale Gesinnung, die in der großen Mehrheit der Deutschen Reichspartei vorherrscht, hat auch auf die sächsischen Mitglieder der Fraction günstig eingewirkt; die Aufgabe der Partei wird aber um Vieles schwieriger werden, wenn die schwäbischen Ministeriellen ihr beitreten sollten. Vielleicht erleben wir auch abermals den so oft schon gescheiterten Versuch eine mittelstaatlich-officiöse Partei zu bilden, und es bestünde dann wieder ein Fractiönlein mehr, ebenso unberechenbar in seiner Haltung wie die Elsasser Autonomisten, die schwerlich sogleich aus den Schranken ihrer Landsmannschaft heraustreten werden. Auf freundliche Aufnahme können alle die Elsässer zählen, die entschlossen sind die Geschäfte ihres Landes geschäftsmäßig zu behandeln, doch überspannte Erwartungen bringen wir ihnen nicht entgegen. Wir wissen sehr wohl, daß die große Mehrzahl der gebildeten Elsasser die deutsche Herrschaft insgeheim nur als ein Provisorium betrachtet; und wer darf ihnen das verargen, da wir Altdeutschen selber noch nicht ahnen, welche Verfassung der unglückseligen Mißbildung des Reichslandes dereinst zu theil werden soll?

Die Fortschrittspartei ist ersichtlich in einem Zustande der Gährung. Das aufreizende Geschrei ihrer Zeitungen kann als ein getreuer Ausdruck der Meinungen der gesammten Fraction schon darum nicht gelten, weil keines dieser Blätter den Ansprüchen eines gebildeten Lesers zu genügen vermag. Die Mehrzahl der positiven Köpfe der Partei hat bereits zur Zeit der großen Militärdebatten den Fractionsverband verlassen; viele der Uebrigen sehen mit Unmuth auf das übermüthige Treiben der Berliner Führer. Die Zeit wird lehren, ob es den Besonnenen gelingt, die Fraction näher an die reichstreuen Parteien heranzurücken, oder ob man vorziehen wird, nochmals wie so oft schon Schulter an Schulter mit dem Centrum zu kämpfen. Bis jetzt scheinen die leidenschaftlichen Gegner der nationalliberalen Partei obenauf zu bleiben, und diese kann nicht ohne sichere Bürgerschaften wieder ein Bündniß eingehen, das sich fast bei allen unpopulären Abstimmungen als unzuverlässig erwiesen hat. Im clericalen Lager hat sich nichts Wesentliches geändert; wo man unseren nationalen Staat als eine Fremdherrschaft schmäht, da haben deutsche Patrioten nichts zu verhandeln. Auch die Socialdemokratie wird im Parlamente nach wie vor nur wenig bedeuten. Sie mag den Reichstag zuweilen durch die bekannte Socialistenrede oder durch einen unmöglichen Antrag beschäftigen; auf die Kopfzahl der Fraction kommt dabei wenig an, denn bisher haben sich noch immer einige ultramontane Grafen und Barone bereit gefunden, socialistischen Anträgen die erforderliche Anzahl von Unterschriften zu verschaffen. Wir hoffen aber, die Mehrheit des Reichstags wird sich selbst durch dreiste Herausforderungen nicht hindern lassen, die socialen Gesetze, welche gegenwärtig durch schwierige Enqueten vorbereitet werden, zu vollenden. Nur thätige Reform, nicht furchtsames Beharren entwaffnet die Parteien der Anarchie.

Die Nationalliberalen werden strenger Selbstbeherrschung und fester Mannszucht, auch bei minder wichtigen Abstimmungen, bedürfen, wenn sie in diesem Durcheinanderwogen der Parteiung die führende Fraction des Reichstags bleiben wollen. Das neue Haus erwarten ernste Aufgaben, nicht ganz so großartig wie die von dem letzten Parlamente gelösten, aber wichtige, unerläßliche Arbeiten: das Reich kann gesicherter selbständiger Einnahmen und einer umfassenden Verwaltungsorganisation auf die Dauer so wenig entbehren, wie unser zersplittertes Verkehrswesen einer gesetzlichen Ordnung. Mag auch nicht Alles, was wir wünschen, zur Reife kommen, mag auch der kühne Reichseisenbahnplan vielleicht vertagt oder abgeschwächt werden; die Gesetzgebung des Reichs wird ihres stetigen Ganges weiter gehen, wenn die gemäßigten Parteien ihre Pflicht erkennen.

Wieder einmal erklingt durch's Reich der alte Thorenruf, der einst die Polen ins Verderben stürzte und die Deutschen den Fremden unter die Füße warf: malumus turbulentam libertatem quam quietam servitutem! Die Weisen der Kapuze und der Bluse preisen den Kampf gegen den Staat als die goldene Freiheit; und auch diesmal fehlt der begehrliche Nachbar nicht, der schadenfroh die Wirkung des Sirenensangs erwartet. Doch die Schöpfung des großen Jahres 1866 steht auf festerem Grunde als weiland die Republik des polnischen Adels und das Kaiserthum der Habsburger.

Noch ein Wort zur Arbeiterfrage.

(L. Brentano, das Arbeitsverhältniß gemäß dem heutigen Recht. Leipzig, Duncker und Humblot 1877.)

I.

Berlin, 30. Mai 1877.

Es war ein glücklicher Gedanke Lujo Brentano's, daß er sich entschlossen hat der gebildeten Lesewelt statt einer zweiten Auflage seines bekannten Werkes über die Arbeitergilden vielmehr ein völlig neues Buch zu bieten. Die vorliegende Schrift faßt die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchungen des älteren Werkes kurz zusammen und knüpft daran eine Betrachtung der gesammten Arbeiterfrage. Sie zeigt in Form und Inhalt einen entschiedenen Fortschritt: die Darstellung ist klarer und knapper, das Urtheil ruhiger als in den „Arbeitergilden“. Ueberhaupt bekundet die Mehrzahl der neuesten Schriften unserer deutschen Socialpolitiker eine erfreuliche Mäßigung; der Anblick der zunehmenden Verwilderung der Socialdemokratie wirkt offenbar ernüchternd auf wissenschaftliche Köpfe. Noch weit bestimmter als früher weist der Verfasser nach, daß die sociale Reform nur wenn sie sich auf dem Boden der bestehenden Gesetze hält, Erfolg verspricht; er hofft von Gewerkvereinen und Einigungsämtern nach englischem Muster die wirthschaftliche Hebung unserer arbeitenden Klassen. Daß die deutschen Gewerkvereine einer ähnlichen Entwicklung fähig seien wie die englischen, hat er freilich nicht bewiesen; ihre bisherigen Leistungen berechtigen leider keineswegs zu überschwänglichen Erwartungen. Aber auch wer Brentano's Hoffnungen nicht überall zu folgen vermag, wird in dem Buche viel thatsächliche Belehrung, viel Anregung zum Nachdenken finden und dem humanen Sinne des Verfassers die Anerkennung nicht versagen.

Der schwächste Abschnitt des Buchs ist die Schlußbetrachtung mit dem vielverheißenden Titel: die Lösung der Arbeiterfrage. Hier, wo die leitenden Grundsätze der Socialpolitik erörtert werden sollen, zeigt sich Brentano's philosophische Bildung nicht fest und sicher genug um den Illusionen

einer erregbaren Phantasie und eines warmen Herzens immer Stand zu halten. Da in diesem Schlußabschnitte meine Schrift über den Socialismus und seine Gönner mehrfach bekämpft wird, so kann ich einige kritische Bemerkungen nicht umgehen.

Brentano bezeichnet als das Ziel der socialen Entwicklung „ein an Mannichfaltigkeit reiches Gesammtleben, bei welchem Jeder entsprechend seinen durch die Cultur möglichst entwickelten Fähigkeiten an den gesammten Segnungen der Cultur Antheil erhält“, und auch dieses Ziel soll „nicht das letzte sein“. Er beschwert sich sodann über mich, weil ich verwandten Aeußerungen seiner früheren Schriften vorgeworfen, sie schweiften in's Schrankenlose und berücksichtigten nicht die nothwendige Gliederung der Gesellschaft. Ich kann darauf leider nur erwidern, daß ich auch diese seine neueste Formel für einen jener unbedachten Aussprüche halte, die ein nüchterner Mann sofort fallen läßt wenn man ihn ernstlich beim Worte nimmt. Man wende sich wie man wolle, dieser Satz sagt schlechterdings nichts anders als das alte Evangelium der Saint Simonisten: Jedem nach seiner Fähigkeit. Nimmt man die Anlagen der einzelnen Menschen zum Maßstabe für die Vertheilung der Güter der Cultur, so muß man unausbleiblich dem Eigenthum den Krieg erklären, nicht blos der heutigen, sondern jeder irgend denkbaren Form des Eigenthums und des Erbrechts. Es ist nicht zum Verwundern, daß der Leipziger „Vorwärts“ auf Grund dieser Schrift Brentano aufforderte, er möge ein ganzer Socialist werden statt in solchen Halbheiten zu verharren. Selbstverständlich wird Brentano der freundlichen Einladung nicht folgen; er glaubt vielmehr, sein Satz enthalte eine Beschränkung in sich, da der Fortschritt der Cultur die Ungleichheit der Existenzbedingungen voraussetze. Aber dieser Glaube ist nur eine wohlgemeinte Selbsttäuschung; man kann nicht Feuer und Wasser in einem Schlauche mischen. Jede gesittete Gesellschaftsordnung, die wir aus der Geschichte kennen oder in unseren Träumen uns ersinnen mögen, ruht auf dem Grundsatze, daß der Antheil der Menschen an den Segnungen der Cultur sich nicht nach dem Maße ihrer Anlagen richtet; denn sonst müßte jedes neue Geschlecht die Arbeit der Cultur von vorn beginnen, sonst hörte jenes Fortwirken der Vergangenheit in der Gegenwart auf, wodurch das historische Leben sich von dem Leben der Thiere unterscheidet. Die Staatswissenschaft soll nachweisen, wie innerhalb dieser Gesellschaftsordnung, die nur mit der Menschheit selber verschwinden kann, eine freiere Bethätigung der persönlichen Anlagen jedes Einzelnen nach und nach möglich wird; doch sie hebt sich selber auf, wenn sie ein Ziel der socialen Entwicklung aufstellt, das nur durch die Vernichtung der Gesellschaft erreichbar ist.

Dieser seiner Auffassung der Arbeiterfrage steht nun, wie Brentano behauptet, eine andere Anschauung gegenüber, welche im Kreise der „echten Geisteskinder dieses Jahrhunderts" eigentlich keiner Widerlegung bedarf. Es ist die Meinung „ungebildeter Grundbesitzer und Fabrikanten sowie kurzsichtiger geistiger wie materieller Epikuräer". Ich vermag unseren Lesern nicht mit Sicherheit zu sagen, welcher dieser vier Menschenklassen ich angehöre. Gewiß ist nur, daß Brentano mich zu ihnen rechnet, denn als Probe der verkümmerten Ansichten dieser Leute führt er eine Aeußerung von mir an, welche vollständig also lautet: „Unser Geschlecht ist aber so gebrechlich und bedürftig von Natur, daß die ungeheure Mehrheit der Menschen immer und überall der Sorge um das Leben, der materiellen Arbeit ihr Dasein widmen muß. Die Millionen müssen ackern und schmieden und hobeln, damit einige Tausende forschen, malen und regieren können." Zu meiner Entschuldigung fügt Brentano noch hinzu, ich hätte diesen Worten später eine mildernde Erläuterung gegeben. Nicht gegen jene Beschuldigung, sondern gegen diese Entschuldigung muß ich mich nachdrücklich verwahren. Ich habe jene Sätze nie gemildert, ich halte sie noch heute aufrecht, ganz so starr und ungemüthlich wie sie da stehen. Sie enthalten nichts als eine uralte und dem unverbildeten Sinne selbstverständliche Wahrheit; auch ihre Form wurde mit Absicht gewählt, denn die materielle Arbeit ist allerdings nur ein Mittel für die Zwecke der eigentlichen Cultur. Wenn solche einfache Worte heutzutage Anstoß erregen, so beweist dies nur, daß „die echten Geisteskinder dieses Jahrhunderts" noch nicht wahrhaft frei sind von jenem socialdemokratischen Materialismus, der jeden Grad-Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeit ableugnet.

Brentano eifert sodann wider die Herzenskälte, die „wenn auch selbst mit dem Glauben an ein die irdischen Ungerechtigkeiten ausgleichendes Jenseits zerfallen, doch die Arbeiter auf diesen Glauben als eine Entschädigung ihrer irdischen Mühen verweist". Mir ist kein irgend namhafter deutscher Politiker bekannt, den solche Vorwürfe träfen. Ich wenigstens habe die Arbeiter nicht auf das Jenseits vertröstet, sondern zu beweisen versucht, daß der Materialismus den Werth der wirthschaftlichen Güter und der sogenannten Aufklärung überschätzt, daß des Lebens wahres Glück in den Kräften des Gemüthes liegt, welche allen Menschen zugänglich sind: in dem Frieden des Gewissens, in der Macht der Liebe und des Glaubens. Ueber diesen Trost, den einzig wirksamen in den unvermeidlichen Unbilligkeiten jeder menschlicher Gesellschaftsordnung, verliert Brentano kein Wort. Ueberhaupt ist es schwer, mit ihm über religiöse Fragen zu rechten. Er kann den Katholiken nicht verleugnen, verwechselt

beharrlich Religion und Kirche und meint kurzweg, die moderne gebildete Welt entfremde sich mehr und mehr der Religion, während das religiöse Leben in der Gegenwart doch unbestreitbar reicher und mächtiger ist als im achtzehnten Jahrhundert.

Nach einigen Bemerkungen über die sittliche und wissenschaftliche Bildung der Arbeiter, die überall einen schönen menschenfreundlichen Eifer bekunden, doch zuweilen die feste Begrenzung vermissen lassen, geht Brentano dann über zu seinen politischen Forderungen für den Arbeiterstand. Er widerlegt den von mir angeführten aristotelischen Satz, daß die Gedanken der Masse sich wesentlich mit wirthschaftlichen Sorgen beschäftigten, durch die zuversichtliche Behauptung: „den Arbeitern, die Aristoteles im Auge hatte, standen gegenüber Freie, die nicht um den Lebensunterhalt arbeiteten“ u. s. w.; er glaubt also, Aristoteles rede von den Sklaven. Lessing pflegte zu sagen, er traue seinem eigenen Urtheile nicht, wenn es mit Aristoteles nicht übereinstimme. Nun bin ich weit entfernt, unserem so unendlich erleuchteten Zeitalter die Bescheidenheit zuzumuthen, welche auf dem überwundenen Standpunkte Lessings ziemlich war; aber so viel Achtung darf der alte Weise wohl noch heute beanspruchen, daß man seine Sätze erst lese bevor man sie abfertigt. Es sind die Stellen Ar. Pol. 7, 4 und 8, 8 edt. Becker, und in jedem Buche der „Politik“ lassen sich leicht ähnliche Aussprüche nachweisen. Aristoteles redet dort nicht von den Sklaven, sondern er meint die kleinen freien Handwerker, jene Masse der Vollbürger, welche zu seiner Zeit die ionischen Demokratien beherrschte, und er findet diesen Zustand unnatürlich, weil die Masse (*οἱ πολλοί, οἱ βάναυσοι*) für rein politische Fragen wenig Sinn habe. Derselben Ansicht ist ein anderer edler Denker des Alterthums aus einem Volke, das den Gedanken der socialen Gleichheit sehr weit, weiter als viele moderne Staaten, ausgebildet hatte. Sirach sagt: „Diese Alle trösten sich ihres Handwerks; und ein Jeglicher fleißiget sich daß er seine Arbeit könne. Man kann ihrer in der Stadt nicht entbehren. Aber man kann sie nirgends hinschicken; sie können der Aemter auch nicht warten, noch in der Gemeinde regieren.“ Ich bin altfränkisch genug zu meinen, daß diese Wahrheiten im Verlaufe der Geschichte wohl gemildert doch nicht aufgehoben werden können. Rein-politische Massenbewegungen zählen zu den allerseltensten Ausnahmefällen; namentlich die Fragen der nationalen Einheit, die für die deutsche Politik noch auf lange hinaus die wichtigsten bleiben, sind den Massen des Volks selten recht verständlich. Darum ist der von Brentano verherrlichte Grundsatz des allgemeinen gleichen Stimmrechts ein falscher, ein culturfeindlicher Gedanke. Brentano führt manchen guten Grund für seine Ansicht an, doch er übersieht den

allein entscheidenden Gesichtspunkt. Er hat selber in der Lehre vom Arbeitsvertrage sehr richtig gezeigt, daß die formale Rechtsgleichheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer thatsächlich nichtig sei, so lange nicht eine annähernde Gleichheit der Macht zwischen beiden Theilen bestehe. Warum wendet er diesen gesunden Realismus nicht auch auf die Frage des Stimmrechts an? Warum macht er sich nicht klar, daß der schöne Name „Gleichheit" beim allgemeinen Stimmrecht nichts ist als eine hohle Phrase? Wo die Kopfzahl allein den Ausschlag giebt, da bedeutet das allgemeine Stimmrecht: Ungleichheit zum Nachtheil der Gebildeten, Unterwerfung der höheren Stände unter den Willen der Massen. Und weil wir diese Ungleichheit für eine Verkehrung der natürlichen Ordnung halten, darum sind auch wir, die wir an der bestehenden Reichsverfassung nicht leichtfertig ändern wollen, noch immer verpflichtet, an dem allgemeinen Stimmrechte zu „mäkeln", wie Brentano sich wohlwollend ausdrückt. Dies Mäkeln verfolgt einen sehr heilsamen Zweck: wir wollen verhindern, daß der antimonarchische Gedanke des allgemeinen Stimmrechts noch weiter um sich greife und auch noch in das System unserer Selbstverwaltung zerstörend eindringe. Das dröhnende Schlagwort „Niemand ist wahrhaft Volksgenosse ohne das Wahlrecht" entscheidet so schwierige Fragen nicht; oder meint Brentano im Ernst, die Hunderttausende unseres stehenden Heeres seien nicht wahrhaft unsere Volksgenossen?

Mit dem Wahlrechte und der Wehrpflicht sind Brentano's politische Forderungen vorläufig befriedigt. Beide Rechte sind seit zehn Jahren gewährt. „Welches aber ist die Ursache, daß heute noch eine reichsfeindliche Arbeiterpartei besteht, die von heimathlosen Verschwörern vom Auslande her geleitet wird?" Brentano antwortet kurzab: „diese Ursache liegt in den übrigen Parteien" — in ihrer Gleichgiltigkeit gegen die Arbeiter, denn „nie gab es ein anderes Mittel um Sympathie zu erwerben als selbst Sympathie zu bezeigen". — Ist das gerecht gegenüber den Parteien, welche dem Arbeiterstande soeben erst ohne sein Zuthun die Rechte der Freizügigkeit, der Gewerb- und Vereinsfreiheit in den Schooß geworfen haben? Und kann man die Socialdemokratie wirksam bekämpfen, wie es Brentano doch will, wenn man die unwahrste und gefährlichste jener Schmeicheleien nachspricht, wodurch die Demagogen unser ehrliches Volk bethören, wenn man die Massen ermuthigt ihre eigene Schuld auf andere Schultern abzuwälzen? Das beste Mittel Sympathie zu bezeigen ist: dem Freunde die Wahrheit zu sagen, ihm das Gewissen zu wecken. Brentano täuscht sich, wenn er die Worte F. A. Lange's nachspricht, das Bewußtsein einer höheren Bestimmung komme heute in den Massen zum Durchbruch. Stände es also, dann würde kein edler Mann bezweifeln,

auf welcher Seite er zu stehen habe. Was aber heute in den socialdemokratischen Massen zum Durchbruch kommt, ist nicht das Bewußtsein einer höheren Bestimmung, sondern die gemeine Begierde. Man mag viele Entschuldigungsgründe für diese unheimliche Erscheinung angeben: die ungeheure Begriffsverwirrung einer Zeit gewaltiger Umwälzungen, die noch immer unfeste Staatsgesinnung der gesammten Nation und manche Fehler der höheren Stände; doch man soll den Hauptschuldigen nicht als schuldlos darstellen, sondern ehrlich eingestehen: ein großer Bruchtheil unseres Volkes hat in einer Zeit, da die Lage der arbeitenden Klassen sich nicht verschlechterte, sondern verbesserte, nicht genug sittliche Kraft, nicht genug Patriotismus gezeigt um dem Sinnenkitzel einer gewissenlosen Wühlerei zu widerstehen. Dies ist die traurige Wahrheit. Brentano's Vorwürfe gegen uns Alle, die wir offen diese Wahrheit ausgesprochen haben, verlangen einfach, wir sollten schwarz für weiß erklären. Sollen wir aufrichtigen Freunde des Volks unsere Sympathie erweisen in der Weise des Herrn Windthorst und mit väterlicher Salbung unser Erstaunen aussprechen über die Geringschätzung der Socialdemokratie gegen die Religion — während wir doch leider aus langer Erfahrung wissen, daß die Verhöhnung alles Heiligen zum Wesen dieser Partei gehört, daß der jüngst in Gotha gestellte Antrag auf Straflosigkeit der Gotteslästerung nur eine nothwendige Folgerung aus den Grundgedanken der Socialdemokratie zog? Die Herrschaft der Ultramontanen über einen Theil der unteren Klassen beruht nicht, wie Brentano annimmt, auf dergleichen Sympathie-Erklärungen — denn die wirklichen Wohlthaten, welche den Arbeitern während der letzten Jahrzehnte zutheil wurden, gingen von den Liberalen aus, nicht von den Clericalen — sondern sie beruht auf dem tiefen Autoritätsbedürfniß der Massen, das der Liberalismus gar nicht, der Clerus sehr gut zu befriedigen versteht.

Wie heute die Dinge liegen, ist die Socialdemokratie bereits durch eine unendlich breite Kluft von den Gebildeten getrennt; die menschliche Stimme trägt nicht mehr über diesen Abgrund hinüber. Alle Vernunftgründe, alle Warnungen, die im Reichstage, in den Zeitschriften und Büchern der Gebildeten ausgesprochen werden, erreichen das Ohr der socialistischen Masse nicht, sie bleiben ihr unbekannt oder werden ihr nur in Zerrbildern überliefert durch die einzigen Blätter, welche sie liest. Auch die socialen Reformgesetze, die uns in den nächsten Sessionen des Reichstags bevorstehen, und die gemeinnützige Thätigkeit der höheren Stände werden das Demagogenthum nicht sofort entwaffnen, sondern ihm nur neuen Anlaß zur Verhetzung geben. Gesunde, entwicklungsfähige politische Gedanken werden zu einer Macht im Völkerleben erst wenn sie die

phantastische Hülle, welche neuen Ideen anzuhaften pflegt, abgestreift haben. Der baare gehaltlose Unsinn kann sich nicht abklären; er muß seine Ansprüche immer höher und höher spannen, bis er endlich an seinem eigenen Uebermaße untergeht. Diesem Loose wird auch die Socialdemokratie verfallen. Ihre Führer können ihre theoretischen Forderungen kaum noch steigern. Sie müssen entweder mit der frohen Botschaft der Weiber- und Gütergemeinschaft herausrücken — und dies wagen sie nicht, aus Furcht vor dem gesunden Sinne unseres Volks; oder sie müssen zur Gewalt greifen, und dies wagen sie wahrscheinlich auch nicht, im Bewußtsein ihrer Ohnmacht. So wird doch endlich der bessere Theil ihrer Anhänger die völlige Unfruchtbarkeit dieses Parteitreibens erkennen und für die Rathschläge wohlmeinender Volksfreunde, wie sie das vorliegende Buch bietet, wieder empfänglich werden. Bis dahin aber wird auch der Verfasser dieser Schrift hoffentlich noch Manches lernen und einsehen, daß er dem Erfolge seiner beredten und berechtigten Mahnungen an die besitzenden Klassen selber schadet, wenn er durchdachte positive Vorschläge mit unfertigen halbwahren Ideen vermischt.

II. Schlußwort.

Berlin, 15. Juli 1877.

Wir haben der Erwiderung L. Brentano's gern unsere Spalten geöffnet, obgleich sie sich über viele in diesen Blättern niemals berührte Dinge verbreitet, und manche Leser uns vielleicht eine zu weit getriebene Gefälligkeit vorwerfen werden.

Ueber die Vorfälle bei den Breslauer Wahlen will ich mich nicht auslassen; sie sind mir ganz unbekannt und zu einer Erörterung in den Preußischen Jahrbüchern nicht geeignet. Zur Sache muß ich zunächst sagen, was ich unter Brentano's katholischer — oder gradeheraus: ultramontaner — Weltanschauung gemeint habe. Alle aufmerksamen Leser seiner Schriften werden bemerkt haben, und er selber wird es nicht bestreiten wollen, daß er in der römischen Kirche die Kirche schlechthin, in den evangelischen Kirchenbildungen nur Anfänge des Unglaubens sieht. Eine solche Geschichtsauffassung ist aber ultramontan, gleichviel ob ihr Bekenner sich persönlich zum Materialismus, zum Rationalismus oder zu irgend welcher anderen Ueberzeugung halten mag; denn das unter-

scheidet die ultramontane Richtung von der Innerlichkeit und Freiheit des Protestantismus, daß sie nach dem persönlichen Glauben gar nicht fragt. Aus diesen ultramontanen Anschauungen erkläre ich mir auch, daß Brentano im wirthschaftlichen Leben die Bedeutung der Form, der äußerlichen Organisation überschätzt und nicht die rechte wissenschaftliche Widerstandskraft besitzt gegen die Lehren des Socialismus, die in Frankreich auf dem Boden ultramontaner Gesittung entstanden sind.

Was Brentano über die Unterlassungssünden der Liberalen und den oft gehässigen Ton ihrer Presse sagt, enthält leider viel Wahres; seine Vorwürfe treffen aber fast nur die Fortschrittspartei, nicht die gemäßigten Liberalen. Grade in jenen Kreisen, die sich so gern als die Vertreter des eigentlichen Volkes gebärden, herrscht ein Ton, der zwischen demagogischer Volksschmeichelei und protzenhaftem Hochmuth hin und her schwankt und den ehrenhaften Arbeiter tief verstimmen muß. Leider schwächt Brentano selber das Gewicht seiner berechtigten Vorwürfe, indem er ihnen unrichtige Behauptungen beimischt. Wo und wann ist es geschehen, daß „Arbeiter" in die liberalen Versammlungen nicht zugelassen worden wären? Keinem liberalen Vereine, den ich kenne, ist ein solcher politischer Selbstmord jemals in den Sinn gekommen. Nur wenn die liberale Partei ihre Genossen zur Berathung von Parteisachen einberufen hatte, und erklärte Socialdemokraten versuchten sich in die Versammlung der Gegner einzudrängen, dann wurden sie hinausgewiesen, nicht weil sie Arbeiter waren, sondern weil jede Partei befugt und verpflichtet ist ihr Hausrecht zu üben.

Eine Mitschuld der Liberalen an dem Ueberhandnehmen der Socialdemokratie gebe ich zu, und mit mir wohl jeder Unbefangene; daß sie aber die Hauptschuld trügen, halte ich für einen ganz sinnlosen Vorwurf, und Brentano hat nicht einmal versucht ihn zu erweisen. Ehrliche politische Parteien sind nicht in der Lage, der Masse ein Schlaraffenleben zu verheißen, das in dieser schlechten Welt sich nie verwirklichen kann; dies ist ihre unheilbare Schwäche gegenüber den Demagogen. Sie sind auch nicht im Stande, sich selbst und Anderen durch wohlgemeinte Redensarten die traurige Thatsache der zunehmenden Verwilderung der Massen auszureden. Wenn Roheit und Gewaltthätigkeit in den arbeitenden Klassen überhandnehmen, so ist die gebildete Presse berechtigt, die Gesellschaft auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, und sollte auch manches zarte Gemüth dadurch verletzt werden. Wenn die Leistungen der Arbeiter sinken, so ist die Presse nicht verpflichtet, aus Schonung gegen das „eigentliche Volk" solche unliebsame Erscheinungen todtzuschweigen. Soeben erst berieth eine Versammlung hier in Berlin über die Lage des Tischlerhand-

werks; alle Anwesende, nicht blos die Handwerksmeister, sondern auch die uninteressirten Sachverständigen, stimmten überein in dem Urtheile, daß die Hebung dieses tief gesunkenen Gewerbes nicht zu erwarten sei von den Arbeitsgewohnheiten der heutigen Gesellen, sondern allein von der Erziehung eines Stammes fleißigerer und besser gebildeter Lehrlinge.

Die parteiische Mißgunst, welche viele unserer Blätter jedem Strike entgegenbrachten, denke ich nicht zu rechtfertigen; aber ebenso parteiisch verfährt Brentano selber, wenn er aus dem Erfolge der meisten Strikes unserer Gründer- und Schwindelzeit auf ihre wirthschaftliche Berechtigung schließt. Ein Strike kann, ganz wie eine gewaltsame Steigerung der Hausmiethen, glänzenden augenblicklichen Erfolg bringen und gleichwohl sittlich verwerflich und eine wirthschaftliche Thorheit sein, wenn er seinen Sieg allein dem Leichtsinn oder der kopflosen Schwäche der Gegner verdankt — und Beides war in jenen Tagen epidemischer Verblendung nur zu oft der Fall. Die heutige Verlegenheit der großstädtischen Hausbesitzer und eines großen Theiles der Arbeiter ist nur die nothwendige Strafe für solche wirthschaftlich ungerechtfertigte Ausbeutung der augenblicklichen Conjunctur. Aber auch ein Strike von dauerndem wirthschaftlichen Erfolge ist dann ein sehr zweifelhafter Gewinn, wenn er ein ehrenwerthes Gewerbe sittlich schädigt. Die ungeheure Steigerung der Setzerlöhne hat zur Folge gehabt, daß der Unternehmergewinn grade der tüchtigsten Verleger und der Arbeitslohn der ernsten strengwissenschaftlichen Schriftsteller unnatürlich gedrückt wurden, während Zeitungen und Sensationsromane auch heute noch ein lohnendes Geschäft sind.

Mit dem kahlen Satze, daß der Erfolg den Strike rechtfertige, lassen sich so verwickelte Verhältnisse, die überall einer Erforschung im Einzelnen bedürfen, nicht beurtheilen. Und ebenso wenig weiß ich anzufangen mit der unbestimmten Anklage wider die „satte Selbstzufriedenheit der Liberalen“. Conservativer ist der deutsche Liberalismus allerdings geworden, Gott sei Dank, weil wir in dem neuen Reiche endlich Institutionen besitzen, die des Conservirens werth sind. An seiner Sattheit aber hat sich der alte Mönchsspruch: plenus venter non studet libenter bisher noch nicht bewährt; sie hat ihn nicht gehindert, in den letzten Jahren das große Werk der Justizgesetze zu Stande zu bringen und eine rührige gesetzgeberische Thätigkeit zu entfalten, die man oft als fieberische Gesetzmacherei gescholten hat. Neuerdings zeigt sich die satte Selbstzufriedenheit eines Theiles unserer liberalen Freunde darin, daß ein Jeder sich gedrungen fühlt in alle Welt hinauszurufen, wo ihn der Schuh drückt, und die Staatsgewalt zu schelten, weil sie dem schlechten Geschäfte nicht aufhilft.

Brentano's persönliche Erlebnisse beweisen nur, daß unter Umständen

ein gebildeter Mann in einer social-demokratischen Versammlung einmal zu Worte gelangen kann, doch einen practischen Erfolg schreibt er seiner Rede selbst nicht zu. Wer in der Lage ist persönlich auf die Arbeiter einzuwirken, der soll es thun, und namentlich der tüchtige Unternehmer, der auf die berechtigten Klagen seiner Leute ehrlich eingeht, wird Einiges erreichen können. Der Kampf gegen die Socialdemokratie wird unleugbar von den Liberalen wie von den Conservativen noch viel zu lässig geführt. Aber täuschen wir uns auch nicht leichtsinnig über den Erfolg solcher Bestrebungen. Die social-demokratischen Führer halten ihre Anhänger vorläufig noch fest in der Hand; es ist dafür gesorgt, daß die Masse der Partei von den wirklichen Meinungen der Gebildeten so gut wie nichts erfährt. Kein gemäßigtes Blatt, und sei es noch so wohlmeinend und gemeinverständlich gehalten, findet in diesen Kreisen ernstliche Beachtung; kein Redner der gemäßigten Parteien darf für jetzt mehr hoffen als gelegentlich einmal eine unfruchtbare Gastrolle in einem socialistischen Vereine zu geben. Die Kluft, welche die Kinder eines Volkes trennt, ist vorhanden; es frommt nicht sich darüber zu täuschen. Auch das allgemeine Stimmrecht vermag nicht, wie Brentano hofft, ein Erziehungsmittel für die socialistischen Massen zu werden; politische Bildung erwirbt man nur durch die regelmäßige Theilnahme an der Arbeit des Staates, nicht durch die unklare Erregung einer Wahlagitation, die aller drei Jahre wiederkehrt. In Frankreich ist das allgemeine Stimmrecht noch heute dieselbe unberechenbare Sphinx wie vor achtzig Jahren, als der erste Consul gewählt wurde. Was helfen kann, ist allein die harte Schule der Erfahrung. Die Socialdemokratie stützt sich auf den dunklen Drang der Massen nach einem unbestimmten Glücke; darum kann sie nicht durch Vernunftgründe geschlagen werden, sondern nur durch den thatsächlich geführten Beweis ihrer eigenen Unfruchtbarkeit. Der Zeitpunkt muß kommen, da die socialistische Masse irr wird an den niemals eingelösten Versprechungen ihrer Führer, und wenn sie erst zu zweifeln beginnt, lassen sich auch die heute fast abgerissenen Fäden der Verständigung mit den Gebildeten wieder anknüpfen.

Aber auch dann werden die Liberalen jene „Argumentationen" der clericalen Demagogen verschmähen, welche Brentano, wie mir scheint, gründlich mißversteht. Wahrlich nicht der Ueberlegenheit seiner Bildung, noch seinen dialektischen Künsten verdankt der Kaplan seinen Einfluß auf die Pius- und Gesellenvereine. Er besitzt ein weit wirksameres Machtmittel, er kann durch die unanfechtbare Autorität der Kirche, durch alle Schrecken der Höllenstrafen seiner Heerde das Denken abgewöhnen; der von Zweifeln und Sorgen geplagte kleine Mann empfindet es als einen

Trost, wenn er sich in der sicheren Hut einer unfehlbaren Macht weiß und sich aller eigenen Gedanken entschlagen darf. Wir, die wir daran arbeiten, die Massen zum Denken zu erziehen, können uns solcher Mittel nicht bedienen und werden also gegen die Demagogen in der Kutte immer einen schweren Stand haben.

Die Schreckbilder der Revolution und Reaction, die Brentano zum Schlusse vorführt, lassen mich ziemlich kühl, weil ich der deutschen Socialdemokratie sehr wenig revolutionären Muth zutraue. Der Mittelstand ist in Deutschland vielleicht allzu mächtig, mächtiger jedenfalls als in irgend einem anderen Volke Europas, er hat allen unseren nationalen Sitten und Anschauungen längst einen demokratischen Charakter gegeben. Darum findet eine Partei, welche grundsätzlich auf die Schürung des Klassenhasses ausgeht, bei uns gar keinen natürlichen Boden, sie muß hier häßlicher und roher erscheinen, als irgendwo sonst; und darum scheint auch die Erwartung nicht leichtfertig, daß eine so ganz undeutsche Bewegung selbst ohne das Erscheinen eines Retters der Gesellschaft ihr natürliches Ende finden werde.

Die europäische Lage am Jahresschlusse.

Berlin, 10. December 1877.

Wenn die Leser der Preußischen Jahrbücher nicht gewohnt wären zum Jahresschlusse eine zusammenfassende Darstellung der politischen Lage zu erwarten, so würde uns der gegenwärtige Augenblick für eine solche Betrachtung sehr ungeeignet scheinen. Denn selten hat ein scheidendes Jahr so viele schwere Fragen ungelöst hinterlassen. An vier Stellen Europa's zugleich stehen die politischen Verhältnisse unmittelbar vor einer ernsten Entscheidung, deren Verlauf sich noch jeder Berechnung entzieht. Frankreich treibt wieder einmal einem Staatsstreiche zu, in Rom erwartet man eine neue Papstwahl, dem orientalischen Kriege wird nach aller Wahrscheinlichkeit der bevorstehende Fall von Plewna eine andere Wendung geben, wir Deutschen endlich sehen in der nächsten Zukunft der Lösung einer in's Unleidliche verlängerten Ministerkrisis entgegen. In solchen Augenblicken erregter Erwartung verfällt der Publicist leicht einer müßigen Conjecturalpolitik; versuchen wir, uns bescheiden auf dem Boden der Thatsachen zu halten.

Ist es ein Verdienst die Augen aller Welt auf sich zu lenken, so darf Frankreich sich heute dieses Vorzugs rühmen. Aber die Zeiten sind längst dahin, da die bewundernden Nachbarvölker sich gedrungen fühlten, jede neue politische Offenbarung, die den Staatsweisen an der Seine aufging, bei sich daheim gelehrig einzubürgern. Die gespannte Theilnahme, womit der Welttheil heute die bürgerlichen Kämpfe Frankreichs verfolgt, steht dem Mitleide näher als der Bewunderung. Kein nüchterner Mann kann von dem Siege der einen oder der anderen der beiden kämpfenden Parteien irgend einen Gewinn für die Freiheit und Gesittung der Menschheit erwarten. Kein Schimmer einer Idee durchleuchtet diesen dumpfen Kampf um den Besitz der Macht. Was dem trostlosen Streite Bedeutung giebt ist allein sein Zusammenhang mit den internationalen Machtverhältnissen.

Wir Deutschen haben während dieser Friedensjahre oft empfunden, wie Vieles wir noch von der älteren, tiefer durchgebildeten Cultur unserer Nachbarn lernen können; wir sind keineswegs geneigt die Liebenswürdigkeiten, womit uns der Haß der Besiegten noch alltäglich überschüttet, zu erwiedern. Aber wir können auch nicht unsere Augen vor den Thatsachen verschließen, wir können uns nicht verbergen, daß Frankreich zwar die wirthschaftlichen Schläge des letzten Krieges mit bewunderungswürdiger Spannkraft überwunden hat, doch in seinem politischen Leben nirgends eine Spur der Genesung und des Erstarkens zeigt. Die Franzosen besitzen eine Fülle schöner und glänzender Eigenschaften, nur nicht jene beiden Vorzüge, worauf sie sich am meisten einzubilden pflegen: sie sind weder ein militärisches noch ein freies Volk. Wie sie trotz hoher persönlicher Tapferkeit doch die rechte ausdauernde Freude am Waffenhandwerke, die unverbrüchliche Treue kriegerischer Mannszucht nicht kennen, und der unmilitärische Sinn der Nation heute nach dem Ausscheiden des Elsasser Soldatenstammes sich immer deutlicher bekundet: so sind sie im kirchlichen Leben das unfreieste Volk Westeuropas und von geordneter bürgerlicher Freiheit ebenso weit entfernt wie die Spanier. Hat sich denn nicht Alles bestätigt, was einst die Helden unseres Befreiungskrieges, die Stein und Gneisenau, über die Revolution und die frevelhafte Zerstörung aller politischen Ueberlieferungen urtheilten? Ist es nicht wörtlich eingetroffen, was Friedrich Gentz, der Vielverhöhnte, schon im dritten Jahre der Revolution weissagte: „Frankreich wird von Form zu Form, von Katastrophe zu Katastrophe schreiten“?

Frankreichs Verfassung ist seine despotische Verwaltungsordnung. Dies grandiose Werk des Testamentsvollstreckers der Revolution steht noch immer unerschütterlich fest, und die Nation befindet sich wohl dabei. Keine Partei, mit der einzigen Ausnahme der Socialisten, hat je versucht dies Präfektursystem ernstlich in Frage zu stellen. Daran wäre nichts zu beklagen, da jedes Volk sein eignes Maß der Glückseligkeit in sich trägt. Das Unglück ist nur, daß die geistreiche Nation sich nicht entschließen kann die nothwendigen Folgen dieses in seiner Art vollendeten Verwaltungsdespotismus hinzunehmen. Der Unterbau dieses Staatswesens kann nur eine monarchische oder, gradheraus, eine despotische Spitze tragen; und doch ist den Franzosen in ihren endlosen bürgerlichen Kämpfen jede Anhänglichkeit an eine bestimmte Dynastie verloren gegangen, und doch hören sie nicht auf, eine Mitwirkung des Volkes beim Regimente zu fordern, die mit dem Wesen dieses Staates sich nicht vereinigen läßt. Darum waren alle die sogenannten Verfassungskämpfe der jüngsten zwei Menschenalter, trotz des Wechsels der Personen und der Schlagwörter,

immer nur ein Ringen um die Frage, welche Partei die gewaltige Maschine des napoleonischen Verwaltungsstaates in ihre Gewalt bringen und für ihre dynastischen, ständischen oder Parteizwecke benutzen solle. Das in seiner Eintönigkeit furchtbare Schauspiel dieser Machtkämpfe ward bei jeder neuen Wiederholung immer öder und geistloser; die großen Worte von Freiheit und Ordnung, womit die Herrschsucht ihre Gier zu decken pflegte, begannen sich zu vernutzen und ihren Zauber zu verlieren. Bei der jüngsten Wiederkehr des ewig gleichen Streites hat endlich Marschall Mac Mahon mit plumper Faust den letzten Schleier zerrissen, der den eigentlichen Sinn der französischen Verfassungskämpfe noch vor gutmüthigen Leuten verbarg. Er sagte kurz und klar: j'y suis et j'y reste, und die Welt weiß nun, was man an der Seine unter Freiheit versteht.

Der ersten und selbst der zweiten französischen Republik fehlte es nicht gänzlich an schwärmerischen, ehrlich begeisterten Anhängern. Der dritte republikanische Versuch des unglücklichen und trotz alledem großen Volkes war von Haus aus nur ein Nothbehelf. Da man die napoleonische Dynastie, die Schöpferin des neufranzösischen Staatsrechts, in einer Aufwallung blinden Zornes verjagt hatte und keine der anderen dynastischen Parteien zunächst auf Erfolg rechnen konnte, so nahm man die wundersame Einrichtung einer Monarchie ohne Monarchen vorläufig hin, weil sie der ermüdeten Nation einen Ruhepunkt, einen Waffenstillstand gewährte und allen Parteien gestattete in der Stille ihre Pläne reifen zu lassen. Man hütete sich wohl, dies Werk der rathlosen Verlegenheit der einzigen Autorität, die in dem zerrütteten Lande noch etwas gilt, dem Plebiscit des souveränen Volks zu unterwerfen. Bei dem Ausbau der improvisirten republikanischen Verfassung war die Angst der leitende Gedanke der Gesetzgeber: die Angst einerseits vor einer neuen Commune, andererseits vor einem neuen Staatsstreiche. Daher die sonderbaren Widersprüche in den Constitutionellen Gesetzen von 1875, welche in der langen Musterkarte neufranzösischer Staatsgrundgesetze sicherlich den Preis der Ungeheuerlichkeit verdienen.

Die Verfassungskünstler wünschten, nach dem Brauche aller sogenannten Ordnungsparteien in Frankreich, eine starke Staatsgewalt und legten darum die Verfügung über den gesammten Militär- und Beamtenstaat ausschließlich in die Hände des Präsidenten, der also in den Augen des Heeres und der Bureaukratie einfach als der Erbe der Napoleons erscheint. Man gab ihm sogar das für einen republikanischen Beamten schlechthin unziemliche Recht, mit Zustimmung des Senats die Kammer der Abgeordneten aufzulösen; und um dem gequälten Lande doch einige Jahre stetiger Entwicklung zu sichern, bestimmte man endlich, daß unter

dem Septennat des Marschalls eine Revision der Verfassung nur auf seinen Antrag erfolgen dürfe. Aber zugleich schmeichelte man sich mit der wunderlichen Hoffnung, der Inhaber dieser unermeßlichen executiven Gewalt werde als eine lenksame Puppe nur die Befehle der souveränen Nationalversammlung ausführen. Darum wurde dieser neben einem unbeschränkten Steuerverweigerungsrechte auch die gesammte gesetzgebende Gewalt ausschließlich übertragen, und dem Präsidenten blieb nur die Befugniß, ein Gesetz, das er mißbilligt, binnen Monatsfrist zu nochmaliger Berathung an die Kammer zurückzuverweisen. Der Marschall-Präsident ist also in dieser Hinsicht ungünstiger gestellt als der Präsident der Vereinigten Staaten, dem ein Gesetz nur durch die Zweidrittel-Mehrheit des Congresses aufgezwungen werden kann, wenn er sein suspensives Veto gebraucht hat. Das ängstliche Schwanken zwischen entgegengesetzten Befürchtungen, das die Berathung von 1875 charakterisirt, zeigt sich aber nirgends so klar wie in dem verhängnißvollen Artikel 6. des Gesetzes über die Organisation der Gewalten (v. 25. Febr. 1875). Um diesen Artikel zunächst bewegen sich die heutigen Kämpfe; er enthält den gründlich mißlungenen Versuch, die parlamentarische Regierung durch eine Hinterthür in die republikanische Staatsform einzuführen.

Der reine Parlamentarismus, in dem Sinne daß die Regierung nur den verwaltenden Ausschuß des gesetzgebenden Körpers bildet, läßt sich nur durchführen wo das Staatsoberhaupt zugleich unverantwortlich und ohnmächtig ist wie in England und in Belgien. Er ist undurchführbar wo der persönliche Wille des Königs noch eine selbständige, lebendige Macht behauptet, wie in Preußen. Er ist ebenso unmöglich unter einem verantwortlichen republikanischen Präsidenten; denn verantworten kann man sich nur für seine eigenen Thaten, nicht für die Handlungen aufgedrungener, widerwillig ertragener Räthe. Dies fühlten die Gesetzgeber von 1875. Die Doctrinäre des Parlamentarismus forderten, allem republikanischen Rechte zuwider, die Unverantwortlichkeit des Präsidenten, weil sie hofften ihn dadurch zu parlamentarischer Regierung zu nöthigen. Die noch in den alten monarchischen Anschauungen befangenen Conservativen und jene Fanatiker der Ordnung, denen die Staatsgewalt niemals zu stark werden kann, stimmten eifrig zu; doch zugleich wollte man sich durch eine papierene Schranke vor einem neuen Zweiten December sichern. Und so kamen denn die unglaublichen Bestimmungen jenes sechsten Artikels zu Stande: „Die Minister sind den Kammern verantwortlich, solidarisch für die allgemeine Politik der Regierung, persönlich für ihre persönlichen Handlungen. Der Präsident ist verantwortlich nur im Falle des Hochverraths.“ Wer sieht nicht, daß die beiden Sätze dieses

Paragraphen einander gradezu widersprechen? Die Regel der Unverantwortlichkeit des Präsidenten wird durch die eine Ausnahme des Hochverraths gänzlich aufgehoben. Denn wie die Dinge in Frankreich liegen, bei dem wüthenden Hasse der Parteien und der vollkommenen Unsicherheit des öffentlichen Rechts, muß der Präsident in jeder irgend kritischen Lage sofort vor die Frage geführt werden, ob ein Verfassungsbruch nothwendig sei. Er darf also mit vollem Rechte sagen: ich soll mit meinem Kopfe dafür einstehen, daß kein Hochverrath begangen werde; folglich muß ich mir meine Minister nach meinem eigenen Ermessen wählen und selbst beurtheilen, ob ihre Politik mich dem Hochverrath entgegentreibt oder nicht. Es steht nicht anders, der Parlamentarismus ist nicht nur mit der despotischen Verwaltung Frankreichs sondern auch mit dem Wortlaute der Verfassung unverträglich. Wie ein Streit zwischen der schrankenlosen executiven und der ebenso unbeschränkten gesetzgebenden Gewalt beigelegt werden solle, darüber geben die Constitutionellen Gesetze keine Auskunft. Das ganze Verfassungswerk war von Haus aus ein todtgeborenes Kind, und über lang oder kurz muß eine andere, vielleicht eine ebenso lebensunfähige, Ordnung an die Stelle dieses codificirten Wahnsinns treten.

Was sind nun die Missethaten des Marschalls Mac Mahon, worüber die republikanische Partei sich entrüstet? Er hat, der Verfassung gemäß, ein Cabinet, dem er mißtraute, entlassen. Er hat, wieder der Verfassung gemäß, mit Zustimmung des Senats die Kammer aufgelöst. Er hat seine Gegner schaarenweis aus der Verwaltung hinausgetrieben und seine Getreuen in den erledigten Aemtern versorgt? Aber welche französische Regierung seit 1789 that dies nicht? Er hat die Freiheit der Wahlen durch alle Mittel bureaukratischer Willkür unterdrückt. Aber welche Regierung seit 1789 that dies nicht? Hat Gambetta, als er am Ruder war, anders gehandelt? Der einzige Unterschied liegt in der mehr oder minder klugen Wahrung des äußeren Anstandes. Und ist es nicht ein Widersinn, dem Inhaber dieser ungeheuren executiven Gewalt den freiwilligen Verzicht auf seine schrankenlose Macht zuzumuthen? Der Marschall hat das formelle Recht und die alte Verwaltungspraxis durchaus auf seiner Seite. Die Verhältnisse liegen allerdings nicht ganz so einfach, wie einst in Nordamerika, wo Präsident Johnson jahrelang gegen den Willen des Congresses regierte; immerhin gehört die ganze Verbissenheit französischer Parteiwuth dazu um das formelle Recht des Präsidenten zu verkennen. Die Republikaner sind es, nicht er, die über den Buchstaben der Verfassung hinausgehen. Sie fordern von ihm ein parlamentarisches Cabinet, wovon die Constitutionellen Gesetze nichts wissen; wo steht denn

ein Coalitionsministerium sich bildete, und zu den neunzehn Ministern des Innern, welche diese fruchtbaren sieben Jahre republikanischer Herrlichkeit bereits erzeugt haben, demnächst noch ein zwanzigster hinzuträte. Das gäbe freilich nur eine Waffenruhe für einige Monate, doch auf länger hinaus kann im heutigen Frankreich nicht mehr gerechnet werden. Um das republikanische Gebäude zu krönen, könnte man vielleicht zu den zahlreichen Menschenrechten, womit die Franzosen die Welt bereits beglückt haben, noch einen neuen Paragraphen hinzufügen, des Inhalts: jeder Franzose hat das Recht einmal in seinem Leben Minister zu werden.

Leider wird ein so harmloser Ausgang täglich unwahrscheinlicher. Beide Parteien, offenbar, scheuen einen Gewaltstreich, weil sie das tiefe Ruhebedürfniß der friedlich arbeitenden Massen kennen. Das kecke Vorgehen Gambetta's während der jüngsten Tage entsprang nicht fester Siegeszuversicht, sondern feiner Berechnung: er dachte durch seinen Trotz den Marschall einzuschüchtern, doch er weiß wohl, daß die Arbeiter der Faubourgs wenig geneigt sind ihr Blut zu lassen für die Erben des Bändigers der Commune. Ebenso bedrängt ist die Lage des Marschalls. Uns Fernstehenden erscheint er zwar nicht ganz so unbedeutend, wie die Republikaner ihn zu schildern pflegen. Er zeigte sich einmal unter dem Kaiserreiche als ein Mann von Charakter, als er allein im Senate dem Sicherheitsgesetze widersprach; er hat sodann zweimal, im Mai 1873 und 1877, seine zuversichtlichen Gegner vollständig überrascht und niedergeworfen. Indeß er vermag weder durch eine mächtige Persönlichkeit noch durch einen großen Namen auf die Masse zu wirken, denn der anmuthige Titel des glorreichen Besiegten genügt kaum für die Zwecke des alltäglichen Parteigefechts. Er hat erfahren, daß die Unterwürfigkeit der Wählerschaft doch ihre Grenzen hat; und selbst auf die Armee, die in den niederen Schichten des Offizierkorps schon viele Republikaner zählt, scheint er sich nicht mit unbedingter Sicherheit verlassen zu können. Endlich und vor Allem, er kann von einem Staatsstreiche wenig für sich selber erwarten, während ein Ausgleich ihm die friedliche Beendigung seines Septennats verheißt. Begreiflich genug, daß er zaudert.

Der Ingrimm der schäumenden Parteiwuth hüben und drüben wird jedoch dem Schwanken vermuthlich bald ein Ende machen. Die Nachgiebigkeit der Regierungen ist ihnen in Frankreich stets als Schwäche ausgelegt worden; jeder Versuch der Annäherung wird die Republikaner nur kühner und anspruchsvoller stimmen. Die äußerste Linke verlangt unverhohlen den Kampf; von der anderen Seite drängen und hetzen Clericale und Bonapartisten. Die reisigen Helden des Orleanismus endlich stehen bereit, im rechten Augenblicke einen ihrer Leute in den Präsidentenstuhl zu

schieben — selbstverständlich nur wenn dies ohne Unkosten und ohne Lebensgefahr geschehen kann. Die Opposition hat sich der Blößen genug gegeben; geht sie noch weiter und verweigert die Steuern, so liefert sie dem Marschall einen sehr bequemen Vorwand für einen Staatsstreich. Mögen die Offiziere immerhin in ihren Ansichten getheilt sein, wo ist der namhafte General, der mit einiger Aussicht auf Erfolg ein republikanisches Pronunciamento wagen könnte? Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Truppen ihrem obersten Führer folgen werden, wenn er im Namen der „Ordnung" auftritt. Wer in Frankreich das Heer, das Beamtenthum und den Clerus hinter sich hatte, der blieb bisher in neun Fällen unter zehn siegreich. Es wäre ein frevelhaftes Glücksspiel, aber kein aussichtsloses; und gelingt nur der erste Schlag, so steht ja die wunderthätige Maschine längst bereit, welche Alles heiligt und entsündigt — das Plebiscit. Wenn man sie recht zu gebrauchen weiß, so versagt sie sich nie. Es kommt nur darauf an, die Frage an das souveräne Volk also zu stellen, daß die Bürger nicht wissen, was denn werden soll, wenn sie Nein sagen. Dann bedeutet Ja: Handel und Wandel, Weltausstellung, Geld; Nein aber bedeutet: Barrikaden, Guillotine, Brief, gar nichts — und die Entscheidung kann nicht zweifelhaft sein.

Wer darf sich unterfangen, die Wechselfälle der nächsten Wochen, die von unberechenbaren persönlichen Verhältnissen und Stimmungen abhängen, vorherzusagen? Nur so viel bleibt sicher: eine friedliche Entwicklung dieses Staatswesens läßt sich nicht mehr erwarten, selbst wenn der gegenwärtige Streit noch nothdürftig beigelegt werden sollte. Die Leidenschaften der Parteien flammen allzu heiß, der Widerspruch zwischen der republikanischen Phrase und der harten Thatsache der napoleonischen Verwaltung ist unversöhnlich. Das Beste, was wir für Frankreich noch wünschen können, ist eine rasche Entscheidung durch einen niederschmetternden Schlag, also daß mindestens das schmachvolle Elend des Bürgerkrieges abgewendet würde. Immer deutlicher hebt sich am Horizonte Frankreichs das Gestirn des vierten Napoleon empor. Sieben Jahre sind eine lange Frist für die gallische Beweglichkeit. Der Sündenbock, der am 4. September 1870 auf dem Altar der nationalen Eitelkeit feierlich geschlachtet wurde, ist unverkennbar noch am Leben und erfreut sich einer leidlichen Gesundheit. Durch wüthende Ausbrüche einer gemachten sittlichen Entrüstung wird eine mächtige Partei nicht getödet, am wenigsten in Frankreich, wo nach jedem Mißerfolge der Ruf zu ertönen pflegt: ce sont toujours les autres!

Der Bonapartismus ist während dieser sieben mageren Jahre sittlich noch tiefer gesunken, er zählt heute unter seinen Anhängern wohl mehr

nichtswürdige Elemente als irgend eine andere Partei des Landes. Er hat im Exile ein festes Bündniß mit den Ultramontanen geschlossen, das in den besseren Jahren Napoleons III. so unbedingt nicht bestand. Kommt er heute wieder oben auf, so haben wir nicht blos eine neunapoleonische Legende zu erwarten, neben deren Phantasiegebilden die ältere Mythologie der Bonaparte's wie das lautere Gold der Wahrheit erscheinen wird; es steht dem Lande auch die unbeschränkte Herrschaft des Pfaffenthums bevor, und was das heißen will, ermißt nur wer neuerdings die unglaublichen Zustände in dem bigotten Süden und Westen aus der Nähe gesehen hat. Trotz Alledem bleibt der Bonapartismus die einzige Partei, die ein erreichbares Ziel verfolgt; sein Ideal ist die einzige Verfassung, die sich der Verwaltungsordnung des Staates harmonisch anfügt. Er verspricht dem Gleichheitsfanatismus, der Bigoterie und der Ruheseligkeit der Massen gleichmäßig gerecht zu werden. Das marcher vers l'inconnu ist nun einmal für den Durchschnitt der Menschen der unleidlichste aller politischen Zustände; Tausende friedfertiger Leute seufzen schon insgeheim: kommt denn kein Monk uns aus dem ewigen Jammer der republikanischen Provisorien zu erlösen? Auch der Nationalstolz, der berechtigte wie der unberechtigte, kann nur unter der Monarchie auf einige Befriedigung hoffen; wir Deutschen dürfen einem französischen Patrioten doch nicht zumuthen, daß er jene Staatsform vorziehe, welche unserer Politik die bequemste ist. Die Republik, die nicht leben noch sterben kann, erweckt bei keinem der europäischen Höfe Vertrauen; darüber hat sich unser Reichskanzler mehrmals mit großartiger Offenheit ausgesprochen. Durch die Wiederherstellung des Kaiserthums kann Frankreich zum Mindesten die Möglichkeit gewinnen, aus seiner unnatürlichen Vereinsamung herauszutreten; gewiß ist es doch nicht, daß die Rückkehr der Bonaparte's nothwendig den europäischen Krieg herbeiführen müßte, den die Masse der Franzosen fürchtet. So wirken in der That viele ehrenwerthe und klägliche Motive zusammen, um den gedankenlosen, friedfertigen Haufen, der beim allgemeinen Stimmrecht den Ausschlag giebt, für die Herrschaft des vierten Napoleon günstig zu stimmen. —

Ebenso räthselhaft sind die Aussichten, welche das binnen Kurzem bevorstehende Conclave eröffnet. Die Papstwahl selber — so viel Klugheit darf man den Cardinälen wohl zutrauen — wird nach aller Wahrscheinlichkeit ohne allzu grobe Verletzung der canonischen Vorschriften von statten gehen, und dann denken die katholischen Großmächte nicht daran ihr Veto zu gebrauchen. Auch ist durch die Zusammensetzung des heiligen Collegiums längst dafür gesorgt, daß dem Unfehlbaren unfehlbar ein Gleichgesinnter folgen muß. Ein wirklicher Systemwechsel ist in Rom

unmöglich. In ihren Gesinnungen gegen die weltliche Gewalt waren alle die zweihundertundsechzig Päpste der Geschichte einig; der Nachfolger baute immer nur auf seine Weise an dem Werke der Vorgänger fort, und Nichts ist gewisser, als daß der neue Papst, wie der alte, der verstockten Heimath des Ketzerthums, dem Vaterlande Martin Luthers ein Todfeind sein wird. Nur die Mittel und Wege dieser unwandelbaren Politik müssen sich ändern, schon aus dem einfachen Grunde weil es undenkbar ist, daß noch ein zweiter Mensch denselben gotteslästerlichen Hochmuth besitzen sollte wie Pius der Neunte. Der neue Papst wird nicht gebunden sein durch alle die gräulichen Flüche und Verwünschungen, womit der alte sich selber die Hände gefesselt hat; und dicht vor seinen Füßen liegt die offene Straße, so verlockend, so viel verheißend, so klar erkennbar, daß nur die wahnsinnige Verblendung eines Pius sie nicht bemerken konnte. Lohnt es sich nicht, statt der unmittelbaren Beherrschung des Patrimoniums Petri vielmehr die mittelbare Herrschaft über Italien zu erstreben und die ganze Halbinsel in einen verhüllten Kirchenstaat zu verwandeln?

Wie hochgefährlich das nachbarliche Zusammenleben des geistlichen und des weltlichen Hofes für das junge Königreich werden kann, das haben in den sechziger Jahren viele klarblickende Politiker vorausgesagt. Die Weissagung ist nur deshalb bisher unerfüllt geblieben, weil Papst Pius freiwillig auf die Vortheile seiner Stellung verzichtete. Wie nun, wenn der neue Papst zunächst mit dem königlichen Hofe in ein leidliches Verhältniß träte und das Garantiegesetz thatsächlich annähme? Ein förmlicher Verzicht auf die weltliche Gewalt wird ihm ja gar nicht zugemuthet. Der kindische Befehl: nè eletti nè elettori! läßt sich auf die Dauer nicht mehr aufrechterhalten. Es liegt im eigenen Interesse der Curie ihre Heerde zur Wahlurne zu treiben. Ist die clericale Partei erst politisch organisirt und der Boden am Hofe wohl bearbeitet, so kann man Schritt für Schritt weiter gehen und die Herrschaft in Cabinet und Parlament erringen. „Die Freiheit wie im belgischen Musterstaate“ muß natürlich dabei zum Losungsworte genommen werden.

Eine solche Politik findet im italienischen Leben überall bequeme Handhaben, vor Allem in den Zuständen der Volksbildung. In Belgien können, Dank der clericalen Unterrichtsfreiheit, bereits 53 pCt. der Bevölkerung weder lesen noch schreiben; in Italien ist unter der vielhundertjährigen Herrschaft des Priesterthums die Zahl der Analfabetti noch weit erfreulicher angewachsen, man zählt ihrer an 14 Millionen. Für eine kirchliche Bewegung, welche dem Papstthum gefährlich werden könnte, fehlt jeder Boden; der Katholicismus steht hier felsenfest, schon weil er für selbstverständlich gilt. Die Unterwerfung der gesammten katholischen Welt

unter den Willen der italienischen Prälatur schmeichelt dem nationalen Stolze, erscheint als eine letzte Erinnerung an die Weltherrschaft der ewigen Stadt. Es ist ein offenes Geheimniß, daß alle Parteien bis zur äußersten Linken hinüber schon heute mit dem Vatikan in geheimem Verkehre stehen. Seit Jahrhunderten pflegen die kraftvollen Söhne des Hauses Savoyen in jungen Jahren die Freuden des Lebens herzhaft zu genießen, worauf sich dann im Alter ein lebhafter Wunsch nach Entsündigung einstellt. Jedermann weiß, wie selbst der von allen Bannstrahlen Roms getroffene gegenwärtige König dafür gesorgt hat, daß ihm in seinem letzten Stündlein die Gnadenmittel der Kirche nicht fehlen. Die Verfassung des Königreichs beginnt bekanntlich mit den Worten: „die römisch-katholische Religion ist die einzige Religion des Staates", sie öffnet der clericalen Wühlerei Thür und Thor. Feste und klare Gesetze, welche dem Staate die Abwehr kirchlicher Uebergriffe ermöglichten, fehlen fast gänzlich. Die meisten Liberalen aber reden über kirchliche Fragen mit einer spöttischen Geringschätzung, welche wenig nachhaltige Widerstandskraft verspricht, und zeigen zugleich, da die Folgen der jesuitischen Erziehung noch nachwirken, eine bedenkliche Empfänglichkeit für die rhetorische Phrase. Wenn in einem Lande, das jährlich an zweitausend Mordthaten erlebt, die Kammer der Abgeordneten die Abschaffung der Todesstrafe beschließt, so ist es wohl erlaubt zu bezweifeln, ob eine so dünne und schwächliche Philanthropie der großartigen Consequenz der römischen Herrschsucht die Stange halten kann, ob sie sich rechtzeitig entschließen wird das schöne trügerische Schlagwort: libera chiesa in libero stato! über Bord zu werfen.

Nun fällt die Papstwahl grade in einen Zeitpunkt, da die italienischen Parteiverhältnisse sich verschieben. An gutem Willen hat es den meisten Mitgliedern des Cabinets Depretis-Nicotera nicht gefehlt; von staatsmännischer Einsicht und Festigkeit haben sie wenig Proben gegeben. Die Regierung ist bereits im Zustande der Auflösung. Es liegt in der Natur der Dinge, daß demnächst die eigentliche Linke unter Crispi's Führung in das Cabinet eintreten muß; doch sie kann sich schwerlich lange behaupten, da sie in den gebildeten Klassen wenig zuverlässige Anhänger besitzt. Der Augenblick rückt näher, da die Consorteria sich wieder stark genug fühlen wird um nach den Zügeln des Regiments zu greifen. Sie ist ihren Gegnern an politischer Erfahrung, Sachkenntniß und Regierungskunst entschieden überlegen, sie beherrscht den Senat und die große Mehrzahl der wirklich einflußreichen und gebildeten Zeitschriften. Unter dem Nachwuchs des Grafen Cavour sind viele ausgezeichnete Staatsmänner wie Sella, die weder ein französisches Bündniß noch eine übereilte Ver-

ständigung mit der Curie wünschen; aber auch Männer wie die Freunde des Generals La Marmora, welche den Lockungen des Vaticans weniger unzugänglich scheinen. Daß weltkluge Jesuiten nach dieser Seite hin ihre hoffenden Blicke richten, war unter den Deutschen in Rom längst bekannt; heute hat die merkwürdige Denkschrift des Paters Curci auch das größere Publikum darüber aufgeklärt.

Ob diese feinen Pläne gelingen werden, ist freilich eine andere Frage. Im italienischen Volke liegt ein unverwüstlicher Kern von klarem, scharfem Weltverstande. Die hochbegabte Nation hat, seit sie ihre Einheit errungen, auf allen Gebieten des Lebens eine erfreuliche Entwicklungsfähigkeit bewiesen; wie glänzend ist das schöne Mailand während der letzten zehn Jahre emporgestiegen, und allein aus eigener Kraft! So unerquicklich die religiöse Gleichgiltigkeit der Italiener uns auch erscheinen mag, von einer Wiederkehr der alten Priesterherrschaft wollen sie doch nichts wissen; die Zeit ist noch nicht vergessen, da das Sprichwort die Oesterreicher, die Pest und die Mönche als die drei Unheilsmächte Italiens verwünschte. Als ein Vorkämpfer der nationalen Unabhängigkeit kann das Papstthum den Italienern heute nicht mehr erscheinen, wie einst in den Tagen der Staufer. Seit Machiavelli seinen ehernen Mahnruf erschallen ließ, haben fast alle großen Patrioten Italiens den Pontifex als den Feind des Vaterlandes verwünscht. Nirgends in der Welt kennt man den römischen Clerus genauer und nirgends verachtet man ihn gründlicher als in seiner Heimath; und so bleibt es doch sehr fraglich, ob der Vatican in Italien mehr erreichen wird als die Bildung einer clericalen Partei. Aber eine Gefahr, eine ernste Gefahr ist vorhanden. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Curie vielleicht ihre Taktik ändern und, statt gegen die Räuber des Kirchenstaats blindlings loszustürmen, vielmehr versuchen wird alle katholischen Mächte für einen Kreuzzug gegen das paritätische Deutschland zu gewinnen. Auf eine ehrliche Versöhnung mit dem römischen Stuhle haben wir vorerst nicht zu rechnen — es sei denn, daß der deutsche Staat selber sein gutes Recht kleinmüthig preisgäbe. —

Auch im Orient liegt noch Alles in der Schwebe. Diese Blätter haben vor einem Jahre vorhergesagt, daß ein rascher Siegeszug der Russen nach dem Bosporus nicht in Aussicht stehe. Was wir damals vermutheten, ist weit über unsere Erwartung hinaus erfüllt worden; die Türkei hat, in der richtigen Erkenntniß, daß es sich um das Dasein der muhamedanischen Herrschaft handelt, Alles an Alles gesetzt und die kriegerische Kraft des streitbaren Islams abermals bewährt. Die ängstlichen Warnungen der Russophoben sind längst als eitel Gespensterseherei er-

wiesen. Vor dem Kriege gingen die Wellen des Uebermuths in den Kreisen des jungen Petersburger Hofes sehr hoch; man hörte wohl die Aeußerung: „sind wir erst mit den Türken fertig, so wollen wir einem anderen Nachbarn zeigen, daß wir noch die leitende Macht in Europa sind." Auch während des Kampfes ließen sich zuweilen Stimmen herausfordernden Hochmuthes hören. Inzwischen hat das Unglück für eine heilsame Abkühlung gesorgt. Rußland hat jetzt schon, noch bevor irgend eine große Entscheidung erfolgt ist, nach den amtlichen Angaben an 80,000 Mann, in Wirklichkeit wohl noch mehr verloren. Bereits sind 908 Mill. Rubel Papiergeld im Umlauf, und der Mißerfolg der inländischen Anleihe giebt von dem unreifen Zustande der Volkswirthschaft ein Zeugniß: die Capitalien des Landes sind entweder nicht disponibel oder in den Händen von Fremden. Gelingt selbst noch ein durchschlagender Erfolg, so wird der Sieger doch tief erschöpft aus dem Kampfe hervorgehen und keineswegs in der Lage sein die berechtigten Wünsche der beiden anderen Kaiserhöfe in den Wind zu schlagen.

Im Uebrigen ist das Urtheil, das sich die besonnenen Köpfe Deutschlands und Italiens über die Berechtigung des Kampfes längst gebildet hatten, durch die Erfahrungen dieses Herbstes nur bestätigt worden. Wer nicht absichtlich die Augen schließt, muß heute gestehen, daß das Gedeihen europäischer Cultur unter der Herrschaft des Halbmondes nicht mehr möglich ist, daß die Pforte durch keine Klügelei der Staatsweisheit zu einer europäischen Macht werden kann. Es widerstrebt uns, im Einzelnen alle die gräßlichen Charakterzüge einer durchaus barbarischen Kriegsweise zu schildern: die Gräuel in Bulgarien, die doch weit über Alles hinausgehen, was einer Armee in einem insurgirten Lande nachgesehen werden kann; die völkerrechtswidrige Schein-Blokade im Pontus, die nur den Zweck zu haben scheint die Paschas in Stambul mit reichlichem Bakschisch zu beglücken; die beständige Verletzung des rothen Kreuzes und den ebenso beharrlichen Mißbrauch mit dem rothen Halbmond; und dazu, als einziges Zeichen europäischer Civilisation, jene eintönigen Lügendepeschen über Rußlands Barbarei, welche allwöchentlich vom Bosporus in die Papierkörbe der Cabinette des Westens wandern. Was sollte aus den unglücklichen Christen am Balkan werden, wenn diese Macht triumphirte? Die Muhamedaner allein führen den heutigen Krieg; die europäischen Landsknechte, die im Heere dienen, gelten politisch gar nichts, können jederzeit mit einem Fußtritt oder einem Beutel Geldes den Abschied erhalten. Ist es irgend denkbar, daß dem Siege des Islams über eine christliche Macht eine Verbesserung des Looses der unterworfenen Christen folgen sollte? Die siegreiche Pforte würde nicht, wie Midhat Pascha

unseren gläubigen Türkenverehrern erzählt, das schöne Programm: „Freiheit, Gleichheit, Verwaltungsreform“ in's Leben führen, sondern sie muß, wenn noch ein Funke der alten osmanischen Herrscherkunst in ihr lebt, die Macht des Herrenvolks mit jedem Mittel neu befestigen, das verwüstete Bulgarien mit zuverlässigen Tscherkessen bevölkern und Europa durch einen neuen Hat sowie durch das Possenspiel ihres ottomanischen Parlaments abermals hinhalten.

Rußland vertritt im Oriente die Sache des Christenthums, der Cultur, der Menschlichkeit, und man kann nicht sagen, daß die Haltung seines Heeres dieser Zwecke unwürdig gewesen wäre. Es ist ein grausames Schicksal, daß Czar Alexander, der redliche Freund des Friedens, sich verdammt sieht den scheußlichsten Krieg des Jahrhunderts durchzufechten; doch mindestens seine regulären Truppen haben den Kampf nicht unmenschlicher geführt, als im Oriente unvermeidlich ist. Die bestialischen Auftritte dieses Krieges fallen den Türken, den Bulgaren und Kosaken zur Last. Ein schwächlicher Anfang mit ungenügenden Mitteln ist in den neueren Kriegen Rußlands beinah zur Regel geworden — eine Wahrnehmung, die auf schwere Schäden in Verwaltung und Heerwesen hinweist. Jedoch eine so auffällige Unterschätzung des Gegners, wie sie sich diesmal zeigte, wird nur erklärbar, wenn man annimmt, daß der Czar den Krieg zu vermeiden, die Pforte durch seine Rüstungen zu schrecken hoffte. Die Feldarmee an der Donau kann beim Beginne des Krieges nicht mehr als 110 oder höchstens 140 tausend Mann stark gewesen sein; und grade die Kerntruppen der Garde waren daheim geblieben, desgleichen der berühmteste russische General, vermuthlich weil der slawische Uebermuth ihm sein deutsches Blut nicht verzieh. Der Fehler wurde hart gebüßt; das Ansehen der russischen Armee in der Welt hat schwer gelitten, seit eine leichtsinnige Kriegführung die Mängel der Heeresleitung bloß gelegt, seit die geringe Uebung der Truppen im zerstreuten Gefechte sich gezeigt und auch die Unfertigkeit der neuen Heeresorganisation sich enthüllt hat: denn offenbar sind schon in der ersten Zeit Ersatztruppen aus allen Armeecorps herangezogen worden. Aber der alte Ruf russischer Tapferkeit ist unerschüttert geblieben; das Heer hat nach so schweren Mißerfolgen nur wenig Gefangene verloren, nicht mehr als in jedem Feldzuge verloren gehen, und der Czar verschmähte, nach türkischer Despotenart seinen Unwillen an unglücklichen Generalen auszulassen.

Jetzt ist der Fehler endlich eingesehen, General Totleben herbeigerufen und die Einschließung von Plewna mit verstärkter Truppenmacht begonnen worden; das natürliche Machtverhältniß zwischen den beiden Gegnern stellt sich wieder her. Der Zug auf Erzerum ist ein großer Erfolg, schon

weil Kars in ganz Vorderasien für die stärkste Festung der Welt gehalten wird. Doch die entscheidenden Schläge können nur auf dem europäischen Kriegsschauplatze fallen: — und während diese Zeilen aus der Druckerei zur Durchsicht zurückkommen, ist der erste Schlag in der That gefallen. Durch die Capitulation von Plewna ist der beste General und die beste Armee der Türkei in Rußlands Hände gekommen. Ein großes Heer wird frei für weitere Operationen; und wer ein Herz hat für die mißhandelten Rajahvölker muß jetzt die entschlossene Verfolgung des Sieges wünschen. Die jammernden Friedensrufe der Engländer und Anglomanen zeigen deutlich, welchen Weg Rußland nicht zu gehen hat.

Mit einem Waffenerfolge kann sich der Czar, nach Allem was geschehen, nicht begnügen. Die Verbesserung der Lage der Christen war der ausgesprochene Zweck des Krieges; das entsetzliche Würgen wäre ein sinnloses Verbrechen, wenn das Ziel nicht wenigstens annähernd erreicht würde, und dies ist heute nur noch möglich, wenn der Sultan die Herrschaft über Bulgarien verliert. Der tapfere Hohenzoller auf dem rumänischen Fürstenstuhle hat ein lange mißachtetes und verkommenes Volk durch einen ehrenhaften Krieg in die Reihe der Nationen eingeführt; die Serben schicken sich an, durch einen Friedensbruch, den ihnen Rußland nicht als Frevel anrechnen kann, das gleiche Ziel zu erreichen; die Montenegriner drängen der Küste zu, und es liegt im Interesse der Cultur, diese verwogenen Barbaren durch den Zugang zum Weltverkehre für friedlichere Sitten zu gewinnen. Die Unabhängigkeit aller dieser Landschaften — sei es, daß sie sämmtlich die volle Freiheit gewinnen, sei es, daß Bulgarien dem Namen nach unter der Suzeränität des Sultans bleibt — das ist das Wenigste, was die Russen erreichen müssen, wenn sie nicht gedemüthigt die Waffen niederlegen wollen. Mehr zu erwarten sind sie schwerlich berechtigt; der gewaltige überlegene Wille, der eine welthistorische Katastrophe zu beenden vermag, hat sich bisher weder in ihrer Politik noch in ihrer Kriegführung gezeigt. Die Entscheidung liegt in der Hand der Türkei. Bei einiger Klugheit kann der Sultan für diesmal noch den Bosporus retten und den letzten Akt des orientalischen Trauerspiels noch um einige Jahre hinausschieben; Rußland hat den Sieg theuer erkauft und sah von jeher die nationalen Hoffnungen der Griechen mit mißtrauischen Augen an. Immerhin bleibt es möglich, daß die Pforte, grade weil sie sich von aller Welt verlassen sieht, den Kampf bis zum Aeußersten fortführt, daß die Griechen zur guten Stunde doch noch die Befreiung ihrer unglücklichen Landsleute in Epirus versuchen, daß das eiserne Würfelspiel um den Besitz der Komnenenstadt beginnt. Es ist müßig heute solchen Betrachtungen nachzugehen.

Für die deutsche Politik steht fest, daß weder Deutschland noch Oesterreich russische Eroberungen in Europa zugeben darf. Die Kriegskostenrechnung, welche der Petersburger Hof der zahlungsunfähigen Pforte zu überreichen hat, kann auf unschädliche Weise in Kleinasien beglichen werden. Das dreimal binnen fünfzig Jahren eroberte Kars ist für Rußland ebenso unentbehrlich wie Batum, der einzige gute Hafen der kaukasischen Küste, der bekanntlich im Jahre 1829 nur durch einen gewandten Gaunerstreich der türkischen Diplomatie wieder an die Pforte zurückfiel. Armenien kann unter russischer Herrschaft nur gewinnen; auch die Eröffnung der Dardanellen ist eine billige Forderung für den mächtigsten Staat der Pontusküsten. Für Rußlands inneres Leben wird der gegenwärtige Kampf — das läßt sich jetzt schon erkennen — kaum weniger folgenreich werden als einst der Krimkrieg. Er hat den dünkelhaften Radikalen gezeigt, daß eine geordnete Staatsgewalt im Völkerleben doch mehr ausrichtet als die wüste panslawistische Wühlerei, und die Blicke der Nation auf die vielen Gebrechen ihres Staates gelenkt. Das unvernünftige System der Handelssperre wird täglich unhaltbarer, ebenso der alte slawische Agrar-Communismus; die neue Kreis- und Provinzial-Vertretung hat binnen wenigen Jahren feste Wurzeln geschlagen und kann nur in einer reichsständischen Körperschaft ihren Abschluß finden. —

Der Koran sagt: „Die Moslemin allein sind Menschen; verachtet alle anderen Völker, sie sind unrein". Für einen Staat, der nach solchen Gesetzen lebt und leben muß, ist in Europa keine Stätte mehr. Die Vertreibung des Asiatenthums von dem Boden abendländischer Cultur ist eine Pflicht, welche bisher ein Jahrhundert dem anderen unerfüllt hinterlassen hat; und auch diesmal, so scheint es, wird die große Aufgabe nur halb gelöst werden. Aber auch der halbe Erfolg bleibt ein Gewinn für die Gesittung und er ist um so werthvoller, da er der englischen Politik eine wohlverdiente Demüthigung bereitet. Die trügerische Sicherheit des insularischen Lebens hat in Englands Staat und Volk eine hochmüthige Rücksichtslosigkeit gegen das Ausland erzeugt, welche keine Nation des Continents sich gestattet. Der Ton der englischen Presse, wenn sie über festländische Angelegenheiten redet, zeigt eine unheimliche Aehnlichkeit mit jener anmaßenden Sprache, worin sich die Zeitschriften der sinkenden Republik der Niederlande am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts gefielen; dort wie hier sucht man sich über die verlorene Macht durch ein krankhaft gesteigertes Selbstgefühl zu trösten. Man scheint auf der stillvergnügten Insel gar nicht zu bemerken, wie die grundsätzliche Verhöhnung aller Fortschritte des Völkerrechts, wie die gewerbmäßige Parteilichkeit der britischen Behörden gegen alle ausländischen Schiffer all-

mählich auf die öffentliche Meinung Europas gewirkt, wie viel Haß und Geringschätzung gegen England sich nach und nach auf dem Festlande angesammelt hat. Von dem Rechtsgefühle der britischen Politik hat die völlig frivole, durch keinen irgend verständigen Zweck entschuldigte Annexion der Transvaal-Republik soeben wieder ein erbauliches Probstück gegeben. Dem Schwachen gegenüber zeigt John Bull noch immer dieselbe Gesinnung, wie einst da er Kopenhagen bombardirte; vor dem Starken kriecht er zu Kreuz und seufzt wehmüthig mit seinem Minister Cardwell: „Die englische Allianz hat für andere Nationen geringen Werth, da wir ihnen nichts zu bieten haben als unsere aufrichtige Friedensliebe!"

Wenn irgend ein Staat die Schuld trägt an dem orientalischen Kriege, so ist es England. Denn allein die Hoffnung auf britische Hilfe hat die Pforte ermuthigt, den berechtigten, gemäßigten Forderungen der europäischen Conferenz zu widerstehen. Auch während des Krieges hat es das britische Cabinet dem alten Alliirten nicht an geheimer, mittelbarer Hilfe fehlen lassen. Wenn Rußland nicht durch sein eigenes Interesse gezwungen würde, diese unsauberen Dinge nicht sehen zu wollen, so könnte das Czarenreich leicht eine Menge vollgiltiger Rechtsgründe für eine Kriegserklärung gegen England finden. Zwar der würdige Baker Pascha — derselbe, der vor einiger Zeit durch sein Clouds in the East einen Sturm der Russenangst in England erregte — diese Zierde des Osmanenheeres ist schimpflich aus den Listen der englischen Armee gestrichen worden. Aber wie steht es mit den Patenten der zahlreichen anderen englischen Offiziere, welche im türkischen Heere dienen? Wie mit dem Verhalten des sogenannten englischen Militärbevollmächtigten im Hauptquartiere der kleinasiatischen Armee? Wie mit den großen Vorräthen an Waffen, Geld und Kriegsmaterial, die über Tunis oder auch gradeswegs von England nach dem Bosporus gegangen sind und heute noch gehen? Schamloser als in diesem Kriege sind die anerkannten Pflichten der Neutralen selten verletzt worden. Man lese nur was der wackere Edinburgher Professor Lorimer seinen Studenten darüber gesagt hat; denn das bleibt bei dem Niedergange der englischen Macht noch der letzte Trost, daß sich noch immer einzelne ehrliche Männer finden wie Lorimer und Freeman, die mit dem Freimuthe besserer Tage über die Schande der Gegenwart reden. Natürlich nimmt die englische Politik, da sie in internationalen Streitfragen grundsätzlich das Unrecht zu vertheidigen pflegt, auch eifrig Partei für den Mißbrauch der Blokade im Schwarzen Meere. Aber kann das Alles der bedrängten Pforte genügen? Sie verlangt, wie billig, Waffenhilfe von dem zungenfertigen Freunde;

und da er sich weigert, so gilt er in Stambul verdientermaßen als ein treuloser Kumpan, und sein Gesandter Layard ist am Bosporus bereits der bestverachtete Mann unter den Diplomaten der Franken.

Möge man nun auch die Folgen des frevelhaft heraufbeschworenen Krieges tragen! Armenien ist für Rußland gewonnen, und damit die Möglichkeit, vielleicht dereinst im Thale des Euphrat hinabzusteigen bis zum persischen Meerbusen. Das wiegt nicht allzu schwer, denn der Landweg nach Indien hat seit der Eröffnung des Canals von Suez viel von seinem alten Werthe verloren. Um so bedeutsamer ist die Rückwirkung auf die Meinungen der Orientalen. Das Geschwätz der Bazare Vorderasiens bewegt sich mit Vorliebe um politische Fragen, und die ganze politische Weisheit der Orientalen faßt sich zusammen in dem Glaubenssatze, daß Rußland und England geschworene Feinde sind und von ihren Kämpfen Asiens Schicksal abhängt. Wer ist der Stärkere? fragt man begierig. Eine tausendzüngige Fama verbreitet jede Kunde und vergrößert sie mit einer Kühnheit, wovon man in den Landen der Druckerpresse kaum eine Vorstellung hat. Warum hat Fürst Gortschakow nach der Eroberung von Kars dem alten Freunde Englands in Afghanistan, dem mächtigen Shir Ali sofort die Siegesbotschaft mittheilen lassen? Doch wohl nicht allein aus Courtoisie.

Die Stellung der Briten in Ostindien ist darum so peinlich, weil sie von dem Siege des Halbmonds fast ebenso viel zu fürchten haben wie von seinen Niederlagen. Der Aufstand der Sepoys war eine Folge des Krimkrieges; das Selbstgefühl der Moslemin hatte sich gehoben durch Rußlands Demüthigung. Doch ebenso leicht kann das Mißgeschick des Khalifen die Kampflust der Muhamedaner aufstacheln, zumal da Englands Mitschuld an dem Unglück dem feinen politischen Instinkte der Orientalen sofort einleuchten muß. Die britische Verwaltung hat seit jener Empörung Bedeutendes geleistet, und niemals früher, seit die Europäer ihren Fuß an den Strand gesetzt, war für Indiens materielle Wohlfahrt besser gesorgt. Doch Asiaten regiert man nicht durch Wohlwollen allein; dort bedarf es des Schreckens. Das reiche England konnte sich nicht entschließen, den Bestand seiner europäischen Truppen in Indien auf mehr als 60,000 Mann zu bringen, während alle erfahrenen Offiziere nach dem Aufstande allermindestens 80,000 Mann für unentbehrlich erklärten. Für die Sicherung der Vorlande Indiens geschah gar nichts; die britische Regierung sah es sogar ungern, wenn ihre Unterthanen Afghanistan bereisten. Jetzt sieht man mit bangen Ahnungen den Wirkungen einer unerhört kopflosen Politik entgegen: statt sich rechtzeitig mit Rußland zu verständigen und mit ihm vereint den gemeinsamen Feind,

mählich auf die öffentliche Meinung Europas gewirkt, wie viel Haß und Geringschätzung gegen England sich nach und nach auf dem Festlande angesammelt hat. Von dem Rechtsgefühle der britischen Politik hat die völlig frivole, durch keinen irgend verständigen Zweck entschuldigte Annexion der Transvaal-Republik soeben wieder ein erbauliches Probstück gegeben. Dem Schwachen gegenüber zeigt John Bull noch immer dieselbe Gesinnung, wie einst da er Kopenhagen bombardirte; vor dem Starken kriecht er zu Kreuz und seufzt wehmüthig mit seinem Minister Cardwell: „Die englische Allianz hat für andere Nationen geringen Werth, da wir ihnen nichts zu bieten haben als unsere aufrichtige Friedensliebe!"

Wenn irgend ein Staat die Schuld trägt an dem orientalischen Kriege, so ist es England. Denn allein die Hoffnung auf britische Hilfe hat die Pforte ermuthigt, den berechtigten, gemäßigten Forderungen der europäischen Conferenz zu widerstehen. Auch während des Krieges hat es das britische Cabinet dem alten Alliirten nicht an geheimer, mittelbarer Hilfe fehlen lassen. Wenn Rußland nicht durch sein eigenes Interesse gezwungen würde, diese unsauberen Dinge nicht sehen zu wollen, so könnte das Czarenreich leicht eine Menge vollgiltiger Rechtsgründe für eine Kriegserklärung gegen England finden. Zwar der würdige Baker Pascha — derselbe, der vor einiger Zeit durch sein Clouds in the East einen Sturm der Russenangst in England erregte — diese Zierde des Osmanenheeres ist schimpflich aus den Listen der englischen Armee gestrichen worden. Aber wie steht es mit den Patenten der zahlreichen anderen englischen Offiziere, welche im türkischen Heere dienen? Wie mit dem Verhalten des sogenannten englischen Militärbevollmächtigten im Hauptquartiere der kleinasiatischen Armee? Wie mit den großen Vorräthen an Waffen, Geld und Kriegsmaterial, die über Tunis oder auch gradeswegs von England nach dem Bosporus gegangen sind und heute noch gehen? Schamloser als in diesem Kriege sind die anerkannten Pflichten der Neutralen selten verletzt worden. Man lese nur was der wackere Edinburgher Professor Lorimer seinen Studenten darüber gesagt hat; denn das bleibt bei dem Niedergange der englischen Macht noch der letzte Trost, daß sich noch immer einzelne ehrliche Männer finden wie Lorimer und Freeman, die mit dem Freimuthe besserer Tage über die Schande der Gegenwart reden. Natürlich nimmt die englische Politik, da sie in internationalen Streitfragen grundsätzlich das Unrecht zu vertheidigen pflegt, auch eifrig Partei für den Mißbrauch der Blokade im Schwarzen Meere. Aber kann das Alles der bedrängten Pforte genügen? Sie verlangt, wie billig, Waffenhilfe von dem zungenfertigen Freunde;

und da er sich weigert, so gilt er in Stambul verdientermaßen als ein treuloser Kumpan, und sein Gesandter Layard ist am Bosporus bereits der bestverachtete Mann unter den Diplomaten der Franken.

Möge man nun auch die Folgen des frevelhaft heraufbeschworenen Krieges tragen! Armenien ist für Rußland gewonnen, und damit die Möglichkeit, vielleicht dereinst im Thale des Euphrat hinabzusteigen bis zum persischen Meerbusen. Das wiegt nicht allzu schwer, denn der Landweg nach Indien hat seit der Eröffnung des Canals von Suez viel von seinem alten Werthe verloren. Um so bedeutsamer ist die Rückwirkung auf die Meinungen der Orientalen. Das Geschwätz der Bazare Vorderasiens bewegt sich mit Vorliebe um politische Fragen, und die ganze politische Weisheit der Orientalen faßt sich zusammen in dem Glaubenssatze, daß Rußland und England geschworene Feinde sind und von ihren Kämpfen Asiens Schicksal abhängt. Wer ist der Stärkere? fragt man begierig. Eine tausendzüngige Fama verbreitet jede Kunde und vergrößert sie mit einer Kühnheit, wovon man in den Landen der Druckerpresse kaum eine Vorstellung hat. Warum hat Fürst Gortschakow nach der Eroberung von Kars dem alten Freunde Englands in Afghanistan, dem mächtigen Shir Ali sofort die Siegesbotschaft mittheilen lassen? Doch wohl nicht allein aus Courtoisie.

Die Stellung der Briten in Ostindien ist darum so peinlich, weil sie von dem Siege des Halbmonds fast ebenso viel zu fürchten haben wie von seinen Niederlagen. Der Aufstand der Sepoys war eine Folge des Krimkrieges; das Selbstgefühl der Moslemin hatte sich gehoben durch Rußlands Demüthigung. Doch ebenso leicht kann das Mißgeschick des Khalifen die Kampflust der Muhamedaner aufstacheln, zumal da Englands Mitschuld an dem Unglück dem feinen politischen Instinkte der Orientalen sofort einleuchten muß. Die britische Verwaltung hat seit jener Empörung Bedeutendes geleistet, und niemals früher, seit die Europäer ihren Fuß an den Strand gesetzt, war für Indiens materielle Wohlfahrt besser gesorgt. Doch Asiaten regiert man nicht durch Wohlwollen allein; dort bedarf es des Schreckens. Das reiche England konnte sich nicht entschließen, den Bestand seiner europäischen Truppen in Indien auf mehr als 60,000 Mann zu bringen, während alle erfahrenen Offiziere nach dem Aufstande allermindestens 80,000 Mann für unentbehrlich erklärten. Für die Sicherung der Vorlande Indiens geschah gar nichts; die britische Regierung sah es sogar ungern, wenn ihre Unterthanen Afghanistan bereisten. Jetzt sieht man mit bangen Ahnungen den Wirkungen einer unerhört kopflosen Politik entgegen: statt sich rechtzeitig mit Rußland zu verständigen und mit ihm vereint den gemeinsamen Feind,

den Fanatismus des Islam zu bekämpfen, ist man durch zages Schwanken dahin gelangt, daß jeder Sieg der Russen in Herat und Merv, in Teheran und Quettah als eine Niederlage der Briten betrachtet wird. Sollten die Indier selbst nicht die gleiche Betrachtung anstellen? —

Mit besserer Hoffnung kann Oesterreich dem Ausgange des Krieges entgegenblicken. Großartig war die Politik des Grafen Andrassy keineswegs — einem mächtigen Staate gereicht es nicht eben zum Ruhme, dem Daseinskampfe im Nachbarlande mit verschränkten Armen zuzuschauen — aber klug und verständig war sie. Der Putsch der Szekler hat der Welt gezeigt, welch' ein leidenschaftlicher Nationalhaß in Ungarn noch unter der Asche glimmt. Jedes active Vorgehen konnte den Bestand der Monarchie gefährden. Nun darf sie mit wohlgeschonter Kraft, in unangreifbarer Stellung, beim Friedensschlusse ihre Interessen wahren, und der leitende Staatsmann steht viel zu hoch um diese Interessen im Sinne des polternden magyarischen Chauvinismus zu verstehen. Nicht darum wahrhaftig hat Deutschland den Welttheil von der Vormundschaft Frankreichs befreit, damit nun die Magyarischen Junker im napoleonischen Stile sagen dürften: unsere slawischen Nachbarn müssen in einem unwürdigen politischen Zustande verharren, weil es uns so bequem ist, weil wir für unsere osmanischen Stammverwandten eine phantastische Vorliebe hegen! Die Magyaren müssen sich darein finden, daß außerhalb des bekannten „Globus von Ungarn“ auch noch Menschen leben. Unsere Leser wissen, daß diese Jahrbücher seit Jahren den Dualismus als die einzige Verfassung betrachten, welche die Fortdauer des österreichisch-ungarischen Reiches sichern kann; aber diese verwickelte Staatsform setzt ein bescheidenes Maß von Gerechtigkeit voraus. Im magyarischen Charakter liegt neben großer politischer Begabung und heißer Vaterlandsliebe noch ein ungebrochener Grundstock asiatischer Barbarei. Immer wieder zeigt sich die Neigung, die Magyaren nach Türkenart als ein Herrenvolk inmitten von Rajahvölkern anzusehen; ein rücksichtsloser Terrorismus sucht die Allen verständliche deutsche Sprache auch aus dem bürgerlichen Verkehre zu verdrängen. Seit zehn Jahren spielt in den Ländern der Stephanskrone ein Kampf des Magyarenthums gegen alle Nichtmagyaren; er ist zugleich ein Kampf des unruhigen bildungslosen Junkergeistes gegen das friedliche Bürgerthum und scheut selbst vor dem offenbaren Unrecht nicht zurück. Wie roh sind soeben erst die wackeren Siebenbürgener Sachsen gekränkt und geschädigt worden durch die Aufhebung der uralten, redlich erworbenen Privilegien ihres Königsbodens. Die Magyaren bilden nur eine Minderheit, sie können die politische Führung in diesem Völkergemisch nur dann behaupten, wenn sie den Deutschen und den Slawen Achtung

und Mäßigung zeigen. Die heute in Pesth beliebte Politik ist geradezu selbstmörderisch, sie droht das ganze System des Dualismus zu untergraben. Es wird den Magyaren selber zum Heile gereichen, wenn sich erträgliche Zustände im Süden der Donau herausbilden, wenn sie die Anziehungskraft der kleinen nationalen Gemeinwesen an der Grenze zu fürchten haben und sich also gezwungen sehen, ihr heißes Blut etwas in Zucht zu halten.

Mächtige Gegner bedrohen den Grafen Andrassy in Pesth wie in Wien; nächst dem Elysé rechnet die große internationale Verschwörung der Ultramontanen heute namentlich auf die Hofburg. Doch die Erfolge der Politik des Grafen liegen so klar vor Aller Augen, daß wir hoffen können, er werde seiner Feinde Herr werden. Der neue Ausgleich zwischen den beiden Hälften der Monarchie muß nach vielem Ach und Weh, nach Zank und Klagen endlich doch gelingen, weil beide Theile fühlen, daß sie einander nicht entbehren können. Bedenklicher als diese inneren Verhältnisse, die ja in Oesterreich niemals ganz klar und einfach liegen können, erscheint uns die leichtsinnige Aufhebung des deutsch-österreichischen Handelsvertrags. Die politische Freundschaft der Staaten wird allerdings nicht nothwendig durch ihre Handelspolitik bedingt, wie die lange Geschichte der preußisch-russischen Allianz beweist; aber die willkürliche Wiederaufhebung einer seit Jahren festgewurzelten und für beide Theile vortheilhaften freundnachbarlichen Verbindung wirkt verletzend und verstimmend. Mögen die österreichischen Schutzzöllner sich nicht darüber täuschen: der Eindruck, den ihr jüngster Erfolg im deutschen Reiche, selbst in den Kreisen nüchterner, besonnener Männer zurückgelassen hat, ist sehr tief und bitter und wird so bald nicht verwischt werden. Unser Verhältniß zu Oesterreich trägt noch immer den Charakter einer Vernunftehe; so zarte Beziehungen verlangen Klugheit von beiden Theilen. Die öffentliche Meinung übt in Deutschland, was man auch sagen möge, einen weit stärkeren Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik als in Oesterreich. Nimmt das Gefühl der Entfremdung im deutschen Volke überhand, so wird sich die Rückwirkung zuletzt auch in der Haltung unserer Diplomatie zeigen.

Das deutsch-österreichische Bündniß ist für uns nicht ohne Vortheil, den größeren Gewinn zieht doch Oesterreich daraus; wir sind es nicht, die ein Trentino zu verlieren haben, wir sind es nicht, die an dem wilden Hader von zwanzig interessanten Völkerschaften kranken. Daß die wirthschaftlichen Folgen des thörichten Schrittes, wenn man nicht noch einlenkt, auf Oesterreich selber zurückfallen werden, versteht sich ohnehin von selbst. Die Mehrheit des deutschen Reichstags ist ihren handelspolitischen Ueberzeugungen immer treu geblieben und wird sich durch den Freundschafts-

streich der Brünner Fabrikanten sicherlich nicht zu schutzzöllnerischen Experimenten verführen lassen. Unsere Handelspolitik wird versuchen, mit anderen Völkern eine vernünftige Verkehrsfreiheit aufrecht zu halten; aber — auch die deutsche Geduld hat ihre Grenzen — die Unfreundlichkeit Oesterreichs wollen wir mit gleicher Münze bezahlen, durch Retorsionszölle und durch die Aufhebung des Zollcartells. Die verheerenden Wirkungen des Schmuggels treffen nicht uns, sondern allein Oesterreich; wenn an der ungesicherten Grenze das alte verderbliche Unwesen wieder anhebt, dann werden die Oesterreicher vielleicht erkennen, ob die klugen Herren in Brünn wirklich den Stein der Weisen gefunden haben, der die Folgen einer allgemeinen europäischen Handelsstockung zu heilen vermag. —

So gelangen wir endlich zu den heute so unerquicklichen deutschen Verhältnissen. Allein in der auswärtigen Politik spüren wir heute noch jenen starken und sichern Willen, den die Welt sich wieder gewöhnt hat als preußisch zu bezeichnen. Hier zeigt es sich noch, l'ancien système vigoureux de la maison de Brandebourg. Es ist in erster Linie Deutschlands Verdienst, daß die unaufhaltsame Zersetzung des Osmanenreichs ohne Störung des Weltfriedens von statten geht; und dabei sind die Türken doch keineswegs darüber im Unklaren gelassen worden, daß Deutschland nicht gewillt ist ihre Gewaltherrschaft zu stützen. Das Verhältniß zwischen der deutschen Regierung und der Pforte ist mehr als kühl; man hält uns am Bosporus kurzweg für Rußlands Freunde. Die große Mehrheit der Nation billigt das Verfahren des Auswärtigen Amts. Die Parteien stehen zu dieser Frage nicht wesentlich anders wie zu den übrigen Aufgaben deutscher Politik; die gemäßigten Conservativen und Liberalen sind mit der Regierung einverstanden, während die Schwarzen, die Rothen und die Röthlichen beim Barte des Propheten schwören. Leider hat sich auch ein kleiner Bruchtheil der Liberalen, der die Anschauungen des Krimkriegs nicht überwinden kann, dem Pilgerzuge nach Mekka angeschlossen. Indeß die klügeren dieser Türkenverehrer danken im stillen Kämmerlein selber dem Himmel, daß die deutsche Politik ihren Rathschlägen nicht gefolgt ist und nicht so thöricht war, um mißverstandener englischer Interessen willen einen Weltkrieg zu entzünden. Die Türkenschwärmerei trug bei uns von Haus aus allzu sehr das Gepräge schrullenhafter persönlicher Liebhaberei, die ganze Frage liegt uns allzu fern, als daß um ihretwillen ein Bruch innerhalb der liberalen Partei erfolgen sollte.

Ein ganz anderes Bild bieten die inneren Zustände. Der unbedachte Beschluß des Reichstags über den Sitz des Reichsgerichts war der erste wirkliche Erfolg des Particularismus in unserem Parlamente. Die Rückwirkung hat nicht auf sich warten lassen. Ueberall im Reiche erhebt

der Particularismus wieder keck sein Haupt; selbst eine früher so wohlgesinnte Regierung wie die oldenburgische zeigt in den Angelegenheiten des öffentlichen Verkehrs eine kleinliche, gehässige Unfreundlichkeit gegen die Nachbarn, die an die zwanziger Jahre, an die schlimmsten Zeiten des allgemeinen deutschen Zollkrieges erinnert. Selbstverständlich feiert diese Gesinnung ihre Saturnalien grade in dem Lande, das der Reichstag als den geeigneten Boden für das Reichsgericht betrachtet; die große Unterlassungssünde des Jahres 1866, die Nicht-Einverleibung des Königreichs Sachsen macht sich wieder einmal fühlbar. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie zäh die Dresdner Staatskunst den einfachen Grundsatz vertheidigte: der eigentliche Zweck der Eisenbahnen ist — den Verkehr zwischen deutschen Nachbarlanden zu erschweren. Als sie dann durch das Lübecker Gericht zur Besinnung gebracht wurde, rächte sich der sächsische Patriotismus durch Schmähungen, wie sie in Nordamerika unmittelbar vor Ausbruch des Bürgerkrieges üblich waren.

Im preußischen Landtage hat eine unendliche Session begonnen — die unfruchtbarste und leerste seit langen Jahren. Unwillkürlich regt sich die Frage, ob nicht die Führer der Oppositionsparteien gradezu den Zweck verfolgen, die parlamentarischen Institutionen durch Zeitvergeudung, durch Zank und Skandal zu entwürdigen und abzunutzen. Welche Unmasse von giftigen Anklagen, von zwecklosen Demonstrationen! Ueber den leidigen Welfenfond steht das allgemeine Urtheil längst fest. Die Regierung thäte wohl, freiwillig in kurzer summarischer Uebersicht anzugeben, wie viel von den Zinsen des Fonds für die Presse, wie viel auf Bodenmeliorationen und dergleichen verwendet worden ist; sie würde dadurch sofort ein ganzes Gewölk schändlicher Verleumdungen zerstreuen, denn sie hat nichts, gar nichts zu verbergen. Wenn sie sich dessen aber weigert, so steht sie unzweifelhaft auf dem Boden des Gesetzes, und alle Anzapfungen von Seiten des Landtags können nur den Zweck der Chikane verfolgen. Hoffentlich wird das unerbauliche Schauspiel die heilsame Folge haben, daß endlich, endlich, und ohne jeden Vorbehalt, ein Bruch vollzogen wird, den diese Blätter seit Jahren als ihr ceterum censeo betrachtet haben. Es geht wirklich nicht mehr mit dem Ammenmärchen von der großen liberalen Partei. Die Fortschrittspartei war und ist unser Gegner; sie war und ist die gemeinschädlichste aller Parteien, da alle übrigen doch irgend ein Ziel verfolgen. Man schneide nur endlich das Tafeltuch entzwei zwischen dem positiven Liberalismus und der souveränen Kritik; diese Mohren wäscht man durch bedauernde Zärtlichkeit nicht weiß. Unterdessen nimmt im großen Publikum die verdrießliche Tadelsucht täglich überhand. Ein kleines, aber lehrreiches Symptom dieser krankhaften Verstimmung ist

der schöne Erfolg, dessen Herr Schäffle mit seiner „Quintessenz des Socialismus“ sich rühmen kann. Da wird in ungenießbar langweiliger Darstellung erwiesen, daß der Socialismus weder zur Aufhebung des Eigenthums noch zur Schädigung der Cultur führen würde, wenn — ja wenn unsere Socialdemokratie das Gegentheil von dem wäre, was sie ist und sein muß. Und ein solches Buch, von einem alten Feinde der deutschen Einheit, den Massen des Volks durch seine scholastische Schreibweise völlig unverständlich, erlebt in Deutschland in einem Jahre fünf Auflagen! Es ist gar zu süß, sich einer unbestimmten pessimistischen Träumerei zu überlassen und im Hochgefühle der eigenen Unfehlbarkeit über die Fäulniß aller Grundlagen unserer Gesittung abzusprechen!

Die Verwirrung in den Kreisen der Regierung giebt solchem Pessimismus nur allzu reiche Nahrung. Seit einem Jahre fast leben wir in einer chronischen Ministerkrisis, in einem halb regierungslosen Zustande, den ein minder kräftiger Staat kaum überstehen würde. Jedermann sagt sich: so geht es nicht länger! Was wir zu wünschen haben ist klar: Einheit des Willens im Regimente. Und da die Nation unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur zu einem Ministerium Bismarck Vertrauen hat, so ist es nothwendig, daß alle Mitglieder des Cabinets, die aus persönlichen oder aus principiellen Gründen nicht mit dem Reichskanzler übereinstimmen, je eher je lieber ausscheiden. Die Politik ist ein undankbares Handwerk; alle noch so glänzenden Verdienste der Einzelnen kommen nicht in Betracht gegenüber der Nothwendigkeit einer festen Staatsleitung. Ohne die Theilnahme der regierungsfähigen Elemente des Liberalismus läßt sich aber, nach der großen Parteiverschiebung der jüngsten Jahre, ein dauerhaftes Ministerium nicht bilden. Dazu bedarf es keines eigentlichen Systemwechsels: die Regierung ist längst mehr und mehr in die Bahnen des Liberalismus eingelenkt, dem Zusammenwirken freiconservativer und gemäßigt-liberaler Staatsmänner steht nichts im Wege. Wohl aber ist eine veränderte Organisation der höchsten Behörden nothwendig. Die beständige Reibung zwischen den Behörden des Reichs und Preußens wird nachgrade selbst von den Cabinetten der Mittelstaaten als ein unerträglicher Zustand empfunden. Wir brauchen ein Reichsfinanzamt und ein Reichshandelsamt, die mit den entsprechenden Departements des preußischen Staates in einer Hand vereinigt werden müssen. Daß eine so tief greifende Reform auf Hindernisse stößt, ist natürlich; unübersteigliche Schwierigkeiten, die in der Sache selbst lägen, vermögen wir nicht zu entdecken. Die neuesten Erklärungen des Ministers Friedenthal gewähren die beruhigende Aussicht auf einen, wenn auch langsameren, Fortgang der Verwaltungsreform, die ohne eine

gründliche Umgestaltung des Steuersystems nicht durchführbar ist; und da alle Welt fühlt, daß die Gesetzgebung in den letzten Jahren etwas zu hastig gearbeitet hat, so befriedigten diese Zusagen allgemein. Einige Tage lang gab man sich der Hoffnung hin, die Neugestaltung des Ministeriums werde gelingen.

Da trat eine Wendung ein, die an sich mit der Politik nichts zu thun hat aber mittelbar fast unvermeidlich auf die politische Lage einwirken muß. Der Präsident des Oberkirchenraths Dr. Herrmann ersuchte um seine Entlassung. Die Berufung dieses Mannes vor fünf Jahren war einer der glücklichsten Griffe des neuen Cultusministers. Bei den Gesinnungen der überwiegenden Mehrzahl unserer evangelischen Geistlichkeit konnte nur ein Orthodoxer die Leitung des Kirchenregiments in die Hand nehmen. Von dem Neuberufenen war, nach seinem Auftreten auf den Kirchentagen, allbekannt, daß er ein ebenso streng bibelgläubiger Christ ist wie nur irgend einer der orthodoxen Eiferer. Doch er vertrat zugleich immer eine weitherzige, evangelisch freie Kirchenpolitik; und diese Verbindung von Orthodoxie und kirchenpolitischem Freisinn, die sich heute so selten findet, machte ihn zum Manne der Situation. Er wurde berufen um das unter König Friedrich Wilhelm IV. so oft, mit so großen Hoffnungen begonnene und immer wieder gescheiterte Werk der Synodalverfassung wieder aufzunehmen, und sprach offen aus: seine Absicht sei, durch eine freie Verfassung, die allen evangelischen Christen das Feld öffne, auch die dem Gemeindeleben fast ganz entfremdeten Männer der kirchlichen Linken für die Kirche wiederzugewinnen. Das Unternehmen schien fast aussichtslos; so von Grund aus war der kirchliche Friede durch die gehässigen Kämpfe langer Jahre verwüstet. Ich persönlich gestehe, daß ich an das Gelingen nicht eher geglaubt habe, als bis der Erfolg nahezu gesichert war. In der Generalsynode hat der Geist der Versöhnung doch überwogen. Der Entwurf ward angenommen, und billiges Urtheil muß gestehen, daß nicht nur die Grundgedanken der Synodalordnung gut gedacht sind — sie lehnen sich bekanntlich vielfach an die Entwürfe der Generalsynode von 1846 an — sondern auch die meisten der Einzelbestimmungen erfüllt sind von jenem Geiste der Schonung und der rücksichtsvollen Klugheit, der nach so vielem grimmigem Hader unserer Kirche vor Allem noth thut. Als die neue Ordnung die Sanction des Königs erhalten hatte, da war es vielen evangelischen Preußen ein froher Gedanke, daß es diesem Fürsten, der so viele Herzen versöhnt, so viele Wunden geheilt hat, nun auch gelungen war das Lieblingswerk seines königlichen Bruders zu vollenden, der zerrissenen und zersplitterten Landeskirche endlich den Frieden zu bringen.

Wie hat sich die neue Ordnung bewährt? Im Großen und Ganzen befriedigend. Während der letzten Monate sind mehrere hundert Synoden abgehalten worden, und sie verliefen sammt und sonders im tiefsten Frieden, die meisten unter lebhafter Theilnahme. Viele Männer, die sich seit Jahren dem kirchlichen Leben fern gehalten, fanden jetzt wieder Freude daran, da das gute evangelische Recht der Laien endlich anerkannt war. Es zeigte sich zur Freude aller Besonnenen, daß der christliche Glaube in unserem Volke viel tiefere Wurzeln geschlagen hat, als man nach der Haltung eines Theiles unserer Presse annehmen konnte. Nur eine Synode bildete eine traurige Ausnahme — natürlich die Berliner. Wie sollte sich auch der Berliner aufgeklärte Fortschritt die köstliche Gelegenheit entgehen lassen, wieder einmal ein heilsames Werk zu stören? Man kann es als ein Naturgesetz betrachten, daß diese Leute regelmäßig das Gegentheil ihrer Absichten erreichen; warum sollten sie nicht auch einen orthodoxen Zeloten an die Spitze des Oberkirchenraths bringen? Nun gilt zwar die Berliner Synode in unserem decentralisirten Lande Gott sei Dank nicht mehr als jede andere auch; die thörichten Versuche das Apostolicum abzuschaffen und die ganze unerfreuliche Zänkerei, die sich nachher noch in den Kirchen-Organen der Hauptstadt abspielte, wirken auf die Millionen guter evangelischer Christen im Lande eher abschreckend als ansteckend. Doch die an sich sehr unbedeutenden Vorfälle fanden lauten Widerhall in der skandalsüchtigen Berliner Presse. Der also entstandene Lärm diente den orthodoxen Eiferern zum willkommenen Vorwande um sofort den Kampf gegen die Synodalverfassung selber zu eröffnen. Wenn der Berliner Fortschritt unleugbar zuerst den kirchlichen Frieden gestört hat, so sind es heute die unionsfeindlichen Zeloten, welche uns ein duldsames und weitherziges Kirchenregiment wieder zerstören wollen. Sie waren von Haus aus mißtrauische Gegner der Theilnahme der Laien an der Leitung der Kirche; jetzt greifen sie begierig die eine unerfreuliche Erfahrung aus den vielen hundert erfreulichen heraus und verlangen: Verstärkung der Zahl der geistlichen Mitglieder in den Synoden. Als ob man die Kirche durch Majoritäten regieren könnte! Eine nach jahrzehntelangen Kämpfen soeben erst mit schwerer Mühe begründete kirchliche Ordnung sofort wieder in Frage stellen, weil ein einziger Hergang Aergerniß erregt hat — heißt das im evangelischen Geiste handeln? Ist das der Sinn christlicher Milde und Schonung? Zum Ueberfluß ist die Forderung ganz undurchführbar. Die Synodalverfassung darf nicht mehr geändert werden ohne die Genehmigung des Landtags, und diese wird man zu dem Versuche einer übereilten Wiederzerstörung nimmermehr erhalten.

Noch ein zweiter, an sich ebenso geringfügiger Vorfall wird zu dem

gleichen Zwecke ausgebeutet. Der Prediger Hoßbach hat durch eine Gastpredigt schweren Anstoß erregt, keineswegs blos im orthodoxen Lager; ein Theil der Gemeinde protestirte gegen seine Erwählung, und das Brandenburgische Consistorium verweigert die Bestätigung der Wahl. An den Oberkirchenrath stellen nun die Organe der Orthodoxie die zweifache Forderung: er solle nicht blos die Entscheidung des Consistoriums billigen, sondern den Prediger aus seinem alten, bisher ohne jeden Anstoß verwalteten Pfarramte entfernen. Für die erstere Forderung sprechen manche gute Gründe: der Protest liegt vor, das gegebene Aergerniß ist stadtkundig und, Dank der Berliner Presse, auch landkundig geworden; es wird also auf eine sorgfältige Erwägung der Verhältnisse der Gemeinde ankommen, auch auf Formfragen: ob der Protest rechtzeitig eingereicht wurde u. s. w., kurz, auf Fragen, die das Publicum gar nicht beantworten kann. Die zweite Forderung dagegen berührt eine wichtige Principienfrage, worüber jeder Protestant mitsprechen darf. Was enthielt jene Predigt? Herr Hoßbach sagt: „Es ist die Aufgabe der die Wahrheit suchenden Wissenschaft, Wirklichkeit und Sage von einander zu scheiden"; dann bekennt er sich zu „der sogenannten modernen Theologie", welche die Gottheit Jesu leugne, spricht von dem Judenchristenthum und Heidenchristenthum der paulinischen Tage und mahnt dann zur Einigkeit im Geist. Gröblicher läßt sich die Aufgabe des Predigers doch kaum verkennen! Die ganze Predigt ist eine große theologische Taktlosigkeit, eine Entweihung der Kanzel durch wissenschaftliche Erörterungen, die auf das Katheder gehören. Seit wann geht man denn in die Kirche um die Resultate „der die Wahrheit suchenden Wissenschaft" zu vernehmen? Darüber wissen viele gebildete Laien besser Bescheid als der Herr Pastor. Zu erbauen und zu erheben, Trost zu spenden aus der Fülle der Verheißung, das ist des Kanzelredners Beruf. Aber jene plumpe Verwechslung von Kanzel und Katheder, deren Herr Hoßbach sich schuldig machte, ist ja leider seit vielen Jahren unter der großen Mehrzahl unserer städtischen Prediger, der Orthodoxen wie der Rationalisten, zur Gewohnheitssünde geworden; sie ist es, die so vielen frommen Christen das Anhören der Predigten ganz verleidet hat. Auf hunderten städtischer Kanzeln — auf dem Lande steht es noch etwas besser — setzen an jedem Sonntag die Theologen auseinander, was sie sich bei diesem oder jenem Dogma denken, während die beladenen und sündenbewußten Gewissen der Gläubigen nach ganz anderem Troste verlangen. Wäre es nicht offenbare Ungerechtigkeit, Einen aus dem Haufen herauszugreifen und ihn allein büßen zu lassen für eine allgemeine Unsitte der heutigen Theologen, die erst nach vielen Jahren leidlichen kirchlichen Friedens wird verschwinden

können? Der Oberkirchenrath würde die Grundsätze, die er seit fünf Jahren innegehalten, völlig aufgeben, wenn er aus solchem Grunde gegen einen Geistlichen einschritte, der mit seiner Gemeinde in Frieden lebt und ihr Vertrauen besitzt.

Was hier gesagt wurde, soll nur einen ungefähren Begriff geben von den Bestrebungen, welche von rechts her den Weg des Oberkirchenrathspräsidenten zu durchkreuzen suchen; von rechts, allein von rechts her kommt die Bedrängniß. Herr Herrmann darf sein Amt nicht fortführen, wenn er nicht die Sicherheit erhält, daß der bisherige feste und ruhige Gang des Kirchenregiments ungestört bleibt. Wird das Entlassungsgesuch angenommen, so kann nicht ein gemäßigter Orthodoxer der Nachfolger werden — denn dieser Richtung gehört Präsident Herrmann selber an — sondern nur ein Gegner der evangelischen Union, ein unduldsamer Zelot. Die neue Kirchenverfassung würde dann in einem Sinne gehandhabt, der ihr selber feindlich ist; und die kaum erst mühsam beschwichtigten kirchlichen Leidenschaften brächen in hellen Flammen aus. „Den ganzen evangelischen Namen" in einträchtiger Liebe zusammenzuhalten, war der Stolz des Großen Kurfürsten. Wir haben unter Kaiser Wilhelm manchen guten Schritt vorwärts gethan auf dieser alten gesegneten Bahn der Hohenzollern; gebe Gott, daß pfäffische Herrschsucht und Unduldsamkeit uns nicht wieder davon abdrängen!

Wie diese kirchlichen Wirren in die politische Krisis eingreifen müssen, bedarf kaum der Schilderung. Der Cultusminister kann die Entlassung des Präsidenten Herrmann nicht unterzeichnen; er müßte mit ihm zugleich den Abschied nehmen, und der Triumph des Centrums wäre vollständig. Der Reichskanzler, der jenen innerkirchlichen Fragen immer fern geblieben ist, kann doch den Urheber der Maigesetze nicht fallen lassen; so müßte auch er einem Cabinet von Hochconservativen und Clericalen das Feld räumen. Welche Aussichten! Doch der Gedanke, daß eine reinkirchliche Angelegenheit den Hebel bilden sollte, der unser politisches System aus den Angeln höbe, ist zu widersinnig, als daß er sich erfüllen könnte. Es widersteht mir, von allen den persönlichen Einflüssen und Gegensätzen zu reden, welche dem Reichskanzler in den Weg treten; ich bekenne gern, daß ich mich in dem Wirrwarr widersprechender Nachrichten und Klatschereien nicht zurechtfinden kann. Klar und sicher ist in dem trüben Nebel nur dies Eine: die deutsche Nation verlangt ein Ministerium Bismarck, nicht ein Cabinet von Beurlaubten, Stellvertretern und Lückenbüßern, sondern eine einträchtige Regierung von treuen Gesinnungsgenossen des leitenden Staatsmannes. Dem Manne, der die Stürme der Conflictszeit überstanden hat, brauchen wir nicht erst zu sagen: where is a will there is a way!

1878.

Zum Jahresanfang.

Berlin, 10. Januar 1878.

Gleichzeitig mit dem Falle von Plewna hat das scheidende Jahr auch den französischen Verfassungskämpfen eine vorläufige Entscheidung gebracht. Eine friedliche Verständigung, wie wir Deutschen sie in unserem Interesse wünschen mußten, ist eingetreten, aber sie erfolgte unter Umständen, die bei uns — man darf es sagen — Niemand für möglich hielt. Bei dem besten Willen jedes Volk nach sich selber zu beurtheilen kommen wir doch von tief eingewurzelten nationalen Vorstellungen nicht gänzlich los: unwillkürlich übertragen wir jene Ehrbegriffe und Anstandsgewohnheiten, die wir unter unseren deutschen Officieren für selbstverständlich halten, auf fremde Verhältnisse. Wer konnte auch erwarten, daß ein Marschall von Frankreich nach so vielen feierlichen Reden vom Ausharren jusqu'au bout zuletzt ohne jeden ernsten Versuch des Widerstandes seine Sache und seine Freunde preisgeben und ein solches Maaß von — Ergebung zeigen sollte? Jeder stärkere Ausdruck würde den eigenthümlichen Humor der Thatsachen nur abschwächen.

Soweit sich bis jetzt ein Urtheil bilden läßt, ist die Erklärung des erstaunlichen Ereignisses wohl zunächst in der Persönlichkeit des Marschall-Präsidenten zu suchen, sodann in der Zerspaltung der Armee und dem unverkennbaren tiefen Ruhebedürfniß des Landes. Den letzten Ausschlag aber gab die Unmöglichkeit den Posten des Finanzministers zu besetzen. Bis in den December hinein hatte der Marschall das formelle Recht auf seiner Seite: allein als er endlich vor der Frage stand, ob er ein budgetloses Regiment wagen solle, da fand sich unter seinen Genossen Niemand bereit, auf die Gefahr des Vermögensverlustes hin den Versuch auf sich zu nehmen. Rechtliche Bedenken störten Keinen. Drastischer läßt sich der ideale Gehalt der heutigen französischen Parteikämpfe nicht schildern. Genug, die Republik erfreut sich nunmehr ihres zwanzigsten Ministers

des Innern, und bis die große Weltausstellung vorüber ist, die der leidenden Volkswirthschaft die wunderthätige Heilung bringen soll, steht eine Kündigung des geschlossenen Waffenstillstandes schwerlich zu befürchten.

Um dem Marschall die Demüthigung zu erleichtern hat man Herrn Dufaure wieder an die Spitze des Cabinets gestellt, und dem Anscheine nach liegen die Dinge wieder auf derselben Stelle wie zu Anfang des Decembers 1876. Doch in Wahrheit ist die Regierung nur noch ein Werkzeug in der Hand der Mehrheit der Abgeordnetenkammer; der Sieg der republikanischen Partei ist so vollständig wie die Unterwerfung des Präsidenten. Die Verfassung ist thatsächlich völlig umgestaltet, die executive Gewalt hat ihre gesetzmäßige Selbständigkeit gänzlich verloren, und an der Spitze des Staates steht ein Convent — ein Convent von zwei Kammern freilich, ohne die wilde Energie jener alten revolutionären Versammlung, doch immerhin eine vielhundertköpfige souveräne Körperschaft, welche auf die Dauer einen centralisirten Militär- und Beamtenstaat nicht ohne terroristische Gewaltmittel zu beherrschen vermag. Was irgend geschehen konnte um das Beamtenthum den siegreichen Parteien zu unterwerfen, das ist bereits geschehen mit einer Unbefangenheit, die selbst in Frankreichs Geschichte kaum ihres Gleichen hat. Niemals wurde der Glaubenssatz aller französischen Parteien, das s'emparer du pouvoir eilfertiger zugleich und gründlicher angewendet. Von den sechsundachtzig Präfekten sind dreiundachtzig abgesetzt, desgleichen viele hunderte von Unterpräfekten und Verwaltungsbeamten aller Art, bis herab zu den Direktoren der Wohlthätigkeitsanstalten. Von dem eigentlichen Zwecke der Verwaltung ist gar nicht mehr die Rede, Niemand fragt nach Sachkenntniß und Rechtschaffenheit; es gilt nur, das Gewölk von Journalisten und Advokaten, das sich heischend an die Sieger herandrängt, schleunigst zu versorgen und die Gegner gänzlich zu Boden zu werfen. Auch für die Gemeindewahlen, die über die Zusammensetzung des Senats entscheiden, gab man das Losungswort aus, daß nur Mitglieder der herrschenden Partei in die Gemeinderäthe eintreten dürften, und in der That ist das Ergebniß der parlamentarischen Mehrheit günstig gewesen. Wie ungeheuerlich diese maßlose Ausbeutung des Sieges unseren germanischen Anschauungen erscheinen mag — daß sie politisch nothwendig war, läßt sich nicht leugnen. Die Republik kämpft noch um das Dasein, durch mildere Mittel kann sie sich nicht behaupten. Für die nächste Zukunft gehört das gesammte pays légal fast ebenso vollständig den Republikanern, wie vor vierzig Jahren den Orleanisten; und sicherlich wird ihnen durch diesen Besitzstand der Kampf gegen die monarchischen Parteien erleichtert.

Doch steht darum das republikanische Regiment sicherer oder auch nur ebenso sicher wie einst das Julikönigthum? Man sagt oft: la France est centre gauche. Und allerdings in den Reihen der gebildeten Mittelklassen, welche den Heerd dieser liberalen Gesinnung bilden, hat die Republik starken Anhang gewonnen, weil man für jetzt nichts Besseres weiß, und weil keine der entthronten Dynastien dem Lande vorderhand das zu bieten vermag, was der natürliche Vorzug der Monarchie bleibt: Gerechtigkeit und Stetigkeit der Regierung. Aber wird die allezeit furchtsame französische Bourgeoisie etwas wagen wollen für eine so nüchterne, allein im Verstande begründete Ueberzeugung? Wird sie ihre Ansichten festhalten auch wenn es sich zeigt, daß die Republik die üblen Folgen einer allgemeinen europäischen Handelsstockung nicht abzuwenden vermag? Ihre entschlossenen, leidenschaftlichen, begeisterten Anhänger findet die republikanische Idee noch immer nur unter den Communards, den geschworenen Gegnern der heutigen Regierung.

Ob der Präsident selber noch im Stande ist die Politik des Widerstandes von Neuem zu versuchen, darüber ist in der Ferne kein Urtheil möglich. In jedem anderen Lande wäre er seit den Demüthigungen des Decembers ein unmöglicher Mann geworden; im heutigen Frankreich scheint nichts mehr undenkbar, selbst der Fluch der Lächerlichkeit wirkt hier nicht mehr vernichtend. Sicher ist nur, daß der Marschall nicht ehrlich versöhnt sein kann mit der neuen Ordnung der Dinge, die ihn, gegen Sinn und Wortlaut der Verfassung, nöthigt sich mit persönlichen Feinden zu umgeben und ihm das Recht der freien Beamtenernennung thatsächlich raubt. Und noch viel sicherer ist, daß die besiegten monarchischen Parteien sich nicht beruhigen werden bei der schrankenlosen Parteiherrschaft ihrer Gegner; übermenschliche Sanftmuth ist von keiner Partei zu verlangen, am Allerwenigsten von den Bonapartisten, deren Gefühle immer sehr menschlicher Natur waren. Warum sollten auch die Kaiserlichen, die auf den appel au peuple schwören, irgend welche Ehrfurcht hegen vor dieser Republik, die dem Plebiscit ängstlich aus dem Wege geht? Und wie sollte der mächtige herrschsüchtige Clerus sich ernstlich befreunden mit einem Cabinet von Voltairianern, das drei Protestanten unter seinen Mitgliedern zählt? Es giebt gewisse Dinge, die zu schön und aufgeklärt sind, als daß sie in dieser schlechten Welt dauern könnten. Die Gegner sammeln sich und rüsten in der Stille; in einer nahen Zukunft wird der wilde Kampf der Parteien von Neuem losbrechen.

Die schwerste Gefahr droht der herrschenden Partei von der Maßlosigkeit ihrer eigenen Genossen. Bereits beginnt die Rachsucht ihre Arbeit, wie noch nach jedem Parteisiege der französischen Geschichte. Man zerrt

die Staatsstreichspläne der geschlagenen Feinde aus dem Dunkel hervor und will nicht sehen, daß auch die heutige Parteiherrschaft nichts anderes ist als die Aufhebung der Verfassungsgesetze von 1875. Man trägt den Parteihaß bis in die Reihen der Armee, die freilich schon längst von den politischen Gegensätzen ergriffen und erschüttert ist, und fordert die Absetzung der monarchischen Generale. Man verlangt die ungescheute Anwendung jenes wundersamen republikanischen Gesetzes, kraft dessen die großen Territorial-Commandos immer nur auf drei Jahre besetzt werden. Auch die Armee soll sich jenes „raschen, erfrischenden Wechsels" der leitenden Männer erfreuen, worin die orthodoxen Bekenner der parlamentarischen Doctrin das Wesen der Freiheit suchen. Wohin eine solche Zerstörung der militärischen Mannszucht noch führen kann, das erscheint um so räthselhafter, da kein einziger unter den Generalen hoch genug steht um durch sein persönliches Ansehen die Armee zusammenzuhalten. Wohl liegt das Glück der Völker nicht in den Staatsformen allein. Denkbar ist es immerhin, daß das widersinnige und noch niemals in aller Geschichte durchgeführte Experiment einer bureaukratisch-centralisirten Republik gleichwohl gelänge, wenn etwa ein bedeutender Mann wie Gambetta an's Ruder käme. Aber solche Wagnisse glücken nur den Völkern, welche durch Mäßigung, Einmuth, Versöhnlichkeit die Gebrechen der Verfassung auszugleichen wissen; und von diesen Tugenden entdecken wir im heutigen Frankreich überall das Gegentheil. Die Zukunft des Landes erscheint sehr ernst. Uns Deutschen muß es genügen, daß von clericalen Kriegsplänen für die nächsten Monate nichts mehr zu besorgen steht, und die Republikaner mit der Knebelung ihrer einheimischen Gegner vorläufig noch vollauf beschäftigt sind.

Die Romfahrt des Herrn Gambetta zeigt übrigens, daß die Republikaner keineswegs gemeint sind sich der europäischen Politik so fern zu halten, wie ihre Organe behaupten. Ohne unbilliges Mißtrauen dürfen wir wohl annehmen, daß der französische Parteiführer in Rom nicht blos über die gemeinsamen mediterranischen Interessen der beiden Mächte gesprochen, sondern auch behutsam versucht hat die Verbindung Italiens mit dem Dreikaiserbunde zu lockern. Der plötzliche Thronwechsel in Rom kommt solchen Bestrebungen nicht zu statten. Nirgendwo wird die gerechte Trauer der Italiener um ihren ersten König aufrichtiger, lebhafter mitempfunden als in Deutschland. Die That bleibt im Leben der Völker doch immer die entscheidende Macht; ohne den Vorgang jenes tapferen Fürsten, der seinem Volke zurief: „es reifen die Geschicke Italiens", hätten auch wir Deutschen schwerlich unsere Einheit errungen. König Victor Emanuel bedurfte vieler Jahre bis er an die deutsche Bundesge-

nossenschaft sich gewöhnte; ein ehrenhaftes Gefühl der Treue fesselte ihn an die französischen Waffengefährten. Doch nachdem er den Wandel der Zeiten einmal erkannt hatte, ist er uns ein ritterlicher, zuverlässiger Freund gewesen. Die großen Weltverhältnisse, welche die beiden schicksalsverwandten Völker Mitteleuropas zur Eintracht nöthigen, bestehen noch heute, und König Humbert wird nicht, wie sein Vater, durch persönliche Erinnerungen auf Frankreichs Seite hinübergezogen. Ein neuer König und binnen Kurzem wohl zugleich ein neuer Papst — das ist eine harte Prüfung für das junge Königreich; aber die Einheit Italiens ist nicht eines Mannes Werk, sie wurzelt fest in der Geschichte langer Jahrhunderte und wird auch diese Prüfung überstehen.

Unterdessen ist der orientalische Krieg durch neue Waffenerfolge der Russen der Entscheidung näher geführt worden. Die Schipka-Armee hat capitulirt, der Balkan ist überschritten, und die russischen Heersäulen steigen bereits in das Thal der Maritza nieder. Heute scheint es nicht mehr unmöglich, daß Rußlands Heer nach einem neuen siegreichen Kampfe um die festen Positionen des Maritzathales bis vor die Mauern der alten Komnenenstadt gelangt. Im Interesse der Cultur und des Weltfriedens wäre ein solcher Ausgang nur zu wünschen. Denn machen die russischen Waffen jetzt auf halbem Wege zum Bosporus Halt, so bricht in einigen Jahren nnausbleiblich eine letzte Katastrophe über das morsche Osmanenreich herein, und durch neue gräßliche Kämpfe müßte erreicht werden was heute vielleicht mit geringeren Opfern zu erlangen ist. Der Krieg nähert sich jetzt erst jenen Gebieten der griechischen Cultur, die für Europa ungleich werthvoller sind als die südslawischen Länder. Hier aber zeigt sich der Unterschied zwischen den europäischen und den russischen Interessen. Dieselben Gründe, welche uns Abendländern die Fortsetzuug des Krieges als wünschenswerth erscheinen lassen, müssen den Petersburger Hof bedenklich stimmen. Man kennt den tiefen Widerwillen der Neugriechen gegen das Moskowiterthum. Sind die Südslawen erst der Türkenherrschaft entledigt, so wird der russischen Politik ein schwacher, unter Europa's Aufsicht gestellter Osmanenstaat am Bosporus vermuthlich in mancher Hinsicht willkommener sein als ein neues Byzantinerreich, das über lang oder kurz der Vormundschaft des Nachbarlandes entwachsen kann.

Es fragt sich also, ob die Wucht seiner eigenen Erfolge den Petersburger Hof nicht weiter fortreißen wird als er ursprünglich selbst beabsichtigte. Das russische Volk ist wirthschaftlich tief erschöpft und sehnt sich nach Frieden. Die Armee dagegen wünscht, wie natürlich, einen so schweren und wechselvollen Krieg durch einen letzten glänzenden Sieg ab-

zuschließen; unter den Offizieren geht die Rede: mindestens eine Messe in der Hagia Sophia müssen wir noch feiern ehe wir mit Ehren aus dem Kampfe scheiden können! Es fragt sich ferner, ob die Pforte so klug sein wird zur rechten Zeit zu retten was zu retten ist. Noch hat der Aufstand die griechischen Provinzen kaum ergriffen; die Bewegungen in Larissa und auf Kreta, wovon die Zeitungen meldeten, scheinen bisher keine sehr bedrohliche Gestalt angenommen zu haben. Und so bitter und berechtigt der Haß der Griechen gegen das türkische Joch ist, von dem Königreich Griechenland haben sie für jetzt wenig wirksame Hilfe zu erwarten. Der kleine Staat ist leider völlig ungerüstet, selbst seine nationale Waffe, die Flotte, liegt im Argen. Verständigt sich der Sultan rasch mit dem russischen Gegner, so kann die Nation, welche unter allen Rajah-Völkern die größte Zukunft hat, vielleicht gezwungen werden, ihre Pläne für diesmal noch zu vertagen. Der Zauber des osmanischen Waffenruhms ist gebrochen, die Gährung unter den Christen nimmt überhand, schon weigern sie dem Padischah den Waffendienst; mit jedem Tage der Zögerung wächst die Warscheinlichkeit einer national-griechischen Erhebung. Die Bedingungen, welche Rußland für den Abschluß des Waffenstillstands stellen muß, werden voraussichtlich sehr hart sein; ohne die Räumung der bulgarischen Festungen darf der Sieger seinen Heeren nicht Halt gebieten. Aber auf eine Wiedereroberung Bulgariens kann die Pforte doch nicht mehr hoffen — wenn nicht jene gottgesendete Verblendung, welche untergehende Mächte heimzusuchen pflegt, ihr die Augen schließt.

Jedenfalls wird die Entscheidung über den Fortgang oder die Beendigung des Krieges allein von den Entschlüssen der kriegführenden Mächte abhängen, nicht von den großen Worten der vielgeschäftigen britischen Politik. England besitzt weder die Unparteilichkeit noch die Macht um die Rolle des Vermittlers spielen zu können. Nicht die Unparteilichkeit; denn mit vollem Rechte sagte kürzlich ein russischer Staatsmann: wir wissen nicht, wo die Türkei aufhört und wo England anfängt. Nicht die Macht; denn wenn die britische Regierung nicht ihre militärische Schwäche kennte, so wäre sie schon beim Beginne des Krieges aus der Neutralität offen herausgetreten. Dazu herrscht in der öffentlichen Meinung wie im Cabinet eine rathlose Verwirrung. Während einer der Minister den Krimkrieg öffentlich kurzweg für einen Unsinn erklärt, läßt der Hof eben jetzt die Briefe des Prinzgemahls aus jener Zeit des Russenhasses herausgeben, und Benjamin Disraeli's thatenfrohe Seele schwelgt in kühnen Entwürfen.

Es würde allerdings den alten Gewohnheiten der britischen

Politik nicht widersprechen, wenn sie die Noth ihres Bundesgenossen benutzte um ihn zu berauben und sich in Aegypten einzunisten oder in Gallipoli ein neues Gibraltar zu gründen. Doch zum Glück sind die Völker des Mittelmeeres längst zu der Einsicht gelangt, daß die durch die Schlacht von Abukir begründeten Zustände sich überlebt haben. Weder Frankreich noch Italien noch irgend eine andere Großmacht kann eine Erweiterung der britischen Seeherrschaft dulden. Mag unsere Socialdemokratie ausführen, was die Berliner Fortschrittspartei im vorigen Jahre vergeblich versuchte, mag sie in lärmenden Entrüstungsmeetings ihre Theilnahme für Englands bedrohte Interessen bekunden: die verständige Mehrheit unseres Volkes läßt sich in ihren ruchlosen German notions nicht stören, sie ist durchaus damit einverstanden, daß der Dreikaiserbund die britische Begehrlichkeit mit ironischer Geringschätzung behandelt. Das Zeitalter, das die Fesseln des Sundes gesprengt hat, wird auch die papierenen Schranken zerbrechen, welche Rußlands Kriegsflotte vom Weltverkehre absperren. Ohne jeden Zweifel wird der Friedensschluß der russischen Flagge die freie Durchfahrt durch die Dardanellen bringen. Damit eröffnet sich die Aussicht auf die Herstellung eines Gleichgewichts der Mächte im Mittelmeere; und währenddem wächst in den nordischen Meeren die deutsche Flotte stetig und rüstig heran. Wir nähern uns mit raschen Schritten der Zeit, da auch auf der See die vernünftigen Regeln eines gesitteten Völkerrechts gelten werden und keine einzelne Macht sich mehr erdreisten darf to rule the waves. —

Die Lösung unserer deutschen Regierungskrisis läßt noch immer auf sich warten. Die Nation ist durch die reißend schnelle Entwicklung der jüngsten Jahre etwas verwöhnt; wenige Monate nach der Vollendung der großen Justizgesetze klagt sie schon über Stillstand und Erstarrung. Aber sie hat auch guten Gruud zur Ungeduld, denn die gegenwärtige Organisation der höchsten Reichsbehörden ist durch die fortschreitende Erweiterung des Wirkungskreises der Reichsgewalt in der That unhaltbar geworden.

Das Reichskanzleramt hat längst aufgehört die Centralbehörde des Reichs zu sein, seit das Justizamt und das Eisenbahnamt von ihm abgezweigt und neuerdings ein Centralbureau des Reichskanzlers begründet wurde. Ein mit dem preußischen Finanzministerium verbundenes Reichsfinanzamt ist unentbehrlich, wenn das Reich endlich ein ausreichendes selbständiges Einkommen erhalten soll; und dieser einen Reform müssen nothwendig andere folgen. So viel wir vermuthen können, sind die Dinge heute auf gutem Wege, obschon die endgiltige Entscheidung, Angesichts der großen sachlichen und persönlichen Schwierigkeiten, nicht sogleich zu erwarten steht.

Eine rein parlamentarische Regierung können und wollen wir im deutschen Reiche nicht haben. Niemand außerhalb der radikalen Parteien denkt daran, den selbständigen Willen der Krone, der in Preußen immer eine Macht des Segens war, zu beseitigen. Ueberdies hat jede Reichsregierung ihre Entwürfe mit den vielgetheilten Interessen des Bundesraths zu vereinbaren; sie wird also immer wieder in die Lage kommen, vor dem Reichstage Entwürfe zu vertheidigen, welche aus mühseligen Compromissen hervorgegangen sind und den persönlichen Ansichten der leitenden Staatsmänner selbst nicht ganz entsprachen. Eine Regierung in solcher Stellung kann gar nicht fordern, daß irgend eine parlamentarische Partei ihr willenlos mit unbedingtem Gehorsam folge, am wenigsten in den wirthschaftlichen Fragen, die in Deutschland niemals als Parteisache gegolten haben; sie muß vielmehr eine freimüthige Kritik auch von Seiten ihrer Freunde zu ertragen wissen.

Aber ein großer Gewinn wäre schon erreicht, wenn die Anarchie unseres Fractionslebens einer strengeren Ordnung wiche, wenn die Regierung, durch einige parlamentarische Männer verstärkt, zu der Mehrheit der Volksvertretung in ein engeres und festeres Verhältniß als bisher träte. Wir erlangen dadurch die Aussicht auf die stetige Fortführung der Verwaltungsreform in Preußen. Trotz der mannichfachen Mängel und Schwerfälligkeiten der neuen Institutionen ist der Grundgedanke des Reformwerks doch durchaus gesund und entwicklungsfähig; namentlich das Oberverwaltungsgericht hat sich vortrefflich bewährt und in kurzer Zeit für Theorie und Praxis unseres öffentlichen Rechts eine Bedeutung erlangt, die von der Wissenschaft noch nicht genugsam anerkannt wird. Eine mit der Mehrheit des Reichstags fest verbündete Regierung wird auch im Stande sein, durch indirekte Steuern — die einzigen, welche das Reich ohne Störung der Finanzen der Einzelstaaten einführen kann — dem deutschen Gesammtstaate einen selbständigen Haushalt zu schaffen; und im Verlaufe der Zeit muß dann auch die Wiederaufnahme des allzu früh und unbedachtsam veröffentlichten Reichseisenbahnplanes möglich werden.

Für die nächste Session des Reichstags ist eine Novelle zum Gewerbegesetze angekündigt, das erste der socialen Gesetze, die uns für die nächsten Jahre bevorstehen. Durch solche maßvolle praktische Reformen werden die berechtigten Wünsche der arbeitenden Klassen sicherer befriedigt und das Demagogenthum wirksamer bekämpft als durch die wohlgemeinten Programmsünden des neumodischen „Staatssocialismus“. Es scheint, wir Deutschen sollen nach unserer methodischen Weise erst alle erdenklichen Formen des Socialismus von Grund aus kennen lernen um

ihn dann ebenso gründlich zu überwinden. Wer, wie diese Staatssocialisten, das Privateigenthum an den Productionsmitteln als eine offene Frage behandelt, kommt den Socialdemokraten auf halbem Wege entgegen und bestärkt sie nur in dem hochmüthigen Wahne, die gesammte Gesellschaft sei irr geworden an der Ordnung ihres wirthschaftlichen Lebens.

Unklarer als die politischen Verhältnisse liegen augenblicklich noch die kirchlichen Dinge. Mehrere Beamte von gemäßigter kirchlicher Richtung haben die Aufforderung, das Amt des Oberkirchenrathspräsidenten zu übernehmen, sofort zurückgewiesen. Von den zahlreichen Candidaten, welche die orthodoxe Partei für die Präsidentenstelle zur Auswahl bereit hält, kann der gegenwärtige Cultusminister offenbar keinen annehmen. Das Amt vorläufig unbesetzt zu lassen geht auch kaum an, da die evangelische Kirche inmitten der erregten Leidenschaften des Tages dringend einer sicheren Leitung bedarf. Darum scheint es noch immer möglich, daß die Krisis zuletzt mit einer Befestigung des gegenwärtigen Kirchenregimentes abschließt. — Und so dürfen wir denn das neue Jahr mit gutem Muthe, ohne krankhafte Verstimmung antreten.

Zur Lage.

Berlin, 10. März 1878.

Unter den Segnungen, die uns das deutsche Reich gebracht hat, ist es nicht die letzte, daß seine praktische Politik den deutschen Erbfehler der doktrinären Systemsucht durch die Erfahrung jedes neuen Tages widerlegt. Seit elf Jahren leben wir in einem Gemeinwesen, dessen unförmlicher Bau jeder Theorie Hohn spricht und gleichwohl den Bedürfnissen des Augenblicks genügt. Die Entwicklung dieses Gesammtstaats ist ein großer, strenger Lehrcursus der Realpolitik, zwingt die Nation immer von Neuem, liebgewordene, tiefeingewurzelte politische Dogmen zu prüfen und zu berichtigen. So auch jetzt wieder, da das Reich im Begriff steht, sich selbständige Einnahmen zu verschaffen.

Der Nothbehelf der Matrikularbeiträge ist im Verlaufe eines Jahrzehnts zu einer offenbaren Landplage geworden. Schädlicher noch als die unleugbare Ungerechtigkeit dieser Kopfsteuer, die das arme Lippe-Detmold ebenso hart trifft wie das reiche Bremen, erscheint ihre Einwirkung auf den Haushalt der Einzelstaaten. Die Höhe und die Unberechenbarkeit der Matrikularbeiträge verhindern auf die Dauer in den Territorien des Reichs jede Steuerreform, jede Stetigkeit des Finanzwesens. In dem wohlhabenden Baden ist es bereits dahin gekommen, daß der Staat erhebliche Lasten, die von Rechtswegen ihm zukommen, auf die Gemeinden abwälzen, manche unabweisbare Pflichten unerfüllt lassen muß, weil er sonst den Anforderungen des Reichs nicht entsprechen kann.

Der einzige Grund, den man zur Rechtfertigung des bestehenden Zustandes anzuführen weiß, hält eine ruhige Prüfung nicht aus. Es ist doch nur ein Spiel mit Worten, wenn man behauptet, auf der Bewilligung der Matrikularbeiträge ruhe die Macht des deutschen Parlaments. Der Reichstag bewilligt diese Beiträge in Wahrheit nicht, sondern wenn er ausspricht: diese Summe soll durch Matrikularbeiträge bezahlt werden, so sagt er einfach: das Reich ist nicht im Stande diesen Betrag aufzu-

bringen, daher überlassen wir den Einzelstaaten zu thun, was eigentlich unseres Amtes wäre, und den fehlenden Rest nach dem gesetzlichen Vertheilungsmaßstabe, doch im Uebrigen nach ihrem freien Ermessen zu decken. Jeder solche Beschluß ist also im strengsten Sinne des Worts ein Armuthszeugniß für das Reich; er beweist nur von Neuem, daß die Organisation des Reichs nicht vollendet, daß die im Artikel 70 der Verfassung verheißenen Reichssteuern noch immer nicht eingeführt sind. Wie darf man behaupten, das Ansehen des Reichstags, der doch mit dem Reiche steht und fällt, gewinne durch das Aufdecken der Schwäche des Reichs? Und wo ist der Beweis für die beliebte radikale Versicherung, die Matrikularbeiträge bewahrten das Reich vor der Gefahr einer budgetlosen Regierung? Daß fünfundzwanzig Staaten, wovon mehrere sich keineswegs durch Heldenmuth auszeichnen, über den vermessenen Beschluß eines Verfassungsbruchs einig werden sollten, gehört ohnehin zu den fast undenkbaren Ereignissen; eben die Schwerfälligkeit der Organe des Reichs, welche seine Bewegung erschwert, sichert seinem Rechte den Bestand. Aber gesetzt den unglaublichen Fall, der Bundesrath entschlösse sich nach einem langen, schweren Conflicte mit dem Reichstage zu einer Regierung ohne Budget, so würden ihm die Geldmittel auch unter den heutigen Verhältnissen nicht fehlen. Preußen und mehrere andere Regierungen könnten ihre Matrikularbeiträge zahlen, und die Frage wäre nur, ob der passive Widerstand der Nation den Verfassungsbruch erlaubte.

Die Pflicht, den Reichshaushalt auf seine eigenen Füße zu stellen, läßt sich schlechterdings nicht länger abweisen. Sobald man aber der Frage näher tritt, ergiebt sich sofort, daß das Reich selbständige Einnahmen nur aus indirecten Steuern oder aus dem Betriebe von Staatsgewerben gewinnen kann, da die Einführung direkter Reichssteuern den Haushalt der Einzelstaaten einer völlig hoffnungslosen Verwirrung preisgeben würde. Diese Erkenntniß drängt sich so unabweisbar auf, daß unter praktischen Politikern kaum darüber gestritten werden kann, und sie widerspricht gleichwohl den theuersten Glaubenssätzen der herrschenden volkswirthschaftlichen Theorie. Mit steigender Zuversicht verkünden Socialisten und Halbsocialisten die Lehre, daß alle indirekten Steuern den kleinen Mann unverhältnißmäßig drücken — eine Doctrin, die unter ungeheuerlicher Uebertreibung nur ein winziges Korn Wahrheit enthält. Gelehrte Compendien der Finanzwissenschaft verherrlichen den Kampf gegen die indirecten Steuern als die Signatur unserer aufgeklärten Zeit. Die Einkommensteuer soll mehr und mehr zur Hauptsteuer dieses demokratischen Jahrhunderts heranwachsen, obgleich der Augenschein lehrt, daß sie schon gegenwärtig in den großen Städten Preußens eine kaum noch

zu überschreitende Höhe erreicht hat. Sie soll allmählich zu einer progressiven Steuer werden — vermuthlich nach dem Muster des Cantons Zürich, der schon heute wenig über die Hälfte seiner Progressivsteuern wirklich einzutreiben vermag. Als letztes und höchstes Ziel stellt man endlich dem Gesetzgeber die Aufgabe, durch die Steuern eine gerechtere Vertheilung des Volksvermögens, die Ausgleichung des Gegensatzes von Arm und Reich herbeizuführen.

Die Noth der Stunde, die Bedrängniß des Reichshaushalts macht allen solchen Phantastereien doktrinärer Selbstüberhebung ein Ende und erinnert uns wieder an einige altväterische Grundsätze des gesunden Menschenverstandes, welche darum nichts an ihrem Werthe verlieren, weil sie ausgehen von der traurigen Wahrheit, daß die Gebrechlichkeit der Welt, die kurzsichtige Schwäche des menschlichen Verstandes, sich auf keinem Gebiete der Politik so auffällig, so niederschlagend zeigt, wie im Steuerwesen. Jede Steuer ist, wirthschaftlich betrachtet, ein Uebel; denn obgleich die Ausgaben des Staates gewiß nicht unproductiv sind, so können und sollen doch die Güter, die er seinen Bürgern spendet, nicht mit wirthschaftlichem Maße gemessen werden. Jede Steuer wirkt in unzähligen Fällen ungerecht; es giebt kein Mittel, in der unendlichen Mannichfaltigkeit des wirthschaftlichen Lebens die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen mit Sicherheit zu erkennen und zu treffen; immer und unter jedem denkbaren Steuersystem wird ein Theil der Abgaben von den Pflichtigen auf die Schultern Anderer abgewälzt. Der höchste Ruhm also, der einer Steuerpolitik zu Theil werden kann, ist nur das bescheidene negative Lob, daß sie das wirthschaftliche Leben nicht allzu sehr belästigt und die Pflichtigen nicht allzu ungleichmäßig trifft. Daraus folgt die Nothwendigkeit eines behutsamen, conservativen Vorgehens bei allen Steuerreformen; jede gewohnte Abgabe besitzt in ihrem Bestande selbst einen gewissen Vorzug, ihre Wiederbeseitigung kann leicht für die Steuerpflichtigen völlig nutzlos sein, wie das wohlgemeinte, aber gänzlich mißlungene Experiment der Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer zeigt. Daraus folgt ferner, daß jeder Staat mit entwickelter Volkswirthschaft eines complicirten Steuersystems bedarf; denn nur wenn er die Steuerkraft der Nation an vielen Stellen zugleich anfaßt, lassen sich die unvermeidlichen Härten, welche jeder einzelnen Steuer anhaften, einigermaßen ausgleichen.

Prüft man nun das preußische Steuersystem, wie es durch die großen Gesetze von 1818 und den folgenden Jahren geschaffen und seitdem zwar im Einzelnen verändert, doch in seinen Grundlagen beibehalten wurde, so wird Niemand die Gerechtigkeit, die Einsicht, den wahrhaft volksfreundlichen Sinn des alten Absolutismus, der jene Gesetze schuf, verkennen.

Doch ebenso unverkennbar ist auch, daß diese Steuerpolitik den Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr genügt. Die allgemeine, täglich wachsende Klage über die Steuerlast kann nicht allein aus der pessimistischen Verstimmung des Augenblicks erklärt werden, auch nicht allein aus der deutschen Eigenart, die jederzeit gegen fiscalischen Druck sehr empfindlich war, während sie polizeiliche Beschränkungen leicht erträgt; sondern es ist wirklich ein schwerer Mißstand vorhanden. Nicht die Höhe der Steuern bedrückt uns, denn Preußen fordert an Staatsabgaben verhältnißmäßig weniger als irgend eine andere Großmacht, wohl aber ihre falsche Vertheilung.

Unsere alte Steuerpolitik war die Politik eines tief verarmten Staates, der das Geld nehmen mußte, wo er es fand, eines wohlmeinenden bureaukratischen Absolutismus, der zwar die ersten Anfänge der Selbstverwaltung bereits geschaffen hatte, doch von den Geldbedürfnissen der Communalverwaltung noch keine klare Vorstellung besaß. Daher nahm der Staat unbedenklich die Grund- und Gewerbesteuern für sich, während doch die Abgaben vom Grundbesitz und ständigen Gewerbe den festen Boden für einen gerechten und stetigen Communalhaushalt bilden. Also durch den Staat ihrer natürlichen Einnahmequellen zum großen Theile beraubt, griffen die Communen bei steigendem Bedarf zu dem französischen Systeme, ihre Abgaben in der Form von Zuschlägen zu den verschiedenen direkten Staatssteuern zu erheben. Aber während in Frankreich die Communalzuschläge zu den Staatssteuern nur wenige Centimen vom Franken betragen, stiegen sie in den preußischen Städten nach und nach bis auf 300 Procent und mehr. Je kräftiger und thätiger sich unsere Selbstverwaltung entwickelte, um so unnatürlicher ward ihr Steuersystem; es kam schließlich so weit, daß heute ein ganz unverhältnißmäßiger Theil der Communallasten von jenen fluctuirenden Elementen der Bevölkerung getragen wird, welche von den Leistungen der Gemeinden den geringsten Vortheil ziehen, an ihrem Wohl und Wehe am wenigsten betheiligt sind.

Das alte preußische Steuersystem entsprach dem Bedürfniß eines durch schwere Kriege erschöpften Staates, der sich von der großen Politik bescheiden zurückzog und auf eine lange Zeit ungestörten Friedens rechnete. Der Eroberer Bonaparte legte den Schwerpunkt der Staatseinnahmen in die indirekten Steuern, weil er wußte, daß in Kriegszeiten nur die direkten Steuern mit Erfolg erhöht werden können, und darum diese Einnahmequelle nicht von vornherein allzu stark ausbeuten wollte. Im bewußten Gegensatze dazu folgten die Urheber der preußischen Steuergesetzgebung jenem humanen Zuge, der unseren alten Absolutismus immer

ausgezeichnet hat; sie suchten aus Fürsorge für das arme Volk, den Bereich der indirekten Abgaben möglichst einzuengen, und die direkten Steuern erhielten in Preußen einen Umfang wie noch in keinem Großstaate der Geschichte. Schon damals ließ sich bezweifeln, ob man nicht in einem ehrenwerthen humanen Eifer allzu weit gegangen sei; da die direkten Steuern schon im Frieden sehr hoch standen, so hätte sich, wenn plötzlich ein großer Krieg über Preußen hereinbrach, die Schwerfälligkeit dieses Staatshaushalts wahrscheinlich hart bestraft. Im Verlaufe der Jahre sollte aber auch Preußen die Erfahrung machen, welche noch keinem wohlhabenden Culturlande erspart blieb, daß bei steigender Bedeutung des beweglichen Vermögens eine auch nur annähernd gerechte Vertheilung der direkten Steuern, namentlich der Einkommensteuer, immer schwieriger wird. Jedermann weiß es, der Rentner und der Kaufmann findet tausend Mittel und Wege sein Einkommen zu verbergen, trotz dem achtungswerthen Pflichteifer unserer Einschätzungscommissionen. Der grobe Unfug läßt sich nur beseitigen durch die Einführung der erzwungenen öffentlichen Fassion mit strengen Strafen, und dies drakonische System wird sofort unausführbar, wenn die Einkommensteuer ein gewisses erträgliches Maaß überschreitet.

Das sind unleugbare Mißstände. Unser Staatshaushalt bedarf größerer Beweglichkeit und Mannichfaltigkeit. Uebertrieben ist es wohl, doch nicht ganz unwahr, wenn man behauptet, die gleiche Steuerlast würde in Deutschland verhältnißmäßig schwerer aufgebracht als in allen anderen Culturvölkern. Wir dürfen die Einnahmequelle der indirekten Steuern, die unseren westlichen Nachbarn so reichen Ertrag gewährt, nicht mehr wie bisher vernachlässigen; denn was auch der Radicalismus dawider sagen mag, es wird doch immer dabei bleiben, daß verständig ausgewählte indirekte Abgaben etwas leichter ertragen werden, als die direkten, weil der Consument sie nur in verschwindend kleinen Posten und bis zu einem gewissen Grade freiwillig bezahlt. Die Reform aber kann nur von dem Reiche ausgehen; von seinem Haushalt hängen die Finanzen aller Einzelstaaten ab. In immer weiteren Kreisen hat sich nun die Erkenntniß Bahn gebrochen, daß dem Reiche, dem bereits die Zölle gehören, durch die Einführung anderer indirekter Steuern ein ausreichendes selbständiges Einkommen gesichert werden muß. Dann bliebe den Einzelstaaten der ganze Bereich der direkten Steuern, und, der Matrikularbeiträge entlastet, kämen sie in die Lage, jene direkten Abgaben, welche für den Communalhaushalt die natürliche Stütze bilden, ganz oder theilweis den Selbstverwaltungskörpern zu überlassen. So entstünde ein deutsches Steuersystem, zugleich mannichfaltig und doch übersichtlich und in sich

zusammenhängend. Es ist eine schwere Aufgabe, sie zu lösen kann nur der Arbeit langer Jahre gelingen; doch über die Richtung der Reform ist heute schon die große Mehrzahl der gemäßigten Politiker einig.

Wie groß war also das Erstaunen, als die Regierung dem Reichstage eine Reihe von Steuergesetzen entgegenbrachte, welche von solchen umfassenden Reformgedanken kaum einen Keim enthielten, sondern nur darauf berechnet schienen der augenblicklichen Erhöhung der Matrikularbeiträge vorzubeugen. Es waren im Wesentlichen dieselben Entwürfe, welche dem Hause schon einmal vorgelegen hatten: eine Tabaksteuer von sehr niedrigem Ertrage, und doch so unglücklich angelegt, daß sie unsere heimischen Producenten, namentlich die armen schwerverschuldeten Tabakbauer der Pfalz hart schädigen mußte; dazu eine Spielkartensteuer, endlich eine Stempelabgabe, welche den Börsenverkehr nur mit ganz winzigen Beträgen treffen würde. Ein Ausländer mochte wohl verwundert fragen: wie ist es möglich, daß eine Regierung, deren leitender Staatsmann das Vertrauen der großen Mehrheit des Parlaments besitzt, gleichwohl dem Reichstage zum zweiten male mit Gesetzen entgegentritt, die im ganzen Hause keine einzige Stimme finden? Wir Deutschen kennen längst den Schlüssel zu diesem Räthsel. Die Organisation der obersten Reichsbehörden ist noch unfertig; der preußische Finanzminister trägt dem Reichstage gegenüber gar keine Verantwortlichkeit, und der Reichskanzler kann wegen eines Gesetzes, dessen technische Einzelheiten er nicht übersieht, auch nicht im vollen Ernst zur Rechenschaft gezogen werden. Nur so wird ein Verfahren erklärlich, das unserem Reiche nicht zum Ruhme gereicht und den deutschen Parlamentarismus vor der Welt noch weit unfertiger als er wirklich ist erscheinen läßt. Im Verlaufe der Debatte erfuhr der Reichstag sodann zu allgemeiner Ueberraschung, daß die Tabaksteuer-Vorlage nur zur Vorbereitung des Tabakmonopols dienen solle, und der Reichskanzler forderte das Haus endlich auf, mindestens in einer Resolution seine Ansicht auszusprechen über die Frage: Monopol oder Steuer? — Kann der Reichstag jetzt schon diesem Wunsche entsprechen?

Darüber ist kein Streit möglich, daß der Tabak von einem wenig beneidenswerthen, aber zahlreichen Theile des Menschengeschlechts für einen entbehrlichen Luxusartikel gehalten wird, also zur Besteuerung sich vortrefflich eignet. Die Raucher zerfallen in zwei Klassen: solche, die den nie genug zu preisenden Genuß einer edlen Cigarre zu schätzen wissen, und solche, die es nicht wissen. Die Ersteren sind mehrentheils in der Lage, das unschätzbare Geschenk einer gütigen Natur etwas theurer als bisher zu bezahlen; den Letzteren verschlägt es wenig, ob sie von Reichswegen genöthigt werden, sich mit einem noch trübseligeren Kraute zu be-

helfen. Daher ist die Ausbeutung des Tabak-Consums zum Besten der Reichsfinanzen völlig unbedenklich. Unter den verschiedenen möglichen Formen dieser Ausbeutung bietet die Tabakregie jedenfalls einen großen politischen Vortheil: sie gewährt der Reichsgewalt die Möglichkeit, durch ein Heer von Beamten und Agenten bis in das letzte Dorf des Reichs einen fühlbaren Einfluß auszuüben. Der Monopol-Vorschlag wird auch nicht widerlegt durch den vagen Einwand: das führt zum Staatssocialismus. Wenn der Staat schon heute eine Reihe großer Eisenbahnen und wie die Erfahrung lehrt, sehr gut, selbst verwaltet, warum soll er nicht auch ein anderes Gewerbe, das sich unleugbar zum Staatsbetriebe eignet, in seine Hand nehmen? Daß König Friedrich Wilhelm III. in seinen ersten philanthropischen Jahren, aus Rücksicht auf die „Opinion", das Tabakmonopol aufhob, wird heute wohl von allen Unbefangenen als ein wohlgemeinter Mißgriff angesehen; recht geleitet konnte diese damals noch so unscheinbare Regie zu einer sehr ergiebigen Einnahmequelle werden, ohne den Verkehr allzu hart zu drücken.

Aber seitdem sind achtzig Jahre ins Land gegangen, Fabrikation und Consum des Tabaks haben sich in ganz unerwartetem Verhältniß gehoben. Ein deutscher Tabakbau ist entstanden, künstlich gefördert durch Schutzzölle, auf weiten Gebieten zerstreut und darum mit dem Monopole kaum vereinbar. Das Tabakgeschäft bildet heute einen der wenigen Handels- und Gewerbszweige, worin das arme Deutschland alle anderen europäischen Völker übertrifft; und auf seiner Blüthe ruht wesentlich die Welthandelsstellung Bremens, der treuen Stadt, die in dem Entscheidungskriege von 1866 Preußens bester Bundesgenosse war, die an Vaterlandsliebe, ehrenfestem Bürgersinn, rührigem Unternehmungsgeist von keiner Stadt des Reichs übertroffen wird. Sollen alle diese in drei Menschenaltern erwachsenen hochwichtigen Interessen mit einem Schlage gestört und vielleicht zerstört werden? Nur die Unkenntniß kann darauf mit einem raschen Ja antworten, und in der That findet die modische Schwärmerei für das Monopol ihre eifrigsten Jünger in jenen deutschen Landen, wo man weder einen schwunghaften Tabakhandel, noch einen bedeutenden Tabakbau besitzt, so in Württemberg. Minister Delbrück berechnete vor zwanzig Jahren (in seiner lehrreichen Schrift über das Tabakmonopol) die den 2000 Tabakfabriken des Zollvereins zu zahlende Entschädigung auf durchschnittlich 800 Thaler, zusammen 1,6 Mill. Thaler. Offenbar müßte heute der deutsche Gesammtstaat eine unvergleichlich größere Summe aufwenden, wenn er nicht geradezu räuberisch handeln will; nimmt man hinzu die Entschädigung für die Tabakbauer und -Händler, für die tausende kleiner Leute, welche die häusliche

Cigarrenfabrikation als Nebenerwerb betreiben, so erhellt leicht, daß die orientalische Phantasie der Monopolschwärmer den Ertrag der Regie viel zu hoch, wohl um eine Null zu hoch schätzt. Noch schwerer wiegen indeß die mittelbaren Verluste des Bremer Handels, wofür das Reich gar keinen Ersatz bieten kann; erst durch das Tabakgeschäft ist dem von der Natur so stiefmütterlich bedachten Weserplatze die Anknüpfung vieler anderer Handelsbeziehungen ermöglicht worden, eine Tabakregie aber müßte den Tabakimport wohl unvermeidlich in die Hände weniger großer Firmen legen.

Läßt sich eine Tabaksteuer finden, welche auch nur annähernd den gleichen Ertrag bringt wie das Monopol, so ist sie der Regie entschieden vorzuziehen, denn sie läßt Tabak-Cultur, -Handel und -Fabrikation frei, erspart unserer Volkswirthschaft eine tief einschneidende Störung, unserem jungen Reiche eine Fülle des Hasses. Nur wenn mit voller Sicherheit erwiesen wird, daß die ergiebige Fabrikatsteuer, welche in Nordamerika lediglich durch unerbittliche fiscalische Strenge und durch ein gehässiges Denunciations-Unwesen aufrechterhalten wird, für Deutschland schlechthin unanwendbar ist und daß auch keine andere Form der Tabakbesteuerung für uns ein ausreichendes Ergebniß verspricht, nur dann läßt sich das radikale Mittel des Monopols vertheidigen. Hierüber aber kann der Reichstag augenblicklich noch nicht urtheilen, da ihm die Regierung durchaus kein genügendes statistisches Material vorgelegt hat. Er kann, wenn er die vorgelegten Steuergesetze verwirft, höchstens noch beschließen: der Bundesrath möge weitere Untersuchungen anstellen und in der nächsten Session besser erwogene Vorschläge machen. Für diesmal wird man sich also noch mit einer mäßigen Erhöhung der Matrikularbeiträge behelfen müssen; indeß der erste Anstoß zu der großen Finanzreform ist gegeben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der einmal betretene Weg weiter verfolgt werden wird.

Wenn in dieser Lage, während das Reich noch an einem Deficit von über 100 Millionen krankt, manche ehrenwerthe Stimmen bereits ängstlich fragen, ob nicht ein Ueberschuß in den Reichskassen dem Budgetrechte der Volksvertretung bedrohlich werden könne, so scheint uns solche Besorgniß zum Mindesten verfrüht. Man soll das Fell des Bären nicht theilen, bevor er erlegt ist. Der Reichstag besitzt auch heute, wenn man sich an die Sache hält, in Wahrheit nur das Recht der Ausgabenbewilligung, und dies genügt zur Sicherung seiner verfassungsmäßigen Macht. Kommt dereinst eine Verständigung über die Finanzreform zu Stande, so hat der Reichstag selbstverständlich das Recht und die Pflicht, die neuen Einnahmen nicht unbeschränkt der Reichsregierung preiszugeben; er kann das Monopol

oder die Tabaksteuer nur für einige Jahre bewilligen, er kann in dem Steuergesetze selbst bestimmen, daß etwaige Ueberschüsse an die Einzelstaaten vertheilt werden sollen, mit der ausdrücklichen Verpflichtung, dieselben nur mit Genehmigung der Landtage zu verwenden, und dergleichen mehr. Alles weitere muß den Landtagen überlassen bleiben. Der Reichstag besitzt nicht das Recht, den Artikel 109 der preußischen Verfassung, welcher die Forterhebung der bestehenden Steuern anordnet, aufzuheben. Eine Erweiterung der Competenz des Reiches nach dieser Seite hin ist vorläufig gänzlich aussichtslos. Das lehren die Schicksale des bekannten Mecklenburgischen Antrages; fast alle unsere Kronen sind darüber einig, daß eine constitutionelle Verfassung in jedem Einzelstaate bestehen sollte, aber sie scheuen sich, dem Reiche ein Recht der Einmischung in solche innere Angelegenheiten zuzugestehen. Kommt das Werk der Steuerreform nur erst in Fluß, so kann es nicht schwer fallen, rechtzeitig von den obersten Beamten Preußens und des Reichs bindende Zusagen zu erlangen, welche man ihnen heute noch nicht abverlangen darf.

Unterdessen ist nach manchem unerfreulichen Streit und Mißverständniß ein guter Schritt vorwärts geschehen zur festeren Organisation der Reichsgewalt. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers eröffnet uns die Aussicht, daß ein Reichsschatzamt gebildet wird und die Vorstände einiger der großen Reichsämter mit selbständiger Verantwortlichkeit vor das Parlament treten. Dabei bleibt doch die höchste Autorität in der Hand des Reichskanzlers vereinigt und wir entgehen den Gefahren einer collegialischen Ministerregierung, die neben dem collegialischen Bundesrathe nur Schaden stiften würde. Die neue Ordnung trägt noch einen unfertigen, provisorischen Charakter, sie verräth fast in jeder Bestimmung, daß im Schooße des Bundesraths ein lebhafter Widerstand des wieder erstarkten mittelstaatlichen Particularismus mühsam überwunden werden mußte; doch sie ist entwicklungsfähig wie das Amt des Reichskanzlers selber, das aus bescheidenen Anfängen binnen zehn Jahren zu stattlicher Macht emporgewachsen ist.

Die Ausbildung dieser unfertigen Institutionen hängt zunächst davon ab, daß es gelingt, die hohen Reichsämter mit dem preußischen Ministerium so eng als möglich zu verbinden und sie den rechten Händen anzuvertrauen. Da der preußische Finanzminister bestimmt erklärt hat, mit den Steuervorlagen stehen oder fallen zu wollen, so haben wir binnen Kurzem seinen Rücktritt und dann zugleich wohl auch andere Personalveränderungen zu erwarten. Unsere ketzerischen Ansichten über das sogenannte parlamentarische System brauchen wir den Lesern dieser Blätter nicht auf's Neue zu entwickeln. Eine Partei, die über die Mehrheit des

Reichstags geböte, ist nicht vorhanden, und sie kann sich in einer nahen Zukunft nicht bilden. Auch das Stellvertretungsgesetz wurde wieder, wie fast alle grundlegenden Gesetze des Reichs, angenommen durch eine Coalition verschiedener Fraktionen, die weder gewillt noch fähig sind sich zu einer Masse zu verschmelzen; Nationalliberale und Conservative bildeten die Mehrheit, Fortschrittspartei, Centrum, Polen und Socialisten standen, wie von jeher, in der Opposition. Angesichts dieser buntgemischten Mehrheit scheint es ziemlich gleichgiltig, ob die Vorsteher der höchsten Reichsämter der rechten oder der linken Seite der Majorität etwas näher stehen, wenn sie nur im Stande sind die das Haus beherrschende Coalition zusammenzuhalten. Ein etwas festeres Verhältniß zwischen der parlamentarischen Mehrheit und den höchsten Reichsbeamten wird sich bald von selber herstellen, wenn diese Beamten erst ihre Gesetzesvorlagen selbständig vor dem Hause zu vertreten haben; wahrscheinlich ist es doch nicht, daß so gestellte Ressortchefs sehr geneigt sein werden, unannehmbare Entwürfe dem Reichstage vorzulegen. Verstehen sie nur, mit den Fraktionen der Mehrheit sich sachlich zu verständigen, so werden diese ganz gewiß nicht aus persönlichem Ehrgeiz unfruchtbaren Streit beginnen; denn trotz der landläufigen Verherrlichung des reinen Parlamentarismus sind wir im Grunde doch Alle darüber einverstanden, daß die deutsche Reichsregierung nicht ein Ausschuß des Parlaments ist, sondern eine selbständige Macht vertritt, die Macht des Kaisers und der verbündeten Kronen. —

Im Oriente ist den Russen ein voller und glänzender Erfolg geworden. Der Sultan bedeutet heute neben dem Czaren nicht viel mehr als ein ostindischer Radscha neben der Kaiserin von Indien; der Zustand des gedemüthigten Osmanenreiches erinnert lebhaft an die Lage Polens nach dem Jahre 1772. Natürlich sind nach solchen Ereignissen alle die platonischen Zusagen, womit der Sieger den Kampf begann, längst vergessen. Es war ein Fehler, daß er sie gab; daß er sie heute nicht mehr halten kann, versteht sich von selbst. Der Friede von S. Stefano entreißt den weitaus größten Theil des Festlandes dem türkischen Scepter, schenkt den Rumäniern, Serben und Montenegrinern die volle Unabhängigkeit und bildet aus den bulgarischen Landschaften einen halbsouveränen Staat, der offenbar dazu bestimmt ist, dem Slawenthum das Uebergewicht auf der Balkanhalbinsel zu sichern. Das neue Fürstenthum beherrscht die Westküste des schwarzen Meeres, reicht bis dicht vor die Mauern von Adrianopel und Saloniki, umfaßt am Aegeischen Meere die Meerbusen von Buru-Göl und Kawala nebst dem wichtigen Handelsplatze Seres, und schiebt sich also als ein trennender Keil zwischen das Griechenthum Thessaliens und des Marmarameeres hinein. Damit ist das Ver-

hältniß Rußlands zu der Pforte von Grund aus verändert. Der Sultan verliert zwar seine einträglichsten Vilajets, doch er rettet mindestens den Schein des Daseins; er athmet wieder auf in den zärtlichen Vaterarmen des Czaren und kann sich darauf verlassen, daß Rußland fortan den Schatten des Osmanenthrones sorgsam unterstützen und Alles thun wird um die Entstehung eines byzantinischen Reichs zu verhindern. Auch die Dardanellenfrage zeigt heute ein ganz neues Gesicht: der Petersburger Hof wünscht jetzt die Meerenge, von deren Befreiung er so oft gesprochen, für fremde Kriegsschiffe verschlossen zu halten, denn er ist der Herrschaft am Bosporus sicher.

Zu spät erkennt man in England die üblen Folgen einer unvergleichlich thörichten Staatskunst. Ein Staatsmann von Cannings Klarheit und Hochherzigkeit mußte die Mittel, welche Benjamin Disraeli insgeheim für die unhaltbare osmanische Tyrannei aufbot, vielmehr verwenden zur Unterstützung der Griechen, die allein dem Slawenthum der Halbinsel die Stange halten können. Ob ein griechischer Aufstand, von England offen unterstützt, große Erfolge erzielt hätte, ist freilich schwer zu sagen; die Zahl der Hellenen ist leider zu gering, ihre militärische Kraft zu schwer vernachlässigt. Aber ein ehrlicher Bund mit den lebendigen, zukunftreichen Kräften der Halbinsel war eines großen Volkes doch würdiger als jenes klägliche Schauspiel von Furcht und Prahlerei, von reaktionärer Engherzigkeit und unberechenbarer Laune, das den britischen Namen dem Gelächter der Welt preisgegeben hat. Eine merkwürdige kleine Schrift, The Crown and the Cabinet, by Verax, spricht mit altenglischem Freimuth offen aus, daß der leidenschaftliche Haß des Prinz-Gemahls gegen Rußland noch an den heutigen Verirrungen der britischen Politik eine Mitschuld trägt. Königin Victoria hat diese Anschauungen ihres verstorbenen Gatten mit weiblicher Treue im Herzen bewahrt und sichs nicht versagen können in solchem Sinne auf die Entschließungen des Cabinets einzuwirken, stärker einzuwirken als der englischen Krone erlaubt ist. Nach britischer Anschauung darf der Souverän keinen eigenen Willen haben, und so wunderlich diese Meinung uns strammen deutschen Monarchisten erscheint, für England ist sie wohlbegründet. Nur durch die erbliche Nullität der Krone ist diese Aristokratie seit zweihundert Jahren aufrechterhalten worden, und es wird dem englischen Volke unvergessen bleiben, daß ein letzter schwacher Versuch persönlicher Regierung heute dem Staate eine schwere diplomatische Niederlage bereiten half.

Das wesentliche Ergebniß des Krieges, die Unterwerfung der Pforte unter den russischen Einfluß, kann durch die bevorstehende europäische Conferenz nicht mehr erschüttert werden. In Einzelfragen wird sich die

russische Staatskunst schwerlich allzu hartnäckig zeigen. Unter diesen aber steht für Deutschland obenan die Freiheit der Donau. Ob die Zurückforderung von Bessarabien, dies eigenthümliche Probstück russischer Dankbarkeit gegen tapfere Waffengefährten, sich noch gänzlich verhindern läßt, steht dahin; jedoch die Donaumündungen mindestens kann Oesterreich nicht in Rußlands Hände fallen lassen. Wenn die nächstbetheiligte Großmacht in dieser Sache ihre berechtigten Interessen energisch vertritt und sich der bedrohten rumänischen Regierung annimmt, so wird ihr, das hoffen wir, Deutschlands Beistand nicht fehlen.

Die Verstimmung des englischen Cabinets läßt es im Augenblicke noch zweifelhaft erscheinen, ob die Conferenz wirklich zusammentritt. Deutschland aber hat keinen Anlaß, den vorläufig noch sehr unerfreulichen Zustand der Balkanhalbinsel allzu schwermüthig zu betrachten. Der Friede von S. Stefano bezeichnet nur einen Haltepunkt in der unaufhaltsam dahinrauschenden Katastrophe des Osmanenreichs. Mag der Petersburger Hof heute noch so lebhaft die Fortdauer des türkischen Staates wünschen — die Kugel rollt; überall, bis in die Berge Albaniens hinein erwacht das nationale Selbstgefühl unter den Völkern der Halbinsel. Die Tage der Fremdherrschaft sind gezählt, die Osmanen selber glauben nicht mehr an die Dauer ihrer europäischen Macht, die Hellenen sammeln sich für die Stunde der Erhebung. Nach der Befreiung vom türkischen Joche besteht für die Serben, die Bulgaren, die Rumänier gar kein Grund mehr den weißen Czaren als ihren Schutzherrn zu verehren, und die Griechen haben ihn nie verehrt. Der natürliche Gegensatz der Interessen, welcher diese Völker von den Moskowitern trennt, wird bald genug hervortreten; und vielleicht kommt einst die Zeit, da russische Realpolitiker verwundert fragen, ob es wohl nöthig gewesen sei, so große Opfer zu bringen lediglich für eine alte nationale Tradition. Doch das sind russische Sorgen; wir Deutschen wollen uns neben ruhigem Nationalstolze auch unsere alte weltbürgerliche Weitherzigkeit bewahren und unbefangen die große heilige Nothwendigkeit zu verstehen suchen, welche heute ein Gewirr unfertiger Völker wieder einführt in den Kreis der europäischen Staatengemeinschaft.

Weit ernsthafter als die landesüblichen Warnungen vor Rußlands drohender Uebermacht scheint uns die Frage, wie Oesterreich diese Krisis überstehen wird. Wir meinen noch immer, die zuwartende Politik des Grafen Andrassy war die einzig mögliche, sie hat den Kaiserstaat vor schweren Gefahren bewahrt: daß sie ihn gekräftigt hätte, läßt sich leider nicht behaupten. Die Kluft zwischen den beiden Reichshälften erweitert sich zusehends, der Zweifel an der Lebensfähigkeit des Dualismus nimmt

überhand, in Deutsch-Oesterreich mehren sich die Centralisten auf der einen, die Anhänger der Personal-Union auf der anderen Seite, und der ersehnte Ausgleich will noch immer nicht zu Stande kommen. Die geographische Nothwendigkeit, die Kraft der Gewohnheit und die mächtige Hauptstadt Wien, das sind die letzten Bande, welche das Durcheinander widerstrebender Völker zusammenfassen, und es bleibt unter allen Räthseln der europäischen Zukunft das dunkelste, ob diese Bande halten werden. Für jetzt können wir dem bedrängten Nachbarstaate nur wünschen, daß er sich nicht mit einer Million Bosniaken beladen möge. Weder Deutschland noch Rußland wird ihn an solchen Erwerbungen hindern. Doch er besitzt der interessanten Völkerschaften genug; noch eine mehr, und der Kessel, worin die wilden nationalen Leidenschaften brodeln, kann leicht überlaufen. —

Der Socialismus und der Meuchelmord.

Berlin, 10. Juni 1878.

Das Leben ist oft grausiger als die wildesten Gebilde der Phantasie. Wer hätte vor einem Monat nur für denkbar gehalten, daß heute ein französisches Blatt uns zurufen darf: „warum hassen die Deutschen ihren Kaiser? und unter uns, die sein Schwert so schwer getroffen hat, haßt ihn Niemand!?“ Schmach über Schmach ist binnen wenigen Wochen auf den guten Namen des treuen deutschen Volkes gefallen. Noch hatte sich die Welt kaum erholt von der unglaublichen Nachricht, daß ein Deutscher die mörderische Hand erhob gegen den greisen Helden der Nation; da wird unser Thronfolger auf englischem Boden von deutschen Männern mit Schimpf und Hohn überhäuft, nur durch die Wachsamkeit der Londoner Polizei vor dem Aergsten behütet, und alsbald folgt ein neuer noch scheußlicherer Mordanfall gegen den edlen Fürsten, der den Jammer unserer kaiserlosen Tage beendet hat. Während wir diese Zeilen schreiben ist es noch nicht sicher, ob dies theuere Leben uns erhalten bleibt. Millionen zerknirschter und beschämter deutscher Herzen blicken fragend zu Gott empor: ob es denn wirklich in seinem unerforschlichen Rathschluß beschlossen ist, daß uns auch noch die letzte Schande treffen, daß der erste deutsche Kaiser, wie einst Frankreichs Friedensbringer Heinrich IV. durch die Hand eines Landsmannes den Tod finden soll? Und dies in einem Augenblicke, da die weite Welt dankbar die Weisheit und Gerechtigkeit der deutschen Krone bewundert, da die Bevollmächtigten der großen Mächte sich eben anschicken den Friedenscongreß zu besuchen, der allein durch die Mäßigung der deutschen Politik möglich wurde. Wohin ist es mit uns gekommen!

Wer in einer solchen Stunde des Aufruhrs aller Gefühle über die politischen Aufgaben der nächsten Zukunft zu reden unternimmt, bedarf eines kalten Kopfes und fester Selbstbeherrschung. Es ist aber auch nicht ein von gestern auf heute ersonnener hitziger Einfall, sondern eine wohl-

51*

erwogene, seit Monaten in schmerzlichem Nachdenken gereifte Ueberzeugung, wenn wir die Meinung aussprechen, daß die heutigen Gesetze nicht mehr ausreichen, um den Bestand der Gesellschaft und der Cultur gegen die große Verschwörung der Socialdemokratie zu sichern. Aus dem Pfuhle der Socialdemokratie ist alle die unauslöschliche Schande der jüngsten Tage emporgestiegen. Der Augenblick ist zu ernst um noch darüber nachzugrübeln, wer mitgeholfen hat diese Eiterbeule am Leibe unseres Volkes zu nähren. Fast alle Parteien und Stände, leider, tragen einige Mitschuld: die selbstsüchtige Interessenpolitik der Agrarier und der Schutzzöllner, der frivole Dilettantismus der Christlich-Socialen, die Systemsucht der Nationalökonomen, die sinnliche Weltanschauung der Modephilosophen, das Mammonspriesterthum der Börsenwelt, das Hetzen und Wühlen der Ultramontanen, die hämische Tadelsucht der Fortschrittspartei, der verbissene Haß der Particularisten, endlich jener liberale Leichtsinn, der es nur für ein harmloses Ueberschäumen der Freiheit hielt, wenn die socialdemokratischen Massen das neue Kannibalenlied sangen: „hier Petroleum, da Petroleum! Petroleum um und um!"

Eine allmähliche Läuterung der Socialdemokratie von innen heraus haben wir nie erwartet, denn der Unsinn und die Niedertracht können sich nicht abklären. Was von berechtigten Gedanken in den Lehren dieser Sekte liegen mag ist ihr gemein mit anderen Parteien; was ihr eigen angehört und ihr Wesen ausmacht, ist das Evangelium der sinnlichen Gier, des Hasses und des Neides, die Verhöhnung alles Heiligen. Wohl aber war es eine Zeit lang erlaubt zu hoffen, daß die mißleiteten Massen endlich einmal von ihren Verführern die Erfüllung der überschwänglichen Versprechungen fordern und dann enttäuscht den Betrügern den Rücken wenden würden. Auch diese letzte Hoffnung ward mit jedem neuen Monat schwächer. Die Verwilderung wuchs und wuchs. Mit den gotteslästerlichen Reden dieses Winters erreichte die Unzucht des Wortes einen Gipfel, der nicht mehr überschritten werden konnte; die Versammlungen der Berliner Weiber — sicher das unheimlichste unter allen Symptomen der argen Krankheit — ließen erkennen, wie tief bereits die Grundlagen unseres sittlichen Lebens untergraben sind; nachher, bei den beiden großen Leichenbegängnissen im Frühjahr, musterte die Revolution schon prahlerisch beim hellen Tage ihre Heerschaaren. Jedem ernsten Beobachter drängte sich die Befürchtung auf, daß nunmehr die Heilung des Leidens in anderer, schrecklicherer Weise erfolgen, daß die langjährige Aufwiegelung der thierischen Leidenschaften irgendwo zu einem Straßenkampfe und dieser zu einem Eingreifen der Staatsgewalt führen würde. Gewiß sind die Führer der deutschen Socialdemokratie in ihrer großen

Mehrzahl feige Demagogen, die den offenen Kampf fürchten; sie befinden sich wohl in dem Gewerbe der Wühlerei und verdanken ihm ein persönliches Ansehen, das sie in einem ehrlichen Berufe nie erwerben könnten. Doch hinter ihnen steht jene brutale und verhetzte Masse, die in revolutionären Parteien regelmäßig den Führern über den Kopf wächst; sie will „durch Blut und Trümmer zum Ziele wallen", wie das deutsche Socialistenlied sagt. Hinter dieser endlich lauert der in London zusammengeronnene ekle Auswurf der deutschen Gesellschaft.

Der unvermeidliche Ausbruch ist erfolgt, scheußlicher als sichs das Hirn eines ehrlichen Mannes je erträumen konnte. Der Mord, der feige Mord schleicht um unser Herrscherhaus. Nicht umsonst hat die socialdemokratische Presse seit Jahren die Mörder „Ludwig Capets" verherrlicht und ihre vergifteten Pfeile immer gradeswegs gegen die Personen des königlichen Hauses gerichtet. Diese unnatürlichen Blutthaten gegen einen Herrscher, dessen leutselige Güte und Milde ihn zum Liebling des kleinen Mannes machen sollte, und die lange Reihe frecher Majestätsbeleidigungen nachher stellen es außer Zweifel, daß man in hunderten von Spelunken sich schon ergötzt haben muß an der Hoffnung: es werde besser werden, wenn man die Hohenzollern wie die Spatzen einen nach dem anderen wegschösse. Der Gedanke ist infernalisch, dumm ist er nicht. Eine physische Unmöglichkeit steht nicht im Wege; gegen den Meuchelmord vermag keine menschliche Wachsamkeit ganz zu schützen, wenn sich nur die nöthige Zahl von Mordgesellen findet, die bereit sind ein verlogenes und verlorenes Leben mit einem großen Triumphe ruchloser Eitelkeit zu beenden und zugleich „einen Großen mitzunehmen", wie der Mörder Nobiling sagte. Im Wege steht nur Eines, woran diese Unseligen nicht glauben, die göttliche Führung der Weltgeschichte; sie läßt es nicht zu, daß Preußens ehrenreiche Geschichte so in Koth und Blut enden sollte.

Wir können uns nicht mehr darüber täuschen, die Socialdemokratie ist der Ruthe entwachsen, sie ist zu einer Schule des Verbrechens geworden. Wie einst der nothwendige Rechtsbruch der Reformation die Orgien der Wiedertäufer erzeugte, so sind aus den furchtbaren Erschütterungen, welche den Anbruch der deutschen Einheit begleiteten, die Gräuel der Socialdemokratie hervorgegangen; und wir werden viele Jahre lang unserer ganzen sittlichen Kraft bedürfen um diesen Auswuchs der deutschen Revolution zu heilen, gründlicher zu heilen als es die Söhne des sechzehnten Jahrhunderts vermochten. „Deutschlands selbstverschuldete Wehrlosigkeit" — so bezeichnete vor siebzig Jahren F. Gentz den letzten Grund der Triumphe Napoleons. Das Gleiche läßt sich heute von den sittlichen Leiden unseres Volkes sagen. Ein großer Theil der Nation ist

wehrlos geworden gegen die Phrase, wehrlos gegen den Unglauben, wehrlos gegen den Kitzel der sinnlichen Begierde. Wir müssen ein für allemal brechen mit jener schwachmüthigen Begönnerung und Beschönigung der rohen Begehrlichkeit, die unter uns allzu lange für geistreich galt, und in jedem Hause mit jedem erlaubten Mittel den Kampf führen gegen die Feinde der Gesellschaft. Warum folgen nicht alle unserer großen Unternehmer dem Beispiele einiger ihrer tüchtigsten Genossen? warum erklären sie nicht, daß sie in ihren Werken und Fabriken keinen Arbeiter mehr beschäftigen wollen, der an der socialdemokratischen Wühlerei theilnimmt? Wer seine Arbeiter gerecht und menschlich behandelt, darf das wagen; nur muß er den Muth haben, auf kurze Zeit einige geschäftliche Verluste zu ertragen.

Doch die langsam wirkenden Mittel der socialen Gegenwehr reichen längst nicht mehr aus wider die Gefahren des Augenblicks. Eine Million deutscher Männer und Burschen — und wie viele Frauen dazu! — wird durch eine organisirte Verschwörung dem Leben der Nation entfremdet, nimmt gar keinen Antheil an den Gefühlen der Scham und Reue, die in den gebildeten Klassen erwacht sind. Die Socialdemokratie bildet einen Staat im Staate, sie gebietet über ein wohlgeschultes Beamtenheer von tausenden geschäftiger Agenten, sie erhebt regelmäßige Steuern, unterhält eigene Schulen und Bildungsanstalten, sie beherrscht die Gemüther einer völlig abhängigen, für keine andere Einwirkung mehr zugänglichen Masse durch das Machtgebot ihrer Zeitungen. Es wird die höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Socialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbevölkerung ausweist. Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. Wir wissen sehr wohl, daß in dem politischen Katechismus der Durchschnittsliberalen mit Lapidarschrift zu lesen ist: „alle Ausnahmegesetze sind nutzlos, wie die Geschichte Frankreichs beweist“. Doch wir sind ketzerisch genug, den Tiefsinn dieser Geschichtsphilosophie zu bezweifeln. Die Schwäche der Staatsgewalt, die Feigheit der besitzenden Klassen, das gedankenlose Buhlen mit der Revolution hat die meisten der anarchischen Bewegungen im neuen Frankreich verschuldet. Die Schreckensherrschaft wurde nur möglich, weil die Krone der Bourbonen muthlos sich selber aufgegeben hatte; der Cultus, der mit den Barrikadenhelden der Juliwoche getrieben ward, ermuthigte die Verschwörer der Rue Transnonain; dieselbe Verhätschelung, den Februarkämpfern von 1848 gewährt, ermöglichte den Juniaufstand; und die Erhebung der Commune konnte nimmermehr eine so furchtbare Macht erlangen ohne jene verblendete Regierung, die während eines hal-

den Jahres die bewaffnete Revolution in der belagerten Hauptstadt nach Gefallen schalten ließ und sich des Glaubens getröstete, es gebe keinen Pöbel in Paris.

Niemand wähnt, ein strenges Eingreifen des Staates werde den Socialismus sofort vernichten; vielmehr sind wir darauf gefaßt, daß gerade diese Strenge einige neue Wuthausbrüche des rothen Terrorismus herbeiführen kann. Doch ein großer Erfolg wäre schon erreicht, wenn das weite Netz der organisirten Verschwörung mit einem Hiebe zerrissen, die socialdemokratische Bureaukratie zersprengt und ihre Führer vertrieben würden. Diese Demagogen leben von den Sparpfennigen der mißleiteten Massen; sie werden brodlos, wenn die Vereinsbeiträge und die Zeitungseinnahmen hinwegfallen. Wohl wahr, die Presse und die Versammlungen schaffen wenig, sie bringen lediglich an den Tag, was in den Köpfen und Herzen bereits lebendig ist. Doch diese Regel gilt nur für die gebildeten Parteien. Die Socialdemokratie besteht zum größten Theil aus unreifen Burschen. Die jungen Arbeiter treten zumeist noch unverdorben in die socialistischen Vereine; ihr Gemüth ist anfangs fast immer nur ein unbeschriebenes Blatt. Die natürliche Neigung der Jugend, ohne Mühe eine Rolle zu spielen, oft sogar nur der harmlose Wunsch nach geselliger Unterhaltung treibt sie den Demagogen in die Arme. In diesen Schichten der Gesellschaft wird das Böse in der That erst geschaffen durch die Reden und Schriften der Agitatoren, und es wäre ein offenbarer Gewinn für die Cultur, wenn ein strenges Verbot der socialistischen Vereine und Schriften den ehrlichen und denkenden Freunden des Volks wieder den Zugang verschaffte zu dem Ohre der Massen, das ihnen heute fast ganz verschlossen ist. Von der geheimen Wühlerei der Socialisten steht nicht allzu viel zu befürchten; das ganze Treiben verliert seinen Reiz für die Masse, wenn die Freuden der Feste und Aufzüge, der öffentlichen Schreierei und Prahlerei aufhören. Alle germanischen Völker waren von jeher, Dank ihrer angeborenen Wahrhaftigkeit, sehr ungeschickt in den Künsten der Geheimbünde. Wie geringfügig blieb selbst die Wirksamkeit des Tugendbundes und der Burschenschaft, obgleich beiden Vereinen ein vollberechtigter politischer Gedanke zu Grunde lag! Möglich immerhin, daß die Socialdemokraten in der Schule der internationalen Propaganda einige gefährliche Kunstgriffe der Geheimbündelei gelernt haben; die Mehrzahl ihrer Führer wird doch sicherlich, sobald sie den Ernst der Staatsgewalt fühlt, ihrem heroischen Charakter treu bleiben und unter den wahlverwandten Gemüthern der Londoner „Schwefelbande" einen sicheren Unterschlupf suchen.

Die endgiltige Regelung der Zwangsmaßregeln gegen die Social-

demokratie kann natürlich nur mit Zustimmung des Reichstags erfolgen. Aber man darf dabei nicht stehen bleiben. Wir bedürfen noch anderer Reformen der Gesetzgebung, vor Allem einer Aenderung des Wahlgesetzes. Ueber die verderblichen Folgen des allgemeinen Stimmrechts ist in diesen Jahrbüchern oft und eingehend gesprochen worden; sie zeigen sich nicht in der Zusammensetzung des Reichstags, sondern in jener Selbstüberhebung und Verwilderung der Massen, die unfehlbar überhandnehmen muß, wenn das Gesetz selber eine unwahre Gleichheit anerkennt und alle drei Jahre eine zügellose Agitation wiederkehrt. Wir haben oft wiederholt, daß wir gleichwohl eine Aenderung des bestehenden Gesetzes nur im äußersten Nothfall wünschen könnten. Dieser Nothfall ist jetzt eingetreten; für Deutschland ist leider der Augenblick gekommen, wo der Senat sein videant consules! rufen muß. Wir brauchen verlängerte, etwa fünfjährige, Legislaturperioden und, wenn sich ein Hausstands-Stimmrecht nicht erreichen läßt, zum Mindesten eine höhere Altersgrenze für die Wahlberechtigung, also daß die geistig unselbständigen Elemente der Bevölkerung von der Wahlurne ausgeschlossen werden.

Auch die allzu milde Anwendung der Gesetze ist nicht schuldlos an den Gräueln dieser jammervollen Wochen. Eine schlaffe, gefühlsselige Philanthropie droht wieder, wie einst in dem matten Jahrzehnt vor der Jenaer Schlacht, den alten guten Geist preußischer Strenge zu verdrängen. An einen ewigen Richter glauben die Demagogen nicht, und der weltliche schwingt sein Richterschwert oft nur wie einen zierlichen Galanteriedegen. Je zärtlicher der Staat den Leib des Verbrechers behütet, um so tiefer sinkt der Werth des Menschenlebens in den Augen der Masse, um so schwächer wird ihr der Abscheu vor dem Blute. Allgemein glaubt man im Volke, die Todesstrafe sei abgeschafft und — man handelt auch darnach! Was uns vor Allem noth thut, ist Ernst, strenger Ernst in der Handhabung des Gesetzes. Die Majestät des Rechts muß wieder zu Ehren kommen. —

Binnen Kurzem haben wir die Auflösung des Reichstags zu erwarten. Wie unsäglich traurig ist es doch, daß der Erbe des deutschen Kaiserthums seine öffentliche politische Wirksamkeit damit beginnen muß, zum ersten male seit das Reich besteht, den Zwiespalt zwischen Krone und Parlament vor aller Welt aufzudecken! Eben jetzt, da alle guten Deutschen sich einträchtig um den schändlich entweihten Thron schaaren sollten, steht uns ein unnatürlicher, widerwärtiger Wahlkampf zwischen Liberalen und Conservativen bevor — ein Wahlkampf dreifach widerwärtig für Süd- und Westdeutschland, wo eine eigentlich conservative Partei nur an wenigen Orten besteht, also allerhand particularistische, ultramontane,

reaktionäre Elemente unter conservativer Maske versuchen werden obenauf zu gelangen. Die Auflösung erscheint auch deshalb nicht unbedenklich, weil sie den Erlaß der nothwendigen Gesetze um viele Wochen hinausschiebt. Den Kriegszustand kann die Krone, nach einer strengen Auslegung der Reichsverfassung, jetzt nicht verhängen; denn es liegt weder Krieg noch Aufruhr vor, die Gesetzgeber des Norddeutschen Bundes waren noch unschuldig genug, solche Gräuel wie wir sie sahen nicht für möglich zu halten. Auch wäre es unrecht, der getreuen Mehrheit der Nation ein kränkendes Mißtrauen zu erweisen. Wohl oder übel muß man vorläufig mit den bestehenden Gesetzen sich behelfen. Gegen die Versammlungen der Socialisten reichen sie vielleicht aus, gegen die Presse nicht; sie wird leider den gewerbsmäßigen Betrieb der Gotteslästerung, der Aufwiegelung, des Landesverrathes noch eine Zeit lang ziemlich ungestört fortsetzen.

Trotzdem ist der Entschluß der Regierung nur zu erklärlich. Die traurige Thatsache, daß der Reichstag am 24. Mai mit überwältigender Mehrheit das Socialistengesetz verwarf, läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen, und Niemand kann mit voller Sicherheit sagen, ob die Mehrheit seitdem anderen Sinnes geworden ist. Die Parteien sind in dem alten Hause sehr unglücklich gruppirt; ein dem Ministerium günstiger Beschluß kann nur dann erwartet werden, wenn die nationalliberale Partei geschlossen mit den conservativen Fractionen stimmt. Was aber nach dem zweiten Mordanfall in der nationalliberalen Presse verlautete, war leider nur eine Kette von Widersprüchen, gestattete schlechterdings keinen sicheren Schluß. Wer darf es der Regierung verargen, wenn sie in so schwerer Stunde nicht ein zweifelhaftes Glücksspiel wagen will, sondern vorzieht, an das Gewissen der Nation zu appelliren? Genug, der neue Wahlkampf beginnt. Wie werden sich die alten Parteien zu der gänzlich veränderten Lage der Dinge verhalten?

Im Verlaufe der letzten Jahre hatte sich zwischen der Regierung und der stärksten Fraction des Reichstags ein gutes, freundliches Verhältniß gebildet, das nur selten durch Mißhelligkeiten getrübt wurde. Die bitteren Erinnerungen aus der Zeit des Conflicts waren ganz vergessen, das unglückselige Märchen von „der großen liberalen Partei“ fand unter den Nationalliberalen nur noch vereinzelte Gläubige, und zu Anfang dieses Jahres schien der Eintritt einiger parlamentarischer Männer in die Regierung nahe bevorzustehen. Aber die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums zerschlugen sich — warum? will ich hier nicht untersuchen, schon weil ich darüber nicht genugsam unterrichtet bin. Von den neuen Ministern, welche nunmehr in die Regierung eintraten, hatten

Drei in der Verwaltung schwieriger Provinzial- und Communalämter sich die Anerkennung aller Parteien erworben, der Vierte war politisch bisher nur bekannt als einer der Haupturheber des Reichseisenbahnplanes, der bekanntlich die Zustimmung der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses gefunden hat. Mithin lag kein Grund vor zu der Annahme, daß die Regierung jetzt in reaktionäre Bahnen einlenken würde, zumal da die Leitung nach wie vor in der Hand des Fürsten Bismarck blieb. Es ist aber der Lauf der Welt, daß nach abgebrochenen Verhandlungen beide Theile einander nicht mehr mit unveränderten Gesinnungen gegenüberstehen. Eine dumpfe, hoffnungslose Verstimmung lag über dem Hause; man sprach allgemein von der Versumpfung unserer inneren Politik; die Gerüchte von einer nahenden Reaction erhielten neue Nahrung durch die traurigen Wirren in der evangelischen Landeskirche, durch den Rücktritt des Präsidenten Herrmann, nachher durch das Entlassungsgesuch des Ministers Falk. Wie die Dinge standen hätte die Regierung am besten gethan den Reichstag sofort nach der Erledigung des Budgets zu schließen. Erst wenn die neuen Minister ihre Flagge entfaltet, wenn sie gezeigt hatten was sie wollten und vermochten, konnte sich wieder ein klares Verhältniß zwischen der Regierung und dem Reichstage bilden. Leider wurde die unerquickliche Session nicht abgebrochen; der Mißmuth stieg noch als die Vorlage über das Tabaksmonopol eingebracht wurde, deren Schicksal die Minister im Voraus wissen konnten.

In solcher Verstimmung, übermüdet und nach der Heimkehr verlangend, wurde der Reichstag von dem ersten Mordanfall und von dem Gesetze gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie überrascht. Ich habe damals anders gestimmt als die große Mehrheit der Fraction und nicht verhehlt, daß ich die einfache Verwerfung dieses Gesetzes für den verhängnißvollsten politischen Fehler hielte, der unter den gegenwärtigen Umständen nur irgend begangen werden könne. Ich meinte die Stunde gekommen für den offenen Kampf gegen die Anarchie und wollte lieber ein mannichfach anfechtbares Gesetz annehmen als der Socialdemokratie einen Triumph bereiten. Jedoch die Mehrzahl sah in jener Mordthat nur das vereinzelte Verbrechen eines verkommenen Menschen. Andere nahmen Anstoß an der mangelhaften Fassung des Gesetzes; und doch lagen verständige Verbesserungsanträge vor, von Liberalen entworfen. Einige dachten an das arge Beispiel der Karlsbader Beschlüsse — als ob der gewaltthätige Kampf der österreichischen Fremdherrschaft gegen den höchstgefährlichen Gedanken der deutschen Einheit irgend etwas gemein hätte mit den Sicherheitsmaßregeln, welche eine ehrliche nationale Regierung gegen die Feinde aller Cultur und Sitte ergreifen will! Wieder

Andere waren gegen jedes Ausnahmegesetz — als ob wir nicht leider in Ausnahmezuständen lebten! Nur eine kleine Minderheit nahm an der Abstimmung der Fraction nicht Theil, und sie bestand, bezeichnend genug — bis auf einen Einzigen — durchweg aus namhaften Juristen, aus Männern also, die nach Charakter und Lebensstellung natürliche Gegner jeder Willkür sein müssen.

Die Mehrheit des Reichstags hatte der Krone in einem Augenblicke dringender, schwerer Gefahr nichts zu bieten als Versprechungen für die Zukunft — Versprechen, die unzweifelhaft im besten Glauben ausgesprochen wurden, nur schade, daß Niemand mit Sicherheit sagen konnte, ob es möglich sein würde sie dereinst einzulösen! Gewiß, die Annahme des Socialistengesetzes hätte die zweite Blutthat nicht verhindert — kein Gesetz der Welt vermochte das; die Wortführer der Mehrheit sprachen allesammt unzweideutig aus, daß sie mit der Anarchie nichts gemein haben wollten. Aber in solchen entscheidenden Momenten gilt das Wort des Dichters:

Du sprichst vergeblich viel um zu versagen,
Der Andre hört von Allem nur das Nein.

Der Nation, und namentlich den Anarchisten blieb der Eindruck, daß die Parteien der Ordnung den anstürmenden Wogen der socialen Revolution keinen festen Entschluß, keinen einmüthigen Willen entgegenzusetzen hatten.

Selten ist die Strafe dem politischen Irrthum so rasch auf dem Fuße gefolgt. Nur zehn Tage, und es lag vor Aller Augen, daß die Mehrheit sich über die Gefahren der Stunde gänzlich getäuscht hatte; aus dem Erfolge des Augenblicks war eine schwere moralische Niederlage geworden. Es steht nicht anders, der Liberalismus muß die Folgen dieser Niederlage tragen: er muß sich darein finden, daß nunmehr auf lange hinaus nur eine conservative Regierung möglich ist; er wird bei den Wahlen jedenfalls einige, vielleicht viele Sitze verlieren. Er kann überhaupt nur dann noch eine segensreiche Rolle in der Reichspolitik spielen, wenn er sich das Herz faßt den begangenen Fehler offen einzugestehen und einmüthig beschließt, die der Regierung unentbehrlichen außerordentlichen Vollmachten zu bewilligen. Die Conservativen sind in der günstigen Lage, das Feldgeschrei anzustimmen: „hie Kaiser und Reich! dort die Socialdemokratie!“ Sie wären Thoren, wenn sie sich dieses Vortheils nicht bedienten; sie lassen sich nicht abspeisen mit der allgemeinen Versicherung, man wolle ernsthaft gegen den Socialismus vorgehen, sondern sie werden an jeden Candidaten die bestimmte Frage stellen: „Ja oder nein? Willst du gegen die Socialdemokratie ein Ausnahmegesetz bewilligen, wie es einst gegen die Jesuiten, in härterer Form und

bei geringerem Nothstande bewilligt wurde?" Um dieser Frage willen ist der Reichstag aufgelöst worden, und — grad heraus — weiß ein liberaler Candidat darauf nur mit Ausflüchten und gewundenen Worten zu erwidern, so müssen alle einsichtigen Patrioten ihm einen Conservativen, der mit einem herzhaften Ja antwortet, unbedenklich vorziehen.

Diese Jahrbücher sind niemals das Organ einer Fraction gewesen, und jetzt am allerwenigsten scheint es uns erlaubt, die vaterländischen Dinge allein vom Parteistandpunkte zu betrachten. Das Fractionsunwesen hat überall, in allen Parteien unserer Parlamente, politische Gegner willkürlich an einander geschmiedet, Gesinnungsgenossen künstlich getrennt. Die Eintagsgebilde dieses Parteiwesens bedeuten wenig neben der großen Frage: soll unser Volk seine Krone unterstützen, wenn sie den Handschuh aufnimmt, den ihr der Terrorismus in's Gesicht geschleudert hat? wenn sie sich anschickt eine Verschwörung zu unterdrücken, die den Bestand einer tausendjährigen Cultur, alle Religion und Sittlichkeit des heranwachsenden Geschlechts gefährdet? Der deutsche Staat, eingepreßt wie er ist zwischen argwöhnischen Nachbarmächten, besäet mit den Trümmern von zwanzig krankhaften Kleinstaatsgewalten, zerrissen von unzähligen politischen, kirchlichen, socialen Gegensätzen, mit einem Volke, dessen Mehrheit den Segen der jungen Einheit noch nicht voll und ganz empfindet — ein solcher Staat darf keine Nachsicht üben gegen einen fanatischen Feind, der in einzelnen deutschen Landen, namentlich in dem armen Sachsen, schon nahe daran ist, die ganze Jugend an sich zu reißen. Wenn die nationalliberale Partei dies einsieht und schon in ihrem Wahlprogramm die Nothwendigkeit strenger Ausnahmegesetze unumwunden anerkennt, so kann die Fraction vielleicht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung fortbestehen. Wo nicht, nicht. Eine Partei, die sich über Lebensfragen nicht zu einigen vermag, ist keine Partei mehr. Enthält der Wahlaufruf nur unbestimmte, aus einem mühseligen Compromiß hervorgegangene Worte, so ist er für einen großen Theil der Parteigenossen nicht bindend und eine veränderte Fractionsbildung wird unvermeidlich.

Wenn die ultramontane Partei zu rechnen verstände, so müßte sie jetzt ihren Frieden mit der Krone zu schließen versuchen. Aber sie ist ein unberechenbares Gemisch von Hochconservativen, Radicalen und vereinzelten Liberalen, und am letzten Ende entscheidet hier der Befehl des römischen Stuhls. Ob der kluge Kopf des Papstes Leo den Sieg davonträgt über seine jesuitische Umgebung, scheint sehr zweifelhaft. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die clericale Fraction in ihrer ablehnenden Haltung verharrt. Für ihre Wahlsitze hat sie wenig zu fürchten. Ihre wohlgepflegte Heerde wird vollauf befriedigt sein, wenn der Candidat nur im

Allgemeinen versichert, die römische Gesinnung bilde das wirksamste Gegengift wider den Socialismus; bestimmtere Zusagen sind überflüssig. Die Fortschrittspartei wird selbstverständlich auch diesmal vor den harten Thatsachen ihre Augen verschließen; desgleichen alle jene Heldenseelen, die von Alters her gewohnt sind Nein zu sagen mit dem stillen Troste, die Mehrheit beschließe doch das Gegentheil! Nach Alledem wird die Regierung auch in dem neuen Reichstage des Beistandes der gemäßigten Liberalen schwerlich entbehren können, und es ist ganz undenkbar, daß sie von Haus aus eine feindselige Haltung gegen den Liberalismus einnehmen sollte. Die Auflösung des Reichstags ist nicht blos ein Schachzug gegen die Nationalliberalen, sondern durch sachliche Gründe gerechtfertigt. Die conservative Strömung, die heute zur Nothwendigkeit geworden ist, kann zur Reaction führen, wenn das unheilvolle Bündniß zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei sich von Neuem schließt; sie kann es nicht, wenn die besonnenen Liberalen der Krone gewähren, was für die Befestigung der socialen Ordnung unentbehrlich ist. Nur dann werden sie im Stande sein ein Uebermaß der Strenge abzuwenden.

Was ich hier sagte ist der Ausdruck einer persönlichen Ueberzeugung; in so ernster Zeit soll Jeder reden wie es ihm um's Herz ist. Aber ich weiß, daß meine Ansicht in weiten Kreisen getheilt wird. In unserem decentralisirten Lande giebt die Provinzialpresse die Meinungen der Nation oft treuer wieder als die Presse der Hauptstadt. Ueberall wo man die Socialdemokratie aus der Nähe kennt, wurde schon der Beschluß vom 24. Mai mit sehr gemischten Empfindungen aufgenommen, und heute mehren sich die Stimmen, die vor der Wiederholung warnen. Ein Mann, der liberaler denkt als ich, schreibt mir einfach: wichtiger als der Bestand irgend einer Fraction ist uns der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft.

Schwer und drückend liegt heuer die Luft des fröhlichen Frühlingsfestes über unserem unglücklichen Vaterlande. Wie viele Jahre noch, bis wir die Erinnerung an diese bitteren Tage verwunden haben, bis wir wieder sagen dürfen, die Seele unseres Volkes sei genesen! Nicht durch Adressen, Telegramme und Entrüstungsmeetings werden wir die Achtung der Fremden, die heute über die deutsche Treue spotten, wiedergewinnen. Erst wenn die Nation durch die That bewiesen hat, daß die Würde der Krone und die Segnungen der Cultur ihr theuerer sind als das Parteigezänk — dann erst wird die Welt uns glauben, daß was uns heute schändet und entwürdigt, ein fremder Tropfen im deutschen Blute war.

1879.

Zur Lage.

Berlin, 10. März 1879.

Nach schweren Heimsuchungen pflegen edle Naturen in sich einzukehren, sich auf sich selber zu besinnen. An der deutschen Nation — es wäre Leichtsinn sich darüber zu täuschen — hat das Unglück diesmal seine läuternde Macht nicht bewährt. Jene ernste, gesammelte Stimmung, welche den entsetzlichen Verbrechen des letzten Frühjahrs folgte, hielt nicht länger vor als einige Wochen; seitdem ist die öffentliche Meinung von Monat zu Monat zerfahrener, grilliger, rathloser geworden. Wir haben den häßlichsten Wahlkampf erlebt, den Deutschland seit den Zeiten des preußischen Verfassungskampfes gesehen hat — einen Kampf, der von vorn herein dadurch verfälscht wurde, daß große Parteien den eigentlichen Gegenstand des Streites, die Unterdrückung der socialistischen Verschwörung, zu verdunkeln suchten. Eine Fluth gehässiger Lügen, wie sie früher in Deutschland unerhört waren, ergoß sich von den Lippen der Streitenden, selbst besonnene Männer schraken vor verwerflichen demagogischen Mitteln nicht zurück; die bildungsfeindliche Macht des allgemeinen Stimmrechts zeigte sich in ihrem ganzen Unsegen; die Mehrzahl der Zeitungen verfiel in einen schlechthin amerikanischen Ton und wird die Nachwirkungen jenes rohen Gezänks auf Jahre hinaus nicht wieder verwinden. Das Ergebniß war eine erhebliche Schwächung der nationalliberalen und der Fortschrittspartei; aber die Socialdemokratie hatte nur wenig verloren, in der Hauptstadt sogar eine unheimliche Verstärkung erhalten, und auch das Centrum, dessen Dasein schon jede natürliche Parteigruppirung im Reichstage erschwert, dessen Mittel und Ziele soeben durch den großen Marpinger Mirakelprozeß eine grelle Beleuchtung erfahren haben, war in seinem Bestande unerschüttert. Der neue Reichstag erschien so unberechenbar wie der alte. Das Gesetz gegen die Socialdemokratie ging durch,

doch ein Theil der Mehrheit stimmte nur halb widerwillig zu, weil die Wähler darauf bestanden und im Falle der Auflösung der Widersprechenden nicht geschont hätten. Die Nation fühlt, daß mit diesem Gesetze nur das Unerläßliche geschehen ist, daß wir nur einige Sicherheit gegen die weitere Verbreitung der socialdemokratischen Umsturzlehren gewonnen haben. Welche Gefahren uns aber noch immer bedrohen, das lehren die Wahlen in Breslau, das lehren vor Allem die noch fast täglich erfolgenden Verbote socialistischer Schriften: wir sind eben Alle blind gewesen, Niemand in den gemäßigten Parteien hat von dem Umfange und der Macht der Organisation des Aufruhrs einen klaren Begriff gehabt.

Doch während die Aufdeckung dieser krankhaften Zustände die Parteien der Ordnung daran erinnern sollte, daß wir heute mehr denn jemals einer starken Staatsgewalt bedürfen, ist der Kampf gegen die Regierung, der während der Wahlen so rücksichtslos geführt wurde, sofort nach der Annahme des Socialistengesetzes fast auf der ganzen Linie der liberalen Presse wieder aufgenommen worden. Und mit welchen Waffen! Es scheint als wollten die Deutschen der Welt beweisen, daß Dankbarkeit auch bei uns keine politische Tugend ist; der Staatsmann, um den uns die Welt beneidet, wird heute von vielen deutschen Zeitungen wie ein lächerlicher Narr behandelt, dessen wirthschaftliche Pläne kaum eine Prüfung verdienten. Schade nur, daß die Urheber solcher Angriffe vornehm verschmähen, ihren werthen Namen darunter zu schreiben, dann würde die Wirkung ihrer vernichtenden Worte noch viel drastischer sein. Möglich, daß die Presse sich nur selber, wie ihr das so oft widerfährt, in einen Zustand künstlicher Entrüstung hineingeredet hat; gewiß ist doch, daß auch viele unbefangene und einsichtige Männer mit der äußersten Entmuthigung und Verstimmung den heutigen Zustand des Reichs betrachten. Es steht jetzt schlimmer als unter Manteuffel, denn der war wenigstens nicht populär — so hört man wohl klagen. Die Berufspolitiker vornehmlich zeigen sich tief niedergeschlagen; sie fühlen, daß die Nation, übersättigt von dem Segen ihrer zahllosen Volksvertretungen, anfängt des Parlamentarismus müde zu werden, daß sie an dem Spiele der Fractionen geringe Freude hat, daß diese selber zu zerbröckeln bebeginnen. So wiederholt sich denn das alte:

Dieweil mein Fäßlein trübe rinnt,
Die Welt geht auf die Neige —

und mancher eifrige Parteimann meint schon den Untergang des deutschen Staates nahen zu sehen.

Und doch hat sich dies Reich, das von so vielen seiner eigenen Söhne mit pessimistischer Verstimmung betrachtet wird, soeben wieder als eine

europäische Nothwendigkeit bewährt. Deutschlands Stellung in der Staatengesellschaft war niemals stolzer und einflußreicher; wir sind wirklich, wie es einst Kronprinz Friedrich in seinen Jugendträumen wünschte, stark genug geworden, um den Frieden zu wahren aus Gerechtigkeit. Es ist in erster Linie Deutschlands Werk, daß die jüngste Erschütterung der orientalischen Welt vorüberging ohne einen allgemeinen Krieg zu entzünden, daß Rußland sich dazu verstanden hat, seine Forderungen an die Pforte auf ein den anderen Mächten annehmbares Maß herabzusetzen. Die Vereinbarungen des Berliner Congresses sichern den Völkern der Balkanhalbinsel nach aller Wahrscheinlichkeit eine genügende Frist um die unausbleibliche letzte Entscheidung langsam reifen zu lassen. Die Muhamedaner selber fühlen, daß in den beiden neugeschaffenen südslawischen Staaten ihres Bleibens nicht mehr ist, sie wandern in Massen aus. Die Zeit wird kommen, da die beiden Hälften Bulgariens, wie einst die Donaufürstenthümer, ihre Vereinigung fordern und durchsetzen werden; dann wird auch das hellenische Volk, das jetzt eine unvergleichlich günstige Gelegenheit versäumt hat, hinlänglich erstarkt sein um den letzten Schlag zu führen, den nur Hellas führen kann, und sein natürliches Erbe am Bosporus anzutreten. Wohl bietet das Werk des Berliner Congresses der anfechtbaren Stellen genug. Erst die Zukunft wird lehren, ob die Erwerbung Bosniens ein Glück für Oesterreich, ob dieser Staat im Stande ist, eine neue centrifugale Kraft in seinem unförmlichen Bau zu ertragen. Noch bedenklicher scheint die unnatürliche Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeere, welche durch die Niederlassung der Engländer auf Cypern bewirkt wird. Doch wenn die mediterranischen Staaten selber gar nichts gethan haben gegen diesen gefährlichen Schritt der britischen Handelspolitik, die so plötzlich von stumpfer Friedensseligkeit zu abenteuerlicher Unternehmungslust übergegangen ist, so war es sicherlich nicht an Deutschland, als ein Vormund aller Welt sich dieser Interessen anzunehmen. Der ehrliche Makler hat seine Schuldigkeit gethan und für sich selber einen redlich verdienten Lohn davongetragen: die Aufhebung jenes unglücklichen Artikels V, der so lange ein häßlicher Flecken auf unserem Schilde war.

Sollte eine Regierung, die ihre gewaltige Macht nach außen so besonnen und maßvoll, so durchaus friedfertig gebraucht, in der inneren Politik wirklich unheimliche reactionäre Pläne hegen? Was sie bisher an Vorschlägen und Entwürfen dem neuen Reichstage vorgelegt hat, giebt in der That keinen Anlaß zu solcher Vermuthung. Der Antrag auf Verhaftung zweier socialdemokratischer Abgeordneten konnte, wie uns scheint, sehr wohl nach dem alten Brauche des Hauses durch ein einfaches

Rein erledigt werden; denn daß die Behörden streng nach dem Wortlaut des Socialistengesetzes gehandelt hatten, läßt sich doch nicht leugnen. Noch weniger verdiente der Gesetzentwurf über die Disciplin des Reichstages jene heilige Entrüstung womit er überschüttet wurde. Es war ein Zeichen der Zeit und ihrer krankhaften Verstimmung, daß manche gemäßigte liberale Blätter nicht vornehm genug dachten, den Schimpfnamen „Maulkorbgesetz" seinen Erfindern, den Kraftgeistern der Fortschrittspartei zu alleinigem Gebrauche zu überlassen; ja sogar den Beistand der trübsten particularistischen Kräfte verschmähte der Parteieifer nicht und führte die Einzellandtage gegen die Reichsgewalt in's Feld. Das Gesetz verstieß in der vorgelegten Form gegen die Reichsverfassung und konnte daher nicht angenommen werden, aber sein Zweck war durchaus berechtigt, und es ist im Interesse des Parlamentarismus selber dringend zu wünschen, daß der Reichstag, der die Angelegenheit jetzt vor sein eigenes Forum gezogen hat, seine disciplinarischen Vorschriften verschärft. Ein verhängnißvoller Fehler, wenn die Vertreter der Nation den bösen Schein auf sich lüden, als beanspruchten sie das Vorrecht, straflos zur Zerstörung der socialen Ordnung aufzureizen oder ihre Mitbürger zu verleumden und zu beschimpfen.

Ueber die wichtigsten Aufgaben des Reichstags, die Steuer- und Zollgesetze, sind bis jetzt nur Vermuthungen möglich. Der gute Wille, dem Reiche einen selbständigen Haushalt zu sichern, ist bei der großen Mehrheit des Hauses unzweifelhaft vorhanden. Der Plan der Steuerreform hat um so mehr Aussichten auf Erfolg, da er nicht wie einst das Reichseisenbahnproject auf den Widerstand der kleinen Höfe stößt, sondern von diesen lebhaft unterstützt wird. Durch die Erklärungen des preußischen Finanzministers im Abgeordnetenhause sind auch die Bedenken, welche ein Theil der liberalen Partei hinsichtlich der sogenannten constitutionellen Garantien hegte, beseitigt. Bei etwas Nachgiebigkeit hüben und drüben scheint eine Verständigung über einige ergiebige indirekte Steuern keineswegs schwierig.

Um so unsicherer steht die Frage der Zollreform. Der Reichskanzler, gewohnt seine Bundesgenossen zu nehmen wo er sie findet, hat durch eine Reihe persönlicher Kundgebungen alle Zweige der Production herausgefordert heischend und verlangend an das Reich heranzutreten; so ist in weiten Kreisen der Glaube entstanden, als ob der Staat die Wunderkraft besäße, die traurigen Folgen einer allgemeinen Handelsstockung durch seine Gesetze zu beseitigen — ein Wahn, der für den Augenblick den protectionistischen Plänen der Regierung zu gute kommt, aber früher oder später in Enttäuschung und Erbitterung enden muß. Das harte Urtheil

der Thronrede über die deutsche Handelspolitik der sechziger Jahre halten wir nicht für richtig. Die Handelsverträge jener Zeit haben zunächst einen großen Aufschwung der deutschen Industrie zur Folge gehabt; der später eingetretene unheilvolle Rückschlag ist, wie wir glauben, nicht aus jenen Verträgen zu erklären, sondern aus den Nachwirkungen des großen Kriegs und vor Allem aus der rasenden Ueberproduction der Gründerzeit. Wenn Europa 259 Converters eingerichtet hat, welche reichlich doppelt so viel Bessemer Stahl erzeugen, als die gesammte Erde verzehren kann, so sehen wir nicht ab, wie der Staat die unausbleiblichen Folgen einer so ungesunden Speculation beseitigen soll. Wir sind altväterisch genug zu meinen, daß die durch jene Verträge begonnene Befreiung des westeuropäischen Marktes ein Fortschritt der Gesittung war und die heute eintretende Absperrung der großen Culturvölker einen beklagenswerthen Rückschritt bezeichnet.

Aber dieser Rückschritt ist bereits erfolgt, die deutsche Handelspolitik befindet sich in einem Zustande der Nothwehr, das Centralland Europa's kann nicht allein dem Systeme der Handelsfreiheit huldigen, wenn alle seine Nachbarn ihre Zölle hinaufschrauben. Sei es uns lieb oder leid, eine Revision unseres Zolltarifs, die Erhöhung einiger Zollsätze ist unvermeidlich; es kommt darauf an, die Vorschläge der Regierung, wenn sie erst vorliegen, unbefangen zu prüfen und nicht durch vorzeitige Beschlüsse uns selber die Hände zu binden. Denn unter allen taktischen Fehlern der deutschen Liberalen ist doch der schlimmste, daß sie sich so oft im Voraus für das Unberechenbare verpflichtet haben, so oft sich selber und ihre Kinder im Voraus verflucht haben falls sie thäten was schließlich doch unvermeidlich war. Wir brauchen ergiebige Finanzzölle und auch einige Schutzzölle für jene Zweige der nationalen Produktion, welche an sich lebensfähig und wirklich nur durch übermächtige fremde Concurrenz in Noth gerathen sind. Wir werden aber beides nur erreichen, wenn alle Parteien sich mit einiger Resignation rüsten und einsehen, daß, Angesichts der tausend widersprechenden Interessen, welche in einem Zolltarife Berücksichtigung verlangen, Jeder ohne Ausnahme einzelne unwillkommene Zollsätze mit in den Kauf nehmen muß. Die Verständigung ist dringend nöthig, damit unsere Volkswirthschaft endlich herauskommt aus dem krampfhaften Zustande der Ungewißheit, und damit das Unglück einer neuen Reichstagsauflösung vermieden wird.

Wir nennen diese Auflösung ein Unglück, wahrlich nicht weil wir die gegenwärtige Zusammensetzung des deutschen Parlaments, ohne zuverlässige Mehrheit wie es ist, irgend bewunderten. Auch nicht aus Sorge um die Fortdauer der heutigen Fractionen; daß der bevorstehende wirth-

schaftliche Interessenkampf den Bestand aller politischen Parteien, namentlich der nationalliberalen, schwer erschüttern wird, versteht sich ja von selbst, wie auch die Würfel fallen mögen. Aber wenn das traurige Schauspiel der Unwahrheit und Verhetzung, das uns der letzte Sommer bot, sich binnen Kurzem wiederholen sollte, wenn die Nation unter den unverstandenen Schlachtrufen: „hie Freihandel, hie Schutzzoll! hie billiges Brod für den armen Mann, hie nationales Sohlleder und nationale Nähmaschinen!“ zur Wahlurne zöge, so würde die Verwüstung und Verwirrung unserer öffentlichen Meinung den Höhepunkt erreichen. Es wäre der roheste und politisch unfruchtbarste aller Wahlkämpfe, die Entfesselung der gefährlichsten Begierden; keine Möglichkeit, daß aus solchem Durcheinander eine Klärung unseres Parteilebens hervorginge.

Auch die dunklen Wolken, die am westlichen Horizonte aufsteigen, mahnen uns Deutsche zur Eintracht. Marschall Mac Mahon hat endlich, nachdem er ein Jahr lang die wenig beneidenswerthe Rolle des Gedemüthigten und Willenlosen gespielt, einen anständigen Anlaß zum Rücktritt ergriffen, einen Anlaß, bei dem er das Recht und einen großen Theil der Nation auf seiner Seite hatte. Der Sieg der reinen und eigentlichen Republik war vollständig, aber sofort zeigte sich, daß auch dies System nichts Anderes ist als die absolute Herrschaft einer ehrgeizigen Partei. Die Macht des Radikalismus wächst von Tag zu Tage, und es steht dahin, ob der neue Präsident, der das hoffnungsvolle Tout pour la liberté, tout par liberté! auf sein Banner geschrieben hat, das Kunststück vollbringen wird zugleich eine Puppe der parlamentarischen Mehrheit und ein Bändiger der Anarchie zu sein. Es wäre vermessen, von dem unberechenbarsten aller Völker irgend etwas vorherzusagen; nur so viel ist sicher, daß das Wiedererwachen der Commune im heutigen Frankreich nicht mehr zu den Unmöglichkeiten zählt. Um so nöthiger für uns Deutsche, daß wir den inneren Frieden wiederfinden und über der Verstimmung des Augenblicks nicht vergessen, welches köstlich politische Gut wir vor unseren Nachbarn voraus haben in der Macht und Gerechtigkeit unserer nationalen Monarchie.

Der Reichstag und die Finanzreform.

Berlin, 15. Juli 1879.

Die längste und wechselreichste Session des Deutschen Reichstags ist zu Ende. Sie hinterläßt der Nation ein großes Vermächtniß; die so lange geplante Kräftigung des Reichshaushalts tritt endlich in's Leben. Das Reich erhält nicht nur die für seine eigenen Ausgaben genügenden Mittel, sondern wird fortan den Bundesstaaten Ueberschüsse herauszahlen, welche diesen die drohende Erhöhung ihrer direkten Steuern ersparen und späterhin eine umfassende Reform ihres Steuersystems ermöglichen sollen. Damit wird abermals auf einem wichtigen Gebiete des Staatslebens das Uebergewicht des Reichs über die Einzelstaaten sicher gestellt, eine feste und unlösbare Interessengemeinschaft zwischen der Gesammtheit und ihren Gliedern begründet. Diesem großen sachlichen Erfolge des Reichsgedankens thut die unerfreuliche Form der neuen Einrichtung keinen Abbruch. Die Matrikularbeiträge bleiben zwar dem Namen nach bestehen, doch da sie fortan nicht aus den eigenen Mitteln der Bundesstaaten, sondern aus den Zöllen, welche das Reich seinen Gliedern zuweist, bezahlt werden, so wird das Reich thatsächlich durchaus unabhängig von der Lage des Haushalts seiner Territorien. Der wesentliche Zweck der Reform ist erreicht, und die leidenschaftliche Entrüstung, welche sich heute gegen die Fortdauer der Matrikularbeiträge erhebt, erscheint um so grundloser, da das Reich diese Form der Abrechnung, falls sie sich lästig zeigt, jederzeit durch ein Gesetz wieder abändern kann.

Leider ist die Befestigung der Reichsfinanzen um einen hohen Preis erkauft, um den Preis eines Schutzzolltarifs, von dem selbst das wohlwollende Urtheil nur sagen kann: er ist immerhin noch mäßiger als die Tarife aller unserer größeren Nachbarstaaten und er wird weder im Guten noch im Schlimmen so tief einschneiden, wie die Erregung des Augenblicks annimmt. Wer im Freihandel und Schutzzoll nicht unwandelbare politische Grundsätze sieht, sondern nach Zeit und Umständen

wechselnde Mittel der Verwaltungspolitik, der wird unbedenklich zugeben, daß eine Veränderung unseres handelspolitischen Systems geboten war, seit alle Nachbarn Deutschlands ihre Zölle erhöhten und die Verbesserung der Verkehrsmittel ganz ungeahnte Verschiebungen im Weltverkehre hervorgerufen, den deutschen Markt dem übermächtigen Wettbewerb der Naturalwirthschaft halbgesitteter Länder geöffnet hatte. Unter solchen Umständen gewannen die schutzzöllnerischen Gedanken, die in Süddeutschland seit den Tagen Friedrich List's vorherrschen, einen Anspruch auf Berücksichtigung.

Die deutschen Freihändler — es frommt nicht, begangene Fehler zu verschweigen — haben diese Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig verstanden und, indem sie den Hilferuf der leidenden Industrie mißachteten, selber mitgeholfen eine stürmische agrarisch-schutzzöllnerische Bewegung zu fördern, die nun bald ihrerseits über den Strang schlug und in dem neuen Tarife nur allzu tiefe Spuren zurückgelassen hat. Die Agrarier erlangten außer den Viehzöllen, die nach den Erfahrungen der mehrjährigen Viehsperre wohl für ungefährlich gelten können, auch die Getreidezölle, welche der socialistischen Wühlerei einen willkommenen Vorwand bieten und dem Landwirth leider doch keinen wirksamen Schutz gewähren. Während die an Zollschutz gewöhnten Bewohner des Reichslandes den neuen Tarif mit Freude begrüßen, herrscht auf den Plätzen des Niederrheins ernste Besorgniß; die großartige, althistorische Exportindustrie von Crefeld und Barmen sieht sich schwer bedroht durch die Vertheuerung der ihr unentbehrlichen Halbfabrikate. Die Eisenindustrie, die ihren Betrieb in den Jahren des Milliardensegens unmäßig erweitert hatte, verspricht sich wieder goldene Berge, seit sie für ihr Roheisen den hohen Schutzzoll von 20 Proc. erreicht hat. Die volkswirthschaftlichen Bedenken, die sich gegen diese und viele ähnliche Schutzzölle erheben lassen, springen in die Augen. Aber der Tarif bildete ein unzertrennliches Ganzes; die dem Reichshaushalte nothwendigen Finanzzölle auf Kaffee, Petroleum u. s. f. ließen sich ohne die Schutzzölle nicht erlangen. Wegen der Schutzzölle den gesammten Tarif verwerfen, das hieß nichts anders als die Finanzreform des Reichs zu Falle bringen und die Einzelstaaten zu einer unerträglichen Erhöhung ihrer direkten Steuern — in Baiern um volle 50 Proc. — nöthigen. Angesichts einer solchen Wahl konnte kein nüchterner politischer Kopf darüber im Zweifel sein, daß die nationalökonomischen Erwägungen leichter wogen, als die politische Nothwendigkeit der Kräftigung des Reichshaushalts.

Weit bedenklicher als manche anfechtbare Bestimmungen des Tarifs selber erscheint die neue Praxis wirthschaftlicher Interessenpolitik, die sich

im Verlaufe dieser Session zu trauriger Virtuosität ausgebildet hat. Tarifberathungen sind von jeher die schwache Seite des Parlamentarismus gewesen, weil sie jeden, auch den sachkundigen Abgeordneten zwingen zuweilen über unverstandene Dinge mitzustimmen und weil sie der Klassenselbstsucht Thür und Thor öffnen. Vor der offenbaren Corruption, welche in anderen Ländern bei solchen Gelegenheiten eine Rolle zu spielen pflegt, hat sich der gesunde Sinn der Deutschen zwar vorderhand noch gehütet; aber das persönliche Interesse trat mit erstaunlicher Unbefangenheit auf, gebärdete sich als patriotische Realpolitik, zieh Jeden, der noch an das gemeine Wohl zu erinnern wagte, des Doktrinarismus. Die verschiedenen Interessengruppen schaarten sich zu unnatürlichen Coalitionen zusammen; Dutzende von Interessenten stimmten für Zollsätze, welche sie im Stillen mißbilligten, lediglich um ihr eigenes Schäfchen ins Trockene zu bringen, um sich Bundesgenossen für die Begünstigung ihres eigenen Erwerbszweiges zu sichern. Es ist ein bitteres Geständniß: das ohnehin erschütterte Ansehen des deutschen Parlamentarismus hat durch diese Session nicht gewonnen. Wie die deutsche Presse mehr und mehr in einen amerikanischen Ton verfällt, so sind auch bei vielen unserer parlamentarischen Männer das Feingefühl und die sittliche Vornehmheit ersichtlich im Abnehmen.

Der wirthschaftliche Interessenkampf hat endlich, wie in diesen Jahrbüchern oft vorausgesagt wurde, eine gründliche Zerrüttung und Verschiebung der Parteien herbeigeführt, leider durchaus zum Nachtheil der Liberalen. Die Finanzreform ist durch ein Bündniß der Conservativen und des Centrums durchgesetzt worden, nur ein kleiner Bruchtheil der Nationalliberalen schloß sich der Mehrheit an. Zum ersten male seit sie besteht hat die clericale Partei schaffend und fördernd bei einem großen Werke der Reichsgesetzgebung mitgewirkt und die unfruchtbare Haltung einer schlechthin verneinenden Opposition aufgegeben. Während der ersten sieben Jahre ihres Bestandes zeigte sich die gewandte Hand ihrer Führer nur in ihrer musterhaften Parteidisciplin. Die drei grundverschiedenen Elemente, welche die Partei umschließt, hielten fest zusammen: die wohlmeinenden Patrioten, die sich in ihrem katholischen Gefühle verletzt glaubten, die clericalen Demagogen aus der Schule Lamennais', endlich alle jene Reaktionäre und Particularisten, welche den preußischen Staat als eine Macht der Ketzerei und der Revolution hassen. Im Uebrigen war ihre Taktik wenig geschickt. Durch ihren Hohn gegen das Reich, durch maßlose Uebertreibung, durch die Vertheidigung des offenbaren Ungehorsams verscherzte sie sich jede Theilnahme selbst bei den Unbefangenen, die für die Härten der preußischen Maigesetze nicht blind waren, und noch im letzten

Herbst bewies sie durch die Verwerfung des Socialistengesetzes, daß sie nichts gelernt und viel vergessen hatte. Unterdessen begannen ihre Führer doch die hoffnungslose Unhaltbarkeit ihrer Stellung zu fühlen und erspähten die Gelegenheit, die ihnen erlaubte wieder in die praktische Politik einzutreten. Zu Anfang der Wintersession befand sich die Partei, Dank der diplomatischen Geschicklichkeit des Reichskanzlers, genau in derselben widerspruchsvollen Lage wie die freihändlerischen Liberalen: sie war nur mit einem Theile des Tarif-Entwurfs einverstanden. Sie wünschte die Schutzzölle, schon um ihrer Wähler willen, und zeigte geringe Neigung die Finanzen des Reichs zu kräftigen; doch sie war klug genug rechtzeitig einzusehen, daß die Parteien, welche ihre Hand von der Reform des Reichshaushalts abgezogen haben, in der nächsten Zukunft keine Rolle in der Reichspolitik spielen können. Sie bewilligte daher die Finanzzölle und begnügte sich mit dem Zugeständniß der formalen Fortdauer der Matricularbeiträge — einem Scheinsiege, der vor gläubigen Wählerschaften bequem als ein großer Triumph des Föderalismus angepriesen werden kann. So hat sich das Verhältniß der ultramontanen Partei zur Reichsregierung mit einem Schlage geändert; bei dem Friedensschlusse mit dem römischen Stuhle hofft sie den Lohn ihrer Nachgiebigkeit zu ernten.

Das Centrum verdankt diese neue, günstige Position nicht zuletzt der Zwietracht und der Unentschlossenheit seiner Gegner. Die nationalliberale Partei hat ihre alte Machtstellung verloren weil sie in den nämlichen Fehler verfiel, welchen das Centrum geschickt vermied. Es lag in ihrer Hand die gänzliche Abschaffung der Matrikularbeiträge durchzusetzen, wenn sie den unglücklichen, für die Reichsgewalt völlig unannehmbaren Gedanken der sogenannten constitutionellen Garantien rasch entschlossen aufgab. Aber der günstige Augenblick ward versäumt. Der innere Zwiespalt, der die Wirksamkeit der Partei schon seit Langem beeinträchtigt hatte, trat so schroff heraus, daß während der entscheidenden Tage nicht einmal eine gemeinsame Berathung versucht wurde. Eine Minderzahl sah ein, daß unser Reich seine unentbehrlichen Einnahmen nicht den unberechenbaren Beschlüssen einer wechselnden Reichstagsmehrheit preisgeben darf; Andere wollten dem Gesetze nur zustimmen gegen das Zugeständniß einiger beweglicher Steuern; eine dritte Gruppe endlich bekämpfte grundsätzlich den gesammten Tarif. Man vermochte sich nicht zu einigen. So ward über die Köpfe der Liberalen hinweg der Handel mit dem Centrum abgeschlossen, und in der Bestürzung über die erlittene Niederlage verlor die Mehrzahl der Partei die ruhige Ueberlegung; sie konnte Form und Wesen nicht mehr unterscheiden, sie meinte in der Fortdauer der Matrikularbeiträge einen glänzenden Sieg des Particularismus zu erkennen.

Die Gemäßigten wurden fortgerissen von den unbedingten Gegnern der Regierung, und dieselben Männer, welche die Reform des Reichsfinanzwesens so oft auf ihr Banner geschrieben hatten, stimmten nunmehr gegen das Gesetz, das diese Reform herbeiführt. Der abschüssige Weg, der seit dem Abbruch der Varziner Verhandlungen eingeschlagen wurde, ist bis zum Ende durchlaufen. Die Partei, die einst eine Stütze der Reichspolitik war, tritt in die Reihen der Opposition hinüber; sie zwingt den Reichskanzler noch weiter nach rechts zu gehen als er vielleicht selber wünschte. Der Austritt eines Theiles der Partei war die unvermeidliche Folge. Ueber kurz oder lang werden noch mehrere andere Mitglieder ausscheiden, denn bei den bevorstehenden Wahlen in Preußen kann es gar nicht ausbleiben, daß die gesammte Fraction von den Organen der Regierung als eine feindliche Partei behandelt wird, ihre gemäßigten Elemente in den Hintergrund treten und jene Männer, welche von dem Phantom der großen liberalen Partei träumen, die Führung an sich reißen. Baiern, Schwaben und Sachsen sind der Fraction schon großentheils verloren, auch in Preußen wird sie viele Wahlsitze einbüßen.

Was der deutsche Liberalismus in diesen reichen dreizehn Jahren gelernt, scheint nahezu vergessen. Immer vernehmlicher erklingt in der liberalen Presse Preußens die fröhliche Conflictslust der junglitthauischen Fortschrittspartei von 1863. Alle Unarten jener traurigen Zeit werden wieder lebendig. Die abgestandene Phrase vom deutschen Bürgerthum fängt wieder an zu spuken, als ob der Adel und die Bauern nicht sozusagen auch zu den Deutschen gehörten; hämische Schadenfreude trägt geschäftig tausend unheimliche Gerüchte über die finsteren Pläne der Regierung umher; ein plumper Terrorismus sucht jede abweichende Meinung als Feigheit, Charakterlosigkeit und Verrath abzufertigen Mag die Verblendung des Parteigeistes in solcher Wiederkehr alter Sünden ein erfreuliches ritornar al segno erblicken, die ungeheure Mehrheit der Nation hat der Jahre 1866 und 1870 nicht vergessen, sie wird nicht glauben, daß der Kaiser und der Staatsmann, denen sie ihr neues Reich verdankt, in die Bahnen einer culturfeindlichen Reaktion eingelenkt seien. Möglich daß die augenblickliche Verstimmung und Verbitterung noch lange anhält; sie hat leider auch viele treffliche Männer ergriffen, die dem Reiche treuere Freunde sind als die Mitglieder des Centrums, und der Reichskanzler ist diesmal nicht wie vor dreizehn Jahren in der Lage, durch handgreifliche, unbestreitbare Erfolge die Aufgeregten zu versöhnen. Zuletzt werden doch aus den Trümmern der alten Fractionen neue lebensfähige Parteien hervorgehen, welche nicht von altem Grolle zehren, sondern den politischen Aufgaben der Gegenwart gerecht werden wollen.

Um die Verwirrung der öffentlichen Meinung zu vollenden, fiel mitten in die letzten Kämpfe des Reichstags die Entlassung der drei Minister. Der Finanzminister hat durch die Heidelberger Verhandlungen das Werk der Finanzreform zuerst in Fluß gebracht und die Verständigung mit dem preußischen Landtage geschickt herbeigeführt; er scheidet aus, so scheint es, weil er den protectionistischen Gedanken des Reichskanzlers nicht weiter folgen will. Die schönen Worte, womit Minister Friedenthal vor fünf Jahren seine musterhaft thätige und erfolgreiche amtliche Wirksamkeit antrat, sind noch in Aller Gedächtniß; es liegt daher nahe zu vermuthen, daß die anschwellende Macht der agrarischen Bewegung ihn zum Rücktritt bewogen hat. Die Stellung des Cultusministers war schon seit der Entlassung des Präsidenten Herrmann schwer erschüttert durch den Widerstand der orthodoxen Partei der evangelischen Kirche; der letzte Grund seines Ausscheidens scheint indeß auf einem anderen Gebiete zu suchen. Wie er einst den Kampf gegen die Uebergriffe der römischen Kirche mit fester Hand geleitet hat, so hat er auch, sobald eine Versöhnung möglich schien, an den Verhandlungen mit der Curie unbefangen theilgenommen; es liegt aber in der Natur der Dinge, daß der Friedensschluß selber nicht von dem Manne, der den Krieg geführt, zu Stande gebracht werden kann. Ebenso natürlich, daß der Minister, welchen die Ultramontanen vor allen Anderen mit ihrem Hasse beehren, nach der Annäherung des Centrums an den Reichskanzler nicht mehr im Amte bleiben wollte. Wer sollte den Rücktritt dieser drei ausgezeichneten Staatsmänner nicht beklagen? wer nicht bedauern, daß die Politik des Reichskanzlers so viele köstliche Kräfte vor der Zeit vernutzt? Als ein eigentlicher Systemwechsel darf diese Ministerkrisis gleichwohl nicht angesehen werden. Eine Meinungsverschiedenheit, die einen verantwortlichen Minister zum Rücktritt bewegt, ist nicht immer schon ein Bruch. Keiner der drei Ausscheidenden denkt daran, sich unter die politischen Gegner des Reichskanzlers zu mischen.

Das neugebildete Ministerium wird selbstverständlich eine conservative Regierung sein — denn nur eine solche ist jetzt möglich — aber keineswegs ein reines Parteiregiment. Dafür bürgt nicht nur die wiederholte bestimmte Versicherung und die ganze Vergangenheit des Reichskanzlers, sondern auch der monarchische Charakter unseres Staates und die nackte Thatsache, daß keine Partei im Reichstage die Oberhand behauptet. Die Regierung wird darnach trachten müssen, aus der Fülle von neuen Institutionen, womit uns die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts beschenkte, Einiges, was die Probe der Erfahrung nicht bestanden hat, wieder zu beseitigen. Sie wird wahrscheinlich versuchen

die unmäßig gesteigerte Thätigkeit des deutschen Parlamentarismus, die der Nation zum Ekel zu werden beginnt, und die Häufigkeit der aufregenden Wahlkämpfe etwas zu beschränken. Sie wird, wenn den freundlichen Worten des neuen Papstes die gleiche Gesinnung entspricht, den Streit zwischen Staat und Kirche beizulegen suchen. Außerhalb der Kreise des politischen und kirchlichen Radicalismus wünscht nahezu Jedermann den endlichen Abschluß dieses Kampfes, der so viele ehrliche Gewissen quält und ängstigt. Die feierlichen Erklärungen des Kaisers und des Kronprinzen geben der Nation die Gewißheit, daß der Friedensschluß, wenn ihn die Schroffheit die Curie nicht noch vereitelt, kein wesentliches Hoheitsrecht unseres Staates preisgeben wird. Neben diesen Aufgaben, die man immerhin conservativ nennen mag, arbeitet die Reichsregierung aber auch an der Verstärkung der Reichsgewalt; der Eintritt der Hansestädte in den deutschen Zollverband kann nicht mehr lange ausbleiben, die dem Reiche vorbehaltene Oberaufsicht über die Eisenbahnen soll endlich praktisch wirksam werden und der Anarchie des deutschen Verkehrswesens ein Ende bereiten. Daß alle diese Bestrebungen dem Bedürfniß der Zeit entsprechen, kann kein Verständiger leugnen. Wie man auch über ihre Mittel und Wege denken mag, das Ziel der Politik des Fürsten Bismarck ist unverrückt das gleiche: der Ausbau und die Vollendung der Einheit Deutschlands. Es bleibt nach wie vor die Pflicht aller besonnenen Patrioten, die Thaten dieser Staatskunst von Fall zu Fall ruhig zu prüfen, ihr entgegenzutreten wo sie die berechtigten Errungenschaften der jüngsten Reformperiode gefährdet, aber auch sie ehrlich zu unterstützen wo sie das Werk unserer Einheit fördert. Das Ungeschick des Liberalismus trägt eine schwere Mitschuld an der unerfreulichen Wendung der Reichspolitik; von seiner Besonnenheit wird es wesentlich abhängen, ob der unvermeidliche conservative Zug unserer nächsten Zukunft sich in verständigen Schranken halten kann. Wer die neue Regierung von Haus aus als eine reaktionäre verleumdet, wer dem Volke das demagogische Märchen erzählt, daß der Reichskanzler von „den Pfaffen und Junkern“ ins Schlepptau genommen sei, der wird bald genug erfahren, daß er auf Granit gebissen hat.

In anderen Völkern pflegt der Parteihaß doch einige Rücksicht auf die internationale Stellung des Vaterlandes zu nehmen. Die deutsche Oppositionspresse trägt kein Bedenken, mit pessimistischem Behagen von dem Zerfalle des Reichs zu reden — und dies in einem Augenblick, da der Horizont der europäischen Politik sich wieder bewölkt. Wir geben wenig auf die Sensationsnachrichten, die beim Beginn der stillen Jahreszeit aufzutauchen pflegen. Sicher ist doch, daß die jüngsten Wahlen in

Oesterreich das Dreikaiserbündniß zum Mindesten nicht befestigt haben. Die Czechen, die Clericalen, alle Feinde Deutschlands an der Donau erheben wieder keck das Haupt; die Stellung des Grafen Andrassy scheint nicht mehr so fest wie noch vor wenigen Wochen. Die Magyaren sind Deutschlands politische Freunde, aber ebenso grimmige Feinde der deutschen Cultur; das haben sie soeben wieder gezeigt durch den brutalen Versuch die magyarische Sprache den wackeren siebenbürgischen Sachsen aufzuzwingen, eine in der Geschichte gesitteter Völker beispiellose Vergewaltigung. Wer steht dafür, daß dieser Nationalhaß in dem heißblütigen Volke nicht einmal plötzlich in politischen Haß umschlägt? Der vom Kriege erschöpfte und durch die Wühlerei der Nihilisten erschütterte russische Staat bedarf der Ruhe; dennoch wird die Sprache der moskowitischen Presse gegen uns von Tag zu Tag herausfordernder, auch über die Gesinnungen des russischen Staatskanzlers kann sich Niemand mehr täuschen. Die französische Republik hat durch den tragischen Tod des Prinzen Napoleon ihren gefährlichsten Gegner verloren. Der Bonarpartismus ist keineswegs todt, doch er braucht einige Jahre um wieder zu erstarken, und an die siegreiche republikanische Partei tritt die Versuchung heran diese kurze Frist der Sicherheit zur Wiederherstellung des alten Waffenruhms zu benutzen. In Alledem liegt durchaus keine unmittelbar drohende Gefahr. Aber auch dem Uneingeweihten muß einleuchten, daß die deutsche Politik der höchsten Wachsamkeit bedarf. Es wäre der Gipfel der Thorheit, wenn die Nation in solcher Lage mit einstimmte in das Schlachtgeschrei der Berliner Fortschrittsweisheit „hinweg mit dem Fürsten Bismarck!“ und die feste Hand vom Ruder hinwegstieße, die unser Schiff durch so viele Klippen sicher hindurchgesteuert hat. Doch zum Glück ist jener drohende Ruf nichts als eine leere Redensart, hinter deren mächtigem Klange eine kleine Minderheit das Gefühl der eigenen Ohnmacht versteckt.

Unsere Aussichten.

Berlin, 15. November 1879.

Der peinliche Zwischenfall, der in den jüngsten Monaten die diplomatische Welt in Athem hielt, scheint vorläufig erledigt, das gute Einvernehmen zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg ist für den Augenblick wiederhergestellt. Gleichwohl werden uns Deutschen die Erfahrungen dieser aufgeregten Wochen noch lange unvergessen bleiben. Der einzige große Krieg, welchen Rußland jemals gegen uns führte, war das Werk der Laune einer thörichten Fürstin; die blinde Gehässigkeit aber, welche soeben die beiden alten, durch so viele Interessen auf einander angewiesenen Verbündeten zu entfremden suchte, entsprang nicht allein dem üblen Willen eines greisen Staatsmannes, dessen Gesinnungen seit dem Sommer 1870 uns Allen wohl bekannt sind, sie hatte ihre Wurzeln in mächtigen nationalen Leidenschaften des russischen Volkes oder doch mindestens weitverzweigter, einflußreicher Parteien.

Nicht ohne Grund sagt man heutzutage in Moskau, die Petersburger Epoche der russischen Geschichte gehe zu Ende. Jene stolzen Pläne, mit denen sich einst der Schöpfer der neuen russischen Hauptstadt trug, sind als unmöglich erwiesen und endgiltig aufgegeben; die Herrschaft auf der Ostsee ist für Rußland unerreichbar. Mehr und mehr hat sich die aggressive Kraft des russischen Staats gegen den Süden und Osten gewendet. Seit der gegenwärtige Kaiser der öffentlichen Meinung die Lippen gelöst hat wächst unaufhaltsam die Macht der alten Hauptstadt, des Mütterchens Moskau, und der nationalen Anschauungen, die in ihr ihren Heerd finden. Noch niemals in der russischen Geschichte erschien diese öffentliche Meinung, wie unreif und launisch sie sich auch noch gebärdet, einflußreicher als während der jüngsten drei Jahre. Es kann heute als erwiesen gelten, daß Kaiser Alexander den Türkenkrieg zu vermeiden wünschte; jener ungestümen Propaganda des Panslavismus, die in den ersten serbischen Kämpfen ihr Wesen trieb, stand der Monarch mit unverhohlenem Miß-

trauen gegenüber. Der verblendete Starrsinn der Pforte und das leidenschaftliche Verlangen seiner Nation, die in der Vernichtung der Osmanischen Macht die Erfüllung ihres welthistorischen Berufes, die Vollendung der alten Tartarenkriege sieht, zwangen den Czaren endlich zu den Waffen zu greifen. Aber seine Regierung blieb nüchtern, sie hütete sich weislich, indem sie den berechtigten Wünschen der Nation nachgab, die panslavistischen Träume irgendwie zu ermuthigen; sie hatte den Krieg diplomatisch so geschickt vorbereitet, daß sie als der Wortführer Europas auftreten und im Namen aller großen Mächte, mit dem Schwerte in der Hand, die Sicherung der Rechte der Rajahvölker fordern konnte. In der That ward der Krieg nur möglich durch die zuwartende Haltung der europäischen Mächte, und diese wieder verdankte der russische Hof allein der wohlwollenden Neutralität des Deutschen Reichs.

Während des Feldzugs zeigte sich in Rußland ein jäher, krampfhafter Wechsel der Stimmungen, wie er jugendlichen unfertigen Völkern natürlich ist. Den ersten Erfolgen an der Donau antwortete in Moskau ein lauter Ausbruch jubelnder Siegesfreude; nach den Niederlagen bei Plewna erhob sich ein Sturm von Anklagen und Verwünschungen, die fieberische Erbitterung begann schon die Grundlagen der geselligen Ordnung zu bedrohen; als das Glück endlich den russischen Waffen von Neuem lächelte, da schäumten die Wogen des nationalen Stolzes nochmals in wilder Springfluth auf, und diesmal vermochte selbst die Regierung der übermächtigen Strömung nicht mehr zu widerstehen. Sie überschätzte gleich ihrem Volke die errungenen Erfolge; sie wähnte sich stark genug, einen im Namen Europas begonnenen Krieg einseitig nach eigenem Gefallen zu beendigen, den Widerspruch der anderen Mächte durch eine vollendete Thatsache niederzuschlagen, und ließ durch den Liebling der Panslavisten, den General Ignatiew den Frieden von S. Stefano abschließen. Der Vertrag war für England wie für Oesterreich gleich unannehmbar, vornehmlich durch die Pläne für die Zukunft, die er errathen ließ; denn indem die russische Politik einen slavischen Staat zu bilden versuchte, der bis an das aegeische Meer, in altgriechisches Land hineinreichen und die der Türkei noch gebliebenen Provinzen in der Mitte zerschneiden sollte, sprach sie unverkennbar die Absicht aus, sie wolle die Pforte nie wieder zu Kräften kommen lassen und bei der bevorstehenden letzten Katastrophe des Osmanenreichs die berechtigten Ansprüche der Griechen der Begehrlichkeit des Panslavismus aufopfern. Die russische Presse aber, trunken von Uebermuth, begleitete das dreiste Vorgehen ihres Hofes mit heftigen Anklagen gegen die schwachherzige Mäßigung, die den unermeßlichen Sieg so schlecht ausbeute.

Die Uebereilung rächte sich schnell. England raffte sich plötzlich auf zu einer Entschlossenheit, die man ihm in Petersburg nach so vielen Beweisen kläglicher Schwäche offenbar nicht mehr zugetraut hatte; und wie heuchlerisch auch die hohlen Worte von Völkerrecht und europäischer Freiheit klangen, womit die britische Kaufmannspolitik die Pläne ihrer handfesten Eroberungslust bemäntelte, die Thatsache stand doch fest, daß die britische Staatskunst sich in ihren Lebensinteressen bedroht fühlte und bereit war mit den Waffen dafür einzustehen. Auch Oesterreich erhob Einspruch; wenn diese Macht zum Feinde wurde, wenn sie mit ihrem geschonten Heere aus ihrer gesicherten Flankenstellung hervorbrach, so konnten alle Früchte des Krieges dem russischen Staate leicht verloren gehen. Rußland stand bald vor der Frage, ob man den Krieg mit diesen beiden Mächten und der Türkei wagen oder, was kaum minder gefährlich war, die orientalischen Dinge unentschieden in der Schwebe lassen oder endlich durch kluge Nachgiebigkeit sich den besten Theil des errungenen Gewinns sichern solle. Es war das Verdienst des Grafen Schuwalow, daß die herausfordernde Politik des Generals Ignatiew aufgegeben, der Weg der Versöhnung beschritten wurde. Der Botschafter in London übersah den Ernst der Lage aus nächster Nähe, er wußte, die Epoche der britischen Thatlosigkeit sei zu Ende. Der deutsche Reichskanzler hatte in allen Wechselfällen des Krieges dem alten Bundesgenossen im Osten bei jeder Gelegenheit die aufrichtige Theilnahme des deutschen Kaiserhofs bezeigt und allen seinen Einfluß aufgewendet um das Mißtrauen der anderen Großmächte zu beschwichtigen. In der neuen Lage that er, was sich für eine neutrale Macht von selbst verstand: er unterstützte die vermittelnden Vorschläge. So kam denn am 30. Mai jene geheime Verabredung zu Stande, kraft deren Rußland in die Zweitheilung sowie in die Verkleinerung Bulgariens willigte und die wichtige Handelsstraße von Bajezid wieder aufgab.

Als darauf der europäische Congreß in Berlin zusammentrat, fand er die gefährlichste Streitfrage in Wahrheit bereits erledigt vor und konnte nur das Geschehene anerkennen. Wenn die russische Presse heute deshalb Anklagen gegen Deutschland erhebt, so können wir nur trocken erwidern: sollten wir russischer sein als Rußland selbst? war es an uns, Zugeständnisse, welche der Petersburger Hof bereits gewährt hatte, wieder rückgängig zu machen? Kein Unbefangener kann die Protokolle des Berliner Congresses lesen ohne die Klugheit, die Mäßigung, die vollkommene Unparteilichkeit des Vorsitzenden zu bewundern, und am Allerwenigsten die Russen dürfen über Deutschlands Mißgunst klagen. Die englischen Bevollmächtigten sprachen offen aus, daß sie alle Ergebnisse des Krieges zu zerstören wünschten, die Verkleinerung der Türkei keineswegs für nöthig hielten.

Aber sie begegneten dem entschiedenen Widerspruche des deutschen Kanzlers. Deutschland wollte das heilsame Ergebniß der russischen Siege, die Befreiung der Balkan-Christen von unerträglichem Druck, schlechterdings nicht geschmälert wissen.

Hätten die Russen wirklich, wie Fürst Gortschakow mit salbungsvollem Pathos versicherte, nur für das Christenthum und die Civilisation gefochten, so war die Berliner Congreßacte ein glänzender Triumph für Rußland. Sie bezeichnet einen großen Wendepunkt in der wirrenreichen Geschichte der orientalischen Frage: der Grundsatz der Integrität der Türkei, welchen Rußland immer thatsächlich bekämpft, die anderen Mächte immer vertheidigt hatten, wurde jetzt endlich, Dank den russischen Siegen, von ganz Europa förmlich aufgegeben; und es klang fast wie Spott, wenn diese Akte, die über das Osmanenreich den Stab brach, sich selber als eine Ergänzung jenes Pariser Friedens von 1856 bezeichnete, der das genaue Gegentheil, die ungeschmälerte Erhaltung des türkischen Staates bezweckte. Noch nie hatte die Pforte einen so schmachvollen Vertrag unterzeichnet; selbst der Friede von S. Stefano stellte ihr weniger harte Zumuthungen als der Berliner Congreß. Beim Beginne des Kriegs beherrschte der Sultan dem Namen nach 19½ Mill. europäischer Unterthanen, mittelbar oder unmittelbar; jetzt blieben ihm noch 5¼ Mill. unmittelbarer Unterthanen in Europa und dazu die Titularherrschaft über 2½ Mill. in Bulgarien und Rumelien. Die macedonisch-thessalischen Lande und der schmale Küstenstrich zwischen Agathopolis und dem Bosporus, das war Alles was von dem mächtigen Reiche des Halbmondes in unserem Welttheil noch übrig blieb; und selbst diesen Trümmerstücken drohte noch eine neue Einbuße, da der Congreß den Griechen die Aussicht eröffnete auf die Erwerbung der Landschaften südlich vom Peneus.

Wahrlich, ein gewaltiger Erfolg nach einem Feldzuge von dreiviertel Jahren! Seine Größe ermißt sich erst, wenn man ihn vergleicht mit den so ungleich geringeren Abtretungen, welche Frankreich kurz zuvor nach weit schwereren Niederlagen hatte bewilligen müssen. Der alte Herzenswunsch des russischen Volks, die Hoffnung den ungläubigen Bussurman aus Europa zu vertreiben, war der Erfüllung näher gerückt denn je zuvor. Neben solchen Erfolgen erschien die Zweitheilung Bulgariens doch nur als einer jener leidigen aber unvermeidlichen Nothbehelfe, welche die Diplomatie ergreift um den Streit ebenbürtiger Kräfte vorläufig abzuschneiden. Mit Ausnahme Englands bemühten sich sämmtliche Mächte ernstlich Alles zu vermeiden was in Petersburg als eine Kränkung aufgefaßt werden konnte. Selbst die ungerechteste und gehässigste der russischen Forderungen, die Abtretung des

rumänischen Bessarabiens, fand die Genehmigung des Congresses, da die Donau unter der Souveränität der europäischen Commission verbleiben sollte und mithin für die Freiheit der großen Wasserstraße nichts zu fürchten schien.

Doch freilich, das Ungeschick der russischen Diplomatie hatte dafür gesorgt, daß die Welt nur noch die Zugeständnisse, nicht die Erfolge der Petersburger Politik bemerkte. Nach der Meinung des großen Publicums erschien der Sieger vor dem europäischen Tribunale fast in der nämlichen peinlichen Stellung wie einst der Besiegte vor dem Pariser Congresse von 1856. Und bald zeigte sich auch, daß die Rückforderung Bessarabiens ein Fehler war; sie brachte nur dem nationalen Selbstgefühle einige Befriedigung, aber neben geringem materiellen Gewinn einen schweren politischen Verlust. Das rumänische Volk kann und wird nicht vergessen, welch schnöder Lohn ihm für treue Waffenhilfe wurde; der Einfluß der russischen Politik in Bukarest ist gründlich, und wohl für immer zerstört, das wichtige Durchzugsland hat von seinem östlichen Nachbarn fortan nichts mehr zu hoffen', Alles zu fürchten. In Bulgarien führte Fürst Tscherkaßky während des Krieges ein provisorisches Regiment, dessen unglaubliche Willkür und Thorheit soeben in dem lehrreichen Buche „Rußland vor und nach dem Kriege" eine drastische Schilderung gefunden hat. Die Saat des Hasses, welche dieser Fanatiker des Panslavismus ausstreute, ist rasch aufgegangen. Das bulgarische Volk zeigt durchaus keine Neigung, russischen Befehlen zu gehorchen, und allem Anschein nach wird der junge Fürst, trotz seiner nahen Beziehungen zum Petersburger Hofe, dem würdigen Beispiele des Fürsten von Rumänien folgen, dem kleinen Staate seine Selbständigkeit zu wahren suchen. Während also die befreiten Rajahvölker der russischen Herrschaft entwuchsen, bethätigte England seine uneigennützige Türkenliebe durch die Erwerbung Cyperns. Oesterreich aber bemächtigte sich Bosniens; die Regierungen von Rumänien, Serbien, Montenegro wendeten bald ihre Blicke dem neuen Gestirne zu, das über dem Westen der Halbinsel aufging, suchten mit der Hofburg in gutes Einvernehmen zu treten.

Zu viel der Enttäuschungen für den russischen Stolz! War schon der Friede von S. Stefano von der Moskauer Presse als eine That des Kleinmuths gescholten worden, so fand sie jetzt vollends kaum Worte genug, um das Werk des Berliner Congresses zu brandmarken. Alle die geheimen Wünsche des Panslavismus vereitelt; und dazu die in der That erbitternde Wahrnehmung, daß die kleinen Rajahstaaten allesammt mit jenen vielbelobten constitutionellen Staatsformen gesegnet wurden, deren das stolze Herrenvolk selber noch immer entbehrt!

Die Aufregung wuchs und wuchs. Ein roher, zuchtloser Radicalismus hatte schon längst in der unglücklichen Halbbildung der russischen Jugend einen nur zu dankbaren Boden gefunden; es läßt sich kaum bezweifeln, daß der dumpfe Groll über den „schmachvollen Frieden" mitgewirkt hat bei den wüsten anarchischen Bewegungen der letzten Monate. Und wie denn immer im Zorne sich die Herzensgeheimnisse der Menschen verrathen, so brach auch jetzt der eingefleischte Deutschenhaß des Panslavismus in maßloser Heftigkeit durch: in diesen Kreisen wird man uns nie verzeihen, daß Rußland einst wesentlich durch deutsche Kräfte der Barbarei entrissen wurde und noch heute in keinem Gebiete des politischen wie des socialen Lebens das Talent, die Bildung, den Fleiß der Deutschen entbehren kann. In allen Tönen ward der Krieg gegen den westlichen Nachbarn gefordert. Deutschland allein sollte die Schuld tragen an der „Ohrfeige", die das heilige Rußland angeblich empfangen — dies deutsche Reich, das unter allen Großmächten im ganzen Verlaufe des Krieges sich dem russischen Staate am Freundlichsten gezeigt und soeben erst der Petersburger Diplomatie aus einer selbstverschuldeten Verlegenheit herausgeholfen hatte! Auch die große Mehrheit der deutschen Nation war dem Gange der orientalischen Wirren diesmal sehr unbefangen gefolgt; die geringe Zahl der Türkenverehrer und Russenfeinde in der deutschen Presse beschränkte sich, abgesehen von vereinzelten Anhängern der alten liberalen Schule, wesentlich auf jene Blätter einer verbissenen Opposition, die nach altem Forschrittsbrauche ihre Gesinnungstüchtigkeit dann am Würdigsten zu bekunden glauben, wenn sie die Feinde der vaterländischen Politik unterstützen; es waren dieselben Blätter, welche nachher, als unser Verhältniß zu dem Petersburger Hofe sich trübte, plötzlich das russische Volk mit rührender Zärtlichkeit überschütteten. Der bessere Theil des deutschen Publicums hat unsere Nachbarn nicht darüber in Zweifel gelassen, daß er die berechtigten Ziele ihrer orientalischen Politik billigte.

Die gehässigen Angriffe der Moskauer Presse fanden in Deutschland ein volles Jahr hindurch geringe Beachtung, bis sich endlich nicht mehr verkennen ließ, daß sie von oben her begünstigt wurden. Schon seit Beginn des Krieges hatten immer zwei Parteien am Petersburger Hofe um die Herrschaft gerungen; jetzt kam die Partei, welche den Vertrag von S. Stefano geschlossen hatte, wieder obenauf. Von dem Fürsten Gortschakow wußte man seit Jahren, daß er der französischen Allianz zuneigte; im Juli 1870 gab er dem Minister v. Varnbüler auf die Frage, ob Rußland die Eroberung des linken Rheinufers dulden würde, die trockene Antwort: je ne crois pas que cela nous vaudrait une guerre — und auf dem Berliner Congresse wies er mit einer unter Diplomaten uner-

hörten Naivität jede Verantwortung für die versöhnliche Politik des Grafen Schuwalow von sich ab. Ob er nun selber an die Märchen der Panslavisten glaubte oder der Meinung war, die unheimliche Gährung im russischen Volke könne wieder, wie im Jahre 1863 durch die polnischen Kämpfe, durch eine Ablenkung nach außen beschwichtigt werden — so viel ist sicher, daß unser Auswärtiges Amt sehr bestimmte Nachrichten über feindselige Anschläge in Petersburg besitzen mußte als im August die Berliner officiöse Presse plötzlich einen scharfen Ton gegen Rußland anschlug. Fürst Bismarck ist der Thor nicht, die russische Freundschaft, die so lange einen wesentlichen Factor in seinen Rechnungen gebildet hat, um eines leeren Verdachtes willen aufs Spiel zu setzen; persönlichen Verstimmungen hat er in seiner auswärtigen Politik niemals Raum gegeben.

Das Schutz- und Trutzbündniß mit Oesterreich schob den Gefahren, die von Osten her drohten, einen Riegel vor; der russische Kanzler empfing die Lehre, daß unser Reich nicht mehr das Preußen Friedrich Wilhelms IV. ist, und schon jetzt läßt sich erkennen, daß unser leitender Staatsmann den östlichen Nachbarn ganz richtig behandelt hat. Das Petersburger Cabinet beginnt offenbar einzulenken und es hat guten Grund dazu, denn der blinde Eifer der Panslavisten ist für Rußland selbst kaum minder bedenklich als für Deutschland; käme diese Partei je an's Ruder, so würde sie den Staat nach außen in eine abenteuerliche Politik verwickeln, im Innern die Gefahren der Anarchie heraufbeschwören. Trotz der Rede des Grafen Salisbury und der perfiden Prahlereien der englischen Presse wird man in Petersburg sehr wohl wissen, daß weder der Berliner noch der Wiener Hof gesonnen ist britische Politik zu treiben und etwa die kleinasiatischen Pläne Lord Beaconsfields zu unterstützen. Die neue Allianz bezweckt lediglich ehrliche Ausführung des Berliner Vertrags, der die Verhältnisse Cyperns und Kleinasiens nicht berührt, Sicherung des Besitzstandes und vielleicht auch ein gemeinsames Vorgehen der Verbündeten in Sachen der ägyptischen Staatsgläubiger, aber sicherlich nichts was dem russischen Interesse zu nahe träte. Einer Wiederannäherung der drei Kaisermächte steht nichts im Wege. In der That hat die russische Presse bereits den Befehl erhalten sich zu mäßigen; man bemüht sich in Petersburg wieder in das alte Geleise zurückzukehren. Doch leider hinterlassen so ernste Zerwürfnisse, wie sie in den jüngsten Monaten sich abspielten, immer tiefe Spuren. Der neue glänzende Erfolg der deutschen Friedenspolitik hat die Zahl unserer geheimen Neider an der Newa gewiß nicht vermindert, und wir wissen jetzt aus Erfahrung, wie schnell dort der Wind umschlagen kann: so lange der geheimnißvolle Dualismus innerhalb der russischen Regierungskreise fortbesteht, wird das alte Vertrauen schwerlich wiederkehren.

Das Werk des Berliner Congresses beruhte auf der Hoffnung, es werde gelingen die unabwendbare letzte Katastrophe des türkischen Reichs noch um ein oder zwei Jahrzehnte hinauszuschieben. Mit jedem neuen Tage wird es aber zweifelhafter, ob dem versinkenden Staate noch eine so lange Frist gegönnt ist. Der moralische Bankrott ist so vollständig wie die Erschöpfung des Haushalts und der militärischen Kraft. Gährung in allen Provinzen; sogar die Armenier, das leidsamste aller Völker, beginnen von nationaler Unabhängigkeit zu träumen. Zur Ausführung der feierlich verheißenen Reformen fehlen das Geld, der Muth, die Einsicht und der redliche Wille. Auch das letzte Nothmittel des osmanischen Staatsrechts, der gewaltsame Thronwechsel verspricht kein Heil mehr; die Lebenskraft des Hauses Osman ist schon seit jener unseligen Heirath Suleiman's und Roxolanens im Versiegen, heute scheint sie gänzlich gebrochen. England aber, der alte Beschützer der Pforte, hat seine orientalische Politik von Grund aus geändert; es rechnet jetzt auf den Untergang der Türkei und bereitet sich vor, die weiten Lande, welche den Verkehr mit Indien beherrschen, unter seine eigene Botmäßigkeit zu bringen. Das Zeitalter der Eisenbahnen sieht die Gedanken und Bestrebungen der Epoche der Kreuzzüge wieder aufleben; die Küsten Syriens und Kleinasiens gewinnen von Neuem einen unschätzbaren Werth für Europa, da der Bau der großen Euphratbahn doch nur noch eine Frage der Zeit ist. Wird es der rastlos wühlenden Politik Lord Beaconsfields gelingen, sich der Ausgangspunkte des künftigen Welthandelsweges zu bemächtigen? Mit geblähten Segeln fährt sie daher, und ihrem unglücklichen Schützling beginnt dieser sonderbare Gönner, der sich so unverblümt nach Römerart mit seinem Imperatorenberufe brüstet, bereits sehr unheimlich zu werden. Der Geldgewinn, welchen die Pforte von der Abtretung Cyperns erhoffte, ist ausgeblieben; sie sieht ein, daß sie einen Löwenvertrag abgeschlossen hat, und erträgt unwillig die herrischen Mahnungen des Protectors, der ungestüm die Erfüllung der unmöglichen Reformversprechen verlangt. Der russische Hof aber spielt wieder, wie Czar Nikolaus vor vierzig Jahren, den wohlwollenden Freund der Türkei, nimmt den Sultan in Schutz gegen seinen allzu strengen Mahner. Das unendliche Ränkespiel am Bosporus beginnt von Neuem mit vertauschten Rollen.

Wohin dieser verdeckte Krieg der beiden Nebenbuhler noch führen kann, das ist um so schwerer zu berechnen, da auch in Mittelasien Alles einer Entscheidung entgegendrängt. Der afghanische Krieg hat den Zwischenraum zwischen den Gebieten der beiden Mächte abermals verkleinert. Rußland kann nach diesem neuen Anwachsen der Nachbarmacht den Besitz von Merv nicht mehr entbehren, das bei den Engländern allge-

mein als der Schlüssel Indiens gilt; und wenn nicht in dem Erobe=rungszuge der Briten noch ein unerwarteter Rückschlag eintritt, so werden die Grenzen Englands und Rußlands schon in naher Zukunft einander unmittelbar berühren. Wohl läßt sich mit guten Gründen behaupten, daß die beiden Reiche nach Auftheilung der streitigen Zwischenlande eigentlich keinen Anlaß zum Kampfe mehr finden können, da sie ja beide in dem Fanatismus des Islam einen gemeinsamen Feind zu fürchten haben; der Historiker Martens in Petersburg hat diesen einleuchtenden Gedanken in mehreren lehrreichen Schriften ausgeführt. Doch leider ent=scheidet nicht die Vernunft allein über die Schicksale der Völker. Der Zeitpunkt, da eine friedliche Verständigung noch möglich schien, ist längst vorüber. Eine dunkle Nothwendigkeit treibt die zwei Weltmächte auf ein=ander: hier die gewaltige Expansionskraft des Slaventhums, von Neuem aufgestachelt durch die unvollständigen Ergebnisse des Balkanfeldzugs; dort die noch weit unersättlichere Ländergier der englischen Handelspolitik, die niemals genug Märkte für ihre Masseninduſtrie finden kann und eben=falls durch die Erfahrungen der jüngsten Zeit, durch eine Reihe wohl=feiler, unverdienter Erfolge mächtig aufgeregt worden ist. In dem näm=lichen Augenblicke, da Rußland sich seinen westlichen Nachbarn wieder nähert und also seine europäische Grenze zu decken sucht, wird der Vertreter der Friedenspolitik, Graf Schuwalow aus London abberufen. Der Kampf um Asiens Zukunft scheint in der That heranzunahen. Ein solcher Krieg berührt aber so viele Lebensfragen des Abendlandes, die Unterwerfung des östlichen Mittelmeeres unter Englands Alleinherrschaft wäre für die anderen mediterranischen Lande, vor Allen für Frankreich so ganz un=annehmbar, daß die französische Republik in dieser Krisis ihre bisherige zuwartende Haltung nicht mehr wird behaupten und die letzte Entscheidung kaum anders als durch irgend eine europäische Coalition wird erfolgen können.

Für Deutschland sind die neuen Gefahren, die über den Osten her=aufziehen, darum so wichtig, weil Oesterreich inzwischen in die Reihe der Balkan=Staaten eingetreten ist und in veränderten Formen die orienta=lischen Pläne des Prinzen Eugen wieder aufgenommen hat. Die Erwer=bung Bosniens ist das Werk des österreichischen Kaiserhauses; nur weil der Hof um keinen geringeren Preis die erweiterte Machtstellung des Slaventhums auf der Halbinsel dulden wollte ließ sich Graf Andrassy auf dem Congresse zu dieser Besitznahme nöthigen, die von den Magyaren ebenso lebhaft bekämpft wurde wie von der deutschen Verfassungspartei. Die letztere Partei beging den Fehler, ihren Widerstand auch dann noch fortzusetzen als bereits feststand, daß die Entscheidung nicht mehr abzu=

worden war; sie hat dadurch zum guten Theile ihre letzte Wahlniederlage verschuldet. Bis jetzt sind die Folgen der Eroberung sehr günstig gewesen. Die tapfere Armee hat endlich nach so vielen ehrenvollen Niederlagen einige Erfolge errungen und dadurch ein Selbstgefühl erlangt, das für den Bestand der Monarchie eine werthvolle Stütze bildet, obgleich es sich leider in den Schriften des k. k. Generalstabs nicht ohne überflüssige Prahlerei kund thut. Auch außerhalb der militärischen Kreise ist jener heillose Pessimismus, der so lange Oesterreichs Fluch war, im Abnehmen; man beginnt wieder an den eigenen Staat und an seinen guten Stern zu glauben; häufiger als seit vielen Jahren hören wir heute aus Wien Aeußerungen eines gesunden patriotischen Stolzes, einer lebendigen österreichischen Staatsgesinnung.

Trotzdem erscheint es noch sehr zweifelhaft, ob die neue Erwerbung als ein Gewinn für den Gesammtstaat zu betrachten ist. Die ernsten Schwierigkeiten werden erst beginnen, wenn die neue Provinz, die doch niemals wieder unter das türkische Joch zurückkehren kann, dereinst endgiltig in den Staatsverband eingefügt wird. Jeder der drei Wege, die sich hier bieten, erscheint gleich bedenklich. Tritt dies slavische Land, das fast ebenso stark bevölkert und mehr als doppelt so umfangreich ist wie die beiden Königreiche Slavonien und Croatien zusammengenommen, in den cisleithanischen Reichsrath ein, so wächst die Gefahr der Ueberwältigung des Deutschthums durch die Slaven; wird die Provinz mit Transleithanien vereinigt, so kann das ohnehin bedenkliche Uebergewicht der Lande der Stephanskrone noch mehr wachsen; bleibt sie endlich selbständig als ein gemeinsamer Besitz des Gesammtstaats, so wird das alte Traumbild des dreieinigen Königreichs der Südslaven sicherlich wieder erwachen, und die Monarchie mag leicht in die Experimente einer Triaspolitik hineingetrieben werden.

Doch alle diese Gefahren wiegen leicht gegenüber der Thatsache, daß die Eroberung Bosniens nur der erste Schritt auf einem unabsehbar schwierigen Wege ist. Als der verstorbene Giskra vor drei Jahren von dem Vorrücken der schwarzgelben Fahnen bis zum ägeischen Meere sprach, da schüttelte in Deutschland nahezu Jedermann den Kopf zu solchen verwegenen Gründerphantasien. Was damals als eine wunderliche Utopie galt wird bald zu einer harten Nothwendigkeit für die österreichische Staatskunst werden. Die neue Eroberung kann nur dann auf die Dauer behauptet, sie kann jedenfalls nur dann für den Gesammtstaat nutzbar werden, wenn Oesterreich die wichtige Handelsstraße des Wardar-Thales seiner politischen oder doch seiner handelspolitischen Herrschaft unterwirft und also wie ein Keil vordringt mitten in jene griechischen Küstenlande,

welche das Volk der Hellenen mit Recht als sein eigenes Erbtheil ansieht. Nach Allem was geschehen muß der Wiener Hof sich, für den Fall der gänzlichen Auftheilung der europäischen Türkei, den Zugang zum ägeischen Meere zu sichern trachten; er muß, wenn er auch nicht gradezu das Protectorat über die Kleinstaaten der Halbinsel übernehmen will, doch mindestens dem russischen Einfluß die Stange zu halten suchen. Es ist ein alter, natürlicher Grundsatz österreichischer Regierungskunst, die nationalen Bestrebungen der Völker immer durch Volksgenossen zu bekämpfen. Deutsche Ministerien führten einst den Krieg gegen Deutschland; ein ungarischer Staatsmann leitete die den Wünschen Ungarns zuwiderlaufende orientalische Politik; das neue unter Mitwirkung der Slaven gebildete Cabinet wird zwar nicht schlechthin antirussisch, aber doch sehr wachsam gegen Rußland verfahren müssen. Wie schwer es halten wird, einer katholischen Macht die leitende Stellung unter den orthodoxen Rajahvölkern zu erwerben; welche Verwicklungen sich ergeben können, wenn dereinst zu den unzähligen nationalen Gegensätzen des österreichischen Staatslebens noch eine hellenische Frage hinzuträte — das liegt auf flacher Hand.

Nicht blos die Franzosen, die hinter jedem Schritte der deutschen Politik teuflische Pläne wittern, nicht blos die Italiener, die leider bei allen Wandlungen der Weltlage sogleich begehrlich an Triest und das Trentino denken, sondern auch unbefangene Fremde, ja wohl die meisten Ausländer hegen den stillen Verdacht, der große deutsche Versucher habe den Nachbarstaat absichtlich in die dornigen Pfade der orientalischen Politik gedrängt um späterhin desto sicherer die deutsch-österreichischen Lande an sich zu reißen. Wir Deutschen können zu solcher Ueberklugheit nur lächeln. Niemand auf der Welt hat besseren Grund als wir den Bestand des Gesammtstaates Oesterreich ehrlich zu wünschen. Eben jetzt geht ja die alte einst von den Großdeutschen verhöhnte Weissagung der Gothaer in Erfüllung: die Interessengemeinschaft zwischen den beiden Mächten ist nach der vollzogenen politischen Trennung inniger denn je zuvor; eine feste wirthschaftliche Verbindung wird nun erst möglich nachdem das Haus Lothringen die Herrschaft über uns verloren hat. Doch wir dürfen auch nicht übersehen, daß sich der Staatskunst Oesterreichs heute eine ganz neue Welt voll schwieriger Aufgaben eröffnet hat: lockende Ziele, furchtbare Gefahren, unberechenbare Schicksalswechsel liegen auf dieser Bahn. Für jetzt sind wir der guten Bundesgenossenschaft sicher. Immerhin bleibt es befremdlich, daß unser treuester Freund in Oesterreich, Graf Andrassy, soeben gefallen ist. In dem endlosen Wechsel der politischen Systeme, der Oesterreichs jüngste Geschichte füllt, stand bisher nur die eine Regel fest: daß ein gestürztes System niemals wiederkehrte.

Wohin wir auch blicken, überall erweckt die schwerste der europäischen Fragen, nun sie einmal in's Rollen kam, das Gefühl der Unsicherheit. Was wir in solcher Lage vor allem brauchen ist eine starke Regierung, treue Eintracht zwischen der Krone und dem Volke. Die preußische Wählerschaft hat diese Nothwendigkeit begriffen. Wir wollen Frieden mit der Regierung — das war der Sinn der jüngsten Wahlen. Nicht ein künstlicher Druck von oben her, sondern der freie Wille der Wähler hat die Reihen der conservativen Parteien im Landtage verstärkt, ja die conservative Strömung ist im Volke sogar noch stärker als sie nach dem Ausfall der Wahlen erscheint; manche liberale Abgeordnete verdanken die Behauptung ihres Mandats nur persönlicher Achtung oder alter Gewohnheit oder auch der Schwierigkeit neuer Parteigruppirungen im Wahlbezirke. Die Nation ist des Gezänks ihrer Parlamente bis zum Ekel überdrüssig; selbst die Gegner der neuen Wirthschaftspolitik scheinen in ihrer großen Mehrheit entschlossen den Erfolg der Reformen gelassen abzuwarten und nach den Thatsachen zu urtheilen. Die Fortschrittspartei sieht sich auf einige große Städte und wenige zerstreute Wahlkreise beschränkt. Innerhalb der nationalliberalen Fraction räumten die Wähler rücksichtslos auf. Die Verehrer der bekannten „großen liberalen Partei" sind bis auf Wenige verschwunden, obgleich sie die Wahlbewegung fast ausschließlich leiteten; das Volk will sich nicht mehr von Coterien gängeln lassen. Die Fraction zeigt im Landtage ein durchaus anderes Gesicht als auf dem letzten Reichstage, ihre gemäßigten Elemente behaupten entschieden die Oberhand. Seit dem Beginne der Verhandlungen hat die Fortschrittspartei keine Gelegenheit versäumt der Regierung leichte Triumphe zu bereiten; und mag auch noch mancher heiße Tag bevorstehen, so scheint doch die Hauptaufgabe der Session, die Verständigung über das Staatseisenbahngesetz, gesichert — ein neuer Schritt vorwärts zur Kräftigung der Reichsgewalt.

Unterdessen arbeitet in den Tiefen unseres Volkslebens eine wunderbare, mächtige Erregung. Es ist als ob die Nation sich auf sich selber besänne, unbarmherzig mit sich in's Gericht ginge. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die letzten Monate im Auslande verlebte und nun plötzlich wieder eintritt in die stürmische deutsche Welt, der erschrickt fast vor diesem Erwachen des Volksgewissens, vor diesen tausend Stimmen, die sich unter einander entschuldigen oder verklagen. Der Hergang ist um so erstaunlicher, da er sich fast ganz unabhängig von der Presse vollzieht; denn noch nie sind unsere Zeitungen so wenig ein treues Spiegelbild der öffentlichen Meinung gewesen. Wenn man die Mehrzahl der deutschen Blätter durchmustert, so sollte man meinen, die liberalen Wunsch-

zettel der sechziger Jahre und der naive Glaube an die unfehlbare sittliche Macht der „Bildung" beherrschten noch immer unser Volk. In Wahrheit steht es anders. Die wirthschaftliche Noth, die Erinnerung an so viele getäuschte Hoffnungen und an die Sünden der Gründerzeiten, der Anblick der zunehmenden Verwilderung der Massen, die mit der Verbreitung der Geheimkünste des Lesens und Schreibens mindestens gleichen Schritt hält, und nicht zuletzt das Gedächtniß jener Gräueltage vom Frühjahr 1878 — das Alles hat Tausende zum Nachdenken über den Werth unserer Humanität und Aufklärung gezwungen. Tausende fühlen, daß wir Gefahr laufen über unserem Bildungsdünkel den sittlichen Halt des Menschenlebens ganz zu vergessen. Während breite Schichten unseres Volks einem wüsten Unglauben verfallen, ist in anderen der religiöse Ernst, der kirchliche Sinn unverkennbar wieder erstarkt. Auf der evangelischen Generalsynode fiel manches häßliche zelotische Wort; die alte Theologensünde, die Gleichgiltigkeit gegen das positive Recht des weltlichen Staates, verrieth sich in einzelnen unerfreulichen Beschlüssen; der hoffentlich unausführbare Versuch, die theologischen Facultäten der kirchlichen Parteiherrschaft zu unterwerfen, erregte gerechtes Befremden; aber Eines haben diese Verhandlungen auch den Gegnern bewiesen: daß diese Kirche noch lebt, daß sie eine wirksame Macht ist, festgewurzelt im Volke, voll sittlichen Ernstes und keineswegs arm an geistigen Kräften.

Das erwachte Gewissen des Volks wendet sich vornehmlich gegen die weichliche Philanthropie unseres Zeitalters. Recht als ein Zeichen der Zeit erschien in den letzten Wochen die Schrift von O. Mittelstädt „Gegen die Freiheitsstrafen" — ein kräftiger Protest wider jene Verhätschelung und Verzärtelung der Verbrecher, welche unsere Zuchthäuser übervölkert hat und zur Grausamkeit gegen die rechtschaffenen Leute wird. Warum ist diese streng sachlich gehaltene Schrift bereits durch Entrüstungsmeetings und grimmige Verachtungsresolutionen der radikalen Parteien beantwortet worden? Weil die Helden der philanthropischen Phrase im Stillen fühlen, daß der tapfere Verfasser, obwohl seine Sätze im Einzelnen sich vielfach bestreiten lassen, im Wesentlichen doch nur ausspricht was Hunderttausende denken. Der ganze Zug der Zeit drängt dahin, daß die unerbittlich strenge Majestät des Rechts in unseren Gesetzen wie in ihrer Handhabung wieder zur vollen Anerkennung gelangen muß.

Unter den Symptomen der tiefen Umstimmung, welche durch unser Volk geht, erscheint keines so befremdend wie die leidenschaftliche Bewegung gegen das Judenthum. Vor wenigen Monaten herrschte in Deutschland noch das berufene „umgekehrte Hep Hep Geschrei". Ueber die Nationalfehler der Deutschen, der Franzosen und aller anderen Völker durfte

Jedermann ungescheut das Härteste sagen; wer sich aber unterstand über irgend eine unleugbare Schwäche des jüdischen Charakters gerecht und maßvoll zu reden, ward sofort fast von der gesammten Presse als Barbar und Religionsverfolger gebrandmarkt. Heute sind wir bereits so weit, daß die Mehrheit der Breslauer Wähler — offenbar nicht in wilder Aufregung, sondern mit ruhigem Vorbedacht — sich verschwor unter keinen Umständen einen Juden in den Landtag zu wählen; Antisemitenvereine treten zusammen, in erregten Versammlungen wird die „Judenfrage" erörtert, eine Fluth von judenfeindlichen Libellen überschwemmt den Büchermarkt. Es ist des Schmutzes und der Roheit nur allzu viel in diesem Treiben, und man kann sich des Ekels nicht erwehren, wenn man bemerkt, daß manche jener Brandschriften offenbar aus jüdischen Federn stammen; bekanntlich sind seit Pfefferkorn und Eisenmenger die geborenen Juden unter den fanatischen Judenfressern immer stark vertreten gewesen. Aber verbirgt sich hinter diesem lärmenden Treiben wirklich nur Pöbelroheit und Geschäftsneid? Sind diese Ausbrüche eines tiefen, lang verhaltenen Zornes wirklich nur eine flüchtige Aufwallung, so hohl und grundlos wie einst die teutonische Judenhetze des Jahres 1819? Nein, der Instinkt der Massen hat in der That eine schwere Gefahr, einen hochbedenklichen Schaden des neuen deutschen Lebens richtig erkannt; es ist keine leere Redensart, wenn man heute von einer deutschen Judenfrage spricht.

Wenn Engländer und Franzosen mit einiger Geringschätzung von dem Vorurtheil der Deutschen gegen die Juden reden, so müssen wir antworten: Ihr kennt uns nicht; Ihr lebt in glücklicheren Verhältnissen, welche das Aufkommen solcher „Vorurtheile" unmöglich machen. Die Zahl der Juden in Westeuropa ist so gering, daß sie einen fühlbaren Einfluß auf die nationale Gesittung nicht ausüben können; über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinder dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können. Die Israeliten des Westens und des Südens gehören zumeist dem spanischen Judenstamme an, der auf eine vergleichsweise stolze Geschichte zurückblickt und sich der abendländischen Weise immer ziemlich leicht eingefügt hat; sie sind in der That in ihrer großen Mehrzahl gute Franzosen, Engländer, Italiener geworden — soweit sich dies billigerweise erwarten läßt von einem Volke mit so reinem Blute und so ausgesprochener Eigenthümlichkeit. Wir Deutschen aber haben mit jenem polnischen Judenstamme zu thun, dem die Narben vielhundertjähriger christ-

licher Tyrannei sehr tief eingeprägt sind; er steht erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber.

Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen — unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns Allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, daß auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge. Es wäre sündlich zu vergessen, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Felix Mendelssohn, Veit, Riesser u. A. — um der Lebenden zu geschweigen — deutsche Männer waren im besten Sinne, Männer, in denen wir die edlen und guten Züge deutschen Geistes verehren. Es bleibt aber ebenso unleugbar, daß zahlreiche und mächtige Kreise unseres Judenthums den guten Willen schlechtweg Deutsche zu werden durchaus nicht hegen. Peinlich genug, über diese Dinge zu reden; selbst das versöhnliche Wort wird hier leicht mißverstanden. Ich glaube jedoch, mancher meiner jüdischen Freunde wird mir mit tiefem Bedauern Recht geben, wenn ich behaupte, daß in neuester Zeit ein gefährlicher Geist der Ueberhebung in jüdischen Kreisen erwacht ist, daß die Einwirkung des Judenthums auf unser nationales Leben, die in früheren Tagen manches Gute schuf, sich neuerdings vielfach schädlich zeigt. Man lese die Geschichte der Juden von Graetz: welche fanatische Wuth gegen den „Erbfeind“, das Christenthum, welcher Todhaß grade wider die reinsten und mächtigsten Vertreter germanischen Wesens, von Luther bis herab auf Goethe und Fichte! Und welche hohle, beleidigende Selbstüberschätzung! Da wird unter beständigen hämischen Schimpfreden bewiesen, daß die Nation Kants eigentlich erst durch die Juden zur Humanität erzogen, daß die Sprache Lessings und Goethes erst durch Börne und Heine für Schönheit, Geist und Witz empfänglich geworden ist! Welcher englische Jude würde sich je unterstehen, in solcher Weise das Land, das ihn schützt und schirmt, zu verleumden? Und diese verstockte Verachtung gegen die deutschen Gojim ist keineswegs blos die Gesinnung eines vereinzelten Fanatikers. Keine deutsche Handelsstadt, die nicht viele ehrenhafte, achtungswerthe jüdische Firmen zählte; aber unbestreitbar hat das Semitenthum an dem Lug und Trug, an der frechen Gier des Gründer-Unwesens einen großen Antheil, eine schwere Mitschuld an jenem schnöden Materialismus unserer Tage, der jede Arbeit nur noch als Geschäft betrachtet und die alte gemüthliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes zu ersticken droht; in tausenden deutscher Dörfer sitzt der Jude, der seine Nachbarn wuchernd auskauft. Unter den führenden Männern der Kunst und Wissenschaft ist die Zahl der Juden

nicht sehr groß; um so stärker die betriebsame Schaar der semitischen Talente dritten Ranges. Und wie fest hängt dieser Literatenschwarm unter sich zusammen; wie sicher arbeitet die auf den erprobten Geschäftsgrundsatz der Gegenseitigkeit begründete Unsterblichkeits-Versicherungsanstalt, also daß jeder jüdische Poetaster jenen Eintagsruhm, welchen die Zeitungen spenden, blank und baar, ohne Verzugszinsen ausgezahlt erhält.

Am Gefährlichsten aber wirkt das unbillige Uebergewicht des Judenthums in der Tagespresse — eine verhängnißvolle Folge unserer engherzigen alten Gesetze, die den Israeliten den Zutritt zu den meisten gelehrten Berufen versagten. Zehn Jahre lang wurde die öffentliche Meinung in vielen deutschen Städten zumeist durch jüdische Federn „gemacht"; es war ein Unglück für die liberale Partei und einer der Gründe ihres Verfalls, daß grade ihre Presse dem Judenthum einen viel zu großen Spielraum gewährte. Der nothwendige Rückschlag gegen diesen unnatürlichen Zustand ist die gegenwärtige Ohnmacht der Presse; der kleine Mann läßt sich nicht mehr ausreden, daß die Juden die Zeitungen schreiben, darum will er ihnen nichts mehr glauben. Unser Zeitungswesen verdankt jüdischen Talenten sehr viel; grade auf diesem Gebiete fand die schlagfertige Gewandtheit und Schärfe des jüdischen Geistes von jeher ein dankbares Feld. Aber auch hier war die Wirkung zweischneidig. Börne führte zuerst in unsere Journalistik den eigenthümlich schamlosen Ton ein, der über das Vaterland so von außen her, ohne jede Ehrfurcht abspricht, als gehöre man selber gar nicht mit dazu, als schnitte der Hohn gegen Deutschland nicht jedem einzelnen Deutschen in's tiefste Herz. Dazu jene unglückliche vielgeschäftige Vordringlichkeit, die überall mit dabei sein muß und sich nicht scheut sogar über die innern Angelegenheiten der christlichen Kirchen meisternd abzuurtheilen. Was jüdische Journalisten in Schmähungen und Witzeleien gegen das Christenthum leisten ist schlechthin empörend, und solche Lästerungen werden unserem Volke in seiner Sprache als allerneueste Errungenschaften „deutscher" Aufklärung feilgeboten! Kaum war die Emancipation errungen, so bestand man dreist auf seinem „Schein"; man forderte die buchstäbliche Parität in Allem und Jedem und wollte nicht mehr sehen, daß wir Deutschen denn doch ein christliches Volk sind und die Juden nur eine Minderheit unter uns: wir haben erlebt, daß die Beseitigung christlicher Bilder, ja die Einführung der Sabbathfeier in gemischten Schulen verlangt wurde.

Ueberblickt man alle diese Verhältnisse — und wie Vieles ließe sich noch sagen! — so erscheint die laute Agitation des Augenblicks doch nur als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen

allzu breiten Raum eingenommen hat. Sie hat zum Mindesten das unfreiwillige Verdienst, den Bann einer stillen Unwahrheit von uns genommen zu haben; es ist schon ein Gewinn, daß ein Uebel, das Jeder fühlte und Niemand berühren wollte, jetzt offen besprochen wird. Täuschen wir uns nicht: die Bewegung ist sehr tief und stark; einige Scherze über die Weisheitssprüche christlich-socialer Stump-Redner genügen nicht sie zu bezwingen. Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!

Von einer Zurücknahme oder auch nur einer Schmälerung der vollzogenen Emancipation kann unter Verständigen gar nicht die Rede sein; sie wäre ein offenbares Unrecht, ein Abfall von den guten Traditionen unseres Staates und würde den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern. Was die Juden in Frankreich und England zu einem unschädlichen und vielfach wohlthätigen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft gemacht hat, das ist im Grunde doch die Energie des Nationalstolzes und die festgewurzelte nationale Sitte dieser beiden alten Culturvölker. Unsere Gesittung ist jung; uns fehlt noch in unserem ganzen Sein der nationale Stil, der instinctive Stolz, die durchgebildete Eigenart, darum waren wir so lange wehrlos gegen fremdes Wesen. Jedoch wir sind im Begriff uns jene Güter zu erwerben und wir können nur wünschen, daß unsere Juden die Wandlung, die sich im deutschen Leben als eine nothwendige Folge der Entstehung des deutschen Staates vollzieht, rechtzeitig erkennen. Da und dort bestehen jüdische Vereine gegen den Wucher, die im Stillen viel Gutes wirken; sie sind das Werk einsichtiger Israeliten, welche einsahen, daß ihre Stammgenossen sich den Sitten und Gedanken ihrer christlichen Mitbürger annähern müssen. Nach dieser Richtung ist noch viel zu thun. Die harten deutschen Köpfe jüdisch zu machen ist doch unmöglich; so bleibt nur übrig, daß unsere jüdischen Mitbürger sich rückhaltslos entschließen Deutsche zu sein, wie es ihrer Viele zu ihrem und unserem Glück schon längst geworden sind. Die Aufgabe kann niemals ganz gelöst werden. Eine Kluft zwischen abendländischem und semitischem Wesen hat von jeher bestanden, seit Tacitus einst über das odium generis humani klagte; es wird immer Juden geben, die nichts sind als deutsch redende Orientalen; auch eine specifisch jüdische Bildung wird immer blühen, sie hat als kosmopolitische Macht ihr gutes historisches Recht. Aber der Gegensatz läßt sich mildern, wenn die Juden, die so viel von Toleranz reden, wirklich tolerant werden und einige Pietät zeigen gegen den Glauben, die Sitten und Gefühle des deutschen Volks,

das alte Unbill längst gesühnt und ihnen die Rechte des Menschen und des Bürgers geschenkt hat. Daß diese Pietät einem Theile unseres kaufmännischen und literarischen Judenthums vollständig fehlt, das ist der letzte Grund der leidenschaftlichen Erbitterung von heute. —

Ein erfreulicher Anblick ist es nicht, dies Toben und Zanken, dies Kochen und Aufbrodeln unfertiger Gedanken im neuen Deutschland. Aber wir sind nun einmal das leidenschaftlichste aller Völker, obgleich wir uns selbst so oft Phlegmatiker schalten; anders als unter krampfhaften Zuckungen haben sich neue Ideen bei uns noch nie durchgesetzt. Gebe Gott, daß wir aus der Gährung und dem Unmuth dieser ruhelosen Jahre eine strengere Auffassung vom Staate und seinen Pflichten, ein gekräftigtes Nationalgefühl davontragen.

Druckfehler.

S. 99 Z. 16 v. o. lies: wenn statt: als
S. 182 Z. 1 v. o. lies: alles dies — statt: all dieses
S. 186 Z. 9 v. u. lies: die Zeit ist nicht mehr — statt: ist nicht mehr da
S. 186 Z. 7 v. u. lies: die uns keine — statt: den uns keine
S. 243 Z. 10 v. u. lies: ermuthigen statt: entmuthigen
S. 547 Z. 5 v. o. lies: unnatürliche statt: natürliche
S. 549 Z. 4 v. o. lies: schönen statt: schön
S. 658 Z. 4 v. o. lies: 1875 statt: 1876.

